

9. April 2009

Deutsche Bank Aktiengesellschaft



Prospekt

gemäß §§ 5, 12 Absatz 1 Satz 2 Wertpapierprospektgesetz
für die Zulassung zum Börsenhandel im regulierten Markt der Wertpapierbörsen Berlin,
Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart
mit gleichzeitiger Zulassung zum Teilbereich des regulierten Marktes
mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse

von 50.000.000
neuen, auf den Namen lautenden Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien)
aus genehmigtem Kapital

mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von 2,56 €
je Stückaktie und mit voller Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2008

der

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Frankfurt am Main

International Securities Identification Number (ISIN): DE0005140008
Wertpapier-Kenn-Nummer (WKN): 514000
Common Code: 009992499
Börsen-Kürzel: DBK

WICHTIGE HINWEISE

Dieser Prospekt wurde gemäß § 12 Absatz 1 Satz 2 Wertpapierprospektgesetz (WpPG) erstellt und besteht aus mehreren Einzeldokumenten. Dieser Prospekt besteht aus folgenden Einzeldokumenten:

1. Zusammenfassung vom 9. April 2009 gemäß §§ 5 Absatz 2, 12 Absatz 1 Satz 5 WpPG (16 Seiten)
2. Registrierungsformular vom 9. April 2009 gemäß §§ 5, 12 Absatz 1 Satz 3 WpPG (576 Seiten)
3. Wertpapierbeschreibung vom 9. April 2009 gemäß §§ 5, 12 Absatz 1 Satz 4 WpPG (18 Seiten)

Nur die Zusammenschau der Wertpapierbeschreibung, des Registrierungsformulars sowie der Zusammenfassung bietet vollständige Informationen bezüglich der Deutsche Bank Aktiengesellschaft und der zum Börsenhandel im regulierten Markt zuzulassenden neuen Aktien.

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main (nachfolgend auch „Deutsche Bank AG“, die „Bank“ oder „die Gesellschaft“ und zusammen mit ihren konsolidierten Tochtergesellschaften der „Deutsche Bank-Konzern“, die „Deutsche Bank“ oder „der Konzern“) übernimmt gemäß § 5 Absatz 4 des Wertpapierprospektgesetzes („WpPG“) die Verantwortung für den Inhalt dieses Prospekts (der „Prospekt“). Die Deutsche Bank AG erklärt, dass ihres Wissens die Angaben in diesem Prospekt richtig sind und keine wesentlichen Umstände ausgelassen worden sind. Sie hat die erforderliche Sorgfalt walten lassen, um sicherzustellen, dass die in diesem Prospekt gemachten Angaben ihres Wissens nach richtig und keine Tatsachen ausgelassen worden sind, die die Aussage des Prospekts wahrscheinlich verändern können. Unbeschadet einer eventuellen Nachtragspflicht nach § 16 WpPG ist die Deutsche Bank AG nicht verpflichtet, den Prospekt zu aktualisieren.

Deutsche Bank Aktiengesellschaft



Zusammenfassung

gemäß §§ 5 Absatz 2, 12 Absatz 1 Satz 5 Wertpapierprospektgesetz
für die Zulassung zum Börsenhandel im regulierten Markt der Wertpapierbörsen Berlin,
Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart
mit gleichzeitiger Zulassung zum Teilbereich des regulierten Marktes
mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse

von 50.000.000
neuen, auf den Namen lautenden Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien)
aus genehmigtem Kapital

mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von 2,56 €
je Stückaktie und mit voller Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2008

der

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Frankfurt am Main

International Securities Identification Number (ISIN): DE0005140008
Wertpapier-Kenn-Nummer (WKN): 514000
Common Code: 009992499
Börsen-Kürzel: DBK

INHALTSVERZEICHNIS

Wichtige Hinweise gemäß § 5 Absatz 2 Wertpapierprospektgesetz	3
Zusammenfassung der Angaben über die Deutsche Bank	4
Überblick über die Geschäftstätigkeit	4
Sitz und Geschäftsjahr der Gesellschaft	5
Überblick über Geschichte und Entwicklung der Deutsche Bank AG	5
Grundkapital	5
Aktionärsstruktur	6
Vorstand, Aufsichtsrat, Abschlussprüfer	6
Mitarbeiter	6
Zusammengefasste Unternehmens- und Finanzdaten	7
Zusammenfassung der Angaben über die neuen Aktien	10
Zusammenfassung der Risikofaktoren	12
Unterschriftseite	14

WICHTIGE HINWEISE GEMÄSS § 5 ABSATZ 2 WERTPAPIERPROSPEKTGESETZ

Diese Zusammenfassung ist als Einführung zu dem Prospekt der Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, (nachfolgend auch „Deutsche Bank AG“, die „Bank“ oder „die Gesellschaft“ und zusammen mit ihren konsolidierten Tochtergesellschaften der „Deutsche Bank- Konzern“, die „Deutsche Bank“, oder „der Konzern“) für die Zulassung zum Börsenhandel im regulierten Markt der Wertpapierbörsen Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart mit gleichzeitiger Zulassung zum Teilbereich des regulierten Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse von 50.000.000 neuen, auf den Namen lautenden Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien) aus genehmigtem Kapital der Deutsche Bank Aktiengesellschaft zu verstehen.

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft übernimmt die Verantwortung für die in dieser Zusammenfassung enthaltenen Angaben. Gemäß § 5 Absatz 2 Satz 3 Nr. 4 WpPG kann die Deutsche Bank AG für die vorliegende Zusammenfassung, einschließlich einer etwaigen Übersetzung davon, nur für den Fall haftbar gemacht werden, dass diese irreführend, unrichtig oder widersprüchlich ist, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen des Prospekts gelesen wird. Für den Fall, dass vor einem Gericht Ansprüche auf Grund der in diesem Prospekt enthaltenen Informationen geltend gemacht werden, könnte der als Kläger auftretende Anleger in Anwendung einzelstaatlicher Rechtsvorschriften der Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums die Kosten für die Übersetzung des Prospekts vor Prozessbeginn zu tragen haben.

Der Prospekt für die neuen Aktien besteht gemäß § 12 Absatz 1 Satz 2 Wertpapierprospektgesetz („WpPG“) aus mehreren Einzeldokumenten – Registrierungsformular, Wertpapierbeschreibung und Zusammenfassung. Jede Entscheidung hinsichtlich eines Erwerbs der neuen Aktien sollte auf Grundlage des gesamten Prospekts, einschließlich der durch Verweis einbezogenen Dokumente, getroffen werden.

ZUSAMMENFASSUNG DER ANGABEN ÜBER DIE DEUTSCHE BANK

Überblick über die Geschäftstätigkeit

Die Deutsche Bank, die ihren Hauptsitz in Frankfurt am Main hat, gehört mit einer Bilanzsumme von 2.202 Mrd € (Stand: 31. Dezember 2008) nach eigener Ansicht zu den führenden Finanzdienstleistern in Europa und weltweit. Zum Jahresende 2008 beschäftigte die Deutsche Bank 80.456 Mitarbeiter (gerechnet auf der Basis von Vollzeitkräften) und unterhielt in 72 Ländern 1.981 Niederlassungen (50% davon in Deutschland). Die Deutsche Bank bietet Privat-, Firmen- und institutionellen Kunden weltweit eine Vielzahl von Investment-, Finanz- und damit verbundenen Produkten und Dienstleistungen.

Die Deutsche Bank ist in drei Konzernbereiche gegliedert. Zwei von ihnen sind weiter in Unternehmensbereiche unterteilt. Die Bank hat folgende Konzernbereiche:

- Corporate and Investment Bank (CIB) mit den beiden Unternehmensbereichen
 - Corporate Banking & Securities (CB&S)
 - Global Transaction Banking (GTB)
- Private Clients and Asset Management (PCAM) mit den beiden Unternehmensbereichen
 - Asset and Wealth Management (AWM)
 - Private & Business Clients (PBC)
- Corporate Investments (CI)

Zur Organisation gehören auch Infrastrukturfunktionen und das Corporate Center. Darüber hinaus verfügt die Deutsche Bank über eine Regional Management-Funktion, die weltweit regionale Zuständigkeiten abdeckt.

Die Deutsche Bank unterhält Geschäftsbeziehungen mit bestehenden und neuen Kunden in den meisten Ländern der Welt. Grundlage für diese Geschäftsbeziehungen sind Tochtergesellschaften und Filialen in vielen Ländern, Repräsentanzen in vielen anderen Ländern und ein oder mehrere Ansprechpartner zur Betreuung der Kunden in fast allen übrigen Ländern.

Corporate and Investment Bank

In CIB betreibt die Deutsche Bank das Kapitalmarktgeschäft einschließlich Emission, Verkauf und Handel von Kapitalmarktprodukten wie Aktien, Anleihen und anderen Wertpapieren, das Beratungs- und das Kreditgeschäft sowie das Geschäft mit Transaktionsdienstleistungen. Ihre institutionellen Kunden kommen sowohl aus dem öffentlichen Sektor – wie souveräne Staaten und supranationale Einrichtungen – als auch aus der Privatwirtschaft, von mittelständischen Unternehmen bis hin zu multinationalen Großkonzernen.

CIB gliedert sich in die Unternehmensbereiche Corporate Banking & Securities (CB&S) und Global Transaction Banking (GTB).

CB&S besteht aus den beiden Geschäftsbereichen Global Markets und Corporate Finance, die im Deutsche Bank-Konzern weltweit das Emissionsgeschäft, den Verkauf und Handel von Wertpapieren, das Beratungsgeschäft bei Fusionen und Übernahmen sowie das Corporate-Finance-Geschäft abdecken.

Zu GTB gehört das Produktangebot in den Geschäftszweigen Trade Finance, Cash Management und Trust & Securities Services für Finanzdienstleister und andere Unternehmen.

Private Clients and Asset Management

PCAM ist in die Unternehmensbereiche Asset and Wealth Management (AWM) und Private & Business Clients (PBC) gegliedert.

AWM umfasst die beiden Geschäftsbereiche Asset Management (AM) und Private Wealth Management (PWM). In AM hat die Deutsche Bank für Privatkunden das weltweite Publikumsfondsgeschäft ihrer Tochtergesellschaft DWS Investments konzentriert. An institutionelle Kunden, einschließlich Pensionsfonds und Versicherungen, wendet sich die Deutsche Bank mit einer breiten Produktpalette, die von klassischen Anlagen über Hedgefonds bis zu speziellen Immobilienanlagen reicht. PWM betreut weltweit vermögende Privatkunden und Familien. Dieser sehr anspruchsvollen Kundschaft bietet die Deutsche Bank einen ganzheitlichen Service, zu dem die individuelle Vermögensverwaltung einschließlich der Beratung bei der Nachfolgeplanung und bei philanthropischen Überlegungen gehört.

PBC richtet sich an vermögensbildende Privatkunden und kleine bis mittlere Unternehmen, denen die Deutsche Bank ein breites Spektrum von Bankdienstleistungen wie Kontoführung, Kredit- und Einlagengeschäft sowie Vermögensanlageberatung zur Verfügung stellt. Außerhalb Deutschlands ist PBC seit Langem in Italien, Spanien, Belgien und Portugal sowie seit einigen Jahren in Polen aktiv. Darüber hinaus investiert die Deutsche Bank gezielt in die Erschließung aufstrebender Märkte in Asien, beispielsweise in China und Indien.

Corporate Investments

Der Konzernbereich CI umfasst im Wesentlichen die Industriebeteiligungen und sonstige Beteiligungen.

Sitz und Geschäftsjahr der Gesellschaft

Der Name der Bank ist Deutsche Bank Aktiengesellschaft. Die Bank ist im Handelsregister beim Amtsgericht Frankfurt am Main unter der Registernummer HRB 30 000 eingetragen.

Die Bank ist ein Kreditinstitut und eine Aktiengesellschaft nach deutschem Recht. Die Bank hat ihren Sitz in Frankfurt am Main, Deutschland. Sie unterhält ihre Hauptniederlassung unter der Anschrift Theodor-Heuss-Allee 70, 60486 Frankfurt am Main, Deutschland (Telefon: +49-69-910-00).

Das Geschäftsjahr der Bank entspricht dem Kalenderjahr.

Überblick über Geschichte und Entwicklung der Deutsche Bank AG

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft ist durch die Wiedervereinigung der Norddeutsche Bank Aktiengesellschaft, Hamburg, der Rheinisch-Westfälische Bank Aktiengesellschaft, Düsseldorf, und der Süddeutsche Bank Aktiengesellschaft, München, entstanden. Diese Banken waren 1952 aufgrund des Gesetzes über den Niederlassungsbereich von Kreditinstituten aus der 1870 gegründeten Deutschen Bank ausgegründet worden. Die Verschmelzung und die Firma der Gesellschaft wurden am 2. Mai 1957 in das Handelsregister beim Amtsgericht Frankfurt am Main eingetragen.

Grundkapital

Das Grundkapital der Bank beträgt zum Datum dieser Zusammenfassung 1.589.399.078,40 € und ist in 620.859.015 auf den Namen lautende Stückaktien (Aktien ohne Nennbetrag) mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals der Bank je Stückaktie von 2,56 € und voller Gewinnanteilsberechtigung ab dem 1. Januar 2008 eingeteilt.

Sämtliche Aktien sind vollständig eingezahlt. Jede Aktie gewährt in der Hauptversammlung der Bank eine Stimme. Beschränkungen des Stimmrechts bestehen nicht. Sämtliche Aktien der Bank werden nach der Satzung als Namensaktien ausgegeben.

Aktionärsstruktur

Auf der Grundlage der bei der Bank eingegangenen Stimmrechtsmitteilungen (Stand 1. April 2009) und unter Berücksichtigung der zum Datum dieser Zusammenfassung 620.859.015 ausstehenden Aktien der Deutschen Bank AG sind die folgenden Aktionäre mit mindestens 3% am stimmberechtigten Grundkapital der Bank beteiligt: Deutsche Post AG (8,05%), AXA S.A. Gruppe, Paris (4,58%) und Credit Suisse Group, Zürich (über Finanzinstrumente) (3,54%).

Vorstand, Aufsichtsrat, Abschlussprüfer

Der Vorstand der Gesellschaft besteht gegenwärtig aus acht Mitgliedern. Dies sind Dr. Josef Ackermann (Vorstandsvorsitzender), Dr. Hugo Bänziger, Michael Cohrs, Jürgen Fitschen, Anshuman Jain, Stefan Krause, Hermann-Josef Lamberti und Rainer Neske.

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft besteht satzungsgemäß aus zwanzig Mitgliedern. Ihm gehören derzeit als Vertreter der Aktionäre an: Dr. Clemens Börsig (Aufsichtsratsvorsitzender), Dr. Karl-Gerhard Eick, Sir Peter Job, Prof. Dr. Henning Kagermann, Suzanne Labarge, Maurice Lévy, Dr. Theo Siegert, Dr. Johannes Teyssen, Tilman Todenhöfer und Werner Wenning. Als Vertreter der Arbeitnehmer gehören dem Aufsichtsrat derzeit an: Wolfgang Böhr, Heidrun Förster, Alfred Herling, Gerd Herzberg, Martina Klee, Henriette Mark, Gabriele Platscher, Karin Ruck, Marlehn Thieme und Leo Wunderlich.

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind über die Geschäftsadresse der Gesellschaft erreichbar.

Abschlussprüfer der Deutschen Bank für die Geschäftsjahre 2006, 2007 und 2008 ist die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (vormals KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) („KPMG“), Marie-Curie-Straße 30, 60439 Frankfurt am Main, Deutschland. KPMG ist Mitglied der Wirtschaftsprüferkammer.

Mitarbeiter

Zum 31. Dezember 2008 beschäftigte der Deutsche Bank-Konzern 80.456 Mitarbeiter.

ZUSAMMENGEFASSTE UNTERNEHMENS- UND FINANZDATEN

Die nachfolgenden Tabellen fassen ausgewählte Unternehmens- und Finanzdaten des Deutsche Bank-Konzerns für die Geschäftsjahre 2008, 2007 und 2006 zusammen.

Die Daten der Konzernbilanz, die Daten der Konzern-Gewinn- und -Verlustrechnung und die Daten der Konzern-Kapitalflussrechnung für die Jahre 2008, 2007 und 2006 wurden den nach den International Financial Reporting Standards des International Accounting Standards Board (IASB), wie sie in der EU anzuwenden sind (nachfolgend „IFRS“), erstellten Konzernabschlüssen der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008 und das Geschäftsjahr 2007 (mit Vorjahresvergleichszahlen) entnommen, die von der KPMG geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen wurden. Die Angaben zu den Eigenmitteln und den Kapitalquoten sind für die Jahre 2008, 2007 und 2006 aus den Erläuterungen zu den vorgenannten geprüften Konzernabschlüssen entnommen.

Die nachfolgenden Tabellen sollten in Verbindung mit den Konzernabschlüssen gelesen werden, die im Finanzteil des Registrierungsformulars abgedruckt sind. Aufgrund von Rundungen können sich bei Summenbildungen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

Daten der Konzern-Gewinn- und -Verlustrechnung

in Mio € (außer Angaben je Aktie)	2008	2007 (geprüft)	2006
Zinsen und ähnliche Erträge	54.549	64.675 ⁽¹⁾	58.275
Zinsaufwendungen	42.096	55.826	51.267
Zinsüberschuss	12.453	8.849	7.008
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.076	612	298
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft	11.377	8.237	6.710
Provisionsüberschuss	9.749	12.289	11.195
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen	- 9.992	7.175	8.892
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	666	793	591
Ergebnis aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	46	353	419
Sonstige Erträge	568	1.286	389
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	1.037	21.896	21.486
Personalaufwand	9.606	13.122	12.498
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	8.216	7.954	7.069
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	- 252	193	67
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	585	128	31
Restrukturierungsaufwand	-	- 13	192
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	18.155	21.384	19.857
Ergebnis vor Steuern	- 5.741	8.749	8.339
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	- 1.845	2.239	2.260
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	- 3.896	6.510	6.079
Den Minderheitsanteilen zurechenbares Konzernergebnis	- 61	36	9
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	- 3.835	6.474	6.070
Ergebnis je Aktie (basic) (in €) ⁽²⁾	- 7,61	13,65	12,96
Ergebnis je Aktie (verwässert) (in €) ⁽³⁾	- 7,61	13,05	11,48
Dividende je Aktie (in €) ⁽³⁾	4,50	4,00	2,50

1 Angepasst (Konzern-Gewinn- und -Verlustrechnung 2007: 67.706 Mio €).

2 Das Ergebnis je Aktie wird mittels Division des den Deutsche Bank Aktionären zurechenbaren Konzernergebnisses durch die durchschnittliche Anzahl der im jeweiligen Berichtsjahr ausstehenden Stammaktien ermittelt. Die durchschnittliche Anzahl der ausstehenden Stammaktien ergibt sich aus dem Durchschnitt der ausgegebenen Stammaktien, vermindert um die durchschnittliche Anzahl an Aktien im Eigenbestand und um die durchschnittliche Anzahl an Aktien, die über Terminkäufe erworben werden, welche durch Lieferung in Aktien erfüllt werden, und zuzüglich noch nicht zugewiesener unverfallbarer Aktien aus aktienbasierten Vergütungsplänen. Dem verwässerten Ergebnis je Aktie liegt die Annahme der Wandlung ausstehender Wertpapiere in Stammaktien oder die Ausübung sonstiger Kontrakte zur Emission von Stammaktien wie Aktienoptionen, wandelbaren Schuldtiteln, noch nicht unverfallbaren Aktienrechten und Terminkontrakten zugrunde. Finanzinstrumente werden bei der Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nur berücksichtigt, wenn sie in dem jeweiligen Berichtszeitraum einen verwässernden Effekt haben.

3 Im Geschäftsjahr vorgeschlagene und gezahlte Dividenden.

Daten der Konzernbilanz

in Mio €	31.12.			
	31.12.2008	2007 ⁽¹⁾ (angepasst)	31.12. 2007 ⁽²⁾	31.12.2006
	<i>(geprüft)</i>			
Aktiva:				
Barreserve	9.826	8.632	8.632	7.008
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	64.739	21.615	21.615	19.199
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	9.267	13.597	13.597	14.265
Forderungen aus Wertpapierleihen	35.022	55.961	55.961	62.943
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ⁽³⁾	1.623.811	1.378.011	1.474.103	1.104.650
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ⁽⁴⁾	24.835	42.294	42.294	38.037
Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	2.242	3.366	3.366	2.541
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	269.281	198.892	198.892	178.524
Sachanlagen	3.712	2.409	2.409	3.241
Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte	9.877	9.383	9.383	8.612
Sonstige Aktiva	137.829	183.638	182.897	139.021
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	3.512	2.428	2.428	2.120
Steuerforderungen aus latenten Steuern	8.470	4.777	4.772	4.332
Summe der Aktiva	2.202.423	1.925.003	2.020.349	1.584.493
Passiva:				
Einlagen	395.553	457.946	457.946	411.916
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	87.117	178.741	178.741	102.200
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	3.216	9.565	9.565	21.174
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	1.333.765	870.085	966.177	694.619
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	39.115	53.410	53.410	48.433
Sonstige Passiva	160.598	171.444	171.509	144.129
Rückstellungen	1.418	1.295	1.295	1.768
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	2.354	4.221	4.515	4.033
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	3.784	2.380	2.124	2.285
Langfristige Verbindlichkeiten	133.856	126.703	126.703	111.363
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	9.729	6.345	6.345	4.771
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	4	3.553	3.553	4.327
Summe der Verbindlichkeiten	2.170.509	1.885.688	1.981.883	1.551.018
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	1.461	1.358	1.358	1.343
Kapitalrücklage	14.961	15.808	15.808	15.246
Gewinnrücklagen	20.074	26.051	25.116	20.451
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	- 939	- 2.819	- 2.819	- 2.378
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	- 3	- 3.552	- 3.552	- 4.307
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern				
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach darauf entfallenden Steuern und sonstigen Anpassungen	- 882	3.635	3.635	3.208
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern, nach Steuern	- 349	- 52	- 52	- 45
Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern	- 3.620	- 2.536	- 2.450	- 760
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern	- 4.851	1.047	1.133	2.403
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	30.703	37.893	37.044	32.758
Minderheitsanteile	1.211	1.422	1.422	717
Eigenkapital einschließlich Minderheitsanteile	31.914	39.315	38.466	33.475
Summe der Passiva	2.202.423	1.925.003	2.020.349	1.584.493

1 Diese Angaben zum 31.12.2007 sind dem Konzernabschluss 2008 entnommen und wurden an den Ausweis zum 31.12.2008 angepasst. Eine Berechnung der vorgenommenen Anpassungen ist in Note 1 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008 enthalten.

2 Diese Angaben zum 31.12.2007 sind dem Konzernabschluss 2007 entnommen, wurden nicht an den Ausweis zum 31.12.2008 angepasst und sind daher ebenso wie die Angaben zum 31.12.2006 nicht ohne weiteres mit den Angaben zum 31.12.2008 vergleichbar.

3 Konzernbilanz zum 31.12.2008: davon zum 31.12.2008 62 Mrd € (2007: 179 Mrd €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer; Konzernbilanz zum 31.12.2007: davon zum 31.12.2007 158 Mrd € (2006: 87 Mrd €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer.

4 davon zum 31.12.2008 464 Mio € (2007: 17 Mio €; 2006: 23 Mio €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer.

Daten der Konzern-Kapitalflussrechnung

in Mio €	2008	2007 (geprüft)	2006
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	- 3.896	6.510	6.079
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-), bereinigt um nicht liquiditätswirksamen Aufwand/Ertrag und sonstige Posten	- 3.075	5.696	6.861
Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	37.117	16.790	11.164
Nettocashflow aus Investitionstätigkeit	- 769	- 4.388	- 3.470
Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit	3.220	- 3.369	- 3.252
Nettoeffekt aus Wechselkursänderungen der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	- 402	- 289	- 510
Insgesamt	65.264	26.098	17.354

Eigenmittel und Kapitalquoten

	2008	2007 ⁽¹⁾ (angepasst)	2007 ⁽²⁾ (geprüft)	2006
Ergebnis vor Steuern (in Mio €)	- 5.741	8.749	8.749	8.339
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	- 11,1 %	17,9 % ⁽³⁾	18,0 %	20,4 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	- 16,5 %	24,1 % ⁽³⁾	24,3 %	28,0 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁽⁴⁾	- 17,7 %	29,0 % ⁽³⁾	29,2 %	32,7 %
Aufwand-Ertrag-Relation ⁽⁵⁾	134,6 %	69,6 %	69,6 %	69,7 %
Bilanzsumme (in Mrd €)	2.202	1.925	2.020	1.584
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital (in Mrd €)	30,7	37,9	37,0	32,8
Tier-1 Kapitalquote	10,1 % ⁽⁶⁾	8,6 % ⁽⁶⁾	8,6 %	8,5 % ⁽⁶⁾

- Angaben auf Basis des Konzernabschlusses 2008, angepasst an den Ausweis zum 31.12.2008. Eine Beschreibung der vorgenommenen Anpassungen ist in Note 1 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008 enthalten.
- Angaben auf Basis des Konzernabschlusses 2007.
- Die Anpassung der Quote resultierte aus den in Note 1 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008 beschriebenen Anpassungen des Eigenkapitals.
- Aus Gründen der Vergleichbarkeit berechnet die Deutsche Bank eine bereinigte Kennziffer für ihre Eigenkapitalrendite. Diese bereinigte Kennziffer bezeichnet die Deutsche Bank als „Eigenkapitalrendite vor Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity“. Es handelt sich dabei nicht um eine IFRS-basierte Kennziffer. Bei einem Vergleich sollten daher die Unterschiede bei der Berechnung dieser Quoten berücksichtigt werden. Die Positionen, um die die Deutsche Bank das durchschnittliche Eigenkapital (2008: 34.442 Mio €; 2007: 35.888 Mio € (angepasst: 36.134 Mio €; 2006: 29.751 Mio €) bereinigt, sind die durchschnittlichen unrealisierten Gewinne aus zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren und die durchschnittliche Fair Value-Anpassung von Cash Flow Hedges, beide Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern (2008: 619 Mio €; 2007: 3.841 Mio €; 2006: 29.751 Mio €) sowie die durchschnittliche jährliche Dividende, die unterjährig abgegrenzt und im Folgejahr nach Zustimmung der Hauptversammlung gezahlt wird (2008: 1.743 Mio €; 2007: 2.200 Mio €; 2006: 1.615 Mio €).
- Prozentualer Anteil der zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus zinsunabhängige Erträge.
- Die für 2008 gezeigte Tier-1 Kapitalquote basiert auf dem überarbeiteten und vom Baseler Ausschuss in 2004 präsentierten Eigenkapitalstandard (Basel II), der im deutschen Kreditwesengesetz (KWG) und in der Solvabilitätsverordnung in deutsches Recht umgesetzt wurde. Die Quoten für 2007 und 2006 basieren auf dem Basel I-Standard. Basel II Tier-1 Kapital ohne Übergangsposten gemäß § 64h Absatz 3 KWG.

Informationen zur Aktie der Gesellschaft

	2008	2007	2006
	(in € je Aktie)		
Börsenkurs (XETRA)			
Aktienkurs zum Ende der Berichtsperiode	27,83	89,40	101,34
Aktienkurs höchst	89,80	118,51	103,29
Aktienkurs tiefst	18,59	81,33	80,74

ZUSAMMENFASSUNG DER ANGABEN ÜBER DIE NEUEN AKTIEN

Aktien	50.000.000 neue auf den Namen lautende Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien) der Gesellschaft aus der am 23. Februar 2009 vom Vorstand mit Zustimmung des Präsidialausschusses des Aufsichtsrats, auf den der Aufsichtsrat mit Beschluss vom 14. Januar 2009 die Beschlusszuständigkeit delegiert hat, beschlossenen Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage aus genehmigtem Kapital. Die Kapitalerhöhung wurde am 6. März 2009 in das Handelsregister eingetragen. Die neuen Aktien wurden an die Deutsche Post AG („Deutsche Post“) als Gegenleistung für die Übertragung von Aktien der Deutsche Postbank AG ausgegeben.
Börsenzulassung und Einbeziehung der neuen Aktien in die bestehende Notierung	<p>Die Zulassung der neuen Aktien zum regulierten Markt an den Wertpapierbörsen Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart sowie zum Teilbereich des regulierten Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse wurde am 7. April 2009 beantragt.</p> <p>Für die Börsenzulassung der neuen Aktien und ihre Einbeziehung in die bestehende Notierung an den deutschen Wertpapierbörsen ist folgender Zeitplan vorgesehen:</p> <p>9. April 2009 Billigung von Registrierungsformular, Wertpapierbeschreibung und Zusammenfassung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“)</p> <p>9. April 2009 Veröffentlichung des von der BaFin gebilligten Prospekts (bestehend aus Registrierungsformular, Wertpapierbeschreibung und Zusammenfassung)</p> <p>15. April 2009 Zulassungsbeschluss der Frankfurter Wertpapierbörse und der Regionalbörsen Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart</p> <p>17. April 2009 Einbeziehung der neuen Aktien in die bestehende Notierung</p> <p>Die neuen Aktien sollen zeitnah auch an der New York Stock Exchange zugelassen werden.</p> <p>Dieser Prospekt (bestehend aus Registrierungsformular, Wertpapierbeschreibung und Zusammenfassung) wird ab dem 9. April 2009 während der üblichen Geschäftszeiten bei der Deutsche Bank AG, Grosse Gallusstrasse 10–14, 60316 Frankfurt am Main, in gedruckter Form kostenlos erhältlich sein. Das Registrierungsformular wird zudem auf der Internetseite der Gesellschaft veröffentlicht.</p>
Form, Stimmrecht	Sämtliche Aktien der Gesellschaft einschließlich der neuen Aktien sind auf den Namen lautende Stückaktien ohne Nennbetrag mit einem auf die einzelne Aktie entfallenden rechnerischen Anteil am Grundkapital in Höhe von 2,56 €. Jede Aktie gewährt in der Hauptversammlung der Gesellschaft eine Stimme. Beschränkungen des Stimmrechts bestehen nicht.
Gewinnanteilsberechtigung, Anteil am Liquidationserlös	Die neuen Aktien sind mit voller Gewinnanteilsberechtigung ab dem 1. Januar 2008 ausgestattet. An einem etwaigen Liquidationserlös nehmen die neuen Aktien entsprechend ihrem rechnerischen Anteil am Grundkapital teil.
Verbriefung	Die neuen Aktien werden in einer Globalurkunde ohne Gewinnanteilsschein verbrieft, die bei der Clearstream Banking AG, Neue Börsenstrasse 1, 60457 Frankfurt am Main („Clearstream“), hinterlegt ist bzw. wird. Ein Anspruch der

Aktionäre auf Verbriefung ihrer Anteile sowie etwaiger Gewinnanteil- und Erneuerungsscheine ist satzungsgemäß ausgeschlossen, soweit seine Gewährung nicht nach den Regeln erforderlich ist, die an einer Börse gelten, an der die Aktien zugelassen sind. Die neuen Aktien sind mit den gleichen Rechten ausgestattet wie alle anderen Aktien der Gesellschaft und vermitteln keine darüber hinausgehenden Rechte oder Vorteile.

Übertragbarkeit	Die Übertragbarkeit der Aktien der Bank ist weder gesetzlich noch durch die Satzung der Bank eingeschränkt.
Marktschutzvereinbarung / Veräußerungsbeschränkungen (Lock-up)	Die Deutsche Post hat sich gegenüber der Deutschen Bank verpflichtet, von den insgesamt 50.000.000 neuen Aktien 25.000.000 Aktien („Tranche 1“) vor Ablauf des 3. Juni 2009 nicht direkt oder indirekt anzubieten, zu verkaufen oder zu vermarkten oder dies anzukündigen, soweit dies nicht mit der Deutschen Bank vereinbart ist. Hinsichtlich der weiteren 25.000.000 Aktien („Tranche 2“) hat sich die Deutsche Post gegenüber der Deutschen Bank verpflichtet, diese nicht vor Ablauf des 30. April 2009 sowie nicht in dem Zeitraum vom 30. Mai 2009 bis voraussichtlich zum 1. Juli 2009 direkt oder indirekt anzubieten, zu verkaufen oder zu vermarkten oder dies anzukündigen. Veräußerungsbeschränkungen gelten im Zeitraum vom 25. April bis zum 1. Juli 2009 (jeweils einschließlich) auch für jede Transaktion, die wirtschaftlich einem Verkauf entspricht.
Zahlstelle	Zahlstelle für die Aktien der Gesellschaft ist die Deutsche Bank AG, Theodor-Heuss-Allee 70, 60486 Frankfurt am Main.
International Securities Identification Number (ISIN)	DE0005140008
Wertpapier-Kenn-Nummer (WKN)	514000
Common Code	009992499
Börsenkürzel	DBK

ZUSAMMENFASSUNG DER RISIKOFAKTOREN

Die Deutsche Bank ist einer Reihe von Risiken ausgesetzt, die einzeln oder zusammen wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Bank AG bzw. des Deutsche Bank-Konzerns haben könnten oder die für die neu zuzulassenden Aktien von wesentlicher Bedeutung sind. Zusammengefasst sind das:

- Die Deutsche Bank ist von der andauernden weltweiten Finanzkrise und der wirtschaftlichen Rezession betroffen und erwartet auch weiterhin davon betroffen zu sein.
- Die Verschlechterung der Marktverhältnisse und hohe Volatilität können Erträge und Gewinn der Deutschen Bank in erheblichem Maße beeinträchtigen.
- Die Deutsche Bank hat infolge von Marktschwankungen erhebliche Verluste aus ihrem Handels- und Investmentgeschäft erlitten, die auch weiterhin auftreten können.
- Der andauernde Verfall von Marktpreisen hat zu einem Rückgang der an den Märkten vorhandenen Liquidität geführt und kann diese weiter verringern. Angesichts der andauernd illiquiden Märkte ist es schwieriger, Vermögenswerte zu veräußern; Veräußerungen können zu erheblichen Verlusten führen.
- Infolge von Veränderungen des Fair Value ihrer Finanzinstrumente hat die Deutsche Bank Verluste erlitten und kann weitere Verluste erleiden.
- Auch wenn Verluste aus Geschäften für Rechnung von Kunden entstehen, werden diese der Deutschen Bank möglicherweise nicht erstattet, wodurch erhebliche Verluste entstehen können und die Reputation der Deutschen Bank beeinträchtigt werden kann.
- Die Einnahmen der Deutschen Bank aus dem Investmentbanking sind zurückgegangen und können bei gegenwärtig oder künftig ungünstigen Marktverhältnissen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiter sinken.
- Die Deutsche Bank könnte geringere Einnahmen aus ihrer Tätigkeit als Makler und anderen provisionsbasierten Geschäften erzielen.
- Ungeachtet bestehender Grundsätze, Verfahren und Methoden zur Überwachung von Risiken ist die Deutsche Bank unerkannten und nicht vorhergesehenen Risiken ausgesetzt, die zu erheblichen Verlusten führen können.
- Die Deutsche Bank ist Kreditrisiken ausgesetzt, die erheblich über die Risiken aus dem traditionellen Bankkreditgeschäft hinausgehen.
- Die Deutsche Bank benötigt ständig Liquidität, um ihre Geschäftsaktivitäten zu refinanzieren. In Zeiten marktweiter oder unternehmensspezifischer Liquiditätsengpässe kann sie daher Beeinträchtigungen erleiden. Sie ist dabei auch dem Risiko ausgesetzt, dass ihr keine Liquidität zur Verfügung gestellt wird, auch wenn ihr zugrunde liegendes Geschäft weiterhin stabil ist.
- Die Deutsche Bank benötigt Kapital als Grundlage für ihre Geschäftsaktivitäten und zur Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorgaben. Verluste in Folge der Finanzkrise könnten das Kapital der Deutschen Bank reduzieren. Marktverhältnisse könnten die Deutsche Bank an der Beschaffung weiteren Kapitals hindern oder ihre Kapitalkosten erhöhen.
- Maßnahmen von Regierungen und Zentralbanken zur Bekämpfung der Finanzmarktkrise wirken sich erheblich auf das Wettbewerbsumfeld aus und können die rechtliche und wirtschaftliche Position der Aktionäre der Deutschen Bank und anderer Investoren sowie das aufsichtsrechtliche Umfeld erheblich beeinflussen.
- Operationelle Risiken können das Geschäft der Deutschen Bank beeinträchtigen.
- Der Umfang der Abwicklungsgeschäfte der Deutschen Bank setzt sie erhöhten Gefahren erheblicher Verluste aus, sollten ihre Systeme nicht ordnungsgemäß funktionieren.
- Sollte es der Deutschen Bank nicht gelingen, ihre strategischen Initiativen umzusetzen oder auf andere Weise auf die Finanzkrise zu reagieren, könnte dies weitere Verluste oder eine geringe Ertragskraft zur Folge haben. Dies könnte sich auch auf den Aktienkurs der Deutschen Bank negativ auswirken.

- Die Deutsche Bank könnte Schwierigkeiten haben, Akquisitionsmöglichkeiten zu identifizieren und durchzuführen. Sowohl Akquisitionen als auch das Absehen von Zukäufen können die Ertragslage und den Aktienkurs der Deutschen Bank erheblich beeinträchtigen.
- Der Deutschen Bank könnte es nur unter Schwierigkeiten gelingen, Vermögenswerte außerhalb ihres Kerngeschäfts zu günstigen Preisen oder überhaupt zu verkaufen.
- Ereignisse in Unternehmen, in denen die Deutsche Bank investiert ist, können den Verkauf dieser Beteiligungen erschweren und unabhängig von der Marktentwicklung zu erheblichen Verlusten führen.
- Intensiver Wettbewerb auf dem deutschen Heimatmarkt ebenso wie auf den internationalen Märkten könnte die Erträge und die Profitabilität der Deutschen Bank wesentlich beeinträchtigen.
- Die Deutsche Bank ist in einem in zunehmendem Maße regulierten und für Rechtsstreitigkeiten anfälligen Umfeld tätig, das sie Schadensersatzansprüchen und anderen Kosten aussetzt, deren Höhe schwierig abzuschätzen ist.
- Transaktionen mit Geschäftspartnern in Ländern, die vom U. S. State Department als Staaten eingeordnet werden, die den Terrorismus unterstützen, können mögliche Kunden und Investoren davon abhalten, mit der Deutschen Bank Geschäfte zu machen oder in ihre Wertpapiere zu investieren.
- Der Aktienkurs der Gesellschaft war und kann weiterhin volatil sein.
- Es kann sein, dass die Gesellschaft in künftigen Geschäftsjahren keine Dividendenzahlungen leistet, sei es, dass sie keinen ausschüttungsfähigen Bilanzgewinn erzielt, oder sei es aus anderen Gründen.
- Die Beteiligung der Aktionäre könnte bei zukünftigen Kapitalmaßnahmen verwässert werden.

UNTERSCHRIFTSEITE

Frankfurt am Main, im April 2009

Deutsche Bank AG

gez. Zabel

gez. Brunckhorst

[Diese Seite bleibt aus technischen Gründen frei.]

[Diese Seite bleibt aus technischen Gründen frei.]

9. April 2009

Deutsche Bank Aktiengesellschaft



Registrierungsformular

gemäß §§ 5, 12 Absatz 1 Satz 3 Wertpapierprospektgesetz

INHALTSVERZEICHNIS

Einbeziehung von Angaben in Form eines Verweises	4
Billigung, Veröffentlichung und Gültigkeit des Registrierungsformulars	4
Verantwortliche Personen	5
Abschlussprüfer	5
Risikofaktoren	5
Ausgewählte konsolidierte Unternehmens- und Finanzdaten	17
Daten der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung	17
Daten der Konzernbilanz	18
Daten der Konzern-Kapitalflussrechnung	19
Eigenmittel und Kapitalquoten	19
Informationen zur Aktie der Gesellschaft	19
Angaben über die Deutsche Bank	20
Firma, Sitz, Handelsregistereintragung und Dauer der Gesellschaft	20
Geschichte und Entwicklung	20
Geschäftsjahr	20
Gegenstand des Unternehmens	20
Konzernstruktur und wesentliche Beteiligungen	20
Bekanntmachungen	20
Langfristratings	21
Dividendenpolitik und Ergebnis je Aktie	22
Dividendenpolitik	22
Ergebnis je Aktie	23
Geschäftstätigkeit	24
Überblick	24
Strategie	26
Markt und Wettbewerb	30
Konzernbereiche	33
Grundbesitz, Sachanlagen	44
Gewerbliche Schutzrechte, Lizenzen, Domains	44
Investitionen	45
Rechtsstreitigkeiten	45
Jüngste Entwicklung und Ausblick	50
Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	55
Ertragslage	55
Liquiditäts- und Kapitalmanagement	101
Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen	101
Zweckgesellschaften	109
Überblick zu vertraglichen Verpflichtungen	117
Vermögenslage	118
Kapitalflussrechnung	121
Weitere Informationen zum geprüften Jahresabschluss der Deutsche Bank AG für das Geschäftsjahr 2008 nach HGB	122
Risikomanagement	124
Überblick	124
Grundsätze für das Risiko- und Kapitalmanagement	124
Organisation	124
Arten der Risiken	125
Risikosteuerungsinstrumente	126
Kreditrisiko	128
Marktrisiko	146
Liquiditätsrisiko	153
Operationelles Risiko	159
Gesamtrisikoposition	160
Organe der Gesellschaft und Mitarbeiter	162
Überblick	162
Vorstand	163
Aufsichtsrat	170

Weitere Informationen über Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats	180
Corporate Governance Kodex	180
Hauptversammlung	181
Mitarbeiter	182
Geschäfte und Rechtsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen	184
Wesentliche Verträge	184
Regulierung und Aufsicht	185
Überblick	185
Regulierung und Aufsicht über Banken in Deutschland	185
Regulierung und Aufsicht im Europäischen Wirtschaftsraum	193
Regulierung und Aufsicht in den Vereinigten Staaten	193
Hauptaktionäre	199
Angaben über das Kapital der Deutsche Bank Aktiengesellschaft	200
Grundkapital und Aktien	200
Börsenzulassung	200
Übertragbarkeit der Aktien	200
Entwicklung des Grundkapitals seit 2006	200
Genehmigtes Kapital	201
Bedingtes Kapital	202
Wandel- und Optionsanleihen	203
Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien	203
Allgemeine Bestimmungen zu Kapitalmaßnahmen	205
Allgemeine Bestimmungen zu Bezugsrechten der Aktionäre	205
Allgemeine Bestimmungen zu Gewinnverwendung und Dividendenzahlungen	205
Ausschluss von Minderheitsaktionären	206
Anzeigepflichten für Anteilsbesitz	206
Einsehbare Dokumente	210
Zukunftsgerichtete Aussagen, Angaben von Seiten Dritter	210
Hinweise zu Währungs- und Finanzangaben	211
Finanzteil	F-1
Geprüfter Konzernabschluss (IFRS) der Deutsche Bank Aktiengesellschaft für das zum 31. Dezember 2008 endende Geschäftsjahr	F-3
Geprüfter Konzernabschluss (IFRS) der Deutsche Bank Aktiengesellschaft für das zum 31. Dezember 2007 endende Geschäftsjahr	F-173
Geprüfter Konzernabschluss 2006 (US-GAAP) der Deutsche Bank Aktiengesellschaft für das zum 31. Dezember 2006 endende Geschäftsjahr	F-325
Geprüfter Jahresabschluss 2008 (HGB) der Deutsche Bank Aktiengesellschaft für das zum 31. Dezember 2008 endende Geschäftsjahr	F-327
Glossar	G-1
Unterschriftseite	G-9

EINBEZIEHUNG VON ANGABEN IN FORM EINES VERWEISES

In dieses Registrierungsformular wurden die nachfolgend beschriebenen Angaben in Form eines Verweises auf das Registrierungsformular der Deutsche Bank AG vom 29. April 2008 aufgenommen, welches von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (die „BaFin“) gebilligt und bei ihr hinterlegt wurde und auf www.db.com/ir veröffentlicht ist. Dieses Registrierungsformular sollte im Zusammenhang mit den nachfolgend genannten Abschnitten gelesen werden, die als in diesem Registrierungsformular enthalten anzusehen sind und einen Bestandteil des Registrierungsformulars bilden:

- Finanzteil – Geprüfter Konzernabschluss (US-GAAP) der Deutsche Bank Aktiengesellschaft für das zum 31. Dezember 2006 endende Geschäftsjahr sowie Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers (Seite F-325): Registrierungsformular vom 29. April 2008 (deutsche Fassung), Seiten F-385 bis F-482.

BILLIGUNG, VERÖFFENTLICHUNG UND GÜLTIGKEIT DES REGISTERINGSFORMULARS

Dieses Registrierungsformular ist von der BaFin gemäß § 13 Absatz 1 des Wertpapierprospektgesetzes gebilligt worden. Es wurde auf der Internetseite (www.db.com/ir) der Deutsche Bank Aktiengesellschaft (nachfolgend auch „Deutsche Bank AG“, die „Bank“ oder „die Gesellschaft“ und zusammen mit ihren konsolidierten Tochtergesellschaften der „Deutsche Bank-Konzern“, die „Deutsche Bank“, oder „der Konzern“) am Tag der Billigung veröffentlicht.

Das Registrierungsformular ist für einen Zeitraum von zwölf Monaten ab dem Tag der Veröffentlichung gültig und stellt ausschließlich den Stand zum Zeitpunkt seiner Billigung dar. Dieses Registrierungsformular entspricht sowohl den Anforderungen eines Registrierungsformulars für Aktien (Art. 4, Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 809/2004) als auch eines Registrierungsformulars für Banken (Art. 14, Anhang XI der Verordnung (EG) Nr. 809/2004). Es kann daher sowohl für Aktien und andere in Art. 4 der Verordnung (EG) Nr. 809/2004 genannte Wertpapiere als auch in Bezug auf Schuldtitel, derivative Wertpapiere und sonstige nicht unter Art. 4 der Verordnung (EG) Nr. 809/2004 fallende Wertpapiere verwendet werden.

Das Registrierungsformular stellt weder ein Angebot noch eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes zur Zeichnung oder zum Kauf von Wertpapieren der Deutschen Bank dar. Es ist nicht als Empfehlung zu verstehen, dass Empfänger dieses Registrierungsformulars Wertpapiere der Deutschen Bank zeichnen oder kaufen sollen. Niemand ist von der Deutschen Bank autorisiert worden, über die in diesem Dokument enthaltenen Informationen oder Bestätigungen hinaus Informationen oder Bestätigungen abzugeben. Wenn solche Informationen und Bestätigungen dennoch abgegeben werden, darf auf diese nicht in einer Weise vertraut werden, als ob die Deutsche Bank diese autorisiert hätte.

VERANTWORTLICHE PERSONEN

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, übernimmt gemäß § 5 Absatz 4 des Wertpapierprospektgesetzes („WpPG“) die Verantwortung für den Inhalt dieses Registrierungsformulars (das „Registrierungsformular“). Die Deutsche Bank AG erklärt, dass ihres Wissens die Angaben in diesem Registrierungsformular richtig sind und keine wesentlichen Umstände ausgelassen worden sind. Sie hat die erforderliche Sorgfalt walten lassen, um sicherzustellen, dass die in diesem Registrierungsformular gemachten Angaben ihres Wissens nach richtig und keine Tatsachen ausgelassen worden sind, die die Aussage des Registrierungsformulars wahrscheinlich verändern können.

ABSCHLUSSPRÜFER

Abschlussprüfer der Deutschen Bank ist die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, (vormals KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) („KPMG“), Marie-Curie-Straße 30, 60439 Frankfurt am Main, Deutschland. Die Jahresabschlüsse nach HGB, die Konzernabschlüsse nach IFRS für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 (mit Vorjahresvergleichszahlen) sowie der Konzernabschluss nach US-GAAP für das Geschäftsjahr 2006 wurden von KPMG geprüft und jeweils mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. KPMG ist Mitglied der Wirtschaftsprüferkammer.

RISIKOFAKTOREN

Eine Investition in Wertpapiere der Deutschen Bank bringt eine Reihe von Risiken mit sich. Anleger sollten sich sorgfältig mit den nachfolgenden Informationen über die Risiken, denen die Deutsche Bank ausgesetzt ist, sowie die anderen in diesem Dokument enthaltenen Informationen befassen, bevor sie ihre Entscheidung über den Erwerb von Wertpapieren der Deutschen Bank treffen. Wenn sich eines oder mehrere dieser Risiken verwirklichen, könnte dies wesentliche nachteiligen Auswirkungen auf die finanziellen Verhältnisse, Ertragslage und Zahlungsströme der Deutschen Bank oder auch auf den Preis der Wertpapiere der Deutschen Bank haben. Die Wertpapierbeschreibung für die jeweiligen Wertpapiere kann weitere, insbesondere auf diese Wertpapiere bezogene Risikofaktoren, enthalten. Weitere Risiken, die der Bank gegenwärtig nicht bekannt sind, könnten ebenfalls den Geschäftsbetrieb der Deutsche Bank AG bzw. des Deutsche Bank-Konzerns beeinträchtigen und wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Bank AG bzw. des Deutsche Bank-Konzerns haben. Die gewählte Reihenfolge stellt keine Aussage über die Realisierungswahrscheinlichkeit sowie das Ausmaß der wirtschaftlichen Auswirkungen oder der Bedeutung der nachfolgend genannten Risikofaktoren dar:

Die Deutsche Bank ist von der andauernden weltweiten Finanzkrise und der wirtschaftlichen Rezession betroffen und erwartet auch weiterhin davon betroffen zu sein.

Die Deutsche Bank ist eine weltweit tätige Investmentbank mit einem bedeutenden Privatkundengeschäft. Daher sind ihre Geschäftsbereiche erheblich von den Verhältnissen an den weltweiten Finanzmärkten und in der Weltwirtschaft im Allgemeinen abhängig. Im Laufe des letzten Jahres haben sich diese Verhältnisse erheblich und negativ verändert. Sie verschlechtern sich weiterhin. Seit dem zweiten Halbjahr 2007 und insbesondere seit September 2008 haben die Finanzbranche, einschließlich der Deutschen Bank, und die weltweiten Finanzmärkte erheblich unter dem deutlichen Wertverfall bei nahezu allen Arten von Finanzanlagen zu leiden. Dieser Rückgang war zunächst bei Finanzwerten festzustellen, die sich auf in den USA gewährte Wohnungsbaukredite minderer Bonität (subprime) bezogen oder mit diesen unterlegt sind. Er weitete sich bald auf nahezu alle anderen Arten von Finanzanlagen aus, einschließlich anderer Grundpfandrechte und Immobilien, Kredite mit höherem Ausfallrisiko (leveraged loans) sowie Aktien. Die Finanzmärkte waren und sind weiterhin durch ein nie dagewesenes Maß an Volatilität (d. h. rasante Änderungen in der Richtung der Preisentwicklung) sowie einen Zusammenbruch bisher verzeichneter Wechselbeziehungen (d. h. Ausmaß, in dem sich Preise in die gleiche Richtung bewegen) verschiedener Arten von Vermögenswerten gekennzeichnet, der mit extrem eingeschränkter Liquidität einhergeht. Dies hat sich in erheblichem Maße negativ auf

die Verfügbarkeit und die Wertentwicklung von Instrumenten ausgewirkt, die verwendet wurden, um Positionen abzusichern und Risiken zu steuern. Zudem ist weit verbreitet unter den Investoren ein Vertrauensverlust festzustellen, der sich zunächst und im stärksten Maße auf Finanzinstitute bezog, sich aber kürzlich auch auf Unternehmen in einer Reihe anderer Branchen und auf weitere Märkte ausdehnte.

Die Marktverhältnisse haben auch zu Zusammenbrüchen und zu aus der Notlage entstandenen Fusionen einer Reihe prominenter Finanzinstitute geführt. Zusammenbrüche und Beinahe-Zusammenbrüche von Finanzinstituten haben infolge des Ausbleibens von Zahlungen auf von ihnen ausgegebene Finanzinstrumente zu Verlusten geführt, auch für die Deutsche Bank. Gleiches gilt für die Nichterfüllung von Verpflichtungen aus zweiseitigen Derivaten und aus anderen Verträgen, die mit solchen Instituten abgeschlossen wurden. Zudem haben der Wertverfall von Finanzanlagen, notleidende Hypothekenkredite und Verbraucherdarlehen, das mangelnde Vertrauen der Marktteilnehmer und Investoren sowie weitere Faktoren gemeinsam dazu beigetragen, dass die Risikoaufschläge und Kosten in Bezug auf sog. Credit Default Swaps gestiegen sind. Dies sind Instrumente, die zur Absicherung gegen Kreditrisiken dienen. Sie haben ferner dazu geführt, dass die Ratingagenturen die Ratings heruntergestuft haben, so auch jenes der Deutschen Bank. Zudem haben sich die Kosten für kurzfristige Liquidität erhöht, während ihre Verfügbarkeit ungeachtet erheblicher Reduzierung der Leitzinssätze der Zentralbanken und anderer staatlicher Maßnahmen zurückgegangen ist. Während Regierungen, Aufsichtsbehörden und Zentralbanken weltweit, einschließlich Deutschlands und der USA, eine Vielzahl von Maßnahmen getroffen haben, um die Liquidität zu verbessern und Anlegervertrauen zurück zu gewinnen, sind die Werte der Vermögensanlagen weiter gesunken. Der Zugang zu Liquidität ist weiterhin sehr eingeschränkt.

Ende 2008 schrumpften die Volkswirtschaften in Europa, den USA und anderen wirtschaftlich bedeutsamen Ländern. Auch weiterhin ist ein deutlicher Rückgang wirtschaftlicher Aktivitäten über weite Bereiche verschiedener Branchen und Regionen festzustellen. Infolge der geringen Ausgabebereitschaft der Verbraucher und der mangelnden Liquidität in den Kreditmärkten befinden sich eine Reihe von Gebietskörperschaften und viele Unternehmen in erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Zudem ist die Arbeitslosigkeit erheblich gestiegen.

Wie im Folgenden beschrieben haben sich diese extrem ungünstigen Verhältnisse an den Finanzmärkten und im wirtschaftlichen Umfeld negativ auf viele Geschäftsfelder der Deutschen Bank ausgewirkt, insbesondere auf den Handel mit Kredit- oder kreditnahen Produkten, den Handel mit Aktien und Derivaten, die Immobilienfinanzierung, die Bereiche Leveraged Finance, Corporate Finance und das Investment Management. Die Deutsche Bank hat keinen Grund zur Annahme, dass sich diese Verhältnisse kurz- oder mittelfristig verbessern werden. Bis dahin geht die Deutsche Bank davon aus, dass ihr Geschäftsergebnis dadurch weiterhin wesentlich beeinträchtigt wird.

Die Verschlechterung der Marktverhältnisse und hohe Volatilität können Erträge und Gewinn der Deutschen Bank in erheblichem Maße beeinträchtigen.

In den vergangenen Jahren hat sich die Abhängigkeit der Deutschen Bank von den Finanzmärkten erhöht, da sie einen Schwerpunkt auf Wachstum im Investment Banking, einschließlich der Handelsaktivitäten gelegt hat. Daher wirken sich nachteilige Entwicklungen an den Finanzmärkten auf die Deutsche Bank stärker aus als wenn ein größerer Anteil ihrer Erträge aus dem klassischen Kreditgeschäft stammen würde. Negative Marktentwicklungen haben zu einem Rückgang der Erträge der Deutschen Bank geführt. Diese Entwicklung kann auch weiter anhalten. Sollte es nicht gelingen, in gleichem Maße die Ausgaben zu reduzieren, kann dies die Profitabilität aufzehren oder sogar dazu führen, dass ein erheblicher Verlust ausgewiesen werden muss, wie es im Jahr 2008 der Fall war. Auch volatile Marktverhältnisse können die Deutsche Bank beeinträchtigen, so infolge eines dadurch ausgelösten Wertverfalls der von der Deutschen Bank gehaltenen Finanzanlagen oder durch ein Ansteigen der Ausgaben für Absicherungsgeschäfte.

Die Deutsche Bank hat infolge von Marktschwankungen erhebliche Verluste aus ihrem Handels- und Investmentgeschäft erlitten, die auch weiterhin auftreten können.

Insbesondere im Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities geht die Deutsche Bank in den Schuldverschreibungs-, Aktien- und Devisenmärkten große Handels- und Anlagepositionen ein.

Sie hat ferner bedeutende Investitionen in einzelne Unternehmen getätigt, vor allem durch ihren Geschäftsbereich Corporate Investments und in Teilen ihres Geschäftsbereichs Corporate Investment Bank. Sie hält auch kleinere Handels- und Anlagepositionen in anderen Vermögenswerten. Viele der Handelspositionen schließen derivative Finanzinstrumente ein.

Zur Geschäftstätigkeit jedes der Produkt- und Geschäftsbereiche, in denen die Deutsche Bank diese Art von Positionen eingeht, gehört die Einschätzung der Finanzmärkte und deren zukünftiger Entwicklung. Die Erträge und Gewinne, die die Deutsche Bank aus vielen ihrer Positionen erzielt und die in diesem Zusammenhang durchgeführten Transaktionen können durch Marktpreise beeinträchtigt werden, die zuletzt sowohl gesunken sind als auch Schwankungen unterworfen waren. Fallende Marktpreise der von der Deutschen Bank gehaltenen Vermögenswerte können zu Verlusten führen. Viele der von der Deutschen Bank durchgeführten komplexeren Transaktionen sind darauf angelegt, von Preisbewegungen und Unterschieden zwischen verschiedenen Preisen zu profitieren. Entwickeln sich Preise aber in einer nicht vorhergesehenen Weise, kann dies zu Verlusten führen. Volatile Märkte können zu geringeren Erträgen oder Gewinnen, möglicherweise sogar zu Verlusten führen. Ferner stellt die Deutsche Bank Kapital zur Verfügung und geht Marktrisiken ein, um die Durchführung bestimmter Kapitalmarkttransaktionen zu erleichtern. Dies kann sowohl zu Verlusten als auch zu schwankenden Erträgen führen.

Seit dem zweiten Halbjahr 2007 und insbesondere seit September 2008 herrschten auf den Finanzmärkten außergewöhnlich schwierige Verhältnisse vor. Diese zeigten sich in einem erheblichen Wertverfall bei Finanzanlagen und in erheblich geringerem Geschäftsaufkommen in den unmittelbar betroffenen Geschäftsbereichen. Allgemein war eine sich abschwächende Konjunktur und geringere wirtschaftliche Dynamik festzustellen. Zu den hauptsächlich betroffenen Geschäftsbereichen der Deutschen Bank zählen Leveraged Finance und der Handel in strukturierten Fremdkapitalprodukten. Neben geringerem Geschäftsaufkommen und Erträgen in diesen und anderen Bereichen haben die andauernd schwierigen Marktverhältnisse dazu geführt, dass die Deutsche Bank die Buchwertansätze einiger ihrer Vermögenswerte abschreiben musste, insbesondere bei Leveraged Loans und Kreditzusagen. Des Weiteren erlitt die Deutsche Bank erhebliche Verluste im Handel mit Aktienderivaten sowie im Eigenhandel mit Aktien und Schuldtiteln. Ungeachtet der Maßnahmen, die zur Reduzierung der Risikopositionen aus den betroffenen Vermögenswerten bzw. Geschäften getroffen wurden, war es wegen der illiquiden Märkte für einige dieser Vermögenswerte nicht immer möglich, diese Risiken abzubauen. Daher bestehen weiterhin erhebliche Risiken aus einem etwaigen weiteren Preisverfall bei den verbliebenen Positionen. Diese Abschreibungen und Verluste führten im Geschäftsjahr 2008 zu einem Verlust, der durch die in anderen Geschäftsbereichen erzielten Ergebnisse nicht kompensiert werden konnte. Die mangelnde Möglichkeit, etwaige nachteilige Auswirkungen auf die Profitabilität durch Gewinne aus anderen Geschäftsbereichen auszugleichen, wird sich möglicherweise künftig fortsetzen. Dies kann die Geschäfts- und Ertragslage der Deutschen Bank weiter beeinträchtigen.

Der andauernde Verfall von Marktpreisen hat zu einem Rückgang der an den Märkten vorhandenen Liquidität geführt und kann diese weiter verringern. Angesichts der andauernd illiquiden Märkte ist es schwieriger, Vermögenswerte zu veräußern; Veräußerungen können zu erheblichen Verlusten führen.

In einigen Geschäftsbereichen der Deutschen Bank können andauernde Marktbewegungen, insbesondere der Verfall von Marktpreisen, zu einer Verringerung des Umfangs der Marktaktivitäten und der im Markt vorhandenen Liquidität führen. Diese Entwicklung kann zu erheblichen Verlusten führen, wenn es der Deutschen Bank nicht gelingt, im Wert verfallende Positionen zeitnah aufzulösen. Dies kann insbesondere bei solchen Vermögenswerten der Fall sein, für die kein liquider Markt existiert. Vermögenswerte, die nicht an Börsen oder anderen organisierten Märkten gehandelt werden, wie z. B. Verträge über Derivate zwischen Banken, können von der Deutschen Bank anhand von Modellrechnungen anstelle von Börsenpreisen bewertet werden. Den Preisrückgang bei solchen Vermögenswerten zu beobachten, ist schwierig und kann zu unvorhergesehenen Verlusten führen.

Die außerordentlich schwierigen Marktverhältnisse seit dem zweiten Halbjahr 2007 und insbesondere seit September 2008 haben zu stark verringerter Liquidität in bestimmten Märkten geführt, in denen die Deutsche Bank Geschäfte tätigt. Dazu gehören die Märkte für Leveraged Finance und strukturierte Fremdkapitalprodukte. Die Deutsche Bank hat bereits Abschreibungen auf einige ihrer Ver-

mögenswerte vorgenommen und kann durch weiterhin schwierige Marktverhältnisse dazu gezwungen sein, weitere Abschreibungen vorzunehmen. Dies könnte erheblich nachteilige Auswirkungen auf ihre Finanzlage haben. Im dritten und vierten Quartal des Jahres 2008 hat die Deutsche Bank, soweit nach den jüngst erfolgten Änderungen der IFRS zulässig, bestimmte zuvor als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert (*Fair Value*) oder als zur Veräußerung verfügbar (*available for sale*) verbuchte finanzielle Vermögenswerte als Kredite umklassifiziert. Während diese umklassifizierten Vermögenswerte, die zum 31. Dezember 2008 einen Buchwert von 34,4 Mrd € hatten, nicht mehr mit ihrem Marktwert bilanziert werden müssen, besteht weiterhin das Risiko, dass auf diese Vermögenswerte Abschreibungen vorzunehmen sind. Zudem können weitere Finanzierungs- und Kapitalkosten entstehen, sollte es der Deutschen Bank nicht gelingen, bestimmte Vermögenswerte zu veräußern.

Infolge von Veränderungen des Fair Value ihrer Finanzinstrumente hat die Deutsche Bank Verluste erlitten und kann weitere Verluste erleiden.

Ein wesentlicher Teil der in der Bilanz der Deutschen Bank erfassten Aktiva und Passiva besteht aus Finanzinstrumenten, die zum beizulegenden Zeitwert (*Fair Value*) verbucht sind. Veränderungen des beizulegenden Zeitwertes schlagen sich in der Gewinn- und Verlustrechnung nieder. Beizulegender Zeitwert bedeutet dabei den Preis, zu dem ein Vermögenswert oder eine Verbindlichkeit zwischen sachverständigen, vertragswilligen Geschäftspartnern getauscht werden könnte, außer in einem erzwungenen oder Liquidationsverkauf. Wenn der Wert eines zum beizulegenden Zeitwert verbuchten Vermögenswertes sinkt (bzw. der Wert einer zum beizulegenden Zeitwert verbuchten Verbindlichkeit sinkt), schlägt sich die damit verbundene Abschreibung in der Gewinn- und Verlustrechnung nieder. Solche Abschreibungen sind bereits in erheblichem Umfang erfolgt und können auch künftig erforderlich werden.

Beobachtbare Preise und Marktdaten stehen für bestimmte Arten von Finanzinstrumenten nicht zur Verfügung. Der beizulegende Zeitwert wird in diesen Fällen auf der Grundlage von Bewertungsmethoden bestimmt, die die Deutsche Bank für das betreffende Finanzinstrument für angemessen hält. Die Anwendung von Bewertungsmethoden zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes schließt Schätzungen und Ermessensbeurteilungen ein, deren Umfang von der Komplexität des Instruments und der im Markt vorhandenen Liquidität abhängt. So ist Ermessen bei der Auswahl und Anwendung angemessener Parameter, Annahmen und Modellbetrachtungen auszuüben. Wenn sich der Bewertung zugrunde gelegte Annahmen aufgrund negativer Marktverhältnisse oder aus anderen Gründen verändern, können künftige Bewertungen zu wesentlichen Veränderungen des beizulegenden Zeitwertes der Finanzinstrumente der Deutschen Bank führen, die die Verbuchung von Verlusten erforderlich machen können.

Die Belastungen und diesbezügliche Abschreibungen werden abzüglich etwaiger Gewinne auf der Grundlage des beizulegenden Zeitwertes von Absicherungsgeschäften ausgewiesen, die die Basiswerte des Absicherungsgeschäfts betreffen. Möglicherweise können diese Gewinne jedoch nicht realisiert werden. Der beizulegende Zeitwert der Absicherungsgeschäfte kann sich in späteren Perioden aus einer Reihe von Gründen ändern, einschließlich einer Verschlechterung der Kreditwürdigkeit der Gegenpartei des Absicherungsgeschäfts. Solche Verschlechterungen können unabhängig von dem beizulegenden Zeitwert des Basiswerts des Absicherungsgeschäfts sein und zu künftigen Verlusten führen.

Das Ergebnis der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008 beinhaltet Handelsverluste aus dem Relative Value Handel mit Schuld- und Eigenkapitaltiteln, aus dem CDO-Korrelationshandel, dem Handel mit verbrieften Hypothekendarlehen für den Erwerb von Wohnimmobilien und aus Krediten und Kreditzusagen aus dem Leveraged Finance Geschäft. Die Deutsche Bank ist auch weiterhin Risiken aus diesen Märkten und Produkten ausgesetzt. Dies kann zu weiteren Verlusten führen. Diese Verluste können wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Finanz- und Ertragslage der Deutschen Bank haben.

Auch wenn Verluste aus Geschäften für Rechnung von Kunden entstehen, werden diese der Deutschen Bank möglicherweise nicht erstattet, wodurch erhebliche Verluste entstehen können und die Reputation der Deutschen Bank beeinträchtigt werden kann.

Kunden, für deren Rechnung die Deutsche Bank Positionen eingegangen ist, müssen für dabei entstandene Verluste einstehen. Jedoch ergeben sich daraus zusätzliche Kreditrisiken in Bezug auf diese Erstattungsverpflichtung. Auch kann das Geschäft der Deutschen Bank beeinträchtigt werden, wenn ihre Kunden Verluste erleiden und das Vertrauen in die Produkte und Dienstleistungen der Deutschen Bank verlieren.

Die Einnahmen der Deutschen Bank aus dem Investmentbanking sind zurückgegangen und können bei gegenwärtig oder künftig ungünstigen Marktverhältnissen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiter sinken.

Die Einnahmen aus dem Investmentbanking, die in Beratungsgebühren und Übernahmeprovisionen bestehen, hängen unmittelbar von der Zahl und dem Volumen der Transaktionen ab, an denen die Deutsche Bank beteiligt ist. Sie sind anfällig für negative Folgen aus anhaltend negativen Marktentwicklungen wie sie gegenwärtig zu beobachten sind. Diese Provisionen und andere Einnahmen werden im Allgemeinen nach dem Wert der zu Grunde liegenden Vermögensgegenstände bemessen. Mit deren Wertverfall, so wie er in der aktuellen Finanzkrise festzustellen ist, gehen auch die Provisionen der Deutschen Bank zurück. Im Jahr 2008 wurde das Investmentbanking-Geschäft der Deutschen Bank vom Rückgang der Aktien- und Anleiheemissionen sowie durch die geringere Zahl an Fusionen und Unternehmensübernahmen beeinträchtigt. Die Erträge und die Profitabilität der Deutschen Bank könnten weiterhin durch eine erhebliche Reduzierung von Zahl und Umfang der Aktien- und Anleiheemissionen sowie der Unternehmenstransaktionen negativ beeinflusst werden.

Die Deutsche Bank könnte geringere Einnahmen aus ihrer Tätigkeit als Makler und anderen provisiionsbasierten Geschäften erzielen.

Der Einbruch der Märkte hatte Rückgänge bei den Volumina der Transaktionen zur Folge, die die Deutsche Bank für ihre Kunden durchführt. Daher sind ihre zinsunabhängigen Einnahmen zurückgegangen. Diese Entwicklung wird wahrscheinlich anhalten. Zudem hängen die Gebühren, die die Deutsche Bank für die Verwaltung der Wertpapierbestände ihrer Kunden erhält, in vielen Fällen vom Wert und der Wertentwicklung dieser Bestände ab. Ein Markteinbruch, wie er gegenwärtig zu beobachten ist, verringert den Wert dieser Wertpapierbestände und erhöht den Umfang, in dem Vermögen abgezogen wird. Dies führt zu einem Rückgang der Einnahmen aus der Vermögensverwaltung und dem Privatkundengeschäft. Unabhängig von einem Markteinbruch kann eine Wertentwicklung der Investmentfonds der Deutschen Bank, die negativ oder schlechter als der Markt verläuft, zu erhöhten Ab- und geringeren Zuflüssen führen. Dies kann geringere Einnahmen aus der Vermögensverwaltung zur Folge haben.

Ungeachtet bestehender Grundsätze, Verfahren und Methoden zur Überwachung von Risiken ist die Deutsche Bank unerkannten und nicht vorhergesehenen Risiken ausgesetzt, die zu erheblichen Verlusten führen können.

Die Deutsche Bank hat mit erheblichem Aufwand Grundsätze, Verfahren und Bewertungsmethoden zur Überwachung von Risiken entwickelt und beabsichtigt, dies auch weiterhin zu tun. Dennoch haben die Techniken und Strategien zur Überwachung von Risiken nicht vollständig verhindern können, dass die Deutsche Bank in allen Marktsituationen Risiken verschiedenster Art ausgesetzt ist. Dies wird auch künftig nicht auszuschließen sein. Einigen der quantitativen Meßmethoden und -größen im Risikomanagement liegen Erfahrungswerte über historische Marktentwicklungen zu Grunde. So werden statistische und andere Methoden auf diese Erfahrungswerte angewandt, um die Risiken zu quantifizieren, denen die Deutsche Bank ausgesetzt ist. Im gegenwärtig vorherrschenden volatilen Marktumfeld konnten diese Meßmethoden und -größen einige der eingetretenen Verluste nicht vorherbestimmen. Dies kann auch in Bezug auf wesentliche künftige Risiken der Fall sein. Zudem berücksichtigt das quantitative Risikomanagementmodell nicht alle Risiken und trifft zahlreiche Annahmen im Hinblick auf das Marktumfeld, die nicht auf konkrete Ereignisse gestützt sind. Daher haben sich Risiken aus Faktoren ergeben, die durch die angewandten statistischen Modelle vorhergesehen oder nicht zutreffend bewertet wurden. Dies hat die Fähigkeit der Deutschen Bank zur Risikoüberwachung beeinträchtigt und könnte auch weiter zu Beeinträchtigungen führen. Die eingetretenen Verluste waren daher deutlich höher und können auch künftig deutlich höher sein, als dies den historischen Daten entspricht.

So ist beispielsweise der Value-at-Risk-Ansatz, den die Deutsche Bank verwendet, um ein quantitatives Maß für ihre Marktrisiken im Handelsbuch abzuleiten, darauf ausgelegt, Risikofaktoren unter normalen Marktbedingungen abzubilden. Die für die Value-at-Risk-Berechnung erforderlichen statistischen Parameter basieren auf historischen Daten für 261 Handelstage, die jeder beobachteten Entwicklung gleiches Gewicht beimessen. Im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Back-Testing wurden 2008 jedoch insgesamt 35 Ausreißer beobachtet (im Vergleich zu 12 Ausreißern im Jahr 2007). Diese bestehen in hypothetischen Buy-and-hold-Verlusten, die den prognostizierten Value-at-Risk für die Handelsbereiche im Ganzen überstiegen. Statistisch werden pro Jahr dagegen zwei bis drei Ausreißer erwartet. Die Deutsche Bank ist der Auffassung, dass die Mehrzahl dieser Ausreißer mit extremen Ereignissen außerhalb üblicher Marktbedingungen zusammenhängen. Dennoch werden die den Rechenmodellen zugrunde liegenden Annahmen und Parameter im Hinblick auf mögliche Verbesserungen für solche ungewöhnlichen Marktverhältnisse überprüft.

Daneben kann sich auch der eher qualitative Ansatz der Deutschen Bank zum Management solcher Risiken, die durch quantitative Methoden nicht berücksichtigt werden, als unzureichend erweisen. Daraus können sich erhebliche unvorhergesehene Verluste ergeben. Falls gegenwärtige oder künftige Kunden das Risikomanagement der Deutschen Bank für nicht angemessen halten sollten, besteht die Möglichkeit, dass Geschäft zu anderen Instituten abwandert. Dies könnte sowohl die Reputation der Deutschen Bank als auch Einnahmen und Gewinn beeinträchtigen.

Die Deutsche Bank ist Kreditrisiken ausgesetzt, die erheblich über die Risiken aus dem traditionellen Bankkreditgeschäft hinausgehen.

Die Deutsche Bank ist als Bank und Finanzdienstleister dem Risiko ausgesetzt, dass Dritte, die der Deutschen Bank Geld, Wertpapiere oder andere Vermögenswerte schulden, ihre Verpflichtungen nicht erfüllen. Zudem ist die Deutsche Bank in vielen Geschäftsfeldern außerhalb der klassischen Bankgeschäfte des Einlagen- und Kreditgeschäfts ebenfalls Kreditrisiken ausgesetzt.

Insbesondere umfassen viele der Geschäftsfelder, in denen die Deutsche Bank mit ihrem Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities aktiv ist, Kreditgeschäfte, die oft ergänzend zu anderen Transaktionen eingegangen werden. Kreditrisiken außerhalb des klassischen Kreditgeschäfts können zum Beispiel entstehen aus dem Halten von Wertpapieren für Dritte; dem Eingehen von Swap-Vereinbarungen oder anderen Derivategeschäften, bei denen Kontrahenten gegenüber der Deutschen Bank Zahlungsverpflichtungen haben. Ein weiteres Beispiel ist die Ausführung von Wertpapier-, Termin-, Währungs- oder Rohstoffhandelsgeschäften, die aufgrund einer Nichtleistung des Kontrahenten oder von Systemstörungen auf Seiten eines Clearing Agents, von Börsen, Clearing Häusern oder anderen Finanzintermediären nicht zum vereinbarten Zeitpunkt abgewickelt werden, ferner das Ausreichen von Krediten im Rahmen von anderen Vereinbarungen. Die Parteien dieser Vereinbarungen, wie Kontrahenten von Handelsgeschäften, können mit ihren Verpflichtungen gegenüber der Deutschen Bank aufgrund von Insolvenz, politischen und wirtschaftlichen Ereignissen, Mangel an Liquidität, operativen Fehlern oder aus anderen Gründen ausfallen.

Viele Derivatetransaktionen der Deutschen Bank sind individuell verhandelt und nicht standardisiert. Dies kann die Auflösung, Übertragung oder Abwicklung der daraus resultierenden Positionen erschweren. Bestimmte Kreditderivate erfordern, dass die Deutsche Bank das zu Grunde liegende Wertpapier, Darlehen oder andere Verpflichtung an den Kontrahenten liefert, um Zahlung zu erhalten. In einigen Fällen hält die Deutsche Bank diesen Basiswert nicht und kann ihn möglicherweise nicht beschaffen. Das kann dazu führen, dass die Deutsche Bank die ihr geschuldeten Zahlungen nicht erhält oder dass zumindest Verzögerungen in der Abwicklung der Transaktion eintreten. Dies kann sich negativ auf die Reputation der Deutschen Bank auswirken und ihrer Fähigkeit beeinträchtigen, künftige Geschäfte zu tätigen. Zudem können daraus auch erhöhte Kosten für die Deutsche Bank resultieren.

Die außergewöhnlich schwierigen Marktbedingungen seit der zweiten Jahreshälfte 2007 haben bestimmte Bereiche erheblich beeinträchtigt, in denen die Deutsche Bank aktiv ist und die ungewöhnliche Kreditrisiken mit sich bringen. Dazu gehören Leveraged Finance und die Märkte für strukturierte Kredite. Diese Entwicklung ist auch für das Jahr 2009 zu erwarten.

Die Deutsche Bank benötigt ständig Liquidität, um ihre Geschäftsaktivitäten zu refinanzieren. In Zeiten marktweiter oder unternehmensspezifischer Liquiditätsengpässe kann sie daher Beeinträchtigungen erleiden. Sie ist dabei auch dem Risiko ausgesetzt, dass ihr keine Liquidität zur Verfügung gestellt wird, auch wenn ihr zugrunde liegendes Geschäft weiterhin stabil ist.

Die Deutsche Bank ist Liquiditätsrisiken ausgesetzt, also dem Risiko, dass nicht sämtliche Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit erfüllt werden können oder dies nur zu übermäßigen Kosten erfolgen kann. Die Liquidität der Deutschen Bank könnte dadurch beeinträchtigt werden, dass sich die Geschäftspartner der Deutschen Bank oder der Markt wegen bestehender oder angenommener Schwächen des Geschäfts der Deutschen Bank nur zurückhaltend bei der Finanzierung der Geschäftsaktivitäten der Deutschen Bank engagieren. Solche Beeinträchtigungen können sich auch aus Umständen ergeben, die nicht mit dem Geschäft der Deutschen Bank zusammenhängen und außerhalb ihrer Kontrolle liegen. Dazu gehören beispielsweise Verwerfungen auf den Finanzmärkten, wie sie während des Jahres 2008 eingetreten sind, negative Entwicklungen bei anderen Finanzinstituten, die als mit der Deutschen Bank vergleichbar angesehen werden, der Zusammenbruch eines anderen Finanzinstituts, oder negative Einschätzungen über die Finanzbranche im Allgemeinen, wie sie als Folge der Finanzkrise zu verzeichnen waren, oder Verwerfungen in Märkten für bestimmte Arten von Vermögenswerten. Zudem können Verluste größeren Ausmaßes, Veränderungen des Ratings, ein allgemeiner Rückgang der Geschäftsaktivitäten der Finanzbranche, aufsichtliche Maßnahmen, schwerwiegendes Fehlverhalten von Mitarbeitern, rechtswidrige Handlungen oder eine Vielzahl anderer Gründe zu einer negativen Wahrnehmung des Geschäfts der Deutschen Bank und ihrer Zukunftsaussichten führen.

Im Dezember 2008 änderte Moody's Investors Service den Ausblick auf das Rating der Deutschen Bank auf negativ. Standard & Poor's senkte das langfristige Rating der Deutschen Bank auf A+ mit einem stabilen Ausblick von zuvor AA- mit negativem Ausblick. Im Januar 2009 setzte Fitch Ratings das langfristige Kreditrating der Deutschen Bank auf „rating watch negative“. Ein Ausblick für ein bestimmtes Rating gibt Aufschluss darüber, wie die Ratingagentur die voraussichtliche weitere Entwicklung des jeweiligen Ratings über eine mittel- bis langfristige Zeitspanne (Standard & Poor's), mittelfristig (Moody's Investors Service) oder über einen Zeitraum von ein- bis zwei Jahren (Fitch Ratings) einschätzt. Herabstufungen des Ratings können sich auf die Kosten und Verfügbarkeit der Refinanzierung der Deutschen Bank sowie auf die Erforderlichkeit der Leistung von Sicherheiten auswirken. Sie können ferner die Bereitschaft von Geschäftspartnern, mit der Deutschen Bank Geschäft zu machen, beeinflussen.

Die Deutsche Bank benötigt Kapital als Grundlage für ihre Geschäftsaktivitäten und zur Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorgaben. Verluste in Folge der Finanzkrise könnten das Kapital der Deutschen Bank reduzieren. Marktverhältnisse könnten die Deutsche Bank an der Beschaffung weiteren Kapitals hindern oder ihre Kapitalkosten erhöhen.

Die jüngsten Marktbewegungen haben zu einem Abwärtsdruck auf Aktienkurse und Kreditfähigkeit sowohl bestimmter Emittenten, oftmals ohne Rücksicht auf deren Finanzkraft, als auch der Teilnehmer am Kapitalmarkt allgemein geführt. Im Jahr 2008 sank der Aktienkurs der Deutschen Bank und setzte diese Tendenz auch zu Beginn des Jahres 2009 fort. Die Spreads auf die Credit Default Swaps der Deutschen Bank haben sich erhöht. Sollte die derzeitige Marktverzerrung und Volatilität andauern oder sich verschlechtern, könnte der Zugang der Deutschen Bank zu den Kapitalmärkten und ihre Fähigkeit beeinträchtigt werden, die für ihre Geschäftsaktivitäten notwendige Refinanzierung zu akzeptablen Konditionen zu erhalten. Unter anderem könnte die Unfähigkeit, Vermögenswerte in ihrer Bilanz zu refinanzieren oder eine angemessene Kapitalausstattung zu erhalten, um gegen den Wertverfall ihrer Vermögenswerte geschützt zu sein, die Deutsche Bank zwingen, von ihr gehaltene Vermögenswerte zu niedrigen Preisen oder ungünstigen Bedingungen zu liquidieren. Auch könnte sie gezwungen sein, ihr Geschäft einzuschränken, wie zum Beispiel das Ausreichen neuer Kredite. Dieses könnte das Geschäft der Deutschen Bank sowie ihre Finanz- und Ertragslage beeinträchtigen.

Maßnahmen von Regierungen und Zentralbanken zur Bekämpfung der Finanzmarktkrise wirken sich erheblich auf das Wettbewerbsumfeld aus und können die rechtliche und wirtschaftliche Position der Aktionäre der Deutschen Bank und anderer Investoren sowie das aufsichtsrechtliche Umfeld erheblich beeinflussen.

Als Reaktion auf die Finanzmarktkrise haben Regierungen und Zentralbanken in erheblichem Umfang in die Finanzwirtschaft eingegriffen. Zu den dabei ergriffenen Maßnahmen zählen: die Übernahme unmittelbarer Beteiligungen an einzelnen Finanzinstituten, insbesondere in den USA, Großbritannien und der Schweiz, die Zuführung anderer Formen von Eigenkapital, ferner die Übernahme von Garantien für Verbindlichkeiten oder der Erwerb Not leidender Aktiva von Finanzinstituten. Teilweise wurden einzelne Finanzinstitute verstaatlicht; die Verstaatlichung weiterer Institute wird erwogen. Die Voraussetzungen, unter denen Banken solche Maßnahmen in Anspruch nehmen können, sind in den einzelnen Ländern unterschiedlich; teilweise stehen sie nur der jeweiligen Konzernobergesellschaft zur Verfügung. Grundsätzlich ist die Teilnahme einer Bank an Unterstützungsmaßnahmen freiwillig, mitunter wurde sie aber durch die Politik nahe gelegt. Eine Pflicht zur Teilnahme kann entstehen, wenn ein Institut bestimmte Richtwerte bei einzelnen Kennzahlen wie z. B. vorgegebenen Kapitalquoten nicht mehr erfüllt. Die Verfügbarkeit solcher Unterstützungsmaßnahmen ist bisweilen daran geknüpft, dass die teilnehmende Bank bestimmte Verpflichtungen eingeht. Diese können in der Kreditvergabe gegenüber bestimmten Arten von Kreditnehmern, Veränderungen in der Geschäftspolitik, in der Unterlassung von Dividendenzahlungen und anderen Gewinnausschüttungen sowie in Beschränkungen bei der Vergütung von Organmitgliedern bestehen.

Solche Maßnahmen haben einen signifikanten finanziellen Umfang und erhebliche Folgen für die betreffenden Institute wie auch für jene Institute, denen die Maßnahmen nicht zuteil werden. Dies betrifft unter anderem die Refinanzierung der Institute und deren Zugang zu Kapital und wirkt sich auch auf ihre Fähigkeit aus, qualifiziertes Personal zu gewinnen und an sich zu binden. Institute, die keine derartige staatliche Unterstützung erhalten, können eine größere Eigenständigkeit bei Entscheidungen über ihre Geschäftsstrategie, Kreditpolitik und Vergütungssysteme haben. Sie können jedoch Wettbewerbsnachteile in Bezug auf ihre Kosten erleiden, insbesondere, was ihre Refinanzierungs- und Kapitalkosten angeht. Auch kann das Vertrauen ihrer Anleger und Investoren beeinträchtigt werden, so dass die Gefahr von Liquiditätsabflüssen besteht. Umgekehrt müssen Institute, die staatliche Unterstützung erhalten, die vorstehend beschriebenen Verpflichtungen eingehen und sehen sich bestimmten Einschränkungen ausgesetzt.

In Deutschland sieht das Finanzmarktstabilisierungsgesetz vom 17. Oktober 2008 eine vorübergehende Aufhebung bestimmter Regelungen des Aktien- und Übernahmerechts vor. Im Zusammenhang mit konkreten Stabilisierungsmaßnahmen betrifft dies insbesondere die Rechte der Aktionäre, über Kapitalerhöhungen zu beschließen, das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre, bestimmte Mitteilungspflichten und die Pflicht, den anderen Aktionären beim Erwerb der Kontrolle über eine Zielgesellschaft ein so genanntes Pflichtangebot zu unterbreiten. Die gerichtliche Überprüfung von Stabilisierungsmaßnahmen ist eingeschränkt. Ferner wird der im Rahmen der Stabilisierungsmaßnahmen tätig werdende Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung grundsätzlich eine Vergütung für ergriffene Stabilisierungsmaßnahmen anstreben, die den Gewinnbeteiligungsrechten der übrigen Gesellschafter des Instituts vorgeht. Solche Maßnahmen können auch an die Bedingung geknüpft sein, dass das Institut während der Dauer der Stabilisierungsmaßnahme keine Dividenden ausschüttet. Der Vorstand der Deutschen Bank hat erklärt, dass er derzeit nicht beabsichtigt, Mittel des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung in Anspruch zu nehmen. Eine weitere Verschlechterung der Marktverhältnisse oder des Wettbewerbs könnte jedoch eine Änderung dieser Absicht erfordern.

Das Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz vom 7. April 2009 erweitert den Anwendungsbereich der vorgenannten Einschränkungen. Es sieht auch eine bis zum 31. Oktober 2009 befristete Ermächtigung zur Verstaatlichung von systemrelevanten Unternehmen des Finanzsektors im Wege der Enteignung ihrer Gesellschafter oder der Inhaber sonstiger Rechte, die Bestandteile der Eigenmittel des Unternehmens sind, gegen Zahlung einer Entschädigung vor. Die Enteignung ist nur zulässig, wenn sie für die Sicherung der Stabilität des deutschen Finanzmarktes erforderlich ist und weniger einschneidende rechtlich und wirtschaftlich zumutbare sowie für die Sicherung der Finanzmarktstabilität gleichermaßen taugliche Lösungen nicht zur Verfügung stehen. Bezugsrechte auf Aktien oder andere Finanzinstrumente, die Gegenstand der Enteignung sind, etwa aus Wandel- oder Optionsanleihen, erlöschen kraft Gesetzes.

Das Ergreifen von Stabilisierungsmaßnahmen in Bezug auf die Deutsche Bank könnte die rechtliche und wirtschaftliche Position der Aktionäre der Deutschen Bank oder ihrer anderen Investoren beeinträchtigen.

Des Weiteren wird derzeit eine Vielzahl von Reformvorschlägen für den aufsichtsrechtlichen Rahmen der Finanzbranche diskutiert. Diese Vorschläge beziehen sich insbesondere auf erhöhte Kapitalanforderungen, verstärkte Überwachung und Berichtspflichten, Geschäftsmodelle und Geschäftspraktiken. Sollten alle oder einige dieser Vorschläge in geltendes Recht umgesetzt werden, könnte dies zu erheblichen Mehrkosten für die Deutsche Bank führen.

Operationelle Risiken können das Geschäft der Deutschen Bank beeinträchtigen.

Die Deutsche Bank begegnet operationellen Risiken, die sich aus versehentlichen oder absichtlichen Fehlern bei der Ausführung, Bestätigung oder Abwicklung von Transaktionen ergeben oder aus Transaktionen, die nicht ordnungsgemäß aufgezeichnet, beurteilt oder verbucht wurden. Derivateverträge werden nicht immer mit den Gegenparteien zeitnah bestätigt. Solange ein Geschäft unbestätigt bleibt, unterliegt die Deutsche Bank gesteigerten Kreditrisiken und operationellen Risiken. Im Falle von Leistungsstörung lassen sich vertragliche Ansprüche aus solchen Geschäften möglicherweise schwerer durchsetzen. Die gegenwärtige Finanzkrise, in der das Risiko des Ausfalls einer Gegenpartei gestiegen ist, hat die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass sich dieses operationelle Risiko verwirklicht.

Die Geschäftsaktivitäten der Deutschen Bank sind in hohem Maße von ihrer Fähigkeit abhängig, täglich eine Vielzahl von Geschäften auf zahlreichen unterschiedlichen Märkten in vielen Währungen durchzuführen. Dabei sind einige von der Deutschen Bank durchgeführte Geschäfte zunehmend komplexer geworden. Daraus ergibt sich eine starke Abhängigkeit von Systemen zur Verarbeitung von Finanz-, Buchhaltungs- und sonstigen Daten. Sollte eines dieser Systeme nicht ordnungsgemäß arbeiten oder gar ausfallen, kann die Deutsche Bank einen finanziellen Verlust oder eine Unterbrechung ihres Geschäfts erleiden. Weitere mögliche Folgen sind Schadensersatzansprüche von Kunden, Maßnahmen der Aufsichtsbehörden oder Rufschädigung.

Trotz der vorhandenen Notfallpläne könnte eine Störung der Infrastruktur, die der Deutschen Bank bereitgestellt wird oder allgemein an ihren Standorten zur Verfügung steht, die Fähigkeit der Deutschen Bank beeinträchtigen, ihr Geschäft zu betreiben. Dazu zählen Unterbrechungen der Stromversorgung, von Kommunikations-, Transport- oder anderen Dienstleistungen, die von der Deutschen Bank und ihren Geschäftspartnern genutzt werden, sowie Terroranschläge oder Pandemien.

Der Umfang der Abwicklungsgeschäfte der Deutschen Bank setzt sie erhöhten Gefahren erheblicher Verluste aus, sollten ihre Systeme nicht ordnungsgemäß funktionieren.

Die Deutsche Bank tätigt in großem Umfang Abwicklungs-Geschäfte. Hieraus ergibt sich das Risiko, dass Kunden oder Dritte erhebliche Beträge verlieren, wenn die Systeme der Deutschen Bank auch nur für kurze Zeiträume nicht ordnungsgemäß funktionieren. Diese Gefahr ist auch gegeben, wenn der Ursprung der Unterbrechung außerhalb des Geschäftsbetriebs der Deutschen Bank liegt. In einem solchen Fall könnte die Reputation der Deutschen Bank selbst dann beschädigt werden, wenn keine wesentlichen Verluste eintreten. Dies könnte Kunden veranlassen, ihre Geschäfte anderswo zu tätigen. Dadurch könnten Erträge und Gewinne der Deutschen Bank erheblich beeinträchtigen werden.

Sollte es der Deutschen Bank nicht gelingen, ihre strategischen Initiativen umzusetzen oder auf andere Weise auf die Finanzkrise zu reagieren, könnte dies weitere Verluste oder eine geringe Ertragskraft zur Folge haben. Dies könnte sich auch auf den Aktienkurs der Deutschen Bank negativ auswirken.

Als Reaktion auf die Finanzkrise hat die Deutsche Bank mehrere kurzfristige strategische Initiativen ergriffen. Dazu gehört die Reduzierung von Risiken in bestimmten Geschäftsbereichen, die direkt von der Finanzkrise betroffen sind, sowie allgemein eine Verringerung der Aktivitäten auf diesen Gebieten. Hinzu kommen Investitionen in ausgewählten Wachstumsinitiativen in den „stabilen“ Geschäftsfeldern sowie Maßnahmen zur Effizienzsteigerung. Sollte es nicht gelingen, diese strategischen Initiativen umzusetzen oder in anderer Weise auf die Finanzmarktkrise zu reagieren, oder sollte die Umsetzung solcher Initiativen nicht die erwarteten Vorteile bewirken, könnte dies weitere Verluste oder eine geringe Ertragskraft zur Folge haben. Dies könnte sich auch auf den Aktienkurs der Deutschen Bank negativ auswirken. Eine Reihe von internen und externen Faktoren könnten die Umsetzung dieser Initiativen oder die Realisierung der erwarteten Vorteile verhindern. Dazu gehören die

Fortdauer oder Verschärfung der extremen Turbulenzen auf den Märkten, in denen die Deutsche Bank aktiv ist. Zu nennen sind ferner die Verschlechterung der weltweiten, regionalen oder nationalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie gesteigerter Wettbewerb um Geschäft. Insbesondere können die gegenwärtig außergewöhnlich schwierigen Marktbedingungen die Fähigkeit der Deutschen Bank beeinträchtigen, ihr Risiko gegenüber den betroffenen Vermögensklassen zu reduzieren oder ihre Wachstumsinitiativen umzusetzen.

Die Deutsche Bank könnte Schwierigkeiten haben, Akquisitionsmöglichkeiten zu identifizieren und durchzuführen. Sowohl Akquisitionen als auch das Absehen von Zukäufen können die Ertragslage und den Aktienkurs der Deutschen Bank erheblich beeinträchtigen.

Die Deutsche Bank zieht immer wieder Unternehmenszusammenschlüsse in Betracht. Unternehmen, die sie zu erwerben beabsichtigt, werden zuvor untersucht. Jedoch ist es nicht möglich, Unternehmen in jeder Hinsicht vollständig zu untersuchen. Folglich kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Deutsche Bank unerwartete Haftungsrisiken eingeht oder dass sich eine Akquisition als nicht so erfolgreich erweist wie erwartet. Sollte die Deutsche Bank eine wesentliche Unternehmenstransaktion ankündigen oder vollziehen, kann ihr Aktienkurs erheblich sinken, sofern Investoren die Transaktion als zu teuer betrachten oder sie nicht für geeignet halten, die Wettbewerbsposition der Deutschen Bank zu verbessern. Ferner könnten bei der Integration einer erworbenen Einheit in das Geschäft der Deutschen Bank Schwierigkeiten auftreten. Die Ertragskraft der Deutschen Bank könnte erheblich beeinträchtigt werden, sollte ein angekündigter Unternehmenszusammenschluss nicht zustande kommen oder die erfolgreiche Integration erworbener Geschäftseinheiten nicht gelingen. Dies könnte auch Auswirkungen auf die Wahrnehmung der Geschäftsaussichten und des Managements der Deutschen Bank durch Investoren haben und so einen Verfall ihres Aktienkurses bewirken. Zudem wäre dann ein Abgang wesentlicher Mitarbeiter zu befürchten. Wenn sich die Deutsche Bank gezwungen sähe, solchen Mitarbeitern finanzielle Anreize zum Bleiben anzubieten, würde dies zu einem Anstieg der Kosten und zu einem Rückgang der Profitabilität führen.

Im März 2009 hat die Deutsche Bank einen Anteil von 22,9% an der Deutsche Postbank AG („Postbank“) erworben. Zudem hat sie Schuldverschreibungen der Deutsche Post AG, der Muttergesellschaft der Postbank, übernommen. Diese werden am Ende ihrer Laufzeit im Jahr 2012 zwingend in Aktien an der Postbank umgetauscht. Diese Aktien entsprechen weiteren 27,4% am Grundkapital der Postbank. Der Gesamtpreis für den Erwerb betrug insgesamt 3,8 Milliarden €. Wenn die Deutsche Bank die übernommenen Schuldverschreibungen bis zum Zeitpunkt des Umtauschs hält, würde sie danach die Mehrheit an der Postbank halten. Aufgrund der derzeitigen Beteiligung hat die Deutsche Bank jedoch keine Kontrolle über die Postbank. Sie ist daher auch nicht in der Lage, das Geschäft der Postbank zu beeinflussen. Wie bei vielen anderen Finanzinstituten hat sich die Finanzkrise auch auf das Geschäft der Postbank ausgewirkt. Im Rahmen der Umsetzung ihrer Strategie kann die Deutsche Bank entscheiden, ob sie die Schuldverschreibungen zum Zeitpunkt des zwingenden Umtauschs noch halten und damit die Kontrolle an der Postbank erwerben möchte. In jedem Fall ist sie jedoch der Gefahr etwaiger Verluste in Bezug auf ihre gegenwärtige Investition in der Postbank ausgesetzt. Diese Verluste können auch erheblich sein.

Der Deutschen Bank könnte es nur unter Schwierigkeiten gelingen, Vermögenswerte außerhalb ihres Kerngeschäfts zu günstigen Preisen oder überhaupt zu verkaufen.

Die Deutsche Bank könnte bestrebt sein, bestimmte Vermögenswerte außerhalb ihres Kerngeschäfts zu veräußern. Ungünstige Geschäfts- oder Marktbedingungen könnten es erschweren, bei dem Verkauf dieser Vermögenswerte günstige Preise zu erzielen. Sie könnten einen solchen Verkauf auch insgesamt verhindern.

Ereignisse in Unternehmen, in denen die Deutsche Bank investiert ist, können den Verkauf dieser Beteiligungen erschweren und unabhängig von der Marktentwicklung zu erheblichen Verlusten führen.

Die Deutsche Bank hat signifikante Investitionen in einzelne Unternehmen getätigt. Verluste und Risiken bei diesen Unternehmen können die Fähigkeit einschränken, die Beteiligungen zu verkaufen. Sie können auch den Wert der Beteiligungen erheblich reduzieren. Dies kann die Bilanz oder die Erträge der Deutschen Bank beeinträchtigen, sogar wenn die allgemeinen Marktverhältnisse günstig

sind. Die größeren, weniger liquiden Beteiligungen der Deutschen Bank sind dabei angesichts ihrer Größe besonders anfällig.

Intensiver Wettbewerb auf dem deutschen Heimatmarkt ebenso wie auf den internationalen Märkten könnte die Erträge und die Profitabilität der Deutschen Bank wesentlich beeinträchtigen.

Die Deutsche Bank ist in allen Hauptgeschäftsfeldern in Deutschland sowie auf den internationalen Märkten intensivem Wettbewerb ausgesetzt. Sollte es nicht gelingen, auf das Wettbewerbsumfeld in diesen Märkten mit attraktiven Produkten und Serviceangeboten zu reagieren, die für die Deutsche Bank profitabel sind, könnte sie Marktanteile in wichtigen Bereichen ihres Geschäfts verlieren oder Verluste in einigen oder allen Geschäftsbereichen erleiden. Ferner könnte ein Abschwung in den Volkswirtschaften dieser Märkte den Wettbewerbsdruck erhöhen, so zum Beispiel durch erhöhten Preisdruck und ein geringeres Geschäftsvolumen.

In den vergangenen Jahren hat es eine wesentliche Konsolidierung und Konzentration unter den Finanzdienstleistern gegeben. Im Jahr 2008 war im Bankensektor eine weitere wesentliche Konsolidierung und Zusammenschlussaktivität festzustellen. Diese Transaktionen erfolgten teilweise aus einer Notlage heraus, einschließlich des Zusammenschlusses einiger US-Investmentbanken mit Geschäftsbanken und der Umwandlung von anderen Banken in Bankholdinggesellschaften. In Deutschland kam es zum Zusammenschluss der zweitgrößten mit der drittgrößten Bank des privaten Kreditgewerbes, verbunden mit einer Kapitalzufuhr durch den deutschen Staat. Dieser Trend hat die Kapitalbasis und die geographische Reichweite einiger Wettbewerber der Deutschen Bank erheblich verbessert und die Globalisierung der Wertpapier- und Finanzmärkte beschleunigt. Um sich einigen der herausragendsten Herausforderungen zu stellen und um von den dadurch entstehenden Chancen profitieren zu können, muss die Deutsche Bank mit Finanzinstituten konkurrieren, die mitunter größer und besser kapitalisiert sind als sie selbst und die in lokalen Märkten besser positioniert sind. Wie oben beschrieben, können staatliche Eingriffe als Reaktion auf die Finanzkrise zu einem Wettbewerbsnachteil für die Deutsche Bank führen.

Die Deutsche Bank ist in einem in zunehmendem Maße regulierten und für Rechtsstreitigkeiten anfälligen Umfeld tätig, das sie Schadensersatzansprüchen und anderen Kosten aussetzt, deren Höhe schwierig abzuschätzen ist.

Die Finanzbranche gehört traditionell zu den am meisten regulierten Branchen und wird auch künftig stark reguliert sein. Die weltweiten Geschäfte der Deutschen Bank werden in den Rechtsordnungen, in denen sie Geschäfte tätigt, von Zentralbanken und Aufsichtsbehörden reguliert und überwacht. Die Regulierung und Überwachung umfasst Vorgaben für Struktur, Kapitalausstattung und Funktionen sowie Anforderungen an die Führung der Geschäfte. In den vergangenen Jahren wurde die Regulierung und Überwachung in einer Vielzahl von Geschäftsbereichen verstärkt. Aufsichtsbehörden, Kontrahenten und andere haben versucht, Finanzdienstleister erhöhter Verantwortung und Haftung zu unterwerfen. Daher könnte die Deutsche Bank künftig häufiger Haftungsrisiken ausgesetzt sein, deren Umfang ebenfalls ansteigen kann. Sie kann auch in stärkerem Maße Sanktionen von Aufsichtsbehörden auferlegt bekommen. Dies kann größere Ausgaben erforderlich machen und zusätzliche Ressourcen binden, um auf mögliche Haftungsrisiken zu reagieren.

Die Natur des Geschäfts der Deutschen Bank bringt es mit sich, dass sie und ihre Tochtergesellschaften in Rechtsstreitigkeiten, Schiedsverfahren und Untersuchungen von Aufsichtsbehörden in Deutschland und einigen Rechtsordnungen außerhalb Deutschlands, einschließlich den USA, verwickelt sind. Diese Verfahren unterliegen vielen Unsicherheiten. Der Ausgang der einzelnen Verfahren ist nicht mit Sicherheit vorhersehbar. Die Deutsche Bank wird möglicherweise Rechtsstreitigkeiten oder Untersuchungen durch Aufsichtsbehörden im Wege des Vergleichs beenden, bevor ihre Haftung rechts- oder bestandskräftig festgestellt und beziffert ist. Dies kann erfolgen, um zu verhindern, dass Kosten entstehen, personelle Ressourcen gebunden werden, negative geschäftliche oder aufsichtliche Folgen eintreten oder um Rufschädigungen zu vermeiden, die mit einem fortgesetzten Bestreiten der Haftung einhergehen, auch wenn die Deutsche Bank glaubt, stichhaltige Einwendungen zu haben. Möglicherweise wird dies die Deutsche Bank auch dann tun, wenn die möglichen wirtschaftlichen, geschäftlichen oder aufsichtsrechtlichen Folgen des Unterliegens oder deren Auswirkungen auf ihre Reputation nicht in einem angemessenen Verhältnis zu den Vergleichskosten stehen. Ferner wird sie

aus ähnlichen Überlegungen Geschäftspartner für bei ihnen eingetretene Verluste entschädigen, auch wenn sie glaubt, hierzu rechtlich nicht verpflichtet zu sein.

Die finanziellen Auswirkungen von Rechtsrisiken könnten erheblich sein, sind jedoch schwer oder unmöglich abzuschätzen und zu quantifizieren. Daher können die Beträge, die schließlich gezahlt werden, die Rückstellungen übersteigen, die für die Abdeckung dieser Risiken gebildet wurden.

Transaktionen mit Geschäftspartnern in Ländern, die vom U.S. State Department als Staaten eingeordnet werden, die den Terrorismus unterstützen, können mögliche Kunden und Investoren davon abhalten, mit der Deutschen Bank Geschäfte zu machen oder in ihre Wertpapiere zu investieren.

Die Deutsche Bank hat in der Vergangenheit in geringem Umfang Geschäfte mit Partnern in bestimmten Ländern getätigt, die vom U.S. State Department als den Terrorismus unterstützende Staaten eingeordnet werden, einschließlich des Irans. Zu diesen Geschäftspartnern gehören auch staatliche oder staatlich kontrollierte Stellen. Solche Geschäfte finden auch gegenwärtig statt. Die Deutsche Bank unterhielt zudem eine Repräsentanz in Teheran, Iran, die zum 31. Dezember 2007 ihren Betrieb eingestellt hat. Das US-Recht verbietet es *U.S. Persons* generell, Geschäfte mit diesen Staaten zu tätigen. Die Deutsche Bank ist ein deutsches Kreditinstitut und hat bei ihren Geschäftsaktivitäten in Bezug auf solche Staaten keine *U.S. Persons* eingebunden, weder bei Managementaufgaben noch in operativer Funktion. Sie unterliegt Richtlinien und Vorgaben, um die Einhaltung der Embargos der UN, der EU und der Bundesrepublik Deutschland sicherzustellen. Im Jahr 2007 und früher entschied der Vorstand der Deutsche Bank AG, kein neues Geschäft mit Geschäftspartnern in Ländern wie Iran, Syrien, Sudan und Nordkorea einzugehen und bestehende Geschäfte, sofern vorhanden, im Rahmen des rechtlich Möglichen zu beenden.

Das vorhandene Geschäft mit iranischen Geschäftspartnern besteht vorwiegend aus Beteiligungen als Kreditgeber und/oder Agent in wenigen großen Handelsfinanzierungsfazilitäten. Diese wurden vor einigen Jahren vereinbart, um Exportverträge von Exporteuren aus Europa und Asien zu finanzieren. Es handelt sich dabei vorwiegend um internationale Unternehmen aus dem Bereich der Verbrauchsgüter, des Anlagenbaus und diesbezüglicher Dienstleistungen in der Petrochemie und der Aufbereitung von Kohlenwasserstoff. Die Dauer der meisten dieser Fazilitäten beträgt zehn Jahre oder mehr. Die Deutsche Bank ist rechtlich verpflichtet, ihre vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen. Andere Geschäftsaktivitäten, wie das Korrespondenzbankgeschäft mit Banken im Iran und private Darlehensfinanzierungen mit iranischen Staatsbürgern wurden gekündigt oder heruntergefahren. Die Deutsche Bank schätzt ihr Geschäft mit iranischen Geschäftspartnern im Verhältnis zu ihren Geschäftsaktivitäten im Ganzen nicht als wesentlich ein. Die Ausleihungen an iranische Kreditnehmer belaufen sich auf weniger als 0,1% der gesamten Aktiva der Bank per 31. Dezember 2008. Die Erträge aus allen diesen Geschäften machen weniger als 0,1% der Gesamterträge der Bank in dem am 31. Dezember 2008 endenden Geschäftsjahr aus.

Der Deutschen Bank sind aufgrund von Presseberichten und anderen Informationen Initiativen seitens Regierungsstellen in den USA und von US-amerikanischen Einrichtungen wie zum Beispiel Universitäten und Pensionsfonds bekannt, nach denen Gesetze, Verordnungen und Richtlinien verabschiedet werden sollen, die Geschäfte mit Unternehmen, die mit dem Iran Geschäfte machen, sowie Investitionen in solche Unternehmen verbieten oder deren Beendigung verlangen. Solche Initiativen können dazu führen, dass die Deutsche Bank künftig nicht mehr in der Lage sein wird, Unternehmen und Institutionen, die solchen Verboten unterliegen, als Kunden oder als Investoren in ihren Wertpapieren zu gewinnen oder zu halten. Darüber hinaus könnte die Reputation der Deutschen Bank aufgrund ihrer Verbindungen zum Iran Schaden nehmen. Dies könnte einen erheblichen nachteiligen Einfluss auf das Geschäft der Deutschen Bank oder den Kurs ihrer Wertpapiere haben.

AUSGEWÄHLTE KONSOLIDIERTE UNTERNEHMENS- UND FINANZDATEN

Die nachfolgenden Tabellen fassen ausgewählte Unternehmens- und Finanzdaten des Deutsche Bank-Konzerns für die Geschäftsjahre 2008, 2007 und 2006 zusammen.

Die Daten der Konzernbilanz, die Daten der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung und die Daten der Konzern-Kapitalflussrechnung für die Jahre 2008, 2007 und 2006 wurden den nach den International Financial Reporting Standards des International Accounting Standards Board (IASB), wie sie in der EU anzuwenden sind (nachfolgend „IFRS“), erstellten Konzernabschlüssen der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008 und für das Geschäftsjahr 2007 (mit Vorjahresvergleichszahlen) entnommen, die von der KPMG geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen wurden. Die Angaben zu den Eigenmitteln und den Kapitalquoten sind für die Jahre 2008, 2007 und 2006 aus den Erläuterungen zu den vorgenannten geprüften Konzernabschlüssen entnommen.

Die nachfolgenden Tabellen sollten in Verbindung mit den Konzernabschlüssen gelesen werden, die im Finanzteil des Registrierungsformulars abgedruckt sind. Aufgrund von Rundungen können sich bei Summenbildungen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

Daten der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung

in Mio € (außer Angaben je Aktie)	2008	2007 (geprüft)	2006
Zinsen und ähnliche Erträge	54.549	64.675 ⁽¹⁾	58.275
Zinsaufwendungen	42.096	55.826	51.267
Zinsüberschuss	12.453	8.849	7.008
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.076	612	298
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft	11.377	8.237	6.710
Provisionsüberschuss	9.749	12.289	11.195
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen	- 9.992	7.175	8.892
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	666	793	591
Ergebnis aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	46	353	419
Sonstige Erträge	568	1.286	389
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	1.037	21.896	21.486
Personalaufwand	9.606	13.122	12.498
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	8.216	7.954	7.069
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	- 252	193	67
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	585	128	31
Restrukturierungsaufwand	-	- 13	192
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	18.155	21.384	19.857
Ergebnis vor Steuern	- 5.741	8.749	8.339
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	- 1.845	2.239	2.260
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	- 3.896	6.510	6.079
Den Minderheitsanteilen zurechenbares Konzernergebnis	- 61	36	9
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	- 3.835	6.474	6.070
Ergebnis je Aktie (basic) (in €) ⁽²⁾	- 7,61	13,65	12,96
Ergebnis je Aktie (verwässert) (in €) ⁽³⁾	- 7,61	13,05	11,48
Dividende je Aktie (in €) ⁽³⁾	4,50	4,00	2,50

1 Angepasst (Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung 2007: 67.706 Mio €).

2 Das Ergebnis je Aktie wird mittels Division des den Deutsche Bank Aktionären zurechenbaren Konzernergebnisses durch die durchschnittliche Anzahl der im Berichtsjahr ausstehenden Stammaktien ermittelt. Die durchschnittliche Anzahl der ausstehenden Stammaktien ergibt sich aus dem Durchschnitt der ausgegebenen Stammaktien, vermindert um die durchschnittliche Anzahl an Aktien im Eigenbestand und um die durchschnittliche Anzahl an Aktien, die über Terminkäufe erworben werden, welche durch Lieferung in Aktien erfüllt werden, und zuzüglich noch nicht zugeleiteter unverfallbarer Aktien aus aktienbasierten Vergütungsplänen. Dem verwässerten Ergebnis je Aktie liegt die Annahme der Wandlung ausstehender Wertpapiere in Stammaktien oder die Ausübung sonstiger Kontrakte zur Emission von Stammaktien wie Aktienoptionen, wandelbaren Schuldtiteln, noch nicht unverfallbaren Aktienrechten und Terminkontrakten zugrunde. Finanzinstrumente werden bei der Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nur berücksichtigt, wenn sie in dem jeweiligen Berichtszeitraum einen verwässernden Effekt haben.

3 Im Geschäftsjahr vorgeschlagene und gezahlte Dividenden.

Daten der Konzernbilanz

in Mio €	31.12. 2008	31.12.	31.12.	31.12. 2006
		2007 ⁽¹⁾	2007 ⁽²⁾	
		(angepasst)	(geprüft)	
Aktiva:				
Barreserve	9.826	8.632	8.632	7.008
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	64.739	21.615	21.615	19.199
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	9.267	13.597	13.597	14.265
Forderungen aus Wertpapierleihen	35.022	55.961	55.961	62.943
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ⁽³⁾	1.623.811	1.378.011	1.474.103	1.104.650
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ⁽⁴⁾	24.835	42.294	42.294	38.037
Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	2.242	3.366	3.366	2.541
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	269.281	198.892	198.892	178.524
Sachanlagen	3.712	2.409	2.409	3.241
Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte	9.877	9.383	9.383	8.612
Sonstige Aktiva	137.829	183.638	182.897	139.021
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	3.512	2.428	2.428	2.120
Steuerforderungen aus latenten Steuern	8.470	4.777	4.772	4.332
Summe der Aktiva	2.202.423	1.925.003	2.020.349	1.584.493
Passiva:				
Einlagen	395.553	457.946	457.946	411.916
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	87.117	178.741	178.741	102.200
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	3.216	9.565	9.565	21.174
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	1.333.765	870.085	966.177	694.619
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	39.115	53.410	53.410	48.433
Sonstige Passiva	160.598	171.444	171.509	144.129
Rückstellungen	1.418	1.295	1.295	1.768
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	2.354	4.221	4.515	4.033
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	3.784	2.380	2.124	2.285
Langfristige Verbindlichkeiten	133.856	126.703	126.703	111.363
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	9.729	6.345	6.345	4.771
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	4	3.553	3.553	4.327
Summe der Verbindlichkeiten	2.170.509	1.885.688	1.981.883	1.551.018
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	1.461	1.358	1.358	1.343
Kapitalrücklage	14.961	15.808	15.808	15.246
Gewinnrücklagen	20.074	26.051	25.116	20.451
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	- 939	- 2.819	- 2.819	- 2.378
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	- 3	- 3.552	- 3.552	- 4.307
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern				
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach darauf entfallenden Steuern und sonstigen Anpassungen	- 882	3.635	3.635	3.208
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern, nach Steuern	- 349	- 52	- 52	- 45
Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern	- 3.620	- 2.536	- 2.450	- 760
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern	- 4.851	1.047	1.133	2.403
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	30.703	37.893	37.044	32.758
Minderheitsanteile	1.211	1.422	1.422	717
Eigenkapital einschließlich Minderheitsanteile	31.914	39.315	38.466	33.475
Summe der Passiva	2.202.423	1.925.003	2.020.349	1.584.493

- 1 Diese Angaben zum 31.12.2007 sind dem Konzernabschluss 2008 entnommen und wurden an den Ausweis zum 31.12.2008 angepasst. Eine Beschreibung der vorgenommenen Anpassungen ist in Note 1 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008 enthalten.
- 2 Diese Angaben zum 31.12.2007 sind dem Konzernabschluss 2007 entnommen, wurden nicht an den Ausweis zum 31.12.2008 angepasst und sind daher ebenso wie die Angaben zum 31.12.2006 nicht ohne weiteres mit den Angaben zum 31.12.2008 vergleichbar.
- 3 Konzernbilanz zum 31.12.2008: davon zum 31.12.2008 62 Mrd € (2007: 179 Mrd €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer; Konzernbilanz zum 31.12.2007: davon zum 31.12.2007 158 Mrd € (2006: 87 Mrd €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer.
- 4 davon zum 31.12.2008 464 Mio € (2007: 17 Mio €; 2006: 23 Mio €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer.

Daten der Konzern-Kapitalflussrechnung

in Mio €	2008	2007 (geprüft)	2006
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	- 3.896	6.510	6.079
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-), bereinigt um nicht liquiditätswirksamen Aufwand/Ertrag und sonstige Posten	- 3.075	5.696	6.861
Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	37.117	16.790	11.164
Nettocashflow aus Investitionstätigkeit	- 769	- 4.388	- 3.470
Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit	3.220	- 3.369	- 3.252
Nettoeffekt aus Wechselkursänderungen der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	- 402	- 289	- 510
Insgesamt	65.264	26.098	17.354

Eigenmittel und Kapitalquoten

	2008	2007 ⁽¹⁾ (angepasst)	2007 ⁽²⁾ (geprüft)	2006
Ergebnis vor Steuern (in Mio €)	- 5.741	8.749	8.749	8.339
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durch- schnittlichen Eigenkapital)	- 11,1 %	17,9 % ⁽³⁾	18,0 %	20,4 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durch- schnittlichen Eigenkapital)	- 16,5 %	24,1 % ⁽³⁾	24,3 %	28,0 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durch- schnittlichen Active Equity) ⁽⁴⁾	- 17,7 %	29,0 % ⁽³⁾	29,2 %	32,7 %
Aufwand-Ertrag-Relation ⁽⁵⁾	134,6 %	69,6 %	69,6 %	69,7 %
Bilanzsumme (in Mrd €)	2.202	1.925	2.020	1.584
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital (in Mrd €)	30,7	37,9	37,0	32,8
Tier-1 Kapitalquote	10,1 % ⁽⁶⁾	8,6 % ⁽⁶⁾	8,6 %	8,5 % ⁽⁶⁾

- Angaben auf Basis des Konzernabschlusses 2008, angepasst an den Ausweis zum 31.12.2008. Eine Beschreibung der vorgenommenen Anpassungen ist in Note 1 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008 enthalten.
- Angaben auf Basis des Konzernabschlusses 2007.
- Die Anpassung der Quote resultierte aus den in Note 1 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008 beschriebenen Anpassungen des Eigenkapitals.
- Aus Gründen der Vergleichbarkeit berechnet die Deutsche Bank eine bereinigte Kennziffer für ihre Eigenkapitalrendite. Diese bereinigte Kennziffer bezeichnet die Deutsche Bank als „Eigenkapitalrendite vor Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity“. Es handelt sich dabei nicht um eine IFRS-basierte Kennziffer. Bei einem Vergleich sollten daher die Unterschiede bei der Berechnung dieser Quoten berücksichtigt werden. Die Positionen, um die die Deutsche Bank das durchschnittliche Eigenkapital (2008: 34.442 Mio €; 2007: 35.888 Mio € (angepasst: 36.134 Mio €; 2006: 29.751 Mio €) bereinigt, sind die durchschnittlichen unrealisierten Gewinne aus zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren und die durchschnittliche Fair Value-Anpassung von Cash Flow Hedges, beide Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern (2008: 619 Mio €; 2007: 3.841 Mio €; 2006: 29.751 Mio €) sowie die durchschnittliche jährliche Dividende, die unterjährig abgegrenzt und im Folgejahr nach Zustimmung der Hauptversammlung gezahlt wird (2008: 1.743 Mio €; 2007: 2.200 Mio €; 2006: 1.615 Mio €).
- Prozentualer Anteil der zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus zinsunabhängige Erträge.
- Die für 2008 gezeigte Tier-1 Kapitalquote basiert auf dem überarbeiteten und vom Baseler Ausschuss in 2004 präsentierten Eigenkapitalstandard (Basel II), der im deutschen Kreditwesengesetz (KWG) und in der Solvabilitätsverordnung in deutsches Recht umgesetzt wurde. Die Quoten für 2007 und 2006 basieren auf dem Basel I-Standard. Basel II Tier-1 Kapital ohne Übergangsposten gemäß § 64h Absatz 3 KWG.

Informationen zur Aktie der Gesellschaft

	2008	2007	2006
		(in € je Aktie)	
Börsenkurs (XETRA)			
Aktienkurs zum Ende der Berichtsperiode	27,83	89,40	101,34
Aktienkurs höchst	89,80	118,51	103,29
Aktienkurs tiefst	18,59	81,33	80,74

ANGABEN ÜBER DIE DEUTSCHE BANK

Firma, Sitz, Handelsregistereintragung und Dauer der Gesellschaft

Der Name der Bank ist Deutsche Bank Aktiengesellschaft. Die Bank ist im Handelsregister beim Amtsgericht Frankfurt am Main unter der Registernummer HRB 30 000 eingetragen.

Die Bank ist ein Kreditinstitut und eine Aktiengesellschaft nach deutschem Recht. Die Bank hat ihren Sitz in Frankfurt am Main, Deutschland. Sie unterhält ihre Hauptniederlassung unter der Anschrift Theodor-Heuss-Allee 70, 60486 Frankfurt am Main, Deutschland (Telefon: +49-69-910-00).

Geschichte und Entwicklung

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft ist durch die Wiedervereinigung der Norddeutsche Bank Aktiengesellschaft, Hamburg, der Rheinisch-Westfälische Bank Aktiengesellschaft, Düsseldorf, und der Süddeutsche Bank Aktiengesellschaft, München, entstanden. Diese Banken waren 1952 aufgrund des Gesetzes über den Niederlassungsbereich von Kreditinstituten aus der 1870 gegründeten Deutschen Bank ausgegründet worden. Die Verschmelzung und die Firma der Gesellschaft wurden am 2. Mai 1957 in das Handelsregister beim Amtsgericht Frankfurt am Main eingetragen.

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Bank ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft ist ein Kreditinstitut im Sinne von § 1 Absatz 1 des Kreditwesengesetzes. Satzungs-mäßiger Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 der Satzung der Betrieb von Bankgeschäften jeder Art, das Erbringen von Finanz- und sonstigen Dienstleistungen sowie die Förderung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Die Gesellschaft kann diesen Unternehmensgegenstand selbst oder durch Tochter- und Beteiligungsunternehmen verwirklichen. Soweit gesetzlich zulässig, ist die Gesellschaft zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet erscheinen, den Gesellschaftszweck zu fördern, insbesondere zum Erwerb und zur Veräußerung von Grundstücken, zur Errichtung von Zweigniederlassungen im In- und Ausland, zum Erwerb, zur Verwaltung und zur Veräußerung von Beteiligungen an anderen Unternehmen sowie zum Abschluss von Unternehmensverträgen.

Konzernstruktur und wesentliche Beteiligungen

Die Deutsche Bank AG ist die Muttergesellschaft eines Konzerns aus Banken, Kapitalmarktunternehmen, Fondsgesellschaften, einer Gesellschaft zur Immobilienfinanzierung, Teilzahlungsunternehmen, Research- und Beratungsunternehmen und anderen in- und ausländischen Unternehmen. Für Informationen über die derzeitigen wesentlichen Tochtergesellschaften der Deutsche Bank AG siehe Note 39 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008, welcher im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist.

Bekanntmachungen

Nach der Satzung sind Bekanntmachungen durch die Gesellschaft im elektronischen Bundesanzeiger zu veröffentlichen. Informationen an die Inhaber zugelassener Wertpapiere der Gesellschaft dürfen auch durch Datenfernübertragung übermittelt werden.

Langfristratings

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Langfristratings der Deutschen Bank zum Datum dieses Registrierungsformulars:

Moody's Investors Service, New York ⁽¹⁾	Aa1
Standard & Poor's, New York ⁽²⁾	A+
Fitch Ratings, New York ⁽³⁾	AA-

- 1 Das „Aa1“-Rating von Moody's kennzeichnet Anleihen, die in allen Kriterien hohe Qualitätsanforderungen erfüllen. Moody's stuft „Aa“-Anleihen niedriger ein als die höchstbewerteten Anleihen (die ein „Aaa“ erhalten), da Sicherheitsmargen eventuell nicht so hoch wie bei „Aaa“-Papieren sind, die Schwankungsbreite schützender Faktoren größer ist oder es sonstige Kriterien gibt, die die langfristigen Risiken höher erscheinen lassen als bei „Aaa“-Papieren. Die Zahl 1 zeigt an, dass Moody's die Anleihe am oberen Ende der „Aa“-Kategorie einstuft.
- 2 Standard & Poor's beschreibt Anleihen der A-Ratingkategorie als anfälliger für negative Entwicklungen im Markt- und wirtschaftlichen Umfeld, verglichen mit denen höherer Ratingkategorien. Allerdings gilt die Fähigkeit des Schuldners, seine finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen, nach wie vor als gut.
- 3 Ein „AA“-Rating von Fitch Ratings belegt eine sehr hohe Bonität. Das „AA“-Rating von Fitch Ratings kennzeichnet die sehr geringe Wahrscheinlichkeit eines Kreditrisikos. Fitch Ratings zufolge deuten „AA“-Ratings auf eine sehr hohe Fähigkeit hin, finanziellen Verpflichtungen termingerecht nachzukommen. Die Beeinträchtigung dieser Fähigkeit durch vorhersehbare Ereignisse ist gering. Die „AA“-Kategorie ist die zweithöchste Ratingkategorie von Fitch Ratings, das Minuszeichen zeigt die Einstufung am unteren Ende der „AA“-Kategorie an.

Jedes Rating verdeutlicht die Einschätzung der Ratingagentur lediglich zum Zeitpunkt, zu dem der Deutschen Bank das Rating mitgeteilt wurde. Die Ratingagenturen können ihre Ratings jederzeit ändern, wenn sie der Meinung sind, dass die Umstände dies rechtfertigen.

DIVIDENDENPOLITIK UND ERGEBNIS JE AKTIE

Dividendenpolitik

Nach deutschem Recht basieren die Dividenden auf dem nicht konsolidierten Ergebnis der Deutsche Bank AG, das in Übereinstimmung mit deutschen Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelt wird. Der Vorstand, der den Jahresabschluss der Deutsche Bank AG auf nicht konsolidierter Grundlage erstellt, und der Aufsichtsrat, der den Jahresabschluss prüft, weisen den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend zuerst einen Teil des Jahresüberschusses der Bank (sofern vorhanden) den gesetzlichen Rücklagen und etwaigen Verlustvorträgen zu. Für eigene Aktien ist aus dem Jahresüberschuss oder sonstigen einbehaltenen Gewinnen eine Rücklage in Höhe des Betrags zu bilden, der ihrem Wert auf der Aktivseite der Bilanz entspricht. Der verbleibende Betrag wird anschließend auf die anderen Gewinnrücklagen (oder einbehaltenen Gewinne) und den Bilanzgewinn (oder ausschüttbaren Gewinn) verteilt. Maximal die Hälfte dieses verbleibenden Betrags kann den Gewinnrücklagen, zumindest die Hälfte muss dem Bilanzgewinn zugewiesen werden. Der vollständige Betrag des Bilanzgewinns der Deutsche Bank AG wird anschließend ausgeschüttet, sofern die Hauptversammlung dies beschließt. Diese kann statt oder zusätzlich zu einer Bardividende eine Sachdividende beschließen. Die Bank ist jedoch nicht gesetzlich verpflichtet, den Bilanzgewinn insoweit an ihre Aktionäre auszuschütten, als die Bank Genussrechte oder stille Beteiligungen begeben hat, die den Inhabern einen Anspruch auf einen Teil ihres ausschüttbaren Gewinns zuerkennt. Wird die Deutsche Bank die im Kreditwesengesetz festgelegten Kapitaladäquanzvorschriften oder Liquiditätsanforderungen nicht erfüllen, kann die BaFin die Dividendenzahlungen aussetzen oder einschränken. Der Jahresabschluss der Gesellschaft zum 31. Dezember 2008 ist im Abschnitt „*Finanzteil*“ dieses Registrierungsformulars enthalten. Dieser Einzelabschluss wird im Gegensatz zu dem nach IFRS aufgestellten Konzernabschluss nach HGB aufgestellt; die Rechnungslegungsregeln von HGB und IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, weisen Unterschiede auf. Bei der Ermittlung des zur Ausschüttung zur Verfügung stehenden Bilanzgewinns ist der Jahresüberschuss bzw. -fehlbetrag um Gewinn-/Verlustvorträge des Vorjahrs sowie um Entnahmen bzw. Einstellungen in Rücklagen zu korrigieren.

Wird die Kapitalbasis einer Bank durch die Emission von Aktien, Hybridkapital oder sonstigen Instrumenten erhöht, die dem Finanzmarktstabilisierungsfonds (nachstehend „Fonds“) als Eigenmittel zugeführt werden können, verlangt der Fonds als Voraussetzung für die Zeichnung solcher Emissionen in der Regel, dass die Deutsche Bank, soweit rechtlich möglich, lediglich auf diejenigen Instrumente Dividenden zahlt oder sonstige Gewinnausschüttungen vornimmt, die vom Fonds gehalten werden. Der Fonds ist ein Sonderfonds (Sondervermögen), der durch das deutsche Finanzmarktstabilisierungsgesetz im Oktober 2008 geschaffen wurde. Ziel des Fonds ist es, in eigenem Namen Rechte zu erwerben und Verpflichtungen zu übernehmen, für die die Bundesrepublik Deutschland haftet. Das Bundesministerium der Finanzen legt fest, ob der Fonds Stabilisierungsmaßnahmen implementiert, um in Schwierigkeiten geratene Finanzunternehmen zu unterstützen und welche Maßnahmen eingeleitet werden.

Die Dividende wird auf der Hauptversammlung bekannt gegeben und einmal im Jahr gezahlt. Sofern nicht anders beschlossen, ist die Dividende, der die Hauptversammlung zugestimmt hat, am ersten Handelstag nach der Hauptversammlung zu zahlen. Gemäß deutschem Recht unterliegt der Dividendenanspruch der regelmäßigen Verjährungsfrist von drei Jahren. In Übereinstimmung mit dem deutschen Aktiengesetz gilt als Stichtag für die Festlegung, welche Inhaber der Stammaktien gegebenenfalls Anspruch auf Dividendenzahlungen oder sonstige Ausschüttungen, wie Bargeld, Aktien oder Sachwerten haben, das Datum der Hauptversammlung, auf der solche Dividendenzahlungen oder sonstige Gewinnausschüttungen bekannt gegeben werden. Emittiert die Bank eine neue Aktiengattung, darf dafür gemäß der Satzung ein anderer Dividendenanspruch festgesetzt werden.

Ergebnis je Aktie

Die nachfolgende Übersicht stellt das Ergebnis je Aktie sowie die je Aktie ausgeschüttete Jahresdividende für die Geschäftsjahre 2006, 2007 und 2008 dar.

	<u>2008</u>	<u>2007</u>	<u>2006</u>
Dividende je Aktie in €	0,50 ⁽¹⁾	4,50	4,00
Ergebnis je Aktie in € (basic) ⁽²⁾	– 7,61	13,65	12,96
Ergebnis je Aktie in € (verwässert) ⁽³⁾	– 7,61	13,05	11,48

- 1 Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat für die Hauptversammlung 2009, die über die Dividendenausschüttung entscheidet.
- 2 Das Ergebnis je Aktie wird mittels Division des den Deutsche Bank Aktionären zurechenbaren Konzernergebnisses durch die durchschnittliche Anzahl der im jeweiligen Berichtsjahr ausstehenden Stammaktien ermittelt. Die durchschnittliche Anzahl der ausstehenden Stammaktien ergibt sich aus dem Durchschnitt der ausgegebenen Stammaktien, vermindert um die durchschnittliche Anzahl an Aktien im Eigenbestand und um die durchschnittliche Anzahl an Aktien, die über Terminkäufe erworben werden, welche durch Lieferung in Aktien erfüllt werden, und zuzüglich noch nicht zuge-teilter unverfallbarer Aktien aus aktienbasierten Vergütungsplänen.
- 3 Dem verwässerten Ergebnis je Aktie liegt die Annahme der Wandlung ausstehender Wertpapiere in Stammaktien oder die Ausübung sonstiger Kontrakte zur Emission von Stammaktien wie Aktienoptionen, wandelbaren Schuldtiteln, noch nicht unverfallbaren Aktienrechten und Terminkontrakten zugrunde. Finanzinstrumente werden bei der Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nur berücksichtigt, wenn sie in dem jeweiligen Berichtszeitraum einen verwässernden Effekt haben.

Die in der Vergangenheit ausgeschütteten Dividenden sind kein geeigneter Maßstab, um auf künftige Dividendenzahlungen zu schließen.

Die nachfolgende Übersicht zeigt das hypothetische Ergebnis je Aktie für die Geschäftsjahre 2006, 2007 und 2008. Dies wurde auf Basis der Anzahl der zum Datum des Registrierungsformulars ausgegebenen 620.859.015 Aktien der Gesellschaft berechnet. Diese Darstellung weicht von dem tatsächlichen jeweils auf Basis von IAS 33 für die Geschäftsjahre 2006, 2007 und 2008 ermittelten Ergebnis je Aktie ab. Nach IAS 33 basiert das Ergebnis je Aktie u. a. auf dem Durchschnitt der im jeweiligen Geschäftsjahr tatsächlich ausgegebenen Aktien der Gesellschaft, während diese hypothetische Berechnung auf 620.859.015 ausgegebenen Aktien in jedem der drei Geschäftsjahre beruht. Damit ist die Anzahl der ausstehenden Aktien, also der Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie (basic) und (verwässert), in dieser hypothetischen Berechnung deutlich höher als in der tatsächlichen Berechnung für die Geschäftsjahre 2006, 2007 und 2008.

	<u>2008</u>	<u>2007</u>	<u>2006</u>
Ergebnis je Aktie in € (basic) ⁽¹⁾	– 6,58 ⁽¹⁾	11,40 ⁽¹⁾	10,71 ⁽¹⁾
Ergebnis je Aktie in € (verwässert) ⁽¹⁾	– 6,58 ⁽¹⁾	10,98 ⁽¹⁾	9,66 ⁽¹⁾

- 1 Ermittelt auf der Grundlage einer hypothetischen Berechnung basierend auf der Anzahl der zum Datum des Registrierungsformulars ausgegebenen 620.859.015 Aktien der Gesellschaft.

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT

Überblick

Die Deutsche Bank, die ihren Hauptsitz in Frankfurt am Main hat, gehört mit einer Bilanzsumme von 2.202 Mrd € (Stand: 31. Dezember 2008) nach eigener Ansicht zu den führenden Finanzdienstleistern in Europa und weltweit. Zum Jahresende 2008 beschäftigte die Deutsche Bank 80.456 Mitarbeiter (gerechnet auf der Basis von Vollzeitkräften) und unterhielt in 72 Ländern 1.981 Niederlassungen (50% davon in Deutschland). Die Deutsche Bank bietet Privat-, Firmen- und institutionellen Kunden weltweit eine Vielzahl von Investment-, Finanz- und damit verbundenen Produkten und Dienstleistungen.

Die Deutsche Bank ist in drei Konzernbereiche gegliedert. Zwei von ihnen sind weiter in Unternehmensbereiche unterteilt. Die Bank hat folgende Konzernbereiche:

- Corporate and Investment Bank (CIB) mit den beiden Unternehmensbereichen
 - Corporate Banking & Securities (CB&S)
 - Global Transaction Banking (GTB)
- Private Clients and Asset Management (PCAM) mit den beiden Unternehmensbereichen
 - Asset and Wealth Management (AWM)
 - Private & Business Clients (PBC)
- Corporate Investments (CI)

Zur Organisation gehören auch Infrastrukturfunktionen und das Corporate Center. Darüber hinaus verfügt die Deutsche Bank über eine Regional Management-Funktion, die weltweit regionale Zuständigkeiten abdeckt.

Die Deutsche Bank unterhält Geschäftsbeziehungen mit bestehenden und neuen Kunden in den meisten Ländern der Welt. Grundlage für diese Geschäftsbeziehungen sind Tochtergesellschaften und Filialen in vielen Ländern, Repräsentanzen in vielen anderen Ländern und ein oder mehrere Ansprechpartner zur Betreuung der Kunden in fast allen übrigen Ländern.

Die folgende Tabelle zeigt die Erträge nach geografischer Region auf Basis der Managementberichts-systeme der Deutschen Bank.

	<u>2008</u>	<u>2007</u>	<u>2006</u>
		(in Mio €)	
		(ungeprüft)	
Deutschland:			
CIB	2.866	2.921	2.265
PCAM	5.208	5.514	4.922
Deutschland insgesamt	8.074	8.434	7.187
Europa, Naher Osten und Afrika:			
CIB	(621)	7.721	6.836
PCAM	2.391	2.816	2.661
Europa, Naher Osten und Afrika insgesamt	1.770	10.537	9.497
Nord- und Südamerika (insbesondere USA):			
CIB	(838)	4.628	6.810
PCAM	971	1.331	1.350
Nord- und Südamerika insgesamt	133	5.959	8.160
Asien/Pazifik:			
CIB	1.671	3.823	2.891
PCAM	471	468	381
Asien/Pazifik insgesamt	2.142	4.291	3.273
CI	1.290	1.517	574
Consolidation & Adjustments	82	7	(197)
Konsolidierte Nettoerträge insgesamt ⁽¹⁾	13.490	30.745	28.494

1 Die konsolidierten Nettoerträge umfassen Zinsen und ähnliche Erträge, Zinsaufwendungen und zinsunabhängige Erträge insgesamt (einschließlich Provisionsüberschuss). Die Erträge werden den Ländern anhand des Standorts der bilanzierenden Geschäftsstelle zugeordnet. Der Standort eines bilanzierten Geschäfts kann sich von der Hauptgeschäftsstelle beziehungsweise von sonstigen Geschäftsstellen des Kunden und den Standorten der Mitarbeiter, welche das Geschäft abgeschlossen beziehungsweise arrangiert haben, unterscheiden. Der Standort eines bilanzierten Geschäfts, an dem die Mitarbeiter, die Kunden und sonstige Dritte an unterschiedlichen Standorten beteiligt sind, hängt häufig von anderen Erwägungen wie beispielsweise der Art des Geschäfts sowie aufsichtsrechtlichen und abwicklungstechnischen Aspekten ab.

Corporate and Investment Bank

In CIB betreibt die Deutsche Bank das Kapitalmarktgeschäft einschließlich Emission, Verkauf und Handel von Kapitalmarktprodukten wie Aktien, Anleihen und anderen Wertpapieren, das Beratungs- und das Kreditgeschäft sowie das Geschäft mit Transaktionsdienstleistungen. Ihre institutionellen Kunden kommen sowohl aus dem öffentlichen Sektor – wie souveräne Staaten und supranationale Einrichtungen – als auch aus der Privatwirtschaft, von mittelständischen Unternehmen bis hin zu multinationalen Großkonzernen.

CIB gliedert sich in die Unternehmensbereiche Corporate Banking & Securities (CB&S) und Global Transaction Banking (GTB).

CB&S besteht aus den beiden Geschäftsbereichen Global Markets und Corporate Finance, die im Deutsche Bank-Konzern weltweit das Emissionsgeschäft, den Verkauf und Handel von Wertpapieren, das Beratungsgeschäft bei Fusionen und Übernahmen sowie das Corporate-Finance-Geschäft abdecken.

Zu GTB gehört das Produktangebot in den Geschäftszweigen Trade Finance, Cash Management und Trust & Securities Services für Finanzdienstleister und andere Unternehmen.

Private Clients and Asset Management

PCAM ist in die Unternehmensbereiche Asset and Wealth Management (AWM) und Private & Business Clients (PBC) gegliedert.

AWM umfasst die beiden Geschäftsbereiche Asset Management (AM) und Private Wealth Management (PWM). In AM hat die Deutsche Bank für Privatkunden das weltweite Publikumsfondsgeschäft ihrer Tochtergesellschaft DWS Investments konzentriert. An institutionelle Kunden, einschließlich Pensionsfonds und Versicherungen, wendet sich die Deutsche Bank mit einer breiten Produktpalette, die von klassischen Anlagen über Hedgefonds bis zu speziellen Immobilienanlagen reicht. PWM betreut weltweit vermögende Privatkunden und Familien. Dieser sehr anspruchsvollen Kundschaft bietet die Deutsche Bank einen ganzheitlichen Service, zu dem die individuelle Vermögensverwaltung einschließlich der Beratung bei der Nachfolgeplanung und bei philanthropischen Überlegungen gehört.

PBC richtet sich an vermögensbildende Privatkunden und kleine bis mittlere Unternehmen, denen die Deutsche Bank ein breites Spektrum von Bankdienstleistungen wie Kontoführung, Kredit- und Einlagengeschäft sowie Vermögensanlageberatung zur Verfügung stellt. Außerhalb Deutschlands ist PBC seit Langem in Italien, Spanien, Belgien und Portugal sowie seit einigen Jahren in Polen aktiv. Darüber hinaus investiert die Deutsche Bank gezielt in die Erschließung aufstrebender Märkte in Asien, beispielsweise in China und Indien.

Corporate Investments

Der Konzernbereich CI umfasst im Wesentlichen die Industriebeteiligungen und sonstige Beteiligungen.

Strategie

Strategie im Konzern

Die Deutsche Bank hat eine klar definierte Geschäftsstrategie, die alle Aspekte ihrer Geschäftstätigkeit abdeckt: ihre Corporate Identity, ihr Leitbild und ihre Werte, ihre Marke und ihre 2002 ins Leben gerufene Management-Agenda, die ein Transformationsprogramm und Initiativen zum profitablen Wachstum beinhaltet. Die Deutsche Bank hat ihre Strategie an die schwierigeren Marktbedingungen in der zweiten Jahreshälfte 2007 und in 2008 wie folgt angepasst:

Identität. Die Deutsche Bank ist nach eigener Einschätzung eine führende globale Investmentbank mit einem starken Privatkundengeschäft. Ihre Geschäftsfelder ergänzen sich gegenseitig. Die volle Ausnutzung des Synergiepotenzials zwischen diesen Geschäftsfeldern hat strategische Priorität für die Deutsche Bank. Die Deutsche Bank versteht sich als führend in Europa und hat eine starke Marktposition in Nordamerika, Asien und den nach eigener Einschätzung bedeutendsten Schwellenländern. Zu ihren Wachstumsinitiativen gehören organische Investitionen sowie gezielte ergänzende Akquisitionen.

Leitbild und Werte. Ziel der Deutschen Bank ist es, der führende globale Anbieter von Finanzlösungen für anspruchsvolle Kunden zu sein und nachhaltig Mehrwert für ihre Aktionäre und Mitarbeiter zu schaffen. Die Deutsche Bank bekennt sich zu ihren Werten: Kundenfokus, Teamwork, Innovation, Leistung und Vertrauen.

Marke. Nach Einschätzung der Gesellschaft steht die Marke rund um den Globus für Stärke und Qualität, und das Logo der Deutschen Bank hat einen der größten Wiedererkennungseffekte in der Finanzbranche. Ziel der Markenkampagne ist es, den Kunden der Deutschen Bank ihr unverwechselbares Logo, die Geschäftserfolge und das Produkt- und Leistungsangebot nahezubringen. Diese Kampagne hat nach Einschätzung der Gesellschaft das Ansehen der Deutschen Bank in den etablierten Märkten weiter gefestigt und die Wahrnehmung der Marke in neuen Wachstumsmärkten erhöht.

Management-Agenda. Im Jahr 2002 hat die Deutsche Bank eine Agenda gestartet, die sich über mehrere Jahre und Phasen erstreckt. Im Mittelpunkt der ersten Phase der Agenda stand die Transforma-

tion der Deutschen Bank als vorrangiges Ziel des Managements. In Phase 2 wurde eine Strategie zur nachhaltigen Erreichung profitablen Wachstums verfolgt. Diese zwei Phasen der Strategie wurden erfolgreich umgesetzt. Zwischen 2002 und 2007 erzielte die Deutsche Bank deutliche Rentabilitätssteigerungen, wie der Zuwachs der Erträge und der Eigenkapitalrendite vor Steuern beweist. In ihren Kerngeschäftsfeldern gehört die Deutsche Bank nach eigener Einschätzung zu den Marktführern, hat ihre Kreditrisiken und Risikopositionen bei Alternativen Anlagen reduziert und eine klare Kapitalmanagementstrategie verfolgt. So konnte die Deutsche Bank während dieser Zeit ihre Kernkapitalquote innerhalb ihres Zielkorridors aufrechterhalten und gleichzeitig Investitionen in Geschäftswachstum tätigen sowie ihren Aktionären eine Bardividende zahlen. 2006 hat die Deutsche Bank Phase 3 ihrer Management-Agenda gestartet, die die Jahre 2006 bis 2008 umfasst. Übergeordnetes Ziel war es, aufbauend auf einer weltweiten Präsenz beschleunigtes Wachstum zu erzielen. Die Deutsche Bank hat vier konkrete Ziele definiert. Erstens die Aufrechterhaltung ihrer Kosten-, Risiko-, Kapital- und aufsichtsrechtlichen Disziplin. Zweitens die Fortsetzung ihrer Investitionen in organisches Wachstum und ergänzende Akquisitionen. Drittens das weitere Wachstum in den Geschäftsfeldern, die aus Sicht des Marktes stabile Ertragsströme generieren, das heißt Private Clients and Asset Management (PCAM) sowie Global Transaction Banking. Viertens den Ausbau ihrer Wettbewerbsstärke im Konzernbereich Corporate and Investment Bank (CIB).

Die Finanzkrise, die in der zweiten Jahreshälfte 2007 begann, und die rapide Verschlechterung der Bedingungen an den Finanzmärkten während des vierten Quartals 2008 belasteten die Bankenbranche schwer: In vielen wichtigen Bereichen gingen die Geschäftsaktivitäten deutlich zurück, und infolge niedrigerer Bewertungen einiger Assetklassen kam es zu Wertanpassungen und -verlusten. Nach dem Zusammenbruch einer großen US-Investmentbank im September 2008 gerieten die Kapitalmärkte unter akuten Druck, verursacht durch den deutlichen Rückgang des Interbankengeschäfts, extreme Illiquidität auf Kredit- und anderen Märkten und eine außergewöhnlich hohe Volatilität, einschließlich drastischer Einbrüche an den wichtigsten Aktienmärkten. Risikopositionen für Vermögenswerte, die im Laufe der Krise an Wert verloren hatten, und ein sich verschlechterndes Kreditumfeld infolge der Ausweitung der Krise auf die Gesamtwirtschaft belasteten außerdem die Bilanzen der Banken. Zentralbanken und Regierungen intervenierten in einem zuvor nie erlebten Umfang, indem sie auf Schlüsselmärkten Liquidität bereitstellen und Banken durch Direktbeteiligungen neues Kapital zuführten. Angesichts dieser extrem schwierigen Bedingungen gelang es der Deutschen Bank nicht, die Ziele der Phase 3 ihrer Management-Agenda zu erreichen. Die Deutsche Bank schnitt verglichen mit einigen ihrer Mitbewerber in Bezug auf Verluste aus Wertrückgängen bei Collateralized Debt Obligations und anderen unmittelbar von der Kreditkrise betroffenen Wertpapieren, nach eigener Einschätzung deutlich besser ab. Das Ergebnis für 2008 wurde jedoch erheblich belastet durch Verluste in bestimmten Sales & Trading-Bereichen, Abschreibungen auf Kredite und Kreditzusagen im Leveraged-Finance-Geschäft sowie niedrigere Erträge, vor allem aufgrund rückläufiger Provisionsinnahmen aus dem Vermögensanlagegeschäft.

Auf diese Entwicklungen hat die Deutsche Bank 2008 mit einer Reihe von Initiativen reagiert. Sie hat ihre Kapitalquoten verbessert und ihre Refinanzierungsbasis über Kapitalmarktemissionen und verschiedene andere Maßnahmen gestärkt. Die Deutsche Bank hat ihr Geschäftsmodell im Investmentbanking neu ausgerichtet, indem sie ihre Risikopositionen abgebaut und Aktivitäten in bestimmten Geschäftsfeldern, die direkt von der Finanzkrise beeinträchtigt waren, reduziert hat. Dazu zählten der weltweite Handel mit Kreditprodukten und einige Eigenhandelsaktivitäten. Darüber hinaus hat die Deutsche Bank Risikopositionen aus der Vergangenheit in wichtigen Bereichen, wie Leveraged Finance und Commercial Real Estate, reduziert und nicht derivative Handelsaktiva deutlich abgebaut. Während gezielte Investitionen in Wachstumsinitiativen in den „stabilen“ Geschäftsbereichen fortgesetzt werden, ergreift die Deutsche Bank gleichzeitig entsprechende Effizienzmaßnahmen. Dazu gehören die Vereinfachung komplexer Geschäftsabläufe, die bereichsübergreifende Vereinheitlichung von Prozessen und die Verbesserung der Funktionen durch zusätzliche Offshore-Aktivitäten. Durch die Verlegung bestimmter Aktivitäten an Niedriglohnstandorte können Kosten eingespart werden. Darüber hinaus hat die Deutsche Bank auch eine Prüfung ihrer Vergütungsregelungen eingeleitet.

Strategien der Konzernbereiche

Strategien in den CIB-Bereichen

Im Unternehmensbereich **Corporate Banking & Securities** möchte die Deutsche Bank auf der in den letzten Jahren erreichten Position als eine der nach eigener Einschätzung weltweit führenden Investmentbanken (basierend auf allgemein verfügbaren Ertragsangaben) aufbauen. Im Bereich Sales & Trading hat die Deutsche Bank sich nach eigener Einschätzung als eine der besten Banken etabliert (basierend auf öffentlich verfügbaren Ertragsangaben). Als Reaktion auf die Finanzkrise hat die Deutsche Bank Maßnahmen ergriffen, um ihre Investmentbank-Plattform neu auszurichten und ihren Kapitaleinsatz, ihre Mitarbeiterressourcen und ihre risikogewichteten Aktiva der veränderten Lage anzupassen. Aus bestimmten illiquiden Handelsbereichen, unter anderem dem Kredithandel, die unmittelbar von der Finanzkrise betroffen sind und bei denen es unwahrscheinlich ist, dass die Aktivitäten kurzfristig wieder das Niveau von vor der Krise erreichen werden zieht die Deutsche Bank Ressourcen ab. Die Deutsche Bank hat einige Eigenhandelsabteilungen geschlossen und ihre Eigenhandelsaktivitäten reduziert. Im Mittelpunkt ihrer Bemühungen zur Neuausrichtung stehen insbesondere liquidere Handelsbereiche, darunter das Devisen-, Geldmarkt- und Zinsgeschäft. Darüber hinaus möchte die Deutsche Bank sich frühere Investitionen in Bereiche wie das Prime-Brokerage-Geschäft, den Rohstoffhandel und das US-Aktienkassageschäft zunutze machen. Während in anderen Teilen der Investmentbankbranche starke Konsolidierungen, fusionsbedingte Umstrukturierungen und strukturelle Veränderungen stattgefunden haben, hat das Kundengeschäft der Deutschen Bank Kontinuität gezeigt. Dies ist ein Vorteil, aus dem die Deutsche Bank strategischen Nutzen ziehen kann.

In **Corporate Finance** hat die Deutsche Bank ein leistungsstarkes Geschäft in Europa aufgebaut. Ihr wichtigstes strategisches Ziel ist es, sich gemessen am branchenweiten Provisionsaufkommen dauerhaft unter den fünf besten Anbietern zu positionieren. Die Deutsche Bank will dieses Ziel erreichen, indem sie ihre Führungsposition in Europa festigt, ihren Marktanteil und ihre Profitabilität im US-amerikanischen Markt steigert und ihre Präsenz in wichtigen Emerging-Markets-Ländern ausbaut. Die Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft haben zu einem Rückgang der Marktaktivitäten in einigen Bereichen von Corporate Finance geführt, einschließlich M&A-Transaktionen mit hohem Fremdfinanzierungsanteil und Leveraged-Buyout-Transaktionen, IPOs, Transaktionen in Leveraged Finance und Commercial Real Estate. Dieser Rückgang wurde zum Teil durch die Nachfrage von Unternehmen nach Leistungen im Zusammenhang mit Restrukturierungs- und Rekapitalisierungsmaßnahmen ausgeglichen, da sich das Geschäftsumfeld für die Firmen verschlechtert hat. Als Reaktion auf diese Bedingungen richtet die Deutsche Bank ihre Aktivitäten im Commercial-Real-Estate- und Leveraged-Finance-Geschäft neu aus. Damit will die Deutsche Bank Möglichkeiten für die Aufnahme von Kapital und die Restrukturierungsberatung nutzen und gezielt in ihre Beratungskapazitäten in bestimmten Branchen investieren.

Im Unternehmensbereich **Global Transaction Banking** (GTB) konnte die Deutsche Bank in den Jahren 2004 bis 2008 ihre Rentabilität vor Steuern deutlich verbessern. Das strategische Ziel ist es, diese Dynamik zu nutzen, indem die Deutsche Bank in neue Märkte expandiert, neue Kunden in Kernmärkten gewinnt, die bestehende Kundenbasis besser durchdringt und ihr Produktangebot weiterentwickelt. Überall, wo GTB vertreten ist, bietet die Deutsche Bank eine umfassende Betreuung bei der Strukturierung, Finanzierung und Risikominderung von inländischen und grenzüberschreitenden Handelsgeschäften. Die Deutsche Bank setzt die Entwicklung flexibler, innovativer Lösungen in Bereichen wie dem Kreditkartengeschäft und währungsübergreifenden Massenzahlungsverkehr fort. Dazu will die Deutsche Bank weiter in neue Technologien investieren und ihr Produktangebot verbessern. GTB will sowohl organisch wachsen als auch Chancen für sinnvolle ergänzende Akquisitionen nutzen.

Strategien in den PCAM-Geschäftsfeldern

Im Unternehmensbereich **Asset and Wealth Management** ist die Deutsche Bank in allen größeren Regionen der Welt tätig. Das von ihr verwaltete Vermögen betrug zum 31. Dezember 2008 628 Mrd €. Ziel der Deutschen Bank ist es, weiteres Wachstum zu erzielen und sowohl im Asset Management als auch im Private Wealth Management die Profitabilität zu steigern. Die Verschärfung der Finanzkrise im Jahresverlauf 2008 hat infolge rückläufiger Aktienbewertungen auch das Ergebnis des Asset Management-Geschäfts der Deutschen Bank deutlich beeinträchtigt. Der Wert der Kundenportfolios und demzufolge der Provisionsertrag sanken, was die Zuführung von Barmitteln zur Unterstützung

bestimmter europäischer Geldmarktfonds erforderlich machte. Außerdem kam es zu einer Verschlechterung der Bedingungen im Bereich Alternative Investments, insbesondere bei Immobilien. Als Reaktion hat die Deutsche Bank eine Reihe von Maßnahmen zur Restrukturierung des Bereichs ergriffen, um den Operating Leverage wiederherzustellen. Diese Maßnahmen betreffen jede der vier globalen Geschäftssparten von Asset Management: Publikumsgeschäft, Alternative Anlagen, Vermögensverwaltung für institutionelle Investoren und Versicherungsgesellschaften. Im Publikumsgeschäft hat die Deutsche Bank Maßnahmen zur Restrukturierung einiger Geldmarktfondsprodukte ergriffen und sich das Ziel gesetzt, ihre Position im Geschäft mit Publikumsfonds weltweit zu verbessern. Dabei will die Deutsche Bank von ihrer Marke DWS profitieren. Im Geschäft mit Alternativen Anlagen, das unter der Marke RREEF firmiert, will die Deutsche Bank ihre Plattform neu auf die erschwerten Bedingungen an den Immobilienmärkten ausrichten. Außerdem hat sie Abbaumaßnahmen in dem Hedgefondsgeschäft vorgenommen. Ferner möchte die Deutsche Bank ihre Kosteneffizienz verbessern, indem sie Prozesse zur Produktion neuer Fonds verschlankt und Kosten in ihren Mid- und Back-Office-Bereichen senkt.

Im Bereich Private Wealth Management ist es Ziel, auf der starken Marke Deutsche Bank aufzubauen, neue Mittel zu gewinnen und von einer „Flucht in die Qualität“ zu profitieren. Ihr Ziel, profitables Wachstum zu erzielen und Mittelzuflüsse zu generieren, will die Deutsche Bank erreichen, indem sie gezielt Top-Talente für sich gewinnt und ihr Vermögensverwaltungsgeschäft ebenso wie ihr Geschäft mit Beratungsmandaten ausbaut. Außerdem will die Deutsche Bank den Herausforderungen an den Finanzmärkten begegnen, indem sie sich weiterhin auf die Produktivität und Kosteneffizienz im Front-Office-Bereich konzentriert. Die Strategie sieht sowohl organisches Wachstum als auch gezielte, ergänzende Akquisitionen vor.

Im Bereich **Private & Business Clients (PBC)** besteht die Strategie der Deutschen Bank darin, auf ihrer Position in Deutschland und anderen Kernmärkten Europas aufzubauen und gleichzeitig ihr Geschäft in den Wachstumsmärkten Mitteleuropas und Asiens zu erweitern. Das Geschäftsmodell basiert auf den zwei Kernkompetenzen Anlageberatung und Konsumentenfinanzierung. Mit der Ausweitung der Finanzkrise im Jahresverlauf 2008 hat PBC einen Ertragsrückgang aus dem Geschäft mit Anlage- und Brokerageprodukten infolge einbrechender Aktienmärkte, höherer Risikovorsorgen im Kreditgeschäft und rückläufiger Margen im Einlagengeschäft und anderen elementaren Bankprodukten verbuchen müssen. Als Folge wird die Deutsche Bank die Umsetzung ihres Programms zur Wachstums- und Effizienzsteigerung fortsetzen, das sie 2008 gestartet hat. Dieses umfasst Effizienzmaßnahmen im Middle- und Back-Office-Bereich, die Integration des Kreditkartengeschäfts sowie gezielte Investitionen in Vertriebskanäle. Im Beratungsgeschäft will die Deutsche Bank PBC mittels gezielter Investitionen auf eine Erholung im Geschäft mit Anlageprodukten vorbereiten. Im Konsumentenkreditgeschäft begegnet sie dem Einbruch der Margen mit Maßnahmen zur Effizienzsteigerung. Ferner möchte die Deutsche Bank sich das Wachstum ihrer Kunden- und Einlagenbasis im Jahr 2008 und in den vorhergehenden Jahren zunutze machen. Allein 2008 hat PBC 800.000 Neukunden hinzugewonnen und das Einlagenvolumen um 19 Mrd € erhöht. Das bildet die eine Grundlage für die Generierung künftiger Erträge.

Das Bekenntnis von PBC zu Wachstum in dem Heimatmarkt Deutschland, das bereits mit den Akquisitionen der Berliner Bank und norisbank in den Jahren 2006 beziehungsweise 2007 belegt wurde, hat die Deutsche Bank im Februar 2009 durch den Kauf eines Minderheitsanteils an Deutschlands größter Privatkundenbank, der Deutschen Postbank, von deren Muttergesellschaft, der Deutschen Post, bestätigt. Außerdem hat die Deutsche Bank eine von der Deutschen Post begebene Pflichtumtauschleihe gezeichnet, die im Februar 2012 gegen eine zusätzliche Beteiligung von 27,4% an der Deutschen Postbank umgetauscht werden kann. Ferner erhielt die Deutsche Bank die exklusive Option ihre Beteiligung zwischen Februar 2012 und Februar 2013 um weitere 12,1% zu erhöhen. Falls die Deutsche Bank einen Mehrheitsanteil an der Deutschen Postbank erwirbt, würde ein Unternehmen entstehen, das in Deutschland eine klare Führungsposition im Privatkundengeschäft (gemessen an der Zahl der Kunden) einnimmt und nahezu 30 Millionen Kunden in ganz Europa betreut. Zusätzlich hat die Deutsche Bank mit der Deutschen Postbank eine Vereinbarung über eine umfassende Geschäftskooperation beim Vertrieb von Investmentprodukten und Anleihen sowie über Partnerschaften in den Bereichen IT und Sourcing geschlossen. Diese Vereinbarung soll Kosten- und Ertrags-synergien für beide Parteien generieren.

Außerhalb Deutschlands will PBC in den „Kernmärkten“ Europas wachsen. Dazu zählen Spanien, Portugal und Belgien. Ihr organisches Wachstum in Polen hat die Deutsche Bank 2008 fortgesetzt. Das beim Ertrags- und Geschäftsvolumen erzielte Wachstum ist auf die Ausweitung ihres Filialnetzes bei der Anlageberatung und Konsumentenfinanzierung zurückzuführen.

Kapitalmanagementstrategie

Gezieltes Kapitalmanagement hat in allen Phasen der Management-Agenda eine entscheidende Rolle gespielt. Unter den derzeit schwierigen Bedingungen betrachtet die Deutsche Bank eine solide Kapitalposition sowie eine stabile Liquiditäts- und Finanzierungsbasis als wichtige Stützpfiler. 2008 hat sie ihr Tier-1-Kapital im Jahresverlauf von 28,3 Mrd € auf 31,1 Mrd € erhöht. Am Jahresende 2008 lag die Tier-1 Kapitalquote (nach Basel II) bei 10,1 %, und war damit höher als zu Beginn der Finanzkrise. Darüber hinaus hat die Deutsche Bank in der zweiten Jahreshälfte 2008 ihre Leverage Ratio – das Verhältnis der Bilanzsumme zum Eigenkapital – zurückgefahren. An ihrer Verpflichtung, eine Kernkapitalquote (Tier-1) von rund 10 % aufrechtzuerhalten und ihre Leverage Ratio weiter abzubauen, hält die Deutsche Bank fest.

Markt und Wettbewerb

Märkte, Wettbewerber und Wettbewerbsfaktoren

Der Finanzdienstleistungssektor und die gesamten Geschäftsbereiche der Deutschen Bank sind von einem intensiven Wettbewerb geprägt und die Deutsche Bank erwartet, dass dies auch künftig so bleibt. Die wichtigsten Wettbewerber sind andere Geschäftsbanken, Sparkassen, öffentlich-rechtliche Banken, Broker und Dealer, Investmentbanking-Unternehmen, Versicherungen, Anlageberater sowie Publikums- und Hedgefonds. Manche der Wettbewerber machen der Deutschen Bank auf globaler oder regionaler Ebene Konkurrenz, andere im Hinblick auf ein Produkt oder in einem Nischenmarkt. Die Deutsche Bank muss sich an zahlreichen Faktoren messen lassen, wie der Qualität der Kundenbeziehungen, der Abwicklung von Transaktionen, den Produkten und Dienstleistungen sowie in puncto Innovation, Reputation und Preis.

In Deutschland wird das Wettbewerbsumfeld von der Einteilung des Bankensektors in die drei folgenden Säulen geprägt: in Privatbanken wie die Deutsche Bank, öffentlich-rechtliche Banken (Staatsbanken oder Landesbanken und Sparkassen) und Genossenschaftsbanken. Ferner ist eine Reihe von ausländischen Banken in Deutschland tätig. Die öffentlich-rechtlichen und die Genossenschaftsbanken arbeiten häufig eng mit anderen Banken in ihrer jeweiligen Säule zusammen und bilden so Netzwerke für die meisten Produkte. Die unterschiedlichen Rechtsformen von Privatbanken, öffentlich-rechtlichen Banken und Genossenschaftsbanken erschweren eine säulenübergreifende Konsolidierung, so dass eine Konsolidierung eher innerhalb als außerhalb der drei vorgenannten Säulen stattfindet. Öffentlich-rechtliche Banken müssen von Kommunen und anderen öffentlichen Stellen kontrolliert werden und können in unbegrenztem Umfang Staatsgarantien verschiedenster Art in Anspruch nehmen. Nach einer Einigung der Europäischen Kommission und der deutschen Regierung wurden diese Vereinbarungen für Landesbanken in der Regel nach dem 18. Juli 2005 abgeschafft, wobei für zu diesem Zeitpunkt bestehende Verbindlichkeiten eine Übergangszeit gilt. Für Sparkassen, die sich mehrheitlich in kommunaler Hand befinden und vorwiegend im Retailgeschäft tätig sind, bleiben diese Vereinbarungen bestehen.

In Europa fand die Konsolidierung der Bankenbranche vor allem in einzelnen Ländern statt. Im September 2007 hat die Europäische Union die Regelungen zur Überprüfung von Bankfusionen und -übernahmen gemäß dem Bankaufsichtsrecht geändert. Der Umfang der Überprüfungen wurde verringert und der Zeitrahmen gestrafft, um grenzüberschreitende Unternehmenszusammenschlüsse in Europa zu erleichtern. Diese neuen Regelungen müssen bis zum 21. März 2009 in nationales Recht umgesetzt werden. Ferner erwägt die Europäische Kommission weitere Maßnahmen, um den Wettbewerb zwischen den Banken in der Europäischen Union zu beleben und die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Banken im weltweiten Ausland zu verbessern. Die Deutsche Bank überwacht den Fortschritt der entsprechenden Gespräche genau und prüft sorgfältig, ob aus ihnen Geschäftschancen oder -herausforderungen für sie erwachsen könnten.

Der Erfolg der Deutschen Bank ist vom Talent und Einsatz hochqualifizierter Mitarbeiter abhängig. Die Deutsche Bank konkurriert mit Unternehmen innerhalb, aber auch außerhalb des Finanzdienstleistungssektors um Mitarbeiter, die die im Banken-, Wertpapier- und Finanzdienstleistungssektor erforderlichen Qualitäten aufweisen. Die Fähigkeit, bei Bedarf neue Mitarbeiter für sich zu gewinnen und bestehende Mitarbeiter an sich zu binden beziehungsweise diese zu motivieren, ist daher für die Wettbewerbsfähigkeit der Deutschen Bank von wesentlicher Bedeutung. Der Druck auf die Banken, ihre Vergütungsmodelle zu überarbeiten und die absolute Höhe von Managergehältern zu beschränken, kann die Erfolgchancen bei der Gewinnung neuer Talente und der Bindung talentierter Mitarbeiter erheblich beeinflussen.

Die Reputation als Bank mit hoher Finanzkraft und Integrität ist entscheidend für die Fähigkeit der Deutschen Bank, Kunden zu gewinnen und zu halten. Um ihren guten Ruf zu sichern, muss die Deutsche Bank ihre Marke entsprechend fördern und vermarkten sowie unter Umständen auf bestimmte Transaktionen oder Aktivitäten verzichten, auch wenn sie aus finanzieller Sicht lohnend wären. Der Geschäftsverlust, der aus einer Schädigung der Reputation der Deutschen Bank entstehen würde, könnte ihr Geschäftsergebnis und ihre Finanzlage belasten.

Konsolidierung und Globalisierung

Der Finanzdienstleistungssektor war in den letzten Jahren von starker Konsolidierung und Konvergenz geprägt. Zahlreiche große Geschäftsbanken, Versicherungen und andere breit diversifizierte Finanzdienstleister haben mit anderen Instituten fusioniert oder wurden von diesen übernommen. 2008 fanden im Bankensektor weitere umfangreiche Konsolidierungs- und Fusionsaktivitäten statt, von denen einige vor dem Hintergrund deutlicher Verluste erfolgten, die bestimmte Finanzinstitute aus notleidenden Vermögenswerten verbuchen mussten. Ferner erfolgte 2008 eine entscheidende Abkehr vom gängigen Geschäftsmodell der unabhängigen Broker-Dealer. Manche Broker-Dealer wurden von großen integrierten Banken übernommen, andere haben sich für eine Umwandlung in Bankholdinggesellschaften entschieden, und einer kollabierte im September 2008. Die jüngsten Konsolidierungsaktivitäten dürften nach Einschätzung der Deutschen Bank infolge von Post-Merger-Integration, Restrukturierungsmaßnahmen oder internen Reorganisationsaktivitäten zu erheblichen Änderungen im Geschäftsbetrieb bzw. zur Einstellung bestimmter Geschäftsaktivitäten bei den betroffenen Instituten führen. Die starken Umwälzungen in manchen Instituten könnten Banken wie die Deutsche Bank, die nicht von den Konsolidierungsaktivitäten betroffen sind, die Chance eröffnen, Marktanteile zu gewinnen. Diese Chance kann sich auch für andere Banken bieten, die während des Konsolidierungsprozesses das Investmentbanking-Geschäft anderer Institute übernommen haben.

In Deutschland wird sich die Wettbewerbslandschaft auch durch die Fusion der zweit- und der drittgrößten Privatbank sowie eine Kapitalzuführung seitens der deutschen Regierung in das dadurch entstandene Unternehmen verändern.

Staatliche Interventionen als Reaktion auf die Finanzmarktkrise

Regierungen und Zentralbanken in verschiedenen Ländern, darunter Deutschland, Großbritannien, die Schweiz und die USA, haben zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um die aktuelle Krise an den Finanzmärkten und insbesondere ihre Auswirkungen auf Banken zu bekämpfen, um die Marktliquidität und das Vertrauen der Investoren wiederherzustellen. Diese Maßnahmen umfassen Garantien seitens einer Regierung oder Regierungsbehörde, die Schulden bestimmter Banken zu übernehmen, den Kauf illiquider Vermögenswerte von bestimmten Banken und die Zuführung verschiedener Formen von Kapital (hybride Instrumente sowie Vorzugs- und Stammaktien) in Banken. In manchen Fällen wurden Banken bereits teilverstaatlicht, in anderen wird deren Verstaatlichung in Erwägung gezogen. Die deutsche Bundesregierung hat kürzlich einen Gesetzentwurf vorgelegt, der den Anwendungsbereich bestimmter Ausnahmen zu Regelungen des Übernahmerechts erweitert und eine (bis zum 31. Oktober 2009) befristete Ermächtigung zur Verstaatlichung von Finanzinstituten, die systemrelevant für den deutschen Finanzmarkt sind, im Wege der Enteignung ihrer Gesellschafter oder der Inhaber sonstiger Rechte, die Bestandteile der Eigenmittel des Instituts sind, gegen Zahlung einer Entschädigung vorsieht, sofern die Enteignung zur Sicherung der Stabilität des deutschen Finanzmarktes erforderlich ist und weniger einschneidende rechtlich und wirtschaftlich zumutbare sowie ebenso geeignete Mittel zur Erreichung dieses Ziels nicht zur Verfügung stehen.

Die Bedingungen, unter denen Banken von diesen Maßnahmen profitieren können, variieren von Land zu Land, und bisweilen dürfen diese Maßnahmen nur von der Muttergesellschaft eines Bankkonzerns angewandt werden. In der Regel ist die Teilnahme einer Bank freiwillig, jedoch werden die Maßnahmen in manchen Ländern politisch gefördert. Eine Verpflichtung zur Inanspruchnahme solcher Maßnahmen kann entstehen, wenn bestimmte Schwellenwerte wie definierte Kapitalquoten nicht mehr eingehalten werden. Die Möglichkeit, an diesen Maßnahmen teilzunehmen, ist in manchen Fällen an bestimmte Zusagen seitens der Bank geknüpft, beispielsweise die Kreditvergabe an bestimmte Arten von Kreditnehmern (wie kleine und mittelständische Unternehmen), Anpassungen der Geschäftsstrategie, der Unterlassung von Dividendenzahlungen und anderen Gewinnausschüttungen sowie Beschränkungen bei der Vergütung des Managements.

Einige der vorgenannten staatlichen Interventionsprogramme umfassen erhebliche Geldsummen. Zwischen den nationalen Programmen bestehen jedoch Unterschiede. Sie wirken sich deutlich sowohl auf teilnehmende als auch auf nicht teilnehmende Banken aus. Die Auswirkungen betreffen insbesondere den Zugang zu Finanzierungsmitteln und Kapital, den Umfang an strategischer Eigenständigkeit, das teilnehmende Finanzinstitute beibehalten können, die Managervergütung und die Gewinnung und Bindung talentierter Mitarbeiter. Banken, die keine direkte staatliche Unterstützung in Anspruch genommen haben, darunter gegenwärtig die Deutsche Bank, könnten durch die Wahrung ihrer strategischen Eigenständigkeit sowie ihrer Unabhängigkeit bei der Kreditvergabe und Managervergütung einen Wettbewerbsvorteil erzielen. Andererseits könnten Banken, die direkte staatliche Unterstützung erhalten haben, durch den Zugang zu zusätzlichen oder günstigeren Kapital- und Finanzierungsmitteln einen Wettbewerbsvorteil erlangen.

Zusätzlich könnte das Vertrauen der Anleger oder Investoren in diese Banken sinken, wodurch diese einen Liquiditätsverlust erleiden könnten.

Wettbewerb in den Geschäftsfeldern

Konzernbereich Corporate and Investment Bank

In dem Investmentbanking-Geschäft stellt die Deutsche Bank sich dem Wettbewerb in ihrem Heimatmarkt sowie in internationalen Märkten Europas, Nord- und Südamerikas und der asiatisch-pazifischen Region. Zu ihren Wettbewerbern zählen Bankholdinggesellschaften, Anlageberater, Broker und Dealer in Wertpapieren und Rohstoffen, Wertpapierhändler und bestimmte Geschäftsbanken. In Deutschland und anderen europäischen Ländern gehören auch deutsche private Universalbanken, öffentlich-rechtliche Banken und ausländische Banken dazu.

Konzernbereich Private Clients and Asset Management

Im Retailgeschäft steht die Deutsche Bank in einem intensiven Wettbewerb mit den Sparkassen und Genossenschaftsbanken, anderen Universalbanken, Versicherungen, Baufinanzierungs- und Bauspargesellschaften sowie anderen Vermittlern von Finanzprodukten. In Deutschland bilden Sparkassen und Genossenschaftsbanken die größte Gruppe der Wettbewerber der Deutschen Bank. Diese Banken sind in der Regel regional tätig. In anderen europäischen Ländern sind private Universalbanken und Sparkassen die wichtigsten Wettbewerber. Die großen asiatischen Märkte (Indien und China), wo die Deutsche Bank kürzlich eine begrenzte Anzahl von Kundenfilialen eröffnet hat, werden von nationalen öffentlich-rechtlichen und Privatbanken dominiert. Dennoch dürften internationale Finanzinstitute mit fortschreitender Deregulierung ihre Investitionen in diesen Märkten intensivieren und so den Wettbewerb erhöhen.

Im Geschäftsbereich Private Wealth Management steht die Deutsche Bank in einem starken Wettbewerb mit den Private-Banking- und Vermögensverwaltungssparten anderer global und regional agierender Finanzdienstleistungsgesellschaften sowie Investmentbanken.

Die wichtigsten Wettbewerber der Deutschen Bank im Bereich Asset Management sind Asset-Management-Tochtergesellschaften bedeutender Finanzdienstleistungsgesellschaften und große selbstständige Vermögensverwalter für Privat- und institutionelle Kunden. Die meisten der wichtigen Wettbe-

werber der Deutschen Bank haben ihren Hauptsitz in Europa oder den USA, obwohl viele von ihnen weltweit tätig sind.

Konzernbereiche

Die Deutsche Bank verwendet den Begriff Konzernbereich für die drei Bereiche der obersten Ebene ihrer Bereichsstruktur: Corporate and Investment Bank (CIB), Private Clients and Asset Management (PCAM) und Corporate Investments (CI). Die Konzernbereiche CIB und PCAM umfassen jeweils zwei große Unternehmensbereiche. Im Konzernbereich CI findet die Bezeichnung Unternehmensbereich keine Anwendung.

Konzernbereich Corporate and Investment Bank

Der Konzernbereich Corporate and Investment Bank (CIB) betreut in erster Linie große und mittelständische Unternehmen, Finanzinstitute, staatliche und multinationale Organisationen sowie Organisationen des öffentlichen Sektors. Auf diesen Konzernbereich entfielen 23% der im Jahr 2008 erwirtschafteten Erträge (2007: 62%; 2006: 66%; Zahlen auf Basis der Managementberichtssysteme).

Der Konzernbereich CIB ist mit seinen Geschäftsaktivitäten in den wichtigsten Finanzzentren der Welt vertreten, darunter London, New York, Frankfurt, Tokio, Singapur und Hongkong.

In den Geschäftsfeldern, die zum Konzernbereich CIB gehören, versucht die Deutsche Bank, sich weltweit als führender Anbieter von Dienstleistungen für Unternehmens- und institutionelle Kunden zu positionieren und gemessen an der Ertragslage, dem Marktanteil, der Reputation und dem Kundengeschäft dauerhaft zu behaupten. Dabei will sie ihr Kapital optimal einsetzen und gleichzeitig eine bestmögliche Kapitalrendite erzielen. Darüber hinaus nutzt CIB auch weiterhin bereichsübergreifende Synergien, die sich aus den Konzernbereichen PCAM und CI ergeben. Die Aktivitäten und die Strategie von CIB sind in erster Linie kundenbezogen. In jedem Geschäftsbereich sorgen Teams von Spezialisten dafür, dass die Kunden der Deutschen Bank nicht nur Zugriff auf die Produkte des eigenen Bereichs, sondern auch auf die anderer Bereiche haben.

Der Konzernbereich CIB umfasst zwei Unternehmensbereiche mit folgenden Geschäftsbereichen beziehungsweise -feldern:

- Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities
 - Geschäftsbereich Global Markets
 - Geschäftsbereich Corporate Finance
- Unternehmensbereich Global Transaction Banking
 - Trade Finance und Cash Management Corporates
 - Trust & Securities Services und Cash Management Financial Institutions

Der Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities (CB&S) umfasst die Geschäftsfelder Sales & Trading Equity und Sales & Trading Debt. Diese sind Teil des Geschäftsbereichs Global Markets. Global Markets setzt sich aus acht Hauptgeschäftssparten und drei horizontal integrierten kundenbezogenen Gruppen (Debt Capital Markets/Corporate Coverage, Institutional Client Group und Research) zusammen. Die Koordination erfolgt auf lokaler Ebene über das regionale Management. Der Unternehmensbereich CB&S umfasst ferner den Geschäftsbereich Corporate Finance, der in erster Linie für die Bereitstellung von Beratungsleistungen sowie für die Finanzierung und Strukturierung von Fremd- und Eigenkapitalprodukten für Unternehmen und Finanzinstitute verantwortlich ist. CB&S beinhaltet auch das Commercial-Real-Estate-Geschäft. Die für die Kundenbetreuung zuständigen Funktionen innerhalb von CIB sind ebenfalls wesentlicher Bestandteil des Geschäftsbereichs Corporate Finance.

Der Unternehmensbereich Global Transaction Banking (GTB) ist stark auf den Geschäftsbereich Corporate Finance ausgerichtet, dennoch wird er selbständig verwaltet. Er bietet Trade-Finance-, Cash-Management- und Trust & Securities-Leistungen an.

Die Unternehmensbereiche CB&S und GTB werden von der Loan Exposure Management Group (LEMG) unterstützt, die für eine Reihe von Kreditportfolios verantwortlich ist und die Risiken dieser Portfolios aktiv durch die Umsetzung gezielter Absicherungsstrategien steuert. Die LEMG steuert das Kreditrisiko für Kredite und Kreditzusagen im Zusammenhang mit dem Investment-Grade-Kreditportfolio und dem Portfolio an Krediten für mittelständische Unternehmen in Deutschland.

Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities

Überblick über den Unternehmensbereich

Der Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities (CB&S) besteht aus den Geschäftsbereichen Global Markets und Corporate Finance. Diese Bereiche bieten weltweit Finanzprodukte an, angefangen bei der Emission von Aktien und festverzinslichen Wertpapieren bis hin zur Entwicklung maßgeschneiderter, strukturierter Lösungen für komplexe Finanzierungsbedürfnisse.

Im Juli 2007 kündigte die Deutsche Bank die Übernahme von Abbey Life Assurance Company Limited an, einer britischen Gesellschaft, die im Wesentlichen fondsgebundene Lebensversicherungen, Pensionsversicherungs- und Rentenpolicen hält. Die Übernahme wurde im Oktober 2007 abgeschlossen.

Im Juli 2006 kündigte die Deutsche Bank die Unterzeichnung einer Vereinbarung zur Übernahme der US-amerikanischen MortgageIT Holdings, Inc., einer auf Wohnhypotheken spezialisierten Immobiliengesellschaft (Real Estate Investment Trust), an. Die Übernahme wurde im Januar 2007 abgeschlossen.

Im April 2006 führte die Deutsche Bank den Kauf eines Anteils von 30,99% an Paternoster Limited durch, einer britischen Versicherungsgesellschaft, die sich auf den Ankauf von „Bulk Annuities“ spezialisiert hat.

Im Februar 2006 schloss die Deutsche Bank die Übernahme der restlichen 60% der United Financial Group („UFG“), einer in Moskau ansässigen Investment Bank, ab. Im Januar 2004 hatte die Deutsche Bank bereits einen ersten Anteil in Höhe von 40% an der Bank erworben.

Produkte und Dienstleistungen

Der Geschäftsbereich Global Markets ist für die Emission, den Vertrieb, die Finanzierung, Strukturierung und den Handel einer breitgefächerten Palette an festverzinslichen und aktienbezogenen Produkten sowie Aktien, Wandelanleihen, Devisen und Rohstoffen verantwortlich. Ziel des Bereichs ist es, Kunden innovative Lösungen zu bieten, die ihren Anforderungen an Kapitalaufnahme, Investition, Absicherung oder anderen Finanzierungsbedürfnissen entsprechen.

Der Geschäftsbereich Corporate Finance bietet seinen Kunden neben den Beratungsleistungen bei M&A-Transaktionen und sonstigen Unternehmensfinanzierungen auch Serviceleistungen für die Begebung von Leveraged Debt und Aktien. Eine Vielzahl von Kreditprodukten und Finanzdienstleistungen komplettiert das Angebot. Auch dem öffentlichen Sektor bietet die Deutsche Bank eine Reihe von Finanzdienstleistungen an. Corporate Finance befasst sich auch mit der Betreuung von Firmen- und institutionellen Kunden sowie Finanzinstituten weltweit.

Im Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities hat die Deutsche Bank ihr kreditbezogenes Eigenhandelsgeschäft eingestellt. Verbleibende Risikopositionen wurden zur weiteren Verwaltung und Liquidation an die zuständigen Produkthandelssparten innerhalb des Sales & Trading-Bereichs übertragen. Ferner hat die Deutsche Bank im Jahresverlauf von 2008 ihren Aktieneigenhandel weiter reduziert. So hat die Deutsche Bank im vierten Quartal infolge der erheblichen Marktverwerfungen und der Illiquidität nach dem Zusammenbruch einer großen US-amerikanischen Investmentbank ins-

besondere die Anzahl und das Volumen ihrer Handelsstrategien verringert. Die Deutsche Bank ist nach wie vor dem Risiko weiterer Verluste aus ihren verbleibenden Positionen ausgesetzt, da sie dieses noch nicht vollständig minimieren konnten. Neben der Bereitstellung von Produkten und Dienstleistungen für ihre Kunden führt die Deutsche Bank weiterhin einige Eigenhandelsgeschäfte durch oder tätigt Handelstransaktionen auf eigene Rechnung. Der Großteil dieser Handelstransaktionen wird im Rahmen des üblichen Kundengeschäfts getätigt. So halten Händler zur Durchführung von Transaktionen im umsatzstarken Kundengeschäft bei einer Reihe von Wertpapieren und derivativen Produkten Long-Positionen (Erwerb von Wertpapierbeständen) und Short-Positionen (Verkauf von Wertpapieren, die sie noch nicht halten), um in bestimmten Fällen das Risiko aus Absicherungsgeschäften reduzieren zu können. Aus diesen Aktivitäten ergeben sich zwar Markt- und andere Risiken, dennoch betrachtet die Deutsche Bank diese nicht als Eigenhandelsaktivitäten. Jedoch wird das Kapital eingesetzt, um in sämtlichen Kategorien von Vermögenswerten Marktchancen nutzen zu können, wofür die Deutsche Bank den Begriff Eigenhandel verwendet.

Vertriebskanäle und Marketing

Im Unternehmensbereich CB&S liegt der Fokus der für die Betreuung von Firmen- und institutionellen Kunden verantwortlichen Mitarbeiter auf den Beziehungen zu den Kunden der Deutschen Bank. Sie hat ihr Kundenbetreuungsmodell so strukturiert, dass sie ihren Kunden deren Bedürfnisse und deren Betreuungsumfang entsprechend verschiedene standardisierte oder spezielle Produkte zur Verfügung stellen kann.

Unternehmensbereich Global Transaction Banking

Überblick über den Unternehmensbereich

Global Transaction Banking (GTB) bietet seinen Kunden weltweit in erster Linie Dienstleistungen im Hinblick auf die Einwerbung, den Transfer, die Verwahrung und die Kontrolle von Vermögenswerten an. In diesem Zusammenhang stellt der Bereich Unternehmen, Finanzinstituten sowie Staaten (einschließlich deren Institutionen) Abwicklungs- und Treuhandleistungen zur Verfügung. GTB umfasst die folgenden Geschäftsfelder:

- Trade Finance und Cash Management Corporates
- Trust & Securities Services und Cash Management Financial Institutions

Im Oktober 2008 schloss die Deutsche Bank die Übernahme der Geschäftsplattform der Pago eTransaction GmbH in die Deutsche Card Services GmbH mit Sitz in Deutschland ab.

Im Juli 2008 hat die Deutsche Bank mit ABN Amro und Fortis Group vereinbart, New HBU II N.V. und IFN Finance B.V., Teile des Commercial Bankinggeschäfts von ABN Amro in den Niederlanden zu erwerben. Die Transaktion wird abgeschlossen, sofern die niederländische Zentralbank ihre Zustimmung erteilt. Für den Transaktionsabschluss wurde kein Datum festgelegt.

Im Januar 2008 erwarb die Deutsche Bank HedgeWorks LLC, einen Hedgefondsadministrator mit Sitz in den Vereinigten Staaten.

Im Juli 2007 hat die Deutsche Bank die Übernahme des grenzüberschreitenden Wertpapierverwahrungsgeschäfts für institutionelle Kunden der Türkiye Garanti Bankasi A. S. abgeschlossen.

Im Mai 2006 hat die Deutsche Bank den Erwerb des Depository-and-Clearing-Centre-Geschäfts in Großbritannien von JPMorgan Chase abgeschlossen.

Produkte und Dienstleistungen

Trade Finance bietet Kunden umfangreiche Lösungen entlang ihrer handelsbezogenen Wertschöpfungskette durch die Kombination von internationalen Produkten und Dienstleistungen zur Steuerung des Handelsrisikos mit maßgeschneiderten Lösungen für strukturierte Handelstransaktionen

und Exportfinanzierungen sowie – in immer mehr Regionen – das Cross-Selling von Produkten zur Steuerung von Zins- und Währungsrisiken.

Cash Management erfüllt die Anforderungen einer Vielzahl von Unternehmen und Finanzinstituten. Mit einer umfassenden Palette innovativer und zuverlässiger Lösungen gewährleistet die Deutsche Bank die Durchführung komplexer Treasury-Funktionen auf globaler und regionaler Ebene. Dazu gehört auch die Bereitstellung von Zugangsmöglichkeiten für Kunden, Zahlungs- und Inkassodienste, Liquiditätsmanagement, Informations- und Kontodienste sowie elektronische Rechnungsstellung und Zahlungsdienste.

Trust & Securities Services ist ein Anbieter von Treuhand-, Zahlungs-, Depot- und zugehörigen Diensten bei bestimmten Wertpapier- und Finanztransaktionen und ist inländischer Wertpapierverwahrer in mehr als 28 Märkten.

Vertriebskanäle und Marketing

Der Unternehmensbereich GTB entwickelt und vertreibt seine eigenen Produkten und Leistungen in Europa, Asien und Nord- und Südamerika. Beim Marketing arbeitet GTB mit seinen eigenen Betreuungsfunktionen und denen aus dem Unternehmensbereich CB&S zusammen.

Die Kunden lassen sich in zwei Hauptgruppen unterteilen: (i) Finanzinstitute wie Banken, Publikumsfonds und Pensionsfonds, Broker-Dealer, Fondsmanager und Versicherungsgesellschaften sowie (ii) multinationale Unternehmen und große lokale Firmen.

Konzernbereich Private Clients and Asset Management

Der Konzernbereich Private Clients and Asset Management (PCAM) betreut in erster Linie Privat- und kleine Firmenkunden sowie wohlhabende und vermögende Kunden und bietet Vermögensverwaltungsleistungen für private und institutionelle Anleger. Auf diesen Konzernbereich entfielen 67% der im Jahr 2008 erwirtschafteten Erträge (2007 und 2006: 33%; Zahlen auf Basis der Managementberichts-systeme).

Der Konzernbereich PCAM umfasst die folgenden Unternehmensbereiche:

- Asset and Wealth Management (AWM)
- Private & Business Clients (PBC)

Der Unternehmensbereich Asset and Wealth Management umfasst die beiden Geschäftsbereiche Asset Management (AM) und Private Wealth Management (PWM). Die Geschäftsaktivitäten des Unternehmensbereichs AWM verteilen sich auf Europa, den Nahen Osten, Afrika, Nord- und Südamerika sowie Asien.

Gemessen am verwalteten Vermögen insgesamt zählt AWM nach Ansicht der Deutschen Bank zu den führenden Vermögensverwaltern weltweit. Der Bereich betreut eine Vielzahl von Retail-, Privat- und institutionellen Kunden.

Der Unternehmensbereich Private & Business Clients betreut Privat- und vermögende Kunden sowie kleine Firmenkunden in den Kernmärkten der Deutschen Bank Deutschland, Italien und Spanien ebenso wie in Belgien, Portugal und Polen. Die etablierte Stellung der Deutschen Bank in Indien und China rundet den Gesamtauftritt von PBC ab.

Unternehmensbereich Asset and Wealth Management

Überblick über den Unternehmensbereich

Der Geschäftsbereich Asset Management (AM) umfasst vier globale Geschäftssparten:

Das Produktangebot der Sparte Retail erstreckt sich über verschiedene Anlageklassen und umfasst unter anderem Publikumsfonds und strukturierte Produkte

Die Sparte Alternative Anlagen verwaltet Immobilien- und Infrastrukturinvestitionen sowie Private-Equity-Dachfonds

Die Sparte Vermögensverwaltung für Versicherungsgesellschaften bietet spezifische Beratungsleistungen und Portfoliomanagementdienste für Versicherungen und Rückversicherungen weltweit

Die Sparte Vermögensverwaltung für institutionelle Kunden bietet Anlagelösungen bei klassischen und alternativen Strategien für alle anderen institutionellen Kunden (nicht Versicherungen), wie Rentenfonds, Stiftungen und Unternehmen

Der Geschäftsbereich Private Wealth Management (PWM), der vermögende und sehr vermögende Privatpersonen, ihre Familien und ausgewählte Institutionen bei ihrer Vermögensverwaltung betreut, ist in regionale Teams unterteilt, die auf ihre jeweiligen Märkte spezialisiert sind.

Neben anderen bedeutenden Transaktionen erwarb die Sparte RREEF Alternative Investments einen signifikanten Minderheitsanteil an Rosen Real Estate Securities LLC (RRES), einem auf Long-/Short-Strategien spezialisierten Immobilienanlageberater.

Im November 2008 hat die Deutsche Bank einen Anteil von 40% an UFG Invest, der russischen Vermögensverwaltungsgesellschaft der UFG Asset Management, erworben. Gleichzeitig erhielt die Deutsche Bank die Option, die Beteiligung auf 100% zu erhöhen. Das Geschäft wird in Deutsche UFG Capital Management umfirmiert.

Im Juni 2008 verkaufte AM die italienische Lebensversicherungsgesellschaft DWS Vita SpA. an die Zurich Financial Services Group. Die Transaktion umfasst eine siebenjährige Vereinbarung für den Vertrieb von Lebensversicherungsprodukten über das Netz an Finanzberatern der Deutschen Bank in Italien, Finanza & Futuro Banca SpA.

Im Juni 2008 erfolgte auch der Verkauf der DWS Investments Schweiz AG, die das Schweizer Fondsverwaltungsgeschäft umfasste, an die State Street Bank.

Zum 30. Juni 2008 konsolidierte AM die Maher Terminal LLC und die Maher Terminals of Canada Corp., (im Folgenden zusammen als „Maher Terminals“ bezeichnet). Maher Terminals ist ein privater Betreiber von Containerterminals in Nordamerika und wurde im Juli 2007 übernommen. RREEF Infrastructure erwarb alle Anteile konzernexterner Investoren am North Americas Infrastructure Fund, dessen einzige Beteiligung Maher Terminals ist.

PWM hat mit der Eröffnung einer Repräsentanz in St. Petersburg, Russland, im April 2008 und Kolkata, Indien, im Februar 2008 seine Präsenz in zwei großen Emerging-Markets-Ländern ausgebaut.

Mit Wirkung vom März 2008 hat AM den Erwerb eines Mehrheitsanteils von 60% an dem taiwanesischen Vermögensverwalter Far Eastern Alliance Asset Management Co. Limited abgeschlossen.

Im Januar 2008 hat AM seinen Anteil an Harvest Fund Management um 10,5% auf 30% erhöht. Mit einem Marktanteil von 6,0% ist Harvest einer der größten Publikumsfondsmanager in China.

Im Juli 2007 erwarb RREEF Private Equity einen wesentlichen Minderheitsanteil an Aldus Equity, einer Alternative-Asset-Management- und Beratungsgesellschaft, die auf die Strukturierung von Private Equity Investments für institutionelle und wohlhabende Kunden spezialisiert ist.

Im Juli 2007 schloss AM den Verkauf seines lokalen Publikumsfondsgeschäfts in Italien ab und ging eine langfristige Vertriebspartnerschaft mit dem strategischen Partner der Deutschen Bank Anima S. G. R. p.A. ein.

Im Juni 2007 schloss AM den Verkauf eines Teils seines Australiengeschäfts an Aberdeen Asset Management ab. Aufgrund der Neuausrichtung wurde aus dem australischen AM-Operations-

Geschäft, das in erster Linie im Inland operierte, eine Vertriebsplattform mit spezialisierten Anlage-managementkapazitäten.

Im Dezember 2006 schloss PWM die Akquisition des britischen Vermögensverwalters Tilney Group Limited ab. Damit wurde die Position der Deutschen Bank im zweitgrößten Vermögensverwaltungsmarkt Europas gefestigt. Die Übernahme war ein wichtiges Element der Strategie der Deutschen Bank, ihre Präsenz in spezifischen Kernmärkten (Onshore) auszubauen und die Geschäftsaktivitäten in verschiedenen Kundensegmenten, einschließlich der Betreuung durch unabhängige Finanzberater, auszuweiten.

Am Jahresende 2006 ist PWM mit der Eröffnung eines Büros zur Betreuung wohlhabender Kunden der Eintritt in den wichtigen chinesischen Markt gelungen.

Produkte und Dienstleistungen

Das Produktangebot von Asset and Wealth Management (AWM) im Bereich Portfolio/Fund Management umfasst aktives Fondsmanagement, passives/quantitatives Fondsmanagement, alternative Anlagen sowie Vermögensverwaltungs- und -beratungsleistungen.

AM konzentriert sich im Wesentlichen auf aktive Investmentstrategien. Die Produkte und Leistungen des Bereichs umfassen eine breite Palette an Investmentstrategien und Anlageklassen und berücksichtigen viele Branchen und geografische Regionen. Das Produktangebot von AM umfasst Publikumsfonds, strukturierte Produkte, Mischfonds (so genannte Commingled Funds) sowie getrennt geführte Konten (separately managed accounts).

Die globale Marke für das Privatkundengeschäft von AM ist DWS. Die Produktpalette von DWS deckt alle Regionen und Sektoren sowie viele Investmentformen und -stile ab. DWS Investments ist nach Ansicht der Deutschen Bank einer der führenden Vermögensverwalter für Privatkunden in Europa. Die DWS ist auch in den USA und wichtigen Märkten im asiatisch-pazifischen Raum tätig.

In der Geschäftssparte Alternative Investments werden Immobilien- und Infrastrukturanlagen sowie Private-Equity-Dachfonds unter der Marke RREEF angeboten. RREEF ist nach Einschätzung der Deutschen Bank einer der weltweit größten Anbieter von Immobilienanlagen.

Die Versicherungsplattform bietet Kunden maßgeschneiderte Investmentprogramme, die auf die spezifischen Bedürfnisse von Versicherern abgestimmt sind. Sie bietet Investmentlösungen in vielen Anlageklassen, einschließlich klassischer festverzinslicher Wertpapiere und Aktien, Asset-Allocation-Diensten und alternativer Anlagen wie Hedgefonds und Immobilien.

Produkte und Leistungen für institutionelle Investoren werden unter der Marke DB Advisors vertrieben. Das institutionelle Geschäft bietet den Kunden Zugang zu einem umfassenden Produkt- und Leistungsangebot, einschließlich klassischer und alternativer Anlagen. Das Single-Manager/Multi-Manager-Hedgefondsgeschäft wird von DB Advisors betrieben.

PWM bietet seinen Kunden ein ganzheitliches Angebot an Leistungen auf der Basis einer strategischen Asset Allocation, einschließlich eines individuellen Risikomanagements, das dem Risiko-Rendite-Profil des Kunden entspricht.

PWM bietet Vermögensverwaltungsleistungen an, bei denen die Portfoliomanager der Deutschen Bank die Verfügungsfreiheit haben, die Anlagen der Kunden gemäß den allgemeinen Kundenvorgaben zu verwalten. Die Portfoliomanager investieren Kundengelder in verschiedene Anlageprodukte, wie Aktien, Anleihen, Publikumsfonds und andere alternative Anlagen, gegebenenfalls einschließlich derivativer Produkte. Darüber hinaus unterstützt die Deutsche Bank Kunden, die selbst am Markt aktiv sind, bei ihrer Vermögensberatung, indem sie ihnen maßgeschneiderte Anlageberatungsleistungen mit einer einzigartigen Kombination aus Risikomanagement und Portfoliooptimierung bietet.

Das Angebot von PWM umfasst auch Brokerageleistungen, bei denen die Relationship Manager und Kundenbetreuer den Kunden Anlageberatungsleistungen zur Verfügung stellen, aber keine eigenständige Vermögensverwaltung erbringen. Im Mittelpunkt des Beratungsservice steht ein integrierter Vermögensverwaltungsansatz. Die Anlageberatungsleistungen beziehen sich auf Aktien, Anleihen, Publikumsfonds, Hedgefonds und andere alternative Anlagen, einschließlich gegebenenfalls derivativer Produkte. Die Relationship Manager beraten ihre Kunden auch bei Produkten sämtlicher Anlageklassen, die von Drittanbietern vertrieben werden. Ferner umfasst das Leistungsangebot Strategien zur Vermögenswahrung und Nachfolgeplanung, philanthropische Beratungsleistungen, Kunstberatung, Family-Office-Leistungen sowie Dienstleistungen für Finanzintermediäre.

Im Jahr 2008 hat PWM sein Spektrum an alternativen Anlagen weiter ausgebaut, insbesondere im Hinblick auf innovative Lösungen in den Anlageklassen Private Equity und Hedgefonds. In Zukunft soll auch das Angebot an Immobilienanlagen erweitert werden. Gemeinsam mit dem Geschäftsbereich Global Markets entwickelt PWM Devisenprodukte sowie strukturierte Anlageprodukte.

Zu den Produkten im Kredit- und Einlagengeschäft von PWM gehören klassische und spezielle Einlagenprodukte (einschließlich Giro-, Festgeld- und Sparkonten) sowie standardisierte und spezielle besicherte und unbesicherte Kreditprodukte. Darüber hinaus bietet PWM Zahlungsverkehrs-, Kontoführungs- und übrige Finanzdienstleistungen sowie die Abwicklung von Bargeld- und bargeldlosen Zahlungen in lokaler Währung, internationalen Zahlungen, Akkreditiven, Garantien und sonstigen Bargeldtransaktionen an.

AWM generiert Erträge aus sonstigen Produkten. Dazu zählen direkte Beteiligungen im Immobilienbereich, die in dem Alternative-Investments-Geschäft der Deutschen Bank enthalten sind, Mieterträge sowie Gewinne und Verluste bei Immobilientransaktionen und Erträge, die nicht Teil des Kerngeschäfts sind, insbesondere Gewinne aus der Veräußerung von Geschäftsaktivitäten.

Vertriebskanäle und Marketing

Der Geschäftsbereich AM vertreibt seine Retailprodukte in Deutschland und anderen Ländern Kontinentaleuropas in der Regel über die etablierten Vertriebskanäle in PWM und PBC. Die Deutsche Bank vertreibt ihre Fonds auch über andere Banken, Versicherungsgesellschaften und unabhängige Finanzberater. Außerhalb Europas vermarktet die Deutsche Bank ihre Retailprodukte über die eigenen Asset and Wealth Management-Vertriebskanäle und über Drittanbieter. DWS Investments vertreibt seine Retailprodukte für US-Investoren in erster Linie über Finanzvertreter bei großen nationalen und regionalen so genannten Wirehouses, unabhängige und bankbasierte Broker-Dealer sowie unabhängige Finanzberater und registrierte Anlageberatungsfirmer.

Produkte für institutionelle Kunden werden über das umfassende Vertriebs- und Marketingnetz von AM und die Vertriebskanäle von Drittanbietern vermarktet. Ferner werden sie über die Geschäftssparten der Deutschen Bank, insbesondere im Konzernbereich CIB, vertrieben.

Der Vertrieb alternativer Anlageprodukte insbesondere für wohlhabende Kunden, institutionelle und private Kunden weltweit, erfolgt über das Vertriebs- und Marketingnetz im Unternehmensbereich AWM sowie über die Vertriebskanäle von Drittanbietern.

Für den Vertrieb von Vermögensverwaltungslösungen für Versicherungsgesellschaften ist eine hierauf spezialisierte Abteilung von AM zuständig, die Beratungs- und Portfoliomanagementleistungen für Versicherer und Rückversicherer weltweit bietet.

PWM verfolgt ein integriertes Geschäftsmodell, um den komplexen Bedürfnissen vermögender und sehr vermögender Privatpersonen, ihrer Familien sowie ausgewählter institutioneller Kunden gerecht zu werden. Die Relationship Manager arbeiten in zielkundenspezifischen Teams und helfen den Kunden dabei, ihre individuellen Investmentstrategien zu entwickeln. Ferner bauen sie dauerhafte Beziehungen zu den Kunden auf.

Im Onshore-Geschäft der Deutschen Bank werden wohlhabende Kunden über das Netz an Relationship Managern in den jeweiligen Ländern betreut. Sofern PBC in einem Land vertreten ist, haben die Kunden der Deutschen Bank auch zu dem Filialnetz für Privatkunden und anderen allgemeinen Bank-

produkten Zugang. Das Offshore-Geschäft wendet sich an alle Kunden, die Konten außerhalb ihres Wohnsitzlandes eröffnen. Diese Kunden können das Offshore-Angebot der Deutschen Bank nutzen, um auf Finanzprodukte zuzugreifen, die nicht in ihrem Wohnsitzland zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus sind die Kundenbetreuer im Privatkundengeschäft in den USA auf klassische Brokerageprodukte und Anlageklassen spezialisiert, zu denen auch eine breite Palette an Drittprodukten zählt.

Ein großer Wettbewerbsvorteil für PWM besteht darin, dass der Bereich eine Privatbank innerhalb der Deutschen Bank darstellt und von deren Führungsposition in den Bereichen Investmentbanking, Corporate Banking und Asset Management profitiert. Um die Möglichkeit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit optimal auszuschöpfen, hat PWM 2007 Key Client Teams eingeführt, um Kunden mit sehr komplexen Vermögenswerten und anspruchsvollen Bedürfnissen optimal betreuen zu können. PWM bietet diesen Kunden die Möglichkeit, zusätzliche Direktkäufe zu tätigen, in Private-Equity-Geschäfte zu investieren oder direkten Zugang zu seinen Handelsabteilungen zu erhalten. Große Unternehmerfamilien erwarten zunehmend Vermögensverwaltungs- und Investmentbankingleistungen aus einer Hand. Die Zusammenarbeit mit der Corporate Banking-Abteilung trägt auch dazu bei, potenzielle PWM-Kunden bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt zu identifizieren.

Unternehmensbereich Private & Business Clients

Überblick über den Unternehmensbereich

Der Unternehmensbereich Private & Business Clients (PBC) wendet ein einheitliches Geschäftsmodell in ganz Europa und ausgewählten asiatischen Märkten an. Die Aktivitäten sind in eine zielgerichtete, vertriebsorientierte Managementstruktur eingebettet, die überwiegend im Einklang mit der Marke Deutsche Bank steht. PBC betreut Privat- und vermögende Kunden sowie kleinere und mittelständische Unternehmen.

2008 setzte die Deutsche Bank ihr ausgewogenes und profitables Wachstum in ausgewählten europäischen und asiatischen Märkten fort. Dabei hat sie sich auf ein umfassendes Programm zur Steigerung von Wachstum und Effizienz gestützt, das die Eröffnung neuer Filialen, die Einstellung hochqualifizierter Vertriebsmitarbeiter und einen Plan zur Effizienzsteigerung in den Middle- und Back-Office-Bereichen umfasst.

In ihrem deutschen Kernmarkt konnte die Deutsche Bank ihre bereits starke Position ausbauen, indem sie Neukunden gewonnen und die Geschäftsvolumina gesteigert hat. Im Februar 2009 erwarb die Deutsche Bank nach der Übernahme von Berliner Bank und norisbank in den Jahren 2006 und 2007 eine Beteiligung von 22,9% an der Deutschen Postbank, Deutschlands größter Privatkundenbank, von der Post AG sowie eine Pflichtumtauschleihe von deren Muttergesellschaft, die im Februar 2012 in weitere 27,4% der Postbank-Aktien umgetauscht werden kann. Der Gesamtkaufpreis belief sich auf 3,8 Mrd €. Ferner hat die Deutsche Bank die exklusive Option erhalten, bis Februar 2013 ihren Anteil um weitere 12,1% zu erhöhen. Zusätzlich hat die Deutsche Bank mit der Deutschen Postbank eine umfassende Geschäftskooperation, unter anderem bei dem Vertrieb von Investmentprodukten und Anleihen sowie über Partnerschaften in den Bereichen IT und Sourcing geschlossen.

In Italien hat die Deutsche Bank weitere Filialen eröffnet und ihre Kundenbasis im Vergleich zum Vorjahr beträchtlich vergrößert. Ferner hat die Deutsche Bank ihr Geschäft in Spanien, Belgien und insbesondere in Portugal ausgebaut, wo das Netzwerk durch die Eröffnung neuer Filialen abermals erweitert wurde.

Zusätzlich hat die Deutsche Bank weiter in viel versprechende Länder und Geschäftsfelder investiert. Nach dem Eintritt in den polnischen Konsumentenfinanzierungsmarkt im Februar 2007 hat die Deutsche Bank bis Ende 2008 120 Kreditshops unter der Marke „db-kredyt“ eröffnet. Der Eintritt in das Konsumentenfinanzierungsgeschäft ist eine sinnvolle Ergänzung des polnischen Filialgeschäfts und entspricht dem PBC-Geschäftsmodell, das sich in Deutschland, Italien und Spanien bereits bewährt hat.

Auch in Asien hat PBC die Entwicklungsdynamik aufrecht erhalten. Die Deutsche Bank hat weiter in ihre strategische Partnerschaft mit der Hua Xia Bank in China investiert und ihre Beteiligung durch eine Investition von 423 Mio € von 9,9% auf 13,7% erhöht. Diese Investition war Teil einer Privatplatzierung der Hua Xia Bank für ihre drei größten Aktionäre und wurde im Oktober 2008 getätigt. Im Rahmen der strategischen Partnerschaft mit der Hua Xia Bank hat die Deutsche Bank ein gemeinsames Kreditkartengeschäft in China entwickelt und im Juni 2007 gestartet. Ferner hat PBC inzwischen drei Filialen in China. In Indien hat PBC seine Präsenz durch die Erhöhung der Filialzahl von zehn auf dreizehn verstärkt. Auch der Erwerb einer 10%-Beteiligung an der Habubank in Vietnam, die auch eine Kooperationsvereinbarung umfasst, unterstreicht das Vertrauen der Deutschen Bank in das Wachstumspotenzial Asiens.

Produkte und Dienstleistungen

PBC bietet ein vergleichbares Angebot von Bankprodukten und -dienstleistungen in Europa und Asien, wobei es Unterschiede zwischen verschiedenen Ländern geben kann, die auf lokale Markt-, aufsichtsrechtliche und Kundenanforderungen zurückzuführen sind.

In ihrem Portfolio/Fund Management und Brokeragegeschäft bietet die Deutsche Bank ihren Kunden Anlageberatungs-, Brokerage-, Vermögensverwaltungs- und Wertpapierverwahrungsleistungen.

Die Deutsche Bank stellt Leistungen im Kredit- und Einlagengeschäft, insbesondere Immobilienfinanzierungen (einschließlich Hypotheken), Konsumenten- und gewerbliche Kredite sowie klassische Giro-, Spar- und Festgeldkonten zur Verfügung. Die Bereitstellung von Immobilienfinanzierungen, zu denen Hypotheken und Baufinanzierungen gehören, ist der bedeutendste Bestandteil des Kreditgeschäfts. Diese werden in erster Linie an Privatpersonen vergeben, beispielsweise für die Finanzierung ihrer Wohnimmobilien. Die meisten der Hypotheken haben eine anfängliche Zinsbindung von fünf bis zehn Jahren. Zu den Kredit- und Einlagenprodukten gehört auch das Baufinanzierungs- und Bauspargeschäft in Deutschland, das bei der Tochtergesellschaft Deutsche Bank Bauspar AG angesiedelt ist.

Die Dienstleistungen der Deutschen Bank in den Bereichen Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen umfassen das Führen von Girokonten in lokaler und Fremdwährung sowie die Abwicklung inländischer und grenzüberschreitender Zahlungen auf diesen Konten. Ferner schließen sie den An- und Verkauf von Zahlungsmitteln sowie den Vertrieb von Versicherungsprodukten, Baufinanzierungs- und Bausparverträgen und Kreditkarten ein. 2008 hat sich die Deutsche Bank verstärkt auf die Gewinnung zusätzlicher Einlagen konzentriert und konnte ihr verwaltetes Vermögen deutlich steigern. In Italien gibt PBC Kreditkarten unter der Marke BankAmericard aus.

Zu den sonstigen Produkten gehört vor allem die Aktiv- und Passivsteuerung.

Vertriebskanäle und Marketing

Um ihre Marke international zu etablieren, achtet die Deutsche Bank auf eine einheitliche Vermarktung ihrer Dienstleistungen in den europäischen und asiatischen Ländern, in denen sie Geschäfte tätigt. Die Deutsche Bank strebt eine optimale Verfügbarkeit ihrer Bankprodukte und -dienstleistungen an, um sie für Kunden attraktiver zu machen. Zu diesem Zweck setzt die Deutsche Bank auf Selbstbedienungsfunktionalitäten und den technologischen Fortschritt, um ihr Filialnetz um eine Fülle von Zugangskanälen zu den Produkten und Dienstleistungen von PBC zu ergänzen. Dazu zählen die folgenden persönlichen und automatisierten Vertriebswege:

- Investment & FinanzCenter. In ihren Investment & FinanzCentern bietet die Deutsche Bank ihre gesamte Palette von Produkten und Beratungsleistungen an. 2008 wurden einige ihrer Investment & FinanzCenter gemäß dem innovativen Konzept modernisiert, das die Vorstellung der Deutschen Bank vom Filialbankgeschäft der Zukunft verdeutlicht und, das bereits in ihrer Flaggschiff-Filiale „Q 110 – Die Deutsche Bank der Zukunft“ in Berlin eingeführt und getestet worden war.
- Finanzberater. In den meisten Ländern vermarktet die Deutsche Bank ihre Produkte und Dienstleistungen im Privatkundengeschäft über unabhängige Finanzberater. 2008 hat die Deutsche Bank

durch die Einstellung zusätzlicher Vertriebsmitarbeiter weiter in ihre mobile Vertriebsorganisation in Deutschland, Italien, Spanien, Polen und Indien investiert.

- Call Center. Bei Call-Centern können Kunden per Telefon Transaktionen über elektronische Systeme durchführen. Dazu gehören das Abrufen von Kontoinformationen sowie die Durchführung von Wertpapier- und anderen grundlegenden Bankgeschäften.
- Internet. Auf ihrer Webseite bietet die Deutsche Bank Kunden Brokerageleistungen sowie die Möglichkeit, Konto- und Produktinformationen über Investmentprodukte der Bank und Dritter abzurufen. Ferner stellt die Deutsche Bank den Kunden Informationen sowie Analyseinstrumente und Analysen zur Verfügung, um sie dabei zu unterstützen, unabhängige Anlageentscheidungen zu treffen.
- Selbstbedienungsterminals. Diese Geräte werden zur Unterstützung der Filialmitarbeiter eingesetzt und ermöglichen Kunden, Geld abzuheben und zu überweisen, Kontoauszüge zu drucken oder Termine mit einem Finanzberater zu vereinbaren.

Die Produkte der Deutschen Bank werden nicht nur über die Filialen und Finanzberater, sondern auch über länderspezifische Vertriebspartnerschaften vertrieben. So hat die Deutsche Bank in Deutschland eine Kooperationsvereinbarung mit der Deutsche Vermögensberatung AG („DVAG“) abgeschlossen, die den Vertrieb ihrer Publikumsfonds und anderer Bankprodukte über das unabhängige Netzwerk der DVAG regelt. Außerdem hat die Deutsche Bank mit dem ADAC, dem mit über 15 Millionen Mitgliedern Europas größten Automobilclub, eine exklusive Vertriebskooperation geschlossen. Um ihre Produktpalette zu ergänzen, hat die Deutsche Bank ferner Vertriebsvereinbarungen unterzeichnet, in deren Rahmen PBC die Produkte angesehener Anbieter vertreibt. Dazu gehören eine Vereinbarung mit Zurich Financial Services im Bereich Versicherungsprodukte und die strategische Zusammenarbeit mit neun Fondsgesellschaften beim Vertrieb ihrer Investmentprodukte.

Konzernbereich Corporate Investments

Corporate Investments (CI) umfasst Industriebeteiligungen, einige eigengenutzte Immobilien sowie sonstige Beteiligungen.

Der Konzernbereich Corporate Investments (CI) steuert ein Portfolio bestimmter Alternative Assets sowie anderer Fremd- und Eigenkapitalanlagen der Bank. Das Portfolio umfasst die Industriebeteiligungen der Deutschen Bank, Private-Equity- und Venture-Capital-Beteiligungen, Private-Equity-Fondsbeteiligungen, Beteiligungen im Corporate-Real-Estate-Bereich, die Beteiligung an Atradius N.V., Kreditengagements und andere nicht strategische Beteiligungen. Aufgabe von CI ist die Bereitstellung von finanziellen, strategischen, operationellen und unternehmerischen Ressourcen, um den Wert der Portfoliogesellschaften, in die der Konzern investiert hat, zu vergrößern.

Die Deutsche Bank ist der Auffassung, dass der Konzernbereich zu einer Verbesserung des Portfolio- und Risikomanagements der Bank beiträgt.

CI hält Beteiligungen an einer Reihe von Unternehmen aus dem verarbeitenden Gewerbe und Finanzdienstleistungssektor (die „Industriebeteiligungen“). Zum 31. Dezember 2008 waren die größten dieser Industriebeteiligungen, bezogen auf den Marktwert, die an der Daimler AG (2,7%) und der Linde AG (2,4%). Zurzeit entfallen über 91% der Industriebeteiligungen auf deutsche Unternehmen.

2008 hat die Deutsche Bank ihre Beteiligungen an der Daimler AG von 4,4% auf 2,7% und an der Linde AG von 5,2% auf 2,4% reduziert. Ferner hat die Deutsche Bank ihren verbleibenden Anteil an der Allianz SE und ihre Beteiligung an der Arcor AG & Co. KG veräußert.

Im November 2008 beteiligte sich CI an einer Liquiditätsfazilität für die Hypo Real Estate Group und erwarb besicherte Schuldverschreibungen im Wert von 12,0 Mrd €.

Im Juli 2008 erwarb CI einen Anteil von 7,6% an der Germany1 Acquisition Ltd., einem Investmentvehikel, dessen Geschäftszweck der Erwerb von Anteilen an Unternehmen in Deutschland, Österreich und der Schweiz ist.

Im Februar 2007 unterzeichnete die Deutsche Bank einen Vertrag über den Erwerb eines 10%-Anteils an der Dedalus GmbH & Co. KGaA. Wirtschaftlich entspricht dies einer Beteiligung von 0,75% an der European Aeronautic Defence and Space Company EADS N.V.

2007 hat die Deutsche Bank ihre Beteiligungen an der Linde AG von 7,8% auf 5,2% und an der Allianz SE von 2,2% auf 1,7% reduziert.

2006 hat die Deutsche Bank ihre Beteiligung an der Linde AG von 10,0% auf 7,8% reduziert und ihren Anteil an WMF sowie ihren verbleibenden Anteil an der DEUTZ AG verkauft.

Statt Eigenhandel zu betreiben, das heißt kurzfristige Käufe und Verkäufe von Wertpapieren durchzuführen, hält CI die Bestände an börsennotierten Wertpapieren in der Regel über mehrere Jahre. Die Mehrzahl der größeren Beteiligungen an börsennotierten Unternehmen befindet sich seit über 20 Jahren im Portfolio.

Der Gesamtmarktwert dieser börsennotierten Beteiligungen betrug zum 31. Dezember 2008 1,1 Mrd. €.

Zusätzlich hält CI für Kunden und auf eigene Rechnung erworbene Beteiligungen vom Typ Private Equity direkt und über Private-Equity-Fonds, darunter Venture-Capital- und Leveraged-buy-out-Fonds. 2008 hat CI die Private-Equity-Risikopositionen in der Bilanz weiter reduziert und die Bestände durch verschiedene Transaktionen um 200 Mio. € abgebaut.

2007 hat die Deutsche Bank ein Portfolio von direkten Private-Equity-Beteiligungen in Lateinamerika sowie ihre Beteiligung an Odontoprev veräußert.

2006 hat die Deutsche Bank das verbleibende signifikante Vermögen des Morgan Grenfell Private Equity-Fonds veräußert.

Das Corporate Investments-Portfolio umfasst auch bestimmte Bestände an Immobilien, von denen die Deutsche Bank viele für eigene geschäftliche Zwecke nutzt.

2007 hat die Deutsche Bank eine Sale-und-Leaseback-Transaktion für ihr Gebäude 60 Wall Street in New York durchgeführt und ihre Beteiligung an dem Gebäude 31 West 52nd Street in New York veräußert.

2007 hat die Deutsche Bank durch einen Teilverkauf ihrer Anteile an HCL Technologies Limited von 2,4% auf 1,2% reduziert. 2006 hatte sie diese Beteiligung bereits von 3,6% auf 2,4% abgebaut.

2006 hat die Deutsche Bank ihre verbleibende Beteiligung von 27,99% an der EUROHYPO AG an die Commerzbank verkauft.

Der Unternehmenszusammenschluss zwischen der Atradius N.V., an der die Deutsche Bank Ende 2007 einen Anteil von 12,73% hielt, und der Crédito y Caución S.A. wurde im April 2007 unterzeichnet und im Januar 2008 abgeschlossen. Durch diese Transaktion sank der Anteil der Deutschen Bank auf 9,1%.

Im Mai 2006 schloss die Deutsche Bank den Verkauf von 21,16% der Atradius N.V. an die Crédito y Caución und Seguros Catalán Occidente ab. Damit hat sich der Anteil der Deutschen Bank auf 12,73% reduziert.

Im Dezember 2006 verkauften die Deutsche Bank ihren Anteil von 6,75% an der Germanischer Lloyd AG an Günter Herz.

Infrastrukturfunktionen und Regional Management

Die Infrastrukturfunktionen der Deutschen Bank umfassen ihre zentralen Supportabteilungen für die Geschäftsbereiche und das Corporate Center. Diese Supportabteilungen nehmen vorwiegend Kontroll- und Serviceaufgaben zur Unterstützung von CIB und PCAM wahr. Das Corporate Center vereint die Funktionen, die den Vorstand direkt bei seiner Tätigkeit unterstützen.

Die Organisation der entsprechenden Infrastrukturfunktionen bildet die Zuständigkeitsbereiche der Vorstandsmitglieder ab: COO-Funktionen (wie Informationstechnologie, Global Sourcing und Human Resources), CFO-Funktionen (wie Finance, Operations, Tax, Group Audit und Corporate Insurance), CRO-Funktionen (wie Risikomanagement, Treasury, Legal Services and Compliance) und CEO-Funktionen (wie Corporate Development (AfK) und Economics/Research).

Die Regional Management-Funktion deckt weltweit regionale Zuständigkeiten ab. In den Regionen werden Country Heads und Management Committees eingesetzt, um die kundenorientierte Produktkoordination zwischen den Geschäftsbereichen zu verbessern und die Einhaltung von aufsichtsrechtlichen und Kontrollanforderungen auf lokaler und Konzernebene sicherzustellen. Zusätzlich vertritt Regional Management weltweit regionale Interessen auf Konzernebene und verbessert die regionenübergreifende Koordination.

Alle Aufwendungen und Erträge der Infrastrukturfunktion und des Regional Management werden in vollem Umfang den Konzernbereichen CIB, PCAM und CI zugeordnet.

Grundbesitz, Sachanlagen

Die Deutsche Bank war per 31. Dezember 2008 in 72 Ländern tätig und unterhielt weltweit 1.981 Zweigstellen, die Hälfte davon in Deutschland. Der Großteil der Büroräume und Zweigstellen der Deutschen Bank wird auf der Grundlage langfristiger Verträge angemietet.

Zu den wesentlichen eigengenutzten Immobilien gehört die Konzernzentrale in Frankfurt am Main, Taunusanlage 12. Nachstehend sind die wichtigsten von der Deutschen Bank genutzten Immobilien aufgeführt:

<u>Grundstück</u>	<u>Adresse</u>	<u>Größe (qm)</u>	<u>Art der Nutzung</u>	<u>Besitzstand</u>
Taunusanlage 12	Taunusanlage 12 Frankfurt	70.305	Bürogebäude	Eigentum
Unter den Linden	Unter den Linden 15 Berlin	11.813	Bürogebäude/ Filiale	Eigentum
60 Wall Street	60 Wall Street New York	151.012	Bürogebäude/ Handelsraum	geleast
One Raffles Quay	One Raffles Quay Singapore	25.989	Bürogebäude	geleast
Winchester House	1 Great Winchester Street London	29.082	Bürogebäude/ Handelsraum	geleast

Zum 31. Dezember 2008 hatte die Deutsche Bank Sachanlagen mit einem Bilanzwert von insgesamt 3,7 Mrd €. Dazu zählen eigengenutzte Immobilien mit einem Bilanzwert von 911 Mio €.

Weitere Informationen zu den Sachanlagen des Deutsche Bank-Konzerns und den diesbezüglichen Leasingverhältnissen sind in Note 19 und Note 20 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008 enthalten, der im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist.

Gewerbliche Schutzrechte, Lizenzen, Domains

Die Gesellschaft hat sich eine Vielzahl von Bezeichnungen markenrechtlich in Deutschland sowie teilweise im Ausland schützen lassen oder entsprechenden Schutz beantragt. Hierzu gehören zum Beispiel die Marken „Deutsche Bank“, die Bildmarke der Diagonalen im quadratischen Rahmen, das so genannte „Logo“, sowie die wesentlichen Dienstleistungsmarken. Die Gesellschaft hat neben der Internet-Domain „deutsche-bank.de“ eine Vielzahl weiterer Internet-Domains für sich registriert. Sie ist der Ansicht, hierdurch eine ausreichende Grundlage für das Online-Banking und ihre weiteren

Internet-Aktivitäten geschaffen zu haben. Sofern wirtschaftlich sinnvoll, ist die Gesellschaft bestrebt, ihre Produkte und Dienstleistungen insbesondere markenrechtlich in ihren Zielmärkten abzusichern. Patente, Gebrauchs- und Geschmacksmuster der Deutschen Bank haben nach Ansicht der Gesellschaft eine untergeordnete Bedeutung für ihre Geschäftstätigkeit.

Investitionen

Die folgende Tabelle zeigt die Investitionen der Deutschen Bank in Sachanlagen, in nach der Equity-Methode bilanzierte Beteiligungen sowie in Unternehmensakquisitionen für die Geschäftsjahre 2006, 2007 und 2008, jeweils ermittelt unter Verwendung der Angaben aus der Konzern-Kapitalflussrechnung der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2008:

in Mio. €	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		
	2008	2007 (geprüft)	2006
Sachanlagen	939	675	606
Nach der Equity-Methode bilanzierte Beteiligungen	881	1.265	1.668
Unternehmensakquisitionen	135	2.410	1.088

Die Investitionen in Sachanlagen betrafen im Jahr 2006 zum ganz überwiegenden Teil eigengenutzte Immobilien (249 Mio €) sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung (202 Mio €), im Jahr 2007 vorwiegend die Beschaffung von Betriebs- und Geschäftsausstattung (353 Mio €) sowie Einbauten in gemieteten Räumen (209 Mio €) und im Jahr 2008 insbesondere Bauvorhaben (Anlagen in Bau) (484 Mio) sowie die Beschaffung von Betriebs- und Geschäftsausstattung (253 Mio €).

Investitionen in nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen betreffen den Erwerb einer Vielzahl von Unternehmensanteilen und werden vor allem im Rahmen der Geschäftstätigkeit von Global Markets und Asset Management getätigt. Weitere Informationen zu nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen sind in Note 14 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008 enthalten, der im Abschnitt „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist.

Zu den Unternehmensakquisitionen zählten im Jahr 2006 der Erwerb des Filialgeschäfts der zur DZ-Bank-Gruppe gehörenden norisbank für einen Barkaufpreis von 414 Mio € sowie des britischen Vermögensverwalters Tilney Group Limited für eine Barvergütung von 317 Mio €. Im Jahr 2007 erwarb die Deutsche Bank insbesondere die Berliner Bank AG Co. KG für einen Barkaufpreis von 645 Mio €, die MortgageIT Holdings, Inc., ein Real Estate Investment Trust in den Vereinigten Staaten, für einen Barkaufpreis von 326 Mio € sowie die britische Versicherungsgesellschaft Abbey Life Assurance Company Limited für einen Barkaufpreis von 1,412 Mrd €. Im Jahr 2008 lagen die betreffenden Investitionen für Unternehmensakquisitionen dagegen deutlich unter denjenigen der Vorjahre. So erwarb die Deutsche Bank im Jahr 2008 die HedgeWorks, LLC, eine Hedge-Fonds-Verwaltungsgesellschaft in den Vereinigten Staaten, zu einem Barkaufpreis von 19 Mio € (sowie einem abhängig vom Erreichen bestimmter Performance-Ziele zukünftig zahlbaren weiteren Betrag von 16 Mio €).

Im März 2009 erwarb die Deutsche Bank 22,9% der Deutschen Postbank AG und Anleihen der Postbank Muttergesellschaft, welche in 2012 in zusätzliche 27,4% der Postbank Aktien gewandelt werden müssen, für insgesamt 3,8 Mrd €. Die Finanzierung erfolgt aus dem frei verfügbaren Mittelzufluss der Deutschen Bank.

Im bisherigen Verlauf des Jahres 2009 entfiel ein wesentlicher Teil der Investitionen auf den Erwerb einer Beteiligung an der Deutsche Postbank AG (siehe dazu „– Jüngste Entwicklung und Ausblick – Beteiligungserwerb an Deutsche Postbank AG“). Damit erfolgen die wichtigsten laufenden Investitionen derzeit im Inland.

Es bestehen derzeit keine wesentlichen künftigen Investitionsvorhaben der Bank, die von den Organen der Bank bereits verbindlich beschlossen sind.

Rechtsstreitigkeiten

Außer den hier dargestellten Verfahren sind keine Gerichts-, Schieds-, Verwaltungs- oder sonstige Verfahren anhängig, an denen die Deutsche Bank (als Beklagte oder auf andere Weise) beteiligt ist

und die im Falle eines negativen Ausgangs einen erheblichen Einfluss auf ihre wirtschaftliche Lage haben können oder gehabt haben, noch sind nach Kenntnis der Deutschen Bank solche Verfahren angedroht. Überdies bestanden keine weiteren Gerichts- oder Schieds-, Verwaltungs- oder sonstige Verfahren in den letzten zwölf Monaten bzw. es wurden in diesem Zeitraum keine solchen Verfahren abgeschlossen, die sich erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der Bank bzw. des Deutsche Bank-Konzerns ausgewirkt haben.

Allgemeines

Infolge der Charakteristik ihrer Geschäftsaktivitäten sind die Deutsche Bank und ihre Tochtergesellschaften in Deutschland und in einer Reihe von anderen Ländern, darunter den Vereinigten Staaten, in Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördliche Verfahren verwickelt, wie sie im normalen Geschäftsverlauf vorkommen, einschließlich in diejenigen, die unten im Einzelnen näher beschrieben sind. Gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften bildet der Konzern für potenzielle Verluste aus ungewissen Verbindlichkeiten einschließlich ungewisser Verbindlichkeiten bezüglich dieser Verfahren Rückstellungen, wenn der potenzielle Verlust wahrscheinlich und schätzbar ist. Ungewisse Verbindlichkeiten in Bezug auf rechtliche Verfahren unterliegen zahlreichen Unwägbarkeiten; das Ergebnis der einzelnen Verfahren kann nicht mit Gewissheit vorhergesagt werden. Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung von ungewissen Verbindlichkeiten erfordern in großem Umfang Einschätzungen, die endgültige Verbindlichkeit des Konzerns kann hiervon erheblich abweichen. Die bilanzierten Gesamtverbindlichkeiten des Konzerns bezüglich Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördlicher Verfahren werden auf Basis der Einzelfälle festgelegt und sind eine Einschätzung der wahrscheinlichen Verluste unter Berücksichtigung des Fortgangs der einzelnen Verfahren, der Erfahrungen des Konzerns und der Erfahrungen Dritter in vergleichbaren Fällen, der Gutachten von Rechtsanwälten und anderer Faktoren. Obwohl die endgültige Erledigung dieser Fälle wesentliche Auswirkungen auf das Konzernergebnis für einen bestimmten Berichtszeitraum haben kann, ist der Konzern der Überzeugung, dass seine Finanzlage davon nicht wesentlich beeinflusst werden wird. Hinsichtlich jeder der nachstehend dargestellten Verfahren, von denen die Mehrzahl mehrere Streitgegenstände umfassen, sind nach Einschätzung des Konzerns die voraussichtlich jeweils möglichen Verluste in Bezug auf jede Streitigkeit, welche die Rückstellungen übersteigen, entweder nicht wesentlich oder nicht schätzbar.

Im Folgenden werden die wesentlichen Rechtsstreitigkeiten des Konzerns näher beschrieben.

IPO-Zuteilung

Deutsche Bank Securities Inc. („DBSI“), die US-amerikanische Wertpapiertochter der Deutsche Bank AG, und ihre Vorgängerunternehmen wurden zusammen mit zahlreichen anderen Wertpapierunternehmen in über 80 als Sammelklagen (class actions) bezeichneten Verfahren vor dem Bezirksgericht der Vereinigten Staaten für den Südlichen Bezirk von New York (United States District Court for the Southern District of New York) als Beklagte benannt. Diese Klagen behaupten, dass im Zusammenhang mit der Zuteilung von Aktien bei einer großen Anzahl von erstmaligen öffentlichen Angeboten (Initial Public Offerings – „IPOs“) durch Emittenten, Vorstände und leitende Angestellte der Emittenten sowie Konsortialbanken dieser Wertpapiere die Wertpapier- und Kartellgesetze verletzt hätten. DBSI ist in diesen Klagen als Konsortialbank benannt. Die Wertpapiersammelklagen behaupten wesentliche Falschdarstellungen und Auslassungen in Zulassungsunterlagen (registration statements) und Prospekten für IPOs sowie die Marktmanipulation in Bezug auf den Sekundärmarkthandel mit IPO-Wertpapieren. Einige der Behauptungen gehen dahin, dass die Konsortialbanken die Zuteilung von IPO-Wertpapieren an erforderliche Sekundärmarktkäufe durch Kunden und die Zahlung von nicht offengelegten Kompensationen für die Konsortialbanken in Form von Provisionen für den Wertpapierhandel gekoppelt hätten und dass die Konsortialbanken die Veröffentlichung irreführender Analysten-Berichte veranlasst hätten. Die kartellrechtlichen Klagen behaupten auf der Grundlage ähnlicher Behauptungen, wonach die Konsortialbanken im Gegenzug für die Zuteilung von IPO-Aktien Sekundärmarktkäufe und nicht offengelegte Provisionen verlangt haben sollen, ein illegales Zusammenwirken, um den Aktienkurs zu beeinflussen. In den Wertpapiersammelverfahren wurden die Klageabweisungsanträge der DBSI und anderer am 13. Februar 2003 abgelehnt. Dem Antrag der Kläger auf Zulassung von sechs „Testklagen“ als Sammelklagen (class actions) in den Wertpapierverfahren wurde am 13. Oktober 2004 stattgegeben. Am 5. Dezember 2006 hat das Berufungsgericht der

Vereinigten Staaten für den Zweiten Gerichtsbezirk (United States Court of Appeals for the Second Circuit) entschieden, dass diese sechs „Testklagen“ nicht als Sammelklagen zugelassen werden. Am 26. März 2008 hat das Prozessgericht den Klageabweisungsanträgen hinsichtlich des abgeänderten Vortrags der Kläger teilweise stattgegeben und teilweise zurückgewiesen. Soweit das Gericht den Klageabweisungsanträgen stattgegeben hat, betrifft dies keine Fälle in denen DBSI Beklagte ist. Am 10. Oktober 2008 hat das Prozessgericht einen Beschluss verfügt, der es den Klägern erlaubt, ihre Anträge auf Zulassung von Sammelklagen auf der Grundlage des abgeänderten Vortrags der Kläger, ohne nachteilige Auswirkung zurückzunehmen. Im Anschluss an ein Schlichtungsverfahren wurde eine Grundsatzvereinbarung erreicht, die unter dem Vorbehalt der Vereinbarung der endgültigen Dokumentation des Vergleichs sowie der Zustimmung des Gerichts steht. Gemäß einer Vereinbarung ist eine Klageerwidderung auf den abgeänderten Vortrag der Kläger bis zum 31. Juli 2009 nicht erforderlich. Die mutmaßlichen kartellrechtlichen Sammelklagen im Jahr 2007 wurden abgewiesen.

Steuerbezogene Finanzprodukte

Die Deutsche Bank AG, einige mit ihr verbundene Unternehmen sowie jetzige und frühere Mitarbeiter sind Beklagte in einer Reihe von Rechtsstreitigkeiten mit Kunden im Zusammenhang mit steuerbezogenen Geschäften. Die Deutsche Bank hat für diese Kunden, die von verschiedenen Wirtschaftsprüfern, Rechtsanwälten und Finanzberatern beraten wurden, Finanzprodukte und -dienstleistungen bereitgestellt. Die Kunden haben aufgrund dieser Geschäfte Steuervorteile gegenüber den US-Steuerbehörden geltend gemacht, die jedoch von diesen nicht anerkannt wurden. Die Kunden behaupten, die Deutsche Bank und die professionellen Berater hätten sie unzulässigerweise dahin gehend irreführt, dass die geltend gemachten Steuervorteile von den US-Steuerbehörden anerkannt würden. Die Klageverfahren sind bei verschiedenen Bundes- und einzelstaatlichen Gerichten sowie vor Schiedsgerichten in den USA anhängig und beziehen sich auf die Verletzung sowohl von Bundesrecht als auch des Rechts einzelner Bundesstaaten. Es handelt sich sowohl um Einzelklagen als auch um angebliche Sammelklagen. Gegenüber der Deutschen Bank ist keine Klägergruppe (*Litigation Class*) zugelassen worden. Etwa 86 Verfahren wurden endgültig beigelegt und durch Klageabweisung beendet. Etwa acht weitere Verfahren sind noch gegen die Deutsche Bank anhängig und befinden sich in verschiedenen Vorverhandlungsphasen (*Pre-trial Stages*) einschließlich der wechselseitigen Auskunftserteilung (*Discovery*). Gegenüber der Bank werden darüber hinaus auch außergerichtlich zahlreiche Ansprüche geltend gemacht; einige dieser Ansprüche wurden beigelegt.

Das US-Justizministerium (Department of Justice – „DOJ“) führt außerdem strafrechtliche Ermittlungen wegen steuerbezogener Geschäfte durch, die etwa zwischen 1997 und 2001 durchgeführt wurden. In diesem Zusammenhang hat das DOJ von der Deutschen Bank verschiedene Unterlagen und andere Informationen angefordert und das Handeln verschiedener Personen und Unternehmen einschließlich der Deutschen Bank bei diesen Geschäften untersucht. Im zweiten Halbjahr 2005 erhob das DOJ gegen zahlreiche Personen (die „Einzelpersonen“) Anklage wegen ihrer Beteiligung an steuerbezogenen Geschäften, als sie bei anderen Unternehmen als der Deutschen Bank beschäftigt waren. Ebenfalls im zweiten Halbjahr 2005 schloss das DOJ mit einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (die „Wirtschaftsprüfungsgesellschaft“) eine Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung (*Deferred Prosecution Agreement*), wonach das DOJ von der Strafverfolgung gegen die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wegen ihrer Beteiligung an verschiedenen steuerbezogenen Geschäften unter der Bedingung absieht, dass die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung erfüllt. Am 14. Februar 2006 gab das DOJ bekannt, dass es mit einem Finanzinstitut (das „Finanzinstitut“) eine Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung abgeschlossen hat, wonach das DOJ von der Strafverfolgung gegen das Finanzinstitut wegen dessen Rolle bei der Erbringung von Finanzprodukten und -dienstleistungen unter der Bedingung absieht, dass das Finanzinstitut die Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung erfüllt. Die Deutsche Bank hat ähnliche Finanzprodukte und -dienstleistungen für gleiche oder ähnliche steuerbezogene Geschäfte bereitgestellt wie diejenigen, die Gegenstand der oben genannten strafrechtlichen Vorwürfe sind. Die Deutsche Bank hat auch Finanzprodukte und -dienstleistungen für weitere steuerbezogene Geschäfte bereitgestellt. Die Ermittlungen des DOJ dauern an. Im Dezember 2008 wurden nach einem Prozess gegen vier Einzelpersonen, drei Einzelpersonen strafrechtlich verurteilt. Die Deutsche Bank führt mit dem DOJ Gespräche über die Einstellung des Verfahrens.

Kirch

Im Mai 2002 erhob Dr. Leo Kirch aus behauptetem eigenem und abgetretenem Recht zweier ehemals zur Kirch-Gruppe gehörender Unternehmen, der PrintBeteiligungs GmbH und der Konzernholdinggesellschaft TaurusHolding GmbH & Co. KG, Klage gegen Dr. Rolf-E. Breuer und die Deutsche Bank AG und machte geltend, eine Äußerung von Dr. Breuer (seinerzeit Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG), die dieser in einem Interview mit BloombergTV am 4. Februar 2002 zur Kirch-Gruppe gemacht hatte, sei rechtswidrig und habe Vermögensschäden verursacht. Am 24. Januar 2006 hat der BGH dieser Schadensersatzfeststellungsklage, die nicht den Nachweis eines durch die Interviewäußerung verursachten Vermögensschadens voraussetzt, nur aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH stattgegeben. Die PrintBeteiligungs GmbH ist die einzige Gesellschaft der Kirch-Gruppe, die seinerzeit Kreditnehmerin der Deutschen Bank AG war. Ansprüche von Herrn Dr. Kirch persönlich und der TaurusHolding GmbH & Co. KG, wurden abgewiesen. Im Mai 2007 erhob Dr. Kirch Zahlungsklage aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH gegen die Deutsche Bank AG und Dr. Breuer in Höhe von zunächst circa 1,6 Mrd € (die Berechnung hing unter anderem von der Entwicklung des Börsenkurses der Aktie der Axel Springer AG ab) nebst Zinsen. Zwischenzeitlich hat Herr Dr. Kirch seine Schadensberechnung geändert und fordert nun circa 1,3 Mrd € zuzüglich Zinsen. In diesem Verfahren muss er im Einzelnen nachweisen, dass und in welcher Höhe der PrintBeteiligungs GmbH durch die Äußerung ein finanzieller Schaden entstanden ist. Nach Auffassung der Deutschen Bank ist die Kausalität für Grund und Höhe des geltend gemachten Schadens jedoch nicht ausreichend dargelegt worden.

Am 31. Dezember 2005 erhob die KGL Pool GmbH Klage gegen die Deutsche Bank AG und Dr. Breuer. Die KGL Pool GmbH hat sich angebliche Ansprüche diverser Tochtergesellschaften der Kirch-Gruppe abtreten lassen. Die Klage zielt auf die Feststellung einer gesamtschuldnerischen Schadensersatzpflicht der Deutschen Bank AG und von Dr. Breuer wegen jenes Interviews und des Verhaltens der Deutschen Bank AG in Bezug auf verschiedene Unternehmen der Kirch-Gruppe. Im Dezember 2007 erweiterte die KGL Pool GmbH ihre Klage um einen Antrag auf Zahlung von Schadensersatz in Höhe von etwa 2,0 Mrd € nebst Zinsen als Entschädigung für behauptete Schäden, die zwei Unternehmen der ehemaligen Kirch-Gruppe angeblich aufgrund der Äußerung von Dr. Breuer erlitten hätten. Am 31. März 2009 hat das Landgericht München I die Klage in erster Instanz vollständig abgewiesen. Der Kläger hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. Nach Meinung der Deutschen Bank besteht für solche Ansprüche mangels einer entsprechenden Vertragsbeziehung zu irgendeiner dieser Gesellschaften keine Grundlage. Im Übrigen ist die Kausalität für Grund und Höhe des geltend gemachten Schadens und die wirksame Abtretung der behaupteten Ansprüche an die KGL Pool GmbH nicht ausreichend dargelegt worden.

Parmalat

Im Zuge der Insolvenz des italienischen Konzerns Parmalat, hat der Insolvenzverwalter von Parmalat, Herr Enrico Bondi, Schadenersatzansprüche gegen die Deutsche Bank AG in Höhe von insgesamt 2,2 Mrd € und Rückforderungsansprüche gegen die Deutsche Bank S.p.A. in Höhe von insgesamt 177 Mio € geltend gemacht. Im Februar 2009 haben sich die Deutsche Bank, die Deutsche Bank S.p.A., Parmalat und Herr Bondi (für die jeweiligen Gruppen) auf einen Vergleich über diese Klagen geeinigt.

Darüber hinaus hat die Staatsanwaltschaft in Mailand im Zusammenhang mit der Insolvenz von Parmalat ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren eingeleitet und Anklage gegen verschiedene Banken wegen angeblicher Marktmanipulation erhoben, unter anderem auch gegen die Deutsche Bank AG und die Deutsche Bank S.p.A. sowie einige ihrer jeweiligen Mitarbeiter. Die Hauptverhandlung vor dem Mailänder Gericht (2. Strafkammer) hat im Januar 2008 begonnen und dauert an. Die Staatsanwaltschaft in Parma hat Ermittlungsverfahren gegen verschiedene Bankmitarbeiter, darunter auch Mitarbeiter der Deutschen Bank, wegen betrügerischen Bankrotts eingeleitet. Die Vernehmungen dauern an. Ein früherer Mitarbeiter der Deutschen Bank hat im Hinblick auf die gegen ihn erhobenen strafrechtlichen Vorwürfe in Mailand und Parma einen strafrechtlichen Vergleich abgeschlossen (wobei der überwiegende Teil der Vorwürfe den Zeitraum vor seiner Anstellung bei der Deutschen Bank betraf); daraufhin wurde das Verfahren gegen ihn eingestellt.

Einige Privatpersonen, die Anleihen und Aktien halten, machen im Zusammenhang mit den oben genannten strafrechtlichen Verfahren Schadenersatzansprüche gegen die Deutsche Bank geltend. Die Deutsche Bank ist derzeit dabei, solchen Investoren Vergleichsangebote zu unterbreiten, die ihre Ansprüche glaubhaft dargelegt haben.

Kreditbezogene Rechtsstreitigkeiten

Die Deutsche Bank hat Vorladungen und Informationsanfragen von Aufsichtsbehörden und Regierungsbehörden erhalten, die sich auf die Aktivitäten der Deutschen Bank bei der Gewährung, dem Erwerb und der Verbriefung von Wohnungsbaukrediten minderer Bonität (Subprime) und nicht minderer Bonität (Non-Subprime) beziehen. Die Deutsche Bank kooperiert in Bezug auf diese Vorladungen und Informationsanfragen in vollem Umfang mit den Behörden. Ferner ist die Deutsche Bank hinsichtlich des Geschäfts mit Wohnungsbaukrediten Beklagte in diversen zivilrechtlichen Verfahren (darunter als Sammelklagen bezeichnete Verfahren) nach dem U.S. Securities Act von 1933 sowie allgemeinen Rechtsgrundsätzen (Common Law) in Einzelstaaten. Zu diesen Verfahren gehören (i) zwei als Sammelklagen bezeichnete Verfahren bei dem California Superior Court in Los Angeles County, die sich auf die Rolle der Deutsche Bank Tochtergesellschaft, Deutsche Bank Securities Inc. (die „DBSI“) und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter, von der Countrywide Financial Corporation oder einem mit ihr verbundenen Unternehmen begebener Wertpapiere und Mortgage Pass-through Certificates beziehen, (ii) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Southern District of New York, das sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter, von verbundenen Unternehmen der Novastar Mortgage Funding Corporation begebener Mortgage Pass-through Certificates bezieht, (iii) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem California Superior Court in Los Angeles County, das sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter, von verbundenen Unternehmen der Indymac MBS, Inc. begebenen Mortgage Pass-through Certificates bezieht, (iv) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Southern District of New York, das sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter, von verbundenen Unternehmen der Wells Fargo Asset Securities Corporation begebenen Mortgage Pass-through Certificates bezieht, und (v) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem New York Supreme Court in New York County, das sich auf die Rolle etlicher Finanzinstitute, darunter auch die DBSI als Platzeur und die Deutsche Bank Trust Company America, eine Tochtergesellschaft der Deutschen Bank, als Treuhänder verschiedener Mortgage Pass-through Certificates bezieht, die von verbundenen Unternehmen der Residential Accredited Loans, Inc. begeben wurden. Ferner sind einige Konzerngesellschaften der Deutschen Bank, einschließlich der DBSI, Beklagte in einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren bei dem United States District Court for the Eastern District of New York, das sich auf ihre Rollen als Emittenten und Platzeure für bestimmte Mortgage Pass-through Securities bezieht. Alle diese zivilrechtlichen Verfahren befinden sich in einem frühen Stadium.

Auction Rate Securities

Die Deutsche Bank und DBSI sind an einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren beteiligt, das bei dem United States District Court for the Southern District of New York eingereicht wurde und in dem Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen für alle Personen und Stellen geltend gemacht werden, die von Deutscher Bank und DBSI zwischen dem 17. März 2003 und dem 13. Februar 2008 angebotene Auction Rate Preferred Securities und Auction Rate Securities (Wertpapiere mit variablem, in Auktionen festgesetztem Zinssatz – zusammen „ARS“) gekauft haben und noch halten. DBSI und Deutsche Bank Alex. Brown, ein Geschäftsbereich der DBSI, sind auch Beklagte in vier Einzelklagen, in denen verschiedene Ansprüche von vier ARS-Anlegern nach den US-Bundeswertpapiergesetzen und allgemeinen Rechtsgrundsätzen in Einzelstaaten behauptet werden. Die als Sammelklagen bezeichneten Verfahren und drei der Einzelklagen befinden sich in frühen Stadien. Eine Einzelklage wurde abgewiesen. Die Deutsche Bank ist auch gemeinsam mit zehn weiteren Finanzinstituten in zwei als Sammelklage bezeichneten und beim United States District Court for the Southern District of New York eingereichten Klagen Beklagte, welche die Verletzung kartellrechtlicher Bestimmungen behaupten. In den als Sammelklage bezeichneten Klagen, die sich in frühen Verfahrensstadien befinden, wird behauptet, die Beklagten hätten konspiriert, um den ARS-Markt zu stützen und schließlich im Februar 2008 zu beschränken.

Im Zusammenhang mit Untersuchungen des Angebots und Vertriebs von ARS hat die Deutsche Bank außerdem aufsichtsrechtliche Anfragen der Securities and Exchange Commission („SEC“) und einzelstaatlicher Aufsichtsbehörden erhalten. Im August 2008 hat die Deutsche Bank Grundsatzvereinbarungen mit dem New York Attorney General's Office („NYAG“) und einem Sonderdezernat der North American Securities Administration Association („NASAA“), die ein Konsortium anderer Einzelstaaten und US-Besitzungen vertritt, abgeschlossen, wonach sich die Deutsche Bank und ihre Tochtergesellschaften dazu verpflichtet haben, von ihren Privatkunden, kleineren und mittleren institutionellen sowie Kunden, die mildtätige Organisationen sind, ARS zu kaufen, die diese Kunden vor dem 13. Februar 2008 erworben haben sowie zügig Lösungen für die Liquidität ihrer größeren institutionellen Kunden, welche von der Deutschen Bank und ihren Tochtergesellschaften ARS erworben haben, zu erarbeiten, und eine Strafe in einer Gesamtsumme in Höhe von 15 Mio. US-\$ an das NYAG und die NASAA zu zahlen. Die Ermittlungen der SEC wegen ARS dauern an.

ÖBB

Im September 2005 schloss die Deutsche Bank AG einen Portfolio Credit Default Swap („PCDS“) mit der ÖBB Infrastruktur Bau AG („ÖBB“), einer Tochtergesellschaft der Österreichischen Bundesbahnen-Holding Aktiengesellschaft. Unter dem PCDS übernahm die ÖBB das Ausfallrisiko einer mit AAA gerateten Tranche über 612 Mio € aus einem diversifizierten Portfolio von Unternehmen und Asset-Backed Securities („ABS“). Aufgrund der Entwicklung des ABS-Marktes seit Mitte 2007 entwickelte sich der Marktwert des PCDS negativ und der ÖBB-Konzern verzeichnete für die Position erhebliche Marktwertverluste und beabsichtigt, im Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2008 Rückstellungen in Höhe des gesamten Nominalwerts des PCDS zu bilden. Im Juni 2008 erhob die ÖBB beim Handelsgericht in Wien Klage gegen die Deutsche Bank AG und beantragte, den PCDS für rechtsunwirksam erklären zu lassen. Die ÖBB ist der Auffassung, dass das Geschäft gegen österreichische Rechtsvorschriften verstoße, und behauptet, über bestimmte Merkmale des PCDS nicht zutreffend informiert worden zu sein. Die Klage der ÖBB wurde im Januar 2009 vom Handelsgericht abgewiesen. ÖBB hat erklärt, dass sie gegen das Urteil Berufung einlegen wird.

Jüngste Entwicklung und Ausblick

Die Deutsche Bank ist profitabel in das Geschäftsjahr 2009 gestartet. Dazu trugen solide Erträge aus den kundenbezogenen Aktivitäten im Geld- und Devisenhandel und im Transaktionsgeschäft bei. Im Vermögensanlagegeschäft waren die Erträge durch eine fortgesetzte niedrige Kundenaktivität und durch die weiterhin bestehenden Unsicherheiten an den internationalen Finanzmärkten negativ beeinflusst. Die Bank wird die Werthaltigkeitsprüfung ihrer verbliebenen Risikopositionen im Rahmen der Erstellung des ersten Quartalsabschlusses vornehmen, dessen Veröffentlichung für den 28. April 2009 vorgesehen ist. Zum Datum dieses Registrierungsformulars hat sich jedoch die Finanz- und Liquiditätsslage der Bank im Vergleich zum 31. Dezember 2008 nicht wesentlich geändert.

Beteiligungserwerb an Deutsche Postbank AG

Am 12. September 2008 hatte die Deutsche Bank den Kauf einer Minderheitsbeteiligung in Höhe von 29,75% an der Deutsche Postbank AG („Postbank“) von der Deutsche Post AG („Deutsche Post“) bekannt gegeben. Zusätzlich zu der Minderheitsbeteiligung erhielt die Deutsche Bank von der Deutschen Post die Option, ein weiteres Aktienpaket in Höhe von 18,0% an der Postbank für 55,00 € je Aktie zu erwerben. Zudem räumte die Deutsche Post der Deutschen Bank ein Vorkaufsrecht für ihre verbleibenden Aktien an der Postbank ein. Gleichzeitig erhielt die Deutsche Post eine Verkaufsoption: Sie sollte den verbleibenden Anteil an der Postbank von 20,25% plus einer Aktie zum Preis von 42,80 € je Aktie an die Deutsche Bank veräußern können. Weiterhin vereinbarten die Deutsche Bank und die Postbank eine enge Zusammenarbeit in mehreren Bereichen. Hierzu zählen der Vertrieb von Immobilienfinanzierungen und Investmentprodukten.

Am 14. Januar 2009 gab die Deutsche Bank bekannt, dass sie und die Deutsche Post eine verbesserte Transaktionsstruktur auf Basis des bisherigen Kaufpreises für den Erwerb von Aktien der Deutschen Postbank durch die Deutsche Bank vereinbart haben. Der Barwert der Transaktion entspricht 4,9 Mrd €.

Der Vertrag wird nun in drei Teilen umgesetzt. Die Deutsche Bank kann dabei die Anteile der Postbank kapitalschonender übernehmen. Im Gegenzug erhält die Deutsche Post die Erlöse aus der Gesamttransaktion am Tag des Vollzugs des ersten Teils der Transaktion („Closing“) und damit drei Jahre früher als erwartet. Nach Zustimmung der Wettbewerbsbehörden erfolgte das Closing am 25. Februar 2009.

Der erste Teil der Transaktion besteht in der Einbringung von 50 Mio Aktien an der Postbank (rund 22,9% des Grundkapitals) durch die Deutsche Post im Rahmen einer Sachkapitalerhöhung der Deutsche Bank AG, die mit Eintragung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister am 6. März 2009 wirksam wurde. In diesem Zusammenhang wurden 50 Mio Deutsche Bank Aktien an die Deutsche Post ausgegeben. Nach erfolgter Übernahme der eingebrachten 50 Mio Postbank-Aktien hält die Deutsche Bank eine Beteiligung von 25% + 1 Aktie an der Postbank.

Seit der Eintragung der Kapitalerhöhung am 6. März 2009 ist die Deutsche Post mit rund 8% an der Deutschen Bank beteiligt. Über die eine Hälfte dieser Aktien kann die Deutsche Post ab Ende April 2009 frei verfügen. Die andere Hälfte dieser Aktien ist ab Mitte Juni 2009 veräußerbar. Für eine Veräußerung sind marktschonende Mechanismen vereinbart worden. Für die Zeit bis zur Veräußerbarkeit sind in bestimmtem Umfang Absicherungsgeschäfte zulässig und zum Teil auch vorgesehen.

Die Deutsche Bank hat ferner als zweiten Teil der Transaktion eine Pflichtumtauschleihe der Deutschen Post gezeichnet, die nach Ablauf von drei Jahren inklusive der aufgelaufenen Zinsen in 60 Mio Aktien der Postbank getauscht wird. Dies entspricht derzeit einem Anteil von 27,4% am Grundkapital der Postbank.

Für die verbleibenden Aktien (26,4 Mio. Aktien bzw. 12,1%) bestehen weiterhin Kauf- und Verkaufsoptionen. Die Optionen werden durch die Zahlung des Barwertes zum Zeitpunkt des Closing in Höhe von 1,1 Mrd € besichert. Die Fristen zur Ausübung der Optionen laufen nun zwischen dem 36. und 48. Monat nach Abschluss der Transaktion.

Cosmopolitan Resort and Casino.

Im September 2008 hatte die Deutsche Bank das Cosmopolitan Resort and Casino in Las Vegas im Rahmen eines Rettungserwerbs übernommen und das Projekt weiter entwickelt. Diese Immobilie ist eine als Finanzinvestition gehaltene Immobilie im Bau, die als Sachanlage bilanziert wird. Zum 31. Dezember 2008 belief sich der Buchwert auf 1,1 Mrd €.

Im ersten Quartal 2009 gab es Anzeichen für eine deutliche Verschlechterung des Marktumfelds für Eigentumswohnungen, Hotels und Casinos in Las Vegas. In Anbetracht dieser Entwicklung erwägt die Deutsche Bank momentan verschiedene Alternativen zur weiteren Entwicklung und Durchführung des Cosmopolitan Resort und Casino-Projekts. Der aus dieser Anlage erzielbare Wert hängt von der zukünftigen Marktentwicklung sowie dem weiteren Vorgehen ab. Infolgedessen könnte sich in 2009 eine Minderung des Buchwerts ergeben, deren Höhe sich jedoch zurzeit nicht verlässlich bestimmen lässt.

Ausblick

Die Weltwirtschaft

Die Weltwirtschaft erlebt derzeit den stärksten Einbruch der Nachkriegsgeschichte und dürfte im laufenden Jahr den ersten Rückgang der Wirtschaftsleistung seit Ende des Zweiten Weltkriegs erfahren, nachdem sie 2008 noch um 3,5% gewachsen war. Ursache für diesen globalen Einbruch ist die US-amerikanische Wirtschaft, die sich seit Anfang 2008 in einer Rezession befindet. Trotz des verabschiedeten Pakets in Höhe von fast 800 Mrd € zur Ankurbelung der Wirtschaft und der Nullzinspolitik der US-amerikanischen Notenbank ist damit zu rechnen, dass die amerikanische Wirtschaftsleistung im laufenden Jahr weiter zurückgehen wird. Den Schwellenmärkten gelang es nicht, sich von dem starken Konjunkturrückgang in den USA abzukoppeln. Auch hier kann es 2009 zu Wachstumsrückgängen, teilweise auch zu Stagnations- und Rezessionstendenzen kommen.

Nach den USA gerieten auch die Länder der Eurozone in eine Rezession. Auch muss damit gerechnet werden, dass vor Ende 2009 keine deutliche Verbesserung eintritt. Die deutsche Wirtschaft wird wegen ihrer hohen Exportabhängigkeit vom Einbruch der weltweiten Nachfrage besonders hart getroffen. Trotz gesunkener Preise für Öl und andere Rohstoffe, einer gelockerten Geldpolitik durch die EZB und umfangreicher Konjunkturpakete der Regierung zur wirtschaftlichen Stimulierung ist für 2009 mit einem Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukt zu rechnen.

Infolge der hohen Öl- und Rohstoffpreise ist die Inflationsrate in den Industrieländern 2008 auf eine seit Jahren nicht mehr verzeichnete Höhe gestiegen. Mit Beginn der Rezession fielen die Rohstoffpreise signifikant und reduzierten somit den Inflationsdruck deutlich. Die Inflationsrate könnte 2009 auch in Deutschland vorübergehend negativ werden.

Zusätzliche Risiken für die Weltwirtschaft könnten sich noch durch eine Verschärfung geopolitischer Spannungen, politische Instabilität, potenzielle terroristische Aktivitäten oder bewaffnete Konflikte in verschiedenen Regionen der Welt ergeben. Eine Ausweitung oder deutliche Verschärfung der Finanzkrise könnte zu tief greifenden Verwerfungen im Finanzsektor sowie zum Zusammenbruch von Finanzinstituten führen. Insbesondere für den Fall, dass staatliche Interventionen die Auswirkungen nicht unter Kontrolle bringen, könnte die Weltwirtschaft in eine lang andauernde Krise geraten.

Der Bankensektor und der Deutsche Bank-Konzern

Der Ausblick für den Bankensektor und den Deutsche Bank-Konzern wird von der in 2007 ausgelösten Finanzkrise und insbesondere von den Entwicklungen im letzten Quartal 2008 stark beeinflusst. Das vierte Quartal des Jahres 2008 war für die Finanzmärkte durch außerordentlich turbulente und schwierige Geschäftsbedingungen gekennzeichnet. Nach der Zahlungsunfähigkeit einer großen US-amerikanischen Investmentbank im September gerieten die Kapitalmärkte in eine akute Stresssituation, gekennzeichnet von einem deutlichen Rückgang des Interbankengeschäfts, extremer Illiquidität auf Kredit- und anderen Märkten sowie außergewöhnlich hoher Volatilität, einschließlich drastischer Einbrüche, auf den wichtigsten Aktienmärkten. Diese Entwicklungen belasteten auch die Bilanzen der Banken und ihre Liquiditäts- und Refinanzierungsvereinbarungen. Zentralbanken und Regierungen intervenierten in einem seit Jahren nicht erfolgten Umfang, indem sie auf Schlüsselmärkten Liquidität bereitstellten und Banken durch Direktbeteiligungen neues Kapital zuführten.

Auch 2009 dürfte das geschäftliche Umfeld im Bankensektor sehr schwierig bleiben, ungeachtet der fortgesetzten Interventionen von Regierungen und Zentralbanken zur Vertrauensbildung und zur Stabilisierung der Märkte. Der Bankensektor steht vor einer Reihe großer Herausforderungen. Risikopositionen für problembehaftete Altbestände sowie die Verschlechterung des Kreditumfelds angesichts des Übergreifens der Krise auf die Realwirtschaft werden die Bilanzen weiter belasten. Der Anstieg der Ausfallquoten sowohl bei Firmenkunden als auch bei Privatpersonen infolge der Verschlechterung des wirtschaftlichen Umfelds wird sich in den Kreditbüchern niederschlagen. Diese und andere Faktoren werden wiederum die Kapitalquoten belasten. Nachlassende Kundennachfrage in einigen Produktbereichen, verursacht durch die Verlangsamung der wirtschaftlichen Aktivität, gestiegene Anforderungen bei der Kreditvergabe, und allgemeine Zurückhaltung von privaten und institutionellen Investoren dürften die Ertragslage weiter beeinträchtigen.

Darüber hinaus erwarten den Bankensektor politische, aufsichtsrechtliche und organisatorische Herausforderungen. Das Jahr 2008 war von umfangreichen Konsolidierungs- und Fusionsaktivitäten gekennzeichnet. Dies dürfte zu deutlichen Verwerfungen infolge der Integrations-, Restrukturierungs- oder internen Reorganisationsaktivitäten der betroffenen Institute führen. Geschäftsstrategie, Kreditvergabe, Vergütungssysteme und Gewinnverwendung der Banken dürften darüber hinaus vermehrt von der angekündigten Verschärfung aufsichtsbehördlicher Auflagen und von staatlichen Interventionen beeinflusst werden, insbesondere bei jenen Instituten, an denen der Staat eine Direktbeteiligung erworben hat.

Dieses Umfeld wird alle Geschäftsbereiche der Deutschen Bank vor erhebliche Herausforderungen stellen, die nachfolgend näher dargelegt werden. Anhaltend schwierige Marktbedingungen könnten sich auch negativ auf die Ertragslage in Kerngeschäftsfeldern der Deutschen Bank auswirken. Dadurch könnten, zusätzlich zu den bereits eingeleiteten Maßnahmen, weitere Kosteneinsparungen erforder-

lich sein. Dabei kann auch ein Stellenabbau nicht ausgeschlossen werden, der kurzfristig zu Aufwendungen für Abfindungszahlungen und damit verbundene Kosten führen könnte.

Die Deutsche Bank wird darüber hinaus von den zuvor beschriebenen politischen, aufsichtsrechtlichen und organisatorischen Herausforderungen betroffen sein. In einigen Bereichen dürften die Auswirkungen bei der Deutschen Bank geringer ausfallen als bei manchen Mitbewerbern, da die Deutsche Bank weder an größeren Fusionen beteiligt war, noch direkte staatliche Finanzhilfen erhalten hat. Fusionsbedingte Integrations- oder Restrukturierungsmaßnahmen können zu Störungen in den betrieblichen Abläufen bei anderen Instituten führen. Die Handlungsfreiheit von Banken, die direkte Staatshilfen in Anspruch genommen haben, ist beschränkt. Dadurch eröffnet sich für die Deutsche Bank die Chance, in Schlüsselbereichen Marktanteile hinzuzugewinnen und durch gezielte Anwerbung von Talenten oder durch selektive Akquisitionen in ausgewählte Geschäftsfelder zu investieren. Die Bank wird dabei ihre Kapitalquote und andere Kennzahlen entsprechend der Marktsituation und der gegebenen Anforderungen steuern. Andererseits wäre die Deutsche Bank wie ihre Mitbewerber von künftigen aufsichtsbehördlichen Änderungen betroffen. Die Bank hat bereits eine Überprüfung ihrer Vergütungsverfahren eingeleitet.

Investment Banking

Das Investmentbanking-Geschäft wird 2009 vor erheblichen Herausforderungen stehen. Die Kapitalmärkte dürften weiterhin mit Illiquidität, Volatilität und dem Fehlen klarer Richtungsvorgaben zu kämpfen haben. Dies könnte die Investitionsbereitschaft und das Vertrauen der Anleger eher schwächen. Die Ertragspools im Investment Banking werden voraussichtlich unterhalb des vor der Krise erreichten Niveaus bleiben. Bestimmte Handelsbereiche für stark strukturierte, verbriefte oder illiquide Produkte, die von den Entwicklungen im Jahr 2008 stark betroffen waren, werden auf kurze Sicht ihr früheres Geschäftsniveau nicht wieder erreichen. Im Gegensatz dazu haben sich die Geschäftsvolumina bei liquiden, kundenbezogenen Handelsprodukten, wie dem Devisen- oder Geldmarkthandel, auch unter schwierigen Bedingungen als robust erwiesen. Die Geschäftsvolumina im Leveraged-Finance-Geschäft werden voraussichtlich weiter auf erheblich niedrigerem Niveau als vor Beginn der Krise bleiben. Die eingeschränkte Verfügbarkeit von Fremdfinanzierungsmitteln dürfte sowohl das Geschäftsvolumen von M&A- und Übernahmeaktivitäten insgesamt als auch die Größe der einzelnen Transaktionen beeinträchtigen. Das gewerbliche Immobiliengeschäft wird voraussichtlich ebenfalls unter dem Vorkrisenniveau bleiben. IPO-Aktivitäten werden aufgrund der ungewissen Situation auf den Aktienmärkten wahrscheinlich weiterhin unter dem Niveau von 2006 und Anfang 2007 verharren. Hingegen könnte größerer Bedarf von Unternehmen an Rekapitalisierungshilfen und Restrukturierungsberatung entstehen.

Dieses Umfeld wird den Unternehmensbereich Corporate Banking and Securities (CB&S) der Deutschen Bank vor Herausforderungen stellen, ihm aber auch Chancen eröffnen. Bei bestimmten strukturierten Handelsprodukten, einschließlich Verbriefungen und strukturierter Finanzierungen, werden die Erträge in CB&S durch die schwächeren Geschäftsaktivitäten in diesen Produktfeldern beeinträchtigt werden. Auch das Corporate Finance-Geschäft von CB&S wird wahrscheinlich von den rückläufigen Aktivitäten im Primärmarktmissionsgeschäft und der M&A-Beratung betroffen sein. Neugeschäfte im Leveraged Finance-Bereich und im Geschäft mit gewerblichen Immobilien werden voraussichtlich deutlich unter dem Vorkrisenniveau bleiben.

Transaction Banking

Im Bereich Transaction Banking kann 2009 das Zinsniveau in der Eurozone und in anderen wichtigen Wirtschaftsräumen, das bereits 2008 gesunken ist, auch 2009 weiter zurückgehen und damit den Zinsüberschuss belasten. Auch Wechselkursentwicklungen könnten sich ungünstig auf das Transaction-Banking-Geschäft auswirken, während sich ein allgemeiner wirtschaftlicher Rückgang auf den wichtigsten Märkten negativ auf den internationalen Handel auswirken und so die Wachstumschancen im Bereich Trade Finance reduzieren könnte.

Dagegen können die Geschäftsaussichten des Bereichs Transaction Banking durch das Wachstum und die Ausweitung der Kundenbasis in den vergangenen Jahren sowie die führende Position des Bereichs in wichtigen Märkten positiv beeinflusst werden.

Anlagemanagement

Der Ausblick für das Anlagemanagement wird 2009 durch verschiedene Faktoren belastet. Die rückläufigen Aktienbewertungen im Jahresverlauf 2008 und die gesunkenen Marktaktivitäten von Privat- und institutionellen Kunden dürften zu einem Rückgang der Erträge aus erfolgsabhängigen Provisionen führen. Gleichzeitig werden die äußerst schwierigen Bedingungen für die Hedgefondsbranche in der zweiten Jahreshälfte sowie die Einbrüche auf den Immobilienmärkten wichtiger Volkswirtschaften weltweit die Aussichten für Alternative Investments negativ beeinflussen. Infrastrukturinvestments dürften angesichts des Rückgangs im Binnen- und Welthandel als Folge des verlangsamten Wachstums der Weltwirtschaft unter Druck geraten. Die Erträge im Anlagemanagement könnten weiter unter Druck geraten, wenn Investoren auf als sicher geltendes Bargeld oder auf einfachere Produkte mit geringeren Margen umsteigen. Dagegen würde der Ausblick durch die Aussicht auf eine Stabilisierung oder Erholung der Aktienmärkte sowie durch das gestiegene Kundeninteresse an defensiven Anlageprodukten positiv beeinflusst. Ferner dürften langfristige Trends das Geschäft im Anlagemanagement weiter grundsätzlich begünstigen: zum einen die steigende Nachfrage nach Altersvorsorgeprodukten angesichts der steigenden Lebenserwartung einer alternden Bevölkerung in den etablierten Volkswirtschaften, zum anderen der stetige, wenn auch verlangsamte, Wohlstandszuwachs in den Schwellenländern.

Im Geschäftsbereich Asset Management ist das Geschäft mit Publikumsfonds den schwachen Aktienmärkten und den 2008 aufgetretenen Schwierigkeiten im Geschäft mit Geldmarktfonds stark ausgesetzt. Das Geschäft mit Alternative Investments wird von den Schwächen des Hedgefondssegments, den anhaltend schwierigen Bedingungen auf den Immobilienmärkten sowie den zuvor erwähnten Belastungen bei Infrastrukturinvestments beeinträchtigt. Im Bereich Asset Management wurden 2008 Maßnahmen zur Produktivitätssteigerung, Kosteneffizienz sowie zur Verbesserung der Umsatzrentabilität in Asset Management eingeleitet. In Private Wealth Management könnten sich die jüngst getätigten und geplanten selektiven Investitionen in die Geschäftsplattform, die Nettomittelzuflüsse in 2008 und in Vorjahren sowie die Entwicklung und Einführung neuer Produkte und Vermögensberatungsleistungen ebenfalls positiv auswirken.

Privat- und Firmenkundengeschäft

2009 dürften sich verschiedene Faktoren negativ auf das Privat- und Firmenkundengeschäft auswirken. Das Management der Deutschen Bank hat diese bereits mit verschiedenen Maßnahmen adressiert. Die Erträge im Brokeragegeschäft und im Portfoliomanagement werden voraussichtlich weiter unter Druck stehen. Dies hängt mit rückläufigen Aktienbewertungen und einer aufgrund der negativen Stimmung an den Aktienmärkten gesunkenen Kundenaktivität im Brokeragegeschäft zusammen. Bareinlagen und einfachere Anlageprodukte dürften bei Privatanlegern weiter nachgefragt werden. Die Margen im Einlagengeschäft könnten durch gesunkene Zinssätze und den intensiven Wettbewerb zwischen Banken um Neu- und Bestandskunden unter Druck geraten. Die Wertberichtigungen für Kreditausfälle dürften in einem herausfordernden und bisweilen von Rezession geprägten Marktumfeld steigen. In manchen Märkten, einschließlich Deutschland, dürfte das Wettbewerbsumfeld im Retailgeschäft auch von den Integrationsaktivitäten in Folge der Fusionen und der Konsolidierung des Jahres 2008 betroffen sein.

Der Ausblick für den Unternehmensbereich Private & Business Clients (PBC) der Deutschen Bank wird stark von diesen Faktoren beeinflusst. Die negativen Auswirkungen auf die Erträge durch rückläufige Aktivitäten im Brokeragegeschäft und im Portfoliomanagement sowie durch sinkende Einlagenmargen werden durch die Gewinnung von 800.000 Neukunden sowie von Einlagen in Höhe von 19 Mrd € im Geschäftsjahr 2008 teilweise ausgeglichen. Die Wertberichtigungen für Kreditausfälle dürften sich in einem schwierigeren wirtschaftlichen Umfeld ebenfalls negativ auf die Rentabilität im Jahre 2009 auswirken. Dieser Effekt könnte jedoch durch 2008 ergriffene Maßnahmen zur Risikosteuerung ausgeglichen werden. Positiv sollen sich auch Effizienzmaßnahmen, die Bestandteil des 2008 gestarteten Programms zur Steigerung von Wachstum und Effizienz in PBC waren, auf das Geschäft in PBC auswirken. Das Programm umfasst sowohl Maßnahmen zur Kostensenkung als auch selektive Investitionen in die Geschäftsplattform. Weitere Chancen ergeben sich auch aus dem Kooperationsvertrag mit der Deutschen Postbank, der die Zusammenarbeit im Vertrieb bestimmter Produkte sowie in Einkauf und IT regelt.

DARSTELLUNG UND ANALYSE DER VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Die folgende Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Deutsche Bank-Konzerns enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die auf Annahmen bezüglich der zukünftigen Geschäftsentwicklung beruhen. Die Ergebnisse des Deutsche Bank-Konzerns könnten von den in den zukunftsgerichteten Aussagen enthaltenen Erwartungen erheblich abweichen, siehe „Zukunftsgerichtete Aussagen, Angaben von Seiten Dritter“. Die Darstellung ist im Zusammenhang mit den im Finanzteil abgedruckten Konzernabschlüssen der Gesellschaft für die Jahre 2008 und 2007 und den jeweils dazugehörigen Erläuterungen zu lesen.

Die Konzernabschlüsse für die Jahre 2008 und 2007 wurden jeweils in Übereinstimmung mit IFRS erstellt, von KPMG geprüft und jeweils mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Sofern es sich um aus dem Konzernabschluss für das Jahr 2007 entnommene Zahlen für das Geschäftsjahr 2006 handelt, sind diese in den entsprechenden Tabellen ebenfalls als „geprüft“ dargestellt.

Die IFRS-Konzernabschlüsse für die Jahre 2008 und 2007 sind im Finanzteil dieses Registrierungsformulars abgedruckt. Per Verweis in dieses Registrierungsformular einbezogen ist der geprüfte Konzernabschluss der Gesellschaft für das Jahr 2006, der nach US-GAAP erstellt wurde. Für eine Erläuterung wesentlicher Unterschiede zwischen US-GAAP und IFRS sowie die Überleitung der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung und der Konzernbilanz der Gesellschaft für das Jahr 2006 bzw. zum 31. Dezember 2006 von US-GAAP auf IFRS siehe Note 44 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2007, welcher im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist.

Ertragslage

Überblick über die Ertragslage

Die Bankenbranche erlebte 2008 die schwerste Finanzkrise seit Jahrzehnten. Der drohende Zusammenbruch des globalen Finanzsystems konnte nur durch massive Intervention von Regierungen und Zentralbanken abgewendet werden. Das Vertrauen in die Stabilität der nationalen und internationalen Finanzmärkte wurde insbesondere durch die Insolvenz einer US-amerikanischen Investmentbank im September 2008 erschüttert, die das bereits sehr volatile Marktumfeld in eine beschleunigte Abwärtsentwicklung stürzte. Die Märkte waren gegen Ende des Jahres von beispiellosen Volatilitäten, Korrelationen und sich verändernden Relationen zwischen einzelnen Kategorien finanzieller Vermögenswerte gekennzeichnet, was durch eine extreme Illiquidität noch verstärkt wurde. Als Folge des im Jahresverlauf und insbesondere im vierten Quartal vorherrschenden, außergewöhnlich schwierigen Marktumfelds verzeichnete der Deutsche Bank-Konzern für 2008 einen Verlust nach Steuern von 3,9 Mrd €. Diese Marktverhältnisse haben einige Schwächen des Geschäftsmodells des Konzerns offenbart. In einigen Kerngeschäftsfeldern wird der Konzern deshalb seine Aufstellung ändern. Zudem hat er Maßnahmen ergriffen um seine Risikopositionen in CB&S, insbesondere in Bereichen, die vom Marktumfeld besonders betroffen waren, zurückzuführen. Der Konzern wird solche Maßnahmen, die Aktivitäten zur Steuerung und zur Reduzierung seiner Kostenbasis und zur Verringerung seines Bilanzhebels bei gleichzeitiger Beibehaltung einer starken Kernkapitalquote (Tier-1) beinhalten, auch in 2009 fortführen.

Vor Steuern entstand im Geschäftsjahr 2008 ein Verlust von 5,7 Mrd €, nach einem Gewinn von 8,7 Mrd € in 2007. Die Erträge von 13,5 Mrd € gingen im Vergleich zum Vorjahr um 17,3 Mrd € (56%) zurück (2007: 30,7 Mrd €). Die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) lag in 2008 bei minus 18% gegenüber einer positiven Vergleichszahl von 29% in 2007. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren durchschnittlichen Eigenkapital) betrug 2008 minus 16% und 2007 positive 24%. Für das Geschäftsjahr 2008 ergab sich nach Steuern ein Verlust von 3,9 Mrd € im Vergleich zu einem Gewinn von 6,5 Mrd € in 2007. Das Ergebnis je Aktie (verwässert) betrug in 2008 minus 7,61 € und in 2007 plus 13,05 €.

Im Konzernbereich CIB gingen die Erträge in 2008 um 84% auf 3,1 Mrd € zurück, nach 19,1 Mrd € in 2007. Sales & Trading verzeichnete im Gesamtjahr 2008 negative Erträge von 506 Mio € nach positiven Erträgen von 13,0 Mrd € im Vorjahr. Darin spiegeln sich die Fortsetzung der Finanzkrise sowie die Auswirkungen beispielloser Marktverwerfungen, vor allem gegen Jahresende, auf einige der Handelsbereiche des Konzerns wider. Davon betroffen waren insbesondere der Handel mit Kreditprodukten, einschließlich Eigenhandelsaktivitäten, das Aktienderivategeschäft und der Aktieneigenhandel. Diesen Verlusten standen Rekorderträge im Devisen- und Geldmarktgeschäft infolge außergewöhnlich hoher Kundenvolumina und einer günstigen Positionierung teilweise entgegen. Die Verwerfungen auf den Finanzmärkten wirkten sich auch auf die Erträge im Emissions- und Beratungsgeschäft aus. Diese gingen in 2008 um 2,5 Mrd € auf 212 Mio € zurück (2007: 2,7 Mrd €). Darin waren signifikante negative Marktwertanpassungen auf Leveraged-Finance-Kredite und Kreditzusagen von netto 1,7 Mrd € enthalten. Der Rückgang reflektiert zudem niedrigere Volumina im Geschäft mit Unternehmenszusammenschlüssen und bei Kapitalmarkttransaktionen. In PCAM gingen die Erträge in 2008 um 1,1 Mrd € auf 9,0 Mrd € zurück. Dies war im Wesentlichen auf die Auswirkungen der schwierigen Marktbedingungen auf die erfolgs- und volumenabhängigen Provisionen des Konzerns im Portfolio/Fund Management und Brokeragegeschäft sowie auf einige signifikante Sonderfaktoren zurückzuführen. Diese umfassten negative Marktwertanpassungen bei Seed Capital und bei anderen Investments.

Die zinsunabhängigen Aufwendungen beliefen sich in 2008 auf 18,2 Mrd € nach 21,4 Mrd € in 2007. Der Rückgang von 3,2 Mrd € (15%) war im Wesentlichen auf deutlich geringere erfolgsabhängige Personalaufwendungen infolge des schwächeren operativen Ergebnisses zurückzuführen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im Geschäftsjahr 2008 auf 1,1 Mrd € und war damit um 464 Mio € (76%) höher als 2007. Diese Zunahme resultierte im Wesentlichen aus Nettoneubildungen für Kredite, die nach der Änderung des IAS 39 umklassifiziert wurden. Darüber hinaus stieg die Risikovorsorge in PBC aufgrund eines sich verschlechternden Kreditumfelds und der Ausweitung der Geschäftsvolumina.

Im Jahr 2007 entwickelte sich die Weltwirtschaft insgesamt positiv und erreichte ein überdurchschnittliches Wachstum von 4,9%. Während die Wachstumsraten in den Märkten der Schwellenländer weiterhin bei fast 8% lagen, verlangsamte sich das Wachstum in den Industrienationen, insbesondere in den USA. Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg dort in 2007 nur um durchschnittlich 2,2%, nach 2,9% in 2006. Im Gegensatz dazu konnte im Euroraum wiederum ein Wachstum von 2,7% erzielt werden. In Deutschland verringerte sich das Wachstum zwar von 2,9% auf 2,5%. Darin war jedoch eine Mehrwertsteuererhöhung um 3 Prozentpunkte Anfang 2007 verkraftet.

Im Bankensektor waren die beiden Jahreshälften 2007 extrem unterschiedlich. Das erste Halbjahr war durch ein günstiges Geschäftsumfeld und robuste Kapitalmärkte gekennzeichnet. Die Deutsche Bank erzielte in allen Konzernbereichen sehr gute Geschäftsergebnisse und erreichte einen Rekord für ein Vorsteuerergebnis im ersten Halbjahr. In der zweiten Jahreshälfte löste dagegen die Krise am US-amerikanischen Markt für Kredite geringer Bonität („Subprime“) erhebliche Verunsicherung aus. Dies führte zu erhöhter Volatilität an den Finanzmärkten und zu einem Vertrauensschwund der Investoren. Unerwartet hohe Verluste bei zahlreichen Marktteilnehmern sowie eine hohe Unsicherheit hinsichtlich des Eintretens weiterer Verluste trockneten den Interbanken-, den Verbriefungs- und den Syndizierungsmarkt aus. Die Ergebnisse der kapitalmarktbezogenen Geschäftsaktivitäten wurden von dieser Marktsituation im zweiten Halbjahr beeinträchtigt. Durch ein konsequentes Risikomanagement konnten diese Beeinträchtigungen begrenzt und teilweise durch die Ergebnisse anderer Bereiche in CIB, PCAM und CI ausgeglichen werden. Das Jahr 2007 war trotz dieser Herausforderungen eines der besten Geschäftsjahre in der Geschichte der Deutschen Bank. Die Deutsche Bank konnte die Ergebnisse gegenüber 2006 verbessern und gleichzeitig die Wettbewerbsposition der Deutschen Bank stärken.

Das Ergebnis vor Steuern von 8,7 Mrd € in 2007 nahm gegenüber 2006 um 5% zu. Die Erträge stiegen um 8% auf 30,7 Mrd €. In 2007 lag die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) bei 29% nach 33% in 2006. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren durchschnittlichen Eigenkapital) belief sich in 2007 auf 24% und in 2006 auf 28%. Der Gewinn nach Steuern stieg gegenüber dem Vorjahr um 7% auf 6,5 Mrd €. Das Ergebnis je Aktie (verwässert) wuchs um 14% auf 13,05 €.

Im Konzernbereich CIB lagen die Erträge im Jahr 2007 mit 19,1 Mrd € um 2% über dem Vorjahreswert. Zuwächse bei den Erträgen aus Transaction Services und dem Beratungsgeschäft glichen einen Rückgang im Emissionsgeschäft (Debt), vor allem in Leveraged Finance, aus. Die Gesamterträge aus Sales & Trading blieben in CIB auf Vorjahresniveau. Dabei kompensierten höhere Erträge aus den kundenbezogenen Geschäftsfeldern wie dem Devisen-, Geldmarkt-, Zins- und Aktiengeschäft Rückgänge im Handel mit Kreditprodukten, die im Wesentlichen im Zusammenhang mit den Problemen an den Kreditmärkten in der zweiten Jahreshälfte standen. Im Konzernbereich PCAM stiegen die Erträge im Jahr 2007 vor allem infolge akquisitionsbedingten und organischen Wachstums um 814 Mio €. Im Konzernbereich CI lagen die Erträge um 943 Mio € über dem Vorjahreswert. Dazu trugen vor allem höhere Gewinne aus dem Verkauf von Teilen des Industriebeteiligungsportfolios bei.

Die zinsunabhängigen Aufwendungen beliefen sich in 2007 auf 21,4 Mrd € gegenüber 19,9 Mrd € im Vorjahr. Der darin enthaltene Personalaufwand wuchs um 5%. In dem Anstieg spiegelten sich eine um 9.442 gestiegene Mitarbeiterzahl sowie höhere Aufwendungen für aktienbezogene Vergütungen, nach der Neudefinition der Vorruhestandsregelungen für den DB Equity Plan 2007, wider. Der Sachaufwand erhöhte sich im Berichtsjahr vor allem akquisitionsbedingt um 13%.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft betrug im Jahr 2007 612 Mio € gegenüber 298 Mio € in 2006. Diese Zunahme war in erster Linie auf Akquisitionen und organisches Wachstum in PBC sowie die Bildung einer Risikovorsorge für eine einzelne Geschäftsbeziehung in CIB zurückzuführen.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns für die Geschäftsjahre 2008, 2007 und 2006:

in Mio €	2008	2007 (geprüft)	2006
Zinsüberschuss	12.453	8.849	7.008
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.076	612	298
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft	11.377	8.237	6.710
Provisionsüberschuss	9.749	12.289	11.195
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	- 9.992	7.175	8.892
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	666	793	591
Ergebnis aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	46	353	419
Sonstige Erträge	568	1.286	389
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	1.037	21.896	21.486
Summe Erträge insgesamt	12.414	30.133	28.196
Personalaufwand	9.606	13.122	12.498
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	8.216	7.954	7.069
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	- 252	193	67
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	585	128	31
Restrukturierungsaufwand	-	- 13	192
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	18.155	21.384	19.857
Ergebnis vor Steuern	- 5.741	8.749	8.339
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	- 1.845	2.239	2.260
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	- 3.896	6.510	6.079
Den Minderheitsanteilen zurechenbares Konzernergebnis	- 61	36	9
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	- 3.835	6.474	6.070

Entwicklung im Konzern

Vergleich der Geschäftsjahre jeweils endend zum 31. Dezember 2008 und 2007

Die nachfolgenden Erläuterungen sind im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008, welcher im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist, zu sehen.

Zinsüberschuss

Die folgende Tabelle enthält Informationen zu dem Zinsüberschuss.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2008	2007	Veränderung 2008 gegenüber 2007	
			in Mio €	in %
	(geprüft)			
Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt	54.549	64.675	- 10.126	- 16
Summe der Zinsaufwendungen	42.096	55.826	- 13.730	- 25
Zinsüberschuss	12.453	8.849	3.604	41
Verzinsliche Aktiva im Jahresdurchschnitt ⁽¹⁾	1.216.666	1.226.191	- 9.525	- 1
Verzinsliche Passiva im Jahresdurchschnitt ⁽¹⁾	1.179.631	1.150.051	29.580	3
Zinsertragssatz ⁽²⁾	4,48 %	5,27 %	- 0,79 Ppkt.	- 15
Zinsaufwandssatz ⁽³⁾	3,57 %	4,85 %	- 1,28 Ppkt.	- 26
Zinsspanne ⁽⁴⁾	0,91 %	0,42 %	0,49 Ppkt.	117
Zinsmarge ⁽⁵⁾	1,02 %	0,72 %	0,30 Ppkt.	42

Ppkt. – Prozentpunkte

- 1 Der durchschnittliche Jahreswert wird jeweils auf Basis der Monatsendwerte ermittelt.
- 2 Der Zinsertragssatz ist der durchschnittlich erzielte Zins auf die verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt.
- 3 Der Zinsaufwandssatz ist der durchschnittlich gezahlte Zins auf die verzinslichen Passiva im Jahresdurchschnitt.
- 4 Die Zinsspanne ist die Differenz zwischen dem durchschnittlich erzielten Zins auf die verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt und dem durchschnittlich gezahlten Zins auf die verzinslichen Passiva im Jahresdurchschnitt.
- 5 Die Zinsmarge ist der Zinsüberschuss im Verhältnis zu den verzinslichen Aktiva der Deutschen Bank im Jahresdurchschnitt.

Der Zinsüberschuss belief sich im Geschäftsjahr 2008 auf 12,5 Mrd € und verbesserte sich damit um 3,6 Mrd € (41 %) gegenüber dem Vorjahr (8,8 Mrd €). In 2008 waren sowohl die Zinsen und ähnliche Erträge (54,5 Mio € gegenüber 64,7 Mio € in 2007) als auch die Zinsaufwendungen (42,1 Mio € gegenüber 55,8 Mio € in 2007) deutlich niedriger als in 2007. Darin spiegelt sich vor allem der Rückgang des Zinsniveaus wider, nachdem in 2008 Zentralbanken weltweit mit Leitzinssenkungen auf die Kreditkrise reagierten. Die Reduzierung der Zinsaufwendungen fiel dabei deutlicher aus als die Abnahme der Zinserträge. Obwohl sich das durchschnittliche Volumen der verzinslichen Passiva um 29,6 Mrd € (3%) auf 1.180 Mrd € erhöhte, konnten die Deutsche Bank sich zu deutlich niedrigeren Zinssätzen als 2007 refinanzieren. Dadurch weitete sich die Zinsspanne um 49 Basispunkte auf 0,91% aus und die Nettozinsmarge stieg um 30 Basispunkte von 0,72% auf 1,02%. Die Zinsspanne ist die Differenz zwischen dem durchschnittlich erzielten Zins auf die verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt und dem durchschnittlich gezahlten Zins auf die verzinslichen Passiva im Jahresdurchschnitt. Die Zinsmarge ergibt sich aus dem Zinsüberschuss im Verhältnis zu den verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt.

Darüber hinaus wird die Entwicklung des Zinsüberschusses von der Bilanzierung einiger der zu Absicherungszwecken abgeschlossenen Derivategeschäfte beeinflusst. Derivategeschäfte, die nicht Handelszwecken dienen, werden vorwiegend zur wirtschaftlichen Absicherung gegen Zinsänderungsrisiken der Nichthandelsaktiva beziehungsweise -passiva der Deutschen Bank abgeschlossen. Einige dieser Derivate erfüllen die Anforderungen an eine Bilanzierung als Absicherungsgeschäft für Zinsrisiken. In diesem Fall werden erhaltene beziehungsweise gezahlte Zinsen aus den Derivaten in den Zinserträgen und -aufwendungen ausgewiesen. Dort gleichen sich die Zinsströme aus den abgesicherten Finanzinstrumenten aus („Hedge Accounting“). Erfüllen Derivate die bilanziellen Anforderungen an Absicherungsgeschäfte nicht, werden die Zinsergebnisse aus den Derivaten dem Handelsergebnis zugerechnet.

Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

Die folgende Tabelle enthält Informationen zu dem Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2008	2007	Veränderung 2008 gegenüber 2007	
			in Mio €	in %
	<i>(geprüft)</i>			
CIB – Sales & Trading (Equity)	– 1.513	3.335	– 4.848	N/A
CIB – Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	– 6.647	3.858	– 10.505	N/A
Sonstige.	– 1.832	– 18	– 1.814	N/A
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen	– 9.992	7.175	– 17.167	N/A

N/A – nicht aussagefähig

CIB – Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) verzeichnete in 2008 einen Verlust aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen von 6,6 Mrd € nach einem Gewinn von 3,9 Mrd € in 2007. Diese Entwicklung war vor allem das Ergebnis negativer Marktwertanpassungen in Zusammenhang mit Monoline-Versicherern, verbrieften Wohnungsbaukrediten und gewerblichen Immobilienkrediten sowie erheblicher Verluste in dem Handel mit Kreditprodukten, inklusive des kreditbezogenen Eigenhandels, im dritten und vierten Quartal 2008. Diese Entwicklungen werden in der Diskussion des Ergebnisses von CB&S detaillierter erläutert. Das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus Sales & Trading (Equity) belief sich in 2008 auf einen Verlust von 1,5 Mrd € (2007: Gewinn von 3,3 Mrd €). Der Verlust im Berichtsjahr war insbesondere auf das Aktienderivategeschäft und den Aktieneigenhandel zurückzuführen. Zum Verlust aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in Höhe von 1,8 Mrd € in der Position Sonstige nach einem Verlust von 18 Mio € im Geschäftsjahr 2007 haben in erster Linie Marktwertverluste aus Krediten und Kreditzusagen von 1,7 Mrd € im Leveraged-Finance-Geschäft in 2008 beigetragen.

Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

Die Handels- und Risikomanagementaktivitäten umfassen erhebliche Aktivitäten in Zinsinstrumenten und zugehörigen Derivaten. Nach IFRS werden Zinsen und ähnliche Erträge aus Handelsinstrumenten und zum Fair Value klassifizierten Finanzinstrumenten (zum Beispiel Coupon- und Dividenden-erträge) sowie die Refinanzierungskosten für Handelsaktiva als Bestandteil des Zinsüberschusses ausgewiesen. Abhängig von zahlreichen Faktoren, zu denen auch Risikomanagementstrategien gehören, werden die Erträge aus den Handelsaktivitäten entweder unter Zinsen und ähnlichen Erträgen oder in dem Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen.

Um diese Entwicklung geschäftsorientiert analysieren zu können, untergliedert die Deutsche Bank im Folgenden die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nicht nach der Art der erzielten Erträge, sondern nach Konzernbereichen beziehungsweise innerhalb des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank nach Produkten.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2008	2007	Veränderung 2008 gegenüber 2007	
			in Mio €	in %
	(geprüft)			
Zinsüberschuss	12.453	8.849	3.604	41
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen . . .	- 9.992	7.175	- 17.167	N/A
Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verbindlichkeiten insgesamt	2.461	16.024	- 13.563	- 85
Aufgliederung nach Konzernbereich/				
CIB-Produkt ⁽¹⁾ :				
Sales & Trading (Equity)	- 1.895	3.117	- 5.012	N/A
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	317	7.483	- 7.166	- 96
Sales & Trading insgesamt	- 1.578	10.600	- 12.178	N/A
Kreditgeschäft ⁽²⁾	1.014	499	515	103
Transaction Services	1.358	1.297	61	5
Sonstige Produkte ⁽³⁾	- 1.821	- 118	- 1.703	N/A
Corporate and Investment Bank insgesamt	- 1.027	12.278	- 13.305	N/A
Private Clients and Asset Management	3.871	3.529	342	10
Corporate Investments	- 172	157	- 329	N/A
Consolidation & Adjustments	- 211	61	- 272	N/A
Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verbindlichkeiten insgesamt	2.461	16.024	- 13.563	- 85

N/A – nicht aussagefähig

- 1 Diese Aufgliederung reflektiert lediglich den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen. Die Erläuterung der Segmenterträge insgesamt nach Produkten erfolgt im Abschnitt „Entwicklung in den Konzernbereichen“
- 2 Enthält sowohl die Zinsspanne für Forderungen aus dem Kreditgeschäft als auch die Veränderungen im Fair Value von Credit Default Swaps und zum Fair Value klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.
- 3 Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie aus sonstigen Produkten.

Corporate and Investment Bank (CIB). Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus Sales & Trading belief sich 2008 auf einen Verlust von 1,6 Mrd € nach einem Gewinn von 10,6 Mrd € im Vorjahr. Die Hauptursache für den Rückgang waren die vorgenannten negativen Marktwertanpassungen auf kreditbezogene Risikopositionen und Verluste sowohl im Aktienderivategeschäft als auch im Eigenhandelsgeschäft. Die Zunahme im Kreditgeschäft von 499 Mio € um 103 % auf 1,0 Mrd € war auf einen höheren Zinsüberschuss durch den Transfer von Aktiva aus dem Emissionsgeschäft (Debt) zum Kreditgeschäft infolge der Umklassifizierungen aufgrund der Änderungen von IAS 39 und Marktwertgewinne bei Absicherungsgeschäften zurückzuführen. Der Rückgang bei den Sonstigen Produkten von - 118 Mio € um 1,7 Mrd € auf - 1,8 Mrd € resultierte vor allem aus Marktwertverlusten bei Krediten und Kreditzusagen im Leveraged-Finance-Geschäft.

Private Clients and Asset Management (PCAM). Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nahm in 2008 gegenüber 2007 von 3,5 Mrd € um 342 Mio € (10 %) auf 3,9 Mrd € zu. Diesem Anstieg lag ein höherer Zinsüberschuss vor allem durch die Konsolidierung verschiedener Geldmarktfonds im ersten Halbjahr 2008 zugrunde, die im Abschnitt „Zweckgesellschaften“ näher beschrieben werden. Darüber hinaus trugen höhere Kredit- und Einlagenvolumina infolge des Wachstums in PBC zu dieser Entwicklung bei.

Corporate Investments (CI). Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen betrug in 2008 minus 172 Mio €, verglichen mit positiven 157 Mio € in 2007. Diese Entwicklung war insbesondere auf Marktwertverluste aus der Option zur Erhöhung der Beteiligung der Deutschen Bank an der Hua Xia Bank Co. Ltd. in China zurückzuführen.

Consolidation & Adjustments. Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen betrug in 2008 minus 211 Mio € im Vergleich zu positiven 61 Mio € in 2007. Dieser Rückgang war hauptsächlich auf höhere Refinanzierungsaufwendungen sowie einen niedrigeren Zinsüberschuss aufgrund von Steuererstattungen beziehungsweise -abgrenzungen zurückzuführen.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich 2008 auf 1,1 Mrd € gegenüber 612 Mio € im Vorjahr. Diese Zunahme um 76 % reflektiert Nettozuführungen in Höhe von 408 Mio € in CIB, gegenüber 109 Mio € im Vorjahr, sowie eine Zunahme der Rückstellungen im Konzernbereich PCAM von 501 Mio € um 33 % auf 668 Mio €, vor allem in PBC. Der Anstieg in CIB beinhaltet Nettoneubildungen von 257 Mio € im Zusammenhang mit Positionen die nach den Änderungen des IAS 39 umklassifiziert wurden. Zusätzliche Zuführungen fielen wegen des sich verschlechternden Kreditumfelds, vornehmlich in Europa, an.

Übrige Zinsunabhängige Erträge

Die nachfolgende Tabelle enthält Informationen zu übrigen zinsunabhängigen Erträgen.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2008	2007	Veränderung 2008 gegenüber 2007	
			in Mio €	in %
	<i>(geprüft)</i>			
Provisionsüberschuss ⁽¹⁾	9.749	12.289	- 2.540	- 21
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	666	793	- 127	- 16
Ergebnis aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	46	353	- 307	- 87
Sonstige Erträge	568	1.286	- 718	- 56
Übrige zinsunabhängige Erträge	11.029	14.721	- 3.692	- 25

1 Einschließlich:

	2008	2007	in Mio €	in %
	<i>(geprüft)</i>			
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften				
Provisionsüberschuss aus Verwaltungstätigkeiten	384	427	- 43	- 10
Provisionsüberschuss aus Vermögensverwaltung	2.815	3.376	- 561	- 17
Provisionsüberschuss aus sonstigen Wertpapiergeschäften	215	162	53	33
Insgesamt	3.414	3.965	- 551	- 14
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts				
Provisionsüberschuss aus Emissions- und Beratungsgeschäft	1.341	2.515	- 1.175	- 47
Provisionsüberschuss aus Maklergeschäften	2.457	2.982	- 525	- 18
Insgesamt	3.798	5.497	- 1.700	- 31
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen	2.537	2.827	- 289	- 10
Provisionsüberschuss insgesamt	9.749	12.289	- 2.540	- 21

Provisionsüberschuss. Der Provisionsüberschuss lag 2008 mit 9,7 Mrd € um 2,5 Mrd € (21%) unter dem Vorjahreswert von 12,3 Mrd €. Der Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften ging gegenüber dem Vorjahr um 551 Mio € auf 3,4 Mrd € zurück, vor allem infolge niedrigerer erfolgs- und volumenabhängiger Provisionen in PCAM. Der Provisionsüberschuss sank im Emissions- und Beratungsgeschäft von 2,5 Mrd € um 1,2 Mrd € (47%) auf 1,3 Mrd € und im Maklergeschäft von 3,0 Mrd € um 525 Mio € (18%) auf 2,5 Mrd €. Diese Rückgänge wurden vor allem in CB&S verzeichnet, in denen die Geschäftsvolumina infolge der Marktentwicklungen rückläufig waren. Der Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen ging ebenfalls zurück und lag mit 2,5 Mrd € um 289 Mio € unter dem Wert in 2007 (2,8 Mrd €).

Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten. Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten lag 2008 mit 666 Mio € um 127 Mio € (16%)

unter dem Vorjahreswert. In 2008 war das Ergebnis im Wesentlichen bestimmt durch Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen in CI in Höhe von 1,3 Mrd € (vor allem aus der Reduzierung der Anteile an der Daimler AG und der Linde AG sowie aus der Veräußerung der Beteiligung an der Allianz SE), die teilweise durch Abschreibungen in den Sales & Trading-Bereichen von CIB, inklusive Wertminderungen von zur Veräußerung verfügbaren Positionen in Höhe von 490 Mio € kompensiert wurden. Das Ergebnis in 2007 spiegelte insbesondere Gewinne von 626 Mio € aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen im Bereich CI wider. Die größten Verkaufsgewinne resultierten aus der Reduzierung der Anteile an der Allianz SE und der Linde AG sowie aus der Veräußerung der Beteiligung an der Fiat S.p.A. In den Sales & Trading-Bereichen von CIB wurden Gewinne durch Abschreibungen kompensiert.

Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Beteiligungen. Der Gewinn aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen erreichte im Berichtsjahr 46 Mio € gegenüber 353 Mio € in 2007. Im Berichtsjahr waren keine signifikanten Einzeleffekte enthalten. Zu dem Ergebnis in 2007 haben im Wesentlichen CI sowie das RREEF-Alternative-Investments-Geschäft in AM beigetragen. Das Ergebnis von CI enthielt 2007 einen Gewinn von 178 Mio € aus der Beteiligung an der Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG (der zu einer Goodwillabschreibung in Höhe von 54 Mio € in CI führte).

Sonstige Erträge. Die Sonstigen Erträge beliefen sich 2008 auf insgesamt 568 Mio €, was einem Rückgang von 718 Mio € gegenüber 2007 (1,3 Mrd €) entspricht. Dies ist vor allem auf signifikante Effekte im Vorjahr, einschließlich der Sale-und-Leaseback-Transaktion für die Immobilie 60 Wall Street, und auf niedrigere Gewinne aus der Veräußerung konsolidierter Tochtergesellschaften, zurückzuführen. Darüber hinaus trugen Belastungen im Zusammenhang mit der Konsolidierung von bestimmten Geldmarktfonds in 2008, die in anderen Ertragskategorien ausgeglichen wurden, zu dieser Entwicklung bei. Dies wurde durch höhere Beiträge im Versicherungsgeschäft infolge der Akquisition der Abbey Life Assurance Company Limited im vierten Quartal 2007 teilweise kompensiert.

Zinsunabhängige Aufwendungen

Die nachfolgende Tabelle enthält Informationen zu den zinsunabhängigen Aufwendungen.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2008	2007	Veränderung 2008 gegenüber 2007	
			in Mio €	in %
	(geprüft)			
Personalaufwand	9.606	13.122	- 3.516	- 27
Sachaufwand und sonstiger Aufwand ⁽¹⁾	8.216	7.954	262	3
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	- 252	193	- 445	N/A
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte.	585	128	457	N/A
Restrukturierungsaufwand.	-	- 13	13	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt.	18.155	21.384	- 3.229	- 15

N/A – nicht aussagefähig

1 Einschließlich:

	2008	2007	in Mio €	in %
	(geprüft)			
EDV-Aufwendungen	1.820	1.867	- 47	- 3
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.434	1.347	87	6
Aufwendungen für Beratungs- und ähnliche Dienstleistungen	1.164	1.257	- 93	- 7
Kommunikation und Datenadministration.	700	680	20	3
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation.	492	539	- 47	- 9
Zahlungsverkehr-, Abwicklungs- und Depotdienstleistungen	418	437	- 19	- 4
Marketingaufwendungen.	373	411	- 38	- 9
Sonstige Aufwendungen	1.815	1.416	399	28
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt.	8.216	7.954	262	3

Personalaufwand. Der 2008 verzeichnete Rückgang um 3,5 Mrd € (27%) auf 9,6 Mrd € gegenüber dem Vorjahr von 13,1 Mrd € resultierte aus den deutlich niedrigeren leistungsabhängigen Vergütungen im Einklang mit den operativen Ergebnissen. Dies wurde teilweise durch höhere Abfindungs-

zahlungen in CB&S und PBC ausgeglichen, die in Zusammenhang mit Neupositionierungs- und Effizienzprogrammen standen.

Sachaufwand und sonstiger Aufwand. Die Zunahme von 8,2 Mrd € um 262 Mio € (3%) auf 8,2 Mrd € in 2008 gegenüber 8,0 Mrd € im Vorjahr war im Wesentlichen auf zusätzliche Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten im Berichtsjahr zurückzuführen, nachdem hier im Vorjahr Erträge aus Auflösungen verzeichnet wurden. Darüber hinaus fielen höhere Aufwendungen im Zusammenhang mit konsolidierten Investments in AM an, die in der Position Sonstige Aufwendungen ausgewiesen sind. Die Zunahme von 399 Mio € gegenüber dem Vorjahreswert von 1,4 Mrd € auf 1,8 Mrd € in 2008 in Sonstige Aufwendungen enthält eine Rückstellungsbildung von 98 Mio € im Rahmen einer Verpflichtung nach einem Vergleich in den USA zum Rückkauf von Auction Rate Preferred (ARP) Securities/Auction Rate Securities (ARS) von Kunden zum Nennwert.

Aufwendungen im Versicherungsgeschäft. Der Ertrag von – 252 Mio € im laufenden Jahr nach Aufwendungen von 193 Mio € in 2007 resultierte im Wesentlichen aus der Akquisition der Abbey Life Assurance Company Limited. Diese versicherungsbezogenen, positiven Beträge wurden hauptsächlich durch korrespondierende Verluste aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen kompensiert.

Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte. Die Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte betrug im Geschäftsjahr 2008 585 Mio € gegenüber 128 Mio € im Vorjahr. In 2008 wurden im Bereich AM Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte bei DWS Scudder in Höhe von 310 Mio € sowie eine Goodwillabschreibung von 270 Mio € in einem konsolidierten Investment vorgenommen. Im Vorjahr wurden eine Abschreibung von 74 Mio € auf bestimmte immaterielle Vermögenswerte in AM sowie eine Goodwillabschreibung von 54 Mio € in CI vorgenommen worden.

Restrukturierungsaufwand. In 2008 fiel kein Restrukturierungsaufwand an. In 2007 wurden das Business Realignment Program abgeschlossen und es wurden verbliebene Rückstellungen von 13 Mio € aufgelöst.

Ertragsteueraufwand

In 2008 wurde ein Steuerertrag von 1,8 Mrd € ausgewiesen gegenüber einem Ertragsteueraufwand von 2,2 Mrd € für den Vorjahreszeitraum. Der Ertrag im laufenden Jahr wurde durch eine vorteilhafte geografische Verteilung des Konzernergebnisses, die Beilegung ausstehender Steuerverfahren und einen Steuerertrag von 79 Mio € im Zusammenhang mit dem Versicherungsgeschäft von Abbey Life („Policyholder Tax“) begünstigt. Diesen positiven Effekten standen steuerliche Verluste in bestimmten US-Gesellschaften gegenüber, für die seit dem dritten Quartal keine latenten Steuerforderungen bilanziert wurden, sowie ein höherer Steueraufwand im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungen auf Grund des gesunkenen Aktienkurses. Die effektive Ertragsteuerquote betrug 32,1% in 2008 und 25,6% in 2007.

Vergleich der Geschäftsjahre jeweils endend zum 31. Dezember 2007 und 2006

Die nachfolgenden Erläuterungen sind im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2007, welcher im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist, zu sehen.

Zinsüberschuss

Die folgende Tabelle enthält Informationen zu dem Zinsüberschuss.

in Mio € (außer Prozentangaben)	2007	2006	Veränderung 2007 gegenüber 2006	
			in Mio €	in %
	<i>(geprüft)</i>			
Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt	67.706	58.275	9.431	16
Summe der Zinsaufwendungen	58.857	51.267	7.590	15
Zinsüberschuss	8.849	7.008	1.841	26
Verzinsliche Aktiva im Jahresdurchschnitt ⁽¹⁾	1.226.191	1.071.617	154.574	14
Verzinsliche Passiva im Jahresdurchschnitt ⁽¹⁾	1.150.051	1.005.133	144.918	14
Zinsertragssatz ⁽²⁾	5,52 %	5,44 %	0,08 Ppkt	1
Zinsaufwandssatz ⁽³⁾	5,12 %	5,10 %	0,02 Ppkt	–
Zinsspanne ⁽⁴⁾	0,40 %	0,34 %	0,06 Ppkt	18
Zinsmarge ⁽⁵⁾	0,72 %	0,65 %	0,07 Ppkt	11

Ppkt. – Prozentpunkte

- 1 Der durchschnittliche Jahreswert wird jeweils auf Basis der Monatsendwerte ermittelt.
- 2 Der Zinsertragssatz ist der durchschnittlich erzielte Zins auf die verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt.
- 3 Der Zinsaufwandssatz ist der durchschnittlich gezahlte Zins auf die verzinslichen Passiva im Jahresdurchschnitt.
- 4 Die Zinsspanne ist die Differenz zwischen dem durchschnittlich erzielten Zins auf die verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt und dem durchschnittlich gezahlten Zins auf die verzinslichen Passiva im Jahresdurchschnitt.
- 5 Die Zinsmarge ist der Zinsüberschuss im Verhältnis zu den verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt.

Der Zinsüberschuss belief sich im Geschäftsjahr 2007 auf 8,8 Mrd € und verbesserte sich damit um 1,8 Mrd € (26%) gegenüber dem Vorjahr. Das durchschnittliche Volumen an verzinslichen Aktiva wuchs von 1.071,6 Mrd € um 154,6 Mrd € auf 1.226,2 Mrd €, das der verzinslichen Passiva von 1.005,1 Mrd € um 144,9 Mrd € auf 1.150,1 Mrd €. Die Zinsspanne erhöhte sich um sechs Basispunkte auf 0,40 %, und die Zinsmarge stieg um sieben Basispunkte auf 0,72 %. Die Zinsspanne ist die Differenz zwischen dem durchschnittlich erzielten Zins auf die verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt und dem durchschnittlich gezahlten Zins auf die verzinslichen Passiva im Jahresdurchschnitt. Die Zinsmarge ergibt sich aus dem Zinsüberschuss im Verhältnis zu den verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt. Der Anstieg des Zinsüberschusses von 7,0 Mrd € um 1,8 Mrd € auf 8,8 Mrd € war zu großen Teilen auf die Aktivitäten im Bereich Sales & Trading (Debt) zurückzuführen. Diese Entwicklung wurde durch damit in Verbindung stehende rückläufige Ergebnisse aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen weitgehend ausgeglichen. Im Kreditgeschäft stiegen die Zinserträge im Jahresvergleich aufgrund höherer Zinssätze sowie höherer durchschnittlicher Volumina bei ausstehenden Krediten von 9,3 Mrd € um 1,6 Mrd € auf 10,9 Mrd €. Letztere resultierten zum Teil aus der Akquisition der Berliner Bank und der norisbank.

Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

Die folgende Tabelle enthält Informationen zu dem Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen.

in Mio € (außer Prozentangaben)	2007	2006	Veränderung 2007 gegenüber 2006	
			in Mio €	in %
	<i>(geprüft)</i>			
CIB – Sales & Trading (Equity)	3.335	2.441	894	37
CIB – Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) . . .	3.858	5.919	– 2.061	– 35
Sonstige	– 18	531	– 549	N/A
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	7.175	8.892	– 1.717	– 19

N/A – nicht aussagefähig

Das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen belief sich im Geschäftsjahr 2007 auf 7,2 Mrd € gegenüber 8,9 Mrd € im Vorjahr. Wegen einer schwächeren Performance im kreditbezogenen Geschäft infolge der außergewöhnlich schwierigen Marktsituation im zweiten Halbjahr 2007 ging das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus CIB – Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) von 5,9 Mrd € um 2,1 Mrd € (35 %) auf 3,9 Mrd € zurück. Dank deutlicher Verbesserungen im kundenbezogenen Geschäft verbesserte sich das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen im Bereich Sales & Trading (Equity) von 2,4 Mrd € um 0,9 Mrd € auf 3,3 Mrd €. Zu dem Rückgang des Ergebnisses aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in den übrigen Bereichen von 531 Mio € um 549 Mio € auf – 18 Mio € haben in erster Linie Marktwertverluste aus Krediten und Kreditzusagen im Leveraged-Finance-Geschäft (nach Berücksichtigung von Provisionserträgen und Gewinnen aus Verkäufen) im Geschäftsjahr 2007 beigetragen, die auf die schwierige Marktsituation in Leveraged Finance zurückzuführen waren.

Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

Im Geschäftsjahr 2007 war die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen von 16,0 Mrd € gegenüber dem Vorjahrjahresbetrag von 15,9 Mrd € nahezu unverändert.

Die folgende Tabelle untergliedert die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nach Konzernbereichen und innerhalb des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank nach Produkten.

in Mio € (außer Prozentangaben)	2007	2006	Veränderung 2007 gegenüber 2006	
			in Mio €	in %
	<i>(geprüft)</i>			
Zinsüberschuss	8.849	7.008	1.841	26
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	7.175	8.892	– 1.717	– 19
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verbindlichkeiten insgesamt	16.024	15.900	124	1
Aufgliederung nach Konzernbereich/CIB-Produkt ⁽¹⁾ :				
Sales & Trading (Equity)	3.117	2.613	504	19
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	7.483	8.130	– 648	– 8
Sales & Trading insgesamt	10.600	10.743	– 144	– 1
Kreditgeschäft ⁽²⁾	499	490	9	2
Transaction Services	1.297	1.074	223	21
Sonstige Produkte ⁽³⁾	– 118	435	– 554	N/A
Corporate and Investment Bank insgesamt	12.278	12.743	– 465	– 4
Private Clients and Asset Management	3.529	3.071	457	15
Corporate Investments	157	3	154	N/A
Consolidation & Adjustments	61	83	– 22	– 27
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verbindlichkeiten insgesamt	16.024	15.900	124	1

N/A – nicht aussagefähig

- 1 Diese Aufgliederung reflektiert lediglich den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen. Die Erläuterung der Segmenterträge insgesamt nach Produkten erfolgt im Abschnitt „Entwicklung in den Konzernbereichen“
- 2 Enthält sowohl die Zinsspanne für Forderungen aus dem Kreditgeschäft als auch die Veränderungen im Fair Value von Credit Default Swaps und zum Fair Value klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.
- 3 Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie aus sonstigen Produkten.

Corporate and Investment Bank (CIB). Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen von Sales & Trading-Produkten belief sich 2007 auf 10,6 Mrd € und ging damit im Vergleich zum Vorjahr (10,7 Mrd €) um 144 Mio € (1%) zurück. Dieses Ergebnis spiegelte die bereits genannte schwierige Marktsituation und deren negative Auswirkungen auf den Handel mit Kreditprodukten in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte), mit einem Rückgang von 8,1 Mrd € auf 7,5 Mrd €, Verbesserungen von 2,6 Mrd € im Vorjahr auf 3,1 Mrd € im kundenbezogenen Geschäft im Bereich Sales & Trading (Equity), einem Anstieg in Transaction Services um 223 Mio € (21%) auf 1,3 Mrd €, und einem Rückgang resultierend aus Marktwertverlusten aus Krediten und Kreditzusagen im Leveraged-Finance-Geschäft (erfasst unter „Sonstige Produkte“) von 435 Mio € im Vorjahr auf – 118 Mio € in 2007 wider. Der Anstieg in Transaction Services war auf höhere Kundensichteinlagen infolge gesteigener Zahlungsverkehrstransaktionen im Cash Management und neue Mandate bei Domestic-Custody-Produkten zurückzuführen.

Private Clients and Asset Management (PCAM). Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen belief sich 2007 auf 3,5 Mrd €. Dies entspricht einem Anstieg um 457 Mio € (15%) gegenüber 2006, der vor allem aus der Akquisition der Berliner Bank und der norisbank sowie gestiegenen Geschäftsvolumina aus organischem Wachstum resultierte.

Corporate Investments (CI). Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen erhöhte sich von 3 Mio € um 154 Mio € auf 157 Mio €. Diese Entwicklung war insbesondere auf Marktwertgewinne aus der Option zur Erhöhung der Beteiligung an der Hua Xia Bank in China zurückzuführen.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich 2007 auf 612 Mio € und 2006 auf 298 Mio €. Die Zunahme in 2007 gegenüber dem Vorjahr reflektierte vor allem Nettozuführungen von 109 Mio € im Konzernbereich CIB (einschließlich einer signifikanten Neubildung für eine einzelne Geschäftsbeziehung, der teilweise Auflösungen gegenüberstanden), verglichen mit Nettoauflösungen von 94 Mio € in 2006, und den Anstieg der Risikovorsorge im Konzernbereich PCAM um 28% auf 501 Mio €, der überwiegend aus Neubildungen im Unternehmensbereich PBC resultierte.

Übrige zinsunabhängige Erträge

in Mio € (außer Prozentangaben)	2007	2006	Veränderung 2007 gegenüber 2006	
			in Mio €	in %
	(geprüft)			
Provisionsüberschuss ⁽¹⁾	12.289	11.195	1.094	10
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	793	591	202	34
Ergebnis aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	353	419	- 66	- 16
Sonstige Erträge	1.286	389	897	N/A
Übrige zinsunabhängige Erträge	14.721	12.594	2.127	17

N/A – nicht aussagefähig

1 Einschließlich:

	2007	2006	in Mio €	in %
	(geprüft)			
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften				
Provisionsüberschuss aus Verwaltungstätigkeiten	427	436	- 9	- 2
Provisionsüberschuss aus Vermögensverwaltung	3.376	3.293	83	3
Provisionsüberschuss aus sonstigen Wertpapiergeschäften	162	182	- 20	- 11
Insgesamt	3.965	3.911	54	1
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts				
Provisionsüberschuss aus Emissions- und Beratungsgeschäft . .	2.515	2.220	295	13
Provisionsüberschuss aus Maklergeschäften	2.982	2.489	493	20
Insgesamt	5.497	4.709	788	17
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen	2.827	2.575	252	10
Provisionsüberschuss insgesamt	12.289	11.195	1.094	10

Provisionsüberschuss. Der Provisionsüberschuss lag 2007 mit 12,3 Mrd € um 1,1 Mrd € (10%) über dem Vorjahreswert. Im Emissions- und Beratungsgeschäft erhöhte sich der Provisionsüberschuss von 2,2 Mrd € um 295 Mio € auf 2,5 Mrd €. Dieser Anstieg resultierte vor allem aus dem Beratungsgeschäft von CIB. Der Provisionsüberschuss aus Maklergeschäften wuchs insbesondere durch Produkte im Bereich Sales & Trading (Equity) von CIB von 2,5 Mrd € um 493 Mio € auf 3,0 Mrd €. Dies war hauptsächlich auf gestiegene Volumina und erhöhte Marktaktivitäten in Asien zurückzuführen. Der Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen lag mit 2,8 Mrd € um 252 Mio € über dem Vorjahreswert von 2,6 Mrd € und resultierte vor allem aus Zuwächsen in Sales & Trading (Equity) in CIB und in PBC in Deutschland.

Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten. Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten belief sich 2007 auf 793 Mio €, was gegenüber dem Vorjahr (591 Mio €) einem Anstieg um 202 Mio € (34%) entsprach. Ursächlich für diese Zunahme waren in erster Linie Gewinne in Höhe von 626 Mio € aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen im Bereich CI, wobei die größten Veräußerungsgewinnen aus der Reduzierung der Anteile an der Allianz SE and Linde AG und dem Verkauf der Beteiligung an der Fiat S.p.A. resultierten. Das Ergebnis im Jahr 2006 spiegelte Gewinne in den Sales & Trading-Bereichen von CIB und im Bereich CI wider, von denen der größte einzelne Gewinn in Höhe von 92 Mio € aus dem Teilverkauf der Beteiligung an der Linde AG stammte.

Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen. Der Gewinn aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen erreichte im Geschäftsjahr 2007 353 Mio € gegenüber 419 Mio € im Jahr 2006. Hierzu hatten 2007 im Wesentlichen CI sowie das RREEF-Alternative-Investments-Geschäft in AM beigetragen. Das Ergebnis von CI enthielt 2007 einen Gewinn von 178 Mio € aus der Beteiligung an der Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG (die zu einer Werthaltigkeitsprüfung des Goodwill von CI und dadurch zu einer Goodwillabschreibung von 54 Mio € führte). Im Geschäftsjahr 2006 trug ein Gewinn von 131 Mio € aus der Veräußerung der restlichen Beteiligung an der EUROHYPO AG wesentlich zum Ergebnis von CI bei.

Sonstige Erträge. Die sonstigen Erträge beliefen sich 2007 auf insgesamt 1,3 Mrd €, was einem Anstieg von 897 Mio € gegenüber dem Vorjahreswert von 389 Mio € entspricht. Diese Zunahme war auf eine Sale-und-Leaseback-Transaktion für die Immobilie 60 Wall Street, höhere Erträge aus konsolidierten Investments und gestiegene Versicherungsbeiträge nach der Akquisition von Abbey Life Assurance Company Limited zurückzuführen.

Zinsunabhängige Aufwendungen

Die nachfolgende Tabelle enthält Informationen zu den zinsunabhängigen Aufwendungen.

in Mio € (außer Prozentangaben)	2007	2006	Veränderung 2007 gegenüber 2006	
			in Mio €	in %
	<i>(geprüft)</i>			
Personalaufwand	13.122	12.498	624	5
Sachaufwand und sonstiger Aufwand ⁽¹⁾	7.954	7.069	885	13
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	193	67	126	188
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte.	128	31	97	N/A
Restrukturierungsaufwand.	- 13	192	- 205	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt.	21.384	19.857	1.527	8

N/A – nicht aussagefähig

1 Einschließlich:

	2007	2006	in Mio €	in %
	<i>(geprüft)</i>			
EDV-Aufwendungen	1.867	1.585	282	18
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.347	1.198	149	12
Aufwendungen für Beratungs- und ähnliche Dienstleistungen	1.257	1.203	54	4
Kommunikation und Datenadministration.	680	634	46	7
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation.	539	503	36	7
Zahlungsverkehr-, Abwicklungs- und Depotdienstleistungen	437	431	6	1
Marketingaufwendungen.	411	365	46	13
Sonstige Aufwendungen	1.416	1.150	266	23
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt.	7.954	7.069	885	13

Personalaufwand. Der Personalaufwand stieg 2007 um 624 Mio € (5%) auf 13,1 Mrd € gegenüber 12,5 Mrd € im Jahr 2006. Dies war zum einen auf höhere Aufwendungen für Gehälter zurückzuführen, die teilweise aus der um 9.442 gestiegenen Mitarbeiterzahl (auf Vollzeitbasis) resultierten. Zum anderen trugen höhere Aufwendungen für aktienbasierte Vergütungen infolge der Neudefinition der Vorruhestandsregeln für den DB Equity Plan 2007 zu dieser Entwicklung bei. Darüber hinaus erhöhten sich 2007 die Abfindungszahlungen um 72 Mio €.

Sachaufwand und sonstiger Aufwand. Der Sach- und sonstige Aufwand lag 2007 mit 8,0 Mrd € um 885 Mio € (13%) über dem Wert des Vorjahres von 7,1 Mrd €. Dieser Anstieg ging im Wesentlichen mit der Ausweitung der Geschäftsvolumina einher und wurde insbesondere bei den EDV-Aufwendungen sowie den Mieten und Aufwendungen für Gebäude wirksam. Der Anstieg bei den „Sonstigen Aufwendungen“ um 266 Mio € auf 1,4 Mrd € reflektierte vor allem eine 2006 aufgelöste Rückstellung im Zusammenhang mit dem offenen Immobilienfonds grundbesitz-invest.

Aufwendungen im Versicherungsgeschäft. Die Zunahme von 126 Mio € auf 193 Mio € gegenüber 67 Mio € im Jahr 2006 ist in erster Linie auf die Akquisition der Abbey Life Assurance Company Limited im vierten Quartal 2007 zurückzuführen, die durch das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen und Beiträge im Versicherungsgeschäft weitgehend kompensiert wurde.

Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte. Die Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte betrug im Geschäftsjahr 2007 128 Mio € gegenüber 31 Mio € im Vorjahr. Die Wertminderungen in 2007 beinhalteten eine Abschreibung von 74 Mio € auf bestimmte immaterielle Vermögenswerte in AM sowie eine Goodwillabschreibung von 54 Mio € in CI. 2006 verbuchte CI eine Goodwillabschreibung in Höhe von 31 Mio €.

Restrukturierungsaufwand. Das Business Realignment Program wurde abgeschlossen. In 2007 wurden verbliebene Rückstellungen von 13 Mio € aufgelöst, während 2006 Neubildungen von 192 Mio € vorgenommen wurden.

Ertragsteueraufwand

Im Geschäftsjahr 2007 belief sich der Ertragsteueraufwand auf 2,2 Mrd € im Vergleich zu 2,3 Mrd € im Vorjahr. Der Rückgang in 2007 war insbesondere durch folgende Faktoren begünstigt worden: die deutsche Unternehmenssteuerreform, die Nutzung von Verlusten, die erfolgreiche Beilegung von Steuerverfahren, den Ansatz von Steuererstattungen infolge von Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs zur Unvereinbarkeit bestimmter steuerlicher Regelungen in Deutschland mit europäischem Recht sowie Steuerforderungen aus 2007 und aus Vorjahren. 2006 wurde der Steueraufwand im Wesentlichen durch folgende Sachverhalte reduziert: Zum einen führte eine Änderung der deutschen Steuergesetzgebung für Ausschüttungsguthaben früherer Jahre zu einer vorzeitigen Bilanzierung von Erstattungsansprüchen aus Körperschaftsteuerguthaben, zum anderen wurden Steuerprüfungen in einigen Regionen mit akzeptablen Ergebnissen abgeschlossen. Die effektive Steuerquote betrug 25,6% im Jahr 2007 und 27,1% im Jahr 2006.

Entwicklung in den Konzernbereichen

Im Folgenden wird die Entwicklung der Ertragslage in den Konzernbereichen der Deutschen Bank dargestellt.

Vergleich der Geschäftsjahre jeweils endend zum 31. Dezember 2008 und 2007

Die nachstehenden Tabellen stellen die Geschäftsergebnisse der Konzernbereiche für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 auf Basis der Managementberichtssysteme der Deutschen Bank dar. Weitere Informationen zur Segmentberichterstattung sind in Note 2 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008 enthalten, der im Abschnitt „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist.

2008 (geprüft)	Corpo- rate and Invest- ment Bank	Private Clients and Asset Manage- ment	Corpo- rate Invest- ments	Manage- ment Report- ing insge- samt	Consoli- dation & Adjust- ments	Konzern insge- samt
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)						
Erträge insgesamt	3.078	9.041	1.290	13.408	82	13.490⁽¹⁾
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	408	668	- 1	1.075	1	1.076
Zinsunabhängige Aufwendungen	10.090	7.972	95	18.156	- 0	18.155
davon/darin:						
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	- 273	18	-	- 256	4	- 252
Wertminderung auf immaterielle Vermögens- werte	5	580	-	585	-	585
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-
Minderheitsanteile	- 48	- 20	2	- 66	66	-
Ergebnis vor Steuern	- 7.371	420	1.194	- 5.756	15	- 5.741
Aufwand-Ertrag-Relation in %	N/A	88%	7%	135%	N/A	135%
Aktiva ⁽²⁾	2.047.181	188.785	18.297	2.189.313	13.110	2.202.423
Durchschnittliches Active Equity ⁽³⁾	20.262	8.315	403	28.979	3.100	32.079
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁽⁴⁾	- 36%	5%	N/A	- 20%	N/A	- 18%

N/A – nicht aussagefähig

- 1 Beinhaltet Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG, Allianz SE and Linde AG) in Höhe von 1.228 Mio € und einem Gewinn aus der Veräußerung der Beteiligung an Arcor AG & Co. KG in Höhe von 97 Mio €. Diese Positionen werden in der Zielgrößendefinition nicht berücksichtigt.
- 2 Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.
- 3 Für Zwecke der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das nach Berücksichtigung dieser Komponenten verbleibende durchschnittliche Active Equity wird den Segmenten anteilig gemäß ihrem ökonomischen Kapital zugewiesen.
- 4 Für die Berechnung der Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Note 2 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) – 16%.

2007 (geprüft)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corpo- rate and Invest- ment Bank	Private Clients and Asset Manage- ment	Corpo- rate Invest- ments	Manage- ment Reporting insge- samt	Consoli- dation & Adjust- ments	Konzern insge- samt
Erträge insgesamt	19.092	10.129	1.517	30.738	7	30.745⁽¹⁾
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	109	501	3	613	- 1	612
Zinsunabhängige Aufwendungen	13.802	7.560	220	21.583	- 199	21.384
davon/darin:						
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	116	73	-	188	5	193
Wertminderung auf immaterielle Vermögens- werte	-	74	54	128	-	128
Restrukturierungsaufwand	- 4	- 9	- 0	- 13	- 0	- 13
Minderheitsanteile	34	8	- 5	37	- 37	-
Ergebnis vor Steuern	5.147	2.059	1.299	8.505	243	8.749
Aufwand-Ertrag-Relation in %	72 %	75 %	15 %	70 %	N/A	70 %
Aktiva ⁽²⁾	1.800.027	156.767	13.005	1.916.304	8.699	1.925.003
Durchschnittliches Active Equity ⁽³⁾	20.714	8.539	473	29.725	368	30.093
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁽⁴⁾	25 %	24 %	N/A	29 %	N/A	29 %

N/A – nicht aussagefähig

- 1 Beinhaltet Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Fiat S.p.A., Linde AG und Allianz SE) in Höhe von 514 Mio €, einen Gewinn aus nach der Equity-Methode bilanzierten Beteiligungen (Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG) in Höhe von 178 Mio €, nach Abzug von 54 Mio € Goodwillabschreibung, sowie Gewinne aus der Veräußerung von Gebäuden (Sale-und-Leaseback-Transaktion für das Bürogebäude 60 Wall Street in New York) in Höhe von 317 Mio €. Diese Positionen werden in der Zielgrößendefinition nicht berücksichtigt.
- 2 Angaben auf Basis des Konzernabschlusses 2008, angepasst an den Ausweis zum 31.12.2008. Siehe zu den vorgenommenen Anpassungen Note 1 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008. Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.
- 3 Angaben auf Basis des Konzernabschlusses der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008, angepasst an den Ausweis zum 31.12.2008. Für Zwecke der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das nach Berücksichtigung dieser Komponenten verbleibende durchschnittliche Active Equity wird den Segmenten anteilig gemäß ihrem Ökonomischen Kapital zugewiesen.
- 4 Für die Berechnung der Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Note 2 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 24 %.

Konzernbereich Corporate and Investment Bank

Die nachstehende Tabelle enthält die Geschäftsergebnisse des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 auf Basis der Managementberichtssysteme.

in Mio €

(sofern nicht anders angegeben)

	2008	2007
	<i>(geprüft)</i>	
Erträge insgesamt:		
Sales & Trading (Equity)	– 630	4.613
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	124	8.407
Emissionsgeschäft (Equity)	336	861
Emissionsgeschäft (Debt)	– 713	714
Beratung	589	1.089
Kreditgeschäft	1.260	974
Transaction Services	2.774	2.585
Sonstige Produkte	– 661	– 151
Summe Erträge insgesamt	3.078	19.092
davon/darin: Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	– 1.027	12.278
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	408	109
Zinsunabhängige Aufwendungen	10.090	13.802
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	– 273	116
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	5	–
Restrukturierungsaufwand	–	– 4
Minderheitsanteile	– 48	34
Ergebnis vor Steuern	– 7.371	5.147
Aufwand-Ertrag-Relation in %	N/A	72 %
Aktiva	2.047.181	1.800.027 ⁽²⁾
Durchschnittliches Active Equity ⁽¹⁾	20.262	20.714
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	– 36 %	25 %

- 1 Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note 2 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008.
- 2 Angaben auf Basis des Konzernabschlusses der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008, angepasst an den Ausweis zum 31.12.2008.

Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities

Die nachstehende Tabelle stellt die Geschäftsergebnisse des Unternehmensbereichs Corporate Banking & Securities für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 auf Basis der Managementberichtssysteme dar.

in Mio €

(sofern nicht anders angegeben)

	2008	2007
	<i>(geprüft)</i>	
Erträge insgesamt:		
Sales & Trading (Equity)	– 630	4.613
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	124	8.407
Emissionsgeschäft (Equity)	336	861
Emissionsgeschäft (Debt)	– 713	714
Beratung	589	1.089
Kreditgeschäft	1.260	974
Sonstige Produkte	– 661	– 151
Summe Erträge insgesamt	304	16.507
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	402	102
Zinsunabhängige Aufwendungen	8.427	12.169
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	– 273	116
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	5	–
Restrukturierungsaufwand	–	– 4
Minderheitsanteile	– 48	34
Ergebnis vor Steuern	– 8.476	4.202
Aufwand-Ertrag-Relation in %	N/A	74 %
Aktiva	2.012.427	1.785.876 ⁽²⁾
Durchschnittliches Active Equity ⁽¹⁾	19.181	19.619
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	– 44 %	21 %

N/A – nicht aussagefähig

- 1 Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note 2 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008.
- 2 Angaben auf Basis des Konzernabschlusses der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008, angepasst an den Ausweis zum 31.12.2008.

Erträge. Die Erträge beliefen sich im Jahr 2008 auf 304 Mio € nach 16,5 Mrd € im Vorjahr. Dieser Rückgang spiegelt negative Marktwertanpassungen in Höhe von 7,5 Mrd € (2007: 2,3 Mrd €), deutliche Verluste in zentralen Sales & Trading-Bereichen, insbesondere im vierten Quartal 2008, sowie einen Einbruch der Erträge im Emissions- und Beratungsgeschäft wider. Infolgedessen wies der Unternehmensbereich CB&S für das Geschäftsjahr 2008 einen Verlust vor Steuern in Höhe von 8,5 Mrd € aus, während in 2007 ein Gewinn vor Steuern von 4,2 Mrd € in 2007 erzielt werden konnte.

Der Verlust in 2008 verdeutlicht die Auswirkungen extremer Marktvolatilitäten und Korrelationen zwischen einzelnen Kategorien finanzieller Vermögenswerte im Geschäftsjahr, und insbesondere nach dem Zusammenbruch einer US Investmentbank im September, auf das Geschäftsmodell der Deutschen Bank. Daraufhin wurden in CB&S die Risikopositionen im Aktienhandelsgeschäft und im kreditbezogenen Eigenhandel reduziert. Der kreditbezogene Eigenhandel wurde eingestellt und verbliebene Positionen wurden an anderes internes Management übertragen. Im Zusammenhang mit den verbliebenen Positionen sind weiterhin negative Marktwertanpassungen möglich. Die vorgenannten Verluste haben das im Vergleich zum Vorjahr deutliche Ertragswachstum in dem kundenbezogenen Geldmarkt- und Devisengeschäft mehr als kompensiert.

Im Gesamtjahr 2008 beliefen sich die Erträge in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) auf 124 Mio € im Vergleich zu 8,4 Mrd € in 2007. Hauptursachen für den Rückgang waren negative Marktwertanpassungen von 5,8 Mrd € im Zusammenhang mit zusätzlichen Rückstellungen für Monoline-Versicherer (2,2 Mrd €), weiteren negativen Marktwertanpassungen auf verbriefte Wohnungsbaukre-

dite (2,1 Mrd €), gewerbliche Immobilienkredite (1,1 Mrd €) und Wertminderungen von zur Veräußerung verfügbaren Positionen (490 Mio €). Im Jahr 2007 beliefen sich diese negativen Marktwertanpassungen auf 1,6 Mrd €. Ohne Umklassifizierungen auf Basis der Änderungen von IAS 39, „Reclassification of Financial Assets“, hätte das Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) Ergebnis für das Gesamtjahr zusätzliche negative Marktwertanpassungen von 2,3 Mrd € enthalten.

Im Handel mit Kreditprodukten verzeichnete die Deutsche Bank Verluste von 3,2 Mrd €, in erster Linie im vierten Quartal, von denen 1,7 Mrd € auf das kreditbezogene Eigenhandelsgeschäft entfielen. Diese Verluste sind hauptsächlich auf Long-Positionen im US-amerikanischen Automobilsektor, sinkende Kurse von Unternehmens- und Wandelanleihen sowie einen Anstieg des Basisrisikos bei anderen signifikanten kreditbezogenen Handelspositionen gegenüber den zu ihrer Absicherung eingegangenen Credit Default Swaps (CDS) zurückzuführen. Die darüber hinausgehenden Verluste im Handel mit Kreditprodukten betrafen verschiedenste Sektoren. In einem Umfeld, in dem viele Marktteilnehmer ihre Risikopositionen abbauen wollten und das von geringer Liquidität geprägt war, kam es zu massiven Verkäufen von Anleihen und einer deutlichen Ausweitung der Basispreads. Diese Verluste wurden durch Rekordergebnisse im weiterhin von einer starken Kundennachfrage geprägten Devisen-, Geldmarkt- und Rohstoffgeschäft teilweise ausgeglichen.

Sales & Trading (Equity) verzeichnete für das Geschäftsjahr 2008 negative Erträge in Höhe von 630 Mio € im Vergleich zu positiven Erträgen von 4,6 Mrd € im Vorjahr. Dieser Rückgang war in erster Linie auf Verluste im Aktienderivategeschäft und Aktieneigenhandel zurückzuführen. Das Geschäft mit Aktienderivaten war durch anhaltend schwierige Marktbedingungen an den Aktienmärkten infolge einer beispiellosen Volatilität und eines äußerst niedrigen Liquiditätsniveaus gekennzeichnet. In diesem Umfeld verzeichnete der Bereich Verluste von 1,4 Mrd €, die insbesondere im vierten Quartal entstanden. Hier führte ein extremer Anstieg der Volatilität an den Aktienmärkten sowie der Korrelationen zwischen einzelnen Aktienwerten und auch zwischen Indizes, zusammen mit einer deutlichen Reduzierung der Dividendenerwartungen zu Wertminderungen bei strukturierten Positionen, die die Deutsche Bank im Zusammenhang mit umfangreichen kundenbezogenen Handelsaktivitäten im europäischen und sonstigen Aktienderivatemarkt eingegangen war. Die im Eigenhandelsgeschäft verzeichneten Verluste von 742 Mio € ergaben sich hauptsächlich dadurch, dass viele Marktteilnehmer ihre Risikopositionen abbauen wollten und es infolgedessen zu einer Reduzierung der Marktwerte von Wandelanleihen sowie zu einer Erhöhung des Basisrisikos kam. Dagegen konnte im Prime-Brokerage-Geschäft weiter Neugeschäft verzeichnet werden, so dass die Erträge nur geringfügig unter dem Vorjahreswert lagen.

Die Erträge im Emissions- und Beratungsgeschäft lagen mit 212 Mio € um 2,5 Mrd € unter dem Vorjahreswert von 2,7 Mrd €. Hauptursache für den Rückgang der Erträge waren hohe negative Marktwertanpassungen (per Saldo) auf Leveraged-Finance-Kredite und Finanzierungszusagen von 1,7 Mrd €. In 2007 hatten vergleichbare negative Marktwertanpassungen 759 Mio € betragen. Darüber hinaus wurden die Erträge durch die turbulente Situation auf den Finanzmärkten beeinträchtigt, die gegenüber 2007 zu einer geringeren Emissionstätigkeit und einem geringeren Neugeschäft führte. Ohne Umklassifizierungen auf Basis der Änderungen von IAS 39, „Reclassification of Financial Assets“, hätte das Ergebnis für das Emissions- und Beratungsgeschäft im Gesamtjahr zusätzliche negative Marktwertanpassungen von 1,1 Mrd € enthalten.

Die Erträge aus dem Kreditgeschäft betrugen im Gesamtjahr 1,3 Mrd € und lagen damit um 287 Mio € (29%) über dem Vorjahreswert von 974 Mio €. Dieser Anstieg war zu einem großen Teil auf Marktwertgewinne bei Absicherungsgeschäften und einen höheren Zinsüberschuss durch den Transfer von Aktiva aus dem Emissionsgeschäft (Debt) zum Kreditgeschäft infolge der Umklassifizierungen aufgrund der Änderungen von IAS 39 zurückzuführen.

Die Erträge aus Sonstigen Produkten beliefen sich im Gesamtjahr auf minus 661 Mio €. Dies entspricht einem Rückgang von 510 Mio € gegenüber 2007. Diese Entwicklung war hauptsächlich auf Marktwertverluste bei Investments zurückzuführen, die Leistungen im Zusammenhang mit dem geschlossenen Versicherungsgeschäft von Abbey Life decken, das die Deutsche Bank im vierten Quartal 2007 erworben hat. Dieser Effekt wird durch gegenläufige positive Beträge unter der Position Aufwendungen im Versicherungsgeschäft in den zinsunabhängigen Aufwendungen ausgeglichen und wirkt sich deshalb nicht auf das Ergebnis aus.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft umfasste im Gesamtjahr eine Nettozuführung von 402 Mio € nach einer Nettozuführung von 102 Mio € im Vorjahr. In dem Anstieg sind Nettoneubildungen von 257 Mio € im Zusammenhang mit Krediten enthalten, die im Rahmen der Änderungen von IAS 39 umklassifiziert wurden. Zusätzlich fielen Neubildungen für Kredite an vorwiegend europäische Kunden an, die die Verschlechterung des Kreditumfelds widerspiegeln.

Zinsunabhängige Aufwendungen. Die zinsunabhängigen Aufwendungen gingen gegenüber dem Vorjahr von 12,2 Mrd € um 3,7 Mrd € (31%) auf 8,4 Mrd € zurück. Hauptursachen für diese Entwicklung waren niedrigere leistungsabhängige Vergütungen in Folge des Geschäftsergebnisses, sowie die vorgenannten Effekte im Zusammenhang mit Abbey Life, die zu Kostensenkungen von 389 Mio € führten. Die Einsparungen die sich aus Maßnahmen zur Kostensenkung und aufgrund einer niedrigeren Mitarbeiterzahl ergaben, wurden durch höhere Abfindungszahlungen ausgeglichen.

Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“

Das Ergebnis im Berichtsjahr wurde durch die Anwendung von geänderten Regelungen des IAS 39 und des IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“, deutlich positiv beeinflusst. Das IASB hatte diese Anpassungen im Oktober 2008 verabschiedet. Danach wurden sie von der EU in europäisches Recht übernommen. Die Änderungen ermöglichen eine Umgliederung bestimmter finanzieller Vermögenswerte aus den Bilanzkategorien „zum Fair Value bewertet“ und „zur Veräußerung verfügbar“ in die Bilanzposition „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“. Voraussetzung für eine solche Umgliederung ist, dass das Management die bisher festgelegte Zweckbestimmung des Vermögenswertes ändert. Zum Zeitpunkt der Umgliederung müssen für den Vermögenswert zudem die Absicht und die Möglichkeit eines Haltens auf absehbare Zeit sowie die sonstigen Kriterien für eine Klassifizierung als Forderung aus dem Kreditgeschäft erfüllt sein.

Die Deutsche Bank hat im dritten und im vierten Quartal 2008 Vermögenswerte, die diese Kriterien erfüllt haben, in die Bilanzposition Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgegliedert. Im dritten Quartal erfolgte dies zu den am 1. Juli 2008 vorliegenden Fair Values der Vermögenswerte. Im vierten Quartal wurden Vermögenswerte, für die eine Umwidmungsentscheidung bis zum 1. November vorlag, mit dem Fair Value vom 1. Oktober 2008 umgegliedert. Spätere Umgliederungen erfolgten zum Fair Value des jeweiligen Umwidmungszeitpunktes.

Bei den umgegliederten Vermögenswerten ist die Deutsche Bank der Ansicht, dass der Fair Value den inneren Wert der Position aufgrund der mangelnden Liquidität in den Finanzmärkten momentan nicht wiedergibt und dass dieser innere Wert bei einer längeren Haltedauer realisiert werden kann. Wenn die genannten Kriterien für eine Umgliederung erfüllt sind und die Vermögenswerte längerfristig gehalten und refinanziert werden können, ist die Deutsche Bank der Meinung, dass die geänderte Bilanzierung den Geschäftszweck der Vermögenswerte adäquater widerspiegelt.

Die mit diesen Umklassifizierungen für CB&S verbundenen Effekte sind in der nachfolgenden Tabelle zusammengefasst, und die daraus folgenden Auswirkungen auf die Kreditrisikoangaben werden im Kapitel „– Wesentliche Risikopositionen“ dargestellt.

	<u>31.12.2008</u>	<u>31.12.2008</u>	<u>Stichtag zum 31. Dezember 2008</u>	
	(geprüft) Buchwert	Fair Value	Auswirkungen auf das Ergebnis vor Steuern	Auswirkungen auf die nicht in der Gewinn- und-Verlust- Rechnung berücksichtig- ten Gewinne/ Verluste in Mio €
	in Mrd €	in Mrd €	in Mio €	in Mio €
Sales & Trading – Debt				
Handelsaktiva umklassifiziert zu				
Forderungen aus dem Kreditgeschäft . . .	16,2	14,3	2.073	–
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle				
Vermögenswerte umklassifiziert zu				
Forderungen aus dem Kreditgeschäft . . .	10,5	8,5	121	1.712
Origination und Advisory				
Handelsaktiva umklassifiziert zu				
Forderungen aus dem Kreditgeschäft . . .	7,4	6,4	1.101	
Kreditgeschäft				
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle				
Vermögenswerte umklassifiziert zu				
Forderungen aus dem Kreditgeschäft . . .	0,3	0,1	–	114
Insgesamt	34,4	29,3	3.295⁽¹⁾	1.826

1 Zusätzlich zur Auswirkung auf CB&S erhöhte sich das Ergebnis vor Steuern um 32 Mio € in PBC.

Bei den in die Kategorie Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifizierten Vermögenswerten handelt es sich zum einen um Kredite im Zusammenhang mit der Finanzierung von Unternehmensübernahmen mit einem Fair Value von 7,5 Mrd € am Umklassifizierungstag, welche im Rahmen einer Originate-to-Distribute-Strategie begeben wurden. Zum anderen wurden Vermögenswerte in konsolidierten Asset-backed Commercial Paper Conduits in Höhe von 9,4 Mrd € und gewerbliche Immobilienkredite in Höhe von 9,1 Mrd € umgegliedert. Diese Forderungen sollten ursprünglich zum Zeitpunkt der Begebung oder des Erwerbs verbrieft werden. Die verbleibenden umklassifizierten Vermögenswerte, zu denen sonstige zum Zweck der Verbriefung erworbene oder begebene Vermögenswerte gehören, hatten am Umklassifizierungstag einen Fair Value von 9,0 Mrd €.

Wesentliche Risikopositionen

Der nachfolgende Abschnitt gibt einen Überblick über die Entwicklung bestimmter Marktrisikopositionen der CB&S-Geschäftsbereiche, die von der globalen Kreditkrise betroffen sind. Dabei wurden nur die Positionen betrachtet, die ergebniswirksam zum Fair Value bewertet werden und für die die Deutsche Bank bereits in Vorperioden diese zusätzlichen Risikoangaben bereitgestellt hat. Handelsaktiva oder zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte, die aufgrund der Änderungen von IAS 39 in Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert wurden, sind in den Zahlen für 2008 nicht berücksichtigt. Marktwertveränderungen dieser reklassifizierten Positionen sind nicht länger ergebniswirksam.

Wesentliche Risikopositionen im CDO-Handels- und -Emissionsgeschäft: Die folgende Tabelle zeigt die Risikopositionen für Vermögenswerte in den CDO-Handelsbereichen der Deutschen Bank zum 31. Dezember 2008 und 31. Dezember 2007.

CDO-Subprime-Risikopositionen (bilanziert als „zum Fair Value bewertet“)

in Mio €	31.12.2008			31.12.2007		
	Subprime ABS CDO Brutto- risikoposition	Hedges und sonstige Absicherungen	Subprime ABS CDO Netto- risikoposition	Subprime ABS CDO Brutto- risikoposition	Hedges und sonstige Absicherungen	Subprime ABS CDO Netto- risikoposition
Super Senior Tranchen	640	- 182	458	1.778	- 938	840
Mezzanine-Tranchen	228	- 195	33	1.086	- 992	164
Super Senior und Mezzanine Tranchen insgesamt	868	- 377	491	2.864	- 1.860	1.004
Sonstige Nettorisikoposition im CDO-Geschäft			- 6			186
Nettorisikoposition im CDO-Subprime-Handelsbereich			485			1.190

In der obigen Tabelle stellt die Nettorisikoposition den theoretisch möglichen Verlust für den Fall dar, in dem die Subprime-Wertpapiere und damit im Zusammenhang stehende ABS CDOs komplett ausfallen und keine Verwertungsgewinne erzielt werden könnten. Sie liefert damit keine Indikation für die um das „Net Delta“ adjustierte Handelsrisikoposition zum Bilanzstichtag. Diese „Net-Delta“-adjustierte Handelsrisikoposition ist eine Kennzahl, die die Vergleichbarkeit zwischen verschiedenen ABS-CDO- und anderen Subprime-Risiken herstellt. Sie gibt für eine synthetische Subprime-Position die Position in den entsprechenden Wertpapieren an, welche die gleiche Sensitivität gegenüber Marktveränderungen hat.

Die einzelnen Bruttobestandteile der oben genannten Nettorisikopositionen der Deutschen Bank beinhalten Positionen aus verschiedenen Jahren der Kreditvergabe, Lokationen und Bonitätsklassen der Schuldner sowie weitere marktabhängige Faktoren. Während die vorgenannten Werte das maximale Risiko im Fall extremer Marktentwicklungen beschreiben, hängen die effektiven zukünftigen Gewinne und Verluste aus diesen Positionen von den tatsächlichen Marktbewegungen ab, inklusive der Basisbewegungen zwischen den verschiedenen Komponenten der Risikopositionen und der Möglichkeit, entsprechende Absicherungsgeschäfte diesen Umständen anzupassen. Zum 31. Dezember 2008 stammten die Risikopositionen und Absicherungsgeschäfte der Deutschen Bank, bezogen auf Super Senior- und Mezzanine- Tranchen, zu 1%, 30%, 35% und 34% aus den Jahren 2007, 2006, 2005 sowie 2004 und früher.

Bewertungen von ABS CDOs werden anhand von primären und sekundären Parametern vorgenommen. Primäre Parameter stellen quantitative Vorgaben innerhalb des Bewertungsmodells dar. Sekundäre Parameter können eine qualitative (beispielsweise geografische Verteilung) oder eine quantitative Ausprägung (beispielsweise historische Ausfallquoten) haben und werden benutzt, um geeignete Werte für die primären Parameter zu bestimmen. Daher werden sekundäre Parameter nur als Anhaltspunkte genutzt, um plausible Annahmen für primäre Parameter zu stützen.

Primäre Hauptparameter, die die Bewertung von CDO-Vermögenswerten bestimmen, umfassen Forward Rates, Credit Spreads, Prepayment Speed sowie Korrelations-, Ausfall- und Recoveryquoten.

Die Annahmen der Deutschen Bank referenzieren, soweit möglich, auf Markttransaktionen. Grundsätzlich werden ABS CDOs dann als Subprime klassifiziert, wenn 50% oder mehr der jeweils zugrunde liegenden Sicherheit Wohnungsbaukredite darstellen.

Zusätzlich zu der auf CDOs zurückgehenden Subprime-Risikoposition hat die Deutsche Bank auch ABS-CDO-Risikopositionen aus verbrieften Forderungen, die auf US-amerikanischen Wohnungsbaukrediten besserer Qualität („Alt-A“) basieren. Die nachfolgende Tabelle erläutert das Engagement in diesen Positionen auf einer der vorhergehenden Darstellung vergleichbaren Grundlage.

CDO-Alt-A-Risikopositionen (Handelsbestand) in Mio €	Risikoposition	
	31.12.2008	31.12.2007
Alt-A-Risikoposition	201	603
Hedges und sonstige Absicherungen	- 147	- 442
Alt-A-Nettorisikoposition im CDO-Handelsbereich	54	161

Im Zuge ihrer Geschäftstätigkeit übernehmen die CDO-Handelsbereiche der Deutschen Bank auch verbriefte Forderungen, die durch andere Kategorien von Vermögenswerten (einschließlich gewerblicher Immobilienkredite, Trust Preferred Securities und Collateralized Loan Obligations) unterlegt sind. Diese Positionen werden üblicherweise durch Transaktionen mit anderen Marktteilnehmern oder durch andere korrespondierende Instrumente abgesichert. Zukünftige Gewinne und Verluste werden von den tatsächlichen Marktbewegungen, inklusive der Basisbewegungen zwischen den verschiedenen Komponenten der Risikopositionen der Deutschen Bank, und der Möglichkeit, entsprechende Absicherungsgeschäfte diesen Umständen anzupassen, abhängen.

Zusätzlich zu den aufgeführten Risikopositionen im Handel fasst die nachfolgende Tabelle die Risikopositionen der Deutschen Bank am US-amerikanischen Subprime-ABS-CDO-Markt zusammen, die die Deutsche Bank als zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte bilanziert hat. Diese Risikopositionen entstehen in erster Linie bei konsolidierten Conduits aus vom Konzern gesponserten Asset-backed-Commercial-Paper-Programmen für bestimmte Vermögenswerte. Marktwertänderungen von zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten sind grundsätzlich im Eigenkapital zu verbuchen, bestimmte Wertminderungen werden jedoch in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung reflektiert. Im Ergebnis für das Geschäftsjahr 2008 waren Bruttobelastungen aus solchen zur Veräußerung verfügbaren Positionen in Höhe von 448 Mio € enthalten, die zuvor im Eigenkapital verbucht waren. Weitere 15 Mio € verblieben zum 31. Dezember 2008 im Eigenkapital.

CDO-Subprime-Risikopositionen in Mio €	Risikoposition	
	31.12.2008	31.12.2007
Zur Veräußerung verfügbar bilanzierte Vermögenswerte	86	499
Shortpositionen im Handelsbestand	–	– 446
Nettorisikoposition	86	53

Geschäfte im Hypothekenmarkt: Die Deutsche Bank ist im Markt mit US-amerikanischen Wohnungsbaukrediten auch im Handel, bei der Emission und mit der Verbriefung von Wohnungsbaukrediten („RMBS“) aktiv. Das kreditrisikosensitive Engagement aus diesem Geschäft ist in der nachfolgenden Tabelle zusammengefasst. Es enthält weder verbriefte Forderungen öffentlich-rechtlicher Emittenten noch Kredite, die sich grundsätzlich zum Ankauf durch solche Institutionen qualifizieren, da die Deutsche Bank diese als nicht kreditrisikosensitive Engagements erachten. Verbriefte Forderungen öffentlich-rechtlicher Emittenten werden als nicht kreditrisikosensitive Produkte angesehen, da fristgemäße Zins- und Tilgungszahlungen auf die zugrunde liegenden Kredite von Unternehmen garantiert werden, die staatlich gefördert sind. Kredite, die sich grundsätzlich zum Ankauf durch öffentlich-rechtliche Emittenten qualifizieren, werden als nicht kreditrisikosensitive Produkte angesehen, da sie unter Berücksichtigung bestimmter Vorgaben abgeschlossen wurden, damit sie an staatlich geförderte Unternehmen verkauft werden können.

Die Tabelle enthält ebenfalls nicht tilgungsfreie und inverse tilgungsfreie Positionen, die negativ mit der Verschlechterung der Marktsituation korrelieren.

Sonstige Risikopositionen im US-amerikanischen Hypothekenmarkt in Mio €	Risikoposition	
	31.12.2008	31.12.2007
Alt-A	3.406	7.848
Subprime	84	214
Sonstige	1.359	1.666
Sonstige Bruttovermögenswerte in US-amerikanischen Wohnungsbaukrediten	4.849	9.729
Hedges und sonstige Absicherungen	– 3.993	– 6.921
Handelspositionen (netto)	403	803
Nettorisikoposition	1.259	3.611

Die in der obigen Tabelle aufgeführte Nettorisikoposition stellt den theoretisch möglichen Verlust für den Fall dar, in dem die RMBS-Schuldverschreibungen, -Kredite und entsprechende Absicherungsgeschäfte komplett ausfallen und keine Verwertungsgewinne erzielt werden könnten. Sie liefert keinen Anhaltspunkt für die um das „Net-Delta“-adjustierte Nettorisikoposition im Handel. Diese „Net Delta“-adjustierte Handelsrisikoposition ist eine Kennzahl, die eine Vergleichbarkeit zwischen verschiedenen RMBS- und anderen Risikopositionen herstellt. Sie gibt für eine synthetische Subprime-

Position die Position in den entsprechenden Wertpapieren an, welche die gleiche Sensitivität gegenüber Marktveränderungen hat.

Die einzelnen Bruttobestandteile der oben genannten Nettorisikoposition beinhalten Positionen aus verschiedenen Jahren der Kreditvergabe, Lokationen und Bonitätsklassen der Schuldner sowie weitere marktabhängige Faktoren.

Während die vorgenannten Werte das maximale Risiko im Fall extremer Marktentwicklungen beschreiben, hängen die effektiven zukünftigen Gewinne und Verluste aus diesen Positionen von den tatsächlichen Marktbewegungen ab, inklusive der Basisbewegungen zwischen den verschiedenen Komponenten der Risikopositionen der Deutschen Bank und der Möglichkeit, entsprechende Absicherungsgeschäfte diesen Umständen anzupassen. Zum 31. Dezember 2008 stammten die Risikopositionen und Absicherungsgeschäfte der Deutschen Bank, bezogen auf die Bruttowerte von Alt-A- und Subprime-Tranchen zu 89% aus 2007, 9% aus 2006 und 2% aus 2005 und früher. Ungefähr 90% dieser Positionen verfügten über ein AAA-Rating.

Absicherungsgeschäfte setzen sich aus verschiedenen Marktinstrumenten zusammen. Dazu gehören Kreditversicherungen von Monolinern, auf Referenzschuldner bezogene Credit Default Swaps („CDS“) und Indexkontrakte.

Im Jahresverlauf 2008 verbuchte die Deutsche Bank Verluste in Höhe von 1,8 Mrd € aus ihrem US-amerikanischen Hypothekengeschäft (ausgenommen sind die Effekte aus Risikopositionen gegenüber Monolinern, die weiter unten dargestellt werden). Die Verluste bezogen sich hauptsächlich auf Alt-A-Risikopositionen, die in obiger Tabelle dargestellt werden.

Die folgende Tabelle zeigt die verbliebenen Risikopositionen in den Handelsaktiva, bezogen auf Wohnungsbaukredite im europäischen Originate-to-Distribute-Hypothekengeschäft von CB&S. Auf diese Handelsaktiva wurden im Geschäftsjahr 2008 negative Wertanpassungen von 277 Mio € vorgenommen.

Risikopositionen Originate-to-Distribute im europäischen Hypothekenmarkt (Fair-Value-basiert) in Mio €	Risikoposition	
	31.12.2008	31.12.2007
Großbritannien	188	1.545
Italien	56	423
Deutschland	13	148
Spanien	–	83
Risikopositionen Originate-to-Distribute im europäischen Hypothekenmarkt insgesamt	257	2.200

Die in der obigen Tabelle aufgeführten Risikopositionen enthalten keine Vermögenswerte, die durch die Anwendung der Änderungen von IAS 39, „Reclassification of Financial Assets“, mit Wirkung zum 1. Juli 2008 oder später aus den Handelsaktiva in die Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert wurden. Dadurch wurde der Umfang der Positionen, deren Fair-Value-Änderungen in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung zu berücksichtigen sind, zum 31. Dezember 2008 um 1,1 Mrd € reduziert. Davon entfielen 699 Mio € auf Großbritannien, 198 Mio € auf Italien, 146 Mio € auf Deutschland und 65 Mio € auf Spanien.

Risikopositionen gegenüber Monolinern: Die Verwerfungen am US-amerikanischen Subprime-Hypothekenmarkt und mit diesem verbundenen Märkten haben bei Anbietern von Finanzgarantien wie Monoline-Versicherern zu hohen Risikopositionen geführt, wenn sie den Wert eines Pools von Sicherheiten, auf den CDOs oder andere gehandelte Wertpapiere referenzieren, versichert oder garantiert haben. Ansprüche gegenüber Monoline-Versicherern werden nur dann fällig, wenn der Bank Verluste dadurch entstehen, dass abgesicherte Aktiva (oder Kreditsicherheiten) ausfallen. Es besteht eine gewisse Verunsicherung darüber, ob Monoliner ihre Verpflichtungen gegenüber Banken und anderen Käufern von Absicherungen erfüllen können. Unter bestimmten Umständen, beispielsweise bei der Liquidation, kann die Deutsche Bank Forderungen unabhängig von tatsächlichen Verlusten aus den abgesicherten Aktiva vorzeitig geltend machen.

Die folgende Tabelle fasst das Nettoausfallrisiko der Deutschen Bank gegenüber Monolinern, bezogen auf Aktivitäten in US-amerikanischen Wohnungsbaukrediten, zusammen. Die gezeigten Beträge basieren auf den aktuellen Marktwerten der Vermögenspositionen, denen die von Monolinern garantierten Nominalwerte gegenübergestellt werden. Die Tabelle zeigt die zugehörigen kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen, die die Deutsche Bank für diese Positionen vorgenommen hat und die auf Basis einer Bonitätsprüfung jedes einzelnen Monoline-Kontrahenten unter Zugrundelegung interner Credit Ratings ermittelt wurden.

In den Fällen, in denen eine vollständige Bedienung der Verbindlichkeiten unwahrscheinlich ist, wird die Bewertungsanpassung unter Zugrundelegung einer eingehenden Analyse aller Umstände durch die Credit-Risk-Funktion der Deutschen Bank festgelegt.

Risikoposition gegenüber Monolinern, bezogen auf US-amerikanische Wohnungsbaukredite

in Mio €	31.12.2008				31.12.2007			
	Nominalwert	Fair Value vor Bewertungsanpassungen	Bewertungsanpassungen	Fair Value nach Bewertungsanpassungen	Nominalwert	Fair Value vor Bewertungsanpassungen	Bewertungsanpassungen	Fair Value nach Bewertungsanpassungen
AA/AAA Monolines:								
Super Senior ABS CDO	-	-	-	-	1.087	615	- 25	590
Sonstige Subprime	76	40	-	39	461	44	-	44
Alt-A	5.063	1.573	- 37	1.536	6.318	229	-	229
AA/AAA Monolines insgesamt⁽¹⁾	5.139	1.613	- 37	1.576	7.866	888	- 25	863
Non AA/AAA Investment Grade Monolines:								
Super Senior ABS CDO	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Subprime	-	-	-	-	-	-	-	-
Alt-A	-	-	-	-	-	-	-	-
Nicht AA/AAA Investment Grade Monolines insgesamt	-	-	-	-	-	-	-	-
Non Investment Grade Monolines:								
Super Senior ABS CDO	1.110	1.031	- 918	113	69	57	- 57	-
Sonstige Subprime	258	80	- 24	56	-	-	-	-
Alt-A	1.293	336	- 346	- 10	-	-	-	-
Non Investment Grade Monolines insgesamt	2.660	1.447	- 1.288	159	69	57	- 57	-
Insgesamt	7.799	3.060	- 1.325	1.735	7.935	945	- 82	863

1 Fair Value vor Bewertungsanpassungen 2008: 100 % Rating „AA“; 2007: 72 % Rating „AAA“ und 28 % „AA“

Die Zuordnung zu den oben genannten Ratingklassen wurde auf Basis von Informationen externer Anbieter vorgenommen. Dabei wurde das jeweils niedrigere verfügbare Rating von Standard & Poor's und Moody's zum 31. Dezember 2008 beziehungsweise 31. Dezember 2007 angesetzt. Die Tabelle berücksichtigt nicht das Nettoausfallrisiko gegenüber Monolinern aus sogenannten „Wrapped Bonds“. Dies sind Schuldverschreibungen, die von Dritten versichert oder garantiert werden. Solche Risikopositionen beliefen sich, bezogen auf US-amerikanische Wohnungsbaukredite, zum Ende des Berichtsjahres auf 58 Mio € (31. Dezember 2007: 159 Mio €). Dieser Wert stellt eine Schätzung der möglichen Wertanpassungen auf solche Schuldverschreibungen im Fall eines Ausfalls der Versicherer dar.

Ein Teil des Marktwerts der erworbenen Monoliner-Absicherungen wurde durch Credit Default Swaps mit anderen Marktteilnehmern oder durch andere Instrumente wirtschaftlich abgesichert. Zusätzlich zu den in obiger Tabelle ausgewiesenen Beträgen, die sich auf Aktivitäten mit Wohnungsbaukrediten beziehen, hatte die Deutsche Bank ein Nettoausfallrisiko gegenüber Monolinern aus anderen versicherten Vermögenswerten (unter Berücksichtigung der Marktwerte dieser Vermögenswerte). Diese anderen versicherten Vermögenswerte resultieren aus verschiedenen kunden- und handelsbezogenen Aktivitäten und umfassen Collateralized Loan Obligations, gewerbliche verbriefte Hypothekenkredite, Trust Preferred Securities, Studentenkredite und Schuldtitel des öffentlichen Sektors.

Die folgende Tabelle fasst die anderen Risikopositionen der Deutschen Bank gegenüber Monolinern zusammen. Die gezeigten Beträge basieren auf den Marktwerten der Vermögenswerte, denen die von Monolinern garantierten Nominalwerte gegenübergestellt werden. Die Tabelle zeigt die dazugehörigen kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen, die entsprechend der weiter oben beschriebenen Methode ermittelt wurden.

Sonstige Risikoposition gegenüber Monolinern	31.12.2008				31.12.2007			
	Nominalwert	Fair Value vor Bewertungsanpassungen	Bewertungsanpassungen	Fair Value nach Bewertungsanpassungen	Nominalwert	Fair Value vor Bewertungsanpassungen	Bewertungsanpassungen	Fair Value nach Bewertungsanpassungen
in Mio €								
AA/AAA Monolines:								
TruPS – CLO	3.019	1.241	- 29	1.213	3.606	192	-	192
CMBS	1.018	117	- 3	115	7.798	122	-	122
Corporate single name/								
Corporate CDO	6.273	222	- 2	219	13.133	45	-	45
Studentenkredit	277	105	- 2	103	1.687	135	-	135
Sonstige	587	288	- 5	283	2.607	136	-	136
Öffentliche Haushalte/								
Gemeinden	-	-	-	-	1.027	2	-	2
AA/AAA Monolines insgesamt⁽¹⁾								
	11.174	1.974	- 41	1.933	29.858	632	-	632
Non AA/AAA Investment Grade Monolines:								
TruPS – CLO	416	215	- 59	156	-	-	-	-
CMBS	5.537	882	- 111	771	-	-	-	-
Corporate single name/								
corporate CDO	5.525	272	- 38	234	-	-	-	-
Studentenkredit	53	20	- 3	17	-	-	-	-
Sonstige	498	94	- 16	78	-	-	-	-
Öffentliche Haushalte/								
Gemeinden	-	-	-	-	-	-	-	-
Nicht AA/AAA Investment Grade Monolines insgesamt								
	12.029	1.484	- 228	1.256	-	-	-	-
Non Investment Grade Monolines:								
TruPS – CLO	831	244	- 74	169	-	-	-	-
CMBS	672	125	- 56	69	-	-	-	-
Corporate single name/								
corporate CDO	787	9	- 2	6	-	-	-	-
Studentenkredit	1.185	906	- 227	680	-	-	-	-
Sonstige	1.244	504	- 229	275	-	-	-	-
Öffentliche Haushalte/								
Gemeinden	-	-	-	-	-	-	-	-
Non Investment Grade Monolines insgesamt								
	4.719	1.787	- 588	1.199	-	-	-	-
Insgesamt	27.922	5.245	- 857	4.388	29.858	632	-	632

1 Fair Value vor Bewertungsanpassungen 2008: 100 % Rating „AA“; 2007: 96 % Rating „AAA“ und 4 % „AA“

Die Zuordnung zu den oben genannten Ratingklassen wurde auf Basis von Informationen externer Anbieter vorgenommen. Dabei wurde das jeweils niedrigere verfügbare Rating von Standard & Poor's und Moody's zum 31. Dezember 2008 beziehungsweise 31. Dezember 2007 angesetzt.

Die Tabelle berücksichtigt nicht das Nettoausfallrisiko gegenüber Monolinern aus sogenannten „Wrapped Bonds“. Das Risiko aus solchen „Wrapped Bonds“, die sich nicht auf US-amerikanische Wohnungsbaukredite beziehen, belief sich zum Ende des Berichtsjahres auf 136 Mio € (31. Dezember 2007: 612 Mio €). Dieser Wert ist eine Schätzung der möglichen Wertanpassungen auf solche Schuldverschreibungen im Falle eines Ausfalls der Versicherer. Ein Teil des Marktwerts der erworbenen Monoliner-Absicherungen wurde durch Credit Default Swaps mit anderen Marktteilnehmern oder durch andere Instrumente wirtschaftlich abgesichert.

Zum 31. Dezember 2008 betragen unsere gesamten kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen auf Positionen mit Monolinern 2,2 Mrd € (davon: Wohnungsbaukredite 1,3 Mrd €, andere Risikopositionen 857 Mio €), gegenüber 82 Mio € zum 31. Dezember 2007 (nur US-amerikanische Wohnungsbaukredite).

Risikopositionen im Bereich Commercial Real Estate: Im Commercial-Real-Estate-Geschäft entstehen Risiken aus gewerblichen Immobilienkrediten, die entweder zum Zweck des Verkaufs, der Syndizierung, Verbriefung oder sonstiger Strategien begeben beziehungsweise gehalten oder als Forderungen aus dem Kreditgeschäft bilanziert werden.

Die folgende Tabelle beinhaltet eine Zusammenfassung der Risikoposition der Deutschen Bank für zum Fair Value bewertete gewerbliche Immobilienkredite zum 31. Dezember 2008 und 31. Dezember 2007. Das Handelsportfolio der Deutschen Bank aus Sekundärmarktpositionen in CMBS-Papieren, die aktiv gehandelt und bewertet werden, ist nicht enthalten.

Commercial-Real-Estate-Risikoposition in handelbaren Krediten (Fair Value basiert) in Mio €	Bruttorisikoposition	
	31.12.2008	31.12.2007⁽¹⁾
Kredite	4.600	16.044
Nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen	–	1.218
Commercial-Real-Estate-Risikoposition insgesamt (A)	4.600	17.262
Risikoabbaumaßnahmen ⁽²⁾ (B).	– 1.367	– 1.215
Nettorisikoposition in handelbaren Krediten	3.233	16.047
Bruttorisikoposition nach Region:		
Deutschland	1.347	6.873
Nordamerika	2.609	8.366
Europa ohne Deutschland	593	1.926
Asien/Pazifik ⁽¹⁾	51	97
Bruttorisikoposition nach Kreditart:		
Büro	1.554	4.086
Hotel	1.079	4.717
Einzelhandel	1.076	3.199
Mehrfamilienhäuser	214	2.899
Freizeit	415	1.000
Gemischte Nutzung	31	800
Sonstige	231	561
Marktverluste auf Kredite und Kreditzusagen		
in Mio €	2008	2007
Nettomarktwertverluste vor Absicherungsgeschäften	– 857	– 386
Gewinn (Verlust) aus spezifischen Absicherungsgeschäften	– 270	171
Nettomarktwertverluste inklusive spezifischen Absicherungsgeschäften	– 1.127	– 215
	31.12.2008	31.12.2007
Kumulative Bruttomarktwertverluste vor Provisionen und spezifischen Absicherungsgeschäften auf die verbliebene Risikoposition (C).	– 628	– 558
Provisionen auf die verbliebene Risikoposition	95	172
Kumulative Nettomarktwertverluste vor spezifischen Absicherungsgeschäften auf die verbliebene Risikoposition	– 533	– 386
Buchwert der zum Fair Value bewerteten Kredite und Kreditzusagen, vor Wertanpassung (A-C)	3.972	16.704
Buchwert der zum Fair Value bewerteten Kredite und Kreditzusagen, nach Wertanpassung (A-B-C)	2.605	15.489

- 1 Die Bruttorisikoposition zum 31. Dezember 2007 wurde um handelbare Kredite in Höhe von 97 Mio € bezogen auf die Region Asien/Pazifik angepasst.
- 2 Risikoabbaumaßnahmen umfassen Derivate oder sonstige Transaktionen, die zum Zweck der Risikoreduzierung bei gewerblichen Krediten eingegangen wurden.

Die in der obigen Tabelle aufgeführten Risikopositionen enthalten keine Vermögenswerte, die durch die Anwendung der Änderungen von IAS 39, „Reclassification of Financial Assets“, mit Wirkung zum 1. Juli 2008 oder später aus den Handelsaktiva in die Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert wurden. Dadurch wurde der Umfang der handelbaren Kredite, deren Fair-Value-Änderungen in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung zu berücksichtigen sind, zum 31. Dezember 2008 um 6,9 Mrd € reduziert und der Umfang der Forderungen aus dem Kreditgeschäft entsprechend erhöht.

Die obige Tabelle enthält keine Risikopositionen bezüglich The Cosmopolitan Resort and Casino. Im September 2008 hat die Deutsche Bank das Gebäude im Rahmen einer Sicherheitsvereinbarung übernommen. Der Fair Value der entsprechenden Forderung betrug zu diesem Zeitpunkt 799 Mio €. Das Gebäude wurde als im Bau befindlich der Bilanzkategorie Sachanlagen zugeordnet und hatte zum 31. Dezember 2008 einen Bilanzwert von 1,1 Mrd €.

Risikopositionen im Leveraged-Finance-Bereich: Die folgende Tabelle ist eine Zusammenfassung der Risikopositionen der Deutschen Bank im Leveraged-Finance-Bereich zum 31. Dezember 2008 und 31. Dezember 2007, die sich aus Krediten und Kreditzusagen im Zusammenhang mit der Finanzierung von Unternehmensübernahmen (inklusive Private-Equity-Transaktionen und sonstiger Buy-out-Vereinbarungen) ergeben. Des Weiteren sind die auf diese Positionen zum 31. Dezember 2008 und 31. Dezember 2007 entstandenen Marktwertverluste angegeben.

Leveraged-Finance-Risikoposition (Fair Value basiert) in Mio €	Bruttorisikoposition	
	31.12.2008	31.12.2007
Kredite	851	14.492
Nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen	–	20.415
Leveraged-Finance-Risikoposition insgesamt (A)	851	34.908
Bruttorisikoposition nach Region:		
Nordamerika	812	25.766
Europa	39	8.667
Asien/Pazifik	–	475
Bruttorisikoposition nach Branchen:		
Telekommunikation	74	7.486
Chemie	–	5.403
Pharma	–	4.554
Medien	481	2.797
Gastgewerbe & Kasino	106	4.192
Leasing	–	1.386
Dienstleistungen	109	2.319
Gesundheitswesen	19	328
Einzelhandel	–	2.455
Technologie	16	1.345
Energieversorger	47	1.498
Sonstige	–	1.145

Marktwertverluste auf Kredite und Kreditzusagen in Mio €	2008	2007
Nettomarktwertverluste vor Absicherungsgeschäften	– 1.683	– 759
	31.12.2008	31.12.2007
Kumulative Bruttomarktwertverluste vor Provisionen und Absicherungsgeschäften auf verbliebenen Altbestand (B)	– 326	– 1.351
Provisionen auf die verbliebene Risikoposition	17	642
Kumulative Nettomarktwertverluste vor Absicherungsgeschäften auf verbliebenen Altbestand	– 309	– 709
Risikoposition in Krediten und Kreditzusagen (zum Fair Value bewertet) (A-B)	525	33.558

Die obige Tabelle enthält keine Positionen, die in 2008 zu Marktkonditionen abgeschlossen wurden. Diese hatten zum 31. Dezember 2008 einen Fair Value von 558 Mio €. Nicht enthalten sind außerdem Forderungen aus dem Kreditgeschäft in Höhe von 9,9 Mrd € (31. Dezember 2007: 1,3 Mrd €), die nach dem 1. Januar 2007 entstanden sind.

Die Forderungen aus dem Kreditgeschäft enthalten Vermögenswerte, die durch die Anwendung der Änderungen von IAS 39, „Reclassification of Financial Assets“, mit Wirkung zum 1. Juli 2008 oder später aus den Handelsaktiva umklassifiziert wurden. Dadurch wurde der Umfang der Positionen

handelbarer Kredite, deren Fair-Value-Änderungen in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung zu berücksichtigen sind, zum 31. Dezember 2008 um 8,5 Mrd € reduziert und der Umfang der Forderungen aus dem Kreditgeschäft entsprechend erhöht.

In 2008 ging die Deutsche Bank mit vier Zweckgesellschaften Transaktionen ein mit dem Ziel des Abgangs bestimmter, vorwiegend US-amerikanischer Leveraged-Finance-Kredite und gewerblicher Immobilienkredite, die zum Fair Value bilanziert wurden. Weitere Informationen sind in dem Abschnitt „Zweckgesellschaften“ enthalten.

Unternehmensbereich Global Transaction Banking

Die nachstehende Tabelle zeigt die Geschäftsergebnisse des Unternehmensbereichs Global Transaction Banking (GTB) für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 auf Basis der Managementberichtssysteme.

in Mio €

(sofern nicht anders angegeben)

	2008	2007
	<i>(geprüft)</i>	
Erträge insgesamt:		
Transaction Services	2.774	2.585
Sonstige Produkte	–	–
Summe Erträge insgesamt	2.774	2.585
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	5	7
Zinsunabhängige Aufwendungen	1.663	1.633
davon/darin:		
Restrukturierungsaufwand	–	– 1
Minderheitsanteile	–	–
Ergebnis vor Steuern	1.106	945
Aufwand-Ertrag-Relation in %	60 %	63 %
Aktiva	49.487	32.117 ⁽²⁾
Durchschnittliches Active Equity ⁽¹⁾	1.081	1.095
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	102 %	86 %

- 1 Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note 2 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008.
- 2 Angaben auf Basis des Konzernabschlusses der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008, angepasst an den Ausweis zum 31.12.2008.

Das Ergebnis vor Steuern im Unternehmensbereich GTB verbesserte sich im Geschäftsjahr 2008 von 945 Mio € um 160 Mio € (17%) auf 1,1 Mrd €. In dieser Entwicklung spiegeln sich Rekorderträge zusammen mit einer anhaltenden Kostendisziplin wider.

Erträge. Die Erträge erhöhten sich in 2008 von 2,6 Mrd € um 7% auf 2,8 Mrd €. Der Anstieg von 189 Mio € gegenüber dem Vorjahr resultierte in erster Linie aus den gestiegenen Volumina im Geschäft mit Dokumentenakkreditiven und Exportfinanzierungen für grenzüberschreitende Kunden-transaktionen im Trade-Finance-Geschäft. Cash Management trug durch einen deutlichen Anstieg der Transaktionsvolumina sowohl im Euro- als auch im US-Dollar-Clearinggeschäft ebenfalls zum Ertragswachstum bei. Trotz der schwierigen Marktbedingungen in 2008 konnte bei den Einlagenvolumina ein stabiles Wachstum von 8% im Vergleich zum Vorjahr erzielt werden.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft ergab im Gesamtjahr eine Nettozuführung von 5 Mio € nach einer Nettozuführung von 7 Mio € im Vorjahr.

Zinsunabhängige Aufwendungen. Die zinsunabhängigen Aufwendungen in Höhe 1,7 Mrd € blieben gegenüber 2007 stabil. Aufwendungen im Zusammenhang mit Investitionen, darunter dem Erwerb von HedgeWorks LLC in den USA und der Geschäftsplattform der Pago eTransaction Services GmbH, wurden zum überwiegenden Teil durch Maßnahmen zur Kostensenkung und Effizienzsteigerung sowie durch niedrigere leistungsabhängige Vergütungen ausgeglichen.

Konzernbereich Private Clients and Asset Management

In der nachstehenden Tabelle sind die Geschäftsergebnisse des Konzernbereichs Private Clients and Asset Management für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 auf Basis der Managementberichtssysteme aufgeführt.

in Mio €

(sofern nicht anders angegeben)

	2008	2007
	<i>(geprüft)</i>	
Erträge insgesamt:		
Portfolio/Fund Management	2.457	3.017
Brokeragegeschäft	1.891	2.172
Kredit-/Einlagengeschäft	3.251	3.145
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	1.066	1.039
Sonstige Produkte.	376	756
Summe Erträge insgesamt	9.041	10.129
davon/darin:		
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	3.871	3.529
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	668	501
Zinsunabhängige Aufwendungen	7.972	7.560
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	18	73
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	580	74
Restrukturierungsaufwand	–	– 9
Minderheitsanteile	– 20	8
Ergebnis vor Steuern	420	2.059
Aufwand-Ertrag-Relation in %	88%	75%
Aktiva	188.785	156.767 ⁽²⁾
Durchschnittliches Active Equity ⁽¹⁾	8.315	8.539
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity).	5%	24%
Invested Assets (in Mrd €) ⁽³⁾	816	952

1 Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note 2 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008.

2 Angaben auf Basis des Konzernabschlusses der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008, angepasst an den Ausweis zum 31.12.2008.

3 Die Deutsche Bank definiert Invested Assets als (a) Vermögen, das sie im Namen ihrer Kunden zu Anlagezwecken betreiben, und/oder (b) als Vermögenswerte der Kunden, die von ihr verwaltet werden. Die Deutsche Bank verwaltet Invested Assets interessewährend, auf Beratungsbasis oder als Einlagen.

Unternehmensbereich Asset and Wealth Management

Die nachstehende Tabelle enthält die Geschäftsergebnisse des Unternehmensbereichs Asset and Wealth Management (AWM) für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 auf Basis der Managementberichts-systeme.

in Mio €

(sofern nicht anders angegeben)

	2008	2007
	<i>(geprüft)</i>	
Erträge insgesamt:		
Portfolio/Fund Management (AM)	1.840	2.351
Portfolio/Fund Management (PWM)	361	414
Portfolio/Fund Management insgesamt	2.201	2.765
Brokeragegeschäft	908	964
Kredit-/Einlagengeschäft	266	223
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	26	22
Sonstige Produkte.	- 137	401
Summe Erträge insgesamt	3.264	4.374
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	15	1
Zinsunabhängige Aufwendungen	3.794	3.453
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	18	73
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	580	74
Restrukturierungsaufwand	-	- 8
Minderheitsanteile	- 20	7
Ergebnis vor Steuern	- 525	913
Aufwand-Ertrag-Relation in %	116%	79%
Aktiva	50.473	39.180 ⁽²⁾
Durchschnittliches Active Equity ⁽¹⁾	4.870	5.109
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	- 11%	18%
Invested Assets (in Mrd €) ⁽³⁾	628	749

1 Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note 2 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008.

2 Angaben auf Basis des Konzernabschlusses der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008, angepasst an den Ausweis zum 31.12.2008.

3 Die Deutsche Bank definiert Invested Assets als (a) Vermögen, das sie im Namen ihrer Kunden zu Anlagezwecken betreuen, und/oder (b) als Vermögenswerte der Kunden, die von ihr verwaltet werden. Die Deutsche Bank verwaltet Invested Assets interessebewahrend, auf Beratungsbasis oder als Einlagen.

Erträge. Im Geschäftsjahr 2008 beliefen sich die Erträge im Unternehmensbereich AWM auf 3,3 Mrd €. Dies entspricht einem Rückgang von 1,1 Mrd € (25%) gegenüber dem Geschäftsjahr 2007 (4,4 Mrd €). Die Erträge aus dem Portfolio/Fund Management im Geschäftsbereich Asset Management (AM) gingen um 510 Mio € (22%) auf 1,8 Mrd € zurück. Im Geschäftsbereich Private Wealth Management (PWM) waren sie um 53 Mio € (13%) rückläufig und beliefen sich auf 361 Mio € nach 414 Mio € in 2007. Beide Geschäftsbereiche waren von den negativen Marktentwicklungen in 2008 stark betroffen, insbesondere im vierten Quartal. Auch der starke Euro wirkte sich ungünstig aus. Diese Marktentwicklungen führten zu einem signifikanten Rückgang der verwalteten Vermögen, insbesondere bei Aktienprodukten, was eine Reduzierung der erfolgs- und volumenabhängigen Provisionen zur Folge hatte. Die Erträge aus dem Brokeragegeschäft lagen mit 908 Mio€ um 56 Mio € (6%) unter dem Wert des Vorjahres (964 Mio €). Dies resultierte vor allem aus geringerer Kundenaktivität in einem schwierigen Marktumfeld und dem Einfluss des starken Euro. Die Erträge aus dem Kredit- und Einlagengeschäft stiegen durch ein deutliches Wachstum der Kredit- und Einlagenvolumina von 223 Mio € um 43 Mio € (20%) auf 266 Mio €. Bei den sonstigen Produkten wurden im Berichtsjahr negative Erträge von 137 Mio € gegenüber positiven Erträgen von 401 Mio € im Vorjahr berichtet. Die negativen Erträge in 2008 waren von zahlreichen wesentlichen Sonderfaktoren geprägt, die im Zusammenhang mit den Marktverwerfungen standen. Diese umfassten negative Marktwertanpassungen von rund 230 Mio € bei Seed Capital und anderen Investments sowie Zuschüsse von 150 Mio € zu bestimmten konsolidierten Geldmarktfonds.

Zinsunabhängige Aufwendungen. Die zinsunabhängigen Aufwendungen lagen 2008 mit 3,8 Mrd € um 341 Mio € (10%) über dem Vorjahreswert (3,5 Mrd €). Der Anstieg war insbesondere auf eine Abschreibung von 310 Mio € auf immaterielle Vermögenswerte in DWS Scudder (im Vergleich zu 74 Mio € im Vorjahr) und eine Goodwillabschreibung von 270 Mio € in einem konsolidierten Investment zurückzuführen (beide in AM). In PWM wurde eine Rückstellung über 98 Mio € gebildet. Diese stand im Zusammenhang mit einer bei einem Vergleich in den USA eingegangenen Verpflichtung gegenüber Privatkunden, Auction Rate Preferred Securities („ARP“)/Auction Rate Securities („ARS“) zum Nennwert zurückzukaufen.

AWM beendete das Geschäftsjahr 2008 mit einem Verlust vor Steuern von 525 Mio € nach einem Gewinn vor Steuern von 913 Mio € im Vorjahr.

Invested Assets. Die Invested Assets in AWM betragen am Jahresende 628 Mrd €, was einem Rückgang von 121 Mrd € gegenüber dem Jahresende 2007 entspricht. Von diesem Rückgang entfielen 109 Mrd € auf Marktwertverluste. Im Gesamtjahr beliefen sich die Nettomittelabflüsse in AM auf 22 Mrd €, während PWM Nettomittelzuflüsse von 10 Mrd € erzielen konnte.

Unternehmensbereich Private & Business Clients

Die nachstehende Tabelle stellt die Geschäftsergebnisse des Unternehmensbereichs Private & Business Clients (PBC) für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 auf Basis der Managementberichtssysteme dar.

in Mio €

(sofern nicht anders angegeben)

	2008	2007
	<i>(geprüft)</i>	
Erträge insgesamt:		
Portfolio/Fund Management	256	253
Brokeragegeschäft	983	1.207
Kredit-/Einlagengeschäft	2.985	2.923
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	1.040	1.017
Sonstige Produkte	513	355
Summe Erträge insgesamt	5.777	5.755
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	653	501
Zinsunabhängige Aufwendungen	4.178	4.108
davon/darin:		
Restrukturierungsaufwand	–	– 1
Minderheitsanteile	0	0
Ergebnis vor Steuern	945	1.146
Aufwand-Ertrag-Relation in %	72 %	71 %
Aktiva	138.350	117.809 ⁽²⁾
Durchschnittliches Active Equity ⁽¹⁾	3.445	3.430
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	27 %	33 %
Invested Assets (in Mrd €) ⁽³⁾	189	203
Kreditvolumen (in Mrd €)	91	87
Einlagenvolumen (in Mrd €)	118	96

1 Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note 2 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008.

2 Angaben auf Basis des Konzernabschlusses der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008, angepasst an den Ausweis zum 31.12.2008.

3 Die Deutsche Bank definiert Invested Assets als (a) Vermögen, das sie im Namen ihrer Kunden zu Anlagezwecken betreuen, und/oder (b) als Vermögenswerte der Kunden, die von ihr verwaltet werden. Die Deutsche Bank verwaltet Invested Assets interessewährend, auf Beratungsbasis oder als Einlagen.

Erträge. Die Erträge von 5,8 Mrd € blieben im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Die Erträge aus dem Portfolio/Fund Management stiegen leicht um 3 Mio € (1%), was auf eine erfolgreiche Marktein-

führung eines Portfoliomanagementprodukts im dritten Quartal 2008 zurückzuführen war. Die Erträge aus dem Brokeragegeschäft sanken um 224 Mio € (19%) auf 983 Mio €, was im Wesentlichen auf eine geringe Kundenaktivität in einem schwierigen Marktumfeld zurückzuführen war. Die Erträge aus dem Kredit- und Einlagengeschäft stiegen um 62 Mio € (2%) auf 2,9 Mrd €. Der Einfluss gestiegener Volumina im Kredit- und Einlagengeschäft wurde durch niedrigere Margen, insbesondere im Einlagengeschäft, teilweise ausgeglichen. Die Erträge aus Zahlungsverkehr, Kontoführung und sonstigen Finanzdienstleistungen nahmen um 23 Mio € (2%) zu und beliefen sich auf 1,0 Mrd €. Dies war in erster Linie auf gestiegene Erträge im Kreditkartengeschäft zurückzuführen. Die Erträge aus sonstigen Produkten stiegen 2008 um 158 Mio € (44%) auf 513 Mio €, was vorwiegend auf die Aktiv- und Passivsteuerung in PBC, Dividendenzahlungen eines Kooperationspartners nach einem IPO und auf Gewinne, die im Zusammenhang mit einem früheren Geschäftsverkauf standen, zurückzuführen waren.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft stieg von 501 Mio € um 152 Mio € (30%) auf 653 Mio €. Ursache waren insbesondere die sich verschlechternden Kreditbedingungen in Spanien und eine höhere Kreditausfallquote in Deutschland und Italien. Organisches Wachstum in Polen trug ebenfalls zum Anstieg bei.

Zinsunabhängige Aufwendungen. Die zinsunabhängigen Aufwendungen von 4,2 Mrd € waren um 70 Mio € (2%) höher als im Jahr 2007. Höhere Abfindungszahlungen und Kosten in Zusammenhang mit der Einstellung neuer Mitarbeiter wurden durch niedrigere leistungsabhängige Vergütungen und striktes Kostenmanagement ausgeglichen.

Invested Assets. Die Invested Assets beliefen sich zum Jahresende 2008 auf 189 Mrd €, was einem Rückgang um 15 Mrd € entspricht. Negativen Marktwertentwicklungen von 30 Mrd € standen Nettomittelzuflüsse von 15 Mrd € gegenüber.

PBC betreute zum Jahresende 14,6 Millionen Kunden. Dies entspricht einer Zunahme um rund 800.000 Kunden, insbesondere in Deutschland, Italien und Polen.

Konzernbereich Corporate Investments

In der nachfolgenden Tabelle sind die Ergebnisse des Konzernbereichs Corporate Investments (CI) für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 auf Basis der Managementberichtssysteme der Deutschen Bank aufgeführt.

in Mio €

(sofern nicht anders angegeben)

	2008	2007
	(geprüft)	
Erträge insgesamt	1.290	1.517
davon/darin: Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	- 172	157
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 1	3
Zinsunabhängige Aufwendungen	95	220
davon/darin:		
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	54
Restrukturierungsaufwand	-	- 0
Minderheitsanteile	2	- 5
Ergebnis vor Steuern	1.194	1.299
Aufwand-Ertrag-Relation in %	7%	15%
Aktiva	18.297	13.005 ⁽²⁾
Durchschnittliches Active Equity ⁽¹⁾	403	473
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	N/A	N/A

N/A – nicht aussagefähig

- 1 Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note 2 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008.
- 2 Angaben auf Basis des Konzernabschlusses der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008, angepasst an den Ausweis zum 31.12.2008.

Für das Geschäftsjahr 2008 erreichte CI ein Ergebnis vor Steuern von 1,2 Mrd € gegenüber 1,3 Mrd € in 2007.

Erträge. Die Erträge beliefen sich im Berichtsjahr auf 1,3 Mrd € und lagen um 227 Mio € unter dem Vorjahreswert (1,5 Mrd €). Die in 2008 generierten Erträge enthielten Gewinne von 1,3 Mrd € aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (vornehmlich Daimler AG, Allianz SE und Linde AG), einen Gewinn von 96 Mio € aus der Veräußerung der Beteiligung an der Arcor AG & Co. KG, Dividenden-erträge von 114 Mio € sowie negative Marktwertanpassungen, einschließlich der Effekte aus der Option zur Erhöhung der Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd.

Die Erträge in 2007 beinhalteten Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen in Höhe von 626 Mio € (vor allem Allianz SE, Linde AG und Fiat S. p.A.) sowie einen Gewinn von 178 Mio € aus der nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligung an der Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG (was zu einer Goodwillabschreibung von 54 Mio € in CI führte). Des Weiteren wurden Dividende-erträge von 141 Mio € sowie weitere Marktwertgewinne aus der Option zur Erhöhung der Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. erzielt. Darüber hinaus beinhalteten die Erträge einen Gewinn von 313 Mio € aus der Sale-und-Leaseback-Transaktion für die Immobilie 60 Wall Street.

Zinsunabhängige Aufwendungen. Die zinsunabhängigen Aufwendungen von 95 Mio € lagen um 126 Mio € unter dem Wert des Vorjahres. Ursache für diesen Rückgang waren vor allem niedrigere Kosten aus konsolidierten Investments im Geschäftsjahr 2008 und die zuvor genannte Goodwillabschreibung in 2007.

Am Ende des Geschäftsjahres 2008 belief sich der Buchwert des Alternative-Assets-Portfolios von CI auf 434 Mio € (31% unter dem Buchwert zum Jahresende 2007). Davon entfielen 72% auf Beteiligungen im Immobilienbereich, 23% auf direkte Private-Equity-Beteiligungen und 5% auf indirekte Private-Equity- und andere Beteiligungen. Zum Jahresende 2007 betrug der Buchwert des Alternative-Assets-Portfolios 631 Mio €.

Vergleich der Geschäftsjahre jeweils endend zum 31. Dezember 2007 und 2006

Die folgende Diskussion basiert auf der zum Jahresabschluss 2007 gültigen Struktur der Geschäftsbereiche der Deutschen Bank. Alle Zahlen sind dem Konzernabschluss 2007 entnommen und wurden nicht an den Ausweis zum Jahresende 2008 angepasst. Änderungen in der Struktur der Segmente können aus veränderten Managementverantwortlichkeiten sowie aus Akquisitionen oder Desinvestitionen resultieren. Für weitere Informationen zu den Änderungen in der Struktur der Segmente siehe Note 2 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für die Geschäftsjahre 2008 und 2007, welche im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt sind.

Die nachstehenden Tabellen stellen die Geschäftsergebnisse der Konzernbereiche für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 auf Basis der Managementberichtssysteme dar.

2007 (geprüft)

in Mio € (außer Prozentangaben)	Corporate and Investment Bank	Private Clients and Asset Management	Corporate Investments	Management Reporting insgesamt	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
Erträge insgesamt	19.092	10.129	1.517	30.738	7	30.745⁽¹⁾
Risikovorsorge im Kreditgeschäft . . .	109	501	3	613	- 1	612
Zinsunabhängige Aufwendungen . . .	13.802	7.561	220	21.583	- 200	21.384
davon/darin:						
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	116	73	-	188	5	193
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	74	54	128	-	128
Restrukturierungsaufwand	- 4	- 9	- 0	- 13	-	- 13
Minderheitsanteile	34	8	- 5	37	- 37	-
Ergebnis vor Steuern	5.147	2.059	1.299	8.505	244	8.749
Aufwand-Ertrag-Relation	72 %	75 %	15 %	70 %	N/A	70 %
Aktiva ⁽²⁾	1.895.756	156.391	13.002	2.011.654	8.695	2.020.349
Durchschnittliches Active Equity ⁽³⁾ . . .	20.714	8.539	473	29.725	121	29.846
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁽⁴⁾	25 %	24 %	N/A	29 %	N/A	29 %

N/A – nicht aussagefähig

- 1 Beinhaltet Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Fiat S. p. A., Linde AG und Allianz SE) in Höhe von 514 Mio €, einen Gewinn aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen (Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG) in Höhe von 178 Mio € sowie Gewinne aus der Veräußerung von Gebäuden (Sale-und-Leaseback-Transaktion für das Bürogebäude 60 Wall Street in New York) in Höhe von 317 Mio €. Diese Positionen werden zur Berechnung der Target Definition der Deutschen Bank nicht berücksichtigt.
- 2 Angaben auf Basis des Konzernabschlusses der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2007, nicht angepasst an den Ausweis zum 31.12.2008. Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.
- 3 Angaben auf Basis des Konzernabschlusses der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2007, nicht angepasst an den Ausweis zum 31.12.2008. Für Zwecke der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das nach Berücksichtigung dieser Komponenten verbleibende durchschnittliche Active Equity wird den Segmenten anteilig gemäß ihrem Ökonomischen Kapital zugewiesen.
- 4 Für die Berechnung der Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Note 2 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2007. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 24%.

2006 (geprüft)

in Mio € (außer Prozentangaben)	Corporate and Investment Bank	Private Clients and Asset Management	Corporate Investments	Management Reporting insgesamt	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
Erträge insgesamt	18.802	9.315	574	28.691	- 197	28.494⁽¹⁾
Risikovorsorge im Kreditgeschäft . . .	- 94	391	2	298	- 0	298
Zinsunabhängige Aufwendungen . . .	12.789	7.000	214	20.003	- 147	19.857
davon/darin:						
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	-	63	-	63	4	67
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	-	31	31	-	31
Restrukturierungsaufwand	99	91	1	192	-	192
Minderheitsanteile	23	- 11	- 3	10	- 10	-
Ergebnis vor Steuern	6.084	1.935	361	8.380	- 41	8.339
Aufwand-Ertrag-Relation	68 %	75 %	37 %	70 %	N/A	70 %
Aktiva ⁽²⁾	1.468.321	130.642	17.783	1.576.714	7.779	1.584.493
Durchschnittliches Active Equity ⁽³⁾ . . .	17.105	7.206	1.057	25.368	100	25.468
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁽⁴⁾	36 %	27 %	34 %	33 %	N/A	33 %

N/A – nicht aussagefähig

- 1 Beinhaltet einen Gewinn aus dem Verkauf einer restlichen Beteiligung an der EUROHYPO von 131 Mio €, Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Linde AG) in Höhe von 92 Mio € sowie Zahlungen von Versicherungsgesellschaften zur Erstattung von Verlusten aufgrund von Betriebsunterbrechungen und sonstigen Kosten, die dem Konzern infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 in Höhe von 125 Mio € entstanden waren. Diese Positionen werden zur Berechnung der Target Definition der Deutschen Bank nicht berücksichtigt.
- 2 Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.
- 3 Für Zwecke der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das nach Berücksichtigung dieser Komponenten verbleibende durchschnittliche Active Equity wird den Segmenten anteilig gemäß ihrem Ökonomischen Kapital zugewiesen.
- 4 Für die Berechnung der Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Note 2 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2007. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 28 %.

Konzernbereich Corporate and Investment Bank

Die nachstehende Tabelle enthält die Geschäftsergebnisse des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 auf Basis der Managementberichtssysteme.

in Mio € (außer Prozentangaben)	2007	2006
	<i>(geprüft)</i>	
Erträge insgesamt:		
Sales & Trading (Equity)	4.613	4.039
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	8.407	9.016
Emissionsgeschäft (Equity)	861	760
Emissionsgeschäft (Debt)	714	1.331
Beratung	1.089	800
Kreditgeschäft	974	946
Transaction Services	2.585	2.228
Sonstige Produkte	- 151	- 318
Summe Erträge insgesamt	19.092	18.802
davon/darin:		
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	12.278	12.743
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	109	- 94
Zinsunabhängige Aufwendungen	13.802	12.789
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	116	-
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	-
Restrukturierungsaufwand	- 4	99
Minderheitsanteile	34	23
Ergebnis vor Steuern	5.147	6.084
Aufwand-Ertrag-Relation	72 %	68 %
Aktiva	1.895.756 ⁽²⁾	1.468.321
Durchschnittliches Active Equity ⁽¹⁾	20.714	17.105
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	25 %	36 %

- 1 Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note 2 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2007.
- 2 Angaben auf Basis des Konzernabschlusses der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2007, nicht angepasst an den Ausweis zum 31.12.2008.

Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities

Die nachstehende Tabelle stellt die Geschäftsergebnisse des Unternehmensbereichs Corporate Banking & Securities für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 auf Basis der Managementberichtssysteme dar.

in Mio € (außer Prozentangaben)	2007	2006
	<i>(geprüft)</i>	
Erträge insgesamt:		
Sales & Trading (Equity)	4.613	4.039
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	8.407	9.016
Emissionsgeschäft (Equity)	861	760
Emissionsgeschäft (Debt)	714	1.331
Beratung	1.089	800
Kreditgeschäft	974	946
Sonstige Produkte	– 151	– 318
Summe Erträge insgesamt	16.507	16.574
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	102	– 65
Zinsunabhängige Aufwendungen	12.169	11.236
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	116	–
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	–	–
Restrukturierungsaufwand	– 4	77
Minderheitsanteile	34	23
Ergebnis vor Steuern	4.201	5.379
Aufwand-Ertrag-Relation	74 %	68 %
Aktiva	1.881.638 ⁽²⁾	1.459.190
Durchschnittliches Active Equity ⁽¹⁾	19.619	16.041
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	21 %	34 %

1 Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note 2 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2007.

2 Angaben auf Basis des Konzernabschlusses der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2007, nicht angepasst an den Ausweis zum 31.12.2008.

Erträge. Die Erträge waren im Jahr 2007 mit 16,5 Mrd € geringfügig niedriger als im Vorjahr (16,6 Mrd €). Durch Abschreibungen und Marktwertverluste in einigen Sales & Trading-Bereichen sowie bei Krediten und Kreditzusagen im Leveraged-Finance-Bereich wurden die höheren Erträge aus den klassischen kundenbezogenen Produktbereichen aufgehoben. Das Ergebnis vor Steuern für das Gesamtjahr sank im Vergleich zum Vorjahr von 5,4 Mrd € um 1,2 Mrd € (22 %) auf 4,2 Mrd €. Die insgesamt rückläufige Entwicklung im Bereich CB&S war in erster Linie auf einen Anstieg der zinsunabhängigen Aufwendungen infolge höherer Mitarbeiterzahlen und auf eine höhere Risikovorsorge im Kreditgeschäft zurückzuführen.

Die Erträge in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) betragen in 2007 8,4 Mrd €, was einem Rückgang von 609 Mrd € (7 %) gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Erträge in Sales & Trading (Equity) stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 574 Mio € (14 %) auf ein Rekordniveau von 4,6 Mrd €. Die Ergebnisse in Sales & Trading waren trotz außergewöhnlich schwieriger Marktbedingungen in der zweiten Jahreshälfte 2007 insgesamt vergleichbar mit denen des Vorjahres.

Im dritten Quartal 2007 hatte die Deutsche Bank Verluste von 1,6 Mrd € im Relative-Value-Handel mit Schuld- und Eigenkapitaltiteln, im CDO-Korrelationshandel und im Handel mit verbrieften Wohnungsbaukrediten („RMBS“) ausgewiesen. Davon entfielen 726 Mio € auf den CDO-Korrelationshandel und RMBS, vor allem aufgrund von Risikopositionen, die im Zusammenhang mit Subprime-Wohnungsbaukrediten standen. Im vierten Quartal 2007 erzielten die CDO- und RMBS-Geschäftsbereiche nach Berücksichtigung von Gewinnen aus Absicherungsgeschäften insgesamt positive Ergebnisse.

In anderen Bereichen profitierte CB&S von der Breite und der Vielfalt seiner Global-Markets-Plattform. So haben vor allem die Marktführerschaft in Produktbereichen wie dem Devisen-, Zins- und Geldmarktgeschäft sowie eine starke Position in Emerging-Markets-Ländern dazu beigetragen, dass das schwächere Ergebnis im Handel mit Kreditprodukten ausgeglichen werden konnte. Das kundenbezogene Geschäft blieb weiterhin die dominierende Ertragsquelle für Sales & Trading-Erträge im Bereich CB&S. Die Gewinne im designierten Eigenhandel gingen gegenüber 2006 sowohl in absoluten Zahlen als auch hinsichtlich ihres prozentualen Anteils an den Erträgen zurück. Ursache dafür waren die Marktverwerfungen in der zweiten Jahreshälfte 2007.

Die Erträge aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft lagen mit 2,7 Mrd € um 226 Mio € (8%) unter denen des Vorjahres. Dieser Rückgang im Jahresvergleich war hauptsächlich auf die Verschlechterung am Markt für kreditfinanzierte Unternehmensübernahmen im Zuge der allgemeinen Verwerfungen an den Kreditmärkten in der zweiten Jahreshälfte zurückzuführen. In 2007 wurden negative Marktwertanpassungen von 759 Mio € (ohne Berücksichtigung von Provisionen und Absicherungsgeschäften: 1,4 Mrd €) auf Kredite und Finanzierungszusagen im Leveraged-Finance-Geschäft vorgenommen.

Die Erträge aus dem Kreditgeschäft lagen mit 974 Mio € knapp über dem Vorjahreswert von 946 Mio € und enthalten Veräußerungsgewinne im Zusammenhang mit restrukturierten Krediten. Belastend wirkten sich Effekte aus der Anwendung der Fair Value-Option auf höhere Volumina neu begebener Kredite aus.

Im Gesamtjahr 2007 ergaben sich für die sonstigen Produkte negative Erträge in Höhe 151 Mio €. Diese verbesserten sich gegenüber dem Vorjahr von 318 Mio € um 167 Mio €, was in erster Linie auf höhere Erträge im Zusammenhang mit der Akquisition von Abbey Life Assurance Company Limited im vierten Quartal 2007 zurückzuführen war, denen allerdings Aufwendungen im Versicherungsgeschäft und in den zinsunabhängigen Aufwendungen gegenüberstanden.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Für die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wurde in 2007 eine Nettozuführung von 102 Mio € ausgewiesen, nach einer Nettoauflösung von 65 Mio € im Vorjahr. Die Nettobelastung war primär auf die Bildung einer Risikovorsorge für eine einzelne Geschäftsbeziehung zurückzuführen.

Zinsunabhängige Aufwendungen. Die zinsunabhängigen Aufwendungen beliefen sich in 2007 auf 12,2 Mrd €, was einem Anstieg von 933 Mio € (8%) gegenüber dem Vorjahreswert von 11,2 Mrd € entspricht. Dies war in erster Linie auf eine höhere Mitarbeiterzahl, die beschleunigte Aufwandsfassung aktienbasierter Vergütungen, die erstmalige Konsolidierung von Akquisitionen und gestiegene Geschäftsvolumina zurückzuführen.

Unternehmensbereich Global Transaction Banking

Die nachstehende Tabelle stellt die Geschäftsergebnisse des Unternehmensbereichs Global Transaction Banking für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 auf Basis der Managementberichtssysteme dar.

in Mio € (außer Prozentangaben)	2007	2006
	<i>(geprüft)</i>	
Erträge insgesamt:		
Transaction Services.	2.585	2.228
Sonstige Produkte.	–	–
Summe Erträge insgesamt	2.585	2.228
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	7	– 29
Zinsunabhängige Aufwendungen	1.633	1.552
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	–	–
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	–	–
Restrukturierungsaufwand	– 1	22
Minderheitsanteile	–	–
Ergebnis vor Steuern	945	705
Aufwand-Ertrag-Relation	63 %	70 %
Aktiva.	32.083 ⁽²⁾	25.646
Durchschnittliches Active Equity ⁽¹⁾	1.095	1.064
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity).	86 %	66 %

1 Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note 2 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2007.

2 Angaben auf Basis des Konzernabschlusses der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2007, nicht angepasst an den Ausweis zum 31.12.2008.

Erträge. Die Erträge stiegen in 2007 in allen Regionen und Produktbereichen um insgesamt 16% von 2,2 Mrd € in 2006 auf 2,6 Mrd € in 2007. Im Cash Management erhöhten sich die Erträge aufgrund höherer Kundenverbindlichkeiten und eines starken Anstiegs der Zahlungsverkehrsvolumina signifikant. Darin spiegelt sich zum einen der Trend bei Banken und Unternehmen, Aktivitäten bei ausgewählten Anbietern von Transaction-Banking-Diensten zu bündeln, zum anderen die Einführung des einheitlichen Eurozahlungsverkehrsraums (SEPA) wider. Des Weiteren trug das erweiterte Cash Management-Angebot in den Emerging-Markets-Ländern wie Brasilien, Russland und Türkei zur positiven Entwicklung bei. Das Ertragswachstum in Trade Finance war im Wesentlichen auf starke Geschäftsaktivitäten in EMEA zurückzuführen. In Trust & Securities Services stiegen die Erträge in den Regionen Asien/Pazifik und EMEA, insbesondere aufgrund gestiegener Zuflüsse und signifikanter neuer Mandate im dortigen Wertpapierverwahrungsgeschäft.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft ergab im Gesamtjahr eine Nettozuführung von 7 Mio € nach einer Nettoauflösung von 29 Mio € im Jahr 2006.

Zinsunabhängige Aufwendungen. Die zinsunabhängigen Aufwendungen lagen mit 1,6 Mrd € leicht über Vorjahresniveau. Der Zuwachs war in erster Linie auf den Anstieg der Mitarbeiterzahlen, der leistungsabhängigen Vergütungen sowie der transaktionsbezogenen Aufwendungen infolge höherer Geschäftsvolumina zurückzuführen.

Ergebnis vor Steuern. Das Ergebnis vor Steuern verbesserte sich im Geschäftsjahr 2007 um 241 Mio € (34%) auf 945 Mio € (2006: 705 Mio €). Diese Entwicklung resultierte aus zweistelligen Ergebnissteigerungen in allen Regionen.

Konzernbereich Private Clients and Asset Management

In der nachstehenden Tabelle sind die Geschäftsergebnisse des Konzernbereichs Private Clients and Asset Management für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 auf Basis der Managementberichtssysteme aufgeführt.

in Mio € (Ausnahmen angegeben)	2007	2006
	<i>(geprüft)</i>	
Erträge insgesamt:		
Portfolio/Fund Management	3.062	3.089
Brokeragegeschäft	2.172	1.910
Kredit-/Einlagengeschäft	3.173	2.774
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	979	899
Sonstige Produkte	742	643
Summe Erträge insgesamt	10.129	9.315
davon/darin:		
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	3.529	3.071
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	501	391
Zinsunabhängige Aufwendungen	7.561	7.000
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	73	63
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	74	–
Restrukturierungsaufwand	– 9	91
Minderheitsanteile	8	– 11
Ergebnis vor Steuern	2.059	1.935
Aufwand-Ertrag-Relation	75 %	75 %
Aktiva	156.391 ⁽²⁾	130.642
Durchschnittliches Active Equity ⁽¹⁾	8.539	7.206
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	24 %	27 %
Invested Assets (in Mrd €) ⁽³⁾	952	908

- 1 Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note 2 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2007.
- 2 Angaben auf Basis des Konzernabschlusses der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2007, nicht angepasst an den Ausweis zum 31.12.2008.
- 3 Die Deutsche Bank definiert Invested Assets als (a) Vermögen, das sie im Namen ihrer Kunden zu Anlagezwecken betreuen, und/oder (b) als Vermögenswerte der Kunden, die von ihr verwaltet werden. Die Deutsche Bank verwaltet Invested Assets interessewährend, auf Beratungsbasis oder als Einlagen.

Unternehmensbereich Asset and Wealth Management

Die nachstehende Tabelle enthält die Geschäftsergebnisse des Unternehmensbereichs Asset and Wealth Management (AWM) für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 auf Basis der Managementberichtssysteme.

in Mio € (Ausnahmen angegeben)	2007	2006
	<i>(geprüft)</i>	
Erträge insgesamt:		
Portfolio/Fund Management (AM)	2.351	2.470
Portfolio/Fund Management (PWM)	414	332
Portfolio/Fund Management insgesamt	2.765	2.802
Brokeragegeschäft	964	811
Kredit-/Einlagengeschäft	223	191
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	22	18
Sonstige Produkte.	401	345
Summe Erträge insgesamt	4.374	4.166
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1	- 1
Zinsunabhängige Aufwendungen	3.453	3.284
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	73	63
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	74	-
Restrukturierungsaufwand	- 8	43
Minderheitsanteile	7	- 11
Ergebnis vor Steuern	913	894
Aufwand-Ertrag-Relation	79 %	79 %
Aktiva	39.081 ⁽²⁾	35.922
Durchschnittliches Active Equity ⁽¹⁾	5.109	4.917
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	18 %	18 %
Invested Assets (in Mrd €) ⁽³⁾	749	732

1 Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note 2 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2007.

2 Angaben auf Basis des Konzernabschlusses der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2007, nicht angepasst an den Ausweis zum 31.12.2008.

3 Die Deutsche Bank definiert Invested Assets als (a) Vermögen, das sie im Namen ihrer Kunden zu Anlagezwecken betreuen, und/oder (b) als Vermögenswerte der Kunden, die von ihr verwaltet werden. Die Deutsche Bank verwaltet Invested Assets interessenswährend, auf Beratungsbasis oder als Einlagen.

Erträge. Die Erträge im Jahr 2007 lagen mit 4,4 Mrd € um 208 Mio € (5%) über dem Vorjahreswert von 4,2 Mrd €. Rückläufige Erträge in Höhe von 2,4 Mrd € (nach 2,5 Mrd € im Vorjahr) im Portfolio/Fund Management (AM) aufgrund gesunkener erfolgsabhängiger Provisionen im Geschäft im Alternative-Investments-Geschäft wurden teilweise durch höhere erfolgsabhängige Provisionen im Geschäft mit Privatkunden und institutionellen Anlegern und gestiegene Managementprovisionen im Alternative Investments- und Privatkundengeschäft kompensiert. In PWM stiegen die Erträge aus dem Portfolio/Fund Management von 332 Mio € in 2006 um 81 Mio € (24%) auf 414 Mio € in 2007. Hauptfaktoren für diesen Zuwachs waren höhere Invested Assets infolge der Akquisition von Tilney und die Einstellung neuer Kundenbetreuer seit Beginn 2006. Die Erträge im Brokeragegeschäft stiegen aufgrund höherer Kundenaktivität von 811 Mio € in 2006 um 154 Mio € (19%) auf 964 Mio € in 2007. Hierzu trug insbesondere die Kundennachfrage nach Alternative Investments und anderen innovativen Anlageprodukten bei. Die Erträge aus dem Kredit-/Einlagengeschäft stiegen von 191 Mio € in 2006 um 31 Mio € (16%) auf 223 Mio € in 2007, infolge höherer Volumina und Margen sowohl bei Krediten als auch bei Einlagen. Die Erträge aus sonstigen Produkten lagen mit 401 Mio € um 57 Mio € (16%) über dem Vorjahreswert von 345 Mio €. Dieser Anstieg resultierte in erster Linie aus der Konsolidierung eines Infrastrukturinvestments im Jahresverlauf, das für einen RREEF-Fonds in AM bestimmt war.

Zinsunabhängige Aufwendungen. Die zinsunabhängige Aufwendungen beliefen sich in 2007 auf 3,5 Mrd €, was einem Anstieg um 169 Mio € (5%) nach 3,3 Mrd € im Vorjahr entspricht. Dies war im Wesentlichen auf eine Abschreibung von 74 Mio € auf immaterielle Vermögenswerte in AM sowie auf die Akquisitions- und Wachstumsstrategie von PWM zurückzuführen und wurde teilweise durch einen Rückgang der Restrukturierungsaufwendungen kompensiert.

Ergebnis vor Steuern. Das Ergebnis vor Steuern in AWM lag mit 913 Mio € in 2007 knapp über dem Ergebnis des Vorjahres von 894 Mio €.

Invested Assets. Die Invested Assets (Vermögen, das im Namen der Kunden zu Anlagezwecken betreut und/oder als Vermögenswerte der Kunden verwaltet werden) in AWM stiegen von 732 Mrd € in 2006 um 17 Mrd € auf 749 Mrd € in 2007. In AM stiegen die Invested Assets von 543 Mrd € um 12 Mrd € auf 555 Mrd € und in PWM von 189 Mrd € um 5 Mrd € auf 194 Mrd €. Die Nettomittelzuflüsse in Höhe von 27 Mrd € in AM beziehungsweise 13 Mrd € in PWM wurden teilweise durch Umrechnungseffekte des starken Euro auf in US-Dollar gehaltene Volumen aufgehoben.

Unternehmensbereich Private & Business Clients

Die nachstehende Tabelle stellt die Geschäftsergebnisse des Unternehmensbereichs Private & Business Clients (PBC) für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 auf Basis der Managementberichtssysteme dar.

in Mio € (Ausnahmen angegeben)	2007	2006
	<i>(geprüft)</i>	
Erträge insgesamt:		
Portfolio/Fund Management	297	287
Brokeragegeschäft	1.208	1.099
Kredit-/Einlagengeschäft	2.950	2.583
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	958	881
Sonstige Produkte.	341	299
Summe Erträge insgesamt	5.755	5.149
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	501	391
Zinsunabhängige Aufwendungen	4.108	3.717
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	–	–
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	–	–
Restrukturierungsaufwand	– 1	49
Minderheitsanteile	0	0
Ergebnis vor Steuern	1.146	1.041
Aufwand-Ertrag-Relation	71 %	72 %
Aktiva	117.533 ⁽²⁾	94.760
Durchschnittliches Active Equity ⁽¹⁾	3.430	2.289
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	33 %	45 %
Invested Assets (in Mrd €) ⁽³⁾	203	176
Kreditvolumen (in Mrd €)	87	79
Einlagenvolumen (in Mrd €)	96	72

- 1 Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note 2 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2007.
- 2 Angaben auf Basis des Konzernabschlusses der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2007, nicht angepasst an den Ausweis zum 31.12.2008.
- 3 Die Deutsche Bank definiert Invested Assets als (a) Vermögen, das sie im Namen ihrer Kunden zu Anlagezwecken betreuen, und/oder (b) als Vermögenswerte der Kunden, die von ihr verwaltet werden. Die Deutsche Bank verwaltet Invested Assets interessewährend, auf Beratungsbasis oder als Einlagen.

Erträge. Die Erträge nahmen von 5,1 Mrd € in 2006 um 606 Mio € (12%) auf 5,8 Mrd € in 2007 zu. Ein Grund für den Anstieg in allen Produktbereichen war die Akquisition der norisbank (seit November 2006 konsolidiert) und der Berliner Bank (seit Januar 2007 konsolidiert). Die Erträge aus dem Port-

folio/Fund Management und dem Brokeragegeschäft stiegen von 239 Mio € in 2006 um 14 Mio € auf 253 Mio € in 2007 beziehungsweise von 1,1 Mrd € in 2006 um 123 Mio € auf 1,2 Mrd € in 2007. Hierfür waren die erfolgreiche Platzierung von Vermögensanlageprodukten sowie gestiegene Kundenumsätze verantwortlich. Die Erträge im Kredit-/Einlagengeschäft trugen mit knapp 3,0 Mrd € in 2007 am stärksten zum Wachstum bei. Zur Steigerung von 300 Mio € (11 %) trugen vor allem die vorgenannten Akquisitionen bei. Die Erträge aus dem Zahlungsverkehr, der Kontoführung und den übrigen Finanzdienstleistungen erhöhten sich von 890 Mio € um 128 Mio € (14 %) auf 1,0 Mrd €. Ursache hierfür waren vor allem die Akquisitionen, aber auch gestiegene Erträge aus der Vermittlung von Versicherungsprodukten aufgrund eines höheren Absatzes von rentenbezogenen Produkten. Die Erträge aus sonstigen Produkten stiegen von 313 Mio € um 42 Mio € (13 %) auf 355 Mio €.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft stieg von 391 Mio € in 2006 um 109 Mio € (28 %) auf 501 Mio € in 2007, vor allem aufgrund der Akquisitionen.

Zinsunabhängige Aufwendungen. Die zinsunabhängigen Aufwendungen waren mit 4,1 Mrd € um 391 Mio € (11 %) höher als im Jahr 2006 (3,7 Mrd €), was in erster Linie auf die genannten Akquisitionen zurückzuführen war. Weitere Ursachen für den Anstieg waren mit den Akquisitionen verbundene Integrationskosten, Geschäftsinvestitionen in Emerging-Markets-Ländern, einschließlich des Filialbank- und Kreditkartengeschäfts in Indien und China, sowie der Ausbau des Filialnetzes und des Konsumentenfinanzierungsgeschäfts in Polen.

Ergebnis vor Steuern. Das Ergebnis vor Steuern lag im Geschäftsjahr 2007 mit 1,1 Mrd € um 106 Mio € (10 %) über dem Vorjahresergebnis von 1,0 Mrd €. 2006 waren in dem Ergebnis vor Steuern Restrukturierungsaufwendungen von 49 Mio € enthalten.

Invested Assets. Die invested assets (Vermögen, das im Namen der Kunden zu Anlagezwecken betreut und/oder als Vermögenswerte der Kunden verwaltet werden) beliefen sich Ende 2007 auf 203 Mrd €. Dies entspricht einem Zuwachs von 28 Mrd € (16 %) gegenüber 176 Mrd € im Vorjahr, von denen 19 Mrd € auf Nettomittelzuflüsse entfielen. Der übrige Anstieg war auf Marktwertentwicklungen und Akquisitionen zurückzuführen.

Die Zahl der Kunden in PBC stieg im Jahresverlauf 2007 um ca. 1 Million und betrug zum Jahresende 13,8 Millionen. Wenn man von den Effekten aus der Akquisition der Berliner Bank und dem Verkauf der Kreditkartenabwicklung in Italien absieht, trugen Deutschland und Indien am stärksten zu diesem Anstieg bei.

Konzernbereich Corporate Investments

In der nachfolgenden Tabelle sind die Ergebnisse des Konzernbereichs Corporate Investments (CI) für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 auf Basis der Managementberichtssysteme aufgeführt.

in Mio € (außer Prozentangaben)	2007	2006
	<i>(geprüft)</i>	
Erträge insgesamt:	1.517	574
davon/darin:		
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	157	3
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	3	2
Zinsunabhängige Aufwendungen	220	214
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	–	–
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	54	31
Restrukturierungsaufwand	– 0	1
Minderheitsanteile	– 5	– 3
Ergebnis vor Steuern	1.299	361
Aufwand-Ertrag-Relation	15 %	37 %
Aktiva	13.002 ⁽²⁾	17.783
Durchschnittliches Active Equity ⁽¹⁾	473	1.057
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	N/A	34

N/A – nicht aussagefähig

- 1 Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note 2 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2007.
- 2 Angaben auf Basis des Konzernabschlusses der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2007, nicht angepasst an den Ausweis zum 31.12.2008.

Der Konzernbereich CI verzeichnete 2007 ein Ergebnis vor Steuern von 1,3 Mrd € im Vergleich zu 361 Mio € im Vorjahr.

Erträge. Die Erträge lagen mit 1,5 Mrd € in 2007 um 943 Mio € über dem Vorjahreswert von 574 Mio €. In den 2007 ausgewiesenen Erträgen waren Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen in Höhe von 626 Mio € (vor allem im Zusammenhang mit Allianz SE, Linde AG und Fiat S.p.A.), ein Gewinn von 178 Mio € aus der nach der Equity-Methode bilanzierten Beteiligung an der Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG (abzüglich einer Abschreibung von 54 Mio €), Dividendenerträge von 141 Mio € sowie Marktwertgewinne aus der Option zur Erhöhung der Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. enthalten. Die Erträge umfassten darüber hinaus einen Gewinn von 313 Mrd € im Zusammenhang mit der Sale-und-Leaseback-Transaktion für die Immobilie 60 Wall Street. Die 2006 ausgewiesenen Erträge spiegelten in erster Linie Gewinne aus dem Verkauf der restlichen Beteiligung an der EUROHYPO AG in Höhe von 131 Mio € beziehungsweise einen Gewinn aus dem Teilverkauf der Beteiligung an der Linde AG in Höhe von 92 Mio € sowie Dividendenerträge von 122 Mio € wider.

Zinsunabhängige Aufwendungen. Die zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt lagen in 2007 mit 220 Mio € leicht über dem Wert des Vorjahres von 214 Mio €, da die Kostensenkungen in anderen Aufwandskategorien durch höhere Goodwillabschreibungen ausgeglichen wurden.

Am Ende des Geschäftsjahres 2007 lag der Buchwert des Alternative-Assets-Portfolios bei 631 Mio €. Davon entfielen 51 % auf Beteiligungen im Immobilienbereich, 43 % auf direkte Private-Equity-Beteiligungen und 6 % auf indirekte Private-Equity- und sonstige Beteiligungen. Der Wert des Portfolios lag am Jahresende 2006 bei 895 Mio €.

Liquiditäts- und Kapitalmanagement

Informationen zum Liquiditätsrisiko- und Kapitalmanagement der Deutschen Bank sind im Abschnitt „*Risikomanagement – Liquiditätsrisiko*“ sowie in Note 36 und 37 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008, der im „*Finanzteil*“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist, enthalten.

Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen

Die in Note 1 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Bank für das Geschäftsjahr 2008, der im „*Finanzteil*“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist, dargelegten wesentlichen Rechnungslegungsgrundsätze sind für das Verständnis des Geschäftsergebnisses und der Finanzlage des Konzerns von maßgeblicher Bedeutung. Die Anwendung einiger dieser Rechnungslegungsgrundsätze setzt wesentliche Einschätzungen voraus, die auf komplexen und subjektiven Beurteilungen sowie Annahmen beruhen, und die sich auf Fragestellungen beziehen können, die Unsicherheiten aufweisen und für Änderungen anfällig sind. Solche wesentlichen Einschätzungen können sich von Zeit zu Zeit ändern und sich erheblich auf die Finanzlage sowie ihre Veränderung auswirken beziehungsweise das Geschäftsergebnis beeinflussen. Als wesentliche Einschätzungen gelten auch solche, die das Management in der aktuellen Berichtsperiode bei sachgerechter Ermessensausübung anders hätte treffen können. Die tatsächlichen Ergebnisse können von diesen Einschätzungen abweichen, wenn sich die jeweiligen Umstände und zugrunde liegenden Bedingungen ändern.

Der Deutsche Bank-Konzern hat die nachstehend aufgeführten Rechnungslegungsgrundsätze, deren Anwendung in erheblichem Umfang auf Einschätzungen basiert, als wesentlich identifiziert.

Bestimmung des Fair Value

Bestimmte Finanzinstrumente werden zum Fair Value ausgewiesen, wobei Veränderungen des Fair Value erfolgswirksam erfasst werden. Hierzu gehören Handelsaktiva und -passiva sowie zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen. Des Weiteren werden zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte zum Fair Value bilanziert, wobei die Änderungen des Fair Value im Eigenkapital ausgewiesen werden. Nicht zu Handelszwecken gehaltene Derivate werden erfolgswirksam zum Fair Value bilanziert, es sei denn, sie sind Bestandteil von Cashflow-Hedge-Beziehungen, wobei Wertänderungen in dem Umfang, in dem die Sicherungsbeziehung effektiv ist, direkt im Eigenkapital ausgewiesen werden.

Zu den Handelsaktiva gehören Schuldtitel, Aktien, zu Handelszwecken gehaltene Derivate und Handelskredite. Handelspassiva umfassen hauptsächlich Verbindlichkeiten aus Derivategeschäften und Shortpositionen. Zu den finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen, die nach der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert werden, zählen Repos und Reverse Repos, bestimmte Kredite und Kreditzusagen, Schuldtitel und Aktien sowie Verbindlichkeiten aus strukturierten Schuldverschreibungen. Private-Equity-Beteiligungen, bei denen der Konzern nicht über beherrschenden oder maßgeblichen Einfluss verfügt, werden ebenfalls zum Fair Value bilanziert und entweder als Handelsinstrumente, zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte oder als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert.

Der Fair Value ist definiert als der Preis, zu dem ein Vermögenswert oder eine Verbindlichkeit im Rahmen einer Transaktion zwischen sachverständigen und vertragswilligen Geschäftspartnern (ausgenommen im Rahmen eines Zwangsverkaufs oder einer Notabwicklung) zum jetzigen Zeitpunkt ausgetauscht werden könnte.

Bei der Ermittlung des Fair Value sind Einschätzungen durch das Management erforderlich. Die Bereiche, für die Managemententscheidungen in signifikantem Umfang erforderlich sind, werden identifiziert, dokumentiert und im Rahmen von Bewertungskontrollen und des monatlichen Berichtszyklus an das Senior Management gemeldet. Die für die Modellvalidierung und Bewertung verantwortlichen Spezialistenteams befassen sich vor allem mit Subjektivitäts- und Einschätzungsfragen.

Für die Ermittlung des Fair Value von Finanzinstrumenten, deren Preise in einem aktiven Markt notieren, sind nur in geringem Umfang Einschätzungen des Managements erforderlich. In ähnlicher Weise bedarf es nur weniger subjektiver Bewertungen beziehungsweise Einschätzungen für Finanzinstrumente, die mit branchenüblichen Modellen bewertet werden und deren sämtliche Eingangsparameter in aktiven Märkten notiert sind.

Das erforderliche Maß an subjektiver Bewertung und Einschätzungen durch das Management hat für diejenigen Finanzinstrumente ein höheres Gewicht, die anhand spezieller und komplexer Modelle bewertet werden und bei denen einige oder alle Eingangsparameter nicht beobachtbar sind. Die Auswahl und Anwendung angemessener Parameter, Annahmen und Modellierungstechniken bedürfen einer Beurteilung durch das Management. Insbesondere wenn Daten aus selten vorkommenden Markttransaktionen stammen, müssen Extra- und Interpolationsverfahren angewandt werden. Sind darüber hinaus keine Marktdaten vorhanden, werden die Parameter durch Untersuchung anderer relevanter Informationsquellen bestimmt, wie historische Daten, Fundamentalanalyse der wirtschaftlichen Eckdaten der Transaktion und Informationen aus vergleichbaren Transaktionen. Dazu werden angemessene Anpassungen vorgenommen, um das tatsächlich zu bewertende Finanzinstrument sowie die aktuellen Marktbedingungen zu reflektieren. Führen unterschiedliche Bewertungsmodelle zu einer Bandbreite von verschiedenen potenziellen Fair Values für ein Finanzinstrument, muss das Management entscheiden, welcher dieser Schätzwerte innerhalb der Bandbreite den Fair Value am besten widerspiegelt. Ferner können bestimmte Wertanpassungen Einschätzungen des Managements erfordern, um die Ermittlung des Fair Value sicherzustellen.

Methoden zur Bestimmung des Fair Value

Ein wesentlicher Prozentsatz der zum Fair Value bilanzierten finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen basiert auf oder wird aus beobachtbaren Preisen oder Parametern abgeleitet. Die Verfügbarkeit von beobachtbaren Preisen oder Parametern variiert je nach Produkt und Markt und kann sich im Zeitablauf ändern. So sind beispielsweise beobachtbare Preise oder Parameter in der Regel für liquide Wertpapiere, börsengehandelte Derivate, OTC-Derivate, die an liquiden Märkten gehandelt werden – wie Zinsswaps, Devisentermingeschäfte und Optionskontrakte in G7-Währungen –, sowie Aktienswaps und Optionskontrakte auf notierte Wertpapiere oder Indizes verfügbar. Sind beobachtbare Preise oder Parameter verfügbar, werden sie für die Bestimmung des Fair Value genutzt, ohne dass Einschätzungen in großem Umfang erforderlich wären. Hierzu gehören Instrumente, für die der Fair Value mittels branchenüblicher Bewertungsmodelle ermittelt wird, deren Parameter direkt beobachtbar sind. Dies trifft auf viele generische Swap- und Optionskontrakte zu.

In anderen Märkten oder für bestimmte Finanzinstrumente sind keine beobachtbaren Preise oder Parameter verfügbar, weswegen der Fair Value anhand von Bewertungsmodellen ermittelt wird, die für das jeweilige Instrument angemessen sind. Zu diesen Instrumenten gehören unter anderem Handelskredite und sonstige Kredite oder Kreditzusagen, die nach der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert werden; neue, komplexe und langfristige OTC-Derivate; Transaktionen in wenig entwickelten oder limitierten Märkten; notleidende Schultitel und Kredite; Private-Equity-Wertpapiere und zurückbehaltene Rechte an verbrieften finanziellen Vermögenswerten. Die Anwendung von Bewertungsmodellen zur Ermittlung des Fair Value erfordert Einschätzungen und Beurteilungen vonseiten des Managements, deren Umfang von der Komplexität und Liquidität des Markts abhängt. Die Bewertungsmethoden umfassen zum Branchenstandard gehörende Modelle, die auf der Analyse abgezinster zukünftiger Cashflows beruhen, welche wiederum von geschätzten zukünftigen Cashflows sowie dem angewandten Diskontierungszinssatz abhängen. Bewertungsmodelle für komplexere Produkte beinhalten komplexere Modellierungstechniken, Parameter und Annahmen, wie Volatilität, Korrelationen, vorzeitige Tilgung sowie Ausfallraten und die Höhe der Verluste. Die Auswahl und Anwendung der angemessenen Parameter, Annahmen und Modellierungstechniken erfordern eine Beurteilung durch das Management. Das Ziel der Anwendung einer Bewertungsmethode ist es, den Preis festzulegen, zu dem ein Marktteilnehmer zum jetzigen Zeitpunkt ein Geschäft abschließen würde. Daher umfassen die Bewertungsmethoden sämtliche Faktoren, die nach Überzeugung des Konzerns bei der Festsetzung des Transaktionspreises von den Marktteilnehmern in Erwägung gezogen würden.

Wertanpassungen sind ein weiterer integraler Bestandteil des Prozesses zur Fair Value-Bestimmung, bei dem Einschätzungen getroffen werden müssen. Für angemessene Wertanpassungen wendet der

Konzern Verfahren an, die Faktoren wie Bewertungsanpassungen der Spanne zwischen Ausgabe- und Rücknahmekurs, Liquidität und Kreditrisiko (sowohl mit dem Vertragskontrahenten verbundene Kreditrisiken von finanziellen Vermögenswerten als auch ihr Kreditrisiko im Zusammenhang mit finanziellen Verbindlichkeiten) berücksichtigen.

Der Fair Value der finanziellen Verpflichtungen der Deutschen Bank (beispielsweise Verbindlichkeiten aus OTC-Derivategeschäften und zum Fair Value klassifizierte Verpflichtungen aus strukturierten Schuldverschreibungen) berücksichtigt die Veränderung ihres eigenen Kreditrisikos aus dieser finanziellen Verpflichtung. Bei derivativen Verpflichtungen berücksichtigt der Konzern seine eigene Bonität, indem das potenzielle künftige Risiko aller Kontrahenten ihr gegenüber bewertet wird. Dabei werden gehaltene Sicherheiten, der Effekt von Nettingrahmenverträgen, die erwarteten Verluste bei Ausfall und sein eigenes Kreditrisiko auf der Grundlage historischer Ausfälle von Gesellschaften mit vergleichbarer Bonität berücksichtigt. Die Veränderung des eigenen Kreditrisikos für Verpflichtungen aus strukturierten Schuldverschreibungen wird durch Abzinsung der vertraglichen Cashflows des Instruments mithilfe des Zinssatzes berechnet, zu dem ähnliche Finanzinstrumente zum Bewertungsstichtag begeben werden würden. Der ermittelte Fair Value ist eine Schätzung des Preises, zu dem die spezifische Verpflichtung zum Bewertungsstichtag mit anderen Marktteilnehmern ausgetauscht werden würde.

Soweit für die Bewertungsmodelle in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Informationen verwendet werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis. Jeglicher am Handelstag durch Anwendung des Bewertungsmodells ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Die Abgrenzung erfolgt auf Basis systematischer Methoden entweder über die Zeitspanne zwischen dem Handelstag und dem Zeitpunkt, an dem voraussichtlich beobachtbare Marktinformationen vorliegen, oder über die Laufzeit der Transaktion (je nachdem, welcher Zeitraum kürzer ist). Der Deutsche Bank-Konzern wendet diese Abgrenzungsmethode an, weil sie die Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Risikoprofile der Finanzinstrumente, wie sie sich aus Marktbewegungen oder der abnehmenden Restlaufzeit der Instrumente ergeben, angemessen widerspiegelt. Ein verbleibender abgegrenzter Gewinn wird in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst, wenn beobachtbare Marktdaten vorliegen und/oder die Deutsche Bank in ein Geschäft eintritt, welches das Risiko des Instruments im Wesentlichen eliminieren wird. In den seltenen Fällen, in denen ein Handelstagverlust entsteht, würde dieser sogleich erfasst, wenn es wahrscheinlich ist, dass ein Verlust eingetreten ist und der Betrag verlässlich geschätzt werden kann. Die Entscheidung über die anschließende Erfassung des abgegrenzten Betrags wird nach sorgfältiger Prüfung der zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Fakten und Umstände, die die Beobachtbarkeit von Parametern und/oder Maßnahmen für die Minderung von Risiken unterstützen, getroffen.

Die Deutsche Bank hat interne Kontrollverfahren für den Bewertungsprozess eingeführt, um die Angemessenheit der angewandten Fair Values sicherzustellen. Basiert der Fair Value auf Bewertungsmodellen, werden die Modellannahmen und -techniken von einem Spezialistenteam unabhängig geprüft. Die Preis- und Parameterangaben, Annahmen und Wertanpassungen unterliegen Verifizierungs- und Überprüfungsprozessen. Soweit die Preis- und Parameterangaben beobachtbar sind, werden sie anhand unabhängiger Quellen verifiziert.

Fehlen beobachtbare Preis- und Parameterangaben beziehungsweise Annahmen, wird die Angemessenheit des Fair Value anhand von zusätzlichen Verfahren überprüft. Zu diesen Verfahren gehören die Durchführung einer Neubewertung mithilfe unabhängig entwickelter Modelle, die Prüfung der Bewertungsergebnisse anhand geeigneter vergleichbarer Instrumente, die Anwendung von Sensitivitätsanalysen und Extrapolationsverfahren sowie die Berücksichtigung sonstiger Richtgrößen. Durch eine Kalibrierung der Ergebnisse der Bewertungsmodelle anhand von Markttransaktionen wird eingeschätzt, ob die Bewertungsmodelle eine Fair Value-Bestimmung ermöglichen, die den Marktmechanismen entspricht. Diese Verfahren unterliegen der Beurteilung des Managements.

Nach den IFRS müssen die zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen unterteilt nach der für die Bestimmung des Fair Value verwendeten Bewertungsmethode offen gelegt werden. Insbesondere muss zwischen solchen unterschieden werden, die anhand von notierten Preisen in einem aktiven Markt, Bewertungsmethoden, die auf beobachtbaren Parametern basieren sowie Bewertungsmethoden, die signifikante nicht beobachtbare Parameter verwenden, bestimmt werden. Diese Angaben finden sich in Note 11 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss

der Deutsche Bank für das Geschäftsjahr 2008 der im „Finanzteil“ des Registrierungsformulars abgedruckt ist. Der Bilanzwert der zum Fair Value ausgewiesenen finanziellen Vermögenswerte, denen Bewertungsverfahren mittels nicht beobachtbarer Preise oder Angaben zugrunde liegen, betrug am 31. Dezember 2008 88,7 Mrd € (31. Dezember 2007: 87,8 Mrd €). Der Bilanzwert der zum Fair Value ausgewiesenen finanziellen Verpflichtungen, denen Bewertungsverfahren mittels nicht beobachtbarer Preise oder Angaben zugrunde liegen, betrug am 31. Dezember 2008 34,4 Mrd € (31. Dezember 2007: 23,1 Mrd €). Für die Bestimmung der Kategorie, der bestimmte Finanzinstrumente zuzuordnen sind, ist eine Beurteilung seitens des Managements erforderlich. Eine Beurteilung wird insbesondere dann vorgenommen, wenn die Bewertung von einer Reihe von Parametern bestimmt wird, von denen einige beobachtbar und andere nicht beobachtbar sind. Ferner kann sich die Klassifizierung eines Finanzinstruments im Laufe der Zeit ändern, um Änderungen der Marktliquidität und damit der Preistransparenz zu reflektieren.

Andere Bewertungskontrollen beinhalten die Prüfung und Analyse der auf täglicher Basis erzielten Gewinne und Verluste, die Validierung von Bewertungen durch Close-out-Gewinne und -Verluste sowie Value-at-Risk Back-Testing. Für Weitere Angaben zu der Value-at-Risk-Analyse der Bank siehe „Risikomanagement – Marktrisiko – Value-at-Risk-Analyse.“

Umgliederung von finanziellen Vermögenswerten

Die finanziellen Vermögenswerte der Deutschen Bank werden in die nachstehenden Kategorien eingeteilt: zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte, zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte oder Forderungen aus dem Kreditgeschäft. Die sachgerechte Klassifizierung von finanziellen Vermögenswerten wird zum Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes festgelegt. Darüber hinaus ist es gemäß den Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“, die im Oktober 2008 seitens des IASB verabschiedet und von der EU in europäisches Recht übernommen wurden, erlaubt, bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Kategorien zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte in die Kategorie Forderungen aus dem Kreditgeschäft umzugliedern. Für die umzuklassifizierenden Vermögenswerte muss sich seit deren erstmaligem Ansatz die vom Management festgelegte Zweckbestimmung geändert haben, und der finanzielle Vermögenswert muss am Umgliederungstichtag die Definition einer Forderung aus dem Kreditgeschäft erfüllen. Außerdem muss am Umgliederungstichtag die Absicht und die Möglichkeit bestehen, den Vermögenswert auf absehbare Zeit zu halten. Es ist nicht möglich, den finanziellen Vermögenswert zu einem späteren Zeitpunkt in die Handelsaktiva oder in die zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte zurück zu klassifizieren.

Die Deutsche Bank hat im dritten und im vierten Quartal 2008 Vermögenswerte, die diese Kriterien erfüllt haben, in die Bilanzposition Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgegliedert. Im dritten Quartal erfolgte dies zu den am 1. Juli 2008 vorliegenden Fair Values der Vermögenswerte. Im vierten Quartal wurden Vermögenswerte, für die eine Umwidmungsentscheidung bis zum 1. November vorlag, mit dem Fair Value vom 1. Oktober 2008 umgegliedert. Spätere Umgliederungen erfolgten zum Fair Value des jeweiligen Umwidmungszeitpunkts. Alle Umklassifizierungen erfolgten in die Kategorie Forderungen aus dem Kreditgeschäft. Bei den umgegliederten Vermögenswerten ist die Deutsche Bank der Ansicht, dass der Fair Value den inneren Wert der Position aufgrund der mangelnden Liquidität in den Finanzmärkten momentan nicht wiedergibt und dass dieser innere Wert bei einer längeren Haltedauer realisiert werden kann. Wenn die genannten Kriterien für eine Umgliederung erfüllt sind und die Vermögenswerte längerfristig gehalten und refinanziert werden können, ist die Deutsche Bank der Meinung, dass die geänderte Bilanzierung den Geschäftszweck der Vermögenswerte adäquater widerspiegelt.

Um die Vermögenswerte, die unter die Änderungen fallen und bei denen der innere Wert deren geschätzten Fair Value übersteigt, zu identifizieren, sind wesentliche Einschätzungen des Managements sowie das Treffen von Annahmen erforderlich. Das Gleiche gilt, um den Fair Value der identifizierten Vermögenswerte am Umwidmungstichtag zu bestimmen (wie im Abschnitt „Bestimmung des Fair Value“ beschrieben). Dieser Fair Value repräsentiert die neuen fortgeführten Anschaffungskosten des Instruments als Forderung aus dem Kreditgeschäft. In beiden Bereichen waren die Anforderungen an das Management besonders anspruchsvoll, da das dritte und vierte Quartal des Geschäftsjahres 2008 durch ein hoch volatiles und unsicheres wirtschaftliches und finanzielles Marktumfeld charakterisiert waren. Festzustellen, ob das Kriterium „Absicht, den Vermögenswert auf

absehbare Zeit zu halten“ erfüllt ist, erfordert ebenfalls wesentliche Beurteilungen des Managements. Für die Änderung der Zweckbestimmung ist es nicht ausreichend, dass keine attraktiven Preise vorliegen. Ebenso ist der Terminus „auf absehbare Zeit“ nicht als der Zeitraum definiert, bis zu dem wieder attraktive Preise vorliegen.

Zur Beurteilung, ob das Kriterium „Absicht, den Vermögenswert auf absehbare Zeit zu halten“ erfüllt ist, hat die Deutsche Bank die folgenden Mindestanforderungen festgelegt:

- Es darf keine Absicht bestehen, den Vermögenswert innerhalb eines Jahres zu verkaufen oder zu verbriefen und es darf keine internen oder externen Auflagen geben, die die Halteabsicht einschränken oder einen Verkauf erforderlich machen würden; und
- Der Geschäftsplan darf zukünftig nicht darauf ausgerichtet sein, von kurzfristigen Preisveränderungen zu profitieren.

Finanzielle Vermögenswerte, die zur Umgliederung vorgeschlagen werden und die die Regelungen des Standards sowie die internen Mindestanforderungen erfüllen, werden auf Basis der individuellen Gegebenheiten geprüft. Die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit, die Haltestrategie einzuhalten, ist vom Management zu bestätigen. Die umklassifizierten Vermögenswerte, die nunmehr als Forderungen aus dem Kreditgeschäft bilanziert werden, werden zum Zeitpunkt der Umgliederung und in der Folge auf ihre Werthaltigkeit überprüft, wie im Abschnitt Wertminderung (Impairment) finanzieller Vermögenswerte beschrieben.

In den Fällen, in denen Vermögenswerte, die als Forderungen aus dem Kreditgeschäft klassifiziert wurden, zurückgezahlt, restrukturiert oder unter Umständen verkauft werden, und in denen der dabei erhaltene Betrag unter dem aktuellen Buchwert liegt, wird ein Verlust verbucht.

Wertminderung (Impairment) finanzieller Vermögenswerte

An jedem Bilanzstichtag beurteilt die Deutsche Bank, inwiefern objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines finanziellen Vermögenswerts oder einer Gruppe finanzieller Vermögenswerte vorliegen. Ein finanzieller Vermögenswert oder eine Gruppe finanzieller Vermögenswerte gilt als wertgemindert und ein Wertminderungsverlust als entstanden, wenn:

- objektive Hinweise auf eine Wertminderung infolge eines Verlustereignisses vorliegen, das nach der erstmaligen Erfassung des Finanzinstruments und bis zum Bilanzstichtag eingetreten ist („Verlustereignis“);
- das Verlustereignis einen Einfluss auf die geschätzten zukünftigen Cashflows des finanziellen Vermögenswerts oder der Gruppe finanzieller Vermögenswerte hatte, und
- eine verlässliche Schätzung des Verlustbetrags vorgenommen werden kann.

Durch die zuvor genannten Umgliederungen hat sich der auf Wertminderungen zu untersuchende Gesamtbetrag der von der Deutschen Bank gehaltenen finanziellen Vermögenswerte im zweiten Halbjahr erhöht. Die Beurteilung, ob eine Wertminderung vorliegt, erfordert wesentliche Einschätzungen durch das Management. Dies gilt insbesondere bei Vorliegen großer ökonomischer und finanzieller Unsicherheit, wie zum Beispiel während der gegenwärtigen Finanzkrise. In solchen Fällen verändern und entwickeln sich die erwarteten Cashflows schneller und sind weniger vorhersagbar.

Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft

An jedem Bilanzstichtag beurteilt die Deutsche Bank für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, ob auf individueller Ebene objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Anschließend erfolgt eine kollektive Beurteilung von Krediten, die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, und für Kredite, die zwar für sich gesehen bedeutsam sind, für die aber im Rahmen der Einzelbetrachtung am Bilanzstichtag kein Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt. Darüber hinaus werden alle wertgeminderten Kredite auf Veränderungen des Wertminderungsverlusts untersucht.

Um beurteilen zu können, ob auf individueller Ebene ein Verlustereignis und damit eine Wertminderung eingetreten ist, werden alle bedeutsamen Kreditbeziehungen regelmäßig überprüft. Dabei wer-

den aktuelle Informationen und kontrahentenbezogene Ereignisse, wie erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners oder Vertragsbrüche, die sich beispielsweise im Ausfall oder Verzug von Zins- und Tilgungszahlungen äußern, berücksichtigt.

Sofern für eine einzelne Kreditbeziehung ein Wertminderungshinweis vorliegt, der zu einem Wertminderungsverlust führt, wird der Verlustbetrag als Differenz zwischen dem Buchwert des Kredits (der Kredite), einschließlich aufgelaufener Zinsen, und dem Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinses des Kredits oder des zum Umklassifizierungszeitpunkt zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft festgelegten Effektivzinses ermittelt. In die Cashflows einzubeziehen sind auch solche, die aus einer Sicherheitenverwertung nach Abzug der Kosten der Aneignung und des Verkaufs resultieren können. Der Buchwert der Kredite wird mittels einer Wertberichtigung reduziert. Der Verlustbetrag wird in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Der Zweck der kollektiven Beurteilung besteht in der Bildung einer Wertberichtigung für Kredite, die entweder für sich gesehen bedeutsam sind, für die jedoch kein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt, oder die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, für die jedoch auf Portfolioebene wahrscheinlich ein Verlust eingetreten und verlässlich bestimmbar ist. Der Verlustbetrag für kollektiv bewertete Kredite setzt sich aus drei Komponenten zusammen. Die erste Komponente berücksichtigt einen Betrag für Transfer- und Konvertierungsrisiken im Zusammenhang mit Kreditengagements in Ländern, bei denen erheblich daran gezweifelt wird, dass die dort ansässigen Kontrahenten aufgrund der dortigen wirtschaftlichen oder politischen Situation ihre Rückzahlungsverpflichtungen erfüllen können. Dieser Betrag wird unter Verwendung von Ratings für Länder- und Transferrisiken ermittelt, welche regelmäßig für jedes Land, in dem die Deutsche Bank Geschäfte tätigt, erhoben und überwacht werden. Der zweite Bestandteil stellt einen Wertberichtigungsbetrag dar, der die auf Portfolioebene für kleinere homogene Kredite, das heißt für Kredite an Privatpersonen und kleine Unternehmen im Privatkunden- und Retailgeschäft, eingetretenen Verluste widerspiegelt. Die Kredite werden entsprechend ähnlichen Kreditrisikomerkmale zusammengefasst und die Wertberichtigung für jede Gruppe von Krediten wird unter Verwendung statistischer Modelle auf Basis von historischen Erfahrungswerten ermittelt. Die dritte Komponente beinhaltet eine Schätzung der im Kreditportfolio inhärenten Verluste, die weder auf individueller Ebene identifiziert noch bei der Bestimmung der Wertberichtigung für kleinere homogene Kredite berücksichtigt wurden. Kredite, die bei individueller Beurteilung nicht als wertgemindert gelten, sind ebenfalls in dieser Komponente der Wertberichtigung enthalten.

Das Verfahren zur Bestimmung von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft ähnelt der Methodik, die für Forderungen aus dem Kreditgeschäft verwendet wird und beinhaltet sowohl Wertberichtigungen für einzeln ermittelte als auch kollektiv ermittelte Verlustkomponenten. Wertminderungsverluste werden in der Bilanz als Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft unter den sonstigen Verbindlichkeiten und in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Die Bemessung der Wertberichtigung für Kredite und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft zählt insbesondere für die Unternehmensbereiche Corporate Banking & Securities sowie Private & Business Clients zu den wesentlichen Rechnungslegungsgrundsätzen und -einschätzungen, da die zu Grunde liegenden Annahmen über eine einzeln und kollektiv bestimmte Wertminderung sich im Zeitablauf ändern können. Diese Änderungen können sich erheblich auf das Ergebnis der Deutschen Bank auswirken.

Zum 31. Dezember 2008 betrug die Risikovorsorge im Kreditgeschäft 1.076 Mio € (2007: 612 Mio €, 2006: 298 Mio €).

Für weitere Angaben zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft siehe „*Risikomanagement – Kreditrisiko – Kreditausfälle und Wertberichtigungen*“ sowie die Notes 15 und 16 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Bank für das Geschäftsjahr 2008, der im „*Finanzteil*“ des Registrierungsformulars abgedruckt ist.

Wertminderungen (Impairment) sonstiger finanzieller Vermögenswerte

Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden quartalsweise auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass sich der Wert dieser Vermögenswerte vermindert haben könnte. Für Eigenkapitaltitel, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, stellt ein signifikanter oder dauerhafter Rückgang des Fair Value der Investition unter die Anschaffungskosten einen objektiven Wertminderungshinweis dar. Hierzu können bestimmte Bedingungen in einer Branche oder einer geografischen Region beziehungsweise bestimmte Informationen zur Finanzlage des Unternehmens, wie zum Beispiel eine Ratingherabstufung, gehören. Für Schuldtitel, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, wird das Vorliegen einer Wertminderung auf Basis der gleichen Kriterien wie für Kredite bestimmt. Wenn Informationen erst nach Abschluss der Überprüfung der Deutschen Bank verfügbar werden, können zukünftig Abschreibungen für Wertminderungen erforderlich sein. Da sich die Einschätzungen von Wertminderungen im Zeitablauf in Abhängigkeit von zukünftigen Ereignissen ändern können, werden diese als wesentlich erachtet. Die Werthaltigkeitsprüfungen für nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte führten im Geschäftsjahr 2008 zu Wertminderungen von 970 Mio € (2007: 286 Mio €, 2006: 27 Mio €). Weitere Informationen zu zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten sind in Note 13 und zu nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen in Note 14 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Bank für das Geschäftsjahr 2008, der im „Finanzteil“ des Registrierungsformulars abgedruckt ist enthalten.

Wertminderungen (Impairment) nicht finanzieller Vermögenswerte

Bestimmte nicht finanzielle Vermögenswerte, wie Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte, unterliegen einer Werthaltigkeitsprüfung. Wertminderungen werden erfolgswirksam erfasst, wenn die Deutsche Bank der Ansicht ist, dass die Buchwerte dieser Vermögenswerte möglicherweise nicht mehr einbringlich sein werden.

Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte werden jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel eine Verschlechterung des Wirtschaftsklimas, darauf hindeuten, dass bei den Vermögenswerten eine Wertminderung vorliegen könnte. Die Bestimmung des erzielbaren Betrags im Rahmen der Werthaltigkeitsprüfung erfordert Schätzungen auf Basis von Börsenkursen, Preisen vergleichbarer Geschäfte, Barwert- oder sonstigen Bewertungsverfahren oder einer Kombination hieraus, die Einschätzungen und Beurteilungen von Seiten des Managements erforderlich machen. Da durch Änderungen in den zu Grunde liegenden Bedingungen und Annahmen erhebliche Unterschiede zu den bilanzierten Werten auftreten können, werden diese Einschätzungen als wesentlich erachtet. Zum 31. Dezember 2008 betrug der Goodwill 7,5 Mrd € (2007: 7,2 Mrd €), und die sonstigen immateriellen Vermögenswerte wurden zum Jahresende 2008 mit 2,3 Mrd € ausgewiesen (2007: 2,2 Mrd €). Die Beurteilung der Werthaltigkeit dieser Aktiva erfordert wesentliche Einschätzungen in mehreren Unternehmensbereichen.

Im Geschäftsjahr 2008 wurden Wertminderungen auf Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 586 Mio € erfasst, von denen 580 Mio € im Zusammenhang mit Investments im Unternehmensbereich Asset and Wealth Management standen. Im Geschäftsjahr 2007 wurden Wertminderungen auf Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 133 Mio € erfasst, von denen 77 Mio € im Unternehmensbereich Asset and Wealth Management und 54 Mio € im Konzernbereich Corporate Investments verzeichnet wurden. Im Geschäftsjahr 2006 wurde im Konzernbereich Corporate Investments eine Wertminderung auf Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte von 31 Mio € ausgewiesen. Weitere Informationen zum Goodwill und zu sonstigen immateriellen Vermögenswerten sind in Note 21 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Bank für das Geschäftsjahr 2008 der im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist enthalten.

Wertberichtigungen latenter Steuerforderungen

Latente Steuerforderungen werden für zukünftige Steuereffekte gebildet, die aus temporären Differenzen zwischen dem Bilanzansatz von Vermögenswerten und Schulden und deren Steuerwert resultieren oder sich aus noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträgen und Steuergutschriften ergeben. Latente Steuerforderungen werden nur in dem Umfang ausgewiesen, in dem es wahrscheinlich ist, dass zukünftig ausreichend zu versteuernde Ergebnisse zur Verfügung stehen werden, mit denen diese steuerlichen Verlustvorträge, Steuerguthaben oder steuerlich abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können. Diese Bewertung erfordert in maßgeblichem Umfang Beurteilungen und Einschätzungen seitens des Managements. Das Management verwendet für die Bestimmung der auszuweisenden Beträge latenter Steuerforderungen historische Erkenntnisse zu Steuerkapazität beziehungsweise Profitabilität und gegebenenfalls Informationen über prognostizierte Geschäftsergebnisse auf der Basis genehmigter Geschäftspläne, einschließlich einer Prüfung der zulässigen Übertragsperioden steuerlicher Verlustvorträge und Gutschriften, Steuerplanungsmöglichkeiten sowie sonstiger maßgeblicher Überlegungen. In jedem Quartal werden die Einschätzungen der nicht angesetzten latenten Steuerforderungen, einschließlich der Annahmen der Deutschen Bank über die zukünftige Ertragskraft, einer Neubewertung unterzogen. Zum 31. Dezember 2008 betrug der Wert nicht berücksichtigter latenter Steuerforderungen 1,7 Mrd € (2007: 872 Mio €).

Die Deutsche Bank erachtet die im Rahmen der vorzunehmenden Bewertung latenter Steuerforderungen getroffenen Beurteilungen als wesentliche Einschätzungen, da sich die zu Grunde liegenden Annahmen in jeder Berichtsperiode ändern können. Zum Beispiel könnten Steuergesetzänderungen oder Abweichungen der erwarteten künftigen Ergebnisse der Geschäftstätigkeit eine Veränderung der latenten Steuerforderungen bewirken.

Falls aktive latente Steuern nicht oder nur zum Teil realisierbar sind, wird eine Wertberichtigung der aktiven latenten Steuern zu Lasten des Ertragssteueraufwands oder des Eigenkapitals in der Periode vorgenommen, in der eine solche Feststellung getroffen wird. Falls die Deutsche Bank in der Zukunft bisher nicht angesetzte latente Steuerforderungen aktiviert, wird die Anpassung der aktiven latenten Steuern zu Gunsten des Ertragsteueraufwands oder des Eigenkapitals in der Periode ausgewiesen, in der diese Feststellung getroffen wird.

Weitere Informationen zu den latenten Steuerforderungen finden sich in Note 33 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Bank für das Geschäftsjahr 2008 der im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist.

Ungewisse Verpflichtungen aus Gerichts- und Aufsichtsbehördlichen Verfahren sowie Steuerrisiken

Die Deutsche Bank übt ihre Geschäftsaktivitäten in zahlreichen unterschiedlichen rechtlichen, aufsichtsrechtlichen und steuerlichen Umgebungen aus. Dementsprechend können sich hieraus rechtliche Ansprüche, aufsichtsbehördliche Verfahren und Rückstellungen für ungewisse Steuerpositionen ergeben.

Die Verwendung von Schätzwerten ist bei der Ermittlung des Rückstellungsbedarfs für potenzielle Verluste aus Gerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren und ungewissen Steuerpositionen wichtig. Die Deutsche Bank bemisst diese potenziellen Verluste, soweit sie wahrscheinlich und schätzbar sind, nach Maßgabe von IAS 37, „Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets“, sowie IAS 12, „Income Taxes“. Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung von ungewissen Verbindlichkeiten erfordern Einschätzungen in großem Umfang. Die endgültigen Verbindlichkeiten können hiervon letztlich erheblich abweichen.

Ungewisse Verbindlichkeiten in Bezug auf rechtliche Verfahren unterliegen zahlreichen Unwägbarkeiten; das Ergebnis der einzelnen Verfahren kann nicht mit Gewissheit vorhergesagt werden. Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung von ungewissen Verbindlichkeiten erfordern in großem Umfang Einschätzungen, die endgültige Verbindlichkeit kann hiervon erheblich abweichen. Die bilanzierten Gesamtverbindlichkeiten bezüglich Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördlicher Verfahren werden auf Basis der Einzelfälle festgelegt und sind eine Einschätzung der wahrscheinlichen Verluste unter Berücksichtigung des Fortgangs der einzelnen Verfahren, der Erfahrungen der Deutschen Bank und der Erfahrungen Dritter in vergleichbaren Fällen, der Gutachten von

Rechtsanwälten und anderer Faktoren. Den Ausgang der Rechtsstreitigkeiten der Deutschen Bank zu prognostizieren ist naturgemäß schwierig, insbesondere in Fällen, in denen die Anspruchsteller erhebliche oder unbezifferte Schadenersatzansprüche geltend machen. Für weitere Informationen zu Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördlicher Verfahren siehe „*Geschäftstätigkeit – Rechtsstreitigkeiten*“ und Note 25 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Bank für das Geschäftsjahr 2008, der im „*Finanzteil*“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist enthalten.

Erstmals angewendete und neue Rechnungslegungsvorschriften

Weitere Informationen zu erstmals angewendeten und neuen Rechnungslegungsvorschriften sind in Note 1 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Bank für das Geschäftsjahr 2008, der im „*Finanzteil*“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist enthalten.

Zweckgesellschaften

Zur Durchführung ihrer Geschäftsaktivitäten nutzt die Deutsche Bank unter anderem so genannte Zweckgesellschaften („SPEs“), die einen bestimmten Geschäftszweck erfüllen sollen. SPEs dienen hauptsächlich dazu, Kunden Zugang zu spezifischen Portfolios von Vermögenswerten und Risiken zu ermöglichen und ihnen durch die Verbriefung von Vermögenswerten Marktliquidität bereitzustellen. SPEs können als Kapital-, Investment- oder Personengesellschaften gegründet werden.

SPEs, die die Deutsche Bank gegründet oder gesponsert hat beziehungsweise mit denen die Deutsche Bank eine Vertragsbeziehung unterhält, sind unter Umständen zu konsolidieren. Die Deutsche Bank konsolidiert eine SPE, wenn sie deren Finanz- und Geschäftspolitik bestimmen kann. Dies ist in der Regel dann anzunehmen, wenn die Deutsche Bank direkt oder indirekt über mehr als die Hälfte der Stimmrechte verfügt. Wenn die Geschäftsaktivitäten sehr eng umrissen sind oder es nicht eindeutig ist, wer die Finanz- und Geschäftspolitik der betreffenden SPE bestimmt, ist eine Reihe weiterer Faktoren zu berücksichtigen. Dabei wird unter anderem geprüft, ob (a) die Aktivitäten der SPE zu Gunsten der Deutschen Bank entsprechend ihren besonderen Geschäftsbedürfnissen geführt werden, so dass die Deutsche Bank Nutzen aus der Geschäftstätigkeit der SPE zieht; (b) die Deutsche Bank über die Entscheidungsmacht verfügt, die Mehrheit dieses Nutzens zu ziehen; (c) die Deutsche Bank die Mehrheit des Nutzens aus der Geschäftstätigkeit der SPE zieht und (d) die Deutsche Bank die Mehrheit der mit den Vermögenswerten verbundenen Residual- oder Eigentumsrisiken behält, um Nutzen aus der Geschäftstätigkeit der SPE zu ziehen. Die Deutsche Bank konsolidiert eine SPE, wenn eine Prüfung der maßgeblichen Faktoren zeigt, dass sie die SPE beherrscht.

Die Deutsche Bank überprüft ihre Konsolidierungsentscheidung für SPEs, wenn sich die Vereinbarungen der SPE ändern oder sich die Geschäftsbeziehung zwischen ihr und einer SPE substantiell verändert. Für weitere Informationen zu den Rechnungslegungsgrundsätzen bezüglich der Konsolidierung von SPEs sowie der Überprüfung getroffener Konsolidierungsentscheidungen siehe Note 1 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Bank für das Geschäftsjahr 2008, der im „*Finanzteil*“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist.

In einigen wenigen Fällen konsolidiert die Deutsche Bank bestimmte SPEs sowohl für Zwecke des Handelsrechts als auch des deutschen Aufsichtsrechts. In allen anderen Fällen hingegen unterlegt die Deutsche Bank sämtliche SPE-bezogenen Transaktionen wie Derivategeschäfte, Kreditzusagen oder Garantien, und die mit ihnen verbundenen Risiken mit regulatorischem Eigenkapital. Bislang hatten die Risikopositionen gegenüber nicht konsolidierten Zweckgesellschaften keine wesentlichen Auswirkungen auf die Kreditvereinbarungen, Kapitalkennziffern, Bonitätsbeurteilungen oder Dividenden der Deutschen Bank.

Vermögenswerte von konsolidierten SPEs

31.12.2008	Art des Vermögenswerts					
	Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ⁽¹⁾	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Forderungen aus dem Kreditgeschäft ⁽²⁾	Barreserve und verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	Sonstige Aktiva	Summe der Aktiva
in Mio €						
Kategorie:						
Vom Konzern gesponserte ABCP-Conduits ⁽²⁾	–	30	24.523	6	132	24.691
Vom Konzern gesponserte Verbriefungen						
US-amerikanische	6.792	–	–	–	277	7.069
Nicht US-amerikanische	1.655	–	1.324	41	30	3.050
Von Dritten gesponserte Verbriefungen						
US-amerikanische	546	–	–	–	125	671
Nicht US-amerikanische	–	–	533	1	23	557
Repackaging und Investmentprodukte	9.012	1.847	101	935	2.224	14.119
Investmentfonds	7.005	–	–	3.328	45	10.378
Strukturierte Transaktionen	3.327	202	5.066	22	416	9.033
Operative Einheiten ⁽²⁾	1.810	3.497	1.986	600	1.472	9.365
Sonstige	415	307	926	485	839	2.972
Insgesamt	30.562	5.883	34.459	5.418	5.583	81.905

1 Der Fair Value der Derivatepositionen beträgt 391 Mio €.

2 Bestimmte Positionen wurden in Übereinstimmung mit IAS 39, „Reclassification of Financial Instruments“, der am 1. Juli 2008 in Kraft trat, aus den Handelsaktiva und den zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in die Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert. Die Auswirkungen der Umklassifizierung werden in der Note 10 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008, und im Abschnitt „Ertragslage – Entwicklung in den Konzernbereichen – Vergleich der Geschäftsjahre jeweils endend zum 31. Dezember 2008 und 2007 – Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities“, Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“, erläutert.

31.12.2007	Art des Vermögenswerts					
	Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ⁽¹⁾	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Barreserve und verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	Sonstige Aktiva	Summe der Aktiva
in Mio €						
Kategorie:						
Vom Konzern gesponserte ABCP-Conduits	5	10.558	16.897	3	139	27.602
Vom Konzern gesponserte Verbriefungen						
US-amerikanische	24.720	–	–	–	569	25.289
Nicht US-amerikanische	2.957	–	383	33	4	3.377
Von Dritten gesponserte Verbriefungen						
US-amerikanische	13.781	–	–	–	24	13.805
Nicht US-amerikanische	–	–	–	–	–	–
Repackaging und Investmentprodukte	12.543	1.825	–	1.012	1.453	16.833
Investmentfonds	256	–	–	424	1	681
Strukturierte Transaktionen	4.449	4.672	2.664	604	314	12.703
Operative Einheiten	2.576	3.458	216	17	337	6.604
Sonstige	616	302	583	306	472	2.279
Insgesamt	61.903	20.815	20.743	2.399	3.313	109.173

1 Der Fair Value der Derivatepositionen beläuft sich auf 489 Mio €.

Diese Tabellen zeigen Details zu den Vermögenswerten (nach Konsolidierungsbuchungen) der von der Deutschen Bank konsolidierten SPEs. Im Folgenden werden der Zweck der SPEs, die Art der Geschäftsbeziehung der Deutschen Bank mit den SPEs sowie die damit verbundenen Risiken näher erläutert. Diese Tabellen sollten zusammen mit dem Abschnitt „– Ertragslage – Entwicklung in den Konzernbereichen – Vergleich der Geschäftsjahre jeweils endend zum 31. Dezember 2008 und 2007 – Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities – Wesentliche Risikopositionen“ gelesen werden.

Vom Konzern gesponserte Asset-backed Commercial Paper („ABCP“) Conduits

Die Deutsche Bank legt eigene Asset-backed-Commercial-Paper-Programme („ABCP“) auf, sponsert und verwaltet diese. Diese Programme gewähren den Kunden der Deutschen Bank Zugang zu Liquidität am Commercial-Paper-Markt und schaffen neue Investmentprodukte für die Kunden der Deutschen Bank. Als Verwalter von Commercial-Paper-Programmen unterstützt die Deutsche Bank den Kauf von nicht vom Deutsche Bank-Konzern gewährten Krediten sowie von Wertpapieren und sonstigen Forderungen durch ein Commercial Paper Conduit („Conduit“), der anschließend zur Finanzierung dieses Kaufs kurzfristige Commercial Paper hoher Bonität am Markt verkauft, die durch die zugrunde liegenden Vermögenswerte besichert sind. Um ein hohes Rating („Investment Grade Rating“) für das Commercial Paper aufrechtzuerhalten, benötigen die Conduits ausreichende Sicherheiten, Kreditverbesserungen („Credit Enhancements“) und Liquiditätsfazilitäten. Die Deutsche Bank stellt diesen Conduits Liquidität bereit und ist deshalb Schwankungen des Buchwerts der Vermögenswerte der Conduits ausgesetzt.

Die Liquiditätszusagen gegenüber diesen Conduits entsprechen dem Gesamtvolumen der in 2008 begebenen Commercial Paper von 25,2 Mrd €, von denen die Deutsche Bank zum 31. Dezember 2008 5,1 Mrd € hielt, beziehungsweise dem Gesamtvolumen der in 2007 begebenen Commercial Paper von 26,6 Mrd €, von denen die Deutsche Bank zum 31. Dezember 2007 8,8 Mrd € hielt.

Zu den als Sicherheiten dienenden in den Conduits enthaltenen Vermögenswerten gehören verbriefte Kredite und Wertpapiere, darunter Flugzeugleasing, Studentenkredite, Trust Preferred Securities sowie verbriefte private und gewerbliche Immobilienkredite. Die Sicherheiten der Conduits gingen zwischen dem 31. Dezember 2007 und dem 31. Dezember 2008 um 2,9 Mrd € zurück. Dies liegt an der Fälligkeit von Liquiditätsfazilitäten in Höhe von 1,3 Mrd €, einem generellen Rückgang des Fair Value um 0,7 Mrd € von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, die im dritten Quartal 2008 in die Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert wurden, sowie der Übertragung von Vermögenswerten in Höhe von 0,9 Mrd € von dem Conduit auf eine andere konsolidierte Gesellschaft, um das Sicherheitenmanagement zu vereinfachen.

Die Deutsche Bank konsolidiert die Mehrzahl der von ihr gesponserten Conduitprogramme, da die Deutsche Bank über einen beherrschenden Einfluss verfügt.

Vom Konzern gesponserte Verbriefungen

Die Deutsche Bank sponsert SPEs, für die sie Vermögenswerte generiert oder kauft. Bei diesen Vermögenswerten handelt es sich überwiegend um private und gewerbliche Immobilienkredite sowie deren Verbriefungen. Die SPEs finanzieren diese Käufe durch die Begebung verschiedener Tranchen von Wertpapieren, deren Rückzahlung an die Performance der Vermögenswerte der Zweckgesellschaft geknüpft ist. In den Fällen, in denen die Deutsche Bank einen nachrangigen Anspruch an den verbrieften Vermögenswerten behält, wird anhand der relevanten Faktoren geprüft, ob ein beherrschender Einfluss vorliegt. Ist dies der Fall, sind die SPEs zu konsolidieren. Der Fair Value der von der Deutsche Bank bei diesen Verbriefungen zurückgehaltenen Risikopositionen belief sich am 31. Dezember 2008 auf 4,4 Mrd € und am 31. Dezember 2007 auf 8,6 Mrd €. Während des Geschäftsjahres 2008 hat die Deutsche Bank aktiv die von ihr an diesen SPEs gehaltenen nachrangigen Vermögenswerte veräußert. Dies hat zu einer Entkonsolidierung einiger SPEs und damit zu einem Rückgang der konsolidierten Vermögenswerte geführt.

Von Dritten gesponserte Verbriefungen

In Verbindung mit den Handelsaktivitäten und Emissionsgeschäften erwirbt die Deutsche Bank von konzernfremden Verbriefungsgesellschaften begebene Wertpapiere. Diese Gesellschaften investieren

die Mittel in diversifizierte Pools von gewerblichen und privaten Immobilienkrediten sowie deren Verbriefungen. Die Gesellschaften finanzieren diese Käufe durch die Emission verschiedener Tranchen von Wertpapieren, deren Rückzahlung an die Performance der von ihnen gehaltenen Vermögenswerte gekoppelt ist. In den Fällen, in denen die Deutsche Bank einen nachrangigen Anspruch an den verbrieften Vermögenswerten hat, ist zu prüfen, ob beherrschender Einfluss vorliegt. Liegt dieser vor, sind die SPEs zu konsolidieren. Der Fair Value der von der Deutschen Bank zurückbehaltenen Risikopositionen bei diesen Verbriefungen belief sich am 31. Dezember 2008 auf 0,8 Mrd € und am 31. Dezember 2007 auf 1,1 Mrd €. Während des Geschäftsjahres 2008 hat die Deutsche Bank aktiv die von ihr an diesen SPEs gehaltenen nachrangigen Vermögenswerte veräußert. Dies hat zu einer Entkonsolidierung einiger SPEs und damit zu einer Reduktion der konsolidierten Vermögenswerte geführt.

Repackaging und Investmentprodukte

Das Repackaging ist konzeptionell mit der Verbriefung vergleichbar. Der Hauptunterschied besteht darin, dass die zugrunde liegenden Produkte keine unverbrieften finanziellen Vermögenswerte, sondern Wertpapiere und Derivate sind, die in anderer Form neu zusammengesetzt werden, um bestimmte Anlegerbedürfnisse zu erfüllen. Die Deutsche Bank konsolidiert diese SPEs, wenn sie die Mehrheit der mit ihnen verbundenen Risiken und Chancen hält. Da die Deutsche Bank bei Swap-Geschäften mit von der SPE begebenen und von ihr gehaltenen Anleihen als Kontrahent fungiert, ist die Deutsche Bank Schwankungen des Marktwerts der zur Absicherung der Anleihen gehaltenen Vermögenswerte ausgesetzt, deren Fair Value zum 31. Dezember 2008 1,9 Mrd € und zum 31. Dezember 2007 2,6 Mrd € betrug. Zum 31. Dezember 2008 beliefen sich die in diesen SPEs gehaltenen Vermögenswerte auf insgesamt 2,3 Mrd € und zum 31. Dezember 2007 auf 2,8 Mrd €.

Investmentprodukte ermöglichen Kunden den Zugang zu bestimmten Portfolios von Vermögenswerten und Risiken durch den Kauf der strukturierten Anleihen. Die Deutsche Bank sichert ihr Engagement durch den Kauf von Anteilen an den SPEs ab, deren Rendite der für die Anleihen festgelegten Rendite entspricht. Die Deutsche Bank konsolidiert die SPEs, wenn sie einen beherrschenden Einfluss besitzt oder die Mehrheit der Risiken und Chancen hält. Die Vermögenswerte der konsolidierten SPEs, die sich zum 31. Dezember 2008 auf insgesamt 9,8 Mrd € und zum 31. Dezember 2007 auf insgesamt 13,5 Mrd € beliefen, umfassen in der Regel Anleihen, Aktien und Immobilienvermögen, von denen ein wesentlicher Teil des Risikos an die Eigentümer der Anleihen weitergegeben wird. Die konsolidierten Vermögenswerte gingen zum einen um 2,1 Mrd € infolge einer Minderung des Fair Value der Aktiva zurück. Zum anderen sanken sie um 1,6 Mrd € aufgrund der Rückzahlung von Anleihen, Entkonsolidierungen sowie des Verkaufs von Vermögenswerten, die von den SPEs gehalten wurden. Zusätzlich konsolidierte die Deutsche Bank RREEF-Fonds mit Immobilienvermögen und Infrastrukturanlagen, deren Gesamtwert zum 31. Dezember 2008 2,0 Mrd € und zum 31. Dezember 2007 0,5 Mrd € betrug. Der Anstieg der konsolidierten RREEF-Fonds ist zurückzuführen auf die Konsolidierung der Fonds, die die Investitionen der Deutschen Bank in Maher Terminals LLC und Maher Terminals of Canada Corp. halten und deren Aktiva sich zum 31. Dezember 2008 auf 1,4 Mrd € beliefen. Da die Deutsche Bank alle ausgegebenen Anteile an diesen Fonds besitzt, ist sie auch vollumfänglich der Performance dieser Vermögenswerte ausgesetzt.

Investmentfonds

Die Deutsche Bank bietet Kunden Investmentfonds und investmentfondsbezogene Produkte an, deren Rendite an die Performance der in den Fonds gehaltenen Vermögenswerte geknüpft ist. Die Deutsche Bank gibt Garantien für ausgewählte Fonds, in deren Rahmen sie den Anlegern zu bestimmten Zeitpunkten ein bestimmtes Nettofondsvermögen garantiert. Das Risiko als Garantiegeber besteht darin, dass die Deutsche Bank die Anleger entschädigen muss, falls die Marktwerte dieser Produkte an den Garantiestichtagen unter dem garantierten Niveau liegen. Für die Vermögensverwaltung dieser Produkte erhält die Deutsche Bank Management- und gelegentlich erfolgsabhängige Gebühren.

Die Renditen der Fonds werden auf der Basis der aktuellen Geldmarktsätze prognostiziert. Es wird jedoch keine Garantie oder Zusicherung darüber abgegeben, dass diese Renditen tatsächlich erzielt werden. Obgleich die Deutsche Bank zur Unterstützung dieser Fonds nicht vertraglich verpflichtet ist,

hat sie sich in einigen Fällen entschlossen, die Erreichung der für diese Fonds angestrebten Zielrenditen durch eine Zuführung von Barmitteln in Höhe von 49 Mio € in 2007 und 207 Mio € in 2008 zu unterstützen. Diese Maßnahme, die dem Schutz der Marktposition der Deutschen Bank diene, erfolgte nach freiem Ermessen. Anfangs wurde dieses Vorgehen als eine zeitlich begrenzte Maßnahme betrachtet. Nachdem die Deutsche Bank im zweiten Quartal 2008 jedoch weitere Barmittel zugeführt hatte und zu dem Ergebnis gekommen war, dass sie künftige ermessensabhängige Barmittelzuführungen zur Renditestützung nicht würde vermeiden können, hat sie die Konsolidierungsanforderungen überprüft und festgestellt, dass die Risiken zum überwiegenden Teil bei ihr liegen. Die Deutsche Bank kam aus diesem Grunde zu dem Schluss, dass eine Konsolidierung von acht Fonds zum 30. Juni 2008 angemessen war.

Im Verlauf des Berichtsjahres wurde einer dieser Fonds (für den eine Garantie bestand) aufgelöst. Da die im Rahmen der Abwicklung zugeführten Barmittel bereits in den oben genannten ergebniswirksamen Beträgen enthalten sind, ergaben sich keine weiteren Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlust-Rechnung. Die Vermögenswerte der konsolidierten Fonds beliefen sich zum 31. Dezember 2008 auf 10,4 Mrd €.

Strukturierte Transaktionen

Die Deutsche Bank beteiligt sich an ausgewählten Transaktionen, die Kunden Finanzierungsmöglichkeiten zu günstigen Konditionen bieten. Die Finanzierung erfolgt vorwiegend auf besicherter Basis. Die Strukturen sind speziell auf die Bedürfnisse der Kunden zugeschnitten. Die Deutsche Bank konsolidiert die SPEs, wenn sie einen beherrschenden Einfluss besitzt oder über Residualansprüche und/oder eine Liquiditätsfazilität die Mehrheit der Risiken und Chancen hält. Die Bilanzstruktur der von ihr konsolidierten SPEs wird durch die Ausführung neuer Transaktionen sowie durch Endfälligkeiten, Restrukturierungen und die Ausübung von Optionen zur vorzeitigen Abwicklung bestehender Transaktionen beeinflusst.

Operative Einheiten

Die Deutsche Bank gründet SPEs, um einen Teil ihres operativen Geschäfts durchzuführen, wenn dies für sie vorteilhaft ist. Zu diesen Aktivitäten gehören das Halten von Beteiligungen und die Begebung von Credit Default Swaps, bei denen sich das Engagement auf die Investition in die SPE beschränkt. Die Deutsche Bank konsolidiert diese Einheiten, wenn sie einen beherrschenden Einfluss besitzt oder die Mehrheit der Risiken und Chancen an der SPE hält. Die in der Tabelle unter den sonstigen Aktiva ausgewiesenen Positionen umfassen auch einen Immobilienrettungserwerb in den USA im dritten Quartal 2008. Zum 31. Dezember 2008 belief sich der Buchwert der Immobilie auf 1,1 Mrd €. Der übrige Anstieg der Höhe dieser Vermögenswerte beruht im Wesentlichen auf gestiegenen Anlagen in von Gebietskörperschaften in den USA emittierten Schuldverschreibungen.

Risikopositionen mit nicht konsolidierten SPEs

Maximal verbleibende zu finanzierende Risikoposition in Mrd €

	31.12.2008	31.12.2007 ⁽¹⁾
Kategorie:		
Vom Konzern gesponserte ABCP-Conduits	3,3	5,3
ABCP-Conduits Dritter		
US-amerikanische	2,1	3,2
Nicht US-amerikanische	0,0	7,3
Von Dritten gesponserte Verbriefungen		
US-amerikanische	5,3	10,4
Nicht US-amerikanische	4,0	4,6
Garantierte Investmentfonds	10,9	23,0
Immobilienleasingfonds	0,8	0,8

1 Beträge der Vorperiode wurden angepasst:

Diese Tabelle führt die maximal verbleibenden zu finanzierenden Risikopositionen gegenüber bestimmten nicht konsolidierten SPEs auf. Im Folgenden werden die signifikanten Risikopositionen des Konzerns bei nicht konsolidierten Zweckgesellschaften, der Zweck der SPEs, die Art seiner Geschäftsbeziehung mit den SPEs sowie die damit verbundenen Risiken und die betroffenen Bilanzpositionen näher erläutert. Diese Tabelle sollte zusammen mit der im Abschnitt „– Ertragslage – Entwicklung in den Konzernbereichen – Vergleich der Geschäftsjahre jeweils endend zum 31. Dezember 2008 und 2007 – Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities – Wesentliche Risikopositionen“ gelesen werden.

Vom Konzern gesponserte Asset-backed Commercial Paper („ABCP“) Conduits

Die Deutsche Bank sponsert und verwaltet fünf in Australien gegründete ABCP-Conduits, die nicht konsolidiert werden, da sie nicht die Mehrheit der Risiken und Chancen hält. Diese Conduits ermöglichen den Kunden der Deutschen Bank den Zugang zur Liquidität im Commercial-Paper-Markt in Australien. Die Aktiva der Conduits, die sich zum 31. Dezember 2008 auf insgesamt 2,8 Mrd € und zum 31. Dezember 2007 auf insgesamt 4,8 Mrd € beliefen, bestehen aus Wertpapieren, die durch Hypotheken auf Wohnimmobilien außerhalb der USA unterlegt sind und die von Warehouse SPEs begeben werden, welche die Kunden gegründet haben, um den Erwerb dieser Vermögenswerte durch die Conduits zu unterstützen. Diese Wertpapiere verfügen über ein Rating von mindestens AA-. Das zur Erreichung des Ratings erforderliche Credit Enhancement wird in der Regel über eine Hypothekenversicherung erreicht, die ein Drittversicherer gegenüber den SPEs übernimmt.

Die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der in den Conduits gehaltenen Vermögenswerte beträgt fünf Jahre. Die durchschnittliche Laufzeit der von diesen außerbilanziell erfassten Conduits emittierten Commercial Paper beträgt einen Monat bis drei Monate.

Während des Geschäftsjahres 2008 waren diese Conduits keinen wesentlichen Schwierigkeiten ausgesetzt, wenngleich sich die Bonitätsabstände („Credit Spreads“) der von ihnen emittierten Commercial Paper allgemein vergrößert hatten, wobei die daraus entstandenen Kosten an die ursprünglichen Verkäufer der Vermögenswerte weitergegeben wurden. Das Engagement der Deutschen Bank bei diesen Gesellschaften ist auf die Liquiditätsfazilitäten beschränkt, die sie ihnen als Finanzierungshilfe im Falle von Marktstörungen zugesagt hat. Die diesen Conduits zugesagten Liquiditätsfazilitäten beliefen sich zum 31. Dezember 2008 auf insgesamt 3,3 Mrd € und zum 31. Dezember 2007 auf insgesamt 5,3 Mrd €. Im Laufe des Geschäftsjahres 2008 hat die Deutsche Bank die den Kunden gewährten Kreditlinien reduziert, infolgedessen sich die seitens der Conduits begebenen Commercial Paper und die von ihnen gehaltenen Vermögenswerte ebenfalls verringert haben. Keine dieser Liquiditätsfazilitäten ist bisher in Anspruch genommen worden. Da die Inanspruchnahme von Liquiditätsfazilitäten durch die in den Conduits gehaltenen Vermögenswerte besichert ist, ist eine in Anspruch genommene Fazilität den Wertschwankungen der zugrunde liegenden Vermögenswerte ausgesetzt. Sollten die Vermögenswerte deutlich im Wert zurückgehen, könnten zur Rückzahlung der ausgezahlten Gelder nicht mehr genügend Mittel zur Verfügung stehen.

Zum 31. Dezember 2008 hielt die Deutsche Bank von diesen nicht konsolidierten Gesellschaften begebene Commercial Paper in Höhe von 0,6 Mrd. €, die sie freiwillig im Rahmen ihrer Tätigkeit als Händler von Commercial Paper zu marktüblichen Bedingungen erwarb. Darüber hinaus hielt die Deutsche Bank Schuldverschreibungen in Höhe von 0,3 Mrd €, die von einem SPE emittiert und dessen Commercial Paper von den Conduits im Rahmen ihres Geschäftszwecks erworben wurden, sowie seitens des Conduit begebene Commercial Paper in Höhe 0,2 Mrd €. Damit hält die Deutsche Bank 100 % der begebenen Schuldtitel mit der Folge, dass sie sowohl das SPE als auch das Conduit konsolidiert.

Zum 31. Dezember 2007 hielt die Deutsche Bank von diesen nicht konsolidierten Gesellschaften emittierte Commercial Paper in Höhe von 1,4 Mrd €. Die Deutsche Bank erwarb diese Papiere freiwillig in ihrer Funktion als Händler von Commercial Paper zu marktüblichen Bedingungen. Darüber hinaus erwarb sie von einem Conduit Asset-backed Securities in Höhe von 0,5 Mrd €, die 100 % der von diesem Conduit gehaltenen Vermögenswerte repräsentieren. Aus diesem Grund konsolidierte die Deutsche Bank diese Gesellschaft.

ABCP-Conduits Dritter

Neben dem Sponsoring ihrer Commercial-Paper-Programme unterstützt die Deutsche Bank Dritte bei der Auflegung und dem fortlaufenden Risikomanagement ihrer Commercial-Paper-Programme. Die Deutsche Bank konsolidiert keine ABCP-Conduits Dritter, da sie bei diesen nicht über einen beherrschenden Einfluss verfügt.

Die Leistungen der Deutschen Bank für Conduits Dritter dienen vorwiegend Finanzierungszwecken und bestehen in der Zusage von Liquiditätsfazilitäten und Wertpapierpensionsgeschäften, die für den Fall von Störungen am Commercial-Paper-Markt bereitgestellt werden. Die Liquiditätsfazilitäten und zugesagten Wertpapierpensionsgeschäfte werden außerbilanziell erfasst. Dies gilt nicht, wenn eine eventuelle Zahlung wahrscheinlich sowie deren Höhe abschätzbar ist, so dass eine Verbindlichkeit bilanziert werden muss. Der Nominalwert der von der Deutschen Bank zugesagten und gegenwärtig nicht in Anspruch genommenen Fazilitäten beläuft sich auf 2,1 Mrd €. Diese Fazilitäten sind durch die Vermögenswerte der SPEs besichert, so dass die Veränderung des Fair Value dieser Vermögenswerte die Rückzahlung des in Anspruch genommenen Betrags beeinflusst.

Die Deutsche Bank ist Swapkontrahent für einige kanadische ABCP-Conduits, die im August 2007 Liquiditätsprobleme hatten. Die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten dieser Conduits wurden im Rahmen eines Kompromisses entsprechend dem Companies' Creditors Arrangement Act (Canada) restrukturiert. Die Verhandlungen wurden am 21. Januar 2009 abgeschlossen. Gemäß den Restrukturierungsbestimmungen wurden die Conduits in drei neu gegründete Zweckgesellschaften überführt. Zum einen war die Deutsche Bank Sicherungsnehmer, indem sie von zwei dieser SPEs Leveraged Credit Default Swaps erwarb. Zum anderen wurden diesen beiden SPEs Sicherheiten in Form von Finanzierungsfazilitäten für den Kauf vorrangiger Schuldtitel in Höhe von insgesamt 2 Mrd € zur Verfügung sowie Marginfazilitäten von insgesamt 8,3 Mrd € zur Verfügung gestellt. Die vorrangigen Finanzierungsfazilitäten werden in erster Linie vom kanadischen Staat und drei Provinzen für eine Übergangszeit von 19 Monaten seit Abschluss der Restrukturierungsverhandlungen bereitgestellt. Die Marginfazilitäten stellt ein Bankenkonsortium für die Laufzeit der zwei in Rede stehenden SPEs zur Verfügung. Der Anteil der Deutschen Bank daran beträgt 0,8 Mrd €. Außer den zusätzlich bereitgestellten Sicherheiten wurden die Auslöser zur Unterlegung der Transaktion mit Sicherheiten modifiziert. Sie sind jetzt mit Margen-/Verlustmatrizen verknüpft, die auf Kreditindizes statt auf Marktwertbestimmungen beruhen, so dass der Abruf weiterer Sicherheiten eher unwahrscheinlich ist. Für einen Zeitraum von 18 Monaten nach dem Abschluss der Restrukturierungsverhandlungen besteht ein Stillhalteabkommen, keine weiteren Sicherheiten abzurufen. Die Restrukturierungsbestimmungen werden keinen Einfluss auf die Konzernbilanz haben.

Von Dritten gesponserte Verbriefungen

Bei von Dritten gesponserten Verbriefungsgesellschaften, für die die Deutsche Bank und in einigen Fällen Dritte Finanzierungsmittel bereitstellt, handelt es sich um von Dritten verwaltete Investmentgesellschaften, die diversifizierte Pools von Vermögenswerten kaufen, darunter festverzinsliche Wertpapiere, Firmenkredite, Asset-backed Securities (vorwiegend verbriefte gewerbliche und private Immobilienkredite und Forderungen aus Kreditkartengeschäften) sowie Forderungen aus Filmrechten. Die Gesellschaften finanzieren diese Käufe durch die Emission verschiedener Tranchen von Schuld- und Eigenkapitaltiteln, deren Rückzahlung an die Performance der Vermögenswerte der Zweckgesellschaften gekoppelt ist.

Der Nominalbetrag der von der Deutschen Bank bereit gestellten Liquiditätsfazilitäten einschließlich des nicht in Anspruch genommenen Anteils belief sich zum 31. Dezember 2008 auf 20,1 Mrd € und zum 31. Dezember 2007 auf 28,8 Mrd €. Davon wurden 10,8 Mrd € beziehungsweise 13,8 Mrd € in Anspruch genommen. Damit standen 9,3 Mrd € beziehungsweise 15,0 Mrd €, wie in der Tabelle aufgeführt, noch zur Verfügung. Alle Fazilitäten stehen für eine Inanspruchnahme zur Verfügung, sobald bestimmte Kriterien hinsichtlich der Vermögenswerte erfüllt und die Performanceziele nicht erreicht sind. Diese Fazilitäten sind durch die Vermögenswerte der SPEs besichert, so dass die Veränderung des Fair Value dieser Vermögenswerte die Rückzahlung des in Anspruch genommenen Betrags beeinflusst.

Investmentfonds

Die Deutsche Bank übernimmt Fondsgarantien, in deren Rahmen sie den Anlegern zu bestimmten Zeitpunkten einen bestimmten Wert des Nettofondsvermögens garantiert. Solche Garantien führen nicht dazu, dass die Deutsche Bank die Fonds konsolidiert. Die Garantien werden bilanzwirksam als Derivate zum Fair Value erfasst, wobei Fair-Value-Änderungen erfolgswirksam ausgewiesen werden. Der Fair Value der Garantien belief sich zum 31. Dezember 2008 auf 13,2 Mio € und zum 31. Dezember 2007 auf 4,7 Mio €. Zum 31. Dezember 2008 beliefen sich die von diesen nicht konsolidierten Fonds verwalteten Vermögenswerte auf 11,8 Mrd € und die von ihnen herausgelegten Garantien auf 10,9 Mrd €. Zum 31. Dezember 2007 wurden Vermögenswerte in Höhe von 23,6 Mrd € und Garantien in Höhe von 23,0 Mrd € ausgewiesen. Der deutliche Rückgang der Vermögenswerte in 2008 war, wie oben erläutert, hauptsächlich auf die Konsolidierung von vier Fonds zurückzuführen.

Immobilienleasingfonds

Die Deutsche Bank begibt Garantien für SPEs mit Immobilienvermögen (Gewerbe- und Wohnimmobilien sowie Infrastrukturanlagen in Deutschland), die von Dritten finanziert und an Kunden der Deutschen Bank vermietet werden. Diese Garantien werden nur in Anspruch genommen, wenn das betreffende Objekt zerstört wird und die Versicherungsgesellschaft für den Verlust nicht aufkommt. Wenn die Garantie in Anspruch genommen wird, macht die Deutsche Bank gegenüber der Versicherungsgesellschaft Ansprüche geltend. Bisher wurde keine Garantie in Anspruch genommen. Der Nominalbetrag der von der Deutschen Bank begebenen Garantien betrug zum 31. Dezember 2008 535 Mio € und zum 31. Dezember 2007 547 Mio €, und ihr Fair Value ist nicht materiell. Die Deutsche Bank konsolidiert diese SPEs nicht, da sie nicht die Mehrheit der Risiken und Chancen aus ihnen hält.

Darüber hinaus schreibt die Deutsche Bank Verkaufsoptionen für von ihr aufgelegte geschlossene Immobilienfonds, die Gewerbeimmobilien oder Infrastrukturanlagen in Deutschland erwerben, die dann von Dritten geleast werden. Über Verkaufsoptionen können die Anteilseigner am Ende der Leasingfrist die Immobilie oder ihre Anteile zu einem festen Preis an die Deutsche Bank verkaufen, sofern der Leasingnehmer seine Option zum Erwerb des Objekts nicht ausübt. Da Leasingnehmer eine Vorzugsoption besitzen, geht die Deutsche Bank davon aus, dass die Option in den meisten Fällen von den Leasingnehmern ausgeübt wird. Der Nominalwert der geschriebenen Verkaufsoptionen betrug zum 31. Dezember 2008 222 Mio € und zum 31. Dezember 2007 300 Mio €, und ihr Fair Value ist nicht materiell. Die Deutsche Bank konsolidiert diese SPEs nicht, da sie nicht die Mehrheit der Risiken und Chancen aus ihnen hält.

Vertragsbeziehungen mit anderen nicht konsolidierten SPEs

Vom Konzern gesponserte Verbriefungen

Im Geschäftsjahr 2008 schloss die Deutsche Bank Geschäfte mit SPEs ab, die die Ausbuchung von Krediten in Höhe von 10,4 Mrd € ermöglichten. Dabei handelte es sich um Kredite im Zusammenhang mit der Finanzierung von Unternehmensübernahmen, vor allem in den USA, sowie um gewerbliche Immobilienkredite, die als zum Fair Value bewertet ausgewiesen waren. Nicht ausgebucht wurden Kredite von 0,7 Mrd €, da in diesen Fällen die Ausbuchungskriterien nicht erfüllt waren. Die SPEs begaben verschiedene Tranchen von Schuldverschreibungen, wobei die nachrangigen Tranchen im Wesentlichen von konzernfremden Dritten gehalten werden. Die Deutsche Bank hält alle vorrangigen Schuldverschreibungen, die unter den Forderungen aus dem Kreditgeschäft ausgewiesen werden. Sie sind damit zu fortgeführten Anschaffungskosten zu bewerten und periodisch auf das Vorliegen von Wertminderungen zu prüfen. Da die Deutsche Bank keinen beherrschenden Einfluss auf die SPEs ausübt, konsolidiert sie diese nicht.

Die SPEs wurden in einer Weise strukturiert, dass sie den Inhabern der vorrangigen Schuldverschreibungen zusätzliche Sicherheiten bieten, wenn der Marktwert der Kredite eine festgelegte Grenze unterschreitet beziehungsweise wenn die tatsächlich eingetretenen Verluste eine bestimmte Schwelle überschreiten. Falls ein Ausfallereignis eintritt und nicht in der vereinbarten Zeit bereinigt wird, ist der Konsolidierungsstatus für die SPE zu überprüfen. Bei zwei SPEs wurden im vierten Quartal 2008

Ausfallereignisse ausgelöst, nachdem der Wert der Vermögenswerte der SPE unter den festgelegten Grenzbetrag gefallen war. Dies führte dazu, dass die externen Anteilseigner einwilligten, einen zusätzlichen Kapitalbetrag von 0,7 Mrd € zwecks Ausgleich einzuschließen. Zum 31. Dezember 2008 wurde einer der SPEs zusätzliches Eigenkapital in Höhe von 0,5 Mrd € bereitgestellt. Die Verhandlung über die Höhe des der zweiten SPE zuzuführenden Kapitalbetrages ist noch nicht abgeschlossen. Im Anschluss an den Eintritt des Ausfallereignisses wurden die vertraglichen Vereinbarungen mit diesen SPEs neu festgelegt, so dass für die nächsten zwölf Monate die einen Ausfall auslösenden Ereignisse anhand der tatsächlichen Ausfälle der zugrunde liegenden Vermögenswerte bestimmt werden. Nach dieser Frist werden die einen Ausfall auslösenden Ereignisse wieder wie zuvor unter Zugrundelegen des Marktwertes dieser Vermögenswerte bestimmt. Nach Ansicht der Deutschen Bank wird der Buchwert der Kredite in der SPE voll einbringlich sein, sofern diese bis zur Fälligkeit gehalten werden.

Überblick zu vertraglichen Verpflichtungen

Die nachfolgende Tabelle zeigt die am 31. Dezember 2008 bestehenden, aber noch nicht fälligen Barleistungsverpflichtungen aus vertraglichen Verpflichtungen.

Vertragliche Verpflichtungen in Mio €	Zahlungsfälligkeit nach Periode				
	Ins- gesamt	Bis 1 Jahr	1 bis 3 Jahre	3 bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Verpflichtungen aus langfristigen Verbindlichkeiten	133.856	22.225	37.132	33.487	41.012
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	9.729	983	1.711	2.378	4.657
Langfristige zum Fair Value klassifi- zierte Verpflichtungen ⁽¹⁾	19.270	1.748	4.995	4.110	8.417
Finanzleasingverpflichtungen	352	32	61	57	202
Operating-Lease-Verpflichtungen . . .	5.749	765	1.242	945	2.797
Kaufverpflichtungen	2.457	496	1.225	492	244
Langfristige Einlagen	35.255	–	12.322	8.601	14.332
Sonstige langfristige Verbindlich- keiten	2.852	4	–	–	2.848
Insgesamt	209.520	26.253	58.688	50.070	74.509

1 Beinhaltet im Wesentlichen zum Fair Value klassifizierte langfristige Verbindlichkeiten und langfristige Einlagen.

In den obigen Zahlen sind die Erträge aus nicht kündbaren Untervermietungen in Höhe von 245 Mio € für Operating Leases nicht enthalten. Kaufverpflichtungen für Waren und Dienstleistungen umfassen zukünftige Zahlungen, unter anderem für Zahlungsverkehr und Wertpapierabwicklung, Informationstechnologie und Depotverwaltung. Einige der unter Kaufverpflichtungen ausgewiesenen Beträge stellen vertragliche Mindestzahlungen dar. In den langfristigen Einlagen sind Einlagen mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr nicht enthalten. Unter bestimmten Bedingungen können zukünftige Zahlungen aus einigen langfristigen zum Fair Value klassifizierten Verpflichtungen früher fällig werden.

Vermögenslage

Vergleich der Geschäftsjahre jeweils endend zum 31. Dezember 2008 und 2007

Die nachfolgende Tabelle zeigt Informationen zur Entwicklung der Vermögenslage nach dem Konzernabschluss der Deutschen Bank.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007 ⁽¹⁾ (angepasst) (geprüft)	31.12.2007 ⁽²⁾
Summe der Aktiva	2.202.423	1.925.003	2.020.349
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	9.267	13.597	13.597
Forderungen aus Wertpapierleihen	35.022	55.961	55.961
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.623.811	1.378.011	1.474.103
davon: Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1.224.493	506.967	N/A
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	24.835	42.294	42.294
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	269.281	198.892	198.892
Summe der Verbindlichkeiten	2.170.509	1.885.688	1.981.883
Einlagen	395.553	457.946	457.946
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	87.117	178.741	178.741
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen davon: Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1.333.765	870.085	966.177
Finanzinstrumenten	1.181.617	512.435	N/A
Langfristige Verbindlichkeiten	133.856	126.703	126.703
Eigenkapital einschließlich Minderheitsanteile	31.914	39.315	38.466
Tier-1 Kapital ⁽³⁾	31.094	28.320	28.320
Tier-2 Kapital ⁽³⁾	6.302	9.729	9.729

N/A – nicht aussagefähig.

- 1 Angaben auf Basis des Konzernabschlusses der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008, angepasst an den Ausweis zum 31.12.2008. Eine Beschreibung der vorgenommenen Anpassungen ist in Note 1 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008 enthalten.
- 2 Angaben auf Basis des Konzernabschlusses der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2007, nicht angepasst an den Ausweis zum 31.12.2008.
- 3 2007 auf der Grundlage von „Basel I“; 2008 auf der Grundlage von „Basel II“

Aktiva und Verbindlichkeiten

Die Summe der Aktiva betrug zum 31. Dezember 2008 2.202 Mrd €. Dies entsprach einem Anstieg von 277 Mrd € (14%) gegenüber dem 31. Dezember 2007 (1.925 Mrd €). Die Summe der Verbindlichkeiten von 2.171 Mrd € lag zum 31. Dezember 2008 um 285 Mrd € (15%) über dem Wert zum Jahresende 2007 (1.886 Mrd €). Die Summe der Aktiva und die Summe der Passiva zum 31. Dezember 2007 wurden an den gegenwärtigen Ausweis angepasst.

Die Entwicklung sowohl der Aktiva als auch der Passiva wurde 2008 durch Veränderungen der Wechselkurse zwischen dem US-Dollar und dem Euro signifikant beeinflusst. In der ersten Jahreshälfte 2008 führte die Stärke des Euro zu geringeren Gegenwerten in Euro für die auf dem US-Dollar basierenden Aktiva und Passiva. Die Abwertung des Euro seit Beginn des dritten Quartals 2008 hatte die Umkehr eines Großteils dieser Entwicklung zur Folge, so dass die Bilanzentwicklung im Gesamtjahr 2008 insgesamt nur geringfügig durch Wechselkursänderungen beeinflusst wurde.

Die Erhöhung der Aktiva und Passiva im Vergleich zum 31. Dezember 2007 war im Wesentlichen auf positive und negative Marktwerte derivativer Finanzinstrumente zurückzuführen. Diese lagen zum

31. Dezember 2008 um 718 Mrd € beziehungsweise 669 Mrd € über den Vergleichswerten zum 31. Dezember 2007. Dieser Anstieg war hauptsächlich auf das Geschäft mit Kredit-, FX- und Zinsprodukten zurückzuführen und resultierte aus extremer Marktvolatilität und Zinsschwankungen. Ferner stieg das Kreditgeschäft um 70 Mrd € auf 269 Mrd € zum 31. Dezember 2008, vornehmlich im Bereich CIB. Dieser Zuwachs war größtenteils auf Umklassifizierungen nach Maßgabe der Änderungen zu IAS 39, „Reclassification of Financial Assets“ zurückzuführen.

Diese Entwicklungen wurden zum Teil durch Rückgänge in den meisten anderen Bilanzkategorien ausgeglichen. Dies reflektierte vor allem die im 2. Quartal 2008 eingeleiteten Aktivitäten zur Reduzierung des Bilanzvolumens und wirkte sich insbesondere auf die nicht derivativen zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen aus.

Eigenkapital

Zum 31. Dezember 2008 belief sich das Eigenkapital auf 31,9 Mrd € und lag damit um 7,4 Mrd € (19%) unter dem Wert des Vorjahres (39,3 Mrd €). Diese Entwicklung resultierte in erster Linie aus einem Rückgang der unrealisierten Gewinne/Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten um 4,5 Mrd € (davon entfielen 0,7 Mrd € auf realisierte Gewinne/Verluste aus nicht festverzinslichen und festverzinslichen Wertpapieren, die keine Auswirkung auf das Eigenkapital hatten), aus einem den Aktionären der Deutschen Bank zurechenbare Konzernverlust in Höhe von 3,8 Mrd €, der im Mai 2008 erfolgte Dividendenzahlung von 2,3 Mrd € für das Geschäftsjahr 2007, Verlusten aus dem Verkauf Eigener Aktien in Höhe von 1,2 Mrd €, sowie negativen Effekten aus Wechselkursänderungen von 1,1 Mrd € (insbesondere des US-Dollars und des Britischen Pfunds). Diese Faktoren wurden durch die im September 2008 erfolgte Kapitalerhöhung von 2,2 Mrd €, einen positiven Effekt in Höhe von 1,9 Mrd € aus der Reduzierung Eigener Aktien im Bestand sowie den per saldo positiven Effekt von 0,9 Mrd € aus der Modifizierung der Abwicklungsmethode für bestehende Terminkaufkontrakte auf Deutsche Bank-Aktien teilweise ausgeglichen.

Der Rückgang der unrealisierten Gewinne/Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten um 4,5 Mrd € war überwiegend auf nicht festverzinsliche Wertpapiere zurückzuführen (insgesamt 3,9 Mrd €, die sowohl aus realisierten Gewinnen aus der Verminderung von Industriebeteiligungen, als auch aus unrealisierten Verlusten aus negativen Marktwertveränderungen bestanden). Der verbleibende Rückgang um 0,6 Mrd € resultierte aus realisierten und unrealisierten Verlusten aus festverzinslichen Wertpapieren. Der wesentliche Teil dieses Betrags war auf den Rückgang der Fair Values von festverzinslichen Wertpapieren zurückzuführen, die Teil der von der Deutschen Bank aufgelegten Asset-backed-Commercial-Paper-Programme („ABCP“) sind. Nach der Änderung von IAS 39, „Reclassification of Financial Assets“, wurde der größte Teil dieser Aktiva zum 1. Juli 2008 von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in die Kategorie der Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgegliedert. Die den Aktiva zugehörigen unrealisierten Verluste aus der Zeit vor der Umgliederung werden bis zu deren Fälligkeit auf Basis der Effektivzinismethode in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung vereinnahmt. Diese unrealisierten Verluste determinieren den negativen Saldo von 882 Mio €, der im Eigenkapital zum 31. Dezember 2008 in der Position „Unrealisierte Gewinne/Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten“ ausgewiesen ist.

Das gemäß Basel II ausgewiesene aufsichtsrechtliche Kapital insgesamt (Tier-1- und Tier-2-Kapital) betrug zum Jahresende 2008 37,4 Mrd € gegenüber 38,0 Mrd € zum Jahresende 2007 (ausgewiesen gemäß Basel I). Während das Kernkapital (Tier-1) um 2,8 Mrd € stieg, ging das Ergänzungskapital (Tier-2) um 3,4 Mrd € zurück. Sowohl das Tier-1- als auch Tier-2-Kapital gingen um 1,5 Mrd € infolge der Einbeziehung neuer Basel-II-relevanter Abzugsposten zurück. Im September 2008 stieg das Tier-1-Kapital aufgrund der Ausgabe von 40 Millionen neuer Aktien um 2,2 Mrd €. Andererseits wurde das Tier-1-Kapital durch den den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Verlust von 3,8 Mrd € belastet. Dieser Effekt konnte durch mehrere Maßnahmen, wie die Umwandlung von Contingent Capital, einen Effekt aus der Änderung der Rechnungslegung für Pensionszahlungen und den Verkauf Eigener Aktien im Bestand, ausgeglichen werden. Der verbleibende Rückgang des Tier-2-Kapitals resultierte hauptsächlich aus dem Rückgang unrealisierter Gewinne in börsennotierten Wertpapieren um 1,5 Mrd € und der Umwandlung von 0,5 Mrd € Tier-2-Kapital in hybrides Tier-1-Kapital.

Vergleich der Geschäftsjahre jeweils endend zum 31. Dezember 2007 und 2006

Die nachfolgende Tabelle zeigt Informationen zur Entwicklung der Vermögenslage nach dem Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2007.

In Mio €	31.12.2007	31.12.2006
	(geprüft)	
Summe der Aktiva	2.020.349	1.584.493
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	13.597	14.265
Forderungen aus Wertpapierleihen	55.961	62.943
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte	1.474.103	1.104.650
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	42.294	38.037
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, netto	198.892	178.524
Summe der Verbindlichkeiten	1.981.883	1.551.018
Einlagen	457.946	411.916
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten	966.177	694.619
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	178.741	102.200
Langfristige Verbindlichkeiten	126.703	111.363
Eigenkapital	38.466	33.475
Kernkapital (Tier-1)	28.320	23.539
Ergänzungskapital (Tier-2)	9.729	10.770

Die folgende Diskussion der Entwicklung der Vermögenslage der Deutschen Bank im Jahr 2007 beruht auf den Finanzangaben im Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2007. Bei einem Vergleich der nachfolgenden Diskussion mit der Darstellung der Entwicklung der Vermögenslage im Geschäftsjahr 2008 ist zu berücksichtigen, dass im Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008 im Hinblick auf den Ausweis von Aktiva und Passiva zum 31. Dezember 2007 Anpassungen an den Ausweis zum 31. Dezember 2008 vorgenommen wurden (siehe dazu Note 1 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008, der im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist).

Aktiva und Verbindlichkeiten

Die Bilanzsumme des Konzerns belief sich zum Jahresende 2007 auf 2.020,3 Mrd € und stieg im Vergleich zum Vorjahresende um 435,9 Mrd € oder 28 % (2006: 1.584,5 Mrd €).

Zu dem Anstieg der Bilanzsumme trugen die zum Fair Value bewerteten Vermögenswerte mehr als 80 % bei. Im Wesentlichen war dies auf um 281,2 Mrd € höhere Handelsaktiva (hauptsächlich durch positive Marktwerte von Derivaten) und um 88,3 Mrd € gestiegene zum Fair Value klassifizierte Vermögenswerte (vornehmlich bei Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihen) zurückzuführen. Darüber hinaus wuchsen die Forderungen aus dem Kreditgeschäft um 20,4 Mrd € auf 198,9 Mrd €. Dieser Anstieg resultierte im Wesentlichen aus organischem Wachstum und der Akquisition der Berliner Bank in PBC sowie aus höheren Volumina bei Investment Grade Loans und Handelsfinanzierungen in CIB. Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung, insbesondere aus Prime-Brokerage-Geschäften, wuchsen um 37,2 Mrd € auf 151,2 Mrd € am Jahresende 2007.

Die Summe der Passiva erhöhte sich zum 31. Dezember 2007 im Vergleich zum Vorjahr um 430,9 Mrd € (28 %) auf 1.981,9 Mrd €. Diese Entwicklung war hauptsächlich auf die zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen zurückzuführen, die um 271,6 Mrd € stiegen. Darin enthalten war eine Zunahme der negativen Marktwerte aus Derivaten in Höhe von 216,1 Mrd €. Zudem stiegen die Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) um 76,5 Mrd € infolge größerer Refinanzierungserfordernisse durch den Ausbau der Summe der Aktiva. Die verzinslichen Einlagen und die langfristigen Verbindlichkeiten stiegen um 46,2 Mrd € beziehungsweise 15,3 Mrd €. Die Entwicklung der langfristigen Verbindlichkeiten war hauptsächlich auf einige volumenstarke Emissionen im zweiten Halbjahr 2007 zurückzuführen, da die Deutsche Bank sich die komparativen Kostenvorteile von längerfristigen gegenüber kurzfristigen Finanzierungen zunutze machte.

Eigenkapital

Das Eigenkapital belief sich zum Jahresende 2007 auf 38,5 Mrd € und lag damit um 5,0 Mrd € (15%) höher als im Vorjahr (2006: 33,5 Mrd €). Zu dieser Entwicklung trug in erster Linie der Gewinn von 6,5 Mrd € bei. Ferner ergab sich ein positiver Effekt von 0,8 Mrd € durch veränderte Handelsaktivitäten des Konzerns mit Derivaten auf Eigene Aktien, der als Verminderung des den Deutsche Bank Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals verbucht wurde. Außerdem nahmen die Minderheitsanteile um 0,7 Mrd € zu, was vor allem auf die Konsolidierung von Unternehmen, bei denen der Konzern nicht der einzige Anteilseigner ist, zurückzuführen war. Diese Faktoren wurden teilweise durch Positionen ausgeglichen, die das den Deutsche Bank Aktionären zurechenbare Eigenkapital verringerten. Dazu zählten hauptsächlich die in 2007 für das Geschäftsjahr 2006 gezahlte Bardividende von 2,0 Mrd € und negative Effekte aus Wechselkursänderungen (insbesondere des US-Dollar und des Britischen Pfund) von 1,7 Mrd €.

Das aufsichtsrechtliche Kapital gemäß Basel I stieg in 2007 um 3,7 Mrd € auf 38,0 Mrd €. Während das Kernkapital (Tier-1) um 4,8 Mrd € anstieg, ging das Ergänzungskapital (Tier-2) infolge auslaufender nachrangiger Verbindlichkeiten um 1,1 Mrd € zurück. Der Anstieg der Gewinnrücklagen, der teilweise durch die Dividendenabgrenzung und Aktienrückkäufe kompensiert wurde, sowie neu emittierte nicht kumulative Vorzugsaktien waren die wesentlichen Faktoren für den Anstieg des Kernkapitals (Tier-1).

Kapitalflussrechnung

Geschäftsjahre 2008 und 2007

Die nachfolgende Tabelle stellt ausgewählte Angaben aus der geprüften Konzern-Kapitalflussrechnung der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008 dar.

in Mio €	2008	2007
Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	37.117	16.790
Nettocashflow aus Investitionstätigkeit	- 769	- 4.388
Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit	3.220	- 3.369
Anfangsbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente.	26.098	17.354
Endbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	65.264	26.098

Für Zwecke der Konzern-Kapitalflussrechnung umfassen die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente des Konzerns hochliquide Vermögenswerte, die unmittelbar in liquide Mittel umgewandelt werden können und mit einem unwesentlichen Wertänderungsrisiko behaftet sind. Dabei handelt es sich um die Barreserve sowie Sichteinlagen bei Banken. Die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente erhöhten sich von 26,1 Mrd EUR im Jahr 2007 auf 65,3 Mrd EUR im Jahr 2008. Diese Entwicklung war vor allem auf gestiegene Sichteinlagen bei Banken zurückzuführen.

Der Konzern ordnet Cashflows den Kategorien operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit oder Finanzierungstätigkeit auf Basis des Geschäftsmodells zu („Managementansatz“). Die operative Tätigkeit des Konzerns besteht vor allem darin, finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zu managen. So gehören beispielsweise die Begebung und das Management langfristiger Schuldtitel zum Kern der operativen Geschäftstätigkeiten, während sie bei Nicht-Finanzunternehmen nicht den wesentlichen ertragswirksamen Tätigkeiten, sondern den Finanzierungstätigkeiten zuzurechnen sind.

Der Konzern ordnet die Emission vorrangiger langfristiger Verbindlichkeiten der operativen Geschäftstätigkeit zu. Vorrangige Verbindlichkeiten beinhalten strukturierte Schuldverschreibungen und Asset-backed Securities, die im Konzernbereich CIB konzipiert und umgesetzt werden und insofern Bestandteil der ertragswirksamen Tätigkeiten sind. Ebenfalls enthalten sind seitens Treasury begebene Schuldtitel, die auch durch andere Finanzierungsquellen ersetzt werden könnten und deren Finanzierungskosten auf die jeweiligen Geschäftsfelder verrechnet werden, um deren Geschäftsergebnis zu bestimmen.

Trotz eines Verlustes stieg der Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit im Jahr 2008 auf 37,1 Mrd EUR nach 16,8 Mrd EUR im Vorjahr. Die starke Erhöhung des Cash Flows aus operativer Geschäftstätigkeit in 2008 resultiert vor allem aus den im zweiten Quartal eingeleiteten Aktivitäten zur Reduktion des Bilanzvolumens.

Der Nettocashflow aus Investitionstätigkeit wird im Wesentlichen durch die zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte bestimmt. Dieser betrug negativ 769 Mio EUR im Jahr 2008, im Vergleich zu negativ 4,4 Mrd EUR im Jahr 2007. Diese Entwicklung war auf einen nahezu ausgeglichenen Nettocashflow aus dem Verkauf, der Endfälligkeit und dem Erwerb von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in 2008 zurückzuführen, während in 2007 der Cashflow aus dem Erwerb denjenigen aus dem Verkauf und der Endfälligkeit überstieg.

Cashflows aus nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten und hybriden Kapitalinstrumenten („Trust Preferred Securities“) unterscheiden sich von den Cashflows aus vorrangigen langfristigen Verbindlichkeiten, da sie als Bestandteil des Kapitals gesteuert werden, insbesondere um die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen erfüllen zu können. Demzufolge lassen sie sich nicht durch andere operative Verbindlichkeiten, sondern nur durch Eigenkapital ersetzen und werden daher den Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit zugeordnet.

Der positive Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit im Jahr 2008 war hauptsächlich durch die Emission hybrider Finanzinstrumente in Höhe von 3,4 Mrd EUR und die im September 2008 durchgeführte Kapitalerhöhung in Höhe von 2,2 Mrd EUR bestimmt.

Geschäftsjahre 2007 und 2006

Die nachfolgende Tabelle stellt ausgewählte Angaben aus der geprüften Konzern-Kapitalflussrechnung der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2007 dar.

in Mio €	2007	2006
Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	16.790	11.164
Nettocashflow aus Investitionstätigkeit	– 4.388	– 3.470
Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit	– 3.369	– 3.252
Anfangsbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente.	17.354	13.422
Endbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	26.098	17.354

Die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente erhöhten sich vor allem durch die gestiegenen Sichteinlagen bei Banken von 17,4 Mrd EUR im Jahr 2006 auf 26,1 Mrd EUR im Jahr 2007.

Der Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit stieg von 11,2 Mrd EUR im Jahr 2006 auf 16,8 Mrd EUR im Jahr 2007. Diese Entwicklung resultierte aus höheren operativen Verbindlichkeiten, insbesondere aus Wertpapierleihen, übertragenen Zentralbankeinlagen und Wertpapierpensionsgeschäften.

Der Nettocashflow aus Investitionstätigkeit betrug negativ 3,5 Mrd EUR im Jahr 2006 und negativ 4,4 Mrd EUR im Jahr 2007. Diese Entwicklung war hauptsächlich auf den Erwerb von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten zurückzuführen.

Der Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit war in den Jahren 2006 und 2007 nahezu unverändert. Der negative Cashflow in Höhe von 3,3 Mrd EUR beziehungsweise 3,4 Mrd EUR war hauptsächlich auf die Rückzahlung nachrangiger langfristiger Verbindlichkeiten und den Erwerb eigener Aktien zurückzuführen.

Weitere Informationen zum geprüften Jahresabschluss der Deutsche Bank AG für das Geschäftsjahr 2008 nach HGB

Im Geschäftsjahr 2008 ergab sich für die Deutsche Bank AG nach HGB auf nicht-konsolidierter Basis ein Jahresfehlbetrag von – 2.185 Mio €. Im Geschäftsjahr 2007 hatte sich demgegenüber ein Jahres-

überschuss von 2.757 Mio € ergeben. Der nach HGB auf nicht-konsolidierter Basis ermittelte Bilanzgewinn betrug im Geschäftsjahr 2008 310 Mio € gegenüber 2.387 Mio € im Geschäftsjahr 2007.

Die Deutsche Bank AG hat nach Beschlussfassung der Hauptversammlung vom 29. Mai 2008 eine Dividende für das Geschäftsjahr 2007 von 2.274 Mio € ausgeschüttet. Der Aufsichtsrat der Deutschen Bank hat in seiner Sitzung vom 17. März 2009 den Jahresabschluss 2008 gebilligt und damit festgestellt. Für das Geschäftsjahr 2008 schlagen Aufsichtsrat und Vorstand den Aktionären vor, auf der Hauptversammlung am 26. Mai 2009 für das Geschäftsjahr 2008 eine Dividende von € 0,50 je Stückaktie zu beschließen. Nach dem deutschen Aktienrecht kann eine Beschlussfassung über eine Dividende sowie deren Ausschüttung nur aufgrund eines in dem Einzelabschluss der Bank ausgewiesenen Bilanzgewinns erfolgen.

Für weitere Informationen zu Dividendenzahlungen und Dividendenpolitik, siehe den Abschnitt *„Dividendenpolitik und Ergebnis je Aktie – Dividendenpolitik“*.

Der nach HGB aufgestellte Einzelabschluss der Deutsche Bank AG zum 31. Dezember 2008 ist im *„Finanzteil“* abgedruckt.

RISIKOMANAGEMENT

Überblick

Vor dem Hintergrund der breit gefächerten Geschäftsaktivitäten ist es unerlässlich, Risiken effektiv zu identifizieren, messen, aggregieren und zu steuern sowie die verschiedenen Geschäftsaktivitäten angemessen mit Eigenkapital zu unterlegen. Die Deutsche Bank steuert ihre Risiken und ihr Kapital mithilfe eines Rahmenwerks von Grundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Mess- und Überwachungsprozessen, die eng auf die Tätigkeiten der Konzernbereiche ausgerichtet sind. Die Bedeutung einer starken Fokussierung auf das Risikomanagement und den kontinuierlichen Bedarf zur Weiterentwicklung der Risikomanagementpraxis wurde insbesondere während der Finanzmarktkrise, die in 2007 begann und über den Berichtszeitpunkt hinaus andauert, deutlich. Obwohl das Risiko- und Kapitalmanagement kontinuierlich weiterentwickelt und verbessert wird, kann es keine Garantie dafür geben, dass alle Marktentwicklungen, insbesondere der extremeren Art, jederzeit und in vollem Umfang vorhergesehen werden können.

Grundsätze für das Risiko- und Kapitalmanagement

Der Risiko- und Kapitalmanagementansatz baut auf den folgenden Grundsätzen auf:

- Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die Überwachung des Risiko- und Kapitalmanagements im Konzern. Der Aufsichtsrat überprüft das Risiko- und Kapitalprofil in regelmäßigen Zeitabständen.
- Die Deutsche Bank managt Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, operationelle, Geschäfts-, Rechts- und Reputationsrisiken sowie ihr Kapital in einem koordinierten Prozess auf allen relevanten Ebenen der Deutschen Bank. Das gilt auch für komplexe Produkte, die üblicherweise innerhalb des Rahmenwerks der Deutschen Bank für Handelsengagements gesteuert werden.
- Die Struktur der integrierten Legal, Risk & Capital-Funktion der Deutschen Bank ist eng auf die Struktur der Konzernbereiche ausgerichtet.
- Die Legal, Risk & Capital-Funktion ist unabhängig von den Konzernbereichen.

Organisation

Der Chief Risk Officer, ein Mitglied des Vorstands, trägt die Verantwortung für das Risikomanagement in Bezug auf die Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, operationellen und Geschäfts-, Rechts- und Reputationsrisiken sowie für die Kapitalmanagementaktivitäten im Konzern. Ferner leitet er die integrierte Legal, Risk & Capital-Funktion.

Zwei funktionale Komitees sind von zentraler Bedeutung für die Legal, Risk & Capital-Funktion. Der Vorsitz des Capital and Risk Committee liegt beim Chief Risk Officer mit dem Chief Financial Officer als Stellvertreter. Zu den Aufgaben des Capital and Risk Committee zählen die Planung des Risiko-Profils und der Kapitalbasis, die laufende Überwachung der Kapitalkapazität sowie die Optimierung der Refinanzierung. Des Weiteren ist der Chief Risk Officer Vorsitzender des Risk Executive Committee, das für die konzernweite Steuerung und Kontrolle der zuvor genannten Risiken verantwortlich ist. Der Deputy Chief Risk Officer berichtet unmittelbar an den Chief Risk Officer und gehört zu den stimmberechtigten Mitgliedern des Risk Executive Committee.

Es sind dedizierte Legal, Risk & Capital-Einheiten mit den folgenden Aufgaben etabliert:

- Steuerung der Geschäftsaktivitäten der Konzernbereiche im Einklang mit der vom Capital and Risk Committee festgelegten Risikoneigung;
- Formulierung und Umsetzung angemessener Risiko- und Kapitalmanagementgrundsätze, -verfahren und -methoden für die verschiedenen Geschäftsaktivitäten der Konzernbereiche;
- Genehmigung von Kreditrisiko-, Marktrisiko- und Liquiditätsrisikolimiten;

- regelmäßige Überprüfung der Portfolios, um sicherzustellen, dass sich die Risiken innerhalb annehmbarer Parameter bewegen, und
- Entwicklung und Einführung geeigneter Risiko- und Kapitalmanagementsysteme für die jeweiligen Konzernbereiche.

Das Group Reputational Risk Committee („GRRC“) ist ein offizielles Unterkomitee des Risk Executive Committee und wird vom Chief Risk Officer geleitet. Das GRRC prüft und entscheidet endgültig alle das Reputationsrisiko betreffenden Fragen, deren Eskalation von der Geschäftsleitung und dem Regional Management als notwendig erachtet wird oder aufgrund anderer Konzernrichtlinien und -verfahren erforderlich ist.

Unterstützung erhält die Legal, Risk & Capital-Funktion von Finance und der Revision. Diese Einheiten sind unabhängig von den Konzernbereichen und der Legal, Risk & Capital-Funktion. Finance hilft bei der Quantifizierung und Verifizierung der von der Deutschen Bank eingegangenen Risiken und ist für die Qualität und Korrektheit der risikorelevanten Daten zuständig. Die Revision überprüft risikoorientiert den Aufbau und die operative Effektivität der internen Kontrollen der Deutschen Bank und stellt unabhängige Prüfungsergebnisse für den Vorstand und den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats zur Verfügung.

Arten der Risiken

Die bedeutendsten Risiken, denen das Geschäft der Deutschen Bank ausgesetzt ist, sind bankbetriebliche Risiken, Reputationsrisiken sowie Risiken aus allgemeiner unternehmerischer Tätigkeit.

Bankbetriebliche Risiken

Die Risikomanagementprozesse der Deutschen Bank unterscheiden vier Arten von bankbetrieblichen Risiken: Kredit-, Markt-, Liquiditäts- und operationelles Risiko.

- Das **Kreditrisiko** entsteht im Zusammenhang mit Transaktionen, aus denen sich tatsächliche, eventuelle oder künftige Ansprüche gegenüber einem Geschäftspartner, Kreditnehmer oder Schuldner (im Folgenden auch „Geschäftspartner“ genannt) ergeben. Die Deutsche Bank unterscheidet drei Arten von Kreditrisiken:
 - **Ausfallrisiko** ist das Risiko, dass Geschäftspartner vertragliche Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen.
 - **Länderrisiko** ist das Risiko, dass dem Konzern in einem beliebigen Land aus einem der folgenden Gründe ein Verlust entsteht: eine mögliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, politische und soziale Unruhen, Verstaatlichung und Enteignung von Vermögenswerten, staatliche Nichtanerkennung von Auslandsschulden, Devisenkontrollen und Ab- oder Entwertung der Landeswährung. Das Länderrisiko beinhaltet das Transferrisiko. Dieses entsteht, wenn Schuldner aufgrund direkter staatlicher Intervention nicht in der Lage sind, Vermögenswerte zur Erfüllung ihrer fälligen Verpflichtungen an Nichtgebietsansässige zu übertragen.
 - **Abwicklungsrisiko** ist das Risiko, dass die Abwicklung oder Verrechnung von Transaktionen scheitert. Es entsteht immer dann, wenn liquide Mittel, Wertpapiere und/oder andere Werte nicht zeitgleich ausgetauscht werden.
- Das **Marktrisiko** resultiert aus der Unsicherheit über Veränderungen von Marktpreisen und -kursen (inklusive Zinsen, Aktienkursen, Wechselkursen und Rohwarenpreisen), den zwischen ihnen bestehenden Korrelationen und ihren Volatilitäten.
- Das **Liquiditätsrisiko** ist das Risiko, dass die Deutsche Bank möglicherweise nicht oder nur zu überhöhten Kosten in der Lage ist, ihre Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit zu erfüllen.
- Das **operationelle Risiko** bezeichnet den potenziellen Eintritt von Verlusten im Zusammenhang mit Mitarbeitern, vertraglichen Vereinbarungen und deren Dokumentation, Technologie, Versagen oder Zusammenbruch der Infrastruktur, Projekten, externen Einflüssen und Kundenbeziehungen.

Diese Definition schließt rechtliche wie auch aufsichtsrechtliche Risiken ein, jedoch nicht das allgemeine Geschäfts- und das Reputationsrisiko.

Reputationsrisiko

Für ihre Risikomanagementprozesse definiert die Deutsche Bank Reputationsrisiko als die Gefahr, dass durch die öffentliche Berichterstattung über eine Transaktion, einen Geschäftspartner oder eine Geschäftspraxis, an der ein Kunde beteiligt ist, das öffentliche Vertrauen in ihre Organisation negativ beeinflusst wird.

Allgemeines Geschäftsrisiko

Das allgemeine Geschäftsrisiko bezeichnet das Risiko, das aufgrund veränderter Rahmenbedingungen entsteht. Dazu gehören beispielsweise das Marktumfeld, das Kundenverhalten und der technische Fortschritt. Wenn die Deutsche Bank sich nicht rechtzeitig auf diese veränderten Bedingungen einstellt, können diese Risiken ihre Geschäftsergebnisse beeinträchtigen.

Versicherungsrisiko

Das Versicherungsrisiko erhöhte sich in 2007 durch die Akquisition von Abbey Life Assurance Company Limited und der in 2006 eingegangenen Beteiligung an Paternoster Limited, einem regulierten Versicherungsunternehmen. Die Deutsche Bank ist insbesondere folgenden versicherungsbezogenen Risiken ausgesetzt:

- **Sterblichkeits- und Invaliditätsrisiken** – Das Risiko, dass die Anzahl der Versicherungsansprüche im Todesfall höher oder niedriger als erwartet ist und ein oder mehrere umfangreiche Ansprüche geltend gemacht werden. Ferner auch das Risiko, dass die Anzahl der Ansprüche wegen Berufsunfähigkeit die Erwartungen übersteigt oder unterschreitet. Die Deutsche Bank ist bestrebt, diese Risiken durch Rückversicherungsverträge sowie ermessensabhängige Gebühren zu reduzieren. Sie überprüft die Sterblichkeits- und Invaliditätsraten jährlich.
- **Langlebigkeitsrisiko** – Das Risiko, dass die Lebenserwartung schneller oder langsamer steigt als angenommen und sich sowohl auf gegenwärtige als auch zukünftige Rentenzahlungen auswirkt. Die Deutsche Bank beobachtet dieses Risiko unter Berücksichtigung der neuesten externen Branchen Kennzahlen und aufkommender Trends sorgfältig.
- **Kostenrisiko** – Das Risiko, dass die Verwaltung von Versicherungsverträgen höhere oder niedrigere Kosten als erwartet verursacht. Diese Kosten überwacht die Deutsche Bank durch einen Vergleich der tatsächlich entstandenen Kosten mit dem Budget. Sie untersucht die Gründe für wesentliche Abweichungen von den Erwartungen und ergreift Abhilfemaßnahmen. Sie reduziert das Kostenrisiko auch durch eine bis 2010 getroffene und mit einer Option für zwei weitere Jahre versehene Outsourcing-Vereinbarung, die sich auf die Verwaltung der Verträge bezieht.
- **Bestandsfestigkeitsrisiko** – Das Risiko, dass der Prozentsatz der stornierten Verträge höher oder niedriger als erwartet ist. Die Deutsche Bank bewertet die Bestandsraten unter Berücksichtigung entsprechender Risikofaktoren.

Risikosteuerungsinstrumente

Zur Überwachung und Steuerung von Risiken verwendet die Deutsche Bank ein umfassendes Instrumentarium quantitativer Kenngrößen und Messinstrumente. Es gehört zu den Grundsätzen des Konzerns, dass er die Angemessenheit und Zuverlässigkeit der quantitativen Kenngrößen und Messinstrumente ständig überprüft, damit er sie bei Bedarf sich ändernden Marktgegebenheiten anpassen kann. Manche dieser Instrumente sind auf mehrere Risikoarten anwendbar, andere auf die besonderen Merkmale bestimmter Risikokategorien zugeschnitten. Nachstehend sind die wichtigsten quantitativen Kenngrößen und Messinstrumente aufgeführt, die die Deutsche Bank derzeit zur Messung, Steuerung und Berichterstattung der Risiken verwendet:

Ökonomisches Kapital. Das Ökonomische Kapital ist eine Messgröße zur Ermittlung der Höhe des Eigenkapitals, das benötigt wird, um extreme unerwartete Verluste aus dem Portfolio aufzufangen. „Extrem“ bedeutet hier, dass das berechnete Ökonomische Kapital mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,98 % die innerhalb eines Jahres aggregierten unerwarteten Verluste abdeckt. Die Deutsche Bank berechnet das Ökonomische Kapital für das Ausfall-, Transfer- und Abwicklungsrisiko als Komponenten des Kreditrisikos sowie für das Markt-, operationelle und allgemeine Geschäftsrisiko. In 2008 hat die Deutsche Bank ihr Ökonomisches Kapitalmodell verbessert, insbesondere durch die konzernweite Einführung eines multiplen Zustandsmodells für die Berechnung von Kreditrisiken, das darauf ausgerichtet ist, die Auswirkungen von Rating-Migrationen umfassender abzubilden. Ferner hat die Deutsche Bank das Rahmenwerk für ihr Ökonomisches Kapital weiter angepasst, um Gewinne und Verluste aus der Anwendung der Fair Value-Bewertung umfänglicher zu erfassen. Infolge dieser Anpassung des Modells weist die Deutsche Bank nun das Ökonomische Kapital für das gehandelte Ausfallrisiko sowie für alle zum Fair Value bewerteten Vermögenswerte als Teil des Marktrisikos anstatt des Kreditrisikos aus. Dies ermöglicht ihr, auch die Messung der Preisvolatilitäten dieser Vermögenswerte in ihrem Ökonomischen Kapital abzubilden. Die Deutsche Bank verwendet das Ökonomische Kapital zur zusammenfassenden Darstellung der Risikopositionen der Deutschen Bank von einzelnen Geschäftssparten bis zur Konzernebene. Ferner nutzt sie das Ökonomische Kapital (sowie Goodwill und sonstige nicht amortisierende immaterielle Vermögenswerte) für die Zuweisung des Buchkapitals an die Geschäftssparten. Dadurch kann die Deutsche Bank die risikobereinigte Profitabilität der einzelnen Geschäftseinheiten beurteilen, die eine zentrale Rolle im Rahmen der Steuerung ihrer Finanzressourcen darstellt. Zudem setzt sie das Ökonomische Kapital – insbesondere für Kreditrisiken – zur Messung der risikobereinigten Profitabilität ihrer Kundenbeziehungen ein. Eine quantitative Darstellung des Ökonomischen Kapitalbedarfs findet sich im Abschnitt „Gesamtrisikoposition“.

Erwarteter Verlust. Die Deutsche Bank nutzt den Erwarteten Verlust zur Messung ihres Kredit- und operationellen Risikos. Der Erwartete Verlust misst auf der Grundlage historischer Verlustdaten den Verlust, der innerhalb eines Jahres zum jeweiligen Berichtstermin aus diesen Risiken zu erwarten ist. Für die Berechnung des Erwarteten Verlusts aus dem Kreditrisiko werden Kreditrisikoratings, erhaltene Sicherheiten, Fälligkeiten und statistische Durchschnittsverfahren berücksichtigt, um die Risikoeigenschaften ihrer unterschiedlichen Arten von Engagements und Fazilitäten zu erfassen. Alle Parameterannahmen basieren auf statistischen Durchschnittswerten der historisch erlittenen Ausfälle und Verluste der Deutschen Bank sowie auf externen Orientierungsgrößen. Die Deutsche Bank setzt den Erwarteten Verlust als Instrument in ihren Risikomanagementprozessen ein, und er ist auch Bestandteil ihres Management-Reporting-Systems. Die relevanten Ergebnisse der Berechnung des Erwarteten Verlusts werden darüber hinaus zur Ermittlung der kollektiv ermittelten Wertberichtigungen für Kreditausfälle in Betracht gezogen, die in dem Jahresabschluss der Deutschen Bank enthalten sind. Für das operationelle Risiko bestimmt die Deutsche Bank den Erwarteten Verlust aus statistischen Durchschnitten ihrer internen Verlusthistorie, jüngeren Risikoentwicklungen sowie zukunftsgerichteten Expertenschätzungen.

Value-at-Risk. Die Deutsche Bank verwendet ein Value-at-Risk-Verfahren, um ein quantitatives Maß für ihre Marktrisiken im Handelsbuch unter normalen Marktbedingungen abzuleiten. Die Value-at-Risk-Werte sind die Basis sowohl für die interne als auch für die externe (aufsichtsrechtliche) Berichterstattung. Für ein bestimmtes Portfolio misst der Value-at-Risk den potenziellen künftigen Verlust (bezogen auf den Marktwert), der unter normalen Marktbedingungen mit einem vorher definierten Konfidenzniveau in einer bestimmten Periode nicht überschritten wird. Der Value-at-Risk für ein Gesamtportfolio misst das diversifizierte Marktrisiko (aggregiert unter Verwendung zuvor ermittelter Korrelationen) der Deutschen Bank in diesem Portfolio.

Stresstests. Die Deutsche Bank ergänzt die Analyse der Kredit-, Markt-, operationellen und Liquiditätsrisiken um Stresstests. Für das Marktrisikomanagement führt sie Stresstests durch, da die Value-at-Risk-Berechnung auf relativ kurzfristigen historischen Daten basiert, ausschließlich Risiken bis zu einem bestimmten Konfidenzniveau ermittelt und von einer guten Verwertbarkeit der Aktiva ausgeht. Sie spiegelt daher nur das Verlustpotenzial unter relativ normalen Marktbedingungen wider. Stresstests helfen der Deutschen Bank, die Auswirkungen von potenziellen extremen Marktbewegungen auf die Werte ihrer marktrisikosensitiven Aktiva einzuschätzen. Das betrifft sowohl die hochliquiden wie auch die weniger liquiden Handelspositionen sowie die Investments der Deutschen Bank. Mithilfe von Stresstests ermittelt die Deutsche Bank die Höhe des Ökonomischen Kapitals, das zur Unter-

legung der Marktrisiken unter extremen Marktbedingungen, die die Deutsche Bank für ihre Simulationen auswählt, erforderlich ist. Die in 2008 mit diesen Stresstests gemachten Erfahrungen der Deutschen Bank werden weiter unten erläutert. Für das Kreditrisikomanagement führt die Deutsche Bank Stresstests durch, um den Einfluss von Änderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf ihr Kreditengagement beziehungsweise auf Teile davon einzuschätzen. Auch Änderungen in Bezug auf die Bonitätsbeurteilung ihres Portfolios werden berücksichtigt. Für das Liquiditätsrisikomanagement verwendet die Deutsche Bank Stresstests und Szenarioanalysen zur Untersuchung des Einflusses von plötzlich auftretenden Stressereignissen auf ihre Liquiditätsposition. Für das operationelle Risikomanagement führt die Deutsche Bank Stresstests in Bezug auf ihr Ökonomisches Kapitalmodell durch, um dessen Sensitivitäten bei Änderungen wesentlicher Modellkomponenten, einschließlich externer Verluste, einzuschätzen. Unter anderem kann die Deutsche Bank aufgrund der Ergebnisse dieser Stresstests einschätzen, welchen Einfluss wesentliche Änderungen in der Häufigkeit und/oder Schwere von operationellen Risiken auf ihren Bedarf an Ökonomischem Kapital für das operationelle Risiko haben.

Aufsichtsrechtliche Risikobeurteilung. Die Beurteilung der Risikotragfähigkeit der Deutschen Bank durch die deutschen Aufsichtsbehörden erfolgt über verschiedene Kenngrößen, die in Note 36 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008, welcher im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist näher erläutert werden.

Kreditrisiko

Die Deutsche Bank misst und steuert ihr Kreditrisiko anhand der nachstehenden Grundsätze:

- In allen Konzernbereichen werden einheitliche Standards für die jeweiligen Kreditentscheidungen angewandt.
- Die Genehmigung von Kreditlimiten für Geschäftspartner und die Steuerung der einzelnen Kreditengagements müssen den Portfoliorichtlinien und Kreditstrategien entsprechen.
- Jede Kreditgewährung und jegliche materielle Veränderung einer Kreditfazilität gegenüber einem Geschäftspartner (wie zum Beispiel Laufzeit, Sicherheitenstruktur oder wichtige Vertragsbedingungen) erfordern eine Kreditgenehmigung auf der angemessenen Kompetenzebene.
- Kreditgenehmigungskompetenzen erhalten Mitarbeiter, die über eine entsprechende Qualifikation, Erfahrung und Ausbildung verfügen. Diese Kreditkompetenzen werden regelmäßig überprüft.
- Die Deutsche Bank misst ihre gesamten Kreditengagements gegenüber einer Kreditnehmergruppe und fasst sie auf konzernweit konsolidierter Basis zusammen. Als „Kreditnehmergruppe“ betrachtet die Deutsche Bank Kreditnehmer, die durch mindestens ein von der Deutschen Bank festgelegtes Kriterium wie Kapitalbeteiligung, Stimmrecht, offensichtliche Kontrollausübung oder andere Indizien einer Konzernzugehörigkeit miteinander verbunden sind oder gesamtschuldnerisch für sämtliche oder wesentliche Teile der gewährten Kredite haften.

Kreditrisikoeinstufung

Ein wichtiges Element des Kreditgenehmigungsprozesses ist eine detaillierte Risikobeurteilung jedes Kreditengagements eines Geschäftspartners. Bei der Beurteilung des Risikos berücksichtigt die Deutsche Bank sowohl die Bonität des Geschäftspartners als auch die für die Kreditfazilität oder das Kreditengagement relevanten Risiken. Die daraus resultierende Risikoeinstufung wirkt sich nicht nur auf die Strukturierung der Transaktion und die Kreditentscheidung aus, sondern bestimmt auch die Kreditkompetenz, die zur Ausreichung beziehungsweise Verlängerung oder wesentlichen Veränderung des Kredits notwendig ist, und legt den Überwachungsumfang für das jeweilige Engagement fest.

Die Deutsche Bank verfügt über interne Bewertungsmethoden, Score Cards und eine Ratingskala zur Beurteilung der Bonität ihrer Geschäftspartner. Die 26-stufige Ratingskala der Deutschen Bank ist mit dem Maß der Ausfallwahrscheinlichkeit kalibriert, das auf statistischen Analysen historischer Ausfälle ihres Portfolios basiert. Diese Skala ermöglicht der Deutschen Bank eine Vergleichbarkeit der internen Ratings mit der Marktpraxis sowie eine verbesserte Vergleichbarkeit der verschiedenen

Unterportfolios. Einige Ausfallratings ermöglicht es der Deutschen Bank auch, die erwarteten Rückflüsse von ausgefallenen Engagements auszudrücken. Die Deutsche Bank bewertet ihre Kreditengagements generell einzeln. Bei der Ermittlung der internen Risikoeinstufungen vergleicht sie ihre Einschätzungen nach Möglichkeit mit den von führenden internationalen Ratingagenturen für ihre Geschäftspartner vergebenen externen Risikoratings.

Kreditlimite

Kreditlimite legen die Obergrenze für Kreditengagements fest, die die Deutsche Bank bereit ist, für bestimmte Zeiträume einzugehen. Sie beziehen sich auf Produkte, Konditionen des Engagements und andere Faktoren.

Überwachung des Ausfallrisikos

Die Kreditengagements der Deutschen Bank werden mithilfe der oben beschriebenen Risikosteuerungsinstrumente ständig überwacht. Darüber hinaus stehen der Deutschen Bank Verfahren zur Verfügung, mit denen sie versucht frühzeitig Kreditengagements zu erkennen, die möglicherweise einem erhöhten Verlustrisiko ausgesetzt sind. Die Deutsche Bank ist bestrebt, Geschäftspartner, bei denen auf Basis der Anwendung ihrer Risikosteuerungsinstrumente potenzielle Probleme erkannt werden, frühzeitig zu identifizieren, um das Kreditengagement effektiv zu steuern und die Rückflüsse zu maximieren. Der Zweck dieses Frühwarnsystems liegt darin, potenzielle Probleme anzugehen, solange adäquate Handlungsalternativen zur Verfügung stehen. Diese Früherkennung potenzieller Risiken ist ein Grundprinzip der Kreditkultur der Deutschen Bank und soll sicherstellen, dass größere Aufmerksamkeit auf solche Engagements gelenkt wird. Wenn die Deutsche Bank Kreditnehmer identifiziert, bei denen Probleme entstehen könnten, werden die betroffenen Engagements auf eine „Watchlist“ gesetzt.

Überwachung des gehandelten Ausfallrisikos

Die Firmenausfallrisiken in den Developed-Markets-Handelsbüchern werden von einer dedizierten Risikomanagementeinheit überwacht, die Expertenwissen zu Kredit- und Marktrisiken kombiniert. Zum Risikomanagement dieser Positionen verwendet die Deutsche Bank angemessene Portfoliolimite und kreditrisikoeinstufungsbezogene Schwellenwerte auf Einzelkreditnehmerbasis, die mit ihren Instrumenten für das Marktrisikomanagement kombiniert werden. Positionen außerhalb dieses Zuständigkeitsbereichs werden risikoseitig weiterhin durch die entsprechenden Kredit- und Marktrisikoeinheiten der Deutschen Bank gemanagt.

Loan Exposure Management Group

Im Rahmen des gesamten Risikomanagements der Deutschen Bank ist die Loan Exposure Management Group („LEMG“) vor allem zuständig für die Steuerung des Kreditrisikos für Kredite und ausleihebezogene Zusagen des internationalen Investment-Grade-Kreditportfolios sowie des Portfolios für Kredite an Unternehmen des deutschen Mittelstands innerhalb des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank.

Als zentrale Preisreferenzstelle stellt die LEMG den jeweiligen Geschäftsfeldern des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank die entsprechenden beobachteten oder abgeleiteten Kapitalmarktkonditionen für neue Kreditanträge bereit. Die Entscheidung über die Kreditvergabe durch die Geschäftseinheit bleibt jedoch dem Kreditrisikomanagement vorbehalten.

Innerhalb dieses Kreditrisikokonzepts konzentriert sich die LEMG auf zwei wesentliche Initiativen, die zur Verbesserung der Risikomanagementdisziplin, zur Renditesteigerung sowie zum effizienteren Kapitaleinsatz beitragen sollen:

- Verringerung der einzeladressen- und branchenbezogenen Kreditrisikokonzentrationen innerhalb des Kreditportfolios sowie

- aktives Management der Kreditengagements durch Anwendung von Techniken wie etwa Kreditverkäufen, Verbriefung von Kreditforderungen mittels Collateralized Loan Obligations, Ausfallversicherungen sowie Einzeladressen- und Portfolio Credit Default Swaps.

Der Nominalbetrag der Aktivitäten der LEMG zur Risikoreduzierung ist um 21 % von 47,0 Mrd € am 31. Dezember 2007 auf 56,7 Mrd € am 31. Dezember 2008 gestiegen.

Zum Jahresende 2008 hatte die LEMG Kreditderivate mit einem zugrunde liegenden Nominalwert von 36,5 Mrd € im Bestand. Zum 31. Dezember 2007 betrug diese Position 31,6 Mrd €.

Die im Rahmen der Portfoliomanagementaktivitäten der Deutschen Bank verwendeten Kreditderivate werden mit dem Fair Value bewertet.

Zudem hat die LEMG zum 31. Dezember 2008 das Kreditrisiko von Krediten und ausleihebezogenen Zusagen in Höhe von 20,1 Mrd € vorwiegend durch mit Finanzgarantien und in geringerem Maße auch mit Kreditderivaten unterlegte synthetische besicherte Kreditverbriefungen abgesichert, bei denen das „First Loss Piece“ verkauft wurde. Zum 31. Dezember 2007 betrug diese Position 15,3 Mrd €. Außerdem hat die LEMG zum 31. Dezember 2008 Kreditrisiken in Höhe von 70 Mio € aus Krediten und ausleihebezogenen Zusagen mittels Credit-Linked Notes abgesichert. Zum 31. Dezember 2007 betrug diese Position 74 Mio €. Die Verringerung des Kreditrisikos mittels Credit-Linked Notes beziehungsweise mit Finanzgarantien unterlegten synthetisch besicherten Kreditverbriefungen adressiert das Kreditrisiko der zugrunde liegenden weniger liquiden Positionen.

Die LEMG hat sich entschlossen die Fair Value Option gemäß IAS 39 für die Bewertung von Krediten und Kreditzusagen zum Fair Value zu nutzen, sofern die Kriterien dieses Standards erfüllt werden. Das Nominalvolumen der zum Fair Value ausgewiesenen Kredite und Kreditzusagen erhöhte sich im Jahresverlauf auf 50,5 Mrd € am 31. Dezember 2008 (31. Dezember 2007: 44,7 Mrd €). Diese Erhöhung war auf die Begebung neuer Kredite zurückzuführen, von denen die dafür qualifizierenden zur Bewertung zum Fair Value designiert wurden. Durch die Bewertung von Krediten und Kreditzusagen zum Fair Value hat die LEMG die Volatilität der Gewinne und Verluste aus der Inkonsistenz bei Bewertung oder Ansatz (Accounting Mismatch) erheblich reduziert. Diese war entstanden, als derivative Hedges bereits zum Fair Value, Kredite und Kreditzusagen jedoch noch zu ursprünglichen Anschaffungskosten bewertet wurden.

Kreditrisikoengagement

Das Kreditrisikoengagement umfasst nach der Definition der Deutschen Bank alle Transaktionen, bei denen Verluste entstehen könnten, falls Geschäftspartner ihren vertraglichen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. Der Bruttobetrag des Engagements wird ohne Berücksichtigung etwaiger Sicherheiten, sonstiger Kreditverbesserungen (Credit Enhancements) oder Transaktionen zur Verringerung des Kreditrisikos berechnet. Die folgenden Tabellen zeigen Details zu mehreren der wesentlichen Kreditrisikoengagement-Kategorien der Deutschen Bank, und zwar Kredite, unwiderrufliche Kreditzusagen („Zusagen“), Eventualverbindlichkeiten und OTC-Derivate:

- „Kredite“ sind Nettoforderungen aus dem Kreditgeschäft, wie in der Bilanz ausgewiesen, jedoch vor Abzug des Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle.
- „Unwiderrufliche Kreditzusagen“ umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der unwiderruflichen ausleihebezogenen Zusagen.
- „Eventualverbindlichkeiten“ umfassen Finanz- und Performancegarantien, Haftungsübernahmeerklärungen und Kreditbriefe.
- „OTC-Derivate“ bezeichnen das Kreditengagement der Deutschen Bank aus Over-the-Counter(OTC)-Derivatetransaktionen nach Netting und erhaltenen Barsicherheiten. Diese werden in der Bilanz entweder als Handelsaktiva oder unter den sonstigen Aktiva als Derivate, die die Anforderungen für Hedge Accounting erfüllen, ausgewiesen, in jedem Fall aber vor Netting und erhaltenen Barsicherheiten.

In den nachstehenden Tabellen sind folgende Produkte nicht enthalten, obwohl die Deutsche Bank sie bei der Überwachung ihrer Kreditrisiken berücksichtigt: die Barreserve, verzinsliche Einlagen bei Kre-

ditinstituten und Forderungen aus Zinsabgrenzungen (diese betragen am 31. Dezember 2008 79,2 Mrd € und 37,8 Mrd € am 31. Dezember 2007), zukünftige Verpflichtungen aus Repos und Reverse Repos in Höhe von 38,4 Mrd € am 31. Dezember 2008 und 56,3 Mrd € am 31. Dezember 2007, „Handelbare Aktiva“, die Anleihen, Kredite und andere festverzinsliche Produkte beinhalten, die in der Bilanz als Handelsaktiva oder als zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere ausgewiesen werden, in Höhe von 210,2 Mrd € am 31. Dezember 2008 und 457,7 Mrd € am 31. Dezember 2007, sowie zum Fair Value bewertete Kredite in Höhe von 18,7 Mrd € am 31. Dezember 2008 und 21,5 Mrd € am 31. Dezember 2007.

Die nachstehende Tabelle zeigt mehrere der wesentlichen Kreditrisikoengagement-Kategorien der Deutsche Bank nach geografischen Regionen. Hierbei wurde das Kreditrisikoengagement den verschiedenen Regionen entsprechend dem Sitz des Geschäftspartners zugeordnet, ungeachtet etwaiger Zugehörigkeiten zu Konzernen mit anderweitigem Firmensitz. Die Erhöhungen in den nachstehenden Kreditrisikoengagements waren primär in Krediten und OTC-Derivaten jeweils in Westeuropa und Nordamerika. Der Anstieg der Kredite war teilweise auf Vermögenswerte in Höhe von 34,4 Mrd € zurückzuführen, die gem. IAS 39 umklassifiziert wurden, während der Anstieg der Forderungen aus OTC-Derivaten weitgehend durch Zinssatzänderungen und zu einem kleineren Anteil durch die volatilen Märkte ausgelöst wurde.

Kreditrisikoprofil nach Regionen	Kredite ⁽¹⁾		Unwiderrufliche Kreditzusagen ⁽²⁾		Eventual- verbindlichkeiten		OTC-Derivate ⁽³⁾		Insgesamt	
	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
in Mio €										
Osteuropa	7.672	4.334	1.654	1.694	2.086	1.479	2.033	972	13.445	8.479
Westeuropa	185.577	141.572	38.698	47.948	25.289	29.021	48.677	30.982	298.241	249.523
Afrika	1.076	747	333	224	566	801	297	552	2.272	2.324
Asien/Pazifik	16.887	15.006	6.156	9.688	6.223	5.672	13.225	8.371	42.491	38.737
Nordamerika	56.129	37.087	56.812	68.495	13.943	12.407	57.177	29.517	184.061	147.506
Mittel- und Süd- amerika	3.530	1.754	196	375	660	480	1.552	965	5.938	3.574
Sonstige ⁽⁴⁾	348	97	228	87	48	46	629	643	1.253	873
Insgesamt	271.219	200.597	104.077	128.511	48.815	49.905	123.590	72.002	547.701	451.015

- 1 Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 3,7 Mrd € zum 31. Dezember 2008 und 2,6 Mrd € zum 31. Dezember 2007.
- 2 Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 2,8 Mrd € zum 31. Dezember 2008 und 2,7 Mrd € zum 31. Dezember 2007 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.
- 3 Beinhaltet den Effekt von Nettingrahmenverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.
- 4 Beinhaltet supranationale Organisationen und andere Engagements, die keiner bestimmten Region zugeordnet sind.

Die folgende Tabelle zeigt mehrere der wesentlichen Kreditrisikoengagement-Kategorien nach Branchenzugehörigkeit der Geschäftspartner der Deutschen Bank.

Kreditrisikoprofil nach Branchen	Kredite ⁽¹⁾		Unwiderrufliche Kreditzusagen ⁽²⁾		Eventual- verbindlichkeiten		OTC-Derivate ⁽³⁾		Insgesamt	
	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
in Mio €										
Banken und Ver- sicherungen . .	26.998	12.850	24.970	28.286	11.568	11.005	68.641	36.048	132.177	88.189
Verarbeitendes Gewerbe	19.043	16.067	24.889	24.271	13.669	11.508	4.550	3.537	62.151	55.383
Private Haushalte. . . .	83.376	70.863	3.862	3.784	1.768	1.724	791	1.497	89.797	77.867
Öffentliche Haushalte. . . .	9.972	5.086	819	1.023	628	888	7.125	5.493	18.544	12.490
Handel	11.761	8.916	6.377	5.840	3.423	3.496	1.264	839	22.825	19.090
Gewerbliche Immobilien . .	27.083	16.476	2.239	3.144	2.403	1.902	3.213	455	34.938	21.977
Sonstige ^(4,5)	92.986	70.339	40.921	62.162	15.356	19.383	38.006	24.134	187.269	176.018
Insgesamt	271.219	200.597	104.077	128.511	48.815	49.905	123.590	72.002	547.701	451.015

- 1 Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 3,7 Mrd € zum 31. Dezember 2008 und 2,6 Mrd € zum 31. Dezember 2007.
- 2 Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 2,8 Mrd € zum 31. Dezember 2008 und 2,7 Mrd € zum 31. Dezember 2007 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.
- 3 Beinhaltet den Effekt von Nettingrahmenverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.
- 4 Kredite in Sonstige einschließlich Leasingfinanzierungen.
- 5 In der Kategorie „Sonstige“ sind Kreditrisikoengagements gegenüber Sonstigen Vermögensverwaltungen von 67,9 Mrd € zum 31. Dezember 2008 und 54,8 Mrd € zum 31. Dezember 2007 enthalten.

Die auf Kredite, unwiderrufliche Kreditzusagen, Eventualverbindlichkeiten und OTC-Derivate bezogenen Kreditengagements der Deutschen Bank gegenüber ihren zehn größten Kreditnehmern umfassten 7 % ihres gesamten Kreditengagements in diesen Kategorien am 31. Dezember 2008. Diese Engagements gegenüber den zehn größten Kreditnehmern werden typischerweise mit gut gerateten Kreditnehmern eingegangen oder beziehen sich auf strukturierte Transaktionen, die einen hohen Grad an Besicherung ausweisen.

Die Deutsche Bank teilt ihr Kreditrisikoengagement zudem in zwei Gruppen auf: das Firmenkreditengagement und das Konsumentenkreditengagement.

- Das Firmenkreditengagement setzt sich aus allen Engagements zusammen, die nicht als Konsumentenkreditengagements definiert werden.
- Das Konsumentenkreditengagement besteht aus kleineren standardisierten homogenen Krediten, insbesondere in Deutschland, Italien und Spanien. Es umfasst persönliche Kredite, Immobilienfinanzierungen für Wohnungsbau und Gewerbe sowie Kreditlinien und Ratenkredite an Selbstständige und Kleingewerbetreibende aus dem Privatkunden- und Retailgeschäft.

Firmenkreditengagement

Die folgende Tabelle zeigt mehrere der wesentlichen Firmenkreditengagementkategorien der Deutschen Bank nach den Bonitätsklassen ihrer Geschäftspartner.

Diese Tabelle zeigt einen Anstieg in dem Firmenkreditbuch, der teilweise auf Vermögenswerte in Höhe von 34,4 Mrd € zurückzuführen war, die gem. IAS 39 umklassifiziert wurden, sowie die anhaltend gute Kreditqualität der ausleihebezogenen Kreditrisikoengagements. Der Anteil der Kredite mit Investment Grade Rating an dem Firmenkreditbuch der Deutschen Bank ging von 70 % am 31. Dezember 2007 auf 66 % am 31. Dezember 2008 zurück. Dies spiegelt die allgemeine Verschlechterung der Kreditbedingungen angesichts der Markturbulenzen im Jahresverlauf 2008 wider. Wie bereits oben erläutert, berücksichtigt das in der Tabelle dargestellte Kreditvolumen weder Kreditversicherungen, Kreditverbesserungen noch andere Techniken zur Reduzierung des Kreditrisikos. Die Deutsche Bank ist der Meinung, dass sie nach Berücksichtigung solcher Kreditrisikoreduzierungen keine unangemessene Risikokonzentration hat und ihr Kreditportfolio ist gut diversifiziert. Der Anstieg ihrer Forderungen aus OTC-Derivaten fand im Wesentlichen im Investment Grade Rating-Bereich statt und war im Wesentlichen auf Zinsprodukte und Devisen zurückzuführen, bei denen insbesondere in der zweiten Jahreshälfte 2008 ein deutlicher Rückgang der Ertragskurven verzeichnet

wurde. Das in der Tabelle dargestellte Volumen aus OTC-Derivaten berücksichtigt weder Risikoreduzierungstechniken (außer Master-Netting-Vereinbarungen) noch Kreditsicherheiten (außer erhaltene Barsicherheiten). Nach Berücksichtigung solcher Risikoreduzierungen verringert sich das verbleibende Kreditrisiko signifikant, ist gut diversifiziert und besteht überwiegend gegenüber Geschäftspartnern im Investment-Grade Rating-Bereich.

**Firmenkredit-
engagement
Kreditrisikoprofil
nach Bonitäts-
klasse**

in Mio €	Kredite ⁽¹⁾		Unwiderrufliche Kreditzusagen ⁽²⁾		Eventual- verbindlichkeiten		OTC-Derivate ⁽³⁾		Insgesamt	
	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
AAA-AA	40.749	22.765	20.373	28.969	5.926	7.467	65.598	39.168	132.646	98.370
A	29.752	30.064	30.338	31.087	11.976	15.052	22.231	13.230	94.297	89.432
BBB	53.360	30.839	26.510	35.051	15.375	13.380	15.762	8.008	111.007	87.277
BB	44.132	26.590	19.657	25.316	10.239	9.146	13.009	7.945	87.037	68.996
B	10.458	6.628	5.276	7.431	4.412	4.252	3.898	2.370	24.044	20.681
CCC und schlechter	8.268	3.342	1.923	657	887	609	3.092	1.281	14.170	5.889
Insgesamt	186.719	120.228	104.077	128.511	48.815	49.905	123.590	72.002	463.201	370.646

- 1 Beinhaltet vor allem in der Kategorie CCC und schlechter wertgeminderte Kredite von 2,3 Mrd € zum 31. Dezember 2008 und 1,5 Mrd € zum 31. Dezember 2007.
- 2 Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 2,8 Mrd € zum 31. Dezember 2008 und 2,7 Mrd € zum 31. Dezember 2007 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.
- 3 Beinhaltet den Effekt von Nettingrahmenverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

Konsumentenkreditengagement

Die nachstehende Tabelle zeigt das Konsumentenkreditengagement der Deutschen Bank, Konsumentenkredite, die sich mindestens 90 Tage im Zahlungsverzug befinden, sowie die Nettokreditkosten. Letztere stellen die im Abrechnungszeitraum gebuchten Nettowertberichtigungen nach Eingängen auf abgeschriebene Kredite dar. Die Angaben zu Krediten, die 90 Tage oder mehr überfällig sind, und zu den Nettokreditkosten sind in Prozent des Gesamtengagements ausgedrückt.

	Gesamtengagement (in Mio €)		90 Tage oder mehr überfällig in % des Gesamtengagements		Nettokreditkosten in % des Gesamt- engagements	
	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
Konsumentenkreditenga- gement Deutschland	57.139	56.504	1,54%	1,68%	0,65%	0,64%
Konsumenten- und Klein- betriebsfinanzierungen	15.047	14.489	1,98%	1,96%	1,98%	1,76%
Immobilienfinanzierungen	42.092	42.015	1,39%	1,58%	0,18%	0,26%
Konsumentenkredit- engagement außerhalb Deutschlands	27.361	23.864	1,92%	1,24%	0,94%	0,55%
Konsumentenkredit- engagement insgesamt⁽¹⁾	84.500	80.368	1,67%	1,55%	0,74%	0,62%

- 1 Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 1,4 Mrd € zum 31. Dezember 2008 und 1,1 Mrd € zum 31. Dezember 2007.

Das Volumen des Konsumentenkreditengagements der Deutschen Bank erhöhte sich im Jahr 2008 um 4,1 Mrd € (5%) gegenüber dem Vorjahr. Dieser Anstieg resultierte sowohl aus einer Ausweitung des Portfolios außerhalb Deutschlands (um 3,5 Mrd €) mit starken Zuwächsen in Italien (1,5 Mrd €), Polen (1,0 Mrd €) und Spanien (611 Mio €) als auch innerhalb Deutschlands (635 Mio €). Die gesamten Nettokreditkosten in Prozent des Gesamtengagements erhöhten sich im Vergleich zu 2007, was auf die Strategie der Ausweitung des margenstärkeren Konsumentenkreditgeschäfts sowie die sich verschlechternden Kreditbedingungen in Spanien zurückzuführen war. In Deutschland wurde der Anstieg der Nettokreditkosten durch Konsumentenfinanzierungen hervorgerufen und durch einen Rückgang bei Immobilienfinanzierungen nur teilweise ausgeglichen. Außerhalb Deutschlands war der Anstieg der Nettokreditkosten im Wesentlichen auf die sich verschärfende Wirtschaftskrise in Spanien zurückzuführen, die sämtliche dortigen Kreditportfolien der Deutschen Bank negativ beeinflusste, und auf ihr Geschäft mit Konsumentenfinanzierungen in Italien und Polen. Der gestiegene

Anteil von überfälligen Krediten außerhalb Deutschlands resultierte vor allem aus Immobilienfinanzierungen in Spanien.

Kreditengagement aus Derivaten

Zur Reduzierung des derivatebezogenen Kreditrisikos ist die Deutsche Bank üblicherweise bemüht, Rahmenverträge mit ihren Kunden abzuschließen (wie beispielsweise den Rahmenvertrag für Derivate der International Swaps and Derivatives Association). Mithilfe eines Rahmenvertrags können die Verbindlichkeiten sämtlicher vom Rahmenvertrag erfassten Derivatekontrakte genettet werden, wenn der Geschäftspartner seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, so dass eine einzige Nettoforderung gegenüber dem Geschäftspartner verbleibt (so genanntes „Close-out Netting“). Für Teile des Geschäfts mit Derivaten schließt die Deutsche Bank auch so genannte Payment-Netting-Vereinbarungen ab, mit denen sie für sämtliche dieser Vereinbarung unterliegenden Transaktionen die fälligen Zahlungen eines Tages in derselben Währung zur Verringerung des Kapitalausfallrisikos verrechnet.

Zur internen Messung von Kreditengagements setzt die Deutsche Bank Nettingverfahren nur dann ein, wenn sie sie für die jeweilige Jurisdiktion und den jeweiligen Geschäftspartner für rechtlich durchsetzbar hält. Die Deutsche Bank geht auch Sicherheitenvereinbarungen ein, um ihr derivatebezogenes Kreditrisiko zu verringern. Diese Sicherheitenvereinbarungen führen in der Regel zur Risikominderung durch die periodische (meist tägliche) Bewertung des betreffenden Portfolios beziehungsweise der Transaktionen sowie zur Kündigung des Rahmenvertrags, falls der Geschäftspartner einer Aufforderung zur Sicherheitenleistung nicht nachkommt. Wenn die Deutsche Bank davon ausgeht, dass die Sicherheitenvereinbarung durchsetzbar ist, spiegelt sich dies, wie auch beim Netting, in ihrem Engagementmessverfahren wider.

Da die Wiederbeschaffungswerte der Portfolios der Deutschen Bank aufgrund von Marktpreisbewegungen und Veränderungen der Transaktionen im Portfolio schwankt, berechnet sie auch potenzielle künftige Wiederbeschaffungskosten der Portfolios über die gesamte Laufzeit beziehungsweise bei besicherten Portfolios über angemessene Verwertungszeiträume. Die Deutsche Bank misst ihr potenzielles künftiges Engagement anhand von separaten Limiten. Die Analyse ihres potenziellen künftigen Engagements wird durch Stresstests ergänzt, mit denen sie die unmittelbare Auswirkung extremer Marktereignisse auf ihre Engagements messen kann (wie beispielsweise Eventrisiken in dem Emerging-Markets-Portfolio der Deutschen Bank).

Behandlung von Kreditausfällen im Derivategeschäft

Anders als im Fall des Standardkreditgeschäfts hat die Deutsche Bank in der Regel mehrere Möglichkeiten, das Kreditrisiko bei ihren OTC-Derivaten zu steuern, wenn Veränderungen in den aktuellen Wiederbeschaffungskosten der Transaktionen und das Verhalten ihrer Geschäftspartner auf die Gefahr hindeuten, dass ausstehende Zahlungsverpflichtungen aus den Transaktionen möglicherweise nicht erfüllt werden. In diesen Situationen ist die Deutsche Bank häufig in der Lage, zusätzliche Sicherheiten zu erhalten oder die Transaktionen beziehungsweise die entsprechende Rahmenvereinbarung zu kündigen.

Sollte die Kündigung der Transaktionen beziehungsweise der entsprechenden Rahmenvereinbarung zu einer verbleibenden Nettoverpflichtung des Geschäftspartners führen, strukturiert die Deutsche Bank die Verpflichtung in eine nicht derivative Forderung um und steuert sie im Rahmen ihres regulären Spezialkreditmanagements. Infolgedessen weist die Deutsche Bank keine leistungsgestörten Derivate aus.

Die folgende Tabelle zeigt die Nominalbeträge und Bruttomarktwerte von OTC- und börsengehandelten Derivatekontrakten für Handels- und Nichthandelszwecke zum 31. Dezember 2008.

31.12.2008 in Mio €	Nominalbetrag nach Laufzeiten				Positiver Marktwert	Positiver Marktwert	Netto- marktwert
	Bis 1 Jahr	> 1 Jahr ≤ 5 Jahre	Über 5 Jahre	Insgesamt			
Zinsbezogene Geschäfte:							
OTC-Produkte:							
FRAs	4.246.883	240.762	2.327	4.489.972	11.195	- 10.395	799
Zinsswaps (gleiche Währung) .	11.420.341	11.453.935	9.251.828	32.126.104	570.204	- 550.811	19.393
Zinsoptionenkäufe	396.285	567.857	280.663	1.244.806	71.120	-	71.120
Zinsoptionenverkäufe	459.646	601.245	297.014	1.357.905	-	- 76.643	- 76.643
Sonstige Zinsgeschäfte							
Börsengehandelte Produkte:							
Zinsfutures	217.707	126.822	685	345.214	-	-	-
Zinsoptionenkäufe	104.754	16.737	-	121.491	357	-	357
Zinsoptionenverkäufe	77.180	9.783	-	86.964	-	- 216	- 216
Zwischensumme	16.922.796	13.017.141	9.832.517	39.772.456	652.876	- 638.065	14.810
Währungsbezogene Geschäfte:							
OTC-Produkte:							
Devisentermingeschäfte	561.840	67.213	5.292	634.346	25.148	- 25.329	- 181
Cross Currency Swaps	1.676.218	716.206	414.971	2.807.395	128.593	- 127.225	1.368
Devisenoptionenkäufe	324.102	110.820	34.698	469.621	28.083	-	28.083
Devisenoptionenverkäufe	315.905	118.776	25.661	460.342	-	- 25.506	- 25.506
Börsengehandelte Produkte:							
Devisenfutures	8.309	749	36	9.095	-	-	-
Devisenoptionenkäufe	2.106	191	-	2.297	212	-	212
Devisenoptionenverkäufe	2.674	18	-	2.692	-	- 198	- 198
Zwischensumme	2.891.154	1.013.973	480.658	4.385.788	182.036	- 178.258	3.778
Aktien-/indexbezogene Geschäfte:							
OTC-Produkte:							
Aktientermingeschäfte	938	1	489	1.427	200	- 158	42
Aktien-/Indexswaps	75.665	58.993	24.783	159.441	18.722	- 14.780	3.942
Aktien-/Indexoptionenkäufe	128.377	129.524	36.314	294.214	44.993	-	44.993
Aktien-/Indexoptionenverkäufe	139.590	167.387	49.325	356.301	-	- 53.933	- 53.933
Börsengehandelte Produkte:							
Aktien-/Indexfutures	20.023	48	28	20.099	-	-	-
Aktien-/Indexoptionenkäufe	197.250	66.611	11.132	274.993	4.869	-	4.869
Aktien-/Indexoptionenverkäufe	176.887	69.712	16.319	262.919	-	- 6.005	- 6.005
Zwischensumme	738.730	492.276	138.390	1.369.394	68.784	- 74.876	- 6.092
Kreditderivate	315.693	3.088.619	1.045.121	4.449.432	295.383	- 260.849	34.534
Sonstige Geschäfte							
OTC-Produkte:							
Edelmetallgeschäfte	43.932	32.077	4.526	80.536	4.522	- 4.234	288
Sonstige Geschäfte	82.195	169.726	5.855	257.776	24.805	- 24.394	411
Börsengehandelte Produkte:							
Futures	32.728	16.062	564	49.354	302	- 254	49
Optionenkäufe	20.483	13.774	422	34.679	5.318	-	5.318
Optionenverkäufe	19.435	12.309	1.044	32.788	-	- 5.403	- 5.403
Zwischensumme	198.773	243.948	12.411	455.133	34.947	- 34.285	663
OTC-Geschäft insgesamt	20.187.610	17.523.140	11.478.867	49.189.619	1.222.967	- 1.174.257	48.710
Börsengehandeltes Geschäft insgesamt	879.536	332.817	30.230	1.242.584	11.059	- 12.076	- 1.017
Insgesamt	21.067.146	17.855.957	11.509.097	50.432.203	1.234.026	- 1.186.333	47.693
Positive Marktwerte nach Nettingvereinbarungen und erhaltenen Barsicherheiten							
					130.375		

Weiterverkaufsrisiko

Die Deutsche Bank geht häufig hohe Zusagen mit der Absicht ein, einen Großteil der zugrunde liegenden Risiken an Dritte weiterzuverkaufen oder zu streuen. Diese Zusagen umfassen die Verpflichtung zur Finanzierung von Bankkrediten und die Bereitstellung von Überbrückungskrediten für die Emission öffentlicher Anleihen. Unter normalen Marktbedingungen erfolgt der Ab- oder Weiterverkauf der Risiken in der Regel innerhalb von 90 Tagen nach dem Tag des Geschäftsabschlusses. Infolge der fortgesetzten Marktverschiebungen erlebte die Deutsche Bank in 2008 weitere Verzögerungen im Weiterverkauf ihrer Verpflichtungen aus Krediten und Wertpapieren in diesem Geschäft. Ihr größtes Risiko beim Weiterverkauf von Risiken in 2008 stand in Verbindung mit dem Leveraged-Finance- und Immobiliengeschäft (insbesondere mit gewerblichen Immobilienfinanzierungen).

Zu Risikomanagementzwecken behandelt die Deutsche Bank den Gesamtbetrag dieser Zusagen als Kreditengagement, das einer formellen Kreditgenehmigung bedarf. Diese Genehmigung umfasst auch den geplanten Haltebestand. Beträge, die zum Verkauf vorgesehen sind, werden als Handelsaktiva klassifiziert und zum Fair Value bewertet. Die Kursschwankungen werden mithilfe des Prozesses zur Steuerung von Marktrisiken überwacht. Um sich gegen eine Wertminderung solcher Beträge zu schützen, kann die Deutsche Bank zu marktüblichen Konditionen Hedges zur Absicherung von Marktrisiken abschließen (in der Regel auf Basis der entsprechenden Indizes), die ebenfalls in ihrem Prozess zur Steuerung von Marktrisiken erfasst werden.

Länderrisiko

Zur Steuerung des Länderrisikos stützt sich die Deutsche Bank auf eine Reihe von Risikomessinstrumenten und -limiten. Dazu gehören insbesondere:

- Gesamtengagement gegenüber Geschäftspartnern. Hierzu zählen alle Forderungen aus dem Kreditgeschäft sowie Forderungen aus OTC-Derivaten an Geschäftspartner, die in einem beliebigen Land ansässig sind und die die Deutsche Bank für gefährdet hält, falls wirtschaftliche oder politische Ereignisse eintreten („Country Risk Event“). Es schließt Tochterunternehmen ausländischer Muttergesellschaften ein, die nicht durch Patronatserklärung abgedeckt sind, sowie ausländische Niederlassungen von lokalen Geschäftspartnern.
- Transferrisikoengagement. Das Kreditrisiko, das entsteht, wenn ein grundsätzlich zahlungsfähiger und zahlungswilliger Schuldner seine Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen kann, da er wegen der Auferlegung staatlicher oder aufsichtsrechtlicher Kontrollen keine Devisen beschaffen oder Vermögenswerte an Nichtgebietsansässige übertragen kann („Transfer Risk Event“). Dazu zählen alle Forderungen aus dem Kreditgeschäft sowie Forderungen aus OTC-Derivaten, die von einer Stelle der Deutschen Bank in einem Land an einen Geschäftspartner in einem anderen Land ausgereicht werden.
- Event-Risk-Szenarien mit hohem Stressfaktor. Die Deutsche Bank verwendet Stresstests zur Messung von potenziellen Risiken ihrer Handelspositionen und betrachtet diese als Marktrisiken.

Länderrisikoratings

Die Länderrisikoratings sind ein wesentliches Instrument für das Länderrisikomanagement. Sie werden von einem unabhängigen Länderrisiko-Research-Team im Kreditrisikomanagement ermittelt und beinhalten:

- Sovereignrating. Eine Messgröße der Wahrscheinlichkeit, dass ein Staat seinen Verpflichtungen in Fremdwährung beziehungsweise seiner eigenen Währung nicht nachkommt.
- Transferrisikorating. Eine Messgröße der Wahrscheinlichkeit, dass ein „Transfer Risk Event“ eintritt.
- Event-Risk-Rating. Eine Messgröße der Wahrscheinlichkeit, dass es zu wesentlichen Störungen der Marktrisikofaktoren eines Landes kommt.

Sämtliche Sovereign- und Transferrisikoratings werden mindestens einmal im Jahr vom Group Credit Policy Committee, einem Unterkomitee des Risk Executive Committee, überprüft. Zudem überprüft das Länderrisiko-Research-Team der Deutschen Bank mindestens vierteljährlich ihre Ratings für die wichtigsten Emerging-Markets-Länder. Ratings für Länder, die die Deutsche Bank für besonders volatil halten, sowie sämtliche Event-Risk-Ratings werden einer laufenden Überprüfung unterzogen.

Ferner vergleicht die Deutsche Bank ihre internen Risikoeinstufungen regelmäßig mit den Einschätzungen der wichtigsten internationalen Ratingagenturen.

Länderrisikolimite

Das Länderrisikoengagement steuert die Deutsche Bank mithilfe eines Rahmenwerks von Limiten. Die Deutsche Bank begrenzt und überwacht ihr Engagement in Emerging Markets besonders inten-

siv. Sie definiert Emerging Markets als Lateinamerika (einschließlich der Karibik), Asien (ohne Japan), Osteuropa, den Nahen Osten und Afrika. Die Limite überprüft die Deutsche Bank mindestens einmal im Jahr zusammen mit den Länderrisikoratings. Länderrisikolimiten werden entweder vom Vorstand oder im Rahmen delegierter Kompetenz vom Group Credit Policy Committee festgelegt.

Überwachung des Länderrisikos

Die Konzernbereiche sind verantwortlich für die Steuerung ihrer Länderrisiken innerhalb der genehmigten Limite. Die regionalen Einheiten im Kreditrisikomanagement überwachen das Länderrisiko der Deutschen Bank auf der Grundlage von Daten, die Finance zur Verfügung stellt. Das Group Credit Policy Committee überprüft ebenfalls Informationen zum Transferrisiko.

Länderrisikoengagement

Die folgenden Tabellen zeigen die Entwicklung des gesamten Nettoengagements gegenüber Geschäftspartnern in Emerging-Markets-Ländern (abzüglich Sicherheiten) sowie die nach Regionen gegliederten Inanspruchnahmen des Netto-Transferrisikoengagements gegenüber Emerging-Markets-Ländern (abzüglich Sicherheiten).

Emerging Markets Nettoengagement gegenüber Geschäftspartnern	31.12.2008	31.12.2007
in Mio €		
Gesamtes Nettoengagement gegenüber Geschäftspartnern	26.214	22.000
Gesamtes Nettoengagement gegenüber Geschäftspartnern (ohne OTC-Derivate)	17.697	16.580

Ohne unwiderrufliche Kreditzusagen und Engagements gegenüber Filialen von Banken aus Nicht-Emerging-Markets-Ländern.

Emerging Markets Inanspruchnahme des Netto-Transferrisikoengagements	31.12.2008	31.12.2007
in Mio €		
Afrika	914	508
Asien (ohne Japan).	5.472	3.277
Osteuropa	3.364	1.856
Lateinamerika	1.647	658
Mittlerer Osten	3.402	2.931
Netto-Transferrisikoengagement gegenüber Emerging Markets, insgesamt	14.799	9.230

Ohne unwiderrufliche Kreditzusagen und Engagements gegenüber Filialen von Banken aus Nicht-Emerging-Markets-Ländern.

Zum 31. Dezember 2008 betrug das Netto-Transferrisikoengagement der Deutschen Bank gegenüber Emerging-Markets-Ländern (ohne unwiderrufliche Kreditzusagen und Engagements gegenüber Filialen von Banken aus Nicht-Emerging-Markets-Ländern) 14,8 Mrd €. Es erhöhte sich damit um 5,6 Mrd € (60%) gegenüber 31. Dezember 2007. Dieser Zuwachs war weitgehend eine Folge des Anstiegs der Forderungen aus OTC-Derivaten.

Wertgeminderte Kredite

Die Deutsche Bank betrachtet gemäß IFRS Kredite als wertgemindert, wenn ein objektiver Nachweis für einen Wertminderungsverlust vorliegt. Während die Deutsche Bank die Wertminderungen für ihr Firmenkreditengagement einzeln bewertet, betrachtet sie kleinere standardisierte homogene Kredite als wertgemindert, wenn der Kreditvertrag mit dem Kunden gekündigt wurde.

Zum 31. Dezember 2008 beliefen sich die wertgeminderten Kredite auf insgesamt 3,7 Mrd €, ein Anstieg um 39% gegenüber dem 31. Dezember 2007. Der gesamte Nettoanstieg von wertgeminderten Krediten in Höhe von 2,1 Mrd € wurde nur teilweise durch Bruttoabschreibungen von 990 Mio €

und einen Wechselkursbedingten Rückgang von 36 Mio € ausgeglichen. Die Erhöhung der wertgeminderten Kredite ist vorwiegend auf die einzeln ermittelten wertgeminderten Kredite zurückzuführen, bei denen es einen Nettoanstieg von 1,2 Mrd € gab, der teilweise durch Bruttoabschreibungen in Höhe von 364 Mio € und einen Wechselkursbedingten Rückgang von 36 Mio € kompensiert wurde. Zu dieser Entwicklung haben Kredite in Höhe von 753 Mio € beigetragen, die auf Basis der Änderungen des IAS 39 umklassifiziert wurden. Diese Kredite wiesen im Jahresverlauf 2008 einen Nettoanstieg von 944 Mio € auf, der teilweise durch Bruttoabschreibungen von 138 Mio € und einen Wechselkursbedingten Rückgang von 53 Mio € ausgeglichen wurde. Das Portfolio kollektiv ermittelter wertgeminderter Kredite erhöhte sich um 271 Mio €, nachdem ein Nettoanstieg von 896 Mio € durch Abschreibungen von 625 Mio € kompensiert wurde.

Problemkredite

Im Einklang mit dem Industry Guidance der Securities and Exchange Commission verfolgt die Deutsche Bank weiterhin die Überwachung und die Berichterstattung von Problemkrediten.

Die Problemkredite umfassen zum 31. Dezember 2008 die wertgeminderten Kredite sowie nicht wertgeminderte Problemkredite in Höhe von 873 Mio €, für die kein Wertminderungsverlust erwartet wird, bei denen jedoch das Management aufgrund bekannter Informationen über mögliche Kreditprobleme der Kreditnehmer erheblich daran zweifelt, dass die Kreditnehmer ihre vertraglichen Rückzahlungsvereinbarungen erfüllen können sowie Kredite, die 90 Tage oder mehr überfällig sind, bei denen aber noch Zinsen abgegrenzt werden.

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten der Problemkredite und wertgeminderten Kredite der Deutschen Bank zum 31. Dezember 2008 und zum 31. Dezember 2007.

in Mio €	31.12.2008			31.12.2007		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Ins- gesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Ins- gesamt
Kredite ohne Zinsabgrenzung . . .	2.810	1.400	4.210	1.702	1.129	2.831
Kredite 90 Tage oder mehr über- fällig, mit Zinsabgrenzung . . .	13	188	201	30	191	220
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung	144	–	144	93	–	93
Problemkredite insgesamt	2.967	1.588	4.555	1.824	1.320	3.144
davon: IFRS geminderte Kredite	2.282	1.400	3.682	1.516	1.129	2.645

Der Anstieg der Problemkredite insgesamt um 1,4 Mrd € (45%) im Jahresverlauf 2008 war auf einen Nettoanstieg von Problemkrediten in Höhe von 2,4 Mrd € zurückzuführen, der teilweise durch Bruttoabschreibungen von 990 Mio € und einen Wechselkursbedingten Rückgang von 17 Mio € ausgeglichen werden konnte. Dieser Anstieg ist vorwiegend auf die einzeln ermittelten Kredite zurückzuführen, bei denen es einen Nettoanstieg von 1,5 Mrd € gab, der teilweise durch Bruttoabschreibungen in Höhe von 364 Mio € und einen Wechselkursbedingten Rückgang von 17 Mio € kompensiert wurde. Zu dieser Entwicklung haben auch neue Problemkredite in Höhe von 840 Mio € beigetragen, die aus den auf Basis der Änderungen des IAS 39 in das Anlagebuch umklassifizierten hervorgegangen sind. Diese Kredite wiesen im Jahresverlauf 2008 einen Nettoanstieg von 1,0 Mrd € auf, der teilweise durch Bruttoabschreibungen von 138 Mio € und einen Wechselkursbedingten Rückgang von 65 Mio € ausgeglichen wurde. Bei kollektiv ermittelten Problemkrediten wurde ein Nettoanstieg von 893 Mio € durch Abschreibungen von 625 Mio € teilweise kompensiert. In den kollektiv ermittelten Problemkrediten in Höhe von 1,6 Mrd € sind am 31. Dezember 2008 Kredite von 1,4 Mrd € enthalten, die 90 Tage oder mehr überfällig sind, sowie Kredite von 143 Mio €, die weniger als 90 Tage überfällig sind, bei denen es jedoch nach Einschätzung des Managements angemessen war, die Zinsabgrenzung einzustellen.

Die Zusagen der Deutschen Bank, neue Gelder an Kreditnehmer mit Problemkrediten zu geben, beliefen sich zum 31. Dezember 2008 auf 71 Mio €, was einem Rückgang von 58 Mio € (45%) gegenüber dem 31. Dezember 2007 entspricht. Von diesen Zusagen entfielen 6 Mio € auf Kreditnehmer mit not-

leidenden Krediten im Prozess der Restrukturierung. Dies entspricht einer Zunahme von 5 Mio € gegenüber 31. Dezember 2007.

Zusätzlich hatte die Deutsche Bank zum 31. Dezember 2008 Leasingfinanzierungen im Wert von 4 Mio €, die leistungsgestört waren. Dieser Betrag ist nicht in den Problemkrediten insgesamt enthalten.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Problemkredite der Deutschen Bank insgesamt in den letzten zwei Jahren, aufgeteilt nach deutschen und ausländischen Geschäftspartnern, nach dem Sitz des Geschäftspartners.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Kredite ohne Zinsabgrenzung:		
Inländische Kunden	1.738	1.913
Ausländische Kunden	2.472	918
Kredite ohne Zinsabgrenzung insgesamt	4.210	2.831
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung:		
Inländische Kunden	183	199
Ausländische Kunden	18	21
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung insgesamt	201	220
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung:		
Inländische Kunden	122	49
Ausländische Kunden	22	44
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung insgesamt . . .	144	93

Kredite ohne Zinsabgrenzung

Die Zinsabgrenzung für Kredite wird eingestellt, wenn:

- die vereinbarten Zins- oder Tilgungszahlungen 90 Tage oder mehr überfällig sind und der Kredit weder hinreichend abgesichert ist noch sich im Inkassoprozess befindet oder
- es nach Einschätzung des Managements hinsichtlich der Einbringlichkeit der vertraglichen Cashflows ratsam war, die Zinsabgrenzung einzustellen.

Im Fall von Krediten ohne Zinsabgrenzung wird die Zinsabgrenzung auf Basis der kreditvertraglichen Bedingungen eingestellt. Dabei wird der auf den Zeitablauf zurückzuführende Anstieg des Nettobarwerts des wertgeminderten Kredits jedoch auf Basis des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits als Zinsertrag erfasst. Auf Kredite ohne Zinsabgrenzung eingehende Zinsen werden als Ermäßigung der Kapitalforderung gebucht.

Zum 31. Dezember 2008 betragen die gesamten Kredite der Deutschen Bank ohne Zinsabgrenzung 4,2 Mrd €, was einem Nettoanstieg von 1,4 Mrd € (49%) gegenüber 2007 entspricht. Nahezu der gesamte Nettoanstieg der Kredite ohne Zinsabgrenzung erfolgte bei einzeln ermittelten Krediten und war auf Nettozugänge, insbesondere durch 1,0 Mrd € gemäß IAS 39 umklassifizierte Krediten, zurückzuführen, die die Abschreibungen sowie einen wechselkursbedingten Rückgang mehr als kompensierten.

Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung

Hier handelt es sich um Kredite, bei denen die vertraglich vereinbarten Zins- oder Tilgungszahlungen 90 Tage oder mehr überfällig sind, bei denen die Deutsche Bank aber noch Zinsen abgrenzt. Diese Kredite sind werthaltig abgesichert, befinden sich im Inkassoprozess und sind nicht wertgemindert.

Im Geschäftsjahr 2008 gingen die 90 Tage oder mehr überfälligen Kredite mit Zinsabgrenzung um 20 Mio € (9%) zurück und betragen zum 31. Dezember 2008 201 Mio €.

Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung

Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung sind Kredite, die die Deutsche Bank aufgrund einer Verschlechterung der finanziellen Situation des Kreditnehmers restrukturiert hat. Dabei wurden Konditionen vereinbart, die sie sonst nicht in Betracht gezogen hätte.

Wenn ein Kreditnehmer einen restrukturierten Kredit ein Jahr lang zufriedenstellend bedient, behandelt die Deutsche Bank den Kredit nicht länger als notleidenden Kredit im Prozess der Restrukturierung – es sei denn, der zum Zeitpunkt der Restrukturierung vereinbarte neue Zinssatz war niedriger als der Marktzins für ähnliche Kreditrisiken. Die Wertminderung für Kredite im Prozess der Restrukturierung wird auf der Grundlage des ursprünglichen Effektivzinssatzes vor einer Anpassung der Konditionen ermittelt.

Im Jahr 2008 erhöhte sich das Volumen der notleidenden Kredite im Prozess der Restrukturierung um 51 Mio € (55%) und belief sich zum 31. Dezember 2008 auf 144 Mio €.

Kreditausfälle und Wertberichtigungen

Die Deutsche Bank beurteilt regelmäßig, inwiefern objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Kredits oder einer Gruppe von Krediten vorliegen. Ein Kredit oder eine Gruppe von Krediten gilt als wertgemindert und ein Wertminderungsverlust als entstanden, wenn:

- objektive Hinweise auf eine Wertminderung infolge eines Verlustereignisses vorliegen, das nach der erstmaligen Erfassung des Finanzinstruments und bis zum Bilanzstichtag eingetreten ist (Verlustereignis),
- das Verlustereignis einen Einfluss auf die geschätzten zukünftigen Cashflows des finanziellen Vermögenswerts oder der Gruppe finanzieller Vermögenswerte hatte und
- eine verlässliche Schätzung des Verlustbetrags vorgenommen werden kann.

Die Deutsche Bank bildet Wertberichtigungen für Kreditausfälle, die ihre Einschätzung der Wertminderungen innerhalb des Kreditportfolios reflektiert. Die Verantwortung für die Ermittlung ihrer Wertberichtigungen für Kreditausfälle liegt beim Kreditrisikomanagement. Die Bestandteile dieser Wertberichtigungen sind die einzeln und kollektiv ermittelten Wertberichtigungen. Zunächst beurteilt die Deutsche Bank für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, ob auf individueller Ebene objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Anschließend erfolgt eine kollektive Beurteilung für Kredite, die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, und für Kredite, die zwar für sich gesehen bedeutsam sind, für die aber im Rahmen der Einzelbetrachtung kein Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt.

Einzeln ermittelte Wertberichtigungen

Damit das Management beurteilen kann, ob auf individueller Ebene ein Verlustereignis eingetreten ist, werden alle bedeutsamen Kreditbeziehungen in regelmäßigen Zeitabständen überprüft. Dabei werden aktuelle Informationen und kontrahentenbezogene Ereignisse, wie erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners oder Vertragsbrüche, die sich beispielsweise im Ausfall oder Verzug von Zins- und Tilgungszahlungen äußern, berücksichtigt.

Sofern für eine einzelne Kreditbeziehung ein Wertminderungshinweis vorliegt, der zu einem Wertminderungsverlust führt, wird der Verlustbetrag als Differenz zwischen dem Buchwert des Kredits (der Kredite), einschließlich aufgelaufener Zinsen, und dem geschätzten erzielbaren Betrag ermittelt. Der geschätzte erzielbare Betrag wird als Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits ermittelt, wobei auch Cashflows aus einer Sicherheitenverwertung nach Abzug der Kosten für Aneignung und Verkauf einbezogen werden. Der Buchwert der Kredite wird mittels eines Wertberichtigungskontos reduziert, der Verlustbetrag wird in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Sämtliche Kreditengagements, die bereits auf Einzelbasis wertberichtigt wurden, sowie alle auf der „Watchlist“ der Deutschen Bank geführten Engagements werden regelmäßig einer Neubewertung unterzogen.

Kollektiv ermittelte Wertberichtigungen

Der Zweck der kollektiven Beurteilung besteht vorwiegend in der Bildung einer Wertberichtigung für Kredite, die entweder für sich gesehen bedeutsam sind, für die jedoch kein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt, oder die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, für die jedoch auf Portfolioebene wahrscheinlich ein Verlust eingetreten und verlässlich bestimmbar ist. Der kollektiv ermittelte Verlustbetrag setzt sich aus drei Komponenten zusammen.

- Die erste Komponente berücksichtigt einen Betrag für Länderrisiken. Dabei handelt es sich um Transfer- und Konvertierungsrisiken im Zusammenhang mit Kreditengagements in Ländern, bei denen erheblich daran gezweifelt wird, dass die dort ansässigen Kontrahenten aufgrund der vorherrschenden wirtschaftlichen oder politischen Situation ihre Rückzahlungsverpflichtungen erfüllen können. Dieser Betrag wird unter Verwendung von Ratings für Länder- und Transferrisiken ermittelt, die regelmäßig für jedes Land erhoben und überwacht werden, in dem der Konzern Geschäfte tätigt.
- Die zweite Komponente stellt einen Wertberichtigungsbetrag dar, der für kleinere homogene Kredite die auf Portfolioebene eingetretenen Verluste widerspiegelt. Die Kredite werden entsprechend ähnlichen Kreditrisikomerkmale zusammengefasst und die Wertberichtigung für jede Gruppe wird unter Verwendung statistischer Modelle auf Basis historischer Erfahrungswerte ermittelt.
- Die dritte Komponente umfasst eine Schätzung der in einer Gruppe von Krediten inhärenten eingetretenen Verluste, die weder auf individueller Basis als wertgemindert identifiziert noch bei der Bestimmung der Wertberichtigung für kleinere homogene Kredite berücksichtigt wurden.

Sobald ein Kredit als wertgemindert identifiziert ist, wird die Zinsabgrenzung auf Basis der kreditvertraglichen Bedingungen eingestellt. Dessen ungeachtet wird aber der auf den Zeitablauf zurückzuführende Anstieg des Nettobarwerts des wertgeminderten Kredits auf Basis des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits als Zinsertrag erfasst.

Alle wertgeminderten Kredite werden auf Veränderungen des erzielbaren Betrags untersucht. Die Veränderung eines bereits erfassten Wertminderungsverlusts wird als Veränderung der Wertberichtigung erfasst und in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ausgewiesen.

Richtlinien für Abschreibungen

In der Regel werden ein Kredit und der dazugehörige Wertberichtigungsbestand abgeschrieben, wenn die Deutsche Bank keine realistische Aussicht auf eine Rückzahlung der Forderung mehr sieht und sämtliche Sicherheiten verwertet oder auf sie übertragen wurden.

Wertberichtigung für Kreditausfälle

Die nachstehende Tabelle zeigt die Komponenten der Wertberichtigung für Kreditausfälle, mit Bezug auf inländische Kreditnehmer auch nach der Branche des Kreditnehmers, sowie die prozentualen Anteile des gesamten Kreditportfolios, die zu den angegebenen Zeitpunkten auf die verschiedenen Branchen entfielen. Die Aufteilung nach inländischen und ausländischen Kreditnehmern richtet sich nach dem Sitz des Geschäftspartners.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	<u>31.12.2008</u>		<u>31.12.2007</u>	
Inländische Kunden				
Einzelner ermittelter Wertberichtigungsbestand:				
Banken und Versicherungen	1	5%	–	–
Verarbeitendes Gewerbe	165	3%	176	4%
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	21	5%	24	6%
Private Haushalte – Hypothekenkredite	5	13%	5	17%
Öffentliche Haushalte	–	2%	–	2%
Handel	81	1%	88	2%
Gewerbliche Immobilien	60	5%	127	5%
Sonstiges ⁽¹⁾	146	5%	189	6%
Einzelner ermittelter Wertberichtigungsbestand inländische Kunden insgesamt	479		609	
Kollektiv ermittelter Wertberichtigungsbestand	464		481	
Inländische Kunden insgesamt	943	39%	1.090	42%
Ausländische Kunden:				
Einzelner ermittelter Wertberichtigungsbestand	499		321	
Kollektiv ermittelter Wertberichtigungsbestand	496		294	
Ausländische Kunden insgesamt	995	61%	615	58%
Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle insgesamt	1.938	100%	1.705	100%
Einzelner ermittelter Wertberichtigungsbestand insgesamt	977		930	
Kollektiv ermittelter Wertberichtigungsbestand insgesamt	961		775	
Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle insgesamt	1.938		1.705	

Veränderungen im Wertberichtigungsbestand

Eine Erhöhung des Wertberichtigungsbestands der Deutschen Bank für Kreditausfälle geht als Erhöhung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle in die Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung ein. Abschreibungen führen zu einer Ermäßigung des Wertberichtigungsbestands, während Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen den Wertberichtigungsbestand erhöhen. Auflösungen von Wertberichtigungen, die als nicht mehr notwendig erachtet werden, führen zu einem entsprechenden Rückgang des Wertberichtigungsbestands und zu einer Reduzierung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle in der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Veränderungen in dem Wertberichtigungsbestand für die angegebenen Zeiträume.

in Mio €	<u>2008</u>			<u>2007</u>		
	Einzelner ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzelner ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	930	775	1.705	985	684	1.670
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	382	702	1.084	146	505	651
Nettoabschreibungen	– 301	– 477	– 778	– 149	– 378	– 527
Abschreibungen	– 364	– 626	– 990	– 244	– 508	– 752
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	63	149	212	95	130	225
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–	–
Wechselkursänderungen/Sonstige	– 34	– 39	– 74	– 52	– 36	– 88
Bestand am Jahresende	977	961	1.938	930	775	1.705

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle, mit Bezug auf inländische Kreditnehmer nach Branchen, für die angegebenen Zeiträume. Die Aufteilung nach inländischen und ausländischen Kreditnehmern richtet sich nach dem Sitz des Geschäftspartners.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2008	2007
Bestand am Jahresanfang	1.705	1.670
Abschreibungen:		
Inländische Kunden		
Banken und Versicherungen	– 2	– 1
Verarbeitendes Gewerbe	– 53	– 58
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	– 330	– 287
Private Haushalte – Hypothekenkredite	– 32	– 26
Öffentliche Haushalte	–	–
Handel	– 41	– 28
Gewerbliche Immobilien	– 19	– 41
Leasingfinanzierungen	–	–
Sonstige	– 127	– 76
Inländische Kunden insgesamt	– 604	– 518
Ausländische Kunden:		
Ohne Leasingfinanzierungen	– 386	– 232
Leasingfinanzierungen	–	– 2
Ausländische Kunden insgesamt	– 386	– 234
Abschreibungen insgesamt	– 990	– 752
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten:		
Inländische Kunden		
Banken und Versicherungen	1	1
Verarbeitendes Gewerbe	14	21
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	81	63
Private Haushalte – Hypothekenkredite	3	–
Öffentliche Haushalte	–	–
Handel	8	10
Gewerbliche Immobilien	9	9
Leasingfinanzierungen	–	–
Sonstige	41	49
Inländische Kunden insgesamt	157	153
Ausländische Kunden:		
Ohne Leasingfinanzierungen	55	71
Leasingfinanzierungen	–	1
Ausländische Kunden insgesamt	55	72
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten insgesamt	212	225
Nettoabschreibungen	– 778	– 527
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	1.084	651
Veränderungen (z. B. Wechselkursänderungen, Veränderungen des Konsolidierungskreises)	– 74	– 88
Bestand am Jahresende	1.938	1.705
Anteil der Nettoabschreibungen insgesamt an den Forderungen aus dem Kreditgeschäft im Jahresdurchschnitt	0,33%	0,28%

Der Wertberichtigungsbestand der Deutschen Bank betrug am 31. Dezember 2008 1,9 Mrd € und lag somit um 14% über dem zum Ende 2007 ausgewiesenen Bestand von 1,7 Mrd €. Diese Zunahme ging vor allem auf Wertberichtigungen zurück, die die Abschreibungen übertrafen.

Die Bruttoabschreibungen der Deutschen Bank im Jahr 2008 betragen 990 Mio €. Davon betrafen 626 Mio € ihr Konsumentenkreditengagement, und 364 Mio € entfielen auf ihr Firmenkreditengagement, hauptsächlich resultierend aus den deutschen und amerikanischen Portfolios.

Die Zuführungen zu Wertberichtigungen der Deutschen Bank für Kreditausfälle betragen 1,1 Mrd € im Jahr 2008, ein Anstieg von 433 Mio € (67%). Dies war vorwiegend auf das Konsumentenkredit-

agement infolge der sich verschlechternden Kreditbedingungen in Spanien, höheren Kreditausfallquoten in Deutschland und Italien sowie des organischen Wachstums in Polen zurückzuführen. Für die Firmenkreditengagements wurden in der zweiten Jahreshälfte 2008 257 Mio € an Wertberichtigungen für Kreditausfälle zugeführt, die auf im Rahmen der Änderungen zu IAS 39 umklassifizierten Vermögenswerte entfallen. Innerhalb dieses Portfolios waren zusätzliche Zuführungen zu den Wertberichtigungen für Kreditausfälle aufgrund sich verschlechternder Kreditbedingungen erforderlich, vorwiegend für Kredite in Europa.

Am 31. Dezember 2008 betrug der Bestand an einzeln ermittelten Wertberichtigungen 977 Mio €. Der Anstieg in 2008 um 47 Mio € beinhaltet Nettozuführungen von 382 Mio € (einschließlich der vorgenannten Auswirkungen der Umklassifizierungen auf Basis der Änderungen zu IAS 39), Nettoabschreibungen von 301 Mio € und einen Rückgang von 34 Mio € aus Wechselkursänderungen und Wertaufholungseffekten.

Am 31. Dezember 2008 betrug der Bestand an kollektiv ermittelten Wertberichtigungen 961 Mio € und lag somit um 186 Mio € über dem Stand zum Ende des Jahres 2007 (775 Mio €). Veränderungen in dieser Komponente beinhalten 702 Mio € Zuführungen zu Wertberichtigungen, die durch Nettoabschreibungen von 477 Mio € kompensiert wurden, sowie einen Nettorückgang von 39 Mio € aufgrund Wechselkursänderungen und Wertaufholungseffekten. Angesichts dieser Erhöhung liegt der Bestand der Deutschen Bank an kollektiv ermittelten Wertberichtigungen für Kreditausfälle nahezu auf dem gleichen Niveau wie der Bestand an einzeln ermittelten Wertberichtigungen.

Der Wertberichtigungsbestand der Deutschen Bank für Kreditausfälle war am 31. Dezember 2007 mit 1,7 Mrd € nahezu unverändert gegenüber dem für Ende 2006 ausgewiesenen Bestand.

Die Bruttoabschreibungen im Jahr 2007 betragen 752 Mio €, was einem Anstieg von 20 Mio € (3%) gegenüber 2006 entspricht. 244 Mio € dieser Abschreibungen betrafen das Firmenkreditengagement, und 508 Mio € entfielen auf das Konsumentenkreditengagement.

Die Zuführungen zu Wertberichtigungen der Deutschen Bank für Kreditausfälle betragen 651 Mio € im Jahr 2007 und lagen damit um 299 Mio € (85%) über dem Betrag des Vorjahres. Dies resultiert insbesondere aus der Beziehung zu einem einzelnen Geschäftspartner in dem Konzernbereich Corporate and Investment Bank sowie der Wachstumsstrategie im Konsumentenfinanzierungsgeschäft. Im Jahr 2007 war die Wertberichtigung für Kreditausfälle überwiegend von dem Portfolio der Deutschen Bank an kleineren standardisierten homogenen Krediten geprägt.

Am 31. Dezember 2007 betrug der Bestand an einzeln ermittelten Wertberichtigungen 930 Mio €, was einem Rückgang um 55 Mio € (6%) gegenüber 2006 entspricht. Die Veränderung des Wertberichtigungsbestands beinhaltet Nettoabschreibungen von 149 Mio €, einen Rückgang um 52 Mio € aus Wechselkursänderungen und Wertaufholungseffekten sowie Zuführungen zu Wertberichtigungen von 146 Mio €, die um 130 Mio € höher ausfielen als im Vorjahr. Einzeln ermittelte Wertberichtigungen bildeten die größte Komponente des Bestands an Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

Am 31. Dezember 2007 betrug der Bestand an kollektiv ermittelten Wertberichtigungen 775 Mio €, was einem Anstieg um 91 Mio € gegenüber dem Vorjahresbestand entsprach. Dieser Anstieg war nahezu vollständig auf das Portfolio der Deutsche Bank an kleineren standardisierten homogenen Krediten zurückzuführen.

Ausländische Komponente des Wertberichtigungsbestands

Die nachstehende Tabelle analysiert die Veränderungen in der ausländischen Komponente der Wertberichtigungen für Kreditausfälle. Zum 31. Dezember 2008 entfielen 51 % des gesamten Wertberichtigungsbestands der Deutschen Bank auf ausländische Kunden.

in Mio €	2008	2007
Bestand am Jahresanfang	615	504
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	752	316
Nettoabschreibungen	– 330	– 162
Abschreibungen	– 385	– 234
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	55	72
Andere Veränderungen (z. B. Wechselkursänderungen, Veränderungen des Konsolidierungskreises)	– 42	– 43
Bestand am Jahresende	995	615

Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft

Die nachstehende Tabelle zeigt die Veränderungen in den Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft des Konzerns, die Eventualverbindlichkeiten und ausleihebezogene Zusagen umfassen.

in Mio €	2008			2007		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insge- samt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insge- samt
Bestand am Jahresanfang	101	118	219	127	129	256
Rückstellungen für außer- bilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	– 2	– 6	– 8	– 32	– 6	– 38
Veränderungen des Konsolidie- rungskreises	–	–	–	7	3	10
Wechselkursänderungen	– 1	–	– 1	– 1	– 8	– 8
Bestand am Jahresende	98	112	210	101	118	219

Abwicklungsrisiko

Bei den Handelsaktivitäten kann die Deutsche Bank zum Zeitpunkt der Abwicklung der Geschäfte Risiken ausgesetzt sein. Das Abwicklungsrisiko (Settlement Risk) ist das Risiko, einen Verlust zu erleiden, wenn ein Geschäftspartner seinen vertraglichen Verpflichtungen zur Lieferung von liquiden Mitteln, Wertpapieren beziehungsweise anderen Werten nicht nachkommt.

Für viele Transaktionsarten verringert die Deutsche Bank das Abwicklungsrisiko, indem sie das Geschäft über eine Clearingstelle leitet, die als Vertreter beider Parteien operiert und das jeweilige Geschäft erst abwickelt, wenn beide Parteien ihre Vertragspflichten erfüllt haben.

Steht ein solches Abwicklungssystem nicht zur Verfügung, stellt die simultane Initialisierung der Zahlungs- und Lieferungsverpflichtungen aus der Transaktion die übliche Praxis unter Geschäftspartnern dar (Free Settlement). In solchen Fällen kann die Deutsche Bank eine Minderung des Abwicklungsrisikos anstreben, indem sie bilaterale Nettingvereinbarungen für Zahlungen eingeht. Außerdem beteiligt sie sich aktiv an Brancheninitiativen zur Reduzierung des Abwicklungsrisikos. Die Übernahme eines Abwicklungsrisikos für im „Free Settlement“-Verfahren getätigte Geschäfte bedarf der Zustimmung aus dem Kreditrisikobereich, und zwar entweder in Form vorab genehmigter Abwicklungsrisikolimits oder durch Einholung einer gesonderten Genehmigung für den jeweiligen Geschäftsvorfall. Die Deutsche Bank aggregiert Abwicklungsrisikolimits nicht mit anderen Kreditengagements für Kreditgenehmigungszwecke, berücksichtigt jedoch das gesamte Engagement bei der Überlegung, ob ein bestimmtes Abwicklungsrisiko annehmbar ist.

Marktrisiko

Nahezu alle Geschäfte der Deutschen Bank unterliegen dem Risiko von Änderungen in Marktpreisen und Kursen, die zu Gewinnen oder Verlusten führen. Sie unterscheidet vier Arten von Marktrisiken:

- Zinsrisiken,
- Aktienkursrisiken,
- Währungsrisiken und
- Rohwarenpreisrisiken.

Zins- und Aktienkursrisiken bestehen jeweils aus zwei Komponenten. Das allgemeine Risiko beschreibt Wertänderungen aufgrund allgemeiner Marktbewegungen, während das spezifische Risiko emittentenbezogene Ursachen hat (einschließlich Credit-Spread-Risiken).

Die Deutsche Bank geht Marktrisiken sowohl bei Handels- als auch Nichthandelsgeschäften ein. Sie übernimmt Risiken durch Market-making und das Eingehen von Positionen in Schuldtiteln, Aktien, Fremdwährungen, sonstigen Wertpapieren und Rohwaren sowie in den entsprechenden Derivaten.

Besonderheiten der deutschen aufsichtsrechtlichen Marktrisikomeldung

Nach deutschem Bankaufsichtsrecht gelten für die Marktrisikomeldung spezifische Regeln, die insbesondere die Konsolidierung von Unternehmen, die Berechnung der Gesamtmarktrisikoposition sowie die Definition von Handels- und Nichthandelsaktiva betreffen.

- **Konsolidierung.** Für deutsche bankaufsichtliche Meldezwecke werden nach Maßgabe des Kreditwesengesetzes alle Tochterunternehmen konsolidiert, bei denen es sich um Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Investment-Management-Unternehmen, Finanzunternehmen oder Unternehmen mit Hilfsdiensten handelt. Versicherungsgesellschaften oder Unternehmen außerhalb des Finanzsektors werden nicht konsolidiert.
- **Gesamtmarktrisikoposition.** Bei dem Marktrisikoausweis schließt die Deutsche Bank Positionen in fremder Währung aus, die nach deutschem Bankaufsichtsrecht von der Berechnung der Währungsgesamtposition ausgeschlossen werden dürfen. Hierbei handelt es sich um Währungspositionen, die für die bankaufsichtliche Berichterstattung vom Eigenkapital abgezogen oder in vollem Umfang mit Eigenkapital unterlegt werden, sowie Beteiligungen einschließlich Anteilen an verbundenen Unternehmen in fremder Währung, die zu historischen Anschaffungskosten bewertet werden (strukturelle Währungspositionen). Die größten strukturellen Währungspositionen ergeben sich aus den Beteiligungen an Unternehmen in den Vereinigten Staaten.
- **Definition von Handels- und Nichthandelsaktiva.** Die bankaufsichtliche Definition des Handels- und Anlagebuchs entspricht im Wesentlichen der Definition der Handels- und Nichthandelsaktiva nach IFRS. Aufgrund spezifischer Unterschiede zwischen dem bankaufsichtlichen und dem bilanziellen Regelwerk werden jedoch bestimmte Aktiva für Zwecke der Marktrisikomeldung dem Handelsbuch zugeordnet, obwohl diese nach IFRS als Nichthandelsaktiva klassifiziert sind. Umgekehrt werden bestimmte Aktiva dem Anlagebuch zugewiesen, obwohl diese nach IFRS Handelsaktiva darstellen.

Grundkonzept des Marktrisikomanagements

Die Deutsche Bank nutzt eine Kombination aus Risikosensitivitäten, Value-at-Risk, Stresstests und Messgrößen zum Ökonomischen Kapital, um Marktrisiken zu steuern und Limite zu setzen.

Der Vorstand legt, unterstützt vom Market Risk Management als Teil der unabhängigen Legal, Risk & Capital-Funktion, ein konzernweites Value-at-Risk-Limit für die Marktrisiken im Handelsbuch fest. Market Risk Management teilt dieses Gesamtlimit auf die Konzernbereiche auf. Darunter werden die Limite auf die untergeordneten Geschäftssparten und Handelsportfolios sowie nach geografischen Regionen weiter aufgeteilt.

Zusätzlich zu den wichtigsten Value-at-Risk-Limiten für das Marktrisiko wendet die Deutsche Bank Stresstest-, Ökonomisches Kapital- und Sensitivitätslimite an. Sie überwacht das Ausfallrisiko einzelner Unternehmen, die Wertpapiere emittieren, in ihren Handelsbüchern anhand einer spezifischen Limitstruktur, die von dem Traded-Credit-Products-Team gesteuert wird. Darüber hinaus bestehen Marktwert- und Ausfallrisiko-Limite für Bestandspositionen ausgewählter Geschäftseinheiten.

Der Value-at-Risk-Ausweis für die Handelsgeschäfte erfolgt auf Basis des eigenen internen Value-at-Risk-Modells der Deutschen Bank. Im Oktober 1998 hat das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, eines der Vorgängerinstitute der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, das Value-at-Risk-Modell der Deutschen Bank zur Berechnung des regulatorischen Kapitalbedarfs für das allgemeine und spezifische Marktrisiko genehmigt und die Modellgenehmigung wurde seit dem aufrechterhalten. Die Deutsche Bank analysiert beständig potenzielle Schwächen ihres Value-at-Risk-Modells unter Zuhilfenahme statistischer Techniken wie Backtesting, bezieht aber auch Auffassungen von Risikoexperten ein. Verbesserungen werden an den Bestandteilen des Value-at-Risk-Modells vorgenommen, die sich auf Bereiche beziehen, in denen in jüngerer Vergangenheit Verluste aufgetreten sind.

Die Value-at-Risk-Angaben sind darauf ausgerichtet, eine einheitliche Darstellung des Marktrisikos sowohl für die interne Risikosteuerung als auch für die externe Offenlegung und für aufsichtsrechtliche Zwecke sicherzustellen. Das Value-at-Risk-Limit für den Konzernbereich Corporate and Investment Bank lag Anfang 2008 bei 105 Mio €, wurde im Laufe des Jahres mehrfach angehoben und lag Ende 2008 bei 155 Mio € (basierend auf einem Konfidenzniveau von 99% und einer Haltedauer von einem Tag, wie weiter unten beschrieben). Das Value-at-Risk-Limit für die Handelspositionen des Gesamtkonzerns betrug Anfang 2008 110 Mio €, wurde im Laufe des Jahres mehrfach angehoben und lag Ende 2008 bei 160 Mio € (basierend auf einem Konfidenzniveau von 99% und einer Haltedauer von einem Tag). Die Erhöhung der Limite war erforderlich, um den Auswirkungen der beobachteten Marktdaten auf die Value-at-Risk-Berechnungen Rechnung zu tragen.

Value-at-Risk-Analyse

Der Value-at-Risk-Ansatz dient dazu, ein quantitatives Maß für die Marktrisiken im Handelsbuch unter normalen Marktbedingungen abzuleiten. Dabei wird eine Schätzung des potenziellen künftigen Verlusts (bezogen auf den Marktwert) vorgenommen, der über einen vorgegebenen Zeitraum und mit einem bestimmten Konfidenzniveau nicht überschritten wird. Das Risikomaß Value-at-Risk ermöglicht es der Deutschen Bank, ein konstantes und einheitliches Risikomaß auf sämtliche Handelsgeschäfte und Produkte anzuwenden. Es erlaubt auch einen Vergleich der Marktrisikoschätzungen über die Zeit und mit den tatsächlichen täglichen Handelsergebnissen.

Die Deutsche Bank berechnet den Value-at-Risk sowohl für interne als auch externe Meldezwecke mit einem Konfidenzniveau von 99%. Für interne Meldezwecke legt sie eine Haltedauer von einem Tag zugrunde. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke beträgt die Haltedauer zehn Tage.

Mit dem Value-at-Risk-Modell sollen folgende Risikofaktoren berücksichtigt werden: Zinssätze (einschließlich Credit Spreads), Aktienkurse, Wechselkurse und Rohwarenpreise sowie deren implizite Volatilitäten. Das Modell berücksichtigt sowohl lineare als auch, insbesondere für Derivate, nicht lineare Einflüsse der Risikofaktoren auf den Wert eines Portfolios. Die statistischen Parameter, die für die Value-at-Risk-Berechnung erforderlich sind, werden auf Basis einer Beobachtungszeitreihe über die letzten 261 Handelstage (was mindestens einem Kalenderjahr entspricht) bestimmt, wobei jede Beobachtung gleich gewichtet wird. Die Value-at-Risk-Berechnungen erfolgen mithilfe des Monte Carlo-Simulationsverfahrens, wobei die Deutsche Bank annimmt, dass Änderungen in den Risikofaktoren einer Normalverteilung oder logarithmischen Normalverteilung folgen.

Zur Berechnung des aggregierten Value-at-Risk benutzt die Deutsche Bank historisch beobachtete Korrelationen zwischen den verschiedenen allgemeinen Marktrisikofaktoren. Bei der Aggregation allgemeiner und spezifischer Marktrisiken nimmt sie hingegen an, dass beide Risikokomponenten nahezu unkorreliert sind. Innerhalb der allgemeinen Marktrisiken verwendet die Deutsche Bank historisch beobachtete Korrelationen. Innerhalb der spezifischen Marktrisikokategorie verwendet sie entweder eine Null-Korrelation oder historisch beobachtete Korrelationen für ausgewählte Risiken.

Back-testing

Die Deutsche Bank benutzt in ihren Handelsbereichen ein Backtesting-Verfahren, um die Vorhersagekraft ihrer Value-at-Risk-Berechnungen zu überprüfen. Bei diesem Verfahren vergleicht sie in erster Linie die hypothetischen täglichen Gewinne und Verluste nach der Buy-and-hold-Annahme (entsprechend den deutschen bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben) mit den durch das Value-at-Risk-Modell prognostizierten Werten.

Ein Komitee, das von Market Risk Management geleitet wird und dem auch Market Risk Operations und Finance angehören, bespricht vierteljährlich die Backtesting-Ergebnisse für den Konzern und für einzelne Geschäftsbereiche. Das Komitee analysiert die aufgetretenen Ertragsschwankungen und überprüft die Prognosegüte des Value-at-Risk-Modells. Dies wiederum erlaubt es der Deutsche Bank, den Risikomesprozess zu verbessern. Obwohl die Aktualisierung der Volatilitäten und Korrelationen potentiell die Anzahl der zukünftigen Back-testing Ausnahmen reduzieren sollte, wird die Aktualisierung weder die grundlegenden Verteilungsannahmen noch die Eigenschaften der Extrembereiche verändern.

Stresstests und Ökonomisches Kapital

Während der auf täglicher Basis bestimmte Value-at-Risk eine Prognose für potenzielle große Verluste unter normalen Marktbedingungen liefert, ist er kein adäquates Maß für die in Extremszenarien auftretenden Risiken der Portfolios. Daher führt die Deutsche Bank auch regelmäßig Stresstests durch, bei denen ihre Handelsportfolios unter extremen Marktszenarien, die nicht durch das Konfidenzintervall des Value-at-Risk-Modells abgedeckt werden, bewertet werden.

Diese Stresstests bilden die Basis der Einschätzung des Ökonomischen Kapitalbedarfs zur Abdeckung der Marktrisiken der Positionen der Deutschen Bank. Die Entwicklung der Methodik des Ökonomischen Kapitals wird überwacht durch das Regulatory Capital Steering Committee, dessen Vorsitz der Chief Risk Officer innehat.

Die Berechnung des Ökonomischen Kapitals, die die Deutsche Bank wöchentlich vornimmt, beinhaltet eine extreme Auslenkung der zugrunde liegenden Risikofaktoren auf Basis von starken Stress- und Liquiditätsannahmen in vordefinierten Szenarien, die sich auf die verschiedenen Produkte in den Portfolios auswirken. Die sich aus diesen Stressszenarien ergebenden Verluste werden aggregiert unter Berücksichtigung von Korrelationen, die darauf ausgelegt sind, die Bedingungen in den Stressszenarien besser abzudecken, anstelle der Korrelationen, die bei normalen Marktbedingungen gelten und die in dem Value-at-Risk-Modell benutzt werden.

Die Deutsche Bank entwickelt diese Szenarien aus historisch beobachteten extremen Schocks dieser Risikofaktoren, angereichert mit subjektiven Einschätzungen, wenn nur begrenzte historische Informationen zur Verfügung stehen, oder wenn Marktentwicklungen so eingeschätzt werden, dass die historischen Informationen schlechte Indikatoren möglicher zukünftiger Entwicklungen darstellen. Während des Jahres 2008 wurden diese Schocks neu kalibriert, um die Markttereignisse in 2007 und Anfang 2008 zu reflektieren. Trotz dieser Neuanpassung unterschätzten die zur Berechnung des Ökonomischen Kapitalbedarfs eingesetzten Modelle der Deutschen Bank in einigen Fällen noch immer die extremen Marktbewegungen im weiteren Verlauf des Jahres 2008, wie zum Beispiel die beobachteten extremen Bewegungen der impliziten Volatilitäten der Märkte für Aktien, Zinssätze und Wechselkurse. Darüber hinaus haben die verwendeten Annahmen zur Liquidität die schnellen Marktentwicklungen dieser Zeit nicht angemessen vorhergesehen, was die Möglichkeiten zur Risikoreduzierung durch Abwicklung der Positionen der Deutschen Bank im Markt oder durch dynamische Absicherung der Derivate-Portfolios reduzierte. Darunter sind anzuführen zum Beispiel die starke Illiquidität in den Märkten für Wandelschuldverschreibungen, Kredite und Kreditderivate.

In Folge dieser Beobachtungen wiederholt die Deutsche Bank derzeit den Kalibrierungsprozess, um die zum Ende des Jahres 2008 beobachteten Marktbewegungen zu erfassen.

Der aus den Handelsbereichen resultierende Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko betrug zum 31. Dezember 2008 5,5 Mrd € gegenüber 3,2 Mrd € zum 31. Dezember 2007. Dieser Anstieg reflektiert nicht nur die Rekalibrierung der Schocks des Ökonomischen Kapitals im Jahresverlauf 2008, die

mit 1,1 Mrd € zu diesem Anstieg beitrug, sondern auch die Einbeziehung des Ausfallrisikos aus gehandelten Unternehmenswerten über 908 Mio € (die zuvor im Ökonomischen Kapital für Kreditrisiken abgedeckt wurden), als auch die Einbeziehung von Aktiva des Anlagebuchs, die der Fair Value Bewertung zum Jahresende unterlagen mit 958 Mio €. Der Beitrag der Aktiva des Anlagebuchs wurde zum Jahresende 2008 erstmals berechnet.

Grenzen der eigenen Risikomodelle

Die Deutsche Bank setzt sich dafür ein, ihre eigenen Marktrisikomodelle ständig weiterzuentwickeln und deutlich zu verfeinern mit dem Ziel, die während der Krise des Jahres 2008 hervorgetretenen Risiken besser abzubilden. Die Deutsche Bank stellt erhebliche Ressourcen für die Überprüfung und Verbesserung der Modelle bereit.

Die Ergebnisse der Stresstests und Abschätzungen für das Ökonomische Kapital sind in ihrer Aussagekraft zwangsläufig durch die Anzahl der Stresstests und durch die Tatsache limitiert, dass nicht alle „Downside“-Szenarien vorhergesagt und simuliert werden können. Obwohl Worst-Case-Szenarien von den Risikomanagern der Deutschen Bank nach bestem Ermessen und unter Berücksichtigung extremer historischer Marktbewegungen definiert werden, ist es dennoch möglich, dass der Verlust aus den Marktrisikopositionen größer ausfällt als durch ihr Ökonomisches Kapital abgeschätzt. Darüber hinaus werden die Stresstests ständig in dem Bemühen überprüft und verfeinert, sicherzustellen, dass die wesentlichen Risiken erfasst und etwaige extreme Marktveränderungen abgebildet werden.

Bei den Value-at-Risk-Analysen sollten ferner die Grenzen der zugrunde liegenden Methode nicht außer Acht gelassen werden. Insbesondere im Jahresverlauf 2008 sind viele dieser Beschränkungen offenkundig geworden, was zu der weiter unten erläuterten Zahl an Ausreißern geführt hat. Zu den begrenzenden Faktoren der Value-at-Risk-Methode zählen:

- Die Verwendung historischer Daten als Grundlage für die Abschätzung zukünftiger Ereignisse kann dazu führen, dass nicht alle potenziellen Ereignisse erfasst werden, insbesondere solche, die ihrer Natur nach extrem sind.
- Die Annahme, dass Änderungen in den Risikofaktoren einer Normalverteilung oder logarithmischen Normalverteilung folgen, kann sich im konkreten Fall als nicht zutreffend erweisen und zu einer Unterschätzung der Wahrscheinlichkeit von extremen Marktbewegungen führen.
- Die verwendeten Korrelationsannahmen können sich als nicht zutreffend erweisen, insbesondere während extremer Marktbewegungen.
- Die Verwendung einer Haltedauer von einem Tag (beziehungsweise zehn Tagen für aufsichtsrechtliche Value-at-Risk-Berechnungen) unterstellt, dass alle Positionen in dem entsprechenden Zeitraum geschlossen oder abgesichert werden können. Diese Annahme führt zu einer unvollständigen Erfassung des Marktrisikos während illiquider Zeitperioden, in denen ein Schließen oder Absichern der Positionen unter Umständen nicht möglich ist. Dies gilt insbesondere für die Verwendung einer Haltedauer von einem Tag.
- Bei Verwendung eines Konfidenzniveaus von 99% werden Verluste, die über dieses Niveau hinaus auftreten können, weder berücksichtigt noch wird über solche Verluste eine Aussage getroffen.
- Die Deutsche Bank berechnet den Value-at-Risk an jedem Handelstag zum Geschäftsschluss. Für untertägige Engagements nimmt sie keine untertägigen Value-at-Risk-Berechnungen vor.
- Value-at-Risk erfasst nicht alle komplexen Einflüsse der Risikofaktoren auf die Werte von Positionen und Portfolios und kann demzufolge zu einer Unterschätzung potenzieller Verluste führen. So ist beispielsweise die Art und Weise, in der Sensitivitäten in das Value-at-Risk-Modell einbezogen werden, unter Umständen nur für kleine Veränderungen der Marktparameter zutreffend.

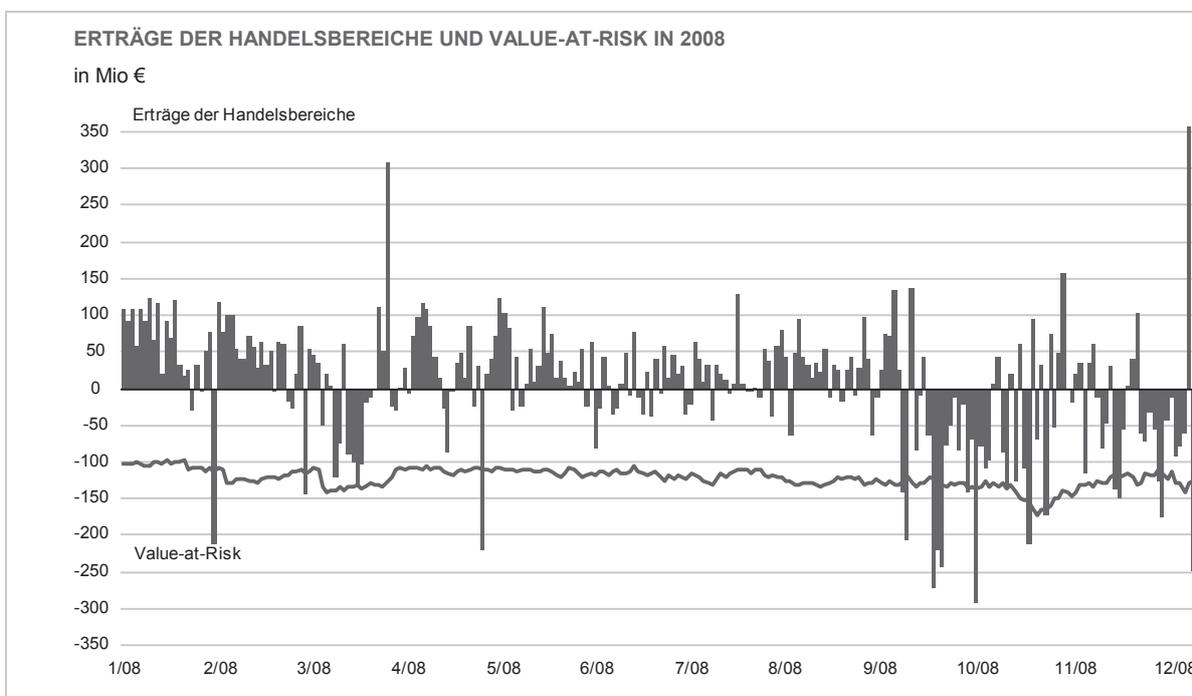
Im Bewusstsein um die Grenzen der Value-at-Risk-Methode ergänzt der Konzern seine Value-at-Risk-Limite durch zusätzliche positions- und sensitivitätsbezogene Limitstrukturen sowie durch Stresstests sowohl für einzelne Portfolios als auch auf konsolidierter Ebene.

Value-at-Risk der Handelsbereiche des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank

Die folgende Tabelle zeigt den Value-at-Risk der Handelsbereiche im Konzernbereich Corporate and Investment Bank (mit einem Konfidenzniveau von 99% und einer Haltedauer von einem Tag). Das handelsbezogene Marktrisiko des Konzerns außerhalb dieser Handelsbereiche ist immateriell. „Diversifikationseffekt“ bezeichnet den Effekt, dass an einem gegebenen Tag der aggregierte Value-at-Risk niedriger ausfällt als die Summe der Value-at-Risk-Werte für die einzelnen Risikoklassen. Würde man zur Berechnung des aggregierten Value-at-Risk die Value-at-Risk-Werte der einzelnen Risikoklassen einfach addieren, so würde dies die Annahme widerspiegeln, dass die Verluste in allen Risikokategorien gleichzeitig auftreten.

Value-at-Risk der Handelsbereiche in Mio €	Insgesamt		Diversifikations- effekt		Zinsrisiko		Aktienkurs- risiko		Währungsrisiko		Rohwarenpreis risiko	
	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007
	Durchschnitt	122,0	85,6	- 74,7	- 57,7	105,4	61,5	60,7	55,6	18,4	15,3	12,2
Maximum	172,9	118,8	- 104,1	- 76,8	143,3	95,9	93,8	90,5	42,4	28,9	21,1	18,0
Minimum	97,5	66,5	- 48,4	- 40,4	83,1	42,7	31,0	43,5	8,5	5,9	7,6	5,7
Jahresende	131,4	100,6	- 84,5	- 59,7	129,9	90,8	34,5	49,5	38,0	11,3	13,5	8,7

Das folgende Schaubild zeigt den aggregierten täglichen Value-at-Risk der Handelsbereiche in 2008, unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten, sowie die tatsächlichen Erträge der Handelsbereiche im Jahresverlauf.



Das Value-at-Risk der Deutschen Bank für die Handelsbereiche bewegte sich in einem Band zwischen 97 Mio € und 173 Mio €. Der durchschnittliche Value-at-Risk betrug im Jahr 2008 122 Mio € und lag somit um 42% über dem Vorjahresdurchschnitt von 86 Mio €.

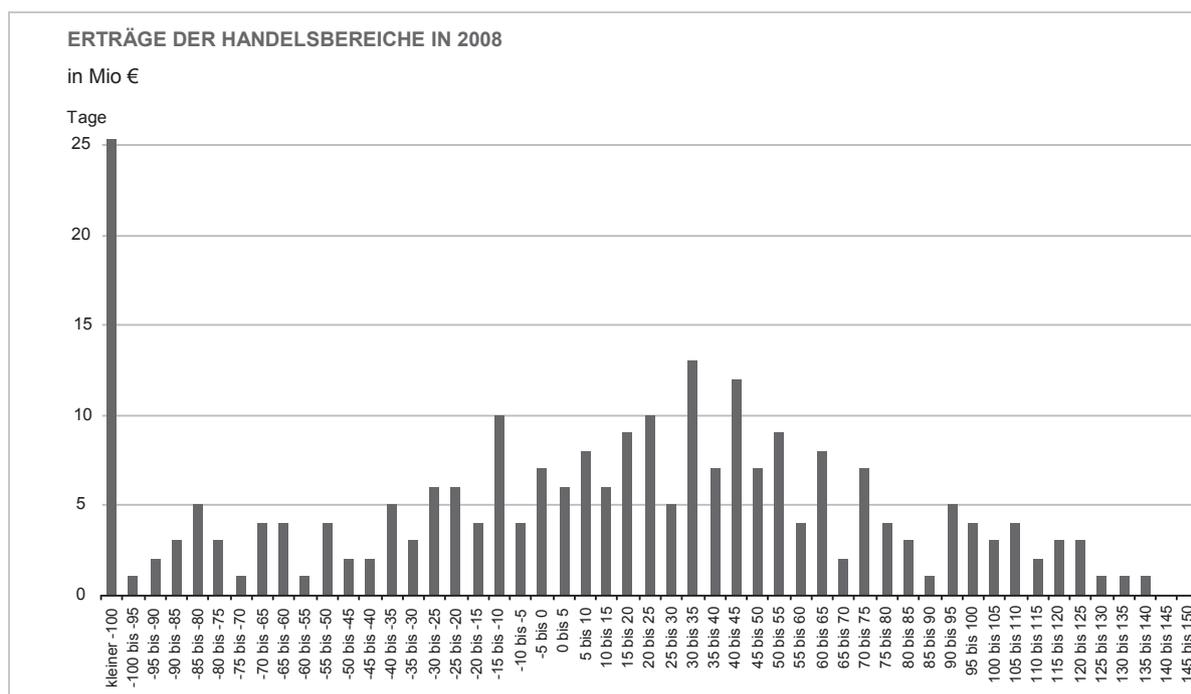
Der Anstieg des Value-at-Risk im Jahr 2008 war hauptsächlich auf die steigende Volatilität der Märkte und eine verfeinerte Value-at-Risk-Messung im selben Jahr zurückzuführen.

Im Jahr 2008 erzielten die Handelsbereiche der Deutschen Bank an über 57% der Handelstage (über 87% in 2007) einen positiven Ertrag.

Im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Backtesting wurden in 2008 insgesamt 35 Ausreißer (gegenüber zwölf in 2007) beobachtet, das heißt hypothetische Buy-and-hold-Verluste, die den prognostizierten Gesamt-Value-at-Risk für die Handelsbereiche überstiegen. Obwohl die Deutsche Bank glaubt, dass

die Mehrzahl dieser Ausreißer vor allem auf extreme Ereignisse außerhalb normaler Marktbedingungen zurückzuführen ist, führt sie eine Neubewertung ihrer Modellannahmen und -parameter im Hinblick auf mögliche Verbesserungen durch. Darüber hinaus arbeitet sie an der Verbesserung der spezifischen Granularität ihrer Risikomessmethoden, um die Besonderheiten der Positionen besser darstellen zu können. Bei einem Value-at-Risk-Modell mit einem Konfidenzniveau von 99% sind pro Jahr statistisch zwei bis drei Ausreißer zu erwarten. In Anbetracht der extremen Ereignisse glaubt die Deutsche Bank weiterhin, dass ihr Value-at-Risk-Modell unter normalen Marktbedingungen auch weiterhin ein geeignetes Maß für ihr handelsbezogenes Marktrisiko darstellen wird.

Das folgende Balkendiagramm zeigt die Verteilung der tatsächlichen täglichen Erträge der Handelsbereiche in 2008. Die Balkenhöhe gibt die Anzahl der Handelstage an, an denen der auf der horizontalen Achse in Millionen € angegebene Handelsertrag erzielt wurde. Das Balkendiagramm bestätigt den Effekt, den die extremen Marktbedingungen im Monat März und im Herbst 2008 auf die Erträge hatte.



Management der Nichthandelsportfolios

Die Deutsche Bank hält und managed auch nichthandelsbezogenes Marktrisiko, das im Wesentlichen durch Investments in Fonds, Principal Investments und darin enthaltene Investments in Private Equity entsteht.

Das Capital and Risk Committee beaufsichtigt die Aktivitäten im Bereich der Nichthandelsaktiva. Es ist zuständig für die Koordination der konzernweiten Risikoneigung, der Kapitalerfordernisse und des Refinanzierungsbedarfs, basierend auf den Geschäftsstrategien für den Konzern, die Konzernbereiche und die untergeordneten Geschäftsbereiche. Zu seinen Aufgaben zählen ferner die regelmäßige Überprüfung der Engagements der Nichthandelsportfolios sowie der damit zusammenhängenden Stresstestergebnisse, die Überprüfung der Wirtschaftlichkeit von Akquisitionen und Beteiligungen, die Zuteilung von Risikolimiten für die Geschäftsbereiche im vom Vorstand vorgegebenen Rahmen sowie die Genehmigung von Richtlinien in Bezug auf die Nichthandelsaktiva, die durch das Risk Executive Committee ratifiziert werden. Mehrere Mitglieder des Capital and Risk Committee gehören auch dem Group Investment Committee an, wodurch eine enge Kooperation zwischen beiden Gremien gewährleistet wird.

Das Investment & Asset Risk Management Team wurde im Laufe des Geschäftsjahres 2008 umgebildet und wird nun Principal Investments-Team genannt. Es wurde in den Bereich Credit Risk Manage-

ment integriert, ist auf die Risikoaspekte der Nichthandelsaktivitäten für Alternative Assets spezialisiert und überprüft monatlich das Risikoprofil der Nichthandelsportfolios für Alternative Assets, einschließlich Buchwerten, Schätzungen des Ökonomischen Kapitals, Limitauslastungen, Ertragsprüfungen und geplanter Aktivitäten.

Im Geschäftsjahr 2008 bildete die Deutsche Bank eine dedizierte Asset-Risk-Management-Einheit, in der bestehende Teams und Fachleute zusammengelegt wurden. Dadurch konnte die Deutsche Bank bereits bestehende Erfahrungen nutzen und durch ein höheres Maß an Spezialisierung gezielte Einblicke in die Risiken ihres Vermögens- und Fondsverwaltungsgeschäft gewinnen. Hervorzuhebende Risiken in diesem Bereich entstehen beispielsweise aus „Performance“- und/oder Kapitalgarantien sowie Reputationsrisiken in Zusammenhang mit der Verwaltung von Kundengeldern.

Bewertung des Marktrisikos in den Nichthandelsportfolios

Aufgrund der besonderen Eigenschaften der Nichthandelsportfolios und der teilweise fehlenden Preistransparenz benutzt die Deutsche Bank für ihre Nichthandelsportfolios als Risikomaß nicht den Value-at-Risk. Stattdessen verwendet sie zur Bewertung des Marktrisikos in diesen Portfolios Stress-testverfahren, die für jede Risikoklasse spezifisch sind und die unter anderem ausgeprägte historische Marktänderungen sowie die Liquidität der jeweiligen Anlageklasse berücksichtigen. Diese Bewertung bildet die Grundlage für die Abschätzung des Ökonomischen Kapitals, mithilfe dessen die Deutsche Bank das Marktrisiko in ihrem Nichthandelsportfolios aktiv überwacht und steuert.

Nicht handelsbezogenes Marktrisiko nach Risikoklasse

Der überwiegende Teil der Zins- und Währungsrisiken aus nicht handelsbezogenen Aktiva und Passiva wurde durch interne Absicherungsgeschäfte auf den Geschäftsbereich Global Markets im Konzernbereich Corporate and Investment Bank übertragen. Somit wird das Risiko dort auf Value-at-Risk-Basis gesteuert und ist in die handelsbezogenen Value-at-Risk-Zahlen einbezogen. Hinsichtlich der verbleibenden Risiken, die durch diese Absicherungsgeschäfte nicht übertragen wurden, werden Währungsrisiken im Allgemeinen durch währungskongruente Refinanzierungen ausgeglichen, so dass in den Portfolios lediglich Restrisiken verbleiben. Ferner sind bei diesen verbleibenden Positionen nur moderate Zinsrisiken vorhanden, die sich aus Fristeninkongruenzen zwischen Vermögen und Verbindlichkeiten ergeben.

Buchwert und Ökonomischer Kapitalbedarf für die Nichthandelsportfolios

Die folgende Tabelle zeigt die Buchwerte und den Ökonomischen Kapitalbedarf für die Nichthandelsportfolios der Deutschen Bank.

Wichtigste Industriebeteiligungen, sonstige Unternehmensbeteiligungen und Asset Management sowie Alternative Assets	Buchwert		Ökonomischer Kapitalbedarf	
	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
in Mrd €				
Wichtigste Industriebeteiligungen	1,1	5,1	0,4	0,1
Sonstige Unternehmensbeteiligungen und Asset Management	2,1	3,3	1,5	0,7
Alternative Assets:	3,2	3,9	1,3	0,9
Principal Investments	1,6	1,6	0,7	0,5
Immobilien	1,3	2,0	0,6	0,3
Hedgefonds ⁽¹⁾	0,2	0,3	–	–
Insgesamt	6,3	12,3	3,2	1,7

1 Am 31. Dezember 2008 bestand ein geringfügiger Ökonomischer Kapitalbedarf in Höhe von 42 Mio € und am 31. Dezember 2007 von 46 Mio €.

Der Ökonomische Kapitalbedarf der Deutschen Bank für diese Nichthandelsportfolios belief sich zum Jahresende 2008 auf insgesamt 3,2 Mrd € und fiel somit um 1,5 Mrd € (89%) höher aus als der Vergleichswert zum Jahresende 2007. Dies reflektiert einen signifikanten Abbau des Kapitalpuffers

infolge der gesunkenen Marktwerte in allen Portfolios. Seit dem Jahresende 2008 wurde der Prozess für das Ökonomische Kapital erweitert um die gegenüber den Investoren in das Deutsche Bank Asset Management abgegebenen Verpflichtungen einzubeziehen, was zu einem Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs um 400 Mio € führte. Dieser Betrag wird unter Sonstige Unternehmensbeteiligungen berichtet.

- Wichtigste Industriebeteiligungen. Der Ökonomische Kapitalmarktbedarf der Deutschen Bank zum 31. Dezember 2008 betrug 439 Mio €.
- Sonstige Unternehmensbeteiligungen. Der Ökonomische Kapitalbedarf von 1,5 Mrd € für die sonstigen Unternehmensbeteiligungen zum Jahresende 2008 resultierte in erster Linie aus dem Anstieg des Ökonomischen Kapitals, das einer strategischen Beteiligung im Unternehmensbereich Private and Business Clients, den Eigenanlagen in Investmentfonds und der neuen Behandlung des Ökonomischen Kapitalbedarfs für Verpflichtungen gegenüber Investoren wie oben erläutert.
- Alternative Assets. Die Alternative Assets umfassen Principal Investments, Immobilieninvestments (darunter Mezzanine Debt) sowie kleine Investments in Hedgefonds. Principal Investments setzen sich zusammen aus direkten Investments in Private Equity, Mezzanine Debt, kurzfristigen Investments in Financial Sponsor Leveraged Buy-out Funds, Bridge Capital für Leveraged Buy-out Funds sowie Private-Equity-bezogenen Geschäften. Der Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs resultierte hauptsächlich aus dem Erwerb einer Infrastrukturbeteiligung im Geschäftsbereich Asset Management sowie aus dem gewachsenen Private-Equity-Portfolio im Geschäftsbereich Global Markets. Das Alternative-Asset-Portfolio weist zwar eine gewisse Konzentration bei Infrastruktur- und Immobilienanlagen auf. Die jüngsten Marktentwicklungen haben die Möglichkeiten zur Reduzierung dieses Portfolios limitiert. Dies bleibt dennoch die Absicht der Deutschen Bank, vorausgesetzt günstige Konditionen ermöglichen es.

In den Gesamtzahlen für das Ökonomische Kapital ist gegenwärtig kein Diversifikationsnutzen zwischen diesen unterschiedlichen Vermögensklassen berücksichtigt.

Wichtigste Industriebeteiligungen

Die nachstehende Tabelle zeigt die Beteiligungssätze und die Marktwerte der wichtigsten Industriebeteiligungen, die zum Jahresende 2008 direkt und/oder indirekt gehalten wurden, sowie die entsprechenden Beteiligungen zum Jahresende 2007. Der Konzernbereich Corporate Investments beabsichtigt gegenwärtig, den Verkauf der meisten seiner börsennotierten Beteiligungen im Laufe der kommenden Jahre fortzusetzen, abhängig vom rechtlichen Umfeld und von den Marktbedingungen.

Wichtigste Industriebeteiligungen		Kapitalbeteiligung		Marktwert (in Mio €)	
		(in %)			
Name	Sitzland	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
Daimler AG	Deutschland	2,7	4,4	692	2.967
Allianz SE	Deutschland	–	1,7	–	1.154
Linde AG	Deutschland	2,4	5,2	250	789
EADS N.V.	Niederlande	0,8	0,8	74	133
Sonstige	N/A	N/A	N/A	56	37
Insgesamt				1.071	5.081

N/A – nicht aussagefähig

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisikomanagement stellt sicher, dass die Bank stets in der Lage ist, ihre Zahlungsverpflichtungen zeitgerecht zu erfüllen. Im Jahr 2008 hat das Liquiditätsrisikomanagement einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Liquidität und im Management einer soliden Finanzierungsstruktur geleistet.

Konzept des Liquiditätsrisikomanagements

Treasury ist für das Liquiditätsrisikomanagement verantwortlich. Aufgabe des Liquiditätsrisikomanagements ist es, die Liquiditätsrisikoposition der Deutschen Bank zu identifizieren, zu messen und zu steuern. Die zugrunde liegenden Richtlinien werden regelmäßig von dem für Treasury verantwortlichen Vorstandsmitglied überprüft und genehmigt. In den Richtlinien werden die auf den Konzern anzuwendenden Methoden festgelegt.

Das Liquiditätsrisikomanagement beginnt untätig mit der Steuerung der täglichen Zahlungen, der Planung erwarteter Cashflows unter Berücksichtigung des Zugangs zu Zentralbanken (operative Liquidität). Anschließend folgt das taktische Liquiditätsrisikomanagement, das sich mit dem Zugang zu unbesicherten Finanzierungsquellen und den Liquiditätseigenschaften des Bestands an Vermögenswerten befasst (Liquidität der Aktiva). Schließlich umfasst die strategische Komponente das Aufstellen eines Fälligkeitsprofils sämtlicher Aktiva und Passiva in der Bilanz (Liquiditätsablaufbilanz) sowie die Festlegung der Emissionsstrategie.

Das cashflowbezogene Reportingsystem liefert tägliche Liquiditätsrisikoinformationen für das globale und regionale Management.

Die Deutsche Bank verwendet Stresstests und Szenarioanalysen zur Untersuchung des Einflusses von plötzlich auftretenden Stressereignissen auf ihre Liquiditätsposition. Die Szenarien beruhen entweder auf historischen Ereignissen, Fallstudien von Liquiditätskrisen oder hypothetischen Modellen.

Kurzfristige Liquidität

Das Reportingsystem der Deutschen Bank verfolgt Cashflows auf täglicher Basis über eine Zeitspanne von 18 Monaten. Hiermit kann sie ihre kurzfristige Liquiditätsposition in jeder Lokation, Region sowie weltweit, getrennt nach Währung, Produkt und Geschäftsbereich, bewerten. Das System erfasst sämtliche Cashflows der bilanzwirksamen Transaktionen sowie Liquiditätsrisiken aus außerbilanziellen Transaktionen. Die Deutsche Bank modelliert das Cashflowprofil von Produkten ohne festgelegte vertragliche Laufzeit mithilfe statistischer Methoden zur Erfassung ihres tatsächlichen Verhaltens. Liquiditätsabflusslimite (Maximum Cash Outflow Limits) zur Begrenzung globaler und lokaler Nettoabflüsse werden täglich überwacht und stellen den Zugang der Deutschen Bank zur Liquiditätsversorgung sicher.

Unbesicherte Finanzierungsmittel

Die Aufnahme unbesicherter Finanzierungsmittel ist nur in begrenztem Umfang möglich. Unbesicherte Finanzierungsmittel setzen sich zusammen aus allen externen am Markt aufgenommenen Verbindlichkeiten, unabhängig vom Instrument, von der Währung oder Laufzeit. Die unbesicherten Finanzierungsmittel werden auf regionaler Basis nach Währung erfasst und in einem globalen Bericht zusammengeführt. Das Capital and Risk Committee genehmigt für die einzelnen Geschäftsbereiche Limite, um den Zugang der Deutschen Bank zu unbesicherten Finanzierungsmitteln zu attraktiven Konditionen zu sichern.

Liquidität der Aktiva

Mit dieser Komponente bestimmt die Deutsche Bank die Volumina und Verbuchungsorte ihres konsolidierten Bestands an unbesichert refinanzierten liquiden Aktiva, die sie nutzen kann, um Liquidität über besicherte Finanzierungstransaktionen zu generieren. Die Wertpapierbestände setzen sich aus einer breiten Palette unterschiedlicher Wertpapierklassen zusammen. Zunächst trennt die Deutsche Bank in jedem Bestand die illiquiden von den liquiden Wertpapieren. Anschließend werden den liquiden Wertpapierklassen Liquiditätswerte zugeordnet.

Die Liquidität dieser Aktiva ist ein entscheidender Schutz vor kurzfristigen Liquiditätsengpässen. Zusätzlich unterhält die Deutsche Bank eine Liquiditätsreserve in Form hochliquider Wertpapiere in den führenden Weltwährungen zur Unterstützung ihres Liquiditätsprofils für den Fall sich potentiell

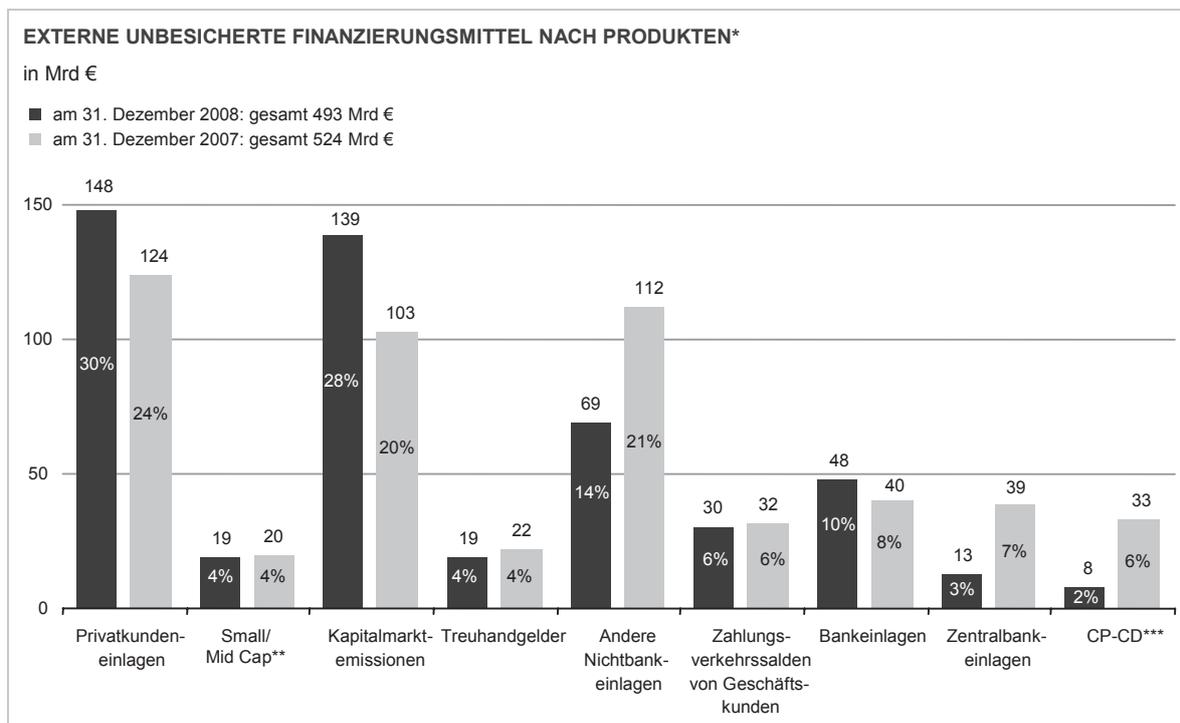
verschlechternder Marktbedingungen. In 2008 hat die Deutsche Bank die Liquiditätsreserven um 48,0 Mrd € erhöht und sie betragen 57,6 Mrd € zum 31. Dezember 2008. Dieser Betrag umfasst nicht die zur Stellung von Sicherheiten für Barmittelerfordernisse im Rahmen der Clearingaktivitäten in Euro, US-Dollar und anderen Währungen erforderlichen Reserven, die in separaten weltweiten Portfolios gehalten werden.

Diversifikation der Finanzierungsmittel

Die Diversifikation des Refinanzierungsprofils nach Anlegerkategorien, Regionen, Produkten und Instrumenten ist ein wesentlicher Bestandteil des Liquiditätsrisikomanagements der Deutschen Bank. Die Kernfinanzierungsquellen sind Privatkundeneinlagen und langfristige Kapitalmarktmittel sowie im geringeren Umfang Mittelstands- und Treuhandgelder. Andere Kundeneinlagen, Gelder institutioneller Anleger sowie Geldaufnahmen von anderen Banken sind weitere Finanzierungsquellen. Letztere werden primär zur Finanzierung der liquiden Aktiva eingesetzt.

In 2008 hat die Deutsche Bank ihren Schwerpunkt weiterhin auf den Ausbau ihrer Kernfinanzierungsquellen und eine Reduzierung der kurzfristigen Nichtbankeinlagen gesetzt.

Die folgende Grafik zeigt die Zusammensetzung der externen unbesicherten Finanzierungsmittel, die zur Liquiditätsrisikoposition beitragen (was zum Beispiel sich selbst finanzierende strukturierte Anteile nicht mit einschließt), zum 31. Dezember 2008 und zum 31. Dezember 2007, jeweils in Mrd €, sowie als prozentualer Anteil an den externen unbesicherten Verbindlichkeiten insgesamt.



* In 2008 hat die Deutsche Bank ihre Zuordnung der Verbindlichkeiten zu den Finanzierungsquellen verfeinert, um ihr Finanzierungsprofil besser abzubilden. Zu Vergleichszwecken hat die Deutsche Bank ihre Zahlen für das Jahr 2007 entsprechend angepasst.

** Bezeichnet Einlagen mittelständischer deutscher Firmenkunden.

*** Commercial Paper/Certificates of Deposit mit einer Fälligkeit von einem Jahr oder weniger.

Liquiditätsablaufbilanz

In die Liquiditätsablaufbilanz (Funding Matrix) stellt die Deutsche Bank alle für das Refinanzierungsprofil relevanten Aktiva und Passiva nach ihrer Laufzeit in Zeitbänder ein. Da handelbare Wertpapiere in der Regel liquider sind, als ihre vertraglichen Laufzeiten erkennen lassen, hat die Deutsche Bank

individuelle Liquiditätsprofile erstellt, die deren relativen Liquiditätswert zeigen. Aktiva und Passiva aus dem Retail Banking, die üblicherweise unabhängig von den geltenden Kapitalmarktbedingungen erneuert oder verlängert werden (Immobilienfinanzierungen und Retaileinlagen), ordnet die Deutsche Bank entsprechend der erwarteten Prolongation bestimmten Zeitbändern zu. Wholesaleprodukte werden entsprechend ihren vertraglichen Laufzeiten eingestellt.

Die Liquiditätsablaufbilanz zeigt für jedes Zeitband einen Überschuss beziehungsweise einen Fehlbestand an Finanzierungsmitteln und ermöglicht die Steuerung offener Liquiditätspositionen. Die Liquiditätsablaufbilanz bildet eine wichtige Grundlage für den jährlichen Emissionsplan der Deutschen Bank, der nach Genehmigung durch das Capital and Risk Committee die Emissionsziele nach Laufzeit, Volumen und Instrument festlegt.

Insgesamt hat Treasury im Jahr 2008 Kapitalmarktinstrumente in Höhe von etwa 53,5 Mrd € begeben, 15,5 Mrd € mehr als im ursprünglichen Emissionplan vorgesehen. Dieser Anstieg war eine der Vorsichtsmaßnahmen, die mit Blick auf die anhaltenden Störungen der Finanzmärkte getroffen wurden.

Für Informationen bezüglich des Laufzeitprofils der langfristigen Verbindlichkeiten wird auf Note 27 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008, der im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist, verwiesen.

Stresstests und Szenarioanalyse

Die Deutsche Bank verwendet Stresstests und Szenarioanalysen zur Untersuchung des Einflusses von plötzlich auftretenden Stressereignissen auf ihre Liquiditätsposition. Diese Szenarien beruhen entweder auf historischen Ereignissen (wie dem Börsencrash des Jahres 1987, dem US-amerikanischen Liquiditätsengpass von 1990 und den Terrorangriffen des 11. September 2001), auf Fallstudien von Liquiditätskrisen oder auf hypothetischen Modellen. Diese Szenarien beinhalten jetzt auch die neuen Treiber des Liquiditätsrisikos, die sich in der anhaltenden Finanzmarktkrise ergeben haben: verlängerte Dysfunktionalität des Geldmarkts, Ablehnung von Sicherheiten, fehlende Fungibilität von Währungen sowie nicht absetzbare Syndizierungen. Die hypothetischen Ereignisse umfassen interne Szenarien, wie operationelle Risiken, Bonitätsherabstufung der Bank durch die Ratingagenturen sowie externe Szenarien, wie systemische Marktrisikoereignisse, Emerging-Markets-Krisen und Ereignisschocks. Bei jedem dieser Szenarien wird angenommen, dass alle fällig werdenden Forderungen an Kunden vollständig prolongiert und refinanziert werden müssen, während die Prolongation der Verbindlichkeiten teilweise eingeschränkt ist und somit eine Finanzierungslücke entsteht. Danach werden die notwendigen Schritte bestimmt, um den Nettobedarf an Finanzierungsmitteln auszugleichen. Solche Maßnahmen wären beispielsweise der Übergang von unbesicherter zu besicherter Finanzierung, der Verkauf von Wertpapieren und die Preisanpassung für die Aufnahme von Verbindlichkeiten (Positionsschließung).

Diese Analyse ist in das Liquiditätsrisikomanagement-Konzept vollständig integriert. Die Deutsche Bank verfolgt ihre vertraglichen Zahlungsströme pro Währung und Produkt über einen achtwöchigen Zeitraum (welchen die Deutsche Bank als die kritischste Zeitspanne in einer Liquiditätskrise einschätzt) und wendet die einzelnen Stressfälle auf jedes Produkt an. Diese Analyse wird durch die Bestimmung der Liquidität der Aktiva ergänzt.

Die Stresstestanalysen gegen Aufschluß darüber, ob die Deutsche Bank unter kritischen Umständen genügend Liquidität aufbringen könnte, und haben wichtige Informationen zur Festlegung der angestrebten Liquiditätsrisikoposition geleistet. Die Deutsche Bank führt die Analyse monatlich durch. Die nachstehende Übersicht veranschaulicht diese angewandten Stresstestergebnisse zum 31. Dezember 2008. Für jedes Szenario zeigt sie die kumulative Finanzierungslücke über einen achtwöchigen Zeitraum nach Eintritt des auslösenden Ereignisses und wie viel Liquidität die Deutsche Bank zur Schließung der Lücke hätte aufbringen können.

Szenario	Finanzierungs- lücke ⁽¹⁾	Positions- schließung ⁽²⁾	Auswirkung auf Liquidität ⁽³⁾
	(in Mrd €)	(in Mrd €)	
Marktrisiko	3	97	allmählich ansteigend
Emerging Markets	13	110	allmählich ansteigend
Systemischer Ereignisschock	12	92	temporäre Störung
Operationelles Risiko	7	100	temporäre Störung
Ratingherabstufung um eine Stufe	16	119	allmählich ansteigend
Ratingherabstufung um drei Stufen	65	119	ansteigend und stabilisierend

- 1 Finanzierungslücke verursacht durch eingeschränkte Prolongation der Verbindlichkeiten und weitere erwartete Abflüsse.
- 2 Liquiditätsgenerierung durch Gegensteuerung und Liquidität der Aktiva.
- 3 Die Deutsche Bank untersucht, ob ihr Liquiditätsrisiko vorübergehend oder längerfristig ist.

Ausgehend von Beobachtungen während der Finanzmarktkrise hat die Deutsche Bank ihr Rahmenwerk für Stresstests überprüft und in einigen Aspekten modifiziert. Das Marktriskoszenario wurde neu definiert und reflektiert jetzt systemische Nebenwirkungseffekte, die seit dem Herbst 2007 beobachtet wurden. Über alle Szenarien hinweg hat sie zusätzliche, das Liquiditätsrisiko treibende Faktoren, aufgenommen, wie zum Beispiel Währungsfungibilität und besicherte Finanzierungen, um auch diese, durch die bisher eingesetzten Methoden nicht abgedeckten, aber während der Marktverwerfungen zutage getretenen sichtbaren Ursachen des Liquiditätsrisikos abzudecken. Die Szenarien der Ratingherabstufung wurden ebenfalls an die aktuellen Kreditratings der Bank angepasst. Die nachstehende Tabelle zeigt die Ergebnisse der Stresstests auf Basis der neuen Methoden, die die Deutsche Bank zukünftig berichten wird, zum 31. Dezember 2008.

Neues Szenario	Finanzierungs- lücke ⁽¹⁾	Positions- schließung ⁽²⁾	Auswirkung auf Liquidität ⁽³⁾
	(in Mrd €)	(in Mrd €)	
Systemisches Marktrisiko	57	115	allmählich ansteigend
Emerging Markets	19	115	allmählich ansteigend
Ereignisschock	26	99	temporäre Störung
Operationelles Risiko (DB-spezifisch)	20	120	temporäre Störung
Ratingherabstufung um eine Stufe (DB-spezifisch)	45	119	dauerhaft
Ratingherabstufung auf A-2/P-2 (DB-spezifisch)	129	132	dauerhaft

- 1 Finanzierungslücke verursacht durch eingeschränkte Prolongation der Verbindlichkeiten und weitere erwartete Abflüsse.
- 2 Liquiditätsgenerierung durch Gegensteuerung und Liquidität der Aktiva.
- 3 Die Deutsche Bank AG untersucht, ob ihr Liquiditätsrisiko vorübergehend oder längerfristig ist.

Angesichts der wachsenden Bedeutung des Liquiditätsmanagements im Finanzsektor betrachtet die Deutsche Bank es als wichtigen Beitrag zur Finanzstabilität, liquiditätsrisikobezogene Themen mit Zentralbanken, Aufsichtsbehörden, Ratingagenturen und Marktteilnehmern zu diskutieren. Die Deutsche Bank ist in einer Reihe von Liquiditätsarbeitsgruppen engagiert und beteiligt sich an Initiativen zur Schaffung eines Branchenstandards zur angemessenen Bewertung und Steuerung des Liquiditätsrisikos bei Finanzdienstleistern.

Neben der internen Liquiditätssteuerung unterliegt die Liquidität deutscher Banken den Bestimmungen des Kreditwesengesetzes sowie den Vorschriften der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Die Deutsche Bank hält alle anwendbaren Liquiditätsbestimmungen ein.

Kapitalmanagement

Treasury verantwortet das konzernweite sowie das lokale Kapitalmanagement. Die Allokation von Finanzressourcen im Allgemeinen und Kapital im Besonderen hat zum Ziel, profitable Geschäftsbereiche zu unterstützen, die den größtmöglichen positiven Effekt auf die Rentabilität und den Shareholder Value aufweisen. Aus diesem Grund ordnet Treasury den Geschäftsbereichen das Kapital in regelmäßigen Abständen neu zu.

Treasury implementiert die Kapitalstrategie, die durch das Capital and Risk Committee entwickelt und vom Vorstand genehmigt wird. Dies umfasst auch die Emission und den Rückkauf von Aktien. Ziel der Deutschen Bank ist es, stets eine solide Kapitalisierung vorzuweisen. Kapitalbedarf und -angebot werden permanent überwacht und, falls notwendig, angepasst, um den Bedarf des Kapitals unter verschiedenen Aspekten abzudecken. Dazu gehören das ausgewiesene Buchkapital nach IFRS, das aufsichtsrechtliche Kapital sowie das Ökonomische Kapital. Im Oktober 2008 wurde die Zielgröße für die Tier-1-Kapitalquote auf 10% angehoben. Der Zielkorridor lag zu Jahresbeginn bei 8% bis 9%.

Die Allokation des Kapitals, die Festlegung des Finanzierungsplans und ähnliche Fragen werden vom Capital and Risk Committee erörtert.

Regionale Kapitalpläne, die den Kapitalbedarf der Filialen und Tochtergesellschaften abdecken, werden halbjährlich erstellt und dem Group Investment Committee vorgelegt. Die meisten Tochtergesellschaften unterliegen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen. Lokale Asset and Liability Committees sorgen für die Einhaltung dieser Anforderungen unter Führung regionaler Treasury Teams. Ferner stellen sie die Einhaltung weiterer Anforderungen sicher, wie beispielsweise Ausschüttungsbegrenzungen für die Dividende an die Deutsche Bank AG oder Begrenzungen des Kreditvolumens von Tochtergesellschaften an ihre Muttergesellschaft. Bei der Entwicklung, Umsetzung und Prüfung des Kapitals und der Liquidität der Deutschen Bank werden solche gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen berücksichtigt.

Die ordentliche Hauptversammlung 2007 erteilte dem Vorstand die Ermächtigung, bis zu 52,6 Millionen Aktien bis Ende Oktober 2008 zurückzukaufen. Auf Basis dieser Ermächtigung wurde das Aktienrückkaufprogramm 2007/08 im Mai 2007 gestartet und im Mai 2008 abgeschlossen in dem eine neue Ermächtigung erteilt wurde.

In diesem Zeitraum wurden insgesamt 7,2 Millionen Aktien zurückgekauft (6,33 Millionen in 2007 und 0,82 Millionen in 2008), davon wurden 4,1 Millionen Aktien (57%) bis Ende Juni 2007 zurückgekauft. Mit Beginn der Krise im Juli 2007 wurde das Aktienrückkaufprogramm deutlich weniger genutzt, und zwischen Juli 2007 und Mai 2008 wurden lediglich 3,1 Millionen Aktien zurückgekauft.

Die ordentliche Hauptversammlung 2008 erteilte dem Vorstand die Ermächtigung, bis zu 53,1 Millionen Aktien bis Ende Oktober 2009 zurückzukaufen. Bis zum Jahresende 2008 wurden keine Aktien im Rahmen dieser Ermächtigung zurückgekauft.

Im September 2008 hat die Deutsche Bank 40 Millionen neue auf den Namen lautende Stückaktien im Wege des so genannten beschleunigten Bookbuildingverfahrens bei institutionellen Anlegern platziert. Der Platzierungspreis betrug 55 € je Aktie. Der Bruttoemissionserlös belief sich auf insgesamt 2,2 Mrd €. Die Kapitalerhöhung diente der Abdeckung der Kapitalanforderungen für den Erwerb einer Minderheitsbeteiligung an der Deutsche Postbank AG von der Deutsche Post AG.

Das Kapitalmanagement umfasste den Verkauf von 16,3 Millionen eigener Aktien (etwa 2,9% des Gezeichneten Kapitals) in den Monaten Oktober bis November 2008.

Im Geschäftsjahr 2007 hatte die Deutsche Bank 2,0 Mrd US-\$ hybrides Tier-1-Kapital und 800 Mio US-\$ sowie 200 Mio € Contingent Capital begeben. Im Geschäftsjahr 2008 hat die Deutsche Bank Contingent Capital in Höhe von 1,0 Mrd € und 3,2 Mrd US-\$ begeben. Der Deutschen Bank steht es frei, diese in 2008 emittierten Kapitalinstrumente in Form vorrangiger Anleihen oder nachrangiger Anleihen des Tier-2-Kapitals 1. Klasse in hybrides Tier-1-Kapital umzuwandeln. In 2008 hat die Deutsche Bank 1,0 Mrd € und 4,0 Mrd US-\$ Contingent Capital in hybrides Tier-1-Kapital umgewandelt, wonach nur noch 200 Mio € in ihrer in 2007 begebenen Form bestehen. Das ausstehende hybride Tier-1-Kapi-

tal (ausschließlich nicht kumulative Vorzugsanteile; „Cumulative Trust Preferred Securities“) belief sich am 31. Dezember 2008 auf insgesamt 9,6 Mrd €, verglichen mit 5,6 Mrd € zum 31. Dezember 2007.

Operationelles Risiko

Die Deutsche Bank AG definiert das operationelle Risiko als den potenziellen Eintritt von Verlusten im Zusammenhang mit Mitarbeitern, vertraglichen Vereinbarungen und deren Dokumentation, Technologie, Versagen oder Zusammenbruch der Infrastruktur, Projekten, externen Einflüssen und Kundenbeziehungen. Diese Definition schließt rechtliche wie auch aufsichtsrechtliche Risiken ein, jedoch nicht das allgemeine Geschäfts- und das Reputationsrisiko.

Organisationsstruktur

Operational Risk Management ist eine unabhängige Risikomanagementfunktion innerhalb der Deutschen Bank. Der Global Head of Operational Risk Management ist ein Mitglied des Risk Executive Committee und berichtet an den Chief Risk Officer. Das Operational Risk Management Committee ist ein ständiger Unterausschuss des Risk Executive Committee und setzt sich aus Vertretern des Operational Risk Management sowie Operational Risk Officers aus den Geschäftsbereichen und den Infrastrukturfunktionen zusammen. Das Operational Risk Management Committee ist das Hauptentscheidungs-gremium für alle Fragen des operationellen Risikomanagements. Es verabschiedet Konzernrichtlinien für die Erkennung, Verfolgung, Akzeptanz, Berichterstattung und Überwachung von operationellen Risiken.

Das Operational Risk Management ist für die Definition des Risikorahmenwerks für operationelle Risiken sowie dazugehöriger Richtlinien und die Steuerung bereichs- und regionenübergreifender operationeller Risiken verantwortlich, während die Verantwortung für die Umsetzung des Rahmenwerks und das tagtägliche Management operationeller Risiken bei den Geschäftsbereichen und Infrastrukturfunktionen liegt. Dieses Business-Partnership-Modell führt zu einer engen Überwachung und zu einem verstärkten Bewusstsein für operationelle Risiken. Das Operational Risk Management ist in globale Relationship Teams und ein zentrales Methodenteam aufgeteilt. Die globalen Relationship Teams, die entsprechend der divisionalen und regionalen Struktur aufgestellt sind, überwachen und unterstützen die Umsetzung des Risikorahmenwerks der Bank für operationelle Risiken mit dem Ziel der Sicherstellung eines konsistenten Managements operationeller Risiken in allen Geschäftsbereichen, Infrastrukturfunktionen und Regionen. Dies beinhaltet ebenfalls die Steuerung bereichs- und regionenübergreifender operationeller Risiken, Durchführung von Analysen zur Schaffung von Mehrwert, Konzernberichterstattung und Festsetzung von Verlustschwellen. Das zentrale Methodenteam prüft, validiert und implementiert das Instrumentarium für das Management und die Berichterstattung zu operationellen Risiken, einschließlich der Methodik zum Advanced Measurement Approach („AMA“) und ist verantwortlich für die Überwachung aufsichtsrechtlicher Anforderungen.

Steuerung des operationellen Risikos

Die Deutsche Bank steuert das operationelle Risiko auf Basis eines konzernweiten konsistenten Rahmenwerks, mit dem sie ihr operationelles Risikoprofil im Vergleich zu ihrer Risikoneigung festlegt und Maßnahmen wie auch Prioritäten zur Risikoverringering definieren kann.

Die Deutsche Bank wendet verschiedene Techniken zur effizienten Steuerung des operationellen Risikos an. Einige Beispiele:

- Die Deutsche Bank führt „Self-Assessments“ nach einem Bottom-up-Ansatz durch. Das Resultat ist ein spezifisches operationelles Risikoprofil für jede Geschäftssparte, welches die Bereiche mit einem hohen Risikopotenzial deutlich hervorhebt.
- Die Deutsche Bank dokumentiert Verluste aus operationellen Risiken in ihrer Datenbank „db-Incident Reporting System“
- Die Deutsche Bank erfasst und überwacht wichtige operationelle Risikoindikatoren mit dem Instrument „db-Score“

- Alle Maßnahmen, die die Deutsche Bank aus der Risikoanalyse, den gewonnenen Erkenntnissen, den „Self-Assessments“, den Risikoworkshops oder -indikatoren identifiziert, werden in „db-Track“ erfasst. In „db-Track“ überwacht sie fortlaufend den Umsetzungsfortschritt dieser Maßnahmen.
- Die Deutsche Bank dokumentiert das nach Risikominderungen verbleibende operationelle Risiko durch „Risk Acceptances“.
- Die Deutsche Bank erstellt zusätzliche Verlustszenarien und nutzt externe Ereignisdaten, um ihr in der Kapitalberechnung verwendetes operationelles Risikoprofil und ihr tagtägliches Management operationeller Risiken zu ergänzen.

Während des Geschäftsjahres 2008 hat die Deutsche Bank die Genehmigung der BaFin für den Advanced Measurement Approach (AMA) aufrechterhalten.

Ausgehend von der Organisationsstruktur, den Governancestrukturen und vorhandenen Systemen zur Identifizierung und Steuerung der operationellen Risiken und mit Unterstützung der für spezifische operationelle Risikoarten zuständigen Kontrollfunktionen (wie Compliance, Corporate Security & Business Continuity) strebt die Deutsche Bank eine Optimierung des operationellen Risikomanagements an. Künftige operationelle Risiken, die sie durch zukunftsgerichtete Analyse identifiziert, werden mithilfe von vorbeugenden Maßnahmen, wie der Entwicklung von Back-up-Systemen und Krisenplänen gesteuert. Wenn es der Deutschen Bank erforderlich erscheint, schließt sie Versicherungen für operationelle Risiken ab.

Gesamtrisikoposition

Die folgende Tabelle zeigt die Gesamtrisikoposition der Deutschen Bank zum 31. Dezember 2008 und zum 31. Dezember 2007, gemessen am Ökonomischen Kapital, das für Kredit-, Markt-, Geschäfts- und operationelle Risiken berechnet wird. Das Liquiditätsrisiko ist in dieser Gesamtposition nicht enthalten.

Zur Ermittlung der (nicht aufsichtsrechtlichen) Gesamtrisikoposition zieht die Deutsche Bank in der Regel Diversifikationseffekte zwischen den Risikoklassen in Betracht. Eine Ausnahme ist das Geschäftsrisiko, welches sie durch einfache Addition hinzuzählt.

Ökonomischer Kapitalbedarf (in Mio €)	31.12.2008	31.12.2007
Kreditrisiko ⁽¹⁾	8.986	7.043
Marktrisiko ⁽¹⁾	8.794	4.944
Marktrisiko aus Handelspositionen	5.547	3.227
Marktrisiko aus Nichthandelspositionen	3.247	1.718
Operationelles Risiko	4.147	3.974
Diversifikationseffekte zwischen Kredit-, Markt- und operationellem Risiko	- 3.134	- 2.651
Zwischensumme Kredit-, Markt- und operationelle Risiken	18.793	13.310
Geschäftsrisiko	513	301
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	19.306	13.611

1 Seit Jahresbeginn 2008 weist die Deutsche Bank das gehandelte Ausfallrisiko unter dem Marktrisiko aus Handelspositionen aus. Zuvor wurde es unter Kreditrisiko ausgewiesen. Zu Vergleichszwecken hat die Deutsche Bank ihre Zahlen für das Jahr 2007 entsprechend angepasst.

Am 31. Dezember 2008 betrug der Ökonomische Kapitalbedarf insgesamt 19,3 Mrd € und lag somit um 5,7 Mrd € (42%) über dem Wert von 13,6 Mrd € am 31. Dezember 2007. Dieser Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs spiegelt im Wesentlichen die Effekte aus verschiedenen in 2008 vorgenommenen Verfeinerungen der Berechnung des Ökonomischen Kapitals und auch Effekte höherer Marktvolatilitäten wider, darunter im Besonderen der Abschluss der konzernweiten Einführung eines multiplen Zustandsmodells zur Messung des Kreditrisikos, das zu einer Erhöhung des Ökonomischen Kapitalbedarfs um 1,4 Mrd € führte, die Einführung der Berechnung für den Ökonomischen Kapitalbedarf für das Marktrisiko für Positionen des Anlagebuchs unter Fair Value-Bewertung, welche den Ökonomischen Kapitalbedarf um 958 Mio € erhöhte, die Neukalibrierung der für die Berechnung des Ökonomischen Kapitalbedarfs für das Marktrisiko aus Handelspositionen verwendeten Stresstest-

schocks, die den Ökonomischen Kapitalbedarf um 1,1 Mrd € erhöhte und eine höhere Marktvolatilität, die zu gestiegenen internen Bewertungsansätzen für Derivate führte, was mit 1,0 Mrd € zu dem Anstieg beitrug.

Diese Verfeinerungen waren auch die hauptsächlichen Treiber für die Veränderungen in den meisten einzelnen Risikokategorien, die nachfolgend beschrieben werden.

Der Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs für das Kreditrisiko von 1,9 Mrd € spiegelt im Wesentlichen die höhere Marktvolatilität wider, die zu gestiegenen internen Bewertungsansätzen für Derivate führte, die mit 1,0 Mrd € zu diesem Anstieg beitrugen, aber auch der Abschluss der Einführung eines multiplen Zustandsmodells zur Messung des Kreditrisikos, das zu einer Erhöhung des Ökonomischen Kapitalbedarfs um 1,4 Mrd € führte. Diese Erhöhungen wurden teilweise dadurch ausgeglichen, dass Aktiva des Anlagebuchs unter der Fair Value-Bewertung mit einem Ökonomischen Kapitalbedarf von 908 Mio € vom Kreditrisiko in das Marktrisiko umklassifiziert wurden. Am 31. Dezember 2008 betrug der Ökonomische Kapitalbedarf für Marktrisiken insgesamt 8,8 Mrd € und lag somit um 3,8 Mrd € über dem Wert am 31. Dezember 2007.

Vom Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs für das Marktrisiko aus Handelspositionen um 2,3 Mrd € entfielen 1,1 Mrd € auf die Neukalibrierung der Stresstestschocks, die die unvorteilhaften Marktentwicklungen in 2007 und Anfang 2008 abbilden. Der Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs für die übrigen Aktiva des Anlagebuchs unter der Fair Value-Bewertung von 908 Mio € aus den oben erwähnten Reklassifizierungen und um 958 Mio € infolge des oben erläuterten neuen Berechnungsmethodik wurde teilweise nach einen Rückgang des ökonomischen Kapitalbedarfs unter anderem durch den Verkauf von Aktiva und Hedging reduziert.

Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Nichthandelspositionen erhöhte sich um 1,5 Mrd €, im Wesentlichen durch einen Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs für die wichtigsten Industriebeteiligungen und für sonstige Unternehmensbeteiligungen um 364 Mio € beziehungsweise 820 Mio €, während gleichfalls der Ökonomische Kapitalbedarf für die Alternative Assets um 344 Mio € stieg.

Der Ökonomische Kapitalbedarf für das operationelle Risiko stieg um 173 Mio € (4%) auf 4,1 Mrd € zum 31. Dezember 2008. Dieser Anstieg ist auf eine erhöhte Anzahl an für die Deutsche Bank externen Ereignissen zurückzuführen.

Der Diversifikationseffekt des Ökonomischen Kapitalbedarfs über das Kredit-, Markt- und operationelle Risiko hinweg stieg um 483 Mio € (18%) auf 3,1 Mrd € zum 31. Dezember 2008. Dieser Anstieg resultiert aus und war vollständig im Einklang mit dem erhöhten Ökonomischen Kapitalbedarf der oben aufgeführten Risikoarten.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Ökonomischen Kapitalbedarf der Segmente zum 31. Dezember 2008.

31.12.2008	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Konzern insgesamt ⁽²⁾
	Corporate Banking & Securities ⁽¹⁾	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt		
in Mio €								
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	14.361	590	14.951	1.456	2.341	3.797	550	19.306

1 Central Areas and Support wurden CB&S zugeordnet.
 2 Enthält 8 Mio € aus Consolidation & Adjustments.

Die Allokation des Ökonomischen Kapitals kann sich im Zeitablauf durch Verfeinerungen der Risikomessmethoden der Deutschen Bank verändern.

ORGANE DER GESELLSCHAFT UND MITARBEITER

Überblick

Die Organe der Gesellschaft sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Hauptversammlung. Die Kompetenzen dieser Organe sind im Aktiengesetz, in der Satzung und den Geschäftsordnungen von Vorstand und Aufsichtsrat geregelt.

Der Vorstand leitet die Gesellschaft unter eigener Verantwortung im Einklang mit den geltenden Gesetzen, den Bestimmungen der Satzung und der Geschäftsordnung für den Vorstand sowie unter Berücksichtigung der Beschlüsse der Hauptversammlung. Der Vorstand vertritt die Gesellschaft gegenüber Dritten. Er hat zu gewährleisten, dass innerhalb der Gesellschaft ein angemessenes Risikomanagement und ein internes Überwachungssystem eingerichtet und betrieben werden, damit den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen frühzeitig erkannt werden können. Siehe „*Risikomanagement – Organisation*“. Der Vorstand ist gegenüber dem Aufsichtsrat berichtspflichtig. Insbesondere ist der Vorstand verpflichtet, den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für das Unternehmen relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance zu informieren. Der Vorstand hat dabei auch Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen unter Angabe von Gründen darzustellen. Außerdem ist dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats aus sonstigen wichtigen Anlässen zu berichten. Der Aufsichtsrat kann zudem jederzeit einen Bericht über die Angelegenheiten der Gesellschaft verlangen. Die Mitglieder des Vorstands werden vom Aufsichtsrat bestellt und abberufen. Dabei ist gemäß den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes 1976 grundsätzlich eine Mehrheit, die mindestens zwei Drittel der Stimmen der Aufsichtsratsmitglieder umfasst, erforderlich.

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand bei der Geschäftsführung zu überwachen. Ein Aufsichtsratsmitglied der Gesellschaft kann grundsätzlich nicht zugleich auch Vorstandsmitglied der Gesellschaft sein. Für einen im Voraus begrenzten Zeitraum, höchstens für insgesamt ein Jahr, kann der Aufsichtsrat einzelne seiner Mitglieder zu Stellvertretern von fehlenden oder verhinderten Vorstandsmitgliedern bestellen. Während ihrer Amtszeit als Stellvertreter von Vorstandsmitgliedern können die Aufsichtsratsmitglieder keine Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied in der Gesellschaft ausüben. Maßnahmen der Geschäftsführung können dem Aufsichtsrat nicht übertragen werden. Die Satzung der Gesellschaft sieht bei bestimmten Arten von Geschäften und sonstigen Maßnahmen einen Zustimmungsvorbehalt des Aufsichtsrats vor. In diesen Fällen ist der Vorstand verpflichtet, die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrats einzuholen (siehe „*Aufsichtsrat – Allgemeines*“).

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats haben der Gesellschaft gegenüber Treue- und Sorgfaltspflichten. Bei der Erfüllung dieser Pflichten ist ein breites Spektrum von Interessen, insbesondere der Bank, ihrer Aktionäre, ihrer Mitarbeiter, ihrer Gläubiger und der Allgemeinheit, zu beachten. Der Vorstand muss insbesondere auch die Rechte der Aktionäre auf Gleichbehandlung und gleiche Information beachten.

Nach deutschem Aktienrecht ist es einzelnen Aktionären, wie jeder anderen Person, untersagt, ihren Einfluss auf die Gesellschaft dazu zu benutzen, ein Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats zu einer für die Gesellschaft schädlichen Handlung zu bestimmen. Wer unter Verwendung seines Einflusses ein Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats, einen Prokuristen oder einen Handlungsbevollmächtigten dazu veranlasst, zum Schaden der Gesellschaft oder ihrer Aktionäre zu handeln, ist der Gesellschaft zum Ersatz des ihr daraus entstehenden Schadens verpflichtet. Daneben haften die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats gegenüber der Gesellschaft jeweils gesamtschuldnerisch, wenn sie unter Verletzung ihrer Pflichten gehandelt haben und infolgedessen der Gesellschaft ein Schaden entstanden ist.

Ein Aktionär hat grundsätzlich keine Möglichkeit, gegen Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats vor Gericht zu klagen, wenn er der Auffassung ist, dass diese ihre Pflichten gegenüber der Gesellschaft verletzt haben und infolgedessen der Bank ein Schaden entstanden ist. Schadensersatzansprüche gegen die Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats können in der Regel nur von der Gesellschaft selbst durchgesetzt werden, wobei diese bei Ansprüchen gegen Aufsichtsratsmitglieder vom Vorstand und bei Ansprüchen gegen Vorstandsmitglieder vom Aufsichtsrat vertreten wird. Der

Aufsichtsrat ist verpflichtet, voraussichtlich durchsetzbare Schadensersatzansprüche gegen den Vorstand geltend zu machen, es sei denn, gewichtige Gründe des Gesellschaftswohls sprechen gegen eine Geltendmachung und diese Gründe überwiegen oder sind zumindest gleichwertig mit den Gründen, die für eine Geltendmachung sprechen. Entscheidet sich das jeweilige vertretungsberechtigte Organ gegen eine Anspruchsverfolgung, müssen Ersatzansprüche der Gesellschaft gegen Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats geltend gemacht werden, wenn die Hauptversammlung dies mit einfacher Stimmenmehrheit beschließt, wobei die Hauptversammlung zur Geltendmachung der Ansprüche einen besonderen Vertreter bestellen kann. Aktionäre, deren Anteil zusammen 10% des Grundkapitals oder einen anteiligen Betrag des Grundkapitals von 1 Mio € erreichen, können auch die gerichtliche Bestellung eines besonderen Vertreters zur Geltendmachung des Ersatzanspruches beantragen, der im Falle seiner Bestellung anstelle der Organe der Bank hierfür zuständig wird. Liegen Tatsachen vor, die den Verdacht rechtfertigen, dass der Gesellschaft durch Unredlichkeit oder grobe Pflichtverletzungen Schaden zugefügt wurde, besteht darüber hinaus für Aktionäre, deren Aktienbesitz zusammen 1% des Grundkapitals oder den anteiligen Betrag von 100.000 € des Grundkapitals erreicht, die Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen vom zuständigen Gericht zur Geltendmachung von Ersatzansprüchen der Bank gegen Organmitglieder im eigenen Namen für die Gesellschaft zugelassen zu werden.

Die Gesellschaft kann erst drei Jahre nach der Entstehung eines Anspruchs und nur dann auf Ersatzansprüche gegen Organmitglieder verzichten oder sich über sie vergleichen, wenn die Aktionäre dies in der Hauptversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit beschließen und nicht eine Minderheit von Aktionären, deren Anteile zusammen 10% des Grundkapitals erreichen, zur Niederschrift des Notars Widerspruch erheben. Aktionäre und Aktionärsvereinigungen können im Aktionärsforum des elektronischen Bundesanzeigers, das auch über die Internetseite des Unternehmensregisters (<http://www.unternehmensregister.de>) zugänglich ist, andere Aktionäre auffordern, gemeinsam oder in Vertretung einen Antrag auf Sonderprüfung oder ein Einberufungsverlangen für die Hauptversammlung zu stellen oder in einer Hauptversammlung das Stimmrecht auszuüben.

Vorstand

Allgemeines

Der Vorstand der Gesellschaft besteht nach der Satzung aus mindestens drei Mitgliedern. Die Zahl der Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsrat bestimmt. Gegenwärtig hat der Vorstand acht Mitglieder. Der Aufsichtsrat bestellt die Vorstandsmitglieder und beruft diese ab. Er kann einen Vorsitzenden des Vorstands ernennen. Die Bestellung von stellvertretenden Mitgliedern des Vorstands ist zulässig. Die Vorstandsmitglieder werden für höchstens fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit für jeweils weitere fünf Jahre ist zulässig. Aus wichtigem Grund kann der Aufsichtsrat die Bestellung eines Vorstandsmitglieds vor Ablauf von dessen Amtszeit widerrufen, etwa bei grober Pflichtverletzung oder wenn die Hauptversammlung dem Vorstandsmitglied das Vertrauen entzieht. Von dem durch die Bestellung eines Vorstandsmitglieds begründeten organchaftlichen Rechtsverhältnis ist das Anstellungsverhältnis des Vorstandsmitglieds mit der Gesellschaft zu unterscheiden. Auch für dieses gilt eine Höchstdauer von fünf Jahren, wobei es zulässig ist, eine automatische Verlängerung des Anstellungsvertrags für den Fall vorzusehen, dass die Bestellung erneuert wird. Ansonsten gelten für das Anstellungsverhältnis und dessen Beendigung die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu Dienstverhältnissen.

Der Vorstand entscheidet in allen Angelegenheiten, in denen nach Gesetz, der Satzung oder der Geschäftsordnung des Vorstands eine Beschlussfassung durch den Vorstand vorgesehen ist. Der Vorstand ist nur beschlussfähig, wenn mindestens drei seiner Mitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen. Der Vorstand vertritt die Gesellschaft gegenüber Dritten. Die Gesellschaft wird dabei durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertreten.

Derzeitige personelle Besetzung des Vorstands

Nachstehend folgen nähere Informationen zu den derzeitigen Mitgliedern des Vorstands einschließlich ihres Geburtsjahres, dem Jahr ihrer ersten Bestellung und dem Jahr, in dem ihre Bestellung endet, ihrer aktuellen Position und ihrem Verantwortungsbereich sowie ihrer sonstigen Mitgliedschaften in Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorganen in Unternehmen und Gesellschaften oder als Partner außerhalb der Deutschen Bank während der letzten fünf Jahre, wobei sich die Vorstandsmitglieder verpflichtet haben, keinen Aufsichtsratsvorsitz außerhalb des Deutsche Bank-Konzerns anzunehmen.

Dr. Josef Ackermann

Geboren 1948

Erste Bestellung: 1996

Bestellt bis: 2010

Dr. Josef Ackermann wurde mit seinem Eintritt in die Deutsche Bank im Jahr 1996 Mitglied des Vorstands, wo er für den Bereich Investment Banking zuständig war. Am 22. Mai 2002 übernahm er die Funktion des Vorstandssprechers. Am 1. Februar 2006 wurde Dr. Ackermann vom Aufsichtsrat zum Vorsitzenden des Vorstands ernannt.

Nach dem Studium der Volkswirtschaft und Sozialwissenschaften an der Universität St. Gallen war er dort am Volkswirtschaftlichen Institut als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig und promovierte zum Dr. oec. Dr. Ackermann begann seine berufliche Laufbahn 1977 mit Eintritt in die Schweizerische Kreditanstalt (SKA), wo er in London, New York und in der Schweiz in verschiedenen Bereichen des Corporate Banking, Foreign Exchange/Money Markets und Treasury, Investment Banking sowie Multinational Services tätig war. Von 1993 bis 1996 war er Präsident der Generaldirektion der SKA, der er seit 1990 angehörte.

Dr. Ackermann ist Mitglied des Aufsichtsrats der Siemens AG (zweiter stellvertretender Vorsitzender) und Vizepräsident des Verwaltungsrats der Belenos Clean Power Holding Ltd.. Außerdem ist er Mitglied des Board of Directors der Royal Dutch Shell Plc. Bis April 2007 war Dr. Ackermann Mitglied des Aufsichtsrats der Bayer AG. Bis Juni 2006 war Dr. Ackermann Mitglied des Aufsichtsrats der Deutsche Lufthansa AG und Mitglied des Aufsichtsrats der Linde AG.

Dr. Hugo Bänziger

Geboren 1956

Erste Bestellung: 2006

Bestellt bis: 2014

Dr. Hugo Bänziger wurde am 4. Mai 2006 Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank AG. Er ist Chief Risk Officer der Deutschen Bank. Er trat als Leiter Global Markets Credit im Jahr 1996 in die Deutsche Bank in London ein. Im Jahr 2000 wurde er zum Chief Credit Officer und in 2004 zum Chief Risk Officer for Credit and Operational Risk ernannt.

Dr. Bänziger begann seinen beruflichen Werdegang 1983 bei der Eidgenössischen Bankenkommision in Bern. Von 1985 bis 1996 arbeitete er bei der Schweizerischen Kreditanstalt in Zürich und London, zunächst im Bereich Retail Banking und anschließend als Relationship Manager im Bereich Corporate Finance. 1990 wurde er zum Global Head of Credit für CS Financial Products ernannt.

Er studierte Moderne Geschichte, Recht und Volkswirtschaft an der Universität Bern und promovierte dort anschließend in Wirtschaftsgeschichte.

Neben seinen Aufgaben für die Deutsche Bank ist Dr. Bänziger Mitglied des Aufsichtsrats der EUREX Clearing AG, der EUREX Frankfurt AG und Mitglied des Verwaltungsrats der EUREX Zürich AG. Bis März 2006 war Dr. Bänziger Mitglied des Aufsichtsrats der Eurohypo AG.

Michael Cohrs

Geboren 1956

Erste Bestellung: 2009

Bestellt bis: 2012

Am 17. März 2009 hat der Aufsichtsrat mit Wirkung vom 1. April 2009 an Michael Cohrs für 3 Jahre zum Mitglied des Vorstands bestellt. Herr Cohrs kam 1995 zur Deutschen Bank und ist seit 2002 Mitglied des Group Executive Committees. Im Vorstand der Bank wird er den bisher von ihm geleiteten Bereich Global Banking verantworten.

Herr Cohrs absolvierte ein Wirtschaftsstudium am Harvard College, das er 1979 mit einem Bachelor-Titel abschloss. Ferner erwarb er 1981 einen Master of Business Administration an der Harvard Business School.

Neben seinen Aufgaben für die Deutsche Bank war Herr Cohrs bis Dezember 2004 Mitglied des Board of Directors der Cairn Holdings.

Jürgen Fitschen

Geboren 1948

Bestellung: 2009

Bestellt bis: 2012

Am 17. März 2009 hat der Aufsichtsrat mit Wirkung vom 1. April 2009 an Jürgen Fitschen für 3 Jahre zum Mitglied des Vorstands bestellt. Herr Fitschen ist seit 1987 bei der Deutschen Bank, war von 2001 bis Anfang 2002 bereits Mitglied des Vorstands und seit 2002 Mitglied des Group Executive Committees, zuletzt als Leiter Regional Management (seit 2005). Im Vorstand wird er ebenfalls für Regional Management verantwortlich sein.

Neben seinen Aufgaben für die Deutsche Bank ist Herr Fitschen Mitglied des Verwaltungsrats und Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Verwaltungsrats der Kühne + Nagel International AG, Mitglied des Aufsichtsrats der METRO AG, Mitglied des Aufsichtsrats der Schott AG und Mitglied des Beirats der Fuchs Petrolub AG. Bis März 2004 war Herr Fitschen Vorsitzender des Aufsichtsrats der AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft m.b.H. Bis September 2004 war Herr Fitschen Mitglied des Aufsichtsrats der Eurohypo AG. Bis Januar 2006 war Herr Fitschen Director der Nissay Deutsche Asset Management Europe Ltd.

Anshuman Jain

Geboren 1963

Erste Bestellung: 2009

Bestellt bis: 2012

Am 17. März 2009 hat der Aufsichtsrat mit Wirkung vom 1. April 2009 an Anshuman Jain für 3 Jahre zum Mitglied des Vorstands bestellt. Herr Jain kam 1995 zur Deutschen Bank und wurde 2001 Leiter von Global Markets sowie 2002 Mitglied des Group Executive Committees. Den Bereich Global Markets wird er auch als Vorstand verantworten.

Neben seinen Aufgaben für die Deutsche Bank ist Herr Jain Non-Executive Director der Sasol Ltd.

Stefan Krause

Geboren 1962

Erste Bestellung: 2008

Bestellt bis: 2013

Stefan Krause wurde am 1. April 2008 Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank AG. Nachdem Anthony Di Iorio in den Ruhestand gegangen war, wurde Herr Krause mit Wirkung zum 1. Oktober 2008 Chief Financial Officer (CFO) der Deutschen Bank.

Zuvor war Herr Krause über 20 Jahre in der Automobilindustrie tätig und hatte verschiedene Senior-Management-Positionen mit einem starken Fokus auf die Bereiche Finance und Financial Services inne. Er begann seine Karriere 1987 im Controlling von BMW in München und ging 1993 in die USA, wo er den Financial-Services-Bereich des Unternehmens in Nord- und Südamerika aufbaute und schließlich leitete. 2001 kehrte er nach München zurück und übernahm den Posten des Head of Sales Western Europe (ohne Deutschland). Im Mai 2002 wurde er zum Mitglied des Vorstands der BMW Group ernannt. Dort war er bis September 2007 für das Ressort Finanzen und danach für das Ressort Vertrieb und Marketing zuständig.

Stefan Krause studierte Betriebswirtschaftslehre in Würzburg und schloss das Studium 1986 als Diplom-Kaufmann ab.

Neben seinen Aufgaben für die Deutsche Bank war Herr Krause bis April 2008 Mitglied des Aufsichtsrats der Allianz Deutschland AG. Von Oktober 2004 bis Januar 2005 hatte Herr Krause kommissarisch die Leitung von Rolls-Royce Motor Cars Ltd. in Goodwood/UK übernommen.

Hermann-Josef Lamberti

Geboren 1956

Erste Bestellung: 1999

Bestellt bis: 2014

Hermann-Josef Lamberti wurde 1999 Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank AG. Er ist derzeit Chief Operating Officer der Deutschen Bank. Er trat als Executive Vice President im Jahr 1998 in die Deutsche Bank in Frankfurt ein.

Herr Lamberti begann seine berufliche Laufbahn 1982 bei Touche Ross in Toronto und wechselte anschließend zur Chemical Bank in Frankfurt. 1985 bis 1998 war er bei IBM tätig, zunächst in Deutschland in den Bereichen Controlling, Interne Anwendungsentwicklung und Sales Banken/Versicherungen. 1993 wurde er zum General Manager der Abteilung Personal Software für Europa, den Nahen Osten und Afrika bei IBM Europe in Paris bestellt. Als Vice President für Marketing und Brand Management war Herr Lamberti ab 1995 für IBM in den USA tätig. 1997 übernahm er den Vorsitz der Geschäftsführung von IBM Deutschland in Stuttgart.

Herr Lamberti studierte Betriebswirtschaftslehre an den Universitäten in Köln und Dublin und schloss das Studium 1982 als Diplom-Kaufmann ab.

Neben seinen Aufgaben für die Deutsche Bank übt Herr Lamberti die nachstehenden Funktionen aus: Er ist Mitglied des Aufsichtsrats oder vergleichbarer Gremien des BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a. G., der BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V., des BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG, der Deutsche Börse AG, der European Aeronautic Defence and Space Company EADS N.V. und der Carl Zeiss AG. Herr Lamberti war bis Mai 2005 Vorsitzender des Aufsichtsrats der e-Millennium 1 GmbH & Co. KG, bis September 2005 Mitglied des Board of Directors der Euroclear Plc und der Euroclear S.A./N.V., bis März 2006 Mitglied des Aufsichtsrats der Schering AG und bis Juli 2007 Mitglied des Board of Directors der FIAT S.p.A.

Rainer Neske

Geboren 1964

Erste Bestellung: 2009

Bestellt bis: 2012

Am 17. März 2009 hat der Aufsichtsrat mit Wirkung vom 1. April 2009 an Rainer Neske für 3 Jahre zum Mitglied des Vorstands bestellt.

Herr Neske begann seine Tätigkeit für die Deutsche Bank in 1990 und wurde 2000 zum Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank Privat- und Geschäftskunden AG bestellt. Seit 2003 ist er Mitglied des Group Executive Committees und Sprecher des Vorstands der Deutschen Bank Privat- und Geschäftskunden AG. Im Vorstand der Deutsche Bank AG wird er den Bereich Privat- und Geschäftskunden verantworten.

Neben seinen Aufgaben für die Deutsche Bank ist Herr Neske Mitglied des Aufsichtsrats der Zürich Beteiligungs-Aktiengesellschaft (Deutschland) und Mitglied des Beirats der Deutsche Vermögensberatung Aktiengesellschaft. Herr Neske war bis April 2005 Mitglied des Aufsichtsrats der Deutscher Herold Lebensversicherung Aktiengesellschaft. Herr Neske war bis Juni 2004 Mitglied des Aufsichtsrats der GFTTechnologies AG.

Vergütung, Aktienbesitz, Kredite, sonstige Rechtsbeziehungen und Interessenkonflikte

Grundzüge des Vergütungssystems

Das Aufsichtsratsplenium beschließt für die Mitglieder des Vorstands auf Vorschlag des Präsidialausschusses des Aufsichtsrats das Vergütungssystem einschließlich der wesentlichen Vertragselemente und überprüft es regelmäßig. Der Präsidialausschuss legt die nähere Ausgestaltung und die Höhe der Vergütung für die Mitglieder des Vorstandes fest.

Im Fall der Inanspruchnahme von Stabilisierungsmaßnahmen nach dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz vom 17. Oktober 2008 könnten der Bank Auflagen für die Bemessung der Vergütung ihrer Organmitglieder auferlegt werden.

Die Mitglieder des Vorstands der Deutsche Bank AG haben für das Geschäftsjahr 2008 für ihre Vorstandstätigkeit eine Vergütung von insgesamt 4.476.684 € erhalten. Diese Gesamtvergütung setzte sich wie folgt zusammen:

in €	2008
Erfolgsunabhängige Komponenten:	
Grundgehalt	3.950.000
Sonstige Leistungen	526.684
Erfolgsabhängige Komponenten:	
ohne langfristige Anreizwirkung	–
mit langfristiger Anreizwirkung	–
Gesamtvergütung	4.476.684

Die Angaben beziehen sich auf sämtliche Vorstandsmitglieder, die im Geschäftsjahr 2008 tätig waren.

Mit den Mitgliedern des Vorstands wurden Dienstverträge geschlossen. Darin sind folgende Vergütungsbestandteile geregelt:

Erfolgsunabhängige Komponenten. Die erfolgsunabhängigen Komponenten bestehen aus dem Grundgehalt sowie sonstigen Leistungen. Das Grundgehalt der Mitglieder des Vorstands wird auf Basis einer Analyse der Gehälter festgesetzt, die in einer ausgewählten Gruppe vergleichbarer internationaler Unternehmen an die Mitglieder der Geschäftsleitung gezahlt werden. Es wird in monatlichen Raten ausgezahlt.

Die sonstigen Leistungen umfassen steuerpflichtige Aufwandserstattungen und den geldwerten Vorteil von Sachbezügen wie Firmenwagen und Fahrergestellung, Versicherungsprämien, geschäftsbezogene Repräsentationsaufwendungen und Sicherheitsmaßnahmen, inklusive der gegebenenfalls hierauf übernommenen Steuern.

Erfolgsabhängige Komponenten. Die erfolgsabhängigen Komponenten bestehen aus einer Bonuszahlung in bar und dem Mid-Term Incentive („MTI“). Maßgeblich für die erfolgsabhängige jährliche Bonuszahlung in bar ist das Erreichen der geplanten Eigenkapitalrendite. Als weiteren Bestandteil der variablen Vergütung erhalten die Vorstandsmitglieder ein erfolgsabhängiges Mid-Term Incentive, das – bezogen auf einen rollierenden Zweijahreszeitraum – aus dem Verhältnis der Aktienrendite der Bank zum entsprechenden Durchschnittswert einer ausgewählten Gruppe vergleichbarer Unternehmen abgeleitet wird. Die MTI-Zahlung besteht aus einer Barvergütung (rund ein Drittel) und aktienbasierten Vergütungselementen (rund zwei Drittel), welche langfristige Risikokomponenten enthalten und im nachfolgenden Absatz erläutert werden.

Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung. Die Mitglieder des Vorstands erhalten als Teil ihres Mid-Term Incentive aktienbasierte Vergütungselemente (DB Equity Units) im Rahmen des DB Global Partnership Plans. Der endgültige Wert der den Vorstandsmitgliedern gewährten aktienbasierten Vergütungsbestandteile wird vom Wert der Deutsche Bank-Aktie bei Zuteilung abhängen, so dass diese eine langfristige Anreizwirkung entfalten.

Weitere Informationen zu diesen Aktienrechten (DB Equity Units), die im Rahmen des DB Global Partnership Plans ausgegeben werden, sind in Note 31 des im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckten Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008 enthalten.

Vergütung für das Geschäftsjahr 2008

Die im Geschäftsjahr 2008 tätigen Vorstandsmitglieder haben unwiderruflich auf ihnen für das Geschäftsjahr 2008 zustehende Ansprüche auf Zahlung einer variablen Vergütung (Bonus und MTI) verzichtet. Sie erhielten für das Jahr 2008 die nachstehenden Vergütungskomponenten:

Mitglieder des Vorstands	in €				
	Erfolgsunabhängige Komponenten		Erfolgsabhängige Komponenten		Gesamtvergütung
	Grundgehalt	Sonstige Leistungen	ohne langfristige Anreizwirkung	mit langfristiger Anreizwirkung ⁽¹⁾	
Dr. Josef Ackermann.....	1.150.000	239.586	–	–	1.389.586
Dr. Hugo Bänziger.....	800.000	62.160	–	–	862.160
Anthony Di Iorio ⁽²⁾	600.000	24.739	–	–	624.739
Stefan Krause ⁽³⁾	600.000	107.306	–	–	707.306
Hermann-Josef Lamberti.....	800.000	92.893	–	–	892.893

- 1 Die Anzahl der 2008 für das Geschäftsjahr 2007 an die Mitglieder des Vorstands gewährten DB Equity Units wurde mittels Division der genannten Eurowerte durch den Betrag von 76,47 €, dem durchschnittlichen Schlusskurs der Deutsche Bank-Aktie an den 10 Handelstagen vor dem 5. Februar 2008 im Xetra-Handel, ermittelt. Hieraus ergab sich die folgende Anzahl gewährter DB Equity Units: Herr Dr. Ackermann 59.255, Herr Dr. Bänziger 26.562, Herr Di Iorio 26.562 und Herr Lamberti 26.562.
- 2 Mitglied des Vorstands vom 4. Mai 2006 bis 30. September 2008.
- 3 Mitglied des Vorstands seit 1. April 2008.

Aus Mandaten für konzerneigene Gesellschaften erhielten die im Geschäftsjahr 2008 tätigen Mitglieder des Vorstands keine Vergütung.

Die im Geschäftsjahr 2008 aktiven Mitglieder des Vorstands haben eine beitragsorientierte Versorgungszusage, die in ihrer Struktur dem allgemeinen Pensionsplan für Mitarbeiter der Bank entspricht. Im Rahmen dieses beitragsorientierten Pensionsplans wurde für jedes Vorstandsmitglied ein persönliches Versorgungskonto eingerichtet, in das jedes Jahr ein Versorgungsbaustein eingestellt wird. Der Versorgungsbaustein wird mit einem individuellen Beitragssatz auf Basis des Grundgehalts sowie des Bonus bis zu einer Obergrenze errechnet und enthält durch einen altersabhängigen Faktor eine Vorabverzinsung von durchschnittlich 6% bis zum Alter von 60. Ab einem Alter von 61 wird das Versorgungskonto jährlich mit 6% bis zum Pensionierungszeitpunkt verzinst. Die jährlichen Versorgungsbausteine bilden zusammen das Versorgungskapital, das im Versorgungsfall zur Verfügung steht. Die Versorgungsleistung kann nach Ausscheiden aus dem Vorstand aber vor Eintritt eines der Versorgungsfälle (Altersgrenze, Invalidität oder Tod) fällig werden. Die Versorgungsanwartschaft ist von Beginn an unverfallbar.

Im Jahr 2008 ergab sich für die erläuterten Versorgungszusagen ein Dienstzeitaufwand für Herrn Dr. Ackermann von 317.893 €, für Herrn Dr. Bänziger von 429.167 €, für Herrn Di Iorio von 239.973 €, für Herrn Krause von 100.691 € und für Herrn Lamberti von 273.192 €.

Zum 31. Dezember 2008 wiesen die Versorgungskonten der im Geschäftsjahr 2008 tätigen Vorstandsmitglieder folgende Guthaben aus: 4.098.838 € für Herrn Dr. Ackermann, 1.379.668 € für Herrn Dr. Bänziger, 216.000 € für Herrn Krause und 4.166.174 € für Herrn Lamberti. Die unterschiedliche Höhe der Beträge resultiert aus der unterschiedlichen Dauer der Vorstandstätigkeit, den jeweiligen altersabhängigen Faktoren, den unterschiedlichen Beitragssätzen sowie den individuellen versor-

gungsfähigen Bezügen. Den Herren Dr. Ackermann und Lamberti steht daneben grundsätzlich nach ihrem Ausscheiden aus dem Vorstand ein monatliches Ruhegeld von 29.400 € aus einer abgelösten Pensionszusage zu.

Scheidet ein derzeitiges Vorstandsmitglied, dessen Bestellung zu Beginn des Jahres 2008 bestand, aus dem Amt aus, so steht ihm für die Dauer von sechs Monaten eine Übergangszahlung zu. Ausgenommen ist beispielsweise der Fall, dass das Vorstandsmitglied durch sein Verschulden einen Grund zur fristlosen Entlassung gibt. Die Übergangszahlung, die ein Vorstandsmitglied für diesen Zeitraum von sechs Monaten erhalten hätte, wenn es zum 31. Dezember 2008 aus dem Vorstand ausgeschieden wäre, belief sich für Herrn Dr. Ackermann auf 2.825.000 € sowie für Herrn Dr. Bänziger und Herrn Lamberti auf jeweils 1.150.000 €.

Sofern ein derzeitiges Vorstandsmitglied, dessen Bestellung zu Beginn des Jahres 2006 bestand, nach Vollendung des 60. Lebensjahres ausscheidet, steht ihm grundsätzlich im Anschluss an die sechsmonatige Übergangszeit die Zahlung von zunächst 75 % und dann 50 % der Summe aus Grundgehalt und Bonus (letzte Zielgröße) für die Dauer von jeweils 24 Monaten zu. Die Übergangszahlung endet spätestens sechs Monate nach Ablauf der Hauptversammlung des Jahres, in dem das Vorstandsmitglied das Alter von 65 erreicht.

Nach Maßgabe der mit den zum 31. Dezember 2008 aktiven Vorstandsmitgliedern geschlossenen Dienstverträge haben diese bei vorzeitiger Beendigung der Bestellung auf Veranlassung der Bank, ohne dass diese berechtigt ist, die Bestellung aus wichtigem Grund zu widerrufen oder den Anstellungsvertrag fristlos zu kündigen, Anspruch auf eine Abfindung. Diese wird von dem Präsidialausschuss nach billigem Ermessen festgelegt. Sie beträgt in der Regel den jeweils niedrigeren Betrag von zwei Jahresvergütungen beziehungsweise der Vergütung für die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags (als Basis für die Berechnung der Vergütung dient die Jahresvergütung (Gehalt, Bonus und MTI-Zahlung) für das vorangegangene Geschäftsjahr).

Sofern das Vorstandsmitglied im Zusammenhang mit einem Kontrollerwerb ausscheidet, hat es Anspruch auf eine Abfindung. Diese wird von dem Präsidialausschuss nach billigem Ermessen festgelegt. Sie beträgt in der Regel den jeweils niedrigeren Betrag von drei Jahresvergütungen beziehungsweise der Vergütung für die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags (als Basis für die Berechnung der Vergütung dient die Jahresvergütung (Gehalt, Bonus, MTI-Zahlung) für das vorangegangene Geschäftsjahr).

Für weitere Informationen zu Zahlungen an frühere Vorstandsmitglieder der Gesellschaft oder deren Hinterbliebene sowie Rückstellungen im Hinblick auf Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstand und ihren Hinterbliebenen siehe Note 42 des im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckten Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008.

Darüber hinaus bestehen keine Dienstleistungsverträge zwischen der Gesellschaft oder ihren Tochtergesellschaften einerseits und einem oder mehreren im Geschäftsjahr 2008 tätigen Vorstandsmitgliedern andererseits, die Vergünstigungen im Fall der Beendigung des Dienstleistungsvertrages vorsehen. Vereinbarungen mit Hauptaktionären, Kunden oder sonstigen Personen, aufgrund derer ein im Geschäftsjahr 2008 tätiges Vorstandsmitglied in den Vorstand berufen wurde, bestehen ebenfalls nicht.

Aktienbesitz

Am 1. April 2009 hielten die derzeitigen Vorstandsmitglieder die folgende Anzahl an Aktien und Aktienrechten aus DB Equity Units:

Vorstandsmitglied	Anzahl Aktien	Anzahl DB Equity Units¹
Dr. Josef Ackermann.....	334.577	133.789
Dr. Hugo Bänziger.....	24.103	77.441
Michael Cohrs.....	284.364	460.797
Jürgen Fitschen.....	66.136	112.026
Anshuman Jain.....	151.372	613.018
Stefan Krause.....	—	—
Hermann-Josef Lamberti.....	88.373	59.973
Rainer Neske.....	18.879	83.796
Insgesamt	967.804	1.540.840

1 Einschließlich der Aktienrechte (Restricted Equity Units) der Herren Dr. Bänziger, Cohrs, Fitschen, Jain und Neske, die diese im Zusammenhang mit dem jeweils vor der Ernennung als Vorstandsmitglied bestehenden Anstellungsverhältnis erhalten haben. Die in der Tabelle erfassten DB Equity Units und Restricted Equity Units haben unterschiedliche Unverfallbarkeits- und Zuteilungsdaten. In der Folge werden die letzten Aktienrechte am 1. Februar 2012 fällig und zugeteilt.

Die derzeitigen Mitglieder des Vorstands hielten zum 1. April 2009 insgesamt 967.804 Aktien, was rund 0,16 % der an diesem Stichtag ausgegebenen Aktien der Gesellschaft entsprach.

Weitere Informationen zu den Aktienrechten (DB Equity Units), die im Rahmen des DB Global Partnership Plans gewährt wurden, sind in Note 31 des im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckten Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008 enthalten.

Kredite, sonstige Rechtsbeziehungen und Interessenkonflikte

Für die Mitglieder des Vorstands hat die Gesellschaft eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für Unternehmensleiter (D&O Versicherung) ohne Selbstbehalt abgeschlossen.

Am 31. Dezember 2008 beliefen sich die an zu diesem Zeitpunkt bestellten Vorstandsmitglieder gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die für diese eingegangenen Haftungsverhältnisse auf insgesamt 2.614.142 €.

Neben ihrer Funktion als Organmitglieder stehen die derzeitigen Vorstandsmitglieder in keinen sonstigen wesentlichen Rechtsbeziehungen zur Deutsche Bank AG und haben keine potenziellen Interessenkonflikte in Bezug auf ihre Verpflichtungen gegenüber der Deutsche Bank AG einerseits und ihren privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen andererseits.

Aufsichtsrat

Allgemeines

Der Aufsichtsrat bestellt, überwacht und berät den Vorstand und ist in Entscheidungen, die von grundlegender Bedeutung für die Bank sind, unmittelbar eingebunden. Regelmäßig wird er vom Vorstand über alle für die Bank relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance sowie über Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen unterrichtet. Der Aufsichtsrat beschließt auf Vorschlag des Präsidialausschusses über die Struktur des Vergütungssystems für den Vorstand, einschließlich der wesentlichen Vertragselemente und überprüft sie regelmäßig. Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat. Er hält mit dem Vorstand, insbesondere dem Vorsitzenden des Vorstands, regelmäßig Kontakt und berät mit ihm die Strategie, die Geschäftsentwicklung und das Risiko

komanagement. Über wichtige Ereignisse, die für die Beurteilung der Lage und Entwicklung sowie die Leitung des Deutsche Bank-Konzerns von wesentlicher Bedeutung sind, wird er vom Vorsitzenden des Vorstands unverzüglich informiert. Geschäfte, zu deren Vornahme die Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich ist, sind in der Satzung aufgeführt. Bei Bedarf tagt der Aufsichtsrat ohne den Vorstand. Der Aufsichtsrat kann zur Erfüllung seiner Aufgaben nach eigenem Ermessen Wirtschaftsprüfer, Rechts- und sonstige interne und externe Berater hinzuziehen. Die Aufgaben, Verfahrensregeln und Ausschüsse des Aufsichtsrats sind in seiner Geschäftsordnung niedergelegt.

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft besteht satzungsgemäß aus zwanzig Mitgliedern. Zehn Mitglieder der Anteilseigner werden in der Hauptversammlung nach Maßgabe der Vorschriften des Aktiengesetzes gewählt. Zehn weitere Mitglieder werden von den Arbeitnehmern nach den Bestimmungen des Mitbestimmungsgesetzes von 1976 gewählt. Von diesen zehn Aufsichtsratsmitgliedern müssen sieben Arbeitnehmer der Gesellschaft sein, darunter ein leitender Angestellter. Die übrigen Aufsichtsratsmitglieder müssen Vertreter von im Unternehmen vertretenen Gewerkschaften sein. Die Aufsichtsratsmitglieder werden für die Zeit bis zur Beendigung derjenigen Hauptversammlung bestellt, die über die Entlastung des Aufsichtsrats für das vierte Geschäftsjahr nach Beginn der Amtszeit beschließt. Das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, wird dabei nicht mitgerechnet. Die Hauptversammlung kann bei der Wahl der Anteilseignervertreter bestimmen, dass die Amtszeit von bis zu fünf Mitgliedern zu abweichenden Zeitpunkten beginnt bzw. endet. Aufsichtsratsmitglieder, die von der Hauptversammlung ohne Bindung an einen Wahlvorschlag gewählt worden sind, können von ihr vor Ablauf der Amtszeit abberufen werden. Der Beschluss bedarf einer Mehrheit, die mindestens drei Viertel der abgegebenen Stimmen umfasst. Arbeitnehmervertreter können mit einer Dreiviertelmehrheit der abgegebenen Stimmen der Arbeitnehmergruppe, die den jeweiligen Vertreter gewählt hat, abgewählt werden. Gemäß den Vorschriften der Satzung kann jedes Mitglied des Aufsichtsrats sein Amt unter Einhaltung einer einmonatigen Kündigungsfrist auch ohne wichtigen Grund durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand niederlegen.

Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn die Mitglieder unter der zuletzt bekannt gegebenen Anschrift schriftlich oder fernschriftlich eingeladen sind und mindestens die Hälfte der Mitglieder, aus denen er insgesamt zu bestehen hat, persönlich oder durch schriftliche Stimmabgabe an der Beschlussfassung teilnimmt. Den Vorsitz führt der Vorsitzende des Aufsichtsrats oder sein Stellvertreter. Die Art der Abstimmung bestimmt der Vorsitzende der Sitzung. Beschlüsse können auch ohne Einberufung einer Sitzung im Wege schriftlicher, telegrafischer, fernmündlicher oder elektronischer Abstimmung gefasst werden, wenn der Vorsitzende des Aufsichtsrats oder sein Stellvertreter dies anordnet. Beschlüsse des Aufsichtsrats werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit nicht gesetzlich etwas anderes vorgesehen ist. Im Falle der Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Aufsichtsratsvorsitzenden.

Nach der geltenden Satzung ist ein Zustimmungserfordernis des Aufsichtsrats unter anderem bei folgenden Geschäften und Maßnahmen der Gesellschaft erforderlich:

- zur Erteilung von Generalvollmachten;
- zum Erwerb und zur Veräußerung von Grundstücken, soweit der Gegenstand 1% des haftenden Eigenkapitals der Gesellschaft nach dem Gesetz über das Kreditwesen übersteigt;
- zu Kreditgewährungen einschließlich der Übernahme von Beteiligungen an anderen Unternehmen, die nach dem Gesetz über das Kreditwesen der Zustimmung des Aufsichtsorgans eines Kreditinstituts bedürfen;
- zum Erwerb und zur Veräußerung von sonstigen Beteiligungen, soweit der Gegenstand 2% des haftenden Eigenkapitals der Gesellschaft nach dem Gesetz über das Kreditwesen übersteigt. Über Erwerb und Veräußerung solcher Beteiligungen ab 1% des haftenden Eigenkapitals ist der Aufsichtsrat unverzüglich zu unterrichten.

Die Zustimmung des Aufsichtsrats zum Erwerb und zur Veräußerung von Grundstücken oder von sonstigen Beteiligungen ist auch dann erforderlich, wenn das betreffende Geschäft in einem abhängigen Unternehmen vorgenommen wird. Der Aufsichtsrat kann noch andere Geschäfte bestimmen, die seiner Zustimmung bedürfen. Verweigert der Aufsichtsrat seine Zustimmung, kann der Vorstand verlangen, dass die Hauptversammlung über die Zustimmung beschließt. Der Beschluss, durch den die Hauptversammlung zustimmt, bedarf einer Mehrheit, die mindestens drei Viertel der abgegebenen Stimmen umfasst.

Derzeitige personelle Besetzung des Aufsichtsrats

Die als Vertreter der Aktionäre fungierenden Mitglieder des Aufsichtsrats wurden auf der Hauptversammlung am 29. Mai 2008 gewählt mit Ausnahme von Herrn Dr. Siegert, der bereits von der Hauptversammlung 2007 bis zum Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2012 gewählt worden war. Die Wahl der Arbeitnehmervertreter erfolgte am 8. Mai 2008. Die nachstehende Tabelle enthält nähere Angaben zu den derzeitigen Mitgliedern des Aufsichtsrats. Aufgeführt sind Angaben zu ihrem Alter (Stand: 31. Dezember 2008), dem Jahr ihrer erstmaligen Wahl oder Bestellung, dem Jahr, in dem ihr Mandat endet, sowie ihrer Haupttätigkeit und ihren Mitgliedschaften in Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorganen oder als Partner außerhalb der Deutschen Bank während der letzten fünf Jahre. Sofern nicht jeweils gegenteilig angegeben, bestehen die jeweils genannten Mitgliedschaften weiter fort.

Aufsichtsratsmitglied	Haupttätigkeiten	Aufsichtsratsmandate und sonstige Mandate
Wolfgang Böhr* Alter: 45 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013	Vorsitzender des Gemeinschaftsbetriebsrats Düsseldorf der Deutschen Bank	
Dr. Clemens Börsig Alter: 60 Gerichtlich bestellt: 2006 Gewählt bis: 2013	Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank AG, Frankfurt (bis Mai 2006); Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutschen Bank AG, Frankfurt	Linde AG (seit Juni 2006); Bayer AG (seit April 2007); Daimler AG (seit April 2007); Emerson Electric Company (seit Februar 2009); Deutsche Lufthansa AG (Juli 2006 bis April 2008); Eurohypo AG (bis Mai 2005); Foreign & Colonial Eurotrust Plc (bis Dezember 2007); Frankfurter Versicherungs-AG (bis Januar 2006); Heidelberger Druckmaschinen AG (bis März 2007)
Dr. Karl-Gerhard Eick Alter: 54 Gerichtlich bestellt: 2004 Gewählt bis: 2013	Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Telekom AG, Bonn (bis Februar 2009); Vorsitzender des Vorstands der Arcandor AG, Essen (seit März 2009)	DeTe Immobilien Deutsche Telekom Immobilien und Service GmbH (bis September 2008); T-Mobile International AG (bis März 2009); T-Systems Enterprise Services GmbH (bis März 2009); T-Systems Business Services GmbH (bis März 2009); FC Bayern München AG; CORPUS SIREO Holding GmbH & Co KG (seit September 2007); STRABAG Property and Facility Services GmbH (seit Oktober 2008); Hellenic Telecommunications Organization S.A. (OTE S.A.) (Juni 2008 bis März 2009); Thomas Cook Group Plc (seit Dezember 2008, Vorsitzender seit März 2009); T-Online International AG (bis Juni 2006); Sireo Real Estate Asset Management GmbH (bis Dezember 2007); GMG Generalmietgesellschaft mbH (bis März 2006); T-Systems International GmbH (bis Dezember 2005)

Aufsichtsratsmitglied	Haupttätigkeiten	Aufsichtsratsmandate und sonstige Mandate
<p>Heidrun Förster* Alter: 61 Erstmals gewählt: 1993 Gewählt bis: 2013</p>	<p>Stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats der Deutschen Bank AG bis 29. Mai 2008; Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats Berlin der Deutschen Bank</p>	<p>Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG (seit Mai 2008); Betriebskrankenkasse der Deutschen Bank</p>
<p>Alfred Herling* Alter: 56 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013</p>	<p>Vorsitzender des Gemeinschaftsbetriebsrats Wuppertal/Sauerland der Deutschen Bank; Stellvertretender Gesamtbetriebsratsvorsitzender; Vorsitzender des Europäischen Betriebsrats</p>	
<p>Gerd Herzberg* Alter: 58 Gerichtlich bestellt: 2006 Gewählt bis: 2013</p>	<p>Stellvertretender Vorsitzender der ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Berlin</p>	<p>Franz Haniel & Cie GmbH (stellv. Vorsitzender); DBV Winterthur Lebensversicherung AG; BGAG – Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften AG; DAWAG – Deutsche Angestellten Wohnungsbau AG (Vorsitzender); Vattenfall Europe AG</p>
<p>Sir Peter Job Alter: 67 Gerichtlich bestellt: 2001 Gewählt bis 2011</p>		<p>Schroders Plc; Tibco Software Inc.; Royal Dutch Shell Plc; Mathon Systems (Advisory Board); Bertelsmann AG (bis Mai 2005); GlaxoSmithKline Plc (bis Dezember 2004); Instinet Inc. (bis Dezember 2005); Shell Transport and Trading Plc (bis Juli 2005)</p>
<p>Prof. Dr. Henning Kagermann Alter: 61 Erstmals gewählt: 2000 Gewählt bis: 2013</p>	<p>Sprecher des Vorstands der SAP AG, Walldorf</p>	<p>Münchener Rückversicherungsgesellschaft Aktiengesellschaft; Nokia Corporation; Deutsche Post AG (seit Februar 2009); DaimlerChrysler Services AG (bis Juli 2006)</p>
<p>Martina Klee* Alter: 46 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013</p>	<p>Vorsitzende des Betriebsrats GTO Frankfurt/Eschborn der Deutschen Bank; Mitglied des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Bank</p>	<p>Sterbekasse für die Angestellten der Deutschen Bank a. G.</p>
<p>Suzanne Labarge Alter: 62 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013</p>	<p>Chief Risk Officer, Royal Bank of Canada (bis September 2004)</p>	<p>Bank of China (März 2005 bis 2007); Coca-Cola Enterprises Inc. (seit Dezember 2007); Novelis Inc. (Januar 2005 bis Mai 2007)</p>
<p>Maurice Lévy Alter: 66 Erstmals gewählt: 2006 Gewählt bis: 2012</p>	<p>Chairman und CEO Publicis Groupe S.A., Paris</p>	<p>Publicis Conseil S.A.; Medias et Régies Europe S.A.; MMS USA Holdings, Inc.; Fallon Group, Inc.; Zenith Optimedia Group Ltd.; Honeyshed LLC; Publicis USA Holdings, Inc. (bis Dezember 2007)</p>

Aufsichtsratsmitglied	Haupttätigkeiten	Aufsichtsratsmandate und sonstige Mandate
<p>Henriette Mark* Alter: 51 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2013</p>	<p>Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats München und Südbayern der Deutschen Bank</p>	
<p>Gabriele Platscher* Alter: 51 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2013</p>	<p>Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats Braunschweig/Hildesheim der Deutschen Bank</p>	<p>Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG (bis Mai 2008); BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a. G.; BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V.; BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG</p>
<p>Karin Ruck* Alter: 43 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2013</p>	<p>Stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats der Deutschen Bank AG seit 29. Mai 2008; Stellvertretende Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats Filiale Frankfurt der Deutschen Bank</p>	<p>Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG; BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a. G.; BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V.; BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG</p>
<p>Dr. Theo Siegert Alter: 61 Gerichtlich bestellt: 2006 Gewählt bis: 2012</p>	<p>Vorsitzender des Vorstands der Franz Haniel & Cie. GmbH, Duisburg (bis Dezember 2005); Geschäftsführender Gesellschafter de Haen-Carstanjen & Söhne, Düsseldorf</p>	<p>E.ON AG; ERGO AG; Merck KGaA; E. Merck OHG (Mitglied des Gesellschafterrats); DKSH Holding Ltd. (Mitglied des Verwaltungsrats), Celesio AG (bis April 2006); Metro AG (bis Februar 2006); Takkt AG (bis Mai 2006)</p>
<p>Dr. Johannes Teysen Alter: 49 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013</p>	<p>Vorsitzender des Vorstands der E.ON Energie AG, München (bis 2007); Chief Operating Officer und stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der E.ON AG, Düsseldorf</p>	<p>E.ON Energie AG; E.ON Ruhrgas AG; E.ON Energy Trading AG; Salzgitter AG (seit November 2005); E.ON Nordic AB; E.ON Sverige AB; E.ON Italia Holding s. r. l.</p>
<p>Marlehn Thieme* Alter: 51 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013</p>	<p>Bereichsleiterin Corporate Social Responsibility Deutsche Bank AG, Frankfurt</p>	
<p>Tilman Todenhöfer Alter: 65 Gerichtlich bestellt: 2001 Gewählt bis: 2013</p>	<p>Persönlich haftender Gesellschafter der Robert Bosch Industrietreuhand KG, Stuttgart</p>	<p>Robert Bosch GmbH; Robert Bosch Int. Beteiligungen AG (Präsident des Verwaltungsrats); HOCHTIEF AG (seit September 2008); Carl Zeiss AG (Vorsitzender, Juli 2004 bis September 2008); Schott AG (Vorsitzender, Juli 2004 bis Juli 2008)</p>

Aufsichtsratsmitglied	Haupttätigkeiten	Aufsichtsratsmandate und sonstige Mandate
Werner Wenning Alter: 62 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013	Vorsitzender des Vorstands der Bayer AG, Leverkusen	E.ON AG (seit April 2008); Henkel AG & Co. KGaA (Mitglied des Aufsichtsrats bis 14. April 2008; Mitglied des Gesellschafterausschusses seit 14. April 2008); Evonik Industries AG (bis September 2008); Bayer Schering Pharma AG (Vorsitzender); Gerling Konzern Versicherungs-Beteiligungs AG (bis April 2006)
Leo Wunderlich* Alter: 59 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2013	Vorsitzender des Konzern und des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Bank	

* Arbeitnehmersvertreter im Aufsichtsrat.

Dr. Clemens Börsig war bis zum 3. Mai 2006 Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank AG. Dr. Börsig hat erklärt, in seiner Funktion als Mitglied des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse bei allen Fragen, die seine frühere Mitgliedschaft im Vorstand betreffen und einen Interessenkonflikt begründen könnten, an den diesbezüglichen Erörterungen und Abstimmungen nicht teilzunehmen.

Ausschüsse

Der Aufsichtsrat kann – neben dem gemäß den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes von 1976 einzurichtenden Vermittlungsausschuss – Ausschüsse bilden. Sie erfüllen im Namen und in Vertretung des Gesamtaufichtsrats die ihnen durch die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat und besondere Beschlüsse des Aufsichtsrats zugewiesenen Aufgaben. Derzeit hat der Aufsichtsrat insgesamt fünf ständige Ausschüsse gebildet: den Präsidialausschuss, den Nominierungsausschuss, den Prüfungsausschuss (Audit Committee), den Risikoausschuss sowie den Vermittlungsausschuss. Der Aufsichtsrat kann weitere Ausschüsse bilden.

Präsidialausschuss: Der Präsidialausschuss ist insbesondere für Vorstands- und Aufsichtsratsangelegenheiten zuständig. Er bereitet die Entscheidungen des Aufsichtsrats über die Bestellung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern einschließlich der langfristigen Nachfolgeplanung vor. Außerdem unterbreitet er dem Aufsichtsrat einen Vorschlag zur Struktur des Vergütungssystems für den Vorstand einschließlich der wesentlichen Vertragselemente und ist zuständig für den Abschluss, die Änderung und Beendigung der Dienst- und anderen Verträge des Vorstands. Er gibt seine Zustimmung zu Nebentätigkeiten von Vorstandsmitgliedern nach § 112 AktG und zu bestimmten Verträgen mit Aufsichtsratsmitgliedern nach § 114 AktG. Darüber hinaus bereitet er die Entscheidungen des Aufsichtsrats auf dem Gebiet der Corporate Governance vor. Im Geschäftsjahr 2008 fanden fünf Sitzungen des Präsidialausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Präsidialausschusses sind Dr. Clemens Börsig (Vorsitzender), Heidrun Förster, Karin Ruck und Tilman Todenhöfer.

Nominierungsausschuss: Der Nominierungsausschuss bereitet den Vorschlag des Aufsichtsrats für die Wahl beziehungsweise die Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner vor. Im Geschäftsjahr 2008 fand eine Sitzung des Nominierungsausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Nominierungsausschusses sind Dr. Clemens Börsig (Vorsitzender), Tilman Todenhöfer und Werner Wenning.

Prüfungsausschuss: Dem Prüfungsausschuss obliegen die Vorprüfung der Unterlagen zum Jahres- und Konzernabschluss sowie die Erörterung der Prüfungsberichte mit dem Abschlussprüfer. Er

bereitet die Entscheidungen des Aufsichtsrats über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Billigung des Konzernabschlusses vor und erörtert wesentliche Änderungen der Prüfungs- und Bilanzierungsmethoden. Der Prüfungsausschuss erörtert ferner die Zwischenberichte und die Berichte über die prüferische Durchsicht der Zwischenberichte vor ihrer Veröffentlichung mit dem Vorstand und dem Abschlussprüfer. Zudem erteilt der Prüfungsausschuss den Prüfungsauftrag an den von der Hauptversammlung gewählten Abschlussprüfer. Er beschließt über die Vergütung des Abschlussprüfers und überwacht dessen Unabhängigkeit, Qualifikation und Effizienz. Der Leiter der internen Revision berichtet regelmäßig über die Tätigkeit der Revision. Der Prüfungsausschuss wird über Sonderprüfungen und erhebliche Beanstandungen sowie sonstige außergewöhnliche Maßnahmen der Bankaufsichtsbehörden unterrichtet. Er ist zuständig für die Entgegennahme und Behandlung von Beschwerden im Zusammenhang mit der Rechnungslegung sowie internen Prüfverfahren und Fragen der Abschlussprüfung. In seinen Sitzungen wird regelmäßig über Fragen der Compliance berichtet. Er gibt nach Prüfung seine Zustimmung zu Aufträgen für nicht prüfungsnahen Dienstleistungen an den Abschlussprüfer. Im Geschäftsjahr 2008 fanden sechs Sitzungen des Prüfungsausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Prüfungsausschusses sind Dr. Karl-Gerhard-Eick (Vorsitzender), Dr. Clemens Börsig, Sir Peter Job, Henriette Mark, Karin Ruck und Marlehn Thieme.

Risikoausschuss: Der Risikoausschuss ist zuständig für die Behandlung von Krediten, die gemäß Gesetz oder der Satzung der Deutschen Bank eines Beschlusses des Aufsichtsrats bedürfen. Er gibt nach Prüfung seine Zustimmung zum Erwerb von Beteiligungen an anderen Unternehmen in Höhe von 2 % bis 3 % des haftenden Eigenkapitals der Bank wenn es sich um eine Beteiligung handelt, die voraussichtlich nicht länger als zwölf Monate im vollen oder teilweisen Besitz der Bank verbleiben soll. In seinen Sitzungen berichtet der Vorstand über Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, operationelle sowie Rechts- und Reputationsrisiken. Er berichtet ferner über die Risikostrategie, Kreditportfolios, Kredite, die nach Gesetz oder Satzung eines Aufsichtsratsbeschlusses bedürfen, Fragen der Kapitalausstattung und Angelegenheiten, die nach den damit verbundenen Risiken von besonderer Bedeutung sind. Im Geschäftsjahr 2008 fanden sechs Sitzungen des Risikoausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Risikoausschusses sind Dr. Clemens Börsig (Vorsitzender), Prof. Henning Kagermann und Sir Peter Job. Suzanne Labarge und Dr. Theo Siegert sind Ersatzmitglieder des Risikoausschusses. Sie werden zu allen Sitzungen eingeladen und nehmen regelmäßig an ihnen teil.

Vermittlungsausschuss: Der gesetzlich zu bildende Vermittlungsausschuss unterbreitet Personalvorschläge an den Aufsichtsrat, wenn für die Bestellung oder Abberufung von Vorstandsmitgliedern eine Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde. Er tagt nur bei Bedarf. Im Geschäftsjahr 2008 fanden keine Sitzungen des Vermittlungsausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Vermittlungsausschusses sind Dr. Clemens Börsig (Vorsitzender), Wolfgang Böhr, Karin Ruck und Tilman Todenhöfer.

Vergütung, Aktienbesitz, Kredite, sonstige Rechtsbeziehungen und Interessenkonflikte

Grundzüge des Vergütungssystems

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in der Satzung der Gesellschaft geregelt, die bei Bedarf durch die Hauptversammlung angepasst werden kann.

Derzeit gelten die folgenden Regelungen: Die Vergütung je Aufsichtsratsmitglied besteht aus einer festen Vergütung in Höhe von 60.000 € pro Jahr und einem dividendenabhängigen Bonus in Höhe von 100 € pro Jahr je 0,01 € ausgeschüttete Dividende, die 1,00 € je Aktie übersteigt. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ferner eine auf den langfristigen Unternehmenserfolg bezogene jährliche Vergütung in Höhe von je 100 € für jede 0,01 €, um die der Durchschnitt der im Finanzbericht der Gesellschaft im Einklang mit den jeweils anwendbaren Rechnungslegungsvorschriften für den Konzern ausgewiesenen Ergebnisse je Aktie (verwässert) aus dem Jahresüberschuss nach Steuern für die letzten drei abgelaufenen Geschäftsjahre den Betrag von 4,00 € übersteigt.

Diese Beträge erhöhen sich um 100% je Mitgliedschaft in einem Ausschuss des Aufsichtsrats. Für den Vorsitz in einem Ausschuss beträgt der Erhöhungssatz 200%. Beides gilt nicht für den nach § 27 Absatz 3 MitbestG gebildeten Ausschuss (Vermittlungsausschuss). Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das Vierfache, sein Stellvertreter das Eineinhalbfache der Gesamtvergütung eines ordentlichen Mitglieds. Für den Aufsichtsratsvorsitzenden stellt dies gleichzeitig die Obergrenze dar. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ein Sitzungsgeld in Höhe von 1.000 € für jede Sitzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse, an der sie teilnehmen.

Den Mitgliedern des Aufsichtsrats werden darüber hinaus sämtliche Barauslagen sowie etwaige Umsatzsteueraufwendungen (derzeit 19%), die ihnen in Verbindung mit ihren Aufgaben als Mitglied des Aufsichtsrats entstehen, erstattet. Die bei der Deutschen Bank angestellten Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats erhalten außerdem ihre Mitarbeitervergütung. Die Vergütung für Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat nicht während des ganzen Geschäftsjahres angehören, wird im Verhältnis zur Amtsdauer berücksichtigt, wobei eine Aufrundung auf volle Monate erfolgt.

Die Mitglieder des Nominierungsausschusses, der sich im Anschluss an die Hauptversammlung 2008 neu konstituiert hat, haben wie schon im Vorjahr auf sämtliche Vergütungen für den Nominierungsausschuss für 2008 und die Folgejahre einschließlich des Sitzungsgelds verzichtet.

Vergütung für das Geschäftsjahr 2008

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ihre Vergütung nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres. Im Januar 2009 wurden jedem Aufsichtsratsmitglied für seine Tätigkeit im Jahr 2008 die feste Vergütung und die Sitzungsgelder überwiesen. Zusätzlich würde jedes Aufsichtsratsmitglied nach der Hauptversammlung im Mai 2009 für seine Tätigkeit im Jahr 2008 eine an den langfristigen Unternehmenserfolg der Bank geknüpfte Vergütung sowie eine dividendenabhängige Vergütung erhalten. Angesichts der Finanzmarktkrise hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 29. Oktober 2008 einstimmig beschlossen, auf diese erfolgsabhängigen Vergütungen für das Geschäftsjahr 2008 zugunsten der Bank zu verzichten. Dieser Verzicht betrifft die amtierenden Mitglieder des Aufsichtsrats und umfasst die variable Vergütung einschließlich der zusätzlichen variablen Vergütungen für den Vorsitzenden des Aufsichtsrats, die stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats und die Mitgliedschaften in den Ausschüssen nach § 14 der Satzung. Dem Verzicht auf die variable Vergütung haben sich auch alle ehemaligen Mitglieder des Aufsichtsrats angeschlossen, die mit Ablauf der Hauptversammlung am 29. Mai 2008 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden sind und daher noch für die ersten fünf Monate des Geschäftsjahres 2008 einen Vergütungsanspruch haben.

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2008 betrug demzufolge 2.478.500 €. Die individuelle Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2008 setzt sich wie folgt zusammen (ohne gesetzliche Umsatzsteuer):

Aufsichtsratsmitglied	in €			Insgesamt
	Fest	Variabel	Sitzungs-geld	
Dr. Clemens Börsig	240.000	–	24.000	264.000
Wolfgang Böhr ²	40.000	–	4.000	44.000
Dr. Karl-Gerhard Eick	180.000	–	10.000	190.000
Heidrun Förster	157.500	–	15.000	172.500
Ulrich Hartmann ¹	50.000	–	6.000	56.000
Alfred Herling ²	40.000	–	4.000	44.000
Gerd Herzberg	60.000	–	6.000	66.000
Sabine Horn ¹	50.000	–	6.000	56.000
Rolf Hunck ¹	50.000	–	6.000	56.000
Sir Peter Job	180.000	–	15.000	195.000
Prof. Dr. Henning Kagermann	120.000	–	13.000	133.000
Ulrich Kaufmann ¹	50.000	–	6.000	56.000
Peter Kazmierczak ¹	25.000	–	3.000	28.000
Martina Klee ²	40.000	–	4.000	44.000
Suzanne Labarge ²	80.000	–	8.000	88.000
Maurice Lévy	60.000	–	6.000	66.000
Henriette Mark	100.000	–	10.000	110.000
Prof. Dr. jur. Dr.-Ing. E. h. Heinrich von Pierer ¹	50.000	–	5.000	55.000
Gabriele Platscher	60.000	–	7.000	67.000
Karin Ruck	160.000	–	12.000	172.000
Dr. Theo Siegert	100.000	–	11.000	111.000
Dr. Johannes Teyssen ²	40.000	–	4.000	44.000
Marlehn Thieme ²	80.000	–	7.000	87.000
Tilman Todenhöfer	125.000	–	11.000	136.000
Dipl.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Jürgen Weber ¹	25.000	–	3.000	28.000
Werner Wenning ²	40.000	–	3.000	43.000
Leo Wunderlich	60.000	–	7.000	67.000
Insgesamt	2.262.500	-	216.000	2.478.500

1 Mitglied bis 29. Mai 2008

2 Neues Mitglied seit 29. Mai 2008

Es bestehen keine Dienstleistungsverträge zwischen der Gesellschaft oder ihren Tochtergesellschaften einerseits und einem oder mehreren Aufsichtsratsmitgliedern andererseits, die Vergünstigungen im Fall der Beendigung des Dienstleistungsvertrages vorsehen. Vereinbarungen mit Hauptaktionären, Kunden oder sonstigen Personen, aufgrund derer ein Aufsichtsratsmitglied in den Aufsichtsrat berufen wurde, bestehen ebenfalls nicht.

Aktienbesitz

Am 1. April 2009 setzte sich der individuelle Aktienbesitz (einschließlich Ansprüchen auf Aktien gemäß Aktienvergütungsprogrammen und Aktienoptionen der Bank) der Mitglieder des Aufsichtsrats wie folgt zusammen:

Aufsichtsratsmitglied	Anzahl der Aktien	Anzahl Ansprüche auf Aktien	Anzahl Aktien- optionen
Wolfgang Böhr	10	10	100
Dr. Clemens Börsig ¹	120.000	23.156	–
Dr. Karl-Gerhard Eick	–	–	–
Heidrun Förster	895	10	–
Alfred Herling	767	10	–
Gerd Herzberg	–	–	–
Sir Peter Job	4.000	–	–
Prof. Dr. Henning Kagermann	–	–	–
Martina Klee	618	10	–
Suzanne Labarge	–	–	–
Maurice Lévy	–	–	–
Henriette Mark	378	10	–
Gabriele Platscher	739	10	–
Karin Ruck	102	8	–
Dr. Theo Siegert	–	–	–
Dr. Johannes Teysen	–	–	–
Marlehn Thieme	102	6	–
Tilman Todenhöfer	300	–	–
Werner Wenning	–	–	–
Leo Wunderlich	712	10	100
Insgesamt	128.623	23.240	200

¹ Darin nicht enthalten sind 150 Deutsche Bank-Aktien, die einer in Familienbesitz befindlichen Gesellschaft bürgerlichen Rechts zuzurechnen sind, an der Dr. Börsig mit 25% beteiligt ist.

Am 1. April 2009 hielten die Mitglieder des Aufsichtsrats insgesamt 128.623 Aktien, was weniger als 0,02% der an diesem Stichtag ausgegebenen Aktien entspricht.

Einige Mitglieder des Aufsichtsrats, die Mitarbeiter der Deutschen Bank sind oder waren, erhielten Ansprüche auf Aktien beziehungsweise Optionen auf Aktien gemäß der Aktienvergütungsprogrammen der Deutschen Bank, die sie berechtigen, zu einem bestimmten Zeitpunkt Aktien zu beziehen. Eine genaue Beschreibung dieser Programme ist in Note 31 des im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckten Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008 zu finden. Aktien, die aufgrund dieser Programme an die Aufsichtsratsmitglieder zugeteilt wurden und noch von den jeweiligen Mitgliedern gehalten werden, sind in der Tabelle ebenfalls unter „Anzahl Aktien“ aufgeführt. Aktienansprüche, die aufgrund dieser Programme noch nicht zugeteilte Aktien beinhalten, sind in der Tabelle unter „Anzahl Ansprüche auf Aktien“ aufgeführt.

Die Spalte „Anzahl Ansprüche auf Aktien“ in der Tabelle umfasst 23.156 DB Equity Units, die Dr. Börsig im Rahmen des Global Partnership Plans als Teil seiner Vergütung als früheres Vorstandsmitglied erhalten hat und die ihm in Teilen bis August 2010 zugeteilt werden. Die übrigen in der Spalte aufgeführten Ansprüche wurden den Arbeitnehmervertretern des Aufsichtsrats im Rahmen des DB Global Share Plans 2008 gewährt. Die Aktien werden am 1. November 2009 zugeteilt.

Die in der Tabelle aufgeführten Aktienoptionen wurden durch die freiwillige Teilnahme der Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats am DB Global Share Plan erworben. Die 2003 ausgegebenen Optionen haben einen Ausübungspreis von 75,24 €, sind seit 2. Januar 2006 ausübbar und verfallen am 11. Dezember 2009. Die Optionen beziehen sich auf Stammaktien der Gesellschaft.

Kredite, sonstige Rechtsbeziehungen und Interessenkonflikte

Für die Mitglieder des Aufsichtsrats hat die Gesellschaft eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für Unternehmensleiter (D&O Versicherung) ohne Selbstbehalt abgeschlossen.

Am 31. Dezember 2008 beliefen sich die an Aufsichtsratsmitglieder gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die für diese eingegangenen Haftungsverhältnisse auf insgesamt 1.396.955 €. Neben ihrer Funktion als Organmitglieder stehen die Mitglieder des Aufsichtsrats in keinen sonstigen wesentlichen Rechtsbeziehungen zur Deutschen Bank. Potenzielle Interessenkonflikte können sich daraus ergeben, dass Aufsichtsratsmitglieder zugleich Organmitglieder anderer Gesellschaften sind. Dies ist der Fall, wenn der Risikoausschuss über die Kreditvergabe zu beschließen hat und ein Aufsichtsratsmitglied der Bank zugleich Mitglied der Organe des Kreditnehmers ist. Im Falle eines solchen potenziellen Interessenkonflikts nimmt das betreffende Aufsichtsratsmitglied an der Erörterung und Abstimmung im Aufsichtsrat beziehungsweise im zuständigen Ausschuss nicht teil. Abgesehen davon haben die Mitglieder des Aufsichtsrats keine potenziellen Interessenkonflikte in Bezug auf ihre Verpflichtungen gegenüber der Deutschen Bank einerseits und ihren privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen andererseits.

Weitere Informationen über Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats

In den letzten fünf Jahren ist kein Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats der Gesellschaft einer betrügerischen Straftat schuldig gesprochen worden. Im Februar 2003 erhob die Staatsanwaltschaft Düsseldorf beim Landgericht Düsseldorf Anklage gegen Dr. Ackermann und andere frühere Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sowie einen Manager der Mannesmann AG. Die Anklage stützte sich auf den Verdacht der Untreue im Zusammenhang mit Zahlungen an ehemalige Mitglieder des Vorstands und sonstige Mitglieder der Geschäftsleitung von Mannesmann nach der Übernahme durch Vodafone im Frühjahr 2000. Am 22. Juli 2004 sprach das Landgericht Düsseldorf alle Angeklagten frei. Gegen dieses Urteil legte die Staatsanwaltschaft Düsseldorf Revision beim Bundesgerichtshof ein, woraufhin der Bundesgerichtshof das Verfahren am 21. Dezember 2005 an das Landgericht Düsseldorf zurückverwies. Mit Beschluss vom 29. November 2006 stellte das Landgericht Düsseldorf das Verfahren ein und ordnete die Auflage einer Geldzahlung durch die Angeklagten an. Mit der Einstellung ist keine Schuldfeststellung verbunden.

Im Übrigen kam es in den letzten fünf Jahren zu keinen öffentlichen Anschuldigungen und/oder Sanktionen in Bezug auf Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats von Seiten der gesetzlichen Behörden oder der Regulierungsbehörden (einschließlich Berufsverbänden). In den letzten fünf Jahren war auch kein Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats im Rahmen der Tätigkeit als Mitglied eines Verwaltungs-, Geschäftsführungs-, Management- oder Aufsichtsorgans oder als Gründer eines Emittenten von Insolvenzen, Insolvenzverwaltungen oder Liquidationen betroffen. Kein Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats ist von einem Gericht für die Mitgliedschaft in einem Verwaltungs-, Geschäftsführungs-, Management- oder Aufsichtsorgan einer Gesellschaft oder für die Tätigkeit im Management oder der Führung der Geschäfte eines Emittenten während der letzten fünf Jahre als untauglich angesehen worden. Zwischen den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats bestehen weder untereinander noch im Verhältnis zu den Mitgliedern des jeweils anderen Organs verwandtschaftliche Beziehungen.

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind unter der Geschäftsadresse der Deutschen Bank, Theodor-Heuss-Allee 70, 60486 Frankfurt am Main (Telefon: +49-69-910-00), erreichbar.

Corporate Governance Kodex

Die von der Bundesministerin für Justiz im September 2001 eingesetzte „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ hat am 26. Februar 2002 den Deutschen Corporate Governance Kodex („Kodex“) verabschiedet und zuletzt am 6. Juni 2008 verschiedene Änderungen des Kodex beschlossen. Der Kodex beinhaltet Empfehlungen und Anregungen zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Gesellschaften. Er orientiert sich dabei an international und national anerkannten Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung. Der Kodex soll

das deutsche Corporate Governance-System transparent und nachvollziehbar machen. Der Kodex enthält Empfehlungen (so genannte „Soll-Vorschriften“) und Anregungen (so genannte „Kann-Vorschriften“) zur Corporate Governance in Bezug auf Aktionäre und Hauptversammlung, Vorstand und Aufsichtsrat, Transparenz, Rechnungslegung und Abschlussprüfung.

Es besteht keine Pflicht, den Empfehlungen oder Anregungen des Kodex zu entsprechen. Das Aktienrecht verpflichtet Vorstand und Aufsichtsrat einer börsennotierten Gesellschaft lediglich, jährlich entweder zu erklären, dass den Empfehlungen des Kodex entsprochen wurde und wird, oder zu erklären, welche Empfehlungen nicht angewendet wurden oder werden. Die Erklärung ist den Aktionären dauerhaft zugänglich zu machen. Von den im Kodex enthaltenen Anregungen kann ohne Offenlegung abgewichen werden.

Vorstand und Aufsichtsrat der Gesellschaft haben am 29. Oktober 2008 eine neue Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG abgegeben.

Seit der letzten Entsprechenserklärung vom 30. Oktober 2007 hat die Deutsche Bank AG den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ mit der folgenden Ausnahme entsprochen:

- *Für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats bestand eine Directors & Officers (D&O) Versicherung ohne Selbstbehalt (Kodex Ziff. 3.8). Es handelt sich dabei um eine Gruppenversicherung für eine Vielzahl von Mitarbeitern im In- und Ausland. Im Ausland ist ein Selbstbehalt unüblich; eine Differenzierung zwischen Organmitgliedern und Mitarbeitern erscheint im Übrigen nicht sachgerecht.*

Die Deutsche Bank AG wird den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Kodexfassung vom 6. Juni 2008, veröffentlicht im elektronischen Bundesanzeiger am 8. August 2008, künftig mit folgender Ausnahme entsprechen:

- *Für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats besteht eine D&O Versicherung ohne Selbstbehalt (Kodex Ziff. 3.8). Es handelt sich dabei um eine Gruppenversicherung für eine Vielzahl von Mitarbeitern im In- und Ausland. Im Ausland ist ein Selbstbehalt unüblich; eine Differenzierung zwischen Organmitgliedern und Mitarbeitern erscheint im Übrigen nicht sachgerecht.*

Entgegen der Anregung im Kodex (Ziffer 5.1.2) wurde Stefan Krause für volle fünf Jahre zum Mitglied des Vorstands bestellt, da er für den Wechsel zur Deutschen Bank bei BMW einen laufenden Vorstandsvertrag auflösen musste. Bei Erstbestellungen will die Deutsche Bank AG jedoch grundsätzlich wie bisher kürzere Laufzeiten vereinbaren.

Die Deutsche Bank AG entspricht darüber hinaus freiwillig den Anregungen des Kodex in der Fassung vom 6. Juni 2008 mit folgenden Ausnahmen:

- Die von der Bank benannten Stimmrechtsvertreter sind für Teilnehmer der Hauptversammlung bis zur Abstimmung erreichbar. Aktionäre, die den Stimmrechtsvertretern schon zuvor Vollmacht erteilt haben, erreichen diese am Tag der Hauptversammlung bis 12.00 Uhr über das Weisungstool im Internet (Kodex Ziffer 2.3.3). So kann das Risiko aus etwaigen technischen Störungen unmittelbar vor der Abstimmung weitgehend ausgeschlossen werden. Zudem endet auch die Übertragung der Hauptversammlung im Internet spätestens zu diesem Zeitpunkt, so dass für die Meinungsbildung der nur über Stimmrechtsvertreter teilnehmenden Aktionäre keine verwertbaren Informationen nach diesem Zeitpunkt mehr zu erwarten sind.
- Die Übertragung der Hauptversammlung im Internet (Kodex Ziffer 2.3.4) erfolgt für die Eröffnung durch den Versammlungsleiter und den Bericht des Vorstands. Die Aktionäre haben so die Möglichkeit, unbelastet von einer weitgehend öffentlichen Übertragung mit der Verwaltung zu diskutieren.

Hauptversammlung

Die Hauptversammlung der Gesellschaft findet nach der Satzung in Frankfurt am Main, Düsseldorf oder in einer anderen deutschen Großstadt mit mehr als 500.000 Einwohnern statt. Sie wird durch den Vorstand oder durch den Aufsichtsrat einberufen. Jede Stückaktie gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme.

Die Hauptversammlung beschließt insbesondere über:

- Bestellung der Anteilseignervertreter für den Aufsichtsrat
- Verwendung des Bilanzgewinns
- Entlastung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats
- Bestellung des Abschlussprüfers
- Maßnahmen der Kapitalbeschaffung und der Kapitalherabsetzung
- Sonstige Satzungsänderungen

Die Beschlüsse der Hauptversammlung der Gesellschaft werden mit einfacher Stimmenmehrheit und, soweit eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Kapitalmehrheit gefasst, falls nicht das Gesetz oder die Satzung zwingend etwas anderes vorschreibt. Nach deutschem Aktienrecht erfordern bestimmte Beschlüsse von grundlegender Bedeutung neben der Mehrheit der abgegebenen Stimmen auch eine Mehrheit von mindestens drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals. Zu diesen Beschlüssen gehören insbesondere:

- Änderungen des Unternehmensgegenstandes
- Kapitalerhöhungen unter Ausschluss des Bezugsrechts
- Kapitalherabsetzungen
- Schaffung von genehmigtem oder bedingtem Kapital
- Auflösung der Gesellschaft
- Umwandlungsrechtliche Maßnahmen wie Verschmelzung, Spaltung und Rechtsformwechsel
- Übertragung des gesamten Vermögens der Gesellschaft
- Eingliederung einer Gesellschaft
- Abschluss bzw. Änderung von Unternehmensverträgen (insbesondere Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge)

Die Hauptversammlung wird im Regelfall einmal jährlich einberufen (ordentliche Jahreshauptversammlung). Die ordentliche Hauptversammlung wird innerhalb der ersten acht Monate eines jeden Geschäftsjahres abgehalten. Darüber hinaus kann der Vorstand oder der Aufsichtsrat eine außerordentliche Hauptversammlung einberufen, wenn es das Wohl der Gesellschaft erfordert. Aktionäre, die zusammen mindestens 5% des Grundkapitals halten, können ebenfalls die Einberufung einer Hauptversammlung vom Vorstand verlangen. Das Verlangen hat schriftlich zu erfolgen und muss den Zweck und die Gründe der Einberufung enthalten.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die im Aktienregister der Gesellschaft eingetragen und rechtzeitig angemeldet sind. Die Anmeldung hat beim Vorstand am Sitz der Gesellschaft oder bei einer sonst in der Einberufung bezeichneten Stelle schriftlich, fernschriftlich oder auf elektronischem Wege spätestens am dritten Werktag vor dem Versammlungstag zu erfolgen.

Die Einberufung der Hauptversammlung erfolgt, soweit gesetzlich keine kürzere Frist zulässig ist, mindestens 30 Tage vor dem Tag, bis zu dessen Ablauf sich die Aktionäre anmelden müssen. Der Tag der Einberufung und der letzte Tag der Anmeldefrist sind hierbei nicht mitzurechnen.

Mitarbeiter

Zum 31. Dezember 2008 beschäftigte der Deutsche Bank-Konzern insgesamt 80.456 Mitarbeiter, verglichen mit 78.291 Mitarbeitern zum 31. Dezember 2007 und 68.849 Mitarbeitern zum 31. Dezember 2006. Die Bank und ihre Tochtergesellschaften berechnen die Anzahl der Mitarbeiter auf der Basis von Vollzeitkräften, das heißt, Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der vereinbarten Arbeitszeit anteilig enthalten.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Anzahl der Vollzeitkräfte des Deutsche Bank-Konzerns zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006.

Mitarbeiter⁽¹⁾	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2006
Deutschland	27.942	27.779	26.401
Europa (ohne Deutschland), Mittlerer Osten und Afrika . . .	23.067	21.989	20.025
Asien/Pazifik	17.126	15.080	10.723
Nordamerika ⁽²⁾	11.947	13.088	11.369
Südamerika	374	355	331
Mitarbeiter insgesamt	80.456	78.291	68.849

- 1 Vollzeitkräfte.
- 2 Vorwiegend USA.

Bis zum Datum dieses Registrierungsformulars haben sich keine wesentlichen Änderungen bei dem Personalbestand des Deutsche Bank-Konzerns ergeben.

Die Zahl der Mitarbeiter stieg 2008 um 2.165 oder 2,8% auf 80.456 Mitarbeiter. Diese Entwicklung beruht darauf, dass im Bereich Private Clients and Asset Management die Anzahl der Mitarbeiter um 1.114, vor allem in Polen und Indien, erhöht wurde, während die Anzahl der Mitarbeiter im Bereich Corporate and Investment Bank um 1.476 Mitarbeiter verringert wurde. Hiervon betroffen waren in erster Linie Geschäftsfelder in Großbritannien und den USA, bei denen eine schnelle Erholung nicht absehbar ist. Im Bereich Infrastruktur führte insbesondere der Ausbau größerer Bearbeitungszentren zu einem Anstieg von 2.535 Mitarbeitern, vor allem in Asien.

Die Zahl der Mitarbeiter stieg 2007 um 9.442 oder 13,7% auf 78.291 Mitarbeiter. Dieser Anstieg war vor allem auf die Umsetzung der Wachstumsstrategien in den Geschäftsbereichen einschließlich Akquisitionen und der damit verbundenen Expansion in den Wachstumsmärkten der Welt zurückzuführen. Ohne Investments und Divestments erhöhte sich die Anzahl der Mitarbeiter um 6.726. Darüber hinaus wurden Stellen an kostengünstigeren Standorten, insbesondere im Infrastrukturbereich, geschaffen. Der größte Teil dieser Expansion, über 40%, erfolgte in den Wachstumsmärkten im asiatisch-pazifischen Raum.

Die Bank und ihre Tochtergesellschaften bieten eine Reihe von Plänen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses an. Weitere Informationen dazu sind in Note 32 des im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckten Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008 enthalten.

Informationen zu den aktienbasierten Vergütungsplänen der Deutschen Bank sind in Note 31 des im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckten Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008 zu finden.

GESCHÄFTE UND RECHTSBEZIEHUNGEN MIT NAHESTEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN

Dritte Parteien gelten nach IFRS als nahestehend, sofern eine Partei die andere mittelbar oder unmittelbar kontrolliert oder maßgeblichen Einfluss auf deren geschäftliche oder operative Entscheidungen ausüben kann.

Zu den nahestehenden Dritten des Deutsche Bank-Konzerns gehören:

- Personen in Schlüsselpositionen, deren nahe Familienangehörige sowie Gesellschaften, die von diesen Personen oder deren nahen Familienangehörigen kontrolliert oder maßgeblich beeinflusst werden oder an denen dieser Personenkreis bedeutende Stimmrechte hält,
- Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierte Unternehmen und
- Pensionspläne für Deutsche Bank-Mitarbeiter, die nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Anspruch genommen werden.

Die Deutsche Bank unterhält Geschäftsbeziehungen mit einer Reihe von nahestehenden Dritten. Geschäfte mit diesen Dritten werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt und es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen – einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten – wie für im selben Zeitraum getätigte vergleichbare Geschäfte mit Dritten.

Weitere quantitative Angaben zu den Geschäften und Rechtsbeziehungen des Deutsche Bank-Konzerns mit nahestehenden Unternehmen und Personen per 31. Dezember 2008 sind in Note 38 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008 enthalten. Darüber hinaus bestehen zum Datum des Registrierungsformulars keine sonstigen wesentlichen Geschäfts- und Rechtsbeziehungen der Deutschen Bank zu nahestehenden Dritten. Weitere Informationen zu den Geschäfts- und Rechtsbeziehungen der Deutschen Bank zu nahestehenden Dritten in den Geschäftsjahren 2007 und 2006 sind in Note 38 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2007 enthalten. Die Konzernabschlüsse der Deutschen Bank für 2008 und 2007 sind jeweils im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt.

WESENTLICHE VERTRÄGE

Im Rahmen des gewöhnlichen Geschäftsbetriebes gehen Unternehmen des Deutsche Bank-Konzerns eine Vielzahl von Verträgen mit anderen Gesellschaften ein. Außerhalb des gewöhnlichen Geschäftsbetriebes hat der Deutsche Bank-Konzern in den letzten beiden Jahren vor dem Datum dieses Registrierungsformulars keine für den Konzern wesentlichen Verträge abgeschlossen.

REGULIERUNG UND AUFSICHT

Überblick

Im Rahmen ihrer weltweiten Geschäftstätigkeit unterliegt die Deutsche Bank in allen Ländern, in denen sie tätig ist, der Regulierung und Aufsicht durch die zuständigen Behörden. Dies schließt Genehmigungserfordernisse, Eigenmittel- und Liquiditätsanforderungen, eine Begrenzung von Risikokonzentrationen sowie geschäftsbezogene Verhaltensanforderungen, Vorgaben für die Unternehmensorganisation und Berichtspflichten ein. Diese Vorgaben und Anforderungen beeinflussen Art und Umfang der Geschäftstätigkeit in einem Land sowie die Strukturierung konkreter Aktivitäten des Deutsche Bank-Konzerns. Vor dem Hintergrund der Finanzkrise werden in den Ländern, in denen die Deutsche Bank tätig ist, derzeit erhebliche Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen erwo-gen. Umfang und Art dieser Änderungen lassen sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht ver-lässiglich beurteilen. Sie können jedoch zu einer Ausweitung der Regulierung und Aufsicht führen, die sich nicht unerheblich auf die Geschäftstätigkeit, Dienstleistungen und Produkte des Deutsche Bank-Konzerns auswirken könnte.

Die folgenden Abschnitte enthalten eine Beschreibung der Aufsicht über die Geschäftstätigkeit der Deutschen Bank durch die Behörden im Heimatmarkt Deutschland, im Europäischen Wirtschaftsraum und in den Vereinigten Staaten, welche die Deutsche Bank als ihre wichtigsten Märkte ansieht. Die Regulierung in Ländern außerhalb der vorgenannten Regionen hat allgemein nur einen begrenzten Einfluss auf die Geschäftstätigkeit der Deutschen Bank außerhalb dieser Länder.

Regulierung und Aufsicht über Banken in Deutschland

Grundsätze

Die Deutsche Bank AG ist im Besitz einer Erlaubnis nach dem Kreditwesengesetz, Bankgeschäfte zu betreiben und Finanzdienstleistungen zu erbringen.

Die Deutsche Bank AG unterliegt der umfassenden Regulierung und Aufsicht durch die Bundesan-stalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“) und die Deutsche Bundesbank („Bundesbank“).

Die BaFin ist eine Bundesaufsichtsbehörde und untersteht der Aufsicht durch das Bundesministe-rium der Finanzen. Sie überwacht die Geschäftstätigkeit deutscher Banken, um die Einhaltung der Vorgaben des Kreditwesengesetzes sowie anderer Gesetze und Vorschriften nach deutschem Recht sicherzustellen. Besondere Schwerpunkte ihrer Aufsichtstätigkeit sind die Einhaltung der Eigenkapi-talanforderungen, der Liquiditätserfordernisse, der Großkreditgrenzen und der Beschränkungen in Bezug auf bestimmte Geschäftstätigkeiten, die im Kreditwesengesetz und bestimmten Verordnungen geregelt sind.

Die Bundesbank unterstützt die BaFin und arbeitet eng mit ihr zusammen. Die Kooperation umfasst nicht nur die laufende Prüfung und Auswertung der Berichte und Prüfungsberichte, sondern auch die Prüfung der angemessenen Eigenkapitalausstattung und der Risikosteuerungsverfahren der Deut-schen Bank. Dabei beachtet die Bundesbank bestimmte Richtlinien, welche die BaFin im Einverneh-men mit der Bundesbank erlassen hat. Überdies ist die Bundesbank für die Erhebung und Analyse von Statistiken und Meldungen von deutschen Banken verantwortlich.

BaFin und Bundesbank nehmen gleichwohl unterschiedliche Aufgaben wahr. Die BaFin hat die aus-schließliche Befugnis, für deutsche Banken verbindliche Verwaltungsakte zu erlassen. Vor dem Erlass von Verordnungen hat sie jedoch die Bundesbank anzuhören. Darüber hinaus muss die BaFin für den Erlass von Verordnungen oder Richtlinien, welche die Tätigkeit der Bundesbank beeinflussen, die Zustimmung der Bundesbank einholen. Dies betrifft beispielsweise Regelungen in Bezug auf die Sol-vabilität, Liquidität und Großkredite von Banken.

BaFin und Bundesbank beaufsichtigen Institute grundsätzlich sowohl auf unkonsolidierter als auch auf konsolidierter Basis. Mutterunternehmen einer Institutsgruppe können auf unkonsolidierter Basis von einer Anwendung der Eigenkapitalerfordernisse, der Großkreditgrenzen und bestimmter organi-satorischer Erfordernisse absehen, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Die Deutsche Bank AG

erfüllt diese Bedingungen und sieht seit dem 1. Januar 2007 von einer Anwendung dieser Regelungen auf unkonsolidierter Ebene ab.

Die Deutsche Bank erfüllt alle wesentlichen rechtlichen Anforderungen für ihre Geschäftstätigkeit nach den einschlägigen deutschen Gesetzen.

Kreditwesengesetz

Die Geschäftstätigkeit deutscher Banken wird in erster Linie durch das Kreditwesengesetz geregelt, das unter anderem das Erfordernis einer Bankerlaubnis vorsieht. Das Kreditwesengesetz schreibt dabei vor, dass ein Unternehmen, das in Deutschland eines oder mehrere der im Kreditwesengesetz als „Bankgeschäfte“ oder „Finanzdienstleistungen“ definierten Geschäfte betreibt, als „Kreditinstitut“ bzw. „Finanzdienstleistungsinstitut“ zugelassen sein muss. Die Deutsche Bank AG ist als Kreditinstitut zugelassen.

Das Kreditwesengesetz und die auf seiner Grundlage erlassenen Rechtsverordnungen setzen bestimmte Empfehlungen des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht (nachstehend Baseler Ausschuss), dessen Sekretariat bei der Bank für internationalen Zahlungsausgleich geführt wird, sowie bestimmte bankbezogene EU-Richtlinien um. Diese Richtlinien beziehen sich unter anderem auf anwendbare Rechnungslegungsstandards, das regulatorische Kapital, risikobasierte Eigenmittelanforderungen, die Aufsicht auf konsolidierter Ebene sowie die Überwachung und Kontrolle von Großkrediten.

Die internationalen Eigenkapitalstandards, die der Baseler Ausschuss im Juni 2004 empfohlen hat und die gemeinhin als Basel II-Regelwerk bezeichnet werden, richten die regulatorischen Kapitalanforderungen eng nach den zu unterliegenden Risiken aus. Im Jahr 2006 hat die Europäische Union das Basel II-Regelwerk im Rahmen der Eigenkapitalrichtlinie angenommen. Deutschland hat die Eigenkapitalrichtlinie vorbehaltlich bestimmter Übergangszeiträume mit Wirkung zum 1. Januar 2007 in nationales Recht umgesetzt. Nachdem die Deutsche Bank im Jahr 2007 noch Übergangsrecht anwendete, wendet sie seit dem 1. Januar 2008 das neu gefasste Regelwerk auf der Grundlage ihres internen Bewertungsmodells zur Messung der Kreditrisiken und des operationellen Risikos an, welches von der BaFin zugelassen wurde. Aufgrund der höheren Risikosensitivität des Basel II-Regelwerks werden die Kapitalanforderungen stärkeren zyklischen Schwankungen unterworfen sein; in Zeiten eines Abschwungs können sich zudem höhere Kapitalanforderungen ergeben als vor Anwendung des Basel II-Regelwerks.

Wertpapierhandelsgesetz

Die BaFin reguliert und überwacht den Handel mit Finanzinstrumenten in der Bundesrepublik Deutschland nach Maßgabe des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG). Unter anderem verbietet das WpHG Insidergeschäfte in Bezug auf Finanzinstrumente, die an einer inländischen Börse zum Handel zugelassen oder in den regulierten Markt oder den Freiverkehr einbezogen sind oder die in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zum Handel an einem organisierten Markt zugelassen sind.

Das WpHG enthält darüber hinaus geschäftliche Verhaltensregeln. Diese Regeln sind auf alle Unternehmen anwendbar, die Wertpapierdienstleistungen erbringen. Wertpapierdienstleistungen umfassen insbesondere den Kauf und Verkauf von Finanzinstrumenten oder Derivaten für andere sowie die Vermittlung von Transaktionen in Finanzinstrumenten oder Derivaten. Die BaFin hat weitgehende Ermittlungsbefugnisse gegenüber Unternehmen, die Wertpapierdienstleistungen erbringen, um die Einhaltung ihrer Meldepflichten und Verhaltensregeln zu überwachen. Darüber hinaus schreibt das WpHG vor, dass die Einhaltung der Verpflichtungen des Wertpapierdienstleistungsunternehmens nach dem WpHG jährlich durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer zu prüfen ist. Die Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente aus dem Jahr 2004 (gemeinhin als „MiFID“ bezeichnet) zielt auf eine weitere Integration der Wertpapiermärkte und die Verbesserung des Wettbewerbs innerhalb der Europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums durch Harmonisierung der Verhaltensregeln ab. Sie wurde zum 1. November 2007 in deutsches Recht umgesetzt.

Anforderungen an eine angemessene Eigenmittelausstattung

Das Kreditwesengesetz und die Verordnung über die angemessene Eigenmittelausstattung von Instituten, Institutsgruppen und Finanzholding-Gruppen („Solvabilitätsverordnung“) spiegeln die Kapitaladäquanzvorschriften nach Basel II wider und schreiben vor, dass deutsche Banken im Verhältnis zu ihren Risikopositionen über eine angemessene Eigenmittelausstattung verfügen müssen. Risikopositionen umfassen Adressenausfallrisiken, operationelle Risiken (unter anderem Risiken in Bezug auf externe Faktoren sowie technische Fehler und Fehler von Mitarbeitern) und Marktrisiken. Adressenausfallrisiken und operationelle Risiken sind mit Kernkapital und Ergänzungskapital (zusammen „haftendes Eigenkapital“) zu unterlegen. Marktrisiken sind mit haftendem Eigenkapital (soweit nicht zur Unterlegung des Adressenausfall- und operationellen Risikos erforderlich) und Drittrangmitteln (zusammen mit dem haftenden Eigenkapital „Eigenmittel“) zu unterlegen.

Adressenausfallrisiko, operationelles Risiko und modifiziertes verfügbares Eigenkapital

Das Adressenausfallrisiko wird gemäß dem Kreditrisiko-Standardansatz gemessen, und das operationelle Risiko wird gemäß dem Basisindikatoransatz bzw. dem Standardansatz gemessen, jeweils wie in der Solvabilitätsverordnung festgelegt. Banken können stattdessen zur Messung des Adressenausfallrisikos einen auf internen Ratings basierenden Ansatz (*internal ratings based approach – IRBA*) und zur Messung des operationellen Risikos einen fortgeschrittenen Messansatz (*advanced measurement approach – AMA*) auf Grundlage interner Modelle verwenden, wenn die BaFin die jeweiligen internen Modelle zulässt. Die BaFin hat die wichtigsten IRBA-Ratingsysteme der Deutschen Bank zugelassen, die über 90 % ihres Kreditengagements abdecken. Ferner hat die BaFin das interne Modell der Deutschen Bank zur Messung des operationellen Risikos als AMA zugelassen.

Nach der Solvabilitätsverordnung dürfen täglich zum Geschäftsschluss der Gesamtanrechnungsbetrag für Adressenausfallrisiken und der Gesamtanrechnungsbetrag für operationelle Risiken einer Bank ihr haftendes Eigenkapital – vorbehaltlich bestimmter Modifikationen, die nachstehend beschrieben werden – nicht überschreiten.

Das haftende Eigenkapital setzt sich aus dem Kernkapital und dem Ergänzungskapital zusammen. Das Kernkapital besteht hauptsächlich aus eingezahltem Grundkapital (ohne Vorzugsaktien mit nachzuzahlendem Vorzug), Kapitalrücklagen und anderen Gewinnrücklagen und bestimmten hybriden Kapitalinstrumenten. Von der Bank gehaltene eigene Aktien, Verluste und bestimmte immaterielle Vermögensgegenstände werden vom Kernkapital abgezogen. Das Ergänzungskapital ist auf die Höhe des Kernkapitals beschränkt und besteht hauptsächlich aus eingezahltem Grundkapital für Vorzugsaktien mit nachzuzahlendem Vorzug, Genussrechtsverbindlichkeiten, nachrangigen Verbindlichkeiten mit einer ursprünglichen Mindestlaufzeit von fünf Jahren (bis zu 50 % des Kernkapitalbetrags) und bestimmten nicht realisierten Reserven für Immobilien und Wertpapiere.

Abzüge vom Kernkapital und vom Ergänzungskapital

Kapitalbestandteile, welche die oben aufgeführten Kriterien erfüllen und die eine Bank einer anderen Bank, einem Finanzdienstleistungsinstitut oder Finanzunternehmen, das für aufsichtsrechtliche Zwecke nicht mit der Bank konsolidiert ist, zur Verfügung stellt, werden bei Überschreiten bestimmter Schwellenwerte zu gleichen Anteilen vom Kernkapital bzw. Ergänzungskapital der Bank abgezogen. Entsprechende Abzüge gelten für Kapitalbestandteile, die nach deutschem Versicherungsrecht ähnliche Kriterien wie die vorgenannten Kapitalbestandteile erfüllen und die eine Bank einem Erstversicherungsunternehmen, Rückversicherungsunternehmen oder einer Versicherungs-Holdinggesellschaft zur Verfügung stellt, wenn die Bank eine direkte oder indirekte Beteiligung an diesem anderen Unternehmen oder (direkt oder indirekt) mindestens 20 % des Kapitals oder der Stimmrechte an dieser anderen Gesellschaft hält. Ein solcher Abzug ist nicht erforderlich, wenn die Bank und das betreffende Unternehmen Teil eines Finanzkonglomerats sind.

Für Zwecke der angemessenen Eigenmittelausstattung unterliegt das haftende Eigenkapital bestimmten Modifikationen („modifiziertes verfügbares Eigenkapital“). Insbesondere werden die folgenden Beträge zu gleichen Teilen vom Kernkapital und vom Ergänzungskapital abgezogen:

- Wertberichtigungsfehlbeträge, die sich bei einem IRBA-Institut (wie der Deutsche Bank AG) bei der Berechnung der Differenz zwischen der Summe der erwarteten Verlustbeträge für alle IRBA-Positionen der Forderungsklassen Zentralregierungen, Institute, Unternehmen und Mengengeschäft und den für diese IRBA-Positionen gebildeten Wertberichtigungen und Rückstellungen ergeben. Liegt der erwartete Verlustbetrag unter der Höhe dieser Wertberichtigungen und Rückstellungen, wird die Differenz dem Ergänzungskapital der Bank hinzugezählt;
- bei einem IRBA-Institut die erwarteten Verlustbeträge für bestimmte Beteiligungspositionen;
- Verbriefungspositionen, auf die gemäß Solvabilitätsverordnung ein Risikogewicht von 1.250% Anwendung findet und die bei der Ermittlung der risikogewichteten Positionswerte für Verbriefungen nicht berücksichtigt wurden;
- Ansprüche auf Lieferung oder Zahlung von Wertpapieren, die nicht innerhalb von fünf Geschäftstagen abgewickelt wurden und die sich auf Transaktionen des Handelsbuchs beziehen.

Marktrisiko und verfügbare Drittrangmittel

Marktrisikopositionen werden nach Standardmethoden für jede Kategorie gemessen, die in der Solvabilitätsverordnung festgelegt sind. Banken können stattdessen ein internes Risikomodell verwenden, wenn die BaFin der Verwendung des jeweiligen Modells zustimmt. Die Deutsche Bank wendet ein internes Modell zur Messung des Marktrisikos an.

Nach der Solvabilitätsverordnung darf der risikogewichtete Gesamtbetrag der Marktrisikopositionen einer Bank täglich zum Geschäftsschluss die Summe aus

- dem modifizierten verfügbaren Eigenkapital der Bank, abzüglich der zur Erfüllung der Eigenkapitalanforderungen für Adressenausfallrisiken und für das operationelle Risiko erforderlichen Beträge, und
- den verfügbaren Drittrangmitteln der Bank

nicht übersteigen.

Drittrangmittel bestehen aus (i) dem Nettogewinn, der bei einer Glattstellung aller Handelsbuchpositionen am Ende eines Tages entstünde, abzüglich aller vorhersehbaren Aufwendungen und Ausschüttungen und abzüglich der bei einer Liquidation der Bank voraussichtlich entstehenden Verluste aus dem Anlagebuch, soweit diese Verluste nicht bereits aufgrund einer Anordnung der BaFin vom haftenden Eigenkapital der Bank abzuziehen sind, (ii) nachrangigen Verbindlichkeiten mit einer Mindestlaufzeit von zwei Jahren und dem Recht der Bank, Zins- und Tilgungszahlungen auszusetzen, wenn eine solche Zahlung zu einer Verletzung der auf die Bank anwendbaren Eigenmittelanforderungen führen würde, und (iii) Positionen, die nicht im Ergänzungskapital der Bank enthalten sind, weil der Betrag des Ergänzungskapitals ansonsten das Kernkapital der Bank übersteigen würde oder der Gesamtbetrag der längerfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten ansonsten 50% des Kernkapitals der Bank übersteigen würde.

Grundsätzlich können diese Positionen nur bis zu einem Betrag als Drittrangmittel berücksichtigt werden, der zusammen mit dem Ergänzungskapital, das nicht zur Unterlegung der Adressenausfallrisiken und des operationellen Risikos benötigt wird, 250% des Kernkapitals, das nicht zur Unterlegung der Risiken aus dem Anlagebuch und des operationellen Risikos benötigt wird, nicht übersteigt.

Großkreditgrenzen

Das Kreditwesengesetz und die Großkredit- und Millionenkreditverordnung begrenzen die Konzentration von Kreditrisiken einer Bank durch Beschränkungen für Großkredite. Zu diesem Zweck werden alle Kredite eines einzelnen Kunden (und der Kunden, die mit ihm eine Kreditnehmereinheit bilden) zusammengerechnet.

Ein Kredit, der dem Anlagebuch zuzurechnen ist und 10% des haftenden Eigenkapitals der Bank erreicht oder überschreitet, ist ein Anlagebuch-Großkredit. Ein Gesamtbuch-Großkredit liegt vor,

wenn die Anlagebuch- und Handelsbuch-Kredite an einen Kreditnehmer zusammen 10% der Eigenmittel der Bank erreichen oder überschreiten. Ein Großkredit darf 25% des haftenden Eigenkapitals bzw. der Eigenmittel der Bank nicht überschreiten. Bei Krediten an verbundene Unternehmen der Bank, die für bankaufsichtsrechtliche Zwecke nicht konsolidiert werden, liegt die Grenze bei 20%.

Darüber hinaus dürfen alle Anlagebuch-Großkredite zusammen das Achtfache des haftenden Eigenkapitals nicht überschreiten, und alle Gesamtbuch-Großkredite dürfen zusammen das Achtfache der Eigenmittel der Bank nicht überschreiten.

Eine Überschreitung der vorgenannten Obergrenzen erfordert die Zustimmung der BaFin und führt zu erhöhten Kapitalanforderungen für den Betrag des Großkredits, der die Obergrenze übersteigt.

Außerdem dürfen die gesamten Handelsbuch-Kredite an einen einzelnen Kunden (und die Kunden, die mit ihm eine Kreditnehmereinheit bilden) nicht das Fünffache jener Eigenmittel der Bank übersteigen, die nicht für die Eigenkapitalunterlegung des Anlagebuchs benötigt werden. Eine Gesamtposition von Handelsbuch-Krediten an einen einzelnen Kunden (und die Kunden, die mit ihm eine Kreditnehmereinheit bilden), die über die vorgenannte Grenze hinausgeht, ist nicht zulässig.

Regulierung und Aufsicht auf konsolidierter Basis

Die Bestimmungen des Kreditwesengesetzes über die Aufsicht auf konsolidierter Basis verlangen, dass jede Institutsgruppe die vorstehend beschriebenen Anforderungen bezüglich der angemessenen Eigenmittelausstattung und der Großkreditgrenzen erfüllt. Eine Institutsgruppe besteht grundsätzlich aus einer Bank oder einem Finanzdienstleistungsinstitut mit Sitz im Inland als Mutterunternehmen und allen anderen Banken, Finanzdienstleistungsinstituten, Finanzunternehmen und Anbietern von Bankdienstleistungen, an denen das Mutterunternehmen über 50% des Kapitals bzw. der Stimmrechte hält oder auf welche das Mutterunternehmen anderweitig einen beherrschenden Einfluss ausüben kann. Sonderregeln gelten für Gemeinschaftsunternehmen, bei denen eine Bank, ein Finanzdienstleistungsinstitut, Finanzunternehmen oder ein Anbieter von Bankdienstleistungen unter der gemeinsamen Leitung einer anderen Bank und dritter Personen steht.

Finanzgruppen, die Dienstleistungen und Produkte in unterschiedlichen Finanzbranchen (Banken- und Wertpapiergeschäft, Versicherungs- und Rückversicherungsgeschäft) anbieten, unterliegen als Finanzkonglomerat einer zusätzlichen Aufsicht, wenn bestimmte Schwellenwerte überschritten sind. Die Aufsicht auf Konglomeratsebene wird durch die BaFin ausgeübt und umfasst Eigenmittelanforderungen, eine Begrenzung von Risikokonzentrationen sowie Anforderungen an das Risikomanagement, gruppeninterne Transaktionen und die Unternehmensorganisation.

Seit dem Erwerb der Abbey Life Assurance Company Limited überstieg die der Versicherungsbranche zuzurechnende Bilanzsumme des Deutsche Bank-Konzerns € 6 Mrd. Die BaFin hat die Deutsche Bank deshalb im November 2007 als Finanzkonglomerat eingestuft. Die Hauptauswirkung dieser Einstufung besteht darin, dass die Deutsche Bank der BaFin und der Bundesbank Eigenmittelanforderungen und Risikokonzentrationen auch auf Konglomeratsebene anzuzeigen hat. Außerdem ist die Deutsche Bank dazu verpflichtet, bedeutende gruppeninterne Transaktionen anzuzeigen. Nach Festlegung der anwendbaren Berechnungsmethode durch die BaFin wurde die erste Berechnung der Eigenmittelausstattung auf Konglomeratsebene im Jahr 2008 durchgeführt.

Liquiditätsanforderungen

Das Kreditwesengesetz schreibt vor, dass deutsche Banken und bestimmte Finanzdienstleistungsinstitute ihre Mittel so anlegen müssen, dass eine ausreichende Liquidität jederzeit gewährleistet ist. Die zum 1. Januar 2007 in Kraft getretene Liquiditätsverordnung stellt dabei auf einen Vergleich der Restlaufzeiten bestimmter Aktiv- und Passivpositionen ab. Sie verlangt ein Verhältnis (Liquiditätskennzahl) der innerhalb eines Monats nach Ermittlung der Kennzahl verfügbaren Zahlungsmittel zu den während dieses Zeitraums abrufbaren Zahlungsverpflichtungen von mindestens eins. Banken und Finanzdienstleistungsinstitute, die der Liquiditätsverordnung unterliegen, können institutseigene Methoden und Verfahren zur Ermittlung und Steuerung des Liquiditätsrisikos anwenden, sofern die BaFin diese Methoden und Verfahren genehmigt hat. Die Liquiditätskennzahl und Beobachtungs-

kennzahlen für die nächsten elf Monate müssen der BaFin monatlich gemeldet werden. Auf konsolidierter Basis finden die Liquiditätsanforderungen keine Anwendung.

Jahres- und Konzernabschlüsse; Abschlussprüfungen

Im Einklang mit den Anforderungen des Handelsgesetzbuchs erstellt die Deutsche Bank AG unkonsolidierte Jahresabschlüsse nach den in Deutschland geltenden Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung und Konzernabschlüsse nach International Financial Reporting Standards („IFRS“). Bis zum 31. Dezember 2006 hat die Deutsche Bank AG Konzernabschlüsse nach US-amerikanischen Rechnungslegungsvorschriften erstellt, was nach Handelsgesetzbuch zulässig war.

Da die Deutsche Bank AG seit dem 1. Januar 2007 auf die Anwendung von Eigenkapitalanforderungen und Großkreditgrenzen auf unkonsolidierter Basis verzichtet, wird die Einhaltung dieser Anforderungen ausschließlich auf konsolidierter Basis gemäß den nach IFRS erstellten Konzernabschlüssen festgestellt.

Nach deutschem Recht unterliegen die Deutsche Bank AG und der Deutsche Bank-Konzern der gesetzlich vorgeschriebenen jährlichen Prüfung durch einen von der Hauptversammlung bestimmten Wirtschaftsprüfer. Der Wirtschaftsprüfer wird vom Aufsichtsrat der Deutsche Bank AG beauftragt, der die Prüfung beaufsichtigt. Die BaFin ist von der Bestellung des Wirtschaftsprüfers zu informieren und kann diesen ablehnen.

Das Kreditwesengesetz sieht vor, dass der Abschlussprüfer der Bank die BaFin über alle dem Wirtschaftsprüfer bekannt gewordenen Tatsachen in Kenntnis setzt, die ihn dazu veranlassen, den Jahresabschluss der Bank nicht bzw. nur eingeschränkt zu bestätigen oder die sich nachteilig auf die Finanzlage der Bank auswirken würden. Außerdem ist der Abschlussprüfer verpflichtet, die BaFin von wesentlichen Verstößen der Geschäftsleitung gegen die Satzung der Bank oder anwendbares Recht zu unterrichten.

Der Abschlussprüfer ist zur Erstellung eines detaillierten und ausführlichen Prüfungsberichts verpflichtet, der dem Aufsichtsrat der Bank, der BaFin und der Bundesbank vorzulegen ist.

Berichtspflichten

Deutsche Banken sind zur umfassenden Informationsübermittlung an die BaFin und die Bundesbank verpflichtet, damit diese die Einhaltung des Kreditwesengesetzes sowie anderer gesetzlicher Anforderungen überwachen können und Informationen über die Finanzlage der Banken erhalten.

Interne Revision

Das Kreditwesengesetz verlangt, dass jede deutsche Bank über eine funktionsfähige und unabhängige interne Revisionsabteilung verfügt. Interne Prüfungen, die auf einem risikoorientierten Ansatz beruhen und regelmäßig durchgeführt werden, sollen auf unabhängige und sachgerechte Weise die Angemessenheit der internen Kontrollsysteme einer Bank hinsichtlich ihrer Aktivitäten und Verfahren sicherstellen.

Die Banken sind zudem verpflichtet, einen schriftlichen Organisationsplan zu erstellen, dem die Aufgaben der Mitarbeiter sowie die einschlägigen Ablaufprozesse zu entnehmen sind. Die interne Revisionsabteilung hat die Einhaltung dieses Plans zu überwachen.

Durchsetzung bankrechtlicher Vorschriften; Ermittlungsbefugnisse

Untersuchungen und Prüfungen

Die BaFin führt sowohl stichprobenartig als auch bei Vorliegen besonderer Gründe Prüfungen bei Banken durch. Außerdem ist die BaFin für die Überprüfung interner Risikomodelle, die von den Banken zu aufsichtsrechtlichen Zwecken eingesetzt werden, zuständig. Die BaFin kann von einer Bank

Informationen und Unterlagen anfordern, um die Einhaltung des Kreditwesengesetzes und der anwendbaren Verordnungen sicherzustellen. Sie kann Untersuchungen durchführen, ohne hierfür Gründe angeben zu müssen.

Die BaFin kann auch bei ausländischen Unternehmen, die für aufsichtsrechtliche Zwecke mit einer Bank konsolidiert werden, Ermittlungen durchführen. Ermittlungen bei ausländischen Unternehmen sind durch das Recht des Staates, in dem das betreffende Unternehmen seinen Sitz hat, beschränkt.

Die BaFin ist berechtigt, an den Sitzungen des Aufsichtsrats und der Hauptversammlung einer Bank teilzunehmen. Sie ist auch befugt, die Einberufung solcher Sitzungen oder der Hauptversammlung zu verlangen.

Zwangmaßnahmen

Stellt die BaFin Unregelmäßigkeiten fest, verfügt sie über ein breites Spektrum von Befugnissen. Sie kann die Geschäftsleiter einer Bank abberufen, ihre Aufgaben vollständig oder teilweise auf einen Sonderbeauftragten übertragen oder ihnen die weitere Ausübung ihrer Leitungsfunktion untersagen. Wenn eine Bank nicht über ausreichende Eigenmittel verfügt oder die Liquiditätsanforderungen nicht erfüllt und die Mängel nicht innerhalb einer bestimmten Frist behebt, kann die BaFin die Ausschüttung von Gewinnen oder die Gewährung von Krediten durch die Bank untersagen oder beschränken. Dies gilt auch für das Mutterunternehmen einer Institutsgruppe, wenn die konsolidierten Eigenmittel der Gruppe nicht den gesetzlichen Anforderungen entsprechen. Wenn eine Bank die Liquiditätsanforderungen nicht erfüllt, kann die BaFin der Bank außerdem untersagen, weitere Investitionen in illiquide Vermögensgegenstände zu tätigen. Ferner kann die BaFin eine Bank anweisen, Maßnahmen zur Reduzierung von Risiken, die sich aus bestimmten Arten von Transaktionen oder von der Bank genutzten Systemen ergeben, zu ergreifen.

Besteht die Gefahr, dass eine Bank ihren Verpflichtungen gegenüber ihren Gläubigern nicht mehr nachkommen kann, kann die BaFin zur Abwendung dieser Gefahr gewisse Notfallmaßnahmen ergreifen. Hierzu können gehören:

- Anweisungen für die Geschäftsführung der Bank;
- das Verbot der Annahme von Einlagen oder der Gewährung von Krediten;
- die Anweisung von Maßnahmen zur Reduzierung von Risiken;
- die Untersagung oder Beschränkung der Tätigkeit der Geschäftsleitung einer Bank; und
- die Bestellung von Aufsichtspersonen.

Falls diese Maßnahmen nicht ausreichen, kann die BaFin der Bank die Erlaubnis entziehen und, falls erforderlich, die Schließung der Bank anordnen.

Um die Insolvenz einer Bank zu verhindern, kann die BaFin ein Veräußerungs- und Zahlungsverbot erlassen, den Kundenverkehr aussetzen und die Entgegennahme von Zahlungen, die nicht zur Tilgung von Schulden gegenüber der Bank bestimmt sind, verbieten. Nur die BaFin kann einen Antrag auf Einleitung eines Insolvenzverfahrens gegen eine Bank stellen.

Verstöße gegen das Kreditwesengesetz können mit Strafen oder Geldbußen geahndet werden.

Als Reaktion auf die aktuelle Krise an den Finanzmärkten werden derzeit Vorschläge zur Ausweitung der BaFin-Befugnisse diskutiert. Ein Vorschlag sieht die Ermächtigung der BaFin vor, Banken, die in Gefahr sind, ihren Verpflichtungen gegenüber ihren Gläubigern nicht mehr nachkommen zu können, zur Erhöhung ihres Kapitals durch Ausgabe von Stammaktien an den neuen Finanzmarktstabilisierungsfonds zu verpflichten. Entgegenstehende Hauptversammlungsbeschlüsse sollen insofern unbeachtlich sein.

Einlagensicherung in Deutschland

Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz

Das Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz sieht ein verpflichtendes System zur Sicherung von Einlagen in Deutschland vor. Nach diesem Gesetz muss jede deutsche Bank einer staatlich anerkannten Entschädigungseinrichtung angehören. Die Entschädigungseinrichtungen unterstehen der Aufsicht der BaFin. Die Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH ist die zuständige gesetzliche Entschädigungseinrichtung für Privatbanken wie die Deutsche Bank AG.

Die Entschädigungseinrichtungen ziehen Beiträge ihrer Mitgliedsbanken ein, verwalten diese und erfüllen Entschädigungsansprüche der Anleger nach dem Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz. Ist eine Bank aufgrund ihrer Finanzlage dauerhaft nicht in der Lage, Einlagen zurückzuzahlen oder Verbindlichkeiten aus Wertpapiergeschäften zu erfüllen, haben die Gläubiger nach dem Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz einen Anspruch gegen die Entschädigungseinrichtung der betreffenden Bank, wenn die BaFin den Entschädigungsfall festgestellt und veröffentlicht hat. Bestimmten Gläubigerunternehmen wie Banken, Finanzinstituten, Versicherungsunternehmen, Kapitalanlagegesellschaften, der Bundesrepublik Deutschland, den Bundesländern, Gemeinden sowie den großen und mittelgroßen Kapitalgesellschaften steht jedoch kein derartiger Anspruch zu.

Die Entschädigungseinrichtung haftet nur für die Zahlung von Verbindlichkeiten aus Einlagen und Wertpapiergeschäften, die auf Euro oder auf ein gesetzliches Zahlungsmittel eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum lauten. Die Entschädigungseinrichtungen haften nicht für Ansprüche aus Inhaber- und Orderschuldverschreibungen. Die Haftung der Entschädigungseinrichtung gegenüber einem Gläubiger einer zahlungsunfähigen Bank ist auf jeweils 90 % des Gesamtwertes der Einlagen des Gläubigers bei dieser Bank oder der Verbindlichkeiten aus Wertpapiergeschäften und höchstens € 20.000 je Gläubiger beschränkt. Im Februar 2009 hat die Bundesregierung einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes vorgelegt, wonach die Mindestabdeckung für Einlagen ab dem 30. Juni 2009 auf € 50.000 und ab dem 31. Dezember 2010 auf € 100.000 angehoben werden soll. Innerhalb dieser Grenzen sollen 100 % des Gesamtwertes der Einlagen bzw. Verbindlichkeiten aus Wertpapiergeschäften gedeckt werden. Die vorgeschlagene Änderung dient der Umsetzung einer europäischen Richtlinie, deren Erlass für Frühjahr 2009 erwartet wird.

Die Banken sind verpflichtet, jährliche Beiträge an ihre Entschädigungseinrichtung zu leisten. Eine Entschädigungseinrichtung hat von den ihr angehörenden Banken Sonderbeiträge zu erheben oder Kredite aufzunehmen, wenn dies zur Befriedigung eines Entschädigungsanspruchs nach dem Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz erforderlich ist. Eine Obergrenze für derartige Sonderbeiträge ist nicht vorgesehen. Die Entschädigungseinrichtung kann eine Bank von Sonderbeiträgen vollständig oder teilweise befreien, wenn die Zahlung dieser Beiträge dazu führen könnte, dass die Bank ihre Einlagen nicht mehr zurückzahlen oder ihren Verpflichtungen aus Wertpapiergeschäften nicht mehr nachkommen kann. Der entsprechende Betrag wird in diesem Fall anteilig auf die Sonderbeiträge der anderen Banken umgelegt, die dieser Entschädigungseinrichtung angehören.

Freiwillige Einlagensicherung

Verbindlichkeiten gegenüber Gläubigern, die nicht durch das Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz abgedeckt sind, können durch einen Sicherungsfonds abgesichert werden, den Banken auf freiwilliger Basis eingerichtet haben. Die Deutsche Bank AG gehört dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. an. Der Einlagensicherungsfonds deckt Verbindlichkeiten gegenüber Kunden bis zu einem Betrag von 30 % des Kernkapitals und des Ergänzungskapitals der Bank ab, wobei das Ergänzungskapital nur bis zu einer Höhe von maximal 25 % des Kernkapitals angerechnet wird. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Banken und bestimmten anderen Instituten und Verbindlichkeiten der Banken, die in Inhaberpapieren und Namenspfandbriefen verbrieft sind, werden vom Einlagensicherungsfonds nicht geschützt. Soweit der Einlagensicherungsfonds Zahlungen an Kunden einer Bank leistet, tritt er in deren Anspruch gegenüber der Bank ein.

Banken, die Mitglied eines Einlagensicherungsfonds sind, leisten eine Regelumlage an den Einlagensicherungsfonds, die auf der Grundlage ihrer Verbindlichkeiten gegenüber Kunden berechnet wird. Außerdem kann von ihnen eine Sonderumlage bis zur Höhe der Regelumlage erhoben werden, soweit der Einlagensicherungsfonds dies zur Durchführung seiner Aufgaben verlangt. Sollte eine deutsche Bank in finanzielle Schwierigkeiten geraten, ist es aus diesem Grund möglich, dass die Deutsche Bank sich an ihrer Sanierung beteiligt, auch wenn die Deutsche Bank keine Geschäftsbeziehung zu ihr unterhält und kein strategisches Interesse an ihr hat, damit die Deutsche Bank im Fall der Insolvenz dieser Bank die Zahlung einer Sonderumlage an den Einlagensicherungsfonds vermeiden kann. Es ist aber auch möglich, dass die Deutsche Bank zur Leistung einer derartigen Sonderumlage aufgefordert wird.

Regulierung und Aufsicht im Europäischen Wirtschaftsraum

Die Europäische Union hat seit 1989 eine Reihe von Richtlinien erlassen, um einen einheitlichen und weitgehend barrierefreien europäischen Markt für Bank- und Finanzdienstleistungen zu schaffen. Das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum erweitert diesen einheitlichen Markt auf Island, Liechtenstein und Norwegen. Innerhalb dieses Marktes sind die Niederlassungen der Deutsche Bank AG grundsätzlich auf der Basis des so genannten „Europäischen Passes“ tätig. Durch den Europäischen Pass unterliegen die Niederlassungen der Deutsche Bank AG in erster Linie der Regulierung und Aufsicht durch die BaFin. Die Aufsichtsbehörden der Niederlassungsländer sind für die Regulierung und Aufsicht im Hinblick auf die Liquiditätsanforderungen und die Finanzmärkte des Niederlassungslandes zuständig. Sie behalten außerdem die Zuständigkeit hinsichtlich der Erbringung von Wertpapierdienstleistungen innerhalb des Staatsgebiets des Niederlassungslandes.

Regulierung und Aufsicht in den Vereinigten Staaten

Die Geschäftstätigkeit der Deutschen Bank unterliegt in den Vereinigten Staaten einer umfassenden banken- und wertpapieraufsichtsrechtlichen Regulierung und Aufsicht durch Bund und Einzelstaaten. Die Deutsche Bank AG ist über ihre New Yorker Zweigniederlassung unmittelbar im US-amerikanischen Bankgeschäft tätig. Ferner kontrolliert die Gesellschaft US-amerikanische Bank-Tochtergesellschaften, darunter die Deutsche Bank Trust Company Americas („DBTCA“), US-amerikanische Broker-Dealer wie die Deutsche Bank Securities Inc., US-amerikanische Treuhandgesellschaften, die kein Einlagengeschäft betreiben, sowie Tochtergesellschaften außerhalb des Bankensektors.

Aufsichtsbehörden

Die Deutsche Bank AG und ihre 100%ige Tochtergesellschaft Taunus Corporation gelten, unter anderem weil sie Gesellschafter der DBTCA sind, als Bankholdinggesellschaften im Sinne des *U. S. Bank Holding Company Act of 1956* in der jeweils gültigen Fassung (der „*Bank Holding Company Act*“). Infolgedessen unterliegen die Deutsche Bank und ihr US-amerikanisches Geschäft der Regulierung, Aufsicht und Prüfung durch das *Federal Reserve Board* als US-amerikanische „Dachaufsicht“

DBTCA ist eine nach dem Recht des Bundesstaats New York zugelassene Bank und Mitglied im *Federal Reserve System*. Ihre Einlagen sind durch die *Federal Deposit Insurance Corporation* (die *FDIC*) gesichert. Die DBTCA unterliegt der Regulierung, Aufsicht und Prüfung durch das *Federal Reserve System* und dem *New York State Banking Department* sowie den maßgeblichen Bestimmungen der *FDIC*. Die Deutsche Bank Trust Company Delaware ist eine nach dem Recht des Bundesstaats Delaware zugelassene Bank und nicht Mitglied des *Federal Reserve System*. Als eine einzelstaatliche Nichtmitgliedsbank, deren Einlagen durch die *FDIC* gesichert sind, unterliegt sie der Regulierung, Aufsicht und Prüfung durch die *FDIC* und dem *Office of the State Bank Commissioner of Delaware*. Die New Yorker Zweigniederlassung der Deutsche Bank AG unterliegt der Aufsicht durch das *Federal Reserve System* und das *New York State Banking Department*, jedoch sind ihre Einlagen nicht durch die *FDIC* gesichert (und auch nicht sicherungsfähig). Die auf Bundesebene zugelassenen Treuhandgesellschaften, die kein Einlagengeschäft betreiben, unterliegen der Regulierung, Aufsicht und Prüfung durch das *Office of the Comptroller of the Currency*. Einige Tochtergesellschaften der Bank unterliegen ebenfalls der Regulierung, Aufsicht und Prüfung durch Bankaufsichtsbehörden bestimmter Bundesstaaten, in denen die Deutsche Bank Bankgeschäfte betreibt, darunter New Jersey.

Beschränkungen von Tätigkeiten

Wie nachstehend beschrieben beschränken die bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften des Bundes und der Einzelstaaten die Möglichkeit der Deutschen Bank, direkt oder indirekt über Tochtergesellschaften Geschäfte in den Vereinigten Staaten zu betreiben.

Die Deutsche Bank hat die vorherige Genehmigung des *Federal Reserve Board* einzuholen, bevor sie unmittelbar oder mittelbar das Eigentum oder die Kontrolle über mehr als 5% irgendeiner Form von stimmberechtigten Anteilen einer US-Bank, bestimmter anderer Institute, die das Einlagengeschäft betreiben, oder Holdinggesellschaften solcher Banken oder Institute erwirbt. Gemäß dem *Bank Holding Company Act* und den Bestimmungen des *Federal Reserve Board* ist es der Deutschen Bank im Rahmen ihrer US-amerikanischen Bankgeschäfte (einschließlich der New Yorker Zweigniederlassung und der DBTCA) verboten, den Vertrieb bestimmter Produkte und Dienstleistungen davon abhängig zu machen, dass der Kunde weitere Produkte oder Dienstleistungen aus dem Konzern abnimmt.

Die beiden US-amerikanischen, einlagengesicherten Bank-Tochtergesellschaften unterliegen Bestimmungen und Einschränkungen nach dem jeweiligen Recht auf Bundes- bzw. Bundesstaatsebene. Dazu zählen Anforderungen, Einlagen mit Rücklagen zu unterlegen, Beschränkungen hinsichtlich der Art und Höhe von Darlehen sowie der darauf erhobenen Zinsen, und Beschränkungen hinsichtlich zulässiger Anlagearten und angebotener Dienstleistungen. Ferner unterliegen die Geschäfte dieser Tochtergesellschaften verschiedenen Verbrauchergesetzen und -vorschriften.

Nach US-amerikanischem Recht sind die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften generell auf das Bankgeschäft, die Verwaltung und Führung von Banken sowie andere Tätigkeiten beschränkt, von denen der *Federal Reserve Board* festgestellt hat, dass sie ein geeignetes Nebengeschäft zum Bankgeschäft oder zur Verwaltung oder Führung von Banken sind. Gemäß dem *Gramm-Leach Bliley Act of 1999* (der „*GLB Act*“) dürfen jedoch dazu berechnete Bankholdinggesellschaften sowie ausländische Banken, die als Finanzholdinggesellschaften gelten, eine wesentlich breitere Auswahl an Nicht-Bankgeschäften in den Vereinigten Staaten betreiben, darunter Wertpapier-, Handelsbank-, Versicherungs- und andere Finanzgeschäfte, ggf. ohne dass es einer vorherigen Anzeige an bzw. einer Genehmigung durch das *Federal Reserve Board* oder eine andere US-amerikanische Bankenaufsicht bedarf. Die Gesellschaft wurde im März 2000 eine Finanzholdinggesellschaft, und solange die Gesellschaft diesen Status aufrechterhält, kann sie diese breitere Auswahl an Geschäften tätigen. Als nicht-US-amerikanische Bank ist die Gesellschaft nach dem *Bank Holding Company Act* und den Bestimmungen des *Federal Reserve Board* grundsätzlich berechnete, eine nicht-US-amerikanische Gesellschaft, die finanzfremde Tätigkeiten ausübt, zu erwerben, vorausgesetzt, dass die US-Geschäfte dieser Gesellschaft bestimmte in den Bestimmungen des *Federal Reserve Board* festgelegte Grenzen nicht überschreiten und bestimmte andere Bedingungen erfüllt sind. Des Weiteren können die Gesellschaft und ihre Nicht-Bank-Tochtergesellschaften im Rahmen der durch den *GLB Act* und den Bestimmungen des *Federal Reserve Board* gewährten Handelsbankerlaubnis grundsätzlich in Gesellschaften investieren, die finanzfremde Tätigkeiten betreiben, sofern die Anlagedauer auf zehn (oder in bestimmten Fällen fünfzehn) Jahre beschränkt ist, eine solche Gesellschaft nicht regelmäßig verwaltet wird und kein Cross-Marketing mit den US-Niederlassungen und Banktöchtern betrieben wird.

Der Status der Gesellschaft als eine Finanzholdinggesellschaft und die daraus resultierende Möglichkeit, eine große Bandbreite an gemäß dem *GLB Act* erlaubten Tätigkeiten zu betreiben, hängen davon ab, dass die Gesellschaft und ihre beiden einlagengesicherten US-amerikanischen Einlagenkreditinstitute weiterhin über eine „gute Kapitalausstattung“ und eine „gute Geschäftsführung“ (im Sinne der Bestimmungen des *Federal Reserve Board*) verfügen. Eine weitere Voraussetzung ist, dass die einlagengesicherten US-amerikanischen Einlagenkreditinstitute bestimmte Anforderungen des *Community Reinvestment Act* erfüllen. Um die Anforderung der „guten Kapitalausstattung“ zu erfüllen, müssen die Gesellschaft und deren US-amerikanische Einlagenkreditinstitute Kapitalquoten aufweisen, die jenen einer US-Bank mit guter Kapitalausstattung entsprechen, einschließlich einer risikobasierten Kernkapitalquote von mindestens 6% und einer gesamten risikobasierten Eigenmittelquote von mindestens 10%. Verfügt die Gesellschaft oder eines ihrer US-amerikanischen Einlagenkreditinstitute nicht mehr über eine gute Kapitalausstattung oder eine gute Geschäftsführung oder werden Anforderungen an den Status einer Finanzholdinggesellschaft nicht mehr erfüllt, muss die Deutsche

Bank gegebenenfalls und abhängig davon, welche Anforderung nicht erfüllt wurde, die gemäß dem *GLB Act* erlaubten Tätigkeiten und Investitionen bzw. das US-Bankgeschäft einstellen.

Gemäß dem *Supervision and Regulation Letter No. 01-01* (SR 01-01), der 2001 von der Abteilung für Bankenaufsicht und -regulierung des *Federal Reserve Board* ausgegeben wurde, muss die Taunus Corporation als übergeordnete US-amerikanische Bankholdinggesellschaft und Tochter der Deutsche Bank AG nicht die Eigenmittelvorschriften erfüllen, die gemäß Maßgabe des *Federal Reserve Board* prinzipiell für US-Banken gelten, sofern die Deutsche Bank AG eine Finanzholdinggesellschaft bleibt, von welcher das *Federal Reserve Board* weiterhin der Ansicht ist, dass sie über eine gute Kapitalausstattung und eine gute Geschäftsführung verfügt. Da die Taunus Corporation ihre Tochtergesellschaften über ihre Muttergesellschaft finanzieren kann, hat sie auf unkonsolidierter Ebene keine bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel vorzuhalten. Würde die Deutsche Bank AG nicht mehr über eine gute Kapitalausstattung oder eine gute Geschäftsführung verfügen und sollte die Taunus Corporation dadurch (oder durch sonstige Änderungen in der Verwaltungspraxis des *Federal Reserve Boards*) fortan den US-amerikanischen Eigenmittelanforderungen unterliegen, müsste die Deutsche Bank ihr US-Geschäft umstrukturieren. Der Umfang einer solchen Umstrukturierung und deren nachteilige Auswirkungen auf die Finanzlage und Finanzgeschäfte der Deutschen Bank können zum derzeitigen Zeitpunkt nicht beurteilt werden.

Der *GLB Act* und die Bestimmungen des *Federal Reserve Board* enthalten weitere Regelungen, welche die Geschäftstätigkeit der Bank und die Geschäftstätigkeit von Finanzinstituten im Allgemeinen beeinträchtigen könnten. Die Deutsche Bank ist nach einer dieser Regelungen verpflichtet, ihre Datenschutzrichtlinien Verbrauchern offen zu legen und ihnen die Möglichkeit einzuräumen, sich wahlweise gegen die Offenlegung ihrer nicht-öffentlichen Informationen gegenüber Dritten zu entscheiden. Ferner dürfen einzelne Bundesstaaten über Gesetze und Bestimmungen einen umfangreicheren Datenschutz einführen.

Zudem schränken die so genannten „Push-Out“-Bestimmungen des *GLB Act* die Ausnahme von Banken (einschließlich Zweigniederlassungen von Auslandsbanken in den USA wie der Zweigniederlassung der Gesellschaft in New York) aus den Begriffen „Broker“ und „Dealer“ gemäß dem *Securities Exchange Act of 1934* ein. Die Einschränkung der Ausnahme von Banken aus dem Begriff „Dealer“ trat am 30. September 2003 in Kraft und die Einschränkung der Ausnahme von Banken aus dem Begriff „Broker“ trat für die Deutsche Bank am 1. Januar 2009 in Kraft. Infolge dieser Bestimmungen wurden einige von der DBTCA und der New Yorker Zweigniederlassung der Gesellschaft getätigte Wertpapiergeschäfte umstrukturiert oder an eine oder mehrere US-amerikanische Broker-Dealer-Tochtergesellschaften übertragen.

Ferner sind einzelstaatlich zugelassene Banken (wie die DBTCA) und einzelstaatlich genehmigte Zweigniederlassungen und Vertretungen von Auslandsbanken (wie die Zweigniederlassung der Gesellschaft in New York) nach bundesstaatlichen US-Bankgesetzen generell nicht befugt, in eigenem Namen und auf eigene Rechnung Tätigkeiten auszuüben, die entsprechenden bundesstaatlich zugelassenen bzw. genehmigten Banken bzw. Niederlassungen nicht erlaubt sind, es sei denn, (i) die *FDIC* stellt im Fall von einzelstaatlich zugelassenen Banken (wie der DBTCA) fest, dass die zusätzliche Tätigkeit kein erhebliches Risiko für den Einlagensicherungsfonds der *FDIC* darstellt und ordnungsgemäßer Bankpraxis entspricht, oder (ii) das *Federal Reserve Board* stellt im Fall von einzelstaatlich genehmigten Zweigniederlassungen und Vertretungen (wie der Zweigniederlassung der Gesellschaft in New York) fest, dass die zusätzliche Tätigkeit ordnungsgemäßer Bankpraxis entspricht. Die bundesstaatlichen Bankgesetze der Vereinigten Staaten unterwerfen einzelstaatliche Zweigniederlassungen und Vertretungen zudem denselben kreditnehmerbezogenen Kreditobergrenzen, die für Zweigniederlassungen und Vertretungen auf Bundesebene gelten. Diese Beschränkungen entsprechen wiederum im Wesentlichen denjenigen, die für landesweit tätige Banken gelten und bemessen sich nach den Eigenmitteln der gesamten Auslandsbank (d. h. der Deutsche Bank AG im Falle ihrer New Yorker Niederlassung).

Nach dem *International Banking Act of 1978* in seiner gültigen Fassung darf das *Federal Reserve Board* verfügen, dass jegliche Tätigkeiten einer Zweigniederlassung einer Auslandsbank in den Vereinigten Staaten eingestellt werden, falls festgestellt wird, dass die Auslandsbank in ihrem Heimatstaat keiner umfassenden konsolidierten Aufsicht unterliegt (außer das Heimatland macht nachweisliche Fortschritte bei der Einführung einer solchen Aufsicht), oder dass es hinreichende Gründe für

die Annahme gibt, dass diese Auslandsbank oder ein mit ihr verbundenes Unternehmen gegen das Gesetz verstoßen hat oder in den Vereinigten Staaten unsichere oder nicht ordnungsgemäße Bankgeschäfte betreibt und aufgrund dieser Verletzung oder dieses Geschäftsgebarens die weitere Geschäftstätigkeit der Zweigniederlassung in den Vereinigten Staaten nicht mit dem öffentlichen Interesse oder dem Zweck der bundesstaatlichen Bankgesetze zu vereinbaren wären.

Die Vergabe von Darlehen oder die Gewährung anderen Kredits von den US-Banktöchtern der Gesellschaft an die Gesellschaft oder ihre Tochtergesellschaften außerhalb des Bankensektors unterliegen ebenso Beschränkungen wie bestimmte sonstige Geschäfte zwischen diesen Parteien. Im Allgemeinen müssen diese Geschäfte zu Bedingungen ausgeführt werden, die üblicherweise konzernfremden Gesellschaften angeboten würden, und durch bestimmte Sicherheiten in vorgegebener Höhe besichert sein. Des Weiteren unterliegen bestimmte Transaktionen, wie etwa bestimmte Kredite von US-Banktöchtern an die Gesellschaft bzw. deren Tochtergesellschaften außerhalb des Bankensektors oder der Kauf von Vermögenswerten durch diese Tochtergesellschaften von der Bank bzw. deren Tochtergesellschaften außerhalb des Bankensektors, Beschränkungen hinsichtlich ihres Umfangs. Diese Beschränkungen gelten auch für bestimmte Transaktionen der Zweigniederlassung der Gesellschaft in New York mit dem US-amerikanischen Broker-Dealer der Bank und einigen ihrer verbundenen Unternehmen.

Zweigniederlassung in New York

Die Zweigniederlassung New York der Bank hat vom *Superintendent of Banks* als Aufsichtsbehörde in New York die Erlaubnis zum Betrieb des Einlagen- und Kreditgeschäfts erhalten. Nach dem Bankgesetz des Bundesstaates New York muss die Zweigniederlassung New York bei Banken im Bundesstaat New York hochwertige und dafür zugelassene Vermögenswerte (*eligible assets*) als Sicherheit für den Schutz der Einleger und bestimmter anderer Gläubiger vorhalten. Bei ausländischen Kreditinstituten, die nach Ansicht des *Superintendent of Banks* des Bundesstaates New York mit einem „guten“ Rating versehen sind (wie die Zweigniederlassung New York) wird die Höhe der vorzuhaltenden Sicherheiten gestaffelt ermittelt, wobei der Prozentsatz der Drittverbindlichkeiten, der bestimmt, in welchem Umfang Sicherheiten vorzuhalten sind, nach und nach von 1% auf 0,25% sinkt, wenn diese Verbindlichkeiten von US-\$ 1 Mrd. oder weniger auf US-\$ 10 Mrd. oder mehr ansteigen. Maximal sind Sicherheiten im Wert von US-\$ 100 Mio. vorzuhalten. Sollte die Zweigniederlassung New York vom *Superintendent of Banks* des Bundesstaates New York nicht mehr als „gut“ geratet angesehen werden, muss die Deutsche Bank ggf. erhebliche zusätzliche Sicherheiten bei Banken im Bundesstaat New York vorhalten.

Das Bankgesetz des Bundesstaates New York ermächtigt den *Superintendent of Banks* zudem, Zweigniederlassungen von Auslandsbanken aufzugeben, für einen bestimmten Prozentsatz der Verbindlichkeiten der jeweiligen Zweigniederlassung Vermögenswerte vorzuhalten. Der derzeit gültige Prozentsatz liegt bei 0%. Jedoch darf der *Superintendent* von Fall zu Fall für jede einzelne Zweigniederlassung weitergehende Anforderungen für das Vorhalten von Vermögenswerten aufstellen. Für die Zweigniederlassung New York wurden solche Anforderungen nicht aufgestellt.

Das Bankgesetz des Bundesstaates New York ermächtigt den *Superintendent of Banks*, unter bestimmten Umständen den Geschäftsbetrieb und das Vermögen einer New Yorker Zweigniederlassung einer Auslandsbank zu übernehmen. Zu diesen Umständen gehören Verstöße gegen das Gesetz, nicht ordnungsgemäße Geschäftspraktiken, Eigenkapitalverluste, Zahlungseinstellung oder Einleitung von Liquidationsverfahren gegen die Auslandsbank an deren Sitz oder an einem anderen Ort. Bei der Abwicklung der Geschäfte der Zweigniederlassung oder ihrer Zerschlagung nach ihrer Übernahme durch den *Superintendent of Banks* werden lediglich die Forderungen berücksichtigt, die aus Geschäften mit der Zweigniederlassung herrühren. Unberührt bleibt das Recht der betroffenen Gläubiger, aus anderen Vermögenswerten der Auslandsbank Befriedigung zu suchen. Nach Begleichung der Verbindlichkeiten der Zweigniederlassung überträgt der *Superintendent of Banks* eventuell verbleibende Vermögenswerte an die Auslandsbank bzw. deren rechtmäßig ernannten Abwickler oder Insolvenzverwalter.

Gemäß dem Bankgesetz des Bundesstaates New York unterliegt die Zweigniederlassung New York grundsätzlich denselben eigenmittelbezogenen Kreditvergabebeschränkungen hinsichtlich einzelner Kreditnehmer, denen auch eine gemäß dem Recht des Bundesstaates New York zugelassene Bank

unterworfen ist, allerdings mit dem Unterschied, dass diese Beschränkungen für die Zweigniederlassung New York auf der Grundlage der gesamten Eigenmittel der Deutschen Bank berechnet werden.

Deutsche Bank Trust Company Americas

Wie andere in die Einlagensicherung der *FDIC* einbezogene Banken ist die DBTCA verpflichtet, zur Einlagensicherung im Rahmen des Einlagensicherungsfonds der *FDIC* Beiträge an die *FDIC* zu leisten (welche mittels eines von der *FDIC* zum 1. Januar 2007 eingeführten risikogewichteten Beitragssystems ermittelt werden). Diese Beiträge betragen derzeit für Banken mit einer guten Geschäftsführung und einer guten Eigenmittelausstattung zwischen 12 und 14 Basispunkten. Sie basieren auf einer Einstufung, die der jeweiligen Bank von ihrer primären Bundesaufsichtsbehörde (im Falle der DBTCA der *Federal Reserve Board*) zugewiesen wird, und in bestimmten Fällen den Ratings der Bank für langfristige Verbindlichkeiten durch landesweit anerkannte Rating-Agenturen. Die *FDIC* hat kürzlich Änderungsvorschläge zur risikogewichteten Beitragsbemessung ausgearbeitet, um das Beitragssystem stärker nach den bestehenden Risiken auszurichten. Die neuen Bemessungsregeln, die am 1. April 2009 in Kraft getreten sind, sehen erweiterte Bemessungsmöglichkeiten vor und verändern die Risikogewichtung durch die *FDIC* bei der Beitragsbemessung. Die *FDIC* rechnet mit einem durchschnittlichen Beitragsatz von 15,4 Basispunkten ab April 2009 für alle in die Einlagensicherung der *FDIC* einbezogenen Institute und beabsichtigt, im Jahr 2009 angesichts der Verluste des Deposit Insurance Funds wegen der derzeitigen Marktbedingungen Sonderbeiträge zu erheben. Im Jahr 2008 wurde die Einlagensicherung der *FDIC* vorübergehend bis zum 31. Dezember 2009 von US-\$ 100.000 auf US-\$ 250.000 je Einleger erhöht.

Der *Federal Deposit Insurance Corporation Improvement Act of 1991* (nachstehend „*FDICIA*“) schreibt eine umfangreiche Beaufsichtigung von Instituten vor, die Einlagen entgegennehmen (wie die DBTCA und ihre direkten und indirekten Muttergesellschaften), darunter die Verpflichtung der Bundesbehörden für die Bankaufsicht, unverzügliche Maßnahmen („*prompt corrective action*“) im Hinblick auf in die Einlagensicherung der *FDIC* einbezogene Banken zu ergreifen, sofern diese nicht die Mindestkapitalanforderungen erfüllen. Zu diesem Zweck unterteilt der *FDICIA* die Institute in fünf Klassen: „*well capitalized*“ (mit guter Kapitalausstattung), „*adequately capitalized*“ (mit angemessener Kapitalausstattung), „*undercapitalized*“ (unterkapitalisiert), „*significantly undercapitalized*“ (erheblich unterkapitalisiert) und „*critically undercapitalized*“ (kritisch unterkapitalisiert). Vermindert sich die Kapitalausstattung einer Bank, deren Einlagen gesichert sind, und fällt die Bank in eine der unteren Kategorien (oder wird sie aufgrund der Ermessensentscheidung ihrer Aufsichtsbehörde in eine untere Kategorie eingestuft), gelten für ihre Geschäftstätigkeit weitere Beschränkungen und die Aufsichtsbehörden auf Bundesebene sind ermächtigt (und in vielen Fällen verpflichtet), einschneidendere Maßnahmen bis zur Bestellung eines Sequesters oder Verwalters zu ergreifen, und zwar selbst dann, wenn die Bank noch zahlungsfähig ist. Darüber hinaus verbietet der *FDICIA* Banken, die in die Einlagensicherung der *FDICIA* einbezogen sind, grundsätzlich Kapitalausschüttungen (einschließlich Dividendenzahlungen) sowie die Zahlung von Verwaltungsgebühren an ihre Holdinggesellschaft, wenn dies zu einer Unterkapitalisierung der Bank führen würde. Wird eine gesicherte Bank unterkapitalisiert, so ist sie verpflichtet, der Bundesaufsichtsbehörde einen von der Holdinggesellschaft der Bank garantierten Plan zur Wiederherstellung einer angemessenen Kapitalisierung vorzulegen. Die Garantie ist beschränkt auf 5% des Vermögens der Bank zu dem Zeitpunkt, zu dem sie unterkapitalisiert wurde, oder, falls die unterkapitalisierte Bank den Plan nicht erfüllt, auf den Betrag der Unterkapitalisierung zu dem Zeitpunkt der Nichterfüllung, je nachdem, welcher Betrag niedriger ist. Versäumt es eine unterkapitalisierte Bank, einen angemessenen Plan vorzulegen, wird sie als erheblich unterkapitalisiert („*significantly undercapitalized*“) behandelt. Erheblich unterkapitalisierte Banken können einer Reihe von Beschränkungen unterworfen werden, darunter der Verpflichtung zur Emission von stimmberechtigten Aktien in einem Umfang, der zum Erreichen einer angemessenen Kapitalausstattung ausreicht, Verpflichtungen zur Reduzierung der Bilanzsumme und Beschränkungen bezüglich der Annahme von Einlagen von Korrespondenzbanken. Kritisch unterkapitalisierte („*critically undercapitalized*“) Institute, die das Einlagengeschäft betreiben, werden einem Sequester oder einem Verwalter unterstellt. Seit Inkrafttreten des *FDICIA* wurden die beiden in den Vereinigten Staaten versicherten Banken der Gesellschaft im Rahmen der Bestimmungen des *Federal Reserve Board* als „*well capitalized*“ eingestuft.

Die DBTCA und ihre Schwesterbank, die Deutsche Bank Trust Company Delaware, nehmen am *Temporary Liquidity Guarantee Program* der *FDIC* und unter diesem Programm insbesondere am *Trans-*

action Account Guarantee Program teil, wonach die *FDIC* bestimmte unverzinsliche Kontokorrentkonten garantiert. Im Rahmen des *Transaction Account Guarantee Program* sind teilnahmeberechtigte unverzinsliche Kontokorrentkonten bis zum 1. Dezember 2009 von der *FDIC* in voller Höhe garantiert. Institute, die am *Transaction Account Guarantee Program* teilnehmen, haben zusätzliche Beiträge für Guthaben zu entrichten, welche die Grenze von US-\$ 250.000 pro Kunde für die Einlagensicherung überschreiten.

Aufgrund der gegenwärtigen Finanzmarktlage könnten aufsichtsrechtliche Änderungen im US-amerikanischen Banken- und Finanzsektor eintreten, deren mögliche finanzielle Auswirkungen auf die Deutsche Bank nicht vorhergesagt werden können. Die US-amerikanischen Wettbewerber der Deutschen Bank haben Zugang zu Finanzmitteln aus dem Rettungsplan *Troubled Asset Repurchase Program* („*TARP*“). Da die Gesellschaft ein ausländisches Kreditinstitut ist, kann weder die Gesellschaft noch ihre US-Tochtergesellschaften am Kapitalbeschaffungsprogramm *TARP* teilnehmen.

Sonstiges

In den Vereinigten Staaten unterliegen die in den Vereinigten Staaten registrierten Broker-Dealer der Deutschen Bank der Regulierung durch die *Securities and Exchange Commission (SEC)*. Die für Broker-Dealer geltenden Bestimmungen erfassen alle Aspekte des Wertpapiergeschäfts, zum Beispiel:

- die Verkaufsmethoden;
- die Handelspraktiken unter Broker-Dealern;
- die Nutzung und Verwahrung von Kundengeldern und -wertpapieren;
- die Kapitalstruktur;
- die Aufzeichnungspflichten;
- die Finanzierung von Erwerbsgeschäften der Kunden; und
- das Geschäftsgebaren von Direktoren, Führungskräften und Mitarbeitern.

Darüber hinaus ist die Deutsche Bank Securities Inc., die wichtigste bei der *SEC* registrierte Broker-Dealer-Tochter der Gesellschaft in den Vereinigten Staaten, Mitglied der *New York Stock Exchange* und wird von dieser beaufsichtigt. Zudem untersteht sie den einzelstaatlichen Wertpapieraufsichtsbehörden der Bundesstaaten, in denen sie tätig ist. Die US-amerikanischen Regierungsbehörden, Selbstregulierungsorganisationen und einzelstaatlichen Wertpapierbehörden sind, soweit sie für die Broker-Dealer-Gesellschaften der Deutschen Bank zuständig sind, befugt, behördliche Verfahren durchzuführen, die zu einem Verweis, Ordnungsgeldern, einer Unterlassungsanordnung oder dem zeitweiligen oder dauerhaften Ausschluss eines Broker-Dealers, seiner Direktoren, Führungskräfte oder Mitarbeiter führen können.

HAUPTAKTIONÄRE

Das Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) verpflichtet Inhaber von Stimmrechten an börsennotierten Gesellschaften, sowohl der entsprechenden Gesellschaft als auch der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von vier Handelstagen, Beteiligungen ab gewissen Schwellenwerten anzuzeigen (siehe „Angaben über das Kapital der Deutsche Bank Aktiengesellschaft – Anzeigepflichten für Anteilsbesitz – Offenlegung von Beteiligungen an börsennotierten Aktiengesellschaften“). Der geringste eine Anzeigepflicht auslösende Schwellenwert beträgt 3 % des stimmberechtigten Grundkapitals.

Auf der Grundlage der bei der Bank eingegangenen Stimmrechtsmitteilungen (Stand: 1. April 2009) sind folgende Aktionäre wesentlich (mit mindestens 3 %) am stimmberechtigten Grundkapital der Deutsche Bank AG beteiligt: Deutsche Post AG (8,05 %), AXA S.A. Gruppe, Paris (4,58 %) und Credit Suisse Group, Zürich (über Finanzinstrumente) (3,54 %).

Aktionär	Anzahl der Aktien⁽¹⁾	Stimmrechtsanteil⁽²⁾
Deutsche Post AG, Bonn, Deutschland	50.000.000	8,05 %
Credit Suisse Group, Zürich, Schweiz ⁽³⁾	22.001.896	3,54 %
AXA S.A. Gruppe, Paris, Frankreich	28.445.869	4,58 %

- 1 Anzahl der Aktien gemäß der bei der Bank eingegangenen Stimmrechtsmitteilungen (Stand: 1. April 2009).
- 2 Berechnet auf Basis der zum Datum dieses Registrierungsformulars 620.859.015 ausstehenden Aktien der Bank.
- 3 Unmittelbar und mittelbar über Finanzinstrumente, die das Recht einräumen, Aktien an der Deutsche Bank AG zu erwerben.

Jede Aktie der Bank gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme. Nach deutschem Recht und gemäß der Satzung der Bank ist es nicht zulässig, soweit die Bank bedeutende Aktionäre hat, diesen im Vergleich zu den übrigen Aktionären abweichende Stimmrechte einzuräumen.

ANGABEN ÜBER DAS KAPITAL DER DEUTSCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT

Die nachfolgende Übersicht enthält Informationen über das Grundkapital der Gesellschaft sowie über bestimmte Vorschriften der Satzung der Bank und des deutschen Rechts.

Grundkapital und Aktien

Das im Handelsregister eingetragene Grundkapital der Bank beträgt zum Datum des Registrierungsformulars 1.589.399.078,40 € und ist in 620.859.015 auf den Namen lautende Stückaktien (Aktien ohne Nennbetrag) mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals der Bank je Stückaktie von 2,56 € und voller Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2008 eingeteilt.

Sämtliche Aktien sind vollständig eingezahlt. Jede Aktie gewährt in der Hauptversammlung der Bank eine Stimme. Beschränkungen des Stimmrechts bestehen nicht.

Sämtliche Aktien der Bank werden nach der Satzung als Namensaktien ausgegeben. Die Aktionäre haben der Bank zur Eintragung in das Aktienregister insbesondere, soweit es sich um natürliche Personen handelt, ihren Namen, ihre Anschrift und ihr Geburtsdatum, oder, soweit es sich um juristische Personen handelt, ihre Firma, ihre Geschäftsanschrift und ihren Sitz, sowie in jedem Fall die Zahl der von ihnen gehaltenen Aktien anzugeben. Die Eintragung im Aktienregister der Bank ist eine Voraussetzung für die Teilnahme an der Hauptversammlung der Bank und die Ausübung des Stimmrechts.

Börsenzulassung

Die Aktien der Bank, mit Ausnahme der am 6. März 2009 ausgegebenen 50.000.000 neuen Aktien, sind zum Handel im Regulierten Markt und zum Teilbereich des Regulierten Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse sowie zum Handel im Regulierten Markt an den sechs übrigen deutschen Wertpapierbörsen (Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart) zugelassen. Außerdem sind die Aktien der Bank, mit Ausnahme der neuen Aktien, an der *New York Stock Exchange* zugelassen. Die Bank geht davon aus, dass die Zulassung der am 6. März 2009 ausgegebenen neuen Aktien zum Handel an den deutschen Wertpapierbörsen und an der *New York Stock Exchange* sowie deren nachfolgende Einbeziehung in die bestehende Notierung ihrer Aktien im April 2009 erfolgt.

Übertragbarkeit der Aktien

Die Übertragbarkeit der Aktien der Bank ist weder gesetzlich noch durch die Satzung der Bank eingeschränkt.

Entwicklung des Grundkapitals seit 2006

Zum 1. Januar 2006 betrug das im Handelsregister eingetragene Grundkapital der Bank 1.392.266.869,76 € und war in 543.854.246 auf den Namen lautende Stückaktien eingeteilt. Seit dem 1. Januar 2006 hat sich das eingetragene Grundkapital der Bank wie folgt entwickelt:

- Am 15. Februar 2006 wurde das eingetragene Grundkapital im Hinblick auf die im Jahr 2005 erfolgte Ausgabe von 10.681.024 auf den Namen lautender Stückaktien aus dem bedingten Kapital der Bank an Mitarbeiter oder Mitglieder der Geschäftsführung der Bank und ihrer verbundenen Unternehmen angepasst und betrug 1.419.610.291,20 €.
- Ebenfalls am 15. Februar 2006 wurde das eingetragene Grundkapital der Bank auf Beschluss des Vorstands vom 24. Januar 2006 mit Zustimmung des Aufsichtsrats vom 1. Februar 2006 und auf der Grundlage entsprechender von der Hauptversammlung der Bank am 2. Juni 2004 und 1. Mai 2005 erteilter Ermächtigungen durch Einziehung von 40.000.000 Aktien um 102.400.000,00 € auf 1.317.210.291,20 € herabgesetzt.

- Am 27. April 2007 wurde das eingetragene Grundkapital im Hinblick auf die im Jahr 2006 erfolgte Ausgabe von 10.232.739 auf den Namen lautender Stückaktien aus dem bedingten Kapital der Bank an Mitarbeiter oder Mitglieder der Geschäftsführung der Bank und ihrer verbundenen Unternehmen angepasst und betrug 1.343.406.103,04 €.
- Am 14. Februar 2008 wurde das eingetragene Grundkapital im Hinblick auf die im Jahr 2007 erfolgte Ausgabe von 5.632.091 auf den Namen lautender Stückaktien aus dem bedingten Kapital der Bank an Mitarbeiter oder Mitglieder der Geschäftsführung der Bank und ihrer verbundenen Unternehmen angepasst und betrug 1.357.824.256,00 €.
- Mit Beschluss des Vorstands vom 22. September 2008 und der Zustimmung des Präsidialausschusses des Aufsichtsrats vom 22. September 2008 wurde das Grundkapital der Bank um 102.400.000,00 € unter Verwendung des von der Hauptversammlung im Jahr 2004 geschaffenen genehmigten Kapitals und teilweiser Verwendung des von der Hauptversammlung im Jahr 2007 geschaffenen genehmigten Kapitals durch die Ausgabe von 40.000.000 auf den Namen lautender Stückaktien aus dem genehmigten Kapital der Bank gegen Geldeinlage erhöht. Die Aktien wurden bei institutionellen Anlegern platziert. Die Durchführung der Kapitalerhöhung wurde am 23. September 2008 in das Handelsregister eingetragen. Nach dieser Kapitalerhöhung betrug das eingetragene Grundkapital der Bank 1.460.224.256,00 €, eingeteilt in 570.400.100 auf den Namen lautende Stückaktien.
- Am 11. Februar 2009 wurde das eingetragene Grundkapital im Hinblick auf die im Jahr 2008 erfolgte Ausgabe von 458.915 auf den Namen lautender Stückaktien aus dem bedingten Kapital der Bank an Mitarbeiter oder Mitglieder der Geschäftsführung der Bank und ihrer verbundenen Unternehmen angepasst und betrug 1.461.399.078,40 €.
- Mit Beschluss des Vorstands vom 23. Februar 2009 und der Zustimmung des Präsidialausschusses des Aufsichtsrats vom 23. Februar 2009, an den der Aufsichtsrat mit Beschluss vom 14. Januar 2009 die Beschlusszuständigkeit delegiert hatte, wurde das Grundkapital der Bank unter Verwendung des im Jahr 2006 geschaffenen genehmigten Kapitals durch Ausgabe von 50.000.000 auf den Namen lautender Stückaktien aus dem genehmigten Kapital der Bank gegen Einlage von 50.000.000 Stammaktien der Deutsche Postbank AG um 128.000.000 € auf 1.589.399.078,40 € erhöht. Das Bezugsrecht der Aktionäre wurde ausgeschlossen. Die neuen auf den Namen lautenden Stückaktien wurden an die Deutsche Post AG als Gegenleistung für die Übertragung von Aktien der Deutsche Postbank AG ausgegeben. Die Durchführung der Kapitalerhöhung wurde am 6. März 2009 in das Handelsregister eingetragen. Nach dieser Kapitalerhöhung beträgt das eingetragene Grundkapital der Bank 1.589.399.078,40 €, eingeteilt in 620.859.015 auf den Namen lautende Stückaktien.

Genehmigtes Kapital

Das Grundkapital der Bank kann durch Ausgabe neuer Aktien aus genehmigtem Kapital gegen Bar einlage und in bestimmten Fällen gegen Sacheinlagen erhöht werden. Zum Datum dieses Registrierungsformulars verfügt die Bank gemäß ihrer Satzung über ein genehmigtes aber nicht ausgegebenes Grundkapital von insgesamt 180.600.000 €, das sich wie folgt zusammensetzt:

- Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 2. Juni 2004 ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital der Bank bis zum 30. April 2009 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlage einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 150.000.000,00 € zu erhöhen. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen; der Vorstand ist jedoch ermächtigt, Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen und das Bezugsrecht auch insoweit auszuschließen, wie es erforderlich ist, um den Inhabern der von der Bank und ihren Tochtergesellschaften ausgegebenen Optionsrechte, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ein Bezugsrecht auf neue Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- bzw. Wandelrechts zustehen würde.
- Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 24. Mai 2007 ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital der Bank bis zum 30. April 2012 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlage einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 30.600.000,00 € zu erhöhen. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen; der Vorstand ist jedoch ermächtigt, Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen und das Bezugsrecht auch

insoweit auszuschließen, wie es erforderlich ist, um den Inhabern der von der Bank und ihren Tochtergesellschaften ausgegebenen Optionsrechte, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ein Bezugsrecht auf neue Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- bzw. Wandelrechts zustehen würde. Darüber hinaus ist der Vorstand ermächtigt, das Bezugsrecht mit Zustimmung des Aufsichtsrats in vollem Umfang auszuschließen, wenn der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabepreises nicht wesentlich unterschreitet.

Außerdem hat die Hauptversammlung der Bank am 29. Mai 2008 beschlossen, den Vorstand zu ermächtigen, das Grundkapital der Bank bis zum 30. April 2013 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geld- oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 140.000.000,00 € zu erhöhen. Der Beschluss sieht vor, dass den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen ist; der Vorstand ist jedoch ermächtigt, Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen und das Bezugsrecht auch insoweit auszuschließen, wie es erforderlich ist, um den Inhabern der von der Bank und ihren Tochtergesellschaften ausgegebenen Optionsrechte, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ein Bezugsrecht auf neue Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- bzw. Wandelrechts zustehen würde. Darüber hinaus sieht der Beschluss vor, den Vorstand zu ermächtigen, das Bezugsrecht mit Zustimmung des Aufsichtsrats auszuschließen, sofern die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen oder von Beteiligungen an Unternehmen erfolgt. Dieser Beschluss wurde jedoch von Aktionären der Bank angefochten. Das am 29. Mai 2008 von der Hauptversammlung beschlossene genehmigte Kapital ist zum Datum dieses Registrierungsformulars noch nicht im Handelsregister eingetragen und daher bislang nicht wirksam.

Entsprechend den Regelungen zum sog. gesetzlich genehmigten Kapital nach Artikel 2 § 3 des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes ist der Vorstand vorbehaltlich der Zustimmung des Aufsichtsrats darüber hinaus ermächtigt, bis zum 31. Dezember 2009 das Grundkapital der Bank bis zu 50% des am 18. Oktober 2008 bestehenden Grundkapitals der Bank durch Ausgabe neuer Aktien gegen Einlagen an den Finanzmarktstabilisierungsfonds zu erhöhen. Dabei ist das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen. Der Finanzmarktstabilisierungsfonds ist ein Sondervermögen des Bundes, welches bis zum 31. Dezember 2009 Unternehmen des Finanzsektors auf deren Antrag durch Stabilisierungsmaßnahmen unterstützen kann.

Bedingtes Kapital

Zum Datum dieses Registrierungsformulars verfügt die Bank über ein bedingtes aber nicht ausgegebenes Grundkapital von insgesamt 206.763.087,36 €, das sich wie folgt zusammensetzt:

- Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 17. Mai 1999 ist das Grundkapital der Bank um bis zu 3.733.363,20 €, eingeteilt in bis zu 1.458.345 Stückaktien, bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber der Optionsrechte, die aufgrund eines Aktienoptionsplans nach Maßgabe des Beschlusses der Hauptversammlung vom 17. Mai 1999 oder nach Maßgabe des Beschlusses der Hauptversammlung vom 17. Mai 2001 ausgegeben wurden, von ihren Optionsrechten Gebrauch machen und die Gesellschaft die Optionsrechte jeweils nicht durch Übertragung eigener Aktien oder im Wege einer Barzahlung erfüllt.
- Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 22. Mai 2002 ist das Grundkapital der Bank durch die Ausgabe von bis zu 20.714.736 neuer Stückaktien um bis zu 53.029.724,16 € bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung dient ausschließlich der Erfüllung von Optionsrechten von Mitgliedern des Vorstandes und Führungskräften der Bank sowie von Mitgliedern der Geschäftsführungen und Führungskräften verbundener Unternehmen, die aufgrund der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 22. Mai 2002 bis zum 20. Mai 2005 gewährt wurden. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber der ausgegebenen Optionsrechte von ihrem Bezugsrecht Gebrauch machen und die Bank die Optionsrechte nicht durch Übertragung eigener Aktien oder im Wege einer Barzahlung erfüllt.
- Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 2. Juni 2004 ist das Grundkapital der Bank durch die Ausgabe von bis zu 58.593.750 neuen auf den Namen lautenden Stückaktien um bis zu 150.000.000,00 € bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie (a) die Inhaber von Wandlungsrechten oder Optionsscheinen, die mit den von der Bank oder

deren unmittelbaren oder mittelbaren Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften bis zum 30. April 2009 auszugebenden Genussscheinen beziehungsweise Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen verbunden sind, von ihren Wandlungs- beziehungsweise Optionsrechten Gebrauch machen, oder (b) die zur Wandlung verpflichteten Inhaber der von der Bank oder deren unmittelbaren oder mittelbaren Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften bis zum 30. April 2009 auszugebenden Wandelgenussscheine beziehungsweise Wandelschuldverschreibungen ihre Pflicht zur Wandlung erfüllen.

Außerdem hat die Hauptversammlung der Bank am 29. Mai 2008 beschlossen, das Grundkapital der Bank durch die Ausgabe von bis zu 58.593.750 neuen auf den Namen lautenden Stückaktien um bis zu 150.000.000,00 € bedingt zu erhöhen. Nach dem Beschluss wird die bedingte Kapitalerhöhung nur insoweit durchgeführt, wie (a) die Inhaber von Wandlungsrechten oder Optionsscheinen, die mit den von der Bank oder deren unmittelbaren oder mittelbaren Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften bis zum 30. April 2013 auszugebenden Genussscheinen beziehungsweise Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen verbunden sind, von ihren Wandlungs- beziehungsweise Optionsrechten Gebrauch machen, oder (b) die zur Wandlung verpflichteten Inhaber der von der Bank oder deren unmittelbaren oder mittelbaren Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften bis zum 30. April 2013 auszugebenden Wandelgenussscheine beziehungsweise Wandelschuldverschreibungen ihre Pflicht zur Wandlung erfüllen. Dieser Beschluss wurde jedoch von Aktionären der Bank angefochten. Das am 29. Mai 2008 von der Hauptversammlung beschlossene bedingte Kapital ist zum Datum dieses Registrierungsformulars noch nicht im Handelsregister eingetragen und daher bislang nicht wirksam.

Wandel- und Optionsanleihen

Zum Zeitpunkt dieses Registrierungsformulars haben die Bank und ihre Tochtergesellschaften keine Wandel- oder Optionsanleihen begeben.

Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien

Zum 31. März 2009 hielt die Bank 2.648.839 eigene Aktien. Handelspositionen sind dabei nicht berücksichtigt.

Die Hauptversammlung der Bank hat am 29. Mai 2008 beschlossen, den Vorstand gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG und § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG zum Erwerb eigener Aktien zu ermächtigen. Die Beschlüsse wurden jedoch von Aktionären der Bank angefochten. Zum Datum dieses Registrierungsformulars ist das Verfahren noch nicht abgeschlossen. Durch ein der Anfechtung stattgebendes rechtskräftiges Urteil würden die angefochtenen Hauptversammlungsbeschlüsse für nichtig erklärt. Die Bank hat bislang auf Grundlage der Beschlüsse vom 29. Mai 2008 keine eigenen Aktien erworben. Die angefochtenen Beschlüsse lauten wie folgt:

Ermächtigung gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG

Der Vorstand ist gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG ermächtigt, bis zum 31. Oktober 2009 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien der Bank zu Preisen, die den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Aktie der Bank im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den jeweils drei vorangehenden Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten, zu kaufen und zu verkaufen. Dabei darf der Bestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien am Ende keines Tages 5% des Grundkapitals der Bank übersteigen.

Ermächtigung gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG

Der Vorstand ist außerdem gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, bis zum 31. Oktober 2009 eigene Aktien der Bank bis zu 10% des Grundkapitals zu erwerben. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Bank befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10% des Grundkapitals der Bank übersteigen. Der Erwerb

darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Der Gegenwert für den Erwerb der Aktien (ohne Erwerbsnebenkosten) darf bei Erwerb über die Börse den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Aktie der Bank im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor der Verpflichtung zum Erwerb nicht um mehr als 10 % über- und nicht um mehr als 20 % unterschreiten. Bei einem öffentlichen Kaufangebot darf er den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Aktie der Bank im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor dem Tag der Veröffentlichung des Angebots nicht um mehr als 15 % über- und nicht um mehr als 10 % unterschreiten. Sollte bei einem öffentlichen Kaufangebot das Volumen der angebotenen Aktien das vorgesehene Rückkaufvolumen überschreiten, muss die Annahme im Verhältnis der jeweils angebotenen Aktien erfolgen. Eine bevorrechtigte Annahme geringer Stückzahlen bis zu 50 Stück zum Erwerb angebotener Aktien der Bank je Aktionär kann vorgesehen werden.

Der Vorstand ist außerdem ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats eine Veräußerung der erworbenen Aktien sowie etwa auf Grund vorangegangener Ermächtigungen nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG erworbener Aktien über die Börse, durch ein Angebot an alle Aktionäre beziehungsweise gegen Sachleistung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu dem Zweck, Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen zu erwerben, vorzunehmen. Darüber hinaus ist der Vorstand ermächtigt, bei einer Veräußerung erworbener eigener Aktien durch ein Angebot an alle Aktionäre den Inhabern der von der Bank ausgegebenen Optionsscheine, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ein Bezugsrecht auf die Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- bzw. Wandelrechts zustehen würde. Für diese Fälle und in diesem Umfang wird das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen. Der Vorstand wurde weiter ermächtigt, das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, soweit die Aktien dazu verwendet werden, sie als Belegschaftsaktien an Mitarbeiter und Pensionäre der Bank und mit ihr verbundener Unternehmen auszugeben, oder soweit sie zur Bedienung von Mitarbeitern der Bank und verbundener Unternehmen eingeräumten Optionsrechten beziehungsweise Erwerbsrechten oder Erwerbspflichten auf Aktien der Bank verwendet werden sollen.

Ferner ist der Vorstand ermächtigt, die Aktien unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre an Dritte gegen Barzahlung zu veräußern, wenn der Kaufpreis den Börsenpreis der Aktien zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet. Von dieser Ermächtigung darf nur Gebrauch gemacht werden, wenn sichergestellt ist, dass die Zahl der aufgrund dieser Ermächtigung veräußerten Aktien zusammen mit Aktien, die aus genehmigtem Kapital unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre nach § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden, 10 % des bei der Ausgabe beziehungsweise der Veräußerung von Aktien vorhandenen Grundkapitals der Bank nicht übersteigt.

Der Vorstand ist weiter ermächtigt, aufgrund dieser Ermächtigung erworbene Aktien einzuziehen, ohne dass die Durchführung der Einziehung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf.

Der Vorstand ist außerdem gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, den Erwerb von Aktien nach vorstehender Ermächtigung auch unter Einsatz von Put- oder Call-Optionen durchzuführen. Dementsprechend kann die Bank auf physische Belieferung gerichtete Put-Optionen an Dritte verkaufen und Call-Optionen von Dritten kaufen, wenn durch die Optionsbedingungen sichergestellt ist, dass diese nur mit Aktien beliefert werden, die ihrerseits unter Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes erworben wurden. Alle Aktienerwerbe unter Einsatz von Put- oder Call-Optionen sind dabei auf einen Umfang von höchstens 5 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung über diese Ermächtigung vorhandenen Grundkapitals beschränkt. Die Laufzeiten der Optionen müssen spätestens am 31. Oktober 2009 enden. Der bei der Ausübung der Optionen zu zahlende Kaufpreis für die Aktien darf den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Aktien der Bank im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor Abschluss des betreffenden Optionsgeschäfts nicht um mehr als 10 % über- oder unterschreiten, jeweils ohne Erwerbsnebenkosten, aber unter Berücksichtigung der erhaltenen bzw. gezahlten Optionsprämie. Für die Veräußerung und Einziehung von Aktien, die unter Einsatz von Derivaten erworben werden, gelten die vorstehenden, von der Hauptversammlung festgesetzten Regeln.

Allgemeine Bestimmungen zu Kapitalmaßnahmen

Zur Erhöhung des Grundkapitals der Bank durch die Ausgabe neuer Stammaktien bedarf es eines Beschlusses der Hauptversammlung mit einfacher Mehrheit der Stimmen und des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals. Darüber hinaus kann durch Beschluss der Hauptversammlung der Vorstand ermächtigt werden, innerhalb von höchstens fünf Jahren mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe von Aktien bis zu einem bestimmten Gesamtbetrag das Grundkapital der Bank zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Außerdem können die Aktionäre nach dem Aktiengesetz die Schaffung von bedingtem Kapital beschließen, allerdings nur, um damit Gläubigern von Wandelschuldverschreibungen Umtausch- oder Bezugsrechte zu gewähren, um den Zusammenschluss mit einem anderen Unternehmen vorzubereiten oder um Arbeitnehmern und Mitgliedern der Geschäftsführung der Bank oder eines verbundenen Unternehmens Bezugsrechte zu gewähren (bedingte Kapitalerhöhung). Ferner kann die Hauptversammlung eine Erhöhung des Grundkapitals durch Umwandlung der Kapitalrücklage und von Gewinnrücklagen in Grundkapital beschließen (Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln). Die Hauptversammlungsbeschlüsse zur Schaffung von genehmigtem bzw. bedingtem Kapital müssen jeweils mit der einfachen Mehrheit der Stimmen und einer Mehrheit, die mindestens drei Viertel des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals umfasst, gefasst werden. Eine Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln bedarf eines Hauptversammlungsbeschlusses der Bank mit einfacher Mehrheit der Stimmen und des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals.

Der Gesamtbetrag des von der Hauptversammlung geschaffenen genehmigten Kapitals darf die Hälfte des Grundkapitals, das zum Zeitpunkt der Eintragung des genehmigten Kapitals in das Handelsregister besteht, nicht übersteigen. Der Gesamtbetrag des von der Hauptversammlung geschaffenen bedingten Kapitals darf die Hälfte des Grundkapitals, das zur Zeit der Beschlussfassung über die bedingte Kapitalerhöhung besteht, nicht übersteigen. Der Gesamtbetrag des bedingten Kapitals zur Gewährung von Bezugsrechten an Arbeitnehmer und Mitglieder der Geschäftsführung der Bank oder eines verbundenen Unternehmens darf 10 % des Grundkapitals, das zur Zeit der Beschlussfassung über die bedingte Kapitalerhöhung vorhanden ist, nicht übersteigen.

Allgemeine Bestimmungen zu Bezugsrechten der Aktionäre

Nach dem deutschen Aktienrecht stehen jedem Aktionär grundsätzlich Bezugsrechte entsprechend seiner Beteiligung am bisherigen Grundkapital der Gesellschaft auf die im Rahmen einer Kapitalerhöhung neu auszugebenden Aktien zu. Das gleiche gilt für Wandelschuldverschreibungen, Optionsanleihen, Genussrechte und Gewinnschuldverschreibungen. Bezugsrechte sind grundsätzlich frei übertragbar. Die Hauptversammlung kann mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen und gleichzeitiger Mehrheit von mindestens drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre der Bank ausschließen. Für einen solchen Bezugsrechtsausschluss ist darüber hinaus ein Bericht des Vorstands erforderlich, der zur Begründung des Bezugsrechtsausschlusses darlegen muss, warum das Interesse der Bank am Ausschluss des Bezugsrechts das Interesse der Aktionäre an der Einräumung des Bezugsrechts überwiegt. Nach dem deutschen Aktienrecht ist ein Ausschluss des Bezugsrechts bei Ausgabe neuer Aktien insbesondere dann zulässig, wenn die Bank das Grundkapital gegen Bareinlagen erhöht, der Betrag der Kapitalerhöhung 10 % des bestehenden Grundkapitals nicht übersteigt und der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis der existierenden Aktien der Bank nicht wesentlich unterschreitet.

Allgemeine Bestimmungen zu Gewinnverwendung und Dividendenzahlungen

Die Beschlussfassung über die Ausschüttung von Dividenden auf Aktien der Bank für ein Geschäftsjahr obliegt der Hauptversammlung des darauf folgenden Geschäftsjahres, die auf Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat entscheidet.

Nach dem deutschen Aktienrecht kann eine Beschlussfassung über eine Dividende sowie deren Ausschüttung nur aufgrund eines in dem Einzelabschluss der Bank ausgewiesenen Bilanzgewinns erfolgen. Bei der Ermittlung des zur Ausschüttung zur Verfügung stehenden Bilanzgewinns ist der Jahresüberschuss bzw. Jahresfehlbetrag um Gewinn- bzw. Verlustvorträge der Vorjahre sowie um Entnah-

men aus bzw. Einstellungen in Rücklagen zu korrigieren. Bestimmte Rücklagen sind kraft Gesetzes zu bilden und müssen bei der Berechnung des zur Ausschüttung verfügbaren Bilanzgewinns abgezogen werden.

Nach der Satzung der Bank wird der Bilanzgewinn an die Aktionäre verteilt, soweit die Hauptversammlung keine andere Verwendung bestimmt. Die Hauptversammlung kann anstelle oder neben einer Bar- auch eine Sachausschüttung beschließen. Die Gewinnanteile der Aktionäre sind im Verhältnis der auf ihren Anteil am Grundkapital geleisteten Einzahlungen und im Verhältnis der Zeit, die seit dem für die Leistung bestimmten Zeitpunkt verstrichen ist, zu verteilen. Bei Ausgabe neuer Aktien kann für diese eine andere Gewinnanteilberechtigung festgesetzt werden.

Ausschluss von Minderheitsaktionären

Nach den Vorschriften der §§ 327a ff. AktG zum so genannten „Squeeze-out“ kann die Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft auf Verlangen eines Aktionärs, dem 95 % des Grundkapitals gehören (Hauptaktionär), die Übertragung der Aktien der übrigen Minderheitsaktionäre auf den Hauptaktionär gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung beschließen. Die Höhe der den Minderheitsaktionären zu gewährenden Barabfindung muss dabei die Verhältnisse der Gesellschaft im Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung berücksichtigen. Maßgeblich für die Berechnung der Abfindungshöhe ist der volle Wert des Unternehmens, der in der Regel im Wege der Ertragswertmethode festgestellt wird.

Darüber hinaus kann nach den in § 39a und § 39b des Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes (WpÜG) enthaltenen Bestimmungen zum so genannten übernahmerechtlichen Squeeze-out ein Bieter, dem nach einem Übernahme- oder Pflichtangebot Aktien der Zielgesellschaft in Höhe von mindestens 95 % des stimmberechtigten Grundkapitals gehören, innerhalb von drei Monaten nach Ablauf der Annahmefrist beim Landgericht Frankfurt am Main einen Gerichtsbeschluss zur Übertragung der übrigen stimmberechtigten Aktien gegen Gewährung einer angemessenen Abfindung an den Bieter beantragen. Ein Hauptversammlungsbeschluss ist nicht erforderlich. Die im Rahmen des Übernahme- oder Pflichtangebots gewährte Gegenleistung ist als angemessene Abfindung anzusehen, wenn der Bieter aufgrund des Angebots Aktien in Höhe von mindestens 90 % des vom Angebot betroffenen Grundkapitals erworben hat. Ferner können nach einem Übernahme- oder Pflichtangebot die Aktionäre einer Zielgesellschaft, die das Angebot nicht angenommen haben, dieses innerhalb von drei Monaten nach Ablauf der Annahmefrist annehmen (so genannter „Sell-out“), sofern der Bieter berechtigt ist, einen Antrag auf Übertragung der ausstehenden stimmberechtigten Aktien nach § 39a WpÜG zu stellen (§ 39c WpÜG).

Nach den Vorschriften der §§ 319 ff. AktG über die Eingliederung kann die Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft die Eingliederung in eine andere Gesellschaft beschließen, wenn die künftige Hauptgesellschaft mindestens 95 % der Aktien der einzugliedernden Gesellschaft hält. Die Aktionäre der eingegliederten Gesellschaft haben Anspruch auf eine angemessene Abfindung, die grundsätzlich in eigenen Aktien der Hauptgesellschaft zu gewähren ist. Die Höhe der Abfindung ist dabei durch die so genannte Verschmelzungswertrelation zwischen beiden Gesellschaften zu ermitteln, d. h. durch das Umtauschverhältnis, das im Falle der Verschmelzung beider Gesellschaften als angemessen anzusehen wäre.

Anzeigepflichten für Anteilsbesitz

Offenlegung von Beteiligungen an börsennotierten Aktiengesellschaften

Offenlegungspflichten nach dem Wertpapierhandelsgesetz

Das Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) bestimmt, dass jeder Aktionär, dessen Stimmrechtsanteil an einer börsennotierten Gesellschaft durch Erwerb, Veräußerung oder auf sonstige Weise 3 %, 5 %, 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % oder 75 % der Stimmrechte erreicht, über- oder unterschreitet, der entsprechenden Gesellschaft und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von vier Handelstagen, diese Tatsache sowie die Höhe seines

aktuellen Stimmrechtsanteils schriftlich mitzuteilen hat. In Verbindung mit diesem Erfordernis enthält das WpHG verschiedene Regeln, die die Zuordnung des Aktienbesitzes zu der Person sicherstellen sollen, die tatsächlich die mit den Aktien verbundenen Stimmrechte kontrolliert. Beispielsweise werden einem Unternehmen Aktien, die einem dritten Unternehmen gehören, zugerechnet, wenn das eine Unternehmen das andere kontrolliert, ebenso Aktien, die von einem dritten Unternehmen für Rechnung des ersten oder einem von diesem kontrollierten Unternehmen gehalten werden. Zudem sind die mit den Aktien eines Dritten verbundenen Stimmrechte möglicherweise einem anderen Aktionär zuzurechnen, wenn dieser Aktionär oder ein Tochterunternehmen dieses Aktionärs sein Verhalten in Bezug auf die Gesellschaft aufgrund einer Vereinbarung oder auf sonstige Weise mit dem Dritten abstimmt (so genanntes „acting in concert“). Ein abgestimmtes Verhalten wird angenommen, wenn Aktionäre ihre Stimmrechtsausübung auf den Hauptversammlungen der Gesellschaft koordinieren oder außerhalb der Hauptversammlungen ihr Verhalten mit dem Ziel einer dauerhaften und erheblichen Änderung der unternehmerischen Strategie der Gesellschaft abstimmen. Acting in concert führt zur gegenseitigen Zurechnung der von den abgestimmt handelnden Personen gehaltenen Stimmrechte. Vereinbarungen in Einzelfällen gelten jedoch nicht als „acting in concert“.

Entsprechende Mitteilungspflichten gegenüber der Gesellschaft und der BaFin gelten auch für Finanzinstrumente, die ihren Inhabern das Recht verleihen, einseitig durch eine rechtlich bindende Vereinbarung stimmberichtigte und bereits ausgegebene Aktien der Gesellschaft zu erwerben. Im Hinblick auf diese Finanzinstrumente gelten die vorstehenden Schwellen (mit Ausnahme der Schwelle von 3%) entsprechend. Für die Ermittlung der maßgeblichen Meldeschwellen werden Beteiligungen in Form der vorstehenden Finanzinstrumente mit Beteiligungen in Form von mit Aktien verbundenen Stimmrechten zusammengerechnet.

Aktionäre, die ihren Mitteilungspflichten nicht nachkommen, werden für die Dauer des Versäumnisses von der Ausübung der mit ihren Aktien verbundenen Rechte (einschließlich Stimmrecht und Recht zum Bezug von Dividenden) ausgeschlossen. Im Falle eines vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Verstoßes gegen Mitteilungspflichten verlängert sich der Verlust der Stimmrechte um sechs Monate ab dem Tag der verspäteten Mitteilung. Dies gilt jedoch nicht, wenn der Aktionär eine unrichtige Mitteilung abgegeben hat, bei welcher die Abweichung hinsichtlich der Höhe der darin angegebenen Stimmrechte weniger als 10% des tatsächlichen Stimmrechtsanteils beträgt, und der Aktionär keine Mitteilung an die Gesellschaft über das Erreichen, Überschreiten oder Unterschreiten der vorstehenden Meldeschwellen unterlassen hat. Außerdem kann bei Nichteinhaltung der Mitteilungspflicht eine Geldbuße verhängt werden.

Die Gesellschaft muss die vorstehenden Mitteilungen unverzüglich, spätestens jedoch drei Handeltage nach deren Zugang, veröffentlichen und die Veröffentlichung der BaFin mitteilen. Die Gesellschaft muss außerdem die Gesamtzahl der Stimmrechte am Ende eines jeden Monats, in dem es zu einer Zu- oder Abnahme der Gesamtzahl an Stimmrechten gekommen ist, veröffentlichen und der BaFin die Veröffentlichung mitteilen. Außerdem muss die Gesellschaft unverzüglich, jedoch nicht vor ihrer Veröffentlichung, dem Unternehmensregister die erhaltenen Mitteilungen beziehungsweise die Informationen über die Zu- oder Abnahme von Stimmrechten zur Speicherung übermitteln.

Ab dem 31. Mai 2009 sind Aktionäre, deren Stimmrechte 10%, 15%, 20%, 25%, 30%, 50% oder 75% der Stimmrechte an einer börsennotierten Gesellschaft erreichen oder überschreiten, verpflichtet, der Gesellschaft innerhalb von 20 Handelstagen die mit dem Erwerb der Stimmrechte verfolgten Ziele und die Herkunft der für den Erwerb verwendeten Mittel mitzuteilen, es sei denn, die Satzung der Gesellschaft sieht etwas anderes vor. Durch eine Satzungsänderung der Gesellschaft kann vorgesehen werden, dass diese Vorschrift keine Anwendung findet.

Offenlegungspflichten nach dem Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz

Nach dem Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz (WpÜG) ist jede Person, deren Stimmrechtsanteil 30% der Stimmrechte der Gesellschaft erreicht oder übersteigt, verpflichtet, diese Tatsache, einschließlich des Prozentsatzes ihrer Stimmrechte, innerhalb von sieben Kalendertagen in mindestens einem überregionalen Börsenpflichtblatt oder mittels eines elektronisch betriebenen Informationsverbreitungssystems für Finanzinformationen zu veröffentlichen und anschließend innerhalb von vier Wochen, sofern keine Befreiung von dieser Verpflichtung erteilt wurde, ein an alle Aktionäre der Gesellschaft gerichtetes öffentliches Pflichtangebot zu unterbreiten. Das WpÜG enthält eine Reihe

von Bestimmungen, die die Zuordnung des Aktienbesitzes zu der Person sicherstellen sollen, die tatsächlich die mit den Aktien verbundenen Stimmrechte kontrolliert. Die Regelungen zum abgestimmten Verhalten im Rahmen des WpÜG (so genanntes „acting in concert“) sowie die Regelungen über die Zurechnung von Stimmrechten aus Aktien, die einer dritten Person gehören, entsprechen den im vorstehenden Abschnitt „*Offenlegungspflichten nach dem Wertpapierhandelsgesetz*“ näher beschriebenen wertpapierhandelsrechtlichen Bestimmungen mit Ausnahme der Berücksichtigung von Stimmrechten aus Aktien, die Finanzinstrumenten zu Grunde liegen, die ihren Inhabern das Recht verleihen, einseitig durch eine rechtlich bindende Vereinbarung stimmberechtigte und bereits ausgegebene Aktien der Gesellschaft zu erwerben. Unterbleibt die Mitteilung über das Erreichen oder Übersteigen der 30%-Schwelle oder die Unterbreitung des öffentlichen Pflichtangebots, ist der Aktionär für die Dauer des Versäumnisses von der Ausübung der mit diesen Aktien verbundenen Rechte (einschließlich Stimmrecht und Recht zum Bezug von Dividenden) ausgeschlossen. Außerdem kann in diesen Fällen eine Geldbuße verhängt werden.

Offenlegung von Beteiligungen an Kreditinstituten

Das Kreditwesengesetz sieht vor, dass eine Person, die allein oder im Zusammenwirken mit einer anderen Person eine bedeutende Beteiligung an einem Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitut zu erwerben beabsichtigt, unverzüglich die BaFin und die Deutsche Bundesbank („Bundesbank“) schriftlich über den beabsichtigten Erwerb in Kenntnis setzen muss. Eine bedeutende Beteiligung wird angenommen, wenn unmittelbar oder mittelbar über ein oder mehrere Tochterunternehmen oder ein gleichartiges Verhältnis oder im Zusammenwirken mit anderen Personen oder Unternehmen mindestens 10% des Kapitals oder der Stimmrechte des Instituts gehalten werden oder wenn auf die Geschäftsführung des Instituts, an dem eine Beteiligung gehalten wird, ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann. Die erforderliche Mitteilung muss u. a. Angaben über die Zuverlässigkeit der Person oder, im Fall einer Personengesellschaft oder anderen juristischen Person, die Zuverlässigkeit ihrer gesetzlichen oder satzungsgemäßen Vertreter enthalten.

Eine Person, die eine bedeutende Beteiligung hält, muss zudem die BaFin und die Bundesbank unverzüglich schriftlich unterrichten, wenn sie beabsichtigt, die Höhe ihrer Beteiligung so zu erhöhen, dass die Schwellen von 20%, 30% oder 50% der Stimmrechte oder des Kapitals erreicht oder überschritten werden oder dass das Institut unter ihre Kontrolle kommt.

Darüber hinaus muss eine Person, die eine bedeutende Beteiligung hält, die BaFin und die Bundesbank unverzüglich schriftlich unterrichten, wenn sie beabsichtigt, ihre Beteiligung auf unter 10% oder unter einen der vorgenannten Schwellenwerte herabzusetzen.

Die BaFin kann innerhalb eines Zeitraums von 60 Arbeitstagen nach dem Datum der Bestätigung, dass sie die vollständige Anzeige erhalten hat, den beabsichtigten Erwerb untersagen, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass der Erwerber oder seine gesetzlichen oder satzungsgemäßen Vertreter nicht zuverlässig sind oder nicht über die notwendige finanzielle Solidität verfügen, oder wenn festgestellt wird, dass die Beteiligung die wirksame Überwachung des jeweiligen Kreditinstituts beeinträchtigen würde, der künftige Geschäftsleiter nicht zuverlässig oder nicht fachlich geeignet ist, im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Erwerb Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung stattfanden oder versucht wurden oder der beabsichtigte Erwerb das Risiko eines solchen rechtswidrigen Verhaltens erhöhen könnte. Während des Beurteilungszeitraumes kann die BaFin weitere für ihre Beurteilung notwendige Informationen anfordern. Eine solche Anforderung hemmt den Ablauf des Beurteilungszeitraumes um bis zu 20 Arbeitstage.

Sollte eine Person trotz eines derartigen Verbots oder ohne die erforderliche Mitteilung eine bedeutende Beteiligung erwerben, kann die BaFin der Person die Ausübung der mit den Aktien verbundenen Stimmrechte untersagen. Außerdem kann bei Nichteinhaltung der Mitteilungspflicht eine gesetzlich vorgesehene Geldbuße verhängt werden.

Prüfung des Erwerbs von 25 % oder mehr der Stimmrechte durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Der Deutsche Bundestag hat im Februar 2009 ein Gesetz zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes (AWG) und der Außenwirtschaftsverordnung (AWV) beschlossen. Mit dem Inkrafttreten des Änderungsgesetzes wird im Laufe des April 2009 gerechnet. Nach dem Gesetz kann das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie den direkten oder indirekten Erwerb von 25 % oder mehr der Stimmrechte an einer in Deutschland ansässigen Gesellschaft durch einen außerhalb der Europäischen Union und außerhalb der Europäischen Freihandelsassoziation (Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweiz) ansässigen Investor prüfen. Kommt das Ministerium zum Ergebnis, dass der Erwerb die öffentliche Ordnung oder Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet, kann es Anordnungen erlassen oder den Erwerb untersagen sowie dessen Rückabwicklung verlangen. Die Entscheidung zur Prüfung eines Erwerbs muss innerhalb von drei Monaten seit dem Abschluss des schuldrechtlichen Vertrages über den Erwerb der Stimmrechte, ab der Veröffentlichung der Entscheidung zur Abgabe eines öffentlichen Erwerbsangebotes oder der Veröffentlichung der Kontrollunterlagen über den Erwerb erfolgen. Die Prüfung muss binnen zwei Monaten nach Eingang der vollständigen Unterlagen über den Erwerb erfolgen. Eine Pflicht zur Anzeige einer Akquisition besteht nicht, jedoch kann der Erwerber bei dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie vorab eine Unbedenklichkeitsbescheinigung in Bezug auf eine geplante Akquisition beantragen.

Offenlegung der Geschäfte von Führungspersonen

Das Wertpapierhandelsgesetz verpflichtet Personen, die bei einer börsennotierten Aktiengesellschaft Führungsaufgaben wahrnehmen („Führungspersonen“), zur Mitteilung eigener Geschäfte mit Aktien der Gesellschaft oder sich darauf beziehenden Finanzinstrumenten, insbesondere Derivaten, an die Gesellschaft und die BaFin innerhalb von fünf Werktagen. Diese Pflicht besteht auch für Personen, die mit einer Führungsperson in einer engen Beziehung stehen. Die Gesellschaft ist verpflichtet, eine von einer Führungsperson eingegangene Mitteilung unverzüglich zu veröffentlichen und der BaFin die Veröffentlichung zu übersenden sowie dem Unternehmensregister die Veröffentlichung zur Speicherung zu übermitteln. Die Pflicht besteht nicht, solange die Gesamtsumme der Geschäfte einer Führungsperson und der mit dieser Führungsperson in einer engen Beziehung stehenden Personen insgesamt einen Betrag von 5.000,00 € bis zum Ende des Kalenderjahres nicht erreicht. Führungspersonen sind Mitglieder eines Leitungs-, Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans der Gesellschaft sowie sonstige Personen, die regelmäßig Zugang zu Insiderinformationen im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes haben und zu wesentlichen unternehmerischen Entscheidungen ermächtigt sind. Folgende Personen stehen mit einer Führungsperson in einer engen Beziehung: Ehepartner, eingetragene Lebenspartner, unterhaltsberechtignte Kinder und andere Verwandte, die zum Zeitpunkt des meldepflichtigen Geschäfts seit mindestens einem Jahr mit der Führungsperson im selben Haushalt leben. Juristische Personen, bei denen die vorgenannten Personen Leitungsaufgaben wahrnehmen, unterliegen ebenfalls der Meldepflicht. Die vorstehende Regelung gilt auch für solche juristischen Personen, Gesellschaften und Einrichtungen, die direkt oder indirekt von einer Führungsperson oder einer mit einer Führungsperson in enger Beziehung stehenden Person kontrolliert werden, die zugunsten einer solchen Person gegründet wurden oder deren wirtschaftliche Interessen weitgehend denen einer solchen Person entsprechen. Bei schuldhafter Nichteinhaltung der Mitteilungspflicht kann eine Geldbuße verhängt werden.

EINSEHBARE DOKUMENTE

Während der Gültigkeitsdauer des Registrierungsformulars können Kopien folgender Unterlagen in Papierform während der üblichen Geschäftszeiten bei der Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Theodor-Heuss-Allee 70, 60486 Frankfurt am Main, eingesehen werden:

- die Satzung der Gesellschaft;
- der geprüfte HGB-Jahresabschluss der Deutsche Bank Aktiengesellschaft für das am 31. Dezember 2008 endende Geschäftsjahr;
- die geprüften IFRS-Konzernabschlüsse der Deutsche Bank Aktiengesellschaft für die jeweils am 31. Dezember endenden Geschäftsjahre 2007 und 2008;
- der geprüfte US-GAAP-Konzernabschluss der Deutsche Bank Aktiengesellschaft für das am 31. Dezember 2006 endende Geschäftsjahr.

Diese Dokumente sind darüber hinaus auf der Internetseite der Bank (www.db.com/ir) erhältlich.

ZUKUNFTSGERICHTETE AUSSAGEN, ANGABEN VON SEITEN DRITTER

Soweit Angaben von Seiten Dritter in diesem Dokument übernommen wurden, bestätigt die Bank, dass diese Angaben korrekt wiedergegeben wurden und dass, soweit der Bank dies bekannt ist und sie es aus den von diesen Dritten veröffentlichten Informationen ableiten konnte, keine Tatsachen unterschlagen wurden, welche die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.

Dieses Registrierungsformular enthält bestimmte in die Zukunft gerichtete Aussagen. In die Zukunft gerichtete Aussagen sind alle Aussagen, die sich nicht auf historische Tatsachen oder Ereignisse beziehen und solche in die Zukunft gerichteten Formulierungen wie „glaubt“, „schätzt“, „geht davon aus“, „erwartet“, „nimmt an“, „prognostiziert“, „beabsichtigt“ oder „könnte“, oder Formulierungen ähnlicher Art enthalten. Dies gilt insbesondere für Angaben in diesem Registrierungsformular über Absichten, Überzeugungen oder gegenwärtige Erwartungen der Gesellschaft in Bezug auf ihre finanzielle Ertragsfähigkeit, Pläne, Liquidität, Aussichten, Wachstum, Strategie und Profitabilität sowie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, denen die Gesellschaft ausgesetzt ist.

Die in die Zukunft gerichteten Aussagen beruhen auf gegenwärtigen, nach bestem Wissen vorgenommenen Einschätzungen und Annahmen der Gesellschaft. Solche in die Zukunft gerichteten Aussagen unterliegen jedoch Risiken und Ungewissheiten, da sie sich auf Ereignisse beziehen und auf Annahmen basieren, die gegebenenfalls in der Zukunft nicht eintreten werden. Die Gesellschaft weist darauf hin, dass solche zukunftsgerichteten Aussagen keine Garantie für die Zukunft sind; die tatsächlichen Ergebnisse, einschließlich der Finanz- und Ertragslage, der Gesellschaft bzw. des Deutsche Bank-Konzerns sowie die Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen können wesentlich von denjenigen abweichen (insbesondere negativer ausfallen), die in diesen Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen oder beschrieben werden. Selbst wenn die tatsächlichen Ergebnisse der Gesellschaft bzw. des Deutsche Bank-Konzerns, einschließlich der Finanz- und Ertragslage, sowie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit den zukunftsgerichteten Aussagen in diesem Registrierungsformular übereinstimmen sollten, kann nicht gewährleistet werden, dass dies auch weiterhin in der Zukunft der Fall sein wird.

Dieses Registrierungsformular enthält darüber hinaus Branchen- und kundenbezogene Daten sowie Berechnungen, die aus von Dritten veröffentlichten Branchenberichten, Marktforschungsberichten, öffentlich erhältlichen Informationen und kommerziellen Veröffentlichungen entnommen oder abgeleitet wurden („externe Daten“). Kommerzielle Veröffentlichungen geben im Allgemeinen an, dass die Informationen, die sie enthalten, aus Quellen stammen, von denen man annimmt, dass sie verlässlich sind, dass jedoch die Genauigkeit und Vollständigkeit solcher Informationen nicht garantiert wird und die darin enthaltenen Berechnungen auf einer Reihe von Annahmen beruhen.

Externe Daten wurden durch die Gesellschaft nicht auf die Richtigkeit überprüft. Die Gesellschaft kann daher keine Verantwortung für die Richtigkeit der öffentlichen Quellen entnommenen oder daraus abgeleiteten Daten übernehmen.

Zu beachten ist insbesondere, dass zur Bestimmung von Märkten und ihrer Größe auf externe Daten zurückgegriffen wurde. Dabei wurden bei der Bestimmung der Märkte und ihrer Größe auch die in den jeweiligen Quellen verwendeten Kategorien zugrunde gelegt. Diese Kategorien entsprechen in der Regel nicht den Kategorien, die von der Deutsche Bank Aktiengesellschaft bei der Bestimmung ihrer Finanz- und sonstigen Angaben verwendet werden. Die Vergleichbarkeit der externen Daten mit den Finanz- und sonstigen Angaben der Deutschen Bank ist deshalb eingeschränkt; insbesondere bei Aussagen zu Marktanteilen der Deutschen Bank ist diese eingeschränkte Vergleichbarkeit zu beachten.

Viele Kunden der Deutschen Bank unterhalten Kundenbeziehungen zu mehreren Banken. Aus diesem Grund können Personen, welche die Deutsche Bank zu ihren Kunden zählt, auch von anderen Finanzinstituten zu deren Kunden gerechnet werden. Deshalb können Berechnungen von Marktanteilen oder Ähnlichem auf der Grundlage der Anzahl von Kunden dazu führen, dass ein einzelner Kunde von verschiedenen Instituten gezählt wird, somit mehrfach berücksichtigt wird.

Die Gesellschaft übernimmt keine Verpflichtung, solche zukunftsgerichteten Aussagen fortzuschreiben und an zukünftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen. Die Verpflichtung nach § 12 Abs. 3 Satz 1 WpPG, in eine Wertpapierbeschreibung, die zusammen mit diesem Registrierungsformular und einer Zusammenfassung einen dreiteiligen Prospekt bildet, in Fällen von erheblichen Veränderungen oder neuen Entwicklungen, die sich auf die Beurteilung durch das Publikum auswirken könnten, aktualisierende Angaben aufzunehmen, bleibt unberührt.

Die Gesellschaft empfiehlt, für eine vollständigere Erörterung der Faktoren, welche die zukünftige Geschäftsentwicklung der Gesellschaft bzw. des Deutsche Bank-Konzerns und die Märkte, in denen sie bzw. der Deutsche Bank-Konzern tätig ist, beeinflussen könnten, insbesondere die Abschnitte „Risikofaktoren“, „Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage“ und „Geschäftstätigkeit“ in diesem Registrierungsformular zu lesen. Aufgrund dieser Risiken, Ungewissheiten und Annahmen könnten die zukunftsgerichteten Aussagen in diesem Registrierungsformular nicht eintreffen.

HINWEISE ZU WÄHRUNGS- UND FINANZANGABEN

Die in diesem Registrierungsformular enthaltenen Beträge in „€“ oder „Euro“ beziehen sich auf die gesetzliche Währung der Bundesrepublik Deutschland seit dem 1. Januar 1999.

In diesem Registrierungsformular enthaltene Beträge in „\$“ oder „US-\$“ beziehen sich auf die gesetzliche Währung der Vereinigten Staaten von Amerika.

Die in diesem Registrierungsformular enthaltenen Finanzdaten entstammen, soweit nicht anders angegeben, dem geprüften HGB-Jahresabschluss der Gesellschaft für das am 31. Dezember 2008 endende Geschäftsjahr und den geprüften IFRS-Konzernabschlüssen der Gesellschaft zum 31. Dezember 2007 und 2008. Sofern in diesem Registrierungsformular Finanzdaten als „ungeprüft“ angegeben werden, bedeutet dies, dass sie keiner „Prüfung“ im Sinne von Ziffer 20.6 des Anhangs I zur Verordnung (EG) Nr. 809/2004 der Europäischen Kommission unterzogen wurden. Bis zum 31. Dezember 2006 erstellte die Gesellschaft ihren Konzernabschluss in Übereinstimmung mit US-GAAP. Per Verweis in dieses Registrierungsformular einbezogen ist der geprüfte Konzernabschluss der Gesellschaft für das Jahr 2006, der nach US-GAAP erstellt wurde. Für eine Erläuterung wesentlicher Unterschiede zwischen US-GAAP und IFRS sowie die Überleitung der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung und der Konzernbilanz der Gesellschaft für das Jahr 2006 bzw. zum 31. Dezember 2006 von US-GAAP auf IFRS siehe Note 44 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2007.

Einzelne Zahlenangaben (darunter auch Prozentangaben) in diesem Registrierungsformular wurden kaufmännisch gerundet. In den Tabellen enthaltene Gesamt- oder Zwischensummen weichen aufgrund kaufmännischer Rundungen unter Umständen von den an anderer Stelle in diesem Registrierungsformular angegebenen ungerundeten Werten ab. Ferner addieren sich solche kaufmännisch gerundeten Zahlenangaben unter Umständen nicht genau zu Zwischen- oder Gesamtsummen, die in Tabellen enthalten oder an anderer Stelle in diesem Registrierungsformular genannt sind.

FINANZTEIL

Geprüfter Konzernabschluss (IFRS) der Deutsche Bank Aktiengesellschaft für das zum 31. Dezember 2008 endende Geschäftsjahr	F-3
<i>Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung</i>	F-5
<i>Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen</i>	F-6
<i>Konzern-Bilanz</i>	F-7
<i>Konzern-Kapitalflussrechnung</i>	F-8
<i>Konzern-Anhang</i>	F-9
<i>Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers</i>	F-172
Geprüfter Konzernabschluss (IFRS) der Deutsche Bank Aktiengesellschaft für das zum 31. Dezember 2007 endende Geschäftsjahr	F-173
<i>Konzern-Gewinn-und -Verlust-Rechnung</i>	F-174
<i>Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen</i>	F-175
<i>Konzern-Bilanz</i>	F-176
<i>Konzern-Kapitalflussrechnung</i>	F-177
<i>Konzern-Anhang</i>	F-178
<i>Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers</i>	F-322
Geprüfter Konzernabschluss (US-GAAP) der Deutsche Bank Aktiengesellschaft für das zum 31. Dezember 2006 endende Geschäftsjahr	F-325
Einbezogen in Form eines Verweises (siehe dazu „ <i>Einbeziehung von Angaben in Form eines Verweises</i> “)	F-325
Geprüfter Jahresabschluss 2008 (HGB) der Deutsche Bank Aktiengesellschaft für das zum 31. Dezember 2008 endende Geschäftsjahr	F-327
<i>Bilanz</i>	F-328
<i>Gewinn-und-Verlust-Rechnung</i>	F-330
<i>Anhang</i>	F-332
<i>Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers</i>	F-354

[Diese Seite bleibt aus technischen Gründen frei.]

**Geprüfter Konzernabschluss (IFRS) der
Deutsche Bank Aktiengesellschaft für das zum
31. Dezember 2008 endende Geschäftsjahr**

[Diese Seite bleibt aus technischen Gründen frei.]

Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung

in Mio €	[Notes]	2008	2007	2006
Zinsen und ähnliche Erträge	[3]	54.549	64.675	58.275
Zinsaufwendungen	[3]	42.096	55.826	51.267
Zinsüberschuss	[3]	12.453	8.849	7.008
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	[16]	1.076	612	298
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft		11.377	8.237	6.710
Provisionsüberschuss	[4]	9.749	12.289	11.195
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	[3]	- 9.992	7.175	8.892
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	[5]	666	793	591
Ergebnis aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	[14]	46	353	419
Sonstige Erträge	[6]	568	1.286	389
Zinsunabhängige Erträge insgesamt		1.037	21.896	21.486
Personalaufwand	[31], [32]	9.606	13.122	12.498
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	[7]	8.216	7.954	7.069
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	[40]	- 252	193	67
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	[21]	585	128	31
Restrukturierungsaufwand	[25]	-	- 13	192
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt		18.155	21.384	19.857
Ergebnis vor Steuern		- 5.741	8.749	8.339
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	[33]	- 1.845	2.239	2.260
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)		- 3.896	6.510	6.079
Den Minderheitsanteilen zurechenbares Konzernergebnis		- 61	36	9
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis		- 3.835	6.474	6.070

Ergebnis je Aktie

in €	[Notes]	2008	2007	2006
Ergebnis je Aktie:	[8]			
Basic		- 7,61	13,65	12,96
Verwässert ¹		- 7,61	13,05	11,48
Anzahl der Aktien in Mio				
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie		504,1	474,2	468,3
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie		504,2	496,1	521,2

1 Einschließlich Effekt auf den Zähler aus angenommener Wandlung. Weitere Informationen sind in Note [8] enthalten.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen

in Mio €	2008	2007	2006
In der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigter Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	- 3.896	6.510	6.079
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern¹	- 1	486	84
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten:			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	- 4.549	1.022	1.101
Reklassifizierung aufgrund von Gewinn- (-)/Verlustrealisierungen, vor Steuern	- 666	- 793	- 651
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern:			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	- 265	- 19	- 68
Reklassifizierung aufgrund von Gewinn- (-)/Verlustrealisierungen, vor Steuern	2	13	- 8
Anpassungen aus der Währungsumrechnung:			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	- 1.124	- 1.783	- 779
Reklassifizierung aufgrund von Gewinn- (-)/Verlustrealisierungen, vor Steuern	- 3	- 5	8
Steuern auf nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-)	731	215	- 25
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern	- 5.874²	- 1.350³	- 422⁴
Summe der erfassten Erträge und Aufwendungen	- 9.771	5.646	5.741
Zurechenbar:			
den Minderheitsanteilen	- 37	4	- 27
den Deutsche Bank-Aktionären	- 9.734	5.642	5.768

1 Bedingt durch die Änderung der Bilanzierungsmethode wurden versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (-) aus leistungsdefinierten Plänen direkt in den Gewinnrücklagen erfasst. Wie in Note [1] dargestellt, wurden die Angaben zu Vorperioden entsprechend angepasst. Diese Beträge enthalten latente Steuern von 1 Mio €, minus 192 Mio € und minus 65 Mio € für die Geschäftsjahre 2008, 2007 und 2006.

2 Stellt die Veränderung der in der Bilanz ausgewiesenen, nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste (nach Steuern) zwischen dem 31. Dezember 2007 (1.047 Mio €) und dem 31. Dezember 2008 (minus 4.851 Mio €) dar, angepasst um die Veränderung von Minderheitsanteilen in Höhe von 24 Mio €.

3 Stellt die Veränderung der in der Bilanz ausgewiesenen, nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste (nach Steuern) zwischen dem 31. Dezember 2006 (2.365 Mio €) und dem 31. Dezember 2007 (1.047 Mio €) dar, angepasst um die Veränderung von Minderheitsanteilen in Höhe von minus 32 Mio €.

4 Stellt die Veränderung der in der Bilanz ausgewiesenen, nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste (nach Steuern) zwischen dem 31. Dezember 2005 (2.751 Mio €) und dem 31. Dezember 2006 (2.365 Mio €) dar, angepasst um die Veränderung von Minderheitsanteilen in Höhe von minus 36 Mio €.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzernbilanz

in Mio €	[Notes]	31.12.2008	31.12.2007
Aktiva:			
Barreserve		9.826	8.632
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten		64.739	21.615
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	[17], [18]	9.267	13.597
Forderungen aus Wertpapierleihen	[17], [18]	35.022	55.961
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte davon zum 31.12.2008 62 Mrd € (2007: 179 Mrd €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer	[11], [18], [35]	1.623.811	1.378.011
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte davon zum 31.12.2008 464 Mio € (2007: 17 Mio €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer	[13], [17], [18]	24.835	42.294
Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	[14]	2.242	3.366
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	[15], [16], [37]	269.281	198.892
Sachanlagen	[19]	3.712	2.409
Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte	[21]	9.877	9.383
Sonstige Aktiva	[22], [23]	137.829	183.638
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	[33]	3.512	2.428
Steuerforderungen aus latenten Steuern	[33]	8.470	4.777
Summe der Aktiva		2.202.423	1.925.003
Passiva:			
Einlagen	[24]	395.553	457.946
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	[17], [18]	87.117	178.741
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	[17], [18]	3.216	9.565
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	[11], [35]	1.333.765	870.085
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	[26]	39.115	53.410
Sonstige Passiva	[23]	160.598	171.444
Rückstellungen	[25]	1.418	1.295
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	[33]	2.354	4.221
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	[33]	3.784	2.380
Langfristige Verbindlichkeiten	[27]	133.856	126.703
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	[27]	9.729	6.345
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	[28]	4	3.553
Summe der Verbindlichkeiten		2.170.509	1.885.688
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	[29], [30]	1.461	1.358
Kapitalrücklage	[30]	14.961	15.808
Gewinnrücklagen	[30]	20.074	26.051
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	[29], [30]	- 939	- 2.819
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	[28], [30]	- 3	- 3.552
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach darauf entfallenden Steuern und sonstigen Anpassungen	[30]	- 882	3.635
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern, nach Steuern	[30]	- 349	- 52
Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern	[30]	- 3.620	- 2.536
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern	[30]	- 4.851	1.047
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital		30.703	37.893
Minderheitsanteile	[30]	1.211	1.422
Eigenkapital einschließlich Minderheitsanteile	[30]	31.914	39.315
Summe der Passiva		2.202.423	1.925.003

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzern-Kapitalflussrechnung

in Mio €	2008	2007	2006
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	- 3.896	6.510	6.079
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	1.084	651	352
Restrukturierungsaufwand	-	- 13	30
Ergebnis aus dem Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen und Sonstigem	- 1.732	- 1.907	- 913
Latente Ertragsteuern, netto	- 1.525	- 918	165
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen	3.047	1.731	1.355
Anteilige Gewinne aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	- 53	- 358	- 207
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-), bereinigt um nicht liquiditätswirksamen Aufwand/Ertrag und sonstige Posten	- 3.075	5.696	6.861
Anpassungen aufgrund eines Nettoanstiegs/-rückgangs beziehungsweise einer Nettoveränderung der operativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:			
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	- 3.964	7.588	- 3.318
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	24.363	5.146	- 11.394
Handelsaktiva	- 472.203	- 270.948	- 23.301
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	169.423	- 75.775	- 19.064
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	- 37.981	- 22.185	- 14.403
Sonstige Aktiva	38.573	- 42.674	- 30.083
Einlagen	- 56.918	47.464	35.720
Handelsspassiva	655.218	173.830	- 38.865
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	- 159.613	70.232	41.518
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und aus Wertpapierleihen	- 97.009	69.072	18.955
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	- 14.216	6.531	7.452
Sonstige Passiva	- 15.482	21.133	30.079
Vorrangige langfristige Verbindlichkeiten	12.769	22.935	10.480
Sonstige, per saldo	- 2.768	- 1.255	527
Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	37.117	16.790	11.164
Cashflow aus Investitionstätigkeit:			
Erlöse aus:			
Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	19.433	12.470	11.952
Endfälligkeit von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	18.713	8.179	6.345
Verkauf von nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	680	1.331	3.897
Verkauf von Sachanlagen	107	987	123
Erwerb von:			
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	- 37.819	- 25.230	- 22.707
Nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	- 881	- 1.265	- 1.668
Sachanlagen	- 939	- 675	- 606
Nettocashflow aus Unternehmensakquisitionen und -verkäufen	- 24	- 648	- 1.120
Sonstige, per saldo	- 39	463	314
Nettocashflow aus Investitionstätigkeit	- 769	- 4.388	- 3.470
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit:			
Emission von nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten	523	429	976
Rückzahlung/Rücklauf nachrangiger langfristiger Verbindlichkeiten	- 659	- 2.809	- 1.976
Emission von hybriden Kapitalinstrumenten	3.404	1.874	1.043
Rückzahlung/Rücklauf hybrider Kapitalinstrumente	-	- 420	- 390
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen begebene Stammaktien	19	389	680
Kapitalerhöhung	2.200	-	-
Kauf Eigener Aktien	- 21.736	- 41.128	- 38.830
Verkauf Eigener Aktien	21.426	39.729	36.380
Dividendenzahlung an Minderheitsanteile	- 14	- 13	- 26
Nettoveränderung der Minderheitsanteile	331	585	130
Gezahlte Bardividende	- 2.274	- 2.005	- 1.239
Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit	3.220	- 3.369	- 3.252
Nettoeffekt aus Wechselkursänderungen der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	- 402	- 289	- 510
Nettoveränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	39.166	8.744	3.932
Anfangsbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	26.098	17.354	13.422
Endbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	65.264	26.098	17.354
Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit beinhaltet			
Gezahlte (erhaltene) Ertragsteuern, netto	- 2.495	2.806	3.102
Gezahlte Zinsen	43.724	55.066	49.921
Erhaltene Zinsen und Dividenden	54.549	64.675	58.275
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beinhalten			
Barreserve	9.826	8.632	7.008
Verzinsliche Sichteinlagen bei Banken (nicht eingeschlossen: Termineinlagen in Höhe von 9.300 Mio € per 31.12.2008 (31.12.2007: 4.149 Mio €, 31.12.2006: 8.853 Mio €))	55.438	17.466	10.346
Insgesamt	65.264	26.098	17.354

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzernanhang

Konzernanhang

[1] Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze	118
[2] Segmentberichterstattung	149

Anhangangaben zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

[3] Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	161
[4] Provisionsüberschuss	164
[5] Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	164
[6] Sonstige Erträge	165
[7] Sachaufwand und sonstiger Aufwand	165
[8] Ergebnis je Aktie	166

Anhangangaben zur Bilanz

[9] Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen	168
[10] Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“	171
[11] Zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente	173
[12] Fair Value von Finanzinstrumenten, die nicht zum Fair Value ausgewiesen werden	185
[13] Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	187
[14] Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	188
[15] Forderungen aus dem Kreditgeschäft	190
[16] Risikovorsorge im Kreditgeschäft	190
[17] Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten	191
[18] Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte	192
[19] Sachanlagen	193
[20] Leasingverhältnisse	194
[21] Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte	195
[22] Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	202
[23] Sonstige Aktiva und Passiva	204
[24] Einlagen	205
[25] Rückstellungen	205
[26] Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	210
[27] Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	210

Zusätzliche Anhangangaben

[28] Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	211
[29] Stammaktien	212
[30] Veränderung des Eigenkapitals	214
[31] Aktienbasierte Vergütungen	215
[32] Leistungen an Arbeitnehmer	221
[33] Ertragsteuern	228
[34] Akquisitionen und Veräußerungen	232
[35] Derivative Finanzinstrumente	241
[36] Aufsichtsrechtliches Kapital	244
[37] Risikoangaben	249
[38] Geschäfte mit nahestehenden Dritten	267
[39] Informationen zu Tochtergesellschaften	270
[40] Versicherungs- und Investmentverträge	272
[41] Kurz- und langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	275
[42] Ergänzende Erläuterungen zum Konzernabschluss gemäß § 315a HGB	277
[43] Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	278

[1] Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

Grundlage der Darstellung

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft („Deutsche Bank“ oder „Muttergesellschaft“) ist eine Aktiengesellschaft nach deutschem Recht. Zusammen mit den Gesellschaften, bei denen die Deutsche Bank über beherrschenden Einfluss verfügt, bietet die Deutsche Bank (der „Konzern“) weltweit das gesamte Spektrum von Produkten und Dienstleistungen der Konzernbereiche Corporate and Investment Bank sowie Private Clients and Asset Management an. Einzelheiten zu den Unternehmensbereichen des Konzerns sind in Note [2] dargestellt.

Der beigefügte Konzernabschluss wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt und steht im Einklang mit den International Financial Reporting Standards („IFRS“), wie sie vom International Accounting Standards Board („IASB“) veröffentlicht und durch die Europäische Union („EU“) in europäisches Recht übernommen wurden. Da der Konzern die von der EU bei der Übernahme von IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, eingeräumte Ausnahmeregelung („Carve-out“) für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen („Hedge Accounting“) nicht nutzt, erfüllt der Konzernabschluss vollständig die Regelungen der vom IASB veröffentlichten IFRS. Im Einklang mit IFRS 4, „Insurance Contracts“, hat der Konzern seine bisherigen Rechnungslegungsgrundsätze gemäß US GAAP auf die Bilanzierung von Versicherungsverträgen angewandt. Der Konzern hat seine Rechnungslegung zum 1. Januar 2006 auf IFRS umgestellt.

Die Erstellung des Jahresabschlusses gemäß IFRS verlangt vom Management, Beurteilungen und Annahmen hinsichtlich bestimmter Kategorien von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zu treffen. Bereiche, in denen dies notwendig ist, beinhalten die Bestimmung des Fair Value bestimmter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die Wertberichtigung für Kreditausfälle, die Wertminderung („Impairment“) von Vermögenswerten mit Ausnahme von Krediten, von Goodwill und immateriellen Vermögenswerten, den Ansatz und die Bewertung von aktiven latenten Steuern, Rückstellungen für ungewisse Steuerpositionen, ungewisse gesetzliche und regulatorische Verpflichtungen, die Rückstellungen für Versicherungs- und Kapitalanlageverträge sowie die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen. Diese Beurteilungen und Annahmen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva, von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen.

Im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2008 hat der Konzern einige geringfügige Anpassungen vorgenommen, die keine wesentliche Auswirkung auf die Anhangangaben der Vorjahre hatten. Der Konzern hat die Auswirkungen von Fehlern auf die Berichtsperiode und frühere Perioden beurteilt und festgestellt, dass die nachfolgend beschriebenen Anpassungen der Vergleichszahlen für die früher dargestellten Perioden oder die Eröffnungsbilanzsalden erforderlich sind. Außerdem hat der Konzern eine freiwillige Änderung seines Rechnungslegungsgrundsatzes für die Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste im Zusammenhang mit Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses für leistungsdefinierte Pläne vorgenommen.

	Bestand (veröffentlicht)	Änderung der Bilanzierungs- methoden		Andere Anpassungen		Bestand (angepasst)
		Bilanzierung leistungsdefi- nierter Pläne	LCH- Aufrechnung	Zinsen	Ertragsteuer- verbindlich- keiten	
in Mio €						
31. Dezember 2006						
Bilanz						
Aktiva:						
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.104.650		- 64.108			1.040.542
Steuerforderungen aus latenten Steuern	4.332	31				4.363
Sonstige Aktiva	139.021	164				139.185
Verbindlichkeiten:						
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	694.619		- 64.108			630.511
Sonstige Passiva	144.129	15				144.144
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	4.033				- 327	3.706
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	2.285	96				2.381
Eigenkapital:						
Gewinnrücklagen	20.451	84			365	20.900
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-):						
Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern	- 760				- 38	- 798
31. Dezember 2007						
Gewinn-und-Verlust-Rechnung						
Zinsen und ähnliche Erträge	67.706				- 3.031	64.675
Zinsaufwendungen	58.857				- 3.031	55.826
Bilanz						
Aktiva:						
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.474.103		- 96.092			1.378.011
Steuerforderungen aus latenten Steuern	4.772	5				4.777
Sonstige Aktiva	182.897	741				183.638
Verbindlichkeiten:						
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	966.177		- 96.092			870.085
Sonstige Passiva	171.509	- 65				171.444
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	4.515				- 294	4.221
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	2.124	256				2.380
Eigenkapital:						
Gewinnrücklagen	25.116	570			365	26.051
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-):						
Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern	- 2.450	- 15			- 71	- 2.536

Leistungen an Arbeitnehmer: Bilanzierung leistungsdefinierter Pläne

Im vierten Quartal 2008 hat der Konzern seine Rechnungslegungsgrundsätze für die Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste im Zusammenhang mit Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses für leistungsdefinierte Pläne geändert. Im Rahmen der Umstellung der Rechnungslegung auf IFRS hat der Konzern im Einklang mit den Umstellungsvorschriften von IFRS 1, „First-time Adoption of IFRS“, sämtliche kumulierten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste zum Umstellungszeitpunkt in den Gewinnrücklagen erfasst. Seitdem wurden unter Anwendung des „10 %-Korridor“-Ansatzes die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste nicht sofort, sondern zum Teil erst in der Zukunft erfolgswirksam erfasst. Der Konzern hat sich für eine freiwillige Änderung dieses Rechnungslegungsgrundsatzes in der Weise entschieden, dass nunmehr im Gegensatz zu der

„Korridor“-Methode die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste unmittelbar in der Periode ihrer Entstehung erfolgsneutral im Eigenkapital berücksichtigt werden. In Übereinstimmung mit den IFRS wurde die Änderung rückwirkend vorgenommen. Die Änderung der Bilanzierungsmethode vermittelt relevantere Informationen über die Vermögens- und Finanzlage des Konzerns, da sie Sachverhalte in der Periode ausweist, in der sie wirtschaftlich entstehen. Die rückwirkende Anpassung hatte Auswirkungen auf die Konzernbilanz und die Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen, nicht aber auf die Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung und die Konzern-Kapitalflussrechnung.

Aufrechnung

Im zweiten Quartal 2008 hat der Konzern festgestellt, dass er die Kriterien zur Aufrechnung von positiven und negativen Marktwerten für OTC-Zinsswaps, die mit dem London Clearing House („LCH“) abgewickelt werden, erfüllt. Gemäß den IFRS werden Posten nach Währung und Fälligkeiten aufgerechnet. Die Anwendung dieser Aufrechnung hatte keine Auswirkung auf die Konzernbilanz oder das Eigenkapital.

Die Darstellung der Zinsen und ähnlichen Erträge sowie der Zinsaufwendungen wurde angepasst, ohne sich auf den Zinsüberschuss auszuwirken.

Anpassung der Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern

Im vierten Quartal 2008 hat der Konzern festgestellt, dass er Steuerverbindlichkeiten für Geschäftsjahre vor 2006 ausgewiesen hatte, die nicht erforderlich waren. Die Steuerverbindlichkeiten wurden rückwirkend um diese Beträge korrigiert und die Eröffnungssalden der Gewinnrücklagen und der Umrechnungsdifferenzen aus der Währungsumrechnung entsprechend angepasst.

Im Folgenden werden die wesentlichen vom Konzern angewandten Rechnungslegungsgrundsätze beschrieben. Diese Grundsätze wurden in den Geschäftsjahren 2006, 2007 und 2008 mit Ausnahme der an anderer Stelle beschriebenen Änderungen konsistent angewandt.

Grundsätze der Konsolidierung

Die Finanzinformationen im Konzernabschluss beinhalten Daten der Muttergesellschaft, Deutsche Bank Aktiengesellschaft zusammen mit ihren Tochtergesellschaften, unter Einbeziehung bestimmter Zweckgesellschaften („SPEs“), dargestellt als eine wirtschaftliche Einheit.

Tochtergesellschaften

Tochtergesellschaften des Konzerns sind die von ihm beherrschten Einheiten. Der Konzern verfügt über einen beherrschenden Einfluss auf Tochtergesellschaften, wenn er deren Finanz- und Geschäftspolitik bestimmen kann. Dies wird in der Regel bei einer direkten oder indirekten Kapitalbeteiligung von mehr als der Hälfte der Stimmrechte an den Unternehmen angenommen. Das Bestehen potenzieller Stimmrechte, die aktuell ausübbar oder wandelbar sind, wird bei der Prüfung, ob der Konzern ein anderes Unternehmen beherrscht, berücksichtigt.

Der Konzern unterstützt die Gründung von SPEs und interagiert mit nicht von ihm gesponserten SPEs aus einer Vielzahl von Gründen. Auf diese Weise können Kunden Investitionen in rechtlich selbstständige Gesellschaften oder gemeinsame Investitionen in alternative Vermögensanlagen vornehmen. Es werden aber auch die Verbriefung von Vermögenswerten und der Kauf oder Verkauf von Kreditsicherungsinstrumenten ermöglicht. Um festzustellen, ob eine

SPE zu konsolidieren ist, ist eine Reihe von Faktoren zu prüfen. Diese beinhalten eine Untersuchung, (1) ob die Aktivitäten der SPE zugunsten des Konzerns entsprechend seinen spezifischen Geschäftsbedürfnissen durchgeführt werden, sodass dieser aus der Geschäftstätigkeit der SPE Nutzen zieht; (2) ob der Konzern über die Entscheidungsmacht zur Erzielung der Mehrheit des Nutzens verfügt; (3) ob der Konzern die Mehrheit des Nutzens aus der Geschäftstätigkeit der SPE zieht und (4) ob der Konzern die Mehrheit der mit den Vermögenswerten verbundenen Residual- oder Eigentumsrisiken behält, um Nutzen aus ihrer Geschäftstätigkeit zu ziehen. Eine SPE ist zu konsolidieren, wenn die Prüfung der wesentlichen Faktoren zeigt, dass die SPE durch den Konzern beherrscht wird.

Tochterunternehmen werden ab dem Zeitpunkt konsolidiert, an dem der Konzern einen beherrschenden Einfluss erlangt. Die Konsolidierung endet mit dem Zeitpunkt, zu dem keine beherrschende Einflussnahme mehr besteht.

Der Konzern überprüft mindestens zu jedem Quartalsabschluss die Angemessenheit zuvor getroffener Konsolidierungsentscheidungen. Entsprechend werden etwaige organisatorische Veränderungen unmittelbar berücksichtigt. Dazu gehören neben Änderungen der Eigentumsverhältnisse jegliche Änderungen von bestehenden oder mit einer Einheit neu abgeschlossenen vertraglichen Verpflichtungen des Konzerns.

Der Konzern überprüft die Konsolidierungsentscheidung für SPEs, wenn sich eine Änderung in den Vereinbarungen der SPE ergibt oder wenn eine substantielle Änderung der Geschäftsbeziehungen zwischen dem Konzern und einer SPE vorlag. Zu den Sachverhalten, die Anlass zur Notwendigkeit einer Überprüfung der Konsolidierungsentscheidung geben würden, gehören unter anderem:

- substantielle Veränderungen der Eigentumsverhältnisse der SPE, beispielsweise Kauf eines nicht unwesentlichen zusätzlichen Anteils oder Verkauf eines nicht unwesentlichen Anteils an der SPE;
- Veränderungen der vertraglichen Vereinbarungen oder Unternehmensführungsstrukturen der SPE;
- zusätzliche Aktivitäten in Bezug auf die Struktur der Gesellschaft, beispielsweise die Bereitstellung einer Liquiditätsfazilität über die ursprünglich vereinbarten Bedingungen hinaus, oder der Abschluss ursprünglich nicht geplanter Geschäfte mit einer SPE und
- Veränderungen in der Finanzierungsstruktur der Einheit.

Ferner wird die Angemessenheit einer Konsolidierungsentscheidung erneut überprüft, wenn der Konzern feststellt, dass die SPE zusätzlicher, ursprünglich nicht vorgesehener Unterstützung zur Weiterführung ihres Geschäfts bedarf und der Konzern eine solche Unterstützung aus Reputations- oder sonstigen Gründen leisten würde.

Die Neueinschätzung des Vorliegens eines beherrschenden Einflusses über bestehende SPEs führt nicht zwangsläufig zu einer Konsolidierung oder Entkonsolidierung. Bei einer solchen Überprüfung muss der Konzern unter Umständen seine Wahrscheinlichkeitsannahmen für Verluste, die Möglichkeit einer zukünftigen Inanspruchnahme zusätzlicher Liquiditätsfazilitäten sowie für künftige, aus Reputations- oder anderen Gründen resultierende Maßnahmen anpassen. Eine Neueinschätzung der Konsolidierungspflicht wird auf der Grundlage aller gegenwärtig verfügbaren Informationen, einschließlich aktueller Marktparameter und Erwartungen (wie zum Beispiel Erwartungen zu Verlusten aus Vermögenswerten), sowie unter Berücksichtigung jeglicher Änderungen der Marktbedingungen seit Gründung der SPE vorgenommen.

Zur bilanziellen Erfassung der Akquisition von Tochtergesellschaften wird die Erwerbsmethode angewandt. Die Anschaffungskosten einer Akquisition bemessen sich nach den Fair Values der hingegebenen Vermögenswerte, der ausgegebenen Eigenkapitalinstrumente sowie der eingegangenen oder übernommenen Verbindlichkeiten zuzüglich der direkt mit der Akquisition verbundenen Kosten. Der Betrag, um den die Anschaffungskosten einer Akquisition den Anteil des Konzerns an dem Fair Value des erworbenen identifizierbaren Reinvermögens übersteigen, wird als Goodwill bilanziert. Sofern die Anschaffungskosten einer Akquisition unter dem Fair Value des erworbenen identifizierbaren Nettovermögens liegen (negativer Goodwill), kann ein Gewinn in den Sonstigen Erträgen erfasst werden.

Alle konzerninternen Transaktionen, Salden und nicht realisierten Gewinne aus Transaktionen zwischen Konzerngesellschaften werden bei der Konsolidierung eliminiert. Im Rahmen der Konzernabschlussstellung werden konzernweit einheitliche Rechnungslegungsgrundsätze angewandt. Die Ausgabe von Aktien einer Tochtergesellschaft an Dritte wird als Kapitalerhöhung behandelt.

Im Rahmen eines Beratungs- oder Treuhandverhältnisses gehaltene Vermögenswerte gelten nicht als Vermögenswerte des Konzerns und sind nicht in der Konzernbilanz ausgewiesen.

Minderheitsanteile werden in der Konzernbilanz als Bestandteil des Eigenkapitals, aber getrennt von dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital ausgewiesen. Das den Minderheitsanteilen zurechenbare Konzernergebnis wird in der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung separat ausgewiesen.

Assoziierte Unternehmen und gemeinschaftlich geführte Unternehmen

Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, bei welchem der Konzern über maßgeblichen Einfluss verfügt, aber keinen beherrschenden Einfluss auf die finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen besitzt. In der Regel wird ein maßgeblicher Einfluss vermutet, wenn der Konzern zwischen 20 % und 50 % der Stimmrechte hält. Bei der Beurteilung, ob der Konzern die Möglichkeit besitzt, einen maßgeblichen Einfluss auf ein anderes Unternehmen auszuüben, werden die Existenz sowie der Effekt potenzieller Stimmrechte, die aktuell ausübbar oder wandelbar sind, berücksichtigt. Weitere Faktoren, die zur Beurteilung eines maßgeblichen Einflusses herangezogen werden, sind beispielsweise die Vertretung in Leitungs- und Aufsichtsgremien (bei deutschen Aktiengesellschaften im Aufsichtsrat) des Beteiligungsunternehmens sowie wesentliche Geschäftsvorfälle mit dem Beteiligungsunternehmen. Liegen solche Faktoren vor, könnte die Anwendung der Equity Methode auch dann erforderlich sein, wenn die Beteiligung des Konzerns weniger als 20 % der Stimmrechte umfasst.

Ein gemeinschaftlich geführtes Unternehmen besteht, wenn der Konzern mit einer Partei oder mehreren Parteien Verträge über Geschäftsaktivitäten geschlossen hat, die durch von ihnen gemeinschaftlich geführte Unternehmen wahrgenommen werden.

Anteile an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen werden nach der Equity Methode bilanziert. Der Anteil des Konzerns an den Ergebnissen assoziierter und gemeinschaftlich geführter Unternehmen wird angepasst, um mit den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns übereinzustimmen. Unrealisierte Gewinne aus Transaktionen werden in Höhe des Anteils des Konzerns am Beteiligungsunternehmen eliminiert.

Nach der Equity Methode werden die Anteile des Konzerns an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen anfänglich mit ihren Anschaffungskosten angesetzt und nachfolgend um den Anteil des Konzerns an dem nach der Akquisition anfallenden Gewinn (oder Verlust) oder an sonstigen Reinvermögensänderungen des betreffenden assoziierten Unternehmens oder gemeinschaftlich geführten Unternehmens erhöht (vermindert). Goodwill, der bei der Akquisition eines assoziierten Unternehmens oder eines gemeinschaftlich geführten Unternehmens entsteht, ist im Buchwert der Beteiligung (abzüglich aufgelaufener Verluste aus Wertminderungen) enthalten. Übersteigen die Verluste den Buchwert der jeweiligen Beteiligung, werden sie mit anderen Vermögenswerten des Konzerns, die dem Beteiligungsunternehmen zuzuordnen sind, verrechnet. Falls diese anderen Vermögenswerte vollständig abgeschrieben sind, wird geprüft, ob zusätzlich Verluste auszuweisen sind, weil der Konzern verpflichtet ist, diese auszugleichen.

Währungsumrechnung

Der Konzernabschluss wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Eine Reihe von Konzerngesellschaften verwendet eine andere funktionale Währung, die der Währung des wirtschaftlichen Umfelds entspricht, in dem die Gesellschaft tätig ist.

Eine Gesellschaft bilanziert Erträge, Aufwendungen, Gewinne und Verluste in Fremdwährung in ihrer jeweiligen funktionalen Währung und legt die am Tag der bilanziellen Erfassung geltenden Wechselkurse zugrunde.

Monetäre Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die auf eine andere als die funktionale Währung der jeweiligen Einzelgesellschaft lauten, werden mit dem Kurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Realisierte und unrealisierte Wechselkursgewinne und -verluste werden in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen.

Umrechnungsdifferenzen aus nicht monetären Posten, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert sind (zum Beispiel Eigenkapitaltitel), werden nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung, sondern innerhalb des Eigenkapitals in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten erfasst. Wird der Vermögenswert verkauft, werden die Umrechnungsdifferenzen in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung übertragen und sind Bestandteil des dort ausgewiesenen Gesamtgewinns oder -verlusts aus der Veräußerung des Vermögenswerts.

Zum Zweck der Umrechnung in die Berichtswährung werden Vermögenswerte, Verbindlichkeiten sowie das Eigenkapital von ausländischen Geschäftsbetrieben zum Bilanzstichtagskurs umgerechnet. Die Ertrags- und Aufwandsposten werden zu den bei Abschluss der Transaktion geltenden Wechselkursen oder zu Durchschnittskursen, sofern diese annähernd einer Umrechnung zu Transaktionskursen entsprechen, in Euro umgerechnet. Wechselkursdifferenzen infolge der Umrechnung eines ausländischen Geschäftsbetriebs werden in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten erfasst und anschließend im Fall einer Veräußerung oder Teilveräußerung des Geschäftsbetriebs ergebniswirksam berücksichtigt.

Zinsen, Gebühren und Provisionen

Erträge werden berücksichtigt, wenn die Höhe der Erträge und der dazugehörigen Kosten verlässlich bestimmt werden kann, der wirtschaftliche Nutzen der Transaktion mit großer Wahrscheinlichkeit realisiert wird und der Fertigstellungsgrad der Transaktion verlässlich bestimmt werden kann. Dieses Konzept wird auf die wesentlichen ertrags-generierenden Konzernaktivitäten wie folgt angewandt:

Zinsüberschuss – Zinsen aus allen verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten werden nach der Effektivzinsmethode erfasst und im Zinsüberschuss ausgewiesen. Die Effektivzinsmethode ist ein Verfahren zur Berechnung der fortgeführten Anschaffungskosten eines finanziellen Vermögenswerts oder einer finanziellen Verbindlichkeit, bei dem Zinserträge oder Zinsaufwendungen unter Verwendung der erwarteten zukünftigen Cashflows über den relevanten Zeitraum verteilt werden. Die zur Berechnung des Effektivzinsses herangezogenen Cashflows berücksichtigen alle vertraglichen Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem Vermögenswert oder der Verbindlichkeit sowie alle Gebühren, die integraler Teil des Effektivzinssatzes sind, die direkten und inkrementellen Transaktionskosten sowie alle sonstigen Agios und Disagios.

Sobald eine Wertminderung für einen Kredit oder ein zur Veräußerung verfügbares festverzinsliches Wertpapier erfasst wurde, wird die Zinsabgrenzung auf Basis der vertraglichen Bedingungen des Finanzinstruments eingestellt. Dessen ungeachtet werden Zinserträge auf Basis des Zinssatzes, der zur Abzinsung zukünftiger Cashflows für die Ermittlung des Wertminderungsverlusts verwendet wurde, erfasst. Bei einem Kredit würde der ursprüngliche Effektivzinssatz verwendet. Bei einem zur Veräußerung verfügbaren festverzinslichen Wertpapier hingegen würde jeweils bei Vorliegen eines Wertminderungsbedarfs ein neuer Effektivzinssatz festgelegt, da die Wertminderung auf Basis des Fair Value bemessen wird und somit auf dem aktuellen Marktzinssatz beruht.

Im Fall einer Umklassifizierung von finanziellen Vermögenswerten aus den Kategorien „Handelsaktiva“ oder „zur Veräußerung verfügbar“ zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft wird ein neuer Effektivzinssatz auf Grundlage des besten Schätzwerts der zukünftigen Cashflows festgelegt.

Provisionsüberschuss – Die Erfassung von Provisionserträgen richtet sich nach dem Zweck, für den diese erhoben wurden, sowie nach der Bilanzierungsmethode für mögliche zugehörige Finanzinstrumente. In den Fällen, in denen ein zugehöriges Finanzinstrument existiert, werden Provisionen, die integraler Bestandteil des Effektivzinssatzes dieses Finanzinstruments sind, in die Bestimmung des Effektivzinsses einbezogen. Sofern jedoch das Finanzinstrument zum Fair Value bewertet wird, werden die zugehörigen Provisionen ergebniswirksam zum Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes des Finanzinstruments vereinnahmt, wenn der Bestimmung ihres Fair Value keine signifikanten unbeobachtbaren Eingangsparameter zugrunde liegen. Die Vereinnahmung von Gebühren für Leistungen, die über einen bestimmten Zeitraum erbracht werden, erfolgt über die Periode der Leistungserbringung. Gebühren, die mit der vollständigen Erbringung einer bestimmten Dienstleistung oder einem signifikanten Ereignis verbunden sind, werden vereinnahmt, wenn die Dienstleistung vollständig erbracht wurde oder das signifikante Ereignis eingetreten ist.

Kreditbereitstellungsgebühren im Zusammenhang mit Zusagen, die nicht als zum Fair Value bewertet bilanziert werden, werden über die Laufzeit der Zusage im Provisionsüberschuss erfasst, wenn es unwahrscheinlich ist, dass die zugehörige Kreditvergabe erfolgen wird. Wenn es wahrscheinlich ist, dass der zugesagte Kredit in Anspruch genommen wird, wird die Kreditbereitstellungsgebühr bis zur Gewährung eines Kredits abgegrenzt und als Anpassung des Effektivzinssatzes des Darlehens berücksichtigt.

Leistungsabhängige Provisionen oder Provisionskomponenten werden erfasst, wenn die Leistungskriterien erfüllt sind.

Die folgenden Provisionserträge resultieren primär aus über einen bestimmten Zeitraum erbrachten Dienstleistungen: Investmentfondsmanagement-, Treuhand-, Depot-, Portfolio-, sonstige Verwaltungs- und Beratungsprovisionen sowie kreditbezogene Gebühren und Provisionserträge. Zu den Provisionen, die primär über die Erbringung von transaktionsbezogenen Serviceleistungen erzielt werden, gehören Provisionen aus dem Emissionsgeschäft, dem Corporate-Finance- sowie dem Brokeragegeschäft.

Vertragsverhältnisse, die die Lieferung mehrerer Dienstleistungen oder Produkte vorsehen – Für Vertragsverhältnisse, bei denen sich der Konzern zur Lieferung mehrerer Produkte, Dienstleistungen oder Rechte an einen Vertragspartner verpflichtet, ist zu untersuchen, ob die insgesamt erhaltene Gebühr für Zwecke der Ertragsrealisierung aufgeteilt und den verschiedenen Komponenten des Vertragsverhältnisses zugeordnet werden sollte. Vom Konzern durchgeführte strukturierte Transaktionen sind die wichtigsten Beispiele für solche Arrangements und werden auf Einzeltransaktionsbasis untersucht. Diese Untersuchung berücksichtigt den Wert der bereits gelieferten Elemente und Leistungen, um sicherzustellen, dass das anhaltende Engagement des Konzerns in Bezug auf andere Aspekte des Gesamtarrangements in keinem wesentlichen Verhältnis zu den bereits erbrachten Leistungen steht. Es werden außerdem der Wert der noch nicht gelieferten Elemente und, sofern Rückgaberechte für die gelieferten Elemente bestehen, die Wahrscheinlichkeit der Erbringung der verbleibenden, noch nicht gelieferten Elemente untersucht. Sofern festgestellt wird, dass es angemessen ist, die Teilelemente als separate Komponenten zu betrachten, wird die erhaltene Gegenleistung auf Basis der relativen Werte der einzelnen Elemente aufgeteilt. Liegt für den Wert der gelieferten Elemente kein verlässlicher und objektiver Nachweis vor oder ist ein individuelles Element mit dem Fair Value anzusetzen, wird der Residualansatz verwendet. Unter dem Residualansatz entspricht der für die gelieferte Leistung zu vereinnahmende Ertrag dem Restbetrag, der verbleibt, nachdem ein angemessener Ertrag allen anderen Komponenten des Gesamtarrangements zugeordnet wurde.

Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

Der Konzern teilt seine finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen in die nachstehenden Kategorien ein: zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen, Forderungen aus dem Kreditgeschäft, zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte und sonstige finanzielle Verpflichtungen. Der Konzern klassifiziert seine finanziellen Vermögenswerte nicht als „bis zur Endfälligkeit gehalten“. Die angemessene Klassifizierung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen wird zum Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes oder der Umgliederung festgelegt. Grundsätzlich umfassen die Bilanzposten diese Klassen finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten mit Ausnahme derer, die nachfolgend beschrieben werden.

Käufe und Verkäufe finanzieller Vermögenswerte sowie Begebungen und Rückerwerbe finanzieller Verpflichtungen, die als zum Fair Value bewertet eingestuft werden, beziehungsweise Käufe und Verkäufe finanzieller Vermögenswerte, die als zur Veräußerung verfügbar klassifiziert werden, werden am Handelstag erfasst. Als Handelstag gilt das Datum, an dem sich der Konzern dazu verpflichtet, die betreffenden Vermögenswerte zu kaufen oder zu verkaufen oder die finanziellen Verpflichtungen zu begeben oder zurückzuerwerben. Alle anderen Finanzinstrumente gehen am Erfüllungstag zu oder ab.

Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

Der Konzern klassifiziert bestimmte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen zum Zeitpunkt der Ersterfassung entweder als zu Handelszwecken gehalten oder klassifiziert diese als zum Fair Value bewertet. Diese finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen werden zum Fair Value angesetzt und als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise Verpflichtungen dargestellt. Die entsprechenden realisierten und unrealisierten Gewinne/Verluste sind im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen enthalten. Für zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente werden Zinsen aus verzinslichen Aktiva wie Handelskrediten und festverzinslichen Wertpapieren sowie Dividenden aus Aktien in den Zinsen und ähnlichen Erträgen ausgewiesen.

Handelsaktiva und -passiva – Finanzinstrumente werden als zu Handelszwecken gehalten klassifiziert, wenn sie hauptsächlich für den Zweck der kurzfristigen Veräußerung begeben oder erworben oder zum Zweck des kurzfristigen Rückkaufs eingegangen wurden oder wenn sie Teil eines Portfolios eindeutig identifizierter und gemeinsam gesteuerter Finanzinstrumente sind, für die in der jüngeren Vergangenheit Nachweise für kurzfristige Gewinnmitnahmen bestehen.

Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen – Bestimmte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen, die nicht die Definition von Handelsaktiva und -passiva erfüllen, werden nach der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert. Diese Vermögenswerte und Verpflichtungen müssen eine der folgenden Bedingungen erfüllen: (1) Durch die Klassifizierung werden Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz beseitigt oder erheblich verringert; (2) eine Gruppe finanzieller Vermögenswerte und/oder finanzieller Verpflichtungen wird gemäß einer dokumentierten Risikomanagement- oder Anlagestrategie auf Fair-Value-Basis gesteuert und ihre Wertentwicklung auf dieser Basis gemessen oder (3) das Finanzinstrument enthält ein eingebettetes Derivat oder mehrere eingebettete Derivate. Letzteres gilt nicht, wenn (a) das eingebettete Derivat keine wesentliche Modifizierung der nach Maßgabe des Vertrags erforderlichen Cashflows bewirkt oder (b) ohne jegliche oder bereits nach oberflächlicher Prüfung klar ist, dass eine Trennung verboten ist. Darüber hinaus sieht der Konzern eine Klassifizierung als zum Fair Value bewertet nur für diejenigen Finanzinstrumente vor, für die der Fair Value verlässlich bestimmbar ist.

Kreditzusagen

Bestimmte Kreditzusagen werden nach der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert. Wie in dem Abschnitt „Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen“ erläutert, sind einige Kreditzusagen als zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen zu bilanzieren. Alle anderen Kreditzusagen werden bilanziell nicht erfasst. Daher werden für diese außerbilanziellen Kreditzusagen Änderungen des Fair Value infolge von Änderungen der Zinssätze oder Kreditspannen nicht berücksichtigt. Jedoch werden diese außerbilanziellen Kreditzusagen wie im Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft“ ausgeführt, individuell und, sofern angemessen, kollektiv auf Wertminderung untersucht.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft

Kredite umfassen selbst begebene und erworbene nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen. Diese finanziellen Vermögenswerte werden weder an einem aktiven Markt gehandelt noch als zum Fair Value bewertete oder als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert.

Kredite werden bei der Ersterfassung zum Fair Value ausgewiesen. Wenn ein Kredit zu Marktkonditionen begeben wird, entspricht der Fair Value den dem Kreditnehmer zur Verfügung gestellten Geldbetrag zuzüglich des Saldos aus direkten inkrementellen Transaktionskosten und Provisionen. In der Folge werden die Kredite zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode, reduziert um Wertminderungen, bewertet.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

Finanzielle Vermögenswerte, die weder als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte noch als Forderungen aus dem Kreditgeschäft klassifiziert werden, werden als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, entweder als Schuldtitel oder als Eigenkapitalinstrumente, eingestuft. Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden zunächst mit ihrem Fair Value zuzüglich der dem Kauf direkt zuordenbaren Transaktionskosten angesetzt. Auflösungen von Agios und Disagios werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Zukünftige Änderungen des Fair Value werden im Eigenkapital in der Position Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste ausgewiesen – es sei denn, sie sind Gegenstand eines Fair Value Hedge. In diesem Fall werden Änderungen des Fair Value, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, in den sonstigen Erträgen berücksichtigt. Bei monetären zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (beispielsweise Schuldtiteln) werden Änderungen des Buchwerts, die auf Wechselkursänderungen zurückzuführen sind, ergebniswirksam erfasst, während sonstige Änderungen des Buchwerts wie oben beschrieben im Eigenkapital ausgewiesen werden. Bei nicht monetären zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (beispielsweise Eigenkapitalinstrumenten) beinhaltet die im Konzerneigenkapital berücksichtigte Wertänderung auch den Fremdwährungsbestandteil.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden auf ihre Werthaltigkeit überprüft, wie im Abschnitt „Wertminderung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten“ beschrieben. Realisierte Gewinne und Verluste werden als Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen. Bei der Ermittlung der Anschaffungskosten für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte wird im Allgemeinen die Methode der gewichteten Durchschnittskosten herangezogen. Bislang im Eigenkapital erfasste Gewinne und Verluste werden bei Verkauf eines zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerts als Bestandteil des Gesamtveräußerungsergebnisses in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst.

Finanzielle Verpflichtungen

Mit Ausnahme der zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen werden finanzielle Verpflichtungen zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode bewertet.

Finanzielle Verpflichtungen umfassen emittierte langfristige und kurzfristige Schuldtitel, die bei Ersterfassung zum Fair Value bewertet werden, welcher dem erhaltenen Gegenwert abzüglich der entstandenen Transaktionskosten entspricht. Rückkäufe von am Markt platzierten Schuldtiteln gelten als Tilgung. Bei Rückkäufen entstehende Gewinne oder Verluste werden in der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Ein späterer Verkauf eigener Schuldverschreibungen am Markt wird als Neuplatzierung von Schuldtiteln behandelt.

Umgliederung von gewissen finanziellen Vermögenswerten

Der Konzern kann bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Kategorien zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte in die Kategorie Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgliedern. Für die umzuklassifizierenden Vermögenswerte muss sich seit deren erstmaligem Ansatz die vom Management festgelegte Zweckbestimmung geändert haben und der finanzielle Vermögenswert muss am Umgliederungsstichtag die Definition einer Forderung aus dem Kreditgeschäft erfüllen. Außerdem müssen am Umwidmungsstichtag die Absicht und Möglichkeit bestehen, die umgewidmeten Vermögenswerte auf absehbare Zeit zu halten. Die Definition des Kriteriums „auf absehbare Zeit“ lässt sich nicht auf eine allgemeingültige Zeitspanne festlegen, sondern erfordert Beurteilungen des Managements. Zur Beurteilung hat der Konzern die nachfolgenden Mindestanforderungen festgelegt:

- Es darf keine Absicht bestehen, den Vermögenswert innerhalb eines Jahres zu verkaufen oder zu verbriefen, und es darf keine internen oder externen Auflagen geben, die die Halteabsicht einschränken oder einen Verkauf erforderlich machen würden; und
- der Geschäftsplan darf zukünftig nicht darauf ausgerichtet sein, von kurzfristigen Preisveränderungen zu profitieren.

Sind die Voraussetzungen erfüllt, wurde auf Basis der individuellen Gegebenheiten die Umgliederung vorgenommen. Die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit, die Haltestrategie einzuhalten, ist vom Management zu bestätigen.

Finanzielle Vermögenswerte werden zu ihrem Fair Value am Umgliederungsstichtag umgebucht. Gewinne oder Verluste, die bereits in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst wurden, werden nicht rückgängig gemacht. Der Fair Value des Finanzinstruments am Umwidmungsstichtag repräsentiert die neuen fortgeführten Anschaffungskosten des Instruments. Die erwarteten Cashflows des Finanzinstruments werden am Umbuchungsstichtag geschätzt und diese Schätzungen werden zur Berechnung der neuen Effektivverzinsung der Instrumente verwendet. Erhöhen sich zu einem späteren Zeitpunkt die erwarteten zukünftigen Cashflows der umklassifizierten Vermögenswerte aufgrund einer Werterholung, wird der Effekt dieser Erhöhung als Anpassung der Effektivverzinsung und nicht als Anpassung des Buchwerts zum Zeitpunkt der Änderung der Schätzung berücksichtigt. Bei einem anschließenden Rückgang der erwarteten zukünftigen Cashflows wird der Vermögenswert auf Vorliegen einer Wertminderung analysiert, wie im Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft“ in dieser Note erläutert.

Bei Instrumenten, die aus den zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in die Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert wurden, wird der im Eigenkapital erfasste unrealisierte Gewinn oder Verlust anschließend unter Anwendung der Effektivverzinsung des Instruments als Zinsertrag erfasst. Wenn später eine Wertminderung des Instruments vorliegt, wird der an diesem Stichtag im Eigenkapital ausgewiesene unrealisierte Verlust des Instruments sofort in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Wertberichtigung für Kreditausfälle erfasst.

Ermittlung des Fair Value

Der Fair Value ist definiert als der Preis, zu dem ein Vermögenswert oder eine Verbindlichkeit im Rahmen einer Transaktion zwischen sachverständigen und vertragswilligen Geschäftspartnern (ausgenommen im Rahmen eines Zwangsverkaufs oder einer Notabwicklung) zum jetzigen Zeitpunkt ausgetauscht werden könnte. Der Fair Value von in aktiven Märkten notierten Finanzinstrumenten wird auf Grundlage der Preisnotierungen ermittelt, sofern diese im Rahmen von regelmäßigen und aktuellen Transaktionen verwendete Preise darstellen. Der Konzern verwendet

Bewertungsverfahren für die Ermittlung des Fair Value von Finanzinstrumenten, sofern keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind. Folglich basieren in Bewertungsverfahren verwendete Eingangsparameter wenn möglich auf beobachtbaren Daten, die von Preisen relevanter, in aktiven Märkten gehandelter Finanzinstrumente abgeleitet werden. Die Anwendung dieser Modelle erfordert Annahmen und Einschätzungen des Managements, deren Umfang von der Preistransparenz in Bezug auf das Finanzinstrument und dessen Markt sowie von der Komplexität des Instruments abhängt. Das Verfahren zur Bestimmung des Fair Value beinhaltet auch eine angemessene Anpassung der mithilfe des Bewertungsmodells ermittelten Ergebnisse, um Faktoren wie Bewertungsanpassungen der Spanne zwischen Ausgabe- und Rücknahmekurs, Liquidität und Kreditrisiken (sowohl mit dem Vertragskontrahenten verbundene Kreditrisiken als auch die Nichterfüllung im Zusammenhang mit finanziellen Verbindlichkeiten) zu berücksichtigen.

Erfassung des „Trade Date Profit“

Soweit für die Bewertungsmodelle in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Informationen verwendet werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis. Jeglicher am Handelstag durch Anwendung des Bewertungsmodells ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Die Abgrenzung erfolgt auf Basis systematischer Methoden entweder über die Zeitspanne zwischen dem Handelstag und dem Zeitpunkt, an dem voraussichtlich beobachtbare Marktinformationen vorliegen, oder über die Laufzeit der Transaktion (je nachdem, welcher Zeitraum kürzer ist). Der Konzern wendet diese Abgrenzungsmethode an, weil sie die Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Risikoprofile der Finanzinstrumente, wie sie sich aus Marktbewegungen oder der abnehmenden Restlaufzeit der Instrumente ergeben, angemessen widerspiegelt. Ein verbleibender abgegrenzter Handelstaggewinn wird in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst, wenn beobachtbare Marktdaten vorliegen oder der Konzern in ein gegenläufiges Geschäft eintritt, welches das Risiko des Instruments im Wesentlichen eliminiert. In den seltenen Fällen, in denen ein Handelstagverlust entsteht, würde dieser sogleich erfasst, wenn es wahrscheinlich ist, dass ein Verlust eingetreten ist und der Betrag verlässlich geschätzt werden kann.

Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen

Derivate werden zur Steuerung von Zins-, Währungs-, Kredit- und sonstigen Marktpreisrisiken, einschließlich Risiken aus geplanten Transaktionen, eingesetzt. Alle frei stehenden Kontrakte, die für Rechnungslegungszwecke als Derivate klassifiziert werden, sind in der Bilanz mit ihrem Fair Value angesetzt – unabhängig davon, ob sie zu Handels- oder anderen Zwecken gehalten werden.

Gewinne und Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen Derivaten werden im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen.

Der Konzern gibt Kreditzusagen, deren resultierende Kreditforderungen zum Verkauf bestimmt sind. Diese Posten werden als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen klassifiziert und die zugehörigen Gewinne und Verluste werden im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. Kreditzusagen, die durch Barausgleich oder durch die Lieferung beziehungsweise Begebung eines anderen Finanzinstruments erfüllt werden können, werden als Derivate klassifiziert. Spezielle vom Konzern für angebotene Investmentfondsprodukte abgegebene Marktwertgarantien werden ebenfalls als Derivate klassifiziert und demzufolge zum Fair Value angesetzt, wobei Veränderungen des Fair Value im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen berücksichtigt werden.

Bestimmte Derivate, die weder zu Handelszwecken gehalten werden noch die Anforderungen für eine Bilanzierung als Sicherungsbeziehung erfüllen, aber Effekte aus Transaktionen ausgleichen, die in die zinsunabhängigen Erträge und Aufwendungen einfließen, werden unter den sonstigen Aktiva oder sonstigen Passiva ausgewiesen. Die realisierten und unrealisierten Änderungen des Fair Value dieser Derivate werden in denselben Positionen der zinsunabhängigen Erträge und Aufwendungen ausgewiesen, in die auch die abgesicherte Transaktion einfließt. Die Änderungen des Fair Value aller anderen Derivate, die die Anforderungen für eine Bilanzierung als Sicherungsbeziehung nicht erfüllen, werden im Ergebnis aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen erfasst.

Eingebettete Derivate

Einige hybride Verträge enthalten sowohl eine derivative als auch eine nicht derivative Komponente. In diesen Fällen wird die derivative Komponente als eingebettetes Derivat und die nicht derivative Komponente als Basisvertrag bezeichnet. Sind die wirtschaftlichen Merkmale und die Risiken eingebetteter Derivate nicht eng mit denjenigen des Basisvertrags verknüpft und wird der betreffende hybride Vertrag nicht als zum Fair Value bewertet erfasst, wird das eingebettete Derivat vom Basisvertrag getrennt und zum Fair Value erfasst, wobei Wertänderungen im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen werden. Der Basisvertrag wird weiterhin in Übereinstimmung mit dem entsprechenden Rechnungslegungsstandard bewertet. Der Buchwert eines eingebetteten Derivats wird in der Konzernbilanz zusammen mit dem Basisvertrag ausgewiesen. Einzelne hybride Instrumente wurden unter Anwendung der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert.

Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen („Hedge Accounting“)

Werden Derivate zum Zweck des Risikomanagements gehalten und erfüllen die entsprechenden Geschäfte spezifische Kriterien, wendet der Konzern Hedge Accounting an. Im Rahmen der Rechnungslegung werden drei Arten von Sicherungsbeziehungen unterschieden, die bilanziell unterschiedlich behandelt werden: (1) Absicherung von Veränderungen des Fair Value von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten oder verbindlichen Zusagen („Fair Value Hedges“), (2) Absicherung von Schwankungen zukünftiger Cashflows aus hochwahrscheinlichen geplanten Transaktionen wie auch variabel verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten („Cash Flow Hedges“) sowie (3) Absicherung von Fremdwährungsrisiken aus der Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Geschäftsbetriebe von deren funktionaler Währung in die Berichtswährung der Muttergesellschaft („Hedges of Net Investments in Foreign Operations“).

Wird Hedge Accounting angewandt, designiert und dokumentiert der Konzern die Beziehung zwischen dem Sicherungsinstrument und dem gesicherten Geschäft sowie Risikomanagementziel und -strategie, die der Sicherungsbeziehung zugrunde liegen, und auch die Art des abgesicherten Risikos. Teil dieser Dokumentation ist eine Beschreibung, wie der Konzern die Wirksamkeit des Sicherungsinstruments hinsichtlich der Kompensation von Risiken aus Änderungen des Fair Value des abgesicherten Grundgeschäfts oder aus Cashflows bestimmt, die dem abgesicherten Risiko zurechenbar sind. Die Effektivität wird für jede Sicherungsbeziehung sowohl zu Beginn als auch während der Laufzeit bestimmt. Selbst bei übereinstimmenden Vertragsbedingungen zwischen dem Derivat und dem abgesicherten Grundgeschäft wird die Hedgeeffektivität immer berechnet.

Zu Sicherungszwecken gehaltene Derivate werden als sonstige Aktiva beziehungsweise sonstige Passiva ausgewiesen. Wird ein Derivat später nicht mehr zu Sicherungszwecken eingesetzt, wird es in die zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen übertragen. Anschließend Änderungen des Fair Value werden im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen erfasst.

Beim Fair Value Hedge werden die dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Änderungen des Fair Value des Grundgeschäfts beziehungsweise eines Teils davon zusammen mit der gesamten Änderung des Fair Value des Sicherungsderivats in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Bei der Absicherung von Zinsrisiken werden abgegrenzte oder gezahlte Zinsen aus dem Derivat und dem abgesicherten Grundgeschäft als Zinsertrag oder -aufwand ausgewiesen. Unrealisierte Gewinne oder Verluste aus den Anpassungen des Fair Value werden in den sonstigen Erträgen erfasst. Wird das Fremdwährungsrisiko eines als zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerts abgesichert, wird die aus Währungskursschwankungen resultierende Änderung des Fair Value des Wertpapiers ebenfalls in den sonstigen Erträgen ausgewiesen. Die Hedgeineffektivität wird in den sonstigen Erträgen berücksichtigt. Sie wird gemessen als Saldo der Änderungen des Fair Value aus dem Sicherungsinstrument und dem abgesicherten Grundgeschäft, welche auf die dem abgesicherten Risiko zugrunde liegenden Veränderungen der Marktwerte oder -preise zurückzuführen ist.

Wird eine Beziehung zur Absicherung von Änderungen des Fair Value vor Fälligkeit des Instruments beendet, weil das zugrunde liegende Derivat vorzeitig beendet oder anderen Zwecken zugeführt wird, werden die im Buchwert des gesicherten Schuldtitels enthaltenen zinsbezogenen Anpassungen des Fair Value über die Restlaufzeit der ursprünglichen Sicherungsbeziehung amortisiert und mit den Zinserträgen oder -aufwendungen verrechnet. Für andere Arten von Fair-Value-Anpassungen beziehungsweise bei Veräußerung oder anderweitiger Ausbuchung der gesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten werden die Fair-Value-Anpassungen bei der Ermittlung des bei Ausbuchung realisierten Gewinns oder Verlusts berücksichtigt.

Bei der Absicherung von Schwankungen der Cashflows ändern sich die Bewertungsregeln für das Grundgeschäft nicht. Das Sicherungsderivat wird mit seinem Fair Value angesetzt, wobei Wertänderungen zunächst in dem Umfang, in dem die Sicherungsbeziehung effektiv ist, in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten ausgewiesen werden. Die dort erfassten Beträge werden in den Perioden in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung umbucht, in denen auch die geplante Transaktion ergebniswirksam erfasst wird. Daher werden die Beträge für die Sicherung des Zinsrisikos zum gleichen Zeitpunkt wie die Zinsabgrenzungen für das abgesicherte Geschäft in den Zinserträgen oder Zinsaufwendungen erfasst. Bei der Sicherung eines Fremdwährungsrisikos für nicht monetäre zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, zum Beispiel Eigenkapitaltitel, werden die ursprünglich in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten erfassten Beträge bei Veräußerung des Grundgeschäfts ergebniswirksam erfasst und dem Verkaufsgewinn oder -verlust zugeordnet.

Die Hedgeineffektivität wird in den sonstigen Erträgen erfasst. Sie ergibt sich in der Regel als Unterschiedsbetrag zwischen den Fair-Value-Änderungen des eingesetzten Sicherungsderivats und denen eines hypothetisch perfekten Sicherungsgeschäfts.

Bei der Beendigung von Beziehungen zur Absicherung von Schwankungen der Cashflows werden die in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten ausgewiesenen Beträge über die Restlaufzeit der ursprünglichen Sicherungsbeziehung als Zinserträge beziehungsweise -aufwendungen abgegrenzt. Werden Beziehungen zur Absicherung von Schwankungen der Cashflows, die auf andere Arten von Risiken zurückzuführen sind, vorzeitig beendet, werden die in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten enthaltenen Beträge in der gleichen Periode und in der gleichen Position der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst wie das geplante Grundgeschäft. Wird der Eintritt der geplanten Transaktion allerdings nicht mehr erwartet, werden die Beträge in den sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Bei der Absicherung von Fremdwährungsrisiken aus der Umrechnung der Abschlüsse ausländischer Geschäftsbetriebe von deren funktionalen Währung in die Berichtswährung der Muttergesellschaft („Hedge of a Net Investment in a Foreign Operation“) wird die auf der Änderung des Devisenkassakurses beruhende Änderung des Fair Value des Sicherungsderivats in dem Umfang, in dem der Hedge effektiv ist, als Anpassung aus der Währungsumrechnung in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten ausgewiesen. Der verbleibende Teil der Änderung des Fair Value wird in die sonstigen Erträge eingestellt.

Der Gewinn oder Verlust aus dem Sicherungsinstrument, bezogen auf den effektiven Teil des Hedge, wird bei Verkauf des ausländischen Geschäftsbetriebs erfolgswirksam erfasst.

Wertminderungen (Impairment) finanzieller Vermögenswerte

An jedem Bilanzstichtag beurteilt der Konzern, inwiefern objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines finanziellen Vermögenswerts oder einer Gruppe finanzieller Vermögenswerte vorliegen. Ein finanzieller Vermögenswert oder eine Gruppe finanzieller Vermögenswerte gilt als wertgemindert und ein Wertminderungsverlust als entstanden, wenn:

- objektive Hinweise auf eine Wertminderung infolge eines Verlustereignisses vorliegen, das nach der erstmaligen Erfassung des Finanzinstruments und bis zum Bilanzstichtag eingetreten ist („Verlustereignis“);
- das Verlustereignis einen Einfluss auf die geschätzten zukünftigen Cashflows des finanziellen Vermögenswerts oder der Gruppe finanzieller Vermögenswerte hatte und
- eine verlässliche Schätzung des Betrags vorgenommen werden kann.

Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft

Der Konzern beurteilt zunächst für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, ob auf individueller Ebene objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Anschließend erfolgt eine kollektive Beurteilung für Kredite, die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, und für Kredite, die zwar für sich gesehen bedeutsam sind, für die aber im Rahmen der Einzelbetrachtung kein Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt.

Damit das Management beurteilen kann, ob auf individueller Ebene ein Verlustereignis eingetreten ist, werden alle bedeutsamen Kreditbeziehungen in regelmäßigen Zeitabständen überprüft. Dabei werden aktuelle Informationen und kontrahentenbezogene Ereignisse wie erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners oder Vertragsbrüche, die sich beispielsweise im Ausfall oder Verzug von Zins- und Tilgungszahlungen äußern, berücksichtigt.

Sofern für eine einzelne Kreditbeziehung ein Wertminderungshinweis vorliegt, der zu einem Wertminderungsverlust führt, wird der Verlustbetrag als Differenz zwischen dem Buchwert des Kredits (der Kredite) einschließlich aufgelaufener Zinsen und dem Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinses oder im Falle einer Umklassifizierung des am Umbuchungsstichtag festgelegten Effektivzinses des Kredits ermittelt. In die Cashflows einzubeziehen sind auch solche, die aus einer Sicherheitenverwertung nach Abzug der Kosten der Aneignung und des Verkaufs resultieren können. Der Buchwert der Kredite wird mittels einer Wertberichtigung reduziert. Der Verlustbetrag wird in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Der Zweck der kollektiven Beurteilung besteht in der Bildung einer Wertberichtigung für Kredite, die entweder für sich gesehen bedeutsam sind, für die jedoch kein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt, oder die für sich

gesehen nicht bedeutsam sind, für die jedoch auf Portfolioebene wahrscheinlich ein Verlust eingetreten und verlässlich bestimmbar ist. Der Verlustbetrag setzt sich aus drei Komponenten zusammen. Die erste Komponente berücksichtigt einen Betrag für Transfer- und Konvertierungsrisiken im Zusammenhang mit Kreditengagements in Ländern, bei denen erheblich daran gezweifelt wird, dass die dort ansässigen Kontrahenten aufgrund der wirtschaftlichen oder politischen Situation ihre Rückzahlungsverpflichtungen erfüllen können. Dieser Betrag wird unter Verwendung von Ratings für Länder- und Transferrisiken ermittelt, welche regelmäßig für jedes Land, in dem der Konzern Geschäfte tätigt, erhoben und überwacht werden. Der zweite Bestandteil stellt einen Wertberichtigungsbetrag dar, der die auf Portfolioebene für kleinere homogene Kredite, das heißt für Kredite an Privatpersonen und kleine Unternehmen im Privatkunden- und Retailgeschäft, eingetretenen Verluste widerspiegelt. Die Kredite werden entsprechend ähnlichen Kreditrisikomerkmale zusammengefasst und die Wertberichtigung für jede Gruppe von Krediten wird unter Verwendung statistischer Modelle auf Basis von historischen Erfahrungswerten ermittelt. Die dritte Komponente beinhaltet eine Schätzung der im Kreditportfolio inhärenten Verluste, die weder auf individueller Ebene identifiziert noch bei der Bestimmung der Wertberichtigung für kleinere homogene Kredite berücksichtigt wurden. Kredite, die bei individueller Beurteilung nicht als wertgemindert gelten, sind ebenfalls in dieser Komponente der Wertberichtigung enthalten.

Sobald ein Kredit als wertgemindert identifiziert ist, wird die Zinsabgrenzung auf Basis der kreditvertraglichen Bedingungen eingestellt. Dessen ungeachtet wird aber der auf den Zeitablauf zurückzuführende Anstieg des Nettobarwerts des wertgeminderten Kredits auf Basis des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits als Zinsertrag erfasst.

Alle wertberichtigten Kredite werden zu jedem Bilanzstichtag auf Veränderungen des Barwerts der erwarteten zukünftigen Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinses des Kredits untersucht. Die Veränderung eines bereits erfassten Wertminderungsverlusts wird als Veränderung der Wertberichtigung erfasst und in der Gewinn- und Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ausgewiesen.

Wenn davon ausgegangen wird, dass keine realistische Aussicht auf eine Rückzahlung der Forderung besteht, und die Sicherheiten verwertet oder auf den Konzern übertragen wurden, wird der Kredit abgeschrieben. Zahlungseingänge aus abgeschriebenem Forderungen werden in der Gewinn- und Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Das Verfahren zur Bestimmung von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft ähnelt der Methodik, die für Forderungen aus dem Kreditgeschäft verwendet wird. Wertminderungsverluste werden in der Bilanz als Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft unter den sonstigen Verbindlichkeiten und in der Gewinn- und Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Verringert sich die Höhe einer früher erfassten Wertberichtigung in einer der folgenden Berichtsperioden und kann diese Verringerung objektiv auf einen nach der Erfassung der Wertminderung aufgetretenen Sachverhalt zurückgeführt werden, wird die Wertberichtigung durch eine Reduzierung des Wertberichtigungskontos rückgängig gemacht. Eine solche Wertaufholung wird ergebniswirksam erfasst.

Wertminderung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten

Für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte beurteilt das Management zu jedem Bilanzstichtag, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines einzelnen Vermögenswerts vorliegen.

Für Eigenkapitaltitel, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, stellt ein signifikanter oder dauerhafter Rückgang des Fair Value der Investition unter die Anschaffungskosten einen objektiven Wertminderungshinweis dar. Für Schuldtitel, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, wird das Vorliegen einer Wertminderung auf Basis der gleichen Kriterien wie für Kredite bestimmt.

Wenn ein Wertminderungshinweis vorliegt, so ist der kumulative unrealisierte Verlust, der zuvor im Eigenkapital in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten erfasst wurde, in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung für die Berichtsperiode umzugliedern und im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten zu erfassen. Der aus dem Eigenkapital umzugliedernde Betrag entspricht der Differenz zwischen den Anschaffungskosten (gekürzt um Tilgungen und Amortisationen) und dem aktuellen Fair Value abzüglich zuvor ergebniswirksam erfasster Wertminderungsverluste dieses Vermögenswerts.

Die Folgebewertung eines wertgeminderten zur Veräußerung verfügbaren Schuldtitels erfolgt auf Basis des Fair Value, wobei Veränderungen des Fair Value erfolgswirksam erfasst werden. Ein zur Veräußerung verfügbarer Schuldtitel wird nicht länger als wertgemindert eingestuft, wenn sein Fair Value sich mindestens bis zur Höhe der ohne Berücksichtigung einer Wertminderung bestehenden fortgeführten Anschaffungskosten erholt hat. Nachfolgende Änderungen des Fair Value werden im Eigenkapital erfasst.

Wertminderungen von zur Veräußerung verfügbaren Eigenkapitalinstrumenten werden nicht ergebniswirksam rückgängig gemacht; Erhöhungen des Fair Value nach einer Wertminderung werden im Eigenkapital erfasst.

Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswerts wird in Betracht gezogen, wenn die vertraglich vereinbarten Ansprüche auf Cashflows aus dem finanziellen Vermögenswert erlöschen oder der Konzern diese übertragen hat oder bei Eintritt bestimmter Kriterien die Verpflichtung übernommen hat, diese Cashflows an einen oder mehrere Empfänger weiterzuleiten.

Der Konzern bucht einen übertragenen Vermögenswert aus, wenn alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögenswert verbunden sind, übertragen werden.

Der Konzern schließt Transaktionen ab, bei denen er zuvor erfasste finanzielle Vermögenswerte überträgt, jedoch alle wesentlichen mit diesen Vermögenswerten verbundenen Risiken und Chancen zurückbehält. Beispielsweise schließt er beim Verkauf eines Vermögenswerts an einen Dritten ein korrespondierendes Total-Return-Swap-Geschäft mit demselben Kontrahenten ab. Diese Art von Transaktionen wird als besicherte Finanzierung („Secured Financing“) bilanziert.

Im Fall von Transaktionen, bei denen alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem finanziellen Vermögenswert verbunden sind, weder zurückbehalten noch übertragen werden, bucht der Konzern den übertragenen Vermögenswert aus, wenn die Verfügungsmacht, das heißt die Fähigkeit, den Vermögenswert zu verkaufen, über diesen Vermögenswert aufgegeben wird. Die im Rahmen der Übertragung zurückbehaltenen Ansprüche und Verpflichtungen werden getrennt als Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erfasst. Wird die Verfügungsmacht über den besagten Vermögenswert beibehalten, weist der Konzern den Vermögenswert entsprechend dem Umfang des

fortgeführten Engagements weiterhin aus. Dieser Umfang bestimmt sich nach dem Ausmaß der Wertschwankungen des übertragenen Vermögenswerts, denen der Konzern weiterhin ausgesetzt bleibt.

Die Ausbuchungskriterien werden, sofern angebracht, auch angewandt, wenn ein Teil eines Vermögenswerts anstelle des gesamten Vermögenswerts oder eine Gruppe ähnlicher finanzieller Vermögenswerte in ihrer Gesamtheit übertragen wird. Wird ein Teil eines Vermögenswerts übertragen, muss es sich dabei um einen spezifisch identifizierten Cashflow, einen exakt proportionalen Anteil des Vermögenswerts oder einen exakt proportionalen Anteil eines spezifisch identifizierten Cashflows handeln.

Verbriefungstransaktionen

Der Konzern verbrieft verschiedene finanzielle Vermögenswerte aus Transaktionen mit privaten und gewerblichen Kunden durch den Verkauf an eine Zweckgesellschaft („SPE“), die ihrerseits Wertpapiere an Investoren ausgibt. Die übertragenen Vermögenswerte können bei Anwendung der entsprechenden Rechnungslegungsgrundsätze vollständig oder teilweise für eine Ausbuchung qualifizieren. Synthetische Verbriefungsstrukturen beinhalten üblicherweise derivative Finanzinstrumente, für die die oben genannten Grundsätze für die Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen zur Anwendung kommen würden. Übertragungen, die nicht die Ausbuchungskriterien erfüllen, können als besicherte Finanzierung („Secured Financing“) bilanziert werden oder führen zur Bilanzierung von Verbindlichkeiten im Rahmen eines anhaltenden Engagements. Investoren und Verbriefungsgesellschaften haben grundsätzlich keinen Rückgriff auf die sonstigen Vermögenswerte des Konzerns, wenn die Emittenten der finanziellen Vermögenswerte nicht in der Lage sind, ihre Verpflichtungen gemäß den ursprünglichen Bedingungen für diese Vermögenswerte zu erfüllen.

Rechte an den verbrieften finanziellen Vermögenswerten können in Form von erst- oder nachrangigen Tranchen, Zinsansprüchen oder sonstigen Residualansprüchen zurückbehalten werden („zurückbehaltene Rechte“). Soweit die vom Konzern zurückbehaltenen Rechte weder zu einer Konsolidierung der betreffenden Zweckgesellschaft noch zu einer Bilanzierung der transferierten Vermögenswerte führen, werden die Ansprüche in der Regel als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte erfasst und zum Fair Value ausgewiesen. In Übereinstimmung mit der Bewertung für gleichartige Finanzinstrumente wird der Fair Value der zurückbehaltenen Tranchen oder finanziellen Vermögenswerte beim erstmaligen Ansatz und in der Folge unter Verwendung von Marktpreisen, sofern verfügbar, oder internen Bewertungsmodellen, die Variablen wie Zinsstrukturkurven, vorzeitige Tilgungen, Ausfallraten, Größe der Verluste, Zinsschwankungen und -spannen zugrunde legen, ermittelt. Die für das Bewertungsmodell herangezogenen Annahmen basieren auf beobachtbaren Transaktionen mit ähnlichen Wertpapieren und werden anhand externer Quellen verifiziert, soweit diese vorhanden sind.

Gewinne oder Verluste aus Verbriefungstransaktionen hängen teilweise von dem Buchwert der übertragenen finanziellen Vermögenswerte ab, wobei eine Allokation zwischen den ausgebuchten finanziellen Vermögenswerten und den zurückbehaltenen Rechten auf der Grundlage ihres relativen Fair Value am Stichtag der Übertragung erfolgt. Gewinne oder Verluste aus Verbriefungen werden als Ergebnis aus zum Fair Value bilanzierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen, sofern die transferierten Vermögenswerte als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden.

Ausbuchung von finanziellen Verpflichtungen

Eine Verbindlichkeit wird ausgebucht, wenn die mit ihr verbundene Verpflichtung beglichen oder aufgehoben wird sowie bei Fälligkeit. Falls eine bestehende finanzielle Verbindlichkeit durch eine Verbindlichkeit gegenüber demselben Kreditgeber mit wesentlich abweichenden Vertragsbedingungen ersetzt wird oder die Vertragsbedingungen einer bestehenden Verbindlichkeit wesentlich geändert werden, dann wird ein solcher Austausch beziehungsweise eine solche Modifikation als Ausbuchung der ursprünglichen Verbindlichkeit und Ansatz einer neuen Verbindlichkeit behandelt. Die Differenz zwischen den beiden Buchwerten wird ergebniswirksam erfasst.

Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften

Wertpapiere, die mit einer Verpflichtung zur Rückübertragung erworben wurden („Reverse Repos“), beziehungsweise Wertpapiere, die mit einer Rücknahmeverpflichtung verkauft wurden („Repos“), werden als besicherte Finanzierungen behandelt und zum Fair Value in Höhe der gezahlten oder erhaltenen Barmittel angesetzt. Die Partei, welche die Barmittel zur Verfügung stellt, nimmt die Wertpapiere in Verwahrung, die als Sicherheit für die Finanzierung dienen und deren Marktwert dem verliehenen Betrag entspricht oder diesen übersteigt. Die im Rahmen von Vereinbarungen über Reverse Repos erhaltenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz erfasst, sofern die Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an den Wertpapieren verbunden sind, nicht erlangt wurden. Die im Rahmen von Vereinbarungen über Repos gelieferten Wertpapiere werden nicht aus der Bilanz ausgebucht, sofern die entsprechenden Risiken und Chancen nicht übertragen wurden.

Für bestimmte Portfolios von Repos und Reverse Repos, die auf Fair-Value-Basis gesteuert werden, wendet der Konzern die Fair Value Option an.

Zinserträge aus Reverse Repos und Zinsaufwendungen für Repos werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Wertpapierleihe

Tritt der Konzern als Entleiher von Wertpapieren auf, so ist gegenüber dem Verleiher in der Regel eine Barsicherheit zu hinterlegen. Ist der Konzern Verleiher von Wertpapieren, erhält er üblicherweise entweder Wertpapiere oder eine Barsicherheit, die dem Marktwert der verliehenen Wertpapiere entsprechen oder diesen übersteigen. Der Konzern überwacht die Entwicklung des Fair Value entliehener und verliehener Wertpapiere und fordert beziehungsweise leistet, soweit erforderlich, zusätzliche Sicherheiten.

Die gezahlten oder empfangenen Barmittel werden in der Bilanz als entliehene beziehungsweise verliehene Wertpapiere ausgewiesen.

Die entliehenen Wertpapiere selbst werden nicht in der Bilanz des Entleihers ausgewiesen. Sofern sie an Dritte verkauft werden, wird die Rückgabeverpflichtung in den zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen erfasst und anschließende Gewinne oder Verluste werden im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. An Kontrahenten verliehene Wertpapiere werden weiterhin in der Bilanz des Verleihers ausgewiesen.

Erhaltene oder gezahlte Gebühren werden in den Zinserträgen beziehungsweise Zinsaufwendungen erfasst. Die als Sicherheit für Wertpapierleihen aus dem Eigenbestand verpfändeten Wertpapiere, bei denen der Kontrahent ein vertragliches Recht oder Gewohnheitsrecht zur Weiterveräußerung oder -verpfändung besitzt, werden in der Konzernbilanz separat ausgewiesen.

Aufrechnung von Finanzinstrumenten

Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen werden aufgerechnet und in der Bilanz mit dem Nettowert ausgewiesen, wenn, und nur wenn, eine Saldierung der bilanzierten Beträge zum gegenwärtigen Zeitpunkt rechtlich durchsetzbar und es beabsichtigt ist, die Abwicklung auf Nettobasis vorzunehmen oder gleichzeitig den Vermögenswert zu verwerten und die Verbindlichkeit abzulösen. In allen anderen Fällen erfolgt ein Bruttoausweis.

Sachanlagen

Zu den Sachanlagen gehören selbst genutzte Immobilien, Einbauten in gemietete Räume, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Software (nur Betriebssysteme). Selbst genutzte Immobilien werden zu Anschaffungskosten, vermindert um kumulierte planmäßige Abschreibungen und kumulierte Wertminderungen, ausgewiesen. Die planmäßige Abschreibung erfolgt in der Regel linear über die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer des Vermögenswerts. Die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer beträgt bei Gebäuden 25 bis 50 Jahre und bei Betriebs- und Geschäftsausstattung drei bis zehn Jahre. Einbauten in gemietete Räume werden linear über den kürzeren Zeitraum von Mietdauer und erwarteter betriebsgewöhnlicher Nutzungsdauer der Einbauten, in der Regel drei bis 15 Jahre, abgeschrieben. Die Abschreibungen der Gebäude sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung sind im Sachaufwand und sonstigen Aufwand ausgewiesen. Kosten für Instandhaltung und Reparaturen werden als Aufwand erfasst. Gewinne und Verluste aus Verkäufen werden in den sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Sachanlagen werden mindestens einmal im Jahr auf ihre Werthaltigkeit geprüft. Eine Wertminderung wird in Höhe des Betrags ausgewiesen, um den der erzielbare Betrag, das heißt der jeweils höhere Wert aus dem Fair Value abzüglich Verkaufskosten und dem Nutzungswert, den entsprechenden Buchwert unterschreitet. Der Nutzungswert ist der Barwert der geschätzten zukünftigen Cashflows aus dem Vermögenswert. Nach der Erfassung einer Wertminderung wird der Abschreibungsaufwand in künftigen Berichtsperioden angepasst, um den geänderten Buchwert des Vermögensgegenstands entsprechend zu reflektieren. Erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt eine Wertaufholung, wird der Abschreibungsaufwand prospektiv angepasst.

Im Rahmen eines Finanzierungsleasings geleaste Anlagen werden als Sachanlagen aktiviert und über die Leasingdauer abgeschrieben.

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Der Konzern wendet für die Bewertung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien grundsätzlich das Anschaffungskostenmodell an und der Buchwert ist in der Bilanz unter den sonstigen Aktiva ausgewiesen. Emittiert der Konzern Verbindlichkeiten, welche durch als Finanzinvestition gehaltene Immobilien unterlegt sind und eine direkt an den Fair Value oder die Rendite dieser Immobilien gekoppelte Rendite vorsehen, erfolgt eine Bewertung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien zum Fair Value. Der Konzern beauftragt, sofern angebracht, externe Immobilienexperten zur Bestimmung des Fair Value der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien mittels anerkannter Bewertungstechniken. Sollten Preise von kurz zuvor am Markt getätigten Transaktionen mit vergleichbaren Immobilien verfügbar sein, werden diese Transaktionen als Referenz für die Bestimmung des Fair Value herangezogen.

Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte

Goodwill entsteht bei der Akquisition von Tochtergesellschaften, assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen und stellt den Betrag dar, um den die Anschaffungskosten einschließlich der dem Unternehmenszusammenschluss direkt zurechenbaren Kosten den Reinvermögenswert des erworbenen Unternehmens zum

Erwerbszeitpunkt übersteigen. Der Reinvermögenswert entspricht dem vom Konzern erworbenen Anteil am Netto-Fair-Value der identifizierbaren Vermögenswerte, Verbindlichkeiten sowie Eventualverbindlichkeiten.

Für die Ermittlung des Goodwill werden die Fair Values der erworbenen Vermögenswerte, der Verbindlichkeiten sowie der Eventualverbindlichkeiten auf der Basis von am Markt beobachtbaren Preisen bestimmt oder als Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows ermittelt. Die Abzinsung erfolgt entweder mit Marktzinsen oder beruht auf risikofreien Zinssätzen und risikoadjustierten erwarteten zukünftigen Cashflows.

Goodwill aus der Akquisition von Tochtergesellschaften wird aktiviert und jährlich auf seine Werthaltigkeit überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass sich der Wert des Goodwill vermindert haben könnte. Goodwill wird für die Überprüfung der Werthaltigkeit den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten („Cash Generating Units“) zugewiesen, wobei die Geschäftsbereichsebene, auf der Goodwill für interne Managementzwecke überwacht wird, berücksichtigt wird. Auf dieser Grundlage stellen sich die Cash Generating Units des Konzerns wie folgt dar:

- Global Markets and Corporate Finance (innerhalb des Unternehmensbereichs Corporate Banking & Securities)
- Global Transaction Banking
- Asset Management and Private Wealth Management (innerhalb des Unternehmensbereichs Asset and Wealth Management)
- Private & Business Clients und
- Corporate Investments

Goodwill aus Akquisitionen von assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen ist im Buchwert der Beteiligung enthalten und wird jährlich auf seine Werthaltigkeit überprüft. Sofern ein Anhaltspunkt vorliegt, dass eine Wertminderung eingetreten sein könnte, erfolgt die Überprüfung häufiger.

Wenn ein Goodwill einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugeordnet wurde und ein Geschäftsbereich dieser Einheit veräußert wird, ist der mit diesem veräußerten Geschäftsbereich verbundene Goodwill bei der Feststellung des Gewinns oder Verlusts aus der Veräußerung im Buchwert des Geschäftsbereichs enthalten.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte werden vom Goodwill getrennt ausgewiesen, wenn sie separierbar sind oder auf vertraglichen oder sonstigen rechtlichen Ansprüchen beruhen und ihr Fair Value zuverlässig ermittelt werden kann. Immaterielle Vermögenswerte mit einer begrenzten Nutzungsdauer werden mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten, abzüglich kumulierter Abschreibungen und kumulierter Wertberichtigungen, angesetzt. Kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte mit einer begrenzten Nutzungsdauer werden auf Basis ihrer erwarteten Nutzungsdauer linear über Zeiträume von einem Jahr bis zu 20 Jahren amortisiert. Ansprüche aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen werden zu Anschaffungskosten bilanziert und über den erwarteten Zeitraum, in dem die Erträge aus den Verträgen anfallen, amortisiert. Diese Vermögenswerte werden mindestens jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft, wobei auch die Angemessenheit ihrer Nutzungsdauer bestätigt wird.

Bestimmte immaterielle Vermögenswerte haben eine unbegrenzte Nutzungsdauer. Es handelt sich dabei primär um Rechte aus Vermögensverwaltungsverträgen mit Publikumsfonds. Immaterielle Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer werden nicht abgeschrieben, sondern mindestens jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass eine Wertminderung vorliegen könnte.

Aufwendungen für zur eigenen Nutzung erworbene oder selbst erstellte Software werden aktiviert, wenn der Konzern daraus mit großer Wahrscheinlichkeit wirtschaftliche Vorteile ziehen kann und sich die Aufwendungen zuverlässig bestimmen lassen. Aktivierte Aufwendungen werden linear über einen Zeitraum von ein bis drei Jahren abgeschrieben. Die aktivierungsfähigen Kosten für selbst erstellte Software umfassen externe direkt zurechenbare Kosten für Material und Dienstleistungen sowie Personal- und Personalnebenkosten für Mitarbeiter, die unmittelbar mit der Erstellung von selbst genutzter Software befasst sind. Gemeinkosten und alle während der Forschung oder nach Fertigstellung der Software anfallenden Ausgaben werden als Aufwand erfasst.

Bei einem Erwerb von Versicherungsgeschäft wird der Betrag des Kaufpreises, der den Anteil des Erwerbers am Nettowert der identifizierbaren Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten übersteigt, als immaterieller Vermögenswert bilanziert. Dieser immaterielle Vermögenswert repräsentiert den die zum Erwerbszeitpunkt bilanzierte Verbindlichkeit übersteigenden Barwert der zukünftigen Cashflows. Dieser Betrag wird als Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts bezeichnet.

Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts wird abgeschrieben. Die Wahl der verwendeten Abschreibungsrate berücksichtigt die Besonderheiten des erworbenen Versicherungsgeschäfts sowie den erwarteten Wertverzehr. Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts wird regelmäßig auf Wertminderungen untersucht, die als Aufwand in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst werden.

Finanzgarantien

Finanzgarantien sind vertragliche Vereinbarungen, die den Garantiegeber dazu verpflichten, bestimmte Zahlungen zu leisten, um den Garantienehmer für einen Verlust zu entschädigen, der dadurch entsteht, dass ein bestimmter Schuldner unter den Bedingungen eines Schuldtitels fällige Zahlungen nicht leistet. Solche Garantiezusagen werden Banken, Finanzinstituten und sonstigen Vertragspartnern im Auftrag von Kunden eingeräumt, um Kredite, Kreditlinien und sonstige Bankfazilitäten zu besichern.

Finanzgarantien werden beim bilanziellen Erstansatz mit ihrem Fair Value bei Garantiebegebung ausgewiesen. Danach werden die Verbindlichkeiten aus diesen Garantien zum jeweils höheren Wert aus dem ursprünglich angesetzten Wert abzüglich der kumulativen Amortisierung sowie dem bestmöglichen Schätzwert der zur Begleichung der finanziellen Verpflichtungen zum Bilanzstichtag erforderlichen finanziellen Aufwendungen bilanziert. Bei der Festlegung dieser Schätzwerte werden Erfahrungen mit vergleichbaren Transaktionen und Zeitreihen von Verlusten der Vergangenheit sowie die diesbezüglichen Entscheidungen des Managements zugrunde gelegt.

Jede Erhöhung von Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Garantien wird in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung im Sachaufwand und sonstigen Aufwand ausgewiesen.

Leasinggeschäfte

Leasinggeber

Vermögenswerte, die Kunden im Rahmen von Leasingverhältnissen überlassen werden, werden ungeachtet des Rechtsanspruchs als Finanzierungsleasingverhältnisse klassifiziert, wenn alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögenswert verbunden sind, übertragen werden. Werden Vermögenswerte im Rahmen eines Finanzierungsleasingverhältnisses übertragen, so wird der vermietete Vermögenswert ausgebucht und eine Forderung bilanziert, deren Höhe dem Barwert der Mindestleasingzahlungen, abgezinst mit dem dem Leasingvertrag zugrunde liegenden Zinssatz, entspricht. Direkt zurechenbare Kosten, die bei der Verhandlung sowie für die Ausgestaltung eines Finanzierungsleasings anfallen, werden als Bestandteil der Forderung durch den Diskontierungszinssatz, der dem Leasingvertrag zugrunde gelegt wird, erfasst. Der Finanzierungsertrag wird über die Dauer des Leasingverhältnisses in der Weise erfasst, dass er eine konstante periodische Verzinsung der Nettoinvestition in das Finanzierungsleasingverhältnis widerspiegelt.

Leasingverhältnisse, bei denen Kunden Vermögenswerte überlassen werden, ohne dass alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögenswert verbunden sind, auf sie übertragen werden, werden als Operating Leases klassifiziert. Die vermieteten Vermögenswerte sind in dem Posten Sachanlagen in der Konzernbilanz enthalten und werden über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Mieterträge werden linear über die Laufzeit des Leasingvertrags erfasst. Direkt zurechenbare Kosten, die bei der Verhandlung sowie für die Ausgestaltung eines Operating Lease anfallen, werden dem Bilanzwert des vermieteten Vermögenswerts zugeschlagen und linear über die Laufzeit des Leasingvertrags als Aufwand erfasst.

Leasingnehmer

Vermögenswerte, die im Rahmen eines Finanzierungsleasingverhältnisses gehalten werden, werden anfangs mit einem Betrag, der dem Fair Value des gemieteten Sachanlagegegenstands oder, sofern geringer, dem Barwert der Mindestleasingzahlungen entspricht, erfasst. Die korrespondierende Verbindlichkeit wird bilanziell als Verbindlichkeit aus Finanzierungsleasingverhältnissen erfasst. Bei der Berechnung des Barwerts der Mindestleasingzahlungen wird der dem Leasingverhältnis zugrunde liegende Zinssatz als Abzinsungssatz verwendet, sofern er in praktikabler Weise ermittelt werden kann. Anderenfalls wird der Grenzfremdkapitalzinssatz verwendet. Bedingte Mietzahlungen werden in den Perioden als Aufwand erfasst, in denen die entsprechende Verbindlichkeit eingegangen wird.

Bei Sachanlagen, die Gegenstand von Operating Leases sind, werden Mietaufwendungen linear über die Mietdauer erfasst. Die Mietdauer beginnt, sobald der Leasingnehmer die physische Nutzung des Leasinggegenstands kontrolliert. Mietvergünstigungen werden als Minderung der Mietaufwendungen behandelt und ebenfalls linear über die Mietdauer erfasst. Im Rahmen von Operating Leases anfallende bedingte Mietzahlungen werden in den Perioden als Aufwand erfasst, in denen die entsprechende Verbindlichkeit eingegangen wird.

Sale-und-Leaseback-Transaktionen

Sofern eine Sale-und-Leaseback-Transaktion zu einem Finanzierungsleasingverhältnis führt, wird jeglicher Überschuss des Verkaufserlöses über den Bilanzwert des Vermögenstands durch den Verkäufer nicht sofort als Ertrag erfasst, sondern abgegrenzt und über die Dauer des Leasingvertrags erfasst.

Bei Sale-und-Leaseback-Transaktionen, die einen Operating Lease begründen, hängt der Zeitpunkt der Realisierung des Verkaufsgewinns oder -verlusts vom Verhältnis des Verkaufspreises zum Fair Value ab. Entspricht der Verkaufspreis eindeutig dem Fair Value, wird der Gewinn oder Verlust (Unterschiedsbetrag aus Verkaufspreis und Bilanzwert) unmittelbar erfasst. Liegt der Verkaufspreis hingegen unter dem Fair Value, so wird ein Gewinn unmittelbar erfasst, während ein Verlust nur dann unmittelbar zu erfassen ist, wenn er nicht durch zukünftige unter dem Marktpreis liegende Mietzahlungen ausgeglichen wird. Anderenfalls ist der Verlust abzugrenzen und im Verhältnis zu den Mietzahlungen über die voraussichtliche Nutzungsdauer des Vermögenswerts ergebniswirksam zu verteilen. Übersteigt der Verkaufspreis den Fair Value, wird der den Fair Value übersteigende Betrag abgegrenzt und ergebniswirksam über die voraussichtliche Nutzungsdauer des Vermögensgegenstands verteilt.

Mitarbeitervergütungen

Pensionszusagen

Der Konzern bietet eine Reihe von Pensionszusagen an. Zusätzlich zu beitragsdefinierten Plänen gibt es Pläne, die in der Rechnungslegung als leistungsdefinierte Pläne behandelt werden. Das Vermögen sämtlicher beitragsdefinierter Pläne wird von unabhängig verwalteten Fonds gehalten. Die Höhe der Beiträge ist in der Regel vom Gehalt abhängig. Die Beiträge werden im Allgemeinen im Jahr der Beitragszahlung auf der Grundlage der geleisteten Dienste des Mitarbeiters als Aufwand erfasst.

Um den Barwert der Pensionsverpflichtung und den damit verbundenen Dienstzeitaufwand zu ermitteln, werden sämtliche leistungsdefinierten Pensionspläne nach dem Ansammlungsverfahren („Projected Unit Credit Method“) bewertet. Die Bewertung im Rahmen dieses Verfahrens beruht auf versicherungsmathematischen Berechnungen, in die Annahmen über demografische Entwicklungen, Gehaltssteigerungen sowie Zinssätze und Inflationsraten einfließen. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden unmittelbar im Eigenkapital erfasst und in der Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen ausgewiesen. Die leistungsdefinierten Versorgungszusagen des Konzerns sind in der Regel unternehmensextern finanziert („funded“).

Sonstige Versorgungszusagen

Darüber hinaus unterhält der Konzern intern finanzierte Gesundheitsfürsorgepläne für derzeit tätige und pensionierte Mitarbeiter, vornehmlich in den USA. Im Rahmen dieser Zusagen wird den Pensionären ein bestimmter Prozentsatz der erstattungsfähigen medizinischen und zahnmedizinischen Aufwendungen unter Berücksichtigung eines Selbstbehalts gewährt. Der Konzern dotiert diese Pläne bei Fälligkeit der zu erbringenden Leistungen. Analog zu den leistungsdefinierten Pensionszusagen werden diese Pläne gemäß der Methodik des Ansammlungsverfahrens bewertet. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden unmittelbar im Eigenkapital erfasst und in der Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen ausgewiesen.

Aktienbasierte Vergütungen

Personalaufwand für als Eigenkapitalinstrumente klassifizierte Vergütungen wird auf Basis des Fair Value der aktienbasierten Vergütung am Tag der Gewährung ermittelt. Bei aktienbasierten Vergütungen entspricht der Fair Value dem Börsenkurs der zugrunde liegenden Aktien, vermindert um den Barwert der erwarteten Dividenden, die nicht an den Mitarbeiter weitergereicht werden, und nach Berücksichtigung etwaiger Restriktionen, die nach Eintritt der Unverfallbarkeit des Anspruchs bestehen. Wenn eine Vergütung so modifiziert wird, dass ihr Fair Value unmittelbar nach der Modifizierung ihren Fair Value direkt vor der Modifizierung übersteigt, wird eine Neubewertung vorgenommen und der daraus resultierende Anstieg des Fair Value wird als zusätzlicher Personalaufwand ausgewiesen.

Die Gegenbuchung zum ausgewiesenen Personalaufwand erfolgt in der Kapitalrücklage. Der Personalaufwand wird linear über den Zeitraum erfasst, in welchem der Mitarbeiter die Dienste erbringt, die mit dieser Vergütung abgegolten werden. Bei Vergütungen, die in Tranchen abgegolten werden, erfolgt die Verteilung über die Laufzeit der jeweiligen Tranche. Einschätzungen hinsichtlich voraussichtlich verfallender Ansprüche werden regelmäßig angepasst und berücksichtigen sowohl tatsächlich verfallene Ansprüche als auch sich verändernde Erwartungen. Aufwendungen für Vergütungen, die dem Begünstigten einen vorgezogenen Ruhestand erlauben und deswegen eine nominale, aber nicht substantielle Dienstzeitregelung vorsehen, werden nicht über den Zeitraum vom Tag der Gewährung bis zur Unverfallbarkeit erfasst, sondern über den kürzeren Zeitraum, bis der Mitarbeiter die Anspruchsvoraussetzungen für die Vergütung erfüllt. Bei Vergütungen, die in Tranchen abgegolten werden, wird jede Tranche als separate Vergütung angesehen und gesondert im Personalaufwand erfasst.

Verpflichtungen aus aktienbasierter Vergütung, die entgeltlich abgegolten werden, werden zu jedem Bilanzstichtag ergebniswirksam zum Fair Value bewertet und bis zur Zahlung in den sonstigen Passiva ausgewiesen.

Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien

Terminkäufe sowie geschriebene Verkaufsoptionen, bei denen dem Kontrakt Aktien der Deutschen Bank zugrunde liegen, werden als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesen, sofern die Erfüllung durch die Lieferung einer festen Anzahl von Aktien gegen einen festen Betrag an flüssigen Mitteln erfolgen muss. Die Verpflichtung wird bei Entstehung mit dem Barwert des Erfüllungsbetrags des Termingeschäfts oder der Option angesetzt. Für Terminkäufe und geschriebene Verkaufsoptionen auf Aktien der Deutschen Bank erfolgt eine entsprechende Verringerung des Eigenkapitals, die innerhalb des Eigenkapitalpostens Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesen wird. Für Terminkäufe auf Minderheitsanteile von Konzerngesellschaften erfolgt eine entsprechende Verringerung des Eigenkapitals.

Die Verbindlichkeiten werden nach dem Prinzip der Periodenabgrenzung („Accrual Basis“) angesetzt und die abzugrenzenden Zinsen, die Zeitwert und Dividenden beinhalten, werden als Zinsaufwendungen erfasst. Mit Erfüllung der Terminkäufe und geschriebenen Verkaufsoptionen erlischt die Verbindlichkeit, während die Verringerung des Eigenkapitals bestehen bleibt, aber eine Reklassifizierung von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien zu den Eigenen Aktien im Bestand erfolgt.

Stammaktien der Deutschen Bank, die entsprechenden Termingeschäften unterliegen, gelten nicht als ausstehende Aktien für die Berechnung des unverwässerten Ergebnisses je Aktie, sind aber bei der Berechnung des verwässerten Ergebnisses zu berücksichtigen, sofern sie de facto einen verwässernden Effekt haben.

Kauf- und Verkaufsoptionen, denen Aktien der Deutschen Bank zugrunde liegen, werden dann nicht als Derivate klassifiziert, wenn die Erfüllung durch die Lieferung einer festgelegten Anzahl von Aktien erfolgen muss. Diese Geschäfte werden vielmehr als Transaktionen mit Eigenkapitalinstrumenten des Konzerns erfasst. Alle anderen derivativen Kontrakte, bei denen Aktien der Deutschen Bank dem Kontrakt zugrunde liegen, werden als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen ausgewiesen.

Ertragsteuern

Im Konzernabschluss werden laufende und latente Steuern auf Grundlage der Steuergesetze der jeweils betroffenen Steuerjurisdiktionen berücksichtigt. Laufende und latente Steuern werden im Eigenkapital erfasst, soweit sie Geschäftsvorfälle betreffen, die direkt dem Eigenkapital belastet oder gutgeschrieben werden.

Aktive und passive latente Steuern werden für zukünftige Steuereffekte gebildet, die aus temporären Differenzen zwischen dem Bilanzansatz von Vermögenswerten und Schulden und deren Steuerwert resultieren oder sich aus noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträgen und Steuergutschriften ergeben. Latente Steuerforderungen werden nur in dem Umfang ausgewiesen, in dem es wahrscheinlich ist, dass zukünftig zu versteuernde Ergebnisse zur Verfügung stehen werden, mit denen diese steuerlichen Verlustvorträge, Steuerguthaben oder steuerlich abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können.

Aktive und passive latente Steuern werden mit den Steuersätzen bewertet, die voraussichtlich in der Berichtsperiode gelten, in der der entsprechende Vermögenswert realisiert oder die entsprechende Schuld erfüllt wird. Dabei erfolgt die Bewertung auf Basis der am Bilanzstichtag gültigen oder in Kürze geltenden Steuersätze beziehungsweise Steuergesetze.

Laufende Steuerforderungen und Steuerverbindlichkeiten werden saldiert, wenn (1) sie dieselbe steuerpflichtige Einheit oder Steuergruppe betreffen, (2) sie von derselben Steuerbehörde erhoben beziehungsweise geschuldet werden, (3) ein einklagbares Recht zur Aufrechnung gegenüber der Steuerbehörde besteht und (4) ein Ausgleich auf Nettobasis beabsichtigt ist.

Aktive und passive latente Steuern werden saldiert, wenn ein einklagbares Recht zur Aufrechnung von laufenden Steuerforderungen und Steuerverbindlichkeiten besteht und wenn es sich bei den aktiven und passiven latenten Steuern um Ertragsteuern handelt, die von derselben Steuerbehörde gegenüber derselben steuerpflichtigen Einheit oder Steuergruppe erhoben werden.

Latente Steuerverbindlichkeiten werden für zu versteuernde temporäre Differenzen in Verbindung mit Anteilen an Tochtergesellschaften, Zweigniederlassungen, assoziierten Unternehmen und Anteilen an gemeinschaftlich geführten Unternehmen gebildet, es sei denn, der Zeitpunkt der Umkehrung der temporären Differenz wird durch den Konzern gesteuert und es ist wahrscheinlich, dass sich die Differenz nicht in absehbarer Zukunft ausgleicht. Latente Steuerforderungen auf steuerlich abzugsfähige temporäre Differenzen in Verbindung mit solchen Investitionen werden nur in dem Umfang ausgewiesen, in dem es wahrscheinlich ist, dass sich die Differenzen in absehbarer Zukunft ausgleichen werden und zukünftig ausreichend zu versteuerndes Einkommen erzielt wird, mit dem diese steuerlich abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können.

Latente Steuern im Zusammenhang mit der Neubewertung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, Cash Flow Hedges, versicherungsmathematischen Gewinnen/Verlusten in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen und andere Positionen, die direkt im Eigenkapital ausgewiesen werden, werden ebenfalls direkt im Eigenkapital bilanziert und erst dann in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst, wenn der Gewinn oder Verlust realisiert wird.

Aktienbasierte Vergütungen können steuerlich abzugsfähig sein. Der steuerlich abzugsfähige Betrag kann dabei von dem ausgewiesenen kumulierten Personalaufwand abweichen. Zu jedem Bilanzstichtag ist auf der Basis des aktuellen Aktienkurses der steuerlich abzugsfähige Betrag zu schätzen. Übersteigt der tatsächliche oder erwartete steuerlich abzugsfähige Betrag den des kumulierten Personalaufwands, wird der auf diesen Unterschied entfallende Steuervorteil in die Kapitalrücklage eingestellt. Unterschreitet der tatsächliche oder erwartete steuerlich abzugsfähige Betrag den des kumulierten Personalaufwands, wird der entsprechende Steuernachteil als Steueraufwand in der Gewinn- und-Verlust-Rechnung des Berichtszeitraums erfasst.

Die Anlagerenditen im Lebensversicherungsgeschäft des Konzerns in Großbritannien (Abbey Life Assurance Company Limited) unterliegen neben der regulären Körperschaftsteuer einer zusätzlichen Ertragsteuer für Versicherungsnehmer („Policyholder Tax“). Obwohl diese Steuer aus ökonomischer Sicht eine Ertragsteuer zulasten oder zugunsten des Versicherungsnehmers darstellt, ist sie im Ertragsteueraufwand des Konzerns enthalten und reduziert beziehungsweise erhöht die ausgewiesenen Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern.

Rückstellungen

Rückstellungen werden erfasst, wenn der Konzern aufgrund früherer Ereignisse gegenwärtig eine rechtliche oder faktische Verpflichtung hat, es wahrscheinlich ist, dass Ressourcen zur Erfüllung der Verpflichtung abfließen werden, und sich die Höhe der Verpflichtung verlässlich schätzen lässt.

Die Höhe der Rückstellung entspricht der bestmöglichen Schätzung des Betrags, der notwendig wäre, um die Verpflichtung am Bilanzstichtag zu begleichen. Bei der Bestimmung werden die Risiken und Unsicherheiten in Bezug auf die Verpflichtung berücksichtigt.

Bei einer wesentlichen Auswirkung des Zinseffekts werden Rückstellungen diskontiert und zum Barwert der zur Begleichung der Verpflichtung erwarteten Ausgaben angesetzt. Dabei wird ein Abzinsungssatz vor Steuern verwendet, der die aktuellen Markteinschätzungen im Hinblick auf den Zinseffekt und die für die Verpflichtung spezifischen Risiken widerspiegelt. Der mit dem Zeitablauf verbundene Anstieg der Rückstellungen wird als Zinsaufwand erfasst.

Sofern erwartet wird, dass die zur Erfüllung der zurückgestellten Verpflichtung erforderlichen Ausgaben ganz oder teilweise von einer dritten Partei erstattet werden (zum Beispiel weil für die Verpflichtung ein Versicherungsvertrag besteht), wird eine Forderung dann erfasst, wenn es so gut wie sicher ist, dass eine Erstattung gezahlt werden wird.

Kapitalflussrechnung

Für Zwecke der Konzern-Kapitalflussrechnung umfassen die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente des Konzerns hochliquide Vermögenswerte, die unmittelbar in liquide Mittel umgewandelt werden können und mit einem unwesentlichen Wertänderungsrisiko behaftet sind. Dabei handelt es sich um die Barreserve sowie Sichteinlagen bei Banken.

Der Konzern ordnet Cashflows den Kategorien operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit oder Finanzierungstätigkeit auf Basis des Geschäftsmodells zu („Managementansatz“). Die operative Tätigkeit des Konzerns besteht vor allem darin, finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zu managen. So gehören beispielsweise die Begebung und das Management langfristiger Schuldtitel zum Kern der operativen Geschäftstätigkeiten, während sie bei Nicht-Finanzunternehmen nicht den wesentlichen ertragswirksamen Tätigkeiten, sondern den Finanzierungstätigkeiten zuzurechnen sind.

Der Konzern ordnet die Emission vorrangiger langfristiger Verbindlichkeiten der operativen Geschäftstätigkeit zu. Vorrangige Verbindlichkeiten beinhalten strukturierte Schuldverschreibungen und Asset-backed Securities, die seitens CIB konzipiert und umgesetzt werden und insofern Bestandteil der ertragswirksamen Tätigkeiten sind. Ebenfalls enthalten sind seitens Treasury begebene Schuldtitel, die auch durch andere Finanzierungsquellen ersetzt werden können und deren Finanzierungskosten auf die jeweiligen Geschäftsfelder verrechnet werden, um deren Ertragskraft zu bestimmen.

Cashflows aus nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten und hybriden Kapitalinstrumenten („Trust Preferred Securities“) unterscheiden sich von den Cashflows aus vorrangigen langfristigen Verbindlichkeiten, da sie als Bestandteil des Kapitals gesteuert werden, insbesondere um die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen erfüllen zu können. Demzufolge lassen sie sich nicht durch andere operative Verbindlichkeiten, sondern nur durch Eigenkapital ersetzen und werden daher den Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit zugeordnet.

Die in der Kapitalflussrechnung gezeigten Beträge stimmen nur bedingt mit den von einer Berichtsperiode zur nächsten zu beobachtenden Bilanzveränderungen überein, da sie nicht zahlungswirksame Sachverhalte wie etwa Wechselkursänderungen oder Veränderungen des Konsolidierungskreises nicht berücksichtigen.

Bewegungen der zum Fair Value ausgewiesenen Bilanzposten sind auf Veränderungen zurückzuführen, die den Buchwert beeinflussen, das heißt sowohl auf Marktbewegungen als auch Einzahlungen und Auszahlungen. Bewegungen der zum Fair Value ausgewiesenen Bilanzposten werden grundsätzlich den Cashflows aus operativer Tätigkeit zugeordnet.

Versicherungsgeschäft

Der Konzern schließt zwei Arten von Verträgen ab.

Versicherungsverträge – Dabei handelt es sich um Renten- und Universal-Life-Versicherungsverträge, bei denen der Konzern von einer anderen Partei (dem Versicherungsnehmer) ein signifikantes Versicherungsrisiko übernimmt, indem er vereinbart, dem Versicherungsnehmer eine Entschädigung zu leisten, wenn ein spezifiziertes ungewisses zukünftiges Ereignis den Versicherungsnehmer nachteilig betrifft. Die Verträge qualifizieren so lange als Versicherungsverträge, bis alle Ansprüche und Verpflichtungen erfüllt oder erloschen sind. Verpflichtungen aus Versicherungsverträgen werden gemäß den US GAAP-Regelungen für Versicherungsgeschäfte bilanziert.

Nicht überschussberechtigte Investmentverträge („Investmentverträge“) – Diese Verträge beinhalten weder ein signifikantes Versicherungsrisiko noch eine ermessensabhängige Überschussbeteiligung. Derartige Verträge werden als zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verbindlichkeiten bilanziert und ausgewiesen.

Finanzielle Vermögenswerte, die zur Deckung der Ansprüche aus Versicherungsverträgen gehalten werden, sind als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert, wohingegen solche für andere Versicherungs- und Investmentverträge gehaltene finanzielle Vermögenswerte unter Nutzung der Fair Value Option als zum Fair Value klassifizierte Vermögenswerte ausgewiesen werden.

Versicherungsverträge

Beiträge für langfristige Versicherungsverträge werden bei Erhalt als Erträge erfasst. Im Fall von Einmalprämien entspricht der Zeitpunkt der Ertragserfassung dem Tag, ab dem der Versicherungsschutz besteht. Bei Verträgen mit laufender Beitragszahlung werden die Erträge bei Fälligkeit der Zahlung berücksichtigt. Beiträge werden vor Abzug von Gebühren ausgewiesen. Wenn Versicherungsverträge storniert werden, weil die Beiträge nicht erbracht werden, werden die bis zum Zeitpunkt der Vertragsaufhebung abgegrenzten Beitragsforderungen ebenso wie die entsprechenden Erträge und die damit verbundenen Aufwendungen storniert.

Aufwendungen im Versicherungsgeschäft werden erfasst, wenn sie angefallen sind, und beinhalten sowohl die Entschädigungszahlungen des laufenden Geschäftsjahres als auch die den Versicherungsnehmern im Vorgriff auf die endgültige Feststellung zugeordnete Überschussbeteiligung.

Die Deckungsrückstellung für Universal Life Versicherungsverträge ergibt sich als Saldo aus eingenommenen Beiträgen und den den Versicherungsnehmern gutgeschriebenen Anlageerträgen abzüglich der Aufwendungen für Sterbefälle und sonstiger Aufwendungen. Für sonstige fondsgebundene Versicherungsverträge entspricht die Deckungsrückstellung dem Fair Value der zugrunde liegenden Vermögenswerte.

Im Fall von Rentenversicherungsverträgen wird die Rückstellung dergestalt berechnet, dass für die derzeit aktiven Verträge die zukünftigen Zahlungen geschätzt und unter Berücksichtigung ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit auf den Bilanzstichtag abgezinst werden. Die Annahmen werden bei Vertragsabschluss unter Berücksichtigung einer angemessenen Sicherheitsmarge („Provisions for Adverse Deviations“) festgelegt. Der so ermittelte Rückstellungsbetrag wird mit jenem Wert verglichen, der sich ergibt, wenn man aktuelle Annahmen einschließlich des Effektivzinses der zugrunde liegenden Vermögenswerte zugrunde legt. Ergäbe sich aufgrund dieses Vergleichs ein höherer Wert, wäre der Rückstellungsbetrag entsprechend anzupassen.

Die Deckungsrückstellung beinhaltet auch Rückstellungen für bestimmte im Zusammenhang mit fondsgebundenen Rentenversicherungsprodukten des Konzerns stehende Optionen. Diese Rückstellungen werden auf Basis der vertraglichen Verpflichtungen unter Zugrundelegung versicherungsmathematischer Annahmen ermittelt.

Die Angemessenheit der bilanzierten Versicherungsrückstellungen wird unter Berücksichtigung der erwarteten Schadensfälle, Kosten, verdienten Beiträge und anteiligen Kapitalanlageerträge ermittelt. Für langfristige Verträge ist dann eine Drohverlustrückstellung zu bilden, wenn die tatsächlichen Erfahrungen hinsichtlich Rendite der Investments, Sterblichkeit, Invalidität, Stornierungen sowie Aufwand darauf hinweisen, dass die bereits bilanzierten Rückstellungen zuzüglich des Barwerts der zukünftigen Beiträge nicht ausreichen werden, um den Barwert zukünftiger Leistungen sowie die aktivierten Abschlusskosten zu decken.

Gegenwärtig sind die aktivierten Abschlusskosten für das Versicherungsgeschäft nicht wesentlich.

Investmentverträge

Sämtliche seitens des Konzerns abgeschlossenen Investmentverträge sind fondsgebunden. Verbindlichkeiten für fondsgebundene Verträge werden ermittelt, indem zum Bilanzstichtag die Preise für die Fondsanteile mit der Anzahl der den Versicherungsnehmern zuzurechnenden Fondsanteile multipliziert werden. Der Ausweis der Verbindlichkeiten erfolgt zum Fair Value unter den zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen. Im Rahmen von Investmentverträgen erhaltene Einlagen führen zu einer Anpassung der Verbindlichkeiten für fondsgebundene Verträge. Die auf die Verträge entfallenden Anlageerträge werden in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Die Forderungen aus Investmentverträgen spiegeln einen etwaigen Überschuss ausgezahlter Beträge über die bilanzierten Verbindlichkeiten wider. Den Versicherungsnehmern von Investmentverträgen werden Gebühren für die Verwaltung der Versicherungspolice und der Kapitalanlagen sowie für Rückkäufe und sonstige Vertragsleistungen in Rechnung gestellt.

Die finanziellen Vermögenswerte für Investmentverträge werden zum Fair Value bilanziert und die damit verbundenen Fair-Value-Änderungen werden ebenso wie die Fair-Value-Änderungen der entsprechenden Verpflichtungen in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst.

Rückversicherungsgeschäft

Sowohl die im Rahmen der Rückversicherung abgegebenen Beiträge als auch die in diesem Zusammenhang empfangenen Einnahmen für erbrachte Versicherungsleistungen werden von den Beiträgen respektive Aufwendungen im Versicherungsgeschäft abgezogen. Vermögenswerte und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Rückversicherungsverträgen werden brutto ausgewiesen, wenn sie wesentlich sind. An Rückversicherer abgetretene Teile der Versicherungsrückstellungen werden konsistent mit dem rückversicherten Risiko geschätzt. Ebenso werden die im Zusammenhang mit Rückversicherungsvereinbarungen stehenden Erträge und Aufwendungen im Einklang mit dem zugrunde liegenden Risiko des rückversicherten Geschäfts erfasst.

Erstmals angewandte Rechnungslegungsvorschriften

IAS 39 und IFRS 7

Im Oktober 2008 veröffentlichte der IASB Änderungen zu IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, und IFRS 7, „Financial Instruments: Disclosures“, mit dem Titel „Reclassification of Financial Assets“. Die Änderungen von IAS 39 erlauben (1) gewisse Umklassifizierungen nicht derivativer finanzieller Vermögenswerte (vorausgesetzt, sie wurden nicht nach der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert) aus der Kategorie der zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerte sowie (2) unter bestimmten Bedingungen Umwidmungen von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in die Kategorie der Forderungen aus dem Kreditgeschäft. Die Änderungen von IFRS 7 sehen zusätzliche Offenlegungsvorschriften für Unternehmen vor, die Umgliederungen von finanziellen Vermögenswerten in Übereinstimmung mit den Änderungen von IAS 39 vorgenommen haben. Im November 2008 veröffentlichte der IASB zur Klarstellung des Erstanwendungszeitpunkts weitere Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets – Effective Date and Transition“. Die Änderungen ermöglichten eine rückwirkende Anwendung zum 1. Juli 2008 für Umklassifizierungen, die vor dem 1. November 2008 vorgenommen wurden. Alle Umgliederungen, die am oder nach dem 1. November 2008 vorgenommen wurden, treten mit dem Datum der Umklassifizierung an in Kraft. Die gemäß den Änderungen zulässigen Umwidmungen führten per 31. Dezember 2008 zu einer Erhöhung des Ergebnisses vor Steuern um 3.3 Mrd. €. Weitere Informationen sind in Note [10] enthalten.

IFRIC 14

Im Juli 2007 veröffentlichte das International Financial Reporting Interpretations Committee („IFRIC“) die Interpretation IFRIC 14, „IAS 19 – The Limit on a Defined Benefit Asset, Minimum Funding Requirements and their Interaction“ („IFRIC 14“). IFRIC 14 enthält allgemeine Leitlinien zur Bestimmung der Obergrenze des Überschussbetrags eines Pensionsfonds, der nach IAS 19, „Employee Benefits“, als Vermögenswert erfasst werden kann. Die Interpretation beschreibt ebenfalls, wie sich eine gesetzliche oder vertragliche Mindestfinanzierungsvorschrift auf die Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten eines Pensionsplans auswirken kann. Nach IFRIC 14 hat der Arbeitgeber keine weitere Verbindlichkeit anzusetzen, es sei denn, die nach den Mindestfinanzierungsvorschriften zu zahlenden Beiträge können nicht an die Gesellschaft zurückerstattet werden. IFRIC 14 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2008 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Erstanwendung von IFRIC 14 hatte keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Neue Rechnungslegungsvorschriften

Änderungen der IFRS („Improvements to IFRS“)

Im Mai 2008 veröffentlichte der IASB im Rahmen seines Annual-Improvements-Projekts Änderungen bestehender IFRS. Diese Änderungen, die verschiedene IFRS betreffen, wirken sich in einigen Fällen auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen aus, in anderen Fällen handelt es sich um begriffliche oder redaktionelle Korrekturen. Die meisten der Änderungen treten für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Anwendung dieser Änderungen wird keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.

IFRS 3 und IAS 27

Im Januar 2008 veröffentlichte der IASB eine überarbeitete Fassung von IFRS 3, „Business Combinations“ („IFRS 3 R“), und eine geänderte Fassung von IAS 27, „Consolidated and Separate Financial Statements“ („IAS 27 R“). Während in IFRS 3 R die Anwendung der Erwerbsmethode auf Unternehmenszusammenschlüsse weiterentwickelt wird, enthält IAS 27 R geänderte Vorschriften zur bilanziellen Darstellung von Minderheitsanteilen sowie zur Bilanzierung im Fall eines Verlusts des beherrschenden Einflusses auf eine Tochtergesellschaft. IFRS 3 R sieht für das erwerbende Unternehmen ein im Rahmen jedes Unternehmenszusammenschlusses auszuübendes Wahlrecht vor, die Minderheitsanteile entweder zum Fair Value im Erwerbszeitpunkt oder zum Fair Value der anteiligen identifizierbaren Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des erworbenen Unternehmens zu bewerten. Im Fall eines sukzessiven Unternehmenserwerbs werden die identifizierbaren Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des erworbenen Unternehmens zu dem Zeitpunkt zum Fair Value bewertet, an dem der Erwerber einen beherrschenden Einfluss erlangt. Ein Gewinn oder Verlust wird in Höhe der Differenz zwischen dem Fair Value der bisher gehaltenen Anteile am erworbenen Unternehmen und dessen Buchwert ergebniswirksam erfasst. Ferner verlangt IAS 27 R die erfolgsneutrale Erfassung der Effekte aller Transaktionen mit den Eigentümern von Minderheitsanteilen im Eigenkapital, wenn sich das Beherrschungsverhältnis nicht ändert. Führen Transaktionen hingegen zu einem Verlust der Beherrschungsmöglichkeit, ist der daraus resultierende Gewinn oder Verlust ergebniswirksam zu erfassen. Der Gewinn oder Verlust beinhaltet auch Effekte aufgrund einer Neubewertung der zurückbehaltenen Beteiligungsanteile zum Fair Value. Darüber hinaus legt IFRS 3 R fest, dass alle im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses übertragenen Gegenleistungen, einschließlich bedingter Gegenleistungen, zum Erwerbszeitpunkt zum Fair Value bewertet und ausgewiesen werden. Transaktionskosten, die dem erwerbenden Unternehmen im Zusammenhang mit dem Unternehmenszusammenschluss entstehen, werden nicht als Bestandteil der Anschaffungskosten der Transaktion, sondern als Aufwand erfasst. Dies gilt nicht, wenn sie im Zusammenhang mit der Emission von Schuldtiteln oder Aktien

stehen. In diesem Fall werden sie gemäß IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, bilanziert. IFRS 3 R und IAS 27 R treten für Unternehmenszusammenschlüsse in den Geschäftsjahren in Kraft, die an oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig, sofern beide Standards gleichzeitig angewandt werden. IFRS 3 R und IAS 27 R sind seitens des IASB verabschiedet worden, bedürfen aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU.

IAS 32 und IAS 1

Im Februar 2008 veröffentlichte der IASB Änderungen zu IAS 32, „Financial Instruments: Presentation“, und IAS 1, „Presentation of Financial Statements“, mit dem Titel „Puttable Financial Instruments and Obligations Arising on Liquidation“. Die geänderten Vorschriften sehen unter bestimmten Bedingungen eine Klassifizierung von zum Fair Value kündbaren Finanzinstrumenten und von Verpflichtungen, die lediglich im Liquidationsfall entstehen, als Eigenkapital vor. Sie treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Anwendung dieser Änderungen wird keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.

[2] Segmentberichterstattung

Die nachfolgenden Segmentinformationen basieren auf dem sogenannten „Management Approach“, der verlangt, Segmentinformationen auf Basis der internen Berichterstattung so darzustellen, wie sie vom sogenannten „Chief Operating Decision Maker“ regelmäßig zur Entscheidung über die Zuteilung von Ressourcen zu einem Segment und zur Beurteilung seiner Performance herangezogen werden.

Segmente

Die folgenden Segmente stellen die Organisationsstruktur des Konzerns dar, wie sie in der internen Managementberichterstattung abgebildet wird.

Die Deutsche Bank ist in drei Konzernbereiche gegliedert, die weiter in Unternehmensbereiche untergliedert sind. Zum 31. Dezember 2008 bestanden folgende Konzern- und Unternehmensbereiche:

Der Konzernbereich Corporate and Investment Bank (CIB) beinhaltet die Corporate-Banking- und Wertpapieraktivitäten (einschließlich Handel mit und Vertrieb von Kapitalmarktprodukten und Corporate-Finance-Aktivitäten) sowie die Transaction-Banking-Aktivitäten des Konzerns. CIB betreut Firmen- und institutionelle Kunden von mittelständischen Firmen bis zu multinationalen Unternehmen einschließlich Banken und staatlicher Organisationen. Diese Aktivitäten werden im Konzernbereich CIB in den globalen Unternehmensbereichen Corporate Banking & Securities (CB&S) und Global Transaction Banking (GTB) gesteuert.

- CB&S besteht aus den Geschäftsbereichen Global Markets und Corporate Finance. Diese Bereiche bieten weltweit Finanzprodukte an, angefangen bei der Emission von Aktien und festverzinslichen Wertpapieren bis hin zur Erarbeitung maßgeschneiderter strukturierter Lösungen für komplexe Finanzierungsbedürfnisse.
- GTB bietet seinen Kunden weltweit in erster Linie die Beschaffung, den Transfer, die Verwahrung und die Kontrolle von Vermögenswerten an. In diesem Zusammenhang stellt der Bereich Unternehmen, Finanzinstituten sowie Staaten (einschließlich deren Institutionen) Bearbeitungs- und Treuhandlungen zur Verfügung.

Im Konzernbereich Private Clients and Asset Management (PCAM) sind die Aktivitäten des Konzerns im Asset Management, im Private Wealth Management sowie im Privat- und Geschäftskundenbereich zusammengefasst. Diese Aktivitäten werden innerhalb von PCAM in zwei globalen Unternehmensbereichen – Asset and Wealth Management („AWM“) und Private & Business Clients („PBC“) – gesteuert.

- AWM besteht aus den Geschäftsbereichen Asset Management („AM“), der das Vermögen institutioneller Kunden verwaltet und Investmentfonds und andere Anlageprodukte anbietet, und Private Wealth Management (PWM), der für die Betreuung anspruchsvoller vermögender Privatkunden und ihrer Familien sowie ausgewählter institutioneller Kunden zuständig ist.
- PBC stellt Privatkunden und vermögenden Kunden sowie kleineren Firmenkunden die gesamte Produktpalette des Privatkundengeschäfts bereit.

Der Konzernbereich Corporate Investments (CI) steuert bestimmte Alternative Assets der Bank sowie andere Fremd- und Eigenkapitalanlagen.

Änderungen in der Struktur der Segmente können aus veränderten Managementverantwortlichkeiten sowie aus Akquisitionen oder Desinvestitionen resultieren. In der aktuellen Darstellung werden die Vorperioden entsprechend angepasst. In 2008 gab es keine Veränderungen der Managementverantwortlichkeiten mit wesentlichen Auswirkungen auf die Segmentberichterstattung.

Die folgenden Akquisitionen und Desinvestitionen hatten wesentlichen Einfluss auf die Segmentergebnisse:

- Im Dezember 2008 wurde von RREEF Alternative Investments eine wesentliche Minderheitsbeteiligung an Rosen Real Estate Securities LLC (RRES), einem Berater für Immobilienanlagen, erworben. Die Beteiligung ist dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet.
- Im November 2008 wurde ein Anteil von 40 % an UFG Invest erworben, verbunden mit der Option, den Anteil in der Zukunft auf 100 % zu erhöhen. UFG Invest ist das russische Wertpapierverwaltungsunternehmen von UFG Asset Management. Das Geschäft wird unter Deutsche UFG Capital Management firmieren. Die Beteiligung wird im Unternehmensbereich AWM gehalten.
- Im Oktober 2008 wurde der Kauf der operativen Plattform der Pago eTransaction GmbH durch die Deutsche Card Services GmbH abgeschlossen. Die Transaktion fand in Deutschland statt und ist dem Unternehmensbereich GTB zugeordnet.
- Im Juni 2008 konsolidierte der Konzern die Maher Terminals LLC und die Maher Terminals of Canada Corp, im Folgenden zusammen als Maher Terminals bezeichnet. Maher Terminals ist ein privater Betreiber von Containerterminals in Nordamerika. RREEF Infrastructure erwarb alle Anteile konzernexterner Investoren am North America Infrastructure Fund, dessen einzige Beteiligung Maher Terminals ist. Diese Beteiligung ist dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet.
- Mit Wirkung ab Juni 2008 verkaufte der Konzern die DWS Investments Schweiz AG, die das schweizerische Fondsverwaltungsgeschäft des Unternehmensbereichs AWM umfasst, an die State Street Bank.
- Mit Wirkung ab Juni 2008 verkaufte der Konzern die italienische Lebensversicherungsgesellschaft DWS Vita S.p.A. an die Zurich Financial Services Group. Dieses Geschäft war Bestandteil des Unternehmensbereichs AWM.

- Mit Wirkung ab März 2008 schloss der Konzern den Erwerb einer Beteiligung von 60 % an dem taiwanesischen Vermögensverwalter Far Eastern Alliance Asset Management Co. Limited ab. Das erworbene Unternehmen ist dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet.
- Im Februar 2008 verkaufte RREEF Alternative Investments seinen Anteil von 50 % an der australischen DEXUS Property Group an andere Anteilseigner von DEXUS. Die Beteiligung wurde im Unternehmensbereich AWM gehalten.
- Im Januar 2008 erwarb der Konzern HedgeWorks LLC, einen Hedgefondsadministrator mit Sitz in den Vereinigten Staaten. Das Geschäft wurde in den Unternehmensbereich GTB integriert.
- Im Januar 2008 erhöhte AM seinen Anteil an Harvest Fund Management, einer Publikumsfondsgesellschaft in China, auf 30 %. Diese Beteiligung wird dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet.
- Im Oktober 2007 erwarb der Konzern die Abbey Life Assurance Company Limited, eine Gesellschaft in Großbritannien, die im Wesentlichen fondsgebundene Lebensversicherungen, Pensionsversicherungs- und Rentenpolicen hält. Das erworbene Geschäft wurde in den Unternehmensbereich CB&S integriert.
- Im Juli 2007 schloss AM den Verkauf seines lokalen Publikumsfondsgeschäfts in Italien ab und ging eine langfristige Vertriebspartnerschaft mit Anima S.G.R.p.A. ein. Das Geschäft war Bestandteil des Unternehmensbereichs AWM.
- Im Juli 2007 erwarb RREEF Private Equity einen wesentlichen Anteil an Aldus Equity, einer Alternative-Asset-Management- und -Beratungsgesellschaft, die auf die Strukturierung von Private Equity Investments für institutionelle und wohlhabende Kunden spezialisiert ist. Das erworbene Geschäft wurde dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet.
- Im Juli 2007 gab der Konzern den Abschluss der Akquisition des grenzüberschreitenden Custodygeschäfts für institutionelle Kunden der Türkiye Garanti Bankasi, A.Ş. bekannt. Das Geschäft wird in den Unternehmensbereich GTB einbezogen.
- Im Juli 2007 schloss RREEF Infrastructure die Akquisition von Maher Terminals ab. Im Oktober 2007 wurde die Gesellschaft entkonsolidiert, nachdem Teile in den vorgesehenen Fonds eingebracht worden waren.
- Im Juni 2007 schloss der Konzern den Verkauf des australischen Asset-Management-Operation-Geschäfts an Aberdeen Asset Management ab. Das Geschäft war dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet.
- Im Januar 2007 verkaufte der Konzern die zweite Tranche (41 %) der italienischen Processingaktivitäten von BankAmericard an das Zentralinstitut der italienischen Volksbanken, das „Istituto Centrale delle Banche Popolari Italiane“ („ICBPI“). Dieses Geschäft war Bestandteil des Unternehmensbereichs PBC.
- Im Januar 2007 schloss der Konzern die Akquisition von MortgageIT Holdings, Inc., einem auf Wohnimmobilien spezialisierten Real Estate Investment Trust („REIT“) in den Vereinigten Staaten, ab. Das Geschäft wurde in den Unternehmensbereich CB&S einbezogen.
- Im Januar 2007 schloss der Konzern den Erwerb der Berliner Bank ab, die in den Unternehmensbereich PBC integriert wurde. Diese Akquisition erweitert den Marktanteil des Konzerns im Privatkundensektor der deutschen Hauptstadt.
- Im Dezember 2006 schloss der Konzern die Übernahme der britischen Vermögensverwaltungsgesellschaft Tilney Group Limited ab. Die Übernahme ist ein wichtiges Element der PWM-Strategie für den Ausbau der Präsenz in spezifischen Kernmärkten (Onshore) sowie die Ausweitung der Geschäftsaktivitäten auf verschiedene Kundensegmente einschließlich unabhängiger Vermögensverwalter.
- Im November 2006 erwarb der Konzern die norisbank vom DZ Bank-Konzern, die dem Unternehmensbereich PBC zugeordnet wurde.
- Im Oktober 2006 hat der Konzern 49 % von BankAmericard an ICBPI verkauft.

- Im Juli 2006 wurde die Deutsche Wohnen AG nach der Beendigung des Beherrschungsvertrags mit der DB Real Estate Management GmbH entkonsolidiert. Die Deutsche Wohnen AG ist eine Immobilieninvestmentgesellschaft und war dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet.
- Im Mai 2006 hat der Konzern den Erwerb des Depository-and-Clearing-Centre-Geschäfts in Großbritannien von der JPMorgan Chase & Co. abgeschlossen. Diese Geschäftsaktivität wurde in den Unternehmensbereich GTB integriert.
- Im Februar 2006 hat der Konzern den Erwerb der restlichen 60 % an der United Financial Group („UFG“), einer Investmentbank in Russland, abgeschlossen. Diese Geschäftsaktivität wurde in den Unternehmensbereich CB&S einbezogen.
- Im ersten Quartal 2006 schloss der Konzern den Verkauf der EUROHYPO AG an die Commerzbank AG ab, deren Geschäftsaktivitäten dem Konzernbereich CI zugeordnet waren.

Bemessung von Segmentgewinnen oder -verlusten

Wie beschrieben zeigt die Segmentberichterstattung die Segmentergebnisse auf Basis der Managementberichterstattung, ergänzt um eine Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss. Erforderliche Anpassungen im Rahmen dieser Überleitung werden im Abschnitt „Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss“ berichtet. Die dargestellten Segmentinformationen basieren auf der internen Managementberichterstattung von Segmentgewinnen oder -verlusten, Aktiva und anderen Informationen, welche dem „Chief Operating Decision Maker“ regelmäßig berichtet werden.

Die Managementberichterstattung bei der Deutschen Bank beruht grundsätzlich auf IFRS. In einigen Ausnahmefällen werden für die interne Managementberichterstattung Bilanzierungsmethoden angewandt, die nicht IFRS-konform sind und zu Bewertungs- und Ausweisunterschieden führen. Die größten Bewertungsunterschiede stehen im Zusammenhang mit Positionen, die in der Managementberichterstattung zum Fair Value (Mark-to-market) ausgewiesen und im Konzernabschluss nach IFRS abgegrenzt werden (zum Beispiel bestimmte Finanzinstrumente in den Treasurybüchern von CB&S und PBC). Ein weiterer Bewertungsunterschied ergibt sich aufgrund der erfolgswirksamen Erfassung von Handelsergebnissen aus Eigenen Aktien in der Managementberichterstattung (hauptsächlich in CB&S), wohingegen unter IFRS eine erfolgsneutrale Berücksichtigung im Eigenkapital erfolgt. Ausweisunterschiede bestehen im Wesentlichen bei der Behandlung der Minderheitsanteile. Diese werden in den Segmenten im Ergebnis vor Steuern berücksichtigt, während sie für den Konzernabschluss über Consolidation & Adjustments in das den Minderheitsanteilen zurechenbare Konzernergebnis umgliedert werden.

Ergebnisse aus Transaktionen zwischen den Segmenten werden auf der Grundlage gegenseitiger Vereinbarungen zugeordnet. Interne Serviceanbieter, die nicht als Profit Center geführt werden, weisen ihre zinsunabhängigen Aufwendungen den jeweiligen Serviceempfängern zu. Die Allokationskriterien beruhen in der Regel auf Vereinbarungen zwischen den beteiligten Bereichen und werden auf der Basis „Menge x Preis“, „auf Festpreisbasis“ oder „zu vereinbarten Prozentsätzen“ ermittelt. Da der Konzern in den operativen Einheiten unterschiedliche Geschäftsaktivitäten integriert hat, unterliegt die Zuordnung der Erträge und Aufwendungen zu den Unternehmensbereichen bestimmten Annahmen und Schätzungen.

Die Managementberichterstattung folgt der Marktzinsmethode, nach welcher der externe Zinsüberschuss des Konzerns kalkulatorisch den Unternehmensbereichen zugeordnet wird. Eine solche Zuordnung unterstellt, dass sämtliche Positionen über den Geld- und Kapitalmarkt refinanziert beziehungsweise angelegt werden. Um eine Vergleichbarkeit

der Unternehmensbereiche mit Wettbewerbern zu ermöglichen, die rechtlich selbstständige Einheiten mit zugehöriger Eigenkapitalfinanzierung haben, wird daher der Zinsnutzen auf das konsolidierte Eigenkapital des Konzerns im Verhältnis zu dem jeweils zugeordneten durchschnittlichen Active Equity den Geschäftsbereichen anteilig zugerechnet. Das Management nutzt bestimmte Messgrößen für das Kapital und darauf bezogene Kennziffern im Rahmen des internen Managementberichtssystems, weil es der Überzeugung ist, dass damit die Darstellung der finanziellen Performance der Segmente transparenter und aussagekräftiger ist. Durch die Veröffentlichung dieser Messgrößen erhalten Investoren und Analysten einen tieferen Einblick in die Steuerung der Geschäftsaktivitäten des Konzerns. Des Weiteren dienen sie dem besseren Verständnis der Ergebnisse. Diese Messgrößen beinhalten:

- Durchschnittliches Active Equity: Der Konzern berechnet das Active Equity, um besser mit seinen Konkurrenten vergleichbar zu sein, und legt dieses der Berechnung verschiedener Kennziffern zugrunde. Das Active Equity stellt keine Messgröße nach IFRS dar. Bei einem Vergleich von Kennzahlen des Konzerns, die auf dem Active Equity basieren, mit den Kennzahlen anderer Unternehmen sollten stets auch Abweichungen bei der Berechnung dieser Kennzahlen berücksichtigt werden. Zu den Positionen, um die das durchschnittliche den Deutsche Bank Aktionären zurechenbare Eigenkapital bereinigt wird, gehören die unrealisierten Gewinne oder Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten und die Fair-Value-Anpassungen von Cash Flow Hedges (beide Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern und im Durchschnitt). Ebenso zu bereinigen ist die durchschnittliche Dividendenzahlung, für die jedes Quartal eine Abgrenzung vorgenommen wird und die nach Zustimmung der Hauptversammlung einmal jährlich ausgezahlt wird. Die Allokation des durchschnittlichen Active Equity des Konzerns auf die Segmente und „Consolidation & Adjustments“ erfolgt im Verhältnis ihrer ökonomischen Risiken, die sich aus dem Ökonomischen Kapital, Goodwill und anderen nicht abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerten zusammensetzen. Der zuzurechnende Gesamtbetrag entspricht dem höheren Wert von ökonomischem Risiko und aufsichtsrechtlichem Kapitalbedarf des Konzerns. In 2008 wurde Letzterer aus einer Tier-1-Kernkapitalquote von 8,5 % abgeleitet. Für 2009 plant der Konzern, den internen Bedarf an aufsichtsrechtlichem Kapital aus einer Tier-1-Kernkapitalquote von 10 % abzuleiten. Überschreitet das durchschnittliche Active Equity des Konzerns den zuzurechnenden Gesamtbetrag, so wird der Mehrbetrag „Consolidation & Adjustments“ zugeordnet.
- Eigenkapitalrendite in % basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity ist definiert als der prozentuale Anteil des Ergebnisses vor Steuern ohne Minderheitsanteile am durchschnittlichen Active Equity. Beim Vergleich dieser auf der Basis des durchschnittlichen Active Equity ermittelten Renditen mit denen anderer Unternehmen sind die unterschiedlichen Berechnungsweisen der jeweiligen Kennzahlen zu berücksichtigen.

Segmentergebnisse

Die nachstehenden Tabellen enthalten Informationen zu den Segmentergebnissen, einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS, für die Geschäftsjahre 2008, 2007 und 2006.

2008	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Management Reporting insgesamt ⁵
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt		
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)								
Erträge insgesamt¹	304	2.774	3.078	3.264	5.777	9.041	1.290	13.408
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	402	5	408	15	653	668	- 1	1.075
Zinsunabhängige Aufwendungen	8.427	1.663	10.090	3.794	4.178	7.972	95	18.156
davon/darin:								
Abschreibungen und Amortisation	52	6	58	17	76	93	8	159
Abfindungszahlungen	335	3	338	29	84	113	0	451
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	- 273	-	- 273	18	-	18	-	- 256
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	5	-	5	580	-	580	-	585
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-
Minderheitsanteile	- 48	-	- 48	- 20	0	- 20	2	- 66
Ergebnis vor Steuern	- 8.476	1.106	- 7.371	- 525	945	420	1.194	- 5.756
Aufwand-Ertrag-Relation	N/A	60 %	N/A	116 %	72 %	88 %	7 %	135 %
Aktiva ^{2,3}	2.012.427	49.487	2.047.181	50.473	138.350	188.785	18.297	2.189.313
Investitionen in langlebige Aktiva	1.167	38	1.205	13	56	70	0	1.275
Risikoposition	234.344	15.400	249.744	16.051	37.482	53.533	2.677	305.953
Durchschnittliches Active Equity ⁴	19.181	1.081	20.262	4.870	3.445	8.315	403	28.979
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	- 44 %	102 %	- 36 %	- 11 %	27 %	5 %	N/A	- 20 %
1 beinhaltet:								
Zinsüberschuss	7.683	1.157	8.840	496	3.249	3.746	7	12.592
Erträge mit externen Kunden	423	2.814	3.236	3.418	5.463	8.881	1.259	13.376
Intersegmenterträge	- 118	- 40	- 158	- 154	314	160	31	33
Ergebnis aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	- 110	2	- 108	87	2	88	62	42
2 beinhaltet:								
nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	1.687	40	1.727	321	44	365	71	2.163

N/A – nicht aussagefähig

3 Die Summe der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise dem korrespondierenden Konzernbereich. Dies gilt auch für die Summe der Konzernbereiche im Vergleich zum Management Reporting insgesamt.

4 Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das durchschnittliche Active Equity des Konzerns wird den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches das Ökonomische Kapital, Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer beinhaltet.

5 Beinhaltet Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG, Allianz SE und Linde AG) in Höhe von 1.228 Mio € und einem Gewinn aus der Veräußerung der Beteiligung an Arcor AG & Co. KG in Höhe von 97 Mio €. Diese Positionen werden in der Zielgrößendefinition nicht berücksichtigt.

2007	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Management Reporting insgesamt ⁵
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt		
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)								
Erträge insgesamt¹	16.507	2.585	19.092	4.374	5.755	10.129	1.517	30.738
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	102	7	109	1	501	501	3	613
Zinsunabhängige Aufwendungen	12.169	1.633	13.802	3.453	4.108	7.560	220	21.583
davon/darin:								
Abschreibungen und Amortisation	50	8	58	20	82	102	17	177
Abfindungszahlungen	100	7	107	28	27	55	0	162
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	116	–	116	73	–	73	–	188
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	–	–	–	74	–	74	54	128
Restrukturierungsaufwand	– 4	– 1	– 4	– 8	– 1	– 9	– 0	– 13
Minderheitsanteile	34	–	34	7	0	8	– 5	37
Ergebnis vor Steuern	4.202	945	5.147	913	1.146	2.059	1.299	8.505
Aufwand-Ertrag-Relation	74 %	63 %	72 %	79 %	71 %	75 %	15 %	70 %
Aktiva ^{2,3}	1.785.876	32.117	1.800.027	39.180	117.809	156.767	13.005	1.916.304
Investitionen in langlebige Aktiva	351	87	438	2	62	65	0	503
Risikoposition	218.663	18.363	237.026	15.864	69.722	85.586	4.891	327.503
Durchschnittliches Active Equity ⁴	19.619	1.095	20.714	5.109	3.430	8.539	473	29.725
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	21 %	86 %	25 %	18 %	33 %	24 %	N/A	29 %
1 beinhaltet:								
Zinsüberschuss	4.362	1.106	5.467	165	3.083	3.248	– 5	8.710
Erträge mit externen Kunden	16.691	2.498	19.189	4.615	5.408	10.023	1.492	30.704
Intersegmenterträge	– 184	87	– 97	– 241	347	106	25	34
Ergebnis aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	51	2	52	114	2	116	184	352
2 beinhaltet:								
nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	2.430	39	2.469	560	45	605	221	3.295

N/A – nicht aussagefähig

³ Die Summe der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise dem korrespondierenden Konzernbereich. Dies gilt auch für die Summe der Konzernbereiche im Vergleich zum Management Reporting insgesamt.

⁴ Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das durchschnittliche Active Equity des Konzerns wird den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches das Ökonomische Kapital, Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer beinhaltet.

⁵ Beinhaltet Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Fiat S.p.A., Linde AG und Allianz SE) in Höhe von 514 Mio €, einen Gewinn aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen (Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG) in Höhe von 178 Mio €, nach Abzug von 54 Mio € Goodwillabschreibung, sowie Gewinne aus der Veräußerung von Gebäuden (Sale-und-Leaseback-Transaktion für unser Bürogebäude 60 Wall Street in New York) in Höhe von 317 Mio €. Diese Positionen werden in der Zielgrößendefinition nicht berücksichtigt.

2006	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Management Reporting insgesamt ⁵
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt		
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)								
Erträge insgesamt¹	16.574	2.228	18.802	4.166	5.149	9.315	574	28.691
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 65	- 29	- 94	- 1	391	391	2	298
Zinsunabhängige Aufwendungen	11.236	1.552	12.789	3.284	3.716	7.000	214	20.003
davon/darin:								
Abschreibungen und Amortisation	57	25	82	33	84	116	17	215
Abfindungszahlungen	97	3	99	12	10	22	0	121
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	-	-	-	63	-	63	-	63
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	-	-	-	-	-	31	31
Restrukturierungsaufwand	77	22	99	43	49	91	1	192
Minderheitsanteile	23	-	23	- 11	0	- 11	- 3	10
Ergebnis vor Steuern	5.379	705	6.084	894	1.041	1.935	361	8.380
Aufwand-Ertrag-Relation	68 %	70 %	68 %	79 %	72 %	75 %	37 %	70 %
Aktiva ^{2, 3}	1.395.115	25.655	1.404.256	35.939	94.853	130.753	17.783	1.512.759
Investitionen in langlebige Aktiva	573	2	575	5	383	388	0	963
Risikoposition	177.651	14.240	191.891	12.335	63.900	76.234	5.395	273.520
Durchschnittliches Active Equity ⁴	16.041	1.064	17.105	4.917	2.289	7.206	1.057	25.368
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	34 %	66 %	36 %	18 %	45 %	27 %	34 %	33 %
1 beinhaltet:								
Zinsüberschuss	3.097	890	3.987	162	2.767	2.928	1	6.916
Erträge mit externen Kunden	16.894	2.060	18.954	4.435	4.724	9.159	543	28.656
Intersegmenterträge	- 320	168	- 152	- 269	425	156	31	35
Ergebnis aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	72	1	74	142	3	145	197	416
2 beinhaltet:								
nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	1.624	38	1.662	588	8	596	207	2.465

3 Die Summe der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise dem korrespondierenden Konzernbereich. Dies gilt auch für die Summe der Konzernbereiche im Vergleich zum Management Reporting insgesamt.

4 Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das durchschnittliche Active Equity des Konzerns wird den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches das Ökonomische Kapital, Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer beinhaltet.

5 Beinhaltet einen Gewinn aus dem Verkauf einer restlichen Beteiligung an der EUROHYPO von 131 Mio €, Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Linde AG) in Höhe von 92 Mio € sowie Zahlungen von Versicherungsgesellschaften zur Erstattung von Verlusten aufgrund von Betriebsunterbrechungen und sonstigen Kosten, die dem Konzern infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 in Höhe von 125 Mio € entstanden waren. Diese Positionen werden in der Zielgrößendefinition nicht berücksichtigt.

Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss

In der nachstehenden Tabelle werden die auf Basis der Managementberichtssysteme ermittelten Segmentergebnisse und -aktiva auf den Konzernabschluss für die Geschäftsjahre 2008, 2007 und 2006 übergeleitet.

in Mio €	2008			2007			2006		
	Management Reporting insgesamt	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt	Management Reporting insgesamt	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt	Management Reporting insgesamt	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
Erträge insgesamt ¹	13.408	82	13.490	30.738	7	30.745	28.691	- 197	28.494
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.075	1	1.076	613	- 1	612	298	- 0	298
Zinsunabhängige Aufwendungen	18.156	- 0	18.155	21.583	- 199	21.384	20.003	- 146	19.857
Minderheitsanteile	- 66	66	-	37	- 37	-	10	- 10	-
Ergebnis vor Steuern	- 5.756	15	- 5.741	8.505	243	8.749	8.380	- 41	8.339
Aktiva	2.189.313	13.110	2.202.423	1.916.304	8.699	1.925.003	1.512.759	7.821	1.520.580
Risikoposition	305.953	1.779	307.732	327.503	1.315	328.818	273.520	1.939	275.459
Durchschnittliches Active Equity	28.979	3.100	32.079	29.725	368	30.093	25.368	255	25.623

1 Zinsüberschuss und zinsunabhängige Erträge.

Im Geschäftsjahr 2008 belief sich das Ergebnis vor Steuern in Consolidation & Adjustments auf 15 Mio €. Die zinsunabhängigen Aufwendungen enthielten Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten, die durch positive Effekte im Zusammenhang mit Umsatzsteuern kompensiert wurden. Die Anpassungen der Erträge in Consolidation & Adjustments beinhalteten in 2008 im Wesentlichen folgende Sachverhalte:

- Überleitungen für ökonomisch abgesicherte kurzfristige Positionen, die in den Managementberichtssystemen zum Fair Value (Mark-to-market) ausgewiesen und nach IFRS abgegrenzt wurden, erhöhten die Erträge um circa 450 Mio € als Folge hoher Volatilitäten und stark gesunkener kurzfristiger Zinssätze.
- Die Währungsabsicherung des Kapitals ausländischer Tochtergesellschaften führte zu einer Verminderung der Erträge um circa 160 Mio €.
- Handelsergebnisse aus Eigenen Aktien des Konzerns sowie bestimmten Derivaten auf Eigene Aktien werden im Unternehmensbereich CB&S ausgewiesen. Die Eliminierung dieser Ergebnisse für den Konzernabschluss führte unter Consolidation & Adjustments zu einem Anstieg von etwa 80 Mio €.
- Eine Verringerung im Zusammenhang mit der Eliminierung von konzerninternen Mieterträgen belief sich auf 37 Mio €.
- Die übrigen Erträge stammten aus Zinsaufwendungen (per saldo), die nicht auf die Segmente zugeordnet wurden, und aus Sachverhalten, die außerhalb der Managementverantwortlichkeit der Segmente liegen. Diese Sachverhalte beinhalten Refinanzierungsaufwendungen (per saldo) für nicht bereichsbezogene Aktiva/Passiva, zum Beispiel latente Steuerforderungen/-verbindlichkeiten, und Zinsaufwendungen (per saldo) im Zusammenhang mit Steuererstattungen beziehungsweise -abgrenzungen für zukünftige und abgeschlossene Steuerprüfungen.

Im Geschäftsjahr 2007 belief sich das Ergebnis vor Steuern in Consolidation & Adjustments auf 243 Mio €. Die zinsunabhängigen Aufwendungen enthielten positive Effekte hauptsächlich wegen einer mit der Steuerverwaltung abgestimmten verfeinerten Methode zur Erstattung von Vorsteuer für Vorjahre sowie wegen Erstattungen im Zusammenhang mit verschiedenen Rechtsverfahren. Die Anpassungen der Erträge in Consolidation & Adjustments beinhalteten im Wesentlichen folgende Sachverhalte:

- Überleitungen zu Positionen, die in den Managementberichtssystemen zum Fair Value (Mark-to-market) ausgewiesen und nach IFRS abgegrenzt wurden, verringerten die Erträge in 2007 um circa 100 Mio €.
- Handelsergebnisse aus Eigenen Aktien des Konzerns werden im Unternehmensbereich CB&S ausgewiesen. Die Eliminierung dieser Ergebnisse für den Konzernabschluss führte unter Consolidation & Adjustments zu einem Anstieg von etwa 30 Mio € in 2007.
- Eine Verringerung im Zusammenhang mit der Eliminierung von konzerninternen Mieterträgen belief sich im Jahr 2007 auf 39 Mio €.
- Der Zinsüberschuss aufgrund von Steuererstattungen beziehungsweise -abgrenzungen für zukünftige und abgeschlossene Steuerprüfungen erhöhte sich in 2007 auf 69 Mio €.
- Die übrigen Erträge stammten aus Sachverhalten, die außerhalb der Managementverantwortlichkeit der Segmente liegen, beispielsweise Refinanzierungsaufwendungen (netto) für nicht bereichsbezogene Aktiva/Passiva und Ergebnisse aus Absicherungsgeschäften für das Kapital bestimmter Auslandstöchter.

Für 2006 wurde in Consolidation & Adjustments ein Verlust vor Steuern von 41 Mio € berichtet. Die zinsunabhängigen Aufwendungen enthielten positive Effekte hauptsächlich wegen einer Rückstellungsauflösung bezüglich grundbesitz-invest, des offenen Immobilienfonds des Konzerns in Deutschland, sowie wegen Zahlungen von Versicherungsgesellschaften zur Erstattung von Verlusten durch Betriebsunterbrechungen und sonstigen Kosten infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA. Die Erträge in Consolidation & Adjustments beinhalteten im Wesentlichen folgende Sachverhalte:

- Durch Überleitungen von Positionen, die in den Managementberichtssystemen zum Fair Value (Mark-to-market) ausgewiesen und nach IFRS abgegrenzt wurden, fielen die Erträge um ungefähr 210 Mio €.
- Handelsergebnisse aus Eigenen Aktien im Unternehmensbereich CB&S führten zu einer Verringerung von 100 Mio €.
- Überleitungspositionen im Zusammenhang mit der Eliminierung von konzerninternen Mieterträgen verminderten die Erträge um 40 Mio €.
- Der Zinsüberschuss stieg aufgrund von Steuererstattungen beziehungsweise -abgrenzungen für zukünftige und abgeschlossene Steuerprüfungen um 67 Mio €.
- Durch Zahlungen von Versicherungsgesellschaften zwecks Erstattung von Verlusten durch Betriebsunterbrechungen und sonstigen Kosten, die dem Konzern infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten entstanden waren, erhöhten sich die Erträge um 125 Mio €.
- Die übrigen Erträge resultierten aus anderen Corporate Items, die außerhalb der Managementverantwortlichkeit der Segmente liegen.

Aktiva und Risikoposition enthalten Sachverhalte, die außerhalb der Managementverantwortlichkeit der Segmente lagen, wie zum Beispiel latente Steuern und bereichsübergreifende Abrechnungskonten.

Das durchschnittliche Active Equity unter Consolidation & Adjustments reflektiert den verbleibenden, nicht den Segmenten zugeordneten Eigenkapitalbetrag, wie in dieser Note unter dem Abschnitt „Bemessung von Segmentgewinnen oder -verlusten“ beschrieben wird.

Angaben auf Unternehmensebene

Die nachstehenden Tabellen enthalten die Ertragskomponenten der Konzernbereiche CIB und PCAM für die Geschäftsjahre 2008, 2007 und 2006.

in Mio €	Corporate and Investment Bank		
	2008	2007	2006
Sales & Trading (Equity)	- 630	4.613	4.039
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	124	8.407	9.016
Sales & Trading insgesamt	- 506	13.020	13.055
Emissionsgeschäft (Equity)	336	861	760
Emissionsgeschäft (Debt)	- 713	714	1.331
Emissionsgeschäft insgesamt	- 377	1.575	2.091
Beratung	589	1.089	800
Kreditgeschäft	1.260	974	946
Transaction Services	2.774	2.585	2.228
Sonstige Produkte	- 661	- 151	- 318
Insgesamt	3.078	19.092	18.802

in Mio €	Private Clients and Asset Management		
	2008	2007	2006
Portfolio/Fund Management	2.457	3.017	3.041
Brokeragegeschäft	1.891	2.172	1.895
Kredit-/Einlagengeschäft	3.251	3.145	2.814
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	1.066	1.039	907
Sonstige Produkte	376	756	658
Insgesamt	9.041	10.129	9.315

In der nachfolgenden Tabelle sind die Erträge (vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft) nach geografischen Bereichen für die Geschäftsjahre 2008, 2007 und 2006 aufgeführt. Für CIB und PCAM erfolgt die Verteilung auf die Regionen im Wesentlichen nach dem Standort der jeweiligen Konzerngesellschaft, welche die Erträge bilanziell erfasst. Die Angaben zu CI und Consolidation & Adjustments werden nur auf globaler Ebene ausgewiesen, da die Managementverantwortlichkeit für diese Bereiche zentral wahrgenommen wird.

in Mio €	2008	2007	2006
Deutschland:			
CIB	2.866	2.921	2.265
PCAM	5.208	5.514	4.922
Deutschland insgesamt	8.074	8.434	7.187
Europa, Mittlerer Osten und Afrika:			
CIB	- 621	7.721	6.836
PCAM	2.391	2.816	2.661
Europa, Mittlerer Osten und Afrika insgesamt¹	1.770	10.537	9.497
Amerika (insbesondere Vereinigte Staaten):			
CIB	- 838	4.628	6.810
PCAM	971	1.331	1.350
Amerika insgesamt	133	5.959	8.160
Asien/Pazifik:			
CIB	1.671	3.823	2.891
PCAM	471	468	381
Asien/Pazifik insgesamt	2.142	4.291	3.273
CI	1.290	1.517	574
Consolidation & Adjustments	82	7	- 197
Konsolidierte Nettoerträge insgesamt²	13.490	30.745	28.494

1 Großbritannien wies im Geschäftsjahr 2008 negative Erträge aus. In den Geschäftsjahren 2007 und 2006 trug Großbritannien mehr als 60 % zu diesen Erträgen bei.

2 Die konsolidierten Erträge insgesamt umfassen die Zinserträge, Zinsaufwendungen und die zinsunabhängigen Erträge insgesamt (einschließlich des Provisionsüberschusses). Das Ergebnis ist je nach Standort der bilanzierenden Geschäftsstelle den entsprechenden Ländern zugeordnet. Der Standort eines bilanzierten Geschäfts kann sich von der Hauptgeschäftsstelle beziehungsweise von sonstigen Geschäftsstellen des Kunden und den Standorten unserer Mitarbeiter, welche das Geschäft abgeschlossen beziehungsweise arrangiert haben, unterscheiden. Der Standort eines bilanzierten Geschäfts, an dem unsere Mitarbeiter, unsere Kunden und sonstige Dritte an unterschiedlichen Standorten beteiligt sind, hängt häufig von anderen Erwägungen wie beispielsweise der Art des Geschäfts sowie aufsichtsrechtlichen und abwicklungstechnischen Aspekten ab.

Anhangangaben zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

[3] Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen

Zinsüberschuss

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten der Zinsen und ähnlichen Erträge sowie der Zinsaufwendungen.

in Mio €	2008	2007	2006
Zinsen und ähnliche Erträge:			
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	1.313	1.384	1.358
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	964	1.090	1.245
Forderungen aus Wertpapierleihen	1.011	3.784	3.551
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	34.938	42.920	39.195
Zinserträge aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	1.260	1.596	1.357
Dividendenerträge aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	312	200	207
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	12.269	10.901	9.344
Sonstige	2.482	2.800	2.018
Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt	54.549	64.675	58.275
Zinsaufwendungen:			
Verzinsliche Einlagen	13.015	17.371	14.025
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	4.425	6.869	5.788
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	304	996	798
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	14.811	20.989	22.631
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	1.905	2.665	2.708
Langfristige Verbindlichkeiten	5.273	4.912	3.531
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	571	339	267
Sonstige	1.792	1.685	1.519
Zinsaufwendungen insgesamt	42.096	55.826	51.267
Zinsüberschuss	12.453	8.849	7.008

Die Zinserträge aus wertgeminderten finanziellen Vermögenswerten beliefen sich für das Geschäftsjahr 2008 auf 65 Mio € (2007: 57 Mio €, 2006: 47 Mio €).

Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten des Ergebnisses aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen.

in Mio €	2008	2007	2006
Handelsergebnis:			
Sales & Trading (Equity)	- 9.615	3.797	2.441
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	- 25.369	- 427	6.004
Sales & Trading insgesamt	- 34.984	3.370	8.445
Sonstige	1.155	548	423
Handelsergebnis insgesamt	- 33.829	3.918	8.868
Ergebnis aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen:			
Aufgliederung nach Kategorie finanzieller Vermögenswerte/Verbindlichkeiten:			
Forderungen/Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften	-	- 41	7
Forderungen/Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	- 4	33	- 13
Forderungen aus dem Kreditgeschäft und Kreditzusagen	- 4.016	- 570	136
Einlagen	139	10	- 40
Langfristige Verbindlichkeiten:			
Von konsolidierten SPEs begebene Verpflichtungen	19.584	4.282	- 49
Von operativen Einheiten begebene Verpflichtungen	9.046	- 500	2
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen	- 912	43	- 19
Ergebnis aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	23.837	3.257	24
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	- 9.992	7.175	8.892

Der Konzern begibt durch seine operativen Filialen und Tochtergesellschaften strukturierte Schuldverschreibungen (von operativen Einheiten begebene Verpflichtungen). Einige dieser strukturierten Schuldverschreibungen wurden als zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen bilanziert. Die Gewinne/Verluste aus diesen strukturierten Schuldverschreibungen sind dabei in erster Linie auf eine Veränderung der Marktrisikobedingungen zurückzuführen. Da das Marktrisiko wirtschaftlich durch Handelsaktiva abgesichert ist, werden die Gewinne/Verluste, die im Zusammenhang mit begebenen Schuldverschreibungen entstehen, durch Verluste/Gewinne aus den korrespondierenden Handelsaktiva ausgeglichen. Die Beträge, die in diesem Zusammenhang aus der Veränderung des Kreditrisikos des Konzerns resultieren, finden sich in Note [9], Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen.

Des Weiteren begibt der Konzern über konsolidierte SPEs strukturierte Schuldverschreibungen (von konsolidierten Einheiten begebene Verpflichtungen). Diese SPEs halten Sicherheiten, die als Handelsaktiva bilanziert werden, schließen Derivatetransaktionen ab und begeben Schuldverschreibungen, die sich auf das Risiko der Sicherheiten und Derivate beziehen. Zu diesen SPEs gehören beispielsweise vom Konzern oder von Dritten gesponserte Verbriefungs- und Repackaging-Einheiten. Gewinne, die sich aus den von konsolidierten SPEs emittierten und zum Fair Value klassifizierten Schuldverschreibungen ergeben, werden im Wesentlichen durch Fair-Value-Verluste auf die von den SPEs gehaltenen Handelsaktiva und Derivate ausgeglichen. In dem oben aufgeführten Betrag sind Gewinne in Höhe von 17,9 Mrd € in 2008 (2007: 3,5 Mrd €) auf Schuldverschreibungen aus strukturierten Verbriefungen enthalten. Negative Fair-Value-Änderungen auf korrespondierende Instrumente von 20,1 Mrd € in 2008 (2007: 4,4 Mrd €) werden im Handelsergebnis unter Sales & Trading (Debt and other products) berichtet. Der Differenzbetrag zwischen diesen Gewinnen und Verlusten stellt den Anteil des Konzerns an den Verlusten dieser konsolidierten strukturierten

Verbriefungen dar. Wie in Note [9], Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen, aufgeführt, wird der Fair Value der von den SPEs emittierten Schuldverschreibungen nicht durch das Kreditrisiko des Konzerns beeinflusst und daher waren die oben genannten Gewinne nicht auf Kreditrisikoänderungen des Konzerns zurückzuführen.

Gesamtüberblick

Die Handels- und Risikomanagementaktivitäten des Konzerns schließen erhebliche Aktivitäten in Zinsinstrumenten und zugehörigen Derivaten ein. Nach IFRS werden Zinsen und ähnliche Erträge aus Handelsinstrumenten und aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen (beispielsweise Coupon- und Dividenderträge) sowie Refinanzierungskosten für Handelsaktiva als Bestandteil des Zinsüberschusses ausgewiesen. Abhängig von zahlreichen Faktoren, zu denen auch Risikomanagementstrategien gehören, werden die Erträge aus unseren Handelsaktivitäten entweder unter dem Zinsüberschuss oder unter dem Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. Diese Faktoren können von Periode zu Periode unterschiedlich gelagert sein. Um diese Entwicklung geschäftsorientiert analysieren zu können, untergliedern wir die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nicht nach der Art der erzielten Erträge, sondern nach Konzernbereichen beziehungsweise innerhalb des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank nach Produkten.

Die folgende Tabelle zeigt den Zinsüberschuss zusammen mit dem Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen des Konzerns nach Konzernbereichen beziehungsweise innerhalb des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank nach Produkten in 2008, 2007 und 2006.

in Mio €	2008	2007	2006
Zinsüberschuss	12.453	8.849	7.008
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	- 9.992	7.175	8.892
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	2.461	16.024	15.900
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen, aufgegliedert nach Konzernbereich/ CIB-Produkt:			
Sales & Trading (Equity)	- 1.895	3.117	2.613
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	317	7.483	8.130
Sales & Trading insgesamt	- 1.578	10.600	10.743
Kreditgeschäft ¹	1.014	499	490
Transaction Services	1.358	1.297	1.074
Übrige Produkte ²	- 1.821	- 118	435
Corporate and Investment Bank insgesamt	- 1.027	12.278	12.743
Private Clients and Asset Management	3.871	3.529	3.071
Corporate Investments	- 172	157	3
Consolidation & Adjustments	- 211	61	83
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	2.461	16.024	15.900

1 Enthält sowohl die Zinsspanne für Forderungen aus dem Kreditgeschäft als auch die Veränderungen des Fair Value von Credit Default Swaps und zum Fair Value klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.

2 Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie sonstigen Produkten.

[4] Provisionsüberschuss

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten des Provisionsüberschusses.

in Mio €	2008	2007	2006
Provisionsertrag und -aufwand:			
Provisionsertrag	12.449	15.199	13.418
Provisionsaufwand	2.700	2.910	2.223
Provisionsüberschuss	9.749	12.289	11.195

in Mio €	2008	2007	2006
Provisionsüberschuss:			
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften	3.414	3.965	3.911
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts	3.798	5.497	4.709
Gebühren für sonstige Dienstleistungen	2.537	2.827	2.575
Provisionsüberschuss	9.749	12.289	11.195

[5] Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten des Ergebnisses aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten.

in Mio €	2008	2007	2006
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten:			
Ergebnis aus festverzinslichen Wertpapieren:			
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen	17	8	24
Wertminderungen	- 551	- 200	-
Wertaufholungen	-	-	-
Ergebnis aus nicht festverzinslichen Wertpapieren:	1.156	944	530
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen	1.428	1.004	540
Wertminderungen	- 272	- 60	- 10
Ergebnis aus Forderungen aus dem Kreditgeschäft:			
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen	- 12	- 8	- 2
Wertminderungen	- 52	- 4	-
Wertaufholungen	1	-	-
Ergebnis aus sonstigem Anteilsbesitz:	107	53	39
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen	108	60	50
Wertminderungen	- 1	- 7	- 11
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	666	793	591

[6] Sonstige Erträge

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten der sonstigen Erträge.

in Mio €	2008	2007	2006
Sonstige Erträge:			
Ergebnis aus als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien	8	29	43
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf von als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien	-	8	28
Gewinne/Verluste (-) aus der Veräußerung konsolidierter Tochtergesellschaften	85	321	52
Gewinne/Verluste (-) aus der Veräußerung von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	50	44	80
Beiträge im Versicherungsgeschäft ¹	308	134	47
Übrige sonstige Erträge ²	117	750	139
Sonstige Erträge insgesamt	568	1.286	389

1 Versicherungsprämien abzüglich an Rückversicherer gezahlter Prämien. Der Anstieg von 2006 auf 2007 und von 2007 auf 2008 war vor allem auf die Konsolidierung von Abbey Life Assurance Company Limited im Oktober 2007 zurückzuführen.

2 Die 2007 ausgewiesenen übrigen sonstigen Erträge enthielten einen Gewinn von 317 Mio € im Zusammenhang mit der Sale-und-Leaseback-Transaktion für unsere Immobilie 60 Wall Street in New York und 148 Mio € sonstige Erträge aus konsolidierten Investments.

[7] Sachaufwand und sonstiger Aufwand

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten des Sachaufwands und sonstigen Aufwands.

in Mio €	2008	2007	2006
Sachaufwand und sonstiger Aufwand:			
EDV-Aufwendungen	1.820	1.867	1.585
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.434	1.347	1.198
Aufwendungen für Beratungsleistungen	1.164	1.257	1.203
Kommunikation und Datenadministration	700	680	634
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation	492	539	503
Zahlungsverkehrs-, Abwicklungs- und Depotdienstleistungen	418	437	431
Marketingaufwendungen	373	411	365
Sonstige Aufwendungen	1.815	1.416	1.150
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	8.216	7.954	7.069

Die sonstigen Aufwendungen beinhalten unter anderem Kosten im Zusammenhang mit regulatorischen Anforderungen, andere Steuern und Versicherungen, operative Verluste sowie sonstige mitarbeiterbezogene Aufwendungen. Der Anstieg der sonstigen Aufwendungen resultierte hauptsächlich aus Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten, Kosten im Zusammenhang mit konsolidierten Infrastrukturinvestments und einer Rückstellungsbildung für eine Rückkaufverpflichtung für bestimmte Wertpapiere.

[8] Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie wird mittels Division des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnisses durch die durchschnittliche Anzahl der im Berichtsjahr ausstehenden Stammaktien ermittelt. Die durchschnittliche Anzahl der ausstehenden Stammaktien ergibt sich aus dem Durchschnitt der ausgegebenen Stammaktien, vermindert um die durchschnittliche Anzahl an Aktien im Eigenbestand und um die durchschnittliche Anzahl an Aktien, die über Terminkäufe erworben werden, welche durch Lieferung in Aktien erfüllt werden, und zuzüglich noch nicht zugeleiteter unverfallbarer Aktien aus aktienbasierten Vergütungsplänen.

Dem verwässerten Ergebnis je Aktie liegt die Annahme der Wandlung ausstehender Wertpapiere in Stammaktien oder die Ausübung sonstiger Kontrakte zur Emission von Stammaktien wie Aktienoptionen, wandelbaren Schuldtiteln, noch nicht unverfallbaren Aktienrechten und Terminkontrakten zugrunde. Die oben genannten Finanzinstrumente werden bei der Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nur berücksichtigt, wenn sie in dem jeweiligen Berichtszeitraum einen verwässernden Effekt haben.

Im Dezember 2008 hat der Konzern beschlossen, bestehende Terminkaufkontrakte über insgesamt 33,6 Millionen Deutsche Bank-Aktien von der bisherigen Lieferung von Aktien auf Geldausgleich umzustellen (weitere Informationen sind in Note [28] enthalten). Diese Terminkaufkontrakte sind damit nicht weiter in der Berechnung des Ergebnisses je Aktie (basic) und (verwässert) berücksichtigt.

Die nachfolgende Tabelle beinhaltet die Berechnung des Ergebnisses je Aktie für die Geschäftsjahre 2008, 2007 und 2006.

in Mio €	2008	2007	2006
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis – Zähler zur Berechnung des Ergebnisses je Aktie (basic)	- 3.835	6.474	6.070
Verwässerungseffekt aus:			
Termingeschäften und Optionen	-	-	- 88
wandelbaren Schuldtiteln	- 1	-	3
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis nach angenommener Wandlung – Zähler zur Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie	- 3.836	6.474	5.985
Anzahl der Aktien in Mio			
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie	504,1	474,2	468,3
Verwässerungseffekt aus:			
Termingeschäften	0,0	0,3	23,1
Aktienoptionen aus aktienbasierter Vergütung	0,0	1,8	3,4
wandelbaren Schuldtiteln	0,1	0,7	1,0
gewährten Aktienrechten	0,0	18,6	24,5
Sonstigem (einschließlich Optionen im Handel)	0,0	0,5	0,9
Potenziell verwässernde Stammaktien	0,1	21,9	52,9
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie	504,2	496,1	521,2

in €	2008	2007	2006
Ergebnis je Aktie (basic)	- 7,61	13,65	12,96
Ergebnis je Aktie (verwässert)	- 7,61	13,05	11,48

Aufgrund der Verlustsituation im Geschäftsjahr 2008 wurden potenziell verwässernde Finanzinstrumente bei der Berechnung des Ergebnisses je Aktie (verwässert) grundsätzlich nicht berücksichtigt, da dies ansonsten eine nicht verwässernde Wirkung gehabt hätte. In einer Gewinnsituation hingegen wäre der bereinigte gewichtete Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung für das Geschäftsjahr 2008 um 31,2 Millionen Aktien höher gewesen.

Zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006 waren die folgenden Instrumente ausstehend und könnten in der Zukunft eine verwässernde Wirkung haben. Diese Instrumente wurden bei der Ermittlung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nicht berücksichtigt, da sie eine nicht verwässernde Wirkung gehabt hätten.

Anzahl der Aktien in Mio	2008	2007	2006
Terminkäufe	0,0	39,4	58,6
geschriebene Verkaufsoptionen	0,1	0,2	11,7
geschriebene Kaufoptionen	0,3	0,7	10,6
Aktienoptionen aus aktienbasierter Vergütung	1,8	0,1	0,0
gewährte Aktienrechte	26,9	0,6	0,5

Anhangangaben zur Bilanz

[9] Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten der zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Handelsaktiva:		
Wertpapiere	204.994	449.684
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1.224.493	506.967
Sonstige Handelsaktiva	42.468 ¹	104.236 ¹
Handelsaktiva insgesamt	1.471.955	1.060.887
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:		
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	94.726	211.142
Forderungen aus Wertpapierleihen	29.079	69.830
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	18.739	21.522
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	9.312	14.630
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	151.856	317.124
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.623.811	1.378.011

1 Einschließlich handelbarer Kredite in Höhe von 31.421 Mio € zum 31.12.2008 (2007: 102.093 Mio €).

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Handelspassiva:		
Wertpapiere	56.967	106.225
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1.181.617	512.436
Sonstige Handelspassiva	11.201	830
Handelspassiva insgesamt	1.249.785	619.491
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:		
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	52.633	184.943
Kreditzusagen	2.352	526
Langfristige Verbindlichkeiten	18.439	52.327
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	4.579	3.002
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt	78.003	240.798
Investmentverträge ¹	5.977	9.796
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	1.333.765	870.085

1 Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem Fair Value. Siehe Note [40] für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

Zum Fair Value klassifizierte Kredite und Kreditzusagen

Der Konzern hat unterschiedliche Kreditbeziehungen zum Fair Value klassifiziert. Die Kreditbeziehungen umfassen in Anspruch genommene Kredite und nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Verpflichtungen aus Kreditzusagen. Das maximale Kreditrisiko eines in Anspruch genommenen Kredits entspricht seinem Fair Value. Das maximale Kreditrisiko des Konzerns aus in Anspruch genommenen Krediten und Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihen belief sich zum 31. Dezember 2008 auf 143 Mrd € (2007: 302 Mrd €). Nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Verpflichtungen aus Kreditzusagen können ebenfalls zu einem Kreditrisiko führen.

Das in den zum Fair Value klassifizierten Kreditbeziehungen enthaltene Kreditrisiko wird auf vielerlei Weise gemindert, unter anderem durch den Erwerb von Credit Default Swaps als Kreditsicherungsinstrumente, das Halten von Kreditsicherheiten oder die Emission von Verpflichtungen, die mit dem Kreditrisiko in Verbindung stehen. Das in Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihen enthaltene Kreditrisiko wird durch das Halten von Sicherheiten gemindert.

Zur Reduzierung des Kreditrisikos aus in Anspruch genommenen Krediten und nicht in Anspruch genommenen unwiderruflichen Verpflichtungen aus Kreditzusagen, die zum Fair Value klassifiziert wurden, erwarb der Konzern Credit Default Swaps für Kreditbeziehungen mit einem Nominalwert von 50,5 Mrd € zum 31. Dezember 2008 (2007: 46,8 Mrd €). Der Nominalwert von Kreditderivaten, die zur Reduzierung des Kreditrisikos von in Anspruch genommenen Krediten und nicht in Anspruch genommenen unwiderruflichen Kreditzusagen eingesetzt und die zum Fair Value klassifiziert wurden, betrug zum 31. Dezember 2008 36,5 Mrd € (2007: 28,1 Mrd €).

Die folgende Tabelle zeigt die der Änderung des Kreditrisikos zurechenbare Veränderung im Fair Value.

in Mio €	31.12.2008		31.12.2007	
	Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Kreditzusagen	Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Kreditzusagen
Veränderung im Fair Value von Forderungen aus dem Kreditgeschäft und Kreditzusagen aufgrund von Kreditrisiken				
Kumulative Veränderung im Fair Value	- 870	- 2.731	- 99	- 332
Fair-Value-Änderung in 2008/2007	- 815	- 2.558	- 111	- 372
Veränderung im Fair Value der Kreditderivate, die zur Senkung von Kreditrisiken benutzt werden				
Kumulative Veränderung im Fair Value	844	2.674	64	213
Fair-Value-Änderung in 2008/2007	784	2.482	80	269

Die Fair-Value-Änderung der Kredite und Kreditzusagen, die aus der Änderung des Kontrahentenrisikos resultiert, wird als der nicht auf Veränderungen von Marktrisikobedingungen zurückgehende Anteil der Fair-Value-Änderung bestimmt. Für besicherte Kredite einschließlich Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen dient die erhaltene Kreditsicherheit einer Reduzierung des in diesen Geschäften enthaltenen Kontrahentenrisikos. Die Fair-Value-Änderung, die sich aus dem in den Reverse Repos enthaltenen Kontrahentenrisiko ergab, war aufgrund der erhaltenen Kreditsicherheit unwesentlich.

Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen

Der Fair Value einer finanziellen Verpflichtung berücksichtigt das Kreditrisiko dieser finanziellen Verpflichtung. Die folgende Tabelle zeigt die auf das Kreditrisiko zurückzuführenden Fair-Value-Änderungen von zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen.

in Mio €	31.12.2008		31.12.2007	
	Von operativen Einheiten begebene Verpflichtungen	Von konsolidierten SPEs begebene Verpflichtungen	Von operativen Einheiten begebene Verpflichtungen	Von konsolidierten SPEs begebene Verpflichtungen
Kumulative Veränderung im Fair Value	364	4.821	18	3.589
Fair-Value-Änderung in 2008/2007	349	4.342	18	3.582

Wie in Note [3] beschrieben, begibt der Konzern durch seine operativen Filialen und Tochtergesellschaften strukturierte Schuldverschreibungen und erhält strukturierte Einlagen (von operativen Einheiten begebene Verpflichtungen). Daneben begibt er strukturierte Schuldverschreibungen über SPEs (von konsolidierten SPEs begebene Verpflichtungen).

Der Fair Value der von operativen Einheiten begebenen Verpflichtungen berücksichtigt das Kreditrisiko des Konzerns. Wenn ein solches Instrument einen auf einem aktiven Markt notierten Preis hat, ist die auf das Kreditrisiko zurückzuführende Veränderung des Fair Value jener Teil der Fair-Value-Änderung, der nicht aus Veränderungen von Marktrisikobedingungen resultiert. Hat ein solches Instrument keinen auf einem aktiven Markt notierten Preis, wird der Fair Value mithilfe einer Bewertungsmethode bestimmt. Eine solche Bewertungsmethode berücksichtigt das Kreditrisiko durch eine Diskontierung der vertraglich festgelegten Zahlungsströme der Verbindlichkeit auf Basis einer risikoadjustierten Zinskurve, die das Zinsniveau abbildet, zu dem der Konzern am Bilanzstichtag ähnliche Instrumente begeben könnte.

Fair-Value-Änderungen wegen der Kreditrisikoänderungen auf Verpflichtungen, die von konsolidierten SPEs begeben wurden, sind nicht abhängig vom Kreditrisiko des Konzerns, sondern von dem der rechtlich eigenständigen SPE. Das Kreditrisiko der rechtlich eigenständigen SPE ist wiederum von den Sicherheiten, die dieser zur Verfügung stehen, beeinflusst. Die auf das Kreditrisiko zurückzuführende Veränderung des Fair Value ist der Gewinn oder Verlust, der nicht aus Veränderungen von Marktrisikobedingungen resultiert. Gewinne aus den Verpflichtungen werden weitestgehend durch Verluste aufgrund einer Erhöhung der Credit Spreads auf die Aktiva der SPEs kompensiert.

Für besicherte Verpflichtungen wie Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) dient die hinterlegte Sicherheit einer Reduzierung des in diesen Geschäften enthaltenen Kontrahentenrisikos des Konzerns. Die Fair-Value-Änderung, die sich aus dem in den Repos enthaltenen Kreditrisiko des Konzerns ergab, war aufgrund der hinterlegten Sicherheit unwesentlich.

Das in den nicht in Anspruch genommenen unwiderruflichen Kreditzusagen enthaltene Kreditrisiko entspricht in erster Linie dem Kontrahentenrisiko. Die Fair-Value-Änderung, die dem Kontrahentenrisiko zurechenbar ist, das in nicht in Anspruch genommenen unwiderruflichen Kreditzusagen enthalten war, wurde mit dem Kontrahentenrisiko, das in den in Anspruch genommenen Krediten enthalten war, offengelegt.

Für sämtliche zum Fair Value klassifizierten finanziellen Verpflichtungen lag der bei Fälligkeit vom Konzern zu zahlende vertragliche Rückzahlungsbetrag um 33,7 Mrd € über dem Bilanzwert zum 31. Dezember 2008 (2007: 39,1 Mrd €). Der bei Fälligkeit zu zahlende vertragliche Rückzahlungsbetrag entspricht dem Betrag, den der Konzern zum frühestmöglichen vertraglichen Fälligkeitstermin zurückzahlen muss. Ist der Rückzahlungsbetrag nicht festgelegt, wird der vom Konzern laut Vertrag zurückzuzahlende Betrag unter Verweis auf die am Bilanzstichtag bestehenden Bedingungen bestimmt.

Für zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen bezog sich der größte Teil der Differenz zwischen dem Fair Value und den vertraglichen Cashflows bei Fälligkeit auf nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen, bei denen für den vertraglichen Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit eine volle Inanspruchnahme der Kreditzusage unterstellt wird. Die Differenz zwischen dem Fair Value und dem vertraglichen Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit, ohne Berücksichtigung der zum Fair Value klassifizierten nicht in Anspruch genommenen Kreditzusagen, betrug zum 31. Dezember 2008 1,4 Mrd € (2007: 5,3 Mrd €).

[10] Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“

Im Einklang mit den Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“ hat der Konzern bestimmte Handelsaktiva und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte in die Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgegliedert. Als für eine Umgliederung infrage kommend hat der Konzern jene Vermögenswerte identifiziert, bei denen zum Zeitpunkt der Umklassifizierung eindeutig keine kurzfristige Verkaufs- oder Handelsabsicht mehr bestand, sondern die stattdessen auf absehbare Zeit im Bestand gehalten werden sollen. Im Folgenden werden die Auswirkungen der Umklassifizierungen für den Konzern im Detail dargestellt.

Im dritten Quartal 2008 erfolgten die Umgliederungen mit Wirkung zum 1. Juli 2008 zu dem an diesem Stichtag ermittelten Fair Value. Während der Erstellung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 2008 wurden Anpassungen der im Zwischenbericht zum 30. September 2008 veröffentlichten umgegliederten Vermögenswerte vorgenommen, um immaterielle Fehler zu korrigieren. Die folgenden Angaben wurden um diese Sachverhalte angepasst.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Buchwerte und Fair Values der zum 1. Juli 2008 umklassifizierten Vermögenswerte.

in Mio €	1.7.2008	31.12.2008	
	Buchwert	Buchwert	Fair Value
Handelsaktiva umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	12.677	12.865	11.059
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	11.354	10.787	8.628
Summe der finanziellen Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert wurden	24.031	23.652	19.687

Zum 1. Juli 2008 lagen die Effektivzinssätze der umklassifizierten Handelsaktiva zwischen 4,2 % und 8,3 % mit erwarteten erzielbaren Cashflows von 20,7 Mrd €. Die Effektivzinssätze der zum 1. Juli 2008 umklassifizierten zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerte lagen zwischen 3,9 % und 9,9 % mit erwarteten erzielbaren Cashflows von 17,6 Mrd €. Die Bandbreite der Effektivzinssätze wurde auf Basis der gewichteten Durchschnittssätze pro Geschäftsbereich ermittelt.

Im vierten Quartal 2008 wurden weitere Umgliederungen zu dem am jeweiligen Umbuchungsstichtag ermittelten Fair Value vorgenommen. Die folgende Tabelle zeigt Buchwert und Fair Value der im vierten Quartal 2008 umgegliederten Vermögenswerte.

in Mio €	Zeitpunkt der Reklassifizierung	31.12.2008	
	Buchwert	Buchwert	Fair Value
Handelsaktiva umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	10.956	10.772	9.658

Die Effektivzinssätze der im vierten Quartal umgegliederten Handelsaktiva lagen zwischen 2,8 % und 13,1 % mit erwarteten erzielbaren Cashflows von 15,2 Mrd €. Die Bandbreite der Effektivzinssätze wurde auf Basis der gewichteten Durchschnittssätze pro Geschäftsbereich ermittelt.

Wäre die Umgliederung nicht vorgenommen worden, hätte die Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung 2008 unrealisierte Fair-Value-Verluste in Höhe von 3,2 Mrd € aus nunmehr umklassifizierten Handelsaktiva und zusätzliche Wertminderungsverluste in Höhe von 209 Mio € aus bereits wertgeminderten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten beinhaltet. Darüber hinaus wären in 2008 unrealisierte Fair-Value-Verluste in Höhe von 1,8 Mrd € aus umklassifizierten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen keine Wertminderung vorlag, entstanden. Diese wären direkt im Eigenkapital in der Position Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste ausgewiesen worden.

Nach Umgliederung haben die umklassifizierten finanziellen Vermögenswerte zu dem Ergebnis vor Steuern in 2008 wie folgt beigetragen.

in Mio €	2008
Zinserträge	659
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 166
Ergebnis vor Steuern aus umklassifizierten Handelsaktiva	493
Zinserträge	258
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 91
Ergebnis vor Steuern aus umklassifizierten zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten	167

Vor der Umgliederung in 2008 wurden in der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung 2008 unrealisierte Fair-Value-Verluste in Höhe von 1,8 Mrd € aus jetzt umklassifizierten Handelsaktiva und Wertminderungsverluste in Höhe von 174 Mio € aus von nun an umklassifizierten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen. Darüber hinaus ergaben sich in 2008 unrealisierte Fair-Value-Verluste von 736 Mio € aus umklassifizierten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, die vor der Umgliederung der Vermögenswerte direkt im Eigenkapital ausgewiesen wurden. Sie entstanden im Zusammenhang mit zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen keine Wertminderung vorlag.

In 2007 wurden in der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung unrealisierte Fair-Value-Verluste in Höhe von 613 Mio € aus nunmehr umklassifizierten Handelsaktiva und keine Wertminderungsverluste aus jetzt umklassifizierten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen. Darüber hinaus wurden in 2007 unrealisierte Fair-Value-Verluste in Höhe von 275 Mio € aus umklassifizierten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen keine Wertminderung vorlag, direkt im Eigenkapital ausgewiesen.

Die unrealisierten Fair-Value-Verluste, die zu den jeweiligen Umbuchungstichtagen direkt im Eigenkapital ausgewiesen waren, beliefen sich auf 1,1 Mrd €. Dieser Betrag wird aus der Eigenkapitalposition unter Anwendung der Effektivzinsmethode aufgelöst und ergebniswirksam in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Sollte ein umklassifizierter Vermögenswert zukünftig einer Wertminderung unterliegen, wird der auf diesen Vermögenswert entfallende direkt im Eigenkapital ausgewiesene Betrag zum Zeitpunkt der Wertminderung aufgelöst und ergebniswirksam in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst.

[11] Zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente

Bewertungsmethoden und Kontrolle

Der Konzern verfügt über ein etabliertes Kontrollsystem im Rahmen des Bewertungsprozesses, welches interne Kontrollstandards, -methoden und -verfahren enthält.

In aktiven Märkten notierte Preise: Der Fair Value von in aktiven Märkten notierten Finanzinstrumenten wird auf Grundlage von Preisnotierungen ermittelt, sofern diese im Rahmen von regelmäßigen und aktuellen Transaktionen verwendete Preise darstellen.

Bewertungsverfahren: Der Konzern verwendet Bewertungsverfahren für die Ermittlung des Fair Value von Finanzinstrumenten, sofern keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind. Zu den für die Bewertung von Finanzinstrumenten verwendeten Verfahren gehören Modellierungstechniken, die Anwendung indikativer Preisangaben für ähnliche Instrumente, Preisangaben aus weniger aktuellen und regelmäßigen Transaktionen sowie Kursgebote von Brokern.

Für einige Finanzinstrumente liegt statt eines Preises eine Kursnotierung oder ein sonstiger notierter Parameter vor. In solchen Fällen wird für die Ermittlung des Fair Value der Marktkurs oder Parameter als Eingangsgröße in einem Bewertungsmodell verwendet. Für einige Finanzinstrumente werden branchenübliche Modellierungstechniken wie die Discounted-Cashflow-Analyse und gängige Optionspreismodelle wie das Black-Scholes-Modell verwendet. Diese Modelle sind abhängig von geschätzten zukünftigen Cashflows, Diskontierungsfaktoren und der Volatilität. Für komplexere oder einzigartige Finanzinstrumente werden differenziertere Modellierungstechniken, Annahmen und Parameter, einschließlich Korrelationen, Annahmen über vorzeitige Tilgungsgeschwindigkeiten, Ausfallraten und die Höhe der Verluste, benötigt.

Häufig müssen in Bewertungsmodellen mehrere Eingangsparameter verwendet werden. Soweit möglich, basieren diese auf beobachtbaren Informationen, die aus den Preisen relevanter, in aktiven Märkten gehandelter Finanzinstrumente abgeleitet werden. Sind für die Eingangsparameter keine beobachtbaren Informationen verfügbar, werden andere Marktinformationen berücksichtigt. Beispielsweise werden Eingangsparameter durch indikative Kursgebote von Brokern und Konsenspreisangaben gestützt, sofern diese Informationen zur Verfügung stehen. Sind keine beobachtbaren Informationen verfügbar, basieren die Eingangsparameter auf anderen relevanten Informationsquellen wie Preisen für ähnliche Transaktionen, historischen Daten sowie wirtschaftlichen Eckdaten, die entsprechend angepasst werden, um die Ausgestaltung des tatsächlich zu bewertenden Finanzinstruments und die derzeitigen Marktbedingungen zu reflektieren.

Wertanpassungen: Wertanpassungen sind ein integraler Bestandteil des Bewertungsprozesses. Für die Ermittlung angemessener Wertanpassungen wendet der Konzern Verfahren an, die Faktoren wie Geld-/Briefspannen, Liquidität und Kontrahentenrisiko berücksichtigen.

Wertanpassungen bezüglich der Geld-/Briefspanne sind erforderlich, um auf Mittelkursen basierende Bewertungen der entsprechenden Geld-/Briefbewertung anzupassen. Die Geld-/Briefbewertung stellt den Fair Value für ein Finanzinstrument am besten dar und entspricht daher dessen Fair Value. Der Buchwert einer Kaufposition wird vom Mittel dem Geldkurs und der Buchwert einer Verkaufposition vom Mittel dem Briefkurs angepasst. Die Geld-/Brief-

kursanpassung wird von den Geld-/Briefkursen, die in der relevanten Handelsaktivität beobachtet werden, und von Kursgeboten sonstiger Broker/Dealer oder sonstiger sachverständiger Kontrahenten abgeleitet. Entspricht der notierte Preis für das Finanzinstrument bereits dem Geld-/Briefkurs, ist keine Geld-/Briefanpassung erforderlich. Sofern der Fair Value eines Finanzinstruments aus einer Modellierungstechnik abgeleitet wird, basieren die in diesem Modell verwendeten Parameter in der Regel auf einem Mittelkurs. Solche Finanzinstrumente werden generell auf Portfolio-basis gesteuert und Wertanpassungen werden vorgenommen, um die Kosten der Schließung der Nettorisikoposition der Bank bezüglich der einzelnen Eingangsparameter abzubilden. Diese Wertanpassungen werden aus den Geld-/Briefkursen, die in relevanten Handelsaktivitäten beobachtet werden, und aus Kursgeboten sonstiger Broker/Dealer bestimmt.

Wertanpassungen bezüglich der Liquidität substantieller Positionen sind angemessen, wenn die Position in Relation zur Marktgröße so groß ist, dass eine Liquidierung zum Geld-/Briefkurs innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens nicht möglich ist. Diese Anpassungen reflektieren die breitere Geld-/Briefspanne, die für die Ableitung des Fair Value großer Positionen angemessen ist. Sie entsprechen nicht den Werten, die zu einer „Fire-Sale“-Bewertung führen würden. Wertanpassungen bezüglich der Liquidität substantieller Positionen werden nicht für Finanzinstrumente vorgenommen, die in aktiven Märkten gehandelt werden.

Wertanpassungen bezüglich Kontrahentenrisiken sind erforderlich, um die erwarteten Kreditverluste zu berücksichtigen, soweit ein solcher Faktor im Geld-/Briefkurs nicht bereits enthalten ist. So wird beispielsweise eine Wertanpassung erforderlich, um die erwarteten Kreditverluste für OTC-Derivate abzudecken, welche in der Regel nicht in Mittelkursen oder Geld-/Briefkursen reflektiert sind. Der Betrag der Wertanpassung wird an jedem Bilanzstichtag durch die Bewertung des potenziellen Kreditrisikos gegenüber allen Kontrahenten unter Berücksichtigung von gehaltenen Sicherheiten, des Effekts von Nettingrahmenverträgen, des erwarteten Ausfallrisikos („Loss Given Default“) und des Kreditrisikos für jeden Kontrahenten auf der Grundlage historischer Ausfälle bestimmt.

In ähnlicher Weise berücksichtigt der Konzern für die Ermittlung des Fair Value von derivativen Verpflichtungen die eigene Bonität, indem das potenzielle künftige Risiko aller Kontrahenten gegenüber dem Konzern bewertet wird. Dabei werden gehaltene Sicherheiten, der Effekt von Nettingrahmenverträgen, die erwarteten Ausfallrisiken und das Kreditrisiko des Konzerns auf der Grundlage historischer Ausfälle von Gesellschaften mit vergleichbarer Bonität berücksichtigt. Infolge dieser Wertanpassung wurde im Geschäftsjahr 2008 ein unwesentlicher Gewinn ausgewiesen.

Bestehen Unsicherheiten bei den im Rahmen einer Modellierungstechnik verwendeten Annahmen, wird eine zusätzliche Anpassung vorgenommen, um den erwarteten Marktpreis des Finanzinstruments besser darzustellen. Sofern ein Finanzinstrument Bestandteil einer Gruppe von Transaktionen ist, deren Risikosteuerung auf Portfoliobasis erfolgt, die Transaktion selbst jedoch so komplex ist, dass die Kosten der Schließung für diese Transaktion höher wären als die entsprechenden Kosten für die dazugehörigen Einzelrisiken, wird eine zusätzliche Anpassung vorgenommen, um diesen Umstand zu berücksichtigen.

Validierung und Kontrolle: Ein unabhängiges Spezialistenteam im Bereich Finance hat die Aufgabe, das Kontrollsystem für Bewertungen zu überwachen und weiterzuentwickeln sowie die entsprechenden Prozesse zu steuern. Dieses Spezialistenteam ist unter anderem damit betraut, Bewertungskontrollprozesse für das Geschäft mit komplexen Derivaten durchzuführen sowie die Bewertungskontrollmethoden und das Rahmenwerk der Bewertungsrichtlinien kontinuierlich weiterzuentwickeln. Die Ergebnisse des Bewertungskontrollprozesses werden im Rahmen des monat-

lichen Berichtszyklus zusammengestellt und analysiert. Abweichungen, die vordefinierte und genehmigte Toleranzgrenzen überschreiten, werden sowohl innerhalb des Bereichs Finance als auch mit den Führungskräften der jeweiligen Geschäftsbereiche eskaliert, um diese zu überprüfen beziehungsweise zu klären und gegebenenfalls Anpassungen zu veranlassen.

Für Finanzinstrumente, deren Fair Value anhand von Bewertungsmodellen ermittelt wird, werden die im Rahmen des Modells verwendeten Annahmen und Verfahren durch ein unabhängiges Spezialistenteam, das dem Bereich Risikomanagement des Konzerns angehört, validiert.

Kurs- und Preisangaben für Transaktionen stammen aus einer Reihe von Drittquellen einschließlich Börsen, Pricing-Service-Anbietern, verbindlichen Kursangaben von Brokern sowie Konsens-Pricing-Services. Die Preisquellen werden geprüft und bewertet, um die Qualität der Fair-Value-Informationen zu beurteilen. Die Ergebnisse werden mit tatsächlichen Transaktionen am Markt verglichen, um eine Kalibrierung der Modellbewertungen anhand von Marktpreisen sicherzustellen.

Die in Bewertungsmodellen verwendeten Eingangspreise- und -parameter, Annahmen sowie Wertanpassungen werden anhand unabhängiger Quellen verifiziert. Ist eine solche Verifizierung aufgrund fehlender beobachtbarer Daten nicht möglich, werden Verfahren angewendet, um die Angemessenheit des Fair-Value-Schätzwerts zu überprüfen. Zu diesen Verfahren gehören die Durchführung einer Neubewertung mithilfe unabhängig entwickelter Modelle, die Prüfung der Bewertungsergebnisse anhand geeigneter vergleichbarer Instrumente und sonstiger Richtgrößen sowie die Anwendung von Extrapolationsverfahren. Durch die Kalibrierung der Ergebnisse der Bewertungsmodelle anhand von Markttransaktionen wird eingeschätzt, ob die Bewertungsmodelle eine Fair-Value-Bestimmung ermöglichen, die Marktpreisen entspricht.

Einschätzung durch das Management: Bei der Ermittlung des Fair Value sind Einschätzungen durch das Management erforderlich. Die Bereiche, für die Managemententscheidungen in signifikantem Umfang erforderlich sind, werden identifiziert, dokumentiert und im Rahmen von Bewertungskontrollen und des monatlichen Berichtszyklus an das Senior Management gemeldet. Die für die Modellvalidierung und Bewertung verantwortlichen Spezialistenteams befassen sich vor allem mit Subjektivitäts- und Einschätzungsfragen.

Für die Ermittlung des Fair Value von Finanzinstrumenten, deren Preise in einem aktiven Markt notieren, sind nur in geringem Umfang Einschätzungen des Managements erforderlich. In ähnlicher Weise bedarf es nur weniger subjektiver Bewertungen beziehungsweise Einschätzungen für Finanzinstrumente, die mit branchenüblichen Modellen bewertet werden und deren sämtliche Eingangsparameter in aktiven Märkten notiert sind.

Das erforderliche Maß an subjektiver Bewertung und Einschätzungen durch das Management hat für diejenigen Finanzinstrumente ein höheres Gewicht, die anhand spezieller und komplexer Modelle bewertet werden und bei denen einige oder alle Eingangsparameter nicht beobachtbar sind. Die Auswahl und Anwendung angemessener Parameter, Annahmen und Modellierungstechniken bedürfen einer Beurteilung durch das Management. Insbesondere wenn Daten aus selten vorkommenden Markttransaktionen stammen, müssen Extra- und Interpolationsverfahren angewandt werden. Sind darüber hinaus keine Marktdaten vorhanden, werden die Parameter durch Untersuchung anderer relevanter Informationsquellen bestimmt wie historische Daten, Fundamentalanalyse der wirtschaftlichen Eckdaten der Transaktion und Informationen aus vergleichbaren Transaktionen. Dazu werden angemessene Anpassungen

vorgenommen, um das tatsächlich zu bewertende Finanzinstrument sowie die aktuellen Marktbedingungen zu reflektieren. Führen unterschiedliche Bewertungsmodelle zu einer Bandbreite von verschiedenen potenziellen Fair Values für ein Finanzinstrument, muss das Management entscheiden, welcher dieser Schätzwerte innerhalb der Bandbreite den Fair Value am besten widerspiegelt. Ferner können bestimmte Wertanpassungen Einschätzungen des Managements erfordern, um die Ermittlung des Fair Value sicherzustellen.

Fair-Value-Hierarchie

Die zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente wurden den drei Fair-Value-Kategorien gemäß der IFRS-Fair-Value-Hierarchie zugeordnet.

Notierte Preise in aktiven Märkten (Level 1): Diese Kategorie enthält an wichtigen Börsen notierte Eigenkapitaltitel, Unternehmensschuldtitel, G-7-Staatsanleihen und börsengehandelte Derivate. Der Fair Value von in aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten wird auf der Grundlage notierter Preise ermittelt, sofern diese die im Rahmen von regelmäßig stattfindenden und aktuellen Transaktionen verwendeten Preise darstellen.

Bewertungsverfahren mittels beobachtbarer Parameter (Level 2): Diese Kategorie beinhaltet die Mehrzahl der OTC-Derivatekontrakte, gehaltenen Unternehmensanleihen, Forderungen/Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihen, handelbaren Kredite sowie emittierten strukturierten zum Fair Value klassifizierten Schuldtitel des Konzerns.

Bewertungsverfahren mittels wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter (Level 3): Die Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen Eingangsparameter auf, die nicht beobachtbar sind und einen mehr als unwesentlichen Effekt auf den Fair Value eines Instruments oder auf die daraus erzielten Gewinne und Verluste haben. Diese Kategorie enthält komplexere OTC-Derivate, bestimmte Private Equity Investments, illiquide Kredite sowie bestimmte hochgradig strukturierte Anleihen einschließlich illiquider Asset-backed Securities und strukturierter Verbriefungen, die nicht beobachtbare Komponenten enthalten.

Die folgende Tabelle zeigt den Buchwert der zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente, aufgeteilt auf die drei Kategorien der Fair-Value-Hierarchie. Die Beträge in dieser Tabelle werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit den in Note [1] dargestellten Rechnungslegungsgrundsätzen zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

in Mio €	31.12.2008			31.12.2007		
	In aktiven Märkten notierte Preise	Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode	In aktiven Märkten notierte Preise	Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte:						
Wertpapiere des Handelsbestands	72.240	115.486	17.268	204.247	225.203	20.234
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	36.062	1.139.639	48.792	21.401	467.068	18.498
Sonstige Handelsaktiva	348	28.560	13.560	1.055	62.613	40.568
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	8.630	137.421	5.805	13.684	297.423	6.017
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	11.911	11.474	1.450	13.389	26.376	2.529
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ¹	–	9.691	788	560	1.667	– 5
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	129.191	1.442.271	87.663	254.336	1.080.350	87.841
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen:						
Wertpapiere des Handelsbestands	38.921	17.380	666	100.630	4.976	619
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	38.380	1.114.499	28.738	24.723	471.171	16.542
Sonstige Handelspassiva	–	11.027	174	21	300	509
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	708	71.265	6.030	1.454	233.944	5.400
Investmentverträge ²	–	5.977	–	–	9.796	–
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen ¹	–	5.513	– 1.249	–	3.763	– 3
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	78.009	1.225.661	34.359	126.828	723.950	23.067

¹ Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag nicht zum Fair Value bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird, werden unter sonstigen zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. Die getrennt ausgewiesenen eingebetteten Derivate können sowohl positive als auch negative Marktwerte aufweisen, werden aber in obiger Tabelle in der Fair-Value-Kategorie des Basisvertrags ausgewiesen. Zum Zweck dieser Angabe wird das getrennt ausgewiesene eingebettete Derivat auf verschiedene Fair-Value-Kategorien aufgeteilt.

² Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem Fair Value. Siehe Note [40] für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

Bewertungsverfahren

Der Konzern verwendet Bewertungsverfahren für die Ermittlung des Fair Value von Finanzinstrumenten, sofern keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind. Nachstehend folgt eine Erläuterung der Bewertungsmethoden, die zur Ermittlung des Fair Value der wesentlichen Arten von Finanzinstrumenten eingesetzt werden.

Festverzinsliche Wertpapiere von staatlichen und quasistaatlichen Emittenten und Unternehmen sowie Eigenkapitaltitel: Sofern es keine in jüngster Zeit durchgeführten Transaktionen gibt, kann der Fair Value auf Basis des letzten Marktpreises, bereinigt um alle seither erfolgten Risiko- und Informationsänderungen, ermittelt werden. Werden auf einem aktiven Markt vergleichbare Instrumente notiert, wird der Fair Value durch Anpassung des Vergleichswerts an die jeweiligen Differenzen in den Risikoprofilen dieser Instrumente bestimmt. Sind keine vergleichbaren Werte verfügbar, wird der Fair Value anhand komplexerer Modellierungstechniken bestimmt. Diese Techniken umfassen Discounted-Cashflow-Modelle, die die aktuellen Marktkonditionen für Kredit-, Zins-, Liquiditäts- und sonstige Risiken berücksichtigen. Bei Modellierungstechniken für Eigenkapitaltitel können auch Ertragsmultiplikatoren eingesetzt werden. Bei einigen illiquiden Wertpapieren werden mehrere Bewertungsmethoden angewandt und es wird eine Entscheidung darüber getroffen, welcher Wert innerhalb der daraus resultierenden Bandbreite von Schätzwerten den Fair Value am besten abbildet.

Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere („ABS“): Zu diesen Instrumenten gehören durch private und gewerbliche Immobilien besicherte Wertpapiere und sonstige Asset-backed Securities einschließlich Collateralized Debt Obligations („CDO“). Asset-backed Securities weisen besondere Merkmale auf, da sie mit unterschiedlichen zugrunde liegenden Vermögenswerten besichert sind und die Kapitalstruktur der Emittenten variiert. Die Komplexität steigt weiter, wenn die zugrunde liegenden Vermögenswerte selbst Asset-backed Securities sind, wie dies beispielsweise bei vielen CDO-Instrumenten der Fall ist.

Wenn es keine zuverlässigen externen Preisermittlungen gibt, werden Asset-backed Securities entweder anhand einer Relative-Value-Analyse auf der Grundlage ähnlicher am Markt beobachtbarer Transaktionen oder anhand branchenüblicher Modelle unter Berücksichtigung verfügbarer beobachtbarer Daten bewertet. Bei externen, zum Branchenstandard gehörenden Modellen werden Zins- und Tilgungszahlungen im Rahmen einer Transaktion auf der Grundlage von Annahmen berechnet, die unabhängigen Preistests unterzogen wurden. Die Eingangsparameter beinhalten Annahmen über vorzeitige Tilgungen, Verlustannahmen (Zeitpunkt und Verlustgröße) und einen Diskontierungszinssatz (Spread, Rendite oder Diskontierungsmarge). Diese Eingangsgrößen/Annahmen basieren auf tatsächlichen Transaktionen, externen Marktanalysen und gegebenenfalls Marktindizes.

Kredite: Bei bestimmten Krediten kann der Fair Value anhand des Marktpreises einer erst kürzlich erfolgten Transaktion unter Einbeziehung sämtlicher Risiko- und Informationsveränderungen seit dem Transaktionsdatum ermittelt werden. Sofern keine erst vor Kurzem durchgeführten Transaktionen vorliegen, wird der Fair Value anhand von Kursangaben von Brokern, Konsenspreisfeststellungen, vergleichbaren Instrumenten oder mithilfe von Discounted-Cashflow-Modellen bestimmt. In den Discounted-Cashflow-Modellen werden je nach Angemessenheit Eingangsparameter für Kreditrisiken, Zinsrisiken, Währungsrisiken, geschätzte Ausfallverluste und die bei Ausfällen ausgenutzten Beträge verwendet. Die Parameter Kreditrisiko, geschätzte Ausfallverluste und Ausnutzung zum Zeitpunkt des Ausfalls werden, sofern verfügbar, anhand von Informationen über die betreffenden Kredit- oder CDS-Märkte ermittelt.

Leveraged-Finance-Kredite zeichnen sich durch transaktionsspezifische Merkmale aus. Gibt es vergleichbare Transaktionen, für die beobachtbare Parameter externer Pricing Services vorliegen, werden diese Informationen entsprechend den Transaktionsunterschieden angepasst. Gibt es keine vergleichbaren Transaktionen, wird eine Discounted-Cashflow-Bewertungsmethode angewandt, bei der die Credit Spreads aus dem entsprechenden Index für Leveraged-Finance-Kredite abgeleitet werden. Dabei werden die Branchenklassifizierung, die Nachrangigkeit des Kredits sowie sonstige relevante Informationen über den Kredit und den jeweiligen Kontrahenten berücksichtigt.

Over-The-Counter(OTC)-Derivative Finanzinstrumente: Transaktionen, die dem Marktstandard entsprechen und an liquiden Märkten gehandelt werden – wie Zinsswaps, Devisentermingeschäfte und Optionskontrakte in G-7-Währungen – sowie Aktienswaps und Optionskontrakte auf börsennotierte Wertpapiere oder Indizes werden anhand von branchenüblichen Standardmodellen und notierten Eingangsparametern bewertet. Die Eingangsparameter werden, soweit möglich, von Pricing Services oder Konsens-Pricing-Services eingeholt beziehungsweise aus kürzlich stattgefundenen Transaktionen an aktiven Märkten abgeleitet.

Für komplexere Finanzinstrumente werden differenziertere Modellierungstechniken verwendet, die für das Finanzinstrument spezifisch und anhand der Marktpreise kalibriert sind. Ist eine Kalibrierung des Bewertungsergebnisses anhand des Marktpreises nicht möglich, wird der ermittelte Wert berichtigt, um ihn dem Marktwert anzupassen. In weniger aktiven Märkten werden Informationen aus weniger häufig stattfindenden Markttransaktionen, Kursangaben von Brokern sowie Extra- und Interpolationsverfahren abgeleitet. Sind keine beobachtbaren Preise oder Eingangsgrößen vorhanden, werden diese durch Bewertung anderer relevanter Informationsquellen bestimmt, die historische Daten, die Fundamentalanalyse der wirtschaftlichen Eckdaten der Transaktion und vergleichbare Daten von ähnlichen Transaktionen beinhalten.

Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen unter der Fair Value Option: Der Fair Value der zum Fair Value klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die unter Anwendung der Fair Value Option in diese Kategorie klassifiziert wurden, enthält sämtliche Marktrisikofaktoren einschließlich des mit dieser finanziellen Verpflichtung in Verbindung stehenden Kreditrisikos des Konzerns. Zu den finanziellen Verpflichtungen gehören strukturierte Anleihen, strukturierte Einlagen und sonstige durch konsolidierte Gesellschaften emittierte strukturierte Wertpapiere, die unter Umständen nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden. Der Fair Value dieser finanziellen Verpflichtungen wird durch die Abzinsung der vertraglichen Cashflows mithilfe einer kreditrisikoadjustierten Zinsstrukturkurve ermittelt, die das Niveau widerspiegelt, auf dem der Konzern ähnliche Finanzinstrumente zum Bilanzstichtag begeben würde. Die Marktrisikoparameter werden entsprechend vergleichbaren Finanzinstrumenten bewertet, die als Vermögenswerte gehalten werden. So werden Derivate, die in die strukturierten Finanzinstrumente eingebettet sind, anhand der unter dem Abschnitt OTC-Derivative Finanzinstrumente erläuterten Bewertungsmethode bewertet.

Sind die zum Fair Value klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die unter der Fair Value Option klassifiziert wurden, wie beispielsweise Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos), besichert, wird die Verbesserung der Kreditqualität bei der Bestimmung des Fair Value der Verpflichtung berücksichtigt.

Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen: Der Konzern hält Vermögensgegenstände, die mit Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen im Zusammenhang stehen. Der Konzern ist vertraglich verpflichtet, diese Vermögensgegenstände zu nutzen, um den Verpflichtungen nachzukommen. Aus diesem Grund wird der Fair Value für die Verbindlichkeiten aus den Investmentverträgen, das heißt der Rückkaufwert der Verträge, durch den Fair Value der zugrunde liegenden Vermögensgegenstände bestimmt.

Analyse der Finanzinstrumente mit einem Fair Value, der mithilfe von Bewertungsmodellen ermittelt wurde, die wesentliche nicht beobachtbare Parameter enthalten (Level 3)

Die folgende Tabelle zeigt die Finanzinstrumente, die der dritten Kategorie zugeordnet wurden. Im Anschluss folgen eine Analyse und Erläuterung der entsprechend klassifizierten Finanzinstrumente. Zu einigen der Finanzinstrumente in der dritten Kategorie der Fair-Value-Hierarchie bestehen identische oder ähnliche kompensierende Positionen bezüglich der nicht beobachtbaren Parameter. Trotzdem ist es erforderlich, diese Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in der unten gezeigten Tabelle brutto aufzuführen.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands:		
Schuldtitel staatlicher und quasistaatlicher Emittenten	602	845
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	5.870	4.941
Unternehmensschuldinstrumente und andere Schuldtitel	10.669	14.066
Eigenkapitaltitel	127	382
Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere insgesamt	17.268	20.234
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	48.792	18.498
Sonstige Handelsaktiva	13.560	40.568
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:		
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	5.531	3.809
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	274	2.208
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	5.805	6.017
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	1.450	2.529
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	788	- 5
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	87.663	87.841
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen:		
Wertpapiere des Handelsbestands	666	619
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	28.738	16.542
Sonstige Handelspassiva	174	509
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:		
Kreditzusagen	2.195	516
Langfristige Verbindlichkeiten	1.488	2.476
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	2.347	2.408
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt	6.030	5.400
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	- 1.249	- 3
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	34.359	23.067

Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere: In dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie sind bestimmte illiquide Unternehmensanleihen aus Schwellenländern und illiquide strukturierte Unternehmensanleihen enthalten. Darüber hinaus werden hier bestimmte Bestände an Anleihen ausgewiesen, die von Verbriefungsgesellschaften emittiert wurden, sowie durch private und gewerbliche Immobilien besicherte Wertpapiere, Collateralized Debt Obligations („CDO“) und andere Asset-backed Securities.

Die insgesamt rückläufige Entwicklung des Fair Value der Wertpapiere, die in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie enthalten sind, ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Die sinkende Marktliquidität führte zu einem entsprechenden Rückgang der Fair Values der in dieser Kategorie ausgewiesenen Wertpapiere im Jahresverlauf 2008. Bestimmte Schuldinstrumente, die bisher in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie ausgewiesen waren und die der Definition der Forderungen aus dem Kreditgeschäft entsprachen, wurden gemäß den Vorschriften der im Oktober 2008 verabschiedeten Änderung von IAS 39 aus zu Handelszwecken gehalten in Forderungen aus dem Kredit-

geschäft umgegliedert. Demgegenüber hat die rückläufige Liquidität an den Finanzmärkten dazu geführt, dass einige bisher in der zweiten Kategorie der Fair-Value-Hierarchie klassifizierte Wertpapiere Ende 2008 in der dritten Kategorie ausgewiesen wurden, da deutlich weniger beobachtbare Informationen zur Verfügung standen. So fiel beispielsweise die Marktliquidität für durch private Wohnimmobilien besicherte Wertpapiere mit schlechterem Rating so deutlich, dass Ende 2008 die Bewertungstechniken zur Bestimmung des Fair Value dieser Wertpapiere signifikant von nicht beobachtbaren Parametern abhingen.

Positive und negative Marktwerte aus derivativen Instrumenten: Derivate, die dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie zugeordnet sind, werden auf der Basis eines oder mehrerer wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bewertet. Diese nicht beobachtbaren Parameter umfassen bestimmte Korrelationen, bestimmte langfristige Volatilitäten sowie bestimmte Raten für vorzeitige Tilgungen. Diese Parameter können auch bestimmte Kreditrisikoaufschläge („Credit Spreads“) und andere transaktionspezifische Faktoren enthalten.

In dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie sind die folgenden Derivate enthalten: kundenspezifische CDO-Derivate, deren zugrunde liegender Referenzpool aus Unternehmensvermögenswerten nicht mit regelmäßig gehandelten Indizes vergleichbar ist, bestimmte Tranchen von Indexkreditderivaten, bestimmte Optionen, deren Volatilität nicht beobachtbar ist, bestimmte Basketoptionen, in denen die Korrelationen zwischen den zugrunde liegenden Vermögenswerten nicht beobachtbar sind, langfristige Zinsoptionen und Fremdwährungsderivate, die sich auf mehrere Währungen beziehen, sowie bestimmte Credit Default Swaps, für die der Kreditrisikoaufschlag nicht beobachtbar ist.

Im Jahresverlauf 2008 kam es aufgrund der in der zweiten Jahreshälfte zu beobachtenden hohen Volatilität an den Kredit-, Aktien- und anderen Märkten zu einem deutlichen Anstieg der Marktwerte von derivativen Instrumenten. Die im Jahresverlauf beobachtbare zunehmende Illiquidität der Märkte für Instrumente wie CDO-Derivate führte dazu, dass einige dieser Instrumente von der zweiten in die dritte Kategorie der Fair-Value-Hierarchie umgegliedert wurden.

Andere zu Handelszwecken gehaltene Instrumente: Zu den anderen in der dritten Kategorie der Fair-Value-Hierarchie enthaltenen Handelsinstrumenten gehören in erster Linie handelbare Kredite, deren Wert anhand von Bewertungsmodellen auf der Basis eines oder mehrerer wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bestimmt wird. Die in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie enthaltenen Kredite umfassen illiquide Leveraged Loans und illiquide private und gewerbliche Hypothekendarlehen. Durch den Rückgang des Fair Value der Kredite, Verkäufe bestimmter Positionen und die Umwidmung bestimmter illiquider Leveraged Loans und gewerblicher Immobilienkredite aus zu Handelszwecken gehalten in Forderungen aus dem Kreditgeschäft infolge der im Oktober 2008 verabschiedeten Änderung des IAS 39 ist der Bestand im Jahresverlauf deutlich zurückgegangen. Dieser Rückgang wurde durch die Übertragung von Krediten in diese Kategorie der Fair-Value-Hierarchie teilweise ausgeglichen, da sich die Liquiditätssituation im Jahresverlauf 2008 weiter verschlechterte.

Zum Fair Value klassifizierte Vermögenswerte/Verpflichtungen: Bestimmte Unternehmenskredite und strukturierte Verbindlichkeiten, welche unter der Fair Value Option als zum Fair Value klassifiziert designiert wurden, sind in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie enthalten. Die Unternehmenskredite werden mithilfe von Bewertungstechniken bewertet, die beobachtbare Kreditrisikoaufschläge, Erlösquoten und nicht beobachtbare Ausnutzungsgrade berücksichtigen. Revolvierende Kreditzusagen werden der dritten Kategorie der Hierarchie zugewiesen, da der Ausnutzungsgrad bei einem Ausfall einen wesentlichen Parameter darstellt, der nicht beobachtbar ist.

Darüber hinaus enthalten bestimmte emittierte Hybridanleihen, die zum Fair Value klassifiziert wurden, eingebettete Derivate, die auf der Basis wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bewertet wurden. Diese nicht beobachtbaren Parameter umfassen die Korrelationen der Volatilitäten einzelner Aktien.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte: Nicht börsennotierte Eigenkapitalinstrumente werden in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie ausgewiesen, wenn es keine angemessenen Vergleichsinstrumente gibt und der Markt als sehr illiquide angesehen wird.

Sensitivitätsanalyse von nicht beobachtbaren Parametern

Basiert der Wert eines Finanzinstruments auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern, kann der genaue Wert dieser Parameter zum Bilanzstichtag aus einer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen ausgewählt werden. Im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses werden für diese nicht beobachtbaren Parameter angemessene Werte ausgewählt, die den herrschenden Marktgegebenheiten und dem oben ausgeführten Bewertungskontrollansatz des Konzerns entsprechen. Hätte der Konzern am 31. Dezember 2008 zur Bewertung der betreffenden Finanzinstrumente Parameterwerte zugrunde gelegt, die am äußeren Ende der Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen lagen und zu diesem Zeitpunkt verfügbar waren, hätte sich der ausgewiesene Fair Value um bis zu 4,9 Mrd € erhöht beziehungsweise um bis zu 4,7 Mrd € verringert. Zum 31. Dezember 2007 wäre der Fair Value um bis zu 3,0 Mrd € gestiegen beziehungsweise um bis zu 2,0 Mrd € gesunken. Um diese Auswirkungen zu berechnen, nutzt der Konzern einen Ansatz, der auf der zur Ermittlung von Wertanpassungen für Kosten der Schließung („Close-out-Kosten“) verwendeten Methode beruht. Die Wertanpassung für Kosten der Vertragsaufhebung basiert auf der Geld-/Briefspanne, die gezahlt werden muss, um eine gehaltene Position in Finanzinstrumenten oder eine Risikokomponente zu schließen, und spiegelt als solche Faktoren wie Illiquidität oder Unsicherheit am Markt wider. Der Anstieg der möglichen Auswirkungen auf den Fair Value am 31. Dezember 2008 gegenüber dem 31. Dezember 2007 entspricht der gestiegenen Illiquidität und Unsicherheit an den Märkten am Bilanzstichtag aufgrund der sich verschärfenden globalen Finanzkrise.

Die vorliegenden Angaben sollen die aus der relativen Unsicherheit in den Fair Values von Finanzinstrumenten resultierenden möglichen Auswirkungen darstellen, deren Bewertung auf nicht beobachtbaren Parametern basiert. Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass in der Praxis alle nicht beobachtbaren Parameter gleichzeitig am jeweils äußeren Ende ihrer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen liegen. Aus diesem Grund dürften die vorgenannten Schätzwerte bezüglich der Unsicherheitsfaktoren die tatsächlichen Unsicherheitsfaktoren bei der Ermittlung des Fair Value zum Bilanzstichtag übertreffen. Ferner sind die vorliegenden Angaben keine Vorhersage oder Indikation für künftige Fair-Value-Änderungen.

Für viele der hier berücksichtigten Finanzinstrumente, insbesondere für Derivate, stellen nicht beobachtbare Parameter lediglich eine Teilmenge der Parameter dar, die für die Preisermittlung des Finanzinstruments erforderlich sind. Bei der verbliebenen Teilmenge handelt es sich um beobachtbare Parameter. Daher dürfte der Gesamteffekt für diese Instrumente, der aus der Verschiebung der nicht beobachtbaren Parameter an das äußere Ende ihrer Bandbreite resultiert, im Vergleich zum gesamten Fair Value relativ gering ausfallen. Für andere Instrumente wird der Fair Value auf der Grundlage des Preises für das gesamte Instrument ermittelt. Dies erfolgt beispielsweise durch Anpassung des Fair Value eines angemessenen Vergleichsinstruments. Zusätzlich werden alle Finanzinstrumente bereits zu Fair Values bilanziert, welche Bewertungsanpassungen für die Kosten der Schließung beinhalten und daher bereits die Unsicherheitsfaktoren berücksichtigen, mit denen Marktpreise behaftet sind. Ein in den vorliegenden Angaben ermit-

telter negativer Effekt aus diesen Unsicherheitsfaktoren wird daher stets das Ausmaß der Auswirkungen übersteigen, das bereits für die Fair-Value-Berechnung im Konzernabschluss berücksichtigt wird.

Die nachfolgende Tabelle enthält eine Aufgliederung der Sensitivitätsanalyse nach Arten von Finanzinstrumenten. Gleicht sich eine aufgrund eines nicht beobachtbaren Parameters bestehende Risikoposition innerhalb verschiedener Instrumente aus, wird lediglich der Nettoeffekt in der Tabelle ausgewiesen.

in Mio €	31.12.2008		31.12.2007	
	Positive Fair-Value-Änderung durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Negative Fair-Value-Änderung durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Positive Fair-Value-Änderung durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Negative Fair-Value-Änderung durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen
Derivate				
Kreditderivate	3.606	3.731	1.954	1.290
Aktienderivate	226	105	207	103
Zinsderivate	40	31	9	5
Hybride Derivate	140	76	107	47
Sonstige	178	124	94	56
Wertpapiere				
Schuldtitle	162	152	89	75
Eigenkapitaltitle	8	2	52	18
Durch Grundpfandrechte und andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	243	243	98	97
Forderungen aus dem Kreditgeschäft				
Leveraged Loans	32	17	290	263
Gewerbliche Kredite	70	70	60	56
Handelbare Kredite	197	126	58	38
Insgesamt	4.902	4.677	3.018	2.048

Unrealisierte Gewinne und Verluste

Unrealisierte Gewinne und Verluste sind die Gewinne oder Verluste, die erfolgswirksam erfasst werden, für die aber noch keine Barmittel aufgrund einer Realisierung geflossen sind. Der unrealisierte Gewinn aus Finanzinstrumenten in der dritten Kategorie der Fair-Value-Hierarchie belief sich im Geschäftsjahr 2008 auf 5,1 Mrd € und im Geschäftsjahr 2007 auf 4,0 Mrd €. Diese unrealisierten Gewinne und Verluste sind nicht ausschließlich auf nicht beobachtbare Parameter zurückzuführen. Viele der Parameter, die zur Bewertung der Finanzinstrumente in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie herangezogen werden, sind beobachtbar. Somit basiert die Veränderung der unrealisierten Gewinne und Verluste auf Veränderungen dieser beobachtbaren Parameter im Laufe der Berichtsperiode. Viele der Positionen in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie sind ökonomisch durch Finanzinstrumente abgesichert, die den anderen Kategorien der Fair-Value-Hierarchie zugeordnet sind.

Nachstehend werden die unrealisierten Gewinne und Verluste untersucht.

in Mio €	Unrealisierte Gewinne und Verluste (-) aus Level-3-Finanzinstrumenten, die am Bilanzstichtag gehalten wurden	
	2008	2007
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands	- 6.512	- 1.059
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	16.143	7.762
Sonstige Handelsaktiva	- 2.261	- 993
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	- 943	- 109
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	- 13	- 19
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	679	- 107
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	7.093	5.474
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen:		
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	- 2.769	- 1.728
Sonstige Handelspassiva	-	- 16
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	- 207	443
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	1.012	- 153
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	- 1.964	- 1.454
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) insgesamt	5.129	4.020

Erfassung des Handelstaggewinns („Trade Date Profit“)

Soweit im Einklang mit dem in Note [1] beschriebenen Rechnungslegungsgrundsatz des Konzerns in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Parameter für Bewertungsmodelle zugrunde gelegt werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis und jeglicher am Handelstag ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Die nachfolgende Tabelle zeigt im Jahresvergleich die Veränderung der Handelstaggewinne, die aufgrund der Anwendung wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter für zum Fair Value ausgewiesene Finanzinstrumente abgegrenzt wurden. Die Bestände setzen sich vorwiegend aus Derivaten zusammen.

in Mio €	2008	2007
Bestand am Jahresanfang	521	473
Neue Geschäfte während der Periode	587	426
Abschreibung	- 152	- 132
Ausgelaufene Geschäfte	- 141	- 53
Nachträgliche Veränderung der Beobachtbarkeit	- 94	- 186
Wechselkursveränderungen	- 24	- 7
Bestand am Jahresende	697	521

[12] Fair Value von Finanzinstrumenten, die nicht zum Fair Value ausgewiesen werden

Die Bewertungstechniken zur Ermittlung des Fair Value von Finanzinstrumenten des Konzerns, die in der Bilanz nicht zum Fair Value ausgewiesen werden, entsprechen jenen, die in Note [11], Zum Fair Value ausgewiesene Finanzinstrumente, aufgeführt sind.

Wie in Note [10], Umklassifizierung von Vermögenswerten, erläutert, hat der Konzern bestimmte geeignete Vermögenswerte aus zu Handelszwecken gehalten und zur Veräußerung verfügbar in Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgegliedert. Der Konzern wendet weiterhin die in Note [11], Zum Fair Value ausgewiesene Finanzinstrumente, erläuterten relevanten Bewertungstechniken auf die umgegliederten Vermögenswerte an.

Andere Instrumente, die nicht zum Fair Value bewertet werden, sind normalerweise nicht in einem Handelsportfolio enthalten und werden nicht auf Fair-Value-Basis gesteuert. Für diese Instrumente werden die folgenden Bewertungstechniken angewandt, die den bereits erläuterten allgemeinen Grundsätzen entsprechen:

Kurzfristige Finanzinstrumente: Der Buchwert stellt eine angemessene Schätzung des Fair Value für kurzfristige Finanzinstrumente dar. Die folgenden Instrumente sind überwiegend kurzfristig, und ihr Fair Value wird auf der Basis ihres Buchwerts geschätzt.

Aktiva	Passiva
Barreserve	Einlagen
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen
Forderungen aus Wertpapierleihen	Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen
Sonstige Aktiva	Sonstige Passiva

Für längerfristige Finanzinstrumente in diesen Kategorien wird der Fair Value durch Abzinsung der vertraglichen Cashflows unter Verwendung von Zinssätzen berechnet, die für Aktiva mit ähnlichen Restlaufzeiten und Ausfallrisiken hätten erzielt werden können. Im Fall von Passiva werden Zinssätze zugrunde gelegt, zu denen entsprechende Verbindlichkeiten mit ähnlichen Restlaufzeiten am Bilanzstichtag hätten aufgenommen werden können.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft: Der Fair Value wird unter Anwendung von Discounted-Cashflow-Modellen ermittelt, die Parameter für Kreditrisiken, Zinsrisiken, Währungsrisiken, geschätzte Ausfallverluste und die bei Ausfällen ausgenutzten Beträge berücksichtigen. Die Parameter Kreditrisiko, Ausfallrisiko und Ausnutzung zum Zeitpunkt des Ausfalls werden, sofern verfügbar, anhand von Informationen über die betreffenden Kredit- oder CDS-Märkte ermittelt.

Bei Kreditportfolios für Privatkunden mit einer großen Zahl an homogenen Krediten (zum Beispiel deutsche private Immobilienkredite) wird der Fair Value auf Portfoliobasis durch Abzinsung vertraglicher Cashflows unter Verwendung risikoloser Zinssätze berechnet. Der ermittelte Barwert wird dann um das Kreditrisiko bereinigt, indem der erwartete Verlust über die geschätzte Lebensdauer des Kredits unter Berücksichtigung verschiedener Parameter berechnet wird. Diese Parameter beinhalten die Ausfallwahrscheinlichkeit, den Verlust bei Ausfall und den Grad der Besicherung.

Der Fair Value von Unternehmenskreditportfolios wird durch Abzinsung einer prognostizierten Marge über die erwarteten Laufzeiten ermittelt. Dabei werden Parameter aus aktuellen Marktwerten von Collateralized-Lending-Obligation(CLO)-Transaktionen verwendet, welche mit Kreditportfolios besichert wurden, die vergleichbar mit dem Unternehmenskreditportfolio des Konzerns sind.

Wertpapiere, die mit einer Verpflichtung zur Rückübertragung erworben wurden (Reverse Repos), entliehene Wertpapiere, Wertpapiere, die mit einer Rücknahmeverpflichtung verkauft wurden (Repos), und verliehene Wertpapiere: Der Fair Value wird mit Bewertungstechniken durch Abzinsung zukünftiger Cashflows unter Verwendung des entsprechenden um das Kreditrisiko adjustierten Diskontierungssatzes ermittelt. Der um das Kreditrisiko adjustierte Diskontierungssatz berücksichtigt die bei der Transaktion erhaltenen oder verpfändeten Sicherheiten.

Langfristige Verbindlichkeiten und Trust Preferred Securities: Sofern verfügbar, wird der Fair Value auf der Grundlage von notierten Marktpreisen ermittelt. Sind diese nicht verfügbar, wird für die Ermittlung des Fair Value eine Bewertungstechnik verwendet, bei der die verbleibenden vertraglichen Cashflows mit einem Zinssatz abgezinst werden, zu dem der Konzern Schuldtitel mit einer ähnlichen Restlaufzeit am Bilanzstichtag hätte emittieren können.

Die folgende Tabelle zeigt die ermittelten Fair Values der Finanzinstrumente des Konzerns, die in der Bilanz nicht zum Fair Value ausgewiesen werden.

in Mio €	31.12.2008		31.12.2007	
	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value
Finanzaktiva:				
Barreserve	9.826	9.826	8.632	8.632
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	64.739	64.727	21.615	21.616
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	9.267	9.218	13.597	13.598
Forderungen aus Wertpapierleihen	35.022	34.764	55.961	55.961
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	269.281	254.536	198.892	199.427
Sonstige Aktiva ¹	115.871	115.698	159.462	159.462
Finanzpassiva:				
Einlagen	395.553	396.148	457.946	457.469
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	87.117	87.128	178.741	178.732
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	3.216	3.216	9.565	9.565
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	39.115	38.954	53.410	53.406
Sonstige Passiva ¹	46.413	46.245	88.742	88.742
Langfristige Verbindlichkeiten	133.856	126.432	126.703	127.223
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	9.729	6.148	6.345	5.765

¹ Beinhaltet lediglich finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise finanzielle Verpflichtungen.

Die Beträge in dieser Tabelle werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit dem in Note [1] dargestellten Rechnungslegungsgrundsatz zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft: Im Jahresverlauf ist der gesamte Buchwert der Forderungen aus dem Kreditgeschäft teilweise infolge der Umgliederungen aus zu Handelszwecken gehalten und zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte gestiegen. Die Differenz zwischen dem Fair Value und den fortgeführten Anschaffungskosten für die umgegliederten Vermögenswerte wird in Note [10] dargestellt. Die Differenz zwischen dem Fair Value und dem Buchwert zum 31. Dezember 2008 entspricht nicht dem wirtschaftlichen Nutzen und den Kosten, die der Konzern aus

diesen Instrumenten erwartet. Die Differenz ergab sich in erster Linie aus einem Anstieg der vom Markt erwarteten Ausfallraten und einem Rückgang der Liquidität. Diese Wertminderungen werden teilweise durch einen Anstieg des Fair Value aufgrund von Zinsschwankungen bei festverzinslichen Instrumenten ausgeglichen.

Langfristige Verbindlichkeiten und Trust Preferred Securities: Die Differenz zwischen dem Fair Value und dem Buchwert resultierte aus dem Anstieg der Zinssätze, zu denen der Konzern am Bilanzstichtag Schuldinstrumente mit einer ähnlichen Laufzeit und Nachrangigkeit hätte emittieren können. Der Anstieg der Differenz zwischen dem Fair Value und dem Buchwert ist in erster Linie auf die Ausweitung der Kreditrisikoaufschläge des Konzerns seit Emission des Instruments sowie auf die allgemeine Marktliquidität und Refinanzierungseinschätzungen zurückzuführen. Dies wurde zum Teil durch Zinsschwankungen bei festverzinslichen Instrumenten ausgeglichen.

[13] Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

Die folgende Tabelle zeigt den Fair Value von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Festverzinsliche Wertpapiere:		
Deutsche öffentliche Emittenten	2.672	2.466
US-Treasury und US-Regierungsbehörden	302	1.349
US-Kommunalbehörden	1	273
Sonstige ausländische staatliche Emittenten	3.700	3.347
Unternehmen	6.035	7.753
Sonstige Asset-backed Securities	372	6.847
Mortgage-backed Securities, einschließlich Schuldverschreibungen von US-Bundesbehörden	87	3.753
Sonstige festverzinsliche Wertpapiere	4.797	4.631
Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	17.966	30.419
Nicht festverzinsliche Wertpapiere:		
Aktien	4.539	7.934
Investmentanteile	208	306
Nicht festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	4.747	8.240
Sonstiger Anteilsbesitz	893	1.204
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	1.229	2.431
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte insgesamt	24.835	42.294

[14] Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen

Beteiligungen an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen werden grundsätzlich nach der Equity Methode bilanziert, sofern sie nicht als zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte klassifiziert sind. Es werden keine assoziierten Unternehmen zum 31. Dezember 2008 unter den zum Verkauf bestimmten Vermögenswerten ausgewiesen.

Am 31. Dezember 2008 waren folgende Beteiligungen wesentlich – sie repräsentierten 75 % des Buchwerts der nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen.

Beteiligung ¹	Anteil am Kapital
AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt	26,89 %
Bats Trading, Inc., Wilmington ²	8,46 %
Beijing Guohua Real Estates Co., Ltd., Peking	39,65 %
Blue Ridge Trust, Wilmington	26,70 %
Challenger Infrastructure Fund, Sydney ²	18,38 %
Compañía Logística de Hidrocarburos CLH, S.A., Madrid ²	5,00 %
DB Blue Lake Master Portfolio Ltd., George Town ²	15,16 %
Discovery Russian Realty Paveletskaya Project Ltd, George Town	33,33 %
DMG & Partners Securities Pte Ltd, Singapur	49,00 %
Evergrande Real Estate Group Limited, George Town ²	11,19 %
Fincasa Hipotecaria, S.A. de C.V. Sociedad Financiera de Objeto Limitado, Mexiko Stadt	49,00 %
Fondo Immobiliare Chiuso Piramide Globale, Mailand	42,45 %
Franklin Templeton Global Fund - FT Global Bond Alpha Fund, Dublin	46,00 %
Gemeng International Energy Group Company Limited, Taiyuan ²	19,00 %
Hanoi Building Commercial Joint Stock Bank, Hanoi ²	10,00 %
Harvest Fund Management Company Limited, Shanghai	30,00 %
Hydro S.r.l., Rom	45,00 %
K & N Kenanga Holdings Bhd, Kuala Lumpur ²	16,55 %
Lion Indian Real Estate Fund L.P., George Town	45,45 %
MFG Flughafen-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. BETA KG, Grünwald	25,03 %
Millennium Marine Rail, L.L.C., Elizabeth	50,00 %
Nexus LLC, Wilmington ²	12,36 %
Paternoster Limited, Douglas	30,99 %
PX Holdings Limited, Stockton-on-Tees	43,00 %
Rongde Asset Management Company Limited, Peking	40,70 %
STC Capital YK, Tokio	50,00 %
The Porterbrook Partnership, Edinburgh ³	57,00 %
The Topiary Select Equity Trust, George Town ³	57,78 %
VCG Venture Capital Gesellschaft mbH & Co. Fonds III KG, München	36,98 %
Welsh Power Group Limited, Newport ²	19,90 %
Xchanging etb GmbH, Frankfurt	44,00 %

1 Alle wesentlichen nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen sind assoziierte Unternehmen.

2 Der Konzern übt über Positionen in Aufsichtsgremien oder durch andere Maßnahmen einen maßgeblichen Einfluss auf das Beteiligungsunternehmen aus.

3 Der Konzern hat keinen beherrschenden Einfluss auf das Beteiligungsunternehmen.

Die folgende Tabelle zeigt eine Zusammenfassung der aggregierten Finanzinformationen der wesentlichen nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Summe der Aktiva	31.665	27.789
Summe der Verbindlichkeiten	18.817	17.294
Erträge	4.081	4.722
Gewinn/Verlust (-)	882	1.108

Die nachstehende Tabelle zeigt das Ergebnis aus allen nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen.

in Mio €	2008	2007
Ergebnis aus den nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen:		
Anteiliges Ergebnis der Beteiligungsunternehmen	53	358
Gewinne/Verluste (-) aus der Veräußerung von Beteiligungen	87	9
Wertminderungen	- 94	- 14
Ergebnis aus den nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen insgesamt	46	353

Es gab keine anteiligen unrealisierten Verluste aus den nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen, weder in 2008 noch kumuliert.

Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen mit einem Buchwert von 154 Mio € zum 31. Dezember 2008 (2007: 160 Mio €), für die veröffentlichte Preisnotierungen vorlagen, wiesen einen gesamten Fair Value von 147 Mio € auf (2007: 168 Mio €).

Der Konzern ist keinen signifikanten Verpflichtungen aus Eventualverbindlichkeiten der Beteiligungsgesellschaften ausgesetzt.

Sowohl im Geschäftsjahr 2008 als auch im Geschäftsjahr 2007 unterlag keine der Beteiligungsgesellschaften Transferbeschränkungen hinsichtlich Zahlungen in Form von Dividenden oder der Rückzahlung von Krediten.

[15] Forderungen aus dem Kreditgeschäft

Die nachfolgende Übersicht stellt die Zusammensetzung der Forderungen aus dem Kreditgeschäft nach Branchen dar.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Banken und Versicherungen	26.998	12.850
Verarbeitendes Gewerbe	19.043	16.067
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	30.923	25.323
Private Haushalte – Hypothekenkredite	52.453	45.540
Öffentliche Haushalte	9.972	5.086
Handel	11.761	8.916
Gewerbliche Immobilien	27.083	16.476
Leasingfinanzierungen	2.700	3.344
Sonstiges ¹	91.434	67.086
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, brutto	272.367	200.689
Abgegrenzte Aufwendungen (-)/unrealisierte Erträge	1.148	92
Forderungen aus dem Kreditgeschäft abzüglich abgegrenzter Aufwendungen (-)/unrealisierter Erträge	271.219	200.597
Abzüglich Wertberichtigungen für Kreditausfälle	1.938	1.705
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	269.281	198.892

¹ In der Kategorie „Sonstiges“ sind Forderungen gegenüber sonstigen Vermögensverwaltungen von 31,2 Mrd € zum 31. Dezember 2008 und 20,4 Mrd € zum 31. Dezember 2007 enthalten.

Weitere Informationen zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft finden sich in der Note [37].

[16] Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft setzt sich aus Wertberichtigungen für Kreditausfälle und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft zusammen.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle für die angegebenen Zeiträume.

in Mio €	2008			2007			2006		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	930	775	1.705	985	684	1.670	1.124	708	1.832
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	382	702	1.084	146	505	651	16	336	352
Nettoabschreibungen:	- 301	- 477	- 778	- 149	- 378	- 527	- 116	- 328	- 444
Abschreibungen	- 364	- 626	- 990	- 244	- 508	- 752	- 272	- 460	- 732
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	63	149	212	95	130	225	156	132	288
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wechselkursänderungen/Sonstige	- 34	- 39	- 74	- 52	- 36	- 88	- 39	- 32	- 70
Bestand am Jahresende	977	961	1.938	930	775	1.705	985	684	1.670

Die nachstehende Tabelle zeigt die Veränderungen in den Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft des Konzerns, die sich aus Eventualverbindlichkeiten und ausleihebezogenen Zusagen zusammensetzen.

in Mio €	2008			2007			2006		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	101	118	219	127	129	256	184	132	316
Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	- 2	- 6	- 8	- 32	- 6	- 38	- 56	2	- 53
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	7	3	10	1	-	1
Wechselkursänderungen/ Sonstige	- 1	-	- 1	- 1	- 8	- 8	- 2	- 5	- 7
Bestand am Jahresende	98	112	210	101	118	219	127	129	256

[17] Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten

Der Konzern tritt in Transaktionen ein, bei denen er zuvor erfasste finanzielle Vermögenswerte wie festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und Forderungen des Handelsbestands überträgt, bei denen er aber alle wesentlichen mit diesen Vermögenswerten verbundenen Risiken und Chancen zurückbehält. Infolgedessen werden diese Vermögenswerte nicht ausgebucht, sondern als besicherte Kreditvergabe („Secured Financing“) bilanziert. Vom Konzern abgeschlossene Transaktionen dieser Art sind vor allem Wertpapierpensionsgeschäfte (Repos) und Wertpapierleihen und Total-Return-Swap-Geschäfte. Bei diesen Transaktionen behält der Konzern im Wesentlichen alle Kredit-, Aktienkurs-, Zins- und Währungsrisiken zurück, die mit den Vermögenswerten und den daraus resultierenden Ergebnissen verbunden sind.

Die folgende Tabelle zeigt die Arten der übertragenen Vermögenswerte, die nicht für eine Ausbuchung qualifizieren, die zugrunde liegenden Transaktionen und die damit verbundenen Verbindlichkeiten.

Buchwert der übertragenen Vermögenswerte in Mio €	31.12.2008	31.12.2007 ¹
Nicht ausgebuchte Wertpapiere des Handelsbestands aus:		
Wertpapierpensionsgeschäften	47.816	143.703
Wertpapierleihen	10.518	27.205
Total Return Swaps	4.104	5.394
Wertpapiere des Handelsbestands insgesamt	62.438	176.302
Sonstige Handelsaktiva	1.248	1.951
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	472	-
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	2.250	-
Insgesamt	66.408	178.253
Buchwert der damit verbundenen Verbindlichkeit	58.286	155.847

¹ Vorjahresbeträge wurden angepasst.

Vermögenswerte werden in der Regel im Rahmen eines fortgeführten Engagements bilanziert, wenn der Konzern Ansprüche auf Cashflows aus einem Vermögenswert beibehält, weiterhin einem aus dem übertragenen Vermögenswert resultierenden Ausfallrisiko ausgesetzt bleibt, sonstige Residualansprüche hält oder Derivatekontrakte mit Verbriefungs- oder Zweckgesellschaften eingeht.

Die folgende Tabelle enthält weitere Angaben zum Buchwert der übertragenen Vermögenswerte, in denen der Konzern ein fortgeführtes Engagement eingegangen ist.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Buchwert der übertragenen ursprünglichen Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands	7.250	9.052
Sonstige Handelsaktiva	4.190	3.695
Buchwert der weiterhin bilanzierten Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands	4.490	6.489
Sonstige Handelsaktiva	1.262	1.062
Buchwert der damit verbundenen Verbindlichkeit	6.383	7.838

[18] Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte

Der Konzern verpfändet Vermögenswerte als Sicherheit für Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensions- und -leihegeschäften. Diese Geschäfte werden in der Regel zu handelsüblichen, in Standardverträgen für durch Wertpapiere unterlegte Leihegeschäfte festgelegten Bedingungen ausgeführt. Zusätzlich verpfändet der Konzern Vermögenswerte im Rahmen von sonstigen Leihegeschäften und als Sicherheitsleistungen für Verbindlichkeiten aus OTC-Derivategeschäften. Der Buchwert der vom Konzern als Sicherheit verpfändeten Vermögenswerte für Verbindlichkeiten oder Eventualverbindlichkeiten stellt sich wie folgt dar.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007 ¹
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	69	436
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	72.736	178.660
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	517	866
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	21.100	14.096
Sonstiges ²	24	183
Insgesamt	94.446	194.241

¹ Vorjahresbeträge wurden angepasst.

² Beinhaltet als Sicherheit verpfändete Sachanlagen zum 31. Dezember 2007.

In der Konzernbilanz gesondert ausgewiesen sind verpfändete Vermögenswerte, bei denen der Sicherungsnehmer das vertragliche Recht oder Gewohnheitsrecht besitzt, die Sicherheit zu veräußern oder weiterzuverpfänden. Am 31. Dezember 2008 belief sich ihr Wert auf 62 Mrd € (2007: 179 Mrd €).

Zum 31. Dezember 2008 hat der Konzern Sicherheiten mit einem Fair Value von 253 Mrd € (2007: 473 Mrd €) aus Wertpapierpensions- und -leihegeschäften, Derivategeschäften, Krediten gegen Wertpapiersicherheiten und anderen Transaktionen erhalten. Diese Geschäfte werden in der Regel zu Bedingungen, die für standardisierte durch Wertpapiere unterlegte Leihegeschäfte und für die sonstigen beschriebenen Transaktionen üblich sind, ausgeführt. Der Konzern hat als Sicherungsnehmer das Recht zur Veräußerung oder Weiterverpfändung der erhaltenen Sicherheiten, sofern er bei Beendigung der Transaktion gleichwertige Wertpapiere zurückgibt. Von diesen Sicherheiten waren zum 31. Dezember 2008 230 Mrd € (2007: 449 Mrd €) veräußert oder verpfändet, um insbesondere Leerverkäufe sowie Wertpapierpensions- und -leihegeschäfte zu bedienen.

[19] Sachanlagen

in Mio €	Eigengenutzte Immobilien	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Einbauten in gemieteten Räumen	Anlagen im Bau	Insgesamt
Anschaffungskosten:					
Bestand zum 1. Januar 2007	2.644	2.346	1.339	111	6.440
Veränderungen des Konsolidierungskreises	- 219	10	26	-	- 183
Zugänge	26	353	209	87	675
Reklassifizierung	- 2	10	78	- 69	17
Reklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	- 62	- 10	-	-	- 72
Abgänge	742	312	145	2	1.201
Wechselkursveränderungen	- 103	- 100	- 63	- 3	- 269
Bestand zum 31. Dezember 2007	1.542	2.297	1.444	124	5.407
Veränderungen des Konsolidierungskreises	- 29	-	- 3	-	- 32
Zugänge	20	253	182	484	939
Reklassifizierung	11	217	36	717	981
Reklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	-	-	- 40	-	- 40
Abgänge	48	153	44	-	245
Wechselkursveränderungen	- 15	- 114	- 62	- 8	- 199
Bestand zum 31. Dezember 2008	1.481	2.500	1.513	1.317	6.811
Kumulierte Abschreibungen und Wertminderungen:					
Bestand zum 1. Januar 2007	712	1.782	705	-	3.199
Veränderungen des Konsolidierungskreises	39	- 1	1	-	39
Abschreibungen	65	224	142	-	431
Wertminderungen	1	1	10	-	12
Wertaufholungen	-	-	-	-	-
Reklassifizierung	- 3	-	24	-	21
Reklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	- 49	- 8	-	-	- 57
Abgänge	190	250	65	-	505
Wechselkursveränderungen	- 14	- 90	- 38	-	- 142
Bestand zum 31. Dezember 2007	561	1.658	779	-	2.998
Veränderungen des Konsolidierungskreises	- 6	-	- 1	-	- 7
Abschreibungen	36	227	144	-	407
Wertminderungen	-	1	15	-	16
Wertaufholungen	-	-	-	-	-
Reklassifizierung	- 5	18	6	-	19
Reklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	-	-	- 40	-	- 40
Abgänge	9	108	39	-	156
Wechselkursveränderungen	- 7	- 91	- 40	-	- 138
Bestand zum 31. Dezember 2008	570	1.705	824	-	3.099
Bilanzwert:					
Bestand zum 31. Dezember 2007	981	639	665	124	2.409
Bestand zum 31. Dezember 2008	911	795	689	1.317	3.712

Im Geschäftsjahr 2008 übernahm die Deutsche Bank ein im Bau befindliches Gebäude als Rettungserwerb (mit einem derzeitigen Buchwert von 1,1 Mrd €). Der zugrunde liegende Kredit wurde zuvor in den Handelsaktiva gehalten. Nach Fertigstellung soll das Objekt zu als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien übertragen werden.

Die ausgewiesenen Wertminderungen auf Sachanlagen werden in „Sachaufwendungen und sonstige Aufwendungen“ gezeigt.

Die Buchwerte von Sachanlagen, die einer Verkaufsrestriktion unterliegen, beliefen sich zum 31. Dezember 2008 auf 65 Mio €.

Zum Jahresende beliefen sich bestehende Verpflichtungen zum Erwerb von Sachanlagen auf 40 Mio €.

[20] Leasingverhältnisse

Der Konzern tritt als Leasingnehmer für Sachanlagen auf.

Finanzierungsleasingverhältnisse

Die folgende Tabelle zeigt den Nettobuchwert für die jeweilige Anlageklasse, die im Rahmen der Finanzierungsleasingverhältnisse gehalten wird.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Grundstücke und Gebäude	95	97
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2	3
Sonstige	–	–
Buchwert am Jahresende	97	100

Darüber hinaus hat der Konzern Untermietverträge mit einem Volumen von 60 Mio € zum 31. Dezember 2008 (2007: 309 Mio €) abgeschlossen, die als Finanzierungsleasing klassifiziert werden.

Die nachfolgende Tabelle enthält die künftigen Mindestmietzahlungen aus den Finanzierungsverhältnissen des Konzerns.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Künftige Mindestleasingzahlungen		
bis 1 Jahr	32	199
1 bis 5 Jahre	118	186
länger als 5 Jahre	202	347
Künftige Mindestleasingzahlungen insgesamt	352	732
abzüglich Zinsanteil	160	282
Barwert der Mindestleasingzahlungen aus Finanzierungsleasing	192	450

Zum 31. Dezember 2008 betrug die Summe der künftigen Mindestzahlungen, die aus unkündbaren Untermietverhältnissen erwartet wurde, 193 Mio €. Zum Jahresende 2007 betrug die Summe der künftigen Mindestzahlungen, die aus unkündbaren Untermietverhältnissen erwartet wurde, 421 Mio €. Zum 31. Dezember 2008 betragen die in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung ausgewiesenen bedingten Mietzahlungen 1 Mio € (2007: 0,4 Mio €).

Operating-Leasing-Verhältnisse

Die nachfolgende Tabelle enthält die künftigen Mindestmietzahlungen aus den Operating-Leasing-Verhältnissen des Konzerns.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Künftige Mindestleasingzahlungen		
bis 1 Jahr	765	639
1 bis 5 Jahre	2.187	1.789
länger als 5 Jahre	2.797	1.815
Künftige Mindestleasingzahlungen insgesamt	5.749	4.243
abzüglich Leasingeinnahmen aus Weitervermietung (Mindestbetrag)	245	253
Nettomindestleasingzahlungen	5.504	3.990

Im Geschäftsjahr 2008 wurden im Rahmen von Miet- und Untermietverhältnissen insgesamt 762 Mio € gezahlt, davon wurden 792 Mio € für Mindestleasingzahlungen zuzüglich 19 Mio € für bedingte Mietzahlungen geleistet abzüglich erhaltener Zahlungen aus Untermietverhältnissen in Höhe von 48 Mio €.

[21] Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte

Goodwill

Veränderungen des Goodwill

Der Bilanzwert des Goodwill sowie die Bruttobeträge und die kumulierten Wertminderungen des Goodwill haben sich in den Geschäftsjahren 2008 und 2007 pro Segment wie folgt entwickelt.

in Mio €	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Corporate Investments	Insgesamt
Bestand zum 1. Januar 2007	3.228	448	3.037	470	87	7.270
Anpassungen von im Vorjahr erworbenem Goodwill zum Erwerbszeitpunkt	–	–	–	– 8	–	– 8
Zugänge	177	3	–	514	–	694
Abgänge, die nicht als zum Verkauf bestimmt klassifiziert werden	–	–	– 26	–	– 34	– 60
Wertminderungen ¹	–	–	–	–	– 54	– 54
Wechselkursänderungen/Sonstige	– 329	– 35	– 242	– 5	1	– 610
Bestand zum 31. Dezember 2007	3.076	416	2.769	971	–	7.232
Bruttobetrag des Goodwill	3.076	416	2.769	971	261	7.493
Kumulierte Wertminderungen	–	–	–	–	– 261	– 261
Bestand zum 1. Januar 2008	3.076	416	2.769	971	–	7.232
Anpassungen von im Vorjahr erworbenem Goodwill zum Erwerbszeitpunkt	–	–	–	–	–	–
Zugänge	1	28	33	2	–	64
Reklassifizierungen von zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	–	–	564	–	–	564
Abgänge, die nicht als zum Verkauf bestimmt klassifiziert werden	–	–	– 21	–	–	– 21
Wertminderungen ¹	– 5	–	– 270	–	–	– 275
Wechselkursänderungen/Sonstige	56	12	– 100 ²	1	–	– 31
Bestand zum 31. Dezember 2008	3.128	456	2.975	974	–	7.533
Bruttobetrag des Goodwill	3.133	456	3.245	974	261	8.069
Kumulierte Wertminderungen	– 5	–	– 270	–	– 261	– 536

1 Wertminderungen auf Goodwill werden als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung ausgewiesen.

2 Einschließlich einer Minderung des Goodwill um 10 Mio € im Zusammenhang mit einem Verkauf in einem früheren Geschäftsjahr.

Im Geschäftsjahr 2008 ist der wesentliche Zugang beim Goodwill im Bereich Asset and Wealth Management (AWM) von 597 Mio € auf Maher Terminals LLC und Maher Terminals of Canada Corp., zusammen und nachfolgend als Maher Terminals bezeichnet, zurückzuführen. Der Gesamtbetrag von 597 Mio € setzt sich aus einem Zugang von 33 Mio €, der aus dem Rückerwerb eines Minderheitsanteils an Maher Terminals resultierte, sowie aus einem Transfer von 564 Mio € aus der Kategorie „Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte“ aufgrund der Beendigung der Klassifizierung als zum Verkauf bestimmt zusammen. Der wesentliche Zugang beim Goodwill im Bereich Global Transaction Banking von 28 Mio € resultierte aus dem Erwerb der HedgeWorks LLC.

Im Geschäftsjahr 2007 ist der wesentliche Zugang beim Goodwill im Bereich Private & Business Clients auf die Übernahme der Berliner Bank zurückzuführen, auf die ein Beitrag von 508 Mio € entfiel. Der wesentliche Zugang beim Goodwill im Bereich Corporate Banking & Securities (CB&S) steht im Zusammenhang mit der Akquisition von MortgageIT Holdings Inc., auf die ein Beitrag von 149 Mio € entfiel.

Im Geschäftsjahr 2008 wurde insgesamt eine Wertminderung des Goodwill von 275 Mio € erfasst. Von diesem Gesamtbetrag entfielen 270 Mio € auf ein verbundenes Unternehmen im Bereich Asset and Wealth Management und weitere 5 Mio € auf ein börsennotiertes verbundenes Unternehmen im Bereich Corporate Banking & Securities. Beide Wertminderungen entfielen auf verbundene Unternehmen, die nicht in die jeweiligen primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten innerhalb von AWM und CB&S integriert sind. Die Werthaltigkeitsprüfung des verbundenen Unternehmens Maher Terminals in AWM wurde aufgrund eines signifikanten Rückgangs des Geschäftsvolumens infolge der aktuellen Wirtschaftslage ausgelöst. Der Fair Value abzüglich Verkaufskosten des verbundenen Unternehmens wurde auf Basis einer Discounted-Cashflow-Methode ermittelt. Die Werthaltigkeitsprüfung des verbundenen Unternehmens in CB&S wurde aufgrund von Wertminderungen bestimmter anderer Aktiva sowie der negativen Geschäftsaussichten des verbundenen Unternehmens vorgenommen. Der Fair Value abzüglich Verkaufskosten des börsennotierten verbundenen Unternehmens wurde basierend auf dessen Marktpreis bestimmt.

Im ersten Quartal 2007 wurde eine Werthaltigkeitsprüfung des Goodwill im Bereich Corporate Investments durchgeführt, nachdem der Bereich einen Gewinn von 178 Mio € im Zusammenhang mit seiner nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligung an der Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG realisiert hatte. Diese Prüfung ergab eine Wertminderung des Goodwill von insgesamt 54 Mio €.

Im Geschäftsjahr 2006 wurde im Konzernbereich Corporate Investments eine Wertminderung des Goodwill in Höhe von 31 Mio € verzeichnet. Diese Wertminderung stand im Zusammenhang mit einer Private-Equity-Beteiligung in Brasilien, die nicht in die zahlungsmittelgenerierende Einheit integriert war. Die Wertminderung war auf Änderungen der lokalen Gesetzgebung zurückzuführen, durch die bestimmte Geschäftsaktivitäten eingeschränkt wurden. Der Fair Value abzüglich Verkaufskosten der Beteiligung wurde auf Basis einer Discounted-Cashflow-Methode ermittelt.

Werthaltigkeitsprüfung des Goodwill

Goodwill wird für die Überprüfung der Werthaltigkeit den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugewiesen, wobei die Geschäftsbereichsebene, auf der Goodwill für interne Managementzwecke überwacht wird, berücksichtigt wird. Als zahlungsmittelgenerierende Einheiten des Konzerns gelten demzufolge primär Global Markets und Corporate Finance im Segment Corporate Banking & Securities, Global Transaction Banking, Asset Management und Private Wealth Management im Segment Asset and Wealth Management sowie Private & Business Clients und Corporate Investments. Darüber hinaus weisen die Segmente CB&S und AWM Goodwill aus, der aus nicht integrierten verbun-

denen Unternehmen resultiert und deshalb nicht den primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten der jeweiligen Segmente zugeordnet wurde. Ein solcher Goodwill wird einzeln auf der Ebene des nicht integrierten verbundenen Unternehmens auf seine Werthaltigkeit hin untersucht und in der folgenden Tabelle als Sonstige zusammengefasst. Die Bilanzwerte des Goodwill für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 in den einzelnen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten sind in der folgenden Tabelle dargestellt.

	Global Markets	Corporate Finance	Global Trans- action Banking	Asset Manage- ment	Private Wealth Manage- ment	Private & Business Clients	Corporate Invest- ments	Sonstige	Goodwill insgesamt
in Mio €									
Zum 31. Dezember 2007	2.078	978	416	1.794	975	971	-	20	7.232
Zum 31. Dezember 2008	2.113	1.000	456	1.765	904	974	-	321	7.533

Der Goodwill wird im vierten Quartal jedes Geschäftsjahres auf seine Werthaltigkeit hin überprüft, indem der erzielbare Betrag jeder zahlungsmittelgenerierenden Einheit, die Goodwill ausweist, mit deren Bilanzwert verglichen wird. Der Bilanzwert einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit ergibt sich aus dem Betrag an Eigenkapital, der einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugeordnet wird. Dabei wird auch die Höhe des Goodwill sowie der nicht abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerte einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit berücksichtigt. Der erzielbare Betrag entspricht dem jeweils höheren Wert aus dem Fair Value einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit abzüglich Verkaufskosten und dem Nutzungswert. Die jährliche Werthaltigkeitsprüfung des Goodwill der Geschäftsjahre 2008, 2007 und 2006 für die primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten führte zu keiner Wertminderung, da der erzielbare Betrag für diese zahlungsmittelgenerierenden Einheiten höher war als deren entsprechender Bilanzwert.

Die folgenden Abschnitte erläutern, wie der Konzern den erzielbaren Betrag seiner primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten, die Goodwill ausweisen, ermittelt. Ferner werden Informationen über bestimmte wesentliche Annahmen gegeben, die das Management für die Ermittlung des erzielbaren Betrags zugrunde legt.

Erzielbarer Betrag

Der Konzern ermittelt den erzielbaren Betrag aller primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten auf der Grundlage des Nutzungswerts und verwendet dazu ein Bewertungsmodell auf Discounted-Cashflow-Basis (DCF). Das vom Konzern angewandte DCF-Modell reflektiert die Besonderheiten des Bankgeschäfts und dessen aufsichtsrechtliches Umfeld. Mithilfe des Modells wird der Barwert der geschätzten zukünftigen Ergebnisse berechnet, die nach Erfüllung der entsprechenden aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen an die Anteilseigner ausgeschüttet werden können.

Das DCF-Modell basiert auf Ergebnisprognosen auf der Grundlage von Finanzplänen, die vom Management beschlossen wurden. Zum Zweck der Werthaltigkeitsprüfung des Goodwill werden die beschlossenen Pläne auf einen Fünfjahreszeitraum extrapoliert, um ein nachhaltiges Niveau für das geschätzte zukünftige Ergebnis zu ermitteln, welches auf den Barwert abgezinst wird. Die Schätzung der zukünftigen Ergebnisse erfordert eine Beurteilung der bisherigen und tatsächlichen Performance sowie der voraussichtlichen Entwicklungen der entsprechenden Märkte und des gesamtwirtschaftlichen Umfelds. Bei Ergebnisprognosen über den ursprünglichen Fünfjahreszeitraum hinaus wird von einem Übergang auf einen konstanten Anstieg ausgegangen. Grundlage hierfür ist eine langfristige Wachstumsrate, die auf den Erwartungen für die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und der Inflationsrate basiert. Der Barwert dieser Ergebnisprognosen wird mithilfe einer ewigen Rente erfasst.

Wesentliche Annahmen und Sensitivitäten

Der Nutzungswert einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit reagiert sensibel auf die Schätzung der zukünftigen Ergebnisse, auf den Diskontierungszinssatz sowie in deutlich geringerem Maße auf die langfristige Wachstumsrate. Die angewandten Diskontierungszinssätze wurden auf Basis des Capital Asset Pricing Model ermittelt, das einen risikolosen Zinssatz, eine Marktrisikoprämie und einen Faktor für das systematische Risiko (Betafaktor) beinhaltet. Die Werte für den risikolosen Zinssatz, die Marktrisikoprämie und die Betafaktoren werden mithilfe externer Informationsquellen festgelegt. Geschäftsspezifische Betafaktoren basieren auf den Daten einer entsprechenden Gruppe von Vergleichsunternehmen. Schwankungen der vorgenannten Komponenten könnten sich auf die Berechnung der Diskontierungszinssätze auswirken. Die im Geschäftsjahr 2008 zur Ermittlung des Nutzungswerts der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten angewandten Diskontierungszinssätze vor Steuern liegen zwischen 12,9 % und 14,1 %.

Sensitivitäten: Bei der Validierung der für die zahlungsmittelgenerierenden Einheiten ermittelten Nutzungswerte werden die wesentlichen Werttreiber jeder zahlungsmittelgenerierenden Einheit jährlich überprüft. Zusätzlich wurden die für das DCF-Modell herangezogenen wesentlichen Annahmen wie beispielsweise Diskontierungszinssatz und langfristige Wachstumsrate einer Sensitivitätsprüfung unterzogen, um die Belastbarkeit der Nutzungswerte zu testen. Das Management ist der Ansicht, dass lediglich für Global Markets und Corporate Finance eine realistische Änderung der wesentlichen Annahmen zu einer Wertminderung geführt hätte. Hier hätte eine Erhöhung des Diskontierungszinssatzes um 25 % beziehungsweise 26 % oder ein Rückgang der zukünftig geschätzten Ergebnisse um 23 % beziehungsweise 27 % in jedem Jahr des ursprünglichen Fünfjahreszeitraums, bei unveränderten Werten für die sonstigen Annahmen, dazu geführt, dass sich der erzielbare Betrag und der Bilanzwert entsprechen.

Der Hintergrund einer schrumpfenden Weltwirtschaft und die signifikanten kurzfristigen Herausforderungen für die Bankenbranche als Folge der Finanzkrise sowie deren Auswirkungen auf das Geschäftsumfeld des Konzerns könnten die erwarteten künftigen Ergebnisse in einigen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten negativ beeinflussen. Dies könnte zu einer künftigen Wertminderung des Goodwill führen.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte

Sonstige immaterielle Vermögenswerte werden in selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, die ausschließlich intern entwickelte Software umfassen, und erworbene immaterielle Vermögenswerte unterteilt. Erworbene immaterielle Vermögenswerte werden weiter in abzuschreibende und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögenswerte aufgeteilt.

Die folgende Tabelle zeigt die Veränderungen bei den sonstigen immateriellen Vermögenswerten nach Anlageklassen in den Geschäftsjahren 2008 und 2007.

	Selbst erstellte immaterielle Vermögens- werte	Erworbene immaterielle Vermögenswerte								Sonstige immaterielle Vermögens- werte insgesamt
		Abzuschreibende					Nicht abzuschreibende			
		Software	Kunden- bezogene immate- rielle Vermö- genswerte	Wert des erworbenen Versiche- rungs- geschäfts	Vertrags- basierte immaterielle Vermögens- werte	Sonstige	Abzu- schreibende erworbene immaterielle Vermögens- werte insgesamt	Rechte aus Vermögens- verwaltungs- verträgen im Publikums- fonds- geschäft	Sonstige	
in Mio €										
Anschaffungs-/Herstellungskosten:										
Bestand zum 1. Januar 2007	369	400	–	103	314	817	877	8	885	2.071
Zugänge	32	122	–	17	31	170	–	3	3	205
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	40	912	3	16	971	–	–	–	971
Abgänge	–	–	–	4	24	28	–	–	–	28
Reklassifizierungen in zum Verkauf bestimmt	–	–	–	–	4	4	–	–	–	4
Wechselkursveränderungen	–27	–28	–49	–10	–10	–97	–91	–	–91	–215
Bestand zum 31. Dezember 2007	374	534	863	109	323	1.829	786	11	797	3.000
Zugänge	46	19	–	38	19	76	–	4	4	126
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	5	5	–	–	10	–	4	4	14
Abgänge	–	–	–	1	6	7	–	–	–	7
Reklassifizierungen von zum Verkauf bestimmt	–	42	–	562	166	770	–	–	–	770
Wechselkursveränderungen	–9	–37	–214	–	–7	–258	31	–2	29	–238
Bestand zum 31. Dezember 2008	411	563	654	708	495	2.420	817	17	834	3.665
Kumulierte Abschreibungen und Wertminderungen:										
Bestand zum 1. Januar 2007	334	103	–	41	251	395	–	–	–	729
Abschreibungen für das Geschäftsjahr	17	57	8	16	15	96	–	–	–	113 ¹
Abgänge	–	–	–	–	19	19	–	–	–	19
Reklassifizierungen in zum Verkauf bestimmt	–	–	–	–	3	3	–	–	–	3
Wertminderungen	–	2	–	–	3	5	74	–	74	79 ²
Wechselkursveränderungen	–23	–13	–	–5	–9	–27	–	–	–	–50
Bestand zum 31. Dezember 2007	328	149	8	52	238	447	74	–	74	849
Abschreibungen für das Geschäftsjahr	13	68	42	47	22	179	–	–	–	192 ³
Abgänge	–	–	–	–	4	4	–	–	–	4
Wertminderungen	–	6	–	1	–	7	304	–	304	311 ⁴
Wechselkursveränderungen	–12	–2	–10	–	–5	–17	2	–	2	–27
Bestand zum 31. Dezember 2008	329	221	40	100	251	612	380	–	380	1.321
Bilanzwert:										
Zum 31. Dezember 2007	46	385	855	57	85	1.382	712	11	723	2.151
Zum 31. Dezember 2008	82	342	614	608	244	1.808	437	17	454	2.344

1 Davon waren 98 Mio € in Sachaufwand und sonstiger Aufwand und 15 Mio € in Provisionsüberschuss enthalten. Letzteres bezog sich auf die Abschreibung von Ansprüchen aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen.

2 Davon wurden 74 Mio € als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte und 5 Mio € in Sachaufwand und sonstiger Aufwand erfasst.

3 Davon waren 181 Mio € in Sachaufwand und sonstiger Aufwand und 11 Mio € in Provisionsüberschuss enthalten. Letzteres bezog sich auf die Abschreibung von Ansprüchen aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen.

4 Davon wurden 310 Mio € als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte und 1 Mio € in Provisionsüberschuss erfasst. Letzteres bezog sich auf die Wertminderung von Ansprüchen aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen.

Abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte

Im Geschäftsjahr 2008 ist der wesentliche Zugang zu sonstigen immateriellen Vermögenswerten auf Maher Terminals, einen privaten Betreiber von Containerterminals in Nordamerika, zurückzuführen. Als am 30. September 2008 die Klassifizierung als zum Verkauf bestimmt beendet wurde, sind 770 Mio € von „Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte“ in die abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerte umgebucht worden. Dieser Gesamtbetrag beinhaltet vertragsbasierte (Rechte aus Leasingverträgen zum Betreiben der Containerterminals), sonstige (Namensrechte) sowie kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte. Zum 31. Dezember 2008 beliefen sich die Buchwerte auf 551 Mio € für die Rechte aus Leasingverträgen, 161 Mio € für die Namensrechte sowie 35 Mio € für die kundenbezogenen immateriellen Vermögenswerte. Die Abschreibung dieser immateriellen Vermögenswerte endet voraussichtlich im Jahr 2030 für die Rechte aus Leasingverträgen, im Jahr 2027 für die Namensrechte und zwischen den Jahren 2012 und 2022 für die kundenbezogenen immateriellen Vermögenswerte. Die Zugänge zu sonstigen immateriellen Vermögenswerten im Geschäftsjahr 2007 waren im Wesentlichen auf die Akquisition von Abbey Life Assurance Company Limited zurückzuführen. Infolge dieser Akquisition wurde der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts in Höhe von 912 Mio € aktiviert. Dieser spiegelt den Barwert der zukünftigen Zahlungsströme eines Portfolios langfristiger Versicherungs- und Investmentverträge wider. Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts wird abgeschrieben. Der Abschreibungszeitraum endet voraussichtlich im Jahr 2039 (weitere Informationen sind in Note [1] und in Note [40] enthalten).

Im Geschäftsjahr 2008 wurden Wertminderungen auf kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte sowie vertragsbasierte immaterielle Vermögenswerte (Ansprüche aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen) von 6 Mio € beziehungsweise 1 Mio € verzeichnet. Die Wertminderung auf kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte wurde in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte im Bereich Asset and Wealth Management erfasst. Die Wertminderung auf vertragsbasierte immaterielle Vermögenswerte wurde im Bereich Corporate Banking & Securities im Provisionsüberschuss erfasst.

Im Geschäftsjahr 2007 wurden Wertminderungen auf erworbene Software und kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte von 3 Mio € beziehungsweise 2 Mio € als Sachaufwand und sonstiger Aufwand in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Die Wertminderung auf die erworbene Software wurde im Bereich Asset and Wealth Management erfasst und die Wertminderung auf kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte wurde im Bereich Global Transaction Banking erfasst.

Im Geschäftsjahr 2006 wurden keine Wertminderungen auf abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte verzeichnet.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden in der Regel linear über ihre Nutzungsdauer abgeschrieben (mit Ausnahme des Werts des erworbenen Versicherungsgeschäfts, wie in Note [1] und in Note [40] erläutert, und der Ansprüche aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen).

Ansprüche aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen werden proportional über den erwarteten Zeitraum, in dem die Erträge aus der Verwaltung anfallen, abgeschrieben. Die folgende Tabelle zeigt die Nutzungsdauer der verschiedenen Anlageklassen.

	Nutzungsdauer in Jahren
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte:	
Software	bis zu 3
Erworbene immaterielle Vermögenswerte:	
Kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte	bis zu 20
Vertragsbasierte immaterielle Vermögenswerte	bis zu 30
Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts	bis zu 30
Sonstige	bis zu 20

Nicht abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte

Mehr als 96 % beziehungsweise 437 Mio € der nicht abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerte beziehen sich auf das Publikumsfondsgeschäft des Konzerns in den USA und werden der zahlungsmittelgenerierenden Einheit Asset Management zugewiesen. Diese Vermögensverwaltungsverträge im Publikumsfondsgeschäft räumen DWS Scudder das ausschließliche Recht ein, eine Vielzahl von Investmentfonds für einen bestimmten Zeitraum zu verwalten. Da eine Verlängerung dieser Verträge einfach ist, die dafür anfallenden Kosten minimal sind und die Verträge bereits häufig verlängert wurden, rechnen wir in absehbarer Zukunft nicht mit einer Beendigung der Verträge. Die Rechte für die Verwaltung der zugrunde liegenden Vermögenswerte dürften für einen unbegrenzten Zeitraum Cashflows generieren. Die immateriellen Vermögenswerte wurden im Geschäftsjahr 2002 zum Zeitpunkt der Akquisition von Zurich Scudder Investments, Inc. durch den Konzern von unabhängiger Seite zum Fair Value bewertet.

Im Geschäftsjahr 2008 sowie im Geschäftsjahr 2007 wurden Wertminderungen in Höhe von 304 Mio € beziehungsweise 74 Mio € als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Diese Wertminderungen betreffen Vermögensverwaltungsverträge im Publikumsfondsgeschäft im Bereich Asset and Wealth Management. Die Wertminderungen resultierten aus dem Rückgang sowohl der Marktwerte der Invested Assets als auch laufender und künftiger operativer Ergebnisse und Cashflows aus Vermögensverwaltungsverträgen, die von Zurich Scudder Investments, Inc. erworben worden waren. Die im Geschäftsjahr 2008 erfassten Wertminderungen beziehen sich auf bestimmte Offene und Geschlossene Fonds, während die im Geschäftsjahr 2007 erfassten Wertminderungen auf Geschlossene Fonds und Lebensversicherungsfonds entfielen. Die erzielbaren Beträge der Vermögenswerte wurden auf der Grundlage des Fair Value abzüglich Verkaufskosten ermittelt. Da Marktpreise für diese Vermögenswerte nicht verfügbar sind, basiert der Fair Value auf den verfügbaren Informationen, die am ehesten den Betrag widerspiegeln, welchen der Konzern bei einem Verkauf zu Marktbedingungen unter sachverständigen und vertragswilligen Parteien nach Abzug der Veräußerungskosten erzielen könnte. Demzufolge wurde der Fair Value anhand des Ertragswertverfahrens („Income Approach“) auf der Grundlage einer Discounted-Cashflow-Methode nach Steuern (Residualwertmethode) ermittelt.

Im Geschäftsjahr 2006 wurden keine Wertminderungen auf nicht abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte verzeichnet.

[22] Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte

Zum 31. Dezember 2008 hatte der Konzern Immobilienvermögen zum Verkauf bestimmt. Der Konzern hat die betreffenden Aktiva unter Sonstige Aktiva ausgewiesen und mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert oder Fair Value, vermindert um Veräußerungskosten, bewertet. Dies führte zu keinem Aufwand in 2008.

Das Immobilienvermögen umfasste Gewerbe- und Wohnimmobilien aus Rettungserwerben in Deutschland und Nordamerika im Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities (CB&S). Der Verkauf wird für das Geschäftsjahr 2009 erwartet.

Zum 31. Dezember 2007 hatte der Konzern drei Veräußerungsgruppen (zwei Tochtergesellschaften und einen konsolidierten Fonds) sowie mehrere langfristige Vermögenswerte zum Verkauf bestimmt. Der Konzern hat die betreffenden Aktiva und Passiva unter Sonstige Aktiva und Sonstige Passiva ausgewiesen und mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert oder Fair Value, vermindert um Veräußerungskosten, bewertet. Im Geschäftsjahr 2007 führte dies zu einem Aufwand von 2 Mio €, der im Vorsteuerergebnis des Konzernbereichs Corporate Investments (CI) ausgewiesen wurde.

Zwei der drei Veräußerungsgruppen waren dem Unternehmensbereich Asset and Wealth Management (AWM) zugeordnet. Dabei handelte es sich zum einen um eine in Italien ansässige Lebensversicherungsgesellschaft, für die im Dezember 2007 ein Verkaufsvertrag unterzeichnet und die im ersten Halbjahr 2008 verkauft wurde. Die zweite Veräußerungsgruppe bezieht sich auf einen Immobilienfonds in Nordamerika, der zum 31. Dezember 2008 nicht mehr als zum Verkauf bestimmt klassifiziert war. Die Aufwendungen, die während der Klassifizierung als zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte nicht anzusetzen waren, wurden zum Termin der Reklassifizierung in der Gewinn- und Verlust-Rechnung ausgewiesen. Dies führte zu einem Anstieg des sonstigen Aufwands von 13 Mio € in AWM in 2008. Der Betrag beinhaltet einen Aufwand von 3 Mio €, der auf das Geschäftsjahr 2007 entfiel. Durch die aktuellen Marktgegebenheiten ist der Zeitpunkt des Verkaufs nicht vorhersehbar. Die dritte Veräußerungsgruppe – eine Tochtergesellschaft in CI – war bereits zum 31. Dezember 2006 zum Verkauf bestimmt. Da in 2007 Umstände eintraten, die vorher für unwahrscheinlich erachtet worden waren, wurde die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2007 nicht verkauft. In 2008 hat der Konzern seinen Veräußerungsplan geändert, da der beabsichtigte Verkauf aufgrund einer geänderten Interessenlage des potenziellen Käufers nicht erfolgte. Aufgrund des schwachen Marktumfelds bestehen derzeit keine Verkaufsaktivitäten bezüglich dieser Tochtergesellschaft. Die Reklassifizierung hatte keinen Einfluss auf die Erträge und Aufwendungen des Konzerns.

Die zum 31. Dezember 2007 zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte umfassten zwei in Nordamerika gehaltene Alternative Investments in AWM, mehrere Bürogebäude in CI und im Unternehmensbereich Private & Business Clients (PBC) sowie Grundbesitz aus Rettungserwerben in Nordamerika im Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities (CB&S). Während die Bürogebäude in CI und PBC sowie der größte Teil des Grundbesitzes in CB&S in 2008 verkauft wurden, wurde die Anteilseignerstruktur der beiden Alternativen Investments Maher Terminals LLC und Maher Terminals of Canada Corp. geändert. Dies führte zur Erstkonsolidierung der Investments durch den Konzern zum 30. Juni 2008. Durch die aktuellen Marktgegebenheiten ist der Zeitpunkt des Verkaufs nicht vorhersehbar. Aus diesem Grund wurden die Aktiva und Passiva zum Ende des dritten Quartals 2008 nicht mehr als zum Verkauf bestimmt klassifiziert. Die Erträge und Aufwendungen, die während der Klassifizierung als zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte nicht anzusetzen waren, wurden zum Termin der Reklassifizierung in der Gewinn- und Verlust-Rechnung ausgewiesen. Dies resultierte in einem Rückgang der Erträge um 62 Mio € und einem Anstieg der

Aufwendungen um 38 Mio € in AWM in 2008. Diese Beträge beinhalten eine Belastung der Erträge von 20 Mio € sowie Aufwendungen von 21 Mio €, die das Geschäftsjahr 2007 betrafen.

Zum 31. Dezember 2006 waren neben der oben genannten Tochtergesellschaft in CI zwei nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen in CI zum Verkauf bestimmt. Dies führte zu einem Abschreibungsaufwand von 2 Mio €. Außerdem waren zwei nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen in CB&S als zur Veräußerung gehalten klassifiziert. Die letztgenannten vier Beteiligungen wurden in 2007 verkauft.

Nachfolgend sind die wesentlichen Komponenten der vom Konzern zum Verkauf bestimmten Vermögenswerte zum 31. Dezember 2008 sowie zum 31. Dezember 2007 dargestellt.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	–	417
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ¹	–	675
Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	–	871
Sachanlagen	1	15
Sonstige Aktiva	131	864
Summe der zum Verkauf bestimmten Aktiva	132	2.842
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	–	417
Langfristige Verbindlichkeiten	–	294
Sonstige Passiva	–	961
Summe der zum Verkauf bestimmten Verbindlichkeiten	–	1.672

¹ Zum 31. Dezember 2007 war ein unrealisierter Verlust von 12 Mio € direkt im Eigenkapital ausgewiesen.

[23] Sonstige Aktiva und Passiva

Die folgenden Tabellen zeigen die Zusammensetzung der sonstigen Aktiva und Passiva.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Sonstige Aktiva:		
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Forderungen aus Bar- und Ausgleichszahlungen	56.492	34.277
Forderungen aus Prime-Brokerage-Geschäften	17.844	44.389
Forderungen aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	8.383	14.307
Forderungen aus Wertpapierkassageschäften	21.339	58.186
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	104.058	151.159
Forderungen aus Zinsabgrenzungen	4.657	7.549
Sonstige	29.114	24.930
Sonstige Aktiva insgesamt	137.829	183.638

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Sonstige Passiva:		
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Verbindlichkeiten aus Bar- und Ausgleichszahlungen	40.955	17.029
Verbindlichkeiten aus Prime-Brokerage-Geschäften	46.602	39.944
Verbindlichkeiten aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	4.530	12.535
Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften	19.380	58.901
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	111.467	128.409
Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen	5.112	6.785
Sonstige	44.019	36.250
Sonstige Passiva insgesamt	160.598	171.444

[24] Einlagen

Die Einlagen setzen sich wie folgt zusammen.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Unverzinsliche Sichteinlagen	34.211	30.187
Verzinsliche Einlagen		
Sichteinlagen	143.702	144.349
Termineinlagen	152.481	236.071
Spareinlagen	65.159	47.339
Verzinsliche Einlagen insgesamt	361.342	427.759
Summe der Einlagen	395.553	457.946

[25] Rückstellungen

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der einzelnen Rückstellungsarten.

in Mio €	Operationelle Risiken/ Rechts- streitigkeiten	Sonstige	Insgesamt ¹
Bestand zum 1. Januar 2007	919	593	1.512
Veränderungen des Konsolidierungskreises	15	- 32	- 17
Zuführungen zu Rückstellungen	266	362	628
Verwendungen von Rückstellungen	- 382	- 310	- 692
Auflösungen von Rückstellungen	- 139	- 143	- 282
Effekte aus Wechselkursveränderungen/Änderung des Diskontierungssatzes	- 62	- 11	- 73
Bestand zum 31. Dezember 2007	617	459	1.076
Veränderungen des Konsolidierungskreises	1	21	22
Zuführungen zu Rückstellungen	275	217	492
Verwendungen von Rückstellungen	- 75	- 135	- 210
Auflösungen von Rückstellungen	- 61	- 111	- 172
Effekte aus Wechselkursveränderungen/Änderung des Diskontierungssatzes	5	- 5	-
Bestand zum 31. Dezember 2008	762	446	1.208

¹ Für die übrigen in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen wird auf Note [16] des Konzernabschlusses verwiesen, in der die Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft offengelegt werden.

Rückstellungen für operationelle Risiken und Rechtsrisiken

Der Konzern definiert das operationelle Risiko als den potenziellen Eintritt von Verlusten im Zusammenhang mit Mitarbeitern, Technologie, Projekten, Vermögenswerten sowie den Beziehungen zu Kunden, anderen Dritten oder Aufsichtsbehörden, die unter anderem durch unvorhersehbare Ereignisse, Geschäftsunterbrechung, unangemessen definierte oder fehlgeschlagene Prozesse beziehungsweise einen Ausfall von Kontrollmechanismen und Systemen ausgelöst werden.

Infolge der Charakteristik seiner Geschäftsaktivitäten ist der Konzern in Deutschland und in einer Reihe von anderen Ländern, darunter den Vereinigten Staaten, in Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördliche Verfahren verwickelt, wie sie im normalen Geschäftsverlauf vorkommen. Gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften bildet der Konzern für potenzielle Verluste aus ungewissen Verbindlichkeiten einschließlich ungewisser Verbindlichkeiten bezüglich dieser Verfahren Rückstellungen, wenn der potenzielle Verlust wahrscheinlich und schätzbar ist.

Ungewisse Verbindlichkeiten in Bezug auf rechtliche Verfahren unterliegen zahlreichen Unwägbarkeiten; das Ergebnis der einzelnen Verfahren kann nicht mit Gewissheit vorhergesagt werden. Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung von ungewissen Verbindlichkeiten erfordern in großem Umfang Einschätzungen, die endgültige Verbindlichkeit des Konzerns kann hiervon erheblich abweichen. Die bilanzierten Gesamtverbindlichkeiten des Konzerns bezüglich Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördlicher Verfahren werden auf Basis der Einzelfälle festgelegt und sind eine Einschätzung der wahrscheinlichen Verluste unter Berücksichtigung des Fortgangs der einzelnen Verfahren, der Erfahrungen des Konzerns und der Erfahrungen Dritter in vergleichbaren Fällen, der Gutachten von Rechtsanwälten und anderer Faktoren. Obwohl die endgültige Erledigung dieser Fälle wesentliche Auswirkungen auf das Konzernergebnis für einen bestimmten Berichtszeitraum haben kann, ist der Konzern der Überzeugung, dass seine Finanzlage davon nicht wesentlich beeinflusst werden wird. Hinsichtlich jeder der nachstehend dargestellten Verfahren, von denen die Mehrzahl mehrere Streitgegenstände umfasst, sind nach Einschätzung des Konzerns die voraussichtlich jeweils möglichen Verluste in Bezug auf jede Streitigkeit, welche die Rückstellungen übersteigen, entweder nicht wesentlich oder nicht schätzbar.

Im Folgenden werden die wesentlichen Rechtsstreitigkeiten des Konzerns näher beschrieben.

Steuerbezogene Finanzprodukte. Die Deutsche Bank AG, einige mit ihr verbundene Unternehmen sowie jetzige und frühere Mitarbeiter (gemeinsam als „Deutsche Bank“ bezeichnet) sind Beklagte in einer Reihe von Rechtsstreitigkeiten mit Kunden im Zusammenhang mit steuerbezogenen Geschäften. Die Deutsche Bank hat für diese Kunden, die von verschiedenen Wirtschaftsprüfern, Rechtsanwälten und Finanzberatern beraten wurden, Finanzprodukte und -dienstleistungen bereitgestellt. Die Kunden haben aufgrund dieser Geschäfte Steuervorteile gegenüber den US-Steuerbehörden geltend gemacht, die jedoch von diesen nicht anerkannt wurden. Die Kunden behaupten, die Deutsche Bank und die professionellen Berater hätten sie unzulässigerweise dahin gehend irregeführt, dass die geltend gemachten Steuervorteile von den US-Steuerbehörden anerkannt würden. Die Klageverfahren sind bei verschiedenen Bundes- und einzelstaatlichen Gerichten sowie vor Schiedsgerichten in den USA anhängig und beziehen sich auf die Verletzung sowohl von Bundesrecht als auch des Rechts einzelner Bundesstaaten. Es handelt sich sowohl um Einzelklagen als auch um angebliche Sammelklagen. Gegenüber der Deutschen Bank ist keine Klägergruppe (Litigation Class) zugelassen worden. Etwa 86 Verfahren wurden endgültig beigelegt und durch Klageabweisung beendet. Etwa acht weitere Verfahren sind noch gegen die Deutsche Bank anhängig und befinden sich in verschiedenen Vorverhandlungsphasen (Pre-trial Stages), einschließlich der wechselseitigen Auskunftserteilung (Discovery). Gegenüber der Bank werden darüber hinaus auch außergerichtlich zahlreiche Ansprüche geltend gemacht; einige dieser Ansprüche wurden beigelegt.

Das US-Justizministerium (Department of Justice – „DOJ“) führt außerdem strafrechtliche Ermittlungen wegen steuerbezogener Geschäfte durch, die etwa zwischen 1997 und 2001 durchgeführt wurden. In diesem Zusammenhang hat das DOJ von der Deutschen Bank verschiedene Unterlagen und andere Informationen angefordert und das Handeln verschiedener Personen und Unternehmen einschließlich der Deutschen Bank bei diesen Geschäften untersucht. Im zweiten Halbjahr 2005 erhob das DOJ gegen zahlreiche Personen (die „Einzelpersonen“) Anklage wegen ihrer Beteiligung an steuerbezogenen Geschäften, als sie bei anderen Unternehmen als der Deutschen Bank beschäftigt waren. Ebenfalls im zweiten Halbjahr 2005 schloss das DOJ mit einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (die „Wirtschaftsprüfungsgesellschaft“) eine Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung (Deferred Prosecution Agreement), wonach das DOJ von der Strafverfolgung gegen die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wegen ihrer Beteiligung an verschiedenen steuerbezogenen Geschäften unter der Bedingung absieht, dass die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die

Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung erfüllt. Am 14. Februar 2006 gab das DOJ bekannt, dass es mit einem Finanzinstitut (das „Finanzinstitut“) eine Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung abgeschlossen hat, wonach das DOJ von der Strafverfolgung gegen das Finanzinstitut wegen dessen Rolle bei der Erbringung von Finanzprodukten und -dienstleistungen unter der Bedingung absieht, dass das Finanzinstitut die Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung erfüllt. Die Deutsche Bank hat ähnliche Finanzprodukte und -dienstleistungen für gleiche oder ähnliche steuerbezogene Geschäfte bereitgestellt wie diejenigen, die Gegenstand der oben genannten strafrechtlichen Vorwürfe sind. Die Deutsche Bank hat auch Finanzprodukte und -dienstleistungen für weitere steuerbezogene Geschäfte bereitgestellt. Die Ermittlungen des DOJ dauern an. Im Dezember 2008 wurden nach einem Prozess gegen vier Einzelpersonen drei Einzelpersonen strafrechtlich verurteilt. Die Deutsche Bank führt mit dem DOJ Gespräche über die Einstellung des Verfahrens.

Kirch. Im Mai 2002 erhob Dr. Leo Kirch aus behauptetem eigenem und abgetretenem Recht zweier ehemals zur Kirch-Gruppe gehörender Unternehmen, der PrintBeteiligungs GmbH und der Konzernholdinggesellschaft Taurus-Holding GmbH & Co. KG, Klage gegen Dr. Rolf-E. Breuer und die Deutsche Bank AG und machte geltend, eine Äußerung von Dr. Breuer (seinerzeit Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG), die dieser in einem Interview mit Bloomberg TV am 4. Februar 2002 zur Kirch-Gruppe gemacht hatte, sei rechtswidrig und habe Vermögensschäden verursacht.

Am 24. Januar 2006 hat der BGH dieser Schadensersatzfeststellungsklage, die nicht den Nachweis eines durch die Interviewäußerung verursachten Vermögensschadens voraussetzt, nur aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH stattgegeben. Die PrintBeteiligungs GmbH ist die einzige Gesellschaft der Kirch-Gruppe, die seinerzeit Kreditnehmerin der Deutschen Bank AG war. Ansprüche von Herrn Dr. Kirch persönlich und der Taurus-Holding GmbH & Co. KG wurden abgewiesen. Im Mai 2007 erhob Dr. Kirch Zahlungsklage aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH gegen die Deutsche Bank AG und Dr. Breuer in Höhe von zunächst circa 1,6 Mrd € (die Berechnung hängt unter anderem von der Entwicklung des Börsenkurses der Aktie der Axel Springer AG ab) nebst Zinsen. Zwischenzeitlich hat Herr Dr. Kirch seine Schadensberechnung geändert und fordert nun circa 1,3 Mrd € zuzüglich Zinsen. In diesem Verfahren muss er im Einzelnen nachweisen, dass und in welcher Höhe der PrintBeteiligungs GmbH durch die Äußerung ein finanzieller Schaden entstanden ist. Nach Meinung des Konzerns ist die Kausalität für Grund und Höhe des geltend gemachten Schadens jedoch nicht ausreichend dargelegt worden.

Am 31. Dezember 2005 erhob die KGL Pool GmbH Klage gegen die Deutsche Bank AG und Dr. Breuer. Die KGL Pool GmbH hat sich angebliche Ansprüche diverser Tochtergesellschaften der Kirch-Gruppe abtreten lassen. Die Klage zielt auf die Feststellung einer gesamtschuldnerischen Schadensersatzpflicht der Deutschen Bank AG und von Dr. Breuer wegen jenes Interviews und des Verhaltens der Deutschen Bank AG in Bezug auf verschiedene Unternehmen der Kirch-Gruppe. Im Dezember 2007 erweiterte die KGL Pool GmbH ihre Klage um einen Antrag auf Zahlung von Schadensersatz in Höhe von etwa 2,0 Mrd € nebst Zinsen als Entschädigung für behauptete Schäden, die zwei Unternehmen der ehemaligen Kirch-Gruppe angeblich aufgrund der Äußerung von Dr. Breuer erlitten hätten. Nach Meinung des Konzerns besteht für solche Ansprüche mangels einer entsprechenden Vertragsbeziehung zu irgendeiner dieser Gesellschaften keine Grundlage. Im Übrigen ist die Kausalität für Grund und Höhe des geltend gemachten Schadens und die wirksame Abtretung der behaupteten Ansprüche an die KGL Pool GmbH nicht ausreichend dargelegt worden.

Kreditbezogene Rechtsstreitigkeiten. Die Deutsche Bank hat Vorladungen und Informationsanfragen von Aufsichtsbehörden und Regierungsbehörden erhalten, die sich auf die Aktivitäten der Deutschen Bank bei der Gewährung, dem Erwerb und der Verbriefung von Wohnungsbaukrediten minderer Bonität (Subprime) und nicht minderer Bonität (Non-Subprime) beziehen. Die Deutsche Bank kooperiert in Bezug auf diese Vorladungen und Informationsanfragen in vollem Umfang mit den Behörden. Ferner ist die Deutsche Bank hinsichtlich des Geschäfts mit Wohnungsbaukrediten Beklagte in diversen zivilrechtlichen Verfahren (darunter als Sammelklagen bezeichnete Verfahren) nach dem U.S. Securities Act von 1933 sowie allgemeinen Rechtsgrundsätzen (Common Law) in Einzelstaaten. Zu diesen Verfahren gehören (1) zwei als Sammelklagen bezeichnete Verfahren bei dem California Superior Court in Los Angeles County, die sich auf die Rolle der Deutsche Bank-Tochtergesellschaft, Deutsche Bank Securities Inc. (die „DBSI“) und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter, von der Countrywide Financial Corporation oder einem mit ihr verbundenen Unternehmen begebener Wertpapiere und Mortgage Pass-through Certificates beziehen, (2) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Southern District of New York, das sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter, von verbundenen Unternehmen der Novastar Mortgage Funding Corporation begebener Mortgage Pass-through Certificates bezieht, (3) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem California Superior Court in Los Angeles County, das sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter, von verbundenen Unternehmen der IndyMac MBS, Inc. begebenen Mortgage Pass-through Certificates bezieht, (4) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Southern District of New York, das sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter, von verbundenen Unternehmen der Wells Fargo Asset Securities Corporation begebenen Mortgage Pass-through Certificates bezieht, und (5) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem New York Supreme Court in New York County, das sich auf die Rolle etlicher Finanzinstitute, darunter auch die DBSI als Platzeur und die Deutsche Bank Trust Company America, eine Tochtergesellschaft der Deutschen Bank, als Treuhänder verschiedener Mortgage Pass-through Certificates bezieht, die von verbundenen Unternehmen der Residential Accredited Loans, Inc. begeben wurden. Ferner sind einige Konzerngesellschaften der Deutschen Bank einschließlich der DBSI Beklagte in einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren bei dem United States District Court for the Eastern District of New York, das sich auf ihre Rollen als Emittenten und Platzeure für bestimmte Mortgage Pass-through Securities bezieht. Alle diese zivilrechtlichen Verfahren befinden sich in einem frühen Stadium.

Auction Rate Securities. Die Deutsche Bank und DBSI sind an einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren beteiligt, das bei dem United States District Court for the Southern District of New York eingereicht wurde und in dem Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen für alle Personen und Stellen geltend gemacht werden, die von Deutscher Bank und DBSI zwischen dem 17. März 2003 und dem 13. Februar 2008 angebotene Auction Rate Preferred Securities und Auction Rate Securities (Wertpapiere mit variablem, in Auktionen festgesetztem Zinssatz – zusammen „ARS“) gekauft haben und noch halten. DBSI und Deutsche Bank Alex. Brown, ein Geschäftsbereich der DBSI, sind auch Beklagte in vier Einzelklagen, in denen verschiedene Ansprüche von vier ARS-Anlegern nach den US-Bundeswertpapiergesetzen und allgemeinen Rechtsgrundsätzen in Einzelstaaten behauptet werden. Die als Sammelklagen bezeichneten Verfahren und drei der Einzelklagen befinden sich in frühen Stadien. Eine Einzelklage wurde abgewiesen. Die Deutsche Bank ist auch gemeinsam mit zehn weiteren Finanzinstituten in zwei als Sammelklage bezeichneten und beim United States District Court for the Southern District of New York eingereichten Klagen Beklagte, welche die Verletzung kartellrechtlicher Bestimmungen behaupten. In den als Sammelklage bezeichneten Klagen, die sich in frühen Verfahrensstadien befinden, wird behauptet, die Beklagten hätten konspiriert, um den ARS-Markt zu stützen und schließlich im Februar 2008 zu beschränken.

Im Zusammenhang mit Untersuchungen des Angebots und Vertriebs von ARS hat die Deutsche Bank außerdem aufsichtsrechtliche Anfragen der Securities and Exchange Commission („SEC“) und einzelstaatlicher Aufsichtsbehörden erhalten. Im August 2008 hat die Deutsche Bank Grundsatzvereinbarungen mit dem New York Attorney General's Office („NYAG“) und einem Sonderdezernat der North American Securities Administration Association („NASAA“), die ein Konsortium anderer Einzelstaaten und US-Besitzungen vertritt, abgeschlossen, wonach sich die Deutsche Bank und ihre Tochtergesellschaften dazu verpflichtet haben, von ihren Privatkunden, kleineren und mittleren institutionellen sowie Kunden, die mildtätige Organisationen sind, ARS zu kaufen, die diese Kunden vor dem 13. Februar 2008 erworben haben, sowie zügig Lösungen für die Liquidität ihrer größeren institutionellen Kunden, welche von der Deutschen Bank und ihren Tochtergesellschaften ARS erworben haben, zu erarbeiten und eine Strafe in einer Gesamtsumme in Höhe von 15 Mio US-\$ an das NYAG und die NASAA zu zahlen. Die Ermittlungen der SEC dauern an.

ÖBB. Im September 2005 schloss die Deutsche Bank AG einen Portfolio Credit Default Swap („PCDS“) mit der ÖBB Infrastruktur Bau AG („ÖBB“), einer Tochtergesellschaft der Österreichischen Bundesbahnen-Holding Aktiengesellschaft. Unter dem PCDS übernahm die ÖBB das Ausfallrisiko einer mit AAA gerateten Tranche über 612 Mio € aus einem diversifizierten Portfolio von Unternehmen und Asset-backed Securities („ABS“). Aufgrund der Entwicklung des ABS-Markts seit Mitte 2007 entwickelte sich der Marktwert des PCDS negativ und ÖBB verzeichnete für die Position erhebliche Marktwertverluste und beabsichtigt, im Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2008 Rückstellungen in Höhe des gesamten Nominalwerts des PCDS zu bilden.

Im Juni 2008 erhob die ÖBB beim Handelsgericht in Wien Klage gegen die Deutsche Bank AG und beantragte, den PCDS für rechtsunwirksam erklären zu lassen. Die ÖBB ist der Auffassung, dass das Geschäft gegen österreichische Rechtsvorschriften verstoße, und behauptet, über bestimmte Merkmale des PCDS nicht zutreffend informiert worden zu sein. Die Klage der ÖBB wurde im Januar 2009 vom Handelsgericht abgewiesen. ÖBB hat erklärt, dass sie gegen das Urteil Berufung einlegen wird.

Sonstige Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen umfassen verschiedene personalunabhängige Rückstellungen, die nicht in den sonstigen speziellen Rückstellungen erfasst werden, einschließlich Restrukturierungsrückstellungen. Restrukturierungsrückstellungen werden im Zusammenhang mit Akquisitionen sowie der Umstrukturierung von Geschäftsaktivitäten aufgestellt. Die sonstigen Kosten beinhalten, unter anderem, insbesondere Aufwendungen für Kündigungen von Mietverträgen und damit verbundene Kosten.

[26] Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen

Die nachstehende Tabelle enthält eine Zusammenfassung der sonstigen kurzfristigen Geldaufnahmen des Konzerns.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen:		
Commercial Paper	26.095	31.187
Sonstige	13.020	22.223
Summe der sonstigen kurzfristigen Geldaufnahmen	39.115	53.410

[27] Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)

Langfristige Verbindlichkeiten

Die folgende Tabelle fasst die langfristigen Verbindlichkeiten des Konzerns, gegliedert nach vertraglichen Laufzeiten, zusammen.

Restlaufzeiten in Mio €	Fällig in 2009	Fällig in 2010	Fällig in 2011	Fällig in 2012	Fällig in 2013	Fällig nach 2013	Insgesamt 31.12.2008	Insgesamt 31.12.2007
Vorrangige Verbindlichkeiten:								
Anleihen und Schuldverschreibungen:								
mit fester Verzinsung	10.851	6.571	13.173	11.037	7.642	27.253	76.527	72.173
mit variabler Verzinsung	9.306	8.513	6.225	9.066	3.866	12.151	49.127	46.384
Nachrangige Verbindlichkeiten:								
Anleihen und Schuldverschreibungen:								
mit fester Verzinsung	696	7	293	167	1.163	1.454	3.780	3.883
mit variabler Verzinsung	1.372	1.376	974	499	47	154	4.422	4.263
Summe der langfristigen Verbindlichkeiten	22.225	16.467	20.665	20.769	12.718	41.012	133.856	126.703

In den Geschäftsjahren 2008 und 2007 war der Konzern mit keiner seiner Tilgungs- oder Zinszahlungen in Verzug und kam allen Verpflichtungen nach.

Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)

Die folgende Tabelle fasst die fest und variabel verzinslichen hybriden Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities) des Konzerns zusammen. Diese stellen Finanzinstrumente ohne festgelegtes Fälligkeitsdatum dar und können im Ermessen des Konzerns zu bestimmten Zeitpunkten in der Zukunft getilgt werden.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
mit fester Verzinsung	9.147	3.911
mit variabler Verzinsung	582	2.434
Summe der hybriden Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	9.729	6.345

Zusätzliche Anhangangaben

[28] Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien

Der Konzern setzt derivative Finanzinstrumente auf Deutsche Bank-Aktien zur Bedienung von Ansprüchen der Mitarbeiter aus der aktienbasierten Vergütung sowie zu Handelszwecken ein. Terminkäufe und geschriebene Verkaufsoptionen, bei denen dem Kontrakt Aktien der Deutschen Bank zugrunde liegen, werden als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesen, sofern diesen Instrumenten die Lieferung einer festen Anzahl von Aktien gegen einen festen Geldbetrag zugrunde liegt. Zum 31. Dezember 2008 belief sich die Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien auf 4 Mio € (2007: 3,6 Mrd €) wie in der nachstehenden Tabelle zusammengefasst.

	31.12.2008				31.12.2007			
	Betrag der Verpflichtung	Anzahl der Aktien	Gewichteter durchschnittlicher Termin-/Ausübungspreis	Fälligkeit	Betrag der Verpflichtung	Anzahl der Aktien	Gewichteter durchschnittlicher Termin-/Ausübungspreis	Fälligkeit
	in Mio €	in Mio	in €		in Mio €	in Mio	in €	
Terminkäufe	–	–	–	> 3 Monate – 1 Jahr	864	13,5	63,84	> 3 Monate – 1 Jahr
	–	–	–	> 1 Jahr – 5 Jahre	2.678	31,8	84,27	> 1 Jahr – 5 Jahre
Geschriebene Verkaufsoptionen	4	0,1	80,00	> 3 Monate – 1 Jahr	7	0,1	49,73	> 3 Monate – 1 Jahr
	–	–	–	> 1 Jahr – 5 Jahre	4	0,1	80,00	> 1 Jahr – 5 Jahre
Insgesamt	4	0,1			3.553	45,5		

Im Dezember 2008 hat der Konzern beschlossen, bestehende Terminkaufkontrakte über insgesamt 33,6 Mio Deutsche Bank-Aktien von der bisherigen Lieferung von Aktien auf Geldausgleich umzustellen. Die Terminkaufkontrakte wurden für die Bedienung von Ansprüchen von Mitarbeitern aus aktienbasierten Vergütungsprogrammen genutzt. Infolge dieser Änderung wurden die Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien sowie der zugehörige Abzugsposten vom Eigenkapital ausgebucht. Der negative Marktwert der Derivate zum Stichtag dieser Änderung wurde als Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtung erfasst und korrespondierend wurde die Kapitalrücklage vermindert.

[29] Stammaktien

Stammaktien

Das Gezeichnete Kapital der Deutschen Bank besteht aus nennwertlosen Namensaktien. Nach deutschem Recht entspricht jede Aktie einem gleich hohen Anteil am Gezeichneten Kapital. Demnach beträgt der rechnerische Nominalwert jeder Aktie 2,56 €, der sich mittels Division des Gezeichneten Kapitals durch die Anzahl der Aktien ergibt.

Anzahl der Aktien	Ausgegeben und voll eingezahlt	Im Eigenbestand	Ausstehende
Stammaktien, 1. Januar 2007	524.768.009	- 26.117.735	498.650.274
Ausgabe von Aktien im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	5.632.091	-	5.632.091
Erwerb Eigener Aktien	-	- 414.516.438	- 414.516.438
Verkauf oder Zuteilung Eigener Aktien	-	411.299.354	411.299.354
Stammaktien, 31. Dezember 2007	530.400.100	- 29.334.819	501.065.281
Ausgabe von Aktien im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	458.915	-	458.915
Kapitalerhöhung	40.000.000	-	40.000.000
Erwerb Eigener Aktien	-	- 369.614.111	- 369.614.111
Verkauf oder Zuteilung Eigener Aktien	-	390.756.870	390.756.870
Stammaktien, 31. Dezember 2008	570.859.015	- 8.192.060	562.666.955

Alle ausgegebenen Stammaktien sind voll eingezahlt.

Für den Eigenbestand erworbene Aktien beinhalten sowohl Aktien, die vom Konzern über einen bestimmten Zeitraum gehalten werden, als auch Aktien, die mit der Absicht erworben wurden, sie kurzfristig wieder zu veräußern. Darüber hinaus wurden Aktienrückkaufprogramme aufgelegt. Im Rahmen dieser Programme erworbene Aktien werden unter anderem für aktienbasierte Vergütungsprogramme verwendet und erlauben es dem Konzern, Kapitalbedarf und -ausstattung auszugleichen. Das fünfte Rückkaufprogramm wurde im Mai 2007 abgeschlossen, als das sechste Rückkaufprogramm aufgelegt wurde. Es wurde im Mai 2008 abgeschlossen und seitdem ist kein neues Aktienrückkaufprogramm mehr begonnen worden. Im vierten Quartal 2008 wurde der Großteil der verbleibenden Aktien am Markt verkauft. Alle derartigen Transaktionen wurden im Eigenkapital ausgewiesen, Gewinne und Verluste aus diesen Aktivitäten wurden nicht ergebniswirksam.

Am 22. September 2008 hat die Deutsche Bank AG 40 Millionen neue Stammaktien zu 55 € pro Aktie emittiert, was einem gesamten Emissionserlös in Höhe von 2,2 Mrd € entspricht. Die neuen Aktien wurden aus genehmigtem Kapital mit vollem Dividendenrecht für das Geschäftsjahr 2008 und ohne Bezugsrecht emittiert.

Genehmigtes und bedingtes Kapital

Das Gezeichnete Kapital der Deutschen Bank kann durch die Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlagen, in einigen Fällen auch gegen Sacheinlagen, erhöht werden. Zum 31. Dezember 2008 verfügte die Deutsche Bank über ein genehmigtes Kapital von 308.600.000 €, das in Teilbeträgen mit unterschiedlichen Fristen bis zum 30. April 2012 begeben werden kann.

Genehmigtes Kapital	Befristet bis
150.000.000 €	30. April 2009
128.000.000 € ¹	30. April 2011
30.600.000 €	30. April 2012

¹ Kapitalerhöhungen können zum Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen gegen Sacheinlagen vorgenommen werden.

Die Hauptversammlung am 29. Mai 2008 hat den Vorstand ergänzend ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geld- oder Sacheinlagen um bis zu 140.000.000 € zu erhöhen. Dieses genehmigte Kapital war zum 31. Dezember 2008 noch nicht im Handelsregister eingetragen. Es wird erst mit der Eintragung in das Handelsregister wirksam. Es kann bis zum 30. April 2013 ausgenutzt werden.

Das bedingte Kapital der Deutschen Bank belief sich auf 153.815.099 €. Es wird für verschiedene Instrumente vorgehalten, die potenziell in Stammaktien umgewandelt werden können.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 2. Juni 2004 ermächtigt, bis zum 30. April 2009 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine, denen Inhaberoptionscheine beigelegt oder die mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden können, sowie Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen zu begeben. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital um bis zu 150.000.000 € bedingt erhöht.

Für Optionsrechte aus dem DB Global Partnership Plan, die bis zum 10. Mai 2003 gewährt werden konnten, stand ein bedingtes Kapital in Höhe von 51.200.000 € zur Verfügung. Für weitere Optionsrechte, die bis zum 20. Mai 2005 gewährt werden konnten, betrug das bedingte Kapital 64.000.000 €. Zum 31. Dezember 2008 waren 980.143 Optionsrechte gewährt und nicht ausgeübt. Nach Maßgabe dieses Plans kann das Kapital daher noch um 2.509.166 € erhöht werden. Außerdem wurde der Vorstand von der Hauptversammlung am 17. Mai 2001 mit Zustimmung des Aufsichtsrats ermächtigt, bis zum 31. Dezember 2003 bis zu 12.000.000 Optionsrechte auf Deutsche Bank-Aktien auszugeben. Zum 31. Dezember 2008 waren 510.130 von diesen Optionsrechten aus dem DB Global Share Plan (vor 2004) gewährt und nicht ausgeübt. Im Rahmen dieses Plans kann das Kapital daher noch um 1.305.933 € erhöht werden. Diese Pläne werden in Note [31] erläutert.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 29. Mai 2008 ermächtigt, bis zum 30. April 2013 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine, denen Inhaberoptionscheine beigelegt oder die mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden können, sowie Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen zu begeben. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital um bis zu 150.000.000 € bedingt erhöht. Dieses bedingte Kapital war zum 31. Dezember 2008 noch nicht im Handelsregister eingetragen. Es wird erst mit der Eintragung in das Handelsregister wirksam.

Dividendenzahlungen

Die nachfolgende Tabelle zeigt die vorgeschlagenen oder beschlossenen Dividendenzahlungen für die Geschäftsjahre 2008, 2007 und 2006.

	2008 (vorgeschlagen)	2007	2006
Bardividende ¹ (in Mio €)	310	2.274	2.005
Bardividende je Aktie (in €)	0,50	4,50	4,00

¹ Die Bardividende für 2008 basiert auf der maximal möglichen Anzahl dividendenberechtigter Aktien für das Geschäftsjahr 2008.

Seit dem Bilanzstichtag wurden keine Dividendenzahlungen beschlossen.

[30] Veränderung des Eigenkapitals

in Mio €	2008	2007	2006
Stammaktien			
Bestand am Jahresanfang	1.358	1.343	1.420
Kapitalerhöhung	102	–	–
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen begebene Stammaktien	1	15	25
Einziehung von Stammaktien	–	–	– 102
Bestand am Jahresende	1.461	1.358	1.343
Kapitalrücklage			
Bestand am Jahresanfang	15.808	15.246	14.464
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	225	122	– 258
Kapitalerhöhung	2.098	–	–
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen begebene Stammaktien	17	377	663
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	– 136	– 44	285
Veränderungen derivativer Finanzinstrumente auf Deutsche Bank-Aktien	– 1.815	–	–
Optionsprämien aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	3	76	– 81
Gewinne/Verluste (–) aus dem Verkauf Eigener Aktien	– 1.191	28	171
Sonstige	– 48	3	2
Bestand am Jahresende	14.961	15.808	15.246
Gewinnrücklagen			
Bestand (angepasst) am Jahresanfang ¹	26.051	20.900	18.221
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	– 3.835	6.474	6.070
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (–) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	– 1	486	84
Gezahlte Bardividende	– 2.274	– 2.005	– 1.239
Dividende bezüglich der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	226	277	180
Gewinne aus dem Verkauf Eigener Aktien	–	–	191
Einziehung von Stammaktien	–	–	– 2.667
Sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	– 4	3	60
Sonstige	– 89	– 84	–
Bestand am Jahresende	20.074	26.051	20.900
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten			
Bestand am Jahresanfang	– 2.819	– 2.378	– 3.368
Käufe von Aktien	– 21.736	– 41.128	– 38.830
Verkäufe von Aktien	22.544	39.677	35.998
Einziehung von Aktien	–	–	2.769
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	1.072	1.010	1.053
Bestand am Jahresende	– 939	– 2.819	– 2.378
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien			
Bestand am Jahresanfang	– 3.552	– 4.307	– 4.449
Zugänge	– 366	– 1.292	– 2.140
Abgänge	1.225	2.047	2.282
Veränderungen derivativer Finanzinstrumente auf Deutsche Bank-Aktien	2.690	–	–
Bestand am Jahresende	– 3	– 3.552	– 4.307
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (–), nach Steuern			
Bestand (angepasst) am Jahresanfang ²	1.047	2.365	2.751
Veränderung unrealisierter Gewinne/Verluste (–) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach darauf entfallenden Steuern und sonstigen Anpassungen ³	– 4.517	427	466
Veränderung unrealisierter Gewinne/Verluste (–) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern, nach Steuern ⁴	– 297	– 7	– 54
Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern ⁵	– 1.084	– 1.738	– 798
Bestand am Jahresende	– 4.851	1.047	2.365
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital zum Bilanzstichtag	30.703	37.893	33.169
Minderheitsanteile			
Bestand am Jahresanfang	1.422	717	624
Minderheitsanteile am Ergebnis	– 61	36	9
Zugänge	732	1.048	744
Abgänge und Dividendenzahlungen	– 906	– 346	– 624
Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern	24	– 33	– 36
Bestand am Jahresende	1.211	1.422	717
Eigenkapital einschließlich Minderheitsanteilen zum Bilanzstichtag	31.914	39.315	33.886

1 Im Zusammenhang mit den in Note [1] dargestellten Änderungen der Bilanzierungsmethoden und anderen Anpassungen wurden für die am 31. Dezember 2008, 2007 und 2006 endenden Geschäftsjahre die Bestände am Jahresanfang um jeweils 935 Mio €, 449 Mio € und 365 Mio € erhöht.

2 Im Zusammenhang mit den in Note [1] dargestellten Änderungen der Bilanzierungsmethoden und anderen Anpassungen wurden für die am 31. Dezember 2008 und 2007 endenden Geschäftsjahre die Bestände am Jahresanfang um jeweils minus 86 Mio € und minus 38 Mio € vermindert.

3 Davon minus 32 Mio €, minus 9 Mio € und minus 84 Mio € für die Geschäftsjahre 2008, 2007 und 2006 aus dem Anteil des Konzerns an der Veränderung des Eigenkapitals von assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen.

4 Davon minus 119 Mio € und minus 7 Mio € für die Geschäftsjahre 2008 und 2006 aus dem Anteil des Konzerns an der Veränderung des Eigenkapitals von assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen.

5 Davon 19 Mio €, minus 12 Mio € und 1 Mio € für die Geschäftsjahre 2008, 2007 und 2006 aus dem Anteil des Konzerns an der Veränderung des Eigenkapitals von assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen.

[31] Aktienbasierte Vergütungen

Für Neubegabungen in 2008 genutzte aktienbasierte Vergütungspläne

Im Konzern werden aktienbasierte Vergütungen derzeit hauptsächlich unter drei Plänen gewährt. Alle Pläne gewähren das Recht, unter bestimmten Bedingungen Deutsche Bank-Stammaktien nach Ablauf einer bestimmten Zeit zu erhalten. Die Teilnehmer an einem aktienbasierten Vergütungsplan besitzen keinen Anspruch auf die Ausschüttung von Dividenden, solange die Stammaktien noch nicht an sie ausgegeben wurden. Die nachstehende Übersicht fasst die wesentlichen Merkmale dieser drei Pläne zusammen.

Plan		Anwartschaftsfrist	Spezielle Regelungen für vorgezogenen Ruhestand	Anspruchsberechtigung
Global Partnership Plan Equity Units	Jährliche Vergütungskomponente	80 % : 24 Monate ¹	Nein	Vorstand
		20 % : 42 Monate		
DB Equity Plan	Jährliche Vergütungskomponente	50 % : 24 Monate	Ja	Jährlich gewährte Bleibeprämie für ausgewählte Mitarbeiter
		25 % : 36 Monate		
		25 % : 48 Monate		
	Außerordentliche Vergütungskomponente	Individuelle Festlegung ²	Nein	Ausgewählte Mitarbeiter mit dem Ziel, Schlüsselkompetenzen zu gewinnen oder zu halten
Global Share Plan – Deutschland		100 % : 12 Monate	Nein	Mitarbeiter in Deutschland, Gewährung von bis zu 10 Aktienrechten je Mitarbeiter ³

¹ Auslieferung erfolgt nach weiteren 18 Monaten.

² Gewichteter Durchschnitt der maßgeblichen Dienstzeit: 12 Monate.

³ Teilnehmer müssen zum Zeitpunkt der Gewährung mindestens ein Jahr für den Konzern gearbeitet haben und in einem ungekündigten Arbeitsverhältnis stehen.

Die Aktienrechte können ganz oder teilweise verfallen, wenn der Teilnehmer sein Arbeitsverhältnis vor Ablauf der relevanten Anwartschaftsfrist auf eigenen Wunsch beendet. Die DB Equity Plan-Regeln für einen vorgezogenen Ruhestand erlauben jedoch auch im Fall eines Ausscheidens auf eigenen Wunsch den Fortbestand der Anwartschaft, wenn bestimmte Bedingungen bezüglich Alter beziehungsweise Dienstzeit erfüllt sind. Diese spezielle Regelung gilt dabei nur für Aktienrechte, die als jährliche Vergütungskomponente gewährt wurden.

In bestimmten Fällen wie der betriebsbedingten Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder dem Eintritt in den Ruhestand bleibt die Anwartschaft in der Regel bestehen. Die Anwartschaftsdauer wird abgekürzt, wenn das Arbeitsverhältnis aufgrund des Verlusts der Erwerbsfähigkeit oder durch Tod beendet wird.

In Ländern, in denen rechtliche oder sonstige Einschränkungen die Begebung von Aktien verhindern, wurde von 2007 an die Vergütung unter dem DB Equity Plan und dem Global Share Plan in einer Planvariante gewährt, die einen Barausgleich vorsieht.

In 2007 beabsichtigte der Vorstand, den Global Share Plan in seiner bestehenden Form einzustellen und durch länderspezifische Belegschaftsaktienprogramme zu ersetzen. Die Prüfung der neuen Belegschaftsaktienprogramme dauert derzeit an. Vor dem Hintergrund einer neuen Gesetzgebungsinitiative in Deutschland, die voraussichtlich in 2009 gültig werden wird und steuerlich optimierte Anreize für Mitarbeiterbeteiligung bietet, hat der Vorstand entschieden, letztmalig in 2008 den Global Share Plan für Deutschland zu gewähren.

Der Konzern verfügt über weitere lokale aktienbasierte Vergütungspläne, die weder einzeln noch insgesamt wesentlich für den Konzernabschluss sind.

Für Behebungen vor 2008 genutzte aktienbasierte Vergütungspläne

Aktienprogramme und Stock Appreciation Rights Plan

Vor dem Jahr 2008 hat der Konzern aktienbasierte Vergütungen im Rahmen einer Reihe anderer Pläne gewährt. Die nachstehende Übersicht fasst die wesentlichen Merkmale dieser Altprogramme zusammen.

Plan		Anwartschaftsfrist	Spezielle Regelungen für vorgezogenen Ruhestand	Anspruchsberechtigung	Letztmalig gewährt in
Restricted Equity Units (REU) Plan	Jährliche Vergütungskomponente	80 % : 48 Monate ¹ 20 % : 54 Monate	Ja	Jährlich gewährte Bleibprämie für ausgewählte Mitarbeiter	2006
	Jährliche Vergütungskomponente	1/3 : 6 Monate 1/3 : 18 Monate 1/3 : 30 Monate	Nein	Jährlich gewährte Bleibprämie für ausgewählte Mitarbeiter	2006
DB Share Scheme	Außerordentliche Vergütungskomponente	Individuelle Festlegung	Nein	Ausgewählte Mitarbeiter mit dem Ziel, Schlüsselkompetenzen zu gewinnen oder zu halten	2006
		Individuelle Festlegung	Nein	Ausgewählte Führungskräfte	2005
DB Key Employee Equity (KEEP) Plan		Ausübbar nach 36 Monaten, Verfall nach 72 Monaten	Nein	Ausgewählte Mitarbeiter	2002
Stock Appreciation Rights (SAR) Plan		100 % : 12 Monate	Nein	Alle Mitarbeiter, Gewährung von bis zu 10 Rechten je Mitarbeiter	2007

¹ Auslieferung erfolgt nach weiteren 6 Monaten.

Der REU Plan, DB Share Scheme und DB KEEP gewähren das Recht, unter bestimmten Bedingungen Deutsche Bank-Stammaktien nach Ablauf einer bestimmten Zeit zu erhalten. Die Teilnehmer an einem aktienbasierten Vergütungsplan besitzen keinen Anspruch auf die Ausschüttung von Dividenden, solange die Stammaktien noch nicht an sie ausgegeben wurden.

Die Rechte können ganz oder teilweise verfallen, wenn der Teilnehmer sein Arbeitsverhältnis vor Ablauf der relevanten Anwartschaftsfrist auf eigenen Wunsch beendet. Die REU Plan-Regeln für einen vorgezogenen Ruhestand erlauben jedoch auch im Fall eines Ausscheidens auf eigenen Wunsch den Fortbestand der Anwartschaft, wenn bestimmte Bedingungen bezüglich Alter beziehungsweise Dienstzeit erfüllt sind.

In bestimmten Fällen wie der betriebsbedingten Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder dem Eintritt in den Ruhestand bleibt die Anwartschaft in der Regel bestehen. Die Anwartschaftsdauer wird abgekürzt, wenn das Arbeitsverhältnis aufgrund des Verlusts der Erwerbsfähigkeit oder durch Tod beendet wird.

Unter dem SAR Plan erhielten berechtigte Mitarbeiter des Konzerns das Recht auf Auszahlung der Differenz zwischen dem Börsenkurs der Deutsche Bank-Stammaktie und einem festgelegten Basispreis. Die letzten unter dem SAR Plan gewährten Ansprüche erloschen in 2007.

Performanceoptionen

Die Deutsche Bank hat Performanceoptionen unter dem Global Partnership Plan und dem Global Share Plan (vor 2004) zu Vergütungszwecken eingesetzt. Nach Februar 2004 wurden unter diesen Plänen keine neuen Optionen ausgegeben. Per 31. Dezember 2008 waren alle Optionen ausübbar.

Die nachstehende Übersicht fasst die wesentlichen Merkmale der unter dem Global Share Plan (vor 2004) und dem Global Partnership Plan gewährten Performanceoptionen zusammen.

Plan	Gewährt im Jahr	Ausübungspreis	Zusätzliche Partnership Appreciation Rights	Ausübbar bis	Anspruchsberechtigung
Global Share Plan (vor 2004) Performanceoptionen	2001	87,66 €	Nein	Nov 2007	Alle Mitarbeiter ¹
	2002	55,39 €	Nein	Nov 2008	Alle Mitarbeiter ¹
	2003	75,24 €	Nein	Dez 2009	Alle Mitarbeiter ¹
Global Partnership Plan Performanceoptionen	2002	89,96 €	Ja	Feb 2008	Ausgewählte Führungskräfte
	2003	47,53 €	Ja	Feb 2009	Ausgewählte Führungskräfte
	2004	76,61 €	Ja	Feb 2010	Vorstand

¹ Teilnehmer müssen zum Zeitpunkt der Gewährung mindestens ein Jahr für den Konzern gearbeitet haben und in einem ungekündigten Arbeitsverhältnis stehen.

Jede der im Rahmen der beiden Pläne gewährten Optionen berechtigt zum Erwerb einer Deutsche Bank-Stammaktie. Der Ausübungspreis beträgt 120 % des Referenzpreises. Als Referenzpreis wurde der jeweils höhere Wert aus dem Börsenkurs der Stammaktie am Tag der Gewährung oder dem Durchschnitt der Börsenkurse der Stammaktie an der Frankfurter Wertpapierbörse in einem Zeitraum von zehn Handelstagen bis einschließlich des Tages der Gewährung bestimmt.

Im Rahmen des Global Partnership Plan wurden von 2002 bis 2004 Performanceoptionen an ausgewählte Führungskräfte gewährt. Sämtliche Performanceoptionen sind ausübbar. Für jede Option wurde den Teilnehmern ein Partnership Appreciation Right (PAR) gewährt. PARs verkörpern das Recht auf eine Barzahlung in Höhe von 20 % des Referenzpreises. Die Feststellung des Referenzpreises erfolgte dabei auf gleiche Weise wie oben für die Performanceoptionen dargestellt. PARs wurden zum gleichen Zeitpunkt und im selben Umfang wie die Performanceoptionen ausübbar. Sie werden automatisch zur gleichen Zeit und in gleichem Umfang wie die Performanceoptionen ausgeübt.

Unter dem Global Share Plan (vor 2004), einem breit angelegten Mitarbeiterplan, wurden in den Jahren 2001 bis 2003 Performanceoptionen begeben. Der Plan gewährte im Jahr 2001 die Möglichkeit, bis zu 60 Aktien zu erwerben. In 2002 und 2003 konnten bis zu 20 Aktien erworben werden. Für jede erworbene Aktie erhielten die Teilnehmer im Jahr 2001 eine Performanceoption und in den Jahren 2002 und 2003 fünf Performanceoptionen. Performanceoptionen unter dem Global Share Plan (vor 2004) verfallen bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Teilnehmer, die in den Ruhestand gehen oder dauerhaft erwerbsunfähig werden, behalten ihren Anspruch auf Ausübung der Performanceoptionen.

Personalaufwand

Personalaufwand für Vergütungen, die durch Eigenkapitalinstrumente beglichen werden, wird auf Basis des Fair Value der aktienbasierten Vergütung am Tag der Gewährung ermittelt.

Der Personalaufwand für aktienbasierte Vergütungen, die in bar abgegolten werden, wird zu jedem Bilanzstichtag zum Fair Value neu bewertet und die entsprechende Verpflichtung wird bis zur Zahlung als sonstige Verbindlichkeit ausgewiesen. Für Rechte, die unter den Planvarianten des DB Equity Plan und DB Global Share Plan gewährt wurden und die einen Barausgleich vorsehen, basiert die Neubewertung auf dem aktuellen Börsenkurs der Deutsche Bank-Stammaktie.

Weitere Informationen zu den zugrunde liegenden Rechnungslegungsprinzipien sind in Note [1] enthalten.

Der Konzern berücksichtigte den Personalaufwand für seine wesentlichen aktienbasierten Vergütungspläne wie folgt.

in Mio €	2008	2007	2006
DB Global Partnership Plan	10	7	9
DB Global Share Plan	39	49	43
DB Share Scheme/Restricted Equity Units Plan/DB KEEP/DB Equity Plan	1.249	1.088	751
Stock Appreciation Rights Plan ¹	–	1	19
Insgesamt	1.298	1.145	822

¹ Hierin enthalten ist für das Geschäftsjahr 2007 ein Nettogewinn von 1 Mio € und für das Geschäftsjahr 2006 von 73 Mio € aus bestimmten, nicht zu Handelszwecken gehaltenen Aktienderivaten, die genutzt wurden, um Veränderungen der Aufwendungen für aktienbasierte Vergütungen auszugleichen.

Der Personalaufwand für aktienbasierte Vergütung im Geschäftsjahr 2008 enthält ungefähr 4 Mio € (2007: 10 Mio €) aus den Planvarianten des DB Equity Plan und DB Global Share Plan, die einen Barausgleich vorsehen.

Durch aktienbasierte Vergütungstransaktionen, die in bar abgegolten werden, entstehen Verbindlichkeiten. Zum 31. Dezember 2008 beliefen sich diese Verbindlichkeiten auf ungefähr 10 Mio € (2007: 8 Mio €). Der gesamte Betrag entfällt auf aktienbasierte Vergütungen, die noch nicht unverfallbar sind.

Zum 31. Dezember 2008 belief sich der noch nicht abgegrenzte Personalaufwand für ausstehende aktienbasierte Vergütungen auf ungefähr 0,6 Mrd € (2007: 1,0 Mrd €).

Entwicklung ausstehender Rechte

Aktienprogramme

Die nachfolgende Übersicht fasst die Entwicklung der ausstehenden Aktienrechte für die Pläne zusammen, die das Recht gewähren, unter bestimmten Bedingungen Deutsche Bank-Stammaktien nach Ablauf einer bestimmten Zeit zu erhalten. Die Übersicht enthält auch die Rechte, die unter den Planvarianten des DB Equity Plan und DB Global Share Plan gewährt wurden, die einen Barausgleich vorsehen.

in Tsd Einheiten (ausgenommen Fair Value)	Global Partnership Plan Equity Units	DB Share Scheme/ DB KEEP/REU/ DB Equity Plan	Global Share Plan (ab 2004)	Insgesamt	Gewichteter Durchschnitt des Fair Value je Recht am Tag der Gewährung
Bestand zum 31. Dezember 2006	359	61.604	555	62.518	53,50 €
Gewährt	92	14.490	600	15.182	95,25 €
Ausgegeben	– 127	– 23.956	– 518	– 24.601	41,17 €
Verfallen	–	– 2.829	– 38	– 2.867	72,85 €
Bestand zum 31. Dezember 2007	324	49.309	599	50.232	71,05 €
Gewährt	150	18.007	258	18.415	61,17 €
Ausgegeben	– 139	– 16.541	– 561	– 17.241	62,52 €
Verfallen	–	– 2.508	– 38	– 2.546	73,44 €
Bestand zum 31. Dezember 2008	335	48.267	258	48.860	70,22 €

Zusätzlich zu den in der obigen Tabelle enthaltenen Aktienrechten gewährte der Konzern im Februar 2009 im Rahmen des DB Equity Plan für 2009 ungefähr 18,3 Millionen Aktienrechte als Bleibepremie mit einem durchschnittlichen Fair Value von 17,28 € je Aktienrecht. Ungefähr 0,3 Millionen der im Rahmen dieses DB Equity Plan begebenen Rechte wurden unter der Planvariante gewährt, die einen Barausgleich vorsieht.

Darüber hinaus wurden unter dem DB Restricted Cash Plan Zusagen in Höhe von ungefähr 1,0 Mrd € gewährt. Der DB Restricted Cash Plan ist weder aktienbasiert noch orientiert sich dieser Plan an der Performance der Deutsche Bank-Stammaktie.

Im Februar 2009 wurden ungefähr 5,4 Millionen Aktien an Begünstigte aus früheren Gewährungen im Rahmen des DB Equity Plan ausgegeben.

Performanceoptionen

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Entwicklung der ausstehenden Performanceoptionen, die unter dem Global Partnership Plan und dem Global Share Plan (vor 2004) gewährt wurden.

in Tsd Einheiten (ausgenommen Fair Value)	Global Partnership Plan Performance- optionen	Gewichteter durchschnitt- licher Ausübungspreis ¹	DB Global Share Plan (vor 2004) Performance- optionen	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis
Bestand zum 31. Dezember 2006	6.976	75,96 €	1.327	69,11 €
Ausgeübt	- 5.339	82,91 €	- 293	69,47 €
Verfallen	-	-	- 154	65,37 €
Abgelaufen	-	-	- 68	87,66 €
Bestand zum 31. Dezember 2007	1.637	53,32 €	812	68,14 €
Ausgeübt	- 434	47,53 €	- 26	57,67 €
Verfallen	-	-	- 16	65,75 €
Abgelaufen	- 223	89,96 €	- 260	55,39 €
Bestand zum 31. Dezember 2008	980	47,53 €	510	75,24 €

¹ Der gewichtete durchschnittliche Ausübungspreis enthält keine Effekte aus den im Rahmen des DB Global Partnership Plan begebenen Partnership Appreciation Rights.

Die folgenden drei Übersichten gliedern die ausstehenden Performanceoptionen zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006 nach Ausübungspreisbandbreiten.

Ausübungspreisbandbreiten	Ausstehende Performanceoptionen per 31. Dezember 2008		
	Ausstehende Optionen (in Tsd)	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis ¹	Gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit
40,00 – 59,99 €	980	47,53 €	1 Monat
60,00 – 79,99 €	510	75,24 €	12 Monate
80,00 – 99,99 €	–	–	–

¹ Der gewichtete durchschnittliche Ausübungspreis enthält keine Effekte aus den im Rahmen des DB Global Partnership Plan begebenen Partnership Appreciation Rights.

Ausübungspreisbandbreiten	Ausstehende Performanceoptionen per 31. Dezember 2007		
	Ausstehende Optionen (in Tsd)	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis ¹	Gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit
40,00 – 59,99 €	1.704	48,87 €	13 Monate
60,00 – 79,99 €	522	75,24 €	24 Monate
80,00 – 99,99 €	223	89,96 €	1 Monat

¹ Der gewichtete durchschnittliche Ausübungspreis enthält keine Effekte aus den im Rahmen des DB Global Partnership Plan begebenen Partnership Appreciation Rights.

Ausübungspreisbandbreiten	Ausstehende Performanceoptionen per 31. Dezember 2006		
	Ausstehende Optionen (in Tsd)	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis ¹	Gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit
40,00 – 59,99 €	2.757	48,89 €	25 Monate
60,00 – 79,99 €	804	75,34 €	36 Monate
80,00 – 99,99 €	4.742	89,91 €	13 Monate

¹ Der gewichtete durchschnittliche Ausübungspreis enthält keine Effekte aus den im Rahmen des DB Global Partnership Plan begebenen Partnership Appreciation Rights.

Der gewichtete durchschnittliche Aktienkurs am Ausübungstag betrug 64,31 € im Geschäftsjahr 2008 (2007: 99,70 €, 2006: 91,72 €).

Am 1. Februar 2009 erloschen ungefähr 980.000 Global Partnership Plan-Performanceoptionen, die im Jahr 2003 gewährt worden waren.

Stock Appreciation Rights Plan

Die nachfolgende Tabelle enthält eine Übersicht über die unter dem SAR Plan begebenen Rechte:

in Tsd Einheiten (ausgenommen Basispreise)	Stock Appreciation Rights Plan	
	Einheiten	Gewichteter durchschnitt- licher Basispreis
Bestand zum 31. Dezember 2006	401	74,83 €
Ausgeübt	- 330	75,82 €
Verfallen	-	-
Abgelaufen	- 71	70,31 €
Bestand zum 31. Dezember 2007	-	-
Ausgeübt	-	-
Verfallen	-	-
Abgelaufen	-	-
Bestand zum 31. Dezember 2008	-	-

[32] Leistungen an Arbeitnehmer

Der Konzern bietet eine Reihe von Plänen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses an. Zusätzlich zu beitragsdefinierten Plänen gibt es Pläne, die in der Rechnungslegung als leistungsdefinierte Pläne gelten. Diese leistungsdefinierten Versorgungszusagen des Konzerns werden in Pensionspläne und Gesundheitsfürsorgepläne unterteilt.

Die Mehrheit der Anspruchsberechtigten der Pensionspläne befindet sich in Deutschland, Großbritannien und den USA. Die Höhe der Versorgungszusagen an die Mitarbeiter basiert in erster Linie auf deren Vergütung und der Dauer ihrer Konzernzugehörigkeit.

Die Finanzierungsstrategie des Konzerns zielt darauf ab, eine vollständige Deckung der leistungsdefinierten Verpflichtung im Sinne der „Defined Benefit Obligation“ durch das Planvermögen in einem Rahmen von 90 % bis 110 % der Verpflichtung unter Berücksichtigung von spezifischen gesetzlichen oder vertraglichen Regelungen beizubehalten. Für Verpflichtungen aus intern finanzierten Plänen des Konzerns werden entsprechende Rückstellungen gebildet.

Darüber hinaus gibt es im Konzern intern finanzierte Gesundheitsfürsorgepläne für derzeit tätige und pensionierte Mitarbeiter, vornehmlich in den USA. Im Rahmen dieser Pläne wird den Pensionären ein bestimmter Prozentsatz der erstattungsfähigen medizinischen und zahnmedizinischen Aufwendungen unter Berücksichtigung eines Selbstbehalts gewährt. Der Konzern dotiert diese Pläne bei Fälligkeit der zu erbringenden Leistungen.

Der Bewertungsstichtag für alle Pläne ist der 31. Dezember. Sämtliche Pläne werden gemäß der Methode des Ansammlungsverfahrens („Projected Unit Credit Method“) bewertet.

Die folgende Tabelle stellt die Entwicklung der Pensionsverpflichtung und des Fair Value des Planvermögens des Konzerns für die beiden Geschäftsjahre 2008 und 2007 sowie den Finanzierungsstatus zum Ende der jeweiligen Jahre dar.

in Mio €	Pensionspläne		Gesundheitsfürsorgepläne	
	2008	2007	2008	2007
Entwicklung der Verpflichtung:				
Verpflichtung zum Jahresbeginn	8.518	9.129	116	147
Laufender Dienstzeitaufwand	264	265	2	3
Zinsaufwand	453	436	7	8
Zuführungen der Planteilnehmer	8	6	–	–
Versicherungsmathematischer Verlust/Gewinn (–)	– 160	– 902	1	– 21
Wechselkursveränderungen	– 572	– 354	1	– 15
Gezahlte Leistungen	– 393	– 378	– 8	– 6
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (–)	14	11	–	–
Akquisitionen ¹	–	313	–	–
Veräußerungen	–	– 3	–	–
Planabgeltungen/Plankürzungen	– 1	– 19	–	–
Sonstiges ²	58	14	–	–
Verpflichtung zum Jahresende	8.189	8.518	119	116
Entwicklung des Planvermögens:				
Fair Value des Planvermögens zum Jahresbeginn	9.331	9.447	–	–
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	446	435	–	–
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust (–)	– 221	– 266	–	–
Wechselkursveränderungen	– 689	– 351	–	–
Zuführungen des Arbeitgebers	239	171	–	–
Zuführungen der Planteilnehmer	8	6	–	–
Gezahlte Leistungen ³	– 358	– 355	–	–
Akquisitionen ⁴	–	246	–	–
Veräußerungen	–	–	–	–
Planabgeltungen	– 1	– 13	–	–
Sonstiges ²	–	11	–	–
Fair Value des Planvermögens zum Jahresende	8.755	9.331	–	–
Finanzierungsstatus am Jahresende	566	813	– 119	– 116

1 Abbey Life und Berliner Bank (2007).

2 Beinhaltet die Startwerte von erstmals berücksichtigten kleineren Plänen.

3 Nur für extern finanzierte Pensionspläne.

4 Abbey Life (2007).

Vorrangiges Anlageziel des Konzerns ist es, die Bank im Wesentlichen vor starken Schwankungen des Finanzierungsstatus der Pensionspläne abzusichern, wobei Risiken infolge von Durationsdisparitäten und Diversifizierung der Anlageklassen in begrenztem Umfang eingegangen werden. Das Ziel besteht darin, die Erträge innerhalb eines bestimmten, vom Konzern festgelegten Risikotoleranzbereichs zu maximieren.

Der tatsächliche Ertrag aus Planvermögen betrug 225 Mio € im Jahr 2008 (2007: 169 Mio €). In beiden Geschäftsjahren führten Marktentwicklungen dazu, dass die tatsächlichen Erträge aus Planvermögen geringer ausfielen, als es unter den langfristigen versicherungsmathematischen Annahmen erwartet wurde. Allerdings wurde dieser versicherungsmathematische Verlust aus Planvermögen im Jahr 2008 teilweise durch einen versicherungsmathematischen Gewinn aus Verpflichtungen kompensiert (und im Jahr 2007 überkompensiert), der ebenfalls aus Marktentwicklungen resultierte.

Die erwarteten Zuführungen zum Planvermögen der leistungsdefinierten Pensionspläne des Konzerns werden im Geschäftsjahr 2009 voraussichtlich 200 Mio € betragen, wobei die endgültige Festlegung im vierten Quartal 2009 erfolgen wird.

Die folgende Übersicht zeigt die voraussichtlich zu zahlenden Versorgungsleistungen für jedes der nächsten fünf Jahre sowie die Leistungen für die darauffolgenden fünf Jahre insgesamt. Bei der Berechnung der Höhe der Leistungen werden angenommene zukünftige Dienstzeiten berücksichtigt.

in Mio €	Pensionspläne	Gesundheitsfürsorgepläne ¹
2009	406	8
2010	419	8
2011	437	9
2012	458	9
2013	462	9
2014 – 2018	2.540	47

¹ Gekürzt um voraussichtliche Rückerstattungen aus Zuzahlungen für verschreibungspflichtige Medikamente im Rahmen des Versicherungsprogramms Medicare in Höhe von circa 1 Mio € jährlich für die Jahre 2009 bis 2012, 2 Mio € für das Jahr 2013 sowie insgesamt 9 Mio € für die Jahre 2014 bis 2018.

Die nachfolgende Übersicht liefert eine Aufteilung der Verpflichtung in Beträge aus intern finanzierten Plänen und Beträge aus vollständig oder teilweise extern finanzierten Plänen.

in Mio €	Pensionspläne		Gesundheitsfürsorgepläne	
	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
Verpflichtung	8.189	8.518	119	116
– intern finanziert	245	121	119	116
– extern finanziert	7.944	8.397	–	–

Die folgende Tabelle zeigt für die laufende Berichtsperiode und die zwei vorangegangenen Berichtsperioden die Beträge der Verpflichtung, des Fair Value des Planvermögens und des Finanzierungsstatus sowie die erfahrungsbedingten Anpassungen, die in Bezug auf Verpflichtung und Planvermögen entstanden.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2006
Pensionspläne			
Verpflichtung	8.189	8.518	9.129
davon: Erfahrungsbedingte Anpassungen (Verlust/Gewinn (-))	24	- 68	18
Fair Value des Planvermögens	8.755	9.331	9.447
davon: Erfahrungsbedingte Anpassungen (Gewinn/Verlust (-))	- 221	- 266	- 368
Finanzierungsstatus	566	813	318
Gesundheitsfürsorgepläne			
Verpflichtung	119	116	147
davon: Erfahrungsbedingte Anpassungen (Verlust/Gewinn (-))	- 5	- 17	- 27
Finanzierungsstatus	- 119	- 116	- 147

Die nachfolgende Übersicht stellt eine Überleitung des Finanzierungsstatus auf den Nettobilanzwert dar, jeweils zum 31. Dezember 2008 und zum 31. Dezember 2007.

in Mio €	Pensionspläne		Gesundheitsfürsorgepläne	
	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
Finanzierungsstatus	566	813	- 119	- 116
Noch nicht erfasster nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (-)	-	-	-	-
Begrenzung des Ansatzes von Vermögenswerten	- 9	- 9	-	-
Nettobilanzwert Vermögen/Schuld (-)	557	804	- 119	- 116

Der Konzern hat hinsichtlich der Rechnungslegung für leistungsdefinierte Versorgungszusagen beschlossen, die Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste in der Periode vorzunehmen, in der sie anfallen. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden direkt im Eigenkapital erfasst und in der Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen und in Note [30] dargestellt. Die folgende Tabelle zeigt den zum 31.12.2008 seit dem Übergangsstichtag zu IFRS kumulierten erfassten Betrag sowie die in den Jahren 2008 und 2007 erfassten Beträge ohne Beachtung latenter Steuern. Latente Steuern werden in Note [33] in einer separaten Tabelle für Ertragsteuern, die im Eigenkapital erfasst werden, ausgewiesen. Anpassungen, die für vergangene Perioden erfasst wurden, werden in Note [1] dargestellt.

in Mio €	Erfassung in der Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen (Gewinn/Verlust (-))		
	31.12.2008 ¹	2008	2007
Pensionspläne:			
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust (-)	645	- 61	636
Begrenzung des Ansatzes von Vermögenswerten	- 9	-	- 4
Pensionspläne insgesamt	636	- 61	632
Gesundheitsfürsorgepläne:			
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust (-)	53	- 1	21
Gesundheitsfürsorgepläne insgesamt	53	- 1	21
Insgesamt erfasster Betrag	689	- 62	653

1 Kumuliert seit dem Übergangsstichtag zu IFRS und einschließlich Wechselkursänderungen.

Der in der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasste Aufwand für leistungsdefinierte Pläne der Geschäftsjahre 2006 bis 2008 setzte sich aus den nachstehenden Komponenten zusammen. Alle Komponenten sind Bestandteil des Personalaufwands.

in Mio €	2008	2007	2006
Aufwendungen für Pensionspläne:			
Laufender Dienstzeitaufwand	264	265	284
Zinsaufwand	453	436	395
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	- 446	- 435	- 413
Sofort erfasster nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (-)	14	11	32
Planabgeltungen/Plankürzungen	-	- 5	- 5
Sofort erfasster versicherungsmathematischer Verlust/Gewinn (-) aufgrund von Planabgeltungen/Plankürzungen ¹	9	- 6	- 2
Amortisation versicherungsmathematischen Verlusts/Gewinns (-) ¹	1	- 1	-
Begrenzung des Ansatzes von Vermögenswerten ¹	- 2	2	-
Pensionspläne insgesamt	293	267	291
Aufwendungen für Gesundheitsfürsorgepläne:			
Laufender Dienstzeitaufwand	2	3	5
Zinsaufwand	7	8	10
Amortisation versicherungsmathematischen Verlusts/Gewinns (-) ¹	2	- 3	-
Aufwendungen für Gesundheitsfürsorgepläne insgesamt	11	8	15
Gesamtaufwand für leistungsdefinierte Pläne	304	275	306
Aufwendungen für leistungsdefinierte Pläne	206	203	165
Pensionsaufwendungen insgesamt	510	478	471
Ausweis anderer ausgewählter Leistungen			
Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland	159	156	144
Aufwendungen für Abfindungszahlungen	555	225	153

¹ Komponenten, die nach dem Korridorverfahren in den Jahren 2006 und 2007 gebucht und im Jahr 2008 aufgrund der Änderung der Rechnungslegungsgrundsätze storniert wurden (Differenzen zwischen den ursprünglich gebuchten und dann stornierten Werten sind auf Wechselkursveränderungen zurückzuführen).

Der für 2009 erwartete Aufwand beträgt 307 Mio € für die Pensionspläne und 10 Mio € für die Gesundheitsfürsorgepläne.

Die folgende nach Anlagekategorien gegliederte Tabelle zeigt die gewichtete durchschnittliche Portfoliostruktur der Pensionspläne des Konzerns zum 31. Dezember 2008 und zum 31. Dezember 2007 sowie die Zielallokation.

	Zielallokation	Prozentualer Anteil am Planvermögen	
		31.12.2008	31.12.2007
Anlagekategorien:			
Aktien	5 %	7 %	8 %
Verzinsliche Wertpapiere (inklusive Barmittel und Derivate)	90 %	90 %	87 %
Alternative Anlageinstrumente (inklusive Immobilien)	5 %	3 %	5 %
Anlagekategorien insgesamt	100 %	100 %	100 %

Die erwartete Rendite des Planvermögens wird gesondert für jeden Plan mithilfe eines modularen Ansatzes entwickelt, der die jeweilige Portfoliostruktur sowie die erwartete Rendite jeder Anlageklasse berücksichtigt. Hierbei wird anstelle der tatsächlichen Allokation die Zielallokation des Plans am Bewertungsstichtag verwendet.

Prinzipiell wird eine risikofreie Rendite mit Anpassungen bezüglich Duration und bestimmter relevanter Faktoren für jede größere Anlageklasse als Maßstab benutzt. Zum Beispiel wird die erwartete Rendite für Aktien und Immobilien dadurch abgeleitet, dass eine jeweilige Risikoprämie zur Rendite von Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren hinzugefügt wird.

Erwartete Erträge werden um steuerliche Einflüsse korrigiert, allerdings erfolgt keine Berücksichtigung einer erwarteten Überrendite durch aktives Management. Abschließend wird die Angemessenheit der Risikoprämien und der insgesamt erwarteten Renditen durch Vergleich der Werte mit anderen angesehenen veröffentlichten Prognosen und marktüblichen Verfahren bestätigt.

Im Planvermögen zum 31. Dezember 2008 sind Derivate mit einem positiven Marktwert von 588 Mio € enthalten. Derivategeschäfte werden sowohl konzernintern als auch mit externen Kontrahenten abgeschlossen. Des Weiteren sind im Planvermögen vom Konzern emittierte Wertpapiere im Wert von 4 Mio € enthalten.

Voraussichtlich werden während des Geschäftsjahres 2009 keine Anteile aus dem Planvermögen an den Konzern zurückgegeben werden.

Den Berechnungen liegen folgende wesentliche versicherungsmathematische Annahmen zugrunde. Diese werden als gewichtete Durchschnitte dargestellt.

Zugrunde gelegte Annahmen bei Pensionsplänen	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2006
zur Ermittlung der Verpflichtung zum Jahresende			
Diskontierungszinssatz	5,6 %	5,5 %	4,8 %
Inflationsrate	2,1 %	2,1 %	2,0 %
Nominale Gehaltssteigerungsrate	3,0 %	3,3 %	3,2 %
Nominale Pensionssteigerungsrate	1,8 %	1,8 %	1,7 %
zur Ermittlung des Aufwands für das abgelaufene Geschäftsjahr			
Diskontierungszinssatz	5,5 %	4,8 %	4,3 %
Inflationsrate	2,1 %	2,0 %	2,1 %
Nominale Gehaltssteigerungsrate	3,3 %	3,2 %	3,3 %
Nominale Pensionssteigerungsrate	1,8 %	1,7 %	1,8 %
Erwartete Rendite des Planvermögens ¹	5,0 %	4,6 %	4,4 %
Zugrunde gelegte Annahmen bei Gesundheitsfürsorgeplänen			
zur Ermittlung der Verpflichtung zum Jahresende			
Diskontierungszinssatz	6,1 %	6,1 %	5,8 %
zur Ermittlung des Aufwands für das abgelaufene Geschäftsjahr			
Diskontierungszinssatz	6,1 %	5,8 %	5,4 %

¹ Die erwartete Rendite des Planvermögens zur Bestimmung des Ertrags beträgt für das Jahr 2009 4,5 %.

Die Lebenserwartung ist eine wesentliche Annahme zur Bestimmung der Verpflichtung aus leistungsdefinierten Plänen und folgt den in den jeweiligen Ländern üblichen Ansätzen. Wenn möglich, wurden zukünftige Steigerungen der Lebenserwartung in die Annahmen einbezogen.

Die folgende Übersicht zeigt die auf Basis der Pensionsverpflichtungen gewichtete durchschnittliche Lebenserwartung von heute 65- beziehungsweise 45-jährigen Menschen im Alter von 65 Jahren zum 31. Dezember 2008 beziehungsweise 31. Dezember 2007.

in Jahren	Lebenserwartung für einen Mann im Alter von 65		Lebenserwartung für eine Frau im Alter von 65	
	65-jährig	45-jährig	65-jährig	45-jährig
31. Dezember 2008	19,1	21,1	22,6	24,5
31. Dezember 2007	19,1	21,0	22,5	24,3

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Sensitivität der Pensionsverpflichtung zum 31. Dezember 2008 sowie der Summe aus Dienstzeit- und Zinsaufwand der Pensionspläne für das Jahr 2008 hinsichtlich der jeweils isolierten Veränderung wesentlicher Annahmen.

Anstieg in Mio €	Verpflichtung zum 31.12.2008	Summe aus Dienstzeit- und Zinsaufwand für das Jahr 2008
Diskontierungszinssatz (Rückgang um 50 Basispunkte)	560	15
Inflationsrate (Anstieg um 50 Basispunkte)	370	40
Reale Gehaltssteigerungsrate (Anstieg um 50 Basispunkte)	75	10
Lebenserwartung (Verbesserung um 10 %) ¹	130	10

¹ Eine Verbesserung der Lebenserwartung um 10 % bedeutet eine Reduzierung der Sterbewahrscheinlichkeit für jedes Alter um 10 %. Diese Sensitivität führt zu einer im Durchschnitt um ein Jahr erhöhten Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren.

Eine Herabsetzung der angenommenen erwarteten Rendite des Planvermögens um 50 Basispunkte hätte einen Anstieg des Aufwands für Pensionspläne um 45 Mio € für das Jahr 2008 zur Folge gehabt.

Zur Ermittlung des Aufwands für Gesundheitsfürsorgepläne wurde eine gewichtete durchschnittliche Zunahme von 8,0 % für die im Rahmen dieser Pläne pro Person zu erbringenden Leistungen für das Jahr 2009 angenommen. Für diese Steigerungsrate wird ein allmählicher Rückgang auf 5,1 % bis zum Ende des Jahres 2012 und eine anschließende Stabilisierung auf diesem Niveau erwartet.

Die Annahmen über die Entwicklung der Gesundheitskosten haben Auswirkungen auf die dargestellten Beträge der Gesundheitsfürsorgepläne. Eine Veränderung in der unterstellten Entwicklung der Gesundheitskosten um einen Prozentpunkt hätte folgende Auswirkungen auf die Gesundheitsfürsorgepläne des Konzerns gehabt.

Zunahme/Abnahme (–) in Mio €	Anstieg um 1 Prozentpunkt		Rückgang um 1 Prozentpunkt	
	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
Effekt auf die Verpflichtung zum Jahresende	13	13	– 12	– 11
Effekt auf die Summe aus laufendem Dienstzeit- und Zinsaufwand für das abgelaufene Geschäftsjahr	1	1	– 1	– 1

[33] Ertragsteuern

Der Ertragsteueraufwand/-ertrag setzt sich wie folgt zusammen.

in Mio €	2008	2007	2006
Laufender Steueraufwand/-ertrag¹			
Steueraufwand/-ertrag für das laufende Jahr	- 32	3.504	2.782
Periodenfremder laufender Steueraufwand	- 288	- 347	- 687
Laufender Steueraufwand/-ertrag insgesamt	- 320	3.157	2.095
Latenter Steueraufwand/-ertrag¹			
Effekt aus der Entstehung und Umkehrung temporärer Differenzen, noch nicht genutzter steuerlicher Verluste und Steuergutschriften	- 1.346	- 651	288
Effekt aus Steuersatzänderungen	26	- 181	- 7
Periodenfremder latenter Steueraufwand	- 205	- 86	- 116
Latenter Steueraufwand/-ertrag insgesamt	- 1.525	- 918	165
Ertragsteueraufwand/-ertrag insgesamt	- 1.845	2.239	2.260

¹ Einschließlich Ertragsteuern, die sich auf langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen beziehen, die als zur Veräußerung gehalten klassifiziert werden. Weitere Informationen befinden sich in Note [22].

Der Ertragsteueraufwand/-ertrag für das Jahr 2008 beinhaltet einen Steuerertrag aus einer Steuer im Zusammenhang mit dem Versicherungsgeschäft von Abbey Life („Policyholder Tax“) in Höhe von 79 Mio € (2007: 1 Mio €), die durch Einkünfte entsteht, die dem Versicherungsnehmer zuzurechnen sind.

Der laufende Steueraufwand/-ertrag ist aufgrund der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste, Steuergutschriften und abzugsfähiger temporärer Differenzen im Geschäftsjahr 2008 um einen Steuerertrag in Höhe von 45 Mio € erhöht (2007: 3 Mio €, 2006: 19 Mio €).

Der latente Steueraufwand/-ertrag ist aufgrund von Abwertungen aktiver latenter Steuern und der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste, Steuergutschriften und abzugsfähiger temporärer Differenzen sowie aufgrund der Wertaufholung aktiver latenter Steuern in Vorjahren im Geschäftsjahr 2008 per saldo um einen latenten Steueraufwand in Höhe von 971 Mio € reduziert (2007: 71 Mio €; 2006: 93 Mio €).

Die nachstehende Übersicht zeigt eine Analyse des Unterschiedsbetrags zwischen dem Steueraufwand/-ertrag, der sich bei Anwendung des deutschen Ertragsteuersatzes auf das Ergebnis vor Steuern ergeben würde, und dem tatsächlich ausgewiesenen Steueraufwand/-ertrag des Konzerns.

in Mio €	2008	2007	2006
Erwarteter Steueraufwand/-ertrag bei einem Ertragsteuersatz von 30,7 % in Deutschland (39,2 % für 2007 und 2006)	- 1.760	3.429	3.269
Steuersatzdifferenzen auf ausländische Ergebnisse	- 665	- 620	- 250
Steuerbefreite Einnahmen	- 746	- 657	- 357
Steuereffekt aus mit der Equity Methode konsolidierten Beteiligungen	- 36	- 22	- 51
Nicht abzugsfähige Aufwendungen	403	393	372
Nicht temporäre Wertminderungen des Goodwill	1	21	10
Änderungen des Ansatzes und der Bewertung aktiver latenter Steuern	926	68	74
Effekt aus Änderungen der Steuergesetzgebung	26	- 181	- 362
Effekt aus aktienbasierter Vergütung	227	-	-
Effekt aus der „Policyholder Tax“	- 79	- 1	-
Sonstige	- 142	- 191	- 445
Ausgewiesener Steueraufwand/-ertrag	- 1.845	2.239	2.260

Der Konzern unterliegt in verschiedenen Ländern der ständigen Prüfung durch die Steuerbehörden. In der vorstehenden Tabelle sind unter der Position Sonstige im Wesentlichen Einmaleffekte aufgrund abgeschlossener Steuerprüfungen enthalten.

Der in Deutschland maßgebliche Ertragsteuersatz, der für die Berechnung latenter Steuerforderungen und -verbindlichkeiten angewandt wurde, setzt sich aus der Körperschaftsteuer, dem Solidaritätszuschlag und der Gewerbesteuer zusammen und hat in den Geschäftsjahren 2008 und 2007 30,7 % und 2006 39,2 % betragen.

Im August 2007 beschloss der deutsche Gesetzgeber eine Reform der Unternehmensbesteuerung („Unternehmenssteuerreformgesetz 2008“). Diese sieht ab dem Jahr 2008 eine Herabsetzung des Körperschaftsteuersatzes von 25 % auf 15 % sowie eine Änderung der Gewerbesteuerberechnung vor. Durch diese Steuergesetzesänderung ermäßigte sich der latente Steueraufwand für 2007 um 232 Mio €. Weitere Steuersatzänderungen, im Wesentlichen in Großbritannien, Spanien, Italien und den Vereinigten Staaten von Amerika, erhöhten den latenten Steueraufwand 2007 um 51 Mio €.

Nachfolgend sind die latenten Steuerforderungen und -verbindlichkeiten für jede Art temporärer Differenzen, bisher nicht genutzte steuerliche Verluste und Steuergutschriften dargestellt.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Latente Steuerforderungen:		
Noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge	3.477	1.219
Noch nicht genutzte Steuergutschriften	134	132
Abzugsfähige temporäre Differenzen:		
Handelsaktiva/-passiva	8.769	5.313
Sachanlagen	380	319
Sonstige Aktiva	1.167	822
Bewertung von Wertpapieren	654	276
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	144	162
Sonstige Rückstellungen	1.016	1.469
Sonstige Passiva	568	1.190
Latente Steuerforderungen insgesamt	16.309	10.902
Latente Steuerverbindlichkeiten:		
Zu versteuernde temporäre Differenzen:		
Handelsaktiva/-passiva	7.819	5.163
Sachanlagen	53	57
Sonstige Aktiva	1.042	1.599
Bewertung von Wertpapieren	605	681
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	167	89
Sonstige Rückstellungen	1.221	697
Sonstige Passiva	716	219
Latente Steuerverbindlichkeiten insgesamt	11.623	8.505
Latente Steuerforderungen, per saldo	4.686	2.397

Nach Saldierung wurden diese Beträge wie folgt in der Bilanz ausgewiesen.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Latente Steuerforderungen	8.470	4.777
Latente Steuerverbindlichkeiten	3.784	2.380
Latente Steuerforderungen, per saldo	4.686	2.397

Die Beträge der latenten Steuern des Jahres 2007 wurden in Übereinstimmung mit Note [1] angepasst.

Die Änderung des Saldos zwischen latenten Steuerforderungen und latenten Steuerverbindlichkeiten entspricht nicht dem latenten Steueraufwand in diesen Jahren. Die Gründe hierfür sind (1) latente Steuern, die direkt dem Eigenkapital belastet beziehungsweise gutgeschrieben werden, (2) Effekte durch Wechselkursänderungen auf Steuerforderungen und -verbindlichkeiten, die in anderen Währungen als Euro notieren, (3) der Erwerb und Verkauf von Gesellschaften im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und (4) die Umgliederungen von latenten Steuerforderungen und -verbindlichkeiten, die in der Bilanz als Bestandteile der Positionen Sonstige Aktiva und Sonstige Passiva dargestellt werden.

Folgende Ertragsteuern sind als Belastung oder Gutschrift im Eigenkapital bilanziert.

in Mio €	2008	2007	2006
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen	1	- 192	- 65
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	698	197	16
Derivate, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern	- 34	- 1	22
Sonstige Veränderungen im Eigenkapital	67	19	- 63
Ertragsteuern, die den im Eigenkapital erfassten Erträgen und Aufwendungen belastet(-) beziehungsweise gutgeschrieben wurden	731	215	- 25
Ertragsteuern, die darüber hinaus dem Eigenkapital belastet(-) beziehungsweise gutgeschrieben wurden	- 75	- 35	195

Für die folgenden Posten wurden keine latenten Steuerforderungen per 31. Dezember 2008 (31. Dezember 2007) ausgewiesen.¹

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Abzugsfähige temporäre Differenzen	- 26	- 34
Unverfallbar	- 617	- 1.120
Verfall in der folgenden Periode	- 1	-
Verfall nach der folgenden Periode	- 2.851	- 390
Noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge	- 3.469	- 1.510
Verfall in der folgenden Periode	-	-
Verfall nach der folgenden Periode	- 90	- 100
Noch nicht genutzte Steuergutschriften	- 90	- 100

¹ Die Beträge in der Tabelle beziehen sich hinsichtlich der noch nicht genutzten steuerlichen Verluste und Steuergutschriften auf Körperschaftsteuern.

Latente Steuerforderungen wurden für diese Posten nicht erfasst, da es nicht wahrscheinlich ist, dass zukünftig zu versteuernde Ergebnisse vorliegen, mit denen die noch nicht genutzten steuerlichen Verluste und noch nicht genutzten Steuergutschriften verrechnet werden können.

Zum 31. Dezember 2008 beziehungsweise zum 31. Dezember 2007 hat der Konzern für Gesellschaften, die einen Verlust in der laufenden Periode oder in der Vorperiode erlitten haben, latente Steuerforderungen ausgewiesen, die die latenten Steuerverbindlichkeiten um 5.637 Mio € beziehungsweise 2.582 Mio € überstiegen. Grundlage für die Bildung latenter Steuern ist die Einschätzung des Managements, dass es wahrscheinlich ist, dass die jeweiligen Gesellschaften zu versteuernde Ergebnisse erzielen werden, mit denen noch nicht genutzte steuerliche Verluste, Steuergutschriften und abzugsfähige temporäre Differenzen verrechnet werden können. In der Regel verwendet das Management für die Bestimmung der auszuweisenden Beträge latenter Steuerforderungen Informationen zu Profitabilität und gegebenenfalls Informationen über prognostizierte Geschäftsergebnisse auf der Basis genehmigter Geschäftspläne einschließlich einer Aufstellung über die Vortragsperioden ungenutzter steuerlicher Verluste und Steuergutschriften, Steuerplanungsmöglichkeiten sowie sonstiger maßgeblicher Überlegungen.

Die Konzernobergesellschaft hat keine latenten Steuerverbindlichkeiten für temporäre Differenzen in Höhe von 157 Mio € im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochtergesellschaften, Filialen und assoziierten Unternehmen sowie Beteiligungen an gemeinschaftlich geführten Unternehmen ausgewiesen (2007: 255 Mio €).

Seit 2007 hat die Zahlung von Dividenden an die Deutsche Bank-Aktionäre keine ertragsteuerlichen Konsequenzen für die Bank. In 2006 ergab sich ein Steuerertrag in Höhe von 30 Mio €.

[34] Akquisitionen und Veräußerungen

Im Jahr 2008 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Im Geschäftsjahr 2008 tätigte der Konzern mehrere Akquisitionen, die als Unternehmenszusammenschlüsse bilanziert wurden. Von diesen Transaktionen waren die Übernahmen von DB HedgeWorks, LLC und der Rückwerb von Maher Terminals LLC und Maher Terminals of Canada Corp. einzeln betrachtet wesentlich und werden deshalb separat dargestellt. Die sonstigen Unternehmenszusammenschlüsse, die einzeln betrachtet nicht wesentlich waren, werden zusammengefasst dargestellt.

DB HedgeWorks, LLC

Zum 31. Januar 2008 erwarb der Konzern eine Beteiligung von 100 % an dem Hedgefondsadministrator HedgeWorks, LLC, der seinen Sitz in den Vereinigten Staaten hat und nach der Übernahme in DB HedgeWorks, LLC („DB HedgeWorks“) umfirmiert wurde. Durch die Akquisition baut der Konzern sein Serviceangebot im Hedgefondsgeschäft weiter aus. Der Kaufpreis für diesen Unternehmenszusammenschluss setzte sich aus einer Barvergütung in Höhe von 19 Mio € und weiteren 16 Mio € zusammen, die unter der Voraussetzung gezahlt werden, dass das erworbene Unternehmen in den nächsten drei Jahren bestimmte Ergebnisziele übertrifft. Von dem Kaufpreis wurden 28 Mio € dem Goodwill, 5 Mio € den sonstigen immateriellen Vermögenswerten und 2 Mio € dem Nettovermögen zugewiesen. DB HedgeWorks ist im Unternehmensbereich GTB enthalten. Die nachfolgende Übersicht zeigt die Auswirkungen dieser Akquisition auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Barreserve	1	–	1
Goodwill	–	28	28
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	5	5
Übrige Vermögenswerte	1	–	1
Summe der Aktiva	2	33	35
Passiva:			
Langfristige Verbindlichkeiten	–	15	15
Übrige Verbindlichkeiten	1	–	1
Summe der Verbindlichkeiten	1	15	16
Nettovermögen	1	18	19
Summe der Passiva	2	33	35

Seit dem Erwerbszeitpunkt wurden für DB HedgeWorks Erträge von 6 Mio € und ein Verlust nach Steuern von 2 Mio € ausgewiesen.

Maher Terminals LLC und Maher Terminals of Canada Corp.

Zum 30. Juni 2008 konsolidierte der Konzern die Maher Terminals LLC und die Maher Terminals of Canada Corp. (zusammen und nachfolgend als „Maher Terminals“ bezeichnet), einen privaten Betreiber von Containerterminals in Nordamerika. Maher Terminals wurde als Gründungsvermögen für den North American Infrastructure Fund erworben. Nachdem im Jahr 2007 ein Verkauf eines Minderheitsanteils von 11,4 % der ursprünglich 100-prozentigen Beteiligung des Konzerns an den RREEF North America Infrastructure Fund erfolgte, behielt der Konzern eine nicht konsolidierte Beteiligung an Maher Terminals. Diese wurde zum 31. Dezember 2007 nach der Equity Methode als zum Verkauf bestimmter Vermögenswert bilanziert (siehe Note [22]). Im Geschäftsjahr 2008 wurde der Fonds restrukturiert und RREEF Infrastructure erwarb alle ausstehenden Anteile am North America Infrastructure Fund, dessen einziges Investment Maher Terminals ist, zurück. Der zu entrichtende Kaufpreis für diese Transaktion betrug 109 Mio € in bar.

Am Ende des dritten Quartals wurde die Beteiligung nicht länger als zum Verkauf bestimmt bilanziert, sodass die Aktiva und Passiva von Maher Terminals nicht länger als zum Verkauf bestimmt klassifiziert wurden und der Rückkauf als Erwerbstransaktion verbucht wurde. Auf Basis vorläufiger Werte wurden die Anschaffungskosten in Höhe von 33 Mio € dem Goodwill und in Höhe von 76 Mio € dem Nettovermögen zugewiesen. Die Beteiligung wurde dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet. Zum Erwerbszeitpunkt ergaben sich folgende Auswirkungen auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition (als zum Verkauf bestimmt)	Umklassifizierung von zum Verkauf bestimmt sowie Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	–	30	30
Sachanlagen	–	169	169
Goodwill	–	597	597
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	770	770
Übrige Vermögenswerte	1.867	– 1.683	184
Summe der Aktiva	1.867	– 117	1.750
Passiva:			
Langfristige Verbindlichkeiten	–	839	839
Übrige Verbindlichkeiten	983	– 845	138
Summe der Verbindlichkeiten	983	– 6	977
Nettovermögen	884	– 111	773
Summe der Passiva	1.867	– 117	1.750

Nach der Akquisition entfielen auf Maher Terminals für 2008 negative Erträge in Höhe von 7 Mio € und ein Verlust nach Steuern von 256 Mio €. Letzterer enthält eine Belastung nach Steuern in Höhe von 175 Mio € aus der erfassten Wertminderung des Goodwill im vierten Quartal 2008 (siehe Note [21]).

Sonstige im Jahr 2008 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Im Jahr 2008 getätigte sonstige Unternehmenszusammenschlüsse, die einzeln betrachtet nicht wesentlich waren, werden zusammengefasst dargestellt. Dies betrifft unter anderem die Akquisition des taiwanesischen Vermögensverwalters Far Eastern Alliance Asset Management Co. Limited sowie die Übernahme der Geschäftsplattform der Pago eTransaction GmbH, eines deutschen Anbieters von Dienstleistungen im Bereich Cash Management und für die Akzeptanz und Abwicklung von Debit- und Kreditkartentransaktionen (sogenanntes Merchant Acquiring). Diese Transaktionen umfassten den Erwerb von Mehrheitsbeteiligungen zwischen mehr als 50 % und 100 % für einen Gesamtkaufpreis von 7 Mio € einschließlich Anschaffungsnebenkosten von weniger als 1 Mio €.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Auswirkungen dieser Akquisitionen auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Barreserve	4	6	10
Verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	6	3	9
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	2	3	5
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	1	1
Übrige Vermögenswerte	20	2	22
Summe der Aktiva	32	15	47
Passiva:			
Sonstige Passiva	1	7	8
Übrige Verbindlichkeiten	–	1	1
Summe der Verbindlichkeiten	1	8	9
Nettovermögen	31	7	38
Summe der Passiva	32	15	47

Für diese Akquisitionen wies der Konzern für 2008 Erträge von 2 Mio € und ein negatives Ergebnis von 4 Mio € aus.

Mögliche Auswirkungen der in 2008 getätigten Unternehmenszusammenschlüsse auf die Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Wären alle oben aufgeführten im Berichtsjahr getätigten Unternehmenszusammenschlüsse zum 1. Januar 2008 wirksam gewesen, hätte der Konzern dafür Erträge von 44 Mio € und ein negatives Ergebnis von 223 Mio € ausgewiesen. Letzterer enthält eine Belastung nach Steuern in Höhe von 175 Mio € aus der erfassten Wertminderung des Goodwill von Maher Terminals im vierten Quartal 2008.

Im Jahr 2007 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Im Geschäftsjahr 2007 tätigte der Konzern mehrere Akquisitionen, die als Unternehmenszusammenschlüsse bilanziert wurden. Von diesen Transaktionen waren die Übernahmen von Berliner Bank AG & Co. KG, MortgageIT Holdings, Inc. und Abbey Life Assurance Company Limited einzeln betrachtet wesentlich und werden deshalb separat dargestellt. Die sonstigen Unternehmenszusammenschlüsse, die einzeln betrachtet nicht wesentlich waren, werden zusammengefasst dargestellt.

Berliner Bank AG & Co. KG

Mit Wirkung zum 1. Januar 2007 schloss der Konzern die Akquisition der Berliner Bank AG & Co. KG („Berliner Bank“) ab und erweitert damit seinen Anteil am Privatkundenmarkt der deutschen Hauptstadt. Die Kosten für die Akquisition setzten sich aus einem in bar zu entrichtenden Kaufpreis von 645 Mio€ und Anschaffungsnebenkosten von 1 Mio€ zusammen.

Vom Kaufpreis wurden 508 Mio€ dem Goodwill, 45 Mio€ den sonstigen immateriellen Vermögenswerten und 93 Mio€ dem Nettovermögen zugewiesen. Die Berliner Bank wurde dem Unternehmensbereich PBC zugeordnet. Die nachfolgende Übersicht zeigt die Auswirkungen dieser Akquisition auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Barreserve	190	–	190
Verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	808	–	808
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	1.945	–	1.945
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	2.443	– 28	2.415
Goodwill	–	508	508
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	45	45
Übrige Vermögenswerte	18	2	20
Summe der Aktiva	5.404	527	5.931
Passiva:			
Einlagen	5.107	–	5.107
Übrige Verbindlichkeiten	133	45	178
Summe der Verbindlichkeiten	5.240	45	5.285
Nettovermögen	164	482	646
Summe der Passiva	5.404	527	5.931

Nach der Akquisition entfielen auf die Berliner Bank für 2007 Erträge von 251 Mio€ und ein Gewinn nach Steuern von 35 Mio€.

Mortgage IT Holdings, Inc.

Am 2. Januar 2007 schloss der Konzern die Akquisition von 100 % an der MortgageIT Holdings, Inc. („MortgageIT“) für einen in bar zu entrichtenden Kaufpreis von insgesamt 326 Mio€ ab. Vom Kaufpreis wurden 149 Mio€ dem Goodwill und 177 Mio€ dem Nettovermögen zugewiesen. MortgageIT, ein Real Estate Investment Trust („REIT“) in den Vereinigten Staaten, wurde dem Unternehmensbereich CB&S zugeordnet.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Auswirkungen dieser Akquisition auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Barreserve	29	–	29
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	5.854	– 5	5.849
Goodwill	9	140	149
Übrige Vermögenswerte	160	– 7	153
Summe der Aktiva	6.052	128	6.180
Passiva:			
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	3.390	–	3.390
Sonstige Passiva	2.349	10	2.359
Übrige Verbindlichkeiten	95	10	105
Summe der Verbindlichkeiten	5.834	20	5.854
Nettovermögen	218	108	326
Summe der Passiva	6.052	128	6.180

Im Anschluss an die Akquisition wurden für MortgageIT für 2007 negative Erträge von 38 Mio€ und ein Verlust nach Steuern von 212 Mio € ausgewiesen.

Abbey Life Assurance Company Limited

Am 1. Oktober 2007 schloss der Konzern die Akquisition von 100 % an Abbey Life Assurance Company Limited („Abbey Life“) für einen in bar zu entrichtenden Kaufpreis von 1.412 Mio€ und Anschaffungsnebenkosten von 12 Mio€ ab. Vom Kaufpreis wurden 512 Mio€ dem Nettovermögen und 912 Mio€ den sonstigen immateriellen Vermögenswerten zugewiesen. Diese ermittelten immateriellen Vermögenswerte entsprechen dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme aus den bei dem Unternehmenszusammenschluss erworbenen langfristigen Versicherungs- und Investmentverträgen (Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts, „VOBA“). Abbey Life ist eine britische Lebensversicherungsgesellschaft, die seit dem Jahr 2000 kein Neugeschäft mehr abschließt. Das Portfolio umfasst vorwiegend fondsgebundene Lebens- und Rentenpolicen sowie Rentenversicherungen. Abbey Life ist Bestandteil des Unternehmensbereichs CB&S. Die nachfolgende Übersicht zeigt die Auswirkungen dieser Akquisition auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	232	–	232
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	14.145	–	14.145
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	2.261	–	2.261
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	912	912
Übrige Vermögenswerte	1.317	– 1	1.316
Summe der Aktiva	17.955	911	18.866
Passiva:			
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	10.387	–	10.387
Rückstellungen für das Versicherungsgeschäft	6.339	–	6.339
Übrige Verbindlichkeiten	246	318	564
Summe der Verbindlichkeiten	16.972	318	17.290
Nettovermögen ¹	983	593	1.576
Summe der Passiva	17.955	911	18.866

1 Enthält Minderheitsanteile in Höhe von 152 Mio €.

Im Anschluss an die Akquisition und als Ergebnis der im Berichtsjahr abgeschlossenen Kaufpreisallokation wurde das erworbene Nettovermögen zugunsten des VOBA um 5 Mio € reduziert, was zu einem Nettovermögen von 507 Mio € und einem VOBA von 917 Mio € führte. Nach der Akquisition entfielen im Jahr 2007 auf Abbey Life Erträge in Höhe von 53 Mio € und ein Gewinn nach Steuern von 26 Mio €.

Sonstige im Jahr 2007 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Im Jahr 2007 getätigte sonstige Unternehmenszusammenschlüsse, die einzeln betrachtet nicht wesentlich waren, werden zusammengefasst dargestellt. Diese Transaktionen waren mit dem Erwerb von Mehrheitsbeteiligungen zwischen 51 % und 100 % verbunden und umfassten einen Gesamtkaufpreis von 107 Mio € einschließlich Anschaffungsnebenkosten von 1 Mio €.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Auswirkungen auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Barreserve	3	77	80
Goodwill	3	5	8
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	8	–	8
Übrige Vermögenswerte	91	50	141
Summe der Aktiva	105	132	237
Summe der Verbindlichkeiten	87	13	100
Nettovermögen	18	119	137
Summe der Passiva	105	132	237

Für diese Akquisitionen wies der Konzern für 2007 Erträge von 2 Mio € und ein Ergebnis von 1 Mio € aus.

Mögliche Auswirkungen der in 2007 getätigten Unternehmenszusammenschlüsse auf die Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Wären alle oben aufgeführten in 2007 getätigten Unternehmenszusammenschlüsse zum 1. Januar 2007 wirksam gewesen, hätte der Konzern für 2007 daraus Erträge von 426 Mio € und ein negatives Ergebnis von 74 Mio € ausgewiesen.

Im Jahr 2006 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Im Geschäftsjahr 2006 tätigte der Konzern mehrere Akquisitionen, die als Unternehmenszusammenschlüsse bilanziert wurden. Die Übernahmen von United Financial Group, norisbank und Tilney Group Limited waren einzeln betrachtet wesentlich und werden deshalb separat dargestellt. Die sonstigen Unternehmenszusammenschlüsse, die einzeln betrachtet nicht wesentlich waren, werden zusammengefasst dargestellt.

United Financial Group

Mit Wirkung zum 27. Februar 2006 schloss der Konzern den Erwerb der restlichen 60 % an der United Financial Group („UFG“) ab, nachdem er bereits 2004 eine Beteiligung von 40 % an dem Unternehmen erworben hatte. Die Transaktion stärkt die Position des Konzerns als eine der führenden Investmentbanken in Russland. Die Kosten für die Akquisition der 60-prozentigen Beteiligung setzten sich aus einem in bar zu entrichtenden Kaufpreis von 189 Mio € und Anschaffungsnebenkosten von 2 Mio € zusammen. Weitere 82 Mio € der Kaufpreissumme wurden auf ein Treuhandkonto gezahlt und abgegrenzt, bis die aufschiebende Bedingung im Jahr 2008 erfüllt wurde. Von dem Gesamt-

kaufpreis wurden 122 Mio € dem Goodwill, 13 Mio € den sonstigen immateriellen Vermögenswerten und 138 Mio € dem Nettovermögen zugewiesen. Die UFG wurde dem Unternehmensbereich CB&S zugeordnet.

Zum Erwerbszeitpunkt ergaben sich folgende Auswirkungen auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Barreserve	368	33	401
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	745	–	745
Goodwill	–	166	166
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	13	13
Übrige Vermögenswerte	1.227	– 1	1.226
Summe der Aktiva	2.340	211	2.551
Passiva:			
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	728	–	728
Übrige Verbindlichkeiten	1.360	–	1.360
Summe der Verbindlichkeiten	2.088	–	2.088
Nettovermögen	252	211	463
Summe der Passiva	2.340	211	2.551

Nach der Akquisition entfielen auf die UFG für 2006 Erträge von 171 Mio € und ein Gewinn nach Steuern von 95 Mio €.

norisbank

Am 2. November 2006 schloss der Konzern die Akquisition des Filialgeschäfts der zur DZ Bank-Gruppe gehörenden norisbank sowie der Marke „norisbank“ ab. Die Übernahme, mit welcher der Konzern seine starke Stellung im deutschen Konsumentenkreditgeschäft weiter ausbaut, erfolgte durch den Erwerb der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in Form einer unmittelbaren Fusion zwischen dem erworbenen und dem erwerbenden Unternehmen. Die fusionierte Einheit firmiert unter dem Namen norisbank. Die Kosten für die Akquisition setzten sich aus einem in bar zu entrichtenden Kaufpreis von 414 Mio € und Anschaffungsnebenkosten von 1 Mio € zusammen. Der Kaufpreis basierte auf einem Preisanpassungsmechanismus, der im Laufe des Jahres 2008 festzulegen war. Von dem Kaufpreis wurden 230 Mio € dem Goodwill, 80 Mio € den sonstigen immateriellen Vermögenswerten und 105 Mio € dem Nettovermögen zugeordnet. Die norisbank wurde dem Unternehmensbereich PBC zugeordnet.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Auswirkungen dieser Akquisition auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert des erwerbenden Unternehmens	Zum Fair Value übernommene Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	Fair Value
Aktiva:			
Barreserve	28	–	28
Verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	402	– 89	313
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	–	1.641	1.641
Goodwill	–	230	230
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	4	80	84
Übrige Vermögenswerte	3	4	7
Summe der Aktiva	437	1.866	2.303
Passiva:			
Einlagen	–	1.417	1.417
Übrige Verbindlichkeiten	–	449	449
Summe der Verbindlichkeiten	–	1.866	1.866
Nettovermögen	437	–	437
Summe der Passiva	437	1.866	2.303

Im Anschluss an die Akquisition wurde der Kaufpreis einschließlich Anschaffungsnebenkosten aufgrund von Preis Anpassungen und weiterer Übernahmekosten abschließend auf 417 Mio € geändert. Aus der geänderten Kaufpreisallokation wurden 222 Mio € dem Goodwill, 82 Mio € den sonstigen immateriellen Vermögenswerten und 113 Mio € dem Nettovermögen zugeordnet. Nach der Akquisition entfielen auf die norisbank für 2006 Erträge von 30 Mio € und ein Verlust nach Steuern von 5 Mio €.

Tilney Group Limited

Am 14. Dezember 2006 schloss der Konzern die Akquisition einer 100-prozentigen Beteiligung an dem britischen Vermögensverwalter Tilney Group Limited („Tilney“) als Teil einer strategischen Initiative zur Stärkung der Präsenz im britischen Private-Wealth-Management-Markt ab. Die Kosten für die Akquisition setzten sich aus einer Barvergütung von 317 Mio €, einem Schuldscheindarlehen in Höhe von 11 Mio € und Anschaffungsnebenkosten von 5 Mio € zusammen. Weitere 46 Mio € der Kaufpreissumme wurden abgegrenzt und unter der Bedingung gezahlt, dass das Geschäftsergebnis der erworbenen Einheiten in den darauffolgenden drei Jahren bestimmte Zielwerte übertrifft. Die Allokation des Kaufpreises führte zu einem Goodwill von 419 Mio €, sonstigen immateriellen Vermögenswerten von 97 Mio € und Nettoverbindlichkeiten von 137 Mio €. Tilney wurde dem Geschäftsbereich PWM zugeordnet.

Zum Erwerbszeitpunkt ergaben sich folgende Auswirkungen auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Barreserve	47	–	47
Goodwill	163	256	419
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	97	97
Übrige Vermögenswerte	36	2	38
Summe der Aktiva	246	355	601
Passiva:			
Langfristige Verbindlichkeiten	143	8	151
Übrige Verbindlichkeiten	46	25	71
Summe der Verbindlichkeiten	189	33	222
Nettovermögen	57	322	379
Summe der Passiva	246	355	601

Im Anschluss an die Akquisition und bis zum 31. Dezember 2007 führte eine Anpassung des Kaufpreises zur Rückzahlung von weniger als 1 Mio € und zu einer entsprechenden Anpassung des Goodwill. Nach der Akquisition entfielen auf Tilney für 2006 Erträge in Höhe von 3 Mio € und ein Verlust nach Steuern von weniger als 1 Mio €.

Sonstige im Jahr 2006 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Im Jahr 2006 getätigte sonstige Unternehmenszusammenschlüsse, die einzeln betrachtet nicht wesentlich waren, werden zusammengefasst dargestellt. Diese Transaktionen waren mit dem Erwerb von Mehrheitsbeteiligungen zwischen 60 % und 100 % für einen Gesamtkaufpreis von 168 Mio € einschließlich Anschaffungsnebenkosten von 1 Mio € verbunden. Die nachfolgende Übersicht zeigt die Auswirkungen auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Barreserve	63	–	63
Verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	1	–	1
Goodwill	33	5	38
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	8	8
Übrige Vermögenswerte	378	–	378
Summe der Aktiva	475	13	488
Summe der Verbindlichkeiten	288	8	296
Nettovermögen	187	5	192
Summe der Passiva	475	13	488

Für diese Akquisitionen wies der Konzern für 2006 Erträge von 58 Mio € und ein Ergebnis von 47 Mio € aus.

Mögliche Auswirkungen der in 2006 getätigten Unternehmenszusammenschlüsse auf die Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Wären die oben aufgeführten im Jahr 2006 getätigten Unternehmenszusammenschlüsse zum 1. Januar 2006 wirksam gewesen, hätte der Konzern für 2006 daraus Erträge von 396 Mio € und ein Ergebnis von 85 Mio € ausgewiesen.

Veräußerungen

In den Geschäftsjahren 2008, 2007 und 2006 veräußerte der Konzern mehrere Tochtergesellschaften/Geschäftseinheiten. Eine Liste und weitere Einzelheiten zu diesen Veräußerungen finden sich in Note [2]. Der gesamte für diese Veräußerungen in bar erhaltene Gegenwert belief sich in den Jahren 2008, 2007 und 2006 auf 182 Mio €, 375 Mio € beziehungsweise 544 Mio €. Die folgende Tabelle enthält die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die in diesen Veräußerungen enthalten waren.

in Mio €	2008	2007	2006
Barreserve und verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	66	52	107
Übrige Vermögenswerte	4.079	885	2.810
Summe der veräußerten Aktiva	4.145	937	2.917
Summe der veräußerten Verbindlichkeiten	3.490	463	1.958

[35] Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente und Sicherungsgeschäfte

Zu den vom Konzern eingesetzten derivativen Kontrakten zählen Swaps, standardisierte Terminkontrakte, Termingeschäfte, Optionen und ähnliche Kontraktarten. Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit wickelt der Konzern unterschiedliche Transaktionen mit derivativen Finanzinstrumenten sowohl zu Handels- als auch Sicherungszwecken ab. Der Konzern setzt derivative Instrumente ein, um den Bedürfnissen der Kunden hinsichtlich des Risikomanagements Rechnung zu tragen, Risiken des Konzernobligos zu steuern und abzusichern sowie um Erträge im Eigenhandel zu generieren.

Im Einklang mit den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns zur Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen, wie sie in Note [1] beschrieben sind, werden alle Derivate zum Marktwert bilanziert, gleichgültig, ob sie für Handels- oder Nichthandelszwecke gehalten werden.

Zu Handelszwecken gehaltene Derivate

Verkaufs- und Handelsaktivitäten

Die Mehrzahl der Derivatetransaktionen des Konzerns steht im Zusammenhang mit Verkaufs- und Handelsaktivitäten. Zu den Verkaufsaktivitäten gehören die Strukturierung und Vermarktung derivativer Produkte an Kunden, um ihnen zu ermöglichen, gegenwärtige oder zukünftige Risiken zu übernehmen, zu übertragen, zu modifizieren oder zu reduzieren. Die Handelsaktivitäten umfassen Marktpflege- und Arbitrageaktivitäten sowie das Eingehen von Eigenhandelspositionen. Marktpflege beinhaltet das Stellen von Geld- und Briefkursen für andere Marktteilnehmer mit der Absicht, mithilfe von Margen und Volumina Erträge zu erwirtschaften. Durch Eingehen von Eigenhandelspositionen steuert der Konzern seine Risikopositionen in der Erwartung, von günstigen Entwicklungen der Preise, Zinsen oder Indizes zu profitieren. Bei Arbitrageaktivitäten werden Preisabweichungen zwischen Märkten und Produkten ermittelt, um daraus Gewinne zu erzielen.

Risikomanagement

Im Rahmen seines Aktiv-Passiv-Managements setzt der Konzern Derivate zu Sicherungszwecken ein, um sein Kredit- und Marktrisiko zu reduzieren. Dies erfolgt durch Absicherung spezifischer Portfolios festverzinslicher Finanzinstrumente und geplanter Transaktionen sowie durch eine strategische Absicherung des gesamten Bilanzrisikos. Der Konzern steuert Zinsrisiken aktiv, unter anderem durch den Einsatz derivativer Kontrakte. Der Einsatz derivativer

Finanzinstrumente wird von Zeit zu Zeit innerhalb vorgeschriebener Grenzen entsprechend den Veränderungen der Marktbedingungen sowie den Charakteristika und der Zusammensetzung der betreffenden Aktiva und Passiva angepasst.

Derivative, die die Anforderungen an Hedge Accounting erfüllen

Für Derivate, für die die in Note [1] beschriebenen Anforderungen erfüllt sind, wendet der Konzern Hedge Accounting an.

Fair Value Hedges

Der Konzern wendet Fair Value Hedge Accounting mittels Zinsswaps und Optionen an, um sich gegen Veränderungen des Fair Value festverzinslicher Finanzinstrumente infolge von Bewegungen der Marktzinssätze abzusichern.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Wert der Derivate, die im Rahmen von Fair Value Hedges gehalten werden.

in Mio €	Aktiva 2008	Passiva 2008	Aktiva 2007	Passiva 2007
Derivate als Sicherungsinstrumente in Fair Value Hedges	8.441	3.142	2.323	961

Im Geschäftsjahr 2008 wies der Konzern einen Gewinn von 4,1 Mrd € (2007: Gewinn in Höhe von 147 Mio €) aus Sicherungsinstrumenten aus. Im gleichen Zeitraum belief sich der Verlust aus den abgesicherten Grundgeschäften, der auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen war, auf 3,8 Mrd € (2007: Verlust von 213 Mio €).

Cash Flow Hedges

Der Konzern sichert die Zahlungsströme über Terminkontrakte auf Aktien, Zinsswaps und Devisentermingeschäfte ab, um sich gegen Risiken aus Schwankungen von Aktienindizes, Zinssätzen und Wechselkursen zu schützen.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Wert der Derivate, die im Rahmen von Cash Flow Hedges gehalten werden.

in Mio €	Aktiva 2008	Passiva 2008	Aktiva 2007	Passiva 2007
Derivate als Sicherungsinstrumente in Cash Flow Hedges	12	355	14	–

Die folgende Tabelle zeigt, in welchen Berichtszeiträumen mit dem Auftreten der abgesicherten Cashflows gerechnet wird und wann diese voraussichtlich ergebniswirksam werden.

in Mio €	Bis 1 Jahr	1 bis 3 Jahre	3 bis 5 Jahre	über 5 Jahre
Zum 31. Dezember 2008				
Cashflow aus Aktiva	120	96	84	138
Cashflow aus Passiva	– 71	– 38	– 49	– 304
Nettocashflow	49	58	35	– 166
Zum 31. Dezember 2007				
Cashflow aus Aktiva	56	163	80	129
Cashflow aus Passiva	– 2	– 57	– 5	– 3
Nettocashflow	54	106	75	126

Diese erwarteten zukünftigen Zahlungsströme stehen im Wesentlichen im Zusammenhang mit den zwei größten Hedgeprogrammen des Konzerns.

Zum einen nutzt Maher Terminals LLC, ein konsolidiertes Tochterunternehmen, ein befristetes Anleiheprogramm, um sein Infrastrukturportfolio zu finanzieren. Im Rahmen dieses Programms hängen zukünftige Zinszahlungen von Änderungen variabler Geldmarktzinssätze ab. Um die Volatilität dieser hochgradig wahrscheinlichen zukünftigen Cashflows abzusichern und die Finanzierungskosten mit den erwarteten Erträgen in Einklang zu bringen, hat Maher Terminals LLC eine Reihe von befristeten Swaps abgeschlossen, bei denen Maher Terminals LLC fest vereinbarte Zinsen zahlt.

Zum anderen wird unter den Bestimmungen der fondsgebundenen Verträge, die von Abbey Life Assurance Company Limited abgeschlossen wurden, den Versicherungsnehmern eine jährliche Managementgebühr belastet, welche als Prozentanteil des verwalteten Vermögens ausgedrückt wird. Der Konzern ist, um sich gegen die Volatilität dieser hochgradig wahrscheinlichen Zahlungsströme der Managementgebühren abzusichern, 3-Monats-rollierende FTSE-Future-Kontrakte eingegangen. Andere Cashflow-Hedge-Programme nutzen Zinsswaps und FX Forwards als Sicherungsinstrumente.

Im Geschäftsjahr 2008 wies der Konzern einen Saldo von minus 342 Mio € (2007: minus 79 Mio €) im Zusammenhang mit Cash Flow Hedges im Eigenkapital aus. Von diesen Beträgen gehen im Jahr 2008 minus 56 Mio € (2007: minus 67 Mio €) auf bereits beendete Programme zurück. Diese Beträge werden zu gegebener Zeit erfolgswirksam aufgelöst.

Im Geschäftsjahr 2008 wurde ein Verlust von 265 Mio € (2007: Verlust von 19 Mio €) wegen effektiver Cash Flow Hedges im Eigenkapital berücksichtigt. Es wurde ein Verlust von 2 Mio € (2007: Verlust von 13 Mio €) vom Eigenkapital in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung überführt sowie ein Gewinn von 27 Mio € (2007: Verlust von 3 Mio €) wegen Hedgeineffektivität erfolgswirksam erfasst.

Mit Stand vom 31. Dezember 2008 wird der Zahlungsstrom mit der längsten Laufzeit im Jahr 2027 fällig.

Net Investment Hedges

Der Konzern sichert sich über Devisentermingeschäfte und -swaps gegen Risiken aus der Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Tochterunternehmen in die Bilanzwährung der Muttergesellschaft ab.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Wert der Derivate, die zur Absicherung einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb gehalten werden.

in Mio €	Aktiva 2008	Passiva 2008	Aktiva 2007	Passiva 2007
Derivate als Sicherungsinstrumente in Net Investment Hedges	1.081	1.220	146	109

Im Geschäftsjahr 2008 wies der Konzern Verluste von 151 Mio € (2007: Verluste von 72 Mio €) aus Hedgeineffektivität aus.

[36] Aufsichtsrechtliches Kapital

Kapitalmanagement

Treasury verantwortet das konzernweite sowie das lokale Kapitalmanagement. Die Allokation von Finanzressourcen im Allgemeinen und Kapital im Besonderen hat zum Ziel, profitable Geschäftsbereiche zu unterstützen, die den größtmöglichen positiven Effekt auf die Rentabilität und den Shareholder Value des Konzerns aufweisen. Aus diesem Grund ordnet Treasury den Geschäftsbereichen das Kapital in regelmäßigen Abständen neu zu.

Treasury implementiert die Kapitalstrategie des Konzerns, die vom Capital and Risk Committee entwickelt und vom Vorstand genehmigt wird. Dies umfasst auch die Emission und den Rückkauf von Aktien. Es ist Ziel des Konzerns, stets eine solide Kapitalisierung vorzuweisen. Kapitalbedarf und -angebot werden permanent überwacht und, falls notwendig, angepasst, um den Bedarf an Kapital unter verschiedenen Aspekten abzudecken. Dazu gehören das ausgewiesene Buchkapital nach IFRS, das aufsichtsrechtliche Kapital sowie das Ökonomische Kapital. Im Oktober 2008 wurde die Zielgröße für die Tier-1-Kapitalquote auf etwa 10 % angehoben. Der Zielkorridor lag zu Jahresbeginn bei 8 % bis 9 %.

Die Allokation des Kapitals, die Festlegung des Finanzierungsplans des Konzerns und ähnliche Ressourcenfragen werden vom Capital and Risk Committee erörtert.

Regionale Kapitalpläne, die den Kapitalbedarf der Filialen und Tochtergesellschaften des Konzerns abdecken, werden halbjährlich erstellt und dem Group Investment Committee vorgelegt. Die meisten Tochtergesellschaften des Konzerns unterliegen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen. Lokale Asset and Liability Committees sorgen für die Einhaltung dieser Anforderungen unter Führung regionaler Treasury Teams. Ferner stellen sie die Einhaltung weiterer Anforderungen sicher wie beispielsweise Ausschüttungsbegrenzungen für die Dividende an die Deutsche Bank AG oder Begrenzungen des Kreditvolumens von Tochtergesellschaften an ihre Muttergesellschaft. Bei der Entwicklung, Umsetzung und Prüfung des Kapitals und der Liquidität des Konzerns werden solche gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen berücksichtigt.

Die ordentliche Hauptversammlung 2007 erteilte dem Konzernvorstand die Ermächtigung, bis zu 52,6 Millionen Aktien bis Ende Oktober 2008 zurückzukaufen. Auf Basis dieser Ermächtigung wurde das Aktienrückkaufprogramm 2007/08 im Mai 2007 gestartet und im Mai 2008 abgeschlossen, in dem eine neue Ermächtigung erteilt wurde.

In diesem Zeitraum wurden insgesamt 7,2 Millionen Aktien zurückgekauft (6,33 Millionen in 2007 und 0,82 Millionen in 2008), davon wurden 4,1 Millionen Aktien (57 %) bis Ende Juni 2007 zurückgekauft. Mit Beginn der Krise im Juli 2007 wurde das Aktienrückkaufvolumen deutlich reduziert und zwischen Juli 2007 und Mai 2008 wurden lediglich 3,1 Millionen Aktien zurückgekauft.

Die ordentliche Hauptversammlung 2008 erteilte dem Konzernvorstand die Ermächtigung, bis zu 53,1 Millionen Aktien bis Ende Oktober 2009 zurückzukaufen. Bis zum Jahresende 2008 wurden keine Aktien im Rahmen dieser Ermächtigung zurückgekauft.

Im September 2008 hat der Konzern 40 Millionen neue auf den Namen lautende Stückaktien im Wege des sogenannten beschleunigten Bookbuildingverfahrens bei institutionellen Anlegern platziert. Der Platzierungspreis betrug 55 € je Aktie. Der Bruttoemissionserlös belief sich auf insgesamt 2,2 Mrd €. Die Kapitalerhöhung diente der Abdeckung

der Kapitalanforderungen für den Erwerb einer Minderheitsbeteiligung an der Deutschen Postbank AG von der Deutschen Post AG.

Das Kapitalmanagement umfasste den Verkauf von 16,3 Millionen Eigener Aktien (etwa 2,9 % unseres Gezeichneten Kapitals) in den Monaten Oktober bis November 2008.

Im Geschäftsjahr 2007 hatten wir 2,0 Mrd US-\$ hybrides Tier-1-Kapital und 800 Mio US-\$ sowie 200 Mio € Contingent Capital begeben. Im Geschäftsjahr 2008 haben wir Contingent Capital in Höhe von 1,0 Mrd € und 3,2 Mrd US-\$ begeben. Uns steht es frei, diese in 2008 emittierten Kapitalinstrumente in Form vorrangiger Anleihen oder nachrangiger Anleihen des Tier-2-Kapitals 1. Klasse in hybrides Tier-1-Kapital umzuwandeln. In 2008 haben wir 1,0 Mrd € und 4,0 Mrd US-\$ Contingent Capital in hybrides Tier-1-Kapital umgewandelt, wonach nur noch 200 Mio € in ihrer in 2007 begebenen Form bestehen. Das ausstehende hybride Tier-1-Kapital (ausschließlich nicht kumulative Vorzugsanteile, „Non-Cumulative Trust Preferred Securities“) belief sich am 31. Dezember 2008 auf insgesamt 9,6 Mrd €, verglichen mit 5,6 Mrd € zum 31. Dezember 2007.

Kapitaladäquanz

Seit 2008 berechnet und veröffentlicht der Deutsche Bank-Konzern Kapitalquoten auf Konzernebene gemäß dem überarbeiteten Kapitalregelwerk des Baseler Ausschusses von 2004 („Basel II“), das im Kreditwesengesetz und in der Solvabilitätsverordnung in deutsches Recht umgesetzt wurde. Bis zum Ende des Geschäftsjahres 2007 hat die Deutsche Bank Kapitalquoten auf Konzernebene gemäß dem Basel I-Regelwerk veröffentlicht, die somit keine vergleichbare Basis darstellen.

Das aufsichtsrechtliche Kapital einer Bank, auch Eigenmittel genannt, wird in drei Komponenten unterteilt: Tier-1-Kapital, Tier-2-Kapital und Tier-3-Kapital – und die Summe aus Tier-1-Kapital und Tier-2-Kapital wird auch Haftendes Eigenkapital genannt.

- Das Tier-1-Kapital besteht in erster Linie aus dem Gezeichneten Kapital (ausgenommen kumulative Vorzugsaktien), den Kapital- und Gewinnrücklagen sowie hybriden Kapitalbestandteilen wie zum Beispiel nicht kumulative Vorzugsanteile, abzüglich Goodwill und sonstiger immaterieller Vermögenswerte sowie anderer Abzugsposten wie Eigene Aktien im Bestand.
- Das Tier-2-Kapital umfasst in erster Linie kumulative Vorzugsaktien, kumulative Vorzugsanteile („Cumulative Trust Preferred Securities“), langfristige nachrangige Verbindlichkeiten, teilweise unrealisierte Gewinne aus börsennotierten Wertpapieren sowie den Betrag, um den die Wertanpassungen und Rückstellungen für Engagements in Bezug auf Zentralregierungen, Institute und Unternehmen sowie Kredite an Privatkunden und kleine Unternehmen (Retail Exposures), die auf der Basis des Internal Rating Based Approach („IRBA“) der Bank berechnet wurden, die erwarteten Verluste solcher Engagements übersteigt. Bestimmte Posten müssen vom Tier-1- und Tier-2-Kapital in Abzug gebracht werden. Diese umfassen in erster Linie Kapitalkomponenten, die der Konzern anderen Finanzinstituten oder Unternehmen bereitgestellt hat, die nicht konsolidiert werden, an denen der Konzern jedoch einen Kapitalanteil von mehr als 10 % hält. Ebenso enthalten sind der Betrag, um den der erwartete Verlust für Engagements in Bezug auf Zentralregierungen, Institute und Unternehmen sowie Retail Exposures, die auf der Basis des IRBA der Bank berechnet wurden, die Wertanpassungen und Rückstellungen für solche Engagements übersteigen, die erwarteten Verluste für bestimmte Beteiligungspositionen („Equity Exposures“), Verbriefungspositionen, denen die Solvabilitätsverordnung ein Risikogewicht von 1,250 % zuweist und die bei der Berechnung der

risikogewichteten Verbriefungspositionen und dem Wert der an eine Gegenpartei gelieferten Wertpapiere nicht berücksichtigt wurden, zuzüglich eventueller Wiederbeschaffungskosten, sofern die von der Gegenpartei geforderte Zahlung nicht innerhalb von fünf Arbeitstagen nach Lieferung geleistet und die Transaktion dem Handelsbuch der Bank zugewiesen wurde.

- Das Tier-3-Kapital besteht überwiegend aus kurzfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten und darf nur zur Unterlegung von Marktpreisrisiken verwendet werden. Banken dürfen zur Unterlegung von Marktrisiken auch Tier-1- und Tier-2-Kapital verwenden, das den Mindestbedarf zur Unterlegung von Kreditrisiken überschreitet.

Nachrangige Verbindlichkeiten können nur in Höhe von maximal 50 % des Tier-1-Kapitals als Tier-2-Kapital angerechnet werden. Das gesamte Tier-2-Kapital ist auf 100 % des Tier-1-Kapitals begrenzt. Das Tier-3-Kapital ist begrenzt auf 250 % des nicht zur Unterlegung von Adressenausfallrisiken benötigten Tier-1-Kapitals. Die Mindesteigenmittelquote (Tier-1 + Tier-2 + Tier-3) beträgt 8 % der Risikoposition. Die Mindest-Tier-1-Kapitalquote beträgt 4 % der Positionen für Kreditrisiken und operationelle Risiken und 2,29 % der Marktrisikoposition. Die Mindest-Tier-1-Kapitalquote für die gesamte Risikoposition hängt daher vom gewichteten Durchschnitt der Positionen für Kreditrisiken, operationelle Risiken und für Marktrisiken ab.

Die Tier-1-Kapitalquote ist die zentrale Messgröße für die Kapitaladäquanz international tätiger Banken. Mit dieser im Basel II-Regelwerk definierten Quote wird das Tier-1-Kapital einer Bank ins Verhältnis zu ihren Kredit-, Markt- und operationellen Risiken (im Konzern insgesamt als „Risikoposition“ bezeichnet) gesetzt. Bei der Berechnung der Risikoposition verwendet der Konzern für alle drei Risikoarten interne, von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) genehmigte Modelle. Mehr als 90 % der Engagements des Konzerns, die sich auf bilanzwirksame und bilanzunwirksame Kreditrisiken beziehen, werden mithilfe eines internen Ratingmodells im Rahmen des sogenannten fortgeschrittenen Internal Rating Based Approach („Advanced IRBA“) bewertet. Die Marktrisikokomponente des Konzerns ist ein Mehrfaches des ermittelten Value-at-Risk, der für aufsichtsrechtliche Zwecke auf der Grundlage der konzerninternen Modelle berechnet wird. Diese Modelle wurden von der BaFin zur Berechnung der Marktrisikokomponente der Risikoposition der Bank anerkannt.

Hauptsächlich durch die zuvor genannten Abzugsbeträge vom Tier-1- und Tier-2-Kapital hatte die Einführung von Basel II negative Auswirkungen auf das aufsichtsrechtliche Kapital. Wertanpassungen und Rückstellungen sind unter Basel II kein separater Bestandteil des aufsichtsrechtlichen Kapitals, da Wertberichtigungen nunmehr bei der Ermittlung der Abzugsposten berücksichtigt werden. Infolge der Anwendung des Advanced IRBA reduzierte sich die Kreditrisikoposition des Konzerns, was die Einführung des Operationellen Risikos als neue Risikoklasse mehr als ausglich.

Die beiden folgenden Tabellen geben einen Überblick über das aufsichtsrechtliche Eigenkapital und die Risikoposition des Konzerns. Zahlenangaben für 2008 basieren auf dem überarbeiteten und vom Baseler Ausschuss 2004 präsentierten Eigenkapitalstandard (Basel II), der im deutschen Kreditwesengesetz und in der Solvabilitätsverordnung in deutsches Recht umgesetzt wurde. Die Beträge für 2007 basieren auf dem Basel I-Standard und sind daher auf einer nicht vergleichbaren Basis berechnet.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2008	31.12.2007
	Basel II	Basel I
Kreditrisiken	247.611	314.845
Marktrisiko ¹	23.496	13.973
Operationelles Risiko	36.625	N/A
Risikoposition insgesamt	307.732	328.818
Tier-1-Kapital	31.094	28.320
Tier-2-Kapital	6.302	9.729
Nutzbares Tier-3-Kapital	–	–
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt	37.396	38.049
Tier-1-Kapitalquote	10,1 %	8,6 %
Eigenmittelquote	12,2 %	11,6 %
Durchschnittliches Active Book Equity	32.079	30.093

N/A – nicht anwendbar

¹ Ein Vielfaches des Value-at-Risk des Konzerns, mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % und einer Haltedauer von zehn Tagen.

Am 31. Dezember 2008 lag die Eigenmittelquote des Konzerns mit 12,2 % deutlich über der geforderten Mindesteigenmittelquote von 8 %.

Das Tier-1-Kapital des Konzerns lag am 31. Dezember 2008 bei 31,1 Mrd € und am 31. Dezember 2007 bei 28,3 Mrd €. Die Tier-1-Kapitalquote betrug 10,1 % am 31. Dezember 2008 (und überstieg die Zielquote des Konzerns von 10 %) sowie 8,6 % am 31. Dezember 2007 (innerhalb des damaligen Zielkorridors des Konzerns von 8 bis 9 %).

Das Tier-2-Kapital des Konzerns lag am 31. Dezember 2008 bei 6,3 Mrd € und am 31. Dezember 2007 bei 9,7 Mrd €. Dies entspricht 20 % beziehungsweise 34 % des Tier-1-Kapitals.

Das Kreditwesengesetz und die Solvabilitätsverordnung verlangen, dass der Konzern seine Marktpreisrisiken zum 31. Dezember 2008 mit aufsichtsrechtlichem Kapital (Tier-1 + Tier-2 + Tier-3) in Höhe von 1.880 Mio € unterlegt (31. Dezember 2007: 1.118 Mio €). Der Konzern hat diese Anforderung vollständig mit Tier-1- und Tier-2-Kapital erfüllt, das für die Mindestabdeckung des Kredit- und Operationellen Risikos nicht erforderlich ist.

In der nachstehenden Tabelle sind die Komponenten des Tier-1- und Tier-2-Kapitals der für aufsichtsrechtliche Zwecke konsolidierten Gesellschaften zum 31. Dezember 2008 und 31. Dezember 2007 aufgeführt.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007 ¹
	Basel II	Basel I
Tier-1-Kapital:		
Stammaktien	1.461	1.358
Kapitalrücklage	14.961	15.808
Gewinnrücklagen, Eigene Aktien im Bestand, als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesenes Eigenkapital, Anpassungen aus der Währungsumrechnung, Minderheitsanteile	16.724	17.717
Nicht kumulative Vorzugsaktien	9.622	5.602
Vollständig vom Tier-1-Kapital in Abzug gebrachte Posten ² (unter anderem Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte)	- 10.125	- 12.165
Teilweise vom Tier-1-Kapital in Abzug gebrachte Posten ³	- 1.549	N/A
Tier-1-Kapital insgesamt	31.094	28.320
Tier-2-Kapital:		
Unrealisierte Gewinne aus notierten Wertpapieren ² (45 % angerechnet)	-	1.472
Sonstige Wertberichtigungen für inhärente Risiken	N/A	358
Kumulative Vorzugsaktien	300	841
Anrechenbare nachrangige Verbindlichkeiten	7.551	7.058
Teilweise vom Tier-2-Kapital in Abzug gebrachte Posten ³	- 1.549	N/A
Tier-2-Kapital insgesamt	6.302	9.729

N/A – nicht anwendbar

1 In den Vergleichszahlen für 2007 wurden die in Note [1] beschriebenen nachträglichen Änderungen nicht berücksichtigt. Unter Berücksichtigung dieser Änderungen läge das aufsichtsrechtliche Kapital um 849 Mio € höher.

2 Netto unrealisierte Gewinne und Verluste von gelisteten Schuldverschreibungen wie für aufsichtsrechtliche Zwecke zu bestimmen waren negativ zum Jahresende 2008 (minus 108 Mio €) und wurden vollständig vom Tier-1-Kapital in Abzug gebracht.

3 Gemäß § 10 Absatz 6 und § 10 Absatz 6a KWG in Verbindung mit § 10a KWG.

Basel II verlangt den Abzug des Goodwill vom Tier-1-Kapital. Für eine Übergangszeit ist es jedoch gemäß § 64h Absatz 3 KWG zulässig, bestimmte Goodwillkomponenten teilweise in das Tier-1-Kapital einzubeziehen. Solche Goodwillkomponenten sind zwar nicht im oben erwähnten aufsichtsrechtlichen Eigenkapital und in den Kapitaladäquanzquoten enthalten, wir nutzen diese Übergangsregelung jedoch für die Meldung unserer Kapitaladäquanzquote an die deutschen Aufsichtsbehörden.

Am 31. Dezember 2008 betrug der Übergangsposten 971 Mio €. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke in Deutschland wurden das Tier-1-Kapital, das aufsichtsrechtliche Eigenkapital und die Gesamtrisikoposition um diesen Betrag erhöht. Dementsprechend beliefen sich am 31. Dezember 2008 unsere gemeldete Tier-1-Kapitalquote und unsere Eigenmittelquote unter Berücksichtigung dieses Postens auf 10,4 % beziehungsweise 12,4 %.

Zu den für bankaufsichtsrechtliche Meldezwecke konsolidierten Gesellschaften zählen gemäß Kreditwesengesetz alle Tochtergesellschaften, die als Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Kapitalanlagegesellschaften, Finanzunternehmen sowie Anbieter von Nebendienstleistungen einzustufen sind. Davon ausgenommen sind Versicherungsgesellschaften oder Unternehmen außerhalb des Finanzsektors.

Bei Finanzkonglomeraten werden Versicherungsgesellschaften jedoch in die Berechnung der Kapitaladäquanz einbezogen. Der Konzern ist nach der Akquisition von Abbey Life Assurance Company Limited im Oktober 2007 von der BaFin als Finanzkonglomerat eingestuft worden. Die Solvabilitätsspanne des Konzerns als Finanzkonglomerat wird weiterhin von den Bankaktivitäten des Konzerns dominiert.

Die Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderungen kann Verfügungen und weitere Maßnahmen seitens der BaFin oder anderer Aufsichtsbehörden nach sich ziehen. Diese könnten erhebliche Auswirkungen auf die Geschäftsaktivitäten des Konzerns haben. Der Deutsche Bank-Konzern hat 2008 die aufsichtsrechtlichen Kapitaladäquanzvorschriften eingehalten.

[37] Risikoangaben

Der Konzern verfügt über eine dedizierte und integrierte Legal, Risk & Capital-Funktion, die unabhängig von den Konzernbereichen ist. Der Konzern steuert die Risiken und das Kapital mithilfe eines Rahmenwerks von Grundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Mess- und Überwachungsprozessen, die genau auf die Tätigkeiten der Konzernbereiche abgestimmt sind. Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die Überwachung des Risiko- und Kapitalmanagements im Konzern. Innerhalb des Vorstands ist der Chief Risk Officer verantwortlich für das Risikomanagement der Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, Geschäfts-, Rechts-, Reputations- und operationellen Risiken sowie für die Kapitalmanagementaktivitäten des Konzerns. Der Aufsichtsrat überprüft das Risiko- und Kapitalprofil in regelmäßigen Zeitabständen.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko entsteht im Zusammenhang mit allen Transaktionen, aus denen sich tatsächliche, eventuelle oder künftige Ansprüche gegenüber einem Geschäftspartner, Kreditnehmer oder Schuldner (im Folgenden gemeinsam „Geschäftspartner“ genannt) ergeben.

Es werden drei Arten von Kreditrisiken unterschieden:

- Ausfallrisiko ist das Risiko, dass Geschäftspartner vertragliche Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen.
- Länderrisiko ist das Risiko, dass dem Konzern in einem beliebigen Land aus einem der folgenden Gründe ein Verlust entsteht – eine mögliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, politische und soziale Unruhen, Verstaatlichung und Enteignung von Vermögenswerten, staatliche Nichtanerkennung von Auslandsschulden, Devisenkontrollen und Ab- oder Entwertung der Landeswährung. Im Länderrisiko ist das Transferisiko enthalten. Dieses entsteht, wenn Schuldner aufgrund direkter staatlicher Intervention nicht in der Lage sind, Vermögenswerte zur Erfüllung ihrer fälligen Verpflichtungen an Nichtgebietsansässige zu übertragen.
- Abwicklungsrisiko ist das Risiko, dass die Abwicklung oder Verrechnung von Transaktionen scheitert. Es entsteht immer dann, wenn liquide Mittel, Wertpapiere und/oder andere Werte nicht zeitgleich ausgetauscht werden.

Der Konzern steuert Kreditrisiken in einem koordinierten Prozess auf allen relevanten Ebenen der Bank. Das gilt auch für komplexe Produkte, die der Konzern üblicherweise innerhalb eines Rahmenwerks für Handelsengagements steuert. Das Kreditrisikomanagement des Konzerns baut auf den folgenden Grundsätzen auf:

- In allen Konzernbereichen werden einheitliche Standards für die jeweiligen Kreditentscheidungen angewandt.
- Die Genehmigung von Kreditlimiten für Geschäftspartner und die Steuerung der einzelnen Kreditengagements des Konzerns müssen im Rahmen der Portfoliorichtlinien und Kreditstrategien erfolgen.
- Jede Kreditgewährung und jegliche wesentliche Veränderung einer Kreditfazilität gegenüber einem Geschäftspartner (wie zum Beispiel Laufzeit, Sicherheitenstruktur oder wichtige Vertragsbedingungen) erfordern eine Kreditgenehmigung auf der angemessenen Kompetenzebene.

- Kreditgenehmigungskompetenzen erhalten Mitarbeiter, die über eine entsprechende Qualifikation, Erfahrung und Ausbildung verfügen. Diese Kreditkompetenzen werden regelmäßig überprüft.
- Die Kreditengagements des Konzerns gegenüber einer Kreditnehmergruppe werden auf weltweit konsolidierter Basis erfasst. Als „Kreditnehmergruppe“ wird eine Gruppe von Kreditnehmern definiert, die durch mindestens ein vom Konzern festgelegtes Kriterium wie Kapitalbeteiligung, Stimmrechte, offensichtliche Kontrollausübung oder andere Indizien einer Konzernzugehörigkeit miteinander verbunden sind oder die gesamtschuldnerisch für sämtliche oder wesentliche Teile der vom Konzern gewährten Kredite haften.

Kreditrisikoeinstufung

Ein wichtiges Element des Kreditgenehmigungsprozesses ist eine detaillierte Risikobeurteilung jedes Kreditengagements eines Geschäftspartners. Bei der Beurteilung des Risikos werden sowohl die Bonität des Geschäftspartners als auch die für die Kreditfazilität oder das Kreditengagement relevanten Risiken berücksichtigt. Die daraus resultierende Risikoeinstufung wirkt sich nicht nur auf die Strukturierung der Transaktion und die Kreditentscheidung aus, sondern bestimmt auch die Kreditkompetenz, die zur Ausreichung beziehungsweise Verlängerung oder wesentlichen Veränderung des Kredits notwendig ist, und legt den Überwachungsumfang für das jeweilige Engagement fest.

Der Konzern verfügt über interne Bewertungsmethoden, Score Cards und eine Ratingskala zur Beurteilung der Bonität aller Geschäftspartner. Die 26-stufige Ratingskala des Konzerns ist mit dem Maß der Ausfallwahrscheinlichkeit kalibriert, das auf der Basis statistischer Analysen historischer Ausfälle der Konzernportfolios gebildet wurde. Mit dieser Skala wird eine Vergleichbarkeit der internen Ratings mit der Marktpraxis und eine Vergleichbarkeit der verschiedenen Unterportfolios des Konzerns ermöglicht. Einige Ausfallratings ermöglichen es uns auch, die erwarteten Rückflüsse von ausgefallenen Engagements auszudrücken.

Die Kreditengagements werden generell einzeln bewertet. Bei der Ermittlung seiner internen Risikoeinstufungen vergleicht der Konzern seine Einschätzungen nach Möglichkeit mit den Risikoratings seiner Geschäftspartner, die von führenden internationalen Ratingagenturen vergeben wurden.

Kreditlimite

Kreditlimite legen die Obergrenze für Kreditengagements fest, die der Konzern bereit ist, für bestimmte Zeiträume einzugehen. Sie beziehen sich auf Produkte, Konditionen des Engagements und andere Faktoren.

Überwachung des Ausfallrisikos

Die Kreditengagements des Konzerns werden mithilfe diverser Risikomanagementinstrumente ständig überwacht. Darüber hinaus stehen Verfahren zur Verfügung, mit denen der Konzern versucht, frühzeitig Kreditengagements zu erkennen, die möglicherweise einem erhöhten Ausfallrisiko ausgesetzt sind. Der Konzern ist bestrebt, Geschäftspartner, bei denen auf Basis der Anwendung konzerneigener Risikomanagementinstrumente potenzielle Probleme erkannt werden, frühzeitig zu identifizieren, damit der Konzern das Kreditengagement effektiv steuern und die Rückflüsse maximieren kann. Der Zweck dieses Frühwarnsystems liegt darin, potenzielle Probleme anzugehen, solange adäquate Handlungsalternativen zur Verfügung stehen. Diese Früherkennung potenzieller Problemkredite ist ein Grundprinzip der Kreditkultur des Konzerns und soll sicherstellen, dass größere Aufmerksamkeit auf solche Engagements gelenkt wird. Wenn der Konzern Geschäftspartner identifiziert, bei denen Probleme entstehen könnten, werden die entsprechenden Engagements auf eine „Watchlist“ gesetzt.

Maximales Kreditrisiko

Die folgende Tabelle zeigt das maximale Kreditrisiko des Konzerns ohne Berücksichtigung etwaiger gehaltener Sicherheiten oder sonstiger Kreditverbesserungen (Credit Enhancements), die nicht für eine Verrechnung in der Bilanz des Konzerns infrage kommen.

in Mio € ¹	31.12.2008	31.12.2007
Täglich fällige Forderungen gegenüber Banken	9.826	7.457
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	64.739	21.615
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	9.267	13.597
Forderungen aus Wertpapierleihen	35.022	55.961
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ²	1.579.648	1.247.165
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ²	19.194	32.850
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	271.219	200.597
Sonstige Aktiva mit Kreditrisiko	78.957	84.761
Finanzgarantien und andere kreditrisikobezogene Eventualverbindlichkeiten ³	48.815	49.905
Unwiderrufliche Kreditzusagen und andere ausleihebezogene Zusagen ³	104.077	128.511
Maximales Kreditrisiko	2.220.764	1.842.419

1 Alle Beträge zum Buchwert, sofern nicht anders angegeben.

2 Ohne Aktien und sonstige Kapitalbeteiligungen.

3 Finanzgarantien, sonstige kreditrisikobezogene Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen (einschließlich zum Fair Value bewerteter Zusagen) sind mit den Nominalbeträgen wiedergegeben.

Gehaltene Sicherheiten

Der Konzern vereinbart in Kreditverträgen mit Kreditnehmern regelmäßig das Stellen von Sicherheiten. Diese Sicherheiten werden in Form von Vermögenswerten oder Drittverpflichtungen gestellt, die das inhärente Risiko von Kreditausfällen mindern, indem sie das Ausfallrisiko des Kreditnehmers abdecken oder bei Ausfällen die Rückflüsse optimieren. Während Sicherheiten eine alternative Rückzahlungsquelle bilden können, mindern oder kompensieren sie nicht eine fragwürdige Reputation eines Kreditnehmers oder eine fragwürdige Struktur.

Der Konzern unterteilt die erhaltenen Sicherheiten in zwei Kategorien:

- Finanzielle Sicherheiten, die die Fähigkeit des Kreditnehmers abdecken, seine Verpflichtungen unter dem Kreditvertrag zu erfüllen, und die als solche von Dritten bereitgestellt werden. In diese Kategorie fallen in der Regel Akkreditive, Versicherungsverträge, erhaltene Garantien und Risikobeteiligungen.
- Physische Sicherheiten, die es dem Konzern ermöglichen, das gesamte oder Teile des ausstehenden Engagements zu vereinnahmen, indem der als Sicherheit hinterlegte Vermögenswert verwertet wird, wenn der Kreditnehmer seine Hauptleistungen nicht erfüllen kann oder will. Zu dieser Kategorie gehören üblicherweise Barsicherheiten, Wertpapiere (Aktien, Anleihen), Bestände, Sachmittel (Anlagen, Maschinen, Flugzeuge) sowie Immobilien.

Zusätzlich steuert der Konzern aktiv das Kreditrisiko seiner Kredite und ausleihebezogenen Zusagen. Eine spezialisierte Einheit innerhalb des Konzerns, die Loan Exposure Management Group, konzentriert sich auf die zwei folgenden Initiativen, die darauf abzielen, die Risikomanagementdisziplin zu verbessern, die Rendite zu steigern und das Kapital effizienter einzusetzen:

- Verringerung der einzeladressen- und branchenbezogenen Kreditrisikokonzentrationen innerhalb des Kreditportfolios sowie
- aktives Management der Kreditengagements durch Anwendung von Techniken wie Kreditverkäufen, Verbriefung von Kreditforderungen mittels besicherter Kreditverbriefungen, Ausfallversicherungen sowie Einzeladressen- und Portfolio Credit Default Swaps.

Um sein derivativebezogenes Kreditrisiko besser steuern zu können, geht der Konzern Sicherheitenvereinbarungen ein. Diese führen in der Regel zur Risikominderung durch die periodische (meist tägliche) Bewertung des betreffenden Portfolios beziehungsweise der besicherten Transaktionen sowie zur Kündigung des Rahmenvertrags, falls der Geschäftspartner einer Aufforderung zur Sicherheitenleistung nicht nachkommt.

Konzentration des Kreditrisikos

Erhebliche Konzentrationen des Kreditrisikos liegen vor, wenn der Konzern substanzielle Engagements mit einer Vielzahl von Geschäftspartnern mit ähnlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder vergleichbaren Geschäftsaktivitäten unterhält, im Rahmen derer diese Gemeinsamkeiten dazu führen können, dass die Geschäftspartner ihre vertraglichen Verpflichtungen nicht erfüllen können, falls sich wirtschaftliche oder branchenbezogene Rahmenbedingungen ändern. Eine Konzentration des Kreditrisikos kann auch gegenüber einem einzelnen Geschäftspartner bestehen.

Zur Überwachung und Steuerung des Kreditrisikos verwendet der Konzern ein umfassendes Instrumentarium quantitativer Kenngrößen und Messinstrumente. Kreditlimite beziehen sich auf Geschäftspartner, Länder, Produkte sowie sonstige Faktoren und legen die Obergrenzen für Kreditengagements fest.

Die größten Konzentrationen des Kreditrisikos im Zusammenhang mit Krediten bestehen gegenüber Westeuropa und Nordamerika, wobei ein bedeutender Anteil auf private Haushalte entfällt. Die Konzentration in Westeuropa liegt in erster Linie im Heimatmarkt Deutschland, der auch den Großteil des Immobilienfinanzierungsgeschäfts umfasst. Bei OTC-Derivaten bestehen die größten Konzentrationen ebenfalls in Westeuropa und Nordamerika mit einem signifikanten Anteil bei Banken und Versicherungen, überwiegend im Investment-Grade-Rating-Bereich.

Kreditqualität von Vermögenswerten

Die folgende Tabelle unterteilt mehrere der wesentlichen Firmenkreditengagementkategorien des Konzerns nach den Bonitätsklassen der Geschäftspartner. Für das derivativebezogene Kreditrisiko ist der Konzern üblicherweise bemüht, Rahmenverträge mit den Kunden abzuschließen (wie beispielsweise den Rahmenvertrag der International Swaps and Derivatives Association für Derivate). Mithilfe eines Rahmenvertrags können die Verbindlichkeiten sämtlicher vom Rahmenvertrag erfassten Derivatekontrakte genettet werden, wenn der Geschäftspartner seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, sodass eine einzige Nettoforderung gegenüber dem Geschäftspartner verbleibt (sogenanntes „Close-out Netting“). Für Teile des Geschäfts mit Derivaten schließt der Konzern auch sogenannte Payment-Netting-Vereinbarungen ab, mit denen für sämtliche dieser Vereinbarung unterliegenden Transaktionen die fälligen Zahlungen

eines Tages in derselben Währung zur Verringerung des Kapitalausfallrisikos verrechnet werden. Für das Kreditrisiko aus OTC-Derivaten in der nachfolgenden Tabelle wurde das Netting nur dann angewandt, wenn der Konzern davon ausgeht, dass es für die jeweilige Rechtsprechung und Geschäftspartner anwendbar ist.

Firmenkreditengagement Kreditrisikoprofil nach Bonitätsklasse	Kredite ¹		Unwiderrufliche Kreditzusagen ²		Eventual- verbindlichkeiten		OTC-Derivate ³		Insgesamt	
	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
in Mio €										
AAA-AA	40.749	22.765	20.373	28.969	5.926	7.467	65.598	39.168	132.646	98.370
A	29.752	30.064	30.338	31.087	11.976	15.052	22.231	13.230	94.297	89.432
BBB	53.360	30.839	26.510	35.051	15.375	13.380	15.762	8.008	111.007	87.277
BB	44.132	26.590	19.657	25.316	10.239	9.146	13.009	7.945	87.037	68.996
B	10.458	6.628	5.276	7.431	4.412	4.252	3.898	2.370	24.044	20.681
CCC und schlechter	8.268	3.342	1.923	657	887	609	3.092	1.281	14.170	5.889
Insgesamt	186.719	120.228	104.077	128.511	48.815	49.905	123.590	72.002	463.201	370.646

1 Beinhaltet vor allem in der CCC-Kategorie und schlechter IFRS-wertgeminderte Kredite über 2,3 Mrd € zum 31. Dezember 2008 und 1,5 Mrd € zum 31. Dezember 2007.

2 Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 2,8 Mrd € zum 31. Dezember 2008 und 2,7 Mrd € zum 31. Dezember 2007 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

3 Beinhaltet den Effekt von Nettingrahmenverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

Die nachstehende Tabelle zeigt das gesamte deutsche und ausländische Konsumentenkreditengagement.

in Mio €	Gesamtengagement	
	31.12.2008	31.12.2007
Konsumentenkreditengagement Deutschland:		
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen	57.139	56.504
Immobilienfinanzierungen	15.047	14.489
Immobilienfinanzierungen	42.092	42.015
Konsumentenkreditengagement außerhalb Deutschlands	27.361	23.864
Konsumentenkreditengagement insgesamt¹	84.500	80.368

1 Beinhaltet IFRS-wertgeminderte Kredite im Umfang von 1,4 Mrd € zum 31. Dezember 2008 und 1,1 Mrd € zum 31. Dezember 2007.

Die folgende Tabelle liefert einen Überblick über nicht wertgeminderte notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung, das heißt neu verhandelte Kredite, die ansonsten überfällig oder wertgemindert wären.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Nicht wertgeminderte notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung	80	43

Die nachstehende Tabelle unterteilt die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten nicht wertgeminderten Kredite nach Anzahl der überfälligen Tage.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Kredite, weniger als 30 Tage überfällig	8.345	8.644
Kredite 30 Tage oder mehr, aber weniger als 60 Tage überfällig	1.308	1.511
Kredite 60 Tage oder mehr, aber weniger als 90 Tage überfällig	939	502
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig	407	333
Überfällige Kredite ohne Wertminderung insgesamt	10.999	10.990

Die nachfolgende Tabelle zeigt den aggregierten Wert der Sicherheiten – mit einer Fair-Value-Obergrenze bei ausstehenden Transaktionen –, die der Konzern zur Absicherung seiner überfälligen, aber nicht wertgeminderten Kredite hält.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Finanzielle Sicherheiten	987	915
Physische Sicherheiten	3.222	3.724
Sicherheiten mit Fair-Value-Obergrenze für überfällige Kredite ohne Wertminderung insgesamt	4.209	4.639

Wertgeminderte Kredite

Der Konzern beurteilt Kredite unter IFRS als wertgemindert, wenn objektive Hinweise auf einen Wertminderungsverlust vorliegen. Während der Konzern die Wertminderung des Firmenkreditengagements einzeln ermittelt, werden kleinere standardisierte homogene Kredite als wertgemindert betrachtet, sobald der Kreditvertrag mit dem Kunden gekündigt wurde.

Die folgende Tabelle zeigt eine Aufteilung der wertgeminderten Kredite entsprechend dem Sitz des Geschäftspartners.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Einzeln ermittelte wertgeminderte Kredite:		
Inländische Kunden	750	957
Ausländische Kunden	1.532	559
Einzeln ermittelte wertgeminderte Kredite insgesamt	2.282	1.516
Kollektiv ermittelte wertgeminderte Kredite:		
Inländische Kunden	824	817
Ausländische Kunden	576	312
Kollektiv ermittelte wertgeminderte Kredite	1.400	1.129
Wertgeminderte Kredite insgesamt	3.682	2.645

Die nachfolgende Tabelle zeigt den aggregierten Wert der vom Konzern zur Absicherung seiner wertgeminderten Kredite gehaltenen Sicherheiten – mit einer Fair-Value-Obergrenze analog dem Transaktionsvolumen.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Finanzielle Sicherheiten	18	26
Physische Sicherheiten	1.175	874
Sicherheiten mit Fair-Value-Obergrenze für wertgeminderte Kredite insgesamt	1.193	899

Die nachstehende Tabelle zeigt den aggregierten Wert der Sicherheiten, die der Konzern während der Berichtsperiode in die Bilanz aufgenommen hat, indem er zur Risikominderung dienende Sicherheiten übernommen oder andere Kreditverbesserungen wie Garantien in Anspruch genommen hat.

in Mio €	2008	2007
Gewerbliche Immobilien	799	–
Private Immobilien	170	137
Sonstige	1.837	723
In der Berichtsperiode übernommene Sicherheiten insgesamt	2.806	860

Die übernommenen Sicherheiten werden in einem geordneten Verfahren oder im Rahmen einer öffentlichen Auktion veräußert. Die Erlöse werden zur Rückzahlung oder Reduzierung ausstehender Verschuldung genutzt. In der Regel nutzt der Konzern übernommene Gebäude nicht für eigene geschäftliche Zwecke.

Die 2008 übernommene Gewerbeimmobilie bezog sich auf einen einzelnen Schuldner und wurde von der Bank mittels Zwangsvollstreckung übernommen.

Die in der Tabelle gezeigten übernommenen privaten Immobilien beinhalten nicht übernommene Sicherheiten infolge der Konsolidierung von Securitization Trusts gemäß SIC-12 sowie IAS 27. Die Jahresendwerte, bezogen auf diese Trusts, beliefen sich auf 127 Mio € zum 31. Dezember 2008 und 396 Mio € zum 31. Dezember 2007.

Ein Großteil der übernommenen sonstigen Sicherheiten bezieht sich auf Reverse Repos, bei denen der Konzern festverzinsliche Wertpapiere als Sicherheit erhalten und anschließend den größten Teil dieser Sicherheiten zum Jahresende wieder veräußert hat.

Abwicklungsrisiko

Bei Handelsaktivitäten kann der Konzern zum Zeitpunkt der Geschäftsabwicklung Risiken ausgesetzt sein. Das Abwicklungsrisiko (Settlement Risk) ist das Risiko, einen Verlust zu erleiden, wenn ein Geschäftspartner seinen vertraglichen Verpflichtungen zur Lieferung von liquiden Mitteln, Wertpapieren beziehungsweise anderen Werten nicht nachkommt.

Für viele Transaktionsarten verringert der Konzern das Abwicklungsrisiko, indem er das Geschäft über eine Clearingstelle leitet, die als Vertreter beider Parteien operiert, und das jeweilige Geschäft erst abwickelt, wenn beide Parteien ihre Vertragspflichten erfüllt haben.

Steht ein solches Abwicklungssystem nicht zur Verfügung, stellt die simultane Initialisierung der Zahlungs- und Lieferungsverpflichtungen aus der Transaktion die übliche Praxis unter Geschäftspartnern dar (Free Settlement). In solchen Fällen kann der Konzern eine Minderung des Abwicklungsrisikos anstreben, indem er bilaterale Nettingvereinbarungen für Zahlungen eingeht. Außerdem beteiligt sich der Konzern aktiv an Brancheninitiativen zur Reduzierung des Abwicklungsrisikos. Die Übernahme eines Abwicklungsrisikos für im „Free Settlement“-Verfahren getätigte Geschäfte bedarf der Zustimmung aus dem Kreditrisikobereich: entweder in Form vorab genehmigter Abwicklungsrisikolimits oder durch Einholung einer gesonderten Genehmigung für den jeweiligen Geschäftsvorfall. Der Konzern aggregiert Abwicklungsrisikolimits nicht mit anderen Kreditengagements für Kreditgenehmigungszwecke, berücksichtigt jedoch das gesamte Engagement bei der Überlegung, ob ein bestimmtes Abwicklungsrisiko annehmbar ist.

Staatliche Unterstützung

Im Rahmen seiner Geschäftsaktivitäten beantragt und erhält der Konzern regelmäßig staatliche Unterstützung in Form von Gewährleistungen von Exportversicherungen (Export Credit Agencies, (ECAs)). Diese decken Transfer- und Ausfallrisiken aus der Finanzierung von Exporten und Investitionen in Emerging Markets sowie in geringerem Maße in entwickelten Märkten ab, die in unserem Bereich Structured Trade & Export Finance entstehen. Nahezu alle exportorientierten Staaten haben solche ECAs zur Unterstützung ihrer inländischen Exporteure gegründet. Die ECAs handeln im Namen und Auftrag der Regierung ihres jeweiligen Landes und wurden entweder direkt als Regierungsstelle eingerichtet oder haben als privatrechtliche Gesellschaften das offizielle Mandat des jeweiligen Staats, in seinem Auftrag zu handeln. Die Bedingungen dieser ECA-Gewährleistungen, die für mittel- und langfristige Finanzierungen zur Verfügung gestellt werden, sind relativ vergleichbar. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die meisten der ECAs innerhalb des von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) entwickelten Regelwerks agieren. Dieser sogenannte OECD-Konsensus als zwischenstaatliche Vereinbarung der OECD-Mitgliedsstaaten legt Richtgrößen fest, anhand derer ein fairer Wettbewerb zwischen den verschiedenen Exportländern sichergestellt wird. Der Großteil der vom Konzern erhaltenen ECA-Gewährleistungen wurde von der Euler Hermes Kreditversicherungs-AG vergeben, die im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland tätig ist.

Bei bestimmten Finanzierungen erhält der Konzern auch staatliche Garantien von nationalen und internationalen staatlichen Einrichtungen als Sicherheiten, um Finanzierungen zu unterstützen, die im Interesse der jeweiligen Regierungen liegen.

Marktrisiko

Nahezu alle Geschäfte des Konzerns unterliegen dem Risiko, dass Änderungen bei Marktpreisen und Kursen zu Gewinnen oder Verlusten führen. Der Konzern unterscheidet vier Arten von Marktrisiken:

- Zinsrisiken,
- Aktienkursrisiken,
- Währungsrisiken und
- Rohwarenpreisrisiken.

Zins- und Aktienkursrisiken bestehen jeweils aus zwei Komponenten. Das allgemeine Risiko beschreibt Wertänderungen aufgrund allgemeiner Marktbewegungen, während das spezifische Risiko emittentenbezogene Ursachen hat (einschließlich Credit-Spread-Risiken).

Der Konzern geht Marktrisiken sowohl bei Handels- als auch Nichthandelsgeschäften ein. Der Konzern übernimmt Risiken durch Market-making und das Eingehen von Positionen in Schuldtiteln, Aktien, Fremdwährungen, sonstigen Wertpapieren und Rohwaren sowie in den entsprechenden Derivaten.

Grundkonzept des Marktrisikomanagements

Der Konzern nutzt eine Kombination aus Risikosensitivitäten, Value-at-Risk, Stresstests und Messgrößen zum Ökonomischen Kapital, um Marktrisiken zu steuern und Limite zu setzen.

Der Vorstand legt, unterstützt vom Market Risk Management als Teil der unabhängigen Legal, Risk & Capital-Funktion, ein konzernweites Value-at-Risk-Limit für die Marktrisiken im Handelsbuch fest. Market Risk Management teilt dieses Gesamtlimit auf die Konzernbereiche auf. Darunter werden die Limite auf die untergeordneten Geschäftssparten und Handelsportfolios sowie nach geografischen Regionen weiter aufgeteilt.

Zusätzlich zu den wichtigsten Value-at-Risk-Limiten für das Marktrisiko wendet der Konzern Stresstest-, Ökonomisches Kapital- und Sensitivitätslimite an. Der Konzern überwacht das Ausfallrisiko einzelner Emittenten von Unternehmensschuldverschreibungen in seinen Handelsbüchern anhand einer spezifischen Limitstruktur, die von dem Traded-Credit-Products-Team gesteuert wird. Darüber hinaus bestehen Marktwert- und Ausfallrisikolimiten für Bestandspositionen ausgewählter Geschäftseinheiten.

Der Value-at-Risk-Ausweis des Konzerns für die Handelsgeschäfte erfolgt auf Basis eines eigenen internen Value-at-Risk-Modells. Im Oktober 1998 hat das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, eines der Vorgängerinstitute der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, das Value-at-Risk-Modell zur Berechnung des regulatorischen Kapitalbedarfs für das allgemeine und spezifische Marktrisiko genehmigt und die Modellgenehmigung wurde seitdem aufrechterhalten. Der Konzern analysiert beständig potenzielle Schwächen seines Value-at-Risk-Modells unter Zuhilfenahme statistischer Techniken wie Backtesting, bezieht aber auch Auffassungen von Risikoexperten ein. Verbesserungen werden an den Bestandteilen des Value-at-Risk-Modells vorgenommen, die sich auf Bereiche beziehen, in denen in jüngerer Vergangenheit Verluste aufgetreten sind.

Die Value-at-Risk-Angaben des Konzerns sind darauf ausgerichtet, eine einheitliche Darstellung des Marktrisikos sowohl für die interne Risikosteuerung als auch für die externe Offenlegung und für aufsichtsrechtliche Zwecke sicherzustellen. Das Value-at-Risk-Limit für den Konzernbereich Corporate and Investment Bank lag Anfang 2008 bei 105 Mio €, wurde im Laufe des Jahres mehrfach angehoben und lag Ende 2008 bei 155 Mio € (basierend auf einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag, wie weiter unten beschrieben). Das Value-at-Risk-Limit für die Handelspositionen des Gesamtkonzerns betrug Anfang 2008 110 Mio €, wurde im Laufe des Jahres mehrfach angehoben und lag Ende 2008 bei 160 Mio € (basierend auf einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag). Die Erhöhung der Limite war erforderlich, um den Auswirkungen der beobachteten Marktdaten auf unsere Value-at-Risk-Berechnungen Rechnung zu tragen.

Die Berichterstattung über die Marktrisiken des Konzerns wird unabhängig von den Aktivitäten der Risikoübernahme durchgeführt. Die Marktrisikoinformationsdaten, die in der Value-at-Risk-Berechnung genutzten Informationen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung sowie die dazugehörigen Backtesting-Ergebnisse werden Market Risk Operations, das für das Marktrisikoreporting verantwortlich ist, vom Finanzbereich zur Verfügung gestellt.

Bewertung des Marktrisikos in Handelsportfolios

Der Value-at-Risk-Ansatz dient dazu, ein quantitatives Maß für die Marktrisiken im Handelsbuch unter normalen Marktbedingungen abzuleiten. Dabei wird eine Schätzung des potenziellen künftigen Verlusts (bezogen auf den Marktwert) vorgenommen, der über einen vorgegebenen Zeitraum und mit einem bestimmten Konfidenzniveau nicht überschritten wird. Das Risikomaß Value-at-Risk ermöglicht es dem Konzern, ein konstantes und einheitliches Risikomaß auf sämtliche Handelsgeschäfte und Produkte anzuwenden. Es erlaubt auch einen Vergleich der Marktrisikoschätzungen über die Zeit und mit den tatsächlichen täglichen Handelsergebnissen.

Der Konzern berechnet den Value-at-Risk sowohl für interne als auch externe Meldezwecke mit einem Konfidenzniveau von 99 %. Für interne Meldezwecke wird eine Haltedauer von einem Tag zugrunde gelegt. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke beträgt die Haltedauer zehn Tage.

Das Value-at-Risk-Modell des Konzerns ist so konzipiert, dass die folgenden wesentlichen Risikofaktoren unter Annahme normaler Marktbedingungen berücksichtigt werden: Zinssätze (einschließlich Credit Spreads), Aktienkurse, Wechselkurse und Rohwarenpreise sowie deren implizite Volatilitäten. Das Modell berücksichtigt sowohl lineare als auch, insbesondere für Derivate, nicht lineare Einflüsse der Risikofaktoren auf den Wert eines Portfolios. Die statistischen Parameter, die für die Value-at-Risk-Berechnung erforderlich sind, werden auf Basis einer Beobachtungszeitreihe über die letzten 261 Handelstage (was mindestens einem Kalenderjahr entspricht) bestimmt, wobei jede Beobachtung gleich gewichtet wird. Die Value-at-Risk-Berechnungen erfolgen mithilfe des Monte Carlo-Simulationsverfahrens, wobei angenommen wird, dass Änderungen in den Risikofaktoren einer Normalverteilung oder logarithmischen Normalverteilung folgen.

Zur Berechnung des aggregierten Value-at-Risk benutzt der Konzern historisch beobachtete Korrelationen zwischen den verschiedenen allgemeinen Marktrisikofaktoren. Bei der Aggregation allgemeiner und spezifischer Marktrisiken wird hingegen angenommen, dass beide Risikokomponenten nahezu unkorreliert sind. Innerhalb der allgemeinen Marktrisiken verwendet der Konzern historisch beobachtete Korrelationen. Innerhalb der spezifischen Marktrisikokategorie werden entweder eine Nullkorrelation oder historisch beobachtete Korrelationen für ausgewählte Risiken verwendet.

Grenzen der konzerneigenen Risikomodelle

Der Konzern setzt sich dafür ein, die eigenen Marktrisikomodelle ständig weiterzuentwickeln und deutlich zu verfeinern mit dem Ziel, die während der Krise des Jahres 2008 hervorgetretenen Risiken besser abzubilden. Es werden beträchtliche Ressourcen für ihre Überprüfung und Verbesserung bereitgestellt.

Die Ergebnisse der Stresstests des Konzerns und die Abschätzungen für das Ökonomische Kapital sind in ihrer Aussagekraft zwangsläufig durch die Anzahl der Stresstests und durch die Tatsache limitiert, dass nicht alle „Downside“-Szenarien vorhergesagt und simuliert werden können. Obwohl die Risikomanager Worst-Case-Szenarien nach bestem Ermessen und unter Berücksichtigung extremer historischer Marktbewegungen definieren, ist es dennoch möglich, dass der Verlust aus den Marktrisikopositionen größer ausfällt, als durch das Ökonomische Kapital abgeschätzt. Darüber hinaus überprüft und verbessert der Konzern die Stresstests fortwährend in dem Bemühen, sicherzustellen, dass die wesentlichen Risiken erfasst und mögliche extreme Marktveränderungen im Modell abgebildet werden.

Bei den Value-at-Risk-Analysen des Konzerns sollten ferner die Grenzen der zugrunde liegenden Methode nicht außer Acht gelassen werden und sie sollten nicht als der maximale Betrag angesehen werden, den der Konzern aus seinen Marktrisikopositionen verlieren kann. Insbesondere im Jahresverlauf 2008 sind viele dieser Beschränkungen offenkundig geworden, was zu der weiter unten erläuterten Zahl an Ausreißern geführt hat. So sollte der Value-at-Risk nicht als Maß für den Maximalverlust verstanden werden, der bei den Marktrisikopositionen auftreten kann. Zu den begrenzenden Faktoren der Value-at-Risk-Methode zählen:

- Die Verwendung historischer Daten als Grundlage für die Abschätzung zukünftiger Ereignisse kann dazu führen, dass nicht alle potenziellen Ereignisse erfasst werden, insbesondere solche, die ihrer Natur nach extrem sind.
- Die Annahme, dass Änderungen in den Risikofaktoren einer Normalverteilung oder logarithmischen Normalverteilung folgen, kann sich im konkreten Fall als nicht zutreffend erweisen und zu einer Unterschätzung der Wahrscheinlichkeit von extremen Marktbewegungen führen.
- Die verwendeten Korrelationsannahmen können sich als nicht zutreffend erweisen, insbesondere während extremer Marktbewegungen.
- Die Verwendung einer Haltedauer von einem Tag (beziehungsweise zehn Tagen für aufsichtsrechtliche Value-at-Risk-Berechnungen) unterstellt, dass alle Positionen in dem entsprechenden Zeitraum geschlossen oder abgesichert werden können. Diese Annahme führt zu einer unvollständigen Erfassung des Marktrisikos in Zeiten erhöhter Illiquidität, in denen ein Schließen oder Absichern der Positionen unter Umständen nicht möglich ist. Dies gilt insbesondere für die Verwendung einer Haltedauer von einem Tag.
- Bei Verwendung eines Konfidenzniveaus von 99 % werden Verluste, die über dieses Niveau hinaus auftreten können, weder berücksichtigt noch wird über solche Verluste eine Aussage getroffen.
- Der Konzern berechnet den Value-at-Risk an jedem Handelstag zum Geschäftsschluss. Für untertägige Engagements werden keine untertägigen Value-at-Risk-Berechnungen vorgenommen.
- Beim Value-at-Risk werden nicht alle komplexen Einflüsse der Risikofaktoren auf die Werte von Positionen und Portfolios erfasst, sodass potenzielle Verluste unterschätzt werden können. So ist beispielsweise die Art und Weise, in der Sensitivitäten in das Value-at-Risk-Modell einbezogen werden, unter Umständen nur für kleine Veränderungen der Marktparameter zutreffend.

Im Bewusstsein um die Grenzen der Value-at-Risk-Methode ergänzt der Konzern die Value-at-Risk-Limite durch zusätzliche positions- und sensitivitätsbezogene Limitstrukturen sowie durch Stresstests sowohl für einzelne Portfolios als auch auf konsolidierter Ebene.

Marktrisiko in Handelsportfolios

Die folgende Tabelle zeigt den Value-at-Risk der Handelsbereiche im Konzernbereich Corporate and Investment Bank (mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag). Das handelsbezogene Marktrisiko des Konzerns außerhalb dieser Handelsbereiche ist immateriell. „Diversifikationseffekt“ bezeichnet den Effekt, dass an einem gegebenen Tag der aggregierte Value-at-Risk niedriger ausfällt als die Summe der Value-at-Risk-Werte für die einzelnen Risikoklassen. Würde man zur Berechnung des aggregierten Value-at-Risk die Value-at-Risk-Werte der einzelnen Risikoklassen einfach addieren, würde dies implizieren, dass die Verluste in allen Risikokategorien gleichzeitig auftreten.

Value-at-Risk der Handelsbereiche in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Zinsrisiko	129,9	90,8
Aktienkursrisiko	34,5	49,5
Währungsrisiko	38,0	11,3
Rohwarenpreisrisiko	13,5	8,7
Diversifikationseffekt	- 84,5	- 59,7
Insgesamt	131,4	100,6

Der Value-at-Risk-Anstieg in 2008 war in erster Linie auf die steigende Volatilität der Märkte und in einem geringeren Umfang auf eine verfeinerte Value-at-Risk-Messung in 2008 zurückzuführen.

Marktrisiko in Nichthandelsportfolios

Im Deutsche Bank-Konzern wird auch nicht handelsbezogenes Marktrisiko gehalten und gemanagt. Das nicht handelsbezogene Marktrisiko entsteht im Wesentlichen durch Investments in Fonds, Principal Investments und darin enthaltene Investments in Private Equity.

Das Capital and Risk Committee beaufsichtigt die Aktivitäten des Konzerns im Bereich der Nichthandelsaktiva. Es ist zuständig für die Koordination der konzernweiten Risikoneigung, der Kapitalerfordernisse und des Refinanzierungsbedarfs, basierend auf den Geschäftsstrategien für den Konzern, die Konzernbereiche und die untergeordneten Geschäftsbereiche. Zu seinen Aufgaben zählen ferner die regelmäßige Überprüfung der Engagements der Nichthandelsportfolios sowie der damit zusammenhängenden Stresstestergebnisse, die Überprüfung der Wirtschaftlichkeit von Akquisitionen und Beteiligungen, die Zuteilung von Risikolimiten für die Geschäftsbereiche im vom Vorstand vorgegebenen Rahmen sowie die Genehmigung von Richtlinien in Bezug auf die Nichthandelsaktiva, die durch das Risk Executive Committee ratifiziert werden. Mehrere Mitglieder des Capital and Risk Committee gehören auch dem Group Investment Committee an, wodurch eine enge Kooperation zwischen beiden Gremien gewährleistet wird.

Das Investment & Asset Risk Management Team wurde im Laufe des Geschäftsjahres 2008 umgebildet und wird nun Principal-Investments-Team genannt. Es wurde in die Credit-Risk-Management-Funktion integriert, ist auf die Risikoaspekte unserer Nichthandelsaktivitäten für Alternative Assets spezialisiert und überprüft monatlich das Risikoprofil der Nichthandelsportfolios für Alternative Assets einschließlich Buchwerten, Schätzungen des Ökonomischen Kapitals, Limitauslastungen, Ertragsprüfungen und geplanter Aktivitäten.

Im Geschäftsjahr 2008 bildete der Konzern eine dedizierte Asset-Risk-Management-Einheit, in der bestehende Teams und Fachleute zusammengelegt wurden. Dadurch konnte der Konzern bereits vorhandene Erfahrungen nutzen und durch ein höheres Maß an Spezialisierung gezielte Einblicke in die Risiken des Vermögens- und Fondsverwaltungs-geschäfts gewinnen. Hervorzuhebende Risiken in diesem Bereich entstehen beispielsweise aus „Performance“- und/oder Kapitalgarantien sowie Reputationsrisiken im Zusammenhang mit der Verwaltung von Kundengeldern.

Bewertung des Marktrisikos in Nichthandelsportfolios

Aufgrund der besonderen Eigenschaften unserer Nichthandelsportfolios und der teilweise fehlenden Preistransparenz benutzt der Konzern für seine Nichthandelsportfolios als Risikomaß nicht den Value-at-Risk. Stattdessen verwendet er zur Bewertung des Marktrisikos in diesen Portfolios Stresstestverfahren, die für jede Risikoklasse spezifisch sind und die unter anderem ausgeprägte historische Marktänderungen sowie die Liquidität der jeweiligen Anlageklasse berücksichtigen. Diese Bewertung bildet die Grundlage für die Abschätzung des Ökonomischen Kapitals, mithilfe dessen der Konzern das Marktrisiko in den Nichthandelsportfolios aktiv überwacht und steuert.

Der überwiegende Teil der Zins- und Währungsrisiken aus nicht handelsbezogenen Aktiva und Passiva wurde durch interne Absicherungsgeschäfte auf den Geschäftsbereich Global Markets im Konzernbereich Corporate and Investment Bank übertragen. Somit wird das Risiko dort auf Value-at-Risk-Basis gesteuert und ist in die handelsbezogenen Value-at-Risk-Zahlen einbezogen. Hinsichtlich der verbleibenden Risiken, die durch diese Absicherungsgeschäfte nicht übertragen wurden, werden Währungsrisiken im Allgemeinen durch währungskongruente Refinanzierungen ausgeglichen, sodass in den Portfolios lediglich Restrisiken verbleiben. Ferner sind bei diesen verbleibenden Positionen nur moderate Zinsrisiken vorhanden, die sich aus Fristeninkongruenzen zwischen Vermögen und Verbindlichkeiten ergeben.

Die folgende Tabelle zeigt den Ökonomischen Kapitalbedarf für die Nichthandelsportfolios des Konzerns.

Wichtigste Industriebeteiligungen, sonstige Unternehmensbeteiligungen sowie Alternative Assets in Mrd €	Ökonomischer Kapitalbedarf	
	31.12.2008	31.12.2007
Wichtigste Industriebeteiligungen	0,4	0,1
Sonstige Unternehmensbeteiligungen	1,5	0,7
Alternative Assets	1,3	0,9
Insgesamt	3,2	1,7

Der Ökonomische Kapitalbedarf für diese Nichthandelsportfolios belief sich zum Jahresende 2008 auf insgesamt 3,2 Mrd € und lag damit um 1,5 Mrd € (89 %) über dem Vergleichswert zum Jahresende 2007. Dies reflektiert einen signifikanten Abbau des Kapitalpuffers infolge der gesunkenen Marktwerte in allen Portfolios. Seit dem Jahresende 2008 wurde unser Prozess für das Ökonomische Kapital erweitert, um die gegenüber den Investoren in das Deutsche Bank Asset Management abgegebenen Verpflichtungen einzubeziehen, was zu einem Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs um 400 Mio € führte. Dieser Betrag wird unter Sonstige Unternehmensbeteiligungen berichtet.

- Wichtigste Industriebeteiligungen. Der Ökonomische Kapitalmarktbedarf des Konzerns zum 31. Dezember 2008 betrug 439 Mio €.
- Sonstige Unternehmensbeteiligungen. Der Ökonomische Kapitalbedarf des Konzerns von 1,5 Mrd € zum Jahresende 2008 für sonstige Unternehmensbeteiligungen resultierte in erster Linie aus dem Anstieg des Ökonomischen Kapitals, das einer strategischen Beteiligung im Unternehmensbereich Private and Business Clients zuge-

wiesen wurde, Eigenanlagen in Investmentfonds und der neuen Behandlung des Ökonomischen Kapitalbedarfs für Verpflichtungen gegenüber Investoren wie oben erläutert.

- Alternative Assets. Die Alternative Assets des Konzerns umfassen Principal Investments, Immobilieninvestments (darunter Mezzanine Debt) sowie kleine Investments in Hedgefonds. Principal Investments setzen sich zusammen aus direkten Investments in Private Equity, Mezzanine Debt, kurzfristigen Investments in Financial Sponsor Leveraged Buy-out Funds, Bridge Capital für Leveraged Buy-out Funds sowie Private-Equity-bezogenen Geschäften. Der Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs resultierte hauptsächlich aus dem Erwerb einer Infrastrukturbeteiligung im Geschäftsbereich Asset Management sowie aus dem gewachsenen Private-Equity-Portfolio im Geschäftsbereich Global Markets. Das Alternative-Asset-Portfolio weist eine gewisse Konzentration bei Infrastruktur- und Immobilienanlagen auf. Die jüngsten Marktentwicklungen haben die Möglichkeiten zur Reduzierung dieses Portfolios limitiert. Dies bleibt dennoch die Absicht des Konzerns, vorausgesetzt, günstige Konditionen ermöglichen es.

Diversifikationsvorteile, die sich aus den unterschiedlichen Vermögensklassen ergeben, sind gegenwärtig nicht in den Gesamtzahlen für das Ökonomische Kapital berücksichtigt.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisikomanagement stellt sicher, dass die Bank stets in der Lage ist, ihre Zahlungsverpflichtungen fristgerecht zu erfüllen. Treasury ist für das Liquiditätsrisikomanagement verantwortlich. Aufgabe des Liquiditätsrisikomanagements ist es, die Liquiditätsrisikoposition zu identifizieren, messen und steuern. Die zugrunde liegenden Richtlinien werden regelmäßig von dem für Treasury verantwortlichen Vorstandsmitglied überprüft und genehmigt. Zur Sicherung der Liquidität und einer soliden Finanzierungsstruktur für den Konzern verwendet Treasury verschiedene interne Methoden und Systeme, die maßgeschneidert konzipiert wurden, um die konzernspezifischen Managementanforderungen zu unterstützen.

Das Liquiditätsrisikomanagement der Bank beginnt untertäglich mit der Steuerung der täglichen Zahlungen, der Planung erwarteter Cashflows und dem Zugang zu Zentralbanken (operative Liquidität). Das Reportingsystem verfolgt Cashflows auf täglicher Basis über eine Zeitspanne von 18 Monaten. Hiermit kann der Konzern die kurzfristige Liquiditätsposition in jeder Lokation, Region sowie weltweit, getrennt nach Währung, Produkt und Geschäftsbereich, bewerten. Das System erfasst sämtliche Cashflows der bilanzwirksamen Transaktionen sowie Liquiditätsrisiken aus außerbilanziellen Transaktionen. Der Konzern modelliert Produkte ohne festgelegte vertragliche Laufzeit mithilfe statistischer Methoden zur Erfassung ihres Cashflowprofils. Liquiditätsabflusslimite (Maximum Cash Outflow Limits) zur Begrenzung globaler und lokaler Nettoabflüsse werden täglich überwacht und stellen den Zugang des Konzerns zur Liquiditätsversorgung sicher.

Anschließend folgt das taktische Liquiditätsrisikomanagement der Bank, das sich mit dem Zugang zu unbesicherten Finanzierungsquellen und den Liquiditätseigenschaften des Bestands an Vermögenswerten befasst (Liquidität der Aktiva). Die Aufnahme unbesicherter Finanzierungsmittel ist nur in begrenztem Umfang möglich. Unbesicherte Finanzierungsmittel setzen sich zusammen aus allen externen am Markt aufgenommenen Verbindlichkeiten, unabhängig vom Instrument, von der Währung oder Laufzeit. Die unbesicherten Finanzierungsmittel werden auf regionaler Basis nach Währung erfasst und in einem globalen Bericht zusammengeführt. Das Capital and Risk Committee genehmigt

für die einzelnen Geschäftsbereiche Limite, um den Zugang des Konzerns zu unbesicherten Finanzierungsmitteln zu attraktiven Konditionen zu sichern. Mit der Komponente Liquidität der Aktiva bestimmt der Konzern die Volumina und Verbuchungsorte des konsolidierten Bestands an unbesichert refinanzierten liquiden Aktiva, die genutzt werden, um Liquidität über besicherte Finanzierungstransaktionen zu generieren. Die Wertpapierbestände setzen sich aus einer breiten Palette von Wertpapierklassen zusammen. Zunächst werden in jedem Bestand die illiquiden von den liquiden Wertpapieren getrennt. Anschließend werden den liquiden Wertpapierklassen Liquiditätswerte zugeordnet.

Die strategische Komponente umfasst das Aufstellen eines Fälligkeitsprofils sämtlicher Aktiva und Passiva in der Bilanz (Liquiditätsablaufbilanz) sowie die Festlegung der Emissionsstrategie. Die Liquiditätsablaufbilanz zeigt für jedes Zeitband einen Überschuss beziehungsweise einen Fehlbestand an Finanzierungsmitteln und ermöglicht damit die Steuerung offener Liquiditätspositionen. Die Liquiditätsablaufbilanz bildet eine wichtige Grundlage für den jährlichen Emissionsplan des Konzerns, der nach Genehmigung durch das Capital and Risk Committee die Emissionsziele nach Laufzeit, Volumen und Instrument festlegt.

Das Rahmenwerk wird ergänzt durch Stresstests und Szenarioanalysen zur Untersuchung des Einflusses plötzlich auftretender Stressereignisse auf die Liquiditätsposition des Konzerns. Diesen Szenarien liegen historische Ereignisse (wie der Börsencrash des Jahres 1987, der Liquiditätsengpass in den USA von 1990 und der Terrorangriff vom 11. September 2001), Fallstudien von Liquiditätskrisen und hypothetische Modelle zugrunde. Diese Szenarien berücksichtigen jetzt auch die neuen Treiber des Liquiditätsrisikos, die sich aus der Finanzmarktkrise 2007 ergeben: verlängerte Dysfunktionalität des Geldmarkts, Ablehnung von Sicherheiten, fehlende Fungibilität von Währungen sowie nicht absetzbare Syndizierungen. Die hypothetischen Modelle beinhalten interne Szenarien wie operationelle Risiken, Bonitätsherabstufung der Bank um drei Stufen sowie externe Szenarien wie systemische Marktrisikoeignisse, Emerging-Markets-Krisen und Ereignisschocks. Bei jedem dieser Szenarien wird angenommen, dass alle fällig werdenden Forderungen an Kunden vollständig prolongiert und refinanziert werden müssen, während die Prolongation der Verbindlichkeiten teilweise eingeschränkt ist und somit eine Finanzierungslücke entsteht. Danach werden die notwendigen Schritte bestimmt, um den Nettobedarf an Finanzierungsmitteln auszugleichen. Solche Maßnahmen wären beispielsweise der Übergang von unbesicherter zu besicherter Finanzierung, der Verkauf von Wertpapieren und die Preisanpassung für die Aufnahme von Verbindlichkeiten.

Analyse der Fälligkeit finanzieller Verpflichtungen

Die folgende Tabelle zeigt eine Analyse der Fälligkeiten der frühestmöglichen nicht diskontierten vertraglichen Cashflows finanzieller Verpflichtungen zum 31. Dezember 2008 beziehungsweise 31. Dezember 2007.

31.12.2008	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
in Mio €					
Unverzinsliche Einlagen	34.211	–	–	–	–
Verzinsliche Einlagen	143.417	143.309	39.367	20.917	14.332
Handelsspassiva ¹	1.249.785	–	–	–	–
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	52.323	33.751	8.494	7.909	9.180
Investmentverträge ²	504	438	164	985	3.886
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforderungen für Hedge Accounting erfüllen ¹	4.362	–	–	–	–
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	9.669	17.440	–	–	–
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	871	36.899	19.602	–	2.636
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2.155	1.047	3	7	3
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	24.732	13.372	815	–	–
Langfristige Verbindlichkeiten	9.799	4.455	15.096	68.337	35.685
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	–	–	983	4.088	4.658
Sonstige Finanzpassiva	124.768	6.954	864	108	49
Unwiderrufliche Kreditzusagen	69.516	–	–	–	–
Finanzgarantien	22.505	–	–	–	–
Insgesamt³	1.748.617	257.665	85.388	102.351	70.429

1 Handelspassiva und Derivatebestände werden zum Fair Value ausgewiesen. Der Konzern hält dies für die geeignete Darstellung der Cashflows, die zur Zahlung anstünden, wenn diese Positionen geschlossen werden müssten. Handels- und Derivatebestände werden der Kategorie täglich fällig zugeordnet, da dies nach Meinung des Managements am besten die Kurzfristigkeit der Handelsaktivitäten widerspiegelt. Dagegen kann sich die vertragliche Laufzeit dieser Kontrakte auf deutlich längere Zeiträume ausdehnen.

2 Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufwert dem Fair Value. Siehe Note [40] für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

3 Die Beträge in der Tabelle stimmen nicht mit den Beträgen in der Konzernbilanz überein, da es sich um undiskontierte Cashflows handelt. Diese Analyse stellt ein Worst-Case-Szenario für den Konzern dar, wenn alle Verbindlichkeiten früher als erwartet zurückzuzahlen sind. Der Konzern hält die Wahrscheinlichkeit für gering, dass ein solches Ereignis eintritt. Zinszahlungsströme sind in der Tabelle nicht berücksichtigt.

31.12.2007	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
in Mio €					
Unverzinsliche Einlagen	30.187	–	–	–	–
Verzinsliche Einlagen	143.787	206.046	38.067	22.538	17.290
Handelsspassiva ¹	619.491	–	–	–	–
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	78.648	127.122	34.001	9.628	30.480
Investmentverträge ²	–	638	285	1.687	7.186
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforderungen für Hedge Accounting erfüllen ¹	2.315	–	–	–	–
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	6.130	16.200	–	–	–
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	43.204	93.119	18.815	452	821
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	9.132	266	7	160	–
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	2.876	50.025	478	–	–
Langfristige Verbindlichkeiten	4.221	1.759	19.911	70.189	30.879
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	–	–	–	4.526	1.819
Sonstige Finanzpassiva	139.711	5.739	495	22	49
Unwiderrufliche Kreditzusagen	94.190	–	–	–	–
Finanzgarantien	22.444	–	–	–	–
Insgesamt³	1.196.336	500.914	112.059	109.202	88.524

1 Handelspassiva und Derivatebestände werden zum Fair Value ausgewiesen. Der Konzern hält dies für die geeignete Darstellung der Cashflows, die zur Zahlung anstünden, wenn diese Positionen geschlossen werden müssten. Handels- und Derivatebestände werden der Kategorie täglich fällig zugeordnet, da dies nach Meinung des Managements am besten die Kurzfristigkeit der Handelsaktivitäten widerspiegelt. Dagegen kann sich die vertragliche Laufzeit dieser Kontrakte auf deutlich längere Zeiträume ausdehnen.

2 Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufwert dem Fair Value. Siehe Note [40] für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

3 Die Beträge in der Tabelle stimmen nicht mit den Beträgen in der Konzernbilanz überein, da es sich um undiskontierte Cashflows handelt. Diese Analyse stellt ein Worst-Case-Szenario für den Konzern dar, wenn alle Verbindlichkeiten früher als erwartet zurückzuzahlen sind. Der Konzern hält die Wahrscheinlichkeit für gering, dass ein solches Ereignis eintritt. Zinszahlungsströme sind in der Tabelle nicht berücksichtigt.

Versicherungsrisiko

Das Versicherungsrisiko des Konzerns erhöhte sich in 2007 durch die Akquisition von Abbey Life Assurance Company Limited und die in 2006 eingegangene Beteiligung an Paternoster Limited, einem regulierten Versicherungsunternehmen. Die Versicherungsaktivitaten des Konzerns können wie folgt beschrieben werden:

- Rentenversicherungen – Verträge mit fest vereinbarten und garantierten Bedingungen, die über einen Zeitraum, der den der Beitragszahlung überschreitet, einem Sterblichkeits- oder Invaliditätsrisiko ausgesetzt sind.
- Universallebensversicherungen – langfristige Verträge ohne fest vereinbarte und garantierte Bedingungen, die entweder Todesfall- oder Rentenleistungen gewähren.
- Investmentverträge – Verträge, die kein Versicherungsrisiko beinhalten.

Der Konzern ist folgenden versicherungsbezogenen Risiken ausgesetzt:

- Sterblichkeits- und Invaliditätsrisiken – Das Risiko, dass die Anzahl der Versicherungsansprüche im Todesfall höher oder niedriger als erwartet ist und ein oder mehrere umfangreiche Ansprüche geltend gemacht werden. Ferner auch das Risiko, dass die Anzahl der Ansprüche wegen Berufsunfähigkeit die Erwartungen übersteigt oder unterschreitet. Der Konzern ist bestrebt, diese Risiken durch Rückversicherungsverträge sowie ermessensabhängige Gebühren zu reduzieren. Der Konzern überprüft die Sterblichkeits- und Invaliditätsraten jährlich.
- Langlebighkeitsrisiko – Das Risiko, dass die Lebenserwartung schneller oder langsamer steigt als angenommen und sich sowohl auf gegenwärtige als auch zukünftige Rentenzahlungen auswirkt. Der Konzern beobachtet dieses Risiko unter Berücksichtigung der neuesten externen Branchenkenzzahlen und aufkommender Trends sorgfältig.
- Kostenrisiko – Das Risiko, dass die Verwaltung von Versicherungsverträgen höhere oder niedrigere Kosten als erwartet verursacht. Diese Kosten überwacht der Konzern durch einen Vergleich der tatsächlich entstandenen Kosten mit dem Budget. Der Konzern untersucht die Gründe für wesentliche Abweichungen von den Erwartungen und ergreift Abhilfemaßnahmen. Der Konzern reduziert das Kostenrisiko auch durch eine bis 2010 getroffene und mit einer Option für zwei weitere Jahre versehene Outsourcingvereinbarung, die sich auf die Verwaltung der Verträge bezieht.
- Bestandsfestigkeitsrisiko – Das Risiko, dass der Prozentsatz der stornierten Verträge höher oder niedriger als erwartet ist. Der Konzern bewertet die Bestandsraten unter Berücksichtigung entsprechender Risikofaktoren.

Der Konzern vergleicht die tatsächlichen Ansprüche sowie den Bestand mit den zugrunde gelegten Annahmen und modifiziert diese Annahmen für die zukünftige Bemessung der Verbindlichkeiten. Tatsächliche Erfahrungswerte können von Schätzungen abweichen. Dies gilt umso mehr, je weiter in die Zukunft projiziert wird. Der Wert der Verbindlichkeiten wird mindestens jährlich überprüft.

Sofern die bisherigen Erfahrungen ungünstiger als die zugrunde gelegten Annahmen sind oder aufgrund verschlechterter Annahmen mehr Rückstellungen erforderlich sind, kann dies zu Änderungen in der Höhe des benötigten Kapitals der Versicherungsgesellschaften führen.

Die Rentabilität des nicht fondsgebundenen langfristigen Versicherungsgeschäfts hängt in hohem Maße vom Wert der künftig zu erfüllenden Ansprüche im Verhältnis zu den bis zum Anspruchsdatum akkumulierten Vermögenswerten ab. In den ersten Laufzeitjahren eines Vertrags übersteigen die Versicherungsbeiträge und Anlageerträge in der Regel die Anspruchskosten und müssen zurückgestellt werden, um künftige Verpflichtungen erfüllen zu können. Die Höhe dieser künftigen Verpflichtungen wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Basis von Annahmen über die Entwicklung von Finanz- und Versicherungsrisiken ermittelt.

Bei fondsgebundenen Investmentverträgen beruht die Rentabilität darauf, dass die eingenommenen Gebühren ausreichend sind, um die Aufwendungen und Gewinne abzudecken. Die Höhe der Prämien und Gebühren wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen bemessen, denen Annahmen über die Entwicklung von Finanz- und Versicherungsrisiken zugrunde liegen.

Wie oben erwähnt, werden Rückversicherungsverträge als Maßnahme zur Reduzierung des Risikos verwendet. Es ist Strategie des Konzerns, Rückversicherungen auch weiterhin in angemessener Weise einzusetzen.

[38] Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Dritte Parteien gelten als nahestehend, sofern eine Partei die andere mittelbar oder unmittelbar kontrolliert oder maßgeblichen Einfluss auf deren geschäftliche oder operative Entscheidungen ausüben kann. Zu den nahestehenden Dritten des Konzerns gehören

- Personen in Schlüsselpositionen, deren nahe Familienangehörige sowie Gesellschaften, die von diesen Personen oder deren nahen Familienangehörigen kontrolliert oder maßgeblich beeinflusst werden oder an denen dieser Personenkreis bedeutende Stimmrechte hält,
- Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierte Unternehmen und
- Pensionspläne für Deutsche Bank-Mitarbeiter, die nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Anspruch genommen werden.

Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen mit einer Reihe von nahestehenden Dritten. Geschäfte mit diesen Dritten werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt und es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen – einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten – wie für im selben Zeitraum getätigte vergleichbare Geschäfte mit Dritten. Diese Geschäfte waren nicht mit ungewöhnlich hohen Einbringlichkeitsrisiken oder anderen ungünstigen Eigenschaften behaftet.

Geschäfte mit Personen in Schlüsselpositionen

Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten der Deutschen Bank direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Der Konzern zählt die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats für Zwecke des IAS 24 zu Personen in Schlüsselpositionen.

Die folgende Tabelle zeigt den Personalaufwand für die Personen in Schlüsselpositionen:

in Mio €	2008	2007	2006
Kurzfristig fällige Leistungen	9	30	27
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	3	4	4
Andere langfristig fällige Leistungen	–	–	–
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	–	–	8
Aktienbasierte Vergütungen	8	8	9
Insgesamt	20	42	48

Am 31. Dezember 2008 hat der Konzern Kredite und Zusagen in Höhe von 4 Mio € an Personen in Schlüsselpositionen vergeben und Einlagen in Höhe von 23 Mio € von Personen in Schlüsselpositionen erhalten. Daneben bietet der Konzern Personen in Schlüsselpositionen und deren nahen Familienangehörigen Bankdienstleistungen wie zum Beispiel Zahlungsverkehrs- und Kontoführungsdienstleistungen sowie Anlageberatung an.

Geschäfte mit Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierten Unternehmen

Geschäfte zwischen der Deutschen Bank AG und deren Tochtergesellschaften gelten als Geschäfte mit nahestehenden Dritten. Sofern diese Transaktionen bei Konsolidierung eliminiert werden, werden sie nicht als Geschäft mit nahestehenden Dritten offengelegt. Geschäfte zwischen dem Konzern und deren assoziierten Unternehmen und deren Joint Ventures gelten ebenfalls als Geschäfte mit nahestehenden Dritten und werden nachfolgend offengelegt.

Kredite

in Mio €	2008	2007
Bestand am Jahresanfang	2.081	622
Im Laufe des Jahres begebene Forderungen aus dem Kreditgeschäft	1.623	1.790
Rückzahlungen von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	514	161
Veränderungen des Konsolidierungskreises ¹	- 2.200	- 2
Wechselkursänderungen/Sonstige	- 156	- 168
Bestand am Jahresende²	834	2.081
Sonstige kreditrisikobehaftete Transaktionen:		
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	4	-
Garantien und sonstige Verpflichtungen ³	95	233

1 Vier Unternehmen, die nach der Equity Methode bilanziert wurden, sind im Jahr 2008 erstmalig voll konsolidiert worden. Kredite, die diesen Unternehmen bereitgestellt wurden, werden nun bei der Konsolidierung eliminiert.

2 In dieser Summe waren in 2008 7 Mio € und in 2007 3 Mio € überfällig. Für die Forderungen aus dem Kreditgeschäft hielt der Konzern zum 31. Dezember 2008 Sicherheiten in Höhe von 361 Mio € (2007: 616 Mio €). Von den Forderungen aus dem Kreditgeschäft entfielen zum 31. Dezember 2008 143 Mio € auf Joint Ventures (2007: 24 Mio €).

3 Die Garantien beinhalten Finanz- und Performancegarantien, Haftungsübernahmeerklärungen, Kreditbriefe und unwiderrufliche ausleihebezogene Zusagen.

Einlagen

in Mio €	2008	2007
Bestand am Jahresanfang	962	855
Einlagenzuflüsse	955	294
Einlagenabflüsse	685	89
Veränderungen des Konsolidierungskreises ¹	- 693	- 43
Wechselkursänderungen/Sonstige	- 293	- 55
Bestand am Jahresende²	246	962

1 Ein Unternehmen, das nach der Equity Methode bilanziert wurde, ist im Jahr 2008 erstmalig voll konsolidiert worden. Aus diesem Grund wurden Einlagenzuflüsse von diesem Unternehmen im Zuge der Konsolidierung eliminiert.

2 Die Einlagen sind unbesichert. Zum 31. Dezember 2008 waren im Bestand 18 Mio € und zum 31. Dezember 2007 3 Mio € Einlagen von Joint Ventures enthalten.

Sonstige Geschäfte

Zum Dezember 2008 besaß der Konzern Handelsaktiva in Höhe von 390 Mio € mit assoziierten Unternehmen. Im Dezember 2007 betrugen die Handelspositionen mit assoziierten Unternehmen 67 Mio €. Weitere Transaktionen mit nahestehenden Dritten betreffen folgende Ereignisse:

Xchanging etb GmbH: An der Xchanging etb GmbH hält der Konzern einen Anteil in Höhe von 44 % und bilanziert diesen nach der Equity Methode. Die Xchanging etb GmbH ist die Muttergesellschaft der Xchanging Transaction Bank GmbH („XTB“). Zwei der vier Geschäftsführer der Xchanging etb GmbH und ein Mitglied des Aufsichtsrats der XTB sind Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns. Die 2004 zwischen dem Konzern und Xchanging getroffenen Vereinbarungen beinhalten einen Auslagerungsvertrag über zwölf Jahre mit der XTB über Wertpapierabwicklungsdienstleistungen, der auf die Reduzierung der Kosten des Konzerns bei gleichzeitiger Sicherstellung der Servicequali-

tät abzielt. 2008 belief sich das Volumen der vom Konzern von der XTB erhaltenen Serviceleistungen auf 94 Mio € (2007: 95 Mio €). In 2008 stellte der Konzern der XTB Unterstützungsleistungen (zum Beispiel in Form von EDV- und verschiedenen Immobilienbetreuungsdienstleistungen) im Volumen von 26 Mio € (2007: 28 Mio €) zur Verfügung.

Investmentfonds: Der Konzern bietet Kunden Investmentfonds und investmentfondsbezogene Produkte an, deren Rendite an die Performance der in den Fonds gehaltenen Vermögenswerte geknüpft ist.

Die Renditen der Fonds werden auf der Basis der aktuellen, vom Konzern festgelegten Geldmarktsätze prognostiziert. Es wird jedoch keine Garantie oder Zusicherung darüber abgegeben, dass diese Renditen tatsächlich erzielt werden. Obgleich der Konzern zur Unterstützung dieser Fonds nicht vertraglich verpflichtet ist, hat er sich in einigen Fällen entschlossen, die Erreichung der für diese Fonds angestrebten Zielrenditen durch eine Zuführung von Barmitteln in Höhe von 49 Mio € in 2007 und 207 Mio € in 2008 zu unterstützen. Diese Maßnahme, die dem Schutz der Marktposition des Konzerns diene, erfolgte nach freiem Ermessen. Anfangs wurde dieses Vorgehen als eine zeitlich begrenzte Maßnahme betrachtet. Nachdem der Konzern im zweiten Quartal 2008 jedoch weitere Barmittel zugeführt hatte und zu dem Ergebnis gekommen war, dass er künftige ermessensabhängige Barmittelzuführungen zur Renditestützung nicht würde vermeiden können, hat er die Konsolidierungsanforderungen überprüft und festgestellt, dass die Risiken zum überwiegenden Teil bei ihm liegen. Der Konzern kam aus diesem Grund zu dem Schluss, dass eine Konsolidierung von acht Fonds zum 30. Juni 2008 angemessen wäre.

Im Verlauf des Berichtsjahres wurde einer dieser Fonds (für den eine Garantie bestand) aufgelöst. Da die im Rahmen der Abwicklung zugeführten Barmittel bereits in den oben genannten ergebniswirksamen Beträgen enthalten sind, ergaben sich keine weiteren Auswirkungen auf die Gewinn-und-Verlust-Rechnung.

Geschäfte mit Pensionsplänen

Bestimmte Pläne für Leistungen an Arbeitnehmer nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses werden nach IFRS als nahestehende Dritte erachtet. Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe seiner Pensionspläne, für die er Finanzdienstleistungen einschließlich der Vermögensanlage erbringt. Pensionspläne des Konzerns können Aktien oder andere Wertpapiere der Deutschen Bank halten oder mit diesen handeln. Die nachfolgende Tabelle zeigt eine Zusammenfassung der Geschäfte mit nahestehenden Pensionsplänen.

in Mio €	2008	2007
Wertpapiere der Deutschen Bank im Planvermögen:		
Aktien	–	–
Schuldverschreibungen	–	9
Sonstige Wertpapiere	4	21
Insgesamt	4	30
Von der Deutschen Bank selbst genutzte Immobilien/sonstige Vermögenswerte	–	–
Marktwert der Derivate mit konzerninternen Kontrahenten	335	– 98
Nominalbetrag der Derivate mit konzerninternen Kontrahenten	9.172	4.441
Von Pensionsfonds an Deutsche Bank Vermögensverwaltung gezahlte Gebühren	23	22

[39] Informationen zu Tochtergesellschaften

Die Anteile an Tochtergesellschaften des Konzerns werden von der Deutschen Bank AG direkt oder indirekt gehalten.

Wesentliche Tochtergesellschaften

Die folgende Tabelle zeigt die wesentlichen Tochtergesellschaften, an denen die Deutsche Bank AG direkt oder indirekt beteiligt ist.

Tochtergesellschaft	Sitz der Gesellschaft
Taunus Corporation ¹	Delaware, Vereinigte Staaten von Amerika
Deutsche Bank Trust Company Americas ²	New York, Vereinigte Staaten von Amerika
Deutsche Bank Securities Inc. ³	Delaware, Vereinigte Staaten von Amerika
Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden Aktiengesellschaft ⁴	Frankfurt am Main, Deutschland
DB Capital Markets (Deutschland) GmbH ⁵	Frankfurt am Main, Deutschland
DWS Investment GmbH ⁶	Frankfurt am Main, Deutschland

1 Holdinggesellschaft für die meisten Tochtergesellschaften in den Vereinigten Staaten von Amerika.

2 Tochtergesellschaft der Taunus Corporation. Deutsche Bank Trust Company Americas ist eine in New York State zugelassene Bank, die im Kredit- und Einlagengeschäft tätig ist und zahlreiche Bank- und Finanzdienstleistungen erbringt.

3 Tochtergesellschaft der Taunus Corporation. Deutsche Bank Securities Inc. ist eine bei der amerikanischen Börsenaufsicht (SEC) als Broker registrierte Gesellschaft, die Mitglied der New Yorker Börse (New York Stock Exchange) ist und von dieser reguliert wird. Daneben unterliegt sie den Bestimmungen einzelner staatlicher Wertpapieraufsichtsbehörden in den Staaten, in denen sie ihr Geschäft betreibt.

4 Die Gesellschaft erbringt Bankdienstleistungen für Privat- und Geschäftskunden.

5 Die Gesellschaft ist eine in Deutschland eingetragene Gesellschaft mit beschränkter Haftung und dient als Holding für verschiedene europäische Tochtergesellschaften, im Wesentlichen für Kapitalanlagegesellschaften in Deutschland, Luxemburg, Frankreich, Österreich, Italien, Polen, Russland und in der Schweiz.

6 Die Gesellschaft, an der die DB Capital Markets (Deutschland) GmbH indirekt 100 % der Kapital- und Stimmrechtsanteile hält, ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die Investmentfonds auflegt und verwaltet.

Der Konzern hält 100 % der Kapital- und Stimmrechtsanteile an den vorgenannten wesentlichen Tochtergesellschaften, die mit den von ihnen zum 31. Dezember erstellten Jahresabschlüssen in den Konzernjahresabschluss einbezogen sind. Der Schwerpunkt ihrer Geschäftstätigkeit liegt in den Ländern, in denen sie ihren Sitz haben.

Tochtergesellschaften können in ihrer Fähigkeit zum Mitteltransfer, etwa bei Dividendenzahlungen und Darlehens-tilgungen, an die Deutsche Bank AG beschränkt sein. Gründe für derartige Beschränkungen sind zum Beispiel:

- Beschränkungen der Zentralbanken aufgrund von lokalen Gesetzen zur Devisenbewirtschaftung,
- Anforderungen der Zentralbanken hinsichtlich einer angemessenen Kapitalausstattung,
- lokale gesellschaftsrechtliche Bestimmungen. Zum Beispiel bestehen Beschränkungen bezüglich des Mitteltransfers zum Mutterunternehmen, wenn die betreffende Einheit einen Verlustvortrag hat, der nicht durch Gewinnrücklagen oder andere Kapitalbestandteile gedeckt ist.

Tochtergesellschaften, an denen der Konzern 50 % oder weniger der Stimmrechte hält

Der Konzern konsolidiert einige Tochtergesellschaften, an denen er 50 % oder weniger der Stimmrechte hält. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Zweckgesellschaften („SPEs“), deren Gründung der Konzern für eine Vielzahl von Zielsetzungen unterstützt.

Geschäftsbeziehungen zu SPEs ergeben sich im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit vor allem aus Verbriefungen von Vermögenswerten, strukturierten Finanzierungen, Commercial-Paper-Programmen, dem Management von Investmentfonds, gewerblichem Immobilienleasing sowie dem Management von geschlossenen Fonds. Zu den diesbezüglichen Aktivitäten des Konzerns zählen die Übertragung von Vermögenswerten auf die Zweckgesellschaften, der Abschluss von Derivatekontrakten mit den SPEs, die Bereitstellung von Garantien und Liquiditätsfazilitäten an die SPEs, das Erbringen von Anlagemanagement- und Verwaltungsleistungen für die SPEs sowie das Halten von Beteiligungen an den SPEs.

Gesellschaften, an denen der Konzern mehr als 50 % der Stimmrechte hält

Der Konzern hält direkt oder indirekt mehr als die Hälfte der Stimmrechte von Gesellschaften, beherrscht diese aber nicht, wenn

- ein anderer Investor die Möglichkeit hat, kraft einer mit dem Konzern abgeschlossenen Vereinbarung über mehr als die Hälfte der Stimmrechte zu verfügen;
- ein anderer Investor die Möglichkeit hat, gemäß einer Satzung oder sonstigen Vereinbarung die Finanz- und Geschäftspolitik der Gesellschaft zu bestimmen;
- ein anderer Investor die Möglichkeit hat, die Mehrheit der Mitglieder des Geschäftsführungs- und/oder Aufsichtsorgans zu ernennen oder abzurufen, wobei die Verfügungsgewalt über die Gesellschaft bei diesen Organen liegt;
- ein anderer Investor die Möglichkeit hat, die Mehrheit der Stimmen bei Sitzungen des Geschäftsführungs- und/oder Aufsichtsorgans oder eines gleichwertigen Leitungsgremiums zu bestimmen, wobei die Verfügungsgewalt über die Gesellschaft bei diesen Organen liegt.

Das „Anteilsbesitzverzeichnis 2008“ wird als separates Dokument veröffentlicht und beim elektronischen Bundesanzeiger eingereicht. Es ist auf der Webseite von Deutsche Bank Investor Relations verfügbar (<http://www.deutschebank.de/ir/de/content/berichte.htm>).

[40] Versicherungs- und Investmentverträge

Verbindlichkeiten aus Versicherungs- und Investmentverträgen

in Mio €	31.12.2008			31.12.2007		
	Bruttowert	Rück- versicherung	Nettowert	Bruttowert	Rück- versicherung	Nettowert
Versicherungsverträge	3.963	- 1.407	2.556	6.450	- 119	6.331
Investmentverträge	5.977	-	5.977	9.796	-	9.796
Insgesamt	9.940	- 1.407	8.533	16.246	- 119	16.127

In 2008 hat der Konzern zwei Rückversicherungsverträge abgeschlossen, die einen Teil des Versicherungsrisikos aus Rentenversicherungsverträgen abdecken. Für die Berechnung der mit diesen Verträgen verbundenen Kosten wurden die gleichen Annahmen zugrunde gelegt, wie sie für die Wertermittlung der den Rückversicherungsverträgen zugrunde liegenden Versicherungen verwendet wurden. Dies führte zu einem geringfügigen Verlust, der in der Gewinn- und Verlust-Rechnung des Konzerns verbucht wurde.

Generell werden Beträge, die aus Rückversicherungsverträgen resultieren, brutto ausgewiesen, es sei denn, sie haben einen unwesentlichen Einfluss auf die entsprechenden Bilanzpositionen. In der obigen Tabelle wurden Beträge aus Rückversicherungen brutto berücksichtigt.

Buchwert

Die folgende Übersicht zeigt eine Analyse der Änderung von Verbindlichkeiten aus Versicherungs- und Investmentverträgen.

in Mio €	2008		2007	
	Versicherungs- verträge	Investment- verträge	Versicherungs- verträge	Investment- verträge
Buchwert am Jahresanfang	6.450	9.796	1.411	-
Reklassifizierung in zum Verkauf bestimmt	-	-	- 847	-
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	6.339	10.387
Zugänge	236	158	114	14
Inanspruchnahmen	- 405	- 618	- 340	- 214
Sonstige	- 850	- 935	111	168
Wechselkursveränderungen	- 1.468	- 2.424	- 338	- 559
Buchwert am Jahresende	3.963	5.977	6.450	9.796

Die sonstigen Veränderungen enthielten im Geschäftsjahr 2008 Marktwertveränderungen auf Vermögenswerte in Investmentverträgen von 935 Mio € (2007: 122 Mio €).

Wesentliche Annahmen im Versicherungsgeschäft

Die Verbindlichkeiten ändern sich in Abhängigkeit von Veränderungen der Zinssätze (dies gilt insbesondere für garantierte zukünftige Leistungen), der Anlageerträge sowie der Aufwendungen für Lebensversicherungs- und Rentenversicherungsverträge, für die sich die künftige Sterbewahrscheinlichkeit nicht mit Sicherheit vorhersagen lässt.

Annahmen werden für alle Faktoren getroffen, die zukünftige Cashflows wesentlich beeinflussen. Dazu gehören Annahmen über zukünftige Zinssätze, Sterblichkeitsraten und Kosten. Die Annahmen, die langfristige Versicherungs-

aktivitäten am stärksten beeinflussen, sind die zur Abzinsung der Cashflows verwendeten Zinssätze und die Sterbewahrscheinlichkeiten, diese insbesondere für Rentenversicherungsverträge.

Die Annahmen werden im Folgenden erläutert:

Zinssätze

In den zugrunde gelegten Zinssätzen spiegeln sich Schätzungen über zukünftige Anlageerträge wider. Sie beinhalten insofern Annahmen über Art und Laufzeit der zur Deckung der Verbindlichkeiten dienenden Vermögenswerte. Darüber hinaus werden angemessene Risikoabschläge zur Berücksichtigung von Ausfallrisiken berücksichtigt.

Sterbewahrscheinlichkeit

Die Sterbewahrscheinlichkeiten basieren auf veröffentlichten Sterbetafeln, die entsprechend angepasst wurden, um sowohl den Änderungen der Daten seit Veröffentlichung als auch unternehmensspezifischen Erfahrungswerten und aktualisierten Prognosewerten Rechnung zu tragen. Wenn erforderlich, wird eine angemessene Sicherheitsmarge hinzugefügt, um zukünftige nachteilige Abweichungen von den Erwartungswerten zu berücksichtigen. Die Sterbewahrscheinlichkeit für Rentenversicherungsverträge wird so angepasst, dass sie zukünftigen Erhöhungen der Lebenserwartung von Begünstigten Rechnung trägt. Derzeit wird bei Rentenversicherungsverträgen für die Ermittlung der Erhöhung der Lebenserwartung eine mittelfristige Kohortenprognose genutzt, wobei von einer Mindesterrhöhung von 1,25 % pro anno ausgegangen wird.

Aufwendungen

Für Verträge, die nicht fondsgebunden sind, werden Aufwendungen für zukünftige Versicherungskosten in Abzug gebracht.

Sonstige Annahmen

Zum Jahresende 2008 wird davon ausgegangen, dass im Rentenversicherungsgeschäft Optionen auf garantierte Rentenzahlungen zu 60 % (2007: 57 %) in Anspruch genommen werden.

Wesentliche Annahmen zum Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts

Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts im Zusammenhang mit der Akquisition der Abbey Life Assurance Company Limited entspricht dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme für den Versicherungsbestand zum Erwerbszeitpunkt. Die in diesem Zusammenhang zu treffenden Annahmen berücksichtigen die geschäftsspezifischen Erfahrungswerte für zukünftige Sterbewahrscheinlichkeiten, Invaliditätsraten, Bestandsfestigkeit und sonstige Aufwendungen. Des Weiteren wurden bei Erwerb auch grundsätzliche Annahmen anhand gesamtwirtschaftlicher Indikatoren zugrunde gelegt.

Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts wird über die erwartete Nutzungsdauer des Abbey Life-Geschäfts abgeschrieben, und zwar entweder proportional zu den erwarteten Gewinnen oder dem erwarteten Wert der zu erbringenden Versicherungszahlungen. Zum Ende jeder Berichtsperiode ist der noch bilanzierte Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts mit dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme für den Versicherungsbestand zum Erwerbszeitpunkt zu vergleichen. Sollten die erwarteten zukünftigen Zahlungsströme unzureichend sein und sollte der Barwert der zukünftigen Zahlungsströme den Bilanzwert unterschreiten, ist der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts entsprechend zu verringern.

Wesentliche Änderungen der Annahmen

Bei der Akquisition der Abbey Life Assurance Company Limited im Oktober 2007 wurden deren bis dahin auf der Basis von UK GAAP berechneten Verbindlichkeiten für Versicherungsverträge, in Übereinstimmung mit den Vorschriften von IFRS 4, auf der Basis von US GAAP neu berechnet. Die zu diesem Zeitpunkt getroffenen Annahmen für nicht wirtschaftliche Faktoren haben sich nicht geändert. Allerdings wurden die für wirtschaftliche Faktoren getroffenen Annahmen unter Berücksichtigung von Veränderungen wesentlicher Wirtschaftsindikatoren überprüft. Die Verbindlichkeit für Rentenversicherungsverträge wurde mit dem bei erstmaliger Bilanzierung ermittelten Wert angesetzt.

Sensitivitätsanalyse für Versicherungsverträge

Die folgende Tabelle zeigt die Auswirkung von Änderungen der wesentlichen Annahmen, die der Berechnung der Verbindlichkeiten des Versicherungsgeschäfts zugrunde liegen, auf das Ergebnis vor Steuern und das Eigenkapital. Die Veränderung einer jeden Annahme erfolgt ceteris paribus.

in Mio €	Veränderung des Ergebnisses vor Steuern		Veränderung des Eigenkapitals	
	2008	2007	2008	2007
Annahme:				
Sterbewahrscheinlichkeit ¹ (Verschlechterung um 10 %)	- 12	- 16	- 12	- 16
Aufwand (Anstieg um 10 %)	- 1	- 1	- 1	- 1
Zinssätze ² (Anstieg um 1 %) (2007: Rückgang um 1 %)	- 6	- 115	- 142	88

1 Dem Effekt der Sterbewahrscheinlichkeit liegen ein Rückgang im Rentenversicherungsgeschäft um 10 % und ein Anstieg im sonstigen Geschäft um 10 % zugrunde.

2 Im Geschäftsjahr 2007 wurde der Effekt eines Rückgangs ausgewiesen, da dieser sich nachteiliger auswirkte.

Für bestimmte Versicherungsverträge enthält die Bewertungsgrundlage eine sogenannte Sicherheitsmarge („Provision for Adverse Deviations“). Für diese Verträge würde gemäß US GAAP eine Verschlechterung der Annahmen für die Einflussfaktoren so lange keine Anpassung der Rückstellung zur Folge haben, bis die Sicherheitsmarge aufgezehrt ist. Ebenso bewirkte eine Verbesserung der Annahmen für die Einflussfaktoren keine Erhöhung der Rückstellung. Deshalb handelt es sich bei den in der Sensitivitätsanalyse gezeigten Auswirkungen im Falle einer angenommenen Verschlechterung der Einflussfaktoren um jenen Betrag, um den die Verbindlichkeit die Sicherheitsmarge am Bilanzstichtag überschreitet. Aus diesem Grund sollten die in dieser Tabelle bereitgestellten Informationen nicht dazu verwendet werden, Rückschlüsse auf die Auswirkungen anderweitiger Veränderungen zu ziehen. Ebenso lässt sich daraus nicht ableiten, welche Veränderungen zu einem anderen Zeitpunkt auftreten könnten.

[41] Kurz- und langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Die folgenden Tabellen zeigen die Gliederung der zum 31. Dezember 2008 und zum 31. Dezember 2007 in der Bilanz ausgewiesenen Vermögenswerte nach ihrer vertraglichen Laufzeit.

Aktivpositionen zum 31. Dezember 2008 gliedern sich wie folgt.

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2008
	in 2009	nach 2009	
Barreserve	9.826	–	9.826
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	63.900	839	64.739
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	8.671	596	9.267
Forderungen aus Wertpapierleihen	35.016	6	35.022
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.598.362	25.449	1.623.811
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	7.586	17.249	24.835
Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	–	2.242	2.242
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	103.436	165.845	269.281
Sachanlagen	–	3.712	3.712
Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	9.877	9.877
Sonstige Aktiva	135.408	2.421	137.829
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	3.217	295	3.512
Summe der Aktiva vor Steuerforderungen aus latenten Steuern	1.965.422	228.531	2.193.953
Steuerforderungen aus latenten Steuern			8.470
Summe der Aktiva			2.202.423

Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2008 gliedern sich wie folgt.

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2008
	in 2009	nach 2009	
Einlagen	360.298	35.255	395.553
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	84.481	2.636	87.117
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	3.206	10	3.216
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	1.308.128	25.637	1.333.765
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	39.115	–	39.115
Sonstige Passiva	157.750	2.848	160.598
Rückstellungen	1.418	–	1.418
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	1.086	1.268	2.354
Langfristige Verbindlichkeiten	22.225	111.631	133.856
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	983	8.746	9.729
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	4	–	4
Summe der Verbindlichkeiten vor Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	1.978.694	188.031	2.166.725
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern			3.784
Summe der Verbindlichkeiten			2.170.509

Aktivpositionen zum 31. Dezember 2007 gliedern sich wie folgt.

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt
	in 2008	nach 2008	31.12.2007
Barreserve	8.632	–	8.632
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	21.156	459	21.615
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	12.193	1.404	13.597
Forderungen aus Wertpapierleihen	55.548	413	55.961
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.345.564	32.447	1.378.011
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	6.168	36.126	42.294
Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	–	3.366	3.366
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	73.826	125.066	198.892
Sachanlagen	–	2.409	2.409
Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	9.383	9.383
Sonstige Aktiva	180.489	3.149	183.638
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	2.014	414	2.428
Summe der Aktiva vor Steuerforderungen aus latenten Steuern	1.705.590	214.636	1.920.226
Steuerforderungen aus latenten Steuern			4.777
Summe der Aktiva			1.925.003

Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2007 gliedern sich wie folgt.

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt
	in 2008	nach 2008	31.12.2007
Einlagen	417.994	39.952	457.946
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	177.468	1.273	178.741
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	9.405	160	9.565
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	818.436	51.649	870.085
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	53.410	–	53.410
Sonstige Passiva	168.135	3.309	171.444
Rückstellungen	1.295	–	1.295
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	2.460	1.761	4.221
Langfristige Verbindlichkeiten	23.255	103.448	126.703
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	–	6.345	6.345
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	871	2.682	3.553
Summe der Verbindlichkeiten vor Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	1.672.729	210.579	1.883.308
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern			2.380
Summe der Verbindlichkeiten			1.885.688

[42] Ergänzende Erläuterungen zum Konzernabschluss gemäß § 315a HGB

Gemäß § 315a Handelsgesetzbuch („HGB“) sind in einem Konzernabschluss nach IFRS die nachfolgenden Zusatzangaben bereitzustellen.

Personalaufwand

in Mio €	2008	2007
Personalaufwand:		
Löhne und Gehälter	8.060	11.298
Soziale Abgaben	1.546	1.824
davon: für Altersversorgung	510	478
Insgesamt	9.606	13.122

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die durchschnittliche Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter (arbeitswirksam) betrug insgesamt 79.931 (2007: 75.047), darunter befanden sich 33.837 (2007: 31.898) Mitarbeiterinnen. Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der geleisteten Arbeitszeit anteilig enthalten. Im Ausland waren im Durchschnitt 51.993 (2007: 47.540) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig.

Bezüge des Vorstands und Aufsichtsrats

Im Jahr 2008 beliefen sich die Gesamtbezüge des Vorstands auf 4.476.684 € (2007: 33.182.395 €), davon entfielen im Geschäftsjahr 2007 28.832.085 € auf variable Vergütungsbestandteile.

An frühere Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank AG oder deren Hinterbliebene wurden 19.741.906 € (2007: 33.479.343 €) gezahlt.

Der Aufsichtsrat erhielt für 2008 exklusive Umsatzsteuer eine feste Vergütung (inklusive Sitzungsgeld) von 2.478.500 € (2007: 2.366.000 €). Auf eine variable Vergütung hat der Aufsichtsrat für das Jahr 2008 verzichtet (2007: 3.656.084 €).

Für die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen wurden 2008 insgesamt 167.420.222 € (2007: 176.061.752 €) zurückgestellt.

Am 31. Dezember 2008 beliefen sich die gewährten Vorschüsse, Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse für Vorstandsmitglieder auf 2.641.142 € (2007: 2.186.400 €) und für Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Bank AG auf 1.396.955 € (2007: 1.713.528 €). Aufsichtsratsmitglieder zahlten 2008 Kredite in Höhe von 0,1 Mio € zurück.

Sonstige Publikationen

Das „Anteilsbesitzverzeichnis 2008“ wird als separates Dokument veröffentlicht und beim elektronischen Bundesanzeiger eingereicht. Es ist auf der Webseite von Deutsche Bank Investor Relations verfügbar (<http://www.deutschebank.de/ir/de/content/berichte.htm>).

Corporate Governance

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft und die Varta AG als derzeit einziges in den Konzernabschluss einbezogenes deutsches börsennotiertes Unternehmen haben die nach § 161 Aktiengesetz vorgeschriebene Erklärung abgegeben und den Aktionären zugänglich gemacht.

Wesentliche Prüfungshonorare und -leistungen

Die Tabelle zeigt die von unserem Abschlussprüfer abgerechneten Honorare für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 in den folgenden Kategorien.

Kategorie in Mio €	2008	2007
Prüfungshonorare	44	43
davon an KPMG Deutschland	21	18
Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen	8	8
davon an KPMG Deutschland	5	2
Honorare für Steuerberatung	7	8
davon an KPMG Deutschland	3	2
Sonstige Honorare	–	–
davon an KPMG Deutschland	–	–
Summe der Honorare	59	59

Weitere Informationen zu den Prüfungshonoraren sind im Corporate-Governance-Bericht enthalten.

[43] Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Postbank. Am 14. Januar 2009 haben die Deutsche Bank AG und die Deutsche Post AG eine neue Transaktionsstruktur auf Basis des im September 2008 vereinbarten Kaufpreises für den Erwerb von Aktien der Deutschen Postbank AG durch die Deutsche Bank vereinbart. Der Vertrag wird in drei Teilen umgesetzt und wurde am 25. Februar 2009 vollzogen. In diesem Rahmen erwirbt die Deutsche Bank 50 Millionen Aktien der Postbank – das entspricht einem Anteil von 22,9 % – im Rahmen einer Sachkapitalerhöhung von 50 Millionen Deutsche Bank-Aktien unter Ausschluss von Bezugsrechten. Für die Deutsche Bank reduziert sich dadurch in der neuen Struktur die erwartete Tier-1-Kapitalbelastung. Die Aktien werden aus bestehendem genehmigtem Kapital emittiert. Infolgedessen wird die Deutsche Post einen Anteil von rund 8 % an der Deutschen Bank halten. Über die eine Hälfte dieser Aktien kann die Deutsche Post ab Ende April frei verfügen. Die andere Hälfte dieser Aktien ist ab Mitte Juni veräußerbar. Am Vollzugstag erwarb die Deutsche Bank eine Pflichtumtauschleihe der Deutschen Post, die nach Ablauf von drei Jahren in 60 Millionen Aktien, oder 27,4 %, der Postbank getauscht wird. Für die verbleibenden von der Deutschen Post gehaltenen Aktien (26,4 Millionen Aktien bzw. 12,1 %) bestehen Kauf- und Verkaufsoptionen. Die Optionen werden durch die Zahlung des Barwerts zum Zeitpunkt des Vollzugs in Höhe von 1,1 Mrd € besichert und sind zwischen dem 36. und 48. Monat nach Vollzug der Transaktion ausübbar.

Cosmopolitan Resort and Casino. Wie in Note [19] Sachanlagen dargestellt, hat der Konzern im September 2008 das Cosmopolitan Resort and Casino im Rahmen eines Rettungserwerbs übernommen und das Projekt weiter entwickelt. Diese Immobilie ist eine als Finanzinvestition gehaltene Immobilie im Bau, die als Sachanlage bilanziert wird. Zum 31. Dezember 2008 belief sich der Buchwert auf 1,1 Mrd €.

Im ersten Quartal 2009 gab es Anzeichen für eine deutliche Verschlechterung des Marktumfelds für Eigentumswohnungen, Hotels und Kasinos in Las Vegas. In Anbetracht dieser Entwicklung erwägt die Bank momentan verschiedene Alternativen zur weiteren Entwicklung und Durchführung des Cosmopolitan Resort und Casino-Projekts. Der aus dem Vermögenswert erzielbare Wert hängt von der zukünftigen Marktentwicklung sowie dem weiteren Vorgehen der Bank ab. Infolgedessen könnte sich in 2009 eine Wertminderung des Buchwerts ergeben, deren Höhe sich jedoch zurzeit nicht verlässlich bestimmen lässt.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Deutsche Bank Aktiengesellschaft aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen, Kapitalflussrechnung und Anhang (Notes) – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2008 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben. Ergänzend wurden wir beauftragt zu beurteilen, ob der Konzernabschluss auch den IFRS insgesamt entspricht.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung sowie unter ergänzender Beachtung der Standards des Public Company Accounting Oversight Board (United States) vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften sowie den IFRS insgesamt und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Frankfurt am Main, den 11. März 2009

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(vormals
KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft)



Becker
Wirtschaftsprüfer



Bose
Wirtschaftsprüfer

**Geprüfter Konzernabschluss (IFRS) der
Deutsche Bank Aktiengesellschaft für das zum
31. Dezember 2007 endende Geschäftsjahr**

Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung

in Mio €	[Notes]	2007	2006
Zinsen und ähnliche Erträge	[3]	67.706	58.275
Zinsaufwendungen	[3]	58.857	51.267
Zinsüberschuss	[3], [6]	8.849	7.008
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	[16]	612	298
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft		8.237	6.710
Provisionsüberschuss	[4]	12.289	11.195
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	[5], [6]	7.175	8.892
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	[7]	793	591
Ergebnis aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	[14]	353	419
Sonstige Erträge	[8]	1.286	389
Zinsunabhängige Erträge insgesamt		21.896	21.486
Personalaufwand	[31], [32]	13.122	12.498
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	[9]	7.954	7.069
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	[40]	193	67
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	[21]	128	31
Restrukturierungsaufwand	[25]	- 13	192
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt		21.384	19.857
Ergebnis vor Steuern		8.749	8.339
Ertragsteueraufwand	[33]	2.239	2.260
Jahresüberschuss		6.510	6.079
Den Minderheitsanteilen zurechenbares Konzernergebnis		36	9
Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Konzernergebnis		6.474	6.070

ERGEBNIS JE AKTIE

in €	[Notes]	2007	2006
Ergebnis je Aktie:	[10]		
Basic		13,65	12,96
Verwässert ¹		13,05	11,48
Anzahl der Aktien in Mio			
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie		474,2	468,3
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie		496,1	521,2

1 Einschließlich Effekt auf den Zähler aus angenommener Wandlung. Weitere Informationen sind in Note [10] enthalten.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen

in Mio €	2007	2006
In der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigter Jahresüberschuss	6.510	6.079
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern		
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten:		
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	1.022	1.101
Reklassifizierung aufgrund von Gewinn- (-)/Verlustrealisierungen, vor Steuern	- 793	- 651
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern:		
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	- 19	- 68
Reklassifizierung aufgrund von Gewinn- (-)/Verlustrealisierungen, vor Steuern	13	- 8
Anpassungen aus der Währungsumrechnung:		
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	- 1.696	- 708
Reklassifizierung aufgrund von Gewinn- (-)/Verlustrealisierungen, vor Steuern	- 5	8
Steuern auf Positionen, die direkt im Eigenkapital erfasst oder aus dem Eigenkapital reklassifiziert wurden	215	- 25
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern	- 1.263	- 351
Summe der erfassten Erträge und Aufwendungen	5.247	5.728
Zurechenbar:		
den Minderheitsanteilen	43	6
den Deutsche Bank Aktionären	5.204	5.722

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzernbilanz

in Mio €	[Notes]	31.12.2007	31.12.2006
Aktiva:			
Barreserve		8.632	7.008
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten		21.615	19.199
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	[18]	13.597	14.265
Forderungen aus Wertpapierleihen	[18]	55.961	62.943
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte davon zum 31.12.2007 158 Mrd € (2006: 87 Mrd €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer	[11], [18], [35]	1.474.103	1.104.650
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte davon zum 31.12.2007 17 Mio € (2006: 23 Mio €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer	[13], [18]	42.294	38.037
Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	[14]	3.366	2.541
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	[15], [16]	198.892	178.524
Sachanlagen	[19]	2.409	3.241
Immaterielle Vermögenswerte	[21]	9.383	8.612
Sonstige Aktiva	[22], [23]	182.897	139.021
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	[33]	2.428	2.120
Steuerforderungen aus latenten Steuern	[33]	4.772	4.332
Summe der Aktiva		2.020.349	1.584.493
Passiva:			
Einlagen	[24]	457.946	411.916
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	[18]	178.741	102.200
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	[18]	9.565	21.174
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	[11], [35]	966.177	694.619
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	[26]	53.410	48.433
Sonstige Passiva	[23]	171.509	144.129
Rückstellungen	[25]	1.295	1.768
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	[33]	4.515	4.033
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	[33]	2.124	2.285
Langfristige Verbindlichkeiten	[27]	126.703	111.363
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	[27]	6.345	4.771
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	[28]	3.553	4.327
Summe der Verbindlichkeiten		1.981.883	1.551.018
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	[29]	1.358	1.343
Kapitalrücklage	[30]	15.808	15.246
Gewinnrücklagen	[30]	25.116	20.451
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	[29]	- 2.819	- 2.378
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	[28]	- 3.552	- 4.307
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern			
Unrealisierte Gewinne aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach darauf entfallenden Steuern und sonstigen Anpassungen	[30]	3.635	3.208
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern, nach Steuern	[30]	- 52	- 45
Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern	[30]	- 2.450	- 760
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern	[30]	1.133	2.403
Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Eigenkapital		37.044	32.758
Minderheitsanteile	[30]	1.422	717
Eigenkapital einschließlich Minderheitsanteile	[30]	38.466	33.475
Summe der Passiva		2.020.349	1.584.493

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzern-Kapitalflussrechnung

in Mio €	2007	2006
Jahresüberschuss	6.510	6.079
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		
Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	651	352
Restrukturierungsaufwand	- 13	30
Ergebnis aus dem Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach der Equity Methode		
bilanzierten Beteiligungen und Sonstigem	- 1.907	- 913
Latente Ertragsteuern, netto	- 918	165
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen	1.731	1.355
Anteilige Gewinne aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	- 358	- 207
Jahresüberschuss, bereinigt um nicht liquiditätswirksamen Aufwand/Ertrag und sonstige Posten	5.696	6.861
Anpassungen aufgrund eines Nettoanstiegs/-rückgangs beziehungsweise einer Nettoveränderung der operativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:		
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	7.588	- 3.318
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	5.146	- 11.394
Handelsaktiva	- 302.932	- 87.409
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte (exkl. Investitionstätigkeit)	- 75.775	- 19.064
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	- 22.185	- 14.403
Sonstige Aktiva	- 42.674	- 30.083
Einlagen	47.464	35.720
Handelsspassiva	205.814	25.243
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen (exkl. Finanzierungstätigkeit)	70.232	41.518
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und aus Wertpapierleihen	69.072	18.955
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	6.531	7.452
Sonstige Passiva	21.133	30.079
Vorrangige langfristige Verbindlichkeiten	22.935	10.480
Sonstige, per saldo	- 1.255	527
Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	16.790	11.164
Cashflow aus Investitionstätigkeit		
Erlöse aus:		
Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (inkl. zum Fair Value bewerteter finanzieller Vermögenswerte)	12.470	11.952
Endfälligkeit von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (inkl. zum Fair Value bewerteter finanzieller Vermögenswerte)	8.179	6.345
Verkauf von nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	1.331	3.897
Verkauf von Sachanlagen	987	123
Erwerb von:		
zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (inkl. zum Fair Value bewerteter finanzieller Vermögenswerte)	- 25.230	- 22.707
Nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	- 1.265	- 1.668
Sachanlagen	- 675	- 606
Nettocashflow aus Unternehmensakquisitionen und -verkäufen	- 648	- 1.120
Sonstige, per saldo	463	314
Nettocashflow aus Investitionstätigkeit	- 4.388	- 3.470
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit:		
Emission von nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten (inkl. zum Fair Value bewerteter finanzieller Verbindlichkeiten)	429	976
Rückzahlung/Rücklauf nachrangiger langfristiger Verbindlichkeiten (inkl. zum Fair Value bewerteter finanzieller Verbindlichkeiten)	- 2.809	- 1.976
Emission von hybriden Kapitalinstrumenten (Trust Preferred Securities inkl. zum Fair Value bewerteter finanzieller Verbindlichkeiten)	1.874	1.043
Rückzahlung/Rücklauf hybrider Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities inkl. zum Fair Value bewerteter finanzieller Verbindlichkeiten)	- 420	- 390
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen begebene Stammaktien	389	680
Kauf Eigener Aktien	- 41.128	- 38.830
Verkauf Eigener Aktien	39.729	36.380
Dividendenzahlung an Minderheitsanteile	- 13	- 26
Nettoveränderung der Minderheitsanteile	585	130
Gezahlte Bardividende	- 2.005	- 1.239
Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit	- 3.369	- 3.252
Nettoeffekt aus Wechselkursänderungen der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	- 289	- 510
Nettoveränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	8.744	3.932
Anfangsbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	17.354	13.422
Endbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	26.098	17.354
Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit beinhaltet		
Gezahlte Ertragsteuern, netto	2.806	3.102
Gezahlte Zinsen	58.097	49.921
Erhaltene Zinsen und Dividenden	67.706	58.275
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beinhalten		
Barreserve	8.632	7.008
Verzinsliche Sichteinlagen bei Banken (nicht eingeschlossen: Termineinlagen in Höhe von 4.149 Mio € per 31.12.2007 und von 8.853 Mio € per 31.12.2006)	17.466	10.346
Insgesamt	26.098	17.354

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzernanhang

Konzernanhang

[1] Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze	107
[2] Segmentberichterstattung	136

Anhangangaben zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

[3] Zinsüberschuss	146
[4] Provisionsüberschuss	147
[5] Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	147
[6] Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nach Konzernbereichen	148
[7] Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	149
[8] Sonstige Erträge	149
[9] Sachaufwand und sonstiger Aufwand	150
[10] Ergebnis je Aktie	150

Anhangangaben zur Bilanz

[11] Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen	152
[12] Fair Value von Finanzinstrumenten	155
[13] Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	162
[14] Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	163
[15] Forderungen aus dem Kreditgeschäft	165
[16] Risikoversorge im Kreditgeschäft	165
[17] Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten	166
[18] Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte	167
[19] Sachanlagen	168
[20] Leasingverhältnisse	169
[21] Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte	170
[22] Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	176
[23] Sonstige Aktiva und Passiva	177
[24] Einlagen	178
[25] Rückstellungen	178
[26] Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	181
[27] Langfristige Verbindlichkeiten und Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	181

Zusätzliche Anhangangaben

[28] Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	182
[29] Stammaktien	183
[30] Veränderung des Eigenkapitals	185
[31] Aktienbasierte Vergütungen	186
[32] Leistungen an Arbeitnehmer	191
[33] Ertragsteuern	196
[34] Akquisitionen und Veräußerungen	200
[35] Derivative Finanzinstrumente	206
[36] Aufsichtsrechtliches Kapital	209
[37] Risikoangaben	212
[38] Geschäfte mit nahe stehenden Dritten	228
[39] Informationen zu Tochtergesellschaften	231
[40] Versicherungs- und Investmentverträge	232
[41] Kurz- und langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	235
[42] Ergänzende Erläuterungen zum Konzernabschluss gemäß § 315a HGB	237
[43] Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	238
[44] Überleitung zwischen vorherigen Rechnungslegungsgrundsätzen und IFRS	239

[1] WESENTLICHE RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZE

GRUNDLAGE DER DARSTELLUNG

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft („Deutsche Bank“ oder „Muttergesellschaft“) ist eine Aktiengesellschaft nach deutschem Recht. Zusammen mit den Gesellschaften, bei denen die Deutsche Bank über beherrschenden Einfluss verfügt, bietet die Deutsche Bank (der „Konzern“) weltweit das gesamte Spektrum von Produkten und Dienstleistungen der Konzernbereiche Corporate and Investment Bank sowie Private Clients and Asset Management an. Einzelheiten zu den Unternehmensbereichen des Konzerns sind in Note [2] dargestellt.

Der beigefügte Konzernabschluss wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt und steht in Einklang mit den International Financial Reporting Standards („IFRS“), wie sie vom International Accounting Standards Board („IASB“) veröffentlicht und durch die Europäische Union („EU“) in europäisches Recht übernommen wurden. Da der Konzern die von der EU bei der Übernahme von IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, eingeräumte Ausnahmeregelung („Carve-out“) für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen („Hedge Accounting“) nicht nutzt, erfüllt der Konzernabschluss vollständig die Regelungen der vom IASB veröffentlichten IFRS. In Einklang mit IFRS 4, „Insurance Contracts“, hat der Konzern seine bisherigen Rechnungslegungsgrundsätze gemäß US GAAP auf die Bilanzierung von Versicherungsverträgen angewandt.

Im Folgenden werden die wesentlichen vom Konzern angewandten Rechnungslegungsgrundsätze beschrieben. Diese Grundsätze wurden in den Geschäftsjahren 2006 und 2007 konsistent angewandt.

Die Erstellung des Jahresabschlusses gemäß IFRS verlangt vom Management, Beurteilungen und Annahmen hinsichtlich bestimmter Kategorien von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zu treffen. Bereiche, in denen dies notwendig ist, beinhalten die Bestimmung des Fair Value bestimmter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die Wertberichtigung für Kreditausfälle, die Wertminderung („Impairment“) von Vermögenswerten mit Ausnahme von Krediten, von Goodwill und immateriellen Vermögenswerten, den Ansatz und die Bewertung von aktiven latenten Steuern, Rückstellungen für ungewisse Steuerpositionen, ungewisse gesetzliche und regulatorische Verpflichtungen, die Rückstellungen für Versicherungs- und Kapitalanlageverträge sowie die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen. Diese Beurteilungen und Annahmen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva, von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen.

UMSTELLUNG AUF IFRS

ERSTANWENDUNG VON IFRS

Bis zum 31. Dezember 2006 erstellte der Konzern seinen Konzernabschluss in Übereinstimmung mit US GAAP. Am Umstellungsstichtag auf IFRS, dem 1. Januar 2006, wandte der Konzern bei der Erstellung seiner Eröffnungsbilanz die Vorschriften von IFRS 1, „First Time Adoption of IFRS“, an. Bestimmte Rechnungslegungsgrundsätze nach IFRS, die der Konzern bei Erstellung dieser Eröffnungsbilanz anwandte, weichen von den zum gleichen Datum angewandten US GAAP Rechnungslegungsgrundsätzen ab. Die damit verbundenen Anpassungen resultieren aus Geschäftsvorfällen und Transaktionen vor dem Stichtag für die Umstellung auf IFRS. Den Anforderungen von IFRS 1 entsprechend wurden diese Anpassungen zum 1. Januar 2006 direkt in den Gewinnrücklagen (oder, sofern angemessen, in einer anderen Eigenkapitalkategorie) erfasst. Dies resultiert aus der generellen Regelung in IFRS 1, die IFRS rückwirkend anzuwenden. Abweichend von dieser Vorschrift verlangt, beziehungsweise erlaubt IFRS 1 einige Ausnahmen.

Die vom Konzern im Rahmen der Erstanwendung in Anspruch genommenen Ausnahmen werden nachstehend erläutert. Weitere Wahlrechte des IFRS 1, die hier nicht erläutert werden, sind für die Geschäftsaktivitäten des Konzerns nicht wesentlich.

UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLÜSSE: IFRS 3, „Business Combinations“, wurde nicht rückwirkend auf Unternehmenszusammenschlüsse angewendet, die vor dem Umstellungsstichtag auf IFRS durchgeführt wurden.

FAIR VALUE ODER NEUBEWERTUNG ALS ANGENOMMENE ANSCHAFFUNGS- ODER HERSTELLUNGSKOSTEN: Der Konzern legte die US GAAP-Buchwerte (Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen) aller zu den Sachanlagen zählenden Vermögenswerte zum Zeitpunkt der Umstellung auf IFRS als deren angenommene Anschaffungs- und Herstellungskosten zugrunde.

MITARBEITERVERGÜTUNGEN: Der Konzern hat für die leistungsorientierten Pensionspläne sowie sonstigen Versorgungszusagen sämtliche kumulierten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste zum Umstellungsstichtag auf IFRS im Konzerneigenkapital erfasst.

KUMULIERTE UMRECHNUNGSDIFFERENZEN: Der Konzern hat sich dafür entschieden, den Betrag der kumulierten Umrechnungsdifferenzen aus der Währungsumrechnung ausländischer Geschäftsbetriebe in der Eröffnungsbilanz auf null zurückzusetzen.

KLASSIFIZIERUNG BEREITS BILANZierter FINANZINSTRUMENTE: Der Konzern klassifizierte im Rahmen der Umstellung auf IFRS bestimmte bereits bilanzierte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen gemäß IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, wie jeweils angebracht, entweder als zum Fair Value bewertete oder als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte.

AKTIENBASIERTE VERGÜTUNGEN: Der Konzern wandte IFRS 2, „Share-based Payment“, mit Wirkung vom 7. November 2002 an.

BEWERTUNG VON FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTEN UND VERPFLICHTUNGEN ZUM FAIR VALUE BEI ERSTMALIGEM ANSATZ: Der Konzern legte für Transaktionen ab dem 25. Oktober 2002 die spezifischen Regelungen in IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, zugrunde. Sie erfordern, die beim erstmaligen Ansatz entstehenden Gewinne aus dem Handel mit Finanzinstrumenten („Trade Date Profit“), die zum Fair Value ausgewiesen sind, abzugrenzen, wenn der Wert aus nicht beobachtbaren Parametern oder Preisen abgeleitet wurde.

AUSBUCHUNG VON FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTEN UND VERPFLICHTUNGEN: Der Konzern wandte die Ausbuchungsanforderungen von IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, prospektiv lediglich für Transaktionen an, die an oder nach dem 1. Januar 2004 abgeschlossen wurden.

AUSWIRKUNGEN DER UMSTELLUNG AUF IFRS

Die Note [44] beinhaltet eine Beschreibung der wichtigsten Unterschiede zwischen den vom Konzern angewandten Rechnungslegungsgrundsätzen nach IFRS und nach US GAAP. Überleitungen der Konzernbilanzen von US GAAP auf IFRS zum 1. Januar 2006 und 31. Dezember 2006 sind ebenfalls in Note [44] enthalten ebenso wie die Überleitung der Gewinn-und-Verlust-Rechnung für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006 und die Überleitung des Konzerneigenkapitals zum 1. Januar 2006 und 31. Dezember 2006. Während der Erstellung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2007 wurden Anpassungen bezüglich der Umstellung von US GAAP auf IFRS identifiziert. Die vorher nicht testierten Finanzinformationen gemäß IFRS im Bericht des Konzerns zur Umstellung der Rechnungslegung auf IFRS sowie in den folgenden Zwischenberichten wurden entsprechend angepasst. Die Auswirkungen dieser Anpassungen sind in den in Note [44] enthaltenen Überleitungen dargestellt.

GRUNDSÄTZE DER KONSOLIDIERUNG

Die Finanzinformationen im Konzernabschluss beinhalten Daten der Muttergesellschaft, Deutsche Bank Aktiengesellschaft zusammen mit ihren Tochtergesellschaften, unter Einbeziehung bestimmter Zweckgesellschaften („SPEs“), dargestellt als eine wirtschaftliche Einheit.

TOCHTERGESELLSCHAFTEN

Tochtergesellschaften des Konzerns sind diejenigen Einheiten, welche von ihm beherrscht werden. Der Konzern verfügt über einen beherrschenden Einfluss auf Tochtergesellschaften, wenn er deren Finanz- und Geschäftspolitik bestimmen kann, was in der Regel bei einer direkten oder indirekten Kapitalbeteiligung von mehr als der Hälfte der Stimmrechte an den Unternehmen angenommen wird. Das Bestehen potenzieller Stimmrechte, die aktuell ausübbar oder wandelbar sind, wird bei der Prüfung, ob der Konzern ein anderes Unternehmen beherrscht, berücksichtigt.

Der Konzern unterstützt die Gründung von Zweckgesellschaften aus einer Vielzahl von Gründen. Auf diese Weise können Kunden Investitionen in rechtlich selbstständige Gesellschaften oder gemeinsame Investitionen in alternative Vermögensanlagen vornehmen. Es werden aber auch die Verbriefung von Vermögenswerten und der Kauf oder Verkauf von Kreditsicherungsinstrumenten ermöglicht. Um festzustellen, ob eine SPE zu konsolidieren ist, ist eine Reihe von Faktoren zu prüfen. Diese beinhalten eine Untersuchung, (a) ob die Aktivitäten der SPE zugunsten des Konzerns entsprechend seinen spezifischen Geschäftsbedürfnissen durchgeführt werden, sodass dieser aus der Geschäftstätigkeit der SPE Nutzen zieht; (b) ob der Konzern über die Entscheidungsmacht zur Erzielung der Mehrheit des Nutzens verfügt; (c) ob der Konzern die Mehrheit des Nutzens aus der Geschäftstätigkeit der SPE zieht und (d) ob der Konzern die Mehrheit der mit den Vermögenswerten verbundenen Residual- oder Eigentumsrisiken behält, um Nutzen aus ihrer Geschäftstätigkeit zu ziehen. Eine SPE ist zu konsolidieren, wenn die Prüfung der wesentlichen Faktoren zeigt, dass die SPE durch den Konzern beherrscht wird.

Tochterunternehmen werden ab dem Zeitpunkt konsolidiert, an dem der Konzern einen beherrschenden Einfluss erlangt. Die Konsolidierung endet mit dem Zeitpunkt, zu dem keine beherrschende Einflussnahme mehr besteht.

Der Konzern wird mindestens zu jedem Quartalsabschluss die Angemessenheit zuvor getroffener Konsolidierungsentscheidungen überprüfen. Entsprechend werden etwaige organisatorische Veränderungen unmittelbar berücksichtigt. Dazu gehören neben Änderungen der Eigentumsverhältnisse jegliche Änderungen von bestehenden oder mit einer Einheit neu abgeschlossenen vertraglichen Verpflichtungen des Konzerns.

Der Konzern überprüft die Konsolidierungsentscheidung für SPEs, wenn sich eine Änderung in den Vereinbarungen der SPE ergibt, sich die Geschäftsbeziehungen zwischen dem Konzern und einer SPE aufgrund der aktuellen Marktbedingungen ändern oder sonstige Faktoren vorliegen, die zu ursprünglich nicht vorhergesehenen Aktivitäten zwischen dem Konzern und der SPE führen. Zu diesen Faktoren gehören unter anderem:

- Veränderungen der vom Konzern an der SPE gehaltenen Anteile;
- Veränderungen der vertraglichen Vereinbarungen oder Unternehmensführungsstrukturen der SPE;
- zusätzliche Aktivitäten in Bezug auf die Struktur der Gesellschaft, beispielsweise die Bereitstellung einer Liquiditätsfazilität über die ursprünglich vereinbarten Bedingungen hinaus, oder der Abschluss ursprünglich nicht geplanter Geschäfte mit einer SPE, und
- Veränderungen in der Finanzierungsstruktur der Einheit.

Ferner wird die Angemessenheit einer Konsolidierungsentscheidung erneut überprüft, wenn der Konzern feststellt, dass die SPE zusätzlicher, ursprünglich nicht vorgesehener Unterstützung zur Weiterführung ihres Geschäfts bedarf und der Konzern eine solche Unterstützung aus Reputations- oder sonstigen Gründen leisten würde.

Die Neueinschätzung des Vorliegens eines beherrschenden Einflusses über bestehende SPEs führt nicht zwangsläufig zu einer Konsolidierung oder Entkonsolidierung. Bei einer solchen Überprüfung muss der Konzern unter Umständen seine Wahrscheinlichkeitsannahmen für Verluste, die Möglichkeit einer zukünftigen Inanspruchnahme zusätzlicher Liquiditätsfazilitäten sowie für künftige, aus Reputations- oder anderen Gründen resultierende Maßnahmen anpassen. Eine Neueinschätzung der Konsolidierungspflicht wird auf der Grundlage aller gegenwärtig verfügbaren Informationen, einschließlich aktueller Marktparameter und Erwartungen (wie zum Beispiel Erwartungen zu Verlusten aus Vermögenswerten), sowie unter Berücksichtigung jeglicher Änderungen der Marktbedingungen seit Gründung der SPE vorgenommen.

Zur bilanziellen Erfassung der Akquisition von Tochtergesellschaften wird die Erwerbsmethode angewandt. Die Anschaffungskosten einer Akquisition bemessen sich nach den Fair Values der hingegebenen Vermögenswerte, der ausgegebenen Eigenkapitalinstrumente sowie der eingegangenen oder übernommenen Verbindlichkeiten zuzüglich der direkt mit der Akquisition verbundenen Kosten. Der Betrag, um den die Anschaffungskosten einer Akquisition den Anteil des Konzerns an dem Fair Value des erworbenen identifizierbaren Reinvermögens übersteigen, wird als Goodwill bilanziert. Sofern die Anschaffungskosten einer Akquisition unter dem Fair Value des erworbenen identifizierbaren Nettovermögens liegen (negativer Goodwill), kann ein Gewinn in den sonstigen Erträgen erfasst werden.

Alle konzerninternen Transaktionen, Salden und nicht realisierten Gewinne aus Transaktionen zwischen Konzerngesellschaften werden bei der Konsolidierung eliminiert. Im Rahmen der Konzernabschlusserstellung werden konzernweit einheitliche Rechnungslegungsgrundsätze angewandt. Die Ausgabe von Aktien einer Tochtergesellschaft an Dritte wird als Kapitalerhöhung behandelt.

Im Rahmen eines Beratungs- oder Treuhandverhältnisses gehaltene Vermögenswerte gelten nicht als Vermögenswerte des Konzerns und sind nicht in der Konzernbilanz ausgewiesen.

Minderheitsanteile werden in der Konzernbilanz als Bestandteil des Eigenkapitals, aber getrennt von dem den Deutsche Bank Aktionären zurechenbaren Eigenkapital ausgewiesen. Das den Minderheitsanteilen zurechenbare Konzernergebnis wird in der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung separat ausgewiesen.

ASSOZIIERTE UNTERNEHMEN UND GEMEINSCHAFTLICH GEFÜHRTE UNTERNEHMEN

Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, bei welchem der Konzern über maßgeblichen Einfluss verfügt, aber keinen beherrschenden Einfluss auf die finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen besitzt. In der Regel wird ein maßgeblicher Einfluss vermutet, wenn der Konzern zwischen 20 % und 50 % der Stimmrechte hält. Bei der Beurteilung, ob der Konzern die Möglichkeit besitzt, einen maßgeblichen Einfluss auf ein anderes Unternehmen auszuüben, werden die Existenz sowie der Effekt potenzieller Stimmrechte, die aktuell ausübbar oder wandelbar sind, berücksichtigt. Weitere Faktoren, die zur Beurteilung eines maßgeblichen Einflusses herangezogen werden, sind beispielsweise die Vertretung in Leitungs- und Aufsichtsgremien (bei deutschen Aktiengesellschaften im Aufsichtsrat) des Beteiligungsunternehmens sowie wesentliche Geschäftsvorfälle mit dem Beteiligungsunternehmen. Liegen solche Faktoren vor, könnte die Anwendung der Equity Methode auch dann erforderlich sein, wenn die Beteiligung des Konzerns weniger als 20 % der Stimmrechte umfasst.

Ein gemeinschaftlich geführtes Unternehmen besteht, wenn der Konzern mit einer Partei oder mehreren Parteien Verträge über Geschäftsaktivitäten geschlossen hat, die durch von ihnen gemeinschaftlich geführte Unternehmen wahrgenommen werden.

Anteile an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen werden nach der Equity Methode bilanziert. Der Anteil des Konzerns an den Ergebnissen assoziierter und gemeinschaftlich geführter Unternehmen wird angepasst, um mit den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns übereinzustimmen. Unrealisierte Gewinne aus Transaktionen werden in Höhe des Anteils des Konzerns am Beteiligungsunternehmen eliminiert.

Nach dieser Methode werden die Anteile des Konzerns an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen anfänglich mit ihren Anschaffungskosten angesetzt und nachfolgend um den Anteil des Konzerns an dem nach der Akquisition angefallenen Gewinn (oder Verlust) oder an sonstigen Reinvermögensänderungen des betreffenden assoziierten Unternehmens oder gemeinschaftlich geführten Unternehmens erhöht (vermindert). Goodwill, der bei der Akquisition eines assoziierten Unternehmens oder eines gemeinschaftlich geführten Unternehmens entsteht, ist im Buchwert der Beteiligung (abzüglich aufgelaufener Verluste aus Wertminderungen) enthalten. Übersteigen die Verluste den Buchwert der jeweiligen Beteiligung, werden sie mit anderen Vermögenswerten des Konzerns, die dem Beteiligungsunternehmen zuzuordnen sind, verrechnet. Falls diese anderen Vermögenswerte vollständig abgeschrieben sind, wird geprüft, ob zusätzlich Verluste auszuweisen sind, weil der Konzern verpflichtet ist, diese auszugleichen.

WÄHRUNGSUMRECHNUNG

Der Konzernabschluss wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Eine Reihe von Konzerngesellschaften verwendet eine andere funktionale Währung, die der Währung des wirtschaftlichen Umfelds, in dem die Gesellschaft tätig ist, entspricht.

Eine Gesellschaft bilanziert Erträge, Aufwendungen, Gewinne und Verluste in Fremdwährung in ihrer jeweiligen funktionalen Währung und legt die am Tag der bilanziellen Erfassung geltenden Wechselkurse zugrunde.

Monetäre Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die auf eine andere als die funktionale Währung der jeweiligen Einzelgesellschaft lauten, werden mit dem Kurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Realisierte und unrealisierte Wechselkursgewinne und -verluste werden in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen.

Umrechnungsdifferenzen aus nicht monetären Posten, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert sind (zum Beispiel Eigenkapitaltitel), werden nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung, sondern innerhalb des Eigenkapitals in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen (Verlusten) erfasst. Wird der Vermögenswert verkauft, werden die Umrechnungsdifferenzen in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung übertragen und sind Bestandteil des dort ausgewiesenen Gesamtgewinns oder -verlusts aus der Veräußerung des Vermögenswerts.

Zum Zweck der Umrechnung in die Berichtswährung werden Vermögenswerte, Verbindlichkeiten sowie das Eigenkapital von ausländischen Geschäftsbetrieben zum Bilanzstichtagskurs umgerechnet. Die Ertrags- und Aufwandsposten werden zu den bei Abschluss der Transaktion geltenden Wechselkursen oder zu Durchschnittskursen, sofern diese annähernd einer Umrechnung zu Transaktionskursen entsprechen, in Euro umgerechnet. Wechselkursdifferenzen infolge der Umrechnung eines ausländischen Geschäftsbetriebs werden in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen (Verlusten) erfasst und anschließend im Fall einer Veräußerung oder Teilveräußerung des Geschäftsbetriebs ergebniswirksam berücksichtigt.

ZINSEN, GEBÜHREN UND PROVISIONEN

Erträge werden berücksichtigt, wenn die Höhe der Erträge und der dazugehörigen Kosten verlässlich bestimmt werden kann, der wirtschaftliche Nutzen der Transaktion mit großer Wahrscheinlichkeit realisiert wird und der Fertigstellungsgrad der Transaktion verlässlich bestimmt werden kann. Dieses Konzept wird auf die wesentlichen ertragsgenerierenden Konzernaktivitäten wie folgt angewandt:

ZINSÜBERSCHUSS – Zinsen aus allen verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten werden nach der Effektivzinsmethode erfasst und im Zinsüberschuss ausgewiesen. Die Effektivzinsmethode ist ein Verfahren zur Berechnung der fortgeführten Anschaffungskosten eines finanziellen Vermögenswerts oder einer finanziellen Verbindlichkeit, bei der Zinserträge oder Zinsaufwendungen unter Verwendung der erwarteten zukünftigen Cashflows über den relevanten Zeitraum verteilt werden. Die zur Berechnung des Effektivzinses herangezogenen Cashflows berücksichtigen alle vertraglichen Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem Vermögenswert oder der Verbindlichkeit sowie alle Gebühren, die integraler Teil des Effektivzinssatzes sind, die direkten und inkrementellen Transaktionskosten sowie alle sonstigen Agien und Disagien.

PROVISIONSÜBERSCHUSS – Die Erfassung von Provisionserträgen richtet sich nach dem Zweck, für den diese erhoben wurden, sowie nach der Bilanzierungsmethode für mögliche zugehörige Finanzinstrumente. In den Fällen, in denen ein zugehöriges Finanzinstrument existiert, werden Provisionen, die integraler Bestandteil des Effektivzinssatzes dieses Finanzinstruments sind, in die Bestimmung des Effektivzinses einbezogen. Sofern jedoch das Finanzinstrument zum Fair Value bewertet wird, werden die zugehörigen Provisionen ergebniswirksam zum Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes des Finanzinstruments vereinnahmt, wenn der Bestimmung ihres Fair Value keine signifikanten un beobachtbaren Eingangsparameter zugrunde liegen. Die Vereinnahmung von Gebühren für Leistungen, die über einen bestimmten Zeitraum erbracht werden, erfolgt über die Periode der Leistungserbringung. Gebühren, die mit der vollständigen Erbringung einer bestimmten Dienstleistung oder einem signifikanten Ereignis verbunden sind, werden vereinnahmt, wenn die Dienstleistung vollständig erbracht wurde oder das signifikante Ereignis eingetreten ist.

Kreditbereitstellungsgebühren im Zusammenhang mit Zusagen, die nicht als zum Fair Value bewertet bilanziert werden, werden über die Laufzeit der Zusage im Provisionsüberschuss erfasst, wenn es unwahrscheinlich ist, dass die zugehörige Kreditvergabe erfolgen wird. Wenn es wahrscheinlich ist, dass der zugesagte Kredit in Anspruch genommen wird, wird die Kreditbereitstellungsgebühr bis zur Gewährung eines Kredits abgegrenzt und als Anpassung des Effektivzinssatzes des Darlehens berücksichtigt.

Leistungsabhängige Provisionen oder Provisionskomponenten werden erfasst, wenn die Leistungskriterien erfüllt sind.

Die folgenden Provisionserträge resultieren primär aus über einen bestimmten Zeitraum erbrachten Dienstleistungen: Investmentfondsmanagement-, Treuhand-, Depot-, Portfolio-, sonstige Verwaltungs- und Beratungsprovisionen sowie kreditbezogene Gebühren und Provisionserträge. Zu den Provisionen, die primär über die Erbringung von transaktionsbezogenen Serviceleistungen erzielt werden, gehören Provisionen aus dem Emissionsgeschäft, dem Corporate-Finance- sowie dem Brokeragegeschäft.

Vertragsverhältnisse, die die Lieferung mehrerer Dienstleistungen oder Produkte vorsehen – Für Vertragsverhältnisse, bei denen sich der Konzern zur Lieferung mehrerer Produkte, Dienstleistungen oder Rechte an einen Vertragspartner verpflichtet, ist zu untersuchen, ob die insgesamt erhaltene Gebühr für Zwecke der Ertragsrealisierung aufgeteilt und den verschiedenen Komponenten des Vertragsverhältnisses zugeordnet werden sollte. Vom Konzern durchgeführte strukturierte Transaktionen sind die wichtigsten Beispiele für solche Arrangements und werden auf Einzeltransaktionsbasis untersucht. Diese Untersuchung berücksichtigt den Wert der bereits gelieferten Elemente und Leistungen, um sicherzustellen, dass das anhaltende Engagement des Konzerns in Bezug auf andere Aspekte des Gesamtarrangements in keinem wesentlichen Verhältnis zu den bereits erbrachten Leistungen steht. Es werden außerdem der Wert der noch nicht gelieferten Elemente und, sofern Rückgaberechte für die gelieferten Elemente bestehen, die Wahrscheinlichkeit der Erbringung der verbleibenden, noch nicht gelieferten Elemente untersucht. Sofern festgestellt wird, dass es angemessen ist, die Teilelemente als separate Komponenten zu betrachten, wird die erhaltene Gegenleistung auf Basis der relativen Werte der einzelnen Elemente aufgeteilt. Liegt für den Wert der gelieferten Elemente kein verlässlicher und objektiver Nachweis vor oder ist ein individuelles Element mit dem Fair Value anzusetzen, wird der Residualansatz verwendet. Unter dem Residualansatz entspricht der für die gelieferte Leistung zu vereinnahmende Ertrag dem Restbetrag, der verbleibt, nachdem ein angemessener Ertrag allen anderen Komponenten des Gesamtarrangements zugeordnet wurde.

FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE UND VERPFLICHTUNGEN

Der Konzern teilt seine finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen in die nachstehenden Kategorien ein: zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen; Forderungen aus dem Kreditgeschäft; zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte und sonstige finanzielle Verpflichtungen. Der Konzern klassifiziert seine finanziellen Vermögenswerte nicht als „bis zur Endfälligkeit gehalten“. Die angemessene Klassifizierung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen wird zum Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes festgelegt und nachträglich nicht mehr geändert.

Käufe und Verkäufe finanzieller Vermögenswerte sowie Begebungen und Rückerwerbe finanzieller Verpflichtungen, die als zum Fair Value bewertet eingestuft werden, beziehungsweise Käufe und Verkäufe finanzieller Vermögenswerte, die als zur Veräußerung verfügbar klassifiziert werden, werden am Handelstag erfasst. Als Handelstag gilt das Datum, an dem sich der Konzern dazu verpflichtet, die betreffenden Vermögenswerte zu kaufen oder zu verkaufen oder die finanziellen Verpflichtungen zu begeben oder zurückzuerwerben. Alle anderen Finanzinstrumente gehen am Erfüllungstag zu oder ab.

ZUM FAIR VALUE BEWERTETE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE UND VERPFLICHTUNGEN

Der Konzern klassifiziert bestimmte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen zum Zeitpunkt der Erfassung entweder als zu Handelszwecken gehalten oder klassifiziert diese als zum Fair Value bewertet. Diese finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen werden zum Fair Value angesetzt und als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise Verpflichtungen dargestellt. Die entsprechenden realisierten und unrealisierten Gewinne/Verluste sind im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen enthalten.

HANDELSAKTIVA UND -PASSIVA – Finanzinstrumente werden als zu Handelszwecken gehalten klassifiziert, wenn sie hauptsächlich für den Zweck der kurzfristigen Veräußerung begeben oder erworben oder zum Zweck des kurzfristigen Rückkaufs eingegangen wurden oder wenn sie Teil eines Portfolios eindeutig identifizierter und gemeinsam gesteuerter Finanzinstrumente sind, für die in der jüngeren Vergangenheit Nachweise für kurzfristige Gewinnmitnahmen bestehen.

ZUM FAIR VALUE KLASSIFIZIERTE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE UND VERPFLICHTUNGEN – Bestimmte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen, die nicht die Definition von Handelsaktiva und -passiva erfüllen, werden nach der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert. Diese Vermögenswerte und Verpflichtungen müssen eine der folgenden Bedingungen erfüllen: (1) Durch die Klassifizierung werden Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz beseitigt oder erheblich verringert; (2) eine Gruppe finanzieller Vermögenswerte und/oder finanzieller Verpflichtungen wird gemäß einer dokumentierten Risikomanagement- oder Anlagestrategie auf Fair-Value-Basis gesteuert und ihre Wertentwicklung auf dieser Basis gemessen oder (3) das Finanzinstrument enthält ein eingebettetes Derivat oder mehrere eingebettete Derivate. Letzteres gilt nicht, wenn (a) das eingebettete Derivat keine wesentliche Modifizierung der nach Maßgabe des Vertrags erforderlichen Cashflows bewirkt oder (b) ohne jegliche oder bereits nach oberflächlicher Prüfung klar ist, dass eine Trennung verboten ist. Darüber hinaus sieht der Konzern eine Klassifizierung als zum Fair Value bewertet nur für diejenigen Finanzinstrumente vor, für die der Fair Value verlässlich bestimmbar ist. Gewinne und Verluste aus der anschließenden Neubewertung der zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen werden als Ergebnis aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen erfasst.

KREDITZUSAGEN

Bestimmte Kreditzusagen werden nach der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert. Wie in dem Abschnitt „Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen“ erläutert, sind einige Kreditzusagen als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen zu bilanzieren. Alle anderen Kreditzusagen werden bilanziell nicht erfasst. Daher werden für diese außerbilanziellen Kreditzusagen Änderungen des Fair Value infolge von Änderungen der Zinssätze oder Kreditspannen nicht berücksichtigt. Jedoch werden diese außerbilanziellen Kreditzusagen wie im Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft“ ausgeführt, individuell und, sofern angemessen, kollektiv auf Wertminderung untersucht.

FORDERUNGEN AUS DEM KREDITGESCHÄFT

Kredite umfassen selbst begebene und erworbene nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbaren Zahlungen. Diese finanziellen Vermögenswerte werden weder an einem aktiven Markt gehandelt noch als zum Fair Value bewertete oder als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert.

Kredite werden bei der Ersterfassung zum Fair Value ausgewiesen, der den dem Kreditnehmer herausgelegten Geldern zuzüglich des Saldos aus direkten inkrementellen Transaktionskosten und Provisionen entspricht. In der Folge werden die Kredite zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode, reduziert um Wertminderungen, bewertet.

ZUR VERÄUSSERUNG VERFÜGBARE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE

Finanzielle Vermögenswerte, die weder als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte noch als Forderungen aus dem Kreditgeschäft klassifiziert werden, werden als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte eingestuft. Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden zunächst mit ihrem Fair Value zuzüglich der dem Kauf direkt zuordenbaren Transaktionskosten angesetzt. Auflösungen von Agios und Disagios werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Zukünftige Änderungen des Fair Value werden im Eigenkapital in der Position Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne (Verluste) ausgewiesen – es sei denn, sie sind Gegenstand eines Fair Value Hedge. In diesem Fall werden Änderungen des Fair Value, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, in den sonstigen Erträgen berücksichtigt. Bei monetären zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (beispielsweise Schuldtiteln) werden Änderungen des Buchwerts, die auf Wechselkursänderungen zurückzuführen sind, ergebniswirksam erfasst, während sonstige Änderungen des Buchwerts wie oben beschrieben im Eigenkapital ausgewiesen werden. Bei nicht monetären zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (beispielsweise Eigenkapitalinstrumenten) beinhaltet die im Konzerneigenkapital berücksichtigte Wertänderung auch den Fremdwährungsbestandteil.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden auf ihre Werthaltigkeit überprüft, wie im Abschnitt „Wertminderung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten“ beschrieben. Realisierte Gewinne und Verluste werden als Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen. Bei der Ermittlung der Anschaffungskosten für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte wird im Allgemeinen die Methode der gewichteten Durchschnittskosten herangezogen. Bisher im Eigenkapital erfasste Gewinne und Verluste werden bei Verkauf eines zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerts als Bestandteil des Gesamtveräußerungsergebnisses in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst.

FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Mit Ausnahme der zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen werden finanzielle Verpflichtungen zu fortgeführten Anschaffungskosten, unter Anwendung der Effektivzinsmethode, bewertet.

Finanzielle Verpflichtungen umfassen emittierte langfristige und kurzfristige Schuldtitel, die bei Ersterfassung zum Fair Value bewertet werden, welcher dem erhaltenen Gegenwert abzüglich der entstandenen Transaktionskosten entspricht. Rückkäufe von am Markt platzierten Schuldtiteln gelten als Tilgung. Bei Rückkäufen entstehende Gewinne oder Verluste werden in der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Ein späterer Verkauf eigener Schuldverschreibungen am Markt wird als Neuplatzierung von Schuldtiteln behandelt.

ERMITTLUNG DES FAIR VALUE

Der Fair Value ist definiert als der Preis, zu dem ein Vermögenswert oder eine Verbindlichkeit im Rahmen einer Transaktion zwischen sachverständigen und vertragswilligen Geschäftspartnern (ausgenommen im Rahmen eines Zwangsverkaufs oder einer Notabwicklung) zum jetzigen Zeitpunkt ausgetauscht werden könnte. Sofern verfügbar, basiert der Fair Value auf beobachtbaren Börsenpreisen oder wird aus beobachtbaren Preisen oder Parametern abgeleitet. Sind keine beobachtbaren Börsenkurse oder Informationen verfügbar, wird der Fair Value anhand von Bewertungsmodellen ermittelt, die für das jeweilige Instrument angemessen sind. Die Anwendung dieser Modelle erfordert Annahmen und Einschätzungen des Managements, deren Umfang von der Preistransparenz in Bezug auf das Finanzinstrument und dessen Markt sowie von der Komplexität des Instruments abhängt. Das Verfahren zur Bestimmung des Fair Value beinhaltet auch eine angemessene Anpassung der mithilfe des Bewertungsmodells ermittelten Ergebnisse, um Faktoren wie Close-out-Kosten, Liquiditäts- und Kreditrisiken (sowohl mit dem Vertragskontrahenten verbundene Kreditrisiken als auch das eigene Kreditrisiko der Bank im Zusammenhang mit finanziellen Verbindlichkeiten) zu berücksichtigen.

ERFASSUNG DES „TRADE DATE PROFIT“

Soweit für die Bewertungsmodelle in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Informationen verwendet werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis. Jeglicher am Handelstag durch Anwendung des Bewertungsmodells ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Die Abgrenzung erfolgt auf Basis systematischer Methoden entweder über die Zeitspanne zwischen dem Handelstag und dem Zeitpunkt, an dem voraussichtlich beobachtbare Marktinformationen vorliegen, oder über die Laufzeit der Transaktion (je nachdem, welcher Zeitraum kürzer ist). Der Konzern wendet diese Abgrenzungsmethode an, weil sie die Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Risikoprofile der Finanzinstrumente, wie sie sich aus Marktbewegungen oder der abnehmenden Restlaufzeit der Instrumente ergeben, angemessen widerspiegelt. Ein verbleibender abgegrenzter Handelstaggewinn wird in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst, wenn beobachtbare Marktdaten vorliegen oder der Konzern in ein gegenläufiges Geschäft eintritt, welches das Risiko des Instruments im Wesentlichen eliminiert. In den seltenen Fällen, in denen ein Handelstagverlust entsteht, würde dieser sogleich erfasst, wenn es wahrscheinlich ist, dass ein Verlust eingetreten ist und der Betrag verlässlich geschätzt werden kann.

BILANZIERUNG VON DERIVATEN UND SICHERUNGSBEZIEHUNGEN

Derivate werden zur Steuerung von Zins-, Währungs- und Kreditrisiken, einschließlich Risiken aus geplanten Transaktionen, eingesetzt. Alle frei stehenden Kontrakte, die für Rechnungslegungszwecke als Derivate klassifiziert werden, sind in der Bilanz mit ihrem Fair Value angesetzt – unabhängig davon, ob sie zu Handels- oder anderen Zwecken gehalten werden.

Gewinne und Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen Derivaten werden im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen.

Der Konzern gibt Kreditzusagen, deren resultierende Kreditforderungen zum Verkauf bestimmt sind. Diese Posten werden als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen klassifiziert und die zugehörigen Gewinne und Verluste werden im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. Kreditzusagen, die durch Barausgleich oder durch die Lieferung beziehungsweise Begebung eines anderen Finanzinstruments erfüllt werden können, werden als Derivate klassifiziert. Spezielle vom Konzern für angebotene Investmentfondsprodukte abgegebene Marktwertgarantien werden ebenfalls als Derivate klassifiziert und demzufolge zum Fair Value angesetzt, wobei Veränderungen des Fair Value im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen berücksichtigt werden.

Bestimmte Derivate, die weder zu Handelszwecken gehalten werden noch die Anforderungen für eine Bilanzierung als Sicherungsbeziehung erfüllen, aber Effekte aus Transaktionen ausgleichen, die in die zinsunabhängigen Erträge und Aufwendungen einfließen, werden unter den sonstigen Aktiva oder sonstigen Passiva ausgewiesen. Die realisierten und unrealisierten Änderungen des Fair Value dieser Derivate werden in denselben Positionen der zinsunabhängigen Erträge und Aufwendungen ausgewiesen, in die auch die abgesicherte Transaktion einfließt. Die Änderungen des Fair Value aller anderen Derivate, die die Anforderungen für eine Bilanzierung als Sicherungsbeziehung nicht erfüllen, werden im Ergebnis aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen erfasst.

EINGEBETTETE DERIVATE

Einige hybride Verträge enthalten sowohl eine derivative als auch eine nicht derivative Komponente. In diesen Fällen wird die derivative Komponente als eingebettetes Derivat und die nicht derivative Komponente als Basisvertrag bezeichnet. Sind die wirtschaftlichen Merkmale und die Risiken eingebetteter Derivate nicht eng mit denjenigen des Basisvertrags verknüpft und wird der betreffende hybride Vertrag nicht als zum Fair Value bewertet erfasst, wird das eingebettete Derivat vom Basisvertrag getrennt und zum Fair Value erfasst, wobei Wertänderungen im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen werden. Der Basisvertrag wird zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Der Buchwert eines eingebetteten Derivats wird in der Konzernbilanz zusammen mit dem Basisvertrag ausgewiesen. Einzelne hybride Instrumente wurden unter Anwendung der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert.

BILANZIERUNG VON SICHERUNGSBEZIEHUNGEN („HEDGE ACCOUNTING“)

Werden Derivate zum Zweck des Risikomanagements gehalten und erfüllen die entsprechenden Geschäfte spezifische Kriterien, wendet der Konzern Hedge Accounting an. Im Rahmen der Rechnungslegung werden drei Arten von Sicherungsbeziehungen unterschieden, die bilanziell unterschiedlich behandelt werden: (1) Absicherung von Veränderungen des Fair Value von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten oder verbindlichen Zusagen („Fair Value Hedges“); (2) Absicherung von Schwankungen zukünftiger Cashflows aus geplanten Transaktionen wie auch variabel verzinsli-

chen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten („Cash Flow Hedges“) sowie (3) Absicherung von Fremdwährungsrisiken aus der Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Geschäftsbetriebe in die Berichtswährung der Muttergesellschaft („Hedge of a Net Investment in a Foreign Operation“).

Wird Hedge Accounting angewandt, designiert und dokumentiert der Konzern die Beziehung zwischen dem Sicherungsinstrument und dem gesicherten Geschäft sowie die Risikomanagementziele und -strategie, die der Sicherungsbeziehung zugrunde liegen. Teil dieser Dokumentation ist eine Einschätzung darüber, inwiefern das Sicherungsinstrument zu Beginn und im weiteren Verlauf der Absicherung Änderungen des Fair Value, Schwankungen der Cashflows oder Effekte aus der Umrechnung der Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe (jeweils bezogen auf das abgesicherte Risiko) in hohem Maße kompensieren kann. Die Effektivität wird für jede Sicherungsbeziehung sowohl zu Beginn als auch während der Laufzeit bestimmt. Selbst bei übereinstimmenden Vertragsbedingungen zwischen dem Derivat und dem abgesicherten Grundgeschäft wird die Hedgeeffektivität immer berechnet.

Zu Sicherungszwecken gehaltene Derivate werden als sonstige Aktiva beziehungsweise sonstige Passiva ausgewiesen. Wird ein Derivat später nicht mehr zu Sicherungszwecken eingesetzt, wird es in die zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen übertragen. Anschließend Änderungen des Fair Value werden im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen erfasst.

Beim Fair Value Hedge werden die dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Änderungen des Fair Value des Grundgeschäfts beziehungsweise eines Teils davon zusammen mit der gesamten Änderung des Fair Value des Sicherungsderivats in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Bei der Absicherung von Zinsrisiken werden abgegrenzte oder gezahlte Zinsen aus dem Derivat und dem abgesicherten Grundgeschäft als Zinsertrag oder -aufwand ausgewiesen. Unrealisierte Gewinne oder Verluste aus den Anpassungen des Fair Value werden in den sonstigen Erträgen erfasst. Wird das Fremdwährungsrisiko eines als zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerts abgesichert, wird die aus Währungskursschwankungen resultierende Änderung des Fair Value ebenfalls in den sonstigen Erträgen ausgewiesen. Die Hedgeineffektivität wird in den sonstigen Erträgen berücksichtigt. Sie wird gemessen als Saldo der Änderungen des Fair Value aus dem Sicherungsinstrument und dem abgesicherten Grundgeschäft, welche auf die dem abgesicherten Risiko zugrunde liegenden Veränderungen der Marktwerte oder -preise zurückzuführen ist.

Wird eine Beziehung zur Absicherung von Änderungen des Fair Value beendet, weil das zugrunde liegende Derivat vorzeitig beendet oder anderen Zwecken zugeführt wird, wird die im Buchwert des gesicherten Schuldtitels enthaltene zinsbezogene Anpassung des Fair Value über seine Restlaufzeit amortisiert und mit den Zinserträgen oder -aufwendungen verrechnet. Für andere Arten von Fair-Value-Anpassungen beziehungsweise bei Veräußerung oder vorzeitiger Rückführung der gesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten werden die Fair-Value-Anpassungen bei der Ermittlung des bei Veräußerung oder Rückführung realisierten Gewinns oder Verlusts berücksichtigt.

Bei der Absicherung von Schwankungen der Cashflows ändern sich die Bewertungsregeln für das Grundgeschäft nicht. Das Sicherungsderivat wird mit seinem Fair Value angesetzt, wobei Wertänderungen zunächst in dem Umfang, in dem die Sicherungsbeziehung effektiv ist, in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen (Verlusten) ausgewiesen werden. Die dort erfassten Beträge werden in den Perioden in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung umgebucht, in denen auch die geplante Transaktion ergebniswirksam erfasst wird. Daher werden die Beträge für die Sicherung des Zinsrisikos zusammen mit den Zinsabgrenzungen für das abgesicherte Geschäft in

den Zinserträgen oder Zinsaufwendungen erfasst. Bei der Sicherung eines Fremdwährungsrisikos für nichtmonetäre zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, zum Beispiel Eigenkapitaltitel, werden die aus dem Fremdwährungsrisiko resultierenden Beträge bei Veräußerung des Grundgeschäfts dem Verkaufsgewinn oder -verlust zugeordnet. Die Hedgeineffektivität wird in den sonstigen Erträgen erfasst. Sie ergibt sich in der Regel als Unterschiedsbetrag zwischen den Fair-Value-Änderungen des eingesetzten Sicherungsderivats und denen eines hypothetisch perfekten Sicherungsgeschäfts.

Bei der Beendigung von Beziehungen zur Absicherung von Schwankungen der Cashflows werden die in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen (Verlusten) ausgewiesenen Beträge über die Restlaufzeit der ursprünglichen Sicherungsbeziehung als Zinserträge beziehungsweise -aufwendungen abgegrenzt. Werden Beziehungen zur Absicherung von Schwankungen der Cashflows, die auf andere Arten von Risiken zurückzuführen sind, vorzeitig beendet, werden die in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen (Verlusten) enthaltenen Beträge in der gleichen Periode und in der gleichen Position der Gewinn-und-Verlust-Rechnung ergebniswirksam erfasst wie das geplante Grundgeschäft. Ist der Eintritt der geplanten Transaktion allerdings nicht mehr wahrscheinlich, werden die Beträge in den sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Bei der Absicherung von Fremdwährungsrisiken aus der Umrechnung der Abschlüsse ausländischer Geschäftsbetriebe in die funktionale Währung der Muttergesellschaft („Hedge of a Net Investment in a Foreign Operation“) wird die auf der Änderung des Devisenkassakurses beruhende Änderung des Fair Value des Sicherungsderivats in dem Umfang, in dem der Hedge effektiv ist, als Anpassung aus der Währungsumrechnung in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen (Verlusten) ausgewiesen. Der verbleibende Teil der Änderung des Fair Value wird in die sonstigen Erträge eingestellt.

WERTMINDERUNGEN (IMPAIRMENT) FINANZIELLER VERMÖGENSWERTE

An jedem Bilanzstichtag beurteilt der Konzern, inwiefern objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines finanziellen Vermögenswerts oder einer Gruppe finanzieller Vermögenswerte vorliegen. Ein finanzieller Vermögenswert oder eine Gruppe finanzieller Vermögenswerte gilt als wertgemindert und ein Wertminderungsverlust als entstanden, wenn:

- objektive Hinweise auf eine Wertminderung infolge eines Verlustereignisses vorliegen, das nach der erstmaligen Erfassung des Finanzinstruments und bis zum Bilanzstichtag eingetreten ist („Verlustereignis“);
- das Verlustereignis einen Einfluss auf die geschätzten zukünftigen Cashflows des finanziellen Vermögenswerts oder der Gruppe finanzieller Vermögenswerte hatte und
- eine verlässliche Schätzung des Betrags vorgenommen werden kann.

WERTMINDERUNG VON KREDITEN UND RÜCKSTELLUNGEN FÜR AUSSERBILANZIELLE VERPFLICHTUNGEN IM KREDITGESCHÄFT

Der Konzern beurteilt zunächst für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, ob auf individueller Ebene objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Anschließend erfolgt eine kollektive Beurteilung für Kredite, die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, und für Kredite, die zwar für sich gesehen bedeutsam sind, für die aber im Rahmen der Einzelbetrachtung kein Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt.

Damit das Management beurteilen kann, ob auf individueller Ebene ein Verlustereignis eingetreten ist, werden alle bedeutsamen Kreditbeziehungen in regelmäßigen Zeitabständen überprüft. Dabei werden aktuelle Informationen und kontrahentenbezogene Ereignisse wie erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners oder Vertragsbrüche, die sich beispielsweise im Ausfall oder Verzug von Zins- und Tilgungszahlungen äußern, berücksichtigt.

Sofern für eine einzelne Kreditbeziehung ein Wertminderungshinweis vorliegt, der zu einem Wertminderungsverlust führt, wird der Verlustbetrag als Differenz zwischen dem Buchwert des Kredits (der Kredite) einschließlich aufgelaufener Zinsen und dem Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinses des Kredits ermittelt. In die Cashflows einzubeziehen sind auch solche, die aus einer Sicherheitenverwertung nach Abzug der Kosten der Aneignung und des Verkaufs resultieren können. Der Buchwert der Kredite wird mittels einer Wertberichtigung reduziert. Der Verlustbetrag wird in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Der Zweck der kollektiven Beurteilung besteht in der Bildung einer Wertberichtigung für Kredite, die entweder für sich gesehen bedeutsam sind, für die jedoch kein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt, oder die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, für die jedoch auf Portfolioebene wahrscheinlich ein Verlust eingetreten und verlässlich bestimmbar ist. Der Verlustbetrag setzt sich aus drei Komponenten zusammen. Die erste Komponente berücksichtigt einen Betrag für Transfer- und Konvertierungsrisiken im Zusammenhang mit Kreditengagements in Ländern, bei denen erheblich daran gezweifelt wird, dass die dort ansässigen Kontrahenten aufgrund der wirtschaftlichen oder politischen Situation ihre Rückzahlungsverpflichtungen erfüllen können. Dieser Betrag wird unter Verwendung von Ratings für Länder- und Transferrisiken ermittelt, welche regelmäßig für jedes Land, in dem der Konzern Geschäfte tätigt, erhoben und überwacht werden. Der zweite Bestandteil stellt einen Wertberichtigungsbetrag dar, der die auf Portfolioebene für kleinere homogene Kredite, das heißt für Kredite an Privatpersonen und kleine Unternehmen im Privatkunden- und Retailgeschäft, eingetretenen Verluste widerspiegelt. Die Kredite werden entsprechend ähnlichen Kreditrisikomerkmale zusammengefasst und die Wertberichtigung für jede Gruppe von Krediten wird unter Verwendung statistischer Modelle auf Basis von historischen Erfahrungswerten ermittelt. Die dritte Komponente beinhaltet eine Schätzung der im Kreditportfolio inhärenten Verluste, die weder auf individueller Ebene identifiziert noch bei der Bestimmung der Wertberichtigung für kleinere homogene Kredite berücksichtigt wurden. Kredite, die bei individueller Beurteilung nicht als wertgemindert gelten, sind ebenfalls in dieser Komponente der Wertberichtigung enthalten.

Sobald ein Kredit als wertgemindert identifiziert ist, wird die Zinsabgrenzung auf Basis der kreditvertraglichen Bedingungen eingestellt. Dessen ungeachtet wird aber der auf den Zeitablauf zurückzuführende Anstieg des Nettobarwerts des wertgeminderten Kredits auf Basis des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits als Zinsertrag erfasst.

Alle wertberichtigten Kredite werden zu jedem Bilanzstichtag auf Veränderungen des Barwerts der erwarteten zukünftigen Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinses des Kredits untersucht. Die Veränderung eines bereits erfassten Wertminderungsverlusts wird als Veränderung der Wertberichtigung erfasst und in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ausgewiesen.

Wenn davon ausgegangen wird, dass keine realistische Aussicht auf eine Rückzahlung der Forderung besteht, und die Sicherheiten verwertet oder auf den Konzern übertragen wurden, wird der Kredit abgeschrieben. Zahlungseingänge aus abgeschriebenem Forderungen werden in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Das Verfahren zur Bestimmung von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft ähnelt der Methodik, die für Forderungen im Kreditgeschäft verwendet wird. Wertminderungsverluste werden in der Bilanz als Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft unter den sonstigen Verbindlichkeiten und in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Verringert sich die Höhe einer früher erfassten Wertberichtigung in einer der folgenden Berichtsperioden und kann diese Verringerung objektiv auf einen nach der Erfassung der Wertminderung aufgetretenen Sachverhalt zurückgeführt werden, wird die Wertberichtigung durch eine Reduzierung des Wertberichtigungskontos rückgängig gemacht. Eine solche Wertaufholung wird ergebniswirksam erfasst.

WERTMINDERUNG VON ZUR VERÄUSSERUNG VERFÜGBAREN FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTEN

Für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte beurteilt das Management zu jedem Bilanzstichtag, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Vermögenswerts oder einer Gruppe von Vermögenswerten vorliegen.

Für Eigenkapitaltitel, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, stellt ein signifikanter oder dauerhafter Rückgang des Fair Value der Investition unter die Anschaffungskosten einen objektiven Wertminderungshinweis dar. Für Schuldtitel, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, wird das Vorliegen einer Wertminderung auf Basis der gleichen Kriterien wie für Kredite bestimmt.

Wenn ein Wertminderungshinweis vorliegt, so ist der kumulative unrealisierte Verlust, der zuvor im Eigenkapital in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen (Verlusten) erfasst wurde, in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung für die Berichtsperiode umzugliedern und im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten zu erfassen. Der aus dem Eigenkapital umzugliedernde Betrag entspricht der Differenz zwischen den Anschaffungskosten (gekürzt um Tilgungen und Amortisationen) und dem aktuellen Fair Value abzüglich zuvor ergebniswirksam erfasster Wertminderungsverluste dieses Vermögenswerts. Wertminderungen von als zur Veräußerung verfügbaren Eigenkapitalinstrumenten werden nicht ergebniswirksam rückgängig gemacht; Erhöhungen des Fair Value nach einer Wertminderung werden im Eigenkapital erfasst.

Wertminderungen von Schuldtiteln werden ergebniswirksam rückgängig gemacht, sofern der Wertanstieg objektiv mit einem spezifischen nach der ergebniswirksam erfassten Wertminderung eingetretenen Ereignis im Zusammenhang steht.

AUSBUCHUNG VON FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTEN UND VERPFLICHTUNGEN

AUSBUCHUNG VON FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTEN

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswerts wird in Betracht gezogen, wenn die vertraglich vereinbarten Ansprüche auf Cashflows aus dem finanziellen Vermögenswert erlöschen oder der Konzern diese übertragen hat oder bei Eintritt bestimmter Kriterien die Verpflichtung übernommen hat, diese Cashflows an einen oder mehrere Empfänger weiterzuleiten.

Der Konzern bucht einen übertragenen Vermögenswert aus, wenn alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögenswert verbunden sind, übertragen werden.

Der Konzern schließt Transaktionen ab, bei denen er zuvor erfasste finanzielle Vermögenswerte überträgt, jedoch alle wesentlichen mit diesem Vermögenswert verbundenen Risiken und Chancen zurückbehält. Beispielsweise schließt er beim Verkauf eines Vermögenswerts an einen Dritten ein korrespondierendes Total-Return-Swap-Geschäft mit demselben Kontrahenten ab. Diese Art von Transaktionen wird als besicherte Finanzierung („Secured Financing“) bilanziert.

Im Fall von Transaktionen, bei denen alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem finanziellen Vermögenswert verbunden sind, weder zurückbehalten noch übertragen werden, bucht der Konzern die übertragenen Vermögenswerte aus, wenn die Verfügungsmacht über diesen Vermögenswert aufgegeben wird. Die im Rahmen der Übertragung zurückbehaltenen Ansprüche und Verpflichtungen werden getrennt als Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erfasst. Wird die Verfügungsmacht über den besagten Vermögenswert beibehalten, weist der Konzern den Vermögenswert entsprechend dem Umfang des fortgeführten Engagements weiterhin aus. Dieser Umfang bestimmt sich nach dem Ausmaß der Wertschwankungen des übertragenen Vermögenswerts, denen der Konzern weiterhin ausgesetzt bleibt.

Die Ausbuchungskriterien werden, sofern angebracht, auch angewandt, wenn ein Teil eines Vermögenswerts anstelle des gesamten Vermögenswerts oder eine Gruppe ähnlicher finanzieller Vermögenswerte in ihrer Gesamtheit übertragen wird. Wird ein Teil eines Vermögenswerts übertragen, muss es sich dabei um einen spezifisch identifizierten Cashflow, einen exakt proportionalen Anteil des Vermögenswerts oder einen exakt proportionalen Anteil eines spezifisch identifizierten Cashflows handeln.

VERBRIEFUNGSTRANSAKTIONEN

Der Konzern verbrieft verschiedene finanzielle Vermögenswerte aus Transaktionen mit privaten und gewerblichen Kunden durch den Verkauf an eine Zweckgesellschaft („SPE“), die ihrerseits Wertpapiere an Investoren ausgibt. Die übertragenen Vermögenswerte können bei Anwendung der entsprechenden Rechnungslegungsgrundsätze vollständig oder teilweise für eine Ausbuchung qualifizieren. Rechte an den verbrieften finanziellen Vermögenswerten können in Form von erst- oder nachrangigen Tranchen, Zinsansprüchen oder sonstigen Residualansprüchen zurückbehalten werden („zurückbehaltene Rechte“). Soweit die vom Konzern zurückbehaltenen Rechte weder zu einer Konsolidierung der betreffenden Zweckgesellschaft noch zu einer Bilanzierung der transferierten Vermögenswerte führen, werden die Ansprüche in der Regel als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte erfasst und zum Fair Value ausgewiesen. Gewinne oder Verluste aus Verbriefungstransaktionen hängen teilweise von dem Buchwert der übertragenen finanziellen Vermögenswerte ab, wobei eine Allokation zwischen den ausgebuchten finanziellen Vermögenswerten und den zurückbehaltenen Rechten auf der Grundlage ihres relativen Fair Value am Stichtag der Übertragung erfolgt. Gewinne oder Verluste aus Verbriefungen werden als Ergebnis aus zum Fair Value bilanzierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen, sofern die transferierten Vermögenswerte als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden.

AUSBUCHUNG VON FINANZIELLEN VERPFLICHTUNGEN

Eine Verbindlichkeit wird ausgebucht, wenn die mit ihr verbundene Verpflichtung beglichen oder aufgehoben wird sowie bei Fälligkeit. Falls eine bestehende finanzielle Verbindlichkeit durch eine Verbindlichkeit gegenüber demselben

Kreditgeber mit wesentlich abweichenden Vertragsbedingungen ersetzt wird oder die Vertragsbedingungen einer bestehenden Verbindlichkeit wesentlich geändert werden, dann wird ein solcher Austausch beziehungsweise eine solche Modifikation als Ausbuchung der ursprünglichen Verbindlichkeit und Ansatz einer neuen Verbindlichkeit behandelt. Die Differenz zwischen den beiden Buchwerten wird ergebniswirksam erfasst.

FORDERUNGEN UND VERBINDLICHKEITEN AUS WERTPAPIERPENSIONSGESCHÄFTEN

Wertpapiere, die mit einer Verpflichtung zur Rückübertragung erworben wurden („Reverse Repos“), beziehungsweise Wertpapiere, die mit einer Rücknahmeverpflichtung verkauft wurden („Repos“), werden als besicherte Finanzierungen behandelt, und zum Fair Value in Höhe der gezahlten oder erhaltenen Barmittel angesetzt. Die Partei, welche die Barmittel zur Verfügung stellt, nimmt die Wertpapiere in Verwahrung, die als Sicherheit für die Finanzierung dienen und deren Marktwert dem verliehenen Betrag entspricht oder diesen übersteigt. Die im Rahmen von Vereinbarungen über Reverse Repos erhaltenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz erfasst, sofern die Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an den Wertpapieren verbunden sind, nicht erlangt wurden. Die im Rahmen von Vereinbarungen über Repos gelieferten Wertpapiere werden nicht aus der Bilanz ausgebucht, sofern die entsprechenden Risiken und Chancen nicht übertragen wurden.

Für bestimmte Portfolios von Repos und Reverse Repos, die auf Fair-Value-Basis gesteuert werden, wendet der Konzern die Fair Value Option an.

Zinserträge aus Reverse Repos und Zinsaufwendungen für Repos werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

WERTPAPIERLEIHE

Tritt der Konzern als Entleiher von Wertpapieren auf, so ist gegenüber dem Verleiher in der Regel eine Barsicherheit zu hinterlegen. Ist der Konzern Verleiher von Wertpapieren, erhält er üblicherweise entweder Wertpapiere oder eine Barsicherheit, die dem Marktwert der verliehenen Wertpapiere entsprechen oder diesen übersteigen. Der Konzern überwacht die Entwicklung des Fair Value entliehener und verliehener Wertpapiere und fordert beziehungsweise leistet, soweit erforderlich, zusätzliche Sicherheiten.

Die gezahlten oder empfangenen Barmittel werden in der Bilanz als entlehene beziehungsweise verliehene Wertpapiere ausgewiesen.

Die entliehenen Wertpapiere selbst werden nicht in der Bilanz des Entleihers ausgewiesen. Sofern sie an Dritte verkauft werden, wird die Rückgabeverpflichtung in den zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen erfasst und anschließende Gewinne oder Verluste werden im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. An Kontrahenten verliehene Wertpapiere werden weiterhin in der Bilanz des Verleihers ausgewiesen.

Erhaltene oder gezahlte Gebühren werden in den Zinserträgen beziehungsweise Zinsaufwendungen erfasst. Die als Sicherheit für Wertpapierleihen aus dem Eigenbestand verpfändeten Wertpapiere, bei denen der Kontrahent ein vertragliches Recht oder Gewohnheitsrecht zur Weiterveräußerung oder -verpfändung besitzt, werden in der Konzernbilanz separat ausgewiesen.

AUFRECHNUNG VON FINANZINSTRUMENTEN

Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen werden aufgerechnet und in der Bilanz mit dem Nettowert ausgewiesen, wenn, und nur wenn, eine Saldierung der bilanzierten Beträge zum gegenwärtigen Zeitpunkt rechtlich durchsetzbar und es beabsichtigt ist, die Abwicklung auf Nettobasis vorzunehmen oder gleichzeitig den Vermögenswert zu verwerten und die Verbindlichkeit abzulösen. In allen anderen Fällen erfolgt ein Bruttoausweis.

SACHANLAGEN

Zu den Sachanlagen gehören selbst genutzte Immobilien, Einbauten in gemietete Räume, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Software (nur Betriebssysteme). Selbst genutzte Immobilien werden zu Anschaffungskosten, vermindert um kumulierte planmäßige Abschreibungen und kumulierte Wertminderungen, ausgewiesen. Die planmäßige Abschreibung erfolgt in der Regel linear über die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer des Vermögenswerts. Die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer beträgt bei Gebäuden 25 bis 50 Jahre und bei Betriebs- und Geschäftsausstattungen drei bis zehn Jahre. Einbauten in gemietete Räume werden linear über den kürzeren Zeitraum von Mietdauer und erwarteter betriebsgewöhnlicher Nutzungsdauer der Einbauten, in der Regel drei bis 15 Jahre, abgeschrieben. Die Abschreibungen der Gebäude sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung sind im Sachaufwand und sonstigen Aufwand ausgewiesen. Kosten für Instandhaltung und Reparaturen werden als Aufwand erfasst, werterhöhende Umbauten werden aktiviert. Gewinne und Verluste aus Verkäufen werden in den sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Sachanlagen werden mindestens einmal im Jahr auf ihre Werthaltigkeit geprüft. Eine Wertminderung wird in Höhe des Betrags ausgewiesen, um den der erzielbare Betrag, das heißt der jeweils höhere Wert aus dem Fair Value abzüglich Verkaufskosten und dem Nutzungswert, den entsprechenden Buchwert unterschreitet. Der Nutzungswert ist der Barwert der geschätzten zukünftigen Cashflows aus dem Vermögenswert. Nach der Erfassung einer Wertminderung wird der Abschreibungsaufwand in künftigen Berichtsperioden angepasst, um den geänderten Buchwert des Vermögensgegenstands entsprechend zu reflektieren. Erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt eine Wertaufholung, wird der Abschreibungsaufwand prospektiv angepasst.

Im Rahmen eines Finanzierungsleasings geleaste Anlagen werden als Sachanlagen aktiviert und über die Leasingdauer abgeschrieben.

ALS FINANZINVESTITION GEHALTENE IMMOBILIEN

Der Konzern wendet für die Bewertung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien grundsätzlich das Anschaffungskostenmodell an und der Buchwert ist in der Bilanz unter den sonstigen Aktiva ausgewiesen. Emittiert der Konzern Verbindlichkeiten, welche durch als Finanzinvestition gehaltene Immobilien unterlegt sind und eine direkt an den Fair Value oder die Rendite dieser Immobilien gekoppelte Rendite vorsehen, erfolgt eine Bewertung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien zum Fair Value. Wenn der Konzern dieses spezifische Wahlrecht nutzt, beauftragt er externe Immobilienexperten zur Bestimmung des Fair Value der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien mittels anerkannter Bewertungstechniken. Sollten Preise von kurz zuvor am Markt getätigten Transaktionen mit vergleichbaren Immobilien verfügbar sein, werden diese Transaktionen als Referenz für die Bestimmung des Fair Value herangezogen.

GOODWILL UND SONSTIGE IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE

Goodwill entsteht bei der Akquisition von Tochtergesellschaften, assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen und stellt den Betrag dar, um den die Anschaffungskosten einschließlich der dem Unternehmenszusammenschluss direkt zurechenbaren Kosten den Reinvermögenswert des erworbenen Unternehmens zum Erwerbszeitpunkt übersteigen. Der Reinvermögenswert entspricht dem vom Konzern erworbenen Anteil am Netto-Fair-Value der identifizierbaren Vermögenswerte, Verbindlichkeiten sowie Eventualverbindlichkeiten.

Für die Ermittlung des Goodwill werden die Fair Values der erworbenen Vermögenswerte, der Verbindlichkeiten sowie der Eventualverbindlichkeiten auf der Basis von am Markt beobachtbaren Preisen bestimmt oder als Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows ermittelt. Die Abzinsung erfolgt entweder mit Marktzinsen oder beruht auf risikofreien Zinssätzen und risikoadjustierten erwarteten zukünftigen Cashflows.

Goodwill aus der Akquisition von Tochtergesellschaften wird aktiviert und jährlich auf seine Werthaltigkeit überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass sich der Wert des Goodwill vermindert haben könnte. Goodwill wird für die Überprüfung der Werthaltigkeit den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten („Cash Generating Units“) zugewiesen, wobei die Geschäftsbereichsebene, auf der Goodwill für interne Managementzwecke überwacht wird, berücksichtigt wird. Auf dieser Grundlage stellen sich die Cash Generating Units des Konzerns wie folgt dar:

- Global Markets and Corporate Finance (innerhalb des Unternehmensbereichs Corporate Banking & Securities)
- Global Transaction Banking
- Asset Management and Private Wealth Management (innerhalb des Unternehmensbereichs Asset and Wealth Management)
- Private & Business Clients und
- Corporate Investments

Goodwill aus Akquisitionen von assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen ist im Buchwert der Beteiligung enthalten und wird jährlich auf seine Werthaltigkeit überprüft. Sofern ein Anhaltspunkt vorliegt, dass eine Wertminderung eingetreten sein könnte, erfolgt die Überprüfung häufiger.

Wenn ein Goodwill einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugeordnet wurde und ein Geschäftsbereich dieser Einheit veräußert wird, ist der mit diesem veräußerten Geschäftsbereich verbundene Goodwill bei der Feststellung des Gewinns oder Verlusts aus der Veräußerung im Buchwert des Geschäftsbereichs enthalten.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte werden vom Goodwill getrennt ausgewiesen, wenn sie separierbar sind oder auf vertraglichen oder sonstigen rechtlichen Ansprüchen beruhen und ihr Fair Value zuverlässig ermittelt werden kann. Immaterielle Vermögenswerte mit einer begrenzten Nutzungsdauer werden mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten, abzüglich kumulierter Abschreibungen und kumulierter Wertberichtigungen angesetzt. Kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte mit einer begrenzten Nutzungsdauer werden auf Basis ihrer erwarteten Nutzungsdauer linear über Zeiträume von einem Jahr bis zu 20 Jahren amortisiert. Ansprüche aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen werden zu Anschaffungskosten bilanziert und über den erwarteten Zeitraum, in dem die Erträge aus den Verträgen anfallen, amortisiert. Diese Vermögenswerte werden mindestens jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft, wobei auch die Angemessenheit ihrer Nutzungsdauer bestätigt wird.

Bestimmte immaterielle Vermögenswerte haben eine unbegrenzte Nutzungsdauer. Es handelt sich dabei primär um Rechte aus Vermögensverwaltungsverträgen mit Publikumsfonds. Immaterielle Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer werden nicht abgeschrieben, sondern mindestens jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft.

Aufwendungen für zur eigenen Nutzung erworbene oder selbst erstellte Software werden aktiviert, wenn der Konzern daraus mit großer Wahrscheinlichkeit wirtschaftliche Vorteile ziehen kann und sich die Aufwendungen zuverlässig bestimmen lassen. Aktivierte Aufwendungen werden linear über einen Zeitraum von ein bis drei Jahren abgeschrieben. Die aktivierungsfähigen Kosten für selbst erstellte Software umfassen externe direkt zurechenbare Kosten für Material und Dienstleistungen sowie Personal- und Personalnebenkosten für Mitarbeiter, die unmittelbar mit der Erstellung von selbst genutzter Software befasst sind. Gemeinkosten und alle während der Forschung oder nach Fertigstellung der Software anfallenden Ausgaben werden als Aufwand erfasst.

Bei einem Erwerb von Versicherungsgeschäft wird der Betrag des Kaufpreises, der den Anteil des Erwerbers am Nettowert der identifizierbaren Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten übersteigt, als immaterieller Vermögenswert bilanziert. Dieser immaterielle Vermögenswert repräsentiert den die im Erwerbszeitpunkt bilanzierte Verbindlichkeit übersteigenden Barwert der zukünftigen Cashflows. Dieser Betrag wird als Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts bezeichnet.

Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts wird abgeschrieben. Die Wahl der verwendeten Abschreibungsrate berücksichtigt die Besonderheiten des erworbenen Versicherungsgeschäfts sowie den erwarteten Wertverzehr. Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts wird regelmäßig auf Wertminderungen untersucht, die als Aufwand in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst werden.

FINANZGARANTIEN

Finanzgarantien sind vertragliche Vereinbarungen, die den Garantiegeber dazu verpflichten, bestimmte Zahlungen zu leisten, um den Garantienehmer für einen Verlust zu entschädigen, der dadurch entsteht, dass ein bestimmter Schuldner unter den Bedingungen eines Schuldtitels fällige Zahlungen nicht leistet. Solche Garantiezusagen werden Banken, Finanzinstituten und sonstigen Vertragspartnern im Auftrag von Kunden eingeräumt, um Kredite, Kreditlinien und sonstige Bankfazilitäten zu besichern.

Finanzgarantien werden beim bilanziellen Erstansatz mit ihrem Fair Value bei Garantiebegebung ausgewiesen, der üblicherweise der erhaltenen Prämie entspricht. Danach werden die Verbindlichkeiten aus diesen Garantien zum jeweils höheren Wert aus dem ursprünglich angesetzten Wert abzüglich der kumulativen Amortisierung sowie dem bestmöglichen Schätzwert der zur Begleichung der finanziellen Verpflichtungen zum Bilanzstichtag erforderlichen finanziellen Aufwendungen bilanziert. Bei der Festlegung dieser Schätzwerte werden Erfahrungen mit vergleichbaren Transaktionen und Zeitreihen von Verlusten der Vergangenheit sowie die diesbezüglichen Entscheidungen des Managements zugrunde gelegt.

Jede Erhöhung von Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Garantien wird in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung im Sachaufwand und sonstigen Aufwand ausgewiesen.

LEASINGGESCHÄFTE

LEASINGGEBER

Vermögenswerte, die Kunden im Rahmen von Leasingverhältnissen überlassen werden, werden ungeachtet des Rechtsanspruchs als Finanzierungsleasingverhältnisse klassifiziert, wenn alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögenswert verbunden sind, übertragen werden. Werden Vermögenswerte im Rahmen eines Finanzierungsleasingverhältnisses übertragen, so wird der vermietete Vermögenswert ausgebucht und eine Forderung bilanziert, deren Höhe dem Barwert der Leasingzahlungen, abgezinst mit dem dem Leasingvertrag zugrunde liegenden Zinssatz, entspricht. Der Finanzierungsertrag wird über die Dauer des Leasingverhältnisses in der Weise erfasst, dass er eine konstante periodische Verzinsung der Nettoinvestition in das Finanzierungsleasingverhältnis widerspiegelt.

Leasingverhältnisse, bei denen Kunden Vermögenswerte überlassen werden, ohne dass alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögenswert verbunden sind, auf sie übertragen werden, werden als Operating Leases klassifiziert. Die vermieteten Vermögenswerte sind in dem Posten Sachanlagen in der Konzernbilanz enthalten und werden über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Mieterträge werden linear über die Laufzeit des Leasingvertrags erfasst. Direkt zurechenbare Kosten, die bei der Verhandlung sowie für die Ausgestaltung eines Operating Lease anfallen, werden dem Bilanzwert des vermieteten Vermögenswerts zugeschlagen und linear über die Laufzeit des Leasingvertrags als Aufwand erfasst.

LEASINGNEHMER

Vermögenswerte, die im Rahmen eines Finanzierungsleasingverhältnisses gehalten werden, werden anfangs mit einem Betrag, der dem Fair Value des gemieteten Sachanlagegegenstands oder, sofern geringer, dem Barwert der Mindestleasingzahlungen entspricht, erfasst. Die korrespondierende Verbindlichkeit wird bilanziell als Verbindlichkeit aus Finanzierungsleasingverhältnissen erfasst. Bei der Berechnung des Barwerts der Mindestleasingzahlungen wird der dem Leasingverhältnis zugrunde liegende Zinssatz als Abzinsungssatz verwendet, sofern er in praktikabler Weise ermittelt werden kann. Anderenfalls wird der Grenzfremdkapitalzinssatz verwendet. Bedingte Mietzahlungen werden in den Perioden als Aufwand erfasst, in denen die entsprechende Verbindlichkeit eingegangen wird.

Bei Sachanlagen, die Gegenstand von Operating Leases sind, werden Mietaufwendungen linear über die Mietdauer erfasst. Die Mietdauer beginnt, sobald der Leasingnehmer die physische Nutzung des Leasinggegenstands kontrolliert. Mietvergünstigungen werden als Minderung der Mietaufwendungen behandelt und ebenfalls linear über die Mietdauer erfasst. Im Rahmen von Operating Leases anfallende bedingte Mietzahlungen werden in den Perioden als Aufwand erfasst, in denen die entsprechende Verbindlichkeit eingegangen wird.

SALE-UND-LEASEBACK-TRANSAKTIONEN

Sofern eine Sale-und-Leaseback-Transaktion zu einem Finanzierungsleasingverhältnis führt, wird jeglicher Überschuss des Verkaufserlöses über den Bilanzwert des Vermögenstands durch den Verkäufer nicht sofort als Ertrag erfasst, sondern abgegrenzt und über die Dauer des Leasingvertrags erfasst.

Bei Sale-und-Leaseback-Transaktionen, die einen Operating Lease begründen, hängt der Zeitpunkt der Realisierung des Verkaufsgewinns oder -verlusts vom Verhältnis des Verkaufspreises zum Fair Value ab. Entspricht der Verkaufspreis eindeutig dem Fair Value, wird der Gewinn oder Verlust (Unterschiedsbetrag aus Verkaufspreis und Bilanzwert) unmittelbar erfasst. Liegt der Verkaufspreis hingegen unter dem Fair Value, so wird ein Gewinn unmittelbar erfasst,

während ein Verlust nur dann unmittelbar zu erfassen ist, wenn er nicht durch zukünftige unter dem Marktpreis liegende Mietzahlungen ausgeglichen wird. Anderenfalls ist der Verlust abzugrenzen und im Verhältnis zu den Mietzahlungen über die voraussichtliche Nutzungsdauer des Vermögenswerts ergebniswirksam zu verteilen. Übersteigt der Verkaufspreis den Fair Value, wird der den Fair Value übersteigende Betrag abgegrenzt und ergebniswirksam über die voraussichtliche Nutzungsdauer des Vermögensgegenstands verteilt.

MITARBEITERVERGÜTUNGEN

PENSIONSUSZUSAGEN

Der Konzern bietet den Mitarbeitern bestimmter Konzerngesellschaften beitrags- und leistungsdefinierte Versorgungspläne an. Das Vermögen sämtlicher beitragsdefinierter Pläne wird von unabhängig verwalteten Fonds gehalten. Die Höhe der Beiträge ist in der Regel vom Gehalt abhängig. Die Beiträge werden im Allgemeinen im Jahr der Beitragszahlung auf der Grundlage der geleisteten Dienste des Mitarbeiters als Aufwand erfasst.

Um den Barwert der Pensionsverpflichtung und den damit verbundenen Dienstzeitaufwand zu ermitteln, werden sämtliche leistungsdefinierten Pläne nach dem Ansammlungsverfahren („Projected Unit Credit Method“) bewertet. Die Bewertung im Rahmen dieses Verfahrens beruht auf versicherungsmathematischen Berechnungen, in die Annahmen über demografische Entwicklungen, Vorruhestand, Gehaltssteigerungen sowie Zinssätze und Inflationsraten einfließen. Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste werden nach der 10 %-„Korridor“-Methode erfasst. Demnach wird ein Teil der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst, wenn die kumulativen nicht berücksichtigten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste am Ende der vorangegangenen Berichtsperiode jeweils den höheren Wert von a) 10 % des Barwerts der Pensionsverpflichtung zu diesem Zeitpunkt (vor Abzug des Planvermögens) und b) 10 % des Fair Value des Planvermögens, sofern vorhanden, zu diesem Zeitpunkt überschritten haben. Die leistungsdefinierten Versorgungszusagen des Konzerns sind in der Regel unternehmensextern finanziert („funded“).

SONSTIGE VERSORGUNGSZUSAGEN

Darüber hinaus unterhalten Konzerngesellschaften unternehmensintern finanzierte („unfunded“), beitragspflichtige Gesundheitsfürsorgepläne für pensionierte Mitarbeiter. Diese sonstigen Versorgungszusagen werden im Wesentlichen gegenüber pensionierten Mitarbeitern mit Wohnsitz in den Vereinigten Staaten abgegeben. Im Rahmen dieser Zusagen wird den Pensionären ein bestimmter Prozentsatz der anspruchsberechtigten medizinischen und zahnmedizinischen Aufwendungen unter Berücksichtigung eines Selbstbehalts erstattet. Der Konzern dotiert diese Pläne in Abhängigkeit von den zu erbringenden Leistungen. Analog zu den leistungsdefinierten Versorgungszusagen werden diese Pläne gemäß der Methodik des Ansammlungsverfahrens bewertet. Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste werden nach der 10 %-„Korridor“-Methode erfasst.

AKTIENBASIERTE VERGÜTUNGEN

Personalaufwand für als Eigenkapitalinstrumente klassifizierte Vergütungen wird auf Basis des Fair Value der aktienbasierten Vergütung am Tag der Gewährung ermittelt. Bei aktienbasierten Vergütungen entspricht der Fair Value dem Börsenkurs der zugrunde liegenden Aktien, vermindert um den Barwert der erwarteten Dividenden, die nicht an den Mitarbeiter weitergereicht werden, und nach Berücksichtigung etwaiger Restriktionen, die nach Eintritt der Unverfallbarkeit des Anspruchs bestehen. Wenn eine Vergütung so modifiziert wird, dass ihr Fair Value unmittelbar nach der Modifizierung ihren Fair Value direkt vor der Modifizierung übersteigt, wird eine Neubewertung vorgenommen und der daraus resultierende Anstieg des Fair Value wird als zusätzlicher Personalaufwand ausgewiesen.

Die Gegenbuchung zum ausgewiesenen Personalaufwand erfolgt in der Kapitalrücklage. Der Personalaufwand wird linear über den Zeitraum erfasst, in welchem der Mitarbeiter die Dienste erbringt, die mit dieser Vergütung abgegolten werden. Bei Vergütungen, die in Tranchen abgegolten werden, erfolgt die Verteilung über die Laufzeit der jeweiligen Tranche. Einschätzungen hinsichtlich voraussichtlich verfallender Ansprüche werden regelmäßig angepasst und berücksichtigen sowohl tatsächlich verfallene Ansprüche als auch sich verändernde Erwartungen. Aufwendungen für Vergütungen, die dem Begünstigten einen vorgezogenen Ruhestand erlauben und deswegen eine nominale, aber nicht substanzielle Dienstzeitregelung vorsehen, werden nicht über den Zeitraum vom Tag der Gewährung bis zur Unverfallbarkeit erfasst, sondern über den kürzeren Zeitraum, bis der Mitarbeiter die Anspruchsvoraussetzungen für die Vergütung erfüllt. Bei Vergütungen, die in Tranchen abgegolten werden, wird jede Tranche als separate Vergütung angesehen und gesondert im Personalaufwand erfasst.

Verpflichtungen aus aktienbasierter Vergütung, die entgeltlich abgegolten werden, werden zu jedem Bilanzstichtag ergebniswirksam zum Fair Value bewertet und bis zur Zahlung in den sonstigen Passiva ausgewiesen.

VERPFLICHTUNG ZUM ERWERB EIGENER AKTIEN

Terminkäufe sowie geschriebene Verkaufsoptionen, bei denen dem Kontrakt Aktien der Deutschen Bank zugrunde liegen, werden als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesen, sofern die Erfüllung durch die Lieferung einer festen Anzahl von Aktien gegen einen festen Betrag an flüssigen Mitteln erfolgen muss. Die Verpflichtung wird bei Entstehung mit dem Barwert des Erfüllungsbetrags des Termingeschäfts oder der Option angesetzt. Für Terminkäufe und geschriebene Verkaufsoptionen auf Aktien der Deutschen Bank erfolgt eine entsprechende Verringerung des Eigenkapitals, die innerhalb des Eigenkapitalpostens Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesen wird. Für Terminkäufe auf Minderheitsanteile von Konzerngesellschaften erfolgt eine entsprechende Verringerung des Eigenkapitals.

Die Verbindlichkeiten werden nach dem Prinzip der Periodenabgrenzung („Accrual Basis“) angesetzt, und die abzugrenzenden Zinsen, die Zeitwert und Dividenden beinhalten, werden als Zinsaufwendungen erfasst. Mit Erfüllung der Terminkäufe und geschriebenen Verkaufsoptionen erlischt die Verbindlichkeit, während die Verringerung des Eigenkapitals bestehen bleibt, aber eine Reklassifizierung von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien zu den Eigenen Aktien im Bestand erfolgt.

Stammaktien der Deutschen Bank, die entsprechenden Termingeschäften unterliegen, gelten nicht als ausstehende Aktien für die Berechnung des unverwässerten Ergebnisses je Aktie, sind aber bei der Berechnung des verwässerten Ergebnisses zu berücksichtigen, sofern sie de facto einen verwässernden Effekt haben.

Kauf- und Verkaufsoptionen, denen Aktien der Deutschen Bank zugrunde liegen, werden dann nicht als Derivate klassifiziert, wenn die Erfüllung durch die Lieferung einer festgelegten Anzahl von Aktien erfolgen muss. Diese Geschäfte werden vielmehr als Transaktionen mit Eigenkapitalinstrumenten des Konzerns erfasst. Alle anderen derivativen Kontrakte, bei denen Aktien der Deutschen Bank dem Kontrakt zugrunde liegen, werden als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen ausgewiesen.

ERTRAGSTEUERN

Im Konzernabschluss werden laufende und latente Steuern auf Grundlage der Steuergesetze der jeweils betroffenen Steuerjurisdiktionen berücksichtigt. Laufende und latente Steuern werden im Eigenkapital erfasst, soweit sie Geschäftsvorfälle betreffen, die direkt dem Eigenkapital belastet oder gutgeschrieben werden.

Aktive und passive latente Steuern werden für zukünftige Steuereffekte gebildet, die aus temporären Differenzen zwischen dem Bilanzansatz von Vermögenswerten und Schulden und deren Steuerwert resultieren oder sich aus noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträgen und Steuergutschriften ergeben. Latente Steuerforderungen werden nur in dem Umfang ausgewiesen, in dem es wahrscheinlich ist, dass zukünftig zu versteuernde Ergebnisse zur Verfügung stehen werden, mit denen diese steuerlichen Verlustvorträge, Steuerguthaben oder steuerlich abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können.

Aktive und passive latente Steuern werden mit den Steuersätzen bewertet, die voraussichtlich in der Berichtsperiode gelten, in der der entsprechende Vermögenswert realisiert oder die entsprechende Schuld erfüllt wird. Dabei erfolgt die Bewertung auf Basis der am Bilanzstichtag gültigen oder in Kürze geltenden Steuersätze beziehungsweise Steuergesetze.

Laufende Steuerforderungen und Steuerverbindlichkeiten werden saldiert, wenn (i) sie dieselbe steuerpflichtige Einheit oder Steuergruppe betreffen, (ii) sie von derselben Steuerbehörde erhoben beziehungsweise geschuldet werden, (iii) ein einklagbares Recht zur Aufrechnung gegenüber der Steuerbehörde besteht und (iv) ein Ausgleich auf Nettobasis beabsichtigt ist.

Aktive und passive latente Steuern werden saldiert, wenn ein einklagbares Recht zur Aufrechnung von laufenden Steuerforderungen und Steuerverbindlichkeiten besteht und wenn es sich bei den aktiven und passiven latenten Steuern um Ertragsteuern handelt, die von derselben Steuerbehörde gegenüber derselben steuerpflichtigen Einheit oder Steuergruppe erhoben werden.

Latente Steuerverbindlichkeiten werden für zu versteuernde temporäre Differenzen in Verbindung mit Anteilen an Tochtergesellschaften, Zweigniederlassungen, assoziierten Unternehmen und Anteilen an gemeinschaftlich geführten Unternehmen gebildet, es sei denn, der Zeitpunkt der Umkehrung der temporären Differenz wird durch den Konzern gesteuert und es ist wahrscheinlich, dass sich die Differenz nicht in absehbarer Zukunft ausgleicht. Latente Steuerforderungen auf steuerlich abzugsfähige temporäre Differenzen in Verbindung mit solchen Investitionen werden nur in dem Umfang ausgewiesen, in dem es wahrscheinlich ist, dass sich die Differenzen in absehbarer Zukunft ausgleichen werden und zukünftig ausreichend zu versteuerndes Einkommen erzielt wird, mit dem diese steuerlich abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können.

Latente Steuern im Zusammenhang mit der Neubewertung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten und Cash Flow Hedges, die direkt im Eigenkapital ausgewiesen werden, werden ebenfalls direkt im Eigenkapital bilanziert und erst dann in der Gewinn- und Verlust-Rechnung erfasst, wenn der Gewinn oder Verlust realisiert wird.

Aktienbasierte Vergütungen können steuerlich abzugsfähig sein. Der steuerlich abzugsfähige Betrag kann dabei von dem ausgewiesenen kumulierten Personalaufwand abweichen. Zu jedem Bilanzstichtag ist auf der Basis des aktuel-

len Aktienkurses der steuerlich abzugsfähige Betrag zu schätzen. Übersteigt der tatsächliche oder erwartete steuerlich abzugsfähige Betrag den des kumulierten Personalaufwands, wird der auf diesen Unterschied entfallende Steuervorteil in die Kapitalrücklage eingestellt. Unterschreitet der tatsächliche oder erwartete steuerlich abzugsfähige Betrag den des kumulierten Personalaufwands, wird der entsprechende Steuernachteil als Steueraufwand in der Gewinn- und-Verlust-Rechnung des Berichtszeitraums erfasst.

Die Anlagerenditen im Lebensversicherungsgeschäft des Konzerns in Großbritannien (Abbey Life Assurance Company Limited) unterliegen neben der regulären Körperschaftsteuer einer zusätzlichen „Versicherungsnehmersteuer“ („Policyholder Tax“). Obwohl diese Steuer aus ökonomischer Sicht eine Ertragsteuer zulasten oder zugunsten des Versicherungsnehmers darstellt, ist sie im Ertragsteueraufwand des Konzerns enthalten und reduziert beziehungsweise erhöht die ausgewiesenen Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern.

RÜCKSTELLUNGEN

Rückstellungen werden erfasst, wenn der Konzern aufgrund früherer Ereignisse gegenwärtig eine rechtliche oder faktische Verpflichtung hat, es wahrscheinlich ist, dass Ressourcen zur Erfüllung der Verpflichtung abfließen werden, und sich die Höhe der Verpflichtung verlässlich schätzen lässt.

Die Höhe der Rückstellung entspricht der bestmöglichen Schätzung des Betrags, der notwendig wäre, um die Verpflichtung am Bilanzstichtag zu begleichen. Bei der Bestimmung werden die Risiken und Unsicherheiten in Bezug auf die Verpflichtung berücksichtigt.

Bei einer wesentlichen Auswirkung des Zinseffekts werden Rückstellungen diskontiert und zum Barwert der zur Begleichung der Verpflichtung erwarteten Ausgaben angesetzt. Dabei wird ein Abzinsungssatz vor Steuern verwendet, der die aktuellen Markteinschätzungen im Hinblick auf den Zinseffekt und die für die Verpflichtung spezifischen Risiken widerspiegelt. Der mit dem Zeitablauf verbundene Anstieg der Rückstellungen wird als Zinsaufwand erfasst.

Sofern erwartet wird, dass die zur Erfüllung der zurückgestellten Verpflichtung erforderlichen Ausgaben ganz oder teilweise von einer dritten Partei erstattet werden (zum Beispiel weil für die Verpflichtung ein Versicherungsvertrag besteht), wird eine Forderung dann erfasst, wenn es so gut wie sicher ist, dass eine Erstattung gezahlt werden wird.

KAPITALFLUSSRECHNUNG

Für Zwecke der Konzern-Kapitalflussrechnung umfassen die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente des Konzerns hochliquide Vermögenswerte, die unmittelbar in liquide Mittel umgewandelt werden können und mit einem unwesentlichen Wertänderungsrisiko behaftet sind. Dabei handelt es sich um die Barreserve sowie Sichteinlagen bei Banken.

VERSICHERUNGSGESCHÄFT

Der Konzern schließt zwei Arten von Verträgen ab.

VERSICHERUNGSVERTRÄGE – Dabei handelt es sich um Renten- und Universal-Life-Versicherungsverträge, bei denen der Konzern von einer anderen Partei (dem Versicherungsnehmer) ein signifikantes Versicherungsrisiko übernimmt, indem er vereinbart, dem Versicherungsnehmer eine Entschädigung zu leisten, wenn ein spezifiziertes ungewisses zukünftiges Ereignis den Versicherungsnehmer nachteilig betrifft. Die Verträge qualifizieren so lange als Versicherungsverträge, bis alle Ansprüche und Verpflichtungen erfüllt oder erloschen sind. Verpflichtungen aus

Versicherungsverträgen werden gemäß den US GAAP-Regelungen für Versicherungsgeschäfte bilanziert. NICHT ÜBERSCHUSSBERECHTIGTE INVESTMENTVERTRÄGE („INVESTMENTVERTRÄGE“) – Diese Verträge beinhalten weder ein signifikantes Versicherungsrisiko noch eine ermessensabhängige Überschussbeteiligung. Derartige Verträge werden als zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verbindlichkeiten bilanziert und ausgewiesen.

Finanzielle Vermögenswerte, die zur Deckung der Ansprüche aus Versicherungsverträgen gehalten werden, sind als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert, wohingegen solche für andere Versicherungs- und Investmentverträge gehaltene finanzielle Vermögenswerte unter Nutzung der Fair Value Option als zum Fair Value klassifizierte Vermögenswerte ausgewiesen werden.

VERSICHERUNGSVERTRÄGE

Beiträge für langfristige Versicherungsverträge werden bei Erhalt als Erträge erfasst. Im Fall von Einmalprämien entspricht der Zeitpunkt der Ertragserfassung dem Tag, ab dem der Versicherungsschutz besteht. Bei Verträgen mit laufender Beitragszahlung werden die Erträge bei Fälligkeit der Zahlung berücksichtigt. Beiträge werden vor Abzug von Gebühren ausgewiesen. Wenn Versicherungsverträge storniert werden, weil die Beiträge nicht erbracht werden, werden die bis zum Zeitpunkt der Vertragsaufhebung abgegrenzten Beitragsforderungen ebenso wie die entsprechenden Erträge als auch die damit verbundenen Aufwendungen storniert.

Aufwendungen im Versicherungsgeschäft werden erfasst, wenn sie angefallen sind, und beinhalten sowohl die Entschädigungszahlungen des laufenden Geschäftsjahres als auch die den Versicherungsnehmern im Vorgriff auf die endgültige Feststellung zugeordnete Überschussbeteiligung.

Die Deckungsrückstellung für Universal Life Versicherungsverträge ergibt sich als Saldo aus eingenommenen Beiträgen und den den Versicherungsnehmern gutgeschriebenen Anlageerträgen abzüglich der Aufwendungen für Sterbefälle und sonstiger Aufwendungen. Für fondsgebundene Versicherungsverträge entspricht die Deckungsrückstellung dem Fair Value der zugrunde liegenden Vermögenswerte.

Im Fall von Rentenversicherungsverträgen wird die Rückstellung dergestalt berechnet, dass für die derzeit aktiven Verträge die zukünftigen Zahlungen geschätzt und unter Berücksichtigung ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit auf den Bilanzstichtag abgezinst werden. Die Annahmen werden bei Vertragsabschluss unter Berücksichtigung einer angemessenen Sicherheitsmarge („Provisions for Adverse Deviations“) festgelegt. Der so ermittelte Rückstellungsbetrag wird mit jenem Wert verglichen, der sich ergibt, wenn man aktuelle Annahmen, einschließlich des Effektivzinses der zugrunde liegenden Vermögenswerte zugrunde legt. Ergäbe sich aufgrund dieses Vergleichs ein höherer Wert, wäre der Rückstellungsbetrag entsprechend anzupassen.

Die Deckungsrückstellung beinhaltet auch Rückstellungen für bestimmte im Zusammenhang mit fondsgebundenen Rentenversicherungsprodukten des Konzerns stehende Optionen. Diese Rückstellungen werden auf Basis der vertraglichen Verpflichtungen unter Zugrundelegung versicherungsmathematischer Annahmen ermittelt.

Die Angemessenheit der bilanzierten Versicherungsrückstellungen wird unter Berücksichtigung der erwarteten Schadensfälle, Kosten, verdienten Beiträge und anteiligen Kapitalanlageerträge ermittelt. Für langfristige Verträge ist dann eine Drohverlustrückstellung zu bilden, wenn die tatsächlichen Erfahrungen hinsichtlich Rendite der Investments, Sterblichkeit, Invalidität, Stornierungen sowie Aufwand darauf hinweisen, dass die bereits bilanzierten Rückstellungen zuzüglich des Barwerts der zukünftigen Beiträge nicht ausreichen werden, um den Barwert zukünftiger Leistungen sowie die aktivierten Abschlusskosten zu decken.

Gegenwärtig sind die aktivierten Abschlusskosten für das Versicherungsgeschäft nicht wesentlich.

INVESTMENTVERTRÄGE

Sämtliche seitens des Konzerns abgeschlossenen Investmentverträge sind fondsgebunden. Verbindlichkeiten für fondsgebundene Verträge werden ermittelt, indem zum Bilanzstichtag die Preise für die Fondsanteile mit der Anzahl der den Versicherungsnehmern zuzurechnenden Fondsanteile multipliziert werden. Der Ausweis der Verbindlichkeiten erfolgt zum Fair Value unter den zum Fair Value klassifizierten finanziellen Verpflichtungen. Im Rahmen von Investmentverträgen erhaltene Einlagen führen zu einer Anpassung der Verbindlichkeiten für fondsgebundene Verträge. Die auf die Verträge entfallenden Anlageerträge werden in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Die Forderungen aus Investmentverträgen spiegeln einen etwaigen Überschuss ausgezahlter Beträge über die bilanzierten Verbindlichkeiten wider. Den Versicherungsnehmern von Investmentverträgen werden Gebühren für die Verwaltung der Versicherungspolice und der Kapitalanlagen sowie für Rückkäufe und sonstige Vertragsleistungen in Rechnung gestellt.

Die finanziellen Vermögenswerte für Investmentverträge werden zum Fair Value bilanziert und die damit verbundenen Fair-Value-Änderungen werden ebenso wie die Fair-Value-Änderungen der entsprechenden Verpflichtungen in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst.

RÜCKVERSICHERUNGSGESCHÄFT

Sowohl die im Rahmen der Rückversicherung abgegebenen Beiträge als auch die in diesem Zusammenhang empfangenen Eingänge für erbrachte Versicherungsleistungen werden von den Beiträgen respektive Aufwendungen im Versicherungsgeschäft abgezogen. Vermögenswerte und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Rückversicherungsverträgen werden hingegen brutto ausgewiesen. An Rückversicherer abgetretene Teile der Versicherungsrückstellungen werden konsistent mit dem rückversicherten Risiko geschätzt. Ebenso werden die im Zusammenhang mit Rückversicherungsvereinbarungen stehenden Erträge und Aufwendungen im Einklang mit dem zugrundeliegenden Risiko des rückversicherten Geschäfts erfasst.

ERSTMALS ANGEWENDETE RECHNUNGSLEGUNGSVORSCHRIFTEN

IFRS 7

Im August 2005 veröffentlichte der IASB den IFRS 7, „Financial Instruments: Disclosures“ („IFRS 7“). Dieser Standard ersetzt IAS 30, „Disclosures in the Financial Statements of Banks and Similar Financial Institutions“, und die Offenlegungsvorschriften der bisherigen Fassung von IAS 32, „Financial Instruments: Disclosure and Presentation“. IFRS 7 verlangt Angaben über die Bedeutung von Finanzinstrumenten für die Vermögens- und Ertragslage eines Unternehmens, qualitative und quantitative Angaben über die mit Finanzinstrumenten verbundenen Kredit-, Liquiditäts- und Marktrisiken sowie über die Art und Weise der Steuerung dieser Risiken. IFRS 7 tritt für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2007 beginnen. Die Erstanwendung von IFRS 7 hatte – abgesehen von der Erweiterung der Anhangangaben – keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

IAS 1

Darüber hinaus veröffentlichte der IASB im August 2005 eine Änderung zu IAS 1, „Presentation of Financial Statements: Capital Disclosures“ („IAS 1“). IAS 1 verlangt Angaben zum Eigenkapital eines Unternehmens und dessen Steuerung. Diese Änderungen treten ebenfalls für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2007 beginnen. Die Erstanwendung von IAS 1 hatte – abgesehen von der Erweiterung der Anhangangaben – keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

IFRS 8

Im November 2006 veröffentlichte der IASB den IFRS 8, „Operating Segments“ („IFRS 8“), der die Anforderungen an die Berichterstattung über die Finanzergebnisse der Geschäftssegmente einer Gesellschaft definiert. IFRS 8 löst IAS 14, „Segment Reporting“, ab. Er folgt dem sogenannten „Management Approach“, dem zufolge als Basis zur Bestimmung der operativen Segmente interne Berichte zugrunde zu legen sind, die der sogenannte „Chief Operating Decision Maker“ regelmäßig verwendet, um Entscheidungen über die Zuteilung von Ressourcen zu einem Segment zu treffen sowie dessen Performance zu beurteilen. IFRS 8 tritt für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist jedoch zulässig. IFRS 8 wird seit dem 1. Januar 2007 angewandt. Daher wurden die in der Konzernbilanz für das Geschäftsjahr 2006 enthaltenen Vergleichsinformationen über die operativen Segmente gemäß den Anforderungen von IFRS 8 dargestellt.

NEUE RECHNUNGSLEGUNGSVORSCHRIFTEN

IFRIC 14

Im Juli 2007 veröffentlichte das International Financial Reporting Interpretations Committee („IFRIC“) die Interpretation IFRIC 14, „IAS 19 – The Limit on a Defined Benefit Asset, Minimum Funding Requirements and their Interaction“ („IFRIC 14“). IFRIC 14 enthält allgemeine Leitlinien zur Bestimmung der Obergrenze des Überschussbetrags eines Pensionsfonds, der nach IAS 19, „Employee Benefits“, als Vermögenswert erfasst werden kann. Die Interpretation beschreibt ebenfalls, wie sich eine gesetzliche oder vertragliche Mindestfinanzierungsvorschrift auf die Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten eines Pensionsplans auswirken kann. Nach IFRIC 14 hat der Arbeitgeber keine weitere Verbindlichkeit anzusetzen, es sei denn, die nach den Mindestfinanzierungsvorschriften zu zahlenden Beiträge können nicht an die Gesellschaft zurückerstattet werden. IFRIC 14 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2008 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. IFRIC 14 ist seitens des IASB verabschiedet worden, bedarf aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU. Der Konzern prüft gegenwärtig die möglichen Auswirkungen der Erstanwendung von IFRIC 14 auf den Konzernabschluss.

IFRS 3 UND IAS 27

Im Januar 2008 veröffentlichte der IASB eine überarbeitete Fassung von IFRS 3, „Business Combinations“ („IFRS 3 R“), und eine geänderte Fassung von IAS 27, „Consolidated and Separate Financial Statements“ („IAS 27 R“). Während in IFRS 3 R die Anwendung der Erwerbsmethode auf Unternehmenszusammenschlüsse weiterentwickelt wird, enthält IAS 27 R geänderte Vorschriften zur bilanziellen Darstellung von Minderheitsanteilen sowie zur Bilanzierung im Fall eines Verlusts des beherrschenden Einflusses auf eine Tochtergesellschaft. IFRS 3 R sieht für das erwerbende Unternehmen ein im Rahmen jedes Unternehmenszusammenschlusses auszuübendes Wahlrecht vor, die Minderheitsanteile entweder zum Fair Value im Erwerbszeitpunkt oder zum Fair Value der anteiligen identifizierbaren Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des erworbenen Unternehmens zu bewerten. Im Fall eines sukzessiven Unternehmenserwerbs werden die identifizierbaren Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des erworbenen Unternehmens zu dem Zeitpunkt zum Fair Value bewertet, an dem der Erwerber einen beherrschenden

Einfluss erlangt. Ein Gewinn oder Verlust wird in Höhe der Differenz zwischen dem Fair Value der bisher gehaltenen Anteile am erworbenen Unternehmen und dessen Buchwert ergebniswirksam erfasst. Ferner verlangt IAS 27 R die erfolgsneutrale Erfassung der Effekte aller Transaktionen mit den Eigentümern von Minderheitsanteilen im Eigenkapital, wenn sich das Beherrschungsverhältnis nicht ändert. Führen Transaktionen hingegen zu einem Verlust der Beherrschungsmöglichkeit, ist der daraus resultierende Gewinn oder Verlust ergebniswirksam zu erfassen. Der Gewinn oder Verlust beinhaltet auch Effekte aufgrund einer Neubewertung der zurückbehaltenen Beteiligungsanteile zum Fair Value. Darüber hinaus legt IFRS 3 R fest, dass alle im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses übertragene Gegenleistungen, einschließlich bedingter Gegenleistungen, im Erwerbszeitpunkt zum Fair Value bewertet und ausgewiesen werden. Transaktionskosten, die dem erwerbenden Unternehmen im Zusammenhang mit dem Unternehmenszusammenschluss entstehen, werden nicht als Bestandteil der Anschaffungskosten der Transaktion, sondern als Aufwand erfasst. Dies gilt nicht, wenn sie im Zusammenhang mit der Emission von Schuldtiteln oder Aktien stehen. In diesem Fall werden sie gemäß IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, bilanziert. IFRS 3 R und IAS 27 R treten für Unternehmenszusammenschlüsse in den Geschäftsjahren in Kraft, die an oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig, sofern beide Standards gleichzeitig angewandt werden. IFRS 3 R und IAS 27 R sind seitens des IASB verabschiedet worden, bedürfen aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU. Der Konzern prüft gegenwärtig die möglichen Auswirkungen der Umsetzung von IFRS 3 R und IAS 27 R auf den Konzernabschluss.

IAS 32 UND IAS 1

Im Februar 2008 veröffentlichte der IASB Änderungen zu IAS 32, „Financial Instruments: Presentation“, und IAS 1, „Presentation of Financial Statements“: „Puttable Financial Instruments and Obligations Arising on Liquidation“. Die geänderten Vorschriften sehen unter bestimmten Bedingungen eine Klassifizierung von zum Fair Value kündbaren Finanzinstrumenten und von Verpflichtungen, die lediglich im Liquidationsfall entstehen, als Eigenkapital vor. Sie treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Änderungen sind seitens des IASB verabschiedet worden, bedürfen aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU. Der Konzern prüft gegenwärtig die möglichen Auswirkungen der Anwendung dieser Änderungen auf den Konzernabschluss.

[2] SEGMENTBERICHTERSTATTUNG

Die nachfolgenden Segmentinformationen basieren auf IFRS 8, „Operating Segments“, der die Anforderungen an die Berichterstattung über die Finanzergebnisse der Geschäftssegmente einer Gesellschaft definiert. Er folgt dem sogenannten „Management Approach“, der verlangt, die Segmentinformationen auf Basis der internen Berichterstattung so darzustellen, wie sie vom sogenannten „Chief Operating Decision Maker“ regelmäßig zur Entscheidung über die Zuteilung von Ressourcen zu den Segmenten und zur Beurteilung ihrer Performance herangezogen werden.

SEGMENTE

Der Konzern hat die Segmente auf Basis der Organisationsstruktur in der internen Managementberichterstattung identifiziert.

Die Deutsche Bank ist in drei Konzernbereiche gegliedert, die weiter in Unternehmensbereiche untergliedert sind. Zum 31. Dezember 2007 bestanden folgende Konzern- und Unternehmensbereiche:

Der Konzernbereich CORPORATE AND INVESTMENT BANK (CIB) beinhaltet die Corporate-Banking- und Wertpapieraktivitäten (einschließlich Handel mit und Vertrieb von Kapitalmarktprodukten und Corporate-Finance-Aktivitäten) sowie die Transaction-Banking-Aktivitäten des Konzerns. CIB betreut Firmen- und institutionelle Kunden von mittelständischen Firmen bis zu multinationalen Unternehmen einschließlich Banken und staatlicher Organisationen. Diese Aktivitäten werden im Konzernbereich CIB in den globalen Unternehmensbereichen Corporate Banking & Securities (CB&S) und Global Transaction Banking (GTB) gesteuert.

- CB&S besteht aus den Geschäftsbereichen Global Markets und Corporate Finance. Diese Bereiche bieten Finanzprodukte weltweit an, angefangen bei der Emission von Aktien und festverzinslichen Wertpapieren bis hin zur Erarbeitung maßgeschneiderter, strukturierter Lösungen für komplexe Finanzierungsbedürfnisse.
- GTB bietet seinen Kunden weltweit in erster Linie die Beschaffung, den Transfer, die Verwahrung und die Kontrolle von Vermögenswerten an. In diesem Zusammenhang stellt der Bereich Unternehmen, Finanzinstituten sowie Staaten (einschließlich deren Institutionen) Bearbeitungs- und Treuhandleistungen zur Verfügung.

Im Konzernbereich PRIVATE CLIENTS AND ASSET MANAGEMENT (PCAM) sind die Aktivitäten des Konzerns im Asset Management, im Private Wealth Management sowie im Privat- und Geschäftskundenbereich zusammengefasst. Diese Aktivitäten werden innerhalb von PCAM in zwei globalen Unternehmensbereichen – Asset and Wealth Management (AWM) und Private & Business Clients (PBC) – gesteuert.

- AWM besteht aus den Geschäftsbereichen Asset Management (AM), der das Vermögen institutioneller Kunden verwaltet und Investmentfonds und andere Anlageprodukte anbietet, und Private Wealth Management (PWM), der für die Betreuung anspruchsvoller vermögender Privatkunden und ihrer Familien sowie ausgewählter institutioneller Kunden zuständig ist.
- PBC stellt Privatkunden und vermögenden Kunden sowie kleineren Firmenkunden die gesamte Produktpalette des Privatkundengeschäfts bereit.

Der Konzernbereich CORPORATE INVESTMENTS (CI) steuert bestimmte Alternative Assets der Bank sowie andere Fremd- und Eigenkapitalanlagen.

Änderungen in der Struktur der Segmente können aus veränderten Managementverantwortlichkeiten, wofür die Vorperioden der aktuellen Darstellung angepasst werden, sowie aus Akquisitionen oder Desinvestitionen resultieren.

Im ersten Quartal 2007 veränderte sich die Managementverantwortlichkeit für bestimmte Aufgaben im Transaktionsmanagement, die organisatorisch auf den Geschäftsbereich Global Markets in CIB ausgerichtet wurden und diesem zur Handelsunterstützung dienen. Die folgenden Akquisitionen und Desinvestitionen hatten wesentlichen Einfluss auf die Segmentergebnisse:

- Im Oktober 2007 erwarb der Konzern die Abbey Life Assurance Company Limited, eine Gesellschaft in Großbritannien die im Wesentlichen fondsgebundene Lebensversicherungen, Pensionsversicherungs- und Rentenpolicen hält. Das erworbene Geschäft wurde in den Unternehmensbereich CB&S integriert.
- Im Juli 2007 schloss AM den Verkauf seines lokalen Publikumsfondsgeschäfts in Italien ab und ging eine langfristige Vertriebspartnerschaft mit Anima S.G.R.p.A. ein. Das Geschäft war Bestandteil des Unternehmensbereichs AWM.
- Im Juli 2007 erwarb RREEF Private Equity einen wesentlichen Anteil an Aldus Equity, einer Alternative-Asset-Management- und Beratungsgesellschaft, die auf die Strukturierung von Private Equity Investments für institutionelle und wohlhabende Kunden spezialisiert ist. Das erworbene Geschäft wurde dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet.
- Im Juli 2007 gab der Konzern den Abschluss der Akquisition des grenzüberschreitenden Custodygeschäfts für institutionelle Kunden der Türkiye Garanti Bankasi A.S. bekannt. Es wird erwartet, dass der Kundentransfer im April 2008 abgeschlossen ist. Das Geschäft wird in den Unternehmensbereich GTB einbezogen.
- Im Juli 2007 schloss RREEF Infrastructure die Akquisition von Maher Terminals LLC ab, eines privaten Betreibers von Containerterminals in Nordamerika. Durch diesen Kauf soll das Gründungsvermögen für den North America Infrastructure Fund bereitgestellt werden, das dem Unternehmensbereich AWM zuzurechnen ist. Mit Wirkung vom 9. Oktober 2007 wurde die Gesellschaft entkonsolidiert, nachdem Teile, wie vorgesehen, in den Fonds eingebracht worden waren.
- Im Juni 2007 schloss der Konzern den Verkauf des australischen Asset-Management-Operation-Geschäfts an Aberdeen Asset Management ab. Das Geschäft war dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet.
- Im April 2007 vereinbarte AM mit den anderen Anteilseignern von Harvest Fund Management, einer Publikumsfondsgesellschaft in China, seinen Anteil auf 30 % zu erhöhen. Diese Beteiligung wird im Unternehmensbereich AWM gehalten.
- Im Januar 2007 verkaufte der Konzern die zweite Tranche (41 %) der italienischen Processingaktivitäten von BankAmericard an das Zentralinstitut der italienischen Volksbanken, das „Istituto Centrale delle Banche Popolari Italiane“ („ICBPI“). Dieses Geschäft war Bestandteil des Unternehmensbereichs PBC.
- Im Januar 2007 schloss der Konzern die Akquisition von MortgageIT Holdings, Inc., einem auf Wohnimmobilien spezialisierten Real Estate Investment Trust („REIT“) in den Vereinigten Staaten, ab. Das Geschäft wurde in den Unternehmensbereich CB&S einbezogen.
- Im Januar 2007 schloss der Konzern den Erwerb der Berliner Bank ab, die in den Unternehmensbereich PBC integriert wurde. Diese Akquisition erweitert den Marktanteil des Konzerns im Privatkundensektor der deutschen Hauptstadt.

- Im November 2006 erwarb der Konzern die norisbank vom DZ Bank-Konzern, die dem Unternehmensbereich PBC zugeordnet wurde.
- Im Oktober 2006 gab der Konzern die Übernahme der britischen Vermögensverwaltungsgesellschaft Tilney Group Limited bekannt. Diese Transaktion wurde im Dezember 2006 abgeschlossen. Die Übernahme ist ein wichtiges Element der PWM-Strategie, die Präsenz in spezifischen Kernmärkten (Onshore) auszubauen sowie die Geschäftsaktivitäten in verschiedenen Kundensegmenten, einschließlich unabhängiger Vermögensverwalter, auszuweiten.
- Im Oktober 2006 hat der Konzern 49 % von BankAmericard an ICBPI verkauft.
- Im Juli 2006 wurde die Deutsche Wohnen AG nach der Beendigung des Beherrschungsvertrags mit der DB Real Estate Management GmbH entkonsolidiert. Die Deutsche Wohnen AG ist eine Immobilieninvestmentgesellschaft und war dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet.
- Im Mai 2006 hat der Konzern den Erwerb des Depository-and-Clearing-Centre-Geschäfts in Großbritannien von der JPMorgan Chase & Co. abgeschlossen. Diese Geschäftsaktivität wurde in den Unternehmensbereich GTB integriert.
- Im Februar 2006 hat der Konzern den Erwerb der restlichen 60 % an der United Financial Group („UFG“), einer Investmentbank in Russland, abgeschlossen. Diese Geschäftsaktivität wurde in den Unternehmensbereich CB&S einbezogen.
- Im ersten Quartal 2006 schloss der Konzern den Verkauf der EUROHYPO AG an die Commerzbank AG ab, deren Geschäftsaktivitäten dem Konzernbereich CI zugeordnet waren.

BEMESSUNG VON SEGMENTGEWINNEN ODER -VERLUSTEN

Wie beschrieben zeigt die Segmentberichterstattung nach IFRS 8 die Segmentergebnisse auf Basis der Managementberichterstattung, ergänzt um eine Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss. Erforderliche Anpassungen im Rahmen dieser Überleitung werden in der Sektion „Consolidation & Adjustments“ berichtet. Die dargestellten Segmentinformationen basieren auf der internen Managementberichterstattung von Segmentgewinnen oder -verlusten, Aktiva und anderen Informationen, welche dem „Chief Operating Decision Maker“ regelmäßig berichtet werden.

Die Managementberichterstattung bei der Deutschen Bank beruht grundsätzlich auf IFRS. In einigen Ausnahmefällen werden für die interne Managementberichterstattung Bilanzierungsmethoden angewandt, die nicht IFRS-konform sind und zu Bewertungs- und Ausweisunterschieden führen. Die größten Bewertungsunterschiede stehen im Zusammenhang mit Positionen, die in der Managementberichterstattung zum Fair Value (Mark-to-market) ausgewiesen und im Konzernabschluss nach IFRS abgegrenzt werden (zum Beispiel bestimmte Finanzinstrumente in den Treasurybüchern von CB&S und PBC). Ein weiterer Bewertungsunterschied ergibt sich aufgrund der erfolgswirksamen Erfassung von Handelsergebnissen aus Eigenen Aktien in der Managementberichterstattung (hauptsächlich in CB&S), wohingegen unter IFRS eine erfolgsneutrale Berücksichtigung im Eigenkapital erfolgt. Ausweisunterschiede bestehen im Wesentlichen bei der Behandlung der Minderheitsanteile. Diese werden im Ergebnis vor Steuern der Segmente berücksichtigt, während sie für den Konzernabschluss über Consolidation & Adjustments in das den Minderheitsanteilen zurechenbare Konzernergebnis umgliedert werden.

Ergebnisse aus Transaktionen zwischen den Segmenten werden auf der Grundlage gegenseitiger Vereinbarungen zugeordnet. Interne Serviceanbieter (einschließlich des Corporate Center), die nicht als Profit Center geführt werden, weisen ihre zinsunabhängigen Aufwendungen den jeweiligen Serviceempfängern zu. Die Allokationskriterien beruhen

in der Regel auf Vereinbarungen zwischen den beteiligten Bereichen und werden auf der Basis „Menge x Preis“, „auf Festpreisbasis“ oder „zu vereinbarten Prozentsätzen“ ermittelt. Da der Konzern in den operativen Einheiten unterschiedliche Geschäftsaktivitäten integriert hat, unterliegt die Zuordnung der Erträge und Aufwendungen zu den Unternehmensbereichen bestimmten Annahmen und Schätzungen.

Die Managementberichtssysteme folgen der Marktzinsmethode, nach welcher der externe Zinsüberschuss des Konzerns kalkulatorisch den Unternehmensbereichen zugeordnet wird. Eine solche Zuordnung unterstellt, dass sämtliche Positionen über den Geld- und Kapitalmarkt refinanziert beziehungsweise angelegt werden. Um eine Vergleichbarkeit der Unternehmensbereiche mit Wettbewerbern zu ermöglichen, die rechtlich selbstständige Einheiten mit zugehöriger Eigenkapitalfinanzierung sind, wird daher der Zinsnutzen auf das konsolidierte Eigenkapital des Konzerns im Verhältnis zu dem jeweils zugeordneten durchschnittlichen Active Equity den Geschäftsbereichen anteilig zugerechnet.

Das Management nutzt bestimmte Messgrößen für das Kapital und darauf bezogene Kennziffern im Rahmen des internen Managementberichtssystems, weil es der Überzeugung ist, dass damit die Darstellung der finanziellen Performance der Segmente transparenter und aussagekräftiger ist. Durch die Veröffentlichung dieser Messgrößen erhalten Investoren und Analysten einen tieferen Einblick in die Steuerung der Geschäftsaktivitäten des Konzerns. Des Weiteren dienen sie dem besseren Verständnis der Ergebnisse. Diese Messgrößen beinhalten:

- DURCHSCHNITTLICHES ACTIVE EQUITY: Der Konzern berechnet das Active Equity, um besser mit seinen Konkurrenten vergleichbar zu sein, und legt dieses der Berechnung verschiedener Kennziffern zugrunde. Allerdings stellt das Active Equity keine Messgröße nach IFRS dar. Bei einem Vergleich der Kennzahlen des Konzerns, die auf dem Active Equity basieren, mit den Kennzahlen anderer Unternehmen sollten stets auch Abweichungen bei der Berechnung dieser Kennzahlen berücksichtigt werden. Zu den Positionen, um die das durchschnittliche den Deutsche Bank Aktionären zurechenbare Eigenkapital bereinigt wird, gehören die unrealisierten Gewinne aus der Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten und die Fair-Value-Anpassungen von Cash Flow Hedges (beide Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern und im Durchschnitt). Ebenso zu bereinigen ist die durchschnittliche Dividendenzahlung, für die jedes Quartal eine Abgrenzung vorgenommen wird und die nach Zustimmung der Hauptversammlung einmal jährlich ausgezahlt wird. Die Allokation des durchschnittlichen Active Equity des Konzerns auf die Segmente und „Consolidation & Adjustments“ erfolgt im Verhältnis ihrer ökonomischen Risiken, die sich aus dem Ökonomischen Kapital, Goodwill und anderen nicht abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerten zusammensetzen. Der zuzurechnende Gesamtbetrag entspricht dem höheren Wert von ökonomischem Risiko und aufsichtsrechtlichem Kapitalbedarf des Konzerns. Letzterer leitet sich aus einer BIZ-Kernkapitalquote (Tier-1) von 8,5 % ab, die den Mittelwert unseres Zielkorridors von 8,0 % bis 9,0 % darstellt. Überschreitet das durchschnittliche Active Equity des Konzerns den zuzurechnenden Gesamtbetrag, so wird der Mehrbetrag „Consolidation & Adjustments“ zugeordnet.
- EIGENKAPITALRENDITE IN % BASIEREND AUF DEM DURCHSCHNITTLICHEN ACTIVE EQUITY ist definiert als der prozentuale Anteil des Ergebnisses vor Steuern ohne Minderheitsanteile am durchschnittlichen Active Equity. Beim Vergleich dieser auf der Basis des durchschnittlichen Active Equity ermittelten Renditen mit denen anderer Unternehmen sind die unterschiedlichen Berechnungsweisen der jeweiligen Kennzahlen zu berücksichtigen.

SEGMENTERGEBNISSE

Die nachstehenden Tabellen enthalten Informationen zu den Segmentergebnissen, einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS, für die Geschäftsjahre 2007 und 2006.

2007	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments ⁵	Management Reporting insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt		
in Mio € (außer Prozentangaben)								
Erträge insgesamt¹	16.507	2.585	19.092	4.374	5.755	10.129	1.517	30.738
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	102	7	109	1	501	501	3	613
Zinsunabhängige Aufwendungen	12.169	1.633	13.802	3.453	4.108	7.561	220	21.583
davon/darin:								
Abschreibungen und Amortisation	50	8	58	20	82	102	17	177
Abfindungszahlungen	100	7	107	28	27	55	–	162
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	116	–	116	73	–	73	–	188
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	–	–	–	74	–	74	54	128
Restrukturierungsaufwand	– 4	– 1	– 4	– 8	– 1	– 9	–	– 13
Minderheitsanteile	34	–	34	7	–	8	– 5	37
Ergebnis vor Steuern	4.201	945	5.147	913	1.146	2.059	1.299	8.505
Aufwand-Ertrag-Relation in %	74	63	72	79	71	75	15	70
Aktiva ^{2, 3}	1.881.638	32.083	1.895.756	39.081	117.533	156.391	13.002	2.011.654
Investitionen in langlebige Aktiva	351	87	438	2	62	65	–	503
Risikogewichtete Positionen (BIZ-Risikopositionen)	218.663	18.363	237.026	15.864	69.722	85.586	4.891	327.503
Durchschnittliches Active Equity ⁴	19.619	1.095	20.714	5.109	3.430	8.539	473	29.725
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) in %	21	86	25	18	33	24	N/A	29
1 beinhaltet:								
Zinsüberschuss	4.362	1.106	5.467	165	3.083	3.248	– 5	8.710
Erträge mit externen Kunden	16.691	2.498	19.189	4.615	5.408	10.023	1.492	30.703
Intersegmenterträge	– 184	87	– 97	– 241	347	106	25	34
Ergebnis aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	51	2	52	114	2	116	184	352
2 beinhaltet:								
Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	2.430	39	2.469	560	45	605	221	3.295

N/A – nicht aussagefähig

3 Die Summe der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise dem korrespondierenden Konzernbereich. Dies gilt auch für die Summe der Konzernbereiche im Vergleich zum Management Reporting insgesamt.

4 Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das durchschnittliche Active Equity des Konzerns wird den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches das Ökonomische Kapital, Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer beinhaltet.

5 Die Erträge von CI beinhalten Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen in Höhe von 626 Mio € (Fiat S.p.A., Linde AG und Allianz SE), ein Ergebnis von nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen (Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG) von 178 Mio € und einen Veräußerungsgewinn von 313 Mio € aus Immobilien (Sale-und-Leaseback-Transaktion für unsere Immobilie 60 Wall Street; nach konzerninternen Provisionszahlungen).

2006	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Invest-ments ⁵	Management Reporting insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt		
in Mio € (außer Prozentangaben)								
Erträge insgesamt¹	16.574	2.228	18.802	4.166	5.149	9.315	574	28.691
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 65	- 29	- 94	- 1	391	391	2	298
Zinsunabhängige Aufwendungen	11.236	1.552	12.789	3.284	3.717	7.000	214	20.003
davon/darin:								
Abschreibungen und Amortisation	57	25	82	33	84	117	17	216
Abfindungszahlungen	97	3	99	12	10	22	-	121
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	-	-	-	63	-	63	-	63
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	-	-	-	-	-	31	31
Restrukturierungsaufwand	77	22	99	43	49	91	1	192
Minderheitsanteile	23	-	23	- 11	-	- 11	- 3	10
Ergebnis vor Steuern	5.379	705	6.084	894	1.041	1.935	361	8.380
Aufwand-Ertrag-Relation in %	68	70	68	79	72	75	37	70
Aktiva ^{2,3}	1.459.190	25.646	1.468.321	35.922	94.760	130.642	17.783	1.576.714
Investitionen in langlebige Aktiva	573	2	575	5	383	388	-	963
Risikogewichtete Positionen (BIZ-Risikopositionen)	177.651	14.240	191.891	12.335	63.900	76.234	5.395	273.520
Durchschnittliches Active Equity ⁴	16.041	1.064	17.105	4.917	2.289	7.206	1.057	25.368
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) in %	34	66	36	18	45	27	34	33
1 beinhaltet:								
Zinsüberschuss	3.097	890	3.987	162	2.767	2.928	1	6.916
Erträge mit externen Kunden	16.894	2.060	18.954	4.435	4.724	9.159	543	28.656
Intersegmenterträge	- 320	168	- 152	- 269	425	156	31	35
Ergebnis aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	72	1	74	142	3	145	197	416
2 beinhaltet:								
Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	1.624	38	1.662	588	8	596	207	2.465

3 Die Summe der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise dem korrespondierenden Konzernbereich. Dies gilt auch für die Summe der Konzernbereiche im Vergleich zum Management Reporting insgesamt.

4 Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das durchschnittliche Active Equity des Konzerns wird den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches das Ökonomische Kapital, Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer beinhaltet.

5 Die Erträge von CI beinhalten einen Gewinn aus dem Verkauf unserer restlichen Beteiligung an der EUROHYPO AG von 131 Mio € und einen Gewinn von 92 Mio € aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Linde AG).

ÜBERLEITUNG DER SEGMENTERGEBNISSE AUF DEN KONZERNABSCHLUSS NACH IFRS

In der nachstehenden Tabelle werden die auf Basis der Managementberichtssysteme ermittelten Segmentergebnisse und –aktiva auf den nach IFRS erstellten Konzernabschluss für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 übergeleitet.

in Mio €	2007			2006		
	Management Reporting insgesamt	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt	Management Reporting insgesamt	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
Erträge insgesamt ¹	30.738	7	30.745	28.691	- 197	28.494
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	613	- 1	612	298	- 0	298
Zinsunabhängige Aufwendungen	21.583	- 200	21.384	20.003	- 147	19.857
Minderheitsanteile	37	- 37	-	10	- 10	-
Ergebnis vor Steuern	8.505	244	8.749	8.380	- 41	8.339
Aktiva	2.011.654	8.695	2.020.349	1.576.714	7.779	1.584.493
Risikogewichtete Positionen (BIZ-Risikopositionen)	327.503	1.315	328.818	273.520	1.939	275.459
Durchschnittliches Active Equity	29.725	121	29.846	25.368	100	25.468

¹ Zinsüberschuss und zinsunabhängige Erträge.

Im Geschäftsjahr 2007 belief sich das Ergebnis vor Steuern in Consolidation & Adjustments auf 244 Mio €. Darin enthalten waren Corporate Items in Höhe von 279 Mio € und negative Anpassungen von 35 Mio € aus Bewertungsunterschieden zwischen den für die Managementberichterstattung angewandten Bilanzierungsmethoden und den Rechnungslegungsstandards nach IFRS. Die zinsunabhängigen Aufwendungen enthielten positive Effekte hauptsächlich wegen einer mit der Steuerverwaltung abgestimmten verfeinerten Methode zur Erstattung von Vorsteuer für Vorjahre sowie wegen Erstattungen im Zusammenhang mit verschiedenen Rechtsverfahren. Die Anpassungen der Erträge in Consolidation & Adjustments beinhalteten im Wesentlichen folgende Sachverhalte:

- Überleitungen zu Positionen, die in den Managementberichtssystemen zum Fair Value (Mark-to-market) ausgewiesen und nach IFRS abgegrenzt wurden, verringerten die Erträge in 2007 um circa 100 Mio €.
- Handelsergebnisse aus Eigenen Aktien des Konzerns werden im Unternehmensbereich CB&S ausgewiesen. Die Eliminierung dieser Ergebnisse für den IFRS-Konzernabschluss führte unter Consolidation & Adjustments zu einem Anstieg von etwa 30 Mio € in 2007.
- Eine Verringerung im Zusammenhang mit der Eliminierung von konzerninternen Mieterträgen belief sich im Jahr 2007 auf 39 Mio €.
- Der Zinsüberschuss aufgrund von Steuererstattungen beziehungsweise -abgrenzungen für zukünftige und abgeschlossene Steuerprüfungen erhöhte sich in 2007 auf 69 Mio €.
- Die übrigen Erträge stammten aus Sachverhalten, die außerhalb der Managementverantwortlichkeit der Segmente liegen, beispielsweise Refinanzierungsaufwendungen (netto) für nicht bereichsbezogene Aktiva/Passiva und Ergebnisse aus Absicherungsgeschäften für das Kapital bestimmter Auslandstöchter.

Für 2006 wurde in Consolidation & Adjustments ein Verlust vor Steuern von 41 Mio€ berichtet. Darin enthalten waren negative Anpassungen von 307 Mio€ aus Bewertungsunterschieden zwischen der Managementberichterstattung und IFRS sowie Corporate Items in Höhe von 267 Mio€. Die zinsunabhängigen Aufwendungen enthielten positive Effekte hauptsächlich wegen einer Rückstellungsauflösung bezüglich grundbesitz-invest, des offenen Immobilienfonds des Konzerns in Deutschland, sowie wegen Zahlungen von Versicherungsgesellschaften zur Erstattung von Verlusten durch Betriebsunterbrechungen und sonstigen Kosten infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA. Die Erträge in Consolidation & Adjustments beinhalteten im Wesentlichen folgende Sachverhalte:

- Durch Überleitungen von Positionen, die in den Managementberichtssystemen zum Fair Value (Mark-to-market) ausgewiesen und nach IFRS abgegrenzt wurden, fielen die Erträge um ungefähr 210 Mio€.
- Handelsergebnisse aus Eigenen Aktien im Unternehmensbereich CB&S führten zu einer Verringerung von 100 Mio€.
- Überleitungspositionen im Zusammenhang mit der Eliminierung von konzerninternen Mieterträgen verminderten die Erträge um 40 Mio€.
- Der Zinsüberschuss stieg aufgrund von Steuererstattungen beziehungsweise -abgrenzungen für zukünftige und abgeschlossene Steuerprüfungen um 67 Mio€.
- Durch Zahlungen von Versicherungsgesellschaften zwecks Erstattung von Verlusten durch Betriebsunterbrechungen und sonstigen Kosten, die dem Konzern infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten entstanden waren, erhöhten sich die Erträge um 125 Mio€.
- Die übrigen Erträge resultierten aus anderen Corporate Items, die außerhalb der Managementverantwortlichkeit der Segmente liegen.

Aktiva und Risikopositionen enthalten Sachverhalte, die außerhalb der Managementverantwortlichkeit der Segmente lagen, wie zum Beispiel latente Steuern und bereichsübergreifende Abrechnungskonten.

Das durchschnittliche Active Equity unter Consolidation & Adjustments reflektiert den verbleibenden, nicht den Segmenten zugeordneten Eigenkapitalbetrag, wie in dieser Note unter dem Abschnitt „Bemessung von Segmentgewinnen oder -verlusten“ beschrieben wird.

ANGABEN AUF UNTERNEHMENSEBENE

Der Konzern weist die Erträge für Produkt- und Leistungsgruppen nach Konzernbereich auf der Grundlage der Managementbilanzierungssysteme des Konzerns separat aus. Die nachstehenden Tabellen enthalten die Ertragskomponenten der Konzernbereiche CIB und PCAM für die Geschäftsjahre 2007 und 2006.

in Mio €	Corporate and Investment Bank	
	2007	2006
Sales & Trading (Equity)	4.613	4.039
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	8.407	9.016
Sales & Trading insgesamt	13.020	13.055
Emissionsgeschäft (Equity)	861	760
Emissionsgeschäft (Debt)	714	1.331
Emissionsgeschäft insgesamt	1.575	2.091
Beratung	1.089	800
Kreditgeschäft	974	946
Transaction Services	2.585	2.228
Sonstige Produkte	- 151	- 318
Insgesamt	19.092	18.802

in Mio €	Private Clients and Asset Management	
	2007	2006
Portfolio/Fund Management	3.062	3.089
Brokeragegeschäft	2.172	1.910
Kredit-/Einlagengeschäft	3.173	2.774
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	979	899
Sonstige Produkte	742	643
Insgesamt	10.129	9.315

In der nachfolgenden Tabelle sind die Erträge (vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft) nach geografischen Bereichen aufgeführt. Für CIB und PCAM erfolgt die Verteilung auf die Regionen im Wesentlichen nach dem Standort der jeweiligen Konzerngesellschaft, welche die Erträge bilanziell erfasst. Die Angaben zu CI und Consolidation & Adjustments werden nur auf globaler Ebene ausgewiesen, da die Managementverantwortlichkeit für diese Bereiche zentral wahrgenommen wird.

in Mio €	2007	2006
Deutschland:		
CIB	2.921	2.265
PCAM	5.514	4.922
Deutschland insgesamt	8.434	7.187
Europa, Mittlerer Osten und Afrika:		
CIB	7.721	6.836
PCAM	2.816	2.661
Europa, Mittlerer Osten und Afrika insgesamt¹	10.537	9.497
Amerika (insbesondere Vereinigte Staaten):		
CIB	4.628	6.810
PCAM	1.331	1.350
Amerika insgesamt	5.959	8.160
Asien/Pazifik:		
CIB	3.823	2.891
PCAM	468	381
Asien/Pazifik insgesamt	4.291	3.273
CI	1.517	574
Consolidation & Adjustments	7	- 197
Konsolidierte Nettoerträge insgesamt²	30.745	28.494

1 Großbritannien trug in den Geschäftsjahren 2007 und 2006 mehr als 60 % zu diesen Erträgen bei.

2 Die konsolidierten Erträge insgesamt umfassen die Zinserträge, Zinsaufwendungen und die zinsunabhängigen Erträge insgesamt (einschließlich des Provisionsüberschusses). Das Ergebnis ist je nach Standort der bilanzierenden Geschäftsstelle den entsprechenden Ländern zugeordnet. Der Standort eines bilanzierten Geschäfts kann sich von der Hauptgeschäftsstelle beziehungsweise von sonstigen Geschäftsstellen des Kunden und den Standorten unserer Mitarbeiter, welche das Geschäft abgeschlossen beziehungsweise arrangiert haben, unterscheiden. Der Standort eines bilanzierten Geschäfts, an dem unsere Mitarbeiter, unsere Kunden und sonstige Dritte an unterschiedlichen Standorten beteiligt sind, hängt häufig von anderen Erwägungen wie beispielsweise der Art des Geschäfts sowie aufsichtsrechtlichen und abwicklungstechnischen Aspekten ab.

Anhangangaben zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

[3] ZINSÜBERSCHUSS

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten der Zinsen und ähnlichen Erträge sowie der Zinsaufwendungen.

in Mio €	2007	2006
Zinsen und ähnliche Erträge:		
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	1.384	1.358
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	1.090	1.245
Forderungen aus Wertpapierleihen	3.784	3.551
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	45.951	39.195
Zinserträge aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	1.596	1.357
Dividendenerträge aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	200	207
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	10.901	9.344
Sonstige	2.800	2.018
Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt	67.706	58.275
Zinsaufwendungen:		
Verzinsliche Einlagen	17.371	14.025
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	6.869	5.788
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	996	798
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	24.020	22.631
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	2.665	2.708
Langfristige Verbindlichkeiten	4.912	3.531
Hybride Kapitalinstrumente	339	267
Sonstige	1.685	1.519
Zinsaufwendungen insgesamt	58.857	51.267
Zinsüberschuss	8.849	7.008

Die Zinserträge aus wertgeminderten finanziellen Vermögenswerten beliefen sich für das Geschäftsjahr 2007 auf 57 Mio € (2006: 47 Mio €).

[4] PROVISIONSÜBERSCHUSS

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten des Provisionsüberschusses.

in Mio €	2007	2006
Provisionsertrag und -aufwand:		
Provisionsertrag	15.199	13.418
Provisionsaufwand	2.910	2.223
Provisionsüberschuss	12.289	11.195

in Mio €	2007	2006
Provisionsüberschuss:		
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften	3.965	3.911
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts	5.497	4.709
Gebühren für sonstige Dienstleistungen	2.827	2.575
Provisionsüberschuss	12.289	11.195

[5] ERGEBNIS AUS ZUM FAIR VALUE BEWERTETEN FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTEN/ VERPFLICHTUNGEN

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten des Ergebnisses aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen.

in Mio €	2007	2006
Handelsergebnis:		
Sales & Trading (Equity)	3.797	2.441
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	- 427	6.004
Sales & Trading insgesamt	3.370	8.445
Sonstige	548	423
Handelsergebnis insgesamt	3.918	8.868
Ergebnis aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen:		
Aufgliederung nach Kategorie finanzieller Vermögenswerte/Verpflichtungen:		
Forderungen/Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften	- 41	7
Forderungen/Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	33	- 13
Forderungen aus dem Kreditgeschäft und Kreditzusagen	- 570	136
Einlagen	10	- 40
Langfristige Verbindlichkeiten	3.782 ¹	- 47
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen	43	- 19
Ergebnis aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	3.257	24
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	7.175	8.892

¹ Beinhaltet Gewinne in Höhe von 3,5 Mrd € aus strukturierten Verbriefungen, die im Handelsergebnis unter Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) aufgrund von Fair-Value-Anpassungen auf korrespondierende Instrumente ausgeglichen werden. Für weitere Informationen siehe Note [11].

**[6] ZINSÜBERSCHUSS UND ERGEBNIS AUS ZUM FAIR VALUE BEWERTETEN FINANZIELLEN
VERMÖGENSWERTEN/VERPFLICHTUNGEN NACH KONZERNBEREICHEN**

Die Handels- und Risikomanagementaktivitäten des Konzerns schließen erhebliche Aktivitäten in Zinsinstrumenten und zugehörigen Derivaten ein. Nach IFRS werden Zinsen und ähnliche Erträge aus Handelsinstrumenten und aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen (beispielsweise Kupon- und Dividenden-erträge) sowie Refinanzierungskosten für Handelsaktiva als Bestandteil des Zinsüberschusses ausgewiesen. Abhängig von zahlreichen Faktoren, zu denen auch Risikomanagementstrategien gehören, werden die Erträge aus unseren Handelsaktivitäten entweder unter dem Zinsüberschuss oder unter dem Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. Diese Faktoren können von Periode zu Periode unterschiedlich gelagert sein. Um diese Entwicklung geschäftsorientiert analysieren zu können, untergliedern wir die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nicht nach der Art der erzielten Erträge, sondern nach Konzernbereichen beziehungsweise innerhalb des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank nach Produkten.

Die folgende Tabelle zeigt den Zinsüberschuss sowie das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen des Konzerns nach Konzernbereichen beziehungsweise innerhalb des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank nach Produkten.

in Mio €	2007	2006
Zinsüberschuss	8.849	7.008
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	7.175	8.892
Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	16.024	15.900
Aufgliederung nach Konzernbereich/CIB-Produkt:		
Sales & Trading (Equity)	3.117	2.613
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	7.483	8.130
Sales & Trading insgesamt	10.600	10.743
Kreditgeschäft ¹	499	490
Transaction Services	1.297	1.074
Übrige Produkte ²	- 118	435
Corporate and Investment Bank insgesamt	12.278	12.743
Private Clients and Asset Management	3.529	3.071
Corporate Investments	157	3
Consolidation & Adjustments	61	83
Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	16.024	15.900

1 Enthält sowohl die Zinsspanne für Forderungen aus dem Kreditgeschäft als auch die Veränderungen des Fair Value von Credit Default Swaps und zum Fair Value klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.

2 Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie sonstigen Produkten.

[7] ERGEBNIS AUS ZUR VERÄUSSERUNG VERFÜGBAREN FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTEN

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten des Ergebnisses aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten.

in Mio €	2007	2006
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten:		
Ergebnis aus festverzinslichen Wertpapieren:	- 192	24
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen	8	24
Wertminderungen	- 200	-
Wertaufholungen	-	-
Ergebnis aus nicht festverzinslichen Wertpapieren:	944	530
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen	1.004	540
Wertminderungen	- 60	- 10
Ergebnis aus Forderungen aus dem Kreditgeschäft:	- 12	- 2
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen	- 8	- 2
Wertminderungen	- 4	-
Wertaufholungen	-	-
Ergebnis aus sonstigem Anteilsbesitz:	53	39
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen	60	50
Wertminderungen	- 7	- 11
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	793	591

[8] SONSTIGE ERTRÄGE

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten der sonstigen Erträge.

in Mio €	2007	2006
Sonstige Erträge:		
Ergebnis aus als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien	29	43
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf von als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien	8	28
Gewinne/Verluste (-) aus der Veräußerung konsolidierter Tochtergesellschaften	321	52
Gewinne/Verluste (-) aus der Veräußerung von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	44	80
Beiträge im Versicherungsgeschäft ¹	134	47
Übrige sonstige Erträge ²	750	139
Sonstige Erträge insgesamt	1.286	389

1 Versicherungsprämien abzüglich an Rückversicherer gezahlter Prämien.

2 Die 2007 ausgewiesenen übrigen sonstigen Erträge enthielten einen Gewinn von 317 Mio € im Zusammenhang mit der Sale-und-Leaseback-Transaktion für unsere Immobilie 60 Wall Street in New York und 148 Mio € sonstige Erträge aus konsolidierten Investments. Die 2006 ausgewiesenen übrigen sonstigen Erträge beinhalteten die Erstattung von 125 Mio € aus Versicherungsansprüchen in Bezug auf Verluste aus Betriebsunterbrechungen sowie von Kosten, die uns infolge der Terroranschläge in den Vereinigten Staaten am 11. September 2001 entstanden waren.

[9] SACHAUFWAND UND SONSTIGER AUFWAND

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten des Sachaufwands und sonstigen Aufwands.

in Mio €	2007	2006
Sachaufwand und sonstiger Aufwand:		
EDV-Aufwendungen	1.867	1.585
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.347	1.198
Aufwendungen für Beratungsleistungen	1.257	1.203
Kommunikation und Datenadministration	680	634
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation	539	503
Zahlungsverkehr-, Abwicklungs- und Depotdienstleistungen	437	431
Marketingaufwendungen	411	365
Sonstige Aufwendungen	1.416	1.150
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	7.954	7.069

Die sonstigen Aufwendungen beinhalten unter anderem Kosten im Zusammenhang mit regulatorischen Anforderungen, Steuern und Versicherungen, operative Verluste sowie sonstige mitarbeiterbezogene Aufwendungen (zum Beispiel für Weiterbildung, Betriebskantine und andere). Der Anstieg der sonstigen Aufwendungen resultierte hauptsächlich aus Kosten im Zusammenhang mit Akquisitionen und bestimmten konsolidierten Investments.

[10] ERGEBNIS JE AKTIE

Das Ergebnis je Aktie wird mittels Division des den Deutsche Bank Aktionären zurechenbaren Konzernergebnisses durch die durchschnittliche Anzahl der im Berichtsjahr ausstehenden Stammaktien ermittelt. Die durchschnittliche Anzahl der ausstehenden Stammaktien ergibt sich aus dem Durchschnitt der ausgegebenen Stammaktien, vermindert um die durchschnittliche Anzahl an Aktien im Eigenbestand und um die durchschnittliche Anzahl an Aktien, die über Terminkäufe erworben werden, welche durch Lieferung in Aktien erfüllt werden, und zuzüglich noch nicht zugeleiteter unverfallbarer Aktien aus aktienbasierten Vergütungsplänen.

Dem verwässerten Ergebnis je Aktie liegt die Annahme der Wandlung ausstehender Wertpapiere in Stammaktien oder die Ausübung sonstiger Kontrakte zur Emission von Stammaktien wie Aktienoptionen, wandelbaren Schuldtiteln, noch nicht unverfallbaren Aktienrechten und Terminkontrakten zugrunde. Die oben genannten Finanzinstrumente werden bei der Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nur berücksichtigt, wenn sie in dem jeweiligen Berichtszeitraum einen verwässernden Effekt haben.

Die nachfolgende Tabelle beinhaltet die Berechnung des Ergebnisses je Aktie.

in Mio €	2007	2006
Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Konzernergebnis – Zähler zur Berechnung des Ergebnisses je Aktie (basic)	6.474	6.070
Verwässerungseffekt aus:		
Termingeschäften und Optionen	–	– 88
wandelbaren Schuldtiteln	–	3
Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Konzernergebnis nach angenommener Wandlung – Zähler zur Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie	6.474	5.985
Anzahl der Aktien in Mio		
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie	474,2	468,3
Verwässerungseffekt aus:		
Termingeschäften	0,3	23,1
Aktienoptionen aus aktienbasierter Vergütung	1,8	3,4
wandelbaren Schuldtiteln	0,7	1,0
gewährten Aktienrechten	18,6	24,5
Sonstigem (einschließlich Optionen im Handel)	0,5	0,9
Potenziell verwässernde Stammaktien	21,9	52,9
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie	496,1	521,2
in €	2007	2006
Ergebnis je Aktie (basic)	13,65	12,96
Ergebnis je Aktie (verwässert)	13,05	11,48

Zum 31. Dezember 2007 waren die folgenden Instrumente ausstehend und könnten in der Zukunft eine verwässernde Wirkung haben. Diese Instrumente wurden bei der Ermittlung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nicht berücksichtigt, da sie eine nicht verwässernde Wirkung gehabt hätten.

Anzahl der Aktien in Mio	2007	2006
Terminkäufe	39,4	58,6
geschriebene Verkaufsoptionen	0,2	11,7
geschriebene Kaufoptionen	0,7	10,6
gewährte Aktienrechte	0,7	0,5

Anhangangaben zur Bilanz

[11] ZUM FAIR VALUE BEWERTETE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE UND VERPFLICHTUNGEN

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten der zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Handelsaktiva:		
Wertpapiere	449.684	425.123
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	603.059	375.589
Sonstige Handelsaktiva ¹	104.236	75.093
Handelsaktiva insgesamt	1.156.979	875.805
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:		
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	211.142	159.441
Forderungen aus Wertpapierleihen	69.830	62.195
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	21.522	6.226
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	14.630	983
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	317.124	228.845
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.474.103	1.104.650

¹ Einschließlich handelbarer Kredite in Höhe von 102.093 Mio € zum 31.12.2007 (2006: 73.876 Mio €).

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Handelspassiva:		
Wertpapiere	106.225	130.979
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	608.528	392.466
Sonstige Handelspassiva	830	183
Handelspassiva insgesamt	715.583	523.628
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:		
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	184.943	136.068
Kreditzusagen	526	158
Langfristige Verbindlichkeiten	52.327	32.300
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	3.002	2.465
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt	240.798	170.991
Investmentverträge ¹	9.796	–
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	966.177	694.619

¹ Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem Fair Value. Siehe Note [40] für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

ZUM FAIR VALUE KLASSIFIZIERTE KREDITE UND KREDITZUSAGEN

Der Konzern hat unterschiedliche Kreditbeziehungen zum Fair Value klassifiziert. Die Kreditbeziehungen umfassen in Anspruch genommene Kredite und nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Verpflichtungen aus Kreditzusagen. Das maximale Kreditrisiko eines in Anspruch genommenen Kredits entspricht seinem Fair Value. Das maximale Kreditrisiko des Konzerns aus in Anspruch genommenen Krediten und Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihen belief sich 2007 auf 302 Mrd € (2006: 228 Mrd €). Nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Verpflichtungen aus Kreditzusagen können ebenfalls zu einem Kreditrisiko führen.

Das in den zum Fair Value klassifizierten Kreditbeziehungen enthaltene Kreditrisiko wird auf vielerlei Weise gemindert, unter anderem durch den Erwerb von Credit Default Swaps als Kreditsicherungsinstrumente, das Halten von Kreditsicherheiten oder die Emission von Verpflichtungen, die mit dem Kreditrisiko in Verbindung stehen. Das in Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihen enthaltene Kreditrisiko wird durch das Halten von Sicherheiten gemindert.

Zur Reduzierung des Kreditrisikos aus in Anspruch genommenen Krediten und nicht in Anspruch genommenen unwiderruflichen Verpflichtungen aus Kreditzusagen, die zum Fair Value klassifiziert wurden, erwarb der Konzern Credit Default Swaps für Kreditbeziehungen mit einem Nominalwert von 46,8 Mrd € zum 31. Dezember 2007 und 33,8 Mrd € zum 31. Dezember 2006. Der Nominalwert von Kreditderivaten, die zur Reduzierung des Kreditrisikos von in Anspruch genommenen Krediten und nicht in Anspruch genommenen unwiderruflichen Kreditzusagen eingesetzt und die zum Fair Value klassifiziert wurden, betrug 28,1 Mrd € in 2007 (2006: 18,5 Mrd €).

Die der Änderung des Kreditrisikos zurechenbare kumulative Fair-Value-Änderung der in Anspruch genommenen Kredite entsprach einem Verlust von 98,5 Mio € zum 31. Dezember 2007 und einem Gewinn von 21,9 Mio € zum 31. Dezember 2006. Der Fair Value für in Anspruch genommene Kredite reduzierte sich aufgrund des Kreditrisikos im Geschäftsjahr 2007 um 110,6 Mio € (2006: Anstieg um 21,9 Mio €).

Die der Änderung des Kreditrisikos zurechenbare kumulative Fair-Value-Änderung der nicht in Anspruch genommenen unwiderruflichen Kreditzusagen entsprach einem Verlust von 331,7 Mio € zum 31. Dezember 2007 und einem Gewinn von 100 Mio € zum 31. Dezember 2006. Der Fair Value für nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Kreditzusagen reduzierte sich aufgrund des Kreditrisikos im Geschäftsjahr 2007 um 371,7 Mio € (2006: Anstieg um 100 Mio €).

Die der Änderung des Kreditrisikos zurechenbare kumulative Fair-Value-Änderung der Kreditderivate, die zur Reduzierung des Kreditrisikos von in Anspruch genommenen zum Fair Value klassifizierten Krediten eingesetzt wurden, entsprach einem Gewinn von 63,6 Mio € zum 31. Dezember 2007 (2006: Rückgang um 21,3 Mio €). Der Fair Value für diese Kreditderivate stieg aufgrund des Kreditrisikos im Geschäftsjahr 2007 um 80,4 Mio € (2006: Rückgang um 21,3 Mio €).

Die der Änderung des Kreditrisikos zurechenbare kumulative Fair-Value-Änderung der Kreditderivate, die zur Reduzierung des Kreditrisikos von nicht in Anspruch genommenen unwiderruflichen Kreditzusagen eingesetzt und die zum Fair Value klassifiziert wurden, entsprach einem Gewinn von 212,5 Mio € zum 31. Dezember 2007 und einem Verlust von 97,2 Mio € zum 31. Dezember 2006. Der Fair Value stieg aufgrund von Veränderungen des Kreditrisikos im Geschäftsjahr 2007 um 269,3 Mio € (2006: Rückgang um 97,2 Mio €).

Die Fair-Value-Änderung der Kredite und Kreditzusagen, die aus der Änderung des Kontrahentenrisikos resultiert, wird als der nicht auf Veränderungen von Marktrisikobedingungen zurückgehende Anteil der Fair-Value-Änderung bestimmt. Für besicherte Kredite einschließlich Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen dient die erhaltene Kreditsicherheit einer Reduzierung des in diesen Geschäften enthaltenen Kontrahentenrisikos. Die Fair-Value-Änderung, die sich aus dem in den Reverse Repos enthaltenen Kontrahentenrisiko ergab, war aufgrund der erhaltenen Kreditsicherheit unwesentlich.

ZUM FAIR VALUE BEWERTETE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Der Fair Value einer finanziellen Verpflichtung berücksichtigt das Kreditrisiko dieser finanziellen Verpflichtung. Der Fair Value von direkt vom Konzern begebenen strukturierten Schuldverschreibungen und erhaltenen strukturierten Einlagen berücksichtigt das Kreditrisiko des Konzerns. Wenn ein solches Instrument einen notierten Preis auf einem aktiven Markt hat, ist die auf das Kreditrisiko zurückzuführende Veränderung des Fair Value durch den Betrag der Fair-Value-Änderung, der nicht aus Veränderungen von Marktrisikobedingungen resultiert, bestimmt. Hat ein solches

Instrument keinen notierten Preis auf einem aktiven Markt, wird der Fair Value durch eine Bewertungsmethode bestimmt, die das Kreditrisiko durch eine Diskontierung der vertraglich festgelegten Zahlungsströme der Verbindlichkeit auf Basis einer risikoadjustierten Zinskurve, die das Zinsniveau berücksichtigt, zu dem der Konzern am Bilanzstichtag ähnliche Instrumente begeben würde. Die den Änderungen des Kreditrisikos zurechenbare kumulative Fair-Value-Änderung der finanziellen Verpflichtungen, die zum Fair Value klassifiziert wurden, belief sich zum 31. Dezember 2007 auf 17,7 Mio €. Die im Geschäftsjahr 2007 erfolgte Änderung des Fair Value betrug 17,7 Mio €. Während des Geschäftsjahres 2006 gab es keine Änderung der risikoadjustierten Zinskurve aufgrund von Veränderungen des Kreditrisikos des Konzerns.

Für besicherte Verpflichtungen wie Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) dient die hinterlegte Sicherheit einer Reduzierung des in diesen Geschäften enthaltenen Kontrahentenrisikos des Konzerns. Die Fair-Value-Änderung, die sich aus dem in den Repos enthaltenen Kreditrisiko des Konzerns ergab, war aufgrund der hinterlegten Sicherheit unwesentlich.

Das in den nicht in Anspruch genommenen unwiderruflichen Kreditzusagen enthaltene Kreditrisiko entspricht in erster Linie dem Kontrahentenrisiko. Die Fair-Value-Änderung, die dem Kontrahentenrisiko zurechenbar ist, das in nicht in Anspruch genommenen unwiderruflichen Kreditzusagen enthalten war, wurde mit dem Kontrahentenrisiko, das in den in Anspruch genommenen Krediten enthalten war, offengelegt.

Zusätzlich zu den Fair-Value-Änderungen von Verpflichtungen aufgrund von Kreditrisikoänderungen des Konzerns gibt es Fair-Value-Änderungen wegen der Kreditrisikoänderungen auf Verpflichtungen, die von rechtlich eigenständigen Gesellschaften begeben wurden. Diese Veränderungen, die im folgenden Absatz beschrieben werden, sind nicht abhängig vom Kreditrisiko des Konzerns, sondern von dem der rechtlich eigenständigen Einheit. Das Kreditrisiko der rechtlich eigenständigen Einheit ist wiederum von den Sicherheiten, die diese zur Verfügung stellt, beeinflusst.

Bestimmte zum Fair Value klassifizierte Verpflichtungen sind strukturierte Verbriefungen, die durch rechtlich eigenständige SPEs begeben werden. Diese SPEs halten Sicherheiten, schließen Derivatekontrakte ab und begeben Schuldverschreibungen, die mit dem Risiko aus den Sicherheiten und den Derivaten verbunden sind. Die auf das Kreditrisiko zurückzuführende Veränderung des Fair Value ist durch den Betrag der Fair-Value-Änderung, der nicht aus Veränderungen von Marktrisikobedingungen resultiert, bestimmt. Wenn die begebene Schuldverschreibung ein eingebettetes Derivat enthält, wurde die Fair-Value-Änderung, die auf das Kreditrisiko zurückzuführen ist, in der Berechnung nicht berücksichtigt. Das Kreditrisiko in diesen Verpflichtungen bezieht sich überwiegend auf die Fair-Value-Änderung der Sicherheit der Gesellschaft, die auf die Veränderung des Kreditrisikos zurückzuführen ist. Die kumulierte Fair-Value-Änderung aufgrund des in diesen Instrumenten enthaltenen Kreditrisikos betrug zum 31. Dezember 2007 81,2 Mio € (2006: 5,3 Mio €). Der Fair Value für diese Instrumente stieg aufgrund des Kreditrisikos im Geschäftsjahr 2007 um 73,9 Mio € (2006: Anstieg um 5,3 Mio €).

Im Rahmen von strukturierten Verbriefungen halten rechtlich eigenständige Gesellschaften ein Kreditportfolio, Zinsderivate und begeben Schuldverschreibungen. Der Wert der Schuldverschreibungen ist abhängig von den Instrumenten, die eine solche Gesellschaft hält. Der Konzern hält bestimmte von solchen Einheiten begebene Schuldverschreibungen. Einige solcher Gesellschaften wurden vom Konzern gegründet, andere von Dritten. Wie in Note [1] gemäß den „Grundsätzen der Konsolidierung“ beschrieben, werden bestimmte dieser Gesellschaften konsolidiert. Die von diesen Gesellschaften begebenen Kredite werden als Handelsaktiva klassifiziert. Die an Dritte von den konsolidierten Gesell-

schaften begebenen Schuldverschreibungen sind zum Fair Value klassifiziert. Die auf das Kreditrisiko zurückzuführende Veränderung des Fair Value resultiert aus der Fair-Value-Änderung der für den Kredit hinterlegten Sicherheit in der Gesellschaft. Die kumulierte Fair-Value-Änderung aufgrund des in diesen Instrumenten enthaltenen Kreditrisikos betrug zum 31. Dezember 2007 3,5 Mrd €. Der Fair Value für diese Instrumente stieg aufgrund des Kreditrisikos im Geschäftsjahr 2007 um 3,5 Mrd €. Für das Geschäftsjahr 2006 ergab sich bei diesen Instrumenten keine materielle Fair-Value-Änderung aufgrund des Kreditrisikos.

Für die zum Fair Value klassifizierten Verpflichtungen lag der vertragliche Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit zum 31. Dezember 2007 um 29,3 Mrd € und zum 31. Dezember 2006 um 33,8 Mrd € über dem Bilanzwert. Der größte Teil dieser Differenz bezog sich auf nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Kreditzusagen, bei denen für den vertraglichen Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit eine volle Inanspruchnahme der Kreditzusage unterstellt wird.

[12] FAIR VALUE VON FINANZINSTRUMENTEN

FAIR VALUE VON FINANZINSTRUMENTEN, DIE NICHT ZUM FAIR VALUE AUSGEWIESEN WERDEN

Die folgende Tabelle zeigt die ermittelten Fair Values der in der Konzernbilanz ausgewiesenen Finanzinstrumente, gefolgt von einer allgemeinen Beschreibung der Methoden und Annahmen, die der Ermittlung dieser Fair Values zugrunde gelegt wurden.

in Mio €	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value
	31.12.2007		31.12.2006	
Finanzaktiva:				
Barreserve	8.632	8.632	7.008	7.008
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	21.615	21.616	19.199	19.198
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	13.597	13.598	14.265	14.261
Forderungen aus Wertpapierleihen	55.961	55.961	62.943	62.943
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	198.892	199.427	178.524	179.644
Sonstige Aktiva ¹	159.462	159.462	123.716	123.729
Finanzpassiva:				
Einlagen	457.946	457.469	411.916	411.670
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	178.741	178.732	102.200	102.196
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	9.565	9.565	21.174	21.174
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	53.410	53.406	48.433	48.427
Sonstige Passiva ¹	88.742	88.742	85.676	85.679
Langfristige Verbindlichkeiten	126.703	127.223	111.363	112.333
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	6.345	5.765	4.771	4.886

¹ Beinhaltet lediglich finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise Verbindlichkeiten.

Die Beträge in dieser Tabelle werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit dem in Note [1] dargestellten Rechnungslegungsgrundsatz zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

Für kurzfristige Finanzinstrumente, das heißt Finanzinstrumente mit einer Restlaufzeit von bis zu 90 Tagen, wurde als angemessener Fair Value der Bilanzwert angesetzt. Die folgenden Instrumente besitzen überwiegend kurze Laufzeiten.

Aktiva	Passiva
Barreserve	Einlagen
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen
Forderungen aus Wertpapierleihen	Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen
Sonstige Aktiva	Sonstige Passiva

Für Finanzinstrumente mit Restlaufzeiten von mehr als 90 Tagen wurde der Fair Value durch Abzinsung der vertraglichen Cashflows unter Verwendung von Zinssätzen berechnet, die für Aktiva mit ähnlichen Restlaufzeiten hätten erzielt werden können, beziehungsweise, im Fall von Passiva, von Zinssätzen, zu denen entsprechende Verbindlichkeiten mit ähnlichen Restlaufzeiten zum Bilanzstichtag hätten aufgenommen werden können.

Für Kredite wurde der Fair Value durch Abzinsung zukünftiger Cashflows unter Verwendung von Zinssätzen berechnet, zu denen ähnliche Kredite mit den gleichen Restlaufzeiten an Kreditnehmer mit vergleichbarer Bonität hätten vergeben werden können. Darüber hinaus wurde das spezifische Kreditrisiko, einschließlich der werthaltigen Sicherheiten, bei der Ermittlung des Fair Value von Krediten berücksichtigt.

Für Wertpapiere, die mit einer Verpflichtung zur Rückübertragung erworben wurden (Reverse Repos), entliehene Wertpapiere, Wertpapiere, die mit einer Rücknahmeverpflichtung verkauft wurden (Repos), und verliehene Wertpapiere wird der Fair Value durch Abzinsung zukünftiger Cashflows unter Verwendung des entsprechenden, um das Kreditrisiko adjustierten Diskontierungssatzes berechnet.

Der Fair Value langfristiger Verbindlichkeiten und hybrider Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities) wurde auf der Grundlage von Marktpreisen beziehungsweise durch Abzinsung der zu leistenden vertraglichen Cashflows ermittelt. Dabei wurden Zinssätze verwendet, zu denen der Konzern Schuldtitel mit vergleichbarer Restlaufzeit am Bilanzstichtag hätte emittieren können.

ZUM FAIR VALUE BEWERTETE FINANZINSTRUMENTE

Der Konzern nutzt die folgenden Bewertungsmodelle um den Fair Value von Finanzinstrumenten zu bestimmen, die zum Fair Value ausgewiesen werden oder deren Fair Value Änderung im Eigenkapital ausgewiesen wird. Alle zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente des Konzerns haben einen bestimmbaren Fair Value.

Die Fair Values eines wesentlichen Prozentsatzes der Finanzinstrumente des Konzerns basieren auf beobachtbaren Börsenpreisen oder werden aus beobachtbaren Preisen oder Parametern abgeleitet. Die Verfügbarkeit von beobachtbaren Börsenpreisen, Preisen oder Parametern variiert je nach Produkt und Markt und kann sich im Zeitablauf ändern. So sind beispielsweise beobachtbare Börsenpreise, Preise oder Parameter in der Regel für liquide Wertpapiere, börsengehandelte Derivate, Over-the-Counter-Derivate („OTC-Derivate“), die an liquiden Märkten gehandelt werden – wie Zinsswaps, Devisentermingeschäfte und Optionskontrakte in G7-Währungen – ,sowie Aktienswaps und

Optionskontrakte auf notierte Wertpapiere oder Indizes verfügbar. Sind beobachtbare Börsenpreise, Preise oder Parameter verfügbar, kann der Fair Value bestimmt werden, ohne dass Einschätzungen in großem Umfang erforderlich wären. Bewertungsmodelle zur Preisberechnung von Standardswaps wie das Black-Scholes-Modell oder andere Standardmodelle erfordern normalerweise keine Annahmen und Einschätzungen des Managements, da sie in der Branche weit verbreitet und die Bestimmungsgrößen auf aktiven Märkten beobachtbar sind.

Sind keine beobachtbaren Börsenpreise, Preise oder Parameter verfügbar, wird der Fair Value anhand von Bewertungsmodellen ermittelt, die für das jeweilige Instrument angemessen sind. Zu diesen Instrumenten gehören unter anderem handelbare Kredite, neue, komplexe und langfristige OTC-Derivate, Transaktionen in wenig entwickelten oder limitierten Märkten, notleidende Schuldtitel, nicht marktgängige Eigenkapitaltitel, zurückbehaltene Rechte an verbrieften finanziellen Vermögenswerten sowie Private-Equity-Beteiligungen. Die Anwendung von Bewertungsmodellen zur Ermittlung des Fair Value erfordert Annahmen und Einschätzungen des Managements, deren Umfang von der Komplexität und Liquidität des Markts abhängt. Die Bewertungsmethoden umfassen Modelle, die auf der Analyse abgezinster zukünftiger Cashflows beruhen, welche wiederum von geschätzten zukünftigen Cashflows sowie dem angewandten Diskontierungszinssatz abhängen. Bewertungsmodelle für komplexere Produkte beinhalten komplexere Modellierungstechniken, Parameter und Annahmen wie Korrelationen, vorzeitige Tilgung, nicht beobachtbare Ausfallraten und die Größe der Verluste. Die Auswahl und Anwendung angemessener Parameter, Annahmen und Modellierungstechniken erfordern eine Beurteilung durch das Management.

Wertanpassungen sind ein weiterer integraler Bestandteil des Prozesses zur Fair-Value-Bestimmung, bei dem Einschätzungen getroffen werden müssen. Für angemessene Wertanpassungen wendet der Konzern Verfahren an, die Faktoren wie Close-out-Kosten, Liquidität und Kontrahentenrisiko berücksichtigen.

Der Fair Value einer finanziellen Verpflichtung beinhaltet das mit dieser finanziellen Verpflichtung in Verbindung stehende Kreditrisiko des Konzerns. Bei den zum Fair Value klassifizierten Verpflichtungen handelt es sich in erster Linie um strukturierte Finanzinstrumente, die nicht auf einem aktiven Markt notiert werden. Die Berechnung des Fair Value erfolgt mittels einer Bewertungsmethode, die das Kreditrisiko der finanziellen Verpflichtung durch die Abzinsung der vertraglichen Cashflows mithilfe einer risikolosen Zinsstrukturkurve berücksichtigt, die das Niveau widerspiegelt, auf dem der Konzern ähnliche Finanzinstrumente zum Bilanzstichtag begeben würde.

Bei zum Fair Value klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die besichert sind, wie zum Beispiel Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos), werden bonitätsverbessernde Maßnahmen in die Fair-Value-Berechnung mit einbezogen.

Der Konzern hält Vermögensgegenstände, die mit Verbindlichkeiten aus Versicherungsverträgen im Zusammenhang stehen. Der Konzern ist verpflichtet, diese Vermögensgegenstände zu nutzen, um den Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen nachzukommen. Aus diesem Grund wird der Fair Value für die Verbindlichkeiten aus den Versicherungsverträgen, das heißt der Rückkaufswert der Versicherungspolice, durch den Fair Value der Vermögensgegenstände bestimmt.

Der Konzern hat interne Kontrollverfahren für den Bewertungsprozess eingeführt, um die Angemessenheit der angewandten Fair Values sicherzustellen. Basiert der Fair Value auf Bewertungsmodellen, werden die Modellannahmen und -techniken von einem Spezialistenteam unabhängig geprüft. Die Preis- und Parameterangaben, Annahmen und Wertanpassungen werden anhand unabhängiger Quellen verifiziert und unterliegen einer Prüfung. Fehlen beobachtbare Preis- oder Parameterangaben beziehungsweise Annahmen, wird die Angemessenheit des Fair Value anhand von Verfahren ermittelt. Diese Verfahren beinhalten die Prüfung der Bewertungsergebnisse mithilfe geeigneter alternativer Instrumente, die Anwendung von Extrapolationsverfahren und die Berücksichtigung sonstiger Richtgrößen. Durch eine Kalibrierung der Bewertungsergebnisse mit beobachtbaren Marktinstrumenten wird eingeschätzt, ob die Bewertungsmodelle eine Fair-Value-Bestimmung ermöglichen, die den Marktmechanismen entspricht. Diese Verfahren unterliegen der Beurteilung des Managements.

Andere Bewertungskontrollen beinhalten die Prüfung und Analyse der auf täglicher Basis erzielten Gewinne und Verluste, die Validierung von Bewertungsergebnissen durch Ermittlung des Close-out-Gewinns beziehungsweise -Verlusts sowie Value-at-Risk Back-testing. Weitere Informationen zu der Value-at-Risk-Analyse des Konzerns sind in Note [37] des vorliegenden Konzernabschlusses enthalten.

FAIR-VALUE-HIERARCHIE

Die zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente wurden den drei Fair-Value-Kategorien gemäß der IFRS Fair-Value-Hierarchie zugeordnet.

NOTIERTE PREISE IN EINEM AKTIVEN MARKT: Diese Kategorie enthält an wichtigen Börsen gehandelte Eigenkapitaltitel, G7-Staatsanleihen und börsengehandelte Derivate.

BEWERTUNGSVERFAHREN MITTELS BEOBACHTBARER PARAMETER: Diese Kategorie beinhaltet die Mehrheit der OTC-Derivate, Unternehmensanleihen, Forderungen/Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihen sowie der handelbaren Kredite des Konzerns.

BEWERTUNGSVERFAHREN MITTELS NICHT BEOBACHTBARER PARAMETER: Diese Kategorie umfasst komplexere OTC-Derivate, Private-Equity-Beteiligungen, illiquide Kredite und strukturierte Anleihen. Die Parameterangaben für Finanzinstrumente in dieser Kategorie sind nicht beobachtbar und haben einen mehr als unwesentlichen Effekt auf den Fair Value eines Instruments oder die aus dem Instrument erzielten Gewinne und Verluste.

Die folgende Tabelle zeigt den Buchwert der zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente, aufgeteilt auf die drei Kategorien der Fair-Value-Hierarchie. Im Anschluss folgen eine Analyse und Diskussion der Finanzinstrumente, die der dritten Kategorie zugeordnet wurden. Die Beträge in dieser Tabelle werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit dem in Note [1] dargestellten Rechnungslegungsgrundsatz zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

	31.12.2007			31.12.2006		
	Notierte Marktpreise	Auf Marktdaten basierende Bewertungs- methode	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungs- methode	Notierte Marktpreise	Auf Marktdaten basierende Bewertungs- methode	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungs- methode
in Mio €						
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte:						
Wertpapiere	204.247	225.203	20.234	210.666	194.596	19.861
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	21.401	563.160	18.498	17.396	343.957	14.236
Sonstige Handelsaktiva	1.055	62.613	40.568	391	72.456	2.246
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	13.684	297.423	6.017	1.563	224.556	2.726
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	13.389	26.376	2.529	15.209	20.614	2.214
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ¹	560	1.667	- 5	478	2.076	105
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt:	254.336	1.176.442	87.841	245.703	858.255	41.388
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen:						
Wertpapiere	100.630	4.976	619	108.956	19.434	2.589
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	24.723	567.263	16.542	21.285	360.669	10.512
Sonstige Handelspassiva	21	300	509	-	183	-
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	1.454	233.944	5.400	2.247	166.286	2.458
Investmentverträge ²	-	9.796	-	-	-	-
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen ¹	-	3.763	- 3	57	4.573	280
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt:	126.828	820.042	23.067	132.545	551.145	15.839

1 Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag nicht zum Fair Value bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird, werden unter sonstigen zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. Zum Zweck dieser Angabe wird das getrennt ausgewiesene eingebettete Derivat auf verschiedene Fair-Value-Kategorien aufgeteilt.

2 Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem Fair Value. Siehe Note [40] für nähere Informationen zu diesen Verträgen

ANALYSE DER FINANZINSTRUMENTE MIT EINEM FAIR VALUE, DER MIT HILFE VON BEWERTUNGSMODELLEN ERMITTELT WURDE, DIE WESENTLICHE NICHT BEOBACHTBARE PARAMETER ENTHALTEN

Zu einigen Finanzinstrumenten dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie bestehen identische oder ähnliche kompensierende Positionen bezüglich der nicht beobachtbaren Parameter. Trotzdem ist es gefordert, diese als Bruttoforderungen und -verbindlichkeiten in der oben gezeigten Tabelle aufzuführen.

WERTPAPIERE DES HANDELSBESTANDS: Wertpapiere des Handelsbestands werden in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie ausgewiesen, wenn einige der wesentlichen Risiken in diesen Papieren nicht in aktuellen Markttransaktionen beobachtbar sind und es keine vergleichbaren Instrumente gibt, die zur Berechnung des Fair Value in einer engen Spannbreite herangezogen werden können. Dies ist der Fall, wenn nur selten Transaktionen in diesen Wertpapieren stattfinden, Marktpreise nicht zur Verfügung stehen und die Märkte für diese Wertpapiere somit illiquide sind. Unter diesen Umständen wird der Fair Value mithilfe von Bewertungsmodellen bestimmt, bei denen einige der Parameter nicht beobachtbar sind.

Bestimmte illiquide Unternehmensanleihen aus Schwellenländern und illiquide strukturierte Unternehmensanleihen sind in dieser Kategorie enthalten. Zusätzlich enthält diese Kategorie bestimmte Anleihen, die von Gesellschaften zum Zwecke der Verbriefung emittiert wurden, Commercial Mortgage-backed Securities, Collateralized Debt Obligation Securities („CDO“) und andere Asset-backed Securities.

Der Anstieg der Wertpapiere im Handelsbestand in dieser Kategorie im laufenden Jahr ist hauptsächlich auf bestimmte Asset-backed Securities und Anleihen, die von Gesellschaften zum Zweck der Verbriefung emittiert wurden, verursacht, da die Liquidität der Märkte zurückging. Daraus resultierten verminderte Handelsaktivitäten in diesen Instrumenten. Daher standen auch weniger vergleichbare Instrumente zur Verfügung, was wiederum die in Bewertungsmodellen verwendeten beobachtbaren Parameter reduzierte.

POSITIVE UND NEGATIVE MARKTWERTE AUS DERIVATIVEN FINANZINSTRUMENTEN: Derivate, die dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie zugeordnet sind, sind im Hinblick auf ihren Aufbau oder in Bezug auf das Basisinstrument von komplexer Natur. Die Bewertungsmodelle für solche Derivate beinhalten einen oder mehrere wesentliche nicht beobachtbare Parameter. Diese Parameter umfassen bestimmte Kredit-, Aktien- und Währungskorrelationen, bestimmte langfristige Volatilitäten sowie bestimmte Annahmen über Tilgungen. Zusätzlich können diese Parameter bestimmte Kreditaufschläge und andere transaktionsspezifische Angaben umfassen.

Die folgenden Derivate sind in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie enthalten: kundenspezifische CDO Derivate, deren zugrunde liegender Referenzpool nicht mit vergleichbaren Indices, die an regulären Märkten gehandelt werden, vergleichbar ist. Alle CDO Squared Derivatives (CDOs, deren Underlying aus Obligationen anderer CDOs besteht) sowie bestimmte Optionen, deren Volatilität nicht beobachtbar ist. Bestimmte Basket Options, in denen die Korrelationen zwischen den referenzierten Basiswerten (Aktiva) nicht beobachtbar sind, langfristige Zinsoptionsderivate und Multifremdwährungsderivate sowie bestimmte Credit Default Swaps, für die die Risikoaufschläge nicht beobachtbar sind.

Im Geschäftsjahr 2007 wurde der Anstieg der Derivate, die dieser Kategorie in der Fair-Value-Hierarchie zugeordnet wurden, im Wesentlichen durch Credit Default Swaps auf Asset-backed Securities verursacht, deren Kreditaufschläge durch die rückläufige Liquidität am Markt nicht beobachtbar waren. Ansonsten blieben die nicht beobachtbaren Parameter der Bewertungsmodelle für Derivate weitgehend unverändert, da die Liquidität auf den meisten Märkten bestehen blieb.

SONSTIGE HANDELSINSTRUMENTE: Die sonstigen Handelsinstrumente umfassen hauptsächlich handelbare Kredite. Handelbare Kredite werden dieser Kategorie zugerechnet, wenn keine notierten Marktpreise verfügbar sind, kein angemessenes Vergleichsinstrument besteht und die Bewertungsmodelle wesentliche nicht beobachtbare Parameter enthalten.

Der Anstieg der Kreditvolumina in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie im Geschäftsjahr 2007 war insbesondere im Geschäft mit Leveraged Loans und mit verbrieften Wohnungsbaukrediten zu beobachten. Dort gingen die Liquidität und die zugehörigen Marktinformationen zurück.

ZUM FAIR VALUE KLASSIFIZIERTE VERMÖGENSWERTE/VERPFLICHTUNGEN: Bestimmte Unternehmenskredite und strukturierte Verbindlichkeiten, welche zum Fair Value klassifiziert wurden, sind in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie enthalten. Die zum Fair Value klassifizierten Unternehmenskredite werden bewertet, indem in die Bewertungsmodelle Risikoaufschläge, Rückzahlungswahrscheinlichkeiten und der Ausnutzungsgrad mit einbezogen werden. Handelt es sich bei den Krediten um Kredite im Rahmen revolvingender Kreditzusagen, dann ist der Parameter „Ausnutzungsgrad“ als wesentlich und nicht beobachtbar anzusehen. Daher werden solche Kredite dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie zugeordnet. Die Veränderung im Jahresvergleich ist auf die zunehmende Zahl der Vermögenswerte zurückzuführen, die zum Fair Value klassifiziert wurden, aber auch auf das Ausmaß der revolvingenden Kreditzusagen, die am Ende der Periode in Anspruch genommen waren. Es gab keinen bemerkenswerten Rückgang in der Beobachtbarkeit der Parameter für die Bewertung von Unternehmenskrediten, die zum Fair Value klassifiziert wurden.

Darüber hinaus enthielten bestimmte emittierte Hybridanleihen, die zum Fair Value klassifiziert wurden, eingebettete Derivate mit wesentlichen nicht beobachtbaren Parametern, welche Volatilitäten einzelner Aktien sowie Aktienkorrelationen umfassen. Der Anstieg der Positionen in solchen Instrumenten im Geschäftsjahr 2007 war im Wesentlichen auf zusätzliche Anleihen, die zum Fair Value klassifiziert wurden, statt auf einen Rückgang von beobachtbaren Parametern zurückzuführen.

ZUR VERÄUSSERUNG VERFÜGBARE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE: Bestimmte nicht börsennotierte Eigenkapitalinstrumente werden in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie ausgewiesen, wenn es keine angemessenen Vergleichsinstrumente gibt und der Markt als illiquide angesehen wird.

SENSITIVITÄTSANALYSE DER NICHT BEOBACHTBAREN PARAMETER

Wenn der Wert eines Finanzinstruments auf nicht beobachtbaren Parametern basiert, kann der präzise Wert dieser Parameter aus einer weiten Spannweite von angemessenen möglichen Alternativen ausgewählt werden. Beim Erstellen des Konzernabschlusses wurden die Parameter aus dieser Spannweite mithilfe von Beurteilungen durch das Management, die auf bestehenden Marktgegebenheiten beruhen und dem Bewertungskontrollprozess des Konzerns unterliegen, ausgewählt. Wenn der Konzern zum 31. Dezember 2007 alle nicht beobachtbaren Parameter gleichzeitig so verändert hätte, dass sie die äußeren Werte der Spannweite umfassen, wäre der ausgewiesene Fair Value um bis zu 3,0 Mrd € gestiegen oder hätte sich um bis zu 2,0 Mrd € verringert. Zum 31. Dezember 2006 wäre der Fair Value um bis zu 1,3 Mrd € gestiegen oder um bis zu 631 Mio € gesunken. Um diese Auswirkungen zu berechnen, nutzt der Konzern einen Ansatz, der auf seiner Methode zur Anpassung von Bewertungen basiert.

UNREALISIERTE GEWINNE UND VERLUSTE

Unrealisierte Gewinne und Verluste sind die Erträge und Verluste, die bereits in der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst werden, für die aber noch keine Barmittel aufgrund einer Realisierung geflossen sind. Der unrealisierte Gewinn aus Finanzinstrumenten in der dritten Kategorie der Fair-Value-Hierarchie belief sich im Geschäftsjahr 2007 auf 4,0 Mrd €. Im Geschäftsjahr 2006 wurde für Finanzinstrumente in der dritten Kategorie der Fair-Value-Hierarchie ein Verlust in Höhe von 48 Mio € ausgewiesen. Der unrealisierte Gewinn und Verlust ist nicht ausschließlich auf die nicht beobachtbaren Parameter zurückzuführen. Viele der Parameter, die zur Bewertung der Finanzinstrumente in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie herangezogen werden, sind beobachtbar und somit basiert die Veränderung der unrealisierten Gewinne und Verluste auf Veränderungen dieser beobachtbaren Parameter im Laufe der Periode. Viele der Positionen in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie sind ökonomisch durch Finanzinstrumente abgesichert, die den anderen Kategorien der Fair-Value-Hierarchie zugeordnet sind.

ERFASSUNG DES „TRADE DATE PROFIT“

Soweit im Einklang mit dem in Note [1] beschriebenen Rechnungslegungsgrundsatz des Konzerns für Bewertungsmodelle in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Informationen verwendet werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis und jeglicher am Handelstag durch Anwendung des Bewertungsmodells ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Veränderung der Abgrenzung des Trade Date Profit, der am Handelstag durch Anwendung der nicht auf Marktdaten basierenden Bewertungsmethode für Finanzinstrumente, die zum Fair Value bewertet wurden, entstand. Die Bestände setzen sich vorwiegend aus Derivaten zusammen.

in Mio €	2007	2006
Anfangsbestand	473	503
Neue Geschäfte während der Periode	426	271
Abschreibungen	- 132	- 40
Endfällige Geschäfte	- 53	- 94
Nachträgliche Veränderung der Beobachtbarkeit	- 186	- 168
Wechselkursänderungen	- 7	1
Endbestand	521	473

[13] ZUR VERÄUSSERUNG VERFÜGBARE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE

Die folgende Tabelle zeigt den Fair Value von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Festverzinsliche Wertpapiere:		
Deutsche öffentliche Emittenten	2.466	2.879
US-Treasury und US-Regierungsbehörden	1.349	1.348
US-Kommunalbehörden	273	1
Sonstige ausländische staatliche Emittenten	3.347	3.247
Unternehmen	7.753	7.217
Sonstige Asset-backed Securities	6.847	6.633
Mortgage-backed Securities, einschließlich Schuldverschreibungen von US-Bundesbehörden	3.753	4.182
Sonstige festverzinsliche Wertpapiere	4.631	1.065
Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	30.419	26.572
Nicht festverzinsliche Wertpapiere:		
Aktien	7.934	7.294
Investmentanteile	306	519
Nicht festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	8.240	7.813
Sonstiger Anteilsbesitz	1.204	1.182
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	2.431	2.470
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte insgesamt	42.294	38.037

[14] NACH DER EQUITY METHODE BILANZIERTE BETEILIGUNGEN

Beteiligungen an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen werden grundsätzlich nach der Equity Methode bilanziert, sofern sie nicht als zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte klassifiziert sind. Zwei assoziierte Unternehmen wurden zum 31. Dezember 2007 unter den zum Verkauf bestimmten Vermögenswerten ausgewiesen. Siehe auch Note [22].

Am 31. Dezember 2007 waren folgende Beteiligungen wesentlich – sie repräsentierten 75 % des Buchwerts der nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen.

Beteiligung ¹	Anteil am Kapital
AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt	26,89 %
Beijing Guohua Real Estate Co., Ltd., Peking	30,00 %
Compañía Logística de Hidrocarburos CLH, S.A., Madrid ²	5,00 %
DB Global Masters (Fundamental Value Trading II) Fund Ltd, George Town	27,88 %
DB Phoebus Lux S.à.r.l., Luxemburg ³	74,90 %
Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG, Berlin	45,51 %
Discovery Russian Realty Paveletskaia Project Ltd., George Town	33,33 %
DMG & Partners Securities Pte. Ltd., Singapur	49,00 %
Fincasa Hipotecaria, S.A. de C.V. Sociedad Financiera de Objeto Limitado, Mexiko Stadt	49,00 %
Fondo Immobiliare Chiuso Piramide Globale, Mailand	42,45 %
Force 2005–1 Limited Partnership, St. Helier	40,00 %
Gemeng International Energy Group Company Limited, Taiyuan ²	19,00 %
Hanoi Building Commercial Joint Stock Bank, Hanoi ²	10,00 %
K&N Kenanga Holdings Bhd, Kuala Lumpur ²	16,55 %
Ligusterfonds, Amsterdam	25,85 %
Makkolli Trading Ltd, Hamilton	45,00 %
MFG Flughafen-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. BETA KG, Grünwald	25,03 %
Mountaineer Natural Gas Trust, Wilmington	50,00 %
Paternoster Limited, Douglas	30,99 %
PX Holdings Limited, Stockton on Tees	43,00 %
Redwood Russia PLP1 Limited, St. Helier	40,10 %
Rongde Asset Management Company Limited, Peking	40,70 %
RREEF America REIT III, Inc., Chicago ²	9,67 %
RREEF Global Opportunities Fund II LLC, Wilmington ²	9,90 %
STC Capital YK, Tokio	50,00 %
SWIP Multi Manager Global Real Estate Fund, London	24,70 %
SWIP Property Trust, London	37,38 %
SWIP UK Income Fund, London	35,99 %
SWIP UK Smaller Cos, London	34,24 %
VCG Venture Capital Gesellschaft mbH & Co. Fonds III KG, München	36,98 %

1 Alle wesentlichen nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen sind assoziierte Unternehmen.

2 Der Konzern übt über Positionen in Aufsichtsgremien oder durch andere Maßnahmen einen maßgeblichen Einfluss auf das Beteiligungsunternehmen aus.

3 Der Konzern hat keinen beherrschenden Einfluss auf das Beteiligungsunternehmen.

Die folgende Tabelle zeigt eine Zusammenfassung der aggregierten Finanzinformationen der wesentlichen nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Summe der Aktiva	22.107	20.062
Summe der Verbindlichkeiten	13.272	12.113
Erträge	2.368	2.344
Gewinn/Verlust (-)	528	1.195

Die nachstehende Tabelle zeigt das Ergebnis aus allen nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen.

in Mio €	2007	2006
Ergebnis aus den nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen:		
Anteiliges Ergebnis der Beteiligungsunternehmen	358	207
Gewinne/Verluste (-) aus der Veräußerung von Beteiligungen ¹	9	217
Wertminderungen	- 14	- 5
Ergebnis aus den nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen insgesamt	353	419

¹ Gewinne/Verluste aus der Veräußerung von Beteiligungen enthielten in 2006 einen Gewinn von 131 Mio € aus der Veräußerung der restlichen Beteiligung an der EUROHYPO AG.

Es gab keine anteiligen unrealisierten Verluste aus den nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen, weder in 2007 noch kumuliert.

Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen mit einem Buchwert von 160 Mio € zum 31. Dezember 2007 (zum 31. Dezember 2006: 219 Mio €), für die veröffentlichte Preisnotierungen vorlagen, wiesen einen gesamten Fair Value von 168 Mio € auf (2006: 228 Mio €).

Der Konzern ist keinen signifikanten Verpflichtungen aus Eventualverbindlichkeiten der Beteiligungsgesellschaften ausgesetzt.

Sowohl im Geschäftsjahr 2007 als auch im Geschäftsjahr 2006 unterlag keine der Beteiligungsgesellschaften Transferbeschränkungen hinsichtlich Zahlungen in Form von Dividenden oder der Rückzahlung von Krediten.

[15] FORDERUNGEN AUS DEM KREDITGESCHÄFT

Die nachfolgende Übersicht stellt die Zusammensetzung der Forderungen aus dem Kreditgeschäft nach Branchen dar.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Banken und Versicherungen	12.850	12.364
Verarbeitendes Gewerbe	16.067	13.727
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	25.323	25.925
Private Haushalte – Hypothekenkredite	45.540	43.658
Öffentliche Haushalte	5.086	4.153
Handel	8.916	10.515
Gewerbliche Immobilien	16.476	14.042
Leasingfinanzierungen	3.344	3.290
Sonstige	67.086	52.644
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, brutto	200.689	180.318
Abgegrenzte Aufwendungen (-)/unrealisierte Erträge	92	124
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, abzüglich abgegrenzter Aufwendungen (-)/unrealisierter Erträge	200.597	180.194
Abzüglich Wertberichtigungen für Kreditausfälle	1.705	1.670
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	198.892	178.524

Weitere Informationen zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft finden sich in der Note [37].

[16] RISIKOVORSORGE IM KREDITGESCHÄFT

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft setzt sich aus Wertberichtigungen für Kreditausfälle und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft zusammen.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle für die angegebenen Zeiträume.

in Mio €	2007			2006		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	985	684	1.670	1.124	708	1.832
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	146	505	651	16	336	352
Nettoabschreibungen	- 149	- 378	- 527	- 116	- 328	- 444
Abschreibungen	- 244	- 508	- 752	- 272	- 460	- 732
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	95	130	225	156	132	288
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-
Wechselkursänderungen/Sonstige	- 52	- 36	- 88	- 39	- 32	- 70
Bestand am Jahresende	930	775	1.705	985	684	1.670

Die nachstehende Tabelle zeigt die Veränderungen in den Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft des Konzerns, die sich aus Eventualverbindlichkeiten und ausleihebezogenen Zusagen zusammensetzen.

in Mio €	2007			2006		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	127	129	256	184	132	316
Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	- 32	- 6	- 38	- 56	2	- 53
Veränderungen des Konsolidierungskreises	7	3	10	1	-	1
Wechselkursänderungen	- 1	- 8	- 8	- 2	- 5	- 7
Bestand am Jahresende	101	118	219	127	129	256

[17] AUSBUCHUNG VON FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTEN

Die Rechnungslegungsgrundsätze des Konzerns für die Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten sowie für die Bilanzierung im Rahmen eines fortgeführten Engagements werden in Note [1] beschrieben.

Der Konzern tritt in Transaktionen ein, bei denen er zuvor erfasste finanzielle Vermögenswerte wie festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und Forderungen des Handelsbestands überträgt, bei denen er aber alle wesentlichen mit diesen Vermögenswerten verbundenen Risiken und Chancen zurückbehält. Infolgedessen werden diese Vermögenswerte nicht ausgebucht, sondern als besicherte Kreditvergabe („Secured Financing“) bilanziert. Vom Konzern abgeschlossene Transaktionen dieser Art sind vor allem Wertpapierpensionsgeschäfte (Repos) und Wertpapierleihen und Total-Return-Swap-Geschäfte. Bei diesen Transaktionen behält der Konzern im Wesentlichen alle Kredit-, Aktienkurs-, Zins- und Währungsrisiken zurück, die mit den Vermögenswerten und den daraus resultierenden Ergebnissen verbunden sind.

Die folgende Tabelle zeigt die Arten der übertragenen Vermögenswerte, die nicht für eine Ausbuchung qualifizieren, die zugrunde liegenden Transaktionen und die damit verbundenen Verbindlichkeiten.

Buchwert der übertragenen Vermögenswerte	31.12.2007	31.12.2006
in Mio €		
Nicht ausgebuchte Wertpapiere des Handelsbestands aus:		
Wertpapierpensionsgeschäften	170.538	86.655
Wertpapierleihen	30.884	48.558
Total Return Swaps	4.871	3.024
Wertpapiere des Handelsbestands insgesamt	206.293	138.237
Sonstige Handelsaktiva:	176	2.830
Insgesamt	206.469	141.067
Buchwert der damit verbundenen Verbindlichkeit	168.772	98.367

Vermögenswerte werden in der Regel im Rahmen eines fortgeführten Engagements bilanziert, wenn der Konzern Ansprüche auf Cashflows aus einem Vermögenswert beibehält, weiterhin einem aus dem übertragenen Vermögenswert resultierenden Ausfallrisiko ausgesetzt bleibt oder Derivatekontrakte mit Verbriefungsgesellschaften eingeht.

Die folgende Tabelle enthält weitere Angaben zum Buchwert der übertragenen Vermögenswerte, in denen der Konzern ein fortgeführtes Engagement eingegangen ist. Die mit dem übertragenen Vermögenswert verbundene Verbindlichkeit entspricht etwa dem Vermögenswert, der weiterhin erfasst wird.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Buchwert der übertragenen ursprünglichen Vermögenswerte		
Wertpapiere des Handelsbestands	9.052	6.522
Sonstige Handelsaktiva	3.695	1.257
Buchwert der weiterhin bilanzierten Vermögenswerte		
Wertpapiere des Handelsbestands	6.489	5.615
Sonstige Handelsaktiva	1.062	345

[18] ALS SICHERHEIT VERPFÄNDETE UND ERHALTENE VERMÖGENSWERTE

Der Konzern verpfändet Vermögenswerte als Sicherheit für Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensions- und -leihegeschäften. Diese Geschäfte werden in der Regel zu handelsüblichen, in Standardverträgen für durch Wertpapiere unterlegte Leihegeschäfte festgelegten Bedingungen ausgeführt. Zusätzlich verpfändet der Konzern Vermögenswerte im Rahmen von sonstigen Leihegeschäften und als Sicherheitsleistungen für Verbindlichkeiten aus OTC-Derivategeschäften. Der Buchwert der vom Konzern als Sicherheit verpfändeten Vermögenswerte stellt sich wie folgt dar.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	436	119
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	199.696	129.057
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	866	973
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	14.846	12.434
Sachanlagen	183	249
Insgesamt	216.027	142.832

In der Konzernbilanz gesondert ausgewiesene verpfändete Vermögenswerte, bei denen der Sicherungsnehmer das vertragliche Recht oder Gewohnheitsrecht besitzt, die Sicherheit zu veräußern oder weiterzuverpfänden, sind in diesen Werten enthalten. Am 31. Dezember 2007 belief sich ihr Wert auf 158 Mrd € (2006: 87 Mrd €).

Zum 31. Dezember 2007 hat der Konzern Sicherheiten mit einem Fair Value von 462 Mrd € (2006: 389 Mrd €) aus Wertpapierpensions- und -leihegeschäften, Derivategeschäften, Krediten gegen Wertpapiersicherheiten und anderen Transaktionen erhalten. Diese Geschäfte werden in der Regel zu Bedingungen, die für standardisierte durch Wertpapiere unterlegte Leihegeschäfte und für die sonstigen beschriebenen Transaktionen üblich sind, ausgeführt. Der Konzern hat als Sicherungsnehmer das Recht zur Veräußerung oder Weiterverpfändung der erhaltenen Sicherheiten, sofern er bei Beendigung der Transaktion gleichwertige Wertpapiere zurückgibt.

Von diesen Sicherheiten waren zum 31. Dezember 2007 438 Mrd € (2006: 355 Mrd €) veräußert oder verpfändet, um insbesondere Leerverkäufe sowie Wertpapierpensions- und -leihegeschäfte zu bedienen.

[19] SACHANLAGEN

in Mio €	Eigengenutzte Immobilien	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Einbauten in gemieteten Räumen	Anlagen im Bau	Insgesamt
Anschaffungskosten:					
Bestand zum 1. Januar 2006	2.564	2.342	1.314	73	6.293
Veränderung des Konsolidierungskreises	45	13	2	–	60
Zugänge	249	202	73	82	606
Reklassifizierung	3	7	28	–41	–3
Reklassifizierung in zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	–	–	–	–	–
Abgänge	127	159	45	2	333
Wechselkursänderungen/Sonstige	–90	–59	–33	–1	–183
Bestand zum 31. Dezember 2006	2.644	2.346	1.339	111	6.440
Veränderung des Konsolidierungskreises	–219	10	26	–	–183
Zugänge	26	353	209	87	675
Reklassifizierung	–2	10	78	–69	17
Reklassifizierung in zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	62	10	–	–	72
Abgänge	742	312	145	2	1.201
Wechselkursänderungen/Sonstige	–103	–100	–63	–3	–269
Bestand zum 31. Dezember 2007	1.542	2.297	1.444	124	5.407
Kumulierte Abschreibungen und Wertminderungen:					
Bestand zum 1. Januar 2006	700	1.746	619	–	3.065
Veränderung des Konsolidierungskreises	3	8	1	–	12
Abschreibungen	53	217	139	–	409
Wertminderungen	–	1	–	–	1
Wertaufholungen	–	–	–	–	–
Reklassifizierung	–1	–	–12	–	–13
Reklassifizierung in zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	–	–	–	–	–
Abgänge	29	149	32	–	210
Wechselkursänderungen/Sonstige	–14	–41	–10	–	–65
Bestand zum 31. Dezember 2006	712	1.782	705	–	3.199
Veränderung des Konsolidierungskreises	39	–1	1	–	39
Abschreibungen	65	224	142	–	431
Wertminderungen	1	1	10	–	12
Wertaufholungen	–	–	–	–	–
Reklassifizierung	–3	–	24	–	21
Reklassifizierung in zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	49	8	–	–	57
Abgänge	190	250	65	–	505
Wechselkursänderungen/Sonstige	–14	–90	–38	–	–142
Bestand zum 31. Dezember 2007	561	1.658	779	–	2.998
Bilanzwert:					
Zum 31. Dezember 2006	1.932	564	634	111	3.241
Zum 31. Dezember 2007	981	639	665	124	2.409

Die im Geschäftsjahr 2007 in den „Sachaufwendungen und sonstige Aufwendungen“ ausgewiesenen Wertminderungen resultieren hauptsächlich aus der Renovierung der Konzernzentrale (Taunusanlage) in Frankfurt.

Die Buchwerte von Sachanlagen, die einer Verkaufsrestriktion unterliegen, beliefen sich zum 31. Dezember 2007 auf 149 Mio €.

[20] LEASINGVERHÄLTNISSE

Der Konzern tritt als Leasingnehmer für Sachanlagen auf.

FINANZIERUNGSLEASINGVERHÄLTNISSE

Die folgende Tabelle zeigt den Nettobuchwert für die jeweilige Anlageklasse, die im Rahmen der Finanzierungsleasingverhältnisse gehalten wird.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Grundstücke und Gebäude	97	179
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3	4
Sonstige	–	–
Buchwert am Jahresende	100	183

Darüber hinaus hat der Konzern Untermietverträge mit einem Volumen von 309 Mio € zum 31. Dezember 2007 und 369 Mio € zum 31. Dezember 2006 abgeschlossen, die als Finanzierungsleasing klassifiziert werden.

Die nachfolgende Tabelle enthält die künftigen Mindestmietzahlungen aus den Finanzierungsverhältnissen des Konzerns.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Künftige Mindestleasingzahlungen		
bis 1 Jahr	199	123
1 bis 5 Jahre	186	358
länger als 5 Jahre	347	427
Künftige Mindestleasingzahlungen insgesamt	732	908
Abzüglich Zinsanteil	282	323
Barwert der Mindestleasingzahlungen aus Finanzierungsleasing	450	585

Die Summe der künftigen Mindestzahlungen aus Untermietverhältnissen, deren Erhalt aufgrund von unkündbaren Untermietverhältnissen erwartet wird, belief sich zum Bilanzstichtag 2007 auf 421 Mio € (2006: 437 Mio €). Zum 31. Dezember 2007 betragen die in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung ausgewiesenen bedingten Mietzahlungen 0,4 Mio €.

OPERATING-LEASING-VERHÄLTNISSE

Die nachfolgende Tabelle enthält die künftigen Mindestmietzahlungen aus den Operating-Leasing-Verhältnissen des Konzerns.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Künftige Mindestleasingzahlungen		
bis 1 Jahr	639	564
1 bis 5 Jahre	1.789	1.588
länger als 5 Jahre	1.815	1.112
Künftige Mindestleasingzahlungen insgesamt	4.243	3.264
Abzüglich Leasingeinnahmen aus Weitervermietung (Mindestbetrag)	253	330
Nettomindestleasingzahlungen	3.990	2.934

Im Geschäftsjahr 2007 wurden im Rahmen von Miet- und Untermietverhältnissen insgesamt 708 Mio € gezahlt, davon wurden 752 Mio € für Mindestleasingzahlungen zuzüglich 21 Mio € für bedingte Mietzahlungen geleistet, abzüglich erhaltener Zahlungen aus Untermietverhältnissen in Höhe von 64 Mio €.

[21] GOODWILL UND SONSTIGE IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE

GOODWILL

VERÄNDERUNGEN DES GOODWILL

Der Bilanzwert des Goodwill sowie die Bruttobeträge und die kumulierten Wertminderungen des Goodwill haben sich in den Geschäftsjahren 2007 und 2006 pro Segment wie folgt entwickelt.

in Mio €	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Corporate Investments	Insgesamt
Bestand zum 1. Januar 2006	3.383	485	2.837	240	100	7.045
Zugänge	171	–	419	235	33	858
Umbuchungen	–	1	–	–1	–	–
Abgänge, die nicht als zum Verkauf bestimmt klassifiziert werden	–	–	–1	–1	–	–2
Wertminderungen ¹	–	–	–	–	–31	–31
Wechselkursänderungen/Sonstige	–326	–38	–218	–3	–15 ²	–600
Bestand zum 31. Dezember 2006	3.228	448	3.037	470	87	7.270
Bruttobetrag des Goodwill	3.228	448	3.037	470	294	7.477
Kumulierte Wertminderungen	–	–	–	–	–207	–207
Bestand zum 1. Januar 2007	3.228	448	3.037	470	87	7.270
Anpassungen von im Vorjahr erworbenem Goodwill zum Erwerbszeitpunkt	–	–	–	–8	–	–8
Zugänge	177	3	–	514	–	694
Abgänge, die nicht als zum Verkauf bestimmt klassifiziert werden	–	–	–26	–	–34	–60
Wertminderungen ¹	–	–	–	–	–54	–54
Wechselkursänderungen/Sonstige	–329	–35	–242	–5	1	–610
Bestand zum 31. Dezember 2007	3.076	416	2.769	971	–	7.232
Bruttobetrag des Goodwill	3.076	416	2.769	971	261	7.493
Kumulierte Wertminderungen	–	–	–	–	–261	–261

¹ Wertminderungen auf Goodwill werden als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung ausgewiesen.

² Einschließlich einer Minderung des Goodwill um 13 Mio € im Zusammenhang mit in den vorangegangenen Geschäftsjahren erfolgten Abschreibungen für zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte.

Im Geschäftsjahr 2007 ist der wesentliche Zugang beim Goodwill im Bereich Private & Business Clients auf die Übernahme der Berliner Bank zurückzuführen, auf die ein Beitrag von 508 Mio€ entfiel. Der wesentliche Zugang beim Goodwill im Bereich Corporate Banking & Securities steht im Zusammenhang mit der Akquisition von MortgageIT Holdings Inc., auf die ein Beitrag von 149 Mio€ entfiel.

Im Geschäftsjahr 2006 ist der wesentliche Zugang beim Goodwill im Bereich Asset and Wealth Management auf die Übernahme von Tilney Group Limited zurückzuführen, auf die ein Beitrag von 419 Mio€ entfiel. Während im Bereich Private & Business Clients die Akquisition der norisbank zu einem Goodwill von 230 Mio€ führte, trug die Übernahme der restlichen 60 % an der United Financial Group („UFG“) im Bereich Corporate Banking & Securities 166 Mio€ zum Goodwill bei.

Im ersten Quartal 2007 wurde eine Werthaltigkeitsprüfung des Goodwill im Bereich Corporate Investments durchgeführt, nachdem der Bereich einen Gewinn von 178 Mio€ im Zusammenhang mit seiner nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligung an der Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG realisiert hatte. Diese Prüfung ergab eine Wertminderung des Goodwill von insgesamt 54 Mio€.

Im Geschäftsjahr 2006 wurde im Konzernbereich Corporate Investments eine Wertminderung des Goodwill in Höhe von 31 Mio€ verzeichnet. Diese Wertminderung stand im Zusammenhang mit einer Private-Equity-Beteiligung in Brasilien, die nicht in die zahlungsmittelgenerierende Einheit integriert war. Die Wertminderung war auf Änderungen der lokalen Gesetzgebung zurückzuführen, durch die bestimmte Geschäftsaktivitäten eingeschränkt wurden. Der Fair Value abzüglich Verkaufskosten der Beteiligung wurde auf Basis einer Discounted-Cashflow-Methode ermittelt.

WERTHALTIGKEITSPRÜFUNG DES GOODWILL

Goodwill wird für die Überprüfung der Werthaltigkeit den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugewiesen, wobei die Geschäftsbereichsebene, auf der Goodwill für interne Managementzwecke überwacht wird, berücksichtigt wird. Als zahlungsmittelgenerierende Einheiten des Konzerns gelten demzufolge Global Markets und Corporate Finance im Segment Corporate Banking & Securities, Global Transaction Banking, Asset Management und Private Wealth Management im Segment Asset and Wealth Management sowie Private & Business Clients und Corporate Investments. Zum Jahresende 2007 wiesen sechs dieser sieben Einheiten Goodwill aus. Die Bilanzwerte des Goodwill für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 in den einzelnen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten, die unter der Ebene der Segmente liegen, sind in der folgenden Tabelle dargestellt.

	Global Markets	Corporate Finance	Corporate Banking & Securities insgesamt	Asset Manage- ment	Private Wealth Manage- ment	Asset and Wealth Manage- ment insgesamt
in Mio €						
Zum 31. Dezember 2006	2.148	1.080	3.228	1.963	1.074	3.037
Zum 31. Dezember 2007	2.098	978	3.076	1.794	975	2.769

Der Goodwill wird im vierten Quartal jedes Geschäftsjahres auf seine Werthaltigkeit hin überprüft, indem der erzielbare Betrag jeder zahlungsmittelgenerierenden Einheit, die Goodwill ausweist, mit deren Bilanzwert verglichen wird. Der Bilanzwert einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit ergibt sich aus dem Betrag an Eigenkapital, der einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugeordnet wird. Dabei werden auch die Höhe des Goodwill sowie nicht abzu-

schreibende immaterielle Vermögenswerte einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit berücksichtigt. Der erzielbare Betrag entspricht dem jeweils höheren Wert aus dem Fair Value einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit abzüglich Verkaufskosten und dem Nutzungswert. Die jährliche Werthaltigkeitsprüfung des Goodwill für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 führte zu keiner Wertminderung, da der erzielbare Betrag für alle zahlungsmittelgenerierenden Einheiten höher war als ihr entsprechender Bilanzwert.

Die folgenden Abschnitte erläutern, wie der Konzern den erzielbaren Betrag seiner zahlungsmittelgenerierenden Einheiten, die Goodwill ausweisen, ermittelt. Ferner werden Informationen über bestimmte wesentliche Annahmen gegeben, die das Management für die Ermittlung des erzielbaren Betrags zugrunde legt.

ERZIELBARER BETRAG

Der Konzern ermittelt den erzielbaren Betrag aller zahlungsmittelgenerierenden Einheiten auf der Grundlage des Fair Value abzüglich Verkaufskosten. Da beobachtbare Marktpreise für die zahlungsmittelgenerierenden Einheiten des Konzerns nicht regelmäßig verfügbar sind, basiert der Fair Value auf den verfügbaren Informationen, die am ehesten den Betrag widerspiegeln, welchen der Konzern bei einem Verkauf zu Marktbedingungen unter sachverständigen und vertragswilligen Parteien nach Abzug der Veräußerungskosten erzielen könnte. Dazu zählen Informationen zu Transaktionen und Marktwerten der jüngeren Vergangenheit, die für gleichartige Vermögenswerte oder Gruppen von Vermögenswerten in der maßgeblichen Branche beziehungsweise dem maßgeblichen Markt vorliegen, sowie Bewertungsmethoden wie Discounted-Cashflow-Berechnungen (DCF-Berechnungen).

Für die meisten zahlungsmittelgenerierenden Einheiten des Konzerns wird der Fair Value auf der Grundlage von DCF-Berechnungen ermittelt. Für Asset Management wird der Fair Value auf Basis von Marktmultiplikatoren einer entsprechenden Gruppe von Vergleichsunternehmen für verschiedene geschäftsspezifische Kenngrößen (wie Ertrags- und Kurs-Gewinn-Multiplikatoren) bestimmt. In diesem Fall wird der Fair Value auf der Grundlage der DCF-Berechnung für die Validierung der Ergebnisse des multiplikatorgestützten Verfahrens berücksichtigt.

Bei der DCF-Methode wendet der Konzern ein den Besonderheiten des Bankgeschäfts und dessen aufsichtsrechtlichem Umfeld angepasstes Dividendendiskontierungsmodell (Dividend Discount Model, DDM) an. Mithilfe des Modells wird der Barwert der geschätzten zukünftigen Ergebnisse berechnet, die nach Erfüllung der entsprechenden aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen an die Anteilseigner ausgeschüttet werden können.

Das DDM basiert auf Ergebnisprognosen auf der Grundlage von Finanzplänen, die vom Management für einen Dreijahreszeitraum beschlossen wurden. Zum Zweck der Werthaltigkeitsprüfung des Goodwill werden die beschlossenen Pläne um zwei weitere Jahre extrapoliert, um ein nachhaltiges Niveau für das geschätzte zukünftige Ergebnis zu ermitteln, welches auf den Barwert abgezinst wird. Die Schätzung der zukünftigen Ergebnisse erfordert eine Beurteilung der bisherigen und tatsächlichen Performance sowie der voraussichtlichen Entwicklungen der entsprechenden Märkte und des gesamtwirtschaftlichen Umfelds. Bei Ergebnisprognosen über den ursprünglichen Fünfjahreszeitraum hinaus wird von einem konstanten Anstieg ausgegangen. Grundlage hierfür ist eine langfristige Wachstumsrate, die auf den Erwartungen für die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und der Inflationsrate basiert. Der Barwert dieser Ergebnisprognosen wird mithilfe einer ewigen Rente erfasst.

Die auf dieser Grundlage ermittelten Fair Values werden darüber hinaus der Sicht von Marktteilnehmern gegenübergestellt. Dies erfolgt zum Beispiel mittels der von Aktienanalysten durchgeführten Bewertungen des Konzerns und seiner Segmente.

WESENTLICHE ANNAHMEN UND SENSITIVITÄTEN

Der Fair Value einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit reagiert sensibel auf den Diskontierungszinssatz, der den Ergebnisprognosen zugrunde gelegt wird, sowie in deutlich geringerem Maße auf die langfristige Wachstumsrate. Die angewandten Diskontierungszinssätze wurden auf Basis des Capital Asset Pricing Model ermittelt, das einen risikolosen Zinssatz, eine Marktrisikoprämie und einen Faktor für das systematische Risiko (Beta-Faktor) beinhaltet. Die Werte für den risikolosen Zinssatz, die Marktrisikoprämie und die Betafaktoren werden mithilfe externer Informationsquellen festgelegt. Geschäftsspezifische Betafaktoren basieren auf den Daten einer entsprechenden Gruppe von Vergleichsunternehmen. Schwankungen der vorgenannten Komponenten könnten sich auf die Berechnung der Diskontierungszinssätze auswirken. Die im Geschäftsjahr 2007 auf die zahlungsmittelgenerierenden Einheiten angewandten Diskontierungszinssätze liegen zwischen 9,6 % und 10,5 %.

SENSITIVITÄTEN: Bei der Validierung der für die zahlungsmittelgenerierenden Einheiten ermittelten Fair Values werden die wesentlichen Werttreiber jeder zahlungsmittelgenerierenden Einheit jährlich überprüft. Zusätzlich wurden die für das DDM und das Marktmultiplikatoren-Modell herangezogenen wesentlichen Annahmen wie beispielsweise Diskontierungszinssatz und langfristige Wachstumsrate einer Sensitivitätsprüfung unterzogen, um die Belastbarkeit der Fair Values zu testen. Vor diesem Hintergrund ist das Management der Auffassung, dass realistische Änderungen der wesentlichen Annahmen für die Ermittlung des erzielbaren Betrags der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten des Konzerns nicht zu einer Wertminderung führen.

SONSTIGE IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE

Sonstige immaterielle Vermögenswerte werden in selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, die ausschließlich intern entwickelte Software umfassen, und erworbene immaterielle Vermögenswerte unterteilt. Erworbene immaterielle Vermögenswerte werden weiter in abzuschreibende und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögenswerte aufgeteilt.

Die folgende Tabelle zeigt die Veränderungen bei den sonstigen immateriellen Vermögenswerten nach Anlageklassen in den Geschäftsjahren 2007 und 2006.

	Selbst erstellte immaterielle Vermögens- werte	Erworbene immaterielle Vermögenswerte							
		Abzuschreibende				Nicht abzuschreibende			
		Software	Kunden- bezogene immaterielle Vermögens- werte	Wert des erworbenen Versiche- rungs- geschäfts	Sonstige	Abzuschrei- bende erworbene immaterielle Vermö- genswerte insgesamt	Rechte aus Vermögens- verwaltungs- verträgen im Publikums- fondsgeschäft	Sonstige	Nicht abzuschrei- bende erworbene immaterielle Vermögens- werte insgesamt
in Mio €									
Anschaffungs-/Herstellungskosten:									
Bestand zum 1. Januar 2006	391	215	–	436	651	978	8	986	2.028
Zugänge	9	30	–	39	69	–	–	–	78
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	174	–	15	189	–	–	–	189
Abgänge	8	–	–	51	51	–	–	–	59
Reklassifizierungen in zum Verkauf bestimmt	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Wechselkursänderungen	–23	–19	–	–22	–41	–101	–	–101	–165
Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Bestand zum 31. Dezember 2006	369	400	–	417	817	877	8	885	2.071
Zugänge	32	122	–	48	170	–	3	3	205
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	40	912	19	971	–	–	–	971
Abgänge	–	–	–	28	28	–	–	–	28
Reklassifizierungen in zum Verkauf bestimmt	–	–	–	4	4	–	–	–	4
Wechselkursänderungen	–27	–28	–49	–20	–97	–91	–	–91	–215
Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Bestand zum 31. Dezember 2007	374	534	863	432	1.829	786	11	797	3.000
Kumulierte Abschreibungen und Wertminderungen:									
Bestand zum 1. Januar 2006	329	82	–	321	403	–	–	–	732
Abschreibungen für das Geschäftsjahr	28	28	–	33	61	–	–	–	89 ¹
Abgänge	7	–	–	48	48	–	–	–	55
Reklassifizierungen in zum Verkauf bestimmt	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Wertminderungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Wertaufholungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Wechselkursänderungen	–16	–7	–	–14	–21	–	–	–	–37
Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Bestand zum 31. Dezember 2006	334	103	–	292	395	–	–	–	729
Abschreibungen für das Geschäftsjahr	17	57	8	31	96	–	–	–	113 ²
Abgänge	–	–	–	19	19	–	–	–	19
Reklassifizierungen in zum Verkauf bestimmt	–	–	–	3	3	–	–	–	3
Wertminderungen	–	2	–	3	5	74	–	74	79 ³
Wertaufholungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Wechselkursänderungen	–23	–13	–	–14	–27	–	–	–	–50
Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Bestand zum 31. Dezember 2007	328	149	8	290	447	74	–	74	849
Bilanzwert:									
zum 31. Dezember 2006	35	297	–	125	422	877	8	885	1.342
zum 31. Dezember 2007	46	385	855	142	1.382	712	11	723	2.151

1 Davon 75 Mio € in Sachaufwand und sonstiger Aufwand und 14 Mio € in Provisionsüberschuss enthalten. Letzteres bezog sich auf die Abschreibung von Ansprüchen aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen.

2 Davon 98 Mio € in Sachaufwand und sonstiger Aufwand und 15 Mio € in Provisionsüberschuss enthalten. Letzteres bezog sich auf die Abschreibung von Ansprüchen aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen.

3 Davon wurden 74 Mio € als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte und 5 Mio € in Sachaufwand und sonstiger Aufwand erfasst.

ABZUSCHREIBENDE IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE

Die Zugänge zu sonstigen immateriellen Vermögenswerten sind im Wesentlichen auf die Akquisition von Abbey Life Assurance Limited zurückzuführen. Infolge dieser Akquisition wurde der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts in Höhe von 912 Mio€ aktiviert. Dieser spiegelt den Barwert der zukünftigen Zahlungsströme eines Portfolios langfristiger Versicherungs- und Investmentverträge wider. Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts wird abgeschrieben. Der Abschreibungszeitraum endet voraussichtlich im Jahr 2036 (weitere Informationen sind in Note [1] und in Note [40] enthalten).

Im Geschäftsjahr 2007 wurden Wertminderungen auf erworbene Software und kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte von 3 Mio€ beziehungsweise 2 Mio€ als Sachaufwand und sonstiger Aufwand in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Die Wertminderung auf die erworbene Software wurde im Bereich Asset and Wealth Management erfasst und die Wertminderung auf kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte wurde im Bereich Global Transaction Banking erfasst.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden in der Regel linear über ihre Nutzungsdauer abgeschrieben (mit Ausnahme des Werts des erworbenen Versicherungsgeschäfts, wie in Note [1] und in Note [40] erläutert, und der Ansprüche aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen). Ansprüche aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen werden proportional über den erwarteten Zeitraum, in dem die Erträge aus der Verwaltung anfallen, abgeschrieben. Die folgende Tabelle zeigt die Nutzungsdauer der verschiedenen Anlageklassen.

	Nutzungsdauer in Jahren
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte:	
Software	1–3
Erworbene immaterielle Vermögenswerte:	
Kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte	1–20
Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts	1–29
Sonstige	1–30

NICHT ABZUSCHREIBENDE IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE

Mehr als 98 % beziehungsweise 712 Mio€ der nicht abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerte beziehen sich auf das Publikumsfondsgeschäft des Konzerns in den USA und werden der zahlungsmittelgenerierenden Einheit Asset Management zugewiesen. Diese Vermögensverwaltungsverträge im Publikumsfondsgeschäft räumen DWS Scudder das ausschließliche Recht ein, eine Vielzahl von Investmentfonds für einen bestimmten Zeitraum zu verwalten. Da eine Verlängerung dieser Verträge einfach ist, die dafür anfallenden Kosten minimal sind und die Verträge bereits häufig verlängert wurden, rechnen wir in absehbarer Zukunft nicht mit einer Beendigung der Verträge. Die Rechte für die Verwaltung der zugrunde liegenden Vermögenswerte dürften für einen unbegrenzten Zeitraum Cash-flows generieren. Die immateriellen Vermögenswerte wurden im Geschäftsjahr 2002 zum Zeitpunkt der Akquisition von Zurich Scudder Investments, Inc. durch den Konzern von unabhängiger Seite zum Fair Value bewertet.

Im vierten Quartal 2007 wurden Wertminderungen in Höhe von 74 Mio€ als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Diese Wertminderungen betreffen Vermögensverwaltungsverträge im Publikumsfondsgeschäft im Segment Asset and Wealth Management. Die Wertminderungen resultierten aus dem Rückgang sowohl laufender als auch künftiger operativer Ergebnisse und Cashflows aus Vermögensverwaltungsverträgen bezüglich bestimmter Geschlossener Fonds und Lebensversicherungsfonds, die von Zurich Scudder Investments, Inc. erworben worden waren. Die erzielbaren Beträge der Vermögenswerte wurden auf der Grundlage des Fair Value abzüglich Verkaufskosten ermittelt. Da Marktpreise für diese Vermögenswerte nicht verfügbar sind, basiert der Fair Value auf den verfügbaren Informationen, die am ehesten den Betrag widerspiegeln, welchen der Konzern bei einem Verkauf zu Marktbedingungen unter sachverständigen und vertragswilligen Parteien nach Abzug der Veräußerungskosten erzielen könnte. Demzufolge wurde der Fair Value anhand des Ertragswertverfahrens („Income Approach“) auf der Grundlage einer Discounted-Cashflow-Methode nach Steuern (Residualwertmethode) ermittelt.

[22] ZUM VERKAUF BESTIMMTE VERMÖGENSWERTE

Zum 31. Dezember 2007 hatte der Konzern drei Veräußerungsgruppen (zwei Tochtergesellschaften und einen konsolidierten Fonds) sowie mehrere langfristige Vermögenswerte zum Verkauf bestimmt. Der Konzern hat die betreffenden Aktiva und Passiva unter Sonstige Aktiva und Sonstige Passiva ausgewiesen und mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert oder Fair Value, vermindert um Veräußerungskosten, bewertet. Im Geschäftsjahr 2007 führte dies zu einem Aufwand von 2 Mio€, der im Vorsteuerergebnis des Konzernbereichs Corporate Investments (CI) ausgewiesen wurde.

Zwei der drei Veräußerungsgruppen waren dem Unternehmensbereich Asset and Wealth Management (AWM) zugeordnet. Dabei handelt es sich zum einen um eine in Italien ansässige Lebensversicherungsgesellschaft, für die im Dezember 2007 ein Verkaufsvertrag unterzeichnet wurde. Der Abschluss der Transaktion wird für das erste Halbjahr 2008 erwartet. Die zweite Veräußerungsgruppe bezieht sich auf einen Immobilienfonds in Nordamerika, der im ersten Quartal 2008 platziert werden soll. Die dritte Veräußerungsgruppe – eine Tochtergesellschaft in CI – war bereits zum 31. Dezember 2006 zum Verkauf bestimmt. Da in 2007 Umstände eintraten, die vorher für unwahrscheinlich erachtet wurden, wurde die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2007 nicht verkauft. Der Verkauf wird für das Geschäftsjahr 2008 erwartet.

Die zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte umfassten zwei in Nordamerika gehaltene Alternative Investments in AWM, mehrere Bürogebäude in CI und im Unternehmensbereich Private & Business Clients (PBC) sowie Grundbesitz aus Rettungserwerben in Nordamerika im Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities (CB&S). Es ist geplant, diese Vermögenswerte im Geschäftsjahr 2008 zu verkaufen.

Zum 31. Dezember 2006 waren neben der oben genannten Tochtergesellschaft in CI zwei nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen in CI zum Verkauf bestimmt. Dies führte zu einem Abschreibungsaufwand von 2 Mio€. Außerdem waren zwei nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen in CB&S als zur Veräußerung gehalten klassifiziert. Die letztgenannten vier Beteiligungen wurden in 2007 verkauft.

Nachfolgend sind die wesentlichen Komponenten der vom Konzern zum Verkauf bestimmten Vermögenswerte zum 31. Dezember 2007 sowie zum 31. Dezember 2006 dargestellt.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	417	–
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ¹	675	45
Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	871	169
Sachanlagen	15	–
Sonstige Aktiva	864	195
Summe der zum Verkauf bestimmten Aktiva	2.842	409
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	417	–
Langfristige Verbindlichkeiten	294	–
Sonstige Verbindlichkeiten	961	149
Summe der zum Verkauf bestimmten Verbindlichkeiten	1.672	149

1 Zum 31. Dezember 2007 waren minus 12 Mio € direkt im Eigenkapital ausgewiesen (2006: 2 Mio €).

[23] SONSTIGE AKTIVA UND PASSIVA

Die folgenden Tabellen zeigen die Zusammensetzung der sonstigen Aktiva und Passiva.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Sonstige Aktiva:		
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Forderungen aus Bar- und Ausgleichszahlungen	34.277	25.258
Forderungen aus Prime-Brokerage-Geschäften	44.389	26.090
Forderungen aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	14.307	11.109
Forderungen aus Wertpapierkassageschäften	58.186	51.543
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	151.159	114.000
Forderungen aus Zinsabgrenzungen	7.549	6.127
Sonstige	24.189	18.894
Sonstige Aktiva insgesamt	182.897	139.021

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Sonstige Passiva:		
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Verbindlichkeiten aus Bar- und Ausgleichszahlungen	17.029	15.170
Verbindlichkeiten aus Prime-Brokerage-Geschäften	39.944	29.136
Verbindlichkeiten aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	12.535	8.347
Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften	58.901	54.936
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	128.409	107.589
Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen	6.785	6.148
Sonstige	36.315	30.392
Sonstige Passiva insgesamt	171.509	144.129

[24] EINLAGEN

Die Einlagen setzen sich wie folgt zusammen.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Unverzinsliche Sichteinlagen	30.187	30.353
Verzinsliche Einlagen		
Sichteinlagen	144.349	113.540
Termineinlagen	236.071	231.403
Spareinlagen	47.339	36.620
Verzinsliche Einlagen insgesamt	427.759	381.563
Summe der Einlagen	457.946	411.916

[25] RÜCKSTELLUNGEN

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der einzelnen Rückstellungsarten im Geschäftsjahr 2007.

in Mio €	Operationelle Risiken/ Rechts- streitigkeiten	Sonstige	Insgesamt ¹
Bestand zum 1. Januar 2007	919	593	1.512
Veränderungen des Konsolidierungskreises	15	- 32	- 17
Zuführungen zu Rückstellungen	266	362	628
Verwendungen von Rückstellungen	- 382	- 310	- 692
Auflösungen von Rückstellungen	- 139	- 143	- 282
Effekte aus Wechselkursveränderungen/Änderung des Diskontierungssatzes	- 62	- 11	- 73
Bestand zum 31. Dezember 2007	617	459	1.076

¹ Für die übrigen in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen wird auf Note [16] des Konzernabschlusses verwiesen, in der die Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft offengelegt werden.

RÜCKSTELLUNGEN FÜR OPERATIONELLE RISIKEN UND RECHTSRISIKEN

Der Konzern definiert das operationelle Risiko als den potenziellen Eintritt von Verlusten im Zusammenhang mit Mitarbeitern, Technologie, Projekten, Vermögenswerten sowie den Beziehungen zu Kunden, anderen Dritten oder Aufsichtsbehörden, die unter anderem durch unvorhersehbare Ereignisse, Geschäftsunterbrechung, unangemessen definierte oder fehlgeschlagene Prozesse beziehungsweise einen Ausfall von Kontrollmechanismen und Systemen ausgelöst werden.

Infolge der Charakteristik seiner Geschäftsaktivitäten ist der Konzern in Deutschland und in einer Reihe von anderen Ländern, darunter den Vereinigten Staaten, in Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördliche Verfahren verwickelt, wie sie im normalen Geschäftsverlauf vorkommen können. Gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften bildet der Konzern für potenzielle Verluste aus ungewissen Verbindlichkeiten, einschließlich ungewisser Verbindlichkeiten bezüglich dieser Verfahren, Rückstellungen, wenn der potenzielle Verlust wahrscheinlich und schätzbar ist. Ungewisse Verbindlichkeiten in Bezug auf rechtliche Verfahren unterliegen zahlreichen Unwägbarkeiten. Das Ergebnis der einzelnen Verfahren kann nicht mit Gewissheit vorhergesagt werden. Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung von ungewissen Verbindlichkeiten erfordern Einschätzungen in großem Umfang. Die endgültigen Verbindlichkeiten des Konzerns können hiervon letztlich erheblich abweichen. Die bilanzierten Gesamtverbindlichkeiten des Konzerns bezüglich Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördlicher Verfahren

werden auf Basis der Einzelfälle festgelegt und sind eine Einschätzung der wahrscheinlichen Verluste unter Berücksichtigung des Fortgangs der einzelnen Verfahren, der Erfahrungen des Konzerns sowie der Erfahrungen Dritter in vergleichbaren Fällen und der Gutachten und Einschätzungen von Rechtsberatern. Obwohl die endgültige Erledigung dieser Fälle wesentliche Auswirkungen auf das Geschäftsergebnis des Konzerns für einen bestimmten Berichtszeitraum haben kann, ist der Konzern der Überzeugung, dass seine Gesamtfinanzlage davon nicht wesentlich beeinflusst werden wird. Der Konzern schätzt in Bezug auf die nachstehend dargestellten Rechtsstreitigkeiten, von denen ein Großteil eine Anzahl von Einzelverfahren umfasst, dass alle damit zusammenhängenden möglichen Verluste, welche gebildete Rückstellungen übersteigen, entweder nicht wesentlich oder nicht bestimmbar sind.

Im Folgenden werden die wesentlichen Rechtsstreitigkeiten des Konzerns näher beschrieben.

STEUERBEZOGENE FINANZPRODUKTE. Die Deutsche Bank AG, einige mit ihr verbundene Unternehmen sowie jetzige und frühere Mitarbeiter (gemeinsam als „Deutsche Bank“ bezeichnet) sind Beklagte in einer Reihe von Rechtsstreitigkeiten mit Kunden im Zusammenhang mit steuerbezogenen Geschäften. Die Deutsche Bank hat für diese Kunden, die von verschiedenen Wirtschaftsprüfern, Rechtsanwälten und Finanzberatern beraten wurden, Finanzprodukte und -dienstleistungen bereitgestellt. Die Kunden haben aufgrund dieser Geschäfte Steuervorteile gegenüber den US-Steuerbehörden geltend gemacht, die jedoch von diesen nicht anerkannt wurden. Die Kunden behaupten, die Deutsche Bank und die professionellen Berater hätten sie unzulässigerweise dahin gehend irreführt, dass die geltend gemachten Steuervorteile von den US-Steuerbehörden anerkannt würden. Die Klageverfahren sind bei verschiedenen Bundes- und einzelstaatlichen Gerichten sowie vor Schiedsgerichten in den USA anhängig und beziehen sich sowohl auf die Verletzung von Bundesrecht als auch des Rechts einzelner Bundesstaaten. Es handelt sich sowohl um Einzelklagen als auch um angebliche Sammelklagen. Gegenüber der Deutschen Bank ist keine Klägergruppe (Litigation Class) zugelassen worden. Etwa 59 Verfahren wurden beigelegt und durch Klageabweisung beendet. Rund 28 weitere Verfahren sind noch gegen die Deutsche Bank anhängig und befinden sich in verschiedenen Vorverhandlungsphasen (Pre-trial Stages) einschließlich der wechselseitigen Auskunftserteilung (Discovery).

Das US-Justizministerium (Department of Justice – „DOJ“) führt außerdem strafrechtliche Ermittlungen wegen steuerbezogener Geschäfte durch, die etwa zwischen 1997 und 2001 durchgeführt wurden. In diesem Zusammenhang hat das DOJ von der Deutschen Bank verschiedene Unterlagen und andere Informationen angefordert und das Handeln verschiedener Personen und Unternehmen, einschließlich der Deutschen Bank, bei diesen Geschäften untersucht. Im zweiten Halbjahr 2005 erhob das DOJ gegen zahlreiche Personen Anklage wegen ihrer Beteiligung an steuerbezogenen Geschäften, als sie bei anderen Unternehmen als der Deutschen Bank beschäftigt waren. Ebenfalls im zweiten Halbjahr 2005 schloss das DOJ mit einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (die „Wirtschaftsprüfungsgesellschaft“) eine Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung (Deferred Prosecution Agreement), wonach das DOJ von der Strafverfolgung gegen die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wegen ihrer Beteiligung an verschiedenen steuerbezogenen Geschäften unter der Bedingung absieht, dass die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung erfüllt. Am 14. Februar 2006 gab das DOJ bekannt, dass es mit einem Finanzinstitut (das „Finanzinstitut“) eine Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung abgeschlossen hat, wonach das DOJ von der Strafverfolgung gegen das Finanzinstitut wegen dessen Rolle bei der Erbringung von Finanzprodukten und -dienstleistungen unter der Bedingung absieht, dass das Finanzinstitut die Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung erfüllt. Die Deutsche Bank hat ähnliche Finanzprodukte und -dienstleistungen für gleiche oder ähnliche steuerbezogene Geschäfte bereitgestellt wie diejenigen, die Gegenstand der oben genannten strafrechtlichen Vorwürfe sind. Die Deutsche Bank hat auch Finanzprodukte und -dienstleistungen für weitere steuerbezogene Geschäfte bereitgestellt. Die Ermittlungen des DOJ dauern an.

KIRCH. Im Mai 2002 erhob Dr. Leo Kirch aus behauptetem eigenem und abgetretenem Recht zweier ehemals zur Kirch Gruppe gehörender Unternehmen, der PrintBeteiligungs GmbH und der Konzernholdinggesellschaft Taurus Holding GmbH & Co. KG., Klage gegen Dr. Rolf-E. Breuer und die Deutsche Bank und machte geltend, eine Äußerung von Dr. Breuer (seinerzeit Vorstandssprecher der Deutschen Bank), die dieser in einem Interview mit Bloomberg TV am 4. Februar 2002 zur Kirch-Gruppe gemacht hatte, sei rechtswidrig und habe Kirch finanziell geschädigt. Am 24. Januar 2006 hat der BGH dieser Schadensersatzfeststellungsklage, die nicht den Nachweis eines durch die Interviewäußerung verursachten Vermögensschadens voraussetzt, nur aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH stattgegeben. Die PrintBeteiligungs GmbH ist die einzige Gesellschaft des Kirch-Konzerns, die seinerzeit Kreditnehmerin der Deutschen Bank war. Ansprüche von Herrn Dr. Kirch persönlich und der Taurus Holding GmbH & Co. KG wurden abgewiesen. Um einen Zahlungstitel gegen die Deutsche Bank zu erhalten, musste Dr. Kirch ein neues Verfahren anstrengen. Im Mai 2007 erhob er Klage aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH gegen die Deutsche Bank und Dr. Breuer auf Bezahlung von circa 1,6 Mrd € zum Zeitpunkt der Klageeinreichung (der Betrag hängt unter anderem von der Entwicklung des Börsenkurses der Aktie der Axel Springer AG ab) nebst Zinsen. In diesen Verfahren muss er im Einzelnen nachweisen, dass und in welcher Höhe der PrintBeteiligungs GmbH durch die Äußerung ein finanzieller Schaden entstanden ist. Nach Meinung des Konzerns ist die Kausalität für Grund und Höhe des geltend gemachten Schadens in der Klageschrift jedoch nicht ausreichend dargelegt worden.

Am 31. Dezember 2005 erhob die KGL Pool GmbH Klage gegen die Deutsche Bank und Dr. Breuer. Die KGL Pool GmbH hat sich angebliche Ansprüche diverser Tochtergesellschaften des Kirch-Konzerns abtreten lassen. Die Klage zielt auf die Feststellung einer gesamtschuldnerischen Schadensersatzpflicht der Deutschen Bank und von Dr. Breuer wegen jenes Interviews und des Verhaltens der Deutschen Bank in Bezug auf verschiedene Unternehmen des Kirch-Konzerns. Im Dezember 2007 erweiterte die KGL Pool GmbH ihre Klage um einen Antrag auf Zahlung von Schadensersatz in Höhe von etwa 2,1 Mrd € nebst Zinsen als Entschädigung für behauptete Schäden, die zwei Unternehmen der ehemaligen Kirch-Gruppe angeblich aufgrund der Äußerung von Dr. Breuer erlitten hätten. Nach Meinung des Konzerns besteht für solche Ansprüche mangels einer entsprechenden Vertragsbeziehung zu irgendeiner dieser Gesellschaften keine Grundlage. Im Übrigen ist die Kausalität für Grund und Höhe des geltend gemachten Schadens in der Klageschrift nicht ausreichend dargelegt worden.

SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN

Sonstige Rückstellungen umfassen verschiedene personalunabhängige Rückstellungen, die nicht in den sonstigen speziellen Rückstellungen erfasst werden, einschließlich Restrukturierungsrückstellungen. Restrukturierungsrückstellungen werden im Zusammenhang mit Akquisitionen sowie der Umstrukturierung von Geschäftsaktivitäten aufgestellt. Die sonstigen Kosten beinhalten, unter anderem, insbesondere Aufwendungen für Kündigungen von Mietverträgen und damit verbundene Kosten.

[26] SONSTIGE KURZFRISTIGE GELDAUFNAHMEN

Die nachstehende Tabelle enthält eine Zusammenfassung der sonstigen kurzfristigen Geldaufnahmen des Konzerns.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen:		
Commercial Paper	31.187	34.250
Sonstige	22.223	14.183
Summe der sonstigen kurzfristigen Geldaufnahmen	53.410	48.433

[27] LANGFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN UND HYBRIDE KAPITALINSTRUMENTE (TRUST PREFERRED SECURITIES)

LANGFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN

Die folgende Tabelle fasst die langfristigen Verbindlichkeiten des Konzerns, gegliedert nach vertraglichen Laufzeiten, zusammen.

Restlaufzeiten in Mio €	Fällig in 2008	Fällig in 2009	Fällig in 2010	Fällig in 2011	Fällig in 2012	Fällig nach 2012	Insgesamt 31.12.2007	Insgesamt 31.12.2006
Vorrangige Verbindlichkeiten:								
Anleihen und Schuldverschreibungen:								
mit fester Verzinsung	14.497	11.829	7.125	7.318	12.472	18.932	72.173	56.239
mit variabler Verzinsung	8.207	6.218	6.035	5.263	8.456	12.205	46.384	44.175
Nachrangige Verbindlichkeiten:								
Anleihen und Schuldverschreibungen:								
mit fester Verzinsung	273	721	–	426	47	2.416	3.883	4.910
mit variabler Verzinsung	279	1.362	1.439	499	498	186	4.263	6.039
Summe der langfristigen Verbindlichkeiten	23.256	20.130	14.599	13.506	21.473	33.739	126.703	111.363

In den Geschäftsjahren 2007 und 2006 war der Konzern mit keiner seiner Tilgungs- oder Zinszahlungen in Verzug und kam allen Verpflichtungen nach.

HYBRIDE KAPITALINSTRUMENTE (TRUST PREFERRED SECURITIES)

Die folgende Tabelle fasst die fest – und variabel verzinslichen hybriden Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities) des Konzerns zusammen. Diese stellen Finanzinstrumente ohne festgelegtes Fälligkeitsdatum dar und können im Ermessen des Konzerns zu bestimmten Zeitpunkten in der Zukunft getilgt werden.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
mit fester Verzinsung	3.911	4.147
mit variabler Verzinsung	2.434	624
Summe der hybriden Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	6.345	4.771

Zusätzliche Anhangangaben

[28] VERPFLICHTUNG ZUM ERWERB EIGENER AKTIEN

Der Konzern setzt derivative Finanzinstrumente auf Deutsche Bank-Aktien zur Bedienung von Ansprüchen der Mitarbeiter aus der aktienbasierten Vergütung sowie zu Handelszwecken ein. Terminkäufe und geschriebene Verkaufsoptionen, bei denen dem Kontrakt Aktien der Deutschen Bank zugrunde liegen, werden als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesen, sofern diesen Instrumenten die Lieferung einer festen Anzahl von Aktien gegen einen festen Geldbetrag zugrunde liegt. Zum 31. Dezember 2007 belief sich die Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien auf 3,6 Mrd € (2006: 4,3 Mrd €) wie in der nachstehenden Tabelle zusammengefasst.

	31.12.2007				31.12.2006			
	Betrag der Verpflichtung	Anzahl der Aktien	Gewichteter durchschnittlicher Termin-/Ausübungspreis	Fälligkeit	Betrag der Verpflichtung	Anzahl der Aktien	Gewichteter durchschnittlicher Termin-/Ausübungspreis	Fälligkeit
	in Mio €	in Mio	in €		in Mio €	in Mio	in €	
Terminkäufe	864	13,5	63,84	> 3 Monate – 1 Jahr	866	21,8	39,70	> 3 Monate – 1 Jahr
	2.678	31,8	84,27	> 1 Jahr – 5 Jahre	2.591	36,8	70,53	> 1 Jahr – 5 Jahre
geschriebene Verkaufsoptionen	–	–	–	bis 3 Monate	39	0,4	84,46	bis 3 Monate
	7	0,1	49,73	> 3 Monate – 1 Jahr	642	8,9	74,37	> 3 Monate – 1 Jahr
	4	0,1	80,00	> 1 Jahr – 5 Jahre	189	2,7	74,35	> 1 Jahr – 5 Jahre
Insgesamt	3.553	45,5			4.327	70,6		

[29] STAMMAKTIE

STAMMAKTIE

Das Gezeichnete Kapital der Deutschen Bank besteht aus nennwertlosen Namensaktien. Nach deutschem Recht entspricht jede Aktie einem gleich hohen Anteil am Gezeichneten Kapital. Demnach beträgt der rechnerische Nominalwert jeder Aktie 2,56 €, der sich mittels Division des Gezeichneten Kapitals durch die Anzahl der Aktien ergibt.

Anzahl Aktien	Ausgegeben und voll eingezahlt	Im Eigenbestand	Ausstehend
Stammaktien, 1. Januar 2006	554.535.270	- 48.977.594	505.557.676
Ausgabe von Aktien im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	10.232.739	-	10.232.739
Eingezogene Aktien	- 40.000.000	40.000.000	-
Erwerb Eigener Aktien	-	- 429.180.424	- 429.180.424
Verkauf oder Zuteilung Eigener Aktien	-	412.040.283	412.040.283
Stammaktien, 31. Dezember 2006	524.768.009	- 26.117.735	498.650.274
Ausgabe von Aktien im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	5.632.091	-	5.632.091
Eingezogene Aktien	-	-	-
Erwerb Eigener Aktien	-	- 414.516.438	- 414.516.438
Verkauf oder Zuteilung Eigener Aktien	-	411.299.354	411.299.354
Stammaktien, 31. Dezember 2007	530.400.100	- 29.334.819	501.065.281

Alle ausgegebenen Stammaktien sind voll eingezahlt.

Für den Eigenbestand erworbene Aktien beinhalten sowohl Aktien, die vom Konzern über einen bestimmten Zeitraum gehalten werden, als auch Aktien, die mit der Absicht erworben wurden, sie kurzfristig wieder zu veräußern. Darüber hinaus wurden Aktienrückkaufprogramme aufgelegt. Im Rahmen dieser Programme erworbene Aktien werden unter anderem für aktienbasierte Vergütungsprogramme verwendet und erlauben es dem Konzern, Kapitalbedarf und -ausstattung auszugleichen. Das vierte Rückkaufprogramm wurde im Juni 2006 abgeschlossen. Im Januar 2006 wurden 40 Millionen Aktien eingezogen. Das fünfte Aktienrückkaufprogramm wurde im Juni 2006 gestartet und im Mai 2007 abgeschlossen, als das sechste Aktienrückkaufprogramm aufgelegt wurde. Alle derartigen Transaktionen wurden im Eigenkapital ausgewiesen, Gewinne und Verluste aus diesen Aktivitäten wurden nicht ergebniswirksam.

GENEHMIGTES UND BEDINGTES KAPITAL

Das Gezeichnete Kapital der Deutschen Bank kann durch die Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlagen, in einigen Fällen auch gegen Sacheinlagen, erhöht werden. Zum 31. Dezember 2007 verfügte die Deutsche Bank über ein genehmigtes Kapital von 454.000.000 €, das in Teilbeträgen mit unterschiedlichen Fristen bis zum 30. April 2011 begeben werden kann.

Genehmigtes Kapital	Befristet bis
128.000.000 € ¹	30. April 2008
198.000.000 €	30. April 2009
128.000.000 € ¹	30. April 2011

¹ Kapitalerhöhungen können zum Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen gegen Sacheinlagen vorgenommen werden.

Die Hauptversammlung am 24. Mai 2007 hat den Vorstand ergänzend ermächtigt, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlage um bis zu 85.000.000 € zu erhöhen. Dieses genehmigte Kapital wurde erst am 14. Februar 2008 mit der Eintragung in das Handelsregister wirksam. Es kann bis zum 30. April 2012 ausgenutzt werden.

Das bedingte Kapital der Deutschen Bank belief sich auf 156.269.947 €. Es wird für verschiedene Instrumente vorgehalten, die potenziell in Stammaktien umgewandelt werden können.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 2. Juni 2004 ermächtigt, bis zum 30. April 2009 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine, denen Inhaberoptionsscheine beigelegt oder die mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden können, sowie Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen zu begeben. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital um bis zu 150.000.000 € bedingt erhöht.

Für Optionsrechte aus dem DB Global Partnership Plan, die bis zum 10. Mai 2003 gewährt werden konnten, stand ein bedingtes Kapital in Höhe von 51.200.000 € zur Verfügung. Für weitere Optionsrechte, die bis zum 20. Mai 2005 gewährt werden konnten, betrug das bedingte Kapital 64.000.000 €. Zum 31. Dezember 2007 waren 1.636.727 Optionsrechte gewährt und nicht ausgeübt. Nach Maßgabe dieses Plans kann das Kapital daher noch um 4.190.021 € erhöht werden. Außerdem wurde der Vorstand von der Hauptversammlung am 17. Mai 2001 mit Zustimmung des Aufsichtsrats ermächtigt, bis zum 31. Dezember 2003 bis zu 12.000.000 Optionsrechte auf Deutsche Bank-Aktien auszugeben. Zum 31. Dezember 2007 waren 812.471 von diesen Optionsrechten aus dem DB Global Share Plan (vor 2004) gewährt und nicht ausgeübt. Im Rahmen dieses Plans kann das Kapital daher noch um 2.079.926 € erhöht werden. Diese Pläne werden in Note [31] erläutert.

DIVIDENDENZAHLUNGEN

Die nachfolgende Tabelle zeigt die vorgeschlagenen oder beschlossenen Dividendenzahlungen für die Geschäftsjahre 2007 und 2006.

	2007 (vorgeschlagen)	2006
Bardividende (in Mio €) ¹	2.387	2.005
Bardividende je Aktie (in €)	4,50	4,00

¹ Die Bardividende für 2007 basiert auf der Anzahl der ausgegebenen Aktien zum 31. Dezember 2007.

Seit dem Bilanzstichtag wurden keine Dividendenzahlungen beschlossen.

[30] VERÄNDERUNG DES EIGENKAPITALS

in Mio €	2007	2006
Stammaktien		
Bestand am Jahresanfang	1.343	1.420
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen begebene Stammaktien	15	25
Einziehung von Stammaktien	–	– 102
Bestand am Jahresende	1.358	1.343
Kapitalrücklage		
Bestand am Jahresanfang	15.246	14.464
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	122	– 258
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen begebene Stammaktien	377	663
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	– 44	285
Optionsprämien aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	76	– 81
Gewinne/Verluste aus dem Verkauf Eigener Aktien	28	171
Sonstige	3	2
Bestand am Jahresende	15.808	15.246
Gewinnrücklagen		
Bestand am Jahresanfang	20.451	17.856
Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	6.474	6.070
Gezahlte Bardividende	– 2.005	– 1.239
Dividende bezüglich der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	277	180
Gewinne aus dem Verkauf Eigener Aktien	–	191
Einziehung von Stammaktien	–	– 2.667
Sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	3	60
Sonstige	– 84	–
Bestand am Jahresende	25.116	20.451
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten		
Bestand am Jahresanfang	– 2.378	– 3.368
Käufe von Aktien	– 41.128	– 38.830
Verkäufe von Aktien	39.677	35.998
Einziehung von Aktien	–	2.769
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	1.010	1.053
Bestand am Jahresende	– 2.819	– 2.378
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien		
Bestand am Jahresanfang	– 4.307	– 4.449
Zugänge	– 1.292	– 2.140
Abgänge	2.047	2.282
Bestand am Jahresende	– 3.552	– 4.307
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (–), nach Steuern		
Bestand am Jahresanfang	2.403	2.751
Veränderung unrealisierter Gewinne aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach darauf entfallenden Steuern und sonstigen Anpassungen ¹	427	466
Veränderung unrealisierter Gewinne/Verluste aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern, nach Steuern ²	– 7	– 54
Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern ³	– 1.690	– 760
Bestand am Jahresende	1.133	2.403
Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Eigenkapital zum Bilanzstichtag	37.044	32.758
Minderheitsanteile		
Bestand am Jahresanfang	717	624
Minderheitsanteile am Ergebnis	36	9
Zugänge	1.048	744
Abgänge und Dividendenzahlungen	– 346	– 624
Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern	– 33	– 36
Bestand am Jahresende	1.422	717
Eigenkapital einschließlich Minderheitsanteilen zum Bilanzstichtag	38.466	33.475

1 Davon minus 9 Mio € sowie minus 84 Mio € für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 aus dem Anteil des Konzerns an der Veränderung des Eigenkapitals von assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen.

2 Davon minus 7 Mio € für das Geschäftsjahr 2006 aus dem Anteil des Konzerns an der Veränderung des Eigenkapitals von assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen.

3 Davon minus 12 Mio € sowie 1 Mio € für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 aus dem Anteil des Konzerns an der Veränderung des Eigenkapitals von assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen.

[31] AKTIENBASIERTE VERGÜTUNGEN

FÜR NEUBELEGUNGEN IN 2007 GENUTZTE AKTIENBASIERTE VERGÜTUNGSPLÄNE

Im Konzern werden aktienbasierte Vergütungen derzeit hauptsächlich unter drei Plänen gewährt. Alle Pläne gewähren das Recht, unter bestimmten Bedingungen Deutsche Bank-Stammaktien nach Ablauf einer bestimmten Zeit zu erhalten. Die Teilnehmer an einem aktienbasierten Vergütungsplan besitzen keinen Anspruch auf die Ausschüttung von Dividenden, solange die Stammaktien noch nicht an sie ausgegeben wurden. Die nachstehende Übersicht fasst die wesentlichen Merkmale dieser drei Pläne zusammen:

Plan		Anwartschaftsfrist	Spezielle Regelungen für vorgezogenen Ruhestand	Anspruchsberechtigung
Global Partnership Plan Equity Units	Jährliche Vergütungskomponente	80 % : 24 Monate ¹ 20 % : 42 Monate	Nein	Vorstand
	Jährliche Vergütungskomponente	50 % : 24 Monate 25 % : 36 Monate 25 % : 48 Monate	Ja	Jährlich gewährte Bleibeprämie für ausgewählte Mitarbeiter
DB Equity Plan	Außerordentliche Vergütungskomponente	Individuelle Festlegung ²	Nein	Ausgewählte Mitarbeiter mit dem Ziel, Schlüsselkompetenzen zu gewinnen oder zu halten
Global Share Plan		100 % : 12 Monate	Nein	Alle Mitarbeiter, Gewährung von bis zu 10 Rechten je Mitarbeiter ³

¹ Auslieferung erfolgt nach weiteren 18 Monaten.

² Gewichteter Durchschnitt der maßgeblichen Dienstzeit: 21 Monaten.

³ Teilnehmer müssen zum Zeitpunkt der Gewährung mindestens ein Jahr für den Konzern gearbeitet haben und in einem ungekündigten Arbeitsverhältnis stehen.

Die Aktienrechte können ganz oder teilweise verfallen, wenn der Teilnehmer sein Arbeitsverhältnis vor Ablauf der relevanten Anwartschaftsfrist auf eigenen Wunsch beendet. Die DB Equity Plan Regeln für einen vorgezogenen Ruhestand erlauben jedoch auch im Fall eines Ausscheidens auf eigenen Wunsch den Fortbestand der Anwartschaft, wenn bestimmte Bedingungen bezüglich Alter beziehungsweise Dienstzeit erfüllt sind. Diese spezielle Regelung gilt dabei nur für Aktienrechte, die als jährliche Vergütungskomponente gewährt wurden.

In bestimmten Fällen wie der betriebsbedingten Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder dem Eintritt in den Ruhestand bleibt die Anwartschaft in der Regel bestehen. Die Anwartschaftsdauer wird abgekürzt, wenn das Arbeitsverhältnis aufgrund des Verlusts der Erwerbsfähigkeit oder durch Tod beendet wird.

In Ländern, in denen rechtliche oder sonstige Einschränkungen die Begebung von Aktien verhindern, wurde in 2007 die Vergütung unter dem DB Equity Plan und dem Global Share Plan in einer Planvariante gewährt, die einen Barausgleich vorsieht.

Der Konzern beabsichtigt, den Global Share Plan im Jahr 2008 nicht mehr fortzuführen. Der Vorstand hat jedoch seine Unterstützung für länderspezifische Belegschaftsaktienprogramme erklärt, die den Global Share Plan ersetzen sollen.

Der Konzern verfügt über weitere lokale aktienbasierte Vergütungspläne, die weder einzeln noch insgesamt wesentlich für den Konzernabschluss sind.

**FÜR BEGEBUNGEN VOR 2007 GENUTZTE AKTIENBASIERTE VERGÜTUNGSPÄNE
AKTIENPROGRAMME UND STOCK APPRECIATION RIGHTS PLAN**

Vor dem Jahr 2007 hat der Konzern aktienbasierte Vergütungen im Rahmen einer Reihe anderer Pläne gewährt. Die nachstehende Übersicht fasst die wesentlichen Merkmale dieser Altprogramme zusammen:

Plan		Anwartschaftsfrist	Spezielle Regelungen für vorgezogenen Ruhestand	Anspruchsberechtigung	Letztmalig gewährt in
Restricted Equity Units (REU) Plan	Jährliche Vergütungskomponente	80 % : 48 Monate ¹ 20 % : 54 Monate	Ja	Jährlich gewährte Bleibeprämie für ausgewählte Mitarbeiter	2006
	Jährliche Vergütungskomponente	1/3 : 6 Monate 1/3 : 18 Monate 1/3 : 30 Monate	Nein	Jährlich gewährte Bleibeprämie für ausgewählte Mitarbeiter	2006
DB Share Scheme	Außerordentliche Vergütungskomponente	Individuelle Festlegung	Nein	Ausgewählte Mitarbeiter mit dem Ziel, Schlüsselkompetenzen zu gewinnen oder zu halten	2006
DB Key Employee Equity (KEEP) Plan		Individuelle Festlegung	Nein	Ausgewählte Führungskräfte	2005
Stock Appreciation Rights (SAR) Plan		Ausübbar nach 36 Monaten Verfall nach 72 Monaten	Nein	Ausgewählte Mitarbeiter	2002

¹ Auslieferung erfolgt nach weiteren 6 Monaten.

Der REU Plan, DB Share Scheme und DB KEEP gewähren das Recht, unter bestimmten Bedingungen Deutsche Bank-Stammaktien nach Ablauf einer bestimmten Zeit zu erhalten. Die Teilnehmer an einem aktienbasierten Vergütungsplan besitzen keinen Anspruch auf die Ausschüttung von Dividenden, solange die Stammaktien noch nicht an sie ausgegeben wurden.

Die Rechte können ganz oder teilweise verfallen, wenn der Teilnehmer sein Arbeitsverhältnis vor Ablauf der relevanten Anwartschaftsfrist auf eigenen Wunsch beendet. Die REU Plan-Regeln für einen vorgezogenen Ruhestand erlauben jedoch auch im Fall eines Ausscheidens auf eigenen Wunsch den Fortbestand der Anwartschaft, wenn bestimmte Bedingungen bezüglich Alter beziehungsweise Dienstzeit erfüllt sind.

In bestimmten Fällen wie der betriebsbedingten Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder dem Eintritt in den Ruhestand bleibt die Anwartschaft in der Regel bestehen. Die Anwartschaftsdauer wird abgekürzt, wenn das Arbeitsverhältnis aufgrund des Verlusts der Erwerbsfähigkeit oder durch Tod beendet wird.

Unter dem SAR Plan erhielten berechnete Mitarbeiter des Konzerns das Recht auf Auszahlung der Differenz zwischen dem Börsenkurs der Deutsche Bank-Stammaktie und einem festgelegten Basispreis. Die letzten unter dem SAR Plan gewährten Ansprüche erloschen in 2007.

PERFORMANCEOPTIONEN

Die Deutsche Bank hat Performanceoptionen unter dem Global Partnership Plan und dem Global Share Plan (vor 2004) zu Vergütungszwecken eingesetzt. Nach Februar 2004 wurden unter diesen Plänen keine neuen Optionen ausgegeben. Per 31. Dezember 2007 waren alle Optionen ausübbar.

Die nachstehende Übersicht fasst die wesentlichen Merkmale der unter dem Global Partnership Plan und dem Global Share Plan (vor 2004) gewährten Performanceoptionen zusammen.

Plan	Gewährt im Jahr	Ausübungspreis	Zusätzliche Partnership Appreciation Rights	Ausübbar bis	Anspruchsberechtigung
Global Share Plan (vor 2004) Performanceoptionen	2001	87,66 €	Nein	Nov 2007	Alle Mitarbeiter ¹
	2002	55,39 €	Nein	Nov 2008	Alle Mitarbeiter ¹
	2003	75,24 €	Nein	Dez 2009	Alle Mitarbeiter ¹
Global Partnership Plan Performanceoptionen	2002	89,96 €	Ja	Feb 2008	Ausgewählte Führungskräfte
	2003	47,53 €	Ja	Feb 2009	Ausgewählte Führungskräfte
	2004	76,61 €	Ja	Feb 2010	Vorstand

¹ Teilnehmer müssen zum Zeitpunkt der Gewährung mindestens ein Jahr für den Konzern gearbeitet haben und in einem ungekündigten Arbeitsverhältnis stehen.

Jede der im Rahmen der beiden Pläne gewährten Optionen berechtigt zum Erwerb einer Stammaktie des Konzerns. Der Ausübungspreis beträgt 120 % des Referenzpreises. Als Referenzpreis wurde der jeweils höhere Wert aus dem Börsenkurs der Stammaktien des Konzerns am Tag der Gewährung oder dem Durchschnitt der Börsenkurse der Stammaktien des Konzerns an der Frankfurter Wertpapierbörse in einem Zeitraum von zehn Handelstagen bis einschließlich des Tages der Gewährung bestimmt.

Im Rahmen des Global Partnership Plan wurden von 2002 bis 2004 Performanceoptionen an ausgewählte Führungskräfte gewährt. Sämtliche Performanceoptionen sind unverfallbar. Für jede Option wurde den Teilnehmern ein Partnership Appreciation Right (PAR) gewährt. PARs verkörpern das Recht auf eine Barzahlung in Höhe von 20 % des Referenzpreises. Die Feststellung des Referenzpreises erfolgte dabei auf gleiche Weise wie oben für die Performanceoptionen dargestellt. PARs wurden zum gleichen Zeitpunkt und im selben Umfang wie die Performanceoptionen unverfallbar. Sie werden automatisch zur gleichen Zeit und in gleichem Umfang wie die Performanceoptionen ausgeübt.

Unter dem Global Share Plan (vor 2004), einem breit angelegten Mitarbeiterplan, wurden in den Jahren 2001 bis 2003 Performanceoptionen begeben. Der Plan gewährte im Jahr 2001 die Möglichkeit, bis zu 60 Aktien zu erwerben. In 2002 und 2003 konnten bis zu 20 Aktien erworben werden. Für jede erworbene Aktie erhielten die Teilnehmer im Jahr 2001 eine Performanceoption und in den Jahren 2002 und 2003 fünf Performanceoptionen. Performanceoptionen unter dem Global Share Plan (vor 2004) verfallen bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Teilnehmer, die in den Ruhestand gehen oder dauerhaft erwerbsunfähig werden, behalten ihren Anspruch auf Ausübung der Performanceoptionen.

PERSONALAUFWAND

Personalaufwand für Vergütungen, die durch Eigenkapitalinstrumente beglichen werden, wird auf Basis des Fair Value der aktienbasierten Vergütung am Tag der Gewährung ermittelt.

Der Personalaufwand für aktienbasierte Vergütungen, die in bar abgegolten werden, wird zu jedem Bilanzstichtag zum Fair Value neu bewertet und die entsprechende Verpflichtung wird bis zur Zahlung als sonstige Verbindlichkeit ausgewiesen. Für Rechte, die unter den Planvarianten des DB Equity Plan und DB Global Share Plan gewährt wurden und die einen Barausgleich vorsehen, basiert die Neubewertung auf dem aktuellen Börsenkurs der Stammaktien des Konzerns.

Weitere Informationen zu den zugrunde liegenden Rechnungslegungsprinzipien sind in Note [1] enthalten.

Der Konzern berücksichtigte den Personalaufwand für seine wesentlichen aktienbasierten Vergütungspläne wie folgt:

in Mio €	2007	2006
DB Global Partnership Plan	7	9
DB Global Share Plan	49	43
DB Share Scheme/Restricted Equity Units Plan/DB KEEP/DB Equity Plan	1.088	751
Stock Appreciation Rights Plans ¹	1	19
Insgesamt	1.145	822

¹ Hierin enthalten ist für das Geschäftsjahr 2007 ein Nettogewinn von 1 Mio € und für das Geschäftsjahr 2006 von 73 Mio € aus bestimmten, nicht zu Handelszwecken gehaltenen Aktienderivaten, die genutzt wurden, um Veränderungen der Aufwendungen für aktienbasierte Vergütungen auszugleichen.

Der Personalaufwand für aktienbasierte Vergütung im Geschäftsjahr 2007 enthält ungefähr 10 Mio € aus den Planvarianten des DB Equity Plan und DB Global Share Plan, die einen Barausgleich vorsehen.

Durch aktienbasierte Vergütungstransaktionen, die in bar abgegolten werden, entstehen Verbindlichkeiten. Zum 31. Dezember 2007 beliefen sich diese Verbindlichkeiten auf 8 Mio €. Der gesamte Betrag entfällt auf aktienbasierte Vergütungen, die noch nicht unverfallbar sind.

Zum 31. Dezember 2007 belief sich der noch nicht abgegrenzte Personalaufwand für ausstehende aktienbasierte Vergütungen auf ungefähr 1,0 Mrd €.

ENTWICKLUNG AUSSTEHENDER RECHTE

AKTIENPROGRAMME

Die nachfolgende Übersicht fasst die Entwicklung der ausstehenden Aktienrechte für die Pläne zusammen, die das Recht gewähren, unter bestimmten Bedingungen Deutsche Bank-Stammaktien nach Ablauf einer bestimmten Zeit zu erhalten. Die Übersicht enthält auch die Rechte, die unter den Planvarianten des DB Equity Plan und DB Global Share Plan gewährt wurden, die einen Barausgleich vorsehen.

in Tsd Einheiten (ausgenommen Fair Value)	Global Partner- ship Plan Equity Units	DB Share Scheme/ DB KEEP/REU/DB Equity Plan	Global Share Plan (ab 2004)	Insgesamt	Gewichteter Durchschnitt des Fair Value je Recht am Tag der Gewährung
Bestand per					
31. Dezember 2005	290	64.952	534	65.776	51,98 €
Gewährt	93	13.801	555	14.449	76,17 €
Ausgegeben	- 24	- 14.792	- 524	- 15.340	68,19 €
Verfallen	-	- 2.357	- 10	- 2.367	54,43 €
Bestand per					
31. Dezember 2006	359	61.604	555	62.518	53,50 €
Gewährt	92	14.490	600	15.182	95,25 €
Ausgegeben	- 127	- 23.956	- 518	- 24.601	41,17 €
Verfallen	-	- 2.829	- 38	- 2.867	72,85 €
Bestand per					
31. Dezember 2007	324	49.309	599	50.232	71,05 €

Zusätzlich zu den in der obigen Tabelle enthaltenen Aktienrechten gewährte der Konzern im Februar 2008 im Rahmen des DB Global Partnership Plan ungefähr 150.000 Aktienrechte mit einem durchschnittlichen Fair Value von 59,60 € je Aktienrecht und ungefähr 14,3 Millionen Aktienrechte mit einem durchschnittlichen Fair Value von 64,56 € je Aktienrecht im Rahmen des DB Equity Plan. Ungefähr 0,3 Millionen der im Rahmen des DB Equity Plan begebenen Rechte wurden unter der Planvariante gewährt, die einen Barausgleich vorsieht.

PERFORMANCEOPTIONEN

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Entwicklung der ausstehenden Performanceoptionen, die unter dem Global Partnership Plan und dem Global Share Plan (vor 2004) gewährt wurden.

in Tsd Einheiten (ausgenommen Fair Value)	Global Partnership Plan Performance- optionen	gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis ¹	DB Global Share Plan (vor 2004) Performance- optionen	gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis
Bestand per 31. Dezember 2005	16.105	77,82 €	2.510	69,77 €
Ausgeübt	- 9.105	79,21 €	- 1.128	70,33 €
Verfallen	- 24	89,96 €	- 55	74,13 €
Bestand per 31. Dezember 2006	6.976	75,96 €	1.327	69,11 €
Ausgeübt	- 5.339	82,91 €	- 293	69,47 €
Verfallen	-	-	- 154	65,37 €
Abgelaufen	-	-	- 68	87,66 €
Bestand per 31. Dezember 2007	1.637	53,32 €	812	68,14 €

¹ Der gewichtete durchschnittliche Ausübungspreis enthält keine Effekte aus den im Rahmen des DB Global Partnership Plan begebenen Partnership Appreciation Rights.

Die folgenden beiden Übersichten gliedern die ausstehenden Performanceoptionen zum 31. Dezember 2007 und 2006 nach Ausübungspreisbandbreite.

Ausübungspreisbandbreite	Ausstehende Performanceoptionen per 31. Dezember 2007		
	Ausstehende Performance- optionen (in Tsd)	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis ¹	Gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit
40,00 – 59,99 €	1.704	48,87 €	13 Monate
60,00 – 79,99 €	522	75,24 €	24 Monate
80,00 – 99,99 €	223	89,96 €	1 Monat

¹ Der gewichtete durchschnittliche Ausübungspreis enthält keine Effekte aus den im Rahmen des DB Global Partnership Plan begebenen Partnership Appreciation Rights.

Ausübungspreisbandbreite	Ausstehende Performanceoptionen per 31. Dezember 2006		
	Ausstehende Performance- optionen (in Tsd)	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis ¹	Gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit
40,00 – 59,99 €	2.757	48,89 €	25 Monate
60,00 – 79,99 €	804	75,34 €	36 Monate
80,00 – 99,99 €	4.742	89,91 €	13 Monate

¹ Der gewichtete durchschnittliche Ausübungspreis enthält keine Effekte aus den im Rahmen des DB Global Partnership Plan begebenen Partnership Appreciation Rights.

Der gewichtete durchschnittliche Aktienkurs am Ausübungstag betrug 99,70 € im Geschäftsjahr 2007 und 91,72 € im Geschäftsjahr 2006.

Am 1. Februar 2008 erloschen ungefähr 223.000 Global Partnership Plan-Performanceoptionen, die im Jahr 2002 gewährt wurden.

STOCK APPRECIATION RIGHTS PLAN

Die nachfolgende Tabelle enthält eine Übersicht über die unter dem SAR Plan begebenen Rechte:

in Tsd Einheiten (ausgenommen Basispreise)	Stock Appreciation Rights Plan	
	Einheiten	Gewichteter durchschnitt- licher Basispreis
Bestand per 31. Dezember 2005	7.107	69,79 €
Ausgeübt	- 6.706	69,48 €
Verfallen	-	-
Abgelaufen	-	-
Bestand per 31. Dezember 2006	401	74,83 €
Ausgeübt	- 330	75,82 €
Verfallen	-	-
Abgelaufen	- 71	70,31 €
Bestand per 31. Dezember 2007	-	-

[32] LEISTUNGEN AN ARBEITNEHMER

Der Konzern bietet eine Reihe von Plänen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses an. Zusätzlich zu beitragsdefinierten Plänen gibt es Pläne, die in der Rechnungslegung als leistungsdefinierte Pläne gelten. Diese leistungsdefinierten Versorgungszusagen des Konzerns werden in Pensionspläne und Gesundheitsfürsorgepläne unterteilt.

Die Mehrheit der Anspruchsberechtigten der Pensionspläne befindet sich in Deutschland, Großbritannien und den USA. Die Höhe der Versorgungszusagen an die Mitarbeiter basiert in erster Linie auf deren Vergütung und der Dauer ihrer Konzernzugehörigkeit.

Die Finanzierungsstrategie des Konzerns zielt darauf ab, eine vollständige Deckung der leistungsdefinierten Verpflichtung im Sinne der „Defined Benefit Obligation“ durch das Planvermögen in einem Rahmen von 90 % bis 110 % der Verpflichtung unter Berücksichtigung von spezifischen gesetzlichen oder vertraglichen Regelungen beizubehalten. Für Verpflichtungen aus intern finanzierten Plänen des Konzerns wurden entsprechende Rückstellungen gebildet.

Darüber hinaus gibt es im Konzern intern finanzierte Gesundheitsfürsorgepläne für derzeit tätige und pensionierte Mitarbeiter, vornehmlich in den USA. Im Rahmen dieser Pläne wird den Pensionären ein bestimmter Prozentsatz der erstattungsfähigen medizinischen und zahnmedizinischen Aufwendungen unter Berücksichtigung eines Selbstbehalts gewährt. Der Konzern dotiert diese Pläne bei Fälligkeit der zu erbringenden Leistungen.

Der Bewertungsstichtag für alle Pläne ist der 31. Dezember. Sämtliche Pläne werden gemäß der Methode des Ansammlungsverfahrens („Projected Unit Credit Method“) bewertet.

Die folgende Tabelle stellt die Entwicklung der Pensionsverpflichtung und des Fair Value des Planvermögens des Konzerns für die beiden Geschäftsjahre 2007 und 2006 sowie den Finanzierungsstatus zum Ende der jeweiligen Jahre dar. Wie in IFRS 1 gefordert, beginnt die Darstellung der Vergleichswerte mit dem Übergangsstichtag zu IFRS.

in Mio €	Pensionspläne		Gesundheitsfürsorgepläne	
	2007	2006	2007	2006
Entwicklung der Verpflichtung:				
Verpflichtung zum Jahresbeginn	9.129	9.232	147	191
Laufender Dienstzeitaufwand	265	284	3	5
Zinsaufwand	436	395	8	10
Zuführungen der Planteilnehmer	6	1	–	–
Versicherungsmathematischer Verlust/Gewinn (–)	– 902	– 489	– 21	– 35
Wechselkursänderungen	– 354	– 51	– 15	– 18
Gezahlte Leistungen	– 378	– 386	– 6	– 9
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (–)	11	32	–	–
Akquisitionen ¹	313	41	–	–
Veräußerungen	– 3	– 5	–	–
Planabgeltungen/Plankürzungen	– 19	– 35	–	–
Sonstiges ²	14	110	–	3
Verpflichtung zum Jahresende	8.518	9.129	116	147
Entwicklung des Fair Value des Planvermögens:				
Fair Value des Planvermögens zum Jahresbeginn	9.447	9.323	–	–
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	435	413	–	–
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust (–)	– 266	– 371	–	–
Wechselkursänderungen	– 351	– 44	–	–
Zuführungen des Arbeitgebers	171	354	–	–
Zuführungen der Planteilnehmer	6	1	–	–
Gezahlte Leistungen ³	– 355	– 338	–	–
Akquisitionen ⁴	246	35	–	–
Veräußerungen	–	–	–	–
Planabgeltungen	– 13	– 23	–	–
Sonstiges ²	11	97	–	–
Fair Value des Planvermögens zum Jahresende	9.331	9.447	–	–
Finanzierungsstatus zum Jahresende	813	318	– 116	– 147

1 Abbey Life und Berliner Bank (2007), Tilney (2006).

2 Beinhaltet die Startwerte von erstmals berücksichtigten kleineren Plänen.

3 Nur für extern finanzierte Pensionspläne.

4 Abbey Life (2007), Tilney (2006).

Vorrangiges Anlageziel des Konzerns ist es, die Bank im Wesentlichen vor starken Schwankungen des Finanzierungsstatus der Pensionspläne abzusichern, wobei Risiken infolge von Durationsdisparitäten und Diversifizierung der Anlageklassen in begrenztem Umfang eingegangen werden. Der Zweck besteht darin, die Erträge innerhalb eines bestimmten, vom Konzern festgelegten Risikotoleranzbereichs zu maximieren.

Der tatsächliche Ertrag aus Planvermögen betrug 169 Mio € im Jahr 2007 (2006: 42 Mio €). In beiden Geschäftsjahren führten Marktentwicklungen dazu, dass die tatsächlichen Erträge aus Planvermögen geringer ausfielen als unter den langfristigen versicherungsmathematischen Annahmen erwartet. Allerdings wurde dieser versicherungsmathematische Verlust aus Planvermögen durch einen versicherungsmathematischen Gewinn aus Verpflichtungen, der aus denselben Marktentwicklungen resultierte, überkompensiert.

Die gesamten Zuführungen zum Planvermögen der leistungsdefinierten Pensionspläne des Konzerns werden im Geschäftsjahr 2008 voraussichtlich 200 Mio € betragen, wobei die endgültige Festlegung im vierten Quartal 2008 erfolgen wird.

Die folgende Übersicht zeigt die voraussichtlich zu zahlenden Versorgungsleistungen für jedes der nächsten fünf Geschäftsjahre sowie die Leistungen für die darauf folgenden fünf Geschäftsjahre insgesamt. Bei der Berechnung der Höhe der Leistungen wurden geschätzte zukünftige Dienstzeiten berücksichtigt.

in Mio €	Pensionspläne	Gesundheitsfürsorgepläne ¹
2008	352	8
2009	373	8
2010	387	9
2011	411	9
2012	435	9
2013 bis 2017	2.400	45

¹ Gekürzt um voraussichtliche Rückerstattungen aus Zuzahlungen für verschreibungspflichtige Medikamente im Rahmen des Versicherungsprogramms Medicare in Höhe von circa 1 Mio € jährlich für die Jahre 2008 bis 2010, 2 Mio € jährlich für die Jahre 2011 und 2012 sowie insgesamt 10 Mio € für die Jahre 2013 bis 2017.

Die nachfolgende Übersicht liefert eine Aufteilung der Verpflichtung in Beträge aus intern finanzierten Plänen und Beträge aus vollständig oder teilweise extern finanzierten Plänen.

in Mio €	Pensionspläne		Gesundheitsfürsorgepläne	
	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006
Verpflichtung	8.518	9.129	116	147
- intern finanziert	121	141	116	147
- extern finanziert	8.397	8.988	-	-

Bei der Umstellung der Rechnungslegung auf IFRS zum 1. Januar 2006 hat der Konzern im Einklang mit den Umstellungsvorschriften von IFRS 1 alle kumulierten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste im Eigenkapital erfasst. Seitdem wird für versicherungsmathematische Gewinne und Verluste der 10 %-„Korridor“-Ansatz angewendet.

Die nachfolgende Übersicht stellt eine Überleitung des Finanzierungsstatus auf den Nettobilanzbetrag dar, jeweils zum 31. Dezember 2007 beziehungsweise 31. Dezember 2006.

in Mio €	Pensionspläne		Gesundheitsfürsorgepläne	
	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006
Finanzierungsstatus	813	318	- 116	- 147
Noch nicht erfasster versicherungsmathematischer Verlust/Gewinn (-)	- 752	- 115	- 50	- 35
Noch nicht erfasster nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (-)	-	-	-	-
Aufgrund der Begrenzung nach IAS 19.58(b) nicht als Vermögenswert erfasster Betrag	- 4	- 2	-	-
Nettobilanzbetrag Vermögen/Schuld (-)	57	201	- 166	- 182

Die Pensionspläne weisen zum 31. Dezember 2007 einen Finanzierungsstatus von 813 Mio € auf. Durch Anwendung der Korridormethode wird der kumulierte versicherungsmathematische Gewinn von 752 Mio € nicht sofort, sondern erst in der Zukunft erfolgswirksam erfasst. Dies ist der wesentliche Grund dafür, dass der in der Konzernbilanz ausgewiesene Nettovermögensbetrag für Pensionspläne unter deren Finanzierungsstatus liegt. Im Jahr 2008 werden 10 Mio € des kumulierten versicherungsmathematischen Gewinns von 752 Mio € erfolgswirksam erfasst werden.

Zum 31. Dezember 2007 beträgt der kumulierte versicherungsmathematische Gewinn der Gesundheitsfürsorgepläne 50 Mio €. Hiervon werden 5 Mio € im Jahr 2008 erfolgswirksam erfasst werden.

Der Aufwand für leistungsdefinierte Pläne der Geschäftsjahre 2007 und 2006 setzte sich aus den nachstehenden Komponenten zusammen. Alle Komponenten sind Bestandteil des Personalaufwands.

in Mio €	Pensionspläne		Gesundheitsfürsorgepläne	
	2007	2006	2007	2006
Laufender Dienstzeitaufwand	265	284	3	5
Zinsaufwand	436	395	8	10
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	- 435	- 413	-	-
Amortisation versicherungsmathematischen Verlusts/Gewinns (-)	- 1	-	- 3	-
Sofort erfasster nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (-)	11	32	-	-
Amortisation von nachzuerrechnendem Dienstzeitaufwand/-ertrag (-)	-	-	-	-
Planabgeltungen/Plankürzungen	- 11	- 7	-	-
Auswirkung der Obergrenze nach IAS 19.58(b)	2	-	-	-
Gesamtaufwand für leistungsdefinierte Pläne	267	291	8	15

Der für 2008 erwartete Aufwand beträgt ungefähr 210 Mio € für die Pensionspläne und ungefähr 4 Mio € für die Gesundheitsfürsorgepläne. Dies liegt in erster Linie an den im Vergleich zum Vorjahr höheren Diskontierungszinssätzen zum Bewertungsstichtag und der Amortisation von versicherungsmathematischen Gewinnen.

Der Aufwand für die beitragsdefinierten Pläne summierte sich für das Jahr 2007 auf 203 Mio € (2006: 165 Mio €). Zusätzlich leistete der Konzern im Geschäftsjahr 2007 Arbeitgeberbeiträge in Höhe von 156 Mio € zur gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland (2006: 144 Mio €).

Die nachfolgende Tabelle zeigt für die einzelnen Anlagekategorien die gewichtete durchschnittliche Portfoliostruktur der Pensionspläne im Konzern zum 31. Dezember 2007 beziehungsweise 31. Dezember 2006 sowie die Zielallokation.

Anlagekategorien:	Zielallokation	Prozentualer Anteil am Planvermögen	
		31.12.2007	31.12.2006
Aktien	5 %	8 %	10 %
Verzinsliche Wertpapiere (inklusive Barmittel)	90 %	89 %	87 %
Alternative Anlageinstrumente (inklusive Immobilien)	5 %	3 %	3 %
Anlagekategorien insgesamt	100 %	100 %	100 %

Die erwartete Rendite des Planvermögens wird gesondert für jeden Plan mithilfe eines modularen Ansatzes entwickelt, der die jeweilige Portfoliostruktur sowie die erwartete Rendite jeder Anlageklasse berücksichtigt. Hierbei wird anstelle der tatsächlichen Allokation die Zielallokation des Plans am Bewertungsstichtag verwendet.

Prinzipiell wird eine risikofreie Rendite als Maßstab benutzt. Mit Anpassungen bezüglich Duration und andere relevanter Faktoren für jede größere Anlageklasse. Zum Beispiel wird die erwartete Rendite für Aktien und Immobilien dadurch abgeleitet, dass eine jeweilige Risikoprämie zur Rendite von Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren hinzugefügt wird.

Erwartete Erträge werden um steuerliche Einflüsse korrigiert, allerdings erfolgt keine Berücksichtigung einer erwarteten Überrendite durch aktives Management. Abschließend wird die Angemessenheit der Risikoprämien und der insgesamt erwarteten Renditen durch Vergleich der Werte mit anderen angesehenen veröffentlichten Prognosen und marktüblichen Verfahren bestätigt.

Im Planvermögen zum 31. Dezember 2007 sind Derivate mit einem negativen Marktwert von 160 Mio€ enthalten. Derivategeschäfte werden sowohl konzernintern als auch mit externen Kontrahenten abgeschlossen. Des Weiteren sind im Planvermögen vom Konzern emittierte Wertpapiere im Wert von 30 Mio€ enthalten.

Voraussichtlich werden während des Geschäftsjahres 2008 keine Anteile aus dem Planvermögen an den Konzern zurückgegeben werden.

Den Berechnungen liegen im Wesentlichen folgende versicherungsmathematische Annahmen zugrunde. Diese werden als gewichtete Durchschnitte dargestellt.

	Pensionspläne		Gesundheitsfürsorgepläne	
	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006
Zugrunde gelegte Annahmen zur Ermittlung der Verpflichtung zum Jahresende				
Diskontierungszinssatz	5,5 %	4,8 %	6,1 %	5,8 %
Inflationsrate	2,1 %	2,0 %	N/A	N/A
Nominale Gehaltssteigerungsrate	3,3 %	3,2 %	N/A	N/A
Nominale Pensionssteigerungsrate	1,8 %	1,7 %	N/A	N/A
Zugrunde gelegte Annahmen zur Ermittlung des Aufwands für das abgelaufene Geschäftsjahr				
Diskontierungszinssatz	4,8 %	4,3 %	5,8 %	5,4 %
Inflationsrate	2,0 %	2,1 %	N/A	N/A
Nominale Gehaltssteigerungsrate	3,2 %	3,3 %	N/A	N/A
Nominale Pensionssteigerungsrate	1,7 %	1,8 %	N/A	N/A
Erwartete Rendite des Planvermögens ¹	4,6 %	4,4 %	N/A	N/A

N/A – nicht anwendbar

¹ Die erwartete Rendite des Planvermögens zur Bestimmung des Ertrags beträgt für das Jahr 2008 5,0 %.

Annahmen über die Lebenserwartung sind wesentlich zur Bestimmung der Verpflichtung aus leistungsdefinierten Plänen und folgen den in den jeweiligen Ländern üblichen Ansätzen. In einigen Ländern wurden zukünftige Steigerungen der Lebenserwartung berücksichtigt und in die Annahmen mit einbezogen. Die folgende Übersicht zeigt die durchschnittliche Lebenserwartung von Menschen im Alter von 65 Jahren, die heute 65 beziehungsweise 45 Jahre alt sind, zum 31. Dezember 2007 beziehungsweise 31. Dezember 2006, gewichtet auf Basis der Verpflichtungen aus den Pensionsplänen des Konzerns.

in Jahren	Lebenserwartung für einen Mann im Alter von 65		Lebenserwartung für eine Frau im Alter von 65	
	65-jährig	45-jährig	65-jährig	45-jährig
31. Dezember 2007	19,1	21,0	22,5	24,3
31. Dezember 2006	18,4	20,5	22,0	24,0

Die nachfolgende Übersicht bezieht sich auf die Pensionspläne. Sie zeigt Sensitivitäten der Pensionsverpflichtung zum 31. Dezember 2007 und der Summe aus Dienstzeit- und Zinsaufwand für das Jahr 2007 im Hinblick auf wesentliche Annahmen. Die Veränderung einer jeden Annahme erfolgt ceteris paribus.

Anstieg in Mio €	Verpflichtung zum 31.12.2007	Summe aus Dienstzeit- und Zinsaufwand für das Jahr 2007
Diskontierungszinssatz (Rückgang um 50 Basispunkte)	650	10
Inflationsrate (Anstieg um 50 Basispunkte)	455	40
Reale Gehaltssteigerungsrate (Anstieg um 50 Basispunkte)	80	10
Lebenserwartung (Verbesserung um 10 %) ¹	145	10

¹ Eine Verbesserung der Lebenserwartung um 10 % bedeutet eine Reduzierung der Sterbewahrscheinlichkeit für jedes Alter um 10 %. Diese Sensitivität führt zu einer im Durchschnitt um ein Jahr erhöhten Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren.

Eine Herabsetzung der angenommenen erwarteten Rendite des Planvermögens um 50 Basispunkte hätte einen Anstieg des Aufwands für Pensionspläne um 47 Mio€ für das Jahr 2007 zur Folge gehabt.

Zur Ermittlung des Aufwands für Gesundheitsfürsorgepläne wurde eine gewichtete durchschnittliche Zunahme von 8,8 % für die im Rahmen dieser Pläne pro Person zu erbringenden Leistungen für das Jahr 2008 angenommen. Für diese Rate werden ein allmählicher Rückgang auf 4,9 % bis zum Ende des Jahres 2012 und eine anschließende Stabilisierung auf diesem Niveau erwartet.

Die Annahmen über die Entwicklung der Gesundheitskosten haben Auswirkungen auf die dargestellten Beträge der Gesundheitsfürsorgepläne. Eine Veränderung in der unterstellten Entwicklung der Gesundheitskosten um einen Prozentpunkt hätte folgende Auswirkungen auf die Gesundheitsfürsorgepläne des Konzerns gehabt.

Zunahme/Abnahme (-) in Mio €	Anstieg um 1 Prozentpunkt		Rückgang um 1 Prozentpunkt	
	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006
Effekt auf die Verpflichtung zum Jahresende	13	17	- 11	- 15
Effekt auf die Summe aus laufendem Dienstzeit- und Zinsaufwand für das abgelaufene Geschäftsjahr	1	2	- 1	- 1

[33] ERTRAGSTEUERN

Der Ertragsteueraufwand/-ertrag setzt sich wie folgt zusammen.

in Mio €	2007	2006
Ertragsteueraufwand	2.239	2.260
Laufender Steueraufwand¹	3.157	2.095
Steueraufwand für das laufende Jahr	3.504	2.782
Periodenfremder laufender Steueraufwand	- 347	- 687
Latenter Steueraufwand¹	- 918	165
Effekt aus der Entstehung und Umkehrung temporärer Differenzen, nicht genutzter steuerlicher Verluste und Steuergutschriften	- 651	288
Effekt aus Steuersatzänderungen	- 181	- 7
Periodenfremder latenter Steueraufwand	- 86	- 116

¹ Einschließlich Ertragsteuern, die sich auf langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen beziehen, die als zur Veräußerung gehalten klassifiziert werden. Weitere Informationen befinden sich in Note [22].

Der Ertragsteueraufwand für das Jahr 2007 beinhaltet einen Steuerertrag aus einer „Versicherungsnehmersteuer“ („Policyholder Tax“) in Höhe von 1 Mio €, die durch Einkünfte entsteht, die dem Versicherungsnehmer zuzurechnen sind.

Der laufende Steueraufwand ist aufgrund der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste, Steuergutschriften und abzugsfähiger temporärer Differenzen im Geschäftsjahr 2007 um 3 Mio € vermindert (2006: 19 Mio €).

Der latente Steueraufwand ist aufgrund von Abwertungen aktiver latenter Steuern und der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste, Steuergutschriften und abzugsfähiger temporärer Differenzen sowie aufgrund der Wertaufholung aktiver latenter Steuern in Vorjahren im Geschäftsjahr 2007 per saldo um 71 Mio € erhöht (2006: 93 Mio €).

Die nachstehende Übersicht zeigt eine Analyse des Unterschiedsbetrags zwischen dem Steueraufwand, der sich bei Anwendung des deutschen Ertragsteuersatzes auf das Ergebnis vor Steuern ergeben würde, und dem tatsächlich ausgewiesenen Steueraufwand des Konzerns.

in Mio €	2007	2006
Erwarteter Steueraufwand bei einem Ertragsteuersatz von 39,2 % in Deutschland (39,2 % für 2006)	3.429	3.269
Steuersatzdifferenzen auf ausländische Ergebnisse	- 620	- 250
Steuerbefreite Einnahmen	- 657	- 357
Steuereffekt aus mit der Equity-Methode konsolidierten Beteiligungen	- 22	- 51
Nicht abzugsfähige Aufwendungen	393	372
Nicht temporäre Wertminderungen des Goodwill	21	10
Änderungen des Ansatzes und der Bewertung aktiver latenter Steuern	68	74
Effekt aus Änderungen der Steuergesetzgebung	- 181	- 362
Effekt aus der „Policyholder Tax“	- 1	-
Sonstige	- 191	- 445
Ausgewiesener Ertragsteueraufwand	2.239	2.260

Der Konzern unterliegt in verschiedenen Ländern der ständigen Prüfung durch die Steuerbehörden. In der vorstehenden Tabelle sind unter der Position Sonstige im Wesentlichen Einmaleffekte aufgrund abgeschlossener Steuerprüfungen enthalten.

Der in Deutschland maßgebliche Ertragsteuersatz, der für die Berechnung latenter Steuerforderungen und -verbindlichkeiten angewandt wurde, setzt sich aus der Körperschaftsteuer, dem Solidaritätszuschlag und der Gewerbesteuer zusammen und hat in den Geschäftsjahren 2007 30,7 % und 2006 39,2 % betragen.

Im August 2007 beschloss der deutsche Gesetzgeber eine Reform der Unternehmensbesteuerung („Unternehmenssteuerreformgesetz 2008“). Diese sieht ab dem Jahr 2008 eine Herabsetzung des Körperschaftsteuersatzes von 25 % auf 15 % sowie eine Änderung der Gewerbesteuerberechnung vor. Durch diese Steuergesetzesänderung ermäßigte sich der latente Steueraufwand für 2007 um 232 Mio €. Weitere Steuersatzänderungen, im Wesentlichen in Großbritannien, Spanien, Italien und den Vereinigten Staaten von Amerika, erhöhten den latenten Steueraufwand 2007 um 51 Mio €.

Nachfolgend sind die latenten Steuerforderungen und -verbindlichkeiten für jede Art temporärer Differenzen, bisher nicht genutzte steuerliche Verluste und Steuergutschriften dargestellt.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Latente Steuerforderungen	10.898	12.194
Noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge	1.219	451
Noch nicht genutzte Steuergutschriften	132	160
Abzugsfähige temporäre Differenzen		
Handelsaktiva/-passiva	5.313	5.858
Sachanlagen	319	303
Sonstige Aktiva	821	1.890
Bewertung von Wertpapieren	276	697
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	162	193
Sonstige Rückstellungen	1.510	1.576
Sonstige Passiva	1.146	1.066
Latente Steuerverbindlichkeiten	8.250	10.147
Zu versteuernde temporäre Differenzen		
Handelsaktiva/-passiva	5.163	5.641
Sachanlagen	57	190
Sonstige Aktiva	1.370	1.431
Bewertung von Wertpapieren	681	1.119
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	89	104
Sonstige Rückstellungen	734	1.190
Sonstige Passiva	156	472
Latente Steuerforderungen, per saldo	2.648	2.047

Nach Saldierung wurden diese Beträge wie folgt in der Bilanz ausgewiesen.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Latente Steuerforderungen	4.772	4.332
Latente Steuerverbindlichkeiten	2.124	2.285
Latente Steuerforderungen, per saldo	2.648	2.047

Die Änderung des Saldos zwischen latenten Steuerforderungen und latenten Steuerverbindlichkeiten entspricht nicht dem latenten Steueraufwand in diesen Jahren. Die Gründe hierfür sind (i) latente Steuern, die direkt dem Eigenkapital belastet beziehungsweise gutgeschrieben werden. (ii) Effekte durch Wechselkursänderungen auf Steuerforderungen und -verbindlichkeiten, die in anderen Währungen als Euro notieren, (iii) der Erwerb und Verkauf von Gesellschaften im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und (iv) die Umgliederungen von latenten Steuerforderungen und -verbindlichkeiten, die in der Bilanz als Bestandteile der Positionen Sonstige Aktiva und Sonstige Passiva dargestellt werden.

Folgende Ertragsteuern sind als Belastung oder Gutschrift im Eigenkapital bilanziert.

in Mio €	2007	2006
Ertragsteuern, die den im Eigenkapital erfassten Erträgen und Aufwendungen (belastet) beziehungsweise gutgeschrieben wurden	215	- 25
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	197	16
Derivate, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern	- 1	22
Sonstige Veränderungen im Eigenkapital	19	- 63
Ertragsteuern, die darüber hinaus dem Eigenkapital (belastet) bzw. gutgeschrieben wurden	- 35	195

Für die folgenden Posten wurden keine latenten Steuerforderungen per 31. Dezember 2007 (31. Dezember 2006) ausgewiesen.¹

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Abzugsfähige temporäre Differenzen	- 34	- 24
Nicht genutzte steuerliche Verluste	- 1.510	- 1.479
Unverfallbar	- 1.120	- 1.046
Verfall in der folgenden Periode	-	- 2
Verfall nach der folgenden Periode	- 390	- 431
Nicht genutzte Steuergutschriften	- 100	- 84
Unverfallbar	-	-
Verfall in der folgenden Periode	-	-
Verfall nach der folgenden Periode	- 100	- 84

¹ Die Beträge in der Tabelle beziehen sich hinsichtlich der noch nicht genutzten steuerlichen Verluste und Steuergutschriften auf Körperschaftsteuern.

Latente Steuerforderungen wurden für diese Posten nicht erfasst, da es nicht wahrscheinlich ist, dass zukünftig zu versteuernde Ergebnisse vorliegen, mit denen die noch nicht genutzten steuerlichen Verluste und noch nicht genutzten Steuergutschriften verrechnet werden können.

Zum 31. Dezember 2007 beziehungsweise zum 31. Dezember 2006 hat der Konzern für Gesellschaften, die einen Verlust in der laufenden Periode oder in der Vorperiode erlitten haben, latente Steuerforderungen ausgewiesen, die die latenten Steuerverbindlichkeiten um 2.582 Mio€ beziehungsweise 345 Mio€ überstiegen. Grundlage für die Bildung latenter Steuern ist die Einschätzung des Managements, dass es wahrscheinlich ist, dass die jeweiligen Gesellschaften zu versteuernde Ergebnisse erzielen werden, mit denen die abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können. In der Regel verwendet das Management für die Bestimmung der auszuweisenden Beträge latenter Steuerforderungen historische Informationen zu Steuerkapazität beziehungsweise Profitabilität und gegebenenfalls Informationen über prognostizierte Geschäftsergebnisse auf der Basis genehmigter Geschäftspläne, einschließlich einer Aufstellung über die Übertragsperioden steuerlicher Verlustvorträge und Gutschriften, Steuerplanungsmöglichkeiten sowie sonstiger maßgeblicher Überlegungen.

Die Konzernobergesellschaft hat keine latenten Steuerverbindlichkeiten für temporäre Differenzen in Höhe von 255 Mio€ im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochtergesellschaften, Filialen und assoziierten Unternehmen sowie Beteiligungen an gemeinschaftlich geführten Unternehmen ausgewiesen (2006: 228 Mio€).

Seit 2007 hat die Zahlung von Dividenden an die Deutsche Bank-Aktionäre keine ertragsteuerlichen Konsequenzen für die Bank. In 2006 ergab sich ein Steuerertrag in Höhe von 30 Mio€.

[34] AKQUISITIONEN UND VERÄUßERUNGEN

IM JAHR 2007 GETÄTIGTE UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLÜSSE

Im Geschäftsjahr 2007 tätigte der Konzern mehrere Akquisitionen, die als Unternehmenszusammenschlüsse bilanziert wurden. Von diesen Transaktionen waren die Übernahmen von Berliner Bank AG & Co. KG, MortgageIT Holdings, Inc. und Abbey Life Assurance Company Limited einzeln betrachtet wesentlich und werden deshalb separat dargestellt. Die sonstigen Unternehmenszusammenschlüsse, die einzeln betrachtet nicht wesentlich waren, werden zusammengefasst dargestellt.

BERLINER BANK AG & CO. KG

Mit Wirkung zum 1. Januar 2007 schloss der Konzern die Akquisition der Berliner Bank AG & Co. KG („Berliner Bank“) ab. Die Kosten für die Akquisition setzten sich aus einem in bar zu entrichtenden Kaufpreis von 645 Mio€ und Anschaffungsnebenkosten von 1 Mio€ zusammen. Zum Jahresende 2007 führte die Allokation des Kaufpreises zu einem Goodwill von 508 Mio€, sonstigen immateriellen Vermögenswerten von 45 Mio€ und einem Nettovermögen von 93 Mio€. Die Akquisition erweitert den Marktanteil des Konzerns im Privatkundensektor der deutschen Hauptstadt. Die Berliner Bank ist im Unternehmensbereich PBC enthalten. Die nachfolgende Übersicht zeigt die Auswirkungen dieses Unternehmenserwerbs auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva			
Barreserve	190	–	190
Verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	808	–	808
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	1.945	–	1.945
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	2.443	– 28	2.415
Goodwill	–	508	508
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	45	45
Übrige Vermögenswerte	18	2	20
Summe der Aktiva	5.404	527	5.931
Passiva			
Einlagen	5.107	–	5.107
Übrige Verbindlichkeiten	133	45	178
Summe der Verbindlichkeiten	5.240	45	5.285
Nettovermögen	164	482	646
Summe der Passiva	5.404	527	5.931

Seit dem Erwerbszeitpunkt wurden für die Berliner Bank Erträge von 251 Mio€ und ein Gewinn nach Steuern von 35 Mio€ erfasst.

MORTGAGE IT HOLDINGS, INC.

Am 2. Januar 2007 schloss der Konzern die Akquisition von 100 % an der MortgageIT Holdings, Inc. („MortgageIT“) für einen in bar zu entrichtenden Kaufpreis von insgesamt 326 Mio€ ab. Zum Jahresende 2007 resultierten aus diesem Unternehmenszusammenschluss ein Nettovermögen von 177 Mio€ und ein Goodwill von 149 Mio€. MortgageIT, ein Real Estate Investment Trust („REIT“) in den Vereinigten Staaten, ist dem Unternehmensbereich CB&S zugeordnet.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Auswirkungen dieser Akquisition auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva			
Barreserve	29	–	29
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	5.854	– 5	5.849
Goodwill	9	140	149
Übrige Vermögenswerte	160	– 7	153
Summe der Aktiva	6.052	128	6.180
Passiva			
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	3.390	–	3.390
Sonstige Passiva	2.349	10	2.359
Übrige Verbindlichkeiten	95	10	105
Summe der Verbindlichkeiten	5.834	20	5.854
Nettovermögen	218	108	326
Summe der Passiva	6.052	128	6.180

Seit dem Erwerbszeitpunkt wurden für MortgageIT negative Erträge von 38 Mio€ und ein Verlust nach Steuern von 212 Mio€ ausgewiesen.

ABBEY LIFE ASSURANCE COMPANY LIMITED

Am 1. Oktober 2007 schloss der Konzern die Akquisition von 100 % an der Abbey Life Assurance Company Limited („Abbey Life“) für einen in bar zu entrichtenden Kaufpreis von 1.412 Mio€ und Anschaffungsnebenkosten von 12 Mio€ ab. Die Allokation des Kaufpreises führte zu einem Nettovermögen von 512 Mio€ und sonstigen immateriellen Vermögenswerten von 912 Mio€. Diese ermittelten immateriellen Vermögenswerte entsprechen dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme aus den bei dem Unternehmenszusammenschluss erworbenen langfristigen Versicherungs- und Investmentverträgen (Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts). Abbey Life ist eine britische Lebensversicherungsgesellschaft, die seit dem Jahr 2000 kein Neugeschäft mehr abschließt. Das Portfolio umfasst vorwiegend fondsgebundene Lebens- und Rentenpolicen sowie Rentenversicherungen. Abbey Life ist Bestandteil des Unternehmensbereichs CB&S. Die nachfolgende Übersicht zeigt die Auswirkungen dieser Akquisition auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva			
Verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	232	–	232
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	14.145	–	14.145
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	2.261	–	2.261
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	912	912
Übrige Vermögenswerte	1.317	– 1	1.316
Summe der Aktiva	17.955	911	18.866
Passiva			
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	10.387	–	10.387
Rückstellungen für das Versicherungsgeschäft	6.339	–	6.339
Übrige Verbindlichkeiten	246	318	564
Summe der Verbindlichkeiten	16.972	318	17.290
Nettovermögen ¹	983	593	1.576
Summe der Passiva	17.955	911	18.866

¹ Enthält Minderheitsanteile in Höhe von 152 Mio €.

Seit dem Erwerbszeitpunkt wurden für Abbey Life Erträge von 53 Mio€ und ein Gewinn nach Steuern von 26 Mio€ erfasst.

SONSTIGE IM JAHR 2007 GETÄTIGTE UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLÜSSE

Im Jahr 2007 getätigte sonstige Unternehmenszusammenschlüsse, die einzeln betrachtet nicht wesentlich waren, werden zusammengefasst dargestellt. Diese Transaktionen waren mit dem Erwerb von Mehrheitsbeteiligungen in einer Bandbreite zwischen 51 % und 100 % verbunden und umfassten einen Gesamtkaufpreis von 107 Mio€ einschließlich Anschaffungsnebenkosten von 1 Mio€. Die nachfolgende Übersicht zeigt die Auswirkungen auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Summe der Aktiva	104	132	236
Summe der Verbindlichkeiten	87	13	100
Nettovermögen	17	119	136
Summe der Passiva	104	132	236

Diese Akquisitionen wirkten sich mit 2 Mio€ beziehungsweise 1 Mio€ auf die Erträge und das Ergebnis des Konzerns aus.

MÖGLICHE AUSWIRKUNGEN DER IN 2007 GETÄTIGTEN UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLÜSSE AUF DIE GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG

Wären alle oben aufgeführten in 2007 getätigten Unternehmenszusammenschlüsse zum 1. Januar 2007 wirksam gewesen, hätte der Konzern für 2007 daraus Erträge von 426 Mio€ und ein negatives Ergebnis von 74 Mio€ ausgewiesen.

IM JAHR 2006 GETÄTIGTE UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLÜSSE

Im Geschäftsjahr 2006 tätigte der Konzern mehrere Akquisitionen, die als Unternehmenszusammenschlüsse bilanziert wurden. Die Übernahmen von United Financial Group, norisbank und Tilney Group Limited waren einzeln betrachtet wesentlich und werden deshalb separat dargestellt. Die anderen Unternehmenszusammenschlüsse, die einzeln betrachtet nicht wesentlich waren, werden zusammengefasst dargestellt.

UNITED FINANCIAL GROUP

Mit Wirkung zum 27. Februar 2006 schloss der Konzern den Erwerb der restlichen 60 % an der United Financial Group („UFG“) ab, nachdem er bereits 2004 eine Beteiligung von 40 % an dem Unternehmen erworben hatte. Die Transaktion stärkt die Position des Konzerns als eine der führenden Investmentbanken in Russland. Die Kosten für die Akquisition der 60 % setzten sich aus einem in bar zu entrichtenden Kaufpreis von 189 Mio€ und Anschaffungsnebenkosten von 2 Mio€ zusammen. Weitere 82 Mio€ der Kaufpreissumme wurden auf ein Treuhandkonto gezahlt, bis die aufschiebende Bedingung in 2008 erfüllt ist. Die Allokation des Kaufpreises führte zu einem Goodwill von 122 Mio€, sonstigen immateriellen Vermögenswerten von 13 Mio€ und einem Nettovermögen von 138 Mio€. UFG ist in den Unternehmensbereich CB&S eingegliedert.

Zum Erwerbszeitpunkt ergaben sich folgende Auswirkungen auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva			
Barreserve	368	33	401
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	745	–	745
Goodwill	–	166	166
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	13	13
Übrige Vermögenswerte	1.227	– 1	1.226
Summe der Aktiva	2.340	211	2.551
Passiva			
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	728	–	728
Übrige Verbindlichkeiten	1.360	–	1.360
Summe der Verbindlichkeiten	2.088	–	2.088
Nettovermögen	252	211	463
Summe der Passiva	2.340	211	2.551

Die seit dem Erwerb ausgewiesenen Erträge und der Gewinn nach Steuern der UFG beliefen sich in 2006 auf 171 Mio € beziehungsweise 95 Mio €.

NORISBANK

Am 2. November 2006 schloss der Konzern die Akquisition des Filialgeschäfts der zur DZ Bank-Gruppe gehörenden norisbank sowie der Marke „norisbank“ ab. Die Übernahme, mit welcher der Konzern seine starke Stellung im Konsumentenkreditgeschäft in Deutschland weiter ausbaut, erfolgte durch den Erwerb der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in Form einer unmittelbaren Fusion zwischen dem erworbenen und dem erwerbenden Unternehmen. Die fusionierte Einheit firmiert unter dem Namen norisbank. Die Kosten für die Akquisition setzten sich aus einem in bar zu entrichtenden Kaufpreis von 414 Mio € und Anschaffungsnebenkosten von 1 Mio € zusammen. Der Kaufpreis hängt von einem Preisanpassungsmechanismus ab und wird im Laufe des Jahres 2008 endgültig festgelegt. Seine Allokation führte zu einem Goodwill von 230 Mio €, sonstigen immateriellen Vermögenswerten von 80 Mio € und einem Nettovermögen von 105 Mio €. Die norisbank ist im Unternehmensbereich PBC enthalten.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Auswirkungen dieser Akquisition auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert des erwerbenden Unternehmens	Zum Fair Value übernommene Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	Fair Value
Aktiva			
Barreserve	28	–	28
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	402	– 89	313
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	–	1.641	1.641
Goodwill	–	230	230
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	4	80	84
Übrige Vermögenswerte	3	4	7
Summe der Aktiva	437	1.866	2.303
Passiva			
Einlagen	–	1.417	1.417
Übrige Verbindlichkeiten	–	449	449
Summe der Verbindlichkeiten	–	1.866	1.866
Nettovermögen	437	–	437
Summe der Passiva	437	1.866	2.303

Im Anschluss an die Akquisition und bis zum 31. Dezember 2007 wurde der Kaufpreis einschließlich Anschaffungsnebenkosten aufgrund von Preisanpassungen und weiterer Übernahmekosten auf 417 Mio € geändert. Die Allokation des Kaufpreises veränderte den Goodwill auf 222 Mio €, die sonstigen immateriellen Vermögenswerte auf 82 Mio € und das Nettovermögen auf 113 Mio €. Die Erträge und der Verlust nach Steuern aus der Akquisition der norisbank beliefen sich in 2006 auf 30 Mio € beziehungsweise 5 Mio €.

TILNEY GROUP LIMITED

Am 14. Dezember 2006 schloss der Konzern die Akquisition von 100 % an dem britischen Vermögensverwalter Tilney Group Limited („Tilney“) als Teil einer strategischen Initiative zur Stärkung der Präsenz im britischen Private Wealth Management-Markt ab. Die Kosten für die Akquisition setzten sich aus einer Barvergütung von 317 Mio €, der Aufnahme eines Darlehens in Höhe von 11 Mio € und Anschaffungsnebenkosten von 5 Mio € zusammen. Weitere 46 Mio € der Kaufpreissumme werden unter der Voraussetzung gezahlt, dass das Geschäftsergebnis der erworbenen Einheiten in den folgenden drei Jahren bestimmte Zielwerte übertrifft. Die Allokation des Kaufpreises führte zu einem Goodwill von 419 Mio €, sonstigen immateriellen Vermögenswerten von 97 Mio € und Nettoverbindlichkeiten von 137 Mio €. Tilney ist dem Geschäftsbereich PWM zugeordnet.

Zum Erwerbszeitpunkt ergaben sich folgende Auswirkungen auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva			
Barreserve	47	–	47
Goodwill	163	256	419
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	97	97
Übrige Vermögenswerte	36	2	38
Summe der Aktiva	246	355	601
Passiva			
Langfristige Verbindlichkeiten	143	8	151
Übrige Verbindlichkeiten	46	25	71
Summe der Verbindlichkeiten	189	33	222
Nettovermögen	57	322	379
Summe der Passiva	246	355	601

Im Anschluss an die Akquisition und bis zum 31. Dezember 2007 führte eine Anpassung des Kaufpreises zur Rückzahlung von weniger als 1 Mio € und zu einer entsprechenden Anpassung des Goodwill. Die Erträge und der Verlust nach Steuern aus der Akquisition von Tilney beliefen sich 2006 auf 3 Mio € beziehungsweise weniger als 1 Mio €.

SONSTIGE IM JAHR 2006 GETÄTIGTE UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLÜSSE

Im Jahr 2006 getätigte sonstige Unternehmenszusammenschlüsse, die einzeln betrachtet nicht wesentlich waren, werden zusammengefasst dargestellt. Diese Transaktionen waren mit dem Erwerb von Mehrheitsbeteiligungen in einer Bandbreite zwischen 60 % und 100 % verbunden, und umfassten einen Gesamtkaufpreis von 168 Mio € einschließlich Anschaffungsnebenkosten von 1 Mio €. Die nachfolgende Übersicht zeigt die Auswirkungen dieser Akquisitionen auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Summe der Aktiva	475	13	488
Summe der Verbindlichkeiten	288	8	296
Nettovermögen	187	5	192
Summe der Passiva	475	13	488

Die Akquisitionen wirkten sich mit 58 Mio € beziehungsweise 47 Mio € auf die Erträge und das Ergebnis des Konzerns aus.

MÖGLICHE AUSWIRKUNGEN DER IN 2006 GETÄTIGTEN UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLÜSSE AUF DIE GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG

Wären die oben aufgeführten in 2006 getätigten Unternehmenszusammenschlüsse zum 1. Januar 2006 wirksam gewesen, hätte der Konzern für 2006 daraus Erträge von 396 Mio € und ein Ergebnis von 85 Mio € ausgewiesen.

IM JAHR 2008 GETÄTIGTE UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLÜSSE

Am 31. Januar 2008 gab der Konzern bekannt, dass er eine Beteiligung von 100 % an dem Hedgefondsadministrator HedgeWorks, LLC mit Sitz in den Vereinigten Staaten erworben hat. Die vorläufige Kostenschätzung für den Unternehmenszusammenschluss ging von einer Barvergütung in Höhe von 20 Mio € sowie einer weiteren von 20 Mio € aus, die unter der Voraussetzung gezahlt wird, dass das erworbene Unternehmen in den nächsten drei Jahren bestimmte Ziele übertrifft. HedgeWorks wird dem Unternehmensbereich GTB angehören.

Am 20. Dezember 2007 gab der Unternehmensbereich Asset and Wealth Management die Unterzeichnung einer Vereinbarung über den Erwerb eines Mehrheitsanteils von 60 % an dem taiwanesischen Vermögensverwalter Far Eastern Alliance Asset Management Co., Ltd. bekannt. Die Übernahme soll im März 2008 abgeschlossen werden.

VERÄUSSERUNGEN

In den Geschäftsjahren 2007 und 2006 veräußerte der Konzern mehrere Tochtergesellschaften/Geschäftseinheiten. Eine Liste und weitere Einzelheiten zu diesen Veräußerungen finden sich in Note [2]. Der gesamte für diese Veräußerungen in bar erhaltene Gegenwert betrug in den Jahren 2007 und 2006 375 Mio € beziehungsweise 544 Mio €. Die folgende Tabelle enthält die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die in diesen Veräußerungen enthalten waren.

in Mio €	2007	2006
Barreserve und verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	52	107
Übrige Vermögenswerte	885	2.810
Summe der veräußerten Aktiva	937	2.917
Summe der veräußerten Verbindlichkeiten	463	1.958

[35] DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE

DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE UND SICHERUNGSGESCHÄFTE

Zu den vom Konzern eingesetzten derivativen Kontrakten zählen Swaps, standardisierte Terminkontrakte, Termingeschäfte, Optionen und ähnliche Kontraktarten. Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit wickelt der Konzern unterschiedliche Transaktionen mit derivativen Finanzinstrumenten sowohl zu Handels- als auch Sicherungszwecken ab. Der Konzern setzt derivative Instrumente ein, um den Bedürfnissen der Kunden hinsichtlich des Risikomanagements Rechnung zu tragen, Risiken des Konzernobligos zu steuern und abzusichern sowie um Erträge im Eigenhandel zu generieren.

Im Einklang mit den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns zur Bilanzierung von Derivaten und von Hedge Accounting, wie sie in Note [1] beschrieben sind, werden alle Derivate zum Marktwert bilanziert, gleichgültig ob sie für Handels- oder Nichthandelszwecke gehalten werden.

ZU HANDELSZWECKEN GEHALTENE DERIVATE

VERKAUFS- UND HANDELSAKTIVITÄTEN

Die Mehrzahl der Derivatetransaktionen des Konzerns steht im Zusammenhang mit Verkaufs- und Handelsaktivitäten. Zu den Verkaufsaktivitäten gehören die Strukturierung und Vermarktung derivativer Produkte an Kunden, um ihnen zu ermöglichen, gegenwärtige oder zukünftige Risiken zu übernehmen, zu übertragen, zu modifizieren oder zu reduzieren. Die Handelsaktivitäten umfassen Marktpflege- und Arbitrageaktivitäten sowie das Eingehen von Eigenhandelspositionen. Marktpflege beinhaltet das Stellen von Geld- und Briefkursen für andere Marktteilnehmer mit der Absicht, mithilfe von Margen und Volumina Erträge zu erwirtschaften. Durch Eingehen von Eigenhandelspositionen steuert der Konzern seine Risikopositionen in der Erwartung, von günstigen Entwicklungen der Preise, Zinsen oder Indizes zu profitieren. Bei Arbitrageaktivitäten werden Preisabweichungen zwischen Märkten und Produkten ermittelt, um daraus Gewinne zu erzielen.

RISIKOMANAGEMENT

Im Rahmen seines Aktiv-Passiv-Managements setzt der Konzern Derivate zu Sicherungszwecken ein, um sein Kredit- und Marktrisiko zu reduzieren. Dies erfolgt durch Absicherung spezifischer Portfolios festverzinslicher Finanzinstrumente und geplanter Transaktionen sowie durch eine strategische Absicherung des gesamten Bilanzrisikos. Der Konzern steuert Zinsrisiken aktiv, unter anderem durch den Einsatz derivativer Kontrakte. Der Einsatz derivativer Finanzinstrumente wird von Zeit zu Zeit innerhalb vorgeschriebener Grenzen entsprechend den Veränderungen der Marktbedingungen sowie den Charakteristika und der Zusammensetzung der betreffenden Aktiva und Passiva angepasst.

DERIVATIVE, DIE DIE ANFORDERUNGEN AN HEDGE ACCOUNTING ERFÜLLEN

Für Derivate, welche für Zwecke des Risikomanagements gehalten werden und welche Teil einer Transaktion sind, für die die Anforderungen von Note [1] erfüllt sind, wendet der Konzern Hedge Accounting an.

FAIR VALUE HEDGES

Der Konzern wendet Fair Value Hedge Accounting mittels Zinsswaps und Optionen an, um sich gegen Veränderungen des Fair Value festverzinslicher Finanzinstrumente infolge von Bewegungen der Marktzinssätze abzusichern.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Wert der Derivate, die im Rahmen von Fair Value Hedges gehalten werden.

in Mio €	Aktiva 2007	Passiva 2007	Aktiva 2006	Passiva 2006
Derivate als Sicherungsinstrumente in Fair Value Hedges:	2.323	961	1.507	1.987

Im Geschäftsjahr 2007 wies der Konzern Gewinne von 147 Mio € (2006: Verluste von 340 Mio €) aus Sicherungsinstrumenten aus. Im gleichen Zeitraum beliefen sich die Verluste aus den abgesicherten Grundgeschäften, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, auf 213 Mio € (2006: Gewinne von 356 Mio €).

CASH FLOW HEDGES

Der Konzern sichert die Zahlungsströme über Terminkontrakte auf Aktien, Zinsswaps und Devisentermingeschäfte ab, um sich gegen Risiken aus Schwankungen von Aktienindizes, Zinssätzen und Wechselkursen zu schützen.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Wert der Derivate, die im Rahmen von Cash Flow Hedges gehalten werden.

in Mio €	Aktiva 2007	Passiva 2007	Aktiva 2006	Passiva 2006
Derivate als Sicherungsinstrumente in Cash Flow Hedges:	14	0	26	18

Die folgende Tabelle zeigt, in welchen Berichtszeiträumen mit dem Auftreten der abgesicherten Cashflows gerechnet wird und wann diese voraussichtlich ergebniswirksam werden.

in Mio €	bis 1 Jahr	1 bis 3 Jahre	3 bis 5 Jahre	über 5 Jahre
zum 31. Dezember 2007				
Cashflow aus Aktiva	56	163	80	129
Cashflow aus Passiva	-2	-57	-5	-3
Nettocashflow	54	106	75	126
zum 31. Dezember 2006				
Cashflow aus Aktiva	11	71	5	9
Cashflow aus Passiva	-3	-64	-4	-7
Nettocashflow	8	7	1	2

Von den erwarteten zukünftigen Zahlungsströmen tritt der größte Teil im Zusammenhang mit der Akquisition von Abbey Life Assurance, Limited, auf. Unter den Bestimmungen der fondsgebundenen Verträge wird den Versicherungsnehmern eine jährliche Managementgebühr belastet, welche als Prozentanteil des verwalteten Vermögens ausgedrückt wird. Der Konzern ist, um sich gegen die Volatilität dieser hochgradig wahrscheinlichen Zahlungsströme der Managementgebühren abzusichern, 3-Monats-rollierende FTSE-Future-Kontrakte eingegangen. Andere Cashflow Hedge-Programme nutzen Zinsswaps und FX Forwards als Sicherungsinstrumente.

Im Geschäftsjahr 2007 wies der Konzern einen Saldo von minus 79 Mio € (2006: minus 73 Mio €) im Zusammenhang mit Cash Flow Hedges im Eigenkapital aus. Von diesen Beträgen gehen im Jahr 2007 minus 67 Mio € (2006: minus 44 Mio €) auf bereits beendete Programme zurück. Diese Beträge werden zu gegebener Zeit erfolgswirksam aufgelöst.

Im Geschäftsjahr 2007 wurden Verluste von 19 Mio € (2006: Verluste von 68 Mio €) wegen effektiver Cash Flow Hedges im Eigenkapital berücksichtigt, es wurde ein Verlust von 13 Mio € (2006: Gewinn von 8 Mio €) vom Eigenkapital in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung überführt sowie ein Verlust von 3 Mio € (2006: Gewinn von 3 Mio €) wegen Hedgeineffektivität erfolgswirksam erfasst.

Mit Stand vom 31. Dezember 2007 wird der Zahlungsstrom mit der längsten Laufzeit im Jahr 2017 fällig.

NET INVESTMENT HEDGES

Der Konzern sichert sich über Devisentermingeschäfte und -swaps gegen Risiken aus der Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Tochterunternehmen in die Bilanzwährung der Muttergesellschaft ab.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Wert der Derivate, die zur Absicherung einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb gehalten werden.

in Mio €	Aktiva 2007	Passiva 2007	Aktiva 2006	Passiva 2006
Derivate als Sicherungsinstrumente in Net Investment Hedges:	193	1.354	550	71

Im Geschäftsjahr 2007 wies der Konzern Verluste von 72 Mio € (2006: Verluste von 77 Mio €) aus Hedgeineffektivität aus.

[36] AUFSICHTSRECHTLICHES KAPITAL

KAPITALMANAGEMENT UND KAPITALADÄQUANZ

Treasury verantwortet das konzernweite sowie das lokale Kapitalmanagement. Die Allokation von Finanzressourcen im Allgemeinen und Kapital im Besonderen hat zum Ziel, profitable Geschäftsbereiche zu unterstützen, die den größtmöglichen positiven Effekt auf die Rentabilität und den Shareholder Value des Konzerns aufweisen. Aus diesem Grund ordnet Treasury den Geschäftsbereichen das Kapital in regelmäßigen Abständen neu zu.

Treasury implementiert die Kapitalstrategie des Konzerns, die vom Capital and Risk Committee entwickelt und vom Vorstand genehmigt wird. Dies umfasst auch die Emission und den Rückkauf von Aktien. Es ist Ziel des Konzerns, stets eine solide Kapitalisierung vorzuweisen. Kapitalbedarf und -angebot werden permanent überwacht und, falls notwendig, angepasst, um den Bedarf des Kapitals unter verschiedenen Aspekten abzudecken. Dazu gehören das ausgewiesene Buchkapital nach IFRS, das nach den Empfehlungen des Basel Committee on Banking Supervision, dessen Sekretariat von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) gestellt wird, ermittelte aufsichtsrechtliche Kapital sowie schließlich das Ökonomische Kapital. Unter Basel I betrug der Zielkorridor der BIZ-Kernkapitalquote 8 bis 9 % und dieser wird auch zukünftig mit der Einführung von Basel II seit dem 1. Januar 2008 angestrebt.

Die Allokation des Kapitals, die Festlegung des Finanzierungsplans des Konzerns und ähnliche Fragen werden vom Capital and Risk Committee erörtert.

Regionale Kapitalpläne, die den Kapitalbedarf der Filialen und Tochtergesellschaften des Konzerns abdecken, werden halbjährlich erstellt und dem Group Investment Committee vorgelegt. Die meisten der Tochtergesellschaften unterliegen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen. Lokale Asset and Liability Committees sorgen für die Einhaltung dieser Anforderungen unter Führung regionaler Treasury Teams. Ferner stellen sie die Einhaltung weiterer Anforderungen sicher wie beispielsweise Ausschüttungsbegrenzungen für die Dividende an die Deutsche Bank AG oder Begrenzungen des Kreditvolumens von Tochtergesellschaften an ihre Muttergesellschaft. Bei der Entwicklung, Umsetzung und Prüfung des Kapitals und der Liquidität des Konzerns werden solche gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen berücksichtigt.

Das Kapitalmanagement im Jahr 2007 umfasste den Abschluss des Aktienrückkaufprogramms 2006/07 und den Start des Aktienrückkaufprogramms 2007/08. Im Rahmen des im Mai 2007 abgeschlossenen Programms 2006/07 wurden 14,1 Millionen Aktien zurückgekauft. Auf Basis der auf der ordentlichen Hauptversammlung 2007 erteilten und Ende Oktober 2008 auslaufenden Ermächtigung, 10 % der insgesamt emittierten Aktien zurückzukaufen, wurde im Mai 2007 das Aktienrückkaufprogramm 2007/08 gestartet. Das Programm dient unter anderem dazu, Verpflichtungen aus aktienbasierten Vergütungsprogrammen zu bedienen, und ermöglicht es, Kapitalbedarf und -ausstattung des Konzerns in Einklang zu bringen. Die Rückkäufe wurden durch laufende Gewinne finanziert. Bis zum 31. Dezember 2007 wurden 6,3 Millionen Aktien (ungefähr 1,2 % des Gezeichneten Kapitals des Konzerns) im Rahmen des Programms 2007/08 zurückgekauft. Insgesamt wurden 2007 im Zuge der Aktienrückkaufprogramme des Konzerns 11,3 Millionen Aktien zurückgekauft (2006: 28,8 Millionen).

Im Geschäftsjahr 2007 hat der Konzern hybrides Tier-1-Kapital in Höhe von 1,3 Mrd € begeben (2006: 1,1 Mrd €). Das ausstehende hybride Tier-1-Kapital belief sich am 31. Dezember 2007 auf insgesamt 5,6 Mrd €, verglichen mit 4,5 Mrd € am 31. Dezember 2006.

Eine Innovation in 2007 war die erstmalige Contingent-Capital-Emission des Konzerns. Dem Konzern steht es frei, diese Form des Kapitals bei Bedarf in hybrides Tier-1-Kapital umzuwandeln und somit flexibles Kapital zu bilden, um der ratingabhängigen Bemessung der Risikoposition unter Basel II zu entsprechen. Der Konzern hat in 2007 zwei Emissionen in Höhe von 200 Mio € und 800 Mio US-\$ begeben.

Die für den Konzern maßgeblichen aufsichtsrechtlichen Kapitaladäquanzvorschriften beruhen auf Empfehlungen des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht und auf den Richtlinien der Europäischen Union, die in deutsches Recht umgesetzt wurden, insbesondere dem Kreditwesengesetz und den entsprechenden Verordnungen und Richtlinien.

In 2007, im Jahr des Übergangs von den Empfehlungen des Basler Ausschusses in 1988 („Basel I“) zum überarbeiteten Kapitalregelwerk, das 2004 vom Basler Ausschuss verabschiedet wurde („Basel II“), hat die Deutsche Bank weiterhin Kapitalquoten in unmittelbarer Anwendung des Basel-I-Regelwerks berechnet und veröffentlicht. Ab 2008 wird die Deutsche Bank auf Konzernebene Kapitalquoten gemäß dem Kreditwesengesetz und der Solvabilitätsverordnung, die Basel II ins deutsche Recht umsetzen, berechnen und veröffentlichen.

Die BIZ-Kapitalquote ist die zentrale Messgröße für die Kapitaladäquanz internationaler Banken. Mit dieser im Basel I-Regelwerk definierten Quote wird das aufsichtsrechtliche Kapital einer Bank in ein Verhältnis zu ihren Adressenausfall- und Marktpreisrisiken (im Konzern insgesamt als „Risikoposition“ bezeichnet) gesetzt. Die Deutsche Bank berechnet diese Quote anhand ihres nach IFRS erstellten Konzernabschlusses. Das Kontrahentenrisiko wird ermittelt, indem bilanzielle und außerbilanzielle Engagements entsprechend ihrem relativen Kreditrisiko zu Kategorien mit entsprechender Risikogewichtung zusammengefasst werden. Die Marktrisikokomponente des Konzerns ist ein Mehrfaches des ermittelten Value-at-Risk, der für aufsichtsrechtliche Zwecke auf der Grundlage der konzerninternen Modelle berechnet wird. Diese Modelle wurden von der BaFin zur Berechnung der Marktrisikokomponente der Risikoposition der Bank anerkannt.

Das aufsichtsrechtliche Kapital einer Bank ist in die drei Bestandteile Kern- beziehungsweise Tier-1-Kapital, Ergänzungs- beziehungsweise Tier-2-Kapital und Drittrangmittel beziehungsweise Tier-3-Kapital aufgeteilt. Das Kern- beziehungsweise Tier-1-Kapital besteht in erster Linie aus dem Gezeichneten Kapital (ausgenommen Aktien, die mit einem nachzuzahlenden Vorzug bei der Verteilung des Gewinns ausgestattet sind – kumulative Vorzugsaktien), den Kapital- und Gewinnrücklagen, hybriden Kapitalbestandteilen wie zum Beispiel nicht kumulativen Vorzugsaktien („Noncumulative Trust Preferred Securities“) und Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter, abzüglich Goodwill und sonstiger immaterieller Vermögenswerte sowie anderer Abzugsposten wie Eigene Aktien im Bestand. Ergänzungs- oder Tier-2-Kapital besteht im Wesentlichen aus kumulativen Vorzugsaktien, Genussrechtskapital, kumulativen Vorzugsanteilen („Cumulative Trust Preferred Securities“), langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten, unrealisierten Gewinnen aus börsennotierten Wertpapieren und den sonstigen Wertberichtigungen für inhärente Risiken. Das Tier-3-Kapital besteht überwiegend aus kurzfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten und darf nur zur Unterlegung von Marktpreisrisiken verwendet werden. Banken dürfen zur Unterlegung von Marktpreisrisiken auch Tier-1- und Tier-2-Kapital verwenden, das den Mindestbedarf zur Unterlegung der Adressenausfallrisiken überschreitet. Die Mindestgesamtkapitalquote gemäß BIZ (Tier-1 + -2 + -3) beträgt 8 % der Risikoposition. Die Mindestkernkapitalquote gemäß BIZ (Tier-1) beträgt 4 % der risikogewichteten Positionen und 2,29 % des Marktrisikoäquivalents. Die Mindestkernkapitalquote für die gesamte Risikoposition hängt daher von dem gewichteten Durchschnitt der risikogewichteten Position und des Marktrisikoäquivalents ab. Nach Maßgabe der BIZ-Richtlinien können nachrangige Verbindlichkeiten nur in Höhe von maximal 50 % des Tier-1-Kapitals als Tier-2-Kapital angerechnet werden. Das gesamte Tier-2-Kapital ist auf 100 % des Tier-1-Kapitals begrenzt. Das Tier-3-Kapital ist begrenzt auf 250 % des nicht zur Unterlegung von Adressenausfallrisiken benötigten Tier-1-Kapitals.

Die folgende Tabelle zeigt die Berechnung der Kapitaladäquanz des Konzerns nach Maßgabe der BIZ-Richtlinien sowie das durchschnittliche Active Equity zum 31. Dezember 2007 beziehungsweise 31. Dezember 2006.

in Mio € (ausgenommen Prozentangaben)	31.12.2007	31.12.2006
Risikogewichtete Positionen	314.845	263.871
Marktrisikoäquivalent ¹	13.973	11.588
Risikoposition	328.818	275.459
Kernkapital (Tier-1)	28.320	23.539
Ergänzungskapital (Tier-2)	9.729	10.770
Nutzbare Drittrangmittel (Tier-3)	–	–
Aufsichtsrechtliches Kapital insgesamt	38.049	34.309
Kernkapitalquote (Tier-1)	8,6 %	8,5 %
Eigenkapitalquote (Tier-1 + -2)	11,6 %	12,5 %
Durchschnittliches Active Book Equity	29.846	25.468

1 Ein Vielfaches des Value-at-Risk des Konzerns, mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % und einer Haltedauer von zehn Tagen.

Den BIZ-Richtlinien entsprechend muss der Konzern seine Marktpreisrisiken per 31. Dezember 2007 mit aufsichtsrechtlichem Eigenkapital (Tier-1 + -2 + -3) in Höhe von 1.118 Mio € unterlegen (31. Dezember 2006: 927 Mio €). Der Konzern hat diese Anforderung vollständig mit Tier-1- und Tier-2-Kapital erfüllt.

Das Ergänzungskapital (Tier-2) des Konzerns belief sich am 31. Dezember 2007 auf 9,7 Mrd € und entsprach 34 % des Kernkapitals, verglichen mit 10,8 Mrd € und 46 % zum 31. Dezember 2006.

Am 31. Dezember 2007 lag die BIZ-Eigenkapitalquote des Konzerns mit 11,6 % beträchtlich über der Mindesteigenkapitalquote gemäß BIZ von 8 %.

In der nachstehenden Tabelle sind die Komponenten des Kern- und Ergänzungskapitals der für aufsichtsrechtliche Zwecke konsolidierten Gesellschaften des Konzerns zum 31. Dezember 2007 nach den BIZ-Richtlinien aufgeführt.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Kernkapital (Tier-1)		
Stammaktien	1.358	1.343
Kapitalrücklage	15.808	15.246
Gewinnrücklagen, Eigene Aktien im Bestand, Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien, Anpassungen aus der Währungsumrechnung, Anteile in Fremdbesitz	17.717	13.631
Nicht kumulative Vorzugsaktien	5.602	4.496
In Abzug gebrachte Posten (unter anderem Immaterielle Vermögensgegenstände)	– 12.165	– 11.177
Kernkapital insgesamt	28.320	23.539
Ergänzungskapital (Tier-2)		
Unrealisierte Gewinne aus notierten Wertpapieren (45 % angerechnet)	1.472	1.235
Sonstige Wertberichtigungen für inhärente Risiken	358	359
Kumulative Vorzugsaktien	841	759
Nachrangige Verbindlichkeiten, sofern nach BIZ anrechenbar	7.058	8.417
Ergänzungskapital insgesamt	9.729	10.770

Während die Deutsche Bank die BIZ-Kapitalquote als zentrale Messgröße für die Kapitaladäquanz international tätiger Banken ansieht, erfüllt sie auch die deutschen Kapitaladäquanzvorschriften.

Die Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderungen kann Verfügungen und weitere Maßnahmen seitens der BaFin oder anderer Aufsichtsbehörden nach sich ziehen. Diese könnten erhebliche Auswirkungen auf die Geschäftsaktivitäten des Konzerns haben. Der Deutsche Bank-Konzern hat 2007 die aufsichtsrechtlichen Kapitaladäquanzvorschriften eingehalten.

Die zentralen Berechnungsmethoden für die Risikoposition und das aufsichtsrechtliche Kapital nach den BIZ-Vorschriften und nach dem Kreditwesengesetz, jeweils gemäß der in 2007 gültigen Fassung, sind eng aufeinander abgestimmt. Zu den Unterschieden in der Definition des aufsichtsrechtlichen Kapitals nach den BIZ-Richtlinien beziehungsweise dem Kreditwesengesetz gehören unterschiedliche Regelungen für den Abzug von First-Loss-Positionen bei Verbriefungen und den Abzug bestimmter Beteiligungen an anderen Finanzinstituten und -unternehmen sowie Versicherungsgesellschaften, die unterschiedliche Erfassung bestimmter bei der Konsolidierung entstehender Posten und unterschiedliche aufsichtsrechtliche Amortisationsfristen für nachrangige Verbindlichkeiten. Diese Unterschiede führten in ihrer Gesamtheit zu keiner wesentlichen Differenz im aufsichtsrechtlichen Kapital und der Gesamtrisikoposition des Konzerns im Jahr 2007.

Zu den für das bankaufsichtsrechtliche Meldewesen konsolidierten Gesellschaften zählen nach Maßgabe des Kreditwesengesetzes alle Tochtergesellschaften, die als Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute und Finanzunternehmen sowie Anbieter von Nebendienstleistungen einzustufen sind. Davon ausgeschlossen sind Versicherungsgesellschaften oder Unternehmen außerhalb des Finanzsektors.

Versicherungsgesellschaften werden jedoch in die Berechnung der Kapitaladäquanz für Finanzkonglomerate einbezogen. Der Konzern ist nach der Akquisition von Abbey Life Assurance Company Limited in Großbritannien im Oktober 2007 von der BaFin als Finanzkonglomerat eingeordnet worden. Nachdem die BaFin die anzuwendende Berechnungsmethode bestimmt hat, wird die Kapitaladäquanzberechnung für das Finanzkonglomerat erstmals in 2008 durchgeführt. Es wird erwartet, dass diese Berechnung bestätigt, dass die Solvabilitätsspanne des Finanzkonglomerats von den Bankaktivitäten des Konzerns dominiert wird.

[37] RISIKOANGABEN

Der Konzern verfügt über eine dedizierte und integrierte Legal, Risk & Capital-Funktion, die unabhängig von den Konzernbereichen ist. Der Konzern steuert die Risiken und das Kapital mithilfe eines Rahmenwerks von Grundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Mess- und Überwachungsprozessen, die eng auf die Tätigkeiten der Konzernbereiche ausgerichtet sind. Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die Überwachung des Risiko- und Kapitalmanagements im Konzern. Der Chief Risk Officer, ein Mitglied des Vorstands, trägt die Verantwortung für das Risikomanagement in Bezug auf die Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, operationellen und Geschäfts-, Rechts- und Reputationsrisiken sowie für die Kapitalmanagementaktivitäten im Konzern. Der Aufsichtsrat überprüft das Risiko- und Kapitalprofil in regelmäßigen Zeitabständen.

KREDITRISIKO

Das Kreditrisiko entsteht im Zusammenhang mit allen Transaktionen, aus denen sich tatsächliche, eventuelle oder künftige Ansprüche gegenüber einem Geschäftspartner, Kreditnehmer oder Schuldner (im Folgenden auch „Geschäftspartner“ genannt) ergeben. Das Kreditrisiko ist für den Konzern das größte Einzelrisiko.

Es werden drei Arten von Kreditrisiken unterschieden:

- Ausfallrisiko ist das Risiko, dass Geschäftspartner vertragliche Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen.
- Länderrisiko ist das Risiko, dass dem Konzern in einem beliebigen Land aus einem der folgenden Gründe ein Verlust entsteht: mögliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, politische und soziale Unruhen, Verstaatlichung und Enteignung von Vermögenswerten, staatliche Nichtanerkennung von Auslandsschulden, Devisenkontrollen und Ab- oder Entwertung der Landeswährung. Im Länderrisiko ist das Transferrisiko enthalten. Dieses entsteht, wenn Schuldner aufgrund direkter staatlicher Intervention nicht in der Lage sind, Vermögenswerte zur Erfüllung ihrer fälligen Verpflichtungen an Nichtgebietsansässige zu übertragen.
- Abwicklungsrisiko ist das Risiko, dass die Abwicklung oder Verrechnung von Transaktionen scheitert. Es entsteht immer dann, wenn liquide Mittel, Wertpapiere und/oder andere Werte nicht zeitgleich ausgetauscht werden.

Der Konzern steuert Kreditrisiken in einem koordinierten Prozess auf allen relevanten Ebenen der Bank. Das gilt auch für komplexe Produkte, die der Konzern üblicherweise innerhalb eines Rahmenwerks für Handelsengagements steuert. Das Kreditrisikomanagement des Konzerns baut auf den folgenden Grundsätzen auf:

- In allen Konzernbereichen werden einheitliche Standards für die jeweiligen Kreditentscheidungen angewandt.
- Die Genehmigung von Kreditlimiten für Geschäftspartner und die Steuerung der einzelnen Kreditengagements des Konzerns müssen im Rahmen der Portfoliorichtlinien und Kreditstrategien erfolgen.
- Jede Kreditgewährung und jegliche materielle Veränderung einer Kreditfazilität gegenüber einem Geschäftspartner (wie zum Beispiel Laufzeit, Sicherheitenstruktur oder wichtige Vertragsbedingungen) erfordern eine Kreditgenehmigung auf der angemessenen Kompetenzebene.
- Kreditgenehmigungskompetenzen erhalten Mitarbeiter, die über eine entsprechende Qualifikation, Erfahrung und Ausbildung verfügen. Diese Kreditkompetenzen werden regelmäßig überprüft.
- Die Kreditengagements des Konzerns gegenüber einer Kreditnehmergruppe werden auf weltweit konsolidierter Basis erfasst. Als „Kreditnehmergruppe“ wird eine Gruppe von Kreditnehmern betrachtet, die durch mindestens ein vom Konzern festgelegtes Kriterium wie Kapitalbeteiligung, Stimmrechte, offensichtliche Kontrollausübung oder andere Indizien einer Konzernzugehörigkeit miteinander verbunden sind oder die gesamtschuldnerisch für sämtliche oder wesentliche Teile der vom Konzern gewährten Kredite haften.

KREDITRISIKOEINSTUFUNG

Ein wichtiges Element des Kreditgenehmigungsprozesses ist eine detaillierte Risikobeurteilung jedes Kreditengagements eines Geschäftspartners. Bei der Beurteilung des Risikos werden sowohl die Bonität des Geschäftspartners als auch die für die Kreditfazilität oder das Kreditengagement relevanten Risiken berücksichtigt. Die daraus resultierende Risikoeinstufung wirkt sich nicht nur auf die Strukturierung der Transaktion und die Kreditentscheidung aus, sondern bestimmt auch die Kreditkompetenz, die zur Ausreichung beziehungsweise Verlängerung oder wesentlichen Veränderung des Kredits notwendig ist, und legt den Überwachungsumfang für das jeweilige Engagement fest.

Der Konzern verfügt über interne Bewertungsmethoden, Score Cards und eine Ratingskala zur Beurteilung der Bonität aller Geschäftspartner. Die 26-stufige Ratingskala des Konzerns ist mit dem Maß der Ausfallwahrscheinlichkeit kalibriert, das auf der Basis statistischer Analysen historischer Ausfälle der Konzernportfolios gebildet wurde. Mit dieser Skala werden eine Vergleichbarkeit der internen Ratings mit der Marktpraxis und eine Vergleichbarkeit der verschiedenen Unterportfolios des Konzerns ermöglicht. Einige Ausfallratings ermöglichen uns auch, die erwarteten Rückflüsse von ausgefallenen Engagements auszudrücken.

Die Kreditengagements werden generell einzeln bewertet. Bei der Ermittlung der internen Risikoeinstufungen werden die Einschätzungen des Konzerns nach Möglichkeit mit den von führenden internationalen Ratingagenturen für die Geschäftspartner der Bank vergebenen externen Risikoratings verglichen.

KREDITLIMITE

Kreditlimite legen die Obergrenze für Kreditengagements fest, die der Konzern bereit ist, für bestimmte Zeiträume einzugehen. Sie beziehen sich auf Produkte, Konditionen des Engagements und andere Faktoren.

ÜBERWACHUNG DES AUSFALLRISIKOS

Die Kreditengagements des Konzerns werden mithilfe diverser Risikomanagementinstrumente ständig überwacht. Darüber hinaus stehen Verfahren zur Verfügung, mit denen der Konzern frühzeitig Kreditengagements identifizieren kann, die möglicherweise einem erhöhten Ausfallrisiko ausgesetzt sind. Geschäftspartner, bei denen auf Basis der Anwendung der konzerneigenen Risikosteuerungsinstrumente potenzielle Probleme erkannt werden, werden frühzeitig identifiziert, um das Kreditengagement effektiv zu steuern und die Rückflüsse zu maximieren. Der Zweck dieses Frühwarnsystems liegt darin, potenzielle Probleme anzugehen, solange adäquate Handlungsalternativen noch zur Verfügung stehen. Diese Früherkennung potenzieller Problemkredite ist ein Grundprinzip der Kreditkultur des Konzerns und soll sicherstellen, dass größere Aufmerksamkeit auf solche Engagements gelenkt wird. Wurden Kunden identifiziert, bei denen Probleme entstehen könnten, werden die betroffenen Engagements auf eine „Watchlist“ gesetzt.

MAXIMALES KREDITRISIKO

Die folgende Tabelle zeigt das maximale Kreditrisiko des Konzerns ohne Berücksichtigung etwaiger gehaltener Sicherheiten oder sonstiger Kreditverbesserungen (Credit Enhancements), die nicht für eine Verrechnung infrage kommen.

in Mio € ¹	31.12.2007	31.12.2006
Täglich fällige Forderungen gegenüber Banken	7.458	5.821
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	21.615	19.199
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	13.597	14.265
Forderungen aus Wertpapierleihen	55.961	62.943
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ²	1.343.257	974.927
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ²	32.850	29.042
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	200.597	180.194
Sonstige Aktiva mit Kreditrisiko	84.761	54.678
Finanzgarantien und andere kreditrisikobezogene Eventualverbindlichkeiten ³	49.905	43.047
Unwiderrufliche Kreditzusagen und andere ausleihebezogene Zusagen ³	128.511	141.331
Maximales Kreditrisiko	1.938.511	1.525.447

1 Alle Beträge zum Buchwert, sofern nicht anders angegeben.

2 Ohne Aktien und sonstige Kapitalbeteiligungen.

3 Finanzgarantien, sonstige kreditrisikobezogene Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen (inklusive zum Fair Value bewerteter Zusagen) sind mit den Nominalbeträgen wiedergegeben.

GEHALTENE SICHERHEITEN

Der Konzern vereinbart in Kreditverträgen mit Kreditnehmern regelmäßig das Stellen von Sicherheiten. Diese Sicherheiten werden in Form von Vermögenswerten oder Drittverpflichtungen gestellt, die das inhärente Risiko von Kreditausfällen mindern, indem sie das Ausfallrisiko des Kreditnehmers abdecken oder bei Ausfällen die Rückflüsse optimieren. Während Sicherheiten eine alternative Rückzahlungsquelle bilden können, mindern oder kompensieren sie nicht eine fragwürdige Reputation eines Kreditnehmers oder eine fragwürdige Struktur.

Der Konzern unterteilt die erhaltenen Sicherheiten in zwei Kategorien:

- Finanzielle Sicherheiten, die die Fähigkeit des Kreditnehmers abdecken, seine Verpflichtungen unter dem Kreditvertrag zu erfüllen, und die als solche von Dritten bereitgestellt werden. In diese Kategorie fallen in der Regel Akkreditive, Versicherungsverträge, erhaltene Garantien und Risikobeteiligungen.
- Physische Sicherheiten, die es dem Konzern ermöglichen, das gesamte oder Teile des ausstehenden Engagements zu vereinnahmen, indem der als Sicherheit hinterlegte Vermögenswert verwertet wird, wenn der Kreditnehmer seine Hauptleistungen nicht erfüllen kann oder will. Zu dieser Kategorie gehören üblicherweise Barsicherheiten, Wertpapiere (Aktien, Anleihen), Bestände, Sachmittel (Anlagen, Maschinen, Flugzeuge) sowie Immobilien.

Zusätzlich steuert der Konzern aktiv das Kreditrisiko seiner Kredite und ausleihebezogenen Zusagen. Eine spezialisierte Einheit innerhalb des Konzerns, die Loan Exposure Management Group, konzentriert sich auf zwei wesentliche Initiativen, um die Risikomanagementdisziplin weiter zu verbessern, die Rendite zu steigern und das Kapital effizienter einzusetzen:

- Verringerung der einzeladressen- und branchenbezogenen Kreditrisikokonzentrationen innerhalb des Kreditportfolios sowie
- aktives Management der Kreditengagements durch Anwendung von Techniken wie etwa Kreditverkäufen, Verbriefung von Kreditforderungen mithilfe von besicherten Kreditverbriefungen, Ausfallversicherungen sowie Einzeladressen- und Portfolio Credit Default Swaps.

Um sein derivativebezogenes Kreditrisiko besser steuern zu können, geht der Konzern Sicherheitenvereinbarungen ein. Diese führen in der Regel zur Risikominderung durch die periodische (meist tägliche) Bewertung des betreffenden Portfolios beziehungsweise der besicherten Transaktionen sowie zur Kündigung des Rahmenvertrags, falls der Geschäftspartner einer Aufforderung zur Sicherheitenleistung nicht nachkommt.

KONZENTRATION DES KREDITRISIKOS

Erhebliche Konzentrationen des Kreditrisikos ergeben sich, wenn der Konzern substanzielle Engagements mit einer Vielzahl von Geschäftspartnern mit ähnlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder vergleichbaren Geschäftsaktivitäten unterhält, im Rahmen derer diese Gemeinsamkeiten dazu führen können, dass die Geschäftspartner ihre vertraglichen Verpflichtungen nicht erfüllen können, falls sich wirtschaftliche oder branchenbezogene Rahmenbedingungen ändern. Eine Konzentration des Kreditrisikos kann auch gegenüber einem einzelnen Geschäftspartner bestehen.

Zur Überwachung und Steuerung des Kreditrisikos verwendet der Konzern ein umfassendes Instrumentarium quantitativer Kenngrößen und Messinstrumente. Kreditlimite beziehen sich auf Geschäftspartner, Länder, Produkte sowie sonstige Faktoren und legen die Obergrenzen für Kreditengagements fest.

Die größte Konzentration des Kreditrisikos im Zusammenhang mit Krediten besteht gegenüber Westeuropa und Nordamerika mit einem bedeutenden Anteil privater Haushalte. Die Konzentration in Westeuropa liegt in erster Linie im Heimatmarkt Deutschland, der auch den Großteil des Immobilienfinanzierungsgeschäfts umfasst.

KREDITQUALITÄT VON VERMÖGENSWERTEN, DIE WEDER ÜBERFÄLLIG NOCH WERTGEMINDERT SIND

Die folgende Tabelle unterteilt das Firmenkreditengagement des Konzerns nach den Bonitätsklassen der Geschäftspartner für mehrere der wesentlichen Kreditrisikoengagement-Kategorien. Für das derivativebezogene Kreditrisiko ist der Konzern üblicherweise bemüht, Rahmenverträge mit den Kunden abzuschließen (wie beispielsweise den Rahmenvertrag der International Swaps and Derivatives Association für Derivate). Mithilfe eines Rahmenvertrags können die Verbindlichkeiten sämtlicher vom Rahmenvertrag erfassten Derivatekontrakte genettet werden, wenn der Geschäftspartner seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, sodass eine einzige Nettoforderung gegenüber dem Geschäftspartner verbleibt (sogenanntes „Close-out Netting“). Für Teile unseres Geschäfts mit Derivaten schließt der Konzern auch sogenannte Payment-Netting-Vereinbarungen ab, mit denen für sämtliche dieser Vereinbarung unterliegenden Transaktionen die fälligen Zahlungen eines Tages in derselben Währung zur Verringerung unseres Kapitalausfallrisikos verrechnet werden. Für das Kreditrisiko aus OTC-Derivaten in der nachfolgenden Tabelle hat der Konzern das Netting nur dann angewendet, wenn der Konzern davon ausgeht, dass es für die jeweilige Rechtsprechung und Geschäftspartner anwendbar ist.

Firmenkreditengagement Kreditrisikoprofil nach Bonitätsklasse in Mio €	Kredite ¹		Unwiderrufliche Kreditzusagen ²		Eventual- verbindlichkeiten		OTC-Derivate ³		Insgesamt	
	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006
AAA-AA	22.765	20.225	28.969	34.172	7.467	5.774	54.164	28.255	113.366	88.427
A	30.064	17.615	31.087	38.356	15.052	13.548	21.092	16.238	97.294	85.757
BBB	30.839	31.893	35.051	34.986	13.380	13.364	8.706	7.194	87.975	87.436
BB	26.590	26.301	25.316	26.536	9.146	6.170	10.018	5.351	71.069	64.358
B	6.628	5.271	7.431	6.254	4.252	3.589	2.601	1.060	20.912	16.175
CCC und schlechter	3.342	5.188	657	1.027	609	602	1.300	114	5.908	6.931
Insgesamt	120.228	106.494	128.511	141.331	49.905	43.047	97.881	58.212	396.525	349.084

1 Beinhaltet vor allem in der Kategorie CCC und schlechter IFRS wertgeminderte Kredite über 1,5 Mrd € zum 31. Dezember 2007 und 1,6 Mrd € zum 31. Dezember 2006.

2 Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen im Konsumentenkreditengagement über 2,7 Mrd € zum 31. Dezember 2007 und 2,7 Mrd € zum 31. Dezember 2006.

3 Beinhaltet den Effekt von Nettingrahmenverträgen für OTC-Derivate, soweit anwendbar.

Die nachstehende Tabelle zeigt das Konsumentenkreditengagement, unterteilt nach dem Engagement innerhalb und außerhalb Deutschlands.

in Mio €	Gesamtengagement	
	31.12.2007	31.12.2006
Konsumentenkreditengagement Deutschland	56.504	53.446
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen	14.489	12.261
Immobilienfinanzierungen	42.015	41.185
Konsumentenkreditengagement außerhalb Deutschlands	23.864	20.253
Konsumentenkreditengagement insgesamt¹	80.368	73.699

1 Beinhaltet IFRS wertgeminderte Kredite über 1,1 Mrd € zum 31. Dezember 2007 und 1,1 Mrd € zum 31. Dezember 2006.

Die folgende Tabelle liefert einen Überblick über nicht wertgeminderte notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung, das heißt neu verhandelte Kredite, die ansonsten überfällig oder wertgemindert wären.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung	43	43

Die nachstehende Tabelle unterteilt die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten nicht wertgeminderten Kredite nach der Anzahl an überfälligen Tagen.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Kredite, weniger als 30 Tage überfällig	8.644	6.268
Kredite 30 Tage oder mehr, aber weniger als 60 Tage überfällig	1.511	1.093
Kredite 60 Tage oder mehr, aber weniger als 90 Tage überfällig	502	280
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig	333	352
Überfällige Kredite ohne Wertminderung insgesamt	10.990	7.993

Die nachfolgende Tabelle zeigt den aggregierten Wert der Sicherheiten – mit einer Fair-Value-Obergrenze bei ausstehenden Transaktionen –, die der Konzern zur Absicherung seiner überfälligen, aber nicht wertgeminderten Kredite hält.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Finanzielle Sicherheiten	915	292
Physische Sicherheiten	3.724	3.577
Sicherheiten mit Fair-Value-Obergrenze für überfällige Kredite ohne Wertminderung insgesamt	4.639	3.869

WERTGEMINDERTE KREDITE

Der Konzern beurteilt Kredite unter IFRS als wertgemindert, wenn objektive Hinweise auf einen Wertminderungsverlust vorliegen. Während der Konzern die Wertminderung des Firmenkreditengagements einzeln ermittelt, werden kleinere standardisierte homogene Kredite als wertgemindert betrachtet, sobald der Kreditvertrag mit dem Kunden gekündigt wurde.

Die folgenden Tabellen zeigen eine Aufteilung der wertgeminderten Kredite nach deutschen und ausländischen Kreditnehmern entsprechend dem Sitz des Geschäftspartners.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Einzeln ermittelte wertgeminderte Kredite:		
Inländische Kunden	957	1.194
Ausländische Kunden	559	431
Einzeln ermittelte wertgeminderte Kredite insgesamt:	1.516	1.625
Kollektiv ermittelte wertgeminderte Kredite:		
Inländische Kunden	817	852
Ausländische Kunden	312	241
Kollektiv ermittelte wertgeminderte Kredite	1.129	1.092
Wertgeminderte Kredite insgesamt	2.645	2.717

Die nachfolgende Tabelle zeigt den aggregierten Wert der Sicherheiten – mit einer Fair-Value-Obergrenze analog dem Transaktionsvolumen –, die der Konzern zur Absicherung seiner wertgeminderten Kredite hält.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Finanzielle Sicherheiten	26	55
Physische Sicherheiten	874	757
Sicherheiten mit Fair-Value-Obergrenze für wertgeminderte Kredite insgesamt	899	812

Die nachstehende Tabelle zeigt den aggregierten Wert der Sicherheiten, die der Konzern während der Berichtsperiode in die Bilanz aufgenommen hat, indem er als Sicherheiten dienende Wertpapiere übernommen oder andere Kreditverbesserungen wie Garantien in Anspruch genommen hat.

in Mio €	2007	2006
Gewerbliche Immobilien	–	1
Private Immobilien	533	15
Sonstige	723	–
In der Berichtsperiode übernommene Sicherheiten insgesamt	1.255	16

Die erhaltenen Sicherheiten werden in einem geordneten Verfahren oder im Rahmen einer öffentlichen Auktion veräußert. Die Erlöse werden zur Rückzahlung oder Reduzierung ausstehender Verschuldung genutzt. In der Regel nutzt der Konzern erhaltene Gebäude nicht für eigene geschäftliche Zwecke.

In den in 2007 übernommenen Privaten Immobilien sind 396 Mio € an übernommenen Privaten Immobilien enthalten, die von unter IFRS konsolidierten Securitization Trusts gehalten werden, in denen aber die Bank weder den Mehrheitsanteil noch die Kontrolle innehat. Vielmehr kontrolliert der Treuhänder für Rechnung sämtlicher Anleihe- und Kapitalinhaber die Übernahme und den Verkaufsvorgang. Die von diesen Trusts wie erläutert übernommenen Sicherheiten repräsentieren Jahresendsalden. Ein Großteil der in 2007 übernommenen sonstigen Sicherheiten gehört zu einer einzelnen strukturierten Transaktion, bei der der Konzern ursprünglich Wertpapiere als Sicherheit unterhielt und anschließend den größten Anteil dieser Sicherheit vor Jahresende wieder veräußert hat.

STAATLICHE UNTERSTÜTZUNG

Im Rahmen seiner Geschäftsaktivitäten beantragt und erhält der Konzern regelmäßig staatliche Unterstützung in Form von Gewährleistungen von Exportversicherungen (Export Credit Agencies („ECAs“)). Diese decken Transfer- und Ausfallrisiken aus der Finanzierung von Exporten und Investitionen in Emerging Markets sowie in geringerem Maße in entwickelten Märkten ab, die in unserem Bereich Structured Trade & Export Finance entstehen. Nahezu alle exportorientierten Staaten haben solche ECAs zur Unterstützung ihrer inländischen Exporteure gegründet. Die ECAs handeln im Namen und Auftrag der Regierung ihres jeweiligen Landes und wurden entweder direkt als Regierungsstelle eingerichtet oder haben als privatrechtliche Gesellschaften das offizielle Mandat des jeweiligen Staats, in seinem Auftrag zu handeln. Die Bedingungen dieser ECA-Gewährleistungen, die für mittel- und langfristige Finanzierungen zur Verfügung gestellt werden, sind relativ vergleichbar. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die meisten der ECAs innerhalb des von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung („OECD“) entwickelten Regelwerks agieren. Dieser sogenannte OECD-Konsensus als zwischenstaatliche Vereinbarung der OECD-Mitgliedsstaaten legt Richtgrößen fest, anhand derer ein fairer Wettbewerb zwischen den verschiedenen Exportländern sichergestellt wird. Der Großteil der von uns erhaltenen ECA-Gewährleistungen wurde von der Euler-Hermes Kreditversicherungs AG vergeben, die im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland tätig ist. Bei bestimmten Finanzierungen erhält der Konzern als Sicherheit auch staatliche Garantien von nationalen und internationalen staatlichen Einrichtungen, um Finanzierungen zu unterstützen, die im Interesse der jeweiligen Regierungen liegen.

MARKTRISIKO

Nahezu alle Geschäfte des Konzerns unterliegen dem Risiko, dass Änderungen bei Marktpreisen und Kursen zu Gewinnen oder Verlusten führen. Der Konzern unterscheidet vier Arten von Marktrisiken:

- Zinsrisiken,
- Aktienkursrisiken,
- Währungsrisiken und
- Rohwarenpreisrisiken.

Zins- und Aktienkursrisiken bestehen jeweils aus zwei Komponenten. Das allgemeine Risiko beschreibt Wertänderungen aufgrund allgemeiner Marktbewegungen, während das spezifische Risiko emittentenbezogene Ursachen hat (einschließlich Credit Spread-Risiken).

GRUNDKONZEPT DES MARKTRISIKOMANAGEMENTS

Der Konzern geht Marktrisiken sowohl bei Handels- als auch Nichthandelsgeschäften ein. Der Konzern übernimmt Risiken durch Market-making und das Eingehen von Positionen in Schuldtiteln, Aktien, Fremdwährungen, sonstigen Wertpapieren und Rohwaren sowie in den entsprechenden Derivaten.

Der Konzern nutzt eine Kombination aus Risikosensitivitäten, Value-at-Risk, Stresstests und Messgrößen für das Ökonomische Kapital, um Marktrisiken zu steuern und Limite zu setzen. Das Ökonomische Kapital ist eine Messgröße, mit der alle Marktrisiken sowohl in den Handels- als auch Nichthandelsportfolios beschrieben und aggregiert werden. Value-at-Risk stellt die primäre Metrik zur Steuerung der handelsbezogenen Marktrisiken dar. Die Risikosensitivitäten, Value-at-Risk, Stresstests und Messgrößen zum Ökonomischen Kapital reflektieren auch Basisrisiken im Handelsgeschäft.

Der Vorstand und das Risk Executive Committee, unterstützt vom Market Risk Management als Teil der unabhängigen Legal, Risk & Capital-Funktion, legen ein konzernweites Value-at-Risk-Limit für die Marktrisiken im Handelsbuch fest. Market Risk Management teilt dieses Gesamtlimit auf die Konzernbereiche auf. Darunter werden die Limite auf die untergeordneten Geschäftssparten und Handelsportfolios sowie nach geografischen Regionen weiter aufgeteilt. Das Value-at-Risk-Limit für den Konzernbereich Corporate and Investment Bank lag Anfang 2007 bei 90 Mio€ und wurde am 27. Februar 2007 auf 105 Mio€ angehoben. Das Value-at-Risk-Limit für die Handelspositionen des Gesamtkonzerns betrug Anfang 2007 92 Mio€ und wurde am 27. Februar 2007 auf 110 Mio€ erhöht (basierend auf einem Konfidenzniveau von 99 %, wie weiter unten beschrieben, und einer Haltedauer von einem Tag).

BEWERTUNG DES MARKTRISIKOS IN HANDELSPORTFOLIOS

Der Value-at-Risk-Ausweis für die Handelsgeschäfte erfolgt auf Basis des konzerneigenen internen Value-at-Risk-Modells. Im Oktober 1998 hat das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, eines der Vorgängerinstitute der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, das interne Value-at-Risk-Modell zur Berechnung des regulatorischen Kapitalbedarfs für das allgemeine und spezifische Marktrisiko genehmigt. Das Modell wurde seither periodisch verfeinert und die Modellgenehmigung wurde aufrechterhalten.

Der Value-at-Risk-Ansatz dient dazu, ein quantitatives Maß für die Marktrisiken im Handelsbuch unter normalen Marktbedingungen abzuleiten. Dabei wird eine Schätzung des potenziellen künftigen Verlusts (bezogen auf den Marktwert) vorgenommen, der über einen vorgegebenen Zeitraum und mit einem bestimmten Konfidenzniveau nicht überschritten wird. Das Risikomaß Value-at-Risk ermöglicht es uns, ein konstantes und einheitliches Risikomaß auf sämtliche Handelsgeschäfte und Produkte anzuwenden. Es erlaubt auch einen Vergleich der Marktrisikoschätzungen über die Zeit und mit den tatsächlichen täglichen Handelsergebnissen.

Der Konzern berechnet den Value-at-Risk sowohl für interne als auch externe Meldezwecke mit einem Konfidenzniveau von 99 % gemäß den Bestimmungen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Für interne Meldezwecke wird eine Haltedauer von einem Tag zugrunde gelegt. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke beträgt die Haltedauer zehn Tage.

Das Value-at-Risk-Modell des Konzerns ist dafür konzipiert, alle wesentlichen Risikofaktoren unter Annahme normaler Marktbedingungen zu berücksichtigen. Beispiele solcher Risikofaktoren sind Zinssätze (einschließlich Credit Spreads), Aktienkurse, Wechselkurse und Rohwarenpreise sowie deren implizite Volatilitäten. Das Modell berücksichtigt sowohl lineare als auch, insbesondere für Derivate, nicht lineare Einflüsse der Risikofaktoren auf den Wert eines Portfolios. Die statistischen Parameter, die für die Value-at-Risk-Berechnung erforderlich sind, werden auf Basis einer Beobachtungszeitreihe über die letzten 261 Handelstage (was mindestens einem Kalenderjahr entspricht) bestimmt, wobei jede Beobachtung gleich gewichtet wird. Die Value-at-Risk-Berechnungen erfolgen mithilfe des Monte Carlo-Simulationsverfahrens, wobei angenommen wird, dass Änderungen in den Risikofaktoren einer Normalverteilung oder logarithmischen Normalverteilung folgen. In 2007 wurden alle Risiken, die bisher mithilfe der Varianz-Kovarianz-Methode quantifiziert wurden, so die spezifischen Zinsrisiken in einigen Portfolios wie beispielsweise im Credit Trading, in das Monte Carlo-Verfahren einbezogen.

Zur Berechnung des aggregierten Value-at-Risk benutzt der Konzern historisch beobachtete Korrelationen zwischen den verschiedenen allgemeinen Marktrisikofaktoren. Bei der Aggregation allgemeiner und spezifischer Marktrisiken wird hingegen angenommen, dass beide Risikokomponenten unkorreliert sind.

GRENZEN DER KONZERNEIGENEN RISIKOMODELLE

Wenngleich der Konzern davon überzeugt ist, dass die eigenen Marktrisikomodelle einen hohen Standard aufweisen, werden diese Modelle ständig weiterentwickelt und es werden beträchtliche Ressourcen für ihre Überprüfung und Verbesserung bereitgestellt.

Die Ergebnisse der Stresstests und die Abschätzungen für das Ökonomische Kapital sind in ihrer Aussagekraft zwangsläufig durch die Anzahl der Stresstests und durch die Tatsache limitiert, dass nicht alle „Downside“-Szenarien vorhergesagt und simuliert werden können. Obwohl die Risikomanager Worst-Case-Szenarien nach bestem Ermessen und unter Berücksichtigung extremer historischer Marktbewegungen definieren, ist es dennoch möglich, dass der Verlust aus den Marktrisikopositionen größer ausfällt als durch das Ökonomische Kapital abgeschätzt. Darüber hinaus überprüft und verbessert der Konzern die Stresstests fortwährend, um sicherzustellen, dass die wesentlichen Risiken erfasst und mögliche extreme Marktveränderungen im Modell abgebildet werden.

Bei den Value-at-Risk-Analysen sollten ferner die Grenzen der zugrunde liegenden Methode nicht außer Acht gelassen werden. So sollte der Value-at-Risk nicht als Maß für den Maximalverlust verstanden werden, der bei den Marktrisikopositionen auftreten kann.

Zu den begrenzenden Faktoren der Value-at-Risk-Methode zählen:

- Die Verwendung historischer Daten als Grundlage für die Abschätzung zukünftiger Ereignisse kann dazu führen, dass nicht alle potenziellen Ereignisse erfasst werden, insbesondere solche, die ihrer Natur nach extrem sind.
- Die Annahme, dass Änderungen in den Risikofaktoren einer Normalverteilung oder logarithmischen Normalverteilung folgen, kann sich im konkreten Fall als nicht zutreffend erweisen und zu einer Unterschätzung der Wahrscheinlichkeit von extremen Marktbewegungen führen.
- Die Verwendung einer Haltedauer von einem Tag (beziehungsweise zehn Tagen für aufsichtsrechtliche Value-at-Risk-Berechnungen) unterstellt, dass alle Positionen in dem entsprechenden Zeitraum geschlossen oder abgesichert werden können. Diese Annahme führt zu einer unvollständigen Erfassung des Marktrisikos während illiquider Zeitperioden, in denen ein Schließen oder Absichern der Positionen unter Umständen nicht möglich ist. Dies gilt insbesondere für die Verwendung einer Haltedauer von einem Tag.
- Bei Verwendung eines Konfidenzniveaus von 99 % werden Verluste, die über dieses Niveau hinaus auftreten können, weder berücksichtigt noch wird über solche Verluste eine Aussage getroffen.
- Der Konzern berechnet den Value-at-Risk an jedem Handelstag zum Geschäftsschluss. Für untertägige Engagements werden keine untertägigen Value-at-Risk-Berechnungen vorgenommen.
- Value-at-Risk erfasst nicht alle komplexen Einflüsse der Risikofaktoren auf die Werte von Positionen und Portfolios und kann demzufolge zu einer Unterschätzung potenzieller Verluste führen. So ist beispielsweise die Art und Weise, in der Sensitivitäten in das Value-at-Risk-Modell einbezogen werden, unter Umständen nur für kleine Veränderungen der Marktparameter zutreffend.

Im Bewusstsein um die Grenzen der Value-at-Risk-Methode ergänzt der Konzern die Value-at-Risk-Limite durch zusätzliche positions- und sensitivitätsbezogene Limitstrukturen sowie durch Stresstests sowohl für einzelne Portfolios als auch auf konsolidierter Ebene.

MARKTRISIKO IN HANDELSPORTFOLIOS

Die folgende Tabelle zeigt den Value-at-Risk der Handelsbereiche im Konzernbereich Corporate and Investment Bank (mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag). Das handelsbezogene Marktrisiko des Konzerns außerhalb dieser Handelsbereiche ist immateriell. „Diversifikationseffekt“ bezeichnet den Effekt, dass an einem gegebenen Tag der aggregierte Value-at-Risk niedriger ausfällt als die Summe der Value-at-Risk-Werte für die einzelnen Risikoklassen. Würde man zur Berechnung des aggregierten Value-at-Risk die Value-at-Risk-Werte der einzelnen Risikoklassen einfach addieren, so würde dies die Annahme widerspiegeln, dass die Verluste in allen Risikokategorien gleichzeitig auftreten.

Value-at-Risk der Handelsbereiche		
in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Zinsrisiko	90,8	50,3
Aktienkursrisiko	49,5	53,0
Währungsrisiko	11,3	12,2
Rohwarenpreisrisiko	8,7	5,4
Diversifikationseffekt	– 59,7	– 44,0
Insgesamt	100,6	76,9

Neben dem selektiven Ausbau von Zinsrisikoengagements und/oder Aktienkursrisikopositionen in der ersten Jahreshälfte 2007, erklärt sich der Value-at-Risk-Anstieg in 2007 hauptsächlich durch die steigende Volatilität der Märkte sowie in einem geringeren Maß durch eine verfeinerte Value-at-Risk-Messung in der zweiten Jahreshälfte. Zum Jahresende 2007 betrug der Value-at-Risk 101 Mio€ und lag somit um 31 % über dem Wert von 77 Mio€ zum Jahresende 2006.

MARKTRISIKO IN NICHTHANDELSPORTFOLIOS

Das Capital and Risk Committee beaufsichtigt die Aktivitäten des Konzerns im Bereich der Nichthandelsportfolios. Es ist zuständig für die Koordination der konzernweiten Risikoneigung, der Kapitalerfordernisse und des Refinanzierungsbedarfs, basierend auf den Geschäftsstrategien für den Konzern, die Konzernbereiche und die untergeordneten Geschäftsbereiche. Zu seinen Aufgaben zählen ferner die regelmäßige Überprüfung der Engagements der Nichthandelsportfolios sowie der damit zusammenhängenden Stresstestergebnisse, die Überprüfung der Wirtschaftlichkeit von Akquisitionen und Beteiligungen, die Zuteilung von Risikolimiten für die Geschäftsbereiche im vom Vorstand vorgegebenen Rahmen sowie die Genehmigung von Richtlinien in Bezug auf die Nichthandelsportfolios, die durch das Risk Executive Committee ratifiziert werden. Mehrere Mitglieder des Capital and Risk Committee gehören auch dem Group Investment Committee an, wodurch eine enge Kooperation zwischen den beiden Komitees gewährleistet wird.

Das dedizierte Investment & Asset Risk Management Team ist auf die Risikoaspekte der Nichthandelsaktivitäten des Konzerns spezialisiert und überprüft monatlich das Risikoprofil der Nichthandelsportfolios, einschließlich von Buchwerten, Schätzungen des Ökonomischen Kapitals, Limitauslastungen, Ertragsprüfungen und geplanter Aktivitäten.

BEWERTUNG DES MARKTRISIKOS IN NICHTHANDELSPORTFOLIOS

Aufgrund der besonderen Eigenschaften der Nichthandelsportfolios und der teilweise fehlenden Preistransparenz wird für die Nichthandelsportfolios des Konzerns als Risikomaß nicht der Value-at-Risk benutzt. Stattdessen werden zur Bewertung des Marktrisikos in den Nichthandelsportfolios Stresstestverfahren verwendet, die für jede Risikoklasse spezifisch sind und die unter anderem ausgeprägte historische Marktänderungen sowie die Liquidität der jeweiligen Anlageklasse berücksichtigen. Diese Bewertung bildet die Grundlage für die Abschätzung des Ökonomischen Kapitals, mit dessen Hilfe das Marktrisiko in den Nichthandelsportfolios aktiv überwacht und gesteuert wird. So werden beispielsweise für die Industriebeteiligungen individuelle Preisschocks in Höhe von 23 % bis 51 % benutzt, die auf historisch beobachteten Marktwertänderungen basieren. Bei Private-Equity-Engagements werden alle Positionen Stressbewegungen unterworfen, die sich zum einen aus der Anwendung des Ökonomischen Kapitalmodells für Kreditrisiken und zum anderen aus Marktpreisschocks bis zu 100 %, je nach Vermögensgegenstand, ableiten.

Das größte Marktrisiko in den Nichthandelsportfolios des Konzerns ist das Aktienkursrisiko. Der überwiegende Teil der Zins- und Währungsrisiken aus nicht handelsbezogenen Aktiva und Passiva wurde durch interne Absicherungsgeschäfte auf den Geschäftsbereich Global Markets im Konzernbereich Corporate and Investment Bank übertragen. Somit wird das Risiko dort auf Value-at-Risk-Basis gesteuert und ist in die handelsbezogenen Value-at-Risk-Zahlen einbezogen. Hinsichtlich der verbleibenden Risiken, die durch diese Absicherungsgeschäfte nicht übertragen wurden, werden Währungsrisiken im Allgemeinen durch währungskongruente Refinanzierungen ausgeglichen, sodass in den Portfolios lediglich Restrisiken verbleiben. Ferner sind bei diesen verbleibenden Positionen nur minimale Zinsrisiken vorhanden, die sich aus Fristeninkongruenzen zwischen Vermögen und Verbindlichkeiten ergeben.

Alle Konzernbereiche halten und steuern nicht handelsbezogene Marktrisiken. Gemessen am Ökonomischen Kapital, geht der Konzernbereich Corporate and Investment Bank das größte nicht handelsbezogenen Marktrisiko im Konzern ein, das hauptsächlich aus Principal Investments stammt. Der Konzernbereich Corporate Investments geht nicht handelsbezogene Marktrisiken durch Industriebeteiligungen, Private Equity Investments und sonstige Unternehmensbeteiligungen ein. Das nicht handelsbezogene Marktrisiko im Konzernbereich Private Clients and Asset Management resultiert vor allem aus Eigenanlagen in Immobilien, Hedge- und Investmentfonds, die der Unterstützung des Client-Asset-Management-Geschäfts dienen und vorwiegend die Form von Minderheitsbeteiligungen bei Fondsgründungen oder als Kapitalbeteiligungen bei bestehenden Fonds annehmen.

Die folgende Tabelle zeigt den Ökonomischen Kapitalbedarf für die wichtigsten Industriebeteiligungen, sonstigen Unternehmensbeteiligungen sowie Alternative Assets des Konzerns.

Nichthandelsportfolios in Mrd €	Ökonomischer Kapitalbedarf	
	31.12.2007	31.12.2006 ¹
Wichtigste Industriebeteiligungen	0,1	0,2
Sonstige Unternehmensbeteiligungen	0,7	0,6
Alternative Assets	0,9	0,6
Insgesamt	1,7	1,4

¹ Änderungen der Buchwerte und des Ökonomischen Kapitalbedarfs reflektieren die Umstellung auf IFRS.

Der Ökonomische Kapitalbedarf für diese Nichthandelsportfolios belief sich zum Jahresende 2007 auf insgesamt 1,7 Mrd € und fiel somit um 329 Mio € oder 24 % höher aus als der Vergleichswert zum Jahresende 2006. Der Anstieg steht hauptsächlich mit dem höheren Risiko des Alternative Assets-Portfolios in Verbindung.

- WICHTIGSTE INDUSTRIEBETEILIGUNGEN. Der Ökonomische Kapitalbedarf von 75 Mio € zum Jahresende 2007 war in erster Linie auf die neu erworbene indirekte Beteiligung an EADS N.V. zurückzuführen, deren Marktwert sich zum Jahresende 2007 auf 133 Mio € belief. Der Ökonomische Kapitalbedarf für die übrigen Industriebeteiligungen ist aufgrund weiter gestiegener unrealisierter Gewinne bei der Beteiligung an Daimler AG, die den Hauptbeitrag zum Ökonomischen Kapitalbedarf des Vorjahres lieferte, sowie des Abbaus der Beteiligungen an Allianz SE und Linde AG weiter gesunken.
- SONSTIGE UNTERNEHMENSBEILIGUNGEN. Der Ökonomische Kapitalbedarf von 729 Mio € für die sonstigen Unternehmensbeteiligungen zum Jahresende 2007 ist weiterhin überwiegend durch Eigenanlagen in Investmentfonds sowie einige andere Unternehmensbeteiligungen verursacht. Der Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs um 144 Mio € im Vergleich zum Jahresende 2006 spiegelt in erster Linie den Kauf von Abbey Life Assurance Company Limited im Oktober 2007 wider.
- ALTERNATIVE ASSETS. Die Alternative Assets umfassen Principal Investments, Immobilieninvestments (darunter Mezzanine Debt) sowie kleine Investments in Hedgefonds. Principal Investments setzen sich zusammen aus direkten Investments in Private Equity, Mezzanine Debt, kurzfristigen Investments in Financial Sponsor Leveraged Buy-out Funds, Bridge Capital für Leveraged Buy-out Funds sowie Private-Equity-bezogenen Geschäften. Der Anstieg im Ökonomischen Kapitalbedarf resultierte hauptsächlich aus dem Erwerb einer Beteiligung an einem Infrastructure Asset im Geschäftsbereich Asset Management (für das ein Weiterverkauf gegenwärtig beabsichtigt ist) sowie aus dem wachsenden Private-Equity-Portfolio im Geschäftsbereich Global Markets. Das Alternative-Assets-Portfolio weist zwar eine gewisse Konzentration bei risikoärmeren Infrastructure Assets auf, bleibt aber insgesamt gut diversifiziert und besteht weiterhin überwiegend aus Principal Investments und Immobilieninvestments.

In den Gesamtzahlen für das Ökonomische Kapital ist gegenwärtig kein Diversifikationsnutzen zwischen diesen unterschiedlichen Vermögensklassen berücksichtigt.

LIQUIDITÄTSRISIKO

Das Liquiditätsrisikomanagement stellt sicher, dass die Bank stets in der Lage ist, ihre Zahlungsverpflichtungen zeitgerecht zu erfüllen. Treasury ist für das Liquiditätsrisikomanagement verantwortlich. Aufgabe des Liquiditätsrisikomanagements ist es, die Liquiditätsrisikoposition zu identifizieren, zu messen und zu steuern, basierend auf zugrunde liegenden Richtlinien, welche regelmäßig von dem Capital and Risk Committee überprüft und genehmigt werden. Zur Sicherung der Liquidität und einer soliden Finanzierungsstruktur für den Konzern verwendet Treasury verschiedene interne Methoden und Systeme, die maßgeschneidert konzipiert wurden, um die konzernspezifischen Managementanforderungen zu unterstützen.

Das Liquiditätsrisikomanagement der Bank beginnt untertägig mit der Steuerung der Zahlungen, der Planung erwarteter Cashflows und dem Zugang zu Zentralbanken (operative Liquidität). Das Reportingsystem verfolgt Cashflows auf täglicher Basis über eine Zeitspanne von 18 Monaten. Hiermit kann der Konzern die kurzfristige Liquiditätsposition in jeder Lokation, Region sowie weltweit, getrennt nach Währung, Produkt sowie nach Geschäftsbereich, bewerten. Das System erfasst sämtliche Cashflows der bilanzwirksamen Transaktionen sowie Liquiditätsrisiken aus außerbilanziellen Transaktionen. Der Konzern modelliert das Cashflowprofil von Produkten ohne festgelegte vertragliche Laufzeit mithilfe statistischer Methoden zur Erfassung ihres tatsächlichen Verhaltens. Liquiditätsabflusslimite (Maximum Cash Outflow Limits) zur Begrenzung globaler und lokaler Nettoabflüsse werden täglich überwacht und stellen den Zugang zur Liquiditätsversorgung sicher.

Anschließend folgt das taktische Liquiditätsrisikomanagement der Bank, das sich mit dem Zugang zu unbesicherten Finanzierungsquellen und den Liquiditätseigenschaften des Bestands an Vermögenswerten befasst (Liquidität der Aktiva). Die Aufnahme unbesicherter Finanzierungsmittel ist nur in begrenztem Umfang möglich. Unbesicherte Finanzierungsmittel setzen sich zusammen aus allen externen am Markt aufgenommenen Verbindlichkeiten, unabhängig vom Instrument, von der Währung oder Laufzeit. Die unbesicherten Finanzierungsmittel werden auf regionaler Basis nach Währung erfasst und in einem globalen Bericht zusammengeführt. Das Capital and Risk Committee setzt für die einzelnen Geschäftsbereiche Limite, um den Zugang zu unbesicherten Finanzierungsmitteln zu attraktiven Konditionen zu sichern. Mit der Komponente Liquidität der Aktiva bestimmt der Konzern die Volumina und Verbuchungsorte des konsolidierten Bestands an unbesichert refinanzierten liquiden Aktiva, die genutzt werden, um Liquidität über besicherte Finanzierungstransaktionen zu generieren. Die Wertpapierbestände setzen sich aus einer breiten Palette von Wertpapierklassen zusammen. Zunächst werden in jedem Bestand die illiquiden von den liquiden Wertpapieren getrennt. Anschließend werden den liquiden Wertpapierklassen Liquiditätswerte zugeordnet.

Die strategische Komponente umfasst das Aufstellen eines Fälligkeitenprofils sämtlicher Aktiva und Passiva in der Bilanz (Liquiditätsablaufbilanz) sowie die Festlegung der Emissionsstrategie. Die Liquiditätsablaufbilanz zeigt für jedes Zeitband einen Überschuss beziehungsweise einen Fehlbestand an Finanzierungsmitteln und ermöglicht damit die Steuerung offener Liquiditätspositionen. Die Liquiditätsablaufbilanz bildet eine wichtige Grundlage für den jährlichen Emissionsplan des Konzerns, der nach Genehmigung durch das Capital and Risk Committee die Emissionsziele nach Laufzeit, Volumen und Instrument festlegt.

Das Rahmenwerk wird ergänzt durch Stresstests und Szenarioanalysen zur Untersuchung des Einflusses von plötzlich auftretenden Stressereignissen auf die Liquiditätsposition. Diese Szenarien wurden entweder auf historischen Ereignissen (wie dem Börsencrash des Jahres 1987, dem US-amerikanischen Liquiditätsengpass von 1990 und den

Terrorangriffen des 11. September 2001), auf Fallstudien von Liquiditätskrisen oder auf hypothetischen Modellen basiert. Diese Szenarien beinhalten jetzt auch die Herausforderungen, die sich in der Finanzmarktkrise 2007 ergeben haben: verlängerte Dysfunktionalität des Geldmarkts, Ablehnung von Sicherheiten, mangelnde Fungibilität von Währungen sowie nicht absetzbare Syndizierungen. Die hypothetischen Modelle beinhalten interne Szenarien wie operationelle Risiken, Bonitätsherabstufung der Bank durch die Ratingagenturen um drei Stufen sowie externe Szenarien wie Marktrisiko, Emerging-Markets-Krise und systemischen Schock. Bei jedem dieser Szenarien wird angenommen, dass alle fällig werdenden Forderungen an Kunden vollständig prolongiert und refinanziert werden müssen, während die Prolongation der Verbindlichkeiten teilweise eingeschränkt ist und somit eine Finanzierungslücke entsteht. Danach werden die notwendigen Schritte bestimmt, um den Nettobedarf an Finanzierungsmitteln auszugleichen. Solche Maßnahmen wären beispielsweise der Verkauf von Wertpapieren, ein Übergang von unbesicherter zu besicherter Finanzierung und eine Preisanpassung für die Aufnahme von Verbindlichkeiten.

ANALYSE DER FÄLLIGKEIT FINANZIELLER VERPFLICHTUNGEN

In der folgenden Tabelle werden die Fälligkeiten der frühestmöglichen nicht diskontierten vertraglichen Cashflows finanzieller Verpflichtungen zum 31. Dezember 2007 beziehungsweise 2006 analysiert.

31.12.2007	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
in Mio €					
Unverzinsliche Einlagen	30.187	–	–	–	–
Verzinsliche Einlagen	143.787	206.046	38.067	22.538	17.290
Handelspassiva ²	715.583	–	–	–	–
Erfolgswirksam zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	78.648	127.122	34.001	9.628	30.480
Investmentverträge ³	–	638	285	1.687	7.186
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforderungen für Hedge Accounting erfüllen ²	2.315	–	–	–	–
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	6.130	16.200	–	–	–
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	43.204	93.119	18.815	452	821
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	9.132	266	7	160	–
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	2.876	50.025	478	–	–
Langfristige Verbindlichkeiten	4.221	1.759	19.911	70.189	30.879
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	–	–	–	4.526	1.819
Sonstige Finanzpassiva	140.005	5.739	495	22	49
Unwiderrufliche Kreditzusagen	94.190	–	–	–	–
Finanzgarantien	22.444	–	–	–	–
Insgesamt^{1, 4, 5}	1.292.722	500.914	112.059	109.202	88.524

1 Die Beträge in den Tabellen stimmen nicht mit den Beträgen in der Konzernbilanz überein, da es sich um undiskontierte Cashflows handelt.

2 Die einzigen Ausnahmen hier sind die Handelspassiva und die negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, für die die Barwerte aller zukünftigen Cashflows dargestellt sind. Der Konzern hält dies für die geeignete Darstellung der Cashflows, die zur Zahlung anstehen, wenn diese Positionen geschlossen werden müssten. Handels- und Derivatebestände werden der Kategorie Täglich fällig zugeordnet, da dies nach Meinung des Management am besten die Kurzfristigkeit der Handelsaktivitäten widerspiegelt. Dagegen kann sich die vertragliche Laufzeit dieser Kontrakte auf deutlich längere Perioden ausdehnen.

3 Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem Fair Value. Siehe Note [40] für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

4 Diese Analyse stellt ein Worst-Case-Szenario für die Gruppe dar, wenn alle Verbindlichkeiten früher als erwartet zurückzuzahlen sind. Der Konzern hält die Wahrscheinlichkeit für ein solches Ereignis für gering.

5 Zinszahlungsströme sind in der Tabelle nicht berücksichtigt.

31.12.2006	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
in Mio €					
Unverzinsliche Einlagen	30.354	–	–	–	–
Verzinsliche Einlagen	113.533	194.712	37.449	21.926	14.167
Handelsspassiva ²	523.628	–	–	–	–
Erfolgswirksam zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	73.422	72.155	23.383	1.645	34.260
Investmentverträge ³	–	–	–	–	–
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforderungen für Hedge Accounting erfüllen ²	2.076	–	–	–	–
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	11.961	14.850	–	–	–
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	45.664	29.337	188	200	–
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	20.912	262	–	–	–
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	2.661	40.724	5.130	–	–
Langfristige Verbindlichkeiten	2.852	2.893	15.401	58.475	32.278
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	120	–	–	2.807	1.963
Sonstige Finanzpassiva	119.000	7.804	540	75	139
Unwiderrufliche Kreditzusagen	113.757	–	–	–	–
Finanzgarantien	23.442	–	–	–	–
Insgesamt^{1, 4, 5}	1.083.382	362.737	82.091	85.128	82.807

1 Die Beträge in den Tabellen stimmen nicht mit den Beträgen in der Konzernbilanz überein, da es sich um undiskontierte Cashflows handelt.

2 Die einzigen Ausnahmen hier sind die Handelsspassiva und die negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, für die die Barwerte aller zukünftigen Cashflows dargestellt sind. Der Konzern hält dies für die geeignete Darstellung der Cashflows, die zur Zahlung anstanden, wenn diese Positionen geschlossen werden müssten. Handels- und Derivatebestände werden der Kategorie Täglich fällig zugeordnet, da dies nach Meinung des Managements am besten die Kurzfristigkeit der Handelsaktivitäten widerspiegelt. Dagegen kann sich die vertragliche Laufzeit dieser Kontrakte auf deutlich längere Perioden ausdehnen.

3 Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem Fair Value. Siehe Note [40] für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

4 Diese Analyse stellt ein Worst-Case-Szenario für die Gruppe dar, wenn alle Verbindlichkeiten früher als erwartet zurückzuzahlen sind. Der Konzern hält die Wahrscheinlichkeit für ein solches Ereignis für gering.

5 Zinszahlungsströme sind in der Tabelle nicht berücksichtigt.

VERSICHERUNGSRISSIKO

Das Versicherungsrisiko des Konzerns erhöhte sich mit der Akquisition von Abbey Life Assurance Company Limited im Oktober 2007. Abbey Life wurde im Jahr 2000 für Neugeschäft geschlossen mit Ausnahme der Fälle, in denen sie aus bestehenden Verträgen dazu verpflichtet ist, neue Verträge einzugehen. Das Versicherungsrisiko, das kein Finanzrisiko ist, resultiert daraus, dass der Konzern bei Eintritt eines ungewissen Ereignisses vertraglich zur Zahlung an einen Versicherungsnehmer verpflichtet ist.

Die Versicherungsaktivitaten des Konzerns können wie folgt beschrieben werden:

- RENTENVERSICHERUNGEN – Verträge mit fest vereinbarten und garantierten Bedingungen, die über einen Zeitraum, der den der Beitragszahlung überschreitet, einem Sterblichkeits- oder Invaliditätsrisiko ausgesetzt sind.
- UNIVERSALLEBENSVERSICHERUNGEN – langfristige Verträge ohne fest vereinbarte und garantierte Bedingungen, die entweder Todesfall- oder Rentenleistungen gewähren.
- INVESTMENTVERTRÄGE, die kein Versicherungsrisiko beinhalten.

Der Konzern hält ferner eine Eigenkapitalbeteiligung an Paternoster Limited, einem regulierten Versicherungsunternehmen, das die Risiken aus leistungsdefinierten Pensionsplänen sowie die Verantwortung für künftig zu leistende Pensionszahlungen übernimmt.

Der Konzern ist folgenden versicherungsbezogenen Risiken ausgesetzt:

- **STERBLICHKEITS- UND INVALIDITÄTSRISIKEN.** Die Anzahl der Versicherungsansprüche im Todesfall ist höher/niedriger als erwartet, und es werden ein oder mehrere umfangreiche Ansprüche geltend gemacht. Ferner übersteigt/unterschreitet die Anzahl der Ansprüche wegen Berufsunfähigkeit die Erwartungen. Diese Risiken werden durch Rückversicherungsverträge sowie ermessensabhängige Gebühren gemindert. Die Sterblichkeits- und Invaliditätsraten werden jährlich überprüft.
- **LANGLEBIGKEITSRISIKO.** Die Lebenserwartung steigt schneller/langsamer als angenommen und wirkt sich sowohl auf gegenwärtige als auch zukünftige Rentenzahlungen aus. Dieses Risiko wird unter Berücksichtigung der neuesten externen Branchenkenntzahlen und aufkommender Trends sorgfältig beobachtet.
- **KOSTEN.** Die Verwaltung von Versicherungsverträgen verursacht höhere/niedrigere Kosten als erwartet. Diese werden durch Vergleich der tatsächlich entstandenen Kosten mit dem Budget überwacht. Die Gründe für wesentliche Abweichungen von den Erwartungen werden untersucht und Abhilfemaßnahmen ergriffen. Das Kostenrisiko wird auch durch eine bis 2010 getroffene und mit einer Option für zwei weitere Jahre versehene Outsourcingvereinbarung reduziert, die sich auf die Verwaltung der Verträge bezieht.
- **BESTANDSFESTIGKEITSRISIKO.** Der Prozentsatz der stornierten Verträge ist höher/niedriger als erwartet. Die Bestandsraten werden unter Berücksichtigung entsprechender Risikofaktoren bewertet.

Der Konzern vergleicht die tatsächlichen Ansprüche sowie den Bestand mit den zugrunde gelegten Annahmen und modifiziert diese Annahmen für die zukünftige Bemessung der Verbindlichkeiten. Die Erfahrungswerte können von den ursprünglichen Einschätzungen abweichen – umso mehr, je weiter in die Zukunft projiziert wird. Der Wert der Verbindlichkeiten wird mindestens jährlich überprüft.

Sollten die bisherigen Erfahrungen ungünstiger als die zugrunde liegenden Annahmen sein oder mehr Rückstellungen infolge verschlechterter Annahmen erforderlich werden, kann dies zu Änderungen in der Höhe des benötigten Kapitals der Versicherungsgesellschaften führen.

Die Rentabilität des nicht fondsgebundenen langfristigen Versicherungsgeschäfts hängt in hohem Maße von dem Verhältnis der in Zukunft zu erfüllenden Ansprüche zu den bis zum Anspruchsdatum akkumulierten Vermögenswerten ab. In den ersten Laufzeitjahren eines Vertrags übersteigen die Versicherungsbeiträge und Anlageerträge in der Regel die Anspruchskosten und müssen zurückgestellt werden, um künftige Verpflichtungen erfüllen zu können. Die Höhe dieser künftigen Verpflichtungen wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Basis von Annahmen über die Entwicklung von Finanz- und Versicherungsrisiken ermittelt.

Bei fondsgebundenen Investmentverträgen beruht die Rentabilität darauf, dass die eingenommenen Gebühren ausreichend sind, um die Aufwendungen und Gewinne abzudecken. Die Höhe der Prämien und Gebühren wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen bemessen, denen Annahmen über die Entwicklung von Finanz- und Versicherungsrisiken zugrunde liegen.

Wie oben erwähnt, werden Rückversicherungsverträge als Maßnahme zur Reduzierung des Risikos verwendet. Es ist Strategie des Konzerns, Rückversicherungen auch weiterhin in angemessener Weise einzusetzen.

[38] GESCHÄFTE MIT NAHE STEHENDEN DRITTEN

Dritte Parteien gelten als nahe stehend, sofern eine Partei die andere mittelbar oder unmittelbar kontrolliert oder maßgeblichen Einfluss auf deren geschäftliche oder operative Entscheidungen ausüben kann. Zu den nahe stehenden Dritten des Konzerns gehören

- Personen in Schlüsselpositionen, deren nahe Familienangehörige sowie Gesellschaften, die von diesen Personen oder deren nahen Familienangehörigen kontrolliert oder maßgeblich beeinflusst werden oder an denen dieser Personenkreis bedeutende Stimmrechte hält,
- Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierte Unternehmen und
- Pensionspläne für Deutsche Bank-Mitarbeiter, die nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Anspruch genommen werden.

Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen mit einer Reihe von nahe stehenden Dritten. Geschäfte mit diesen Dritten werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt und es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen – einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten – wie für im selben Zeitraum getätigte vergleichbare Geschäfte mit Dritten. Diese Geschäfte waren nicht mit ungewöhnlich hohen Einbringlichkeitsrisiken oder anderen ungünstigen Eigenschaften behaftet.

GESCHÄFTE MIT PERSONEN IN SCHLÜSSELPOSITIONEN

Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten der Deutschen Bank direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Der Konzern zählt die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats für Zwecke des IAS 24 zu Personen in Schlüsselpositionen.

Die folgende Tabelle zeigt die Vergütung der Personen in Schlüsselpositionen in 2007 und 2006:

Vergütung von Personen in Schlüsselpositionen: in Mio €	2007	2006
Kurzfristig fällige Leistungen	30	27
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	4	4
Andere langfristig fällige Leistungen	–	–
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	–	8
Aktienbasierte Vergütungen	8	9
Insgesamt	42	48

Am 31. Dezember 2007 hat der Konzern Kredite und Zusagen in Höhe von 4 Mio€ an Personen in Schlüsselpositionen vergeben und Einlagen in Höhe von 1 Mio€ von Personen in Schlüsselpositionen erhalten. Daneben bietet der Konzern Personen in Schlüsselpositionen und deren nahen Familienangehörigen Bankdienstleistungen wie zum Beispiel Zahlungsverkehrs- und Kontoführungsdienstleistungen sowie Anlageberatung an.

GESCHÄFTE MIT TOCHTERGESELLSCHAFTEN, JOINT VENTURES, ASSOZIERTEN UNTERNEHMEN UND SONSTIGEN NAHE STEHENDEN DRITTEN

Geschäfte zwischen der Deutsche Bank AG und deren Tochtergesellschaften gelten ebenfalls als Geschäfte mit nahe stehenden Dritten. Sofern diese Transaktionen bei Konsolidierung eliminiert werden, werden sie im Konzernabschluss nicht offengelegt. Eine Liste der wesentlichen Tochtergesellschaften des Konzerns ist in Note [39] enthalten.

KREDITE

In den Geschäftsjahren 2007 und 2006 stellte der Konzern Dritten Kredite zur Verfügung und ging im Auftrag von bestimmten nahe stehenden Dritten Garantien ein. Die folgende Tabelle enthält die Beträge der gewährten Kredite, die ausstehenden Salden zum jeweiligen Jahresende und die im Auftrag von nahe stehenden Dritten gewährten Garantien:

in Mio €	Assoziierte Unternehmen und sonstige nahestehende Unternehmen	
	2007	2006
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Anfangsbestand	622	1.934
Im Laufe des Jahres begebene Forderungen aus dem Kreditgeschäft	728	565
Rückzahlungen von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	161	664
Veränderung des Konsolidierungskreises	- 1	- 121
Wechselkursänderungen	- 36	- 5
Sonstige Änderungen	- 107	- 1.087
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Endbestand^{1,2}	1.045	622
Sonstige kreditrisikobehaftete Transaktionen:		
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	-	22
Garantien und sonstige Verpflichtungen ³	233	190

1 Davon waren in 2007 3 Mio € und in 2006 20 Mio € überfällig. Von den Forderungen aus dem Kreditgeschäft entfielen zum 31. Dezember 2007 24 Mio € auf Joint Ventures.

2 Für die Forderungen aus dem Kreditgeschäft hielt der Konzern zum 31. Dezember 2007 Sicherheiten in Höhe von 616 Mio € (2006:27 Mio €).

3 Die Garantien beinhalten Kredit- und Finanzierungsgarantien, in Anspruch genommene und bereitgestellte Akkreditive sowie mit Leasingtransaktionen im Zusammenhang stehende Garantien.

EINLAGEN

in Mio €	Assoziierte Unternehmen und sonstige nahestehende Unternehmen	
	2007	2006
Einlagen, Anfangsbestand	855	917
Einlagenzuflüsse	294	736
Einlagenabflüsse	89	23
Veränderung des Konsolidierungskreises	- 43	- 789
Wechselkursänderungen	- 55	14
Sonstige Änderungen	-	-
Einlagen, Endbestand¹	962	855

1 Die oben genannten Einlagen wurden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs getätigt. Die Einlagen sind unbesichert. Zum 31. Dezember 2007 waren im Bestand 3 Mio € Einlagen von Joint Ventures enthalten.

SONSTIGE GESCHÄFTE

In 2007 wurden Handelstransaktionen in Höhe von 67 Mio € mit assoziierten Unternehmen durchgeführt. Weitere Transaktionen mit nahe stehenden Dritten betreffen folgende Ereignisse:

XCHANGING ETB GMBH: An der Xchanging etb GmbH hält der Konzern einen Anteil in Höhe von 44 % und bilanziert diesen nach der Equity Methode. Die Xchanging etb GmbH ist die Muttergesellschaft der Xchanging Transaction Bank GmbH („XTB“). Zwei der vier Geschäftsführer der Xchanging etb GmbH und ein Mitglied des Aufsichtsrats der XTB sind Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns. Die 2004 zwischen dem Konzern und Xchanging getroffenen Vereinbarungen beinhalten einen Auslagerungsvertrag über zwölf Jahre mit der XTB über Wertpapierabwicklungsdienstleistungen, der auf die Reduzierung der Kosten des Konzerns bei gleichzeitiger Sicherstellung der Servicequalität abzielt. 2007 belief sich das Volumen der vom Konzern von der XTB erhaltenen Serviceleistungen auf 95 Mio € (2006: 100 Mio €). In 2007 stellte der Konzern der XTB Unterstützungsleistungen (zum Beispiel in Form von EDV- und verschiedenen Immobilienbetreuungsdienstleistungen) im Volumen von 28 Mio € (2006: 35 Mio €) zur Verfügung.

GRUNDBESITZ-EUROPA: 2005 hat grundbesitz-europa, vorher grundbesitz-invest („Grundbesitz“), ein offener Immobilienfonds, der durch eine Tochtergesellschaft des Konzerns gefördert und geleitet wird, vorübergehend bis zu einer Neubewertung seines Grundbesitzvermögens die Ausgabe und Rücknahme seiner Anteile ausgesetzt. Nach der Wiedereröffnung am 3. März 2006 hat Grundbesitz die Ausgabe und Rücknahme erneut aufgenommen. Der Konzern verpflichtete sich anlässlich der Wiedereröffnung zur Unterstützung der Liquidität von Grundbesitz mittels verschiedener Maßnahmen. Im Dezember 2006 verkaufte der Fondsmanager erfolgreich einen größeren Anteil des deutschen Immobilienportfolios der Grundbesitz an Eurocastle. Aus diesem Verkauf realisierte Grundbesitz signifikante Buchwertgewinne für seine Investoren. Im Ergebnis daraus und bis zum heutigen Tag erwartet der Konzern keine weiteren materiellen Risiken aus früher eingegangenen Verpflichtungen in Bezug auf Grundbesitz. In 2006 hat der Konzern Rückstellungen in Höhe von 111 Mio € aufgelöst. Zum Dezember 2007 betragen die erfassten Rückstellungen 5 Mio €.

GESCHÄFTE MIT PENSIONSPLÄNEN

Bestimmte Pläne für Leistungen an Arbeitnehmer nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses werden nach IFRS als nahe stehende Dritte erachtet. Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe seiner Pensionspläne, für die er Finanzdienstleistungen, einschließlich der Vermögensanlage, erbringt. Pensionspläne des Konzerns können Aktien oder andere Wertpapiere der Deutschen Bank halten oder mit diesen handeln. Die nachfolgende Tabelle zeigt eine Zusammenfassung der Geschäfte mit nahe stehenden Pensionsplänen.

in Mio €	
Wertpapiere der Deutschen Bank im Planvermögen am 31. Dezember 2007:	
Aktien	–
Verzinsliche Wertpapiere	9
Sonstige Wertpapiere	21
Insgesamt	30
Von der Deutschen Bank selbst genutzte Immobilien/sonstige Vermögenswerte	–
Marktwert der Derivate mit konzerninternen Kontrahenten am Jahresende 2007	– 98
Nominalbetrag der Derivate mit konzerninternen Kontrahenten am Jahresende 2007	4.441
Von Pensionsfonds an Deutsche Bank Vermögensverwaltung gezahlte Gebühren im Jahr 2006	23
Von Pensionsfonds an Deutsche Bank Vermögensverwaltung gezahlte Gebühren im Jahr 2007	22

[39] INFORMATIONEN ZU TOCHTERGESELLSCHAFTEN

Die Anteile an Tochtergesellschaften des Konzerns werden von der Deutschen Bank AG direkt oder indirekt gehalten.

WESENTLICHE TOCHTERGESELLSCHAFTEN

Die folgende Tabelle zeigt die wesentlichen Tochtergesellschaften, an denen die Deutsche Bank AG direkt oder indirekt beteiligt ist.

Tochtergesellschaft	Sitz der Gesellschaft
Taunus Corporation ¹	Delaware, Vereinigte Staaten von Amerika
Deutsche Bank Trust Company Americas ²	New York, Vereinigte Staaten von Amerika
Deutsche Bank Securities Inc. ³	Delaware, Vereinigte Staaten von Amerika
Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden Aktiengesellschaft ⁴	Frankfurt am Main, Deutschland
DB Capital Markets (Deutschland) GmbH ⁵	Frankfurt am Main, Deutschland
DWS Investment GmbH ⁶	Frankfurt am Main, Deutschland

1 Holdinggesellschaft für die meisten Tochtergesellschaften in den Vereinigten Staaten von Amerika.

2 Tochtergesellschaft der Taunus Corporation. Deutsche Bank Trust Company Americas ist eine in New York State zugelassene Bank, die im Kredit- und Einlagengeschäft tätig ist und zahlreiche Bank- und Finanzdienstleistungen erbringt.

3 Tochtergesellschaft der Taunus Corporation. Deutsche Bank Securities Inc. ist eine bei der amerikanischen Börsenaufsicht (SEC) als Broker registrierte Gesellschaft, die Mitglied der New Yorker Börse (New York Stock Exchange) ist und von dieser reguliert wird. Daneben unterliegt sie den Bestimmungen einzelner staatlicher Wertpapieraufsichtsbehörden in den Staaten, in denen sie ihr Geschäft betreibt.

4 Die Gesellschaft erbringt Bankdienstleistungen für Privat- und Geschäftskunden.

5 Die Gesellschaft ist eine in Deutschland eingetragene Gesellschaft mit beschränkter Haftung und dient als Holding für verschiedene europäische Tochtergesellschaften, im Wesentlichen für Kapitalanlagegesellschaften in Deutschland, Luxemburg, Frankreich, Österreich, Italien, Polen, Russland und in der Schweiz.

6 Die Gesellschaft, an der die DB Capital Markets (Deutschland) GmbH indirekt 100 % der Kapital- und Stimmrechtsanteile hält, ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die Investmentfonds auflegt und verwaltet.

Der Konzern hält 100 % der Kapital- und Stimmrechtsanteile an den vorgenannten wesentlichen Tochtergesellschaften, die mit den von ihnen zum 31. Dezember erstellten Jahresabschlüssen in den Konzernjahresabschluss einbezogen sind. Der Schwerpunkt ihrer Geschäftstätigkeit liegt in den Ländern, in denen sie ihren Sitz haben.

Im Geschäftsjahr 2007 war keine der Tochtergesellschaften des Konzerns bei der Zahlung von Dividenden oder der Rückzahlung von Krediten und Forderungen wesentlich eingeschränkt.

TOCHTERGESELLSCHAFTEN, AN DENEN DER KONZERN 50 % ODER WENIGER DER STIMMRECHTE HÄLT

Der Konzern konsolidiert einige Tochtergesellschaften, an denen er 50 % oder weniger der Stimmrechte hält. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Zweckgesellschaften („SPEs“), deren Gründung der Konzern für eine Vielzahl von Zielsetzungen unterstützt.

Geschäftsbeziehungen zu SPEs ergeben sich im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit vor allem aus Verbriefungen von Vermögenswerten, strukturierten Finanzierungen, Commercial-Paper-Programmen, dem Management von Investmentfonds, gewerblichem Immobilienleasing sowie dem Management von geschlossenen Fonds. Zu den diesbezüglichen Aktivitäten des Konzerns zählen die Übertragung von Vermögenswerten auf die Zweckgesellschaften, der Abschluss von Derivatekontrakten mit den SPEs, die Bereitstellung von Garantien und Liquiditätsfazilitäten an die SPEs, das Erbringen von Anlagemanagement- und Verwaltungsleistungen für die SPEs sowie das Halten von Beteiligungen an den SPEs.

GESELLSCHAFTEN, AN DENEN DER KONZERN MEHR ALS 50 % DER STIMMRECHTE HÄLT

Der Konzern hält direkt oder indirekt mehr als die Hälfte der Stimmrechte von Gesellschaften, beherrscht diese aber nicht, wenn

- ein anderer Investor die Möglichkeit hat, kraft einer mit dem Konzern abgeschlossenen Vereinbarung über mehr als die Hälfte der Stimmrechte zu verfügen;
- ein anderer Investor die Möglichkeit hat, gemäß einer Satzung oder sonstigen Vereinbarung die Finanz- und Geschäftspolitik der Gesellschaft zu bestimmen;
- ein anderer Investor die Möglichkeit hat, die Mehrheit der Mitglieder des Geschäftsführungs- und/oder Aufsichtsorgans zu ernennen oder abzuberufen, wobei die Verfügungsgewalt über die Gesellschaft bei diesen Organen liegt;
- ein anderer Investor die Möglichkeit hat, die Mehrheit der Stimmen bei Sitzungen des Geschäftsführungs- und/oder Aufsichtsorgans oder eines gleichwertigen Leitungsgremiums zu bestimmen, wobei die Verfügungsgewalt über die Gesellschaft bei diesen Organen liegt.

Das „Anteilsbesitzverzeichnis 2007“ wird als separates Dokument veröffentlicht und beim elektronischen Bundesanzeiger eingereicht. Es ist auf der Webseite von Deutsche Bank Investor Relations verfügbar (<http://www.deutschebank.de/ir/de/content/berichte.htm>).

[40] VERSICHERUNGS- UND INVESTMENTVERTRÄGE

VERBINDLICHKEITEN AUS VERSICHERUNGS- UND INVESTMENTVERTRÄGEN

in Mio €	31.12.2007			31.12.2006		
	Bruttowert	Rückversicherung	Nettowert	Bruttowert	Rückversicherung	Nettowert
Versicherungsverträge	6.450	– 119	6.331	1.411	– 187	1.224
Investmentverträge	9.796	–	9.796	–	–	–
Insgesamt	16.246	– 119	16.127	1.411	– 187	1.224

BUCHWERT

Die folgende Übersicht zeigt eine Analyse der Änderung von Verbindlichkeiten aus Versicherungs- und Investmentverträgen.

in Mio €	2007		2006	
	Versicherungsverträge	Investmentverträge	Versicherungsverträge	Investmentverträge
Buchwert am Jahresanfang	1.411	–	1.297	–
Reklassifizierung in zum Verkauf bestimmt	– 847	–	–	–
Veränderungen des Konsolidierungskreises	6.339	10.387	–	–
Zugänge	114	14	128	–
Inanspruchnahmen	– 340	– 214	– 143	–
Sonstige	111	168	129	–
Wechselkursänderungen	– 338	– 559	–	–
Buchwert am Jahresende	6.450	9.796	1.411	–

Die sonstigen Veränderungen enthielten im Geschäftsjahr 2007 Marktwertveränderungen auf Vermögenswerte in Investmentverträgen von 122 Mio €.

WESENTLICHE ANNAHMEN IM VERSICHERUNGSGESCHÄFT

Die Verbindlichkeiten ändern sich in Abhängigkeit von Veränderungen der Zinssätze (dies gilt insbesondere für garantierte zukünftige Leistungen), der Anlageerträge sowie der Aufwendungen für Lebensversicherungs- und Rentenversicherungsverträge, für die sich die künftige Sterbewahrscheinlichkeit nicht mit Sicherheit vorhersagen lässt.

Annahmen werden für alle Faktoren getroffen, die zukünftige Cashflows wesentlich beeinflussen. Dazu gehören Annahmen über zukünftige Zinssätze, Sterblichkeitsraten und Kosten. Die Annahmen, die langfristige Versicherungsaktivitäten am stärksten beeinflussen, sind die zur Abzinsung der Cashflows verwendeten Zinssätze und die Sterbewahrscheinlichkeiten, diese insbesondere für Rentenversicherungsverträge.

Die Annahmen werden im Folgenden erläutert:

ZINSSÄTZE

In den zugrunde gelegten Zinssätzen spiegeln sich Schätzungen über zukünftige Anlageerträge wider. Sie beinhalten insofern Annahmen über Art und Laufzeit der zur Deckung der Verbindlichkeiten dienenden Vermögenswerte. Darüber hinaus werden angemessene Risikoabschläge zur Berücksichtigung von Ausfallrisiken berücksichtigt.

STERBEWAHRSCHEINLICHKEIT

Die Sterbewahrscheinlichkeiten basieren auf veröffentlichten Sterbetafeln, die entsprechend angepasst wurden, um sowohl den Änderungen der Daten seit Veröffentlichung als auch unternehmensspezifischen Erfahrungswerten und aktualisierten Prognosewerten Rechnung zu tragen. Wenn erforderlich, wird eine angemessene Sicherheitsmarge hinzugefügt, um zukünftige nachteilige Abweichungen von den Erwartungswerten zu berücksichtigen. Die Sterbewahrscheinlichkeit für Rentenversicherungsverträge wird so angepasst, dass sie zukünftigen Erhöhungen der Lebenserwartung von Begünstigten Rechnung trägt. Derzeit wird bei Rentenversicherungsverträgen für die Ermittlung der Erhöhung der Lebenserwartung eine mittelfristige Kohortenprognose genutzt, wobei von einer Mindesterrhöhung von 1,25 % pro anno ausgegangen wird.

AUFWENDUNGEN

Für Verträge, die nicht fondsgebunden sind, werden Aufwendungen für zukünftige Versicherungskosten in Abzug gebracht.

SONSTIGE ANNAHMEN

Es wird davon ausgegangen, dass im Rentenversicherungsgeschäft Optionen auf garantierte Rentenzahlungen zu 57 % in Anspruch genommen werden.

WESENTLICHE ANNAHMEN ZUM WERT DES ERWORBENEN VERSICHERUNGSGESCHÄFTS

Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts im Zusammenhang mit der Akquisition der Abbey Life Assurance Company Limited entspricht dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme für den Versicherungsbestand zum Erwerbszeitpunkt. Die in diesem Zusammenhang zu treffenden Annahmen berücksichtigen die geschäftsspezifischen Erfahrungswerte für zukünftige Sterbewahrscheinlichkeiten, Invaliditätsraten, Bestandsfestigkeit und sonstige Aufwendungen. Des Weiteren wurden bei Erwerb auch grundsätzliche Annahmen anhand gesamtwirtschaftlicher Indikatoren zugrunde gelegt.

Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts wird über die erwartete Nutzungsdauer des Abbey Life Geschäfts abgeschrieben, und zwar entweder proportional zu den erwarteten Gewinnen oder dem erwarteten Wert der zu erbringenden Versicherungszahlungen. Zum Ende jeder Berichtsperiode ist der noch bilanzierte Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts mit dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme für den Versicherungsbestand zum Erwerbszeitpunkt zu vergleichen. Sollten die erwarteten zukünftigen Zahlungsströme unzureichend sein und sollte der Barwert der zukünftigen Zahlungsströme den Bilanzwert unterschreiten, ist der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts entsprechend zu verringern.

WESENTLICHE ÄNDERUNGEN DER ANNAHMEN

Bei der Akquisition der Abbey Life Assurance Company Limited im Oktober 2007 wurden deren bis dahin auf der Basis von UK GAAP berechneten Verbindlichkeiten für Versicherungsverträge, in Übereinstimmung mit den Vorschriften von IFRS 4, auf der Basis von US GAAP neu berechnet. Die zu diesem Zeitpunkt getroffenen Annahmen für nicht wirtschaftliche Faktoren haben sich bis zum 31. Dezember 2007 nicht geändert. Allerdings wurden die für wirtschaftliche Faktoren getroffenen Annahmen unter Berücksichtigung von Veränderungen wesentlicher Wirtschaftsindikatoren überprüft. Die Verbindlichkeit für Rentenversicherungsverträge wurde mit dem bei erstmaliger Bilanzierung ermittelten Wert angesetzt.

SENSITIVITÄTSANALYSE FÜR VERSICHERUNGSVERTRÄGE

Die folgende Tabelle zeigt die Auswirkung von Änderungen der wesentlichen Annahmen, die der Berechnung der Verbindlichkeiten des Versicherungsgeschäfts zugrunde liegen, auf das Ergebnis vor Steuern und das Eigenkapital. Die Veränderung einer jeden Annahme erfolgt ceteris paribus.

in Mio €	Veränderung des Ergebnisses vor Steuern		Veränderung des Eigenkapitals	
	2007	2006	2007	2006
Annahme:				
Sterbewahrscheinlichkeit (Verschlechterung um 10 %) ¹	- 16	- 44	- 16	- 44
Aufwand (Anstieg um 10 %)	- 1	- 2	- 1	- 2
Zinssätze (Anstieg um 1 %)	- 115	- 25	88	- 25

¹ Dem Effekt der Sterbewahrscheinlichkeit liegen ein Rückgang im Rentenversicherungsgeschäft um 10 % und ein Anstieg im sonstigen Geschäft um 10 % zugrunde.

Für bestimmte Versicherungsverträge enthält die Bewertungsgrundlage eine sogenannte Sicherheitsmarge („Provision for Adverse Deviations“). Für diese Verträge würde gemäß US GAAP eine Verschlechterung der Annahmen für die Einflussfaktoren so lange keine Anpassung der Rückstellung zur Folge haben, bis die Sicherheitsmarge aufgezehrt ist. Ebenso bewirkte eine Verbesserung der Annahmen für die Einflussfaktoren keine Erhöhung der Rückstellung. Deshalb handelt es sich bei den in der Sensitivitätsanalyse gezeigten Auswirkungen im Falle einer angenommenen Verschlechterung der Einflussfaktoren um jenen Betrag, um den die Verbindlichkeit die Sicherheitsmarge am Bilanzstichtag überschreitet. Aus diesem Grund sollten die in dieser Tabelle bereit gestellten Informationen nicht dazu verwendet werden, Rückschlüsse auf die Auswirkungen anderweitiger Veränderungen zu ziehen. Ebenso lässt sich daraus nicht ableiten, welche Veränderungen zu einem anderen Zeitpunkt aufträten.

[41] KURZ- UND LANGFRISTIGE VERMÖGENSWERTE UND VERBINDLICHKEITEN

Die folgenden Tabellen zeigen die Gliederung der zum 31. Dezember 2007 und zum 31. Dezember 2006 in der Bilanz ausgewiesenen Vermögenswerte nach ihrer vertraglichen Laufzeit.

Aktivpositionen zum 31. Dezember 2007 gliedern sich wie folgt.

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2007
	in 2008	nach 2008	
Barreserve	8.632	–	8.632
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	21.156	459	21.615
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	12.193	1.404	13.597
Forderungen aus Wertpapierleihen	55.548	413	55.961
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.441.656	32.447	1.474.103
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	6.168	36.126	42.294
Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	–	3.366	3.366
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	73.826	125.066	198.892
Sachanlagen	–	2.409	2.409
Immaterielle Vermögenswerte	–	9.383	9.383
Sonstige Aktiva	180.489	2.408	182.897
Steuerforderungen aus tatsächlichen Steuern	2.014	414	2.428
Summe der Aktiva vor Steuerforderungen aus latenten Steuern	1.801.682	213.895	2.015.577
Steuerforderungen aus latenten Steuern			4.772
Summe der Aktiva			2.020.349

Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2007 gliedern sich wie folgt.

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2007
	in 2008	nach 2008	
Einlagen	417.994	39.952	457.946
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	177.468	1.273	178.741
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	9.405	160	9.565
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	914.528	51.649	966.177
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	53.410	–	53.410
Sonstige Passiva	168.135	3.374	171.509
Rückstellungen	1.295	–	1.295
Steuerverbindlichkeiten aus tatsächlichen Steuern	2.754	1.761	4.515
Langfristige Verbindlichkeiten	23.255	103.448	126.703
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	–	6.345	6.345
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	871	2.682	3.553
Summe der Verbindlichkeiten vor Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	1.769.115	210.644	1.979.759
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern			2.124
Summe der Verbindlichkeiten			1.981.883

Aktivpositionen zum 31. Dezember 2006 gliedern sich wie folgt.

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2006
	in 2007	nach 2007	
Barreserve	7.008	–	7.008
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	17.493	1.706	19.199
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	13.758	507	14.265
Forderungen aus Wertpapierleihen	62.527	416	62.943
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.103.470	1.180	1.104.650
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	7.019	31.018	38.037
Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	–	2.541	2.541
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	59.281	119.243	178.524
Sachanlagen	–	3.241	3.241
Immaterielle Vermögenswerte	–	8.612	8.612
Sonstige Aktiva	136.159	2.862	139.021
Steuerforderungen aus tatsächlichen Steuern	1.772	348	2.120
Summe der Aktiva vor Steuerforderungen aus latenten Steuern	1.408.487	171.674	1.580.161
Steuerforderungen aus latenten Steuern			4.332
Summe der Aktiva			1.584.493

Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2006 gliedern sich wie folgt.

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2006
	in 2007	nach 2007	
Einlagen	375.837	36.079	411.916
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	102.000	200	102.200
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	21.174	–	21.174
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	669.274	25.345	694.619
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	48.433	–	48.433
Sonstige Passiva	141.205	2.924	144.129
Rückstellungen	1.768	–	1.768
Steuerverbindlichkeiten aus tatsächlichen Steuern	2.237	1.796	4.033
Langfristige Verbindlichkeiten	16.226	95.137	111.363
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	–	4.771	4.771
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	1.547	2.780	4.327
Summe der Verbindlichkeiten vor Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	1.379.701	169.032	1.548.733
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern			2.285
Summe der Verbindlichkeiten			1.551.018

[42] ERGÄNZENDE ERLÄUTERUNGEN ZUM KONZERNABSCHLUSS GEMÄSS § 315A HGB

Gemäß § 315a Handelsgesetzbuch („HGB“) sind in einem Konzernabschluss nach IFRS die nachfolgenden Zusatzangaben bereitzustellen.

PERSONALAUFWAND

in Mio €	2007	2006
Personalaufwand:		
Löhne und Gehälter	11.298	10.721
Soziale Abgaben	1.824	1.777
davon: für Altersversorgung	478	471
Insgesamt	13.122	12.498

MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

Die durchschnittliche Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter (arbeitswirksam) betrug insgesamt 75.047 (2006: 65.745), darunter befanden sich 31.898 (2006: 27.510) Mitarbeiterinnen. Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der geleisteten Arbeitszeit anteilig enthalten. Im Ausland waren im Durchschnitt 47.540 (2006: 39.451) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig.

BEZÜGE DES VORSTANDS UND AUFSICHTSRATS

Im Jahr 2007 beliefen sich die Gesamtbezüge des Vorstands auf 33.182.395 € (2006: 32.901.538 €), davon entfielen 28.832.085 € (2006: 28.294.058 €) auf variable Vergütungsbestandteile.

An frühere Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank AG oder deren Hinterbliebene wurden 33.479.343 € (2006: 27.453.021 €) gezahlt.

Der Aufsichtsrat erhielt für 2007 exklusive Umsatzsteuer neben einer festen Vergütung (inklusive Sitzungsgeld) von 2.366.000 € (2006: 998.000 €) eine variable Vergütung in Höhe von 3.656.084 € (2006: 2.390.583 €).

Für die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen wurden 2007 insgesamt 176.061.752 € (2006: 193.366.824 €) zurückgestellt.

Am 31. Dezember 2007 beliefen sich die gewährten Vorschüsse, Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse für Vorstandsmitglieder auf 2.186.400 € (2006: 1.219.000 €) und für Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Bank AG auf 1.713.528 € (2006: 1.567.000 €). Aufsichtsratsmitglieder zahlten 2007 Kredite in Höhe von 1,1 Mio € zurück.

SONSTIGE PUBLIKATIONEN

Das „Anteilsbesitzverzeichnis 2007“ wird als separates Dokument veröffentlicht und beim elektronischen Bundesanzeiger eingereicht. Es ist auf der Webseite von Deutsche Bank Investor Relations verfügbar (<http://www.deutschebank.de/ir/de/content/berichte.htm>).

CORPORATE GOVERNANCE

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft und die Varta AG als derzeit einziges in den Konzernabschluss einbezogenes deutsches börsennotiertes Unternehmen haben die nach § 161 Aktiengesetz vorgeschriebene Erklärung abgegeben und den Aktionären zugänglich gemacht.

WESENTLICHE PRÜFUNGSHONORARE UND -LEISTUNGEN

Die Tabelle zeigt die von unserem Abschlussprüfer abgerechneten Honorare für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 in den folgenden Kategorien:

Kategorie in Mio €	2007	2006
Prüfungshonorare	43	44
davon an KPMG Deutschland	18	18
Honorare für prüfungsnahen Leistungen	8	10
davon an KPMG Deutschland	2	4
Honorare für Steuerberatung	8	7
davon an KPMG Deutschland	2	3
Summe der Honorare	59	61

Weitere Informationen zu den Prüfungshonoraren sind im Corporate-Governance-Bericht enthalten.

[43] EREIGNISSE NACH DEM BILANZSTICHTAG

Die Finanzmärkte blieben Anfang 2008 weiterhin den außergewöhnlich schwierigen Bedingungen ausgesetzt, die in der zweiten Jahreshälfte 2007 begonnen hatten und die in den direkt davon betroffenen Bereichen zu erheblich niedrigeren Geschäftsvolumina geführt hatten. Zu diesen hauptsächlich betroffenen Bereichen zählt das Geschäftsfeld Leveraged Finance. Der Preisverfall in diesem Marktsegment hat sich auch über den Bilanzstichtag hinaus fortgesetzt. Dies dürfte dazu führen, dass der Konzern zusätzliche Abschreibungen auf seine Risikopositionen im Leveraged-Finance-Bereich vornehmen muss, sollte sich keine Verbesserung der Marktbedingungen einstellen. Zum 31. Dezember 2007 hatte der Konzern Risikopositionen in diesem Bereich von 36,2 Mrd. €. Die Höhe der finanziellen Auswirkung potenziell weiterer Wertanpassungen auf die Ergebnisse in 2008 wird von der Höhe der Risikopositionen und von den Marktpreisen zum jeweiligen Bilanzstichtag abhängen und kann daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht abgeschätzt werden.

[44] ÜBERLEITUNG ZWISCHEN VORHERIGEN RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZEN UND IFRS

WESENTLICHE UNTERSCHIEDE ZWISCHEN DEN RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZEN NACH US GAAP UND IFRS

Bis zum 31. Dezember 2006 erstellte der Konzern seinen Konzernabschluss in Übereinstimmung mit US GAAP. Im Folgenden werden die wesentlichen Unterschiede zwischen den bis zu diesem Datum angewandten Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns nach US GAAP und den in Note [1] dargelegten Rechnungslegungsgrundsätzen nach IFRS thematisch zusammengefasst.

US GAAP	IFRS
KONSOLIDIERUNG (A)	
<p>Es werden drei Ansätze verwendet, um eine Konsolidierungspflicht zu ermitteln: Stimmrechte, Variable Interest Entities (VIEs) und Qualifying Special Purpose Entities (QSPEs).</p> <p>Stimmrechte: Ein direkt oder indirekt gehaltener Mehrheitsanteil an den Stimmrechten (mehr als 50 %) führt zu einer Konsolidierung, es sei denn, die Beherrschung der Gesellschaft liegt nicht bei den Mehrheitseignern.</p> <p>VIEs: VIEs werden von dem Inhaber finanzieller Interessen („Interest Holder“) konsolidiert, der die Mehrheit der erwarteten Verluste („Expected Losses“) der VIEs trägt oder die Mehrheit der erwarteten Überschüsse („Expected Residual Returns“) erhält, das heißt von dem Meistbegünstigten („Primary Beneficiary“).</p> <p>QSPE: Eine Special Purpose Entity (SPE), die den Kriterien einer Qualifying Special Purpose Entity (QSPE) entspricht, wird nicht konsolidiert.</p>	<p>Operative Gesellschaften („Operating Companies“) sind zu konsolidieren, wenn entweder direkt oder indirekt die Mehrheit der Stimmrechte gehalten wird. Potenzielle Stimmrechte sind mit zu berücksichtigen.</p> <p>Eine Zweckgesellschaft (SPE) ist vom Konzern zu konsolidieren, wenn sie von ihm kontrolliert wird. Folgende Umstände können auf einen Kontrolltatbestand hinweisen: Die SPE führt ihre Geschäfte im Namen des Konzerns durch und/oder der Konzern hält die Mehrheit der Chancen und Risiken aus der SPE.</p> <p>Unter IFRS existiert das Konzept der Qualifying Special Purpose Entities (QSPEs) nicht.</p>
KOSTEN DER KREDITVERGABE (B)	
<p>Alle bei Kreditvergabe anfallenden Kosten, wie zum Beispiel die für die Beurteilung der Kreditwürdigkeit eines Schuldners entstehenden Kosten, die über eine Stückkostenrechnung ermittelt und damit als der Kreditvergabe direkt zurechenbar gelten, werden abgegrenzt, und zwar unabhängig davon, ob es sich um zusätzliche Kosten handelt oder nicht.</p>	<p>Nur solche Kosten, die der Begebung eines Kredits direkt zurechenbar sind und zusätzlich entstehen, werden zusammen mit den zugehörigen Gebühren abgegrenzt und bei der Berechnung des Effektivzinses berücksichtigt.</p>
FAIR VALUE OPTION (C)	
<p>Der Konzern hat die unter US GAAP zur Verfügung stehende Fair Value Option für die Konzernberichterstattung in keinem Fall ausgeübt.</p>	<p>Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen können bei Ersterfassung beziehungsweise Erstanwendung von IFRS als zum Fair Value bewertet klassifiziert werden (Fair Value Option), wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> — eine Inkonsistenz bei Bewertung oder Ansatz („Accounting Mismatch“), die aus der unterschiedlichen Bewertung finanzieller Vermögenswerte oder Verpflichtungen beziehungsweise aus einer unterschiedlichen Erfassung der entsprechenden Gewinne und Verluste entstehen würde, erheblich reduziert wird; — die Vermögenswerte und Verpflichtungen gemäß einer dokumentierten Risikomanagement- oder Anlagestrategie auf Basis des Fair Value gesteuert werden und ihre Wertentwicklung auf dieser Basis gemessen wird und wenn entsprechende Informationen an Mitglieder der Führungsebene ebenfalls auf dieser Basis weitergegeben werden; oder — die Vermögenswerte und/oder Verpflichtungen ein oder mehrere eingebettete Derivate enthalten, welche die Cashflows aus diesen Finanzinstrumenten erheblich verändern. <p>Transaktionskosten in Verbindung mit finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verpflichtungen, die erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden, werden beim erstmaligen Ansatz direkt in der Gewinn- und -Verlust-Rechnung erfasst.</p> <p>Die Entscheidung, finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verpflichtungen unter der Fair Value Option zu bilanzieren, ist unwiderruflich.</p>
NACH DER EQUITY METHODE BILANZIERTE BETEILIGUNGEN (D)	
<p>Es existieren spezifische Bilanzierungsvorschriften für Personengesellschaften und Gesellschaften ähnlicher Art. Eine Beteiligung von mindestens 3 % muss nach der Equity Methode bilanziert werden, da der mit ihr verbundene Einfluss auf die Gesellschaft als nicht geringfügig gilt („other than minor influence“).</p>	<p>Es existieren keine spezifischen Bilanzierungsvorschriften für Personengesellschaften und ähnliche Gesellschaften. Ein maßgeblicher Einfluss liegt in der Regel bei einem Stimmrechtsanteil in Höhe von 20 % bis 50 % vor, wobei potenzielle Stimmrechte mit berücksichtigt werden.</p>

US GAAP	IFRS
DEFINITION VON DERIVATIVEN FINANZINSTRUMENTEN (E)	
Derivatekontrakte müssen einen Nominalwert besitzen sowie die Möglichkeit für einen Nettoausgleich vorsehen oder alternativ muss das Derivat beziehungsweise der dem Derivat zugrunde liegende Basiswert direkt gegen Zahlungsmittel verkauft werden können („readily convertible into cash“), um als Derivat eingestuft werden zu können.	Derivatekontrakte müssen nach IFRS keine Möglichkeit für einen Nettoausgleich vorsehen, um als Derivate eingestuft zu werden.
BILANZIERUNG VON SICHERUNGSBEZIEHUNGEN („HEDGE ACCOUNTING“) (P)	
Unter US GAAP muss bei der Beurteilung der Effektivität einer Sicherungsbeziehung der gesamte Zeitraum bis zur Fälligkeit des abgesicherten Grundgeschäfts beurteilt werden, es kann nicht lediglich ein Teil der Laufzeit des abgesicherten Grundgeschäfts betrachtet werden. In den Fällen, in denen eine Sicherungsbeziehung nur unter IFRS im Rahmen des Hedge Accounting abgebildet werden kann, nicht jedoch unter US GAAP, wurde die Sicherungsbeziehung unter US GAAP revidiert.	Im Vergleich zu US GAAP können nach IFRS mehr Sicherungsbeziehungen gebildet werden. Unter IFRS kann ein Derivat als Sicherungsinstrument für die Absicherung lediglich eines Teils des Zeitraums bis zur Fälligkeit des abgesicherten Grundgeschäfts in einem Fair Value Hedge designiert werden.
REKLASSIFIZIERUNG VON ZUM VERKAUF BESTIMMTEN FORDERUNGEN AUS DEM KREDITGESCHÄFT IN DIE HANDELSAKTIVA (F)	
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, die zum Verkauf bestimmt sind, werden zum niedrigeren Wert aus Buch- oder Marktwert ausgewiesen. Erträge und Kosten, die bei der Begebung des Kredits entstehen, werden bei Verkauf des Kredits erfolgswirksam erfasst. Eine temporäre Wertminderung auf zum Verkauf bestimmte Forderungen aus dem Kreditgeschäft wird unter US GAAP erfolgswirksam erfasst.	Die Kategorie „Zum Verkauf bestimmte Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ existiert nicht. Kredite, bei denen die Absicht besteht, sie kurzfristig zu verkaufen oder zu verbrieften, werden als Handelsaktiva klassifiziert.
ZUR VERÄUSSERUNG VERFÜGBARE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE („AVAILABLE FOR SALE“) (G)	
EIGENKAPITALTITEL Eigenkapitaltitel, deren Fair Value nicht direkt zu ermitteln ist, und sonstiger nicht verbriefteter Anteilsbesitz werden unter den sonstigen Finanzanlagen ausgewiesen (enthalten in den sonstigen Aktiva) und zu Anschaffungskosten bewertet, abzüglich nicht temporärer Wertminderungen.	Nicht marktgängige Finanzanlagen und sonstiger nicht verbriefteter Anteilsbesitz werden als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert und zum Fair Value bewertet, sofern der Fair Value verlässlich ermittelt werden kann.
WERTPAPIERE „AVAILABLE FOR SALE“ – BEHANDLUNG VON WECHSELKURSÄNDERUNGEN Änderungen des Fair Value von zur Veräußerung verfügbaren Schuldtiteln aufgrund von Wechselkursänderungen werden im kumulierten übrigen umfassenden Periodenerfolg (Other Comprehensive Income) ausgewiesen und beim Verkauf des Wertpapiers erfolgswirksam erfasst.	Änderungen des Fair Value von festverzinslichen Wertpapieren „Available for Sale“ aufgrund von Wechselkursänderungen werden erfolgswirksam ausgewiesen.
WERTMINDERUNG VON ZUR VERÄUSSERUNG VERFÜGBAREN VERMÖGENSWERTEN Wertminderungen von zur Veräußerung verfügbaren festverzinslichen Wertpapieren können nicht erfolgswirksam rückgängig gemacht werden, wenn das Wertpapier nicht länger als wertgemindert einzustufen ist.	Wertminderungen von zur Veräußerung verfügbaren Schuldtiteln sind rückgängig zu machen, wenn sich der Fair Value zu einem späteren Zeitpunkt erhöht und die Erhöhung anhand objektiver Kriterien mit einem Ereignis nach Erfassung der nicht temporären Wertminderung in der Gewinn- und Verlust-Rechnung in Verbindung gebracht werden kann.
FINANZANLAGEN, DIE EINER VERKAUFSRESTRIKTION UNTERLIEGEN Grundsätzlich werden Finanzanlagen, die einer Verkaufsrestriktion von mehr als einem Jahr unterliegen, unter den sonstigen Finanzanlagen ausgewiesen und zu Anschaffungskosten, abzüglich nicht temporärer Wertminderungen, bewertet. Wird eine Finanzanlage, die einer Verkaufsrestriktion unterliegt, von einer Gesellschaft gehalten, die in den Vereinigten Staaten als „Broker Dealer“ reguliert wird, dann wird sie zum Fair Value bilanziert und Wertveränderungen werden erfolgswirksam erfasst.	Finanzanlagen, die einer Verkaufsrestriktion unterliegen, werden als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert und Wertveränderungen werden im Eigenkapital erfasst.
AUSBUCHUNG FINANZIELLER VERMÖGENSWERTE (H)	
Die Ausbuchung beruht in erster Linie auf dem Konzept der Verfügungsmacht. Für die Ausbuchung ist zunächst die Frage des echten Verbrauchs und erst dann die Notwendigkeit der Konsolidierung zu beurteilen. Für Repos und Reverse Repos gelten spezielle Bilanzierungsregeln: Eine Besicherung von nahezu 100 % ist erforderlich, um die Transaktion als eine Finanzierung behandeln zu können.	Die Ausbuchung basiert auf dem Konzept des Transfers von Risiken und Chancen. Das Konzept der Verfügungsmacht wird nur dann berücksichtigt, wenn die Risiken und Chancen weder im Wesentlichen übertragen noch zurückbehalten wurden. Vor Anwendung der Ausbuchungskriterien muss der Konsolidierungskreis des Konzerns festgelegt werden. Eine Teilausbuchung übertragener Vermögenswerte kann erfolgen, wenn der Konzern im Zusammenhang mit der Übertragung weiterhin ein anhaltendes Engagement zurückbehält („Continuing Involvement“).

US GAAP	IFRS
IMMOBILIEN UND LEASING (I)	
GEWINNE AUS SALE-UND-LEASEBACK-TRANSAKTIONEN Gewinne aus einer Sale-und-Leaseback-Transaktion, die als Operating Lease qualifiziert, werden abgegrenzt und über die Laufzeit des Leasingvertrags erfolgswirksam erfasst.	Gewinne aus einer Sale-und-Leaseback-Transaktion, die als Operating Lease qualifiziert, werden unmittelbar erfolgswirksam erfasst, sofern der Verkauf zum Fair Value durchgeführt wurde.
LANGFRISTIGE VERKÄUFERPFLICHTEN BEI SALE-UND-LEASEBACK-TRANSAKTIONEN Jegliche Form von langfristigen Verpflichtungen („Continuing Involvement“) des Verkäufers in Bezug auf den Leasinggegenstand verhindert die Erfassung der Transaktion als Verkauf.	Sofern langfristige Verpflichtungen des Verkäufers bestehen, sind diese bei der Klassifizierung des Leasingverhältnisses zu berücksichtigen.
WERTMINDERUNG VON ALS FINANZINVESTITION GEHALTENEN IMMOBILIEN Das Vorliegen einer Wertminderung wird festgestellt, indem die nicht diskontierten erwarteten zukünftigen Cashflows aus der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilie beurteilt werden.	Das Vorliegen einer Wertminderung wird anhand einer Barwertmethode beurteilt, wobei ein Diskontierungsfaktor auf die erwarteten zukünftigen Cashflows angewandt wird.
AKTIENBASIERTE VERGÜTUNG (J)	
AKTIENBASIERTE VERGÜTUNG – VORGEZOGENER RUHESTAND Räumt ein Vergütungsplan einem Mitarbeiter ab einem bestimmten Alter und/oder einer bestimmten Dienstzeit das Recht ein, nach dem Ausscheiden aus dem Konzern seine Ansprüche zu behalten, wird der Aufwand vorzeitig bis zu dem Datum vollständig erfasst, an dem der Mitarbeiter die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt. Die Regelungen bezüglich des Anspruchs auf einen vorgezogenen Ruhestand wurden prospektiv für Vergütungen angewandt, die nach dem 1. Januar 2006 gewährt wurden.	Die Regelungen bezüglich des Anspruchs auf einen vorgezogenen Ruhestand (beschleunigte Erfassung des Aufwands) finden auf alle Vergütungen Anwendung, die nach dem 7. November 2002 gewährt wurden.
AKTIENBASIERTE VERGÜTUNG – VERFALLENDEN ANSPRÜCHE Es ist vorgeschrieben, den Personalaufwand auf Basis der gesamten Zahl an Aktien, die voraussichtlich während der Dienstzeit unverfallbar werden (abzüglich der erwarteten verfallenden Ansprüche), zu erfassen. Der Personalaufwand wurde ab dem 1. Januar 2006 nicht mehr auf Basis der tatsächlich verfallenden Ansprüche erfasst.	Das Konzept der voraussichtlich verfallenden Ansprüche ist auf alle aktienbasierten Vergütungen anzuwenden, die nach dem 7. November 2002 gewährt wurden.
PENSIONEN (K)	
PENSIONEN – KUMULIERTE VERSICHERUNGSMATHEMATISCHE GEWINNE UND VERLUSTE Ab dem 31. Dezember 2006 werden alle nicht berücksichtigten Gewinne/Verluste zum Jahresende als Teil des kumulierten übrigen umfassenden Periodenerfolgs („Accumulated Other Comprehensive Income“, „OCI“) ausgewiesen. Der Konzern wendete den „Korridor“-Ansatz an, bei dem versicherungsmathematische Gewinne und Verluste in Höhe von mehr als 10 % des höheren Werts von Planvermögen und -verbindlichkeiten zu gleichen Beträgen erfolgswirksam über die verbleibenden Dienstzeiten der aktiven Mitarbeiter erfasst werden.	Bei der Umstellung der Rechnungslegung hat der Konzern im Einklang mit den Umstellungsvorschriften von IFRS 1 alle kumulierten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste im Eigenkapital erfasst. Seit der Erstanwendung wird für versicherungsmathematische Gewinne und Verluste der „Korridor“-Ansatz angewandt.
PENSIONEN – LANGFRISTIG FÄLLIGE LEISTUNGEN Es gibt keine spezifischen Bewertungsregelungen.	Langfristig fällige Leistungen müssen unter Anwendung einer versicherungsmathematischen Methode bewertet werden.
DERIVATE AUF DEUTSCHE BANK-AKTIE (L)	
Kauf- und Verkaufsoptionen, bei denen dem Kontrakt Aktien der Deutschen Bank zugrunde liegen und bei denen die Erfüllung durch Lieferung der Aktien erfolgen muss, werden als Derivate klassifiziert.	Kauf- und Verkaufsoptionen, bei denen dem Kontrakt Aktien der Deutschen Bank zugrunde liegen und bei denen die Erfüllung durch Lieferung der Aktien erfolgen muss, werden als Eigenkapitalinstrumente klassifiziert. Für geschriebene Verkaufsoptionen auf Deutsche Bank-Aktien, bei denen die Erfüllung durch Lieferung der Aktien erfolgt, wird der Barwert des Rückzahlungsbetrags als Verbindlichkeit erfasst. Die Verbindlichkeit wird über die Laufzeit der Optionen unter Anwendung der Effektivzinsmethode auf den Rückzahlungsbetrag aufgezinst. Die Aufzinsung erfolgt zu Lasten des Zinsaufwands.

US GAAP	IFRS
STEUERN (O)	
<p>LATENTE STEUERN AUF AKTIENBASIERTE VERGÜTUNGEN</p> <p>Ist in einem Land ein Steuerabzug für Aufwendungen im Zusammenhang mit aktienbasierter Vergütung erlaubt, kann die Höhe des zulässigen Steuerabzugs von dem in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfassten kumulierten Personalaufwand abweichen und/oder der Abzug könnte erst in einem späteren Berichtszeitraum erlaubt sein, beispielsweise bei Lieferung der Aktien.</p> <p>Die positive oder negative Differenz zwischen dem steuerlich abzugsfähigen Personalaufwand und dem im Finanzbericht ausgewiesenen kumulierten Personalaufwand darf erst bei Lieferung der Aktien an den Mitarbeiter erfasst werden. Tax Benefits sind in der Kapitalrücklage, Tax Shortfalls in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung zu berücksichtigen.</p> <p>Eine Erfassung in der Kapitalrücklage erfolgt nur, wenn die jeweilige Gesellschaft/Steuer Einheit tatsächlich Steuern zahlt.</p> <p>Es gibt die Möglichkeit, Tax Shortfalls mit Tax Benefits aus derselben oder aus früheren Berichtsperioden aufzurechnen.</p>	<p>Zusätzlich zu der Erfassung überschüssiger Tax Benefits/Shortfalls bei der Lieferung von Aktien muss die Differenz zwischen dem erwarteten künftigen steuerlich abzugsfähigen Personalaufwand für ausstehende aktienbasierte Vergütungen und dem ausgewiesenen kumulierten Personalaufwand (i) auf Grundlage des aktuellen Aktienkurses geschätzt und (ii) zu jedem Bilanzstichtag berücksichtigt werden.</p> <p>Da gemäß IFRS der Ausweis des erwarteten zukünftig steuerlich abzugsfähigen Personalaufwands zulässig ist, wäre eine Erfassung in der Kapitalrücklage nur dann nicht gestattet, wenn abzusehen ist, dass die Gesellschaft nicht in der Lage sein wird, den höheren steuerlichen Aufwand zu nutzen.</p> <p>Die Möglichkeiten, Tax Shortfalls mit Tax Benefits zu verrechnen, sind begrenzt.</p>
<p>LATENTE STEUERN UND AUSGLEICH DES ERTRAGS AUS STEUERSATZÄNDERUNGEN AUF WERTPAPIERE „AVAILABLE FOR SALE“</p> <p>Die Auswirkungen von Änderungen des Steuersatzes/der Steuergesetzgebung sind im Gewinn nach Steuern auszuweisen, auch wenn die ursprünglichen latenten Steuern im Eigenkapital erfasst wurden.</p>	<p>Änderungen des Steuersatzes/der Steuergesetzgebung sind in Übereinstimmung mit der Transaktion selbst zu bilanzieren. Wurden die zugrunde liegenden temporären Wertunterschiede und zugehörigen latenten Steuern im Eigenkapital erfasst, muss eine durch eine Änderung des Steuersatzes/der Steuergesetzgebung bedingte Anpassung ebenfalls im Eigenkapital erfasst werden.</p>

Die folgenden Tabellen zeigen die Überleitung der Gewinn-und-Verlust-Rechnung von US GAAP auf IFRS für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006, der Konzernbilanzen zum 1. Januar 2006 und 31. Dezember 2006 sowie die Überleitung des Konzerneigenkapitals zum 1. Januar 2006 und 31. Dezember 2006.

Während der Erstellung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 2007 wurden Anpassungen bezüglich der Umstellung von US GAAP auf IFRS identifiziert. Die vorher nicht testierten Finanzinformationen nach IFRS, wie im Bericht des Konzerns zur Umstellung der Rechnungslegung auf IFRS (der am 19. April 2007 veröffentlicht wurde) sowie in den folgenden Zwischenberichten dargestellt, wurden entsprechend angepasst. Diese Anpassungen beschränken sich auf die Bilanz und haben keine Auswirkung auf den Jahresüberschuss. Sie werden im Folgenden beschrieben und in den anschließenden Überleitungstabellen dargestellt. Die Quartalsangaben im Bericht des Konzerns zur Umstellung der Rechnungslegung auf IFRS sind daher unter Berücksichtigung der folgenden Anpassungen zu betrachten:

- Das den Deutsche Bank Aktionären zurechenbare Eigenkapital zum Umstellungszeitpunkt 1. Januar 2006 stieg um 91 Mio€.
- Die Summe der Aktiva und die Summe der Verbindlichkeiten erhöhten sich jeweils um 17,5Mrd€ zum 1. Januar 2006 und um 12,7 Mrd€ zum 31. Dezember 2006. Die Quartalsabschlüsse 2007 zeigten vergleichbare Effekte.
- Verschiedene Anpassungen der Reklassifizierungen innerhalb der ausgewiesenen Aktiv- beziehungsweise Passivpositionen blieben je betroffene Position oder Periode unter 16 Mrd€.

Sowohl der Anstieg der Bilanzsumme und der Verbindlichkeiten als auch die Reklassifizierungen zwischen Aktiv- und Passivpositionen resultierten aus der Konsolidierung bestimmter Verbriefungsgesellschaften.

ÜBERLEITUNG VON GEWINN-UND VERLUST-RECHNUNG UND BILANZ

US GAAP/IFRS ÜBERLEITUNG

Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung	US GAAP	Reklassifizierung	Bewertungsanpassungen					
			Kon-solidierung	Kosten der Kreditver-gabe	Fair Value Option	Nach der Equity Methode bilanzierte Beteili-gungen	Definition von derivativen Finanz-instrumenten	Hedge Accounting
in Mio €			(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(P)
Geschäftsjahr 2006								
Zinserträge	55.217	572	2.203	91	–	3	–	–
Zinsaufwendungen	48.298	630	2.245	–	–	–	–	–
Zinsüberschuss	6.919	– 57	– 42	91	–	3	–	–
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	330	– 330	–	–	–	–	–	–
Zinsüberschuss nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle	6.589	– 6.589	–	–	–	–	–	–
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–	268	– 3	–	– 1	–	–	–
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–	6.594	– 38	91	1	3	–	–
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften	3.995	– 3.995	–	–	–	–	–	–
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts	5.019	– 5.019	–	–	–	–	–	–
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen	2.530	– 2.530	–	–	–	–	–	–
Provisionsüberschuss	–	11.123	76	–	–	–	–	–
Handelsergebnis	8.247	– 8.247	–	–	–	–	–	–
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	–	9.061	53	–	– 44	– 11	61	–
Ergebnis aus Wertpapieren „Available for Sale“	407	– 407	–	–	–	–	–	–
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	–	582	2	–	–	1	– 1	–
Ergebnis aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	512	– 53	– 27	–	–	– 19	–	–
Sonstige Erträge	709	– 473	24	32	85	–	6	–
Zinsunabhängige Erträge	21.419	41	127	32	41	– 29	66	–
Personalaufwand	12.649	–	–	154	–	–	–	–
Mieten und Aufwendungen für Gebäude	1.020	– 1.020	–	–	–	–	–	–
Betriebs- und Geschäftsausstattung	157	– 157	–	–	–	–	–	–
EDV-Aufwendungen	1.586	– 1.586	–	–	–	–	–	–
Aufwendungen für Beratungsleistungen	1.202	– 1.202	–	–	–	–	–	–
Kommunikation und Datenadministration	634	– 634	–	–	–	–	–	–
Sonstige Aufwendungen	2.412	– 2.412	–	–	–	–	–	–
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	–	6.982	57	4	–	–	–	–
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	–	67	–	–	–	–	–	–
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	31	–	–	–	–	–	–	–
Restrukturierungsaufwand	192	–	–	–	–	–	–	–
Zinsunabhängige Aufwendungen	19.883	37	57	157	–	–	–	–
Ergebnis vor Steueraufwand	8.125	8	32	– 34	42	– 26	66	–
Ertragsteueraufwand	2.186	–	– 10	–	–	–	–	–
Ausgleich des Ertrags aus Steuersatzänderungen 1999/2000	– 1	–	–	–	–	–	–	–
Kumulierter Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern	46	–	–	–	–	–	–	–
Jahresüberschuss	5.986	8	41	–	–	–	–	–
Den Minderheitsanteilen zurechenbares Konzernergebnis	–	9	–	–	–	–	–	–
Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	5.986	–	41	– 34	42	– 26	66	–

nach Bilanzierungsthemen											IFRS
Reklassifizierung von zum Verkauf bestimmten Forderungen aus dem Kreditgeschäft in die Handelsaktiva	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Ausbuchung finanzieller Vermögenswerte	Immobilien & Leasing	Aktienbasierte Vergütung	Pensionen	Derivate auf Deutsche Bank-Aktien	Währungs-umrechnung	Sonstige	Steuern	Bewertungsanpassungen insgesamt	
(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)		
- 4	-	132	-	-	-	-	-	28	32	2.486	58.275
- 1	-	64	- 1	-	-	19	-	-	13	2.339	51.267
- 3	-	68	1	-	-	- 19	-	28	19	146	7.008
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	1	-	-	-	-	-	34	-	30	298
- 3	-	68	1	-	-	- 19	-	- 5	19	116	6.710
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1	-	- 4	-	-	-	-	-	-	-	72	11.195
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
- 48	- 35	- 65	-	-	-	- 75	1	- 7	-	- 169	8.892
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	7	-	-	-	-	-	-	-	-	9	591
-	-	-	-	-	-	-	2	3	-	- 40	419
-	- 16	22	- 7	-	-	-	- 1	11	-	153	389
- 47	- 45	- 47	- 7	-	-	- 75	2	8	-	26	21.486
-	-	-	-	- 232	- 73	-	-	-	-	- 151	12.498
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	2	1	11	-	-	-	-	13	-	87	7.069
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	67
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	31
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	192
-	2	1	11	- 232	- 73	-	-	13	-	- 63	19.857
- 50	- 46	20	- 17	232	73	- 94	2	- 11	19	206	8.339
-	-	-	-	-	-	-	-	-	84	74	2.260
-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	1	-
-	-	-	-	- 68	- 8	-	-	-	30	- 46	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	- 37	85	6.079
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9
- 50	- 46	20	- 17	163	65	- 94	2	- 11	- 37	84	6.070

Konzernbilanz	US GAAP	Brutto- darstel- lung	Reklassifi- zierung	Bewertungsanpassungen					
				Kon- solidierung	Kosten der Kreditver- gabe	Fair Value Option	Nach der Equity Methode bilanzierte Beteili- gungen	Definition von deriva- tiven Finanz- instrumen- ten	Hedge Accounting
in Mio €				(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(P)
Bestand per 1. Januar 2006									
Barreserve	6.571	–	–	297	–	–	–	–	–
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	11.963	–	–	160	–	–	–	–	–
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapier- pensionsgeschäften (Reverse Repos)	130.993	35.240	– 149.680	–	–	–	–	–	–
Forderungen aus Wertpapierleihen	101.125	16.322	– 64.083	–	–	–	–	–	–
Handelsaktiva	448.393	–	– 448.393	–	–	–	–	–	–
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	–	313.717	689.321	22.996	–	– 163	1	55	–
Wertpapiere „Available for Sale“	21.675	–	– 21.675	–	–	–	–	–	–
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	–	7	23.536	9.753	–	–	60	–	–
Sonstige Finanzanlagen	7.382	–	– 7.382	–	–	–	–	–	–
Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	–	–	4.607	– 60	–	–	12	–	–
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	151.355	–	– 283	12.579	– 266	–	–	–	–
Sachanlagen	5.079	– 97	– 1.798	44	–	–	–	–	–
Goodwill	7.045	–	– 7.045	–	–	–	–	–	–
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	1.198	–	– 1.198	–	–	–	–	–	–
Immaterielle Vermögenswerte	–	–	8.340	1	–	–	–	–	–
Sonstige Aktiva	99.382	42.676	– 29.657	1.333	– 6	–	–	–	–
Steuerforderungen	–	–	5.390	119	–	–	–	–	–
Summe der Aktiva	992.161	407.865	–	47.222	– 272	– 163	73	55	–
Einlagen	380.787	–	– 1.089	– 568	–	–	–	–	–
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	143.524	51.561	– 108.386	–	–	–	–	–	–
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	24.581	–	– 411	–	–	–	–	–	–
Handelsspassiva	194.347	–	– 194.347	–	–	–	–	–	–
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	–	314.548	317.117	14.994	–	261	–	63	–
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	20.549	–	20	23.214	–	–	–	–	–
Sonstige Verbindlichkeiten	81.377	41.756	– 10.932	1.055	– 12	– 18	–	1	–
Rückstellungen	–	–	2.336	– 3	–	– 2	–	–	–
Steuerverbindlichkeiten	–	–	6.893	227	–	–	–	–	–
Langfristige Verbindlichkeiten	113.554	–	– 11.118	3.726	–	–	–	–	– 55
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	–	–	– 706	4.628	–	–	–	–	–
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	3.506	–	–	–	–	–	–	–	–
Summe der Verbindlichkeiten	962.225	407.865	– 623	47.272	– 12	240	–	63	– 55
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	1.420	–	–	–	–	–	–	–	–
Kapitalrücklage	13.793	–	–	–	–	–	–	–	–
Gewinnrücklagen	22.628	–	–	– 93	– 260	– 285	12	– 8	55
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	– 3.368	–	–	–	–	–	–	–	–
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	– 3.506	–	–	–	–	–	–	–	–
Kumulierter übriger umfassender Periodenerfolg	– 1.031	–	1.031	–	–	–	–	–	–
Nicht in der Gewinn-und-Verlust- Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste(–), nach Steuern	–	–	– 1.031	42	–	– 118	61	–	–
Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Eigenkapital	29.936	–	–	– 51	– 260	– 403	73	– 8	55
Minderheitsanteile	–	–	624	–	–	–	–	–	–
Eigenkapital einschließlich Minderheitsanteile	29.936	–	624	– 51	– 260	– 403	73	– 8	55
Summe der Passiva	992.161	407.865	–	47.222	– 272	– 163	73	55	–

nach Bilanzierungsthemen											IFRS
Reklassifizierung von zum Verkauf bestimmten Forderungen aus dem Kreditgeschäft in die Handelsaktiva	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Ausbuchung finanzieller Vermögenswerte	Immobilien & Leasing	Aktienbasierte Vergütung	Pensionen	Derivate auf Deutsche Bank-Aktien	Währungsumrechnung	Sonstige Vergütung	Steuern	Bewertungsanpassungen insgesamt	
(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)		
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	298	6.869
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	160	12.123
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	16.553
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	53.364
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
44	-	1.907	-	-	-	- 357	-	15	-	24.497	1.027.535
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	263	- 564	-	-	-	-	-	1	-	9.513	33.055
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	- 5	-	- 53	4.554
-	- 2	2.094	-	-	-	-	-	- 1	- 67	14.338	165.411
-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	44	3.228
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	8.341
-	-	- 595	- 74	-	- 909	-	-	-	-	- 253	112.148
-	-	-	-	-	-	-	-	-	741	860	6.250
44	261	2.842	- 74	-	- 909	- 357	-	11	674	49.405	1.449.431
-	-	4.849	-	-	-	-	-	-	-	4.281	383.979
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	86.699
-	-	- 161	-	-	-	-	-	-	-	- 160	24.010
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	- 407	-	-	-	- 220	-	-	-	14.688	646.353
-	-	- 106	-	-	-	-	-	-	-	23.108	43.677
- 3	-	204	- 136	50	133	-	-	6	-	1.281	113.482
-	2	-	-	-	-	-	-	-	-	- 3	2.333
-	-	-	-	-	-	-	- 36	-	- 460	- 269	6.624
-	-	- 1.499	-	-	-	- 1	-	-	-	2.171	104.606
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4.627	3.921
-	-	-	-	-	-	943	-	-	-	943	4.449
- 3	2	2.880	- 136	50	133	722	- 36	6	- 460	50.667	1.420.133
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.420
-	-	-	-	493	-	- 94	-	-	272	671	14.464
47	- 2	- 39	62	- 543	- 1.056	- 41	- 1.344	6	- 1.281	- 4.772	17.856
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	- 3.368
-	-	-	-	-	-	- 943	-	-	-	- 943	- 4.449
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	261	-	-	-	14	-	1.380	- 1	2.143	3.782	2.751
47	259	- 39	62	- 50	- 1.042	- 1.078	36	5	1.133	- 1.262	28.674
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	624
47	259	- 39	62	- 50	- 1.042	- 1.078	36	5	1.133	- 1.262	29.298
44	261	2.842	- 74	-	- 909	- 357	-	11	674	49.405	1.449.431

Konzernbilanz	US GAAP	Brutto- darstellung	Reklassi- fizierung	Bewertungsanpassungen					
				Kon- solidierung	Kosten der Kreditver- gabe	Fair Value Option	Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligun- gen	Definition von deriva- tiven Finanz- instrumen- ten	Hedge Accounting
in Mio €				(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(P)
Bestand per 31. Dezember 2006									
Barreserve	7.009	- 4	-	3	-	-	-	-	-
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	19.470	-	-	- 279	-	-	-	-	-
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapier- pensionsgeschäften (Reverse Repos)	138.763	34.342	- 159.532	-	-	-	-	-	-
Forderungen aus Wertpapierleihen	108.266	16.897	- 62.220	-	-	-	-	-	-
Handelsaktiva	516.839	-	- 516.839	-	-	-	-	-	-
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	-	300.752	778.513	25.590	-	- 113	- 10	89	-
Wertpapiere „Available for Sale“	22.054	-	- 22.054	-	-	-	-	-	-
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	-	-	28.263	9.355	-	-	89	-	-
Sonstige Finanzanlagen	5.357	-	- 5.357	-	-	-	-	-	-
Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	-	-	2.627	- 85	-	-	- 1	-	-
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	168.134	-	- 7.383	16.786	- 292	-	-	-	-
Sachanlagen	4.149	- 67	- 886	45	-	-	-	-	-
Goodwill	7.144	-	- 7.144	-	-	-	-	-	-
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	1.267	-	- 1.267	-	-	-	-	-	-
Immaterielle Vermögenswerte	-	50	8.561	1	-	-	-	-	-
Sonstige Aktiva	127.778	53.499	- 41.033	536	- 10	-	-	5	-
Steuerforderungen	-	-	5.751	83	-	-	-	-	-
Summe der Aktiva	1.126.230	405.468	-	52.035	- 301	- 113	78	94	-
Einlagen	408.782	-	- 1.252	- 898	-	-	-	-	-
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	187.129	51.239	- 136.167	-	-	-	-	-	-
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	23.240	-	- 669	-	-	-	-	-	-
Handelspassiva	218.854	-	- 218.854	-	-	-	-	-	-
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	-	300.834	382.803	12.397	-	139	-	34	-
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	19.793	-	172	28.566	-	-	-	-	-
Sonstige Verbindlichkeiten	99.672	53.395	- 9.888	626	- 6	2	-	-	-
Rückstellungen	-	-	1.768	- 1	-	- 3	-	-	-
Steuerverbindlichkeiten	-	-	6.646	158	-	-	-	-	-
Langfristige Verbindlichkeiten	132.495	-	- 24.972	6.114	-	-	-	-	- 55
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	-	-	- 304	5.075	-	-	-	-	-
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	3.457	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe der Verbindlichkeiten	1.093.422	405.468	- 717	52.038	- 6	138	-	34	- 55
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	1.343	-	-	-	-	-	-	-	-
Kapitalrücklage	14.424	-	-	-	-	-	-	-	-
Gewinnrücklagen	25.069	-	-	- 86	- 295	- 250	- 14	61	55
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	- 2.378	-	-	-	-	-	-	-	-
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	- 3.457	-	-	-	-	-	-	-	-
Kumulierter übriger umfassender Periodenerfolg	- 2.193	-	2.193	-	-	-	-	-	-
Nicht in der Gewinn-und-Verlust- Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste(-), nach Steuern	-	-	- 2.193	84	-	- 1	92	-	-
Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Eigenkapital	32.808	-	-	- 2	- 295	- 251	78	61	55
Minderheitsanteile	-	-	717	-	-	-	-	-	-
Eigenkapital einschließlich Minderheitsanteile	32.808	-	717	- 2	- 295	- 251	78	61	55
Summe der Passiva	1.126.230	405.468	-	52.035	- 301	- 113	78	94	-

nach Bilanzierungsthemen											IFRS
Reklassifizierung von zum Verkauf bestimmten Forderungen aus dem Kreditgeschäft in die Handelsaktiva	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Ausbuchung finanzieller Vermögenswerte	Immobilien & Leasing	Aktienbasierte Vergütung	Pensionen	Derivate auf Deutsche Bank-Aktien	Währungs-umrechnung	Sonstige	Steuern	Bewertungsanpassungen insgesamt	
(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)		
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	7.008
-	-	-	-	-	-	-	-	7	-	-271	19.199
-	-	692	-	-	-	-	-	-	-	692	14.265
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	62.943
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-2	-	52	-	-	-	-225	-	3	-	25.385	1.104.650
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	331	-	-	-	-	-	-	-	-	9.775	38.037
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-86	2.541
-3	-1	1.342	-	-	-	-	-	-10	-50	17.773	178.524
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	45	3.241
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	8.612
-10	-	-1.582	-80	-	-82	-	-	-	-	-1.224	139.021
-	-	-	-	-	-	-	-	-	618	701	6.452
-14	330	504	-80	-	-82	-225	-	-	568	52.795	1.584.493
-	-	5.283	-	-	-	-	-	-	-	4.386	411.916
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-1	102.200
-	-	-1.396	-	-	-	-	-	-	-	-1.397	21.174
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-1.379	-	-	-	-209	-	-	-	10.981	694.619
-	-	-98	-	-	-	-	-	-	-	28.468	48.433
-9	-	335	-125	36	86	-	-	6	1	951	144.129
-	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.768
-	-	-	-	-	-	-	-36	-	-450	-328	6.318
-	-	-2.220	-	-	-	-	-	-	-	3.841	111.363
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5.075	4.771
-	-	-	-	-	-	870	-	-	-	870	4.327
-9	3	525	-125	36	86	660	-36	6	-449	52.846	1.551.018
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.343
-	-	-	-	344	-	-4	-	-	482	822	15.246
-3	-56	-20	45	-380	-966	-32	-1.328	-5	-1.343	-4.618	20.451
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-2.378
-	-	-	-	-	-	-850	-	-	-	-850	-4.307
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-3	383	-	-	-	798	-	1.364	-1	1.878	4.595	2.403
-6	327	-20	45	-36	-168	-886	36	-6	1.017	-51	32.758
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	717
-6	327	-20	45	-36	-168	-886	36	-6	1.017	-51	33.475
-14	330	504	-80	-	-82	-225	-	-	568	52.795	1.584.493

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Deutsche Bank Aktiengesellschaft aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen, Kapitalflussrechnung und Anhang (Notes) – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben. Ergänzend wurden wir beauftragt zu beurteilen, ob der Konzernabschluss auch den IFRS insgesamt entspricht.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung sowie unter ergänzender Beachtung der Standards des Public Company Accounting Oversight Board (United States) vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften sowie den IFRS insgesamt und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 10. März 2008

KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Becker
Wirtschaftsprüfer



Bose
Wirtschaftsprüfer

[Diese Seite bleibt aus technischen Gründen frei.]

[Diese Seite bleibt aus technischen Gründen frei.]

**Geprüfter Konzernabschluss (US-GAAP) der
Deutsche Bank Aktiengesellschaft für das zum
31. Dezember 2006 endende Geschäftsjahr**

Einbezogen in Form eines Verweises auf das Registrierungsformular der Deutsche Bank AG vom 29. April 2008, Seiten F-385 bis F-482 (siehe dazu „Einbeziehung von Angaben in Form eines Verweises“).

[Diese Seite bleibt aus technischen Gründen frei.]

**Geprüfter Jahresabschluss 2008 (HGB) der
Deutsche Bank Aktiengesellschaft für das zum
31. Dezember 2008 endende Geschäftsjahr**

Bilanz

Aktivseite in Mio €			31.12.2008	31.12.2007
Barreserve				
a) Kassenbestand			18	20
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			29.851	11.619
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	24.594			(9.238)
			29.869	11.639
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			1.006	2.675
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	238			(1.494)
b) Wechsel			1	433
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-			(0)
			1.007	3.108
Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig			120.673	108.188
b) andere Forderungen			121.195	149.193
darunter: durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte	37.916			257.381
			241.868	(79.892)
Forderungen an Kunden			405.850	588.926
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	3.878			(2.564)
Kommunalkredite	8.105			(5.816)
durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte	70.176			(158.377)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		2.248		1.006
ab) von anderen Emittenten		7.120		7.830
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	9			(78)
		9.368		8.836
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		34.541		87.709
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	10.385			(40.937)
bb) von anderen Emittenten		93.984		130.908
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	31.638			(20.218)
		128.525		218.617
c) Eigene Schuldverschreibungen		3.358		2.970
Nennbetrag	3.785			3.090
			141.251	230.423
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			68.468	127.892
Beteiligungen			2.964	870
darunter: an Kreditinstituten	502			(224)
an Finanzdienstleistungsinstituten	112			(67)
Anteile an verbundenen Unternehmen			37.071	38.323
darunter: an Kreditinstituten	6.106			(6.035)
an Finanzdienstleistungsinstituten	1.495			(1.417)
Treuhandvermögen			757	1.034
darunter: Treuhandkredite	291			(334)
Immaterielle Anlagewerte			406	530
Sachanlagen			892	911
Eigene Aktien (rechnerischer Wert 21 Mio €)			227	2.610
Sonstige Vermögensgegenstände			1.317.648	525.503
Steuerabgrenzungsposten			1.477	899
Rechnungsabgrenzungsposten			910	627
Summe der Aktiva			2.250.665	1.790.676

Passivseite in Mio €				31.12.2008	31.12.2007
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			199.235		286.102
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			168.458		209.430
				367.693	495.532
darunter:					
durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte	20.234				(85.371)
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		3.402			2.953
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		4.936			2.185
			8.338		5.138
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		225.899			258.296
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		142.643			256.905
			368.542		515.201
				376.880	520.339
darunter:					
durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte	33.433				(98.844)
Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			54.974		33.374
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			125.709		155.751
				180.683	189.125
darunter:					
Geldmarktpapiere	9.514				(26.550)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	169				(3.768)
Treuhandverbindlichkeiten				757	1.034
darunter: Treuhandkredite	291				(334)
Sonstige Verbindlichkeiten				1.276.950	531.348
Rechnungsabgrenzungsposten				968	520
Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			3.190		3.105
b) Steuerrückstellungen			1.162		2.297
c) andere Rückstellungen			4.402		6.936
				8.754	12.338
Nachrangige Verbindlichkeiten				17.038	13.784
Fonds für allgemeine Bankrisiken				-	3.475
Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital			1.461		1.358
bedingtes Kapital 154 Mio € (31.12.2007: 156 Mio €)					
b) Kapitalrücklage			15.091		12.973
c) Gewinnrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		13			13
cb) Rücklage für eigene Anteile		227			2.610
cc) andere Gewinnrücklagen		3.840			3.840
			4.080		6.463
d) Bilanzgewinn			310		2.387
				20.942	23.181
Summe der Passiva				2.250.665	1.790.676
Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			0		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen (im Übrigen siehe Seite 48)			52.836		52.434
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			55		101
				52.891	52.535
Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			113.321		134.825
				113.321	134.825

Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Aufwendungen in Mio €			2008	2007
Zinsaufwendungen			34.153	36.925
Provisionsaufwendungen			1.530	1.689
Nettoaufwand aus Finanzgeschäften			6.201	–
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	3.743			5.764
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	958			1.278
		4.701		7.042
darunter: für Altersversorgung	419			(451)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		4.459		4.695
			9.160	11.737
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			257	226
Sonstige betriebliche Aufwendungen			1.941	1.849
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			2.938	453
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			1.551	582
Aufwendungen aus Verlustübernahme			0	140
Außerordentliche Aufwendungen			–	2
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			– 1.387	1.835
Sonstige Steuern, soweit nicht unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen			75	62
Jahresüberschuss			–	2.757
Summe der Aufwendungen			56.419	58.257

			2008	2007
Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss			– 2.185	2.757
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			113	94
			– 2.072	2.851
Entnahme aus Gewinnrücklagen				
– aus der Rücklage für eigene Anteile	2.382			–
– aus anderen Gewinnrücklagen	–			–
			2.382	–
Einstellungen in Gewinnrücklagen				
– in die Rücklage für eigene Anteile	–			244
– in andere Gewinnrücklagen	–			220
			–	464
Bilanzgewinn			310	2.387

Erträge in Mio €		2008	2007
Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	29.517		32.504
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	5.638		6.337
		35.155	38.841
Laufende Erträge aus			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	2.616		4.067
b) Beteiligungen	121		22
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	2.165		530
		4.902	4.619
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen		2.218	1.369
Provisionserträge		6.361	7.355
Nettoertrag aus Finanzgeschäften		–	5.438
Sonstige betriebliche Erträge		2.123	627
Erträge aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken		3.475	–
Außerordentliche Erträge		–	8
Jahresfehlbetrag		2.185	–
Summe der Erträge		56.419	58.257

Anhang

Der Jahresabschluss der Deutschen Bank AG für das Geschäftsjahr 2008 ist nach den Vorschriften des Bankbilanzrichtliniengesetzes (§§ 340 ff. HGB, RechKredV) aufgestellt worden; aktienrechtliche Vorschriften wurden beachtet. Zum Zweck der Übersichtlichkeit sind die Werte in Millionen € ausgewiesen.

Zur besseren Vergleichbarkeit wurden Vorjahreszahlen in den Positionen laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren und dem Nettoertrag aus Finanzgeschäften ohne Einfluss auf das Betriebsergebnis angepasst. Der Reduzierung der laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren um 3.031 Mio€ steht eine Erhöhung des Nettoertrags aus Finanzgeschäften in gleicher Höhe gegenüber. Darüber hinaus wurden Vorjahreszahlen in den Positionen sonstige Vermögensgegenstände und sonstige Verbindlichkeiten in Höhe von 96.092 Mio€ wegen zusätzlicher Aufrechnungen von Finanzinstrumenten angepasst.

Grundlagen und Methoden

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze für:

Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind grundsätzlich mit dem Nominalbetrag oder den Anschaffungskosten ausgewiesen. Erforderliche Wertberichtigungen werden gekürzt. Zur Veräußerung bestimmte Forderungen aus dem Kreditgeschäft werden zum niedrigeren Wert aus Buch- oder Marktwert ausgewiesen. In Handelsportfolios enthaltene Forderungen werden, wie im separaten Abschnitt Handelsaktivitäten beschrieben, bewertet.

Wertpapiere

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind, sofern sie zu Handelszwecken gehalten werden, mit ihrem Marktwert angesetzt. Die Bewertung der Handelsaktivitäten ist gesondert beschrieben.

Bestimmte Bestände an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, die dauerhaft gehalten werden sollen, sind als Finanzanlagen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip entsprechend § 253 Absatz 1 und 2 HGB bilanziert. Dies bedeutet, dass die betreffenden Wertpapiere zu Anschaffungskosten abzüglich voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen ausgewiesen sind.

Falls Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere weder dazu bestimmt sind, dauerhaft dem Geschäftsbetrieb zu dienen, noch dem Handelsbestand zugeordnet sind, sind sie als Umlaufvermögen nach dem strengen Niederstwertprinzip gemäß § 253 Absatz 1 und 3 HGB mit ihren Anschaffungskosten beziehungsweise mit den niedrigeren Börsenwerten oder den niedrigeren beizulegenden Werten bilanziert. Dasselbe gilt für Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die, wenn sie nicht Teil des Handelsbestands sind, grundsätzlich wie Umlaufvermögen zu bewerten sind.

Eingebettete Derivate

Einige hybride Verträge enthalten sowohl eine derivative als auch eine nicht derivative Komponente. In diesen Fällen wird die derivative Komponente als eingebettetes Derivat und die nicht derivative Komponente als Basisvertrag bezeichnet. Sind die wirtschaftlichen Merkmale und die Risiken eingebetteter Derivate nicht eng mit denjenigen des Basisvertrags verknüpft und wird der betreffende hybride Vertrag nicht als zum Fair Value bewertet erfasst, wird das eingebettete Derivat vom Basisvertrag getrennt. Wertänderungen, soweit sie zu Vereinnahmen sind, werden im Nettoertrag beziehungsweise Nettoaufwand aus Finanzgeschäften ausgewiesen. Der Basisvertrag wird zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Handelsaktivitäten

Die Handelsportfolios werden seit dem Geschäftsjahr 2005 nach dem risikoadjustierten Marktwertansatz bewertet, dessen Ausgangspunkt die Marktwerte (Fair Values) der Finanzinstrumente des Handelsbestands sind. Im Rahmen der Bewertung von Finanzinstrumenten zum Fair Value werden Wertanpassungen für Close-out-Kosten, Liquiditätsrisiken und Kontrahentenrisiken berücksichtigt. Die positiven und negativen Marktwerte von derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbereichs sind unter den sonstigen Vermögensgegenständen und sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen. Um etwaig verbliebenen Realisationsrisiken Rechnung zu tragen, wird das aus der Marktbewertung resultierende Ergebnis um einen Value-at-Risk-Abschlag reduziert, der unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen wird. Der Berechnung des Value-at-Risk-Abschlags liegen eine Haltedauer von zehn Tagen und ein Konfidenzniveau von 99 % zugrunde.

Der Fair Value ist definiert als der Preis, zu dem ein Finanzinstrument im Rahmen einer Transaktion zwischen sachverständigen und vertragswilligen Geschäftspartnern (ausgenommen im Rahmen eines Zwangsverkaufs oder einer Notabwicklung) zum jetzigen Zeitpunkt ausgetauscht werden könnte. Sofern verfügbar, basiert der Fair Value auf beobachtbaren Börsenpreisen oder wird aus beobachtbaren Preisen oder Parametern abgeleitet. Die Verfügbarkeit beobachtbarer Daten variiert je nach Produkt und Markt und kann sich im Zeitablauf ändern. Sind keine beobachtbaren Börsenkurse oder Informationen vorhanden, wird der Fair Value anhand von Bewertungsmodellen, die für das jeweilige Instrument angemessen sind, ermittelt.

Wenn der Fair Value mithilfe von Modellen ermittelt oder aus beobachtbaren Preisen oder Parametern abgeleitet wird, sind in erheblichem Umfang Einschätzungen erforderlich. Diese sind mit Unsicherheiten verbunden und können Änderungen unterliegen, sodass die tatsächlichen Ergebnisse von diesen Einschätzungen abweichen können.

Umwidmungen

Für die Zuordnung von Forderungen und Wertpapieren zu den Handelsaktivitäten, zur Liquiditätsreserve oder zu den wie Anlagevermögen bewerteten Vermögensgegenständen ist jeweils die Zweckbestimmung im Erwerbszeitpunkt maßgebend (§ 247 Absatz 1 und 2 HGB). Eine Umwidmung zwischen den genannten Kategorien wird vorgenommen, wenn sich die vom Management festgelegte Zweckbestimmung seit deren erstmaligem Ansatz geändert hat und dies dokumentiert ist. Die Umwidmung der Forderungen beziehungsweise Wertpapiere erfolgte zum Zeitpunkt der Änderung der Zweckbestimmung.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sowie Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden seit 2006 mit ihren Anschaffungskosten oder unter Ausnutzung des Wahlrechts gemäß § 253 HGB mit dem niedrigeren Zeitwert angesetzt. Sowohl bei den Wertpapieren als auch bei den Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen werden Zuschreibungen nach dem Wertaufholungsgebot (§ 280 HGB) vorgenommen. Von der gemäß § 340c Absatz 2 HGB zulässigen Aufrechnung wurde Gebrauch gemacht.

Sachanlagen sowie entgeltlich erworbene immaterielle Anlagewerte werden mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten, gegebenenfalls vermindert um planmäßige Abschreibungen, bilanziert. Bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Rückzahlungs- beziehungsweise Nominalbetrag bewertet. Abgezinst begebene Schuldverschreibungen und ähnliche Verbindlichkeiten werden mit dem Barwert ausgewiesen.

Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind gemäß versicherungsmathematischen Grundsätzen angesetzt; im Inland werden Pensionsrückstellungen nach dem Teilwertverfahren gemäß § 6a Einkommensteuergesetz unter Verwendung eines Rechnungszinssatzes von 6 % ermittelt.

Für fondsbezogene Kapitalkontenpläne, die aus den Beiträgen für die Mitarbeiter aufgebaut werden, werden die Pensionsrückstellungen mit der Summe aus dem Zeitwert des Fondsvermögens aus den Beiträgen für die Mitarbeiter und dem Barwert der Risikozusatzleistung angesetzt. Falls dieser Wert niedriger ist als der Teilwert nach § 6a Einkommensteuergesetz, wird die Rückstellung auf den Teilwert angehoben.

Steuerrückstellungen und andere Rückstellungen, bei denen es sich entweder um Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten oder für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften handelt, sind in Übereinstimmung mit § 253 Absatz 1 HGB gemäß den Grundsätzen vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gebildet.

Risikovorsorge

Die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft umfasst Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle erkennbaren Bonitäts- und Länderrisiken, für latente Ausfallrisiken und die Vorsorge für allgemeine Bankrisiken. Für Bonitätsrisiken werden nach vorsichtigen Maßstäben Vorsorgen in Höhe des erwarteten Ausfalls gebildet.

Das Transferrisiko für Kredite an Kreditnehmer in ausländischen Staaten (Länderrisiko) wird auf der Basis eines Ratingsystems, das die wirtschaftliche, politische und regionale Situation berücksichtigt, bewertet. Für grenzüberschreitende Engagements gegenüber bestimmten Staaten werden nach vorsichtigen Maßstäben Vorsorgen gebildet.

Dem latentem Kreditrisiko wird in Form der Pauschalwertberichtigung nach handelsrechtlichen Grundsätzen Rechnung getragen. Außerdem besteht eine Vorsorge für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340f HGB. Das Wahlrecht zur Aufrechnung gemäß § 340f Absatz 3 HGB wurde in Anspruch genommen.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung folgt den in § 340h HGB vorgegebenen Grundsätzen.

Auf fremde Währungen lautende und wie Anlagevermögen behandelte Vermögensgegenstände, die nicht in derselben Währung besonders gedeckt sind, werden zu historischen Anschaffungskosten angesetzt. Andere auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden sowie noch nicht abgewickelte Kassageschäfte sind zum Kassa-Mittelkurs des Bilanzstichtags umgerechnet, Devisentermingeschäfte zum Terminkurs am Bilanzstichtag.

Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung wurden entsprechend § 340h Absatz 2 HGB in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigt.

Die Posten der Bilanz sowie die Posten der Gewinn-und-Verlust-Rechnung von Auslandsfilialen sind zu Mittelkursen des jeweiligen Bilanzstichtags in Euro umgerechnet (Stichtagsmethode). Kursdifferenzen aus der Währungsumrechnung von Bilanzposten innerhalb der Bank werden – mit Ausnahme von Währungskursverlusten aus der Umrechnung des unseren Auslandsfilialen zur Verfügung gestellten Dotationskapitals (einschließlich Ergebnisvorträgen) – erfolgsneutral den sonstigen Vermögensgegenständen beziehungsweise sonstigen Verbindlichkeiten zugeordnet.

Erläuterungen zur Bilanz

Umwidmungen

Im Geschäftsjahr wurden zum einen Forderungen an Kunden aus dem Handelsbestand und aus der Kategorie zur Veräußerung bestimmt in den Bestand der zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Forderungen umgewidmet. Zum anderen wurden Schuldverschreibungen aus dem Handelsbestand oder der Liquiditätsreserve in das Anlagevermögen umgliedert und damit wie Anlagevermögen bewertet. Der Substanzwert der Vermögensgegenstände überstieg zum Umwidmungszeitpunkt den geschätzten Fair Value.

Die Umwidmung erfolgte, da für diese Vermögensgegenstände bei stark verringerter Liquidität auf den entsprechenden Märkten keine kurzfristige Verkaufs- oder Handelsabsicht mehr bestand. Umgliederungen wurden mit dem niedrigeren Zeitwert am Umwidmungsstichtag vorgenommen.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Buchwerte und Fair Values der umgewidmeten Vermögensgegenstände:

in Mio €	Buchwerte zum Umwidmungs- zeitpunkt	31.12.2008	
		Buchwerte	Fair Value
Forderungen an Kunden	14.207	13.802	12.375
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere – Handel	3.263	3.020	2.580
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere – Liquiditätsreserve	1.016	973	842
Summe der umgewidmeten Vermögensgegenstände	18.486	17.795	15.797

Wertpapiere

Aufgliederung der in nachstehenden Bilanzpositionen enthaltenen börsenfähigen Wertpapiere:

in Mio €	börsennotiert		nicht börsennotiert	
	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	103.894	198.974	37.357	31.449
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	55.655	107.037	7.055	13.270
Beteiligungen	452	181	0	76
Anteile an verbundenen Unternehmen	–	–	203	115

Die Bilanzposition Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (68.468 Mio €) enthält an einen unabhängigen Vermögenstreuhänder übertragene Fondsanteile in Höhe von 3.441 Mio € (31.12.2007: 3.489 Mio €), die ausschließlich für die Erfüllung von Pensionsverpflichtungen gegenüber Mitarbeitern und Pensionären in Deutschland sowie für die Erfüllung von Altersteilzeitverpflichtungen verwendet werden dürfen.

In der Bilanzposition Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind zu Handelszwecken gehaltene und zu Marktwerten angesetzte Wertpapiere in Höhe von 105.705 Mio € (31.12.2007: 226.186 Mio €) enthalten. In der Bilanzposition Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind zu Handelszwecken gehaltene und zu Marktwerten angesetzte Wertpapiere in Höhe von 64.268 Mio € (31.12.2007: 123.700 Mio €) aufgeführt.

Die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere des Anlagevermögens sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert, der beizulegende Zeitwert betrug zum Bilanzstichtag 4.475 Mio €. Die Vermögensgegenstände werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert, da der beizulegende Zeitwert den inneren Wert der Position aufgrund der mangelnden Liquidität in den Finanzmärkten momentan nicht wiedergibt und dieser innere Wert bei einer längeren Haltedauer realisiert werden kann.

Sofern verfügbar, wird der beizulegende Wert aus beobachtbaren Preisen oder Parametern abgeleitet. Sind keine beobachtbaren Börsenkurse oder Informationen verfügbar, wird der beizulegende Zeitwert anhand von Bewertungsmodellen ermittelt, die für das jeweilige Instrument angemessen sind. In einem Fall wurden die seit Auflegung des Geschäfts erfolgten Veränderungen im Liquiditätsspread aufgrund der langfristigen Halteabsicht und des Kreditspreads aufgrund der bereits erfolgten Berücksichtigung des Kreditrisikos in der Risikovorsorge nicht herangezogen.

Anlagevermögen

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung des Anlagevermögens:

in Mio €	Anschaffungs-/ Herstellungskosten			Abschreibungen und Wertberichtigungen			Buchwert	
	Stand 1.1.2008	Zugänge	Abgänge	kumuliert	davon lfd. Jahr	davon Abgänge	Stand 31.12.2008	Stand 31.12.2007
Immaterielle Anlagewerte	725	54	5	368	90	3	406	530
Sachanlagen	2.001	240	118	1.231	167	85	892	911
Grundstücke und Gebäude	268	1	1	30	12	1	238	253
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.733	239	117	1.201	155	84	654	658
Leasinganlagen	0	–	0	–	0	–	–	0
		Veränderung						
Beteiligungen			+ 2.094				2.964	870
Anteile an verbundenen Unternehmen			– 1.252				37.071	38.323
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			+ 4.941				4.941	–
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			– 82				74	156

Von der nach § 34 Absatz 3 RechKredV möglichen Zusammenfassung für Finanzanlagen wurde Gebrauch gemacht. Wechselkursveränderungen, die sich aufgrund der Währungsumrechnung zu Stichtagskursen bei Auslandsfilialen ergaben, wurden bei den Anschaffungs-/Herstellungskosten (Stand: 1.1.2008) sowie bei den kumulierten Abschreibungen und Wertberichtigungen berücksichtigt. Grundstücke und Gebäude mit einem Buchwert von insgesamt 230 Mio € wurden im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzt.

Nachrangige Vermögensgegenstände

In den nachstehenden Positionen enthaltene nachrangige Vermögensgegenstände:

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Forderungen an Kreditinstitute	1.210	1.249
Forderungen an Kunden	997	1.126
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.360	7.127
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	1

Immaterielle Anlagewerte

Die unter den immateriellen Anlagewerten ausgewiesenen Firmenwerte werden über die erwartete Nutzungsdauer von fünf bis 15 Jahren abgeschrieben. Als immaterieller Vermögensgegenstand klassifizierte Software wird entsprechend ihrer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten im Wesentlichen positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die zu Handelszwecken gehalten werden, in Höhe von 1.298.807 Mio € (31.12.2007: 513.887 Mio €). Darüber hinaus werden nachschüssige Zahlungen aus Swapgeschäften, Edelmetallbestände, Schecks und fällige Schuldverschreibungen sowie Steuererstattungsansprüche an Finanzämter unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen.

Steuerabgrenzungsposten

Der aktive Steuerabgrenzungsposten gemäß § 274 Absatz 2 HGB beträgt 1.476,5 Mio €. Er entspricht der zukünftigen Steuerentlastung aus der Umkehrung der Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen und den steuerrechtlichen Ergebnissen unter Anwendung der landesspezifischen Ertragsteuersätze.

Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten im Wesentlichen negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die zu Handelszwecken gehalten werden, in Höhe von 1.257.785 Mio € (31.12.2007: 523.418 Mio €). Darüber hinaus werden der Value-at-Risk-Abschlag sowie abgegrenzte und noch nicht fällige Zinsen für nachrangige Verbindlichkeiten und der passivische Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung ausgewiesen.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Für die nachrangigen Mittelaufnahmen besteht in keinem Fall eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung durch die Deutsche Bank AG. Im Fall der Liquidation oder der Insolvenz gehen die Forderungen und Zinsansprüche aus diesen Verbindlichkeiten den Forderungen aller Gläubiger der Deutschen Bank AG, die nicht ebenfalls nachrangig sind, nach. Diese Bedingungen treffen auch für die nicht einzeln aufgeführten nachrangigen Mittelaufnahmen zu.

Die Zinsaufwendungen für die gesamten nachrangigen Verbindlichkeiten betragen 853 Mio €. Hierin enthaltene abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 305 Mio € sind unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Wesentliche nachrangige Verbindlichkeiten:

Währung	Betrag	Emittent/Art	Zinssatz	Fälligkeit
€	1.100.000.000	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2003	5,13 %	31.1.2013
€	1.000.000.000	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2004	3,88 %	16.1.2014
€	750.000.000	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2005	3,33 %	22.9.2015
€	500.000.000	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2004	3,43 %	20.9.2016
€	500.000.000	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2005	3,63 %	9.3.2017
€	1.000.000.000	Deutsche Bank AG, Namensschuldverschreibung von 2003 (von der DB Capital Funding LLC IV, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse)	5,33 %	19.9.2023
€	300.000.000	Deutsche Bank AG, Namensschuldverschreibung von 2003 (von der DB Capital Funding LLC V, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse)	6,15 %	2.12.2033
€	900.000.000	Deutsche Bank AG, Namensschuldverschreibung von 2005 (von der DB Capital Funding LLC VI, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse)	4,94 %	28.1.2035
€	300.000.000	Deutsche Bank AG, Namensschuldverschreibung von 2005 (von der DB Capital Funding LLC I, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse)	4,71 %	27.6.2035
€	1.000.001.000	von der DB Contingent Capital LLC IV, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	8,00 %	unbefristet
GBP	225.000.000	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2004	5,25 %	15.12.2015
US-\$	318.000.000	von der DB Capital LLC I, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	7,06 %	30.3.2009
US-\$	550.000.000	von der Deutschen Bank Financial Inc., Dover/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	7,50 %	25.4.2009
US-\$	250.000.000	Deutsche Bank AG (in 2005 übernommen von der Deutschen Bank Finance N.V., Curaçao/Niederl. Antillen, ehemals durchgeleitete Anleiheerlöse)	3,79 %	30.4.2009
US-\$	650.000.000	von der DB Capital Funding LLC I, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	7,87 %	30.6.2009
US-\$	225.000.000	von der DB Capital LLC V, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	7,16 %	30.6.2010
US-\$	1.150.000.000	von der DB Capital Funding LLC IX, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	6,63 %	20.8.2012
US-\$	350.000.000	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2004	2,45 %	17.2.2015
US-\$	800.000.000	von der Deutschen Bank Financial Inc., Dover/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	5,38 %	2.3.2015
US-\$	800.000.000	Deutsche Bank AG, Namensschuldverschreibung von 2006 (von der DB Capital Funding LLC VII, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse)	5,63 %	19.1.2016
US-\$	600.000.000	Deutsche Bank AG, Namensschuldverschreibung von 2006 (von der DB Capital Funding LLC VIII, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse)	6,38 %	unbefristet
US-\$	800.000.000	von der DB Contingent Capital LLC II, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	6,55 %	unbefristet
US-\$	805.000.000	von der DB Capital Funding LLC X, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	7,35 %	unbefristet
US-\$	1.265.000.000	von der DB Contingent Capital LLC V, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	8,05 %	unbefristet
US-\$	1.975.000.000	von der DB Contingent Capital LLC III, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	7,60 %	unbefristet

Eigene Aktien

Verteilt über das Jahr 2008 hat die Bank beziehungsweise haben mit ihr verbundene Unternehmen für Handelszwecke 368.349.606 Deutsche Bank-Aktien zu den jeweiligen Tageskursen erworben und 368.390.824 Deutsche Bank-Aktien zu den jeweiligen Tageskursen veräußert. Der Erwerb Eigener Aktien stützte sich auf die von den Hauptversammlungen am 24. Mai 2007 sowie am 29. Mai 2008 erteilten Ermächtigungen gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG, deren Schranken bei jedem Kauf- und Verkaufsvorgang eingehalten wurden. Die Ermächtigung vom 24. Mai 2007 wurde mit Wirksamwerden der Ermächtigung vom 29. Mai 2008 aufgehoben. Der durchschnittliche Kaufpreis betrug 58,74 €, der durchschnittliche Verkaufspreis 58,55 € je Stückaktie. Der Verlust ging in das Betriebsergebnis ein.

Die im Verlauf von 2008 insgesamt für Handelszwecke umgesetzten Eigenen Aktien entsprechen rund 65 % des Grundkapitals. Der höchste Tagesbestand belief sich auf 1,00 %, der tägliche Durchschnittsbestand auf 0,10 % des Grundkapitals.

Die Bank wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 29. Mai 2008 ermächtigt, bis zum 31. Oktober 2009 Eigene Aktien bis zu 10 von Hundert des Grundkapitals gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG zu erwerben. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen Eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen; die Einhaltung dieser Grenzen wurde zeitnah überwacht. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Der Gegenwert für den Erwerb der Aktien darf bei Erwerb über die Börse den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutschen Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem das Xetra-System ersetzenden vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor der Verpflichtung zum Erwerb nicht um mehr als 10 % über- und nicht um mehr als 20 % unterschreiten. Bei einem öffentlichen Kaufangebot darf er den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutschen Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem das Xetra-System ersetzenden vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor dem Tag der Veröffentlichung des Angebots um nicht mehr als 10 % unterschreiten und um nicht mehr als 15 % überschreiten. Sollte bei einem öffentlichen Kaufangebot das Volumen der angebotenen Aktien das vorgesehene Rückkaufvolumen überschreiten, muss die Annahme im Verhältnis der jeweils angebotenen Aktien erfolgen. Eine bevorrechtigte Annahme geringer Stückzahlen bis zu 50 Stück zum Erwerb angebotener Aktien der Bank je Aktionär kann vorgesehen werden.

Der Vorstand wurde ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats eine Veräußerung der erworbenen Aktien in anderer Weise als über die Börse oder durch Angebot an alle Aktionäre vorzunehmen, soweit dies gegen Sachleistung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu dem Zweck erfolgt, Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen zu erwerben. Darüber hinaus wurde der Vorstand ermächtigt, bei einer Veräußerung erworbener Eigener Aktien durch Angebot an alle Aktionäre den Inhabern der von der Bank ausgegebenen Optionsscheine, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ein Bezugsrecht auf die Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- beziehungsweise Wandelrechts zustehen würde. Für diese Fälle und in diesem Umfang wird das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen. Der Vorstand wurde weiter ermächtigt, das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, soweit die Aktien dazu verwendet werden, sie als Belegschaftsaktien an Mitarbeiter und Pensionäre der Bank und mit ihr verbundener Unternehmen auszugeben, oder soweit sie zur Bedienung

von Mitarbeitern der Bank und mit ihr verbundener Unternehmen eingeräumten Optionsrechten beziehungsweise Erwerbsrechten oder Erwerbspflichten auf Aktien der Bank verwendet werden sollen.

Darüber hinaus wurde der Vorstand ermächtigt, die Aktien unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre an Dritte gegen Barzahlung zu veräußern, wenn der Kaufpreis den Börsenpreis der Aktien zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet. Von dieser Ermächtigung darf nur Gebrauch gemacht werden, wenn sichergestellt ist, dass die Zahl der aufgrund dieser Ermächtigung veräußerten Aktien zusammen mit Aktien, die aus genehmigtem Kapital unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre nach § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden, 10 % des bei der Ausgabe beziehungsweise der Veräußerung von Aktien vorhandenen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigt.

Der Vorstand wurde weiter ermächtigt, aufgrund dieser Ermächtigung erworbene Aktien einzuziehen, ohne dass die Durchführung der Einziehung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Die durch die Hauptversammlung am 24. Mai 2007 erteilte und bis zum 31. Oktober 2008 befristete Ermächtigung zum Erwerb Eigener Aktien wurde ab Wirksamwerden der Ermächtigung vom 29. Mai 2008 aufgehoben.

Am Jahresende 2008 hatte die Deutsche Bank AG 43.007 Stück Eigene Aktien gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG im Bestand. Dies entspricht 0,01 % des Grundkapitals. Der Bestand gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG belief sich auf 8.109.140 Stück; das sind 1,42 % des Grundkapitals. Der Gesamtbestand an Eigenen Aktien am Bilanzstichtag erforderte eine Rücklage für eigene Anteile in Höhe des Bilanzwerts der Eigenen Aktien von 226.874.150,58 €. Der Bank und den mit ihr verbundenen Unternehmen waren am 31. Dezember 2008 3.544.833 Stück Deutsche Bank-Aktien als Kreditsicherheit verpfändet (Ende 2007: 1.304.964 Stück), das sind 0,62 % (Ende 2007: 0,25 %) des Grundkapitals.

Entwicklung des gezeichneten, genehmigten und bedingten Kapitals

Das gezeichnete Kapital ist eingeteilt in 570.859.015 Stückaktien, die Aktien lauten auf den Namen. Im Berichtsjahr wurden 40.000.000 Aktien durch eine Barkapitalerhöhung ausgegeben. Weitere 458.915 Aktien wurden im Rahmen von Aktienoptionsprogrammen für Mitarbeiter ausgegeben.

Ohne den Bestand an Eigenen Aktien beliefen sich die im Umlauf befindlichen Aktien am 31. Dezember 2008 auf 562.706.868 Stück (Ende 2007: 501.208.022 Stück); die durchschnittliche Zahl umlaufender Aktien betrug im Berichtsjahr 516.796.763 Stück.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung des gezeichneten, genehmigten und bedingten Kapitals:

in €	Gezeichnetes Kapital	Genehmigtes Kapital	Bedingtes Kapital (noch ausübbar)
Stand 31.12.2007	1.357.824.256,00	454.000.000,00	156.269.946,88
Auslaufen des Hauptversammlungsbeschlusses vom 10. Juni 2003		- 128.000.000,00	
Inanspruchnahme für Kapitalerhöhung gegen Geldeinlage gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 2. Juni 2004	48.000.000,00	- 48.000.000,00	
Erhöhung gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 24. Mai 2007		85.000.000,00	
Teilweise Inanspruchnahme für Kapitalerhöhung gegen Geldeinlage gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 24. Mai 2007	54.400.000,00	- 54.400.000,00	
Ausübung von Optionsrechten von Mitgliedern des Vorstands und Führungskräften der Deutschen Bank AG sowie von Mitgliedern von Geschäftsführungen und Führungskräften verbundener Unternehmen aus Global-Partnership-Plänen	1.109.056,00		- 1.109.056,00
Ausübung von Optionsrechten von Mitarbeitern des Deutsche Bank-Konzerns aus Global-Share-Plänen	65.766,40		- 65.766,40
Ausgegebene, jedoch verfallene Optionsrechte an Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns aus Global-Partnership-Plänen			- 571.799,04
Ausgegebene, jedoch verfallene Optionsrechte an Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns aus Global-Share-Plänen			- 708.226,56
Stand 31.12.2008	1.461.399.078,40	308.600.000,00	153.815.098,88

Ermächtigungen der Hauptversammlung

Die Hauptversammlung hat dem Vorstand die folgenden Ermächtigungen erteilt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch die Ausgabe neuer Aktien zu erhöhen, und zwar

Genehmigtes Kapital

- bis zum 30. April 2009 gegen Geldeinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 150.000.000 €, wobei den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen ist (HV-Beschluss vom 2. Juni 2004);
- bis zum 30. April 2011 gegen Geld- oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 128.000.000 €, wobei den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen ist; das Bezugsrecht kann jedoch ausgeschlossen werden, wenn eine Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zum Zweck des Erwerbs von Unternehmen oder von Beteiligungen an Unternehmen erfolgt (HV-Beschluss vom 1. Juni 2006);
- bis zum 30. April 2012 gegen Geldeinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 30.600.000 €; das grundsätzlich bestehende Bezugsrecht der Aktionäre kann ausgeschlossen werden, wenn der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabepreises nicht wesentlich unterschreitet (HV-Beschluss vom 24. Mai 2007). Dieses genehmigte Kapital wurde erst am 14. Februar 2008 mit der Eintragung ins Handelsregister wirksam;
- bis zum 30. April 2013 gegen Geld- oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 140.000.000 €, wobei den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen ist; das Bezugsrecht kann jedoch ausgeschlossen werden, wenn eine Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zum Zweck des Erwerbs von Unternehmen oder von Beteiligungen an Unternehmen erfolgt (HV-Beschluss vom 29. Mai 2008). Dieses genehmigte Kapital ist Gegenstand eines laufenden Freigabeverfahrens nach § 246a AktG und noch nicht im Handelsregister eingetragen. Es wird erst mit der Eintragung ins Handelsregister wirksam.

In allen Fällen kann das Bezugsrecht für Spitzenbeträge sowie zur Gewährung von Bezugsrechten an Inhaber ausgegebener Optionsscheine, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ausgeschlossen werden.

Bedingtes Kapital

- Der Vorstand konnte auf der Grundlage der Ermächtigung vom 17. Mai 2001 bis zum 31. Dezember 2003 mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zu 12.000.000 Optionsrechte auf Aktien der Deutschen Bank an Mitarbeiter des Konzerns Deutsche Bank ausgeben. Bezüglich des Ausgabepreises, des Erfolgsziels und der Ausübungszeiten galten die Regelungen entsprechend der Ausgabe von Optionsrechten an Führungskräfte. Das bedingte Kapital betrug 10.000.000 €. Zum 31. Dezember 2008 waren entsprechend dieser Ermächtigung Optionsrechte auf Aktien in Höhe von 1.305.932,80 € noch nicht ausgeübt. Das bedingte Kapital kann nicht weiter ausgenutzt werden.

Der Vorstand wurde ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Optionsrechte auf Aktien der Deutschen Bank AG an Vorstandsmitglieder und Führungskräfte der Deutschen Bank AG sowie an Mitglieder der Geschäftsführungen und Führungskräfte verbundener Unternehmen auszugeben. Die Ermächtigungen enthalten folgende Bedingungen:

- Hauptversammlungsbeschluss vom 17. Mai 2001: Ausgabe von bis zu 20.000.000 Optionsrechten bis zum 10. Mai 2003. Gewährung in zwei jährlichen Tranchen, die jeweils 70 % des Gesamtvolumens nicht übersteigen dürfen (bedingtes Kapital 51.200.000 €).
- Hauptversammlungsbeschluss vom 22. Mai 2002: Ausgabe von bis zu 25.000.000 Optionsrechten bis zum 20. Mai 2005. Gewährung in jährlichen Tranchen, die jeweils 60 % des Gesamtvolumens nicht übersteigen dürfen (bedingtes Kapital 64.000.000 €).

Zum 31. Dezember 2008 waren entsprechend diesen Ermächtigungen Optionsrechte auf Aktien in Höhe von 2.509.166,08 € noch nicht ausgeübt. Das bedingte Kapital kann nicht weiter ausgenutzt werden.

Jedes Optionsrecht berechtigt gegen Zahlung des Ausgabebetrags zum Bezug einer Stückaktie der Deutschen Bank AG. Der Ausgabebetrag für eine Aktie bei Ausübung der Option ergibt sich aus einem Basispreis zuzüglich eines Zuschlags von 20 %. Der Basispreis entspricht dem durchschnittlichen Schlussauktionspreis der Deutschen Bank-Aktie im Xetra-Handel an der Wertpapierbörse Frankfurt am Main der letzten zehn Handelstage vor dem Tag der Ausgabe der Optionsrechte. Bei der Ausübung sind die Wartezeit für die erstmalige Ausübung und Ausübungszeiträume zu beachten.

Die bedingten Kapitalerhöhungen werden nur insoweit durchgeführt, als die Inhaber der ausgegebenen Optionsrechte von ihrem Bezugsrecht Gebrauch machen und die Bank die Optionsrechte nicht durch Übertragung Eigener Aktien oder im Wege einer Barzahlung erfüllt.

Der Vorstand wurde in der Hauptversammlung vom 2. Juni 2004 ermächtigt, bis zum 30. April 2009 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine zu begeben oder anstelle oder neben Genussscheinen einmalig oder mehrmals Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen mit einer Laufzeit von längstens 20 Jahren zu begeben. Den Genussscheinen können Inhaberoptionscheine beigefügt oder sie können mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden. Den Inhabern von Optionsschuldverschreibungen können Optionsrechte sowie den Inhabern von Wandelschuldverschreibungen Wandlungsrechte auf neue Aktien der Deutschen Bank AG nach näherer Maßgabe der Options- beziehungsweise Wandelanleihebedingungen gewährt werden. Der Gesamtnennbetrag der im Rahmen dieser Ermächtigung auszugebenden Genussscheine, Options- und Wandelschuldverschreibungen darf insgesamt 6.000.000.000 € nicht übersteigen (bedingtes Kapital 150.000.000 €).

Der Vorstand wurde in der Hauptversammlung vom 29. Mai 2008 ermächtigt, bis zum 30. April 2013 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine zu begeben oder anstelle oder neben Genussscheinen einmalig oder mehrmals Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen mit einer Laufzeit von längstens 20 Jahren oder mit unbegrenzter Laufzeit zu begeben. Den Genussscheinen können Inhaberoptionscheine beigelegt oder sie können mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden. Den Inhabern von Optionsschuldverschreibungen können Optionsrechte sowie den Inhabern von Wandelschuldverschreibungen Wandlungsrechte auf neue Aktien der Deutschen Bank AG nach näherer Maßgabe der Options- beziehungsweise Wandelanleihebedingungen gewährt werden. Der Gesamtnennbetrag der im Rahmen dieser Ermächtigung auszugebenden Genussscheine, Options- und Wandelschuldverschreibungen darf insgesamt 9.000.000.000 € nicht übersteigen (bedingtes Kapital 150.000.000 €). Dieses bedingte Kapital ist noch nicht im Handelsregister eingetragen. Es wird erst mit der Eintragung wirksam.

Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, als von diesen Rechten Gebrauch gemacht wird oder als die zur Wandlung verpflichteten Inhaber ihre Pflicht zur Wandlung erfüllen.

Veränderung des Eigenkapitals

in Mio €		
Stand 31.12.2007		23.181
Ausschüttung in 2008		- 2.274
Gewinnvortrag		- 113
Kapitalerhöhung gegen Geldeinlagen		
- Erhöhung des gezeichneten Kapitals	102	
- Einstellung in die Kapitalrücklage	2.098	2.200
Kapitalerhöhung durch Ausübung von Optionsrechten		
- Erhöhung des gezeichneten Kapitals	1	
- Einstellung in die Kapitalrücklage	19	20
Entnahme aus der Rücklage für eigene Anteile		- 2.382
Bilanzgewinn 2008		310
Stand 31.12.2008		20.942

Eventualverbindlichkeiten

In der Bilanzposition Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen werden ausgewiesen:

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Bürgschaften, Garantien	34.517	31.986
Akkreditive	5.328	4.899
Kredithaftungen	12.991	15.549

Andere Verpflichtungen

Von den in der Bilanz vermerkten unwiderruflichen Kreditzusagen (113.321 Mio €) betreffen 102.403 Mio € Zusagen für Buch- und Wechselkredite an Nichtbanken.

Sonstige Verpflichtungen

Die Zahlungsverpflichtungen aus Miet- und Pachtverträgen sowie aus Leasingverträgen betragen 1,1 Mrd € bei Restlaufzeiten von bis zu 15 Jahren. Von diesen Verpflichtungen bestehen 47 Mio € gegenüber verbundenen Unternehmen. Es bestehen des Weiteren Abnahmeverpflichtungen in Höhe von 1,9 Mrd € für Waren und Dienstleistungen, die zukünftige Zahlungen unter anderem für Abwicklung, Informationstechnologie und Depotverwaltung umfassen.

Einzahlungsverpflichtungen aus nicht voll eingezahlten Aktien, GmbH-Anteilen und sonstigen Anteilen beliefen sich Ende 2008 auf 24 Mio €. Mithaftungen gemäß § 24 GmbH-Gesetz bestanden in Höhe von 5 Mio €. Soweit weitere Mithaftungen bestehen, ist die Bonität der Mitgesellschafter in allen Fällen zweifelsfrei.

Aus unserer Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, bestehen eine Nachschusspflicht bis zu 70 Mio € und eine quotale Eventualhaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer dem Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin, angehörender Gesellschafter.

Die Nachschusspflichten auf sonstige Anteile beliefen sich am 31. Dezember 2008 auf insgesamt 3 Mio €.

Gemäß § 5 Absatz 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds haben wir uns verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin, von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zugunsten von im Mehrheitsbesitz der Deutschen Bank stehenden oder von ihr beherrschten Kreditinstituten anfallen.

Des Weiteren hat sich die Deutsche Bank AG gemäß § 3 Absatz 1a des Statuts des Einlagensicherungsfonds für Bank-Bausparkassen verpflichtet, den Fachverband für Bank-Bausparkassen e.V. von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zugunsten der Deutschen Bank Bauspar AG, Frankfurt am Main, anfallen.

Verpflichtungen aus Geschäften an Terminbörsen sowie gegenüber Clearingstellen, für die Wertpapiere als Sicherheit hinterlegt wurden, beliefen sich zum 31. Dezember 2008 auf 14 Mrd €.

Im Zusammenhang mit der Weiterveräußerung des Handelshauses Klöckner & Co. AG, Duisburg, bestehen Eventualhaftungen in Höhe von insgesamt 43 Mio €.

Patronatserklärung¹

Die Deutsche Bank AG trägt für die folgenden Gesellschaften, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass sie ihre vertraglichen Verbindlichkeiten erfüllen können:

Berliner Bank AG & Co. KG, Berlin	Deutsche Bank S.A., Buenos Aires
DB Investments (GB) Limited, London	Deutsche Bank S.A. – Banco Alemão, São Paulo
Deutsche Asset Management International GmbH, Frankfurt am Main	Deutsche Bank S.A./N.V., Brüssel
Deutsche Asset Management Investmentgesellschaft mbH vormals DEGEF Deutsche Gesellschaft für Fonds- verwaltung mbH, Frankfurt am Main	Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española, Barcelona
Deutsche Australia Limited, Sydney	Deutsche Bank Società per Azioni, Mailand
Deutsche Bank A.Ş., Istanbul	Deutsche Bank (Suisse) S.A., Genf
Deutsche Bank Americas Holding Corp., Wilmington	Deutsche Futures Singapore Pte Ltd., Singapur
Deutsche Bank (China) Co., Ltd., Peking	Deutsche Morgan Grenfell Group plc, London
Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg	Deutsche Securities Asia Limited, Hongkong
Deutsche Bank (Malaysia) Berhad, Kuala Lumpur	Deutsche Securities Limited, Hongkong
Deutsche Bank Polska S.A., Warschau	DWS Holding & Service GmbH, Frankfurt am Main
Deutsche Bank (Portugal), S.A., Lissabon	DWS Investment GmbH, Frankfurt am Main
Deutsche Bank ZRt., Budapest	DWS Investment S.A., Luxemburg
	OOO Deutsche Bank, Moskau

¹ Gesellschaften, mit denen ein Ergebnisabführungsvertrag besteht, sind im Verzeichnis des Anteilsbesitzes gekennzeichnet.

Laufzeitengliederung der Forderungen

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Andere Forderungen an Kreditinstitute	121.195	149.193
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	64.359	97.813
mehr als drei Monate bis ein Jahr	27.236	28.271
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	10.386	10.284
mehr als fünf Jahre	19.214	12.825
Forderungen an Kunden	405.850	588.926
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	297.731	475.153
mehr als drei Monate bis ein Jahr	35.526	37.800
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	39.366	41.009
mehr als fünf Jahre	27.599	27.192
mit unbestimmter Laufzeit	5.628	7.772

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren (141.251 Mio€) werden 34.505 Mio€ in 2009 fällig.

Laufzeitengliederung der Verbindlichkeiten

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	168.458	209.430
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	105.114	159.001
mehr als drei Monate bis ein Jahr	31.206	22.567
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	20.782	16.647
mehr als fünf Jahre	11.356	11.215
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	4.936	2.185
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	1.179	878
mehr als drei Monate bis ein Jahr	3.490	1.162
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	263	143
mehr als fünf Jahre	4	2
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	142.643	256.905
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	88.139	199.110
mehr als drei Monate bis ein Jahr	26.690	26.764
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	12.284	21.540
mehr als fünf Jahre	15.530	9.491
Andere verbrieftete Verbindlichkeiten	125.709	155.751
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	17.625	34.726
mehr als drei Monate bis ein Jahr	17.126	28.313
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	56.420	56.170
mehr als fünf Jahre	34.538	36.542

Von den begebenen Schuldverschreibungen (54.974 Mio€) werden 22.801 Mio€ in 2009 fällig.

Rechnungsabgrenzungsposten

In den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten von 910 Mio € sind 483 Mio € wegen des Unterschiedsbetrags gemäß § 250 Absatz 3 HGB enthalten. Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 968 Mio € betreffen mit 40 Mio € Unterschiedsbeträge gemäß § 340e Absatz 2 HGB.

Treuhandgeschäfte

in Mio €	Treuhandvermögen		in Mio €	Treuhandverbindlichkeiten	
	31.12.2008	31.12.2007		31.12.2008	31.12.2007
Forderungen an Kreditinstitute	–	36	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0
Forderungen an Kunden	291	334	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	757	1.034
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	317	397			
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	29	15			
Beteiligungen	41	47			
Sonstige Vermögensgegenstände	79	205			
Insgesamt	757	1.034	Insgesamt	757	1.034

Angaben zu verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Mio €	Verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
Forderungen an Kreditinstitute	86.227	73.356	10	0
Forderungen an Kunden	152.786	228.278	982	351
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	54	352	9	–
Positive Marktwerte aus Handelsderivaten (unter Sonstige Vermögensgegenstände)	80.189	14.682	50	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	104.684	100.980	21	492
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	92.171	132.238	508	615
Verbriefte Verbindlichkeiten	9.778	902	–	–
Nachrangige Verbindlichkeiten	11.076	7.418	–	–
Negative Marktwerte aus Handelsderivaten (unter Sonstige Verbindlichkeiten)	83.704	12.226	11	–

Anteilsbesitz

Die vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes ist im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht. Sie kann bei der Deutschen Bank AG, Frankfurt am Main, kostenlos angefordert werden.

Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

Für die nachfolgenden Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände im angegebenen Wert übertragen:

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	26.789	24.193
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	422	677

Pensionsgeschäfte

Der Buchwert der in der Bilanz ausgewiesenen und in Pension gegebenen Vermögensgegenstände in Höhe von 6.466 Mio € betraf ausschließlich im Rahmen von Repo-Geschäften verpensionierte Wertpapiere.

Fremdwährung

Der Gesamtbetrag der Vermögensgegenstände in Fremdwährung belief sich am Bilanzstichtag auf umgerechnet 1.303.765 Mio €, jener der Schulden auf umgerechnet 1.219.779 Mio €.

Termingeschäfte

Am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Termingeschäfte beinhalten vor allem die nachfolgenden Arten von Geschäften:

— Zinssatzbezogene Geschäfte

Termingeschäfte auf Zinstitel, Zinstermingeschäfte, Zinsswaps, Zinsterminkontrakte, verbriefte Optionsrechte, Optionsgeschäfte und Optionskontrakte auf Zinsen und Indizes;

— Wechselkursbezogene Geschäfte

Devisen- und Edelmetalltermingeschäfte, Währungsswaps, verbriefte Optionsrechte, Optionsgeschäfte und Optionskontrakte auf Devisen und Edelmetalle, Devisen- und Edelmetallterminkontrakte;

— Sonstige Geschäfte

Aktientermingeschäfte, Indexterminkontrakte, verbriefte Optionsrechte, Optionsgeschäfte und Optionskontrakte auf Aktien und Indizes.

Die oben genannten Geschäfte werden weitestgehend zur Deckung von Zins-, Wechselkurs- oder Marktpreisschwankungen für Handelsgeschäfte abgeschlossen.

Marktwerte von Derivaten

in Mio €	31.12.2008		
	Nominal- betrag	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
OTC-Produkte			
Zinsbezogene Geschäfte	40.246.887	660.635	644.452
Wechselkursbezogene Geschäfte	4.429.553	184.714	180.786
Aktien- und indexbezogene Geschäfte	890.883	67.944	71.450
Kreditderivate	4.716.205	352.348	323.514
Sonstige Geschäfte	412.287	34.905	34.433
Börsengehandelte Produkte			
Zinsbezogene Geschäfte ¹	63.870	0	0
Wechselkursbezogene Geschäfte ¹	0	0	0
Aktien- und indexbezogene Geschäfte	405.268	4.612	4.728
Sonstige Geschäfte	41.767	616	442
Insgesamt	51.206.720	1.305.774	1.259.805

¹ Aufgrund von täglichen Ausgleichszahlungen sind die Marktwerte der zins- und wechselkursbezogenen Geschäfte null beziehungsweise annähernd null.

Die positiven Marktwerte von 1.305.774 Mio€ und die negativen Marktwerte von 1.259.805 Mio€ beinhalten Derivate des Handelsbereichs sowie zu Absicherungszwecken gehaltene Derivate. Die positiven und negativen Marktwerte von Handelsderivaten sind in den sonstigen Vermögensgegenständen und den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Erläuterungen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Erträge nach geografischen Märkten

Der Gesamtbetrag der Zinserträge, laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen, der Provisionserträge, des Nettoertrags aus Finanzgeschäften und der sonstigen betrieblichen Erträge verteilt sich auf verschiedene Regionen und führt gemäß § 34 Absatz 2 RechKredV zu folgender Übersicht:

in Mio €	2008	2007
Bundesrepublik Deutschland	19.260	14.248
Europa ohne Deutschland	17.474	29.596
Amerika	6.337	7.702
Afrika/Asien/Australien	5.470	5.334
Insgesamt	48.541	56.880

Für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung

Für Dritte wurden nachstehende Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung erbracht: Depotverwaltung, Vermittlung von Hypotheken, Versicherungen und Bausparverträgen, Verwaltung von Treuhandvermögen und Vermögensverwaltung.

Andere Verwaltungsaufwendungen

Die Tabelle zeigt die von unserem Abschlussprüfer abgerechneten Honorare für das Geschäftsjahr 2008 in den folgenden Kategorien:

Kategorie in Mio €	2008	2007
Prüfungshonorare	10	12
Honorare für prüfungsnahen Dienstleistungen	5	2
Honorare für Steuerberatung	1	1
Insgesamt	16	15

Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen von 2.123 Mio€ werden unter anderem ausgewiesen: 1.450 Mio€ Erträge aus Verschmelzungsgewinnen, 295 Mio€ Wertaufholungen für zum Verkauf bestimmte Forderungen aus dem Kreditgeschäft sowie 127 Mio€ Erstattung von Vorsteuer für Vorjahre.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Der Posten sonstige betriebliche Aufwendungen von 1.941 Mio€ enthält im Wesentlichen 1.642 Mio€ Bewertungsanpassungen für zur Veräußerung bestimmte Forderungen. Zu den sonstigen betrieblichen Aufwendungen gehören außerdem Aufwendungen für Garantieleistungen von 132 Mio€ sowie Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten von 97 Mio€.

Sonstige Angaben

Vorstand und Aufsichtsrat

Die Gesamtbezüge des Vorstands sind im Vergütungsbericht auf den Seiten 11 bis 16 dargestellt. An frühere Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank AG oder deren Hinterbliebene wurden im Jahr 2008 19.741.906 € gezahlt. Der Aufsichtsrat erhielt für 2008 exklusive Umsatzsteuer eine feste Vergütung (inklusive Sitzungsgeld) von 2.478.500 €. Auf eine variable Vergütung hat der Aufsichtsrat für das Jahr 2008 verzichtet.

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen betragen insgesamt 167.420.222 €.

Am 31. Dezember 2008 beliefen sich die gewährten Vorschüsse, Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse für Vorstandsmitglieder auf 2.641.142 € und für Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Bank AG auf 1.396.955 €. Aufsichtsratsmitglieder zahlten 2008 Kredite in Höhe von 0,1 Mio € zurück.

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind auf den Seiten 59 und 60 aufgeführt.

Das Verzeichnis der Mandate enthält eine Aufstellung aller Mandate im In- und Ausland und ist im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht. Es kann, ebenso wie der Corporate-Governance-Bericht, bei der Deutschen Bank AG, Frankfurt am Main, kostenlos angefordert werden.

Angaben nach § 160 Absatz 1 Nr. 8 AktG

Zum 31. Dezember 2008 sind uns folgende Aktionäre, die gemäß § 21 Wertpapierhandelsgesetz einen Stimmrechtsanteil von mindestens 3 % halten, gemeldet worden: seit 6. Mai 2008 – AXA S.A., Paris, hält 5,36 % Deutsche Bank-Aktien. Seit 17. Oktober 2008 – Credit Suisse Group, Zürich, hält 3,86 % Deutsche Bank-Aktien (über Finanzinstrumente).

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die durchschnittliche Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter (arbeitswirksam) betrug insgesamt 29.434 (2007: 28.013), davon 10.898 Mitarbeiterinnen. Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der geleisteten Arbeitszeit anteilig enthalten. Bei den Auslandsfilialen waren im Durchschnitt 17.973 (2007: 16.557) Mitarbeiter tätig.

Corporate Governance

Die Bank hat die nach § 161 AktG vorgeschriebene Erklärung abgegeben und den Aktionären zugänglich gemacht.

Frankfurt am Main, den 5. März 2009

Deutsche Bank Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Josef Ackermann



Hermann-Josef Lamberti



Hugo Bänziger



Stefan Krause

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss der Deutschen Bank AG ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Bank AG vermittelt und im Lagebericht der Deutschen Bank AG der Geschäftsverlauf, einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Deutschen Bank AG so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Deutschen Bank AG beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 5. März 2009



Josef Ackermann



Hermann-Josef Lambert



Hugo Bänziger



Stefan Krause

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2008 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Bank AG. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 11. März 2009

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(vormals
KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft)



Becker
Wirtschaftsprüfer



Bose
Wirtschaftsprüfer

GLOSSAR

Alternative Assets/ Investments	Direkte Investitionen in Private Equity, Wagniskapital, Mezzanine Kapital, Immobilienkapitalanlagen und Anlagen in Leveraged Buy-out Funds, Wagniskapitalfonds sowie Hedgefonds.
Anlagebuch	Risikotragende Positionen, die nicht dem Handelsbuch zugeordnet werden.
Asset-backed Securities	Besondere Form verbriefter Zahlungsansprüche in Form von handelbaren Wertpapieren. Die entsprechenden Wertpapiere sind durch Restrukturierung bestimmter Finanzaktiva entstanden (Securitization).
Aufwand-Ertrag-Relation	Grundsätzlich: Kennzahl zur Kosteneffizienz eines Unternehmens, die das Verhältnis der betrieblichen Aufwendungen zu den betrieblichen Erträgen abbildet.
Ausfallwahrscheinlichkeit	Gibt die erwartete durchschnittliche Wahrscheinlichkeit an, dass ein Geschäftspartner seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, basierend auf statistischen Analysen der historischen Ausfälle in dem Portfolio der Deutschen Bank.
Back-testing	Verfahren zur Überprüfung der Vorhersagekraft des Value-at-Risk-Konzepts. Hierbei werden auf täglicher Basis hypothetisch erzielte Gewinne und Verluste mit den durch das Value-at-Risk-Modell prognostizierten Werten verglichen.
Basel II	Die neuen Eigenkapitalvorschriften des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht, die insbesondere die Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Risikoposition nach Basel I ersetzt haben.
basic	unverwässert.
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich mit Sitz in Basel.
BIZ-Eigenkapitalquote	Kennziffer international tätiger Kreditinstitute, die das in Prozent ausgedrückte Verhältnis von Eigenkapital zu aufsichtsrechtlicher Risikoposition angibt. Die einzuhaltende Mindestkennziffer für die Eigenkapitalquote beträgt 8% und für die Kernkapitalquote 4%.
Bookbuilding	Emissionsverfahren, das die Nachfrage einzelner Investoren mit den speziellen Finanzierungsinteressen eines Emittenten bezüglich des Emissionspreises abstimmt.
Broker/Brokerage	Broker nehmen Wertpapieraufträge von Banken und privaten Investoren an und führen sie im Auftrag des Kunden aus. Für seine Tätigkeit (Brokerage) erhält der Broker üblicherweise eine Provision.
Buy-out	Kauf (vollständig oder teilweise) eines Unternehmens beziehungsweise bestimmter Unternehmensaktivitäten.
Cash Management	Beinhaltet die Verwaltung von liquiden Mitteln in Dollar, Euro und sonstigen Währungen für Unternehmen und Finanzinstitute zur Optimierung von Finanztransaktionen.
Clearing	Die Übermittlung, Abwicklung und in bestimmten Fällen die Bestätigung von Zahlungsaufträgen, teilweise auch deren Verrechnung untereinander.
Collateralized Debt Obligation	(CDOs) Anlagevehikel, basierend auf einem Portfolio, das Anleihen, Kredite oder Derivate enthalten kann.

Compliance	Gesamtheit an Maßnahmen, um die Einhaltung einschlägiger Gesetze, Vorschriften und interner Regelungen sicherzustellen wie auch gerichtliche beziehungsweise aufsichtsrechtliche Sanktionen sowie finanzielle oder Reputationsschäden zu verhindern.
Conduits	Eine spezielle Form von Zweckgesellschaft (SPV → Securitization), die ABS oder CDOs kauft und deren Erwerb ganz oder teilweise durch die Ausgabe Asset Backed Commercial Papers, sog. ABCP, finanziert.
Corporate Finance	Sammelbezeichnung für kapitalmarktnahe innovative Finanzierungsdienstleistungen mit speziellem Beratungsbedarf im Firmenkundengeschäft.
Credit Default Swap	Eine Vereinbarung zwischen zwei Parteien, gemäß der eine Partei einen festen Coupon über eine spezifizierte Periode zahlt. Die andere Partei nimmt so lange keine Zahlung vor, bis ein spezifiziertes Ereignis wie zum Beispiel ein Ausfall eintritt. Zu diesem Zeitpunkt wird dann eine Zahlung getätigt und der Credit Default Swap ist beendet.
Custody	Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren sowie zusätzliche Dienste im Wertpapierbereich.
Derivate	Produkte, deren Bewertung sich überwiegend vom Preis, von den Preisschwankungen und den Preiserwartungen der zugrunde liegenden Basisinstrumente (beispielsweise Aktien, Anleihen, Devisen, Indizes) ableitet. Zu den Derivaten zählen insbesondere Swaps, Optionen und Futures.
Durchschnittliches Active Equity	Die Bank berechnet das Active Equity, um einen Vergleich mit ihren Konkurrenten zu vereinfachen. Dieses fließt in die Berechnung verschiedenster Kennziffern ein. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine Messgröße nach IFRS. Bei einem Vergleich der Kennzahlen der Bank, die auf dem Active Equity basieren, mit denen anderer Unternehmen sollten stets auch Abweichungen bei der Berechnung dieser Kennzahlen berücksichtigt werden. Die Positionen, um die die Deutsche Bank ihr durchschnittliches den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Eigenkapital bereinigt, sind die durchschnittlichen unrealisierten Gewinne aus der Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten und die durchschnittlichen Fair Value-Anpassungen von Cash Flow Hedges (beide Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern). Gleiches gilt für die durchschnittliche Dividendenzahlung, für die jedes Quartal eine Abgrenzung vorgenommen und die nach Zustimmung der Hauptversammlung einmal jährlich ausgezahlt wird.
Eigenkapital gemäß Basel II	<p>Bankaufsichtsrechtlich anerkanntes Eigenkapital in Übereinstimmung mit der neuen Baseler Eigenkapitalübereinkunft von 2004 für Kreditinstitute. Das Eigenkapital gemäß Basel II setzt sich zusammen aus:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Tier-1-Kapital: vor allem Grundkapital, Rücklagen und bestimmte hybride Kapitalinstrumente; • Tier-2-Kapital: insbesondere Genussrechtskapital, kummulative nachrangige Verbindlichkeiten und nicht realisierte Gewinne aus notierten Wertpapieren; • Tier-3-Kapital: im Wesentlichen kurzfristige nachrangige Verbindlichkeiten und überschüssiges Tier-2-Kapital. <p>Tier-2-Kapital kann nur bis zur Höhe des Tier-1-Kapitals angerechnet werden, wobei noch zusätzlich die Anrechenbarkeit der langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten im Tier-2-Kapital auf 50% des Tier-1-Kapitals beschränkt ist.</p>

Eigenkapitalrendite vor Steuern	(basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) Prozentualer Anteil des den Deutsche Bank Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steueraufwand (annualisiert), das sich errechnet aus dem Ergebnis vor Steuern abzüglich von Minderheitsanteilen, am durchschnittlichen Active Equity.
Emerging Markets	Aufstrebende Märkte von Schwellenländern, primär Finanzmärkte.
Equitymethode	Bewertungsmethode für Beteiligungen an Unternehmen, auf die ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann. Anteilige Jahresüberschüsse (-fehlbeträge) des Beteiligungsunternehmens erhöhen (vermindern) den Beteiligungsbuchwert und gehen in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung ein. Ausschüttungen/Dividenden vermindern den Beteiligungsbuchwert, ohne die Gewinn-und-Verlust-Rechnung zu berühren.
Ergebnis je Aktie	Nach IFRS ermittelte Kennziffer, die den Gewinn, der den Aktionären der Gesellschaft zurechenbar ist, der durchschnittlichen Zahl an ausstehenden Stammaktien gegenüberstellt. Neben der Kennziffer Ergebnis je Aktie ist zusätzlich ein verwässertes Ergebnis je Aktie auszuweisen, wenn sich aus der Wandlung und Ausübung ausstehender Aktienoptionen, zugeteilter Aktienrechte und Wandelschuldverschreibungen die Zahl der Aktien erhöhen kann.
Erwarteter Verlust	Maßeinheit für den Ausfallverlust des Kreditportfolios, der innerhalb eines Jahres auf der Grundlage historischer Verlustdaten zu erwarten ist.
Event-Risk-Szenarien	Szenarien, die erhebliche Ereignisse wie beispielsweise große Bewegungen in Zinsen oder Wechselkursen darstellen.
Exposure	Geldbetrag, welcher der Bank bei Eintritt eines Verlusts aus einem eingegangenen Risiko, beispielsweise beim Ausfall eines Kreditnehmers oder Vertragspartners, verloren gehen kann.
Fair Value	Betrag, zu dem Aktiva beziehungsweise Passiva zwischen sachkundigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern getauscht würden. Das Fair Value ist häufig identisch mit dem Marktpreis.
Family Office	Für Familien mit sehr großen und komplexen Vermögen konzipierte Finanzdienstleistung, die auf der Grundlage absoluter Unabhängigkeit durch eine optimale Steuerung und umfassende Koordination der einzelnen Vermögensbestandteile die Kundeninteressen wahrnimmt.
Forderungen/Verbindlichkeiten aus Bar- und Ausgleichszahlungen	Von der Deutschen Bank zu Clearingzwecken bei Brokern/Händlern und Clearingunternehmen unterhaltene Salden.
Forderungen/Verbindlichkeiten aus Prime-Brokerage-Geschäften	Forderungen/Verbindlichkeiten der Deutschen Bank im Zusammenhang mit Aktivitäten wie der Erbringung von Serviceleistungen als Abwicklungs- und Depotstelle und der Aufstellung von Abschlüssen für bestimmte Kunden (zum Beispiel für Money Manager, Hedgefonds, Marketmaker und sonstige professionelle Anleger).
Futures	Hinsichtlich Menge, Qualität und Liefertermin standardisierte Terminkontrakte, bei welchen zu einem bestimmten zukünftigen Zeitpunkt ein dem Geld- und Kapital-, Edelmetall- oder Devisenmarkt zugehöriges Handelsobjekt zum börsenmäßig festgesetzten Kurs zu liefern beziehungsweise abzunehmen ist. Häufig ist bei derartigen Kontrakten (beispielsweise Terminkontrakten auf Basis von Aktienindizes) zur Erfüllung der bestehenden Verpflichtung anstelle einer Wertpapierlieferung oder -abnahme eine Ausgleichszahlung zu leisten.

Goodwill	Der Betrag, den ein Käufer bei Übernahme eines Unternehmens unter Berücksichtigung zukünftiger Ertragserwartungen über den Fair Value der einzelnen identifizierbaren Vermögensgegenstände und Schulden hinaus zahlt.
Group Executive Committee	Das Group Executive Committee (GEC) besteht aus den Mitgliedern des Vorstands sowie den fünf Leitern der Kerngeschäftsfelder und dem Leiter Regional Management. Die Funktion des GEC ist es, den Vorstand bei der Entscheidungsfindung zu unterstützen. In regelmäßigen Sitzungen analysiert es die Entwicklung der Geschäftsbereiche, erörtert konzernstrategische Fragen und erarbeitet Empfehlungen für den Vorstand.
Handelsbuch	Bankaufsichtsrechtlicher Begriff für Positionen in Finanzinstrumenten, Anteilen und handelbaren Forderungen, die von einem Kreditinstitut zum Zweck des kurzfristigen Wiederverkaufs unter Ausnutzung von Preis- und Zinsschwankungen gehalten werden. Darunter fallen auch eng mit Handelsbuchpositionen verbundene Geschäfte (zum Beispiel zur Absicherung). Nicht zum Handelsbuch zugehörige risikotragende Positionen werden dem Anlagebuch zugeordnet.
Hedge Accounting	Bilanzielle Abbildung von mehreren Verträgen, die in einem Sicherungszusammenhang stehen. Der Zusammenhang beider oder mehrerer Verträge besteht in der gegenläufigen Ausgestaltung hinsichtlich solcher Vertragsmerkmale, welche bestimmte Risiken – zumeist finanzielle Risiken – begründen. Aufgrund dieser Gestaltung sind die Verträge dazu geeignet, die Risiken gegenseitig teilweise oder vollständig zu kompensieren. Meist wird einer der beiden Verträge als Grundgeschäft – also als derjenige Vertrag, der das Risiko bzw. die Risiken begründet –, der andere Vertrag als Sicherungsgeschäft oder Hedgegeschäft – also als derjenige Vertrag, der das Risiko bzw. die Risiken (eines Grundgeschäfts) absichert – bezeichnet. Das Hedge Accounting ist eine Methode, welche für solche spezifischen Sicherungszusammenhänge eine abweichende, alternative Bilanzierung zulässt, die von den grundsätzlichen Regeln zur Bilanzierung abweicht.
Hedgefonds	Hedgefonds zählen zu den sog. Alternativen Investments. Sie werden nicht nach der Art der Anlage unterschieden wie etwa Aktien- oder Rentenfonds. Hedge Fonds sind vielmehr Asset Manager, die keinen oder zumindest keinen strengen regulatorischen Pflichten unterliegen und die Möglichkeit haben, sich einer Vielzahl von Anlageinstrumenten und -strategien bedienen zu können, die für Investmentfonds nicht erlaubt sind. Beispiele sind Leerverkäufe, hohe Fremdverschuldung und Derivate. Hedgefonds bieten die Chance auf eine sehr hohe Rendite, bergen aber auch ein entsprechend hohes Risiko des Kapitalverlusts in sich; ihre Renditen sind daher nicht mit den Renditen traditioneller Anlagewerte vergleichbar.
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	Hybride Schuldverschreibungen sind Wertpapiere, die Eigen- und Fremdkapitalelemente verbinden. Sie sind darauf ausgerichtet, von Ratingagenturen und Aufsichtsbehörden als Eigenkapital anerkannt zu werden, aber ansonsten (wie z. B. für Zwecke der Besteuerung) als Fremdkapital zu gelten. Hybride Kapitalinstrumente zeichnen sich durch gewinnabhängige Zinszahlungen aus. Soweit im Verlustfall ausgefallene Zinszahlungen nicht nachgeholt werden (nicht kumulative Trust Preferred Securities) und die Papiere kein festgelegtes Fälligkeitsdatum besitzen beziehungsweise durch die Gläubiger nicht kündbar sind, gehören sie aufsichtsrechtlich zum Tier-1-Kapital. Andernfalls sind sie dem Tier-2-Kapital zuzurechnen (zum Beispiel kumulative Trust Preferred Securities).
IFRS (International Financial Reporting Standards)/ vormals IAS (International Accounting Standards)	Rechnungslegungsstandards des International Accounting Standards Board, die eine weltweit transparente und vergleichbare Bilanzierung und Publizität sicherstellen sollen. Maßgeblicher Zweck ist die Bereitstellung entscheidungsrelevanter Informationen, insbesondere für Investoren.

Investment Banking	Sammelbegriff für kapitalmarktorientierte Geschäfte. Hierunter fallen insbesondere Emission und Handel von Wertpapieren und ihren Derivaten, Zins- und Währungsmanagement, Corporate Finance, Beratung bei Übernahmen und Fusionen, strukturierte Finanzierungen und Private Equity.
Investor Relations	Bezeichnet die systematische und kontinuierliche zweiseitige Kommunikation zwischen Unternehmen und aktuellen wie potenziellen Eigenkapital- beziehungsweise Fremdkapitalgebern. Informationen betreffen vor allem wichtige Unternehmensereignisse, finanzielle Ergebnisse und die Geschäftsstrategie sowie die Erwartungen des Kapitalmarkts an das Management. Ein wesentliches Ziel der Investor- Relations-Aktivitäten ist die angemessene Bewertung der Aktie.
Kapitalflussrechnung	Ermittlung und Darstellung des Zahlungsmittelflusses, den ein Unternehmen in einem Geschäftsjahr aus laufender Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit erwirtschaftet oder verbraucht hat, sowie zusätzliche Abstimmung des Zahlungsmittelbestands (Barreserve) zu Beginn mit dem Betrag am Ende des Geschäftsjahres.
Konfidenzniveau	Im Rahmen des Value-at-Risk Konzepts beschreibt das Konfidenzniveau die Wahrscheinlichkeit, mit der ein potenzieller Verlust innerhalb eines bestimmten Intervalls liegt.
Korrelation	Wechselbeziehung zwischen mindestens zwei Variablen (zum Beispiel Vermögenswerten), die positiv (gleichläufig) oder negativ (gegenläufig) sein kann, aber keine Aussage zum Kausalzusammenhang (Ursache – Wirkung) macht. Wichtige Größe bei der Vermögensstrukturierung, um Risiken zu streuen beziehungsweise abzusichern.
Kreditderivate	Finanzinstrumente, mittels derer das mit Darlehen, Anleihen oder anderen Risikoaktiva beziehungsweise Marktrisikopositionen verbundene Kreditrisiko auf als so genannte Sicherungsgeber auftretende Parteien übertragen wird. Dabei werden die ursprünglichen Kreditbeziehungen der Sicherungsnehmer (die Parteien, welche die Kreditrisiken abgeben) weder verändert noch neu begründet.
Kreditrisiko	Risiko, dass Kunden ihren vertraglich vereinbarten Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. Das Kreditrisiko umfasst Ausfall-, Länder- (Länderrisiko) und Abwicklungsrisiken.
Länderrisiko	Das Risiko, dass in einem beliebigen Land ein Verlust aufgrund politischer und sozialer Unruhen, Verstaatlichungen und Enteignungen, staatlicher Nichtanerkennung von Auslandsschulden, durch Devisenkontrollen oder eine Abwertung der Landeswährung entsteht.
Latente Steuern	Zukünftig zu zahlende oder zu erstattende Ertragsteuern, die aus unterschiedlichen Wertansätzen zwischen Steuer- und Handelsbilanz resultieren, oder der Wert nicht genutzter steuerlicher Verlustvorträge oder anderer steuerlicher Anrechnungsguthaben. Sie stellen zum Zeitpunkt der Bilanzierung noch keine tatsächlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten gegenüber den Finanzämtern dar.
Leveraged Buy-out	Fremdfinanzierter Kauf (vollständig oder teilweise) eines Unternehmens beziehungsweise bestimmter Unternehmensaktivitäten. Zins- und Tilgungszahlungen werden aus dem zukünftigen Ertrag des übernommenen Unternehmens finanziert.

Liquiditätsrisiko	Bezeichnet die Gefährdung der Gewinne und des Kapitals der Deutschen Bank bei einer potenziellen Unfähigkeit der Bank, ihre Verpflichtungen zeitgerecht zu erfüllen, ohne dabei unannehmbar hohe Verluste einzugehen.
Marktrisiko	Resultiert aus der Unsicherheit über Veränderungen von Marktpreisen und -kursen (inklusive Zinsen, Aktienkursen, Wechselkursen und Rohwarenpreisen) sowie den zwischen ihnen bestehenden Korrelationen und ihren Volatilitätsniveaus.
Mezzanine	Flexible Mischform zwischen Eigen- und Fremdkapital. Hier: langfristiges, nachrangiges Finanzierungsinstrument zur Wachstumsfinanzierung, das gleichzeitig die wirtschaftliche Eigenkapitalbasis stärkt.
Monte Carlo-Simulation	Modell, das den Gewinn oder Verlust aus einer Transaktion für eine große Zahl (beispielsweise 10.000) von unterschiedlichen Marktszenarien berechnet.
Mortgage-backed Securities (MBS)	Wertpapiere, die durch Hypothekendarlehen besichert sind.
Namensaktien	Aktien, die auf den Namen einer bestimmten Person lauten. Diese Person wird entsprechend den aktienrechtlichen Vorgaben mit einigen persönlichen Angaben sowie ihrer Aktienanzahl in das Aktienregister der Gesellschaft eingetragen. Nur wer im Aktienregister eingetragen ist, gilt gegenüber der Gesellschaft als Aktionär und kann beispielsweise Rechte in der Hauptversammlung ausüben.
Nettingvereinbarungen	Verträge, wonach gegenseitige Forderungen zwischen zwei Parteien unter bestimmten Voraussetzungen miteinander verrechnet werden können – beispielsweise im Insolvenzfall. Die Einbeziehung einer rechtsverbindlichen Nettingvereinbarung führt zu einer Reduzierung des Ausfallrisikos von einem Brutto- auf einen Nettobetrag.
Nicht in der Gewinn- und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (Net gains (losses) not recognized in the income statement)	Enthält im Wesentlichen unrealisierte Gewinne und Verluste aus der Währungsumrechnung und aus der Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten. Diese unrealisierten Gewinne und Verluste werden nicht im laufenden Ergebnis berücksichtigt, sondern unter den nicht in der Gewinn- und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten innerhalb des Eigenkapitals ausgewiesen.
Ökonomisches Kapital	Messgröße, anhand derer mit einem hohen Maß an Sicherheit das Eigenkapital ermittelt werden kann, das zu einem beliebigen Zeitpunkt benötigt wird, um unerwartete Verluste aus dem aktuellen Engagement aufzufangen. Es ist streng vom bilanziellen Eigenkapital zu unterscheiden.
Operationelles Risiko	Verlustpotenzial, das sich aus dem Verhalten von Mitarbeitern, aus vertraglichen Vereinbarungen und Dokumentationen, der Technologie, dem Versagen der Infrastruktur und aus Katastrophen, externen Einflüssen und aus Kundenbeziehungen ergeben kann. Operationelles Risiko umfasst nicht Geschäfts-, Strategie- und Reputationsrisiken.
Option	Recht, den zugrunde liegenden Optionsgegenstand (beispielsweise Wertpapiere oder Devisen) von einem Vertragspartner (Stillhalter) zu einem vorweg fest vereinbarten Preis zu einem bestimmten Zeitpunkt beziehungsweise in einem bestimmten Zeitraum zu kaufen (Kaufoption/Call) oder an diesen zu verkaufen (Verkaufsoption/Put).
OTC-Derivate	Finanzinstrumente (Derivate), die nicht standardisiert sind und nicht an einer Börse, sondern direkt zwischen den Marktteilnehmern (Over the Counter) gehandelt werden.

Portfolio (Portfeuille)	Allgemein: Teil oder Gesamtheit einer oder aller Klassen von Vermögenswerten (zum Beispiel Wertpapiere, Kredite, Beteiligungen oder Immobilien). Die Portfoliobildung dient primär der Risikostreuung. Hier: Zusammenfassung ähnlicher Geschäfte, insbesondere von Wertpapieren und/oder Derivaten, unter Preisrisikoaspekten.
Portfolio-management	Wertpapierportfolios für Kunden. Kann die ständige Überwachung des Portfolios und nach Absprache mit dem Kunden auch Käufe und Verkäufe einschließen.
Prime Services/ Brokerage	Ein spezielles Dienstleistungsangebot vor allem für Hedgefonds, das in erster Linie aus Clearing, Abwicklung von Handelsgeschäften, Custody, Aufstellung von Abschlüssen und Finanzierung besteht.
Private Banking	Geschäft mit anlageorientierten vermögenden Kunden.
Private Equity	Kapitalbeteiligung an nicht börsennotierten Unternehmen, zum Beispiel Wagniskapital und Buy-out-Fonds.
Projected Unit Credit Method	Anwartschaftsbarwertverfahren für die Bewertung von Pensionszusagen; es handelt sich um ein Kapitalansammlungsverfahren nach IAS 19, nach dem die Verpflichtung mit dem versicherungsmathematischen Barwert des am Abschlußstichtag erworbenen Versorgungsanspruchs anzusetzen ist. Charakteristisch ist, dass bei dynamischen Pensionszusagen Trendannahmen (zum Beispiel hinsichtlich zu erwartender Gehaltssteigerungen) zu berücksichtigen sind. Der Zinsfuß zur Diskontierung orientiert sich an Zinssätzen für Schuldverschreibungen, die von Unternehmen mit hoher Bonität begeben werden.
Rating	Extern: standardisierte Beurteilung der Bonität eines Schuldners und/oder seiner Schuldtitel durch spezialisierte Agenturen. Intern: Risikoeinschätzung eines Kreditrisikos in Bezug auf einen bestimmten Schuldner.
Repo-Geschäft (Repurchase Agreement)	Rückkaufvereinbarung bei Wertpapiergeschäften (echte Pensionsgeschäfte, deren Gegenstand weiterhin dem Pensionsgeber zuzurechnen ist). Aus Sicht des Pensionsnehmers wird von einem Reverse-Repo-Geschäft gesprochen.
Sarbanes-Oxley Act (SOX)	US-Kapitalmarktgesetz aus dem Jahr 2002, das als Reaktion auf eine Anzahl von Bilanzskandalen die Corporate Governance stärken und damit das Vertrauen der Investoren in den Kapitalmarkt zurückgewinnen soll. Die neuen und erweiterten Regelungen gelten für alle an einer US-Börse notierten Unternehmen und reichen von zusätzlichen Vorstandsaufgaben bis zu strafrechtlichen Sanktionen.
Securitization (Verbriefung)	Schaffung von handelbaren Wertpapieren (englisch: securities) aus Forderungen (d.h. zukünftigen Zahlungsströmen) oder Eigentumsrechten im weitesten Sinne. Beispiele sind u.a. Asset-backed-Securities und Mortgage-backed-Securities. Diese Wertpapiere werden häufig von Zweckgesellschaften (englisch special purpose vehicles, sog. SPVs) ausgegeben, deren einziger Zweck in der Ausgabe dieser Wertpapiere besteht und deren Vermögen aus den zu diesem Zweck eingebrachten Vermögenswerten besteht.
Segmentberichterstattung	Bestandteil von Konzernabschlüssen. Vermittelt Informationen über die wesentlichen Geschäftsfelder eines Unternehmens und seines Umfelds. Über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage hinaus wird auch über die jeweiligen Chancen und Risiken berichtet. Die Segmentierung erfolgt primär anhand der operativen Segmente der Gesellschaft und orientiert sich an der internen Organisations- und Berichtsstruktur.

Shareholder Value	Managementkonzept, das dauerhafte Wertsteigerungen des Unternehmens in den Mittelpunkt strategischer und operativer Entscheidungen stellt. Kerngedanke ist, dass nur Renditen, die über den Eigenkapitalkosten liegen, Wert für die Aktionäre schaffen.
Subprime	Begriff, unter dem im Zusammenhang mit dem US-amerikanischen Hypothekenmarkt Kredite an Kreditnehmer mit geringer Bonität verstanden werden.
Summe der erfassten Erträge und Aufwendungen (Total recognized income and expense)	Veränderung des Eigenkapitals ohne Transaktionen mit Aktionären (zum Beispiel Dividendenausschüttungen, Kapitalerhöhungen). Er besteht primär aus dem Jahresüberschuss und den nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten.
Swaps	Grundsätzlich: Austausch von Zahlungsströmen. Zinsswaps: Tausch von Zinszahlungsströmen gleicher Währung mit unterschiedlichen Konditionen (beispielsweise fest/variabel). Währungsswaps: Tausch von Zinszahlungsströmen und Kapitalbeträgen in unterschiedlichen Währungen.
Trade Finance	Umfasst alle Dienstleistungen in den Bereichen Trade Finance Services sowie Trade and Risk Services. Der Geschäftsbereich betreut das Exportfinanzierungs- und Risikoabsicherungsgeschäft mit Finanzinstituten und Firmenkunden. Dazu gehören multinationale Unternehmen, etablierte und aufstrebende Unternehmen sowie Unternehmen des öffentlichen Sektors.
Trust & Securities Services	Breite Palette von administrativen Dienstleistungen für Wertpapiere. Dazu gehören zum Beispiel Wertpapierverwaltung und -verwahrung, Treuhandverwaltung von Wertpapieren, Emissions- und Zahlstellendienste, Depotbankfunktion für American Depositary Receipts (ADRs).
US-GAAP (United States Generally Accepted Accounting Principles)	Rechnungslegungsstandards der USA, die in engerem Sinne durch Verlautbarungen des Financial Accounting Standards Board (FASB) sowie des American Institute of Certified Public Accountants (AICPA) gebildet werden. Darüber hinaus sind insbesondere für börsennotierte Unternehmen die von der Wertpapieraufsichtsbehörde Securities and Exchange Commission (SEC) entwickelten Interpretationen und Auslegungen von Relevanz. Ähnlich den IFRS liegt die maßgebliche Zielsetzung in der Bereitstellung entscheidungsrelevanter Informationen im Jahresabschluss, die insbesondere für Investoren nützlich sein sollen.
Value-at-Risk-Konzept	Misst für ein gegebenes Portfolio den potenziellen künftigen Verlust (bezogen auf den Marktwert), der unter normalen Marktbedingungen in einer bestimmten Periode und mit einem bestimmten Konfidenzniveau nicht überschritten wird.
Zielgrößendefinition	Bestimmte signifikante Gewinne (wie Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen, Geschäftsfeldern oder Immobilien) oder signifikante Aufwendungen (wie Restrukturierungsaufwendungen, Goodwillabschreibungen oder Aufwendungen aus Rechtsstreitigkeiten) werden in der Zielgrößendefinition unberücksichtigt gelassen, wenn diese keine Bedeutung für den zukünftigen Erfolg der Kerngeschäftsfelder der Deutschen Bank haben.
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Nicht derivative finanzielle Vermögenswerte, die als zur Veräußerung verfügbar klassifiziert sind und nicht als Kredite und Forderungen oder zum Fair Value klassifiziert sind. Sie werden mit ihrem Fair Value in der Bilanz ausgewiesen. Änderungen des Fair Value werden grundsätzlich erfolgsneutral in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten innerhalb des Eigenkapitals gezeigt. Wertminderungen und realisierte Gewinne und Verluste werden ebenfalls in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung vereinnahmt.

UNTERSCHRIFTSEITE

Frankfurt am Main, im April 2009

Deutsche Bank AG

gez. Zabel

gez. Brunckhorst

[Diese Seite bleibt aus technischen Gründen frei.]

9. April 2009

Deutsche Bank Aktiengesellschaft



Wertpapierbeschreibung

gemäß §§ 5, 12 Absatz 1 Satz 4 Wertpapierprospektgesetz

für die Zulassung zum Börsenhandel im regulierten Markt der Wertpapierbörsen Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart mit gleichzeitiger Zulassung zum Teilbereich des regulierten Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse

von 50.000.000
neuen, auf den Namen lautenden Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien)
aus genehmigtem Kapital

mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von 2,56 €
je Stückaktie und mit voller Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2008

der

Deutsche Bank Aktiengesellschaft

Frankfurt am Main

International Securities Identification Number (ISIN): DE0005140008

Wertpapier-Kenn-Nummer (WKN): 514000

Common Code: 009992499

Börsen-Kürzel: DBK

INHALTSVERZEICHNIS

Risikofaktoren	3
Risikofaktoren im Zusammenhang mit den neuen Aktien	3
Allgemeine Informationen	4
Verantwortung für die Wertpapierbeschreibung	4
Gegenstand der Wertpapierbeschreibung	4
Form, Stimmrecht	4
Gewinnanteilberechtigung, Anteil am Liquidationserlös	4
Verbriefung	5
Übertragbarkeit	5
Marktschutzvereinbarung / Veräußerungsbeschränkungen (Lock-up)	5
Verwässerung	5
Zahlstelle	5
ISIN / WKN / Common Code / Börsenkürzel	6
Börsenzulassung und Notierungsaufnahme	7
Interessen beteiligter Personen an der Zulassung	7
Kosten der Börsenzulassung	7
Kapitalausstattung	8
Kapitalausstattung und Verschuldung	8
Erklärung zum Geschäftskapital	10
Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland	11
Besteuerung der Gesellschaft	11
Besteuerung der Aktionäre	12
Besteuerung von Dividenden	12
Besteuerung von Veräußerungsgewinnen	14
Besondere Regelungen für Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen sowie Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen und Pensionsfonds	16
Erbschaft- und Schenkungsteuer	17
Sonstige Steuern	17
Unterschriftseite	18

RISIKOFAKTOREN

Die folgende Darstellung enthält eine Beschreibung der Risikofaktoren, die für die zuzulassenden neuen Aktien von wesentlicher Bedeutung sind. Eine Beschreibung der Risiken im Hinblick auf die Geschäftstätigkeit und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Bank enthält das Registrierungsformular der Bank vom 9. April 2009, welches auf der Internetseite der Deutschen Bank (www.db.com/ir) veröffentlicht wird.

Risikofaktoren im Zusammenhang mit den neuen Aktien

Der Aktienkurs der Gesellschaft war und kann weiterhin volatil sein

Der Aktienkurs der Gesellschaft war in der Vergangenheit volatil. Dies war teilweise auf die hohe Volatilität an den Wertpapiermärkten im Allgemeinen und bei den Aktien von Finanzinstituten im Besonderen, vor allem im Zusammenhang mit der vom U.S.-Immobilienmarkt ausgegangenen weltweiten Finanzmarktkrise, zurückzuführen und auf Entwicklungen, welche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Bank beeinflussen haben. Außer diesen Entwicklungen können unter anderem folgende Faktoren den Aktienkurs der Gesellschaft beeinflussen: die Strategie der Deutschen Bank; mögliche Rechtsstreitigkeiten oder regulatorische Maßnahmen, welche die Deutsche Bank oder die Branchen betreffen, in denen die Deutsche Bank wesentliche Kreditengagements hat; das Verfehlen von Analystenschätzungen; Erwartungen des Marktes über die Wertentwicklung und angemessene Kapitalausstattung von Finanzinstituten im Allgemeinen; die Einschätzung von Anlegern sowie die tatsächliche Wertentwicklung anderer Finanzinstitute; öffentliche Bekanntmachungen über Insolvenzen oder ähnliche Restrukturierungsmaßnahmen sowie Untersuchungen über die Rechnungslegungspraxis von anderen Banken und die Volatilität des Marktes im Allgemeinen.

Es kann sein, dass die Gesellschaft in künftigen Geschäftsjahren keine Dividendenzahlungen leistet, sei es, dass sie keinen ausschüttungsfähigen Bilanzgewinn erzielt, oder sei es aus anderen Gründen

Eine Dividende kann nur ausgeschüttet werden, wenn die Gesellschaft in ihrem HGB-Einzelabschluss einen ausschüttungsfähigen Bilanzgewinn ausweist. Sollte sich die gegenwärtige Marktsituation verschlechtern oder länger fort dauern, kann es sein, dass sich die Ertragssituation der Deutschen Bank nicht nachhaltig verbessert oder sogar verschlechtert. Dies könnte dazu führen, dass für zukünftige Geschäftsjahre keine Dividendenzahlungen erfolgen können oder dass ausschüttungsfähige Gewinne zur Stärkung der Eigenkapitalbasis den Rücklagen zugeführt und damit nicht ausgeschüttet werden.

Die Beteiligung der Aktionäre könnte bei zukünftigen Kapitalmaßnahmen verwässert werden

Die Deutsche Bank könnte auch in Zukunft zur Finanzierung ihrer Geschäftstätigkeit oder aufgrund einer Verschlechterung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage oder der Erhöhung aufsichtsrechtlicher Eigenmittelanforderungen weiteres Kapital benötigen, insbesondere wenn die Finanzmarktkrise sich weiter verschärft oder längerfristig anhält. Die Beschaffung weiteren Eigenkapitals gegen Bareinlagen und die Ausübung möglicherweise noch auszugebender Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen kann zu einer wirtschaftlichen Verwässerung der Beteiligung der Aktionäre führen.

ALLGEMEINE INFORMATIONEN

Verantwortung für die Wertpapierbeschreibung

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, (nachfolgend auch „Deutsche Bank AG“, die „Bank“ oder „die Gesellschaft“ und zusammen mit ihren konsolidierten Tochtergesellschaften der „Deutsche Bank-Konzern“, die „Deutsche Bank“ oder „der Konzern“) übernimmt gemäß § 5 Absatz 4 des Wertpapierprospektgesetzes („WpPG“) die Verantwortung für den Inhalt dieser Wertpapierbeschreibung (die „Wertpapierbeschreibung“). Die Deutsche Bank AG erklärt, dass ihres Wissens die Angaben in dieser Wertpapierbeschreibung richtig sind und keine wesentlichen Umstände ausgelassen worden sind. Sie hat die erforderliche Sorgfalt walten lassen, um sicherzustellen, dass die in dieser Wertpapierbeschreibung gemachten Angaben ihres Wissens nach richtig und keine Tatsachen ausgelassen worden sind, die die Aussage der Wertpapierbeschreibung wahrscheinlich verändern können. Unbeschadet einer eventuellen Nachtragspflicht nach § 16 WpPG ist die Deutsche Bank AG nicht verpflichtet, die Wertpapierbeschreibung zu aktualisieren.

Der Prospekt für die neuen Aktien besteht gemäß § 12 Absatz 1 Satz 2 Wertpapierprospektgesetz („WpPG“) aus mehreren Einzeldokumenten – Registrierungsformular, Wertpapierbeschreibung und Zusammenfassung.

Gegenstand der Wertpapierbeschreibung

Gegenstand dieser Wertpapierbeschreibung sind 50.000.000 neue auf den Namen lautende Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien) der Deutsche Bank AG, einer Aktiengesellschaft deutschen Rechts, aus der am 23. Februar 2009 vom Vorstand mit Zustimmung des Präsidialausschusses des Aufsichtsrats, auf den der Aufsichtsrat mit Beschluss vom 14. Januar 2009 die Beschlusszuständigkeit delegiert hat, beschlossenen Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage aus genehmigtem Kapital. Die Kapitalerhöhung wurde am 6. März 2009 in das Handelsregister eingetragen.

Die neuen Aktien wurden an die Deutsche Post AG als Gegenleistung für die Übertragung von Aktien der Deutsche Postbank AG ausgegeben.

Form, Stimmrecht

Sämtliche Aktien der Gesellschaft einschließlich der neuen Aktien sind auf den Namen lautende Stückaktien ohne Nennbetrag mit einem auf die einzelne Aktie entfallenden rechnerischen Anteil am Grundkapital in Höhe von 2,56 €. Jede Aktie gewährt in der Hauptversammlung der Gesellschaft eine Stimme. Beschränkungen des Stimmrechts bestehen nicht.

Gewinnanteilberechtigung, Anteil am Liquidationserlös

Die neuen Aktien sind mit voller Gewinnanteilsberechtigung ab dem 1. Januar 2008 ausgestattet. Die Beschlussfassung über die Ausschüttung von Dividenden auf Aktien der Bank für ein Geschäftsjahr obliegt der Hauptversammlung des darauf folgenden Geschäftsjahres, die auf Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat entscheidet. Sofern nicht anders beschlossen, ist die Dividende, der die Hauptversammlung zugestimmt hat, am ersten Handelstag nach der Hauptversammlung zu zahlen, unabhängig davon, ob es sich um im Inland oder im Ausland ansässige Aktionäre handelt. Die Gesellschaft hat grundsätzlich für Rechnung der Aktionäre von den von ihr ausgeschütteten Dividenden eine Quellensteuer (Kapitalertragsteuer) einzubehalten. Die Kapitalertragsteuer ist grundsätzlich unabhängig davon einzubehalten, ob es sich um einen im Inland oder im Ausland ansässigen Aktionär handelt (für weitere Einzelheiten zur Besteuerung von Dividenden siehe „*Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland – Besteuerung von Dividenden*“). Dividendenansprüche unterliegen der dreijährigen Regelverjährung zugunsten der Gesellschaft. Nach dem deutschen Aktienrecht kann eine Beschlussfassung über eine Dividende sowie deren Ausschüttung nur aufgrund eines in dem Einzelabschluss der Bank ausgewiesenen Bilanzgewinns erfolgen. Bei der Ermittlung des zur Ausschüttung zur Verfügung stehenden Bilanzgewinns ist der Jahresüberschuss bzw. Jahresfehlbetrag

um Gewinn- bzw. Verlustvorträge der Vorjahre sowie um Entnahmen aus bzw. Einstellungen in Rücklagen zu korrigieren. Bestimmte Rücklagen sind kraft Gesetzes zu bilden und müssen bei der Berechnung des zur Ausschüttung verfügbaren Bilanzgewinns abgezogen werden. Nach der Satzung der Bank wird der Bilanzgewinn an die Aktionäre verteilt, soweit die Hauptversammlung keine andere Verwendung bestimmt. Die Hauptversammlung kann anstelle oder neben einer Bar- auch eine Sachausschüttung beschließen. Die Gewinnanteile der Aktionäre sind im Verhältnis der auf ihren Anteil am Grundkapital geleisteten Einzahlungen und im Verhältnis der Zeit, die seit dem für die Leistung bestimmten Zeitpunkt verstrichen ist, zu verteilen.

An einem etwaigen Liquidationserlös nehmen die neuen Aktien entsprechend ihrem rechnerischen Anteil am Grundkapital teil.

Verbriefung

Die neuen Aktien sind in einer Globalurkunde ohne Gewinnanteilsschein verbrieft, die bei der Clearstream Banking AG, Neue Börsenstrasse 1, 60457 Frankfurt am Main („Clearstream“) hinterlegt wird. Ein Anspruch der Aktionäre auf Verbriefung ihrer Anteile sowie etwaiger Gewinnanteil- und Erneuerungsscheine ist satzungsgemäß ausgeschlossen, soweit seine Gewährung nicht nach den Regeln erforderlich ist, die an einer Börse gelten, an der die Aktien zugelassen sind. Die neuen Aktien sind mit den gleichen Rechten ausgestattet wie alle anderen Aktien der Gesellschaft und vermitteln keine darüber hinausgehenden Rechte oder Vorteile.

Übertragbarkeit

Die Übertragbarkeit der Aktien der Bank ist weder gesetzlich noch durch die Satzung der Bank eingeschränkt.

Marktschutzvereinbarung / Veräußerungsbeschränkungen (Lock-up)

Die Deutsche Post hat sich gegenüber der Deutschen Bank verpflichtet, von den insgesamt 50.000.000 neuen Aktien 25.000.000 Aktien („Tranche 1“) vor Ablauf des 3. Juni 2009 nicht direkt oder indirekt anzubieten, zu verkaufen oder zu vermarkten oder dies anzukündigen, soweit dies nicht mit der Deutschen Bank vereinbart ist. Hinsichtlich der weiteren 25.000.000 Aktien („Tranche 2“) hat sich die Deutsche Post gegenüber der Deutschen Bank verpflichtet, diese nicht vor Ablauf des 30. April 2009 sowie nicht in dem Zeitraum vom 30. Mai 2009 bis voraussichtlich zum 1. Juli 2009 direkt oder indirekt anzubieten, zu verkaufen oder zu vermarkten oder dies anzukündigen. Veräußerungsbeschränkungen gelten im Zeitraum vom 25. April bis zum 1. Juli 2009 (jeweils einschließlich) auch für jede Transaktion, die wirtschaftlich einem Verkauf entspricht.

Verwässerung

Der Buchwert des bilanziellen Eigenkapitals der Gesellschaft nach IFRS betrug zum 31. Dezember 2008 (Konzernabschluss, berechnet auf Grundlage der Anzahl der vor Durchführung der Sachkapitalerhöhung ausgegebenen 570.859.015 Aktien der Gesellschaft) 53,78 € pro Aktie. Unter Berücksichtigung der am 6. März 2009 eingetragenen Sachkapitalerhöhung und der vollständigen Zulassung der 50.000.000 neuen Aktien aus der vom Vorstand am 23. Februar 2009 mit Zustimmung des Aufsichtsrats vom selben Tag beschlossenen Kapitalerhöhung und nach Abzug der geschätzten Kosten der Börsenzulassung hätte das angepasste Eigenkapital der Gesellschaft nach IFRS zum 31. Dezember 2008 50,99 € pro Aktie betragen (Konzern-Abschluss; berechnet auf Grundlage der Anzahl der nach Durchführung der Kapitalerhöhung ausgegebenen 620.859.015 Aktien der Gesellschaft). Dies entspricht einer Verringerung des Eigenkapitals der Gesellschaft um 2,79 € bzw. 5,2% pro Aktie für die bisherigen Aktionäre.

Zahlstelle

Zahlstelle für die Aktien der Gesellschaft ist die Deutsche Bank AG, Theodor-Heuss-Allee 70, 60486 Frankfurt am Main.

ISIN / WKN / Common Code / Börsenkürzel

International Securities Identification Number (ISIN)
Wertpapier-Kenn-Nummer (WKN)
Börsenkürzel
Common Code

DE0005140008
514000
DBK
009992499

BÖRSENZULASSUNG UND NOTIERUNGS-AUFNAHME

Die Zulassung der neuen Aktien zum regulierten Markt an den Wertpapierbörsen Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart sowie zum Teilbereich des regulierten Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse wurde am 7. April 2009 beantragt.

Für die Börsenzulassung der neuen Aktien und ihre Einbeziehung in die bestehende Notierung an den deutschen Wertpapierbörsen ist folgender Zeitplan vorgesehen:

9. April 2009	Billigung der Wertpapierbeschreibung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“)
9. April 2009	Veröffentlichung der von der BaFin gebilligten Wertpapierbeschreibung (Bereithalten in gedruckter Form zur kostenlosen Ausgabe bei der Deutsche Bank AG,
15. April 2009	Zulassungsbeschluss der Frankfurter Wertpapierbörse und der Regionalbörsen Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart
16. April 2009	Veröffentlichung des Zulassungsbeschlusses
17. April 2009	Einbeziehung der neuen Aktien in die bestehende Notierung

Die neuen Aktien sollen zeitnah auch an der New York Stock Exchange zugelassen werden.

Der Prospekt (bestehend aus Registrierungsformular, Wertpapierbeschreibung und Zusammenfassung) wird ab dem 9. April 2009 während der üblichen Geschäftszeiten bei der Deutsche Bank AG (Grosse Gallusstrasse 10–14, 60316 Frankfurt am Main) in gedruckter Form kostenlos erhältlich sein.

Das Registrierungsformular wird zudem auf der Internetseite der Gesellschaft veröffentlicht.

Interessen beteiligter Personen an der Zulassung

Die Deutsche Bank AG selbst hat – über die gesetzliche Verpflichtung hinaus – ein Interesse daran, ihr gesamtes Grundkapital in die Notierung einzubeziehen, zumal die Einbeziehung in die Notierung die Führung des Aktienregisters erheblich erleichtert.

Die Deutsche Post hat ein Interesse an der Zulassung der neuen Aktien, da sie nur dann den Kapitalmarkt für die Veräußerung von Aktien problemlos nutzen kann. Nach der Börsenzulassung hat die Deutsche Post, unter Berücksichtigung der vereinbarten Beschränkungen (siehe „*Marktschutzvereinbarung/Veräußerungsbeschränkungen (lock-up)*“), die Möglichkeit einer kurzfristigen Veräußerung der Aktien.

Kosten der Börsenzulassung

Der Gesellschaft fallen Provisionen sowie sonstige Kosten im Rahmen der Börsenzulassung in Höhe von voraussichtlich € 1,7 Mio. an.

KAPITALAUSSTATTUNG

Die nachfolgende Tabelle zeigt einen Überblick über die Kapitalausstattung und die Verbindlichkeiten des Deutsche Bank-Konzerns nach IFRS zum 28. Februar 2009.

Die folgende Tabelle sollte im Zusammenhang mit den Angaben im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars gelesen werden.

Kapitalausstattung und Verschuldung

	28. Februar 2009
	(in Mio €) (ungeprüft)
Verbindlichkeiten ⁽¹⁾	711.586
Kurzfristige Verbindlichkeiten ⁽²⁾	561.038
davon besichert	73.072
davon unbesichert	487.966
davon garantiert	0
davon nicht garantiert	561.038
Langfristige Verbindlichkeiten ⁽³⁾	150.548
davon besichert	13.675
davon unbesichert	136.873
davon garantiert	0
davon nicht garantiert	150.548
Nachrangige Verbindlichkeiten	8.357
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	10.462
Zum Fair Value bewertete langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	25.445
Sonstige Passiva ⁽⁴⁾	1.545.056
Summe der Verbindlichkeiten	2.300.906
Eigenkapital⁽⁵⁾	30.533
Stammaktien (ohne Nennwert)	1.461
Kapitalrücklage	14.265
Gewinnrücklage ⁽⁶⁾	20.051
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	– 390
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	– 3
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (–), nach Steuern ⁽⁷⁾	– 4.851
Summe der Passiva⁽⁵⁾	2.331.439

1 Summe aus kurzfristigen und langfristigen Verbindlichkeiten.

2 Summe aus (i) Einlagen mit Fälligkeit von bis zu einem Jahr, (ii) Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und aus Wertpapierleihen jeweils mit Fälligkeit von bis zu einem Jahr, (iii) Sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten und (iv) langfristigen vorrangigen Verbindlichkeiten mit Fälligkeit von bis zu einem Jahr.

3 Summe aus (i) Einlagen mit Fälligkeit von mehr als einem Jahr, (ii) Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und aus Wertpapierleihen jeweils mit Fälligkeit von mehr als einem Jahr und (iii) langfristigen vorrangigen Verbindlichkeiten mit Fälligkeit von mehr als 1 Jahr.

4 Beinhaltet im Wesentlichen Handelspassiva in Höhe von 1.201 Mrd €.

5 Ohne Gewinn/Verlust und Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (–), nach Steuern in 2009.

6 Ohne Gewinn/Verlust in 2009.

7 Ohne Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (–), nach Steuern in 2009.

Zum 28. Februar 2009 betragen die Eventualverbindlichkeiten des Deutsche Bank-Konzerns 48,8 Mrd €. Diese umfassen Finanz- und Performancegarantien, Haftungsübernahmeerklärungen und Kreditbriefe. Zum 28. Februar 2009 hatte der Deutsche Bank-Konzern unwiderrufliche Kreditzusagen in Höhe von 112,7 Mrd € gegeben.

Im Zuge des Erwerbs einer Beteiligung an der Deutsche Postbank AG und aufgrund der in diesem Zusammenhang erfolgten Sachkapitalerhöhung hat die Deutsche Bank AG am 6. März 2009 50.000.000 neue Stammaktien an die Deutsche Post AG ausgegeben. Das gezeichnete Kapital der Deutschen Bank (ausgewiesen unter „Stammaktien (ohne Nennwert)“) erhöhte sich aufgrund dieser Transaktion um 128 Mio € und ihre Kapitalrücklage stieg um 830 Mio €.

	28. Februar 2009
Nettofinanzverbindlichkeiten	
	(in Mio €) (ungeprüft)
Barreserve	6.595
Wertpapiere des Handelsbestands	230.435
Liquide Mittel⁽¹⁾	237.030
Kurzfristige finanzielle Forderungen ⁽²⁾	1.795.240
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten ⁽³⁾	– 1.980.401
Kurzfristige Finanzschulden ⁽⁴⁾	– 68.433
Kurzfristige Nettofinanzverbindlichkeiten⁽⁵⁾	– 16.564
Langfristige Finanzverbindlichkeiten ⁽⁶⁾	– 68.498
Langfristige Finanzschulden ⁽⁷⁾	– 122.764
Langfristige Finanzverbindlichkeiten und -schulden⁽⁸⁾	– 191.262
Langfristige finanzielle Forderungen ⁽⁹⁾	204.877
Langfristige Nettofinanzverbindlichkeiten⁽¹⁰⁾	13.615
Finanzanlagen ⁽¹¹⁾	29.858
Summe Nettofinanzverbindlichkeiten⁽¹²⁾	26.909

- 1 Summe aus Barreserve und Wertpapieren des Handelsbestands.
- 2 Summe aus (i) verzinslichen Einlagen bei Kreditinstituten mit Fälligkeit von bis zu einem Jahr, (ii) Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) sowie Forderungen aus Wertpapierleihen jeweils mit Fälligkeit von bis zu einem Jahr, (iii) zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten mit Fälligkeit von bis zu einem Jahr (abzüglich Wertpapieren des Handelsbestands), (iv) Forderungen aus dem Kreditgeschäft mit Fälligkeit von bis zu einem Jahr und (v) finanziellen Forderungen mit Fälligkeit von bis zu einem Jahr (bilanziert als Sonstige Aktiva).
- 3 Summe aus (i) Einlagen mit Fälligkeit von bis zu einem Jahr, (ii) Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) sowie Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen jeweils mit Fälligkeit von bis zu einem Jahr, (iii) zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen mit Fälligkeit von bis zu einem Jahr, (iv) Finanzverbindlichkeiten mit Fälligkeit von bis zu einem Jahr (bilanziert als Sonstige Passiva) und (v) der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien mit Fälligkeit von bis zu einem Jahr.
- 4 Summe aus (i) sonstigen kurzfristigen Geldaufnahmen, (ii) langfristigen Verbindlichkeiten mit Fälligkeit von bis zu einem Jahr und (iii) hybriden Kapitalinstrumenten mit Fälligkeit von bis zu einem Jahr.
- 5 Summe aus (i) liquiden Mitteln, (ii) kurzfristigen finanziellen Forderungen, (iii) kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten und (iv) kurzfristigen Finanzschulden.
- 6 Summe aus (i) Einlagen mit Fälligkeit von mehr als einem Jahr, (ii) Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) sowie Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen jeweils mit Fälligkeit von mehr als einem Jahr und (iii) zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen mit Fälligkeit von mehr als einem Jahr.
- 7 Summe aus (i) sonstigen langfristigen Verbindlichkeiten mit Fälligkeiten von mehr als einem Jahr und (ii) hybriden Kapitalinstrumenten mit Fälligkeit von mehr als einem Jahr.
- 8 Summe aus langfristigen Finanzverbindlichkeiten und langfristigen Finanzschulden.
- 9 Summe aus (i) verzinslichen Einlagen bei Kreditinstituten mit Fälligkeit von mehr als einem Jahr, (ii) Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) sowie Forderungen aus Wertpapierleihen jeweils mit Fälligkeit von mehr als einem Jahr, (iii) zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten mit Fälligkeit von mehr als einem Jahr und (iv) Forderungen aus dem Kreditgeschäft mit Fälligkeit von mehr als einem Jahr.
- 10 Summe aus langfristigen Finanzverbindlichkeiten und -schulden und langfristigen finanziellen Forderungen. Diese Position ist positiv, da die langfristigen finanziellen Forderungen die langfristigen Finanzverbindlichkeiten und -schulden übersteigen.
- 11 Summe aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten und nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen.
- 12 Summe aus (i) kurzfristigen Nettofinanzverbindlichkeiten, (ii) langfristigen Nettofinanzverbindlichkeiten und (iii) Finanzanlagen. Diese Position ist positiv, da die langfristigen finanziellen Forderungen und die Finanzanlagen die langfristigen Finanzverbindlichkeiten und -schulden übersteigen.

Erklärung zum Geschäftskapital

Die Gesellschaft ist der Ansicht, dass sie selbst über ausreichend Geschäftskapital verfügt, um ihren Zahlungsverpflichtungen mindestens in den nächsten zwölf Monaten nachkommen zu können.

BESTEuerung IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Dieser Abschnitt enthält eine Darstellung wichtiger deutscher Besteuerungsgrundsätze, die im Zusammenhang mit dem Erwerb, dem Halten oder der Übertragung von Aktien von Bedeutung sind oder werden können. Grundlage der Darstellung sind die zum Datum dieser Wertpapierbeschreibung geltenden Steuervorschriften in Deutschland sowie Bestimmungen von Doppelbesteuerungsabkommen, wie sie Deutschland derzeit typischerweise mit anderen Staaten abgeschlossen hat. Steuerrechtliche Vorschriften können sich – unter Umständen auch rückwirkend – ändern.

Dieser Abschnitt kann nicht die individuelle steuerliche Beratung des einzelnen Anteilseigners ersetzen. Potenziellen Käufern der Aktien wird daher empfohlen, wegen der Steuerfolgen des Erwerbs, des Haltens sowie der Übertragung von Aktien oder Bezugsrechten und wegen des bei einer möglichen Erstattung deutscher Quellensteuer (Kapitalertragsteuer) einzuhaltenden Verfahrens ihre steuerlichen Berater zu konsultieren. Nur diese sind in der Lage, auch die besonderen steuerlichen Verhältnisse des einzelnen Aktionärs angemessen zu berücksichtigen.

Besteuerung der Gesellschaft

Deutsche Kapitalgesellschaften unterliegen mit ihrem Gewinn grundsätzlich der Körperschaftsteuer. Der Körperschaftsteuersatz beträgt einheitlich 15% für ausgeschüttete und einbehaltene Gewinne zuzüglich eines Solidaritätszuschlages in Höhe von 5,5% auf die Körperschaftsteuerschuld (insgesamt 15,825%).

Dividenden oder andere Gewinnanteile, die die Kapitalgesellschaft von inländischen oder ausländischen Kapitalgesellschaften bezieht, sind grundsätzlich zu 95% von der Körperschaftsteuer befreit, 5% der jeweiligen Einnahmen gelten allerdings pauschal als nicht abziehbare Betriebsausgaben und unterliegen deshalb der Körperschaftsteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag). Gleiches gilt für Gewinne der Gesellschaft aus der Veräußerung von Anteilen an einer inländischen oder ausländischen Kapitalgesellschaft. Ausnahmeregelungen gelten für Anteile, die dem Handelsbuch der Gesellschaft zuzurechnen sind (siehe unten unter „Besondere Regelungen für Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen sowie Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen und Pensionsfonds“).

Zusätzlich unterliegen deutsche Kapitalgesellschaften mit ihrem in inländischen Betriebsstätten erzielten Gewerbeertrag grundsätzlich der Gewerbesteuer. Die Höhe der Gewerbesteuer hängt davon ab, in welcher Gemeinde die Gesellschaft Betriebsstätten unterhält. Die Gewerbesteuer beträgt in der Regel effektiv ca. 10 bis 17% des Gewerbeertrags. Die Gewerbesteuer darf bei der Ermittlung des körperschaftsteuerpflichtigen Einkommens der Kapitalgesellschaft nicht als Betriebsausgabe abgezogen werden. Für Zwecke der Gewerbesteuer werden von inländischen und ausländischen Kapitalgesellschaften bezogene Gewinnanteile sowie Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an einer anderen Kapitalgesellschaft grundsätzlich in gleicher Weise behandelt wie für Zwecke der Körperschaftsteuer. Allerdings sind von inländischen und ausländischen Kapitalgesellschaften bezogene Gewinnanteile grundsätzlich nur dann effektiv zu 95% von der Gewerbesteuer befreit, wenn die Gesellschaft zu Beginn bzw. seit Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraumes ununterbrochen zu mindestens 15% am Grund- oder Stammkapital der ausschüttenden Gesellschaft beteiligt war (gewerbesteuerliches Schachtelprivileg). Anderenfalls unterliegen die Gewinnanteile vollständig der Gewerbesteuer. Für Gewinnanteile, die von ausländischen Kapitalgesellschaften stammen, gelten zusätzliche Einschränkungen.

Steuerliche Verlustvorträge können nur bis zur Höhe von 1,0 Mio € zum vollen Ausgleich eines positiven körperschaftsteuerpflichtigen Einkommens bzw. des Gewerbeertrags herangezogen werden. Übersteigt das Einkommen bzw. der Gewerbeertrag diesen Betrag, ist der Verlustausgleich auf 60% des übersteigenden Betrags begrenzt. Die verbleibenden 40% müssen versteuert werden (Mindestbesteuerung). Nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge können ohne zeitliche Beschränkung vorgezogen und im Rahmen der dargestellten Regelung von zukünftigen steuerpflichtigen Einkommen bzw. Gewerbeerträgen abgezogen werden.

Besteuerung der Aktionäre

Bei der Besteuerung der Aktionäre ist zu unterscheiden zwischen der Besteuerung im Zusammenhang mit dem Halten der Aktien (Besteuerung von Dividenden), der Veräußerung von Aktien (Besteuerung von Veräußerungsgewinnen) und der unentgeltlichen Übertragung von Aktien (Erbschaft- und Schenkungsteuer).

Besteuerung von Dividenden

Kapitalertragsteuer

Die Gesellschaft hat grundsätzlich für Rechnung der Aktionäre von den von ihr ausgeschütteten Dividenden eine Quellensteuer (Kapitalertragsteuer) in Höhe von 25 % und einen auf die Kapitalertragsteuer erhobenen Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 % (insgesamt also 26,375 %) einzubehalten und abzuführen. Bemessungsgrundlage für die Kapitalertragsteuer ist die von der Hauptversammlung beschlossene Dividende.

Die Kapitalertragsteuer ist grundsätzlich unabhängig davon einzubehalten, ob und in welchem Umfang die Dividende auf Ebene des Aktionärs von der Steuer befreit ist und ob es sich um einen im Inland oder im Ausland ansässigen Aktionär handelt.

Bei Dividenden, die an eine in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union ansässige Gesellschaft im Sinne des Art. 2 der so genannten Mutter-Tochter-Richtlinie (Richtlinie Nr. 90/435/EWG des Rates vom 23. Juli 1990 in der jeweils gültigen Fassung) ausgeschüttet werden, wird auf Antrag und bei Vorliegen weiterer Voraussetzungen von einer Einbehaltung der Kapitalertragsteuer abgesehen (Freistellung im Steuerabzugsverfahren). Das gilt auch für Dividenden, die an eine in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union gelegene Betriebsstätte einer solchen Muttergesellschaft oder einer in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtigen Muttergesellschaft ausgeschüttet werden, sofern die Beteiligung an der Gesellschaft tatsächlich zum Betriebsvermögen dieser Betriebsstätte gehört.

Für Ausschüttungen an sonstige im Ausland ansässige Aktionäre wird der Kapitalertragsteuersatz, wenn Deutschland mit dem Ansässigkeitsstaat des Aktionärs ein Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen hat und wenn der Aktionär seine Aktien weder im Vermögen einer Betriebsstätte oder festen Einrichtung in Deutschland noch in einem Betriebsvermögen, für das ein ständiger Vertreter in Deutschland bestellt ist, hält, nach Maßgabe des Doppelbesteuerungsabkommens ermäßigt. Die Kapitalertragsteuerermäßigung wird grundsätzlich in der Weise gewährt, dass die Differenz zwischen dem einbehaltenen Gesamtbetrag einschließlich des Solidaritätszuschlages und der nach dem einschlägigen Doppelbesteuerungsabkommen tatsächlich geschuldeten Kapitalertragsteuer (in der Regel 15%) auf Antrag durch die deutsche Finanzverwaltung (Bundeszentralamt für Steuern, Hauptdienstsz Bonn-Beuel, An der Kuppe 1, D-53225 Bonn) erstattet wird. Formulare für das Erstattungsverfahren sind beim Bundeszentralamt für Steuern (<http://www.bzst.bund.de>) sowie bei den deutschen Botschaften und Konsulaten erhältlich.

Fließen beschränkt steuerpflichtigen Körperschaften ohne Sitz und Geschäftsleitung in Deutschland Dividenden zu, können grundsätzlich zwei Fünftel der einbehaltenen und abgeführten Kapitalertragsteuer erstattet werden, ohne dass sämtliche Voraussetzungen erfüllt werden müssen, unter denen eine Erstattung auf Grund der so genannten Mutter-Tochter-Richtlinie oder auf Grund von Doppelbesteuerungsabkommen verlangt werden kann. Entsprechende Antragsformulare sind beim Bundeszentralamt für Steuern (unter der o.g. Adresse) erhältlich. Der Anspruch auf eine weitergehende Erstattung oder Freistellung auf Grund der Mutter-Tochter-Richtlinie oder von Doppelbesteuerungsabkommen bleibt hiervon unberührt.

Die Freistellung vom Kapitalertragsteuerabzug nach der Mutter-Tochter-Richtlinie sowie die vorgenannten Möglichkeiten zur Erstattung der Kapitalertragsteuer hängen davon ab, dass bestimmte weitere Bedingungen (insbesondere sog. Substanzerfordernisse) erfüllt werden.

Im Inland ansässige Aktionäre

Besteuerung von Dividendeneinkünften in Deutschland ansässiger Aktionäre, die ihre Aktien im Privatvermögen halten

Für unbeschränkt steuerpflichtige Aktionäre, die die Aktien im Privatvermögen halten, wird mit dem Kapitalertragsteuerabzug die Einkommensteuerschuld für die Dividenden abgegolten (sog. Abgeltungsteuer). Die Abgeltungsteuer ersetzt in diesen Fällen das bisherige Halbeinkünfteverfahren. Der Aktionär kann beantragen, dass seine Kapitalerträge statt der Abgeltungsteuer mit dem Satz der tariflichen Einkommensteuer besteuert werden, wenn dies für ihn zu einer niedrigeren Steuerbelastung führt. Werbungskosten können in beiden Fällen bis auf einen Sparer-Pauschbetrag in Höhe von 801,00 € (1.602,00 € bei zusammen veranlagten Ehegatten) nicht mehr von Kapitalerträgen abgezogen werden.

Anteilseigner, die zu mindestens 25% an der Gesellschaft beteiligt sind oder zu mindestens 1% an der Gesellschaft beteiligt sind und für diese beruflich tätig sind, können beantragen, dass Dividenden nicht mit der Abgeltungsteuer, sondern nach Maßgabe des Teileinkünfteverfahrens (siehe unten „Besteuerung von Dividendeneinkünften in Deutschland ansässiger Aktionäre, die ihre Aktien im Betriebsvermögen halten Einzelunternehmer“) besteuert werden. Die Begrenzung des Werbungskostenabzugs auf den Sparer-Pauschbetrag findet in diesen Fällen keine Anwendung.

Besteuerung von Dividendeneinkünften in Deutschland ansässiger Aktionäre, die ihre Aktien im Betriebsvermögen halten

Für Dividenden aus Aktien, die im Betriebsvermögen gehalten werden, gilt die Abgeltungsteuer nicht. Die Besteuerung richtet sich danach, ob der Aktionär eine Körperschaft, ein Einzelunternehmer oder eine Personengesellschaft (Mitunternehmerschaft) ist:

Körperschaften Ist der Aktionär eine steuerlich im Inland ansässige Körperschaft, so sind die Dividenden – vorbehaltlich bestimmter, weiter unten beschriebener Ausnahmen für Unternehmen des Finanz- und Versicherungssektors – grundsätzlich zu 95% von der Körperschaftsteuer und dem Solidaritätszuschlag befreit. Eine Mindestbeteiligungsgrenze oder eine Mindesthaltezeit ist nicht zu beachten. 5% der Dividenden gelten pauschal als nicht abzugsfähige Betriebsausgaben und unterliegen daher der Körperschaftsteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag). Im Übrigen dürfen tatsächlich anfallende Betriebsausgaben, die mit den Dividenden in unmittelbarem Zusammenhang stehen, abgezogen werden. Die Dividenden unterliegen jedoch (nach Abzug der mit ihnen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Betriebsausgaben) in voller Höhe der Gewerbesteuer, es sei denn, die Körperschaft ist zu Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraums zu mindestens 15% am Grund- oder Stammkapital der Gesellschaft beteiligt (gewerbsteuerliches Schachtelprivileg). Im letztgenannten Fall unterliegen die Dividenden nicht der Gewerbesteuer; auf den als nicht abzugsfähige Betriebsausgaben geltenden Betrag (in Höhe von 5% der Dividende) fällt allerdings Gewerbesteuer an.

Einzelunternehmer Hält ein Einzelunternehmer die Aktien in seinem Betriebsvermögen, so unterliegen nur 60% der Dividenden (Teileinkünfteverfahren) der progressiven Einkommensteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag). Betriebsausgaben, die mit den Dividenden in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen, sind lediglich zu 60% steuerlich abzugsfähig. Gehören die Aktien zu einer deutschen Betriebsstätte eines Gewerbebetriebs des Aktionärs, so unterliegen die Dividendeneinkünfte (nach Abzug der mit ihnen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Betriebsausgaben) zusätzlich in voller Höhe der Gewerbesteuer, es sei denn, der Aktionär war zu Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraums zu mindestens 15% am Grund- oder Stammkapital der Gesellschaft beteiligt (gewerbsteuerliches Schachtelprivileg). Im letzteren Fall ist der Nettobetrag der Dividenden, d. h. abzüglich damit in unmittelbarem Zusammenhang stehender Aufwendungen, von der Gewerbesteuer ausgenommen. Die Gewerbesteuer ist grundsätzlich im Wege eines pauschalierten Anrechnungsverfahrens – abhängig von der Höhe des kommunalen Hebesatzes und den persönlichen Besteuerungsverhältnissen – vollständig oder teilweise auf die persönliche Einkommensteuer des Aktionärs anrechenbar.

Personengesellschaft Ist der Aktionär eine Personengesellschaft (Mitunternehmerschaft), so wird die Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer nicht auf der Ebene der Personengesellschaft, sondern auf der Ebene des jeweiligen Gesellschafters erhoben. Die Besteuerung eines jeden Gesellschafters hängt davon ab, ob der Gesellschafter eine Körperschaft oder eine natürliche Person ist. Ist der Gesellschafter eine Körperschaft, so ist die Dividende grundsätzlich effektiv zu 95 % steuerfrei (vgl. oben unter „– Körperschaften“). Ist der Gesellschafter eine natürliche Person, so gilt das Teileinkünfteverfahren (vgl. oben unter „– Einzelunternehmer“). Zusätzlich unterliegen die Dividenden bei Zurechnung der Aktien zu einer inländischen Betriebsstätte eines Gewerbebetriebs der Personengesellschaft bei dieser der Gewerbesteuer, und zwar grundsätzlich in voller Höhe. Wenn der Gesellschafter der Personengesellschaft eine natürliche Person ist, wird die von der Personengesellschaft gezahlte, auf seinen Anteil entfallende Gewerbesteuer grundsätzlich nach einem pauschalierten Verfahren – abhängig von der Höhe des kommunalen Hebesatzes und den persönlichen Besteuerungsverhältnissen – vollständig oder teilweise auf seine persönliche Einkommensteuer angerechnet. War die Personengesellschaft zu Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraums zu mindestens 15 % am Grund- oder Stammkapital der Gesellschaft beteiligt (gewerbesteuerliches Schachtelprivileg), unterliegen die Dividenden nach Abzug der mit ihnen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Betriebsausgaben nicht der Gewerbesteuer. Allerdings fällt in diesem Fall, soweit an der Personengesellschaft Körperschaften beteiligt sind, auf 5 % der Dividenden, die als nicht abzugsfähige Betriebsausgaben gelten, voraussichtlich Gewerbesteuer an.

In den zuvor genannten Fällen wird die einbehaltene und abgeführte Kapitalertragsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag) auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuerschuld angerechnet bzw. in Höhe eines etwaigen Überhangs erstattet.

Im Ausland ansässige Aktionäre

Nicht in Deutschland ansässige Aktionäre (natürliche Personen oder Körperschaften), die ihre Aktien über eine inländische Betriebsstätte oder feste Einrichtung oder ein Betriebsvermögen, für das im Inland ein ständiger Vertreter bestellt ist, halten, unterliegen mit ihren Dividendeneinkünften der deutschen Steuer. Insoweit gilt das oben in Bezug auf in Deutschland ansässige Aktionäre Dargestellte entsprechend. Die einbehaltene und abgeführte Kapitalertragsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag) wird ihnen auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuerschuld angerechnet bzw. in Höhe eines etwaigen Überhangs erstattet.

In allen sonstigen Fällen ist eine etwaige deutsche Steuerschuld mit Einbehaltung der Kapitalertragsteuer abgegolten. Die Kapitalertragsteuer wird nur in den oben unter „– Kapitalertragsteuer“ beschriebenen Fällen erstattet.

Besteuerung von Veräußerungsgewinnen

Kapitalertragsteuer

Gewinne aus der Veräußerung von Aktien unterliegen grundsätzlich der Kapitalertragsteuer in Höhe von 25 % und einem auf die Kapitalertragsteuer erhobenen Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 % (insgesamt also 26,375 %), wenn die Veräußerungserlöse durch eine inländische auszahlende Stelle (etwa ein inländisches Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitut oder Wertpapierhandelsunternehmen oder eine inländische Wertpapierhandelsbank) ausgezahlt oder gutgeschrieben werden. Die Kapitalertragsteuer wird für Rechnung des Aktionärs einbehalten. Bemessungsgrundlage für die Kapitalertragsteuer ist grundsätzlich der Veräußerungsgewinn.

Im Inland ansässige Aktionäre

Besteuerung von Veräußerungsgewinnen in Deutschland ansässiger Aktionäre, die ihre Aktien im Privatvermögen halten

Gewinne aus der Veräußerung von Aktien durch eine in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Person, die die Aktien nach dem 31. Dezember 2008 erworben hat und in ihrem Privatver-

mögen hält, unterliegen in Deutschland – unabhängig von der Haltedauer – grundsätzlich der Einkommensteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag). Die Veräußerungsgewinne gelten als Kapitalerträge, von denen der Sparer-Pauschbetrag abgezogen wird. Ein Abzug von Werbungskosten im Zusammenhang mit Veräußerungsgewinnen ist nicht zulässig. Veräußerungsverluste dürfen nur mit Gewinnen, die aus der Veräußerung von Aktien entstehen, ausgeglichen werden. Die Einkommensteuerschuld für die Veräußerungsgewinne wird mit dem vorstehend beschriebenen Kapitalertragsteuerabzug grundsätzlich abgegolten (sog. Abgeltungsteuer). Bei einer Besteuerung mit dem Satz der tariflichen Einkommensteuer im Rahmen einer auf Antrag zulässigen Veranlagung wird die Kapitalertragsteuer auf die tarifliche Einkommensteuer angerechnet und ein sich etwa ergebender Überhang erstattet.

Abweichend hiervon unterliegt ein Gewinn aus der Veräußerung von Aktien nicht der Abgeltungsteuer, sondern der Besteuerung nach dem Teileinkünfteverfahren (siehe unten „Besteuerung von Veräußerungsgewinnen in Deutschland ansässiger Aktionäre, die ihre Aktien im Betriebsvermögen halten Einzelunternehmer“), wenn die natürliche Person oder im Falle eines unentgeltlichen Erwerbes ihr Rechtsvorgänger oder, wenn die Aktien mehrmals nacheinander unentgeltlich übertragen worden sind, einer ihrer Rechtsvorgänger zu irgendeinem Zeitpunkt während der der Veräußerung vorangegangenen fünf Jahre zu mindestens 1 % unmittelbar oder mittelbar am Kapital der Gesellschaft beteiligt war.

Besteuerung von Veräußerungsgewinnen in Deutschland ansässiger Aktionäre, die ihre Aktien im Betriebsvermögen halten

Bei Aktien, die zum Betriebsvermögen eines Aktionärs gehören, richtet sich die Besteuerung der erzielten Veräußerungsgewinne danach, ob der Aktionär eine Kapitalgesellschaft, ein Einzelunternehmer oder eine Personengesellschaft (Mitunternehmerschaft) ist:

Körperschaften Für im Inland ansässige Körperschaften sind Gewinne aus der Veräußerung von Aktien grundsätzlich unabhängig von der Beteiligungshöhe und der Haltedauer zu 95 % von der Körperschaftsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag) und der Gewerbesteuer befreit. 5 % der Gewinne gelten pauschal als nicht abziehbare Betriebsausgaben und unterliegen deshalb der Körperschaftsteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag) sowie der Gewerbesteuer. Veräußerungsverluste und andere Gewinnminderungen, die im Zusammenhang mit den veräußerten Aktien stehen, dürfen grundsätzlich nicht als Betriebsausgaben abgezogen werden.

Einzelunternehmer Gehören die Aktien zum Betriebsvermögen eines in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtigen Einzelunternehmers (natürliche Person), unterliegen 60 % der Veräußerungsgewinne der progressiven Einkommensteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag (Teileinkünfteverfahren). Veräußerungsverluste und mit solchen Veräußerungen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehende Aufwendungen sind nur zu 60 % steuerlich abzugsfähig. Sind die Aktien der inländischen Betriebsstätte eines Gewerbebetriebes des Aktionärs zuzuordnen, so unterliegen 60 % der Veräußerungsgewinne zusätzlich der Gewerbesteuer. Die Gewerbesteuer ist im Wege eines pauschalierten Anrechnungsverfahrens – abhängig von der Höhe des kommunalen Hebesatzes und den persönlichen Besteuerungsverhältnissen – vollständig oder teilweise auf die persönliche Einkommensteuer des Aktionärs anrechenbar.

Personengesellschaft Ist eine Personengesellschaft (Mitunternehmerschaft) Aktionärin, so wird die Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer nicht auf der Ebene der Personengesellschaft, sondern auf Ebene des jeweiligen Gesellschafters erhoben. Die Besteuerung richtet sich dabei danach, ob der jeweilige Gesellschafter eine Körperschaft oder eine natürliche Person ist. Ist der Gesellschafter eine Körperschaft, entspricht die Besteuerung der Veräußerungsgewinne den oben aufgezeigten Grundsätzen (vgl. oben unter „– Körperschaften“). Ist der Gesellschafter eine natürliche Person, finden die oben dargestellten Grundsätze Anwendung (siehe oben unter „– Einzelunternehmer“). Zusätzlich unterliegen die Gewinne aus der Veräußerung von Aktien bei Zurechnung zu einer inländischen Betriebsstätte eines Gewerbebetriebes der Personengesellschaft der Gewerbesteuer auf der Ebene der Personengesellschaft und zwar grundsätzlich zu 60 %, soweit natürliche Personen an der Personengesellschaft beteiligt sind, und grundsätzlich zu 5 %, soweit Körperschaften beteiligt sind. Veräußerungsverluste und andere Gewinnminderungen, die im Zusammenhang mit den veräußerten Aktien stehen, bleiben für Zwecke der Gewerbesteuer unberücksichtigt, wenn sie auf eine Körperschaft als Gesellschafter entfallen, und werden zu 60 % berücksichtigt, wenn sie auf eine natürliche Person als

Gesellschafter entfallen. Wenn der Gesellschafter eine natürliche Person ist, wird die von der Personengesellschaft gezahlte, auf seinen Anteil entfallende Gewerbesteuer grundsätzlich nach einem pauschalierten Verfahren – abhängig von der Höhe des kommunalen Hebesatzes und den persönlichen Besteuerungsverhältnissen – vollständig oder teilweise auf seine persönliche Einkommensteuer angerechnet.

In den zuvor genannten Fällen wird die einbehaltene und abgeführte Kapitalertragsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag) auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuerschuld angerechnet bzw. in Höhe eines etwaigen Überhangs erstattet.

Für Veräußerungsgewinne, die von Unternehmen des Finanz- und Versicherungssektors oder von Pensionsfonds erzielt werden, gelten von diesen Grundsätzen abweichende Sonderregelungen, die weiter unten beschrieben sind.

Im Ausland ansässige Aktionäre

Veräußerungsgewinne, die von nicht in Deutschland ansässigen Aktionären erzielt werden, unterliegen der deutschen Steuer grundsätzlich nur, wenn der veräußernde Aktionär oder – im Falle eines unentgeltlichen Erwerbs – sein Rechtsvorgänger zu einem beliebigen Zeitpunkt innerhalb von fünf Jahren vor der Veräußerung unmittelbar oder mittelbar zu mindestens 1% am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt war. In diesem Fall unterliegen gegebenenfalls 5% des Veräußerungsgewinns der Körperschaftsteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag, wenn der Aktionär eine Körperschaft ist. Andernfalls unterliegen 60% des Veräußerungsgewinns der Einkommensteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag (Teileinkünfteverfahren).

Die meisten Doppelbesteuerungsabkommen sehen hierbei allerdings eine Befreiung von der deutschen Besteuerung vor und weisen das Besteuerungsrecht dem Ansässigkeitsstaat des Aktionärs zu.

Soweit von einer inländischen auszahlenden Stelle Kapitalertragsteuer einbehalten wurde, obwohl die Veräußerungsgewinne nicht in Deutschland steuerpflichtig sind, kann ihre Erstattung beantragt werden. Hinsichtlich des einzuhaltenden Verfahrens wird im Ausland ansässigen Aktionären empfohlen, ihre steuerlichen Berater zu konsultieren.

Für Gewinne aus dem Verkauf von Aktien, die über eine inländische Betriebsstätte oder feste Einrichtung oder in einem Betriebsvermögen, für das ein ständiger Vertreter in Deutschland bestellt ist, gehalten werden, gilt das oben für in Deutschland ansässige Aktionäre Dargestellte entsprechend.

Besondere Regelungen für Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen sowie Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen und Pensionsfonds

Soweit Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute Aktien halten oder veräußern, die nach § 1a des Gesetzes über das Kreditwesen dem Handelsbuch zuzurechnen sind, gelten weder für Dividenden noch für Veräußerungsgewinne das Teileinkünfteverfahren bzw. die effektiv 95%-ige Befreiung von der Körperschaftsteuer und gegebenenfalls von der Gewerbesteuer; das heißt Dividendeneinnahmen und Veräußerungsgewinne unterliegen grundsätzlich in vollem Umfang der Besteuerung. Gleiches gilt für Aktien, die von Finanzunternehmen im Sinne des Gesetzes über das Kreditwesen mit dem Ziel der kurzfristigen Erzielung eines Eigenhandelserfolges erworben werden. Für Aktien, die von Kreditinstituten, Finanzdienstleistungsinstituten und Finanzunternehmen mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft oder in einem anderen Vertragsstaat des EWR-Abkommens gehalten werden, sowie für Aktien, die bei Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen den Kapitalanlagen zuzurechnen sind oder die von Pensionsfonds gehalten werden, gilt das Vorstehende entsprechend. Die Vorschriften hinsichtlich der effektiv 95%-igen Befreiung der Dividendenbezüge von der Körperschaftsteuer und gegebenenfalls von der Gewerbesteuer finden in den in diesem Abschnitt (Sonderregeln für Unternehmen des Finanz- und Versicherungssektors und für Pensionsfonds) genannten Fällen jedoch Anwendung, soweit die Dividenden im Rahmen der so genannten Mutter-Tochter-Richtlinie (Richtlinie Nr. 90/435/EWG des Rates vom 23. Juli 1990 in der jeweils gültigen Fassung) steuerlich begünstigt sind.

Erbschaft- und Schenkungsteuer

Der Übergang von Aktien auf eine andere Person von Todes wegen oder durch Schenkung unterliegt grundsätzlich der deutschen Erbschaft- bzw. Schenkungsteuer, wenn:

- (i) der Erblasser, der Schenker, der Erbe, der Beschenkte oder der sonstige Erwerber zur Zeit des Vermögensüberganges seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt, seine Geschäftsleitung oder seinen Sitz in Deutschland hatte oder sich als deutscher Staatsangehöriger nicht länger als fünf Jahre dauernd im Ausland aufgehalten hat, ohne im Inland einen Wohnsitz zu haben, oder
- (ii) die Aktien beim Erblasser oder Schenker zu einem Betriebsvermögen gehörten, für das in Deutschland eine Betriebsstätte unterhalten wurde oder ein ständiger Vertreter bestellt war, oder
- (iii) der Erblasser oder der Schenker zum Zeitpunkt des Erbfalls oder der Schenkung entweder allein oder zusammen mit anderen ihm nahestehenden Personen zu mindestens 10% am Grund- oder Stammkapital der Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar beteiligt war.

Die wenigen gegenwärtig in Kraft befindlichen deutschen Doppelbesteuerungsabkommen zur Erbschaft- und Schenkungsteuer sehen üblicherweise vor, dass deutsche Erbschaft- oder Schenkungsteuer nur in der Fallgruppe (i) und mit gewissen Einschränkungen auch in der Fallgruppe (ii) erhoben werden kann. Sonderregelungen gelten für bestimmte außerhalb Deutschlands lebende deutsche Staatsangehörige und ehemalige deutsche Staatsangehörige.

Sonstige Steuern

Bei dem Erwerb, der Veräußerung oder anderen Formen der Übertragung von Aktien fallen keine deutsche Kapitalverkehrsteuer, Umsatzsteuer, Stempelsteuer oder ähnliche Steuer an. Ein Unternehmer kann jedoch zur Umsatzsteuerpflicht der grundsätzlich umsatzsteuerbefreiten Umsätze mit Aktien optieren, wenn der Umsatz an einen anderen Unternehmer für dessen Unternehmen ausgeführt wird. Vermögensteuer wird in Deutschland gegenwärtig nicht erhoben.

UNTERSCHRIFTSEITE

Frankfurt am Main, im April 2009

Deutsche Bank AG

gez. Zabel

gez. Brunckhorst